Theresia Bauer

Blockpartei und Agrarrevolution von oben

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 64

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Theresia Bauer

Blockpartei und Agrarrevolution von oben

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Plakat zum Bezirksparteitag der DBD am 3./4. Juli 1953; Deutsches Historisches Museum, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56703-9

Inhalt

Vorwort 9

Einleitung 11

I. Kommunisten und Bauern in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1948 31

1. Ausgangsbedingungen 31
Zur Situation der Landwirtschaft bei Kriegsende (31) – Parteigründungen und Blockpolitik (36) – Frühe agrarpolitische Konzeptionen der Parteien und die Einleitung der Bodenreform (41)

2. Bodenreform und „Bauernpolitik" der SED 51
Wirtschaftliche und sozialstrukturelle Ergebnisse der Bodenreform (51) – Die „Bauernpolitik" der SED vor dem Scheitern? (56)

II. Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1948 67

1. Politische Rahmenbedingungen 1948 67
Sowjetische Deutschlandpolitik und die Entwicklung des Parteiensystems (67) – Blockpolitik in der Krise 1947/1948 (71)

2. Der Gründungsprozeß 1948 79
Initiative, Vorbereitung, Akteure (79) – Schauplatz Mecklenburg (84) – Schauplatz Sachsen (92) – Konstituierung der zentralen Ebene (98)

3. Die Gründergruppen 1948 104
Grundzüge der organisatorischen Entwicklung 1948 (104) – Profil der Parteigründer (108) – Die politische Sozialisation von Führungskräften der Gründungszeit (110)

4. Das Parteiprogramm 129

5. Reaktionen in SED, VdgB und den bürgerlichen Blockparteien .. 135

6. Frühe Resonanz der Bauernpartei bei der Landbevölkerung 143

III. Personal und Organisation 149

1. Erweiterung des Führungspersonals: Kader aus Antifa-Lagern und Parteischulen 149

2. Organisatorischer Aufbau und innerparteiliche Funktionen 159
Parteivorstand (160) – Sekretariat und Präsidium (165) – Abteilungen und Kommissionen (171) – Landes- und Bezirksverbände (178) – Kreisverbände, Ortsgruppen und Stützpunkte (185) – Betriebs- und Schulgruppen (194) – Soziale Zusammensetzung der Ortsgruppenvorstände (196)

3. Mitglieder ... 199
Probleme der Parteistatistik (199) – Mitgliederentwicklung (200) – Mitgliederstruktur (204)

IV. Die Bauernpartei zwischen Besatzungsmacht, Staatspartei und Geheimpolizei ... 215

1. Das Verhältnis zur SMAD und ihren Nachfolgeorganisationen .. 215
2. Politische Beziehungen und personelle Kontakte zur SED 228
3. Anleitung durch die Organe der SED ... 240
Der Sektor Befreundete Organisationen – die Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen (240) – Die ZK-Abteilung Landwirtschaft (257)
4. Das Ministerium für Staatssicherheit und die DBD ... 273
Das MfS als Herrschaftsinstrument (273) – Der Staatssicherheitsdienst und die DBD (278) –Typologie der Inoffiziellen Mitarbeiter (288)

V. Im „Zick-Zack" zum Sozialismus? Die DBD und die agrarpolitische und agrarsoziale Entwicklung von Ende 1948 bis 1952 ... 297

1. Sowjetische Kursbestimmung im Dezember 1948 ... 297
2. Ernährungssicherung und Wirtschaftsplanung ... 302
3. Ausbau des staatlichen Sektors ... 310
4. Bündnispolitik und „Klassenkampf" ... 311
5. Künftiger Bündnispartner? Das Beispiel des Landarbeiterschutzgesetzes ... 316
6. Interessenpolitik der DBD? ... 327
7. Fazit ... 330

VI. Der erste Anlauf zur Kollektivierung 1952/53 ... 335

1. Die Entscheidung zur Kollektivierung und die 2. Parteikonferenz der SED ... 335
2. Aufgaben der DBD nach der 2. Parteikonferenz ... 341
3. Reorganisation und Kaderpolitik ... 351
4. „Parteisäuberung" und Großbauernpolitik der DBD ... 355
5. Produktionsgenossenschaften und Mitglieder der DBD ... 361
6. Fazit ... 372

VII. Der Volksaufstand 1953 und die Politik der DBD im „Neuen Kurs" 377

1. Das Politbürokommuniqué vom 9. Juni 1953: Korrektur statt Wende ... 378
2. Die DBD vor dem 17. Juni ... 381
3. Der Volksaufstand am Tag des Gründungsjubiläums ... 384
4. Die Krise auf dem Land, das Verhalten der ländlichen Bevölkerung und die DBD ... 388
5. Neue Aufgaben für die DBD und das Ende des „Neuen Kurses". 397
6. Fazit ... 403

VIII. Von Kollektivierung zu Kollektivierung: Die Jahre 1954 bis 1958 ... 405

1. Die abgebremste Kollektivierung 1954 bis 1956 ... 405
   Agrarwirtschaftliche und -politische Rahmenbedingungen (405) – Die DBD zwischen Stagnation und Stabilisierung (413)
2. Agrarpolitik in der Diskussion 1956/1957 ... 418
   Die agrarpolitische Konzeption von Kurt Vieweg und Marga Langendorf und die politische Reformdiskussion 1956 (418) – Reaktionen: Zwischen offizieller Ablehnung und Interesse der Mitglieder (428) – Exkurs: Der Blick nach Polen 1956 (435) – Die Fortsetzung des sozialistischen Kurses Mitte 1957 (438)

IX. Die DBD und die Vollkollektivierung 1958 bis 1963 ... 441

1. Rahmenbedingungen und Ausgangslage für die Kollektivierungspolitik ... 441
2. Die Entscheidung zur Vollkollektivierung ... 446
   Entscheidungen auf oberster Ebene 1959/60 – Die Feinsteuerung der Kollektivierung (447) – Die DBD und die Kollektivierungspolitik 1959: Anleitung und Kontrolle durch die SED (452) – Die 7. ZK-Tagung vom Dezember 1959 und die Rostocker Aktion im Januar 1960 (456) – Die neue Situation der DBD-Führungsebene 1960 (467) – Die DBD bis zum VI. Parteitag 1960 (470)
3. Die Kollektivierung als politischer Auftrag der DBD 1959–1961 . 474
   Voraussetzungen (474) – Der politische Auftrag an die DBD (478) – Methoden (480)
4. Die Kollektivierung und die DBD: sozialstrukturelle und regionale Charakteristika ... 489
5. Die Reaktion der Partei: Funktionäre, Mitglieder und die Kollektivierung ... 499
6. Politische Stellung und Anleitung der Partei 1961–1963 ... 511
7. Die totale Anpassung: der VII. Parteitag der DBD 1963 ... 526

Schlußbetrachtung 533

Tabellenverzeichnis 559

Tabellen 561

Abkürzungsverzeichnis 591

Quellen und Literatur 597

Personenregister 635

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1998/99 von der philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Für den Druck wurde sie gekürzt und überarbeitet.

Mein herzlicher Dank gilt an erster Stelle Herrn Prof. Dr. Hans Günter Hokkerts, der die Studie anregte und stets aufmerksam betreute. Als Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl schätzte ich die anregende Atmosphäre, die manche Durststrecke im Dissertations- und Universitätsalltag überbrücken half. Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Martin H. Geyer, der das Zweitgutachten erstellte und nützliche Hinweise gab.

Ich bedanke mich bei den Damen und Herren in den Archiven, besonders Herrn Konrad Kühne vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin, der keine Mühe scheute, auch unverzeichnete Bestände aus dem Archivkeller zu Tage zu fördern. Ohne die Materialien des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, wo mir Frau Rothärmel behilflich war, hätte die Studie nicht in dieser Form geschrieben werden können, wären zentrale Kapitel der Geschichte der DBD nicht zu rekonstruieren gewesen.

Viele Freunde und Freundinnen an den jeweiligen Archivorten nahmen mich großzügig auf. Gerne erinnere ich mich an den fruchtbaren Austausch mit Münchner Freundinnen und Freunden an den Lehrstühlen von Prof. Dr. Hans Günter Hockerts und Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, besonders mit jenen, die sich ebenfalls mit DDR-Themen befaßten – Dr. Jutta Braun, Dr. Dierk Hoffmann und Dr. Peter Skyba. Dierk Hoffmann, PD Dr. Hermann Wentker und Dr. Dieter Pohl übernahmen das Geschäft des Korrekturlesens. Hierfür und für ihren fachkundigen Rat bedanke ich mich sehr herzlich. Über die Jahre halfen Edith Susanne Rill und manche Hilfskraft immer unkompliziert in allen technischen und anderen Notlagen, wofür ich dankbar bin.

Dank gebührt weiter dem Institut für Zeitgeschichte für die Aufnahme des Manuskriptes in die Reihe „Studien zur Zeitgeschichte", besonders Frau Dr. Petra Weber, die die Drucklegung kompetent begleitete.

Das Cusanuswerk – Bischöfliche Studienförderung – ermöglichte nach dem Studium mit einem Promotionsstipendium anfangs den finanziellen Start der Dissertation. Meine Familie begleitete mich und die wissenschaftlichen Unternehmungen, die sich nicht immer auf den ersten Blick erschließen ließen, immer vorbehaltlos, wofür ich ganz herzlich danke. Mein Mann, Dieter Pohl, wurde im Laufe der Zeit zu einem Kenner der DDR-Agrargeschichte und der DBD. Er hat mich stets aufmunternd und überaus geduldig in vielfältiger Weise seit Beginn der Arbeit unterstützt. Ihm ist die Studie daher in Liebe und Dankbarkeit gewidmet.

München, im Mai 2002 Theresia Bauer

Einleitung

Anläßlich ihres II. Parteitages im thüringischen Eisenach (6. bis 8. Juli 1951) hatte die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) nach drei Jahren erstmals die Ehre, den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, als Gast empfangen zu dürfen. „Wir alle wissen, daß nach dem 1. Weltkrieg im Dorfe die reaktionären militaristischen Kräfte ihre Basis schufen." Auch nach dem „Hitlerkrieg", so Ulbricht, habe es Versuche gegeben, daß sich „reaktionäre Kräfte im Dorfe verstecken". Mit der Gründung der DBD aber sei die „erste demokratische Bauernpartei" auf deutschem Boden entstanden, die das „Bündnis der Arbeiter- mit der Bauernklasse" auch organisatorisch gesichert habe und – so fügte der Agrarexperte der SED, Edwin Hoernle, in seiner Ansprache hinzu – „eine wirklich staatspolitische Partei ist"[1]. Die Delegierten bedankten sich und deklamierten in Sprechchören: „Es lebe das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern".

Ulbrichts Verhältnis zur ersten „demokratischen" deutschen Bauernpartei war jedoch ambivalenter. Zwar stärkte die DBD die Machtposition der SED. Doch sah Ulbricht in einer gesonderten Bauernpartei stets einen Stachel im Fleisch der SED, da diese ja selbst beanspruchte, Partei der Arbeiter- *und* Bauernklasse zu sein. Wenn auch mehrfach in ihrer Existenz angefochten, so konnte sich die DBD doch auf Dauer im „Arbeiter- und Bauernstaat" etablieren. Das Ende der DDR brachte dann auch das Ende der Bauernpartei, denn im Westen Deutschlands gab es weder für eine berufsständische noch für eine auf den ländlichen Raum konzentrierte Partei Anknüpfungspunkte. Eine Gruppe jüngerer, nachgerückter Politiker im Präsidium der DBD setzte sich schließlich in den innerparteilichen Diskussionen durch. Sie favorisierten den Beitritt zur CDU. Auf einem Weg, der nicht ganz den Parteiregularien entsprach, beschloß eine Parteivorstandssitzung am 25. Juni 1990 die Fusion mit der Ost-CDU, um dann in der gesamtdeutschen CDU aufzugehen[2]. Schätzungsweise 20 Prozent der Ende Juni 1990 noch registrierten rund 81 000 DBD-Mitglieder gingen den Weg in die Union mit. Die Entscheidung der DBD-Führung konnte ihre Basis, die sich immerhin trotz Austritten im Jahresverlauf 1989 im Oktober noch auf gut 125 000 Mitglieder belief, nicht überzeugen[3]. Die Protagonisten der Parteifusion argumentierten programmatisch mit einer konservativ-liberalen Ausrichtung der DBD; sie sahen die DBD als „Eigentümer- und Unternehmerpartei", die – in anthropologisierender Verkürzung – „den Bauern eigene konservative Wertvorstellungen vertritt"[4].

---

[1] Protokoll des II. PT der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, S. 14f.; Hoernles Beitrag abgedruckt in ders., Bündnis, S. 420.

[2] Vgl. dazu Jäger/Walter, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 158–164; aus der Sicht eines Fusionsgegners: Reichelt, Blockflöte, S. 261–298, bes. S. 290, 296, 373.

[3] Zahlen bei Jäger/Walter, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 160, 168.

[4] Reichelt, Blockflöte, S. 286, 288, 297.

Im Verständnis als Eigentümerpartei konnte die DBD 1990 durchaus dort anknüpfen, wo sie 1948 begonnen hatte. Ernst Goldenbaum, Parteivorsitzender von 1948 bis 1982, hielt 1949 fest: „Wir sind eine nicht-sozialistische Partei. Wir nehmen nicht in Anspruch, was wir nicht besitzen. Wir sind eine Partei der kleinen Eigentümer, aber wir sind eine demokratische Partei."[5]

Vor Ulbricht hatte diese Eigentümerpartei dennoch als „demokratische" Partei Bestand und wurde nicht pejorativ als „kleinbürgerlich-demokratische" Partei, wie CDU und LDP es aus SED-Sicht waren, abgetan. Die Episode verweist auf ein zentrales Problem der DBD-Geschichte, nämlich auf das politische Verhältnis von SED und Bauernpartei, welche, so die bundesdeutsche Parteienforschung, den „in ideologischer Hinsicht wohl weitesten Weg gegangen ist: vom treuesten Vasallen der ‚Partei der Arbeiterklasse' bis zur Vereinigung mit der CDU"[6].

Untersuchungsgegenstand, leitende Fragestellungen und Methodik

Hauptziel der Studie ist es, die Geschichte der DBD im Herrschaftssystem der DDR und in ihrem zentralen Handlungsfeld, der Agrarpolitik, im Zeitraum von 1948 bis 1963 zu rekonstruieren. Die DBD war eine von vier Blockparteien im SED-dominierten Mehrparteiensystem der SBZ/DDR – neben der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDUD, 1952 CDU), der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD, Ende 1951 LDP) und der zeitgleich mit der DBD im Frühjahr 1948 gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)[7]. Methodisch gilt es dabei, eine doppelte Perspektive zu verfolgen. Zum einen ist die Reichweite der Dominanz der Staatspartei SED zu überprüfen, die in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche der DDR wirkte. Daneben sind Partei, Politik und Mitglieder der DBD auch als Gegenstand von eigener Bedeutung, nicht allein von der SED abgeleitet zu beleuchten.

Der zeitliche Untersuchungsrahmen reicht von der Gründung der Bauernpartei im Frühjahr 1948 bis ins Jahr 1963. Erklärungsbedürftig scheint vor allem das Ende des Untersuchungszeitraums, weicht es doch von der gängigen Zäsur des Mauerbaus 1961 und der damit in Verbindung gebrachten „heimlichen" inneren Staatsgründung der DDR ab[8]. Der Schlußpunkt hängt eng mit der thematischen Ausrichtung der Arbeit zusammen, die sowohl herrschafts- und parteiengeschichtliche als auch agrar- und sozialhistorische Phänomene in den Blick nimmt. Folgende Einzeldaten markieren das Ende: Im Zuge der umfassenden Veränderungen in der staatlichen Verwaltung löste der neugebildete Landwirtschaftsrat das bis dahin ununterbrochen von DBD-Ministern geführte Ministerium für

---

[5] ACDP VI-052–0003, Protokoll I. PT, 2./3. 7. 1949, Beitrag Goldenbaum am 2. 7. 1949.

[6] Jäger/Walter, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 141.

[7] Insofern auch die SED dem zentralen Einheitsfrontausschuß angehörte, war auch sie formal eine Blockpartei. Aufgrund der spezifischen, noch zu klärenden Funktionsbestimmung der vier Blockparteien wird die SED durchweg gesondert behandelt.

[8] Der Begriff geht auf Staritz zurück; ders., Geschichte, 1. Aufl. 1985, S. 138. Siehe auch die Darstellungen von Weber, Geschichte; Schroeder, SED-Staat; Badstübner/Heitzer (Hg.), DDR.

Land- und Forstwirtschaft und Erfassungswesen ab. Die DBD wurde aus zentralen wie regionalen staatlichen Funktionen durch SED-Mitglieder verdrängt und verlor damit als Partei an Legitimation. Programmatisch war bedeutsam, daß die DBD auf ihrem VII. Parteitag 1963 ihr bis dahin zumindest in Ansätzen noch vorhandenes eigenes Profil vollends aufgab, indem sie das „Programm des Sozialismus", wie es auf dem VI. Parteitag der SED im selben Jahr verabschiedet worden war, kurzerhand übernahm. Unter agrar- und sozialgeschichtlichem Blickwinkel bietet sich die Zäsur 1963 eher an als das Jahr des „sozialistischen Frühlings" 1960, wie die Massenkollektivierung der bis Jahresanfang noch zur Hälfte selbständig wirtschaftenden Bauern im Parteijargon verharmlost wurde. Tatsächlich war die Kollektivierung 1960 weder freiwillig noch zu einem bestimmten Termin beendet worden, vielmehr brachte sie eine Umwälzung in Gang, deren Wogen sich erst 1963/64 wieder einigermaßen glätteten. Erst dann war ein Großteil der vordem einzelbäuerlichen Bevölkerung Mitglied Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) geworden; erst dann floß die genossenschaftliche Tätigkeit zunehmend in den bäuerlichen Arbeitsalltag ein, der eine bis dahin vom einzelbäuerlichen Wirtschaften geprägte Lebensweise allmählich ablöste.

DBD wie NDPD waren von Anfang an Blockparteien, die wie CDU und LDP zwar gesamtdeutsch ausgerichtet waren, aber im Gegensatz zu letzteren schon aufgrund des Fehlens westlicher Pendants immer mehr nach innen wirkten als nach außen. Die Abriegelung durch den Mauerbau 1961 war für die bäuerliche Bevölkerung eine minder bedeutende Zäsur bei der Entscheidung, zu bleiben oder in den Westen zu flüchten. Wer flüchten wollte, entschloß sich dazu in Zeiten steigender Pressionen. Viele flüchteten von 1957 bis 1960 und vor allem unmittelbar nach einem LPG-Eintritt 1960.

Die Untersuchung konzentriert sich auf drei Kerngebiete: zum ersten auf die Darstellung der inneren Parteigeschichte der DBD seit ihrer Gründung und auf die Veränderungen, die sich in organisatorischer und programmatischer Hinsicht, in Zusammensetzung und Politikstil des Führungspersonals, in der Zuschreibung der Zielgruppe und in der Mitgliederstruktur bis 1963 ergaben.

Zum zweiten ist darzulegen, welchen Ort die Blockpartei im politischen System der DDR einnahm, maßgeblich bestimmt durch die Rolle, die ihr die eigentlichen Machtinstanzen im Land, die sowjetischen Stellen und ihr deutscher Arm, die SED, zuschrieben. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen ZK-Abteilungen, Sektoren und Arbeitsgruppen sowie das Ministerium für Staatssicherheit zu untersuchen. Ihre jeweiligen Ziele, die Methoden und Mechanismen von Anleitung und Beeinflussung, letztlich der Vorgang der sorgfältig abgestimmten „Einpassung" der DBD, ist eingehender darzulegen als man dies bisher – allein vom Ergebnis her betrachtet – gesehen hat[9].

Um diese Kräfte in ihrer konkreten Ausprägung, Reichweite und Wirkung im historischen Prozeß zu beleuchten, wird zum dritten die Tätigkeit der DBD im agrarpolitischen Kontext der SBZ/DDR analysiert. Dabei geht es weniger darum,

---

[9] Jesse, Parteien, S. 88f.; Lapp, Die „befreundeten Parteien", S. 15; ders., Blockparteien im politischen System, S. 13, 17ff.

die jeweiligen agrarökonomischen und agrarpolitischen Maßnahmenkataloge zu beschreiben. Vielmehr sind Handlungsspielräume auszuloten, divergierende Vorstellungen und Reibungsflächen zu lokalisieren. Im Blickfeld stehen alle Handlungsebenen, von der Berliner Parteizentrale bis hinunter zu den Landes- bzw. Bezirksverbänden und, insofern es die Quellenlage erlaubt und es analytisch sinnvoll erscheint, auch ausgewählte Kreise. Schließlich sollen das wechselseitige Verhältnis von politischen und wirtschaftlichen Anforderungen, die die DBD als Arm der SED an die bäuerlich-ländliche Klientel herantrug, und die darauf bezogenen Reaktionen der Parteibasis untersucht werden. Diese Reaktionen sollen nicht nur Stimmungen umfassen, sondern auch Verhaltensmuster und Handlungsstrategien der Parteibasis und – soweit möglich – der ländlichen Bevölkerung.

Die Forschung zur DDR hat für die DBD wie für andere Blockparteien vor geraumer Zeit den Terminus der „schichtenspezifischen Transformationspartei" geprägt[10]. Diesem Konzept zufolge war das politische Wirken der DBD durchweg von der SED gesteuert und fast ausschließlich von oben nach unten gerichtet. Angesichts verschlossener Archive konnte dieser Ansatz jedoch nicht in umfassender Weise quellengestützt fundiert werden und war somit weitgehend auf systematische Überlegungen und Vermutungen angewiesen. Daher schien es allein aus heuristischen Gründen geboten, dieses Konzept zu überprüfen und um eine zweite, von unten nach oben gerichtete Perspektive zu erweitern. Diese spürt stärker als bisher dem Anteil nach, den die Betroffenen eben nicht nur als Objekte der „Transformation" ihrerseits in den politischen Prozeß einbrachten; zudem ist die Taktik des Ausweichens in den Blick zu nehmen, die sich dem Anspruch der SED entziehen wollte. Auch im vornehmlich von Sozial- und Politikwissenschaftlern ausgearbeiteten Transformationskonzept war eine „Rückmeldung" als informierende und gegebenenfalls auch korrigierende Funktion von der Basis vorgesehen[11]. Was jedoch oftmals fehlte, war die Einbindung in die spezifische historische Situation. Auch wurde der unteren Ebene kein Eigengewicht zugemessen. Daher untersucht die Studie, ob und in welcher Weise das Herrschaftsverständnis und die Herrschaftstechniken darauf eingestellt waren, Ideen- und Handlungspotentiale von unten nicht nur zu registrieren, sondern sich diese nutzbar zu machen oder auch abzufedern; sie fragt auch, in welcher Konstellation kontinuierlich vorhandene Abweichungen plötzlich als politisch „gegnerisch" definiert und bekämpft wurden.

Weiter ging die traditionelle Sichtweise von einer prinzipiellen Arbeitsteiligkeit zwischen SED und Blockparteien aus. Das scheint über weite Strecken auch durchaus plausibel. So lassen sich für CDU, LDP und NDPD, trotz Durchlässigkeiten und Schnittmengen zur SED-Tätigkeit Abgrenzungskriterien herausschä-

---

[10] So Staritz für die NDPD, National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953, S. 17; ders., Entstehung, S. 90ff.; dies zu bekräftigen, war Untersuchungsziel von Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 116; in der englischen Variante „transmission belts" findet sich der Begriff in Adaption der leninschen Verwendung lange zuvor bei Wortmann, Parties, S. IVff.

[11] Siehe Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 12f.

len, die für eine solche Arbeitsteilung sprechen. Für die CDU ist die weltanschaulich-christliche Komponente zu nennen, für die LDP die Verankerung in den bürgerlichen Mittelschichten, für die NDPD die nationalsozialistische Vergangenheit ihrer Mitglieder. Für die DBD gilt jedoch in stärkerem Maße als für die anderen Blockparteien, daß sie sich über weite Strecken jenen bäuerlichen und ländlichen Schichten zuwandte, die für die Arbeiter- und Bauernpartei SED grundsätzlich ebenso als Mitglieder in Frage kamen. Daher sind Divergenzen, die aus der teilweisen Überschneidung des Wirkungsbereiches herrühren, auf allen Ebenen der Partei festzustellen. Dies gilt ebenso hinsichtlich der Betätigungsfelder: Natürlich beanspruchte die SED die Oberhand in der Agrarpolitik wie in allen anderen Regelungsfeldern. Dabei nahm der agrarische Bereich unter ideologischen Vorzeichen durchaus einen hohen Rang ein. Denn die Zielsetzung „Aufbau des Sozialismus" mußte sich gerade in jenem Gebiet manifestieren, in dem die SED-Führung im Vergleich zu ihren volksdemokratischen Nachbarstaaten in Ostmittel- und Südosteuropa hohe Defizite einzuräumen hatte, was den Grad an Vergesellschaftung respektive Vergenossenschaftlichung des Bodeneigentums anbelangte. Wer jedoch eine ideologisch minderbewertete Bauernpartei vollends aus der Agrarpolitik verdrängte, riskierte zugleich, einen „Bündnispartner" zu demontieren und sich damit selbst eines wichtigen Instrumentes zu berauben.

Da die Studie in erster Linie politikgeschichtlich angelegt ist, nimmt sie nicht in Anspruch, einen umfassenden Beitrag zu einer ländlichen Sozial-, Mentalitäts- oder Verhaltensgeschichte zu liefern. Hierfür sind andere, insbesondere regionalhistorische Untersuchungsansätze besser geeignet. Dennoch versucht sie, sofern es die DBD-Aktenüberlieferung zuläßt, die politik- und parteihistorischen Fragestellungen mit solchen zu den Problemen der ländlichen Welt und des bäuerlichen Lebens zu verknüpfen.

Die Sozialstruktur der ländlichen Bevölkerung geriet in der Nachkriegszeit massiv in Bewegung, zusätzlich durcheinandergewirbelt durch die Folgen von Flucht und Vertreibung. Die ostelbischen Gutsherren wurden ökonomisch und politisch entmachtet. Weite Teile vordem besitzloser und zum Teil am Rande der Proletarität lebender Landarbeiter, landarme Bauern, als Neubauern angesiedelte Flüchtlinge und Vertriebene, aber auch städtische Arbeiter und Angestellte gehörten nominell zu den durch die sogenannte Bodenreform begünstigten Gruppen. Die Bodenreform traf jedoch nicht alle Landesteile in gleichem Ausmaß. Unübersehbar sind daher Enklaven traditioneller Beharrung und eine Mischung alt- und neubäuerlicher Bevölkerung in vielen Dörfern. Diese Vorgänge schlugen sich auch in der Mitgliederstruktur der DBD nieder, die vom abhängigen Lohnarbeiter in der Landwirtschaft über den anfangs fast besitzlosen, aber selbständig wirtschaftenden Neubauern bis zum alteingesessenen Großbauern reichte. Die DBD-Mitgliederbasis war wie die bäuerlich-ländliche Gesellschaft sowohl von ihrer Schichtzugehörigkeit geprägt als auch vom jeweiligen – und damit nur teilidentischen – dörflichen Milieu[12].

---

[12] Zu den Begriffen siehe: für Schicht bes. Hradil, Schicht; Thieme, Kaste; Hradil, Sozialstrukturanalyse, S. 72ff., 86–94; als Plädoyer für eine Konzentration auf die Begriffe Klasse und Schicht in der soziologischen Analyse, Geißler, Abschied; für den Untersu-

Im kommunistischen Verständnis zählten die Landarbeiter zur „Klasse" der Arbeiter. Ihrer Schichtzugehörigkeit nach sind sie zu den besitzlosen unterbäuerlichen Schichten zu rechnen. Dennoch waren sie oftmals über alle Klassen- und Schichtunterschiede hinweg in das gleiche dörfliche Milieu integriert wie die Groß- und Mittelbauern und teilten mit diesen eine gemeinsame Sinndeutung der Welt. Zwar galten die Bauern insgesamt als eine „Klasse", die sich nichtantagonistisch zur „Arbeiterklasse" verhielt. So standen insbesondere die Mittelbauern unter dem Verdikt, eine „schwankende Schicht" zu bilden; dieser ideologisch geprägten Sicht zufolge konnten sich die Mittelbauern, abhängig von ökonomischen Konstellationen, auch mit dem „Klassengegner" verbünden. In diesem Zusammenhang ist nach der schichtbezogenen Selbsteinschätzung der DBD-Mitglieder, nach der Formulierung von eigenen Interessen und Haltungen zu fragen und danach, wie sie mit der „klassenkämpferisch" motivierten Zuschreibung von Differenzen in den eigenen Reihen umgingen. Wirkte die Zugehörigkeit zur gleichen Partei über alle Schicht- und Milieuunterschiede hinweg politisch und sozial integrierend? Erreichten die Mitglieder eine organisatorische und institutionelle Basis für die Vertretung ihrer Interessen und, wenn ja, in welchem Umfang? Wie gestaltete sich das Wechselverhältnis zwischen der Bauernpartei und der bäuerlichen Bevölkerung? Fungierte die Partei auch als Anwalt eigener Interessen der Bauern? Inwiefern wurden diese Interessen eventuell modifiziert und gegenüber der SED vertreten? Wie und in welchem Ausmaß gelang der DBD umgekehrt eine Politisierung ihrer Mitglieder im Sinne der Anforderungen der SED? Die letzte Frage erfordert, die Funktion der DBD als mittlere politische Durchsetzungsinstanz zwischen SED und der DBD-Basis genau zu erfassen.

Um solche Fragen nach Beziehungsgeflechten, spezifischen Motivlagen und Handlungsspielräumen näher beleuchten zu können, wurde für bestimmte Teile der Untersuchung eine regionale Untersuchungsebene gewählt. Da sich je nach Thema und Überlieferungslage unterschiedliche regionale Zugriffe anboten, kann dies in einer Studie, die in erster Linie zentrales politisches Entscheidungshandeln rekonstruiert, jedoch nicht in Form stringent durchgeführter Regional- und Lokalstudien geschehen[13].

Um regionalspezifische Bedingungen im Gründungsprozeß zu ermitteln, untersucht die Studie vornehmlich das Gründungszentrum im neubäuerlich gepräg-

---

chungszeitraum fehlt eine Untersuchung zur Sozialschichtung, wie sie Dillwitz für die Bauernschaft von 1871–1914 vorgelegt hat, Dillwitz, Struktur; zur neueren historischen Anwendungen des Milieukonzeptes und methodisch-begrifflichen Klärungen: Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus, S. 39–46; Weichlein, Sozialmilieus, bes. S. 11–17, 24f.; zu Milieu im Zusammenhang mit Parteiforschung Rohe, Wahlen, S. 9 ff., 19–21, und Lepsius, Parteiensystem.

[13] Dieser anfangs eingeschlagene Weg erschien aufgrund einer dafür untauglichen Quellenlage zur DBD problematisch. Die Überlieferung des DBD-Aktenmaterials auf der Ebene der Kreise ist dürftig und geht über namentliche Auflistungen des Personals oftmals nicht hinaus. Viele Informationen sind nur in aggregierter Weise auf der oberen Berichtsebene, also schon gefiltert aufgrund eines bestimmten Fragenkatalogs erhoben worden. Parallel zur DBD-Überlieferung muß zugleich eine aussagekräftige SED-Kreisüberlieferung vorhanden sein, was ebenfalls nicht selbstverständlich ist.

ten Bodenreformland Mecklenburg zum einen und zum anderen das hochindustrialisierte und mehrheitlich von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben geprägte Land Sachsen. Auch im Hinblick auf die Durchsetzung der Vollkollektivierung 1960–1963 empfiehlt sich ein regional differenzierender Zugriff auf die nördlichen Bezirke einerseits und die südlichen andererseits. Im Norden kam es früher als im Süden zu kollektivwirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Denn der dort vorwiegend betriebene Pflanzenanbau eignete sich besser für eine großbetriebliche Bewirtschaftung, wie sie Kollektive vorsahen. So wurde die landwirtschaftliche Strukturkrise, die häufig schon durch die Bodenreform verursacht worden war und in deren Gefolge große Flächen devastierten Landes zuerst in kommunale Obhut[14], dann in genossenschaftliche Betriebe eingebracht wurden, notdürftig aufgefangen. In den überwiegend klein- und mittelbäuerlich strukturierten südlichen Bezirken hingegen, die durch eine ausgeprägtere Mischproduktion gekennzeichnet waren und vor allem traditionelle Tierhaltung und Zuchtbetriebe aufwiesen, waren die Agitationsbrigaden der Nationalen Front in der Kollektivierungskampagne mit gänzlich anderen Bedingungen konfrontiert.

Schließlich sei erwähnt, welche Themenfelder die Untersuchung ausspart bzw. weniger ausführlich behandelt. So verzichtet die Studie darauf, die staatspolitische Rolle der DBD, etwa die Mitwirkung in den Parlamenten, kontinuierlich zu untersuchen. Die von DBD-Funktionären besetzten Positionen in Staat und Regierung sind der Forschung bekannt[15]. Zudem war die Volkskammer der DDR weder Teil eines politischen Willensbildungsprozesses noch genuiner Ort der Gesetzesinitiative oder politischen Beratung, sondern Verlautbarungsorgan für Inhalte, die vorher ohnehin im ZK-Apparat der SED abgeklärt worden sind[16]. Auch erlaubt es die DBD-Überlieferung nicht, dort einen spezifischen Beitrag der DBD zu eruieren. Offenbar war es der DBD im Unterschied zu SED-gelenkten Massenorganisationen nicht gestattet, eigene Vorlagen für Gesetze einzubringen. Wohl aber erwartete die SED stille Zuarbeit der DBD. Ihr Beitrag, der in die Tätigkeit des ZK-Apparates einfloß und dort kaum mehr als solcher kenntlich ist, firmierte fast immer unter dem Siegel der SED. In den nach außen sichtbaren Regierungshandlungen unterschieden sich die DBD-Verlautbarungen in keinem nachzuweisenden Fall vom politischen Kurs der SED und bestätigen damit die bisherige Forschungssicht, wonach die DBD als Sprachrohr der SED fungierte[17]. Jedoch fließt die Tätigkeit der DBD in ihrem maßgeblichen staatlichen Hand-

---

[14] Dazu wurden die sogenannten „Örtlichen Landwirtschaftlichen Betriebe" (ÖLB) eingerichtet.

[15] Dowidat, Entwicklung, S. 176, 192, 197, 205, 214ff.; dies., Veränderung; Junghans, Dialektik, Anlagen S. 80ff.; Lapp, Ministerrat, S. 183ff.; Reichelt, Blockflöte, passim; Herbst u.a., DDR, Bd. 2, S. 1144–1152.

[16] Zur Funktion der Volkskammer: Richert, Macht, passim, bes. S. 94–123; Lapp, Volkskammer; Euchner, Degradierung.

[17] Reichelts Darstellung, die sichtlich bemüht ist, den Eigenbeitrag der DBD zu unterstreichen und dabei auf die langjährige Regierungserfahrung und das Insiderwissen des Verfassers zurückgreifen kann, dokumentiert keinen Fall von Eigeninitiative, Renitenz oder – wie für die CDU im Fall des Abtreibungsparagraphen nachgewiesen – gezielt herbeigeführter Opposition für den Untersuchungszeitraum.

lungsraum, nämlich im Landwirtschaftsministerium, in jene Teile der Arbeit ein, die die Agrarpolitik näher untersuchen. Dazu gehören etwa die Konflikte um das Landarbeiterschutzgesetz, das erste Gesetz, das die neue Regierung der DDR mit dem DBD-Vorsitzenden und Landwirtschaftsminister Goldenbaum verabschiedete. Thematisiert werden außerdem die Bemühungen der DBD, ihre Vorstellungen zu Personalbesetzungen in hohen Staatsämtern durchzusetzen. Einbezogen werden zudem die Wahlen von 1950, denn dabei wurden Spannungen zwischen SED und DBD sichtbar, zu deren Lösung sich die Bauernpartei auf ihre sowjetischen Geburtshelfer besann. Da die Wahlen von 1950 bekanntlich nach dem Einheitslistenprinzip erfolgten, trat die DBD im Untersuchungszeitraum nie zu demokratischen Referenden an. Ihre Mandatszahlen in den Parlamenten waren wie die der anderen Parteien und Massenorganisationen stets nach einem vorher festgelegten Schlüssel bestimmt.

Ebensowenig behandelt die Untersuchung die Rolle der DBD im Einheitsfrontausschuß ab 1949. Auch hier hat die Forschung eine eindeutige SED-Dominanz herausgearbeitet[18]. Der DBD gelang es erst 1949/50, einen Großteil der Parteiaufbauarbeit zu bewältigen. Zugleich verlor der Block mit der Staatsgründung weitgehend an Bedeutung und wurde bis zur Einrichtung eines Präsidiums des Ministerrates im Juli 1952, in dem wie vordem im zentralen Block alle Parteiführungsspitzen vertreten waren, weitgehend funktionslos[19]. Als die Bauernpartei über ein organisatorisches Fundament und eine Mitgliederbasis verfügte, war der Stellenwert des Blocks also schon tief gesunken. Im übrigen tut sich hier ein im Rahmen dieser Studie nicht zu lösendes Quellenproblem auf: Aus den Blockprotokollen konnte keinerlei abweichende Position der DBD zur SED ermittelt werden[20]. Dieser Befund läßt zugleich den Schluß zu, daß die DBD damit indirekt die Position von CDU und LDP im Block schmälerte[21].

Die Rolle der DBD in der Deutschlandpolitik wird nicht in einem gesonderten Kapitel dargestellt, sondern eingeflochten in die Darstellungen zur Agrarpolitik. Im Unterschied zu den bürgerlichen Blockparteien[22] CDU und LDP erwies es sich für die DBD als äußerst schwierig, auf diesem Terrain Fuß zu fassen. Der bisherige Stand der Forschung, demzufolge die DBD das geringste deutschlandpolitische Engagement unter allen Blockparteien aufwies, kann bestätigt werden[23].

---

[18] Das gleiche Ergebnis legen nahe Reinert, Brandenburgs Parteien; ders., Protokolle des Landesblockausschusses; siehe bis 1949 auch Suckut, Blockpolitik.

[19] Richter, Ost-CDU, S. 316.

[20] Diese wurden bis einschließlich 1953 gesichtet.

[21] Die neueren Darstellungen zur LDP von Sommer und Bode geben wenig Aufschlüsse zur blockpolitischen Rolle der Partei; Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands; Bode, Liberal-Demokraten. Zur CDU im Block 1948 siehe Baus, CDUD, S. 446.

[22] Auch im folgenden werden der Einfachheit halber CDU und LDP als „bürgerliche" Blockparteien bezeichnet, ohne das Wort bürgerlich in Anführungszeichen zu setzen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß das Adjektiv „bürgerlich" letztlich auf einer SED-Zuschreibung beruht und den SED-Jargon wiedergibt.

[23] Schmidt, Deutschlandpolitik, S. 2124.

Quellenlage

Für die Studie wurde eine Reihe von Provenienzen erstmals erschlossen. Zu den wichtigsten Beständen zählen die Archivalien aus dem ehemaligen Archiv der DBD[24]. Bis zum Abschluß der Archivrecherchen waren große Teile, aber nicht alle Materialien für die Benutzung zugänglich; einschlägige Bestände konnten auch ungeordnet und unverzeichnet eingesehen werden. Dies gilt insbesondere für die Bestände der Landesverbände, darunter die Landessekretariatssitzungen, die Fragen der Durchsetzung regional bestimmter Intentionen zuweilen in erfrischender Offenheit ausbreiten. Schlüsselprovenienzen zur Erschließung der zentralen politischen Fragen und Entscheidungen sind die Sekretariats- und Präsidiumsakten der DBD. Für die Anfangszeit bis etwa 1950 trifft dies auch für die Parteivorstandsakten zu, später nehmen die dort gehaltenen Ausführungen stark offiziösen Charakter an. Einblicke in regionale Zusammenhänge der Umsetzung, aber auch in spezifische Konstellationen eröffnen die Sekretariatsprotokolle der Landes- und Bezirksverbände. Für die Kreisverbände sind keine zusammenhängenden Bestände an Sekretariatsprotokollen im Untersuchungszeitraum überliefert. Eine geringe Neigung zur Verschriftlichung ist bei den Ortsgruppen festzustellen, zu denen außer gelegentlichen, aber nicht systematisch durchgeführten statistischen Aufstellungen keinerlei Materialien aufgefunden werden konnten. Diese Überlieferungslücke machte ursprünglich gehegte Pläne zu regionalen Vertiefungen der Studie bald obsolet. Über die Organisationsstruktur, die Probleme des Parteiaufbaus und die Entwicklung der Mitgliederzahlen und -struktur informieren die überlieferten Leitungs- und Organisationsmittel, welche Parteiinformation, Mitgliederstatistiken und Mitgliederübersichten umfassen; auch die unter Kaderarbeit subsumierten Akten sind für die genannten Felder aufschlußreich.

Bei der Auswertung des DBD-Bestandes stellten sich folgende Grundprobleme: Die Überlieferung ist vor der Übergabe an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik offenbar nochmals gesichtet worden; ob dabei Akten gezielt entfernt wurden, ist nicht zweifelsfrei zu klären. Offensichtlich sind jedoch keine Akten zu Finanzfragen der Partei überliefert. Zu Aktenvernichtungen kam es bei denjenigen Parteigliederungen, die dem Beschluß, der CDU beizutreten, eher distanziert begegneten, so etwa in den Bezirksverbänden Magdeburg und Halle[25]. Insgesamt weist der Fundus in einigen entscheidenden Fragen erhebliche Lücken auf. Einerseits produzierte der erst im Aufbau befindliche Parteiapparat weniger Akten als in späteren Jahren, andererseits findet man gerade für diese frühe Phase nachträglich erstellte Dokumente, die in korrigierender Absicht und eigens zu Dokumentationszwecken erstellt wurden; in stalinistischer Manier retouchierte Bilder von Parteigründern, die später politisch nicht mehr tragbar schienen, sind hier ebenfalls hinzuzurechnen. Schwerer wiegen erhebliche Lücken in den Sekre-

---

[24] Nach der Vereinigung mit der CDU wurden diese zunächst in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin überführt; inzwischen sind sämtliche Akten der DBD in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin überstellt worden. Vgl. Kühne, Bestand.

[25] Ebd., S. 338.

tariatsakten ab 1959, die sich vielfach auf Tagesordnungen und stenografisch beschriebene Handzettel beschränken, aber kaum zusammenhängende Aussagen enthalten. Leerstellen in den Akten traten ganz offensichtlich auf, wenn es im Sekretariat zu Konflikten kam. Einige von ihnen ließen sich durch Parallelüberlieferungen in den DBD-Akten aufklären, fast alle jedoch durch SED- und MfS-Provenienzen. Kaum wettzumachen ist das Fehlen der kompletten Sekretariatsakten für das Jahr 1949, das wahrscheinlich von Auseinandersetzungen um die Besetzung des Ministeramtes herrührt[26]. Außer wenigen Handakten von Berthold Rose gibt es keine durchgängig überlieferten Handakten anderer Politikerpersönlichkeiten[27]. Weder von Ernst Goldenbaum noch vom ersten Hauptgeschäftsführer und späteren zeitweiligen Landwirtschaftsminister, Paul Scholz, noch von Berthold Rose konnten Nachlässe in Archiven ermittelt werden[28].

Die Lücken in den DBD-Materialien haben höchstwahrscheinlich folgende Gründe: Zunächst spiegelt sich darin eine verhaltene Informationspolitik gegenüber der SED wider; letztere hatte eine potentielle Verfügungsgewalt über sämtliche Sekretariatsakten, nutzte diese aber in den fünfziger Jahren offenbar nicht, sondern suchte andere Informationswege. Was die Abteilungen der SED in dieser Form nicht wissen sollten, steht daher auch nicht in den Sekretariatsakten. Erst in den sechziger Jahren sind sämtliche DBD-Sekretariatsprotokolle im SED-Parteibestand archiviert worden. Freilich verhält sich der faktische Aussagegehalt der Dokumente dieses Zeitraums umgekehrt proportional zur Papiermenge. Zumindest in der Gründungsphase der Partei 1948/49 gingen die – vergleichsweise aussagekräftigen – Protokolle auch an sowjetische Stellen. Auch dies dürfte einen hohen Grad an freiwilliger Selbstzensur verursacht haben. Insgesamt ist daher zu unterstreichen, daß der je nach Fragestellung durchaus vorhandene Aussagewert des DBD-Aktenmaterials nur in Kombination mit anderen Provenienzen zu erschließen ist. Ohne eine parallele inhaltsreiche SED-Überlieferung und – je nach Fragestellung – ohne Sichtung von personenbezogenen Akten des MfS bleibt der tiefere Gehalt der DBD-Dokumente oft im dunkeln.

Aus dem Fundus der SED-Parteiüberlieferung sei zum einen auf die eigentlichen, je nach Zeitpunkt und Entscheidungsgegenstand wechselnd zuständigen Entscheidungsorgane – Parteivorstand bzw. Zentralkomitee, Zentralsekretariat, Sekretariat und Politbüro – verwiesen. Bekanntlich lassen die nur in Form von Beschlußprotokollen dokumentierten Ergebnisse von Sekretariats- und Politbürositzungen in der Regel keine Rückschlüsse auf den Meinungsbildungsprozeß zu. Manchmal erlauben Arbeitsprotokolle Einblick in die Genese von Beschlüssen, in aller Regel sind diese Vorbereitungen nur den entsprechenden ZK-Abteilungsakten zu entnehmen. Nicht immer ist gesichert, ob man tatsächlich den letzten Stand

---

[26] Ein Protokoll wurde versehentlich in einem falschen Jahrgangsakt abgelegt; die Akten dürften also ursprünglich existiert haben.

[27] Kaiser griff für ihre Dissertation A noch auf „Handakten Nordmann" zurück. Solche tauchen in dieser Bezeichnung bislang nicht im Findbuch auf und sind auch sonst offenbar nicht greifbar; siehe Quellenverzeichnis bei Kaiser, Politik.

[28] Wenige Kisten eines sogenannten „Nachlasses" von Herbert Hoffmann, dem ersten Landesvorsitzenden Thüringens, enthalten einige brauchbare Handakten.

oder eine schließlich doch verworfene Fassung gesehen hat. Methodisch ist daher ein sorgfältiger Abgleich der Materialien durchzuführen. In diesem Zusammenhang sind auch die umfangreichen Nachlässe der SED-Führungsriege, Ulbricht, Pieck und Grotewohl zu nennen, die sowohl Entscheidungen von zentraler Bedeutung als auch, wie im Falle des Nachlasses von Wilhelm Pieck, Details zur DBD-Gründung enthalten.

Von hoher Bedeutung für die Studie waren die Materialien der einschlägigen ZK-Abteilungen. In einer Auswahl zu nennen sind hier für alle agrarpolitischen Fragen die Abteilung Landwirtschaft und die Büroakten der jeweiligen ZK-Sekretäre für Landwirtschaft[29]. Büroakten von Paul Merker und Gerhard Grüneberg wurden eingesehen[30]. Für alle Fragen der Anleitung durch die SED, der Rezeption des DBD-Parteilebens im Apparat der SED, sowie für den Vergleich zu anderen Blockparteien sind die Akten des ZK-Sektors bzw. der Arbeitsgruppe ‚Befreundete Organisationen' einschlägig. Quellenkritisch ist eindringlich davor zu warnen, jede punktuelle Einschätzung isoliert zu interpretieren; vielmehr ist deutlich auf den Gesamtzusammenhang der periodisch erstellten Berichte zu achten. So fällt auf, daß viele Berichte nicht auf neues Material rekurrieren, sondern schlichtweg Passagen aus früheren Berichten wortwörtlich übernehmen. Eine Reihe von vorläufig verzeichneten Akten des Büro Hermann Materns beweisen die immer vermutete, aber in dieser Eindeutigkeit doch überraschende Systematik in der kaderpolitischen Mitsprache der SED bei der Besetzung und Kontrolle von staatlichen Mandatsträgern der DBD.

Stichproben hinsichtlich etwaiger Beziehungen zur DBD wurden außerdem in den Beständen der FDJ, der NDPD und der Ost-CDU mit wenig Erfolg vorgenommen. Um die Tätigkeit und Funktion der für die SED-Agrarpolitik nicht unwichtigen Massenorganisation Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe VdgB (ab 1950 VdgB(BHG), ab 1957 VdgB) zu erschließen und ihr Verhältnis zur DBD zu bestimmen, wurden die Bestände dieser Massenorganisation eingesehen, vornehmlich die Sekretariatsakten und die Handakten des Generalsekretärs Kurt Vieweg[31].

Von den staatlichen Provenienzen sind vor allem die umfänglichen Bestände des Landwirtschaftsministeriums von zentraler Bedeutung; sie umfassen auch die Überlieferung seiner Vorläufer von 1945 bis 1949, der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft bzw. der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der Deutschen Wirtschaftskommission. Die agrarpolitische Umwäl-

---

[29] Insgesamt ist die Überlieferung der Abt. LW dünn für die Frühzeit der Abteilung, für die Zeit während Ulbrichts Zuständigkeit von 1950–1953, sowie während der heißen Phase der Kollektivierung von Januar bis April 1960. Siehe Einleitung Findbuch ZK-Abteilung Landwirtschaft 1945–1961.

[30] Ein Aktenbestand „Büro Erich Mückenberger" ist nach Auskünften der zuständigen Archivarin, Frau Solveig Nestler, überliefert, er war bis zum Abschluß der Recherchen nicht zur Einsicht freigegeben.

[31] Die Akten waren in ungeordnetem und vorläufig verzeichnetem Zustand, vor allem war nicht genau zu ermitteln, welche einschlägigen Akten des Bestandes noch im Geschäftsgang des Deutschen Bauernverbandes waren, in den die VdgB nach der Wende aufgegangen war. Bemühungen des zuständigen Archivars verliefen ergebnislos.

zung der fünfziger Jahre und die häufig im Sande verlaufenen Umorganisationsversuche des Ministeriums scheinen sich unmittelbar in einer chaotischen Aktenstruktur niedergeschlagen zu haben. Dies erschwert erheblich die Benutzung des allein bis 1961 über 10000 Akten zählenden Bestandes.

Weiter wurden Akten der Länder und Bezirke eingesehen, und zwar aus den oben genannten Gründen mit Schwerpunkten in den Ländern Mecklenburg und Sachsen bzw. den Bezirken Schwerin und Dresden. Brandenburgische Akten waren für die Gründungsphase der DBD erhellend. Die Recherchen in den Landesarchiven konzentrierten sich auf die Provenienzen der jeweiligen SED-Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen bzw. Befreundete Organisationen, die nicht überall für den gesamten Untersuchungszeitraum vorliegen. Hinsichtlich der politischen Entscheidungsfindung waren erneut die Provenienzen der SED-Gremien und Abteilungen ergiebiger. Zur Rekonstruktion der Gründungsphase der DBD sind außerdem die Akten der VdgB-Landesverbände nützlich.

Ohne Einsicht in Akten des Ministeriums für Staatssicherheit hätte die Studie wichtige Strukturen nicht erschließen können. Die Zielrichtung des MfS und damit auch der SED ergibt sich aus den knappen, aber aussagekräftigen Handlungsanweisungen an die Informellen Mitarbeiter bzw. aus den auswertenden Bemerkungen für das eigene weitere Vorgehen des MfS. Innerparteiliche Konfliktlinien der fünfziger Jahre sind in ausreichender Dichte nur auf der Basis von IM-Berichten zu erschließen. Die nicht wenigen Inoffiziellen Mitarbeiter in den politischen Abteilungen des Parteivorstandes und vor allem die Informationsträger im Sekretariat der DBD gaben maßgebliche Entscheidungen und Interna preis. Fast wünscht sich der Historiker, daß das MfS, dessen Akten uns ab 1957 tiefe Einblicke gestatten, schon früher jene Schlüsselrolle eingenommen hätte. Die personenbezogenen Materialien sind dabei grundsätzlich zu scheiden in Akten, die über Personen ohne deren Zutun oder Verpflichtungserklärung angelegt wurden – kenntlich durch die Abkürzung AOP und AP bei den Personennamen – sowie in Akten, die auf einer Verpflichtung zur inoffiziellen Zusammenarbeit beruhen – in den Archivsignaturen abzulesen an den Zusätzen AIM und AGI. Manche Personen waren in Vorgänge beider Art involviert. „Offizielle" Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit zog ebenfalls die Kategorisierung als AOP- bzw. AP-Vorgang nach sich.

Erst wenn die Verläßlichkeit einer Behauptung in einer Quelle aus dem Geflecht an IM-Berichten verschiedener Personen gesichert schien, floß sie als Befund in den Text ein oder wurde als Information für die weitere Analyse akzeptiert. Besondere quellenkritische Vorsicht ist überall dort geboten, wo dritte Personen besonders gelobt oder besonders kritisiert wurden, weil dies zwar Rückschlüsse über eine eventuelle Intention des Berichtenden zuläßt, wahrheitsgetreue Einschätzungen aber verschleiern kann. Deshalb gilt es, Rang und Stellung im Parteiapparat, sich daraus ergebende persönliche Intentionen und Ambitionen im Blick zu haben, sowie die innerparteiliche „Fraktionszugehörigkeit" des Spitzels mitzubedenken. Eine isolierte Sinnerschließung einzelner MfS-Dokumente ist methodisch nicht vertretbar, vielmehr ist Textinhalt und -struktur des gesamten Materials der eingesehenen Provenienzen im Zusammenhang zu betrachten.

Weiter ist zu beachten, daß die berichteten Inhalte durch die Bearbeitung des ermittelnden Berichterstatters im MfS vielfach verfremdet wurden. Typologisch zu unterscheiden sind hier Berichte, die tatsächlich eigenhändig von IM vor oder während der Treffen verfaßt und an die Verbindungsleute übergeben wurden, und nachträglich erstellte „Treffberichte" aus der Feder der Verbindungsleute. Ab 1958 ist letztere Form der Haupttypus unter den IM-Materialien zur DBD[32]. Schließlich wurden auch sachbezogene Akten des MfS ausgewertet. Aufgrund des momentanen Erschließungsgrades dieser Materialien und der grundsätzlichen Benutzungsmöglichkeiten ist für Forschende außerhalb der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit keine systematische Auswertung möglich. Die eingesehenen Gesamtanalysen des MfS zur Landwirtschaft und insbesondere zur Tätigkeit des MfS-Apparates in der Landwirtschaft und gegenüber den Parteien waren hilfreich.

Zuletzt ist auf zwei Grundprobleme im Umgang mit DDR-Akten einzugehen. So aussagekräftig die SED-Provenienzen des ZK-Sektors bzw. der Arbeitsgruppe „Befreundete Organisationen" sind, so sehr vermißt man darin ein Eingehen auf viele Politikfelder der anderen Blockparteien, obwohl diese nachweislich darin tätig waren. Neben den Materialien des Sektors ist auch für andere Provenienzen der SED zu konstatieren, daß Anlage und Leitfragen der Berichte in hohem Maße selbstbezogen und auf die Belange der SED zugeschnitten waren. Darin liegt auch die Hauptfunktion der Materialien des Sektors. Daher gewährt diese Überlieferung zwar Einblick in den Umgang der SED mit den genannten Problemen, sie verstummt aber dort, wo es um den eigenen Charakter der Blockparteien geht. Diese Prämisse der SED-Akten bringt es mit sich, daß solche Zusammenhänge, die die SED nicht für erheblich, berichtenswert oder archivwürdig befand, kaum zu rekonstruieren sind, wenn zugleich die Aktenmaterialien der DBD fehlen. Die vordergründige Materialfülle der SED-Überlieferung darf über dieses inhaltliche Defizit nicht hinwegtäuschen. Außerdem führte die gängige Berichtspraxis der SED zu einem erheblichen Informationsverlust, da die auf unteren Ebenen gesammelten Daten in zentralen Zusammenfassungen kumuliert wurden. Der ursprüngliche Gehalt einer historischen Konstellation schrumpfte dabei auf die Funktion eines Exempels im rhetorischen Dienst einer Gesamtintention zusammen, das zugrundegelegte Material wurde anschließend oftmals vernichtet. Diese Praxis ist innerhalb von SED wie DBD zu beobachten. Sie diente auch dazu, unerwünschte Tatbestände in den nach oben weitergereichten Berichten zum eigenen Vorteil zu verschleiern.

Aus verschiedenen Gründen wurde darauf verzichtet, für die Untersuchung Moskauer Archivbestände einzusehen. Der Zugang zu den entscheidenden Akten gestaltet sich nach wie vor sehr schwierig; dies gilt in besonderem Maße für einzelne Forschungen, die außerhalb einer offiziellen internationalen Zusammenarbeit stattfinden. Der zentrale SMAD-Bestand im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation ist zwischenzeitlich in Teilen zugänglich gemacht worden; er

---

[32] Zur Quellenproblematik von Materialien des MfS, insbesondere IM-Berichten, siehe grundsätzlich die Beiträge von Engelmann, Quellenwert; Schröter, Interesse; für kirchliche Funktionsträger: Schäfer, „Inoffizielle Mitarbeiter"; Müller-Enbergs, Verhältnis.

enthält lediglich Splitter der Landwirtschaftsabteilung, die vorrangig Materialien zur Durchführung von Agrarpolitik im engeren Sinne umfassen[33]. Sämtliche Akten, die Informationen über die Gründung und die weitere Einflußnahme auf die DBD enthalten dürften, liegen im Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, wofür es keine geregelten Zugangsverfahren gibt. Hier lagern unter anderem die „politischen Akten" der SMAD und alle Bestände der SKK, die vorübergehend zugänglich gewesenen Akten des Chefs der Informationsverwaltung der SMAD, Tjulpanow, sowie die kaum zugänglichen Akten Semjonows, des „Politischen Beraters" der SMAD. Im ehemaligen Parteiarchiv der KPdSU, das in zwei Abteilungen (bis 1952 und ab 1953) gegliedert ist, finden sich die Akten der sowjetischen ZK-Abteilungen, unter anderem der Abteilung für internationale Beziehungen[34]. Im Archiv des Verteidigungsministeriums liegen die Akten der Kommandanturen, die für regionalgeschichtliche Zugriffe von einschlägiger Bedeutung sind. Auch diese Akten gelten als weitgehend unzugänglich. Die Studie beschränkt sich daher auf die Auswertung derjenigen Spuren sowjetischen Einwirkens, die in fast allen ausgewerteten Beständen zu finden waren.

Forschungsstand

In den seit 1990 betriebenen Forschungen führt die DBD wie auch die NDPD ein Schattendasein. Beide profitierten kaum von dem Interesse für die Geschichte der bürgerlichen Blockparteien CDU und LDP, das seit 1990 aufgrund ungeahnten Aktenzugangs wieder entflammte; die auf neuer Aktengrundlage publizierten Studien und Beiträge zu Parteien blieben insgesamt überschaubar[35]. Zur Geschichte der SED liegen mittlerweile Darstellungen vor, die bis zum Jahr 1953 reichen; quellengestützte Untersuchungen zur SED-Parteigeschichte für die Jahre danach fehlen ebenso wie solche zu einer Reihe von zentralen Politikfeldern der SED im Untersuchungszeitraum[36]. Dünn gesät ist die Literatur über die

---

[33] Im Bestand SMAD befinden sich 180 Akten der Landwirtschaftsabteilung, Bericht von I. Scherbakowa am ZZF Potsdam 1997; vgl. Nochotovic, Dokumente, S. 24.

[34] Akten der Abteilung Internationale Beziehungen 1953–1957 konnten in einer Mikrofilm-Veröffentlichung eingesehen werden, vgl. International Department.

[35] Während Richters tiefgreifende Studie zur Ost-CDU bis 1952 noch ausschließlich auf im Westen zugänglichen Materialien beruht, wertet erstmals die bis 1948 reichende Untersuchung von Baus die einschlägigen DDR-Aktenbestände aus; die Arbeit von Wilde verzichtete darauf. Richter, Ost-CDU, Baus, CDUD, zur Ost-CDU als Forschungsgegenstand S. 18–23, Wilde, SBZ-CDU; zur CDU auf neuerem Stand siehe auch Rißmann, Kaderschulung, sowie der Sammelband von Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU; zu MfS-Einflüssen Suckut, DDR-Blockparteien, ders., Erwartung; zur LDP: Bode, Liberal-Demokraten; Sommer, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands; Louis, Liberal-Demokratische Partei; Hübsch/Frölich, Deutsch-deutscher Liberalismus; kurze Beiträge zu allen Blockparteien in: Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien. Siehe auch die Beiträge in den Bänden der Enquete-Kommission, die häufig auf schon publizierten Beiträgen basieren. Zu nennen sind die Beiträge von Richter, Entstehung, Müller, Entstehung, Frölich, Transmissionsriemen (zur NDPD), Eckert, Rolle, und Lapp, Blockparteien und ihre Mitglieder. Außerdem Henkel, Dienste.

[36] Eingehender erforscht ist die Vereinigung SPD/KPD sowie der Prozeß der „Stalinisierung" der Partei und ihre Frühgeschichte; siehe Wilke (Hg.), Anatomie; Malycha (Hg.),

Politik gegenüber den Blockparteien insgesamt[37] und deren Anleitung im besonderen[38].

Nimmt man die gesamte, auch ältere Forschung zur DBD in den Blick, so ist an erster Stelle die 1984 erschienene Dissertation von Bernhard Wernet-Tietz zu nennen[39]. Auf akribisch zusammengetragener, im Westen greifbarer Materialbasis versucht er, die Geschichte von VdgB und DBD im Zeitraum von 1948 bis 1952 zu rekonstruieren. Seine Arbeit ist streng politikgeschichtlich angelegt und weiß sich dem oben dargelegten Mannheimer Forschungskonzept verpflichtet, das sämtliche Blockparteien und Massenorganisationen als Transmissionsriemen der Interessendurchsetzung der SED versteht. Als Hauptmovens für die DBD-Gründung sieht Wernet-Tietz daher das politische Interesse der SED, ein weiteres Instrument zur Herrschaftsdurchsetzung zu gewinnen[40]. Aufgrund der beschränkten Aktenbasis fallen inhaltliche Lücken wie etwa zu den parteiinternen Verhältnissen, Entscheidungsabläufen oder zu den Anleitungsmechanismen der SED bei einer Gesamteinschätzung des Buches nicht ins Gewicht. Es ist jedoch zu bedenken, inwiefern nicht das Transmissionskonzept als Anlageprinzip der Studie und eine Fokussierung auf eine vorwiegend funktionsbezogene Analyse im Rahmen dieses Konzeptes gewisse Vorannahmen zwangsläufig bestätigt haben. Denn Brüche, Reibungen und Widersprüche sind in dieser Konzeption tendenziell ausgeblendet. Bei Wernet-Tietz führt das Übergehen solcher Bruchstellen etwa dazu, die zeitlich später und mit personeller und finanzieller Unterstützung der VdgB gegründete DBD quasi als Transmissions-Nachfolgeorganisation der VdgB zu sehen[41]. Dennoch behält die Studie für die Anfangszeit der Partei und für die Frühgeschichte der VdgB wissenschaftliche Geltung.

Die neuen, nach 1990 vorgelegten Beiträge zur Geschichte der Bauernpartei beschränken sich auf diejenigen von Nehrig, Kühne und Reichelt sowie für die hier unerhebliche Zeit 1989/1990 auf einen Beitrag von Jäger und Walter[42]. Christel Nehrig, selbst Kennerin der frühen ostdeutschen Nachkriegsagrargeschichte[43], erarbeitete unter Verwendung weniger neuer Akten eine Skizze der DBD bis 1990. Sie bricht zu Recht das Verdikt auf, daß sich die DBD auf ein bloßes Anhängsel der SED reduzieren lasse, indem sie politische Einzelbeiträge der DBD 1949/1950 nennt und Mitgliederkonkurrenzen zur SED andeutet. Eine Skizze zu

---

Weg, ders., Partei, ders., SED; wegweisend zum Vorgang der inneren, selbstinduzierten „Stalinisierung" Hurwitz, Stalinisierung.

37 Für Brandenburg Reinert, Brandenburgs Parteien.

38 Eine Ausnahme bilden sehr knappe Ausführungen Sommers, Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 59–69.

39 Wernet-Tietz, Bauernverband; sowie die daraus entstandenen Beiträge von dems., Rolle, sowie Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

40 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 99–103.

41 Ebd., S. 101; Akten einbeziehend, aber unergiebig: Kurek, VdgB; neu zum ldw. Genossenschaftswesen: Schöne, Genossenschaftswesen und Agrarpolitik.

42 Nehrig, Rolle; Kühne, Anfänge; Reichelt, Blockflöte; Jäger/Walter, Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

43 Siehe u.a. Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung; Nehrig, Landwirtschaftspolitik; dies., Weiterentwicklung; dies., Bodenreform; dies., Industriearbeiter; dies., Uckermärker Bauern; Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung.

den Anfängen der Partei, insbesondere zu unbekannten Auseinandersetzungen in der Führungsspitze, schrieb Konrad Kühne. Weit umfänglicher und als dezidierte Gegenposition zur älteren bundesdeutschen Forschung angelegt – obgleich er diese nicht auswertet – ist die Gesamtdarstellung zur Parteigeschichte der DBD bis 1990 von Hans Reichelt. Reichelt, der 1950 als Organisationsleiter und Sekretär zur DBD stieß und bis 1963 langjähriger Landwirtschaftsminister war, zählt sicher zu den besten internen Kennern der Geschichte der Bauernpartei und der Agrarpolitik der DDR. Neben parteihistorischen Ausführungen behandelt der Autor en passant auch Grundlinien der ostdeutschen Agrargeschichte und die von ihm schmerzlich empfundenen Auswirkungen der Vereinigung auf den Agrarsektor in den neuen Bundesländern. Zwar sah Reichelt manche SED-Akte – auf die Sichtung der DBD-Archivalien verzichtete er offenbar bewußt – und schildert viele bis dahin unbekannte Details der Geschichte der Partei wie auch ihres teils problematischen Verhältnisses zur SED. Dennoch ist hervorzuheben, daß die Darstellung in keiner Weise wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und stark geprägt ist von der persönlichen Sicht des Verfassers, der daraus auch kein Hehl macht[44].

Unter dem Oberbegriff „Materialsammlung" sind schließlich auch eine Reihe von DDR-Diplomarbeiten zur Geschichte der DBD zu nennen, die seit Mitte der achtziger Jahre in enger Abstimmung mit der DBD-Parteiführung entstanden sind[45]. Sie beruhen auf wenigen, ausschließlich aus dem Fundus der DBD stammenden Aktenmaterialien, unter denen die ohnehin offiziöseren Parteivorstandsprotokolle überwiegen; die aufschlußreicheren Sekretariatsakten wurden nicht ausgewertet. Neben diesen erheblichen Mängeln in der empirischen Basis sind sämtliche Arbeiten der gängigen Interpretation des Marxismus und dem Korsett teleologischer historischer Phasenentwicklungen verpflichtet und daher für die historische Forschung kaum brauchbar. Dies gilt auch für die russischen Beiträge zur DBD von Stafeewa[46]. Die meist hoch ideologisierten DDR-Arbeiten zur Block- und Bündnispolitik, denen eine empirische Fundierung weitgehend fehlt, sind in erster Linie für die ideologische Plazierung der DBD wie der bürgerlichen Blockparteien in der Sicht der SED heranzuziehen[47]. Dagegen sind die westlichen Darstellungen zur Blockpolitik, in denen die DBD meist nur gestreift wird, grundlegend für die Einordnung der Blockparteien in das Bündnisgefüge der

---

[44] Vgl. die Rezension der Verfasserin in: DA 31 (1998), S. 138–140.

[45] Den Zeitraum bis in die achtziger Jahre hinein decken folgende Arbeiten ab: Strohs, Wege; Strohm, DBD; Sturm, DBD; Börner, Wirken; Schimmank, Beitrag; Junghans, identisch mit Jürk, Juliane, Dialektik. Schon vorher entstand: Kijaschko, Taktik.

[46] Stafeewa, Is istorii obrasowanija Demokratitscheskoj krestjanskoi partii Germanii; dies., Demokratitscheskaja krestjanskaja partija.

[47] Krause, Geschichte, ders., Zusammenarbeit; vergleichsweise empirisch fundiert: Kaiser/Klose/Münch, Blockpolitik, Kaiser, Politik, dies., Zusammenarbeit; Münch, Einbeziehung. „Klassiker" zur DDR-Bündnispolitik: Im Bündnis fest vereint; Gemeinsam zum Sozialismus; sowie Bündnispolitik im Sozialismus, die Ausgaben von 1978, 1981 und 1989. Zum Marxschen Verständnis des Bündnisses mit den Bauern siehe Hertz-Eichenrode, Karl Marx.

SED, zum Verständnis der frühen Blockpolitik und der „Transformation" der bürgerlichen Parteien bis 1952[48].

Für das Thema und die Konzeption der Studie ist außerdem die agrarhistorische und agrarpolitische Forschung zu berücksichtigen. Auch hier gilt weiterhin, daß die Forschung im Hinblick auf zentrale Fragen der Agrarpolitik der SED weitgehend auf ältere Literatur angewiesen ist. Für eine Reihe von agrarhistorischen Themen der Frühphase von SBZ und DDR sind in den neunziger Jahren weiterführende Beiträge vorgelegt worden. Dies gilt insbesondere für die politische Durchführung der Bodenreform[49] – auch aus der parteigeschichtlichen Perspektive der CDU und den frühen Planungen der KPD[50] –, die Agrarpolitik um 1949[51] und die Frage der Bildung von LPG im Gefolge der 2. Parteikonferenz der SED[52]. Auch der biographische Zugang über die Gestalt Kurt Viewegs, des Generalsekretärs der VdgB, Sekretärs der SED für Landwirtschaft und später wegen „Revisionismus" verurteilten Vorsitzenden der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften, erwies sich als fruchtbar[53]. Für die Phase von 1956 bis 1961 liegt ein instruktiver Beitrag von Dieter Schulz vor, der diesen Abschnitt forcierter Sozialisierungspolitik auf dem Land behandelt, jedoch keine zentralen Entscheidungsabläufe untersucht[54]. Weiterhin ist man daher auf die ältere und nun aktualisierte, wenngleich schon vor 1989 vergleichsweise umfänglich aktengestützte Interpretation von Monika Kaiser angewiesen; ihre Darstellung zur Innenpolitik Ulbrichts von 1958 bis 1971 ist bislang ohne wissenschaftliche Replik geblieben[55]. Von den älteren DDR-Dissertationen zur agrarsozialen Geschichte verdienen nur jene Beachtung, die – bei allen ideologischen Zugeständnissen – über eine empirische Grundlage verfügen. Zu nennen sind hier diejenigen von Schulz für die Zeit von 1949 bis 1955 – ein wichtiger Beitrag zur ländlichen Sozialgeschichte –, von Fritsch, Noziczka und Matschke[56]. Eine tiefgehende neue Erarbeitung der agrarpolitischen Konstellation ist trotz der älteren Beiträge ge-

---

[48] Weber (Hg.), Parteiensystem; Suckut, Krise; ders., Blockpolitik; siehe auch neben dem schon genannten Beitrag von Wernet-Tietz zur DBD diejenigen zu den anderen Parteien von Suckut (CDU), Staritz (NDPD) und Dähn (LDP) im SBZ-Handbuch. Aufschlußreich auch Grasemann, Theorie, schon älter: Kulbach/Weber, Parteien.

[49] Siehe dazu die regional ausgerichteten Beiträge Bauerkämpers sowie die Untersuchungen in dem von ihm herausgegebenen Sammelband. Bauerkämper, Antinomien; ders., Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg; ders. (Hg.), „Junkerland in Bauernhand". Siehe auch jene, auf die Bodenreform eingehenden Beiträge im Sammelband von Kluge u.a. (Hg.), Bodenreform, sowie Mollnau, Bodenrechtsentwicklung.

[50] Suckut, Konflikt, in teilweiser Revision von Hermes, Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, und jetzt neu Baus, CDUD; Erler u.a. (Hg.), Hitler.

[51] Kuntsche, Bauern.

[52] Scherstjanoi, DDR; Kluge, Wandel.

[53] Scholz, Bauernopfer; ders., Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956. Kritisch gegenüber der betriebswirtschaftlichen Konzeption Viewegs: Kluge, Affäre.

[54] Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln".

[55] Kaiser übernimmt in ihrem jüngsten Werk die Ergebnisse und Interpretationen ihrer vorherigen Forschungen; Kaiser, Politik; dies., Zusammenarbeit; dies., Machtwechsel.

[56] Fritsch, Verwirklichung; Noziczka, Politik; Matschke, Entwicklung; siehe auch die Beiträge von: Griebenow/Meyer, Einbeziehung; Graffunder, Dialektik; Herferth, Aufschwung; Meyer, Entwicklung.

boten, weil sich allein anhand intensiver Aktenstudien kritisch einschätzen läßt, was die älteren Studien aus welchen Gründen gezielt verschweigen oder verschleiern[57].

Schließlich hatte auch die bundesdeutsche agrarwissenschaftliche Forschung kontinuierliches Interesse an der DDR. Bereits in den fünfziger Jahren erschienen erste Darstellungen zur Agrarwirtschaft. Häufig im Auftrag bundesdeutscher Ministerien entstanden, schilderten viele Arbeiten die Entwicklung in der Agrarwirtschaft der DDR als Beitrag zur „Sowjetisierung" und Angleichung an osteuropäische Modelle[58]. Diese Berichte zur Lage der Agrarwirtschaft in der DDR wurden in den sechziger Jahren fortgesetzt[59]. Mit zunehmenden Anpassungsproblemen der bundesdeutschen Agrarwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft rückte die inzwischen völlig umgestaltete Landwirtschaft der DDR erneut ins Blickfeld von Agrarwissenschaftlern; sie folgten teilweise auch der zeitgenössischen „systemimmanenten" Betrachtungsweise, wie sie die Sozialwissenschaften zur Analyse der DDR empfohlen hatten[60]. Nach wie vor entstehen im ministeriellen Umfeld oder auch bei der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie agrarwissenschaftliche Beiträge, die jedoch in der Regel nicht oder kaum historisch fundiert sind[61].

Die ländliche Sozialgeschichte galt lange als Stiefkind der Forschungen zur Bundesrepublik[62]. Inzwischen sind freilich Studien sowohl für Länder und Regionen der Bundesrepublik wie auch für die Sowjetische Besatzungszone und die frühe Zeit der DDR bis 1952 vorgelegt worden[63]. Angesichts der umfassenden sozialen Auswirkungen und der hohen legitimatorischen Bedeutung der Bodenreform drängte sich eine Reihe von Untersuchungsfeldern geradezu auf: so etwa

---

[57] Prinzipiell neigen viele DDR-Untersuchungen dazu, Zahlenmaterialien als „Erfolgsmeldungen" zu interpretieren und Phasen der Stagnation oder Abnahme der LPG zu übergehen, es sei denn, es erschien politisch geboten, die „Wühlarbeit" des „Klassenfeindes" für ein Nachlassen des „sozialistischen Fortschrittes" verantwortlich zu machen.

[58] Kramer, Bolschewisierung; Kramer u. a., Landwirtschaft; Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas; Wädekin, Agrarpolitik; Kaul, Sowjetideologie; Horz, Kollektivierung. Die ältere Forschung reflektierend Bauerkämper, Legitimation, und neu Kluge, „sozialistische Landwirtschaft".

[59] Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft; Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland; Hoffmann/Schinke, Bodenrecht; weiterhin instruktiv die Darstellung zur Agrarwirtschaft von Tümmler/Merkel/Blohm (Hg.), Agrarpolitik.

[60] Immler, Agrarpolitik – eine verkürzte Druckfassung seiner Dissertation: Die Konzeption der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR und ihre Realisierung, Berlin 1971; Diskussionen zu einer, wegen der systemimmanenten Sicht zu positiven Einschätzung der LPG etwa in Merkel/Immler (Hg.), DDR Landwirtschaft in der Diskussion; prononciert die Thesen bei Immler, Veränderung.

[61] Lohnenswert, obgleich unter der verkürzenden Prämisse verfaßt, daß schon die Bodenreform der Kollektivierung und der weiteren Überführung privaten Eigentums in genossenschaftliche und staatliche Eigentumsformen den Weg bahnte: Krebs, Weg. Siehe auch Werschnitzky, Anmerkungen; instruktiv Bell, Enteignungen.

[62] Erker, Zeitgeschichte, S. 237.

[63] Zur Bundesrepublik: ders., Abschied; für Bayern: Eichmüller, Landwirtschaft; für Westfalen: Exner, Beharrung, und – unter geschlechtergeschichtlicher Perspektive – Albers, Hin zur „weiblichen Berufung"; zur DDR konzeptionell weiterführend, die Einleitung von Lindenberger in ders. (Hg.), Herrschaft.

zur Sozialgeschichte der Neubauern und ihrer Integration als Versuch der Konstruktion einer neuen ländlichen Gesellschaft[64], aber auch Fragen der Beharrungskraft traditioneller Milieus und der neu gelagerten sozialen Beziehungen[65]. Weniger zahlreich sind die neueren Beiträge solcher Art für die Zeit von 1952 bis 1963[66]. Allerdings liegen inzwischen zwei Mikrostudien zu einzelnen Dörfern vor. Antonia Humm untersucht ein west- und ein ostdeutsches Dorf von 1952 bis Ende der sechziger Jahre; Barbara Schiers Darstellung zu Merxleben – dort wurde 1952 offiziell die erste LPG der DDR gegründet – stützt sich vor allem auf Interviews und ist methodisch den Kulturwissenschaften verpflichtet. Für die siebziger und achtziger Jahre gibt es zumeist sozialwissenschaftliche, auch unter Geschlechterperspektive erarbeitete Beiträge[67].

Zum Aufbau der Studie

Die Studie beginnt mit einer knappen Darlegung der Ausgangsbedingungen, die zur Erschließung der Gründungsmotive beitragen soll. Zu den 1945 grundgelegten Prämissen zählen die Bodenreform und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen sowie die Existenz divergierender agrarpolitischer Konzeptionen der politischen Akteure. Das drohende Scheitern der SED-„Bauernpolitik" um den Jahreswechsel 1947/48, die parteien- und blockpolitische Krise dieser Zeit und die sowjetischen Konzeptionen zur Blockpolitik werden auf ihre Rolle hin untersucht. In Kapitel II wird der eigentliche Gründungsprozeß bis 1949 dargelegt. Im einzelnen ist einzugehen auf seine regionale Durchführung, die sozialstrukturelle Zusammensetzung des Gründungspersonals, die programmatischen und statuarischen Grundlagen sowie auf die erste Resonanz, die die Neugründung bei politischen Akteuren aller Couleur und vor allem bei der umworbenen ländlichen Bevölkerung hervorrief. Kapitel III enthält einen systematisch von 1948 bis 1963 angelegten Längsschnitt der organisatorischen Entwicklung der Partei, so zur Entwicklung des Führungspersonals, der Leitungsgremien und der Mitgliederstruktur. Dem schließt sich im IV. Kapitel eine Analyse der politischen Einordnung der DBD an, bestimmt durch die anleitende, steuernde und kontrollierende Machttrias der sowjetischen Behörden, der SED und ihrer ZK-Abteilungen sowie dem Ministerium für Staatssicherheit.

---

[64] Siehe dazu die zahlreichen instruktiven, wenngleich unterschiedlich empirisch fundierten Beiträge Bauerkämpers, Von der Bodenreform; ders., Flüchtlinge; ders., Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952; ders., Neubauernprogramm; ders., Agrarwirtschaft; ders., Problemdruck; Nehrig, Uckermärker Bauern; Spix, Bodenreform in Brandenburg.

[65] Bauerkämper, Führungsgruppen; ders., Strukturumbruch; ders., Antinomien; speziell zu Landarbeitern ders., Aufwertung; Nehrig, Industriearbeiter.

[66] Zur bäuerlichen Situation und Haltung Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt" sowie Bauerkämper, Verhalten. Am brandenburgischen Beispiel siehe auch Bauerkämper, Zwangsmodernisierung, ders., Loyale „Kader", Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten" sowie zur Rolle der Volkspolizei bei der Kollektivierung: Lindenberger, ABV.

[67] Humm, Weg; Schier, Alltagsleben, siehe dort zur sozialwissenschaftlichen Erforschung der ländlichen DDR, S. 27–43; Ansorg, Fortschritt, sowie – etwas idealisierend – Panzig, Hin zum eigenen Beruf.

Die Kapitel V bis IX untersuchen sodann in chronologischer Abfolge die Tätigkeit der DBD im agrarpolitischen Prozeß. Dem dargelegten methodischen Konzept der Studie zufolge sollen dort sowohl zentrale agrarpolitische Entscheidungsvorgänge und Handlungsoptionen der Parteiführungsspitze als auch Reaktionen, Interessen und Haltungen der Mitgliederschaft aufgezeigt werden[68].

[68] Russische Namen im Text werden in der transskribierten Form wiedergegeben, sie weichen daher von der in der Literatur bisweilen verwandten Transliteration ab. Übersetzungen aus dem Russischen und Polnischen fertigte Dieter Pohl, München, an.

I. Kommunisten und Bauern in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1948

1. Ausgangsbedingungen

Zur Situation der Landwirtschaft bei Kriegsende

Das von den sowjetischen Truppen eingenommene Territorium der späteren SBZ genoß in den Überlegungen der sowjetischen Besatzungspolitik im Frühjahr 1945 eine hervorgehobene Rolle. Stalin betrachtete dieses Gebiet Deutschlands als solches, das im Unterschied zu den abgetrennten östlichen Reichsgebieten nicht dauerhaft mit rigiden sowjetischen Herrschaftsmethoden zu unterwerfen sein würde. Zu seiner Bevölkerung mußten die Besatzer daher ein auskömmliches Verhältnis finden[1]. Freilich lebte hier eine „Zusammenbruchgesellschaft"[2], ein Begriff, der auch die Verhältnisse in der ländlichen Welt charakterisiert.

Aus dem Land transportierten sowjetische Soldaten ab, was beweglich war – Nutz- und Zugtiere, Traktoren, Maschinen und andere Betriebsmittel, die wiederum für eine geregelte Ernte und die dringend nötige Ernährungssicherung fehlten. In Berlin sei im Juni offenbar halbwegs Ruhe eingekehrt, „auf dem flachen Lande allerdings scheinen sich die Verhältnisse noch keineswegs überall so günstig anzulassen", hielt man im Umkreis des Berliner Haupternährungsamtes fest[3]. Im Unterschied zu den westlichen Besatzungszonen waren Teile der späteren SBZ, vor allem im östlichen Mecklenburg und Brandenburg, unmittelbarer Schauplatz der verheerenden Kriegshandlungen gewesen. Dort stieß man häufig auf verminte oder von Geschützgräben durchzogene Ackerflächen[4]. Ausgezehrt von den Anforderungen der nationalsozialistischen „Erzeugungsschlachten", war ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Betriebe schwer in Mitleidenschaft gezogen worden, aber in der betriebswirtschaftlichen Substanz noch intakt. Die Frühjahrsbestellungen 1945 konnten wegen der Kampfhandlungen nicht richtig durchgeführt werden, die Ernte fiel mager aus, und der Mangel an Dünger, Saatgut, schwerem Gerät und menschlicher Arbeitskraft, der die Herbstbestellung 1945 behinderte, kündigte für das folgende Jahr eine noch schlechtere Ernährungslage an[5]. Willkürliche Plünderungen und Brandstiftungen sowjeti-

---

1 Vgl. sssR i germanski vopros, Bd. 1; Zeidler, Kriegsende, S. 155–167; Naimark, Russians, S. 76; diese Zäsur ist auch in der sowjetischen Internierungspolitik abzulesen, Sowjetische Speziallager, Bd. 2, Einleitung S. 15, Dok. 18 u. 19, S. 174 f.

2 Kleßmann, Staatsgründung, S. 37.

3 Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht", Bericht zur „Lage im russischen Raum", S. 601–618, bes. S. 616, Zitat S. 601.

4 So für den Kreis Neubrandenburg, Woderich, Junkerdorf, S. 14 f.

5 Zur Situation 1945, für Brandenburg: Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 266; für Mecklenburg: ders., Antinomien, S. 367; für Sachsen: Kluge,

scher Soldaten verschlimmerten die Kriegsschäden[6]; die anhaltenden gewalttätigen Übergriffe vor allem gegen Frauen, aber auch gegen Männer hinterließen tiefe Spuren[7]. Häufig stifteten diese Erlebnisse lebenslange Traumata und konterkarierten die von der Propaganda hochgehaltene deutsch-sowjetische Freundschaft[8].

Bislang liegt keine umfassende Bestandsaufnahme der agrarökonomischen Lage 1945 vor, schon gar nicht auf neuer Aktenbasis. Einzeldaten gestatten daher nur einen begrenzten Einblick: Bezogen auf das Jahr 1943 meldete die erste Viehbestandserhebung 1946 für die Bestände an Pferden 91%, Rindvieh 78%, Kühen 70%, Schweinen 49% und Schafen 41%. Die Viehverluste lagen damit erheblich über denjenigen im westlichen Besatzungsgebiet[9]. Freilich gab es starke regionale Unterschiede. In den Kriegsgebieten war der Viehbestand häufig auf die Hälfte dezimiert, die wertvollen Herdbuchbestände großer ostelbischer Güter wurden zum Teil kurzsichtig weggetrieben und kamen um. Das Ackerland war schon von 1938 bis 1946 um rund 5% geschrumpft[10]. Dem schlechten Bodenzustand trug man in den folgenden Jahren insofern Rechnung, als der Anbau fruchtbarkeitsmehrender Pflanzen auf Kosten des Anbaus fruchtbarkeitszehrender relativ ausgedehnt wurde[11]. Das vormalige Reichsgebiet hatte auch zu Zeiten der Kriegswirtschaft dank eines rigiden aber systematischen Kontingentierungs- und Erfassungssystems und aufgrund der Ausbeutung ausländischer Zwangs- und Fremdarbeiter bis zuletzt landwirtschaftliche Überschüsse produziert, die in das Altreich flossen[12]. Unter den Bedingungen des Jahres 1945 war hingegen die Subsistenzwirtschaft auf dem Vormarsch.

Nach Kriegsende war die Landwirtschaft von einem Großteil ihrer bisherigen Arbeitskräfte entblößt. Viele Gutsbesitzerfamilien waren vor der heranrückenden Roten Armee geflohen, ausländische Arbeiter traten überwiegend den Nachhauseweg an. Wenngleich Flüchtlinge und Vertriebene in diese Lücken stießen, so entstanden neue Probleme. Die Flüchtlings- und Vertriebenenzüge strömten stärker in die dünn besiedelten agrarischen Gebiete von Mecklenburg-Vorpommern

---

„Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 104f.; Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 44–49; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 28.

[6] Kramer, Bolschewisierung, S. 86f.

[7] Zum Problem der Vergewaltigungen: Naimark, Russians, S. 69–140; siehe auch Foitzik, Struktur, S. 67–75.

[8] Jene Mitglieder der DBD, die für Funktionsposten in Frage kamen und von denen bekannt war, daß es in ihren Familien zu gewalttätigen Übergriffen sowjetischer Soldaten gegen Frauen gekommen war, wurden intern oft sorgfältig auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft.

[9] Kramer, als Mitarbeiter der DVLF gut informiert, nennt diese Zahlen 1951, ders., Bolschewisierung, S. 88; weitere Zahlen bei Kotow, Agrarverhältnisse, S. 68, Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 28f.

[10] Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, S. 424f., bis 1950 näherte man sich angeblich dem Vorkriegsstand wieder an, blieb aber weiterhin darunter.

[11] Merkel, Agrarproduktion, S. 197.

[12] Statt vielem: Lehmann, Zwangsarbeiter; Kramer, Bolschewisierung, S. 81–98; Gohl, Deutsche Demokratische Republik, S. 66.

(seit 1. 3. 1947 ohne Zusatz Vorpommern) und Brandenburg[13]. Bis 1946 hielten sich rund 3,9 Millionen von ihnen auf dem Gebiet der SBZ auf; im Dezember 1947 registrierte man dort rund 4,4 Millionen sogenannte „Umsiedler", die 24,3 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. In allen vier Besatzungszonen und Berlin kletterte ihre Zahl bis 1950 sogar auf 12 Millionen[14]. Für über zwei Millionen Menschen in Mecklenburg standen 1945 nur 247000 voll nutzbare Wohnungen zur Verfügung. Auch in Brandenburg hausten viele in Lehmhöhlen und anderen Behelfsunterkünften[15]. Neben der politischen und sozialstrukturellen ist vor allem die erfahrungsgeschichtliche Bedeutung der Tatsache, daß zwischen 1943 und 1948 fast die Hälfte aller Deutschen zwangsweise unterwegs waren, längst nicht historisch erfaßt[16].

Die ökonomische und soziale Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Gebiet der SBZ war bei einem Übergewicht der Gutswirtschaft in Ostelbien insgesamt durchmischt. Während in Sachsen, in der Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt) und in Thüringen bei teilweise ausgezeichneten Böden bäuerliche Betriebe vorherrschten[17], war die Gutswirtschaft für Mecklenburg und Brandenburg strukturbestimmend. Die Gutswirtschaft im Norden ist deutlich nach Betriebsgrößen zu unterscheiden: Neben großem Latifundienbesitz mit über 1000 ha Grund und den Gütern des niederen Adels, die einige Hundert ha umfaßten, waren auch staatliche Domänenbauern und ein geringer Anteil an landwirt-

---

[13] In Mecklenburg-Vorpommern stieg die Wohnbevölkerung von 1939 bis 1945 von rd. 1,4 auf 2,1 Mio, das Land war immer noch das am dünnsten besiedelte in der SBZ; Fait, Mecklenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 103. In der Provinz (Mark) Brandenburg wurden bis Sommer 1946 zwar 620000 Flüchtlinge und Vertriebene registriert, die Einwohnerzahl von 1939 stieg dadurch aber nur unwesentlich an. Dies., (Mark) Brandenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 80. Dennoch gab es Kreise, etwa den Kreis Neubrandenburg, wo 46,2% der Gesamtbevölkerung auf dem Land lebten und darunter 56,3% Umsiedler waren, Woderich, Junkerdorf, S. 15.

[14] Schwartz, Zusammenbruch, S. 43; Steinert, Flucht, S. 557–561. Veraltete, aber nach Anteil der Wohnbevölkerung der Länder ausgewiesene Zahlen bei Kijaschko, Taktik, S. 165, demnach gab es bis 1. 7. 1949 4,3 Mio Umsiedler in der SBZ, die 24,2% der Gesamtbevölkerung ausmachten; verteilt auf die Länder: Brandenburg 24,8%, Mecklenburg 43,3%, Sachsen-Anhalt 24,4%, Sachsen 17,2%, Thüringen 24,2%. Insgesamt stieg die Bevölkerung der SBZ von Jahresende 1939 bis 1946 von 16,7 Mio auf 18,5 und erreichte Ende 1947 mit 19,1 einen nie wieder erreichten Höchststand, Statistisches Bundesamt (Hg.), Sonderreihe, H. 3, Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989, S. 24f.

[15] Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 266.

[16] Zahlen bei ders., Flüchtlinge, S. 286.

[17] Die fruchtbarsten Böden lagen in Sachsen-Anhalt, das sowohl einen hohen Stand der Tierzucht als auch Getreideüberschüsse erwirtschaftete. In Sachsen gehörten 1939 56% der Betriebe der Größenklasse von 2–20 ha an; es war das führende Land der SBZ in der Viehhaltung, aufgrund der dichten Besiedelung aber kein landwirtschaftliches Überschußgebiet. Am stärksten bäuerlich geprägt war Thüringen, wo 98% der Betriebe unter 50 ha und insgesamt 84% der LNF bewirtschafteten, aber auch 20% der Nutzfläche ausgesprochen arme Böden waren (Thüringer Wald und Rhön). Kramer, Bolschewisierung, S. 82–86; Daten zu Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt in den jeweiligen Artikeln in SBZ-Handbuch, S. 127f., 148, 169. Zur Agrarstruktur Sachsens bis 1945: Kluge/Halder, Wirtschaftsordnung, S. 94–100.

schaftlichem Siedlungsland anzutreffen[18]. In Zahlen bedeutete dies beispielsweise für Mecklenburg folgende agrarische Besitzstruktur: Bis 1945 befanden sich noch 48% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LNF) und sogar 62% des gesamten Bodens im Besitz von 2200 bis 2500 Großgrundbesitzern. Der restliche Bodenbesitz verteilte sich 1933 auf 290 staatliche Domänen (116600 ha) und etwa 9500 Großbauern (mit je 20–100 ha); außerdem gab es 1939 31009 Kleinbauern mit einem Landbesitz unter fünf ha, die insgesamt rund 3,7% der Nutzfläche bewirtschafteten, und 26680 Mittelbauern (5–20 ha), die auf 18,2% der LNF arbeiteten[19]. In Thüringen dagegen waren zwei Drittel aller landwirtschaften Klein- und Zwergbetriebe mit weniger als fünf ha Besitz. Nur ein Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfiel auf den Großgrundbesitz[20]. Arbeitete in Mecklenburg noch über die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft – allein die abhängig beschäftigten Landarbeiter mit ihren Familien machten etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus –, so betrug dieser Anteil im industrialisierten Sachsen bei Kriegsende nur noch neun Prozent[21].

Der betriebswirtschaftliche Zustand der bäuerlichen wie der gutswirtschaftlichen Betriebe war im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts moderner als er häufig – insbesondere zur ideologischen Rechtfertigung der Agrarumwälzung – dargestellt wird[22]. Unübersehbar waren jedoch mit der Gutswirtschaft tiefgreifende soziale und politische Verwerfungen verknüpft. Eine starre Arbeits- und Sozialordnung bescherte großen Teilen der unterbäuerlichen Schichten entweder niedrige Geldlöhne bei gewissen sozialen Sicherungen (System der Deputatlöhne) oder einträglichere Löhne bei höherem sozialen Risiko, in jedem Fall aber meist ein Leben an der Armutsgrenze[23]. Die an Kontrakte gebundenen Landarbeiter waren häufig in die Betriebe integriert, indem sie über eine kleine Wohnung verfügten und ihre Kühe mitgefüttert wurden; im Falle einer Kündigung verloren sie alles. Nach patriarchalischem Muster gewährte Fürsorge bannte in Notlagen häufig die Gefahr, in die Proletarität abzurutschen. Am unteren Ende rangierten die landwirtschaftlichen Saison- und Wanderarbeiter, die zwar höhere Akkordlöhne erhielten, welche jedoch in aller Regel nicht ausreichten, um soziale Risiken abzufedern oder

---

[18] 2,7% aller Betriebe Mecklenburgs hatte eine Größe von über 200 ha (im Deutschen Reich insgesamt 0,5%), Kramer, Bolschewisierung, S. 83.

[19] Fait, Mecklenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 104.

[20] Die größte Land- und Waldfläche darunter besaß der Herzog von Coburg-Gotha mit rund 17300 ha. Welsh, Thüringen, in: SBZ-Handbuch, S. 169.

[21] Fait, Mecklenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 104; Welsh, Sachsen, in: SBZ-Handbuch, S. 128.

[22] Die Flexibilität der bäuerlichen Betriebe betont Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 104f., den vergleichsweise modernen betriebswirtschaftlichen Zustand der Gutsbetriebe unterstreicht Kuntsche, Entwicklung, dazu auch die Beiträge von Klemm und Achilles in Reif (Hg.), Agrargesellschaft, sowie Heß, Junker, S. 313–316.

[23] Zur Differenzierung Flemming, Klasse, S. 393f.; als Beispiel für einen von vielen Beiträgen Max Webers zum Thema: ders., Entwicklungstendenzen; Wunderlich, Farm Labor, passim; für die Verhältnisse bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die volkskundlichen Beiträge in: Rach/Wessel (Hg.), Bauer und Landarbeiter; zum Konfliktverhalten der Landarbeiterschaft in Pommern bis 1921: Kölling, Familienwirtschaft; für Mecklenburg: Steinmann, Bauer.

eine Familie zu gründen und zu versorgen[24]. Da ein Teil des Gründungspersonals der DBD dieser sozialen Schicht der ungesicherten Land- und Wanderarbeiter entstammte, sei auf ihre soziale Lage besonders hingewiesen. Bis zum Ersten Weltkrieg trug Auswanderung dazu bei, diesen potentiellen sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Von 1871 bis 1914 verlor Mecklenburg ein Siebtel seiner Bevölkerung, ganz überwiegend Landarbeiter, durch Auswanderung[25].

Die sozialen und kulturellen Dimensionen der Gutswirtschaft bis 1945 sind bislang nicht umfassend ausgeleuchtet[26]. Max Webers Diktum, wonach die „ostelbischen großen Güter [...] keineswegs nur Wirtschaftseinheiten, sondern lokale politische Herrschaftszentren" waren, bleibt nach wie vor gültig[27]. Nach dem Ende des Krieges wurde die politische Mitverantwortung der ostelbischen Gutsherren an der Machtergreifung Hitlers von den kommunistischen Kräften, die nun ihrerseits auf dem Weg zur Macht waren, dazu instrumentalisiert, auf eine völlige ökonomische und politische Liquidierung des Großgrundbesitzes zu drängen. Die existentielle Not auf dem Land ebenso wie die Konsumenteninteressen in den Städten ließen sie hoffen, daß dafür 1945 so günstige Ausgangsbedingungen wie nie zuvor bestünden.

Auf die landwirtschaftliche Lage wirkte die Herrschaftspraxis der sowjetischen Besatzung ein. Da die Kreiskommandanturen innerhalb ihrer Zuständigkeiten relativ selbständig Befehle erlassen konnten, war eine zentrale Regelung von oben nach unten und eine einheitliche in den verschiedenen Kreisen nicht gewährleistet. Die SMAD und ihre Organisationen in den Ländern und Provinzen erließen unzählige Anweisungen, von denen anfangs viele die Landwirtschaft betrafen[28]. Die Befehle widersprachen sich teilweise, schon der nächste machte oft die vorangegangenen zu Makulatur; bei Nichtbefolgen drohten jedoch harte Strafen. Erste Befehle vom 3. und 22. August 1945 stellten „Sabotageakte" bei der Ernte unter schwerste Strafen[29]. Am 18. August wurde ein Todesurteil gegen einen Parchimer Bauern bekannt gegeben, dem man vorwarf, er habe in betrügerischer Absicht über 30 ha Aussaatfläche verheimlicht, um sich der dafür fälligen Getreideablieferung zu entziehen[30]. Diese dirigistischen Praktiken hoben sich in der Wahrnehmung der Deutschen vom vergleichsweise elastischen System der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft ab; sie stießen auf wenig Gegenliebe, erschwerten die politische Wirksamkeit der Besatzungsherrschaft und schmälerten die Akzeptanz der protegierten Kommunisten dauerhaft.

---

[24] Flemming, Fremdheit; Weiland, Schicksal; dies., Lage; dies., Wanderarbeit.
[25] Steinmann, Bauer, S. 234; Polzin, Kapp-Putsch, S. 27.
[26] Besser erforscht ist das System der Gutsherrschaft bis 1900: Überblick bei Rösener, Bauern, S. 137–156, 161f.; Heß, Junker; Reif (Hg.), Agrargesellschaft; Kaak, Gutsherrschaft.
[27] Weber, Entwicklungstendenzen, S. 471.
[28] Quantitativ rangierten sie hinter den Bereichen Gewerbe und Verwaltung. Vgl. die Zusammenstellung der offenen, also nicht der „geheimen" und „streng geheimen" Befehle des Obersten Chefs der SMAD von Foitzik; Inventar, hier S. 54f. der Einleitung.
[29] Foitzik, Einleitung, S. 69f.
[30] Laufer, UdSSR, S. 29f.

Parteigründungen und Blockpolitik

Mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 gestattete die SMAD in ihrem Besatzungsgebiet die Gründung von „antifaschistischen Parteien" sowie „freien Gewerkschaften und Organisationen"[31]. Schon tags darauf wandte sich das ZK der KPD in einem „Manifest" an die Öffentlichkeit, in dem es die politische Wiedergeburt der Partei bekundete und mit einem „Aktionsprogramm" zur Gründung eines „Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien" aufrief[32]. All dies geschah früher als in den Besatzungsgebieten der westlichen Alliierten; ohne jegliche Vorklärung mit ihnen versuchte Stalin, damit seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem pluralen politischen Neuanfang im besiegten Deutschland vorzuspiegeln[33]. Daß diese überraschende Aktion als gesamtdeutsche Initiative gemeint war, kann wohl als gesichert gelten[34]. Die USA erkannten einen gesamtdeutschen Schachzug und versuchten ihn offenbar zu unterlaufen[35].

Die Entwicklung kam auch für die Exil-KPD in Moskau unerwartet. Wilhelm Pieck, der sich zu dieser Zeit noch dort aufhielt, wurde von Georgi Dimitroff – dem damaligen Leiter der Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU und einer der Kontaktleute Stalins zu den deutschen Exilanten – erst am 30. Mai über den diesbezüglichen Entschluß des sowjetischen Staatsführers vom 26. Mai informiert[36]. Auch die im Exil in enger Abstimmung mit sowjetischen Genossen laufend überarbeiteten Dokumente über die Vorhaben für Nachkriegsdeutschland, etwa das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie"[37], enthielten in puncto Parteineugründungen keine konkreten Hinweise. Dies belegt einmal mehr, wie unbedeutend diese Planungen im Zweifelsfall waren, wenn sie mit Stalins kurzfristigen Wünschen kollidierten. Allerdings erwartete auch Pieck um die Jahreswende 1944/45, daß das politische Gesicht eines zukünftigen Deutschland von „antifaschistischen" Parteien geprägt werde. Die KPD-Führung rechnete mit zwei Arbeiterparteien und einer vermutlich katholisch dominierten bürgerlichen Partei. Jenseits der Arbeiterparteien favorisierte sie ein Modell von „Organisationen", also Verbänden unterhalb der Ebene politischer Parteien, wie es ihr aus der Weimarer Republik vertraut war. Die Parteiführung plante noch im Februar 1945 die Bildung eines „demokratischen Landarbeiter-

---

[31] Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, S. 9 f.

[32] Erler u.a. (Hg.), Hitler, S. 120–123, Aufruf der KPD abgedruckt ebd., S. 390–397, Zitate S. 396. Vgl. dazu auch Laschitzka, Demokratie, dort zuweilen veränderte Erstabdrucke einschlägiger Dokumente; die dynamische Komponente des Manifests betont Wettig, Aufschlüsse, S. 158ff., 170ff.

[33] Über die Gründung von Parteien war auf keiner Kriegskonferenz der Alliierten gesprochen worden. Erst auf der Konferenz von Potsdam und später im Alliierten Kontrollrat beriet man darüber ausführlich. Die sowjetische Seite verfolgte im Kontrollrat eine Politik, die verbindliche Festlegungen zu Zulassungsmodalitäten oder eine gemeinsame Absprache für Parteineugründungen im jeweiligen Besatzungsgebiet verhindern sollte. Vgl. Koch u.a., Versuch, S. 91–93; Mai, Kontrollrat, S. 128–140; Weber, Geschichte, S. 70f.

[34] Krippendorff, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 22f.; ders., Gründung, S. 290.

[35] So Mai, Kontrollrat, S. 128f.; anders noch Koch u.a., Versuch, S. 91f.

[36] Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 50; Erler u.a. (Hg.), Hitler, S. 120.

[37] Abgedruckt in verschiedenen Fassungen ebd., S. 240–265, 290–304.

und Bauernbundes", dessen Gründung die KPD in den Dörfern selbst übernehmen wollte[38]. Nach Stalins Entschluß zu großzügigen Parteigründungen notierte Pieck als dessen Willen am 4. Juni 1945: „Schaffung bes[onderen] Bauernbundes nicht zweckmäßig, sondern innerhalb der Partei einbeziehen"[39]. Nachweisbare Aktivitäten einzelner Personen in Richtung Gründung einer Bauernpartei, die sich zur Unterstützung an die noch existierenden Landesbauernschaften des nationalsozialistischen Reichsnährstandes wandten, verliefen danach im Sand[40].

Daß Stalin zu dieser Zeit keine gesonderte Bauernpartei wünschte, dürfte im Zusammenhang mit den Entwicklungen der Bauernparteien in den stärker agrarisch geprägten ost- und südosteuropäischen Staaten zu sehen sein[41]. Dort verfügten diese Parteien über eine starke politische und kulturelle Verankerung. In Ungarn weigerte sich die „Partei der kleinen Landwirte", die bei den ersten Wahlen im November 1945 57% der Stimmen errang, einer umfassenden Kollektivierung zuzustimmen und wurde in der Folge aus der Regierung verdrängt[42]. In Polen verfügten die Bauernparteien, die sich als nationale Untergrundbewegung gegen die deutsche Besatzung profiliert hatten, über eine erhebliche Massenbasis. Im September 1945 hatte sich die wichtigste Partei in „Polskie Stronnictwo Ludowe" (PSL), eigentlich „polnische Volkspartei", umbenannt[43]. Ihre Popularität stieg gerade in Konkurrenz zu den um die Kommunisten gruppierten „Lubliner" Parteien (PPR, PPS, SL und SD), insbesondere weil sie den Beitritt zu einem Parteienblock verweigerte, der ihr weniger Mandate versprach, als sie bei Wahlen zu erringen hoffte. Im Vorfeld der – dann völlig manipulierten – Wahlen von 1947 wurden von Geheimpolizei und Miliz 50000–60000 Anhänger der PSL festgenommen[44]. In allen osteuropäischen Volksdemokratien sammelten diese Bauernparteien dank eines hohen Rückhalts in der Bevölkerung Gegner des Kommunismus und stellten gewichtige Konkurrenten um die politische Macht dar. Weder Stalin noch der KPD, die den Ehrgeiz besaß, Arbeiter- und Bauernpartei zugleich zu sein, konnte 1945 an der Gründung einer Bauernpartei gelegen sein.

Unmittelbar nach dem Plazet der SMAD entstanden wenige Tage nach der KPD am 15. Juni wieder eine Sozialdemokratische Partei[45] und kurz darauf zwei neue bürgerliche Parteien. Eine überkonfessionelle, christlich bestimmte Union

---

[38] Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht", S. 70–72; KPD-Maßnahmeplan für die Arbeit in besetzten Gebieten, 18. 2. 1945, S. 208–215, hier S. 213, ebd., Übersicht über die Aufgaben in besetzten Gebieten, 18. 2. 1945, S. 216–222, hier S. 218.

[39] Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht", S. 468–473; dazu auch Bodensieck, Wilhelm Piecks Moskauer Aufzeichnungen.

[40] BA DK-1, 8046, Bl. 45f., Aufruf zur Gründung einer Deutschen Demokratischen Bauernpartei, von Robert F. Eskan aus Hamburg, undatiert [1945].

[41] Für ihre Bedeutung in der Zwischenkriegszeit siehe Gollwitzer (Hg.), Bauernparteien, S. 4 f., 11–18, und die Beiträge von Leblang und Király in diesem Sammelband.

[42] Fejtö, Geschichte, Bd. 1, S. 208f., 216–220, 222ff.; Király, Movements, S. 430.

[43] Verwirrenderweise hieß diese Partei vorher „SL", also so wie die später gegnerischen Gruppierungen um das Lubliner Komitee, Diepenthal, Volksdemokratien, S. 91f.; Leblang, Bauernparteien, S. 312–315.

[44] Paczkowski, Polen, S. 413–420, hier 413.

[45] Malycha (Hg.), Weg, S. XXVI–XXXI; Müller, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 460–466.

(CDU), deren Gründerkreis um den Weimarer Agrarpolitiker Andreas Hermes sowohl frühere Zentrumspolitiker – so Hermes selbst und Jakob Kaiser – wie auch frühere Vertreter liberaler Parteien – Walther Schreiber und Ernst Lemmer aus der DDP – sammelte, veröffentlichte am 26. Juni einen Gründungsaufruf für Gesamtdeutschland und erhielt am 10. Juli die Lizenz[46]. Zum zweiten formierte sich aus einer Vielzahl von Gründungsinitiativen heraus am 16. Juni eine Partei in der Tradition des liberalen Lagers der Weimarer Parteien DDP und DVP, die Liberaldemokratische Partei (LDP). Sie trat für eine strikte Trennung von Staat und Kirche ein und verstand sich dezidiert als nicht-sozialistische Gründung. Nach inhaltlichen Eingriffen der KPD publizierte sie am 5. Juli einen Aufruf[47].

Das „Manifest" der KPD machte den bürgerlichen Parteien die Mitarbeit am Aufbau zur Pflicht. Gewichtiger war jedoch die Bedingung, mit den anderen in einem inhaltlich noch unbestimmten „Block" der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu arbeiten. Der Block trat nach vorbereitenden Gesprächen am 13./14. Juli 1945 erstmals in Vollbesetzung zusammen[48]. Das Diktum vom „Hineingründen" der Parteien in den Block ist treffend, wobei alle Parteien eine hohe Bereitschaft zur freiwilligen Zusammenarbeit mitbrachten. Diese rührte von der Weimarer Erfahrung eines zersplitterten Parteiensystems und der gemeinsam erlittenen Verfolgung während des nationalsozialistischen Regimes her[49]. Nach der Zustimmung zum „Block"-Prinzip kam die SMAD den Wünschen der CDU entgegen, indem sie die von dieser bevorzugte Bezeichnung „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" gestattete[50]. Wenngleich die zentrale Ebene des Blocks von Beginn an Vorrang hatte, versuchte man das Prinzip auch – mit einigem Erfolg – in den Ländern fortzuführen; die Erfassung von Kreisen und Orten blieb hingegen immer unzureichend[51].

---

[46] Vgl. Baus, CDUD, S. 69–98, hier 93; allg. Suckut, Wandel, S. 117–128; Anna Hermes, Und setztet ihr nicht das Leben ein, S. 199ff.

[47] Dazu pflegte Waldemar Koch auch Kontakte zur KPD, SAPMO NY 4036/718, Bl. 1, Koch an Vorstand der KPD, 6. 7. 1945; Gründungsaufruf abgedruckt bei Itzerott, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 185f.; vgl. zur Gründungsphase Krippendorff, Gründung, Papke, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 26–31, und auf Aktenbasis Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 42–45.

[48] Einer vorbereitenden Sitzung am 9. 7. 1945 war Hermes ferngeblieben, weil die CDU noch über keine Lizenz verfügte; Suckut, Blockpolitik, S. 55f., Dok. 5–11. Zur DDR-Lesart siehe Benser, Anfänge, S. 756ff., 761f.; Köhler/Wetzig, Wesen, S. 231–242.

[49] Das „Hineingründen" zuerst bei Krippendorff, Gründung, S. 83f. genannt, so auch Suckut, Blockpolitik, Einleitung, S. 17f.; auch die Praxis des Hineinkorrigierens in die „gelenkte" Gründung der LDPD untermauert diese Sicht: Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 42, 44; anders argumentiert Reinert, Parteien, S. 50. Zur staatsrechtlichen Absicherung der Blockpolitik 1949, die bis zum Lizenzentzug gehen konnte, Grasemann, Theorie, S. 357–365.

[50] Beide Begriffe werden im folgenden synonym verwendet.

[51] Als Beispiel für einen Länderblock siehe Edition und Darstellung von Reinert zu Brandenburg: Protokolle des Landesblockausschusses, S. 107. Kreisblöcke entstanden schleppend und mit unklaren Befugnissen. Bis 1947 gab es trotz eines Aufrufs des Provinzialblocks vom November 1945 zur Einrichtung von Ortsblöcken so gut wie keine. Diese Feststellung für Brandenburg läßt sich aus der Aktenkenntnis zu Mecklenburg bzw. den Bezirk Schwerin sowie das Land Sachsen und den Bezirk Dresden bestätigen; siehe auch SAPMO NY 4036/736, Bl. 42f., Zusammenstellung für Semjonow zur „Nationalen Front

Die Leitlinien der Blockarbeit, wie sie in einer Geschäftsordnung aus der Feder der SPD von den anderen Vertretern akzeptiert wurden, banden die Mitglieder bekanntlich an das Prinzip der Einstimmigkeit. Dieses konnte Konsens fördern und Dominierung verhindern, ermöglichte aber auch Obstruktion[52]. Die programmatische Arbeit des Blocks blieb unbestimmt. Weder der organisatorische Ablauf noch die Frage des Verhältnisses zu den unteren Organisationsebenen des Blocks war festgelegt worden[53]. Das Machtgefälle verschob sich zuungunsten der bürgerlichen Parteien, die zunehmend in politische Differenzen zur KPD gerieten. Da die Besatzungsmacht unverhohlen die Kommunisten unterstützte, nutzte vor allem diese die verfahrensmäßigen und inhaltlichen Spielräume.

Das Ausfechten politischer Konflikte und die Bildung von Teil-Koalitionen lagen völlig außerhalb der Verfahrensweise des Blocks[54]. Nie gab es Ansätze, ihn mit gesetzgebender Gewalt oder Kontrollbefugnissen auszustatten. Das lag sowohl im Interesse der KPD als auch der bürgerlichen Parteien, die den Block gerade nicht als Ersatz oder Konkurrenz für ein Parlament sehen wollten. Darauf arbeitete die SED später hin, um den parlamentarischen Einfluß von CDU und LDP zurückzudrängen[55]. Da die maßgeblichen politischen Richtlinien von Beginn an stets außerhalb des Blocks – von sowjetischen Stellen bzw. von diesen kontrolliert in der KPD/SED – festgelegt wurden, verpflichtete er die Parteiführungen häufig zum Konsens wider Willen, aus dem es kein Entrinnen gab.

Keine Partei feilte in Zeiten drückender Not an detailreichen Programmen. Alle Gründungsaufrufe enthielten ein Bekenntnis zum „Antifaschismus", eine Würdigung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, und äußerten die Bereitschaft, für Wiedergutmachung einzutreten – letzteres umschrieb einen nicht unerheblichen Kernpunkt im Hinblick auf sowjetische Reparationsforderungen. So war es besonders auffällig, daß die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 kein kommunistisches Programm nach dem Zuschnitt bekannter Forderungen aus der Weimarer Zeit präsentierte, vielmehr im „Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit" auf die „ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums" setzte[56]. Unter den wirtschaftspolitischen Forderungskatalogen verzichtete nur die LDP auf Eingriffe in großindustrielle Unternehmen und formulierte Vorbe-

---

des Demokratischen Deutschland" - so hieß der Block seit Anfang 1949 – vom 21. 1. 1950: Danach bestanden Ausschüsse der NF erst in ca. 2000 von 11900 Gemeinden; besser schnitten die Kreise ab, Schlußlichter waren Sachsen mit 11 Kreisausschüssen bei 35 Kreisen und Sachsen-Anhalt mit nur 5 Kreisausschüssen.

52 Zur Funktion des Blocks: Koch, Der Demokratische Block, S. 281–292; Suckut, Blockpolitik, Einleitung, S. 24–45.

53 Koch, Blockpolitik, S. 4, 7f.

54 Auch Reinert, Parteien, S. 23, unterstreicht die Absage an bürgerliche Koalitionspolitik. Insofern erscheint Staritz' Begriffsprägung einer „unkündbaren Koalition" nicht glücklich gewählt, Staritz, Gründung, S. 99.

55 Eine Ausnahme stellt die mit Druck der SMA herbeigeführte Entscheidung in Brandenburg vom Februar 1947 dar, die Blockvereinbarungen als „Autorität" für die Parlamentsarbeit einstufte und verbindliche Absprachen für sie vorsah, Suckut, Blockpolitik, S. 30f.; Protokolle des Landesblockausschusses, Sitzung vom 24. 2. 1947, S. 85–88.

56 Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945, Erler u. a. (Hg.), Hitler, S. 390–397, Zitate S. 395.

halte gegenüber Enteignungen landwirtschaftlicher Betriebe einer „übermäßigen Größenordnung". CDU und SPD hingegen befürworteten eine Verstaatlichung des Bergbaus, „monopolartiger Schlüsselindustrien" (CDU) und eine Agrarreform[57].

Das Instrument der Blockpolitik und die Zusammenarbeit mit vormals verhaßten politischen Gegnern zu akzeptieren, bedurfte in den Reihen der KPD einiger Überredungskunst. Viele Kommunisten glaubten, nach der Niederlage Hitlers und dank sowjetischer Rückendeckung stehe nun die Machtübernahme der KPD bevor. Gegen diese Auffassung, die unter Mitgliedern verbreitet war, welche im Land geblieben waren, setzten die Parteiführung und die SMAD auf die disziplinierende Funktion der aus der Sowjetunion eingeflogenen „Initiativgruppen"[58]. So meldete Fritz Selbmann aus Leipzig im September 1945 zwei „Tendenzen" im Umgang mit dem Block. Die eine sei ihn aufzulösen, die andere, ihn zu einer festen „Organisation zu entwickeln". „Beide Tendenzen sind falsch. Neben den Parteien gibt es keine Organisationen und der Block kann kein Exekutivorgan sein. Die einzige Aufgabe des Antifaschistischen Blockes besteht darin: Willensträgerin der antifaschistischen Kräfte unter Führung der KPD zu sein!" Diesen offenen Machtanspruch der KPD gab er allerdings in einem Rundschreiben an die Ortsgruppen nicht weiter. Er forderte sie auf, den Block auf sein eigentliches Arbeitsgebiet zu beschränken, die Erscheinung, ihn als selbständige Organisation zu behandeln, müsse „sofort liquidiert werden."[59] In den später installierten Länder- und Kreisblöcken war häufig „Sektierertum" der KPD-Vertreter anzutreffen, das in deren ideologischem Herkommen gründete[60].

Trotz aller aus der unmittelbaren Not geborenen Gemeinsamkeit der Parteien ist unverkennbar, daß über die Art der politischen Zusammenarbeit, die im Block praktiziert werden sollte, grundlegende Meinungsunterschiede bestanden. Im kommunistischen Verständnis war Blockpolitik ein Instrument, dessen sich kommunistische Parteien bedienten, wenn sie in der Minderheit waren, um über eine „Aktionseinheit" von oben andere Organisationen zu gewinnen und unterzuordnen, und um in einer „Aktionseinheit" von unten auch dort ein Forum zur Verbreitung ihres Gedankengutes zu finden und Druck auf die anderen Parteien auszuüben. Die CDU setzte hingegen auf einvernehmliche Lösungen, in deren Rahmen sie ihre Interessen realisieren wollte[61]. Es liegt auf der Hand, daß diese beiden Pole, insbesondere unter dem Eindruck der ständigen sowjetischen Eingriffe, stark divergierten. Die Block-Vorstellungen zumindest eines Teils der CDU-Gründergruppe trugen stark idealistische und auch unrealistische Züge[62].

---

[57] Vgl. die Aufrufe von CDU und LDP, abgedruckt in Weber, Parteiensystem, S. 129–132, 185 f.; Baus, CDUD, S. 83–86.

[58] Staritz, Gründung, S. 81–87, 100–103; Keiderling, „Gruppe Ulbricht"; Krüger, Arbeit; Baus, CDUD, S. 57–64.

[59] SAPMO DY 30 IV 2/15/115, Auszug aus Sekretariatssitzung [der KPD Sachsen], 8. 8. 1945. SAPMO DY 30 IV 2/15/115, Rundschreiben an alle Ortskomitees, gez. Arbeitsausschuss der antifaschistischen Parteien Leipzig, 19. 9. 1945.

[60] Siehe z. B. Reinert, Parteien, S. 46.

[61] Richter, Ost-CDU, S. 68–71, vage hingegen Reinert, Parteien, S. 24–28.

[62] Vgl. das Beispiel Theodor Steltzer bei Richter, Ost-CDU, S. 69.

Frühe agrarpolitische Konzeptionen der Parteien und die Einleitung der Bodenreform

Mit der offiziellen Einleitung der Bodenreform durch die Gesetzgebung der Provinzialverwaltung Sachsens (seit Oktober 1946 Provinz Sachsen-Anhalt, Juli 1947 Land Sachsen-Anhalt) vom 3. September 1945 wurden sämtliche alternativen oder auch nur modifizierenden Überlegungen Makulatur[63]. Bis zum 10. September folgten alle anderen Länder und Provinzen mit einer entsprechenden Bodenreformgesetzgebung. Bei einigen unerheblichen Abweichungen in den Ländern sah diese unabhängig von der Größe des Wirtschaftsbetriebes die entschädigungslose Enteignung von „Kriegsverbrechern", „Kriegsschuldigen", „Naziführern" sowie „führenden Personen des Hitlerstaates" wie Angehörigen der Regierungen und des Reichstages vor. Außerdem sollte der „gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichem Vermögen enteignet" werden[64]. Diese wurden pauschal als „Exponenten des Militarismus, radikalen Nationalismus und Nationalsozialismus" stigmatisiert[65].

Die Kontrolle des Bodenfonds lag in Händen der Bodenreformkommissionen der Länder bzw. Provinzen, deren Kompetenzen sich durchaus unterschieden. So war die mecklenburgische Bodenreformkommission rechtlich autonom konstruiert, wie in Brandenburg war keine Revisionsinstanz vorgesehen[66]. Der spätere Mitbegründer der DBD, Ernst Goldenbaum, war an der Seite des Kommunisten Hans Warnke stellvertretender Vorsitzender der Landesbodenreformkommission in Mecklenburg. Die Verteilung des Landes zielte auf die Schaffung von Kleinparzellen von maximal 10 ha und ging an landlose Landarbeiter und Neusiedler aus den Städten, an landarme Bauern, deren Flächen aufgestockt wurden, und an sogenannte Umsiedler, die man zu Neubauern machte; ein weiterer Teil des Bodenfonds wurde Kommunen, genossenschaftlichen Einrichtungen und staatlichen Gütern zugeschlagen[67].

Anfängliche Überlegungen, die Besitzungen erwiesener „Antifaschisten" unter den Großgrundbesitzern oder deren Angehörige, wie diejenigen, die mit den Widerstandsaktivitäten um den 20. Juli 1944 in Verbindung standen, oder sogar hingerichtet worden waren, via Instruktionen an die Provinzial- und Länderverwaltungen gesondert zu behandeln, versandeten noch im September[68]. Ein „antifaschistischer" Konsens mit den Gutsbesitzern wurde von vornherein ausge-

---

[63] Verordnung in: Um ein antifaschistisch demokratisches Deutschland, S. 132–138, folgende Zitate ebd.

[64] Unangetastet blieb der Grundbesitz landwirtschaftlicher Genossenschaften, kirchlicher Einrichtungen und staatlicher Güter für Lehr-, Forschungs- und Zuchtzwecke.

[65] Bauerkämper, Antifaschismus, S. 627.

[66] Kuntsche, Bodenreform, S. 52, 60f.; Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 284.

[67] Siehe Tabelle 4.

[68] So noch in einer Pieck-Notiz vom 29. 8. 1945 über ein Gespräch mit Hoernle, Semjonow und Tschujenkow, dem Leiter der Abteilung Land- und Forstwirtschaft der SMAD, in: Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 56f. Dazu Bauerkämper, Antifaschismus, S. 627–631.

schlossen. Verhaftungen von Gutsbesitzerfamilien, deren Ausweisungen und Deportationen unterstrichen vielmehr, daß diese mit der Bodenreform als „Klasse" beseitigt werden sollten[69]. KPD und SMAD nutzten die Bodenreform vor allem dazu, ihre Macht auf dem Land dauerhaft zu etablieren[70]. Trotz der sowjetischen Handschrift war die Bodenreform ein spezifisch auf deutsche Agrarverhältnisse zugeschnittener radikaler Eingriff in die ländliche Eigentumsstruktur. Daher trifft der Begriff der „Sowjetisierung", verstanden als Übertragung von Merkmalen sowjetischer Herrschaft, insbesondere der Herrschaftstechnik, auf sie nicht zu[71].

Die schnelle Einleitung der Bodenreform überraschte alle politischen Kräfte in der SBZ. Anläßlich des ersten Besuches der Leiter der „Initiativgruppen" Ulbricht, Ackermann und Sobottka in Moskau (5. bis 10. Juni 1945) offenbarten sich in der Frage der Enteignung des Großgrundbesitzes und einer Bodenreform taktische Differenzen. Der „Aufruf" der KPD für den 11. Juni sah eine Enteignung „der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten" und eine Landübergabe an „die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen" Bauern vor. Dagegen zielten die Pläne der KPD-Spitze zu diesem Zeitpunkt laut Ackermanns Erinnerungen nicht auf eine sofortige Bodenreform, wie Stalin sie offenbar forderte[72]. Georgi Dimitroff, Mitbegründer der Einheits- und Volksfrontpolitik, plädierte für eine explizite Ausnahmeformulierung für die „Großbauern", um diese zu beruhigen[73]. Dies deckte sich mit der bündnispolitischen Bedeutung der Bauern, wie sie Edwin Hoernle in seinem „Agrarprogramm des Blocks der Kämpferischen Demokratie" im Februar 1945 formuliert hatte[74]. Im Unterschied zu den „Bodenspekulanten" waren die „Großbauern", wenn sie zu den „Werktätigen" gehörten, durchaus den „bündnisfähigen" Landwirten zuzurechnen, mit denen die Kommunisten zusammenarbeiten wollten. Die KPD wäre schlecht beraten gewesen – so schien in Hoernles Analyse der deutschen Agrarwirtschaft durch – sich diese ländliche Führungselite zum Gegner zu machen. Mit der Bodenreform verfolgte die KPD eine Bündnispolitik mit der gesamten Bauernschaft: Denn „kaum [...] eine andere Schicht des deutschen Volkes", einschließlich der „Großbauern", sei

---

[69] Ebd., S. 629–632.

[70] Vgl. im Unterschied dazu die Interpretationen der DDR-Historiographie, die immerhin in den achtziger Jahren von manch unhaltbaren Sichtweisen, etwa einer „revolutionären Erhebung" der Landarbeiter, abrückte und mit aktengestützten Untersuchungen begann (z. B. Schulz, Probleme). Hier ist nicht zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Bodenreform einen „Anfangsmythos" der DDR nährte, demzufolge sie vordringlich zur Integration der Umsiedler und zur Ernährungssicherung gedient habe. Ausläufer dieser beschönigenden Sicht sind weiterhin spürbar, etwa bei Kuntsche, Umgestaltung; im Überblick: Kluge, Die ostdeutsche Bodenreform.

[71] Ebenso Bauerkämper, Antifaschismus, S. 277; Vgl. Kluge, Wandel, S. 250–258.

[72] Laufer, UdSSR, S. 22; Aufruf abgedruckt in Erler u. a. (Hg.), Hitler, S. 390–397, Zitat S. 396. Nach Laufer, UdSSR, S. 23, ist unklar, ob Stalin mit dieser Formulierung auch die Reaktion der Westalliierten testen wollte. Diese sprachen sich daraufhin immerhin nicht gegen eine Bodenreform aus.

[73] Zuerst bei Naimark, Russians, S. 143; Laufer, UdSSR, S. 22; siehe Passage im KPD-Aufruf, 11. 6. 1945: „Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.", Erler u. a. (Hg.), Hitler, S. 396.

[74] Abgedruckt ebd., S. 311–326.

„von Hitler so betrogen worden, wie der deutsche Bauer". „Ohne aufzuhören, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, muss die KPD auch zur Partei der werktätigen Bauern werden", stand in ersten Lehrmaterialien der KPD[75].

Inspektionsreisen Ulbrichts und Semjonows im Juni 1945 zeigten, wie illusorisch es war, auf eine spontane revolutionäre Aktion der landarmen Bauern zu hoffen. Daher verlangte Moskau im Juli die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zur gezielten Einleitung der Bodenreform[76]. Die Auffassungen von revolutionsbereiten Landarbeitern schossen mit der Forderung nach einer sofortigen „Kollektivierung" weit über die Moskauer Konzeption zur Bodenreform hinaus. Zwar formulierte Ulbricht Kernaussagen des Entwurfes, die Partei war jedoch Ende Juni auf die Durchführung einer Bodenreform weder eingeschworen noch vorbereitet[77]. Semjonow gab sich 50 Jahre später in seinen Memoiren als Verfasser einer Direktive aus, die mündlich oder schriftlich von Stalin am Rande der Potsdamer Konferenz angeregt worden sein könnte[78].

Eine an Stalin adressierte Fassung trägt das Datum 31. Juli 1945, sie wurde aber offenbar nicht umgehend in die sowjetische Hauptstadt weitergeleitet. Inhaltlich hob sie darauf ab, Stalin zu versichern, daß von dem geplanten Vorgehen insgesamt nur wenige (8671) Eigentümer betroffen wären, diese 1,5% aller Landbesitzer jedoch 46% des Bodens besäßen[79]. Semjonow zufolge ging die Erhöhung der Enteignungsgrenze von Varianten, die schon bei 40 und 50 ha ansetzten, dann auf 100 ha angehoben wurden, auf Stalin zurück; dieser habe sich bemüht, die Zahl der politischen Gegner in der Bevölkerung klein zu halten. Die Führungsgremien der KPD wurden erst nach Fertigstellung der Direktive über ihren genaueren Inhalt informiert und faßten ab Anfang August dahingehende Beschlüsse. Diese mündeten in Abstimmung mit sowjetischen Kräften am 20. August in eine vom Sekretariat des ZK festgelegte Bodenreformdirektive, die in einer erweiterten Sitzung am 22./23. des Monats als Weisung an die Landes- und Kreisleitungen weitergegeben

---

[75] SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 221–235, „Die Bedeutung der Bauernschaft in Deutschland", undatiert [1945/46] mit Korrekturzeichen Reutters, Zitate Bl. 230, 232.

[76] Lt. Laufer, UdSSR, S. 23, rief Ulbricht Ende Juni 1945 zu eigenmächtigen Enteignungen auf; Semjonow, Stalin, S. 239f.

[77] Vgl. dazu den Richtlinienentwurf zu den dringendsten Aufgaben der KPD auf dem Lande von Reutter vom 3. 7. 1945. Er nennt als Aufgaben: 1. die „Vernichtung der faschistischen Widerstandsnester", 2. die „Gewinnung der Landarbeiter und werktätigen Bauernmassen für den Aufbau des neuen demokratischen Deutschlands" und 3. eine „Sicherung" der „Volksernährung" durch die Hilfe der städtischen Bevölkerung; „jeder Versuch, den Bauern oder Landarbeitern die Bildung von Kollektivwirtschaften nach dem Muster der Kolchosen in der Sowjetunion vorzuschreiben, ist entschieden zu bekämpfen"; SAPMO NY 4182/1059, Bl. 1–6, Zitate Bl. 1–4.

[78] Dafür liegt bislang kein Aktenbeleg vor; Laufer, UdSSR, S. 25–27; Semjonow, Stalin, S. 235–237.

[79] Zu Unterschieden in den ersten Entwürfen Ulbrichts, der SMAD und Semjonows siehe Laufer, UdSSR, S. 25–27. Semjonows Memoiren zufolge plädierte Ulbricht für eine 50-ha-Grenze für Enteignungen (S. 237) – dies wich erheblich von der 150-ha-Grenze ab, wie sie in den Moskauer-Planungen 1944 formuliert worden war. Möglicherweise paßte sich Ulbricht der SMAD-Landwirtschaftsabteilung an, deren Entwürfe im Juli 1945 nur Bauern bis 40 ha unangetastet ließen.

wurde[80]. Nur nachträglich räumten sowjetische Stellen der KPD ein Mitspracherecht ein, indem die Vorstellungen der „Initiativgruppen" vom Sommer 1945 in die endgültige Formulierung einflossen. Diese hatten die Vorbehalte aufgegriffen, die auf dem Land gegen die ausnahmslose Errichtung von unrentablen Fünf-Hektar-Parzellen herrschten; man regte an, die Bodenqualität zu berücksichtigen und weniger schematisch vorzugehen. Die SMAD war in diesen nachrangigen Punkten flexibel: Sie gestattete, die Größe der künftigen Parzellen von zunächst maximal 5 ha auf 8–10 ha bei schlechten Böden anzuheben[81]. Offenbar mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien, rückte Stalin von rigiden Abholzungs- und Landgewinnungsplänen ab und sah eine Zuteilung von Waldflächen vor[82]. Sowjetische Stellen lehnten es strikt ab, mit dem zur Enteignung vorgesehenen Landbesitz großbetrieblich-genossenschaftliche Bewirtschaftungsformen zu errichten, wie sie die KPD zu Weimarer Zeiten gefordert hatte. Diese Vorstellungen flossen in die Nachkriegsplanungen der KPD seit Mitte 1944 ein und waren dort gewiß nicht gegen sowjetischen Willen bis zum 5. April 1945 niedergelegt worden[83].

Kaum waren die inhaltlichen Eckpunkte fixiert, versuchten die Sowjets, die vermeintlich bedeutsame Rolle des ZK der KPD bei der Konzeption der Bodenreform hervorzukehren. Sie verpflichteten den Organisationsapparat der KPD darauf, an der Installierung der Landes- bzw. Provinzial-Bodenreformkommissionen mitzuarbeiten[84]. Um etwaige Widerstände im Berliner Einheitsfrontausschuß zu umgehen, wählte die SMAD den Weg über die Länder[85]. Obwohl für den Start zunächst das Agrar- und „Junkerland" Mecklenburg ins Auge gefaßt worden war, bevorzugte die KPD dann den Vorstoß in der Provinz Sachsen. Die Provinz rangierte hinsichtlich der Dichte des Großgrundbesitzes zwar weit hinter Mecklenburg und Brandenburg, die KPD war dort aber besser politisch verankert. Außerdem konnte sie dort den Gesetzentwurf auf der konstituierenden Sitzung des Blocks, bei der ein SMA-Offizier anwesend war, zur sofortigen Abstim-

---

[80] Laufer, UdSSR, S. 27–30; vgl. Anweisung des Sekretariates des ZK der KPD, 20. 8. 1945, Benser/Krusch (Hg.), Dokumente, hier: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Bd. 1, S. 71; Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 272.

[81] Laufer, UdSSR, S. 28; Anfang August plädierte das Sekretariat des ZK noch für 5–8 ha Zuteilungen, je nach Qualität des Bodens; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 626; ders., Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 278f.

[82] Laufer, UdSSR, S. 30, 32. Stalin hatte vorher erwogen, den Bauern eine flächendeckende Brandrodung zu gestatten, was für deutsche Verhältnisse jedoch unangemessen war. Auf sowjetischen Einfluß ging zurück, daß aus der Anweisung des Sekretariates der KPD vom 20. 8. 1945 eine Passage gestrichen wurde, die die CDU ins Lager der potentiellen Gegner der Bodenreform verwiesen hätte.

[83] Erler u.a. (Hg.), Hitler, Dok. 22, S. 224, Dok. 31, S. 295f., Dok. 33, S. 322f., Dok. 39: Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet, 5. 4. 1945, S. 380–386, hier 385f.

[84] Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 272, Laufer, UdSSR, S. 29f.; Beschlüsse in Benser/Krusch, Dokumente, hier: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Bd. 1, S. 71.

[85] So zuerst Suckut, Bodenreform, S. 1082f.; vgl. den sofort zustimmenden Beschluß des Blockes in Mecklenburg, 3. 9. 1945, abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 139ff.

mung vorlegen[86]. Trotz der Gegenstimme des liberaldemokratischen Präsidenten der Landesverwaltung, Erhard Hübener, wurde ein Gesetz erlassen.

In die maßgeblich sowjetischerseits lancierte Bodenreform sind also ältere Konzeptionen der KPD eingeflossen. Da die Nachkriegsplanung der KPD auch in anderer Hinsicht für die weitere Untersuchung bedeutsam wird, sollen einige Charakteristika hervorgehoben werden. Ackermanns Entwürfe von Ende 1944 enthielten bereits die Strategie, die die KPD bzw. SED in der Durchführung der Bodenreform und in der weiteren rechtlichen Praxis einschlug. So liefen die rechtlichen Regelungen für die konzipierten Neubauernbetriebe auf ein reines Nutzungseigentum hinaus; sie sahen keine freien Verfügungsrechte über Grundstücke und Inventar vor[87] und formulierten Eingriffsrechte bis in die zweite nachfolgende Generation hinein, „falls die Erwerber ihren staatspolitischen Pflichten als demokratische Bürger zuwiderhandeln". Maßnahmen gegen „Saboteure" waren ausdrücklich vorgesehen: „Enteignet wird ferner der Grund- und Bodenbesitz aller Saboteure der Volksernährung, unabhängig von der Größenklasse."[88] Diese Ausführungen enthalten Kernpunkte einer späteren Stalinisierung der KPD/SED, die in der KPD schon verankert waren und nicht erst von außen durch sowjetische Stellen an sie herangetragen wurden[89]. Aus den Nachkriegsplanungen der KPD geht hervor, welch geringen Stellenwert Agrarpolitik und Bauernfragen in der Führungsspitze der Partei bis Ende 1944 einnahmen. Zwar formulierte Edwin Hoernle seit Mitte 1944 Vorlagen; die Parteispitze, etwa Wilhelm Pieck, scheint sich bis Ende 1944 jedoch weder mit der Frage einer Bodenreform noch einer Bündnispolitik mit den Bauern befaßt zu haben[90]. Nach Präzisierungen des Programms in diesen Punkten im Februar 1945 unterstrich der mit Moskau abgesprochene Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 das Bündnis mit den Bauern[91].

Welche Auffassungen vertraten die anderen politischen Gruppierungen zur Bodenreform? In den Sitzungen des Einheitsfrontausschusses und der Länderblöcke stimmte die SPD in der Frage der Bodenreform weitgehend mit der KPD überein[92]. Obwohl die Konflikte im gemeinsamen Ausschuß von KPD und SPD seit

---

[86] Suckut, Konflikt, S. 1082, sieht sich durch Ulbricht, Bauernbefreiung, Bd. 1, S. 50ff., bestätigt.

[87] Diese Beschränkungen wie die späteren zum Verbot von Verkauf, Teilung oder Verpachtung gleichen jenen, die die nationalsozialistische Erbhofgesetzgebung enthalten hatte; Grundmann, Agrarpolitik, S. 154.

[88] Vgl. Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie, Entwurf Ackermanns Ende 1944, in: Erler u.a. (Hg.), Hitler, S. 290–297, Zitate S. 296. Bauerkämper datiert gegen anderslautende Meinungen das Ende des antifaschistischen Konsenses Ackermanns auf September 1945. Mir scheint, diesen Konsens hat es nie gegeben; Bauerkämper, Antifaschismus, S. 630.

[89] So bes. Hurwitz, Stalinisierung, S. 39ff.

[90] Vgl. die Dokumente in Erler u.a. (Hg.), Hitler, S. 222–224, Notizen Sepp Schwabs zu einem Vortrag Hoernles; Ende August entstand eine erste Fassung des „Agrarprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie", abgedruckt in Hoernle, Bündnis, S. 333–345.

[91] Hoernles Beitrag „Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie", Fassung 4. 2. 1945 in: Erler u.a. (Hg.), Hitler, S. 311–326, Ausarbeitung und Endfassung, ebd., S. 387ff., S. 390–397.

[92] Suckut, Konflikt, S. 1083; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 40, Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 31–33.

Ende August 1945 zunahmen – also ab dem Zeitpunkt, als die KPD ihre bzw. die sowjetische Variante der Bodenreform durchzusetzen versuchte –, schwenkte die SPD am 19. September auf das Prinzip einer am privatbäuerlichen Kleinbesitz ausgerichteten Bodenreform ein[93]. Zeitgenössische Beobachter der CDU konnten schon vorher keine Unterschiede zwischen KPD und SPD in dieser Frage feststellen[94]. Dennoch wich die KPD-Variante in wesentlichen Punkten von den ursprünglichen Vorstellungen der SPD ab; wirkungsmächtig wurden letztere nicht.

Zwar war im SPD-Gründungsaufruf vage von einer „Einziehung" des Großgrundbesitzes die Rede[95], doch wie alle Parteien beschäftigte sich die SPD angesichts der akuten Notlage vordringlich mit anderen Dingen als mit programmatischen Texten. Erst im September befaßte sich der Zentralausschuß mit Agrarfragen[96]. Zu diesem Zeitpunkt waren Entscheidungsfindung und Einleitung der Bodenreform längst gelaufen. Ein Fachausschuß wurde parallel zu der am 30. August im Einheitsfrontausschuß beschlossenen Sonderkommission zur Bodenreform gebildet[97]. Zu den Berührungspunkten mit der KPD gehörte, daß auch die SPD die Wurzeln von Militarismus und Faschismus im Großgrundbesitz erblickte[98]. Bis zum 19. September trat die SPD im gemeinsamen Arbeitsausschuß mit der KPD für eine entschädigungslose Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, für die Beibehaltung großer Betriebsstrukturen und eine etwaige genossenschaftliche oder staatliche Bewirtschaftung, aber gegen eine Landübergabe großen Stils in privatbäuerliche Nutzung ein. Zweifellos zielte die SPD damit auf einen höheren Beitrag zur Ernährung, die sie in der Belassung großbetrieblicher Strukturen besser gewährleistet sah.

Insgesamt waren die SPD-Konzeptionen auf ihre angestammte Parteiklientel ausgerichtet. So hatte Gustav Klimpel, Sekretär des SPD-Zentralausschusses für Agrarpolitik, am 16. Juli 1945 in der SPD-Zeitung „Das Volk" dafür plädiert, ein Siedlungsprogramm mit ernährungspolitischen Zielen zu verknüpfen. Er ging davon aus, daß angesichts einer drohenden Reagrarisierungspolitik und Industriedemontagen der Alliierten die städtische Bevölkerung nur über diesen Weg ihre Ernährung sichern könne[99]. Die Siedlung richtete sich vorrangig an städtische Arbeiter und Handwerker, die sich als „Schrebergärtner" und „Kleintierzüchter" versorgen könnten, hauptberuflich aber in ihrem gewerblichen Berufsfeld bleiben, also keineswegs Kleinbauern werden sollten. Für die Masse der Flüchtlinge und

---

[93] Malycha, Landwirtschaft, S. 38, 41.

[94] Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 31–33.

[95] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 37; Gründungsaufruf in: Flechtheim (Hg.), Dokumente, Bd. 3, S. 11ff.

[96] Ende August/Anfang September bildete die SPD einen entsprechenden Fachausschuß unter der Leitung von Gustav Klimpel, der im wesentlichen die inhaltlichen Punkte des Kieler Parteitages von 1927 aufgriff, vgl. Malycha, Landwirtschaft, S. 39–41.

[97] Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 33.

[98] Malycha, Landwirtschaft, S. 40. Siehe bes. Rede Grotewohls vom 14. 9. 1945. Vgl. auch Argumentation Heinrich Hoffmanns vor dem Chef der SMA Thüringen, Generalmajor Kolesnitschenko, 24. 7. 1945, in: Malycha (Hg.), Weg, S. 98–101, hier S. 100.

[99] Malycha, Landwirtschaft, S. 40f.

Vertriebenen sah die SPD keine Lösung durch Siedlungskonzeptionen, wenngleich sie in den „Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei zur Bodenreform" vom 19. September auch für eine „landwirtschaftliche Neusiedlung" eintrat, die Bauernfamilien im Haupterwerb helfen sollte[100]. Die Sozialdemokraten bevorzugten weiterhin die Überführung des enteigneten Besitzes in staatliches Eigentum und wandten sich gegen eine umfassende Privatisierung. Den Enteigneten sollten kleinere Restbetriebe an anderem Ort unentgeltlich belassen werden[101].

In den Ländern kritisierten SPD-Mitglieder derweil die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform. Nur intern gab man zu bedenken, daß ein Eingriff in die gesellschaftliche Struktur von solcher Tragweite einer gesamtdeutschen Rückversicherung in Form eines einvernehmlichen Kontrollratsbeschlusses bedürfe[102]. Die Vorstellungen der SPD unterschieden sich von denjenigen der KPD ganz deutlich in der bündnispolitischen Dimension[103]. Während die KPD in erster Linie eine radikale ökonomische und politische Entmachtung der „Klasse" der „Junker" betrieb und mit der Schaffung privatbäuerlichen Kleineigentums die dadurch Begünstigten auf Dauer als Bündnispartner gewinnen wollte, knüpfte die SPD zur Lösung der aktuellen Probleme an Weimarer Konzeptionen an. Das bedeutete eine klientelorientierte Politik der Ernährungssicherung in Erwartung gesamtdeutscher Entwicklungen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die einfachen KPD-Mitglieder 1945 eher in der auf verstaatlichte und vergenossenschaftlichte Bewirtschaftung ausgerichteten SPD-Politik wiederfanden als in der sowjetisch gesteuerten Variante der Bodenreform, die eine ihnen eher fremd anmutende kleinbäuerliche Eigentumsstruktur vorsah.

Die Liberaldemokraten konnten sich im Juli 1945 offenbar nur schwer dazu durchringen, den Passus „Unterstellungen von Unternehmen" unter öffentliche Kontrolle in den Gründungsaufruf aufzunehmen. Schon im Nachsatz steht, dies sei nur „gerechtfertigt, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet. Dies gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenordnung."[104] Während Waldemar Koch für eine privatkapitalistische Landwirtschaft eintrat, war Wilhelm Külz offenbar bereit, gewisse sozialstrukturelle Veränderun-

---

[100] Allerdings erwähnten diesen Aspekt SPD-Vertreter in den Blöcken durchaus, z. B. Curt Böhme auf der Sitzung des Blockausschusses am 6. 9. 1945, in: Malycha (Hg.), Weg, S. 113.

[101] Malycha, Landwirtschaft, S. 42. Auch die „Richtlinien der SPD für die Durchführung der Bodenreform", die der Zentralausschuß am 14. 11. 1945 beschloß, wiederholten die Ablehnung der Privatisierung, ebd. S. 43.

[102] Malycha, Landwirtschaft, S. 44–48; ders. (Hg.), Weg, S. 16–18, Bericht über die Sitzung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Usedom, 22. 9. 1945. Allerdings sah man die Möglichkeit, den Eingriff als „revolutionäres Recht" im nachhinein zu rechtfertigen.

[103] In diesem Sinne auch der ideologische Vorwurf der KPD an die SPD, die Bedeutung der Rolle der Bauernschaft immer „unterschätzt" zu haben; SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 221–235, „Die Bedeutung der Bauernschaft in Deutschland", undatiert [1945], Bl. 225 f.

[104] Text des Gründungsaufrufes vom 5. 7. 1945 nach einer am 3. 8. 1945 veröffentlichten Fassung abgedruckt bei Itzerott, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 186 f.

gen mitzutragen[105]. Insgesamt beschäftigte sich die LDP zu dieser Zeit kaum mit bäuerlichen Problemen[106]. LDP wie CDU sprachen sich in den folgenden Monaten gegen eine entschädigungslose Enteignung aus und befürworteten Sonderregelungen für „antifaschistische" Großgrundbesitzer, womit sie trotz gleichlautender Beschlüsse der Länderblöcke keinen Erfolg hatten[107]. Beide lehnten die überhastete Form der Durchführung ab und plädierten, als die Bodenreform beschlossene Sache war, zumindest für ein Hinauszögern der Aktion.

Für die CDU hatte sich Andreas Hermes in einer programmatischen Rede zur Parteigründungsveranstaltung am 22. Juli als versierter Agrarexperte und Bauernverbandspolitiker dafür ausgesprochen, jenen Großgrundbesitz beizubehalten, der betriebswirtschaftlich gut geführt werde und dessen Besitzer „fortschrittliche" Gesinnung bewiesen[108]. In der CDU war man davon überzeugt, daß der Großgrundbesitz einen maßgeblichen Beitrag zur Ernährung leiste und für Änderungen in dieser Dimension gesamtdeutsche Regelungen nötig seien. In diesem Sinne und angesichts des sowjetischen Drucks im Block appellierte Hermes daher im September 1945 an den Alliierten Kontrollrat; es seien „die erforderlichen Maßnahmen dort zu treffen, wo ein nicht sachlich begründetes Vorgehen die Ernährungsmöglichkeiten für Millionen von Deutschen zu gefährden geeignet ist"[109].

Die agrarpolitische Konzeption der CDU hatte eine „gesamtdeutsche Landesplanung" im Blick, die vorrangig eine ernährungspolitische Grundsicherung betrieb, und dafür auf eine Vielfalt an landwirtschaftlichen Betriebsformen setzte. Diese reichten von Stadtrandsiedlungen über genossenschaftliche Siedlungsvarianten, bäuerliche Privatbetriebe bis hin zu Großgrundbesitz. Wo dies ohne Leistungsminderung geschehen könnte, sprach sich auch Hermes für eine umgehende Aufteilung des Großgrundbesitzes aus. Er unterstrich, daß Enteignungen prinzipiell nicht entschädigungslos erfolgen sollten, räumte aber eine gewisse entnazifizierende Stoßrichtung der Beschlagnahmungen ein; allerdings sollte dies nur dort geschehen, wo eine solche Diskreditierung für Einzelpersonen nachgewiesen sei und nicht auf Sippen- oder Standeshaftung hinauslief[110]. Da die darunter erfaßten Einzelpersonen in der Regel erbberechtigte Familienangehörige der nächsten Generation waren, die meist schon aufgrund ihres Alters in geringerem Maße mit dem Nationalsozialismus verstrickt waren, schränkte dies die Reichweite der Enteignung erheblich ein. Auch ein enger Mitarbeiter von Hermes, Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin, Sproß einer pommerschen Großgrundbesitzerfamilie, ging von der ungebrochenen Fortexistenz der Großgrundbetriebe aus[111]. Er trat

---

[105] Hoffmann, Bodenreform, S. 993ff.

[106] So für Brandenburg, wo die bäuerlichen Mitglieder immerhin fast ein Zehntel ausmachten, Reinert, Parteien, S. 44.

[107] Eingehender dazu Suckut, Konflikt, S. 1084–1086; Wettig, Konflikt, S. 117.

[108] Suckut, Konflikt, S. 1086.

[109] Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 42–46, Zitat 42; Fischer, Andreas Hermes, S. 11.

[110] Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 43.

[111] Zitzewitz-Muttrin arbeitete bis Juli im Berliner Ernährungsamt, dann in der CDU; Wilde, Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin, S. 29f., 32f. Wilde geht nicht auf die Be-

für die Erhaltung der Betriebsstrukturen ein, ließ eine genossenschaftliche Bewirtschaftung jedoch offen[112].

Beim Thema Bodenreform kam es seit der Blocksitzung vom 30. August 1945, wo LDP und CDU mit der Bodenreformdirektive überrascht wurden, zu massiven Zusammenstößen zwischen der KPD und den Führungen der bürgerlichen Parteien[113]. Am 13. September 1945 gelang es SMAD und KPD schließlich, eine Resolution im Block verabschieden zu lassen, die für die Öffentlichkeit der SBZ keinen Dissens erkennen ließ[114]. Freilich waren beide Parteiführungen sowjetischerseits mit der Drohung des Lizenzentzuges massiv unter Druck gesetzt worden; die CDU versuchte hinterher umgehend, in einer anderslautenden Resolution, deren Publikation in der SBZ die SMAD jedoch verhinderte, ihre Zustimmung zu relativieren[115]. Nur in Mecklenburg, wo es die LDP noch nicht gab und der CDU-Landesverband von einem vergleichsweise anpassungsbereiten Vorsitzenden, Reinhold Lobedanz, geführt wurde, verabschiedete der Landesblock eine zustimmende Resolution[116]. Die Diskussion in den Einheitsausschüssen der Länder war zunächst verhalten und nicht von sofortiger einhelliger Kritik der bürgerlichen Parteien geprägt[117]. Je mehr die Einsicht in die Praxis der Bodenreform jedoch zunahm, desto stärker schwollen die kritischen Stimmen der bürgerlichen Parteien an. Da die Vertreter der bürgerlichen Parteien weder auf die Entscheidung noch die inhaltliche Fassung einwirken konnten, verlegten sie sich darauf, gegen die Art und Weise der Durchführung zu protestieren[118].

Der Konflikt um die Bodenreform kulminierte bekanntlich im November 1945. Andreas Hermes weigerte sich für die CDU, einen gemeinsamen Aufruf des Blocks „Helft den Neubauern" zu unterzeichnen, wenn nicht zugleich eine Stellungnahme „Mißstände bei der Durchführung der Bodenreform" damit verknüpft würde[119]. So versuchte die CDU-Führung zu unterstreichen, daß sie nicht

---

deutung einer Landreform in der Konzeption von Zitzewitz-Muttrin ein, obgleich dieser engster agrarpolitischer Mitarbeiter von Hermes in jener Zeit war. In der DDR-Historiographie firmiert Zitzewitz-Muttrin als Beispiel für die Präsenz der „Junker" in der CDU, Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 42.

112 Piskol/Nehrig/Trixa interpretieren dies als „taktische Variante", ebd.

113 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 40f.

114 Suckut, Blockpolitik, S. 24f., Dok. 30 u. 31, S. 88–90. Die sowjetisch kontrollierten Parteizeitungen druckten seit Mitte Juli (SPD) bzw. Ende August (LDP und CDU) der Bodenreform im Prinzip wohlgesonnene Artikel; Weber, Umgestaltung, S. 2829–2831.

115 Suckut, Blockpolitik, Dok. 32, S. 90; Suckut, Konflikt, S. 1085f.; Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 31–33.

116 Kuntsche, Bodenreform, S. 56–62; Suckut, Konflikt, S. 1085; ders., Blockpolitik, S. 64; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 40.

117 So für Sachsen Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 107f., für Thüringen wird die CDU-Haltung zur Bodenreform als „zögerlich" charakterisiert, Kaiser, Klientelbildung, S. 121.

118 Wille, Verabschiedung, S. 94, 96; Malycha (Hg.), Weg, S. 112–114, Protokoll einer Thüringer Blocksitzung am 6. 9. 1945; für Brandenburg: Reinert, Parteien, S. 58–62.

119 Suckut nimmt insofern eine Neubewertung des Konfliktes vor, als er stärker darauf hinweist, daß die Landesverbände nicht nur massiv gezwungen worden seien, sondern die Politik der Zentrale bisweilen auf die Landesverbände verwirrend und uneindeutig wirken mußte, Suckut, Konflikt, S. 1087–1095. Die ältere Interpretation des Konfliktes bei

gewillt war, mit dem sowjetischen Alleingang und der Durchführungspraxis der Bodenreform auch ihre systematische Verdrängung aus den Bodenreformkommissionen nachträglich im Block zu billigen. Damit hätte sie die Legitimität der Agrarumwälzung erhöht und wäre dafür noch politisch in die Pflicht genommen worden[120]. Die Bodenreform zählte jedoch zu den unabdingbaren Vorgaben Stalins für die gesellschaftliche Umwälzung in der SBZ. Als Hermes am 14. Dezember Schukow in einem Brief vorschlug, für die Fünf-Hektar-Stellen längere Zwischenwirtschaften einzurichten, was bedeutete, an die ursprünglichen Betriebsstrukturen anzuknüpfen und sie nicht völlig aufzulösen, statuierte dieser an Hermes und Schreiber, den 1. und 2. Vorsitzenden, ein Exempel: Die CDU-Führer wurden abgesetzt[121].

Zwischen- wie gemeinwirtschaftliche Arbeitsformen unter den Neubauern wurden nun vehement bekämpft[122]. Außerdem hatte die Bodenreform in der geforderten Übertragung auf die westlichen Zonen – der Antrag dazu war einer von insgesamt nur zweien, den die SPD-Vertreter selbständig Anfang 1946 in den Block einbrachten[123] – auch eine gesamtdeutsche Zielrichtung. Die Auswechslung der CDU-Führung durch die SMAD infolge dieses Konfliktes und der vorher schon erzwungene Rücktritt von Waldemar Koch trugen auch eine deutschlandpolitische Komponente; zumal sich in der CDU abzeichnete, daß die starre Haltung der Führung in dieser Frage in den Landesverbänden und an der Parteibasis nicht immer Unterstützung fand und die Absetzung ohne große Konflikte vonstatten gehen würde[124].

Die Besatzer verstanden es auch in den folgenden Jahren, die „reformwilligen" Kräfte beider Parteien auf Kosten von deren demokratischer Legitimität und Eigenständigkeit zu fördern[125]. Mit der Ablösung von Hermes sank der Stellenwert agrarpolitischer Fragen in der Union beträchtlich. Beim Wechsel an die Führungsspitze hatte Kaiser schon im Dezember 1945 angedeutet, daß sich Hermes in dieser Frage gegenüber der SMAD kompromißbereiter hätte zeigen sollen[126]. Seit dem zweiten Berliner Unionstag im September 1947 stand die Agrarpolitik vollends im Schatten von Kaisers Diktum, die CDU müsse ein „Wellenbrecher des

---

Hermes, Christlich-Demokratische Union, S. 60–73, 86f.; jetzt Baus, CDUD, S. 245–252.

120 Ergänzend zur bislang bekannten Protokollvariante der Blocksitzung vom 22. 11. 1945, abgedruckt bei Suckut, Blockpolitik, S. 102–105, siehe auch Piecks Notizen zur Sitzung, SAPMO NY 4036/715, Bl. 19f., Klarschrift der handschriftlichen Notizen zur 8. Blocksitzung am 22. 11. 1945.

121 Wettig, Konflikt, S. 119; Baus, CDUD, S. 237–244; Wilde, SBZ-CDU, S. 236–253.

122 Trotz beschönigender Gesamtinterpretation wichtig: Kuntsche, „Gemeinwirtschaft".

123 Suckut, Blockpolitik, S. 26, Protokoll der Sitzung vom 10. 1. 1946, S. 107–109, hier 109.

124 So Suckut, Konflikt, S. 1088–1095. Grotewohl ging offenbar schon im November 1945 davon aus, daß Kaiser den Aufruf unterzeichnen würde, SAPMO NY 4090/500, Bl. 46, Niederschrift über die 8. Sitzung am 22. 11. 1945. Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 55f. Daß die Blockparteien 1946 tatsächlich zur Stabilisierung der Neubauernwirtschaften beitrugen, bei Ottofülling, Blockpolitik, S. 590.

125 Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 37f., S. 45–47; zur CDU Richter, Ost-CDU, S. 43f., S. 46ff., S. 53f.

126 Dietze, Entscheidungsstrukturen, S. 51.

orthodoxen Marxismus" sein. Die Bestrebungen der Agrarpolitiker in der Union, unter der Landbevölkerung ein großes Wählerreservoir für die CDU aufzutun, fanden unter Kaisers Ägide im Vorstand wenig Beachtung[127].

2. Bodenreform und „Bauernpolitik" der SED

Wirtschaftliche und sozialstrukturelle Ergebnisse der Bodenreform

Die Durchsetzung der Bodenreform war ein langwieriger, sich über Jahre hinziehender Prozeß, der hier nicht im einzelnen zu schildern ist[128]. Den SMAD-Befehlen und weiteren Regelungen zufolge lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden, die nicht in gleicher Weise für aller Länder gelten dürften. Die Umsetzung begann zügig im Herbst 1945 mit der Aufteilung der ersten Großgüter. Bis Ende Frühjahr 1946 waren diese in allen Ländern weitgehend erfaßt[129]. Teilweise parallel dazu begann dann eine Phase, die unter dem Signum der Entnazifizierung in größerem Maße auch Privatbetriebe unter 100 ha betraf[130]. Die weitere Ausweisung der enteigneten Gutsbesitzer aus den Dörfern ab Mitte 1947, im Gefolge des Befehls Nr. 201, der SMAD-Befehl zur Stabilisierung der Neubauernhöfe im September 1947 und das angekündigte Ende von Überprüfungen der SMAD waren weitere Etappen der Bodenreform[131]. Sie wurde offiziell mit SMAD-Befehl vom 29. April 1948 zum 1. Juli des Jahres für beendet erklärt[132]. Diese Verlautbarung der SMAD steht auch im Kontext mit den seit dem Frühjahr 1948 kursierenden Gerüchten über eine „zweite" Bodenreform, die in der Sicht der verunsicherten ländlichen Bevölkerung auf eine Kollektivierung hinauslaufen sollte[133]. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Bodenreform, sowie die häufig kompensatorischen politischen Einzelmaßnahmen hielten bis in die fünfziger Jahre hinein an.

Die Bodenreform veränderte die agrarwirtschaftliche und gesellschaftliche Verfassung des ländlichen Raumes so nachhaltig wie kein anderer struktureller Eingriff in der Geschichte der SBZ/DDR[134]. Bis Januar 1950 wurden 3,3 Millionen ha

---

127 Wilde, Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin, S. 35f.

128 Zur Orientierung in der neueren Forschung zur Bodenreform: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand"; bislang liegen weder eingehende Regionaluntersuchungen noch eine umfassende Monographie für die SBZ/DDR vor: Siehe aber zu brandenburgischen Kreisen: Spix, Bodenreform in Brandenburg; Nehrig, Uckermärker Bauern.

129 Grundlegend für diese Phase: Stöckigt, Kampf.

130 Für Sachsen Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 115f.

131 Spix, Bodenreform in Brandenburg, S. 4 f.

132 Inventar, S. 154, zur Einordnung des Befehls auch Foitzik, Einleitung, S. 59.

133 So hatte im Frühjahr 1946 eine neue zweite „radikale" Bodenreform in Sachsen eingesetzt, die die Zahl der enteigneten Betriebe von 1525 auf 2602 erhöhte; Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 115. Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, S. 167f. Im Zuge der 1. Parteikonferenz der SED waren diese Gerüchte erneut virulent, MLHA BPA Schwerin IV/2/1/33, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 6. 2. 1949, Bl. 13ff., hier Bl. 71; Krebs, Weg, S. 75f.

134 Siehe Tabelle 2.

Land umverteilt. Dabei waren die Agrarregionen der SBZ von der Bodenreform recht unterschiedlich betroffen[135]: Wurden in den gutsherrschaftlich geprägten Ländern Mecklenburg und Brandenburg über die Hälfte bzw. über 40% der Nutzfläche berührt, so gelangte in Thüringen nur 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Bodenfonds[136]. In Sachsen, wo knapp ein Viertel der Nutzfläche erfaßt wurde, veränderte sich im Zuge der Bodenreform die bestehende klein- bis mittelbäuerliche Struktur kaum[137].

Die Aufteilung des Großgrundbesitzes konnte zwar im Prinzip auf eine vergleichsweise hohe Akzeptanz hoffen, erregte aber bald aufgrund der rigorosen, gewalttätigen und auffallend planlosen, die wirtschaftliche und kulturelle Substanz zerschlagenden Praxis heftigen Widerstand. Da es weder ein geregeltes juristisches Verfahren noch Appellationsinstanzen gab, führten die Landes- bzw. Provinzialbodenkommissionen und die Bodenkommissionen vor Ort in Abstimmung mit den sowjetischen Kommandanturen ein weitgehend unkontrolliertes Dasein[138]. Eine Feinvermessung der betroffenen und vergebenen Bodenflächen unterblieb 1946 bewußt nach dem Motto – Tempo statt Präzision[139]. Um die Unantastbarkeit der Bodenreform trotz offensichtlich fehlender Rechtmäßigkeit und Legalität zu besiegeln, verboten die sowjetischen Behörden die nachträgliche Änderung auch von krassen Fehlentscheidungen kategorisch. Die Begünstigten sollten um ihr neues Gut nicht fürchten müssen, den Enteigneten keine Hoffnung auf Rückgewinn bleiben.

Die Ziele und regional verfolgten Motive, die mit der Durchsetzung der Bodenreform verknüpft waren, auch ihre prozessualen Verschiebungen im Zeitablauf, sind nicht hinreichend untersucht. Was den Großgrundbesitz anbelangt, ist davon auszugehen, daß es nicht nur um die ökonomische und damit – nach marxistischem Verständnis – um die politische Beseitigung der „Klasse der Junker" ging; mit der Zerstörung der wirtschaftlichen und kulturellen Basis beseitigte man zugleich die Symbole herrschaftlicher Repräsentanz, die die einstige Macht und den potentiellen Anspruch darauf in Erinnerung riefen: die Gutshäuser und die Grundbücher[140]. Deren Existenz hätte als Zeugnis einer langwährenden Besitz-

---

135 Siehe Tabelle 1. Trotz methodischer Vorbehalte gegenüber bislang verwendeten Statistiken und Zahlenangaben, greift die Untersuchung auf die bekannten Statistiken zurück, zumal auch das Statistische Bundesamt bislang kein Verfahren entwickelt hat, zu gesicherten neueren Daten zu gelangen.

136 Weitere Zahlen zu Mecklenburg bei Kuntsche, Bodenreform, S. 55 ff., passim; Bauerkämper, Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, passim; für Thüringen: Kaiser, Klientelbildung, S. 122–125.

137 Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 117, dort Zahlen zur Zusammensetzung der Enteignungen.

138 Für Thüringen gibt es Indizien, daß Landespräsident Paul anfänglich versuchte, rechtsstaatliche Prinzipien zu beachten, Kaiser, Klientelbildung, S. 122; in Mecklenburg konnte die Landesbodenkommission weitgehend losgelöst von rechtsstaatlichen Maximen mit Unterstützung der SMAD agieren; vgl. Kuntsche, Bodenreform, S. 60 f.; ders., Unterstützung.

139 Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 115.

140 Als Zeichen einer veränderten politischen Kultur sieht dies Kaiser, Klientelbildung, S. 129–131.

kontinuität und Tradition für das umlegitimierende Vorgehen der neuen Herrschaft eine Gefährdung bedeutet.

In die Wahrnehmung der bäuerlichen Bevölkerung grub sich besonders jene zweite Phase der Bodenreform ein, die mit der Begründung der Entnazifizierung zahlreiche Privatbetriebe unter 100 ha Nutzfläche erfaßte. Damit traf die Bodenreform einen beträchtlichen Anteil großbäuerlicher Betriebe, deren Inhaber 1945 unter bündnispolitischen Gesichtspunkten nicht attackiert worden waren[141]. Bis 1950 belief sich die Anzahl der enteigneten Privatbetriebe unter 100 ha auf fast ein Drittel aller Betroffenen. Inwiefern damit tatsächlich eine Schicht erfaßt wurde, die sich als dörfliche Elite mit dem nationalsozialistischen Regime eingelassen hatte, ist bislang nicht untersucht. Die durchschnittliche Betriebsgröße dieser Enteignungen lag bei 29 ha, und diese großbäuerlichen Enteignungsfälle machten insgesamt nur einen geringen Anteil (4%) am gesamten Bodenfonds der Bodenreform aus[142]. Dort allerdings, wo die landwirtschaftliche Struktur überwiegend bäuerlich geprägt war, wie in Thüringen, belief sich diese Enteignungsvariante sogar auf über 40% der beschlagnahmten Betriebe, bei einer durchschnittlichen Größe von nur 18 ha.

Nach der sowjetischen Konzeption von 1945 zielte die Bodenreform darauf ab, durch Umverteilung zu Lasten möglichst weniger Einzelpersonen möglichst viele zu begünstigen. Immerhin profitierten durch Zuteilungen aus dem Bodenreformfonds vordergründig rund 560000 Einzelpersonen mit ihren Familien. Mit der Bodenreform sollten die traditionellen und gegen kommunistische Agitation weitgehend immunen dörflich-ländlichen Milieus aufgebrochen werden. Die von herkömmlichen ländlichen Führungsgruppen dominierten Gebiete sollten für den „demokratischen" Aufbau gewonnen und möglichst für kommunistische Einflüsse geöffnet werden[143]. Die Verschiebungen in der Sozialstruktur und eine neue Art sozialer Auf- und Abstiegsprozesse, etwa das Einsickern der Großbauern in die Lücke, die die Gutsbesitzer hinterließen, sind in der Forschung bereits beschrieben, wenngleich nicht umfassend analysiert worden[144]. Vielerorts wurden die überlieferten Machtverhältnisse trotz der Bodenreform fortgeschrieben, weil die häufig nichts außer einer Urkunde besitzenden Neubauern am unteren Ende der dörflichen Sozialskala rangierten. Insgesamt war die Solidarität unter denjenigen, die sich nun zwar alle „Bauern" nannten, aber als Gruppe mit gemeinsamen Interessen nicht existierten, äußerst brüchig, sofern überhaupt vorhanden. Zwar

---

141 Einer Notiz Piecks über eine Besprechung in Karlshorst vom 29. 8. 1945 zufolge wollte man „Ortsbauernführer persönlich nicht berühren – wenn nicht bes. Schweinehund – Anders Kreisbauernführer, die aktive Nazis", Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 56f., Zitat S. 57.

142 Vgl. Tabelle 2.

143 Zur Führungsschicht zählten neben den Gutsherren auch die groß- und altbäuerliche Bevölkerung, eingesessene Handwerksbetriebe, Gastwirte sowie die Pfarrer und Lehrer.

144 Siehe Bauerkämper, Führungsgruppen; ders., Strukturumbruch; ders., Flüchtlinge; vgl. konzeptionelle Überlegungen von Bauerkämper/Danyel/Hübner, Führungsgruppen. Empirisch besser erfaßt sind die sozialen Verhältnisse der neubäuerlichen Bevölkerung: Bauerkämper, Neubauern; ders., Neubauernprogramm; regionale Studien von Spix, Bodenreform in Brandenburg, und Nehrig, Uckermärker Bauern; von der älteren Literatur siehe Kuntsche, „Gemeinwirtschaft", und Woderich, Zu den Anfängen.

halfen viele Altbauern den Neuankömmlingen so gut es ging mit ihren Mitteln aus[145]. Gerade im Süden aber etablierte sich eine ausgesprochene „Neidgesellschaft" aufgrund sehr unterschiedlicher Ablieferungssolls[146]. Die Altbauern erwarteten für ihre Hilfe Gegenleistungen in der gewohnten Form – etwa durch Arbeitsleistung der Neubauern auf den altbäuerlichen Höfen –, die sich mit den ideologischen Vorstellungen von KPD und Besatzern aber nicht vertrugen. Wer fremde Arbeitskräfte beschäftigte, geriet ab 1948 schnell in Verdacht, ein „Großbauer" zu sein. Spannungen zwischen den Ländern wurden gefördert, wenn südliche Altbauern erfuhren, wie ihr wertvolles Vieh, das sie in nördliche Neubauerngebiete abgeben mußten, wegen unsachgemäßer Behandlung häufig einging[147]. Gesellschaftliche Konflikte waren in Sachsen oft auf die „fehlgesteuerte Bodenreform" zurückzuführen[148]. Die Bemühungen der SED wurden durch den Umstand enorm beeinträchtigt, daß sie auf dem Land als Vollstreckerin der Kommandowirtschaft der SMAD galt. Denn die Besatzungsmacht berücksichtigte das wirtschaftliche Chaos auf dem Land kaum. Sie befahl ein rigoroses Erfassungs- und Ablieferungssystem und führte strenge Kontrollen durch, als habe sie es mit einer völlig intakten Landwirtschaft zu tun[149].

Inwiefern mit der Begünstigung bestimmter Gruppen bei der Bodenreform eine gezielte Klientelbildung der Kommunisten bezweckt und erreicht worden ist, müßte noch eingehender erforscht werden. Die alteingesessene mittelbäuerliche Schicht gehörte nicht zu den besonders Begünstigten der Bodenreform. Dies belegt der geringe Landanteil, der aus dem Bodenreformfonds an sie ging, wenngleich die Zuteilung von einst herrschaftlichem Wald einen hohen Prestigewert hatte[150]. Hohe Anteile erhielten hingegen die nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten (32,7%), die sogenannten landlosen Bauern, also die kein Land erbenden Bauern-Kinder, und die Landarbeiter (21,2%). Diese Gruppen zählen eindeutig zu den von der Bodenreform Begünstigten. Abgesehen von den bäuerlichen Familienmitgliedern dürfte mit ihnen zugleich die Klientel von KPD und SPD großzügig bedacht worden sein[151]. Die Begünstigung dieser Gruppen war in den ursprünglichen Konzeptionen von KPD und SPD noch stärker hervorgekehrt worden als in der sowjetischen Endvariante. Offenbar nutzten die KPD-Mitglieder vor Ort ihren Handlungsspielraum zur Besserstellung der eigenen Klientel. Gestützt wird diese Hypothese auch durch folgende Überlegung: Die Durchschnittszahlen für diese begünstigten Gruppen fallen zunächst schon aufgrund der wirtschaftlichen Struktur der SBZ regional sehr unterschiedlich aus. Die landwirtschaftliche Struktur brachte es mit sich, daß der Anteil begünstigter

---

145 So etwa in Brandenburg, Bauerkämper, Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 288f.
146 Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 116.
147 Kuntsche, „Gemeinwirtschaft", Bd. 2, S. 209–211, 223f.
148 Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 116.
149 Ebd., S. 114f.
150 Siehe Tabelle 4.
151 Kuntsche erwähnt, daß es bislang ungeklärt ist, warum die kleinbäuerliche Gruppe (2–5 ha) im Verlauf der Mecklenburgischen Bodenreform auf 134000 anschwoll; Kuntsche, Bodenreform, S. 55.

nichtlandwirtschaftlicher Arbeiter und Angestellter in Mecklenburg und Brandenburg gemessen an der Gesamtzusammensetzung der Landempfänger niedriger war als im stärker industrialisierten Süden. Damit war jedoch der Anteil dieser Begünstigtengruppe gerade in den Stammregionen der organisierten Arbeiterbewegung höher als in den nördlichen Landesteilen[152].

Im Hinblick auf eine Klientelbildung für KPD/SED interessiert vor allem die Gruppe der Neubauern, die auch Flüchtlinge und Vertriebene umfaßte. Insgesamt wurden in der DDR bis zum 1. Januar 1950 210276 Neubauernstellen geschaffen[153], darunter gut 90000 für sogenannte Umsiedler. Entsprechend der Aufteilung des Bodenreformfonds gab es wiederum erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. In Mecklenburg machten die Neubauern fast 90% der durch die Bodenreform mit Land Bedachten aus, in Thüringen stellten die Neubauern rund ein Fünftel der Begünstigten[154]. In der regionalen Verteilung waren die Zahlen der „Umsiedlerbauern" entsprechend der Bildung des Bodenreformfonds diversifiziert und einer hohen Fluktuation unterworfen: So gab es in Sachsen 1945 gerade mal 5844 „Umsiedler", die Land erhalten hatten, in Thüringen schrumpfte ihre Zahl von knapp 15000 Anfang 1946 auf 3341 Ende 1948[155]; in Mecklenburg vervierfachte sich die Zahl der „Umsiedlerbauern" von 10328 im Januar 1946 zwar auf knapp 40000 bis Anfang 1950 und umfaßte damit knapp 45% der Begünstigten; angesichts einer Flüchtlings- und Vertriebenenzahl von rund einer Million Menschen in Mecklenburg blieb der tatsächliche Beitrag der Bodenreform zur „Umsiedler"-Integration jedoch äußerst begrenzt[156]. Dennoch zählten offenbar die Flüchtlinge und Vertriebenen insgesamt, in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, zu den vergleichsweise begünstigten Gruppen[157].

Die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Neubauernschaft ist ein eklatantes Beispiel dafür, wie sehr es der SED mißlang, diese stark umworbene Gruppe wirtschaftlich abzusichern und an sich zu binden. In Mecklenburg mußte für vier Fünftel aller Neubauern erst ein Gehöft errichtet werden, nur jeder zweite Neubauer dort hatte überhaupt einen Wohnraum[158]. Trotzdem unternahm die Besatzungsmacht im Frühjahr 1946 alles, um die „Gemeinwirtschaft" der Neubauern, mit der diese sich behalfen, dabei aber nicht die Gutsbetriebe auflösten, zu beenden[159]. Parteimitgliedschaften in der KPD/SED, auf die sich viele aus vordergründigen Motiven einließen, stießen bald an Grenzen ideologischer Überzeugungen. Für die „Umsiedler" war die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-

---

152 Zumal Kluge herausgearbeitet hat, daß sich die klein- bis mittelbäuerliche Agrarstruktur Sachsens nicht verändert hat, er also diese bäuerlichen Betriebe nicht zu den Hauptbegünstigten der Bodenreform zählt; Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 117.

153 Tabelle 4, siehe Summe der landlosen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler.

154 Ebd.

155 Meinicke, Bodenreform, S. 138.

156 Vgl. Tabelle 4; Kuntsche, Bodenreform, S. 55; Meinicke, Bodenreform, S. 138, die zweite Spalte der dort abgedruckten Tabelle 3 bezieht sich ganz offenkundig auf Mecklenburg und nicht auf Sachsen.

157 Meinicke, Bodenreform, S. 150; vgl. hingegen Bauerkämper, Integration, S. 200–204.

158 Kuntsche, Bodenreform, S. 65.

159 Ders., „Gemeinwirtschaft", Bd. 2, S. 203–206, 218 und passim.

Grenze, die den Verlust der Heimat implizierte, eine solche Barriere[160]. Viele Flüchtlinge und Vertriebene unter den Neubauern und SED-Mitgliedern hofften bis in die fünfziger Jahre auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Aufgrund betriebswirtschaftlicher Probleme blieb ihr Elan für den wirtschaftlichen Erfolg häufig begrenzt. Dort, wo sie es trotz aller Widrigkeiten schafften, zählten sie später oft zu den vehementen Kollektivierungsgegnern.

Dennoch war mit der Bodenreform eine nicht zu unterschätzende Integration vor Ort verbunden. Die mit ihrer Umsetzung verknüpfte alltägliche Bekämpfung persönlicher und politischer Gegner schweißte die Ausführenden in den örtlichen Bodenreformkommissionen zusammen. Das Ausufern in Korruption[161] in der „entbürokratisierten"[162] Situation im Dorf trug dazu bei. Denn die Mitglieder der Kommissionen waren Mitwisser, Mittäter und Mitbegünstigte zugleich. Auch wenn das weitergesteckte Ziel der Zusammenführung der vielen Enteignungsprofiteure mit den kommunistischen Organisatoren der Enteignung weder umfassend noch dauerhaft gelang, bleibt bei den Bodenreformakteuren in den Dörfern ein Integrationserfolg festzuhalten. Für viele DBD-Aktivisten der Parteigründungszeit und Funktionäre waren die Bodenreformkommissionen eine Art politischer Initiationsort. Daher ist dieser Zusammenhang jenseits idealisierender Manier[163] besonders hervorzuheben.

Die „Bauernpolitik" der SED vor dem Scheitern?

Für die organisatorische und wirtschaftliche Absicherung, vor allem aber für die weitere politische Steuerung der Bodenreform standen der KPD/SED seit 1945 zwei wichtige Apparate zur Verfügung, die Bodenreformkommissionen und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), wie der organisatorische Zusammenschluß der zeitgleich mit dem Beginn der Bodenreform gebildeten örtlichen Bauernkomitees der gegenseitigen Hilfe seit dem Sommer 1946 hieß[164]. Vor Ort bildeten häufig die gleichen Personen das Rückgrat beider Institutionen, Parteilose und „Bürgerliche" inbegriffen.

In den Bodenreformkommissionen der Dörfer dominierten in aller Regel kommunistische und sozialdemokratische Parteigänger. Zwar überwogen nach einer Statistik vom April 1946 quantitativ die parteilosen Mitglieder, während die Angehörigen bürgerlicher Parteien insgesamt ein Schattendasein führten. Gegen den Willen der kommunistischen Vertreter, die von sowjetischen Behörden als politisch verläßlichere Kräfte gesehen wurden, kam jedoch kaum eine Entscheidung zustande[165]. Der Handlungsspielraum von Vertretern aus der CDU oder LDP wurde durch bestimmte Verfahrensweisen nahezu ausgeschaltet: So mußten die örtlichen

---

160 Kaiser, Klientelbildung, S. 127f.; Kuntsche, Bodenreform, S. 65.
161 Kluge, „Die Bodenreform ist in erster Linie", S. 118.
162 Mit positiver Konnotation in älterer Untersuchung Kuntsches, „Gemeinwirtschaft", Bd. 1, S. 32.
163 So Reichelt, Blockflöte, S. 28–31.
164 Zu Bauernkomitees siehe auch Piecks Notizen über eine Besprechung in Karlhorst, am 29. 8. 1945, Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 56f.
165 Siehe Tabelle 3.

Anträge auf Bodenzuteilungen ebenso wie die Entscheidungen darüber von den Kreis- und Landes- bzw. Provinzialbodenkommissionen bestätigt werden; die Landesbodenkommissionen wiederum waren über die Innenbehörden der Länderverwaltungen gesteuert, die kommunistischen Einfluß gewährleisteten[166].

Die VdgB fungierte als Arm der SED zur wirtschaftlichen, politischen und juristischen Absicherung der Bodenreform. Vor allem nachdem die Bodenreformkommissionen bis 1947 häufig aufgelöst worden waren, verstetigten die Ausschüsse der VdgB den kommunistischen Einfluß. Man zielte auf die Festschreibung der Umwälzung und wies nachträgliche Korrekturforderungen von Vertretern aus CDU und LPD zurück. Die im Herbst 1945 gebildeten örtlichen Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe waren hauptsächlich damit beschäftigt, den Neubauern erste wirtschaftliche Unterstützung zu geben[167]; schließlich war eine zumindest notdürftige Versorgung Voraussetzung dafür, daß die Neubauern ihre gemeinwirtschaftlichen Praktiken zugunsten einer individuellen Wirtschaftsführung aufgaben, wie es SMAD und KPD Anfang 1946 einforderten[168]. Obgleich in den örtlichen Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe auch CDU- und LDP-Mitglieder vertreten waren, war die VdgB-Politik den offiziellen Verlautbarungen zufolge stets identisch mit den Zielen der KPD/SED, die personelle Führung fest in deren Hand[169]. 1946 fiel der VdgB im Rahmen der Vorbereitungen zu den Kommunal- und Landtagswahlen eine besondere Aufgabe zu. Neben den Frauenausschüssen und anderen Massenorganisationen bewarb sie sich mit eigenen Listen bei den Urnengängen. Sie war vielerorts auf dem Land die einzige Massenorganisation, die überhaupt präsent war; daher sollte sie mithelfen, sichere Mehrheiten für die SED in den Gemeindevertretungen und Parlamenten zu beschaffen.

Über die ab 19. Juni 1946 von der SMAD öffentlich angekündigten Gemeinde- bzw. Kreis- und Landtagswahlen war die KPD-Spitze schon am 23. Januar 1946 andeutungsweise informiert worden[170]. In der Hoffnung, durch Stimmenerfolge in vormaligen Hochburgen der Arbeiterbewegung eine Siegeseuphorie auch in andere Gegenden zu tragen, hatte die SMAD einen sorgfältig abgestimmten Terminplan entwickelt. Nach einem Auftakt mit dem „Volksentscheid über die Enteignung ehemaliger Nazis und Kriegsverbrecher" in Sachsen sollten dort am 1. September die ersten Gemeindewahlen stattfinden; eine Woche später, am 8. September, wählten Thüringen und Sachsen-Anhalt, Mitte September dann die

---

166 Zur Tätigkeit der Landesverwaltung und organisatorischen Durchführung in Mecklenburg siehe Kuntsche, Unterstützung, S. 147–155; ders., Bodenreform, S. 52, 60f.; Fait, Mecklenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 114f.; Krebs, Weg, S. 103. CDU-Mitglieder waren bis März 1946 nicht in brandenburgischen Bodenkommissionen in den Gemeinden vertreten; in der Provinzialbodenkommission saß zwar von Anfang an Schleusener, der aber erst im November in die CDU eintrat; Reinert, Parteien, S. 80, Anm. 162.

167 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 45ff.; ders., Rolle; Staritz, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, in: SBZ-Handbuch, S. 761; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 73–76.

168 Kuntsche, „Gemeinwirtschaft", passim, bes. S. 122–127.

169 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 58f., 75; freilich konnten ehrgeizige und die Profilierung suchende Köpfe wie der VdgB-Generalsekretär Kurt Vieweg eigene Akzente setzen. Scholz, Bauernopfer, S. 61–82, und passim. 1947 drangen CDU und LDP-Mitglieder gezielt in die VdgB, Kurek, VdgB, S. 96.

170 Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 63.

am wenigsten industrialisierten Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern; am 20. Oktober folgten sämtliche Kreis- und Landtagswahlen[171].

SMAD-Chef Sokolowski hob die Wahlen in den Rang eines „Testes" der nunmehr einjährigen „Demokratisierungspolitik" der SMAD in Deutschland[172]. Er hielt das Abstimmungsverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen für einen Wahlsieg der SED für entscheidend. Dazu zählte neben den Frauen, die rund 61% der wahlberechtigten Bevölkerung ausmachten, und den Jungwählern gerade auch die bäuerliche Bevölkerung[173]. Den anfänglichen Sympathiezuwachs für die SED unter den neubäuerlichen Bürgern schätzte er als brüchig und zunehmend gefährdet ein, vor allem weil die CDU die bäuerliche Bevölkerung anhaltend umwarb. Die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (DVLF) hatte ihm genügend Gründe für diese kritische Sicht genannt. Auch sie plädierte für eine positive Stimulierung der bäuerlichen Wähler. Daher drängte sie auf eine rasche Eintragung und damit Absicherung des neu erworbenen Landbesitzes in die Grundbücher, auf großzügige Gewährung von Krediten, Viehankäufe in den westlichen Zonen, eine zügige Neuregelung des noch geltenden NS-Erbhofrechtes, Unterstützungen für die VdgB sowie die Einrichtung einer Beschwerdestelle[174]. Während die Landwirtschaftsverwaltung damit andeutete, daß das Ansehen der SED unter den sowjetischerseits mitzuverantwortenden Mißständen in der Agrarwirtschaft litt, riß die Kritik Tjulpanows, des Chefs der Verwaltung für Information der SMAD, an der politisch-ideologischen Tätigkeit der SED nicht ab. Die Arbeit mit Frauen, Jugendlichen, Angehörigen der „Intelligenz" und nicht zuletzt den Bauern litt ihm zufolge unter erheblichen Mängeln[175].

Die Strategie der SMAD für einen Wahlsieg der SED sah vielschichtig aus. Bestand für die Durchsetzungskraft der SED in den Städten ein maßgebliches Kriterium darin, wie sich der innerparteiliche Konflikt zwischen ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern entwickelte, berührte diese Problematik den Wahlausgang auf dem platten Land weniger, da beide Arbeiterparteien dort kaum verwurzelt waren[176]. Die Taktik für die Landregionen sah daher vor, das Wahlvolk unmittelbar mit Versprechungen für die SED gewogen zu stimmen; Nachteiliges über Lebensmittelrationierungen strich die Informationsverwaltung aus den Redemanuskripten bürgerlicher Parteien[177]. Tatsächlich konnte die SED aufgrund ihrer Dominanz in den Selbstverwaltungsorganen und dank offensichtlicher Bevorzugung durch die Besatzer am ehesten glaubhaft vermitteln, daß nur durch sie umgehend legale Hilfe zu erwarten war. Viele Wähler schätzten deshalb den Einfluß der SED auf Fragen der alltäglichen Versorgung höher ein als den der bürgerlichen Parteien. Zum zweiten hing ein positives Ergebnis für die SED auf dem Land ganz erheblich davon ab, inwiefern es gelang, die Wahlchancen von CDU und LPD

---

171 Braun, Wahlen, S. 381, 383; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 46, 48f.; zum Volksentscheid eingehender ders., Klassenkampf.
172 Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 49.
173 Ebd., S. 49f.; Braun, Wahlen, S. 387.
174 Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 50, Anm. 34.
175 Ebd., S. 56.
176 Braun, Wahlen, S. 387.
177 Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 72.

einzuschränken. Den entscheidenden Hebel dafür bedienten die sowjetischen Kommandanturen vor Ort, indem sie die Registrierung von Ortsgruppen bürgerlicher Parteien verweigern und behindern konnten; die Registrierung aber war laut Paragraph 28 der Wahlordnung bei den Gemeindewahlen Voraussetzung für eine Kandidatur[178]. Die Zulassungskriterien unterlagen der Willkür sowjetischer Offiziere. In den kleinen Orten war es besonders schwierig, die erforderlichen 15–25 Gründungsmitglieder beizubringen, deren organisierte Werbung aber nicht ohne vorherige sowjetische Genehmigung erfolgen durfte. Fadenscheinige Anlässe und Begründungen, Ortsgruppen von CDU und LPD nicht zu genehmigen oder nachträglich wieder aufzulösen, gab es genügend.

Bei den Gemeindewahlen erhielt daher rund die Hälfte der bestehenden Grundeinheiten von CDU und LDP ihre Lizenz nicht rechtzeitig. Die LDP konnte in nur 1600 – meist größeren Orten – gewählt werden, die Union in rund 2100 von insgesamt 11600 Gemeinden der SBZ, obwohl sie über 4050 (CDU) und 3100 (LDP) Grundorganisationen verfügten. Die schlechtesten Chancen hatten beide im Bodenreformland Mecklenburg-Vorpommern, wo die LDP nur in 65, die CDU in rund 230 von insgesamt 2404 Orten gegen die SED antreten durfte[179]. Jakob Kaisers Interventionsversuche bei Tjulpanow und im Einheitsfrontausschuß brachten keine handfesten Ergebnisse, sondern allenfalls vage Versprechungen[180]. Erst die Kreis- und Landtagswahlen eröffneten den bürgerlichen Parteien günstigere Ausgangschancen, weil dafür eine Registrierung der Ortsgruppen nicht nötig war.

Um der CDU thematisch dort Paroli zu bieten, wo sie für sich ein besonderes Einflußmonopol beanspruchte, nämlich unter der christlichen Bevölkerung, drängte die SMAD erfolgreich auf eine Modifizierung der kirchenpolitischen Linie der SED, vornehmlich hinsichtlich der evangelischen Kirche. Die SED sollte sich flexibel zeigen und hervorkehren, daß sich die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft durchaus mit einer SED-Mitgliedschaft vertrage[181]. Hochrangige evangelische Meinungsführer wie den Berliner Bischof Dibelius versuchte man ebenso zu wohlgesonnenen Aussagen zu bewegen wie gezielt auch Pfarrer in ländlichen Regionen[182]. Da die evangelische Kirchenleitung als Ausweg schließlich eine weitgehende parteipolitische Zurückhaltung wählte, also auch auf eine eindeutige Wahlempfehlung zugunsten der CDU verzichtete, erhöhte sie damit die Chancen der SED nicht unerheblich[183]. In der prekären Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze schienen Flüchtlinge und Vertriebene Unterstützung eher durch CDU und LDP zu erwarten, weshalb die Informationsverwal-

---

178 Siehe ebd., S. 61–65; Braun, Wahlen, S. 384f. Zum sowjetischen Einfluß auf die Wahlordnung siehe: Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, Dok. Nr. 53, S. 230–232.

179 Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 94; Braun, Wahlen, S. 385, mit leicht abweichenden Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern.

180 Suckut, Blockpolitik, S. 29, S. 160f., S. 167–170; Weber, Geschichte, S. 141; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 63f.; Braun, Wahlen, S. 385; vgl. Falter/Weins, Wahlen, S. 219–222.

181 Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 72, 76–84.

182 Ebd., S. 76–84.

183 Ebd., S. 84.

tung Redemanuskripte von deren Wahlkämpfern auf dieses Thema überprüfte[184]. Offenbar gestand die Informationsverwaltung Grotewohl zu, sich dazu am 13. September im „Neuen Deutschland" zu äußern, während Tjulpanow in dieser Frage den bürgerlichen Parteien jegliche öffentliche Debatte bei Strafandrohung verbieten wollte[185].

Die Wahlresultate wiesen die SED als eindeutige Siegerin aus. Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen, wo der Wettbewerb der bürgerlichen Parteien besonders behindert worden war, erreichte die SED mit durchschnittlich 57,2 bzw. 51,1% die absolute Majorität, bei den Landtagswahlen mit 47,6% eine deutliche relative Mehrheit[186]. Trotzdem war die SMAD mit dem Wahlergebnis unzufrieden. Nur in drei Länderparlamenten errang die SED die überwiegende Zahl der Sitze, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt stellten die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Parlament. Zweifellos erzielte die SED in den ländlichen Gebieten die größten Erfolge; auch dort kam ihr ganz offensichtlich die restriktive Praxis gegenüber den Ortsgruppen der „Bürgerlichen" zu Hilfe[187]. Allerdings zeigte sich bei den Landtagswahlen, bei denen CDU und LDP über bessere Chancen verfügten, daß die Stimmenanteile der SED in den Stadt- und Landkreisen ausgeglichen waren. Das beste Landtagswahlergebnis errang die SED in Mecklenburg-Vorpommern mit 49,5%. Die CDU erreichte dort mit 34,1% ebenfalls ihr bestes landesweites Ergebnis, weil der Konfessionsfaktor des katholischen Teils der Flüchtlinge und Vertriebenen für sie sprach und die LDP dort organisatorisch äußerst schwach vertreten war und nur auf 12,5% kam. Immerhin ist das Mecklenburger Wahlergebnis für die SED auf dem Land beachtlich. Es deutet mit großer Wahrscheinlichkeit schon auf einen Sympathiebonus bei den durch die Bodenreform begünstigten Gruppen, etwa den Neubauern, hin[188]. Dagegen hatte Pieck schon im Vorfeld der Wahlen nicht mit den Stimmen der Altbauern gerechnet, die in der SED lediglich als das ausführende Organ der sowjetischen Kommandanten zur Eintreibung der harten Abgabesolls sehen würden[189]. Deutlich zeichnete sich außerdem die Tendenz ab, daß die LDP fast ausschließlich in den Städten reüssierte, die CDU hingegen dort, wo sie antreten konnte, vornehmlich in ländlichen Gebieten[190]. Aus der Sicht der Wähler boten die bürgerlichen Parteien offensichtlich einen politischen Gegenentwurf zur SED. So wäre zumindest zu erklären, warum dort, wo nur eine der beiden Parteien antreten konnte, das gesamte bürgerliche Stimmenpotential sich dann auf die eine Partei konzentrierte und nicht

184 Ebd., S. 72. Die Informationsverwaltung hatte die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien mitbestimmt, siehe Bonwetsch u.a. (Hg.), Politik, Dok. Nr. 53, S. 230–232.

185 Vgl. Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 99f.

186 Freilich hatten bei einer insgesamt sehr hohen durchschnittlichen Wahlbeteiligung von je 93% bei den Kommunal- und Landtagswahlen und 91,6% bei den Kreistagswahlen fast 10% ungültige Stimmen abgegeben; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 92, leicht abweichende Zahlen bei Braun, Wahlen, S. 386.

187 Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 93; Falter/Weins, Wahlen, S. 227–229.

188 Anders für einen brandenburgischen Kreis: Spix, Bodenreform und Wahlverhalten, S. 89.

189 Reinert, Parteien, S. 111; idealisierend: Ottofülling, Blockpolitik, S. 584f.

190 Braun, Wahlen, S. 386f., 397.

für die SED zu Buche schlug[191]. Eine methodisch durchaus problematische Gegenüberstellung der Ergebnisse mit den Resultaten der Reichstagswahlen von 1928 deutet darauf hin, daß die LDP dort stark abschnitt, wo vordem die linksliberale DDP, die rechtsliberale DVP und die Wirtschaftspartei im bürgerlichen Lager vorne gelegen hatten. Die CDU schnitt 1946 besonders dort gut ab, wo einst die DNVP oder regionale agrarische Interessengruppen erfolgreich waren. Hinsichtlich der Konfessionsverteilung, die infolge der Massenwanderungen der Nachkriegszeit in Bewegung geraten war, fällt für die CDU ein eindeutiger statistischer Zusammenhang im katholischen Eichsfeld ins Auge[192]. Obgleich dazu eingehendere Untersuchungen ausstehen, ist die Hypothese erlaubt, daß die sozialmoralischen Milieus der Weimarer Zeit bei den ersten freien Wahlen der Nachkriegszeit noch wirkungsmächtig waren und als wahlentscheidende Faktoren einzuschätzen sind[193].

Da die VdgB bei der Gründung der DBD eine erhebliche organisatorische Rolle spielte, ist ihr Part kurz zu charakterisieren, zumal die Wahlzulassung von Massenorganisationen das eigentliche Novum an den Wahlen von 1946 war. Die VdgB sollte in ländlichen Gebieten jenen Wähleranteil binden, der nicht von vornherein für die SED stimmen wollte und auf eine vorgeblich überparteiliche Organisation setzte. Sie ließ sich weiter als Instrument gegen ländliche Bewerber der CDU einsetzen. So wurden CDU-Kandidaten in Mecklenburg-Vorpommern zwar genötigt, auf VdgB-Listen anzutreten, es war aber ungewiß, ob sie ein so errungenes Gemeindemandat in Anspruch nehmen durften, wenn keine Ortsgruppe der Partei bestand[194]. Immerhin erreichte die VdgB bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern fast 4% der Stimmen und vergrößerte die Mehrheit der SED im Parlament[195]. Dennoch war die VdgB nicht immer eine zuverlässige Mehrheitsbeschafferin für die SED in ländlichen Regionen. Wie sowjetische Analysen festhielten, hatte sich die VdgB in Brandenburg gegen die SED profiliert, obgleich sämtliche gewählten Abgeordneten SED-Mitglieder waren und sich im Landtag stets mit der SED zusammentaten[196]. Für einige Kreise Mecklenburg-Vorpommerns, aber auch anderer Länder ist zu beobachten, daß in Gebieten, in denen weder CDU noch LDP zu den Wahlen zugelassen waren, sich deren Stimmenpotential offensichtlich auf die VdgB konzentrierte[197].

---

[191] Siehe z.B. Abstimmungsergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern; die CDU konnte offenbar in den Kreisen Ludwigslust und Hagenow, wo die LDP nur bei den Kreistagswahlen nicht antrat, das jeweilige Stimmenpotential der LDP für sich verbuchen; ebd., S. 402; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 97.

[192] Im Kreis Worbis errang das Zentrum bei Reichstagswahlen durchschnittlich 60%, 1946 erhielt die CDU dort 63%; Braun, Wahlen, S. 387.

[193] Für die SBZ siehe ebd.; vorsichtig Falter/Weins, Wahlen, S. 233; für einen Landkreis Spix, Bodenreform und Wahlverhalten, S. 79, 84f.

[194] Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 67, und Anm. 135.

[195] Braun, Wahlen, S. 397.

[196] Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 97; auffällig ist, daß ausgerechnet zu Brandenburg bislang keine Kreistagswahlergebnisse publiziert sind; Braun, Wahlen, S. 418; Reinert, Parteien, S. 107; vgl. Spix, Bodenreform und Wahlverhalten, S. 82–89.

[197] So etwa bei den Kreistagswahlen in den Kreisen Anklam (28,9% VdgB), Demmin

Die sowjetischen Wahlanalysen zur Jahreswende 1946/47 waren eindeutig. Die ungeteilte Zustimmung Sokolowskis fand dabei eine mit schonungsloser Offenheit vorgetragene Einschätzung des thüringischen SMA-Chefs, Generalmajor Kolesnitschenko, vom 27. Dezember 1946. Selbst dort, wo die SED wie in Thüringen als Siegerin aus den Landtagswahlen hervorgegangen sei, hielt Kolesnitschenko den bislang erreichten Stand der „Demokratisierung" des Landes für nicht gesichert. Der errungene Sieg auf dem Land dürfe nicht über die desolate Ausgangsposition der SED hinwegtäuschen. Angesichts der massiven Unterstützung der Informationsverwaltung und der nicht minder starken Behinderung der bürgerlichen Parteien hatte die SMAD ein wesentlich eindeutigeres Ergebnis für die SED erwartet. Kolesnitschenko rief warnend ins Gedächtnis, daß ein bedeutender Prozentsatz an Wählern die SED nur aufgrund persönlicher Versprechungen gewählt habe, „diese ‚Kartoffeldemokratie' möge uns aber nicht blenden"[198]. Für die sowjetische Sicht war bezeichnend, daß sie sowohl die verfehlte Arbeit der SED mit den Massen als auch den für sie „reaktionären" Charakter der bürgerlichen Parteien für wahlentscheidend hielt. Nur ein Faktor floß nicht gebührend in ihre Analyse ein, nämlich die tatsächliche Stimmung der Bevölkerung, die mit den politischen Verhältnissen, wie sie sich seit 1945 immer mehr herauskristallisierten, unzufrieden war[199]. Der Wahlausgang soll jedoch nicht über die wahren Machtverhältnisse hinwegtäuschen, die es erlaubten, sich über Wahlresultate hinwegzusetzen. In den Landesregierungen stellte die SED selbst dort die Mehrheit im Kabinett, wo bürgerliche Fraktionen im Landtag in der Überzahl waren[200].

Um die bäuerliche Bevölkerung nachhaltig politisch beeinflussen und an die Partei binden zu können, hätte diese Ausgangslage eine kluge „Bauernpolitik" der SED erfordert. Tatsächlich baute die SED ihr ländliches Ortsgruppennetz bis Mitte 1947 organisatorisch aus[201]. Sowohl in den agrarpolitischen Maßnahmen wie in der ideologischen Position steuerte sie 1947 jedoch zusehends in eine Krise, obwohl Landwirtschaftspolitiker von SED und SMAD seit Ende 1946 aus der völlig unzulänglichen Politik in Bauernfragen kein Hehl machten. So resümierte der Abteilungsleiter Landwirtschaft, Rudolf Reutter, anläßlich einer Zusammenkunft mit SED-Vertretern der VdgB im November 1946, daß die SED weit davon entfernt sei, die Bedeutung der „Agrar- und Bauernpolitik" für die Partei zu erkennen; selbst im Falle der ihr zugeordneten VdgB würden Vertreter der Partei – wie etwa auf Betriebsräteversammlungen in Sachsen geschehen – generell alle Bauern samt VdgB pauschal als „reaktionär" verdammen[202]. Offensive Verbesse-

(34,5%), Neubrandenburg (31,9%) und im Heimatkreis von Ernst Goldenbaum, Parchim (30,5%); Aufstellungen bei Braun, Wahlen, S. 419–421.

198 Zitat bei Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 107. Siehe auch Foitzik, Struktur, S. 262f.

199 So Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 95.

200 Ebd., S. 118–124.

201 Brauchbar bei Ottofülling, Blockpolitik, die aktengestützten Zahlen, weniger die einseitige Interpretation, S. 585; vom Vereinigungsparteitag bis September 1947 entstanden ca. 4700 neue SED-Ortsgruppen in den Dörfern, Ende 1947 waren etwa 106308 Bauern Mitglieder der SED (6% der Mitgliederschaft) sowie 64588 Landarbeiter.

202 SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 7ff., Tagesordnung und Protokollauszug Besprechung vom 8. 11. 1946, datiert auf 21. 11. 1946.

rungen in der Parteiarbeit, wie Reutter hinsichtlich Schulung und Werbung vorschlug, litten 1947 an Desorganisation und Zersplitterung des SED-Landwirtschaftsapparates[203]. Aus diesem Grund schlug der Leiter der DVLF, Edwin Hoernle, im November 1947 die Einrichtung eines zentralen agrarpolitischen Ausschusses unter Beteiligung aller Parteien, der VdgB und der ländlichen Genossenschaften vor, während das Zentralsekretariat seit Ende Oktober die Einrichtung einer reinen Parteikommission präferierte[204]. Erst im Frühjahr 1948 schuf sich die SED damit eine „autoritative" Stelle, die die bisherigen Akteure, die „Agrar- und Bauernpolitik faktisch auf eigene Faust gemacht" hätten, ablösen sollte[205].

Für die Agrarwirtschaft war 1947 ein äußerst schwieriges Jahr. Es begann mit schweren Kaltfrösten und plötzlicher Schneeschmelze, die im Oderbruch, der durch die Kampfhandlungen ohnehin arg in Mitleidenschaft gezogen war, zu einer Überschwemmungskatastrophe führten. Im Frühjahr und Sommer folgte eine Dürreperiode, die der Landwirtschaft große Schäden zufügte und ab Mitte 1947 akute Versorgungsengpässe zur Folge hatte[206].

Politisch viel brisanter war es jedoch, daß sich die SED seit Jahresmitte 1947 zentral wie in den Ländern und vor Ort immer weniger darum bemühte, die für die Arbeiterklientel ohnehin schwer nachvollziehbare bündnispolitische Konzeption gegenüber den Bauern weiterzuverfolgen. Angeheizt durch die angespannte Versorgungslage, machten sich vor allem in den Grundeinheiten immer mehr „sektiererische" Tendenzen gegen die Bauernschaft bemerkbar; so berichtete Tjulpanow nach Moskau: „In der Partei, vor allem in den Grundorganisationen, gibt es wegen der Versorgungsschwierigkeiten eine starke antibäuerliche Stimmung. Besonders stark ist das Unverständnis für die Politik der SMA gegenüber den Bauern. Eine Reihe von Maßnahmen in dieser Richtung (materielle Prämien für die Bauern im Falle von Zusatzlieferungen usw.) werden von [einigen] Parteiorganisationen abgelehnt."[207] Freilich war es eine schwierige Aufgabe für die SED, die Durchführung einer strukturellen Umwälzung, deren Bedingungen letztlich die SMAD bestimmte, voranzutreiben und dafür gerade stehen zu müssen. Bei aller berechtigten Kritik ist daher zu sehen, wie leicht es für die Besatzungsverwaltung war, einerseits der SED den Schwarzen Peter zuzuschieben, sich

---

[203] Ein Produkt war dann die von ihm verfaßte Broschüre, Die Bauernpolitik der SED, von 1947.

[204] SAPMO DY 30 IV 2/7/20, Bl. 6, Hoernle, Präsident der DVLF, an ZS der SED, Abt. LW, 5. 11. 1947, Bl. 7f., 9, Entwurf einer Vorlage zur Bildung eines agrarpol. Ausschusses beim ZS, 27. 10. 1947, die 10 Genossen, Lehmann, Merker, Reutter, Scholz, Hoernle, Busse, Rau, Wegener, Jadasch und Vieweg vorsah.

[205] So Reutter auf der 1. Sitzung der agrarpol. Kommission, 31.3./1. 4. 1948, SAPMO DY 30 IV 2/7/20, Bl. 29ff., stenografische Niederschrift, hier Bl. 31f.

[206] Naimark, Russians, S. 161; Ottofülling, Blockpolitik, S. 592f.; vgl. Malycha, SED, S. 200–204.

[207] Tjulpanow an Suslow über die Tagung des PV der SED vom 1.–3.7.1947, am 5. 7. 1947; Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, Dok. Nr. 25, S. 109–115, Zitat S. 114f.; eckige Klammern von Editoren, runde Klammern im Orginal; vgl. auch ebd., Dok. Nr. 28, S. 126 und Bericht Tjulpanows vom 11. 7. 1947, Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 127–129, bes. 129.

andererseits im eigenen (agrar)politischen Vorgehen völlig unflexibel zu zeigen[208]. Letzteres traf besonders auf das unbedingte Festhalten an den Ergebnissen der Bodenreform und in diesem Sinne an der weiter mit rigorosen Mitteln verfolgten „Demokratisierungspolitik" auf dem Land zu. Im Zuge der Vorbereitungen zum II. Parteitag der SED im September 1947 häuften sich Stimmen, die nachträglich eine Auflösung des Großgrundbesitzes für nicht unbedingt erforderlich hielten und damit implizit einräumten, die Bodenreform habe die Versorgungsengpässe mitverursacht[209]. Solche Einschätzungen waren aus sowjetischer Sicht völlig indiskutabel.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die SED auf sowjetische Veranlassung hin im Herbst 1947 alles unternahm, um die strukturelle Umwälzung der Bodenreform juristisch endgültig zu fixieren. Die nach dem Wahlausgang 1946 fest installierten Minister aus bürgerlichen Parteien hatten in dieser heiklen Frage 1947 nochmals einen Dissens um die Bodenreform riskiert; sie hofften, ihren politischen Einfluß in die Waagschale werfen zu können[210]. Die SED sah Ende 1947 die juristische Absicherung der Bodenreform gefährdet. So informierte Merker die SED-Landesvorstände:

„Auf dem Gebiet der Bodenpolitik fehlt in denjenigen Ländern, in denen die Landwirtschaftsminister oder deren Ministerialdirektoren den bürgerlichen Parteien angehören, zur Zeit jede Gewähr für eine Zuendeführung und Sicherung der Bodenreform. Weder die Vermessungen noch die Grundbucheintragungen sind beendet. Viele der alten Grundbücher sind noch nicht vernichtet. Der Übergang der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe aus der Bodenreform in den Besitz der VdgB ist noch nicht geregelt. Der Boden in den Bodenfonds ist noch nicht restlos aufgeteilt. Der Bestand hat sich sogar vergrößert."

Das Zentralsekretariat beschloß daher am 3. November 1947 den Fortbestand bzw. im Falle Sachsens die Wiedereinrichtung der Landesbodenkommissionen[211]. Da die SED in den Bodenkommissionen über eine sichere Mehrheit verfügte und diese wie vordem der Innenverwaltung nun dem Innenministerium unterstanden, schien eine Fortführung der Bodenreformpolitik im Sinne der SED gewährleistet.

Im Vorfeld der DBD-Gründung sind zwei weitere Momente der SED-„Bauernpolitik" zu nennen. Zum einen verdichteten sich ab dem Jahreswechsel 1947/

---

208 Zu diesem Problem siehe auch Naimark, Russians, S. 162.

209 SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 32f., Aktennotiz der HA IV, 6. 8. 1947: „Ablehnung der Bauernpolitik in Bezug auf freien Markt", „Ablehnung des Prämiensystems für die Bauern", „Ablehnung der Blockpolitik", „Die Bodenreform hätte zwar zur Beseitigung der Junker, aber nicht zur Beseitigung der großen Güter führen müssen".

210 Schon im Frühjahr 1947 war es zu Auseinandersetzungen mit der DVLF gekommen, weil sich die bürgerlichen Landwirtschaftsminister (in Thüringen für die CDU Grosse, in Sachsen für die LDP Uhle) gegen eine Ausdehnung der legislativen Kompetenzen der SED dominierten DVLF im Zusammenhang mit dem Ausbau der zentralen Wirtschaftsplanung gewandt hatten; siehe Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 103f.

211 MLHA BPA Schwerin IV/L/2/3/122, Bl. 222f., ZS an alle Landesvorstände der SED betr. Reaktivierung der Landesbodenkommissionen, 28. 11. 1947, gez. Paul Merker; SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 42, Aktennotiz über Besprechung mit dem Genossen Lehmann, 11. 11. 1947, höchstwahrscheinlich von Reutter für Merker; Merker und Lehmanns Vorlage auch in SAPMO NY 4036/685, Bl. 48f.

48 Tendenzen, eine rigorose anti-„großbäuerliche" Politik zu entfachen. Auf einer Innenministerkonferenz in Sachsen im Oktober 1947 forderte Ulbricht die Kleinbauern auf mitzuhelfen, die Gutsbesitzer endgültig aus den Dörfern zu vertreiben[212]. Diese härtere Gangart, die zusehends in eine aktive Bekämpfung der anfangs umworbenen großbäuerlichen Schicht in den eigenen Reihen, vor allem aber in der CDU und in den Genossenschaften mündete, schritt parallel zum Gründungsprozeß der DBD voran.

Zum anderen hatte es die SED aus sowjetischer Sicht bis Jahresende 1947 nicht verstanden, die bäuerliche Bevölkerung an sich zu binden. Die ihr einst gewogene Schicht landarmer Bauern und Landarbeiter hatte sie zu einer Gruppe ihr feindlich gesonnener Kleinbauern gemacht, die mittel- und großbäuerlichen Kreise wandten sich immer mehr der CDU zu[213]. Unübersehbar blieb jedoch ein landwirtschaftliches Desaster, weswegen viele Neubauern ihren Besitz verließen, weil jede Hoffnung auf eine geregelte Bewirtschaftung zerstoben war. Altbauern litten unter dem Ablieferungsdiktat, das sie in ein für ungerecht befundenes Schema von Hektargrößen zwängte, völlig starr und selbst in Not- und Härtefällen unnachgiebig. Gegenüber den öffentlichen Verwaltungen fühlten sich die Altbauern in die Defensive gedrängt[214]. Anfang Januar 1948 zog die SED offenbar Konsequenzen. Am 5. Januar berief sie eine Zusammenkunft ein, zu der alle fünf Abteilungsleiter Landwirtschaft der Landesverbände der SED, die Landesvorsitzenden der VdgB, die Hauptabteilung IV Wirtschaft und die Abteilung IVc Landwirtschaft ihres Zentralsekretariates eingeladen waren[215]. Außerdem intensivierte sie in bis dahin nicht dagewesener Weise ihr Schulungsprogramm zu Agrar- und Bauernfragen[216]. In Moskau schien man jedoch nicht mehr davon überzeugt zu sein, daß die SED den wirtschaftlichen und sozialen Sprengstoff, der auf dem Land herangewachsen war, alleine bewältigen könne, zumal sich der Bauernanteil unter der 1,8 Millionen Mitglieder zählenden Partei Mitte 1947 bei nur 5,8%, der Landarbeiteranteil bei 3,6% bewegte[217].

---

212 Naimark, Russians, S. 163.
213 So auch ebd., S. 161.
214 Siehe Heinks' kurzen Bericht aus Mecklenburg, SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 1, Hausmitteilung Reutter an Merker und Lehmann, 5. 1. 1948.
215 Ebd.
216 So z. B. in Brandenburg, BLHA Rep. 332, Nr. 13, Protokoll der Landesvorstandssitzung am 23./24. 1. 1948.
217 Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 510.

II. Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1948

1. Politische Rahmenbedingungen 1948

Sowjetische Deutschlandpolitik und die Entwicklung des Parteiensystems

Die sowjetische Besatzungsmacht wirkte stärker als bislang vermutet auf die Entwicklung des Parteienblocks ein[1]. Die bürgerlichen Parteien, die den Block mittrugen, waren gewichtige Faktoren im Kalkül der sowjetischen Deutschlandpolitik, zumal sie als „Reichsleitungen" mit gesamtdeutschem Anspruch auftraten. Das politische Selbstvertrauen ihrer Parteiführung basierte auf der erhofften parlamentarischen Funktion in einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung. Diesen potentiellen Bedeutungsgewinn vor Augen, zeigten sich CDU wie LDP bei jenen Fragen gegenüber der SED begrenzt konzessionsbereit, die sie für eher unerheblich hielten[2].

Innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik nahmen die bürgerlichen Parteien als politische Akteure aus zweierlei Gründen eine wichtige Rolle ein. Zum ersten erhöhten sie die Möglichkeiten Moskaus, in die westlichen Besatzungszonen hineinzuwirken, und sie galten als institutionelle Kerne für die Zukunft. Denn beide Parteien waren bis Anfang 1948 an zonenübergreifenden „Arbeitsgemeinschaften" zusammen mit westlichen Pendants beteiligt, die bei einer Vereinigung der Besatzungsgebiete als Fusionskerne hätten dienen sollen[3]. Die CDU der SBZ darf als politischer Faktor dabei nicht unterschätzt werden: dank ihres organisatorischen Vorsprungs gegenüber den westlichen Verbänden 1945, eines hohen finanziellen Potentials aufgrund der erfolgreichen Parteipresse und nicht zuletzt wegen der wachsenden Mitgliederzahlen[4]. Für CDU und LDP eröffnete sich ein größeres Handlungsfeld als Gesprächspartner im Westen, dort wo die SED ihrem Parteiverständnis gemäß nicht auftreten konnte bzw. wo man sie für weniger glaubwürdig hielt als Vertreter bürgerlicher Parteien. Allerdings wurden beide Parteien dabei in der Regel zum Sprachrohr der sowjetisch gesteuerten SED-Deutschlandpolitik degradiert[5]. Zum zweiten dienten die bürgerlichen Parteien für die sowje-

---

1 Wichtige Dokumente sind der Edition von Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, zu entnehmen; Naimark, Russians, S. 410, hebt besonders die Rolle der Propagandaverwaltung hervor.

2 So auch Richter, Entstehung, S. 2538 f.

3 Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 49 f.; Suckut, Erwartung, S. 415; Koch u. a., Versuch, S. 104 ff.; Richter, Ost-CDU, S. 37–41.

4 Suckut, Christlich Demokratische Union Deutschlands, S. 519–522.

5 Bode, Liberal-Demokraten; Engelmann, Verbindungen; Rißmann, „Die Differenzierung fördern", S. 195–200; Richter, Ost-CDU, S. 170 ff., 334 ff., 374 f.; Suckut, Erwartung; so fügte die LDP im Oktober 1951 ihrem Namen ein D für Deutschland hinzu und erhoffte sich mehr Schlagkraft in der damals laufenden SED-Kampagne für eine Wiedervereinigung; Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 9.

tischen Besatzungspolitiker zur Stabilisierung ihrer Herrschaft in der SBZ. Diese Funktion hatte zumindest bis zur Verfestigung der Teilung 1948 immer auch eine gesamtdeutsche Komponente. Denn die SBZ mußte als „Standbein" und operative Ausgangsbasis für weitere deutschlandpolitische Vorstöße Moskaus zu allererst gesichert werden[6]. Dazu sollten die Blockparteien als schichtenspezifische „Transmissionsparteien" den seit 1945 betriebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß im Innern flankieren, indem sie jene Bevölkerungskreise binden, mobilisieren und gegebenenfalls neutralisieren sollten, die die KPD/SED gewöhnlich nicht erreichte und mit denen sich die formierende Kaderpartei nicht belasten wollte. Der Einheitsfrontausschuß war dabei die zentrale Bühne, auf der die Parteiführungen für die gesellschaftspolitischen Ziele der SMAD eingeschworen werden sollten, um diesen ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit und politischer Legitimität zu verleihen.

Dieser anspruchsvolle Aufgabenzuschnitt für CDU und LDP verstärkte zugleich den Kontrollanspruch der sowjetischen Machthaber. Um sie für ihre Aufgaben zu wappnen, mußten sie in den Augen von SMAD und KPD/SED durch politische und personelle „Transformation"[7] erst zurechtgeschliffen werden. Vor persönlichen Verfolgungen scheuten die Sowjets dabei nicht zurück[8]. Andererseits minderte diese Umformung die Akzeptanz von CDU und LDP als Gesprächspartner für die westliche Bevölkerung. Man riskierte damit, die Mitgliederbasis im Osten zu verlieren, wenn für diese keine Differenz zur SED-Programmatik mehr erkennbar war. Der Handlungsspielraum und die Mittel von CDU und LDP waren zu begrenzt, um den Gleichschaltungsdruck erfolgreich abwehren zu können.

Schließlich muß unter deutschlandpolitischen Auspizien noch ein Blick auf die SED geworfen werden. Die KPD war fraglos eine Partei, die auch in den Westzonen Fuß fassen wollte, aber kaum in die westlichen Länder hineinwirken konnte. Hingegen ist die Gründung der SED im Frühjahr 1946 unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten umstritten. Die Vereinigung von SPD und KPD ist bislang meist als Vorgang mit spaltendem Effekt gesehen worden, weil sie wegen ihres zwanghaften Charakters als Zeichen für den umfassenden Machtanspruch der Kommunisten, den gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß in der SBZ und damit für das Auseinanderdriften der Besatzungszonen interpretiert worden ist[9]. Wilfried Loth – und ihm folgen inzwischen andere – hat die SED-Gründung

---

[6] Zur Terminologie „Standbein" und „Spielbein" siehe Laufer, Konfrontation, S. 58. Unübersehbar war das Parteiensystem so angelegt, daß es auf die phasenweise mit unterschiedlicher Intensität verfochtenen deutschlandpolitischen Ziele reagieren konnte. Angesichts einer schwindenden Aussicht, ganz Deutschland politisch und sozial umformen zu können, diente das SBZ-Parteiensystem zur Machtsicherung in der SBZ; so Koch u.a., Versuch, S. 105; Staritz, Sozialismus, S. 146ff.

[7] Vgl. Weber, Einleitung, S. 11ff.

[8] Die Mittel sowjetischer Stellen nennt ebd., S. 37–48, der komplizierte Prozeß für die CDU bei Richter ausgeführt, Richter, Ost-CDU, S. 370, 385ff.; zu den CDU-Opfern sowjetischer Verfolgung, Kaff (Hg.), „Gefährliche politische Gegner"; Verfolgt und entrechtet.

[9] Weber, Geschichte, S. 116; zum Vorgang: Malycha (Hg.), Weg, S. LXIV–CIX, ders., Partei, S. 41–54.

im Frühjahr 1946 anders, nämlich als gesamtdeutsch angelegten Akt Stalins interpretiert. Die Vereinigung sei nur sinnvoll im Rahmen einer Strategie zu erklären, „bei der die Kommunisten damit zu rechnen hatten, sich freien Wahlen stellen zu müssen"[10]. Wenn es der Sowjetunion nur um einen besseren Zugriff auf die eigene Besatzungszone gegangen wäre, so Loth, wäre sie mit einer schlagkräftigen kleinen Kaderpartei besser beraten gewesen als mit einer zunächst von Integrationsproblemen gebeutelten Massenpartei der Arbeiterbewegung.

Beide Erklärungsversuche sind bislang nicht empirisch bewiesen, sondern beruhen auf Plausibilitätserwägungen. Für die offizielle deutschlandpolitische Strategie der KPD, die wiederum mit ziemlicher Sicherheit diejenige der Sowjetunion spiegelt, ist in diesem Zusammenhang eine Notiz Wilhelm Piecks vom 6. Februar 1946 aufschlußreich. Sie referiert einen Bericht Ulbrichts über Stalins Ausführungen in Moskau zur Deutschlandpolitik im Zusammenhang mit der SED-Gründung. Demzufolge gab es zwei Reichweiten der damaligen deutschlandpolitischen Konzeption: Ein „Maximalprogramm" sah die „Einheit Deutschland" vor (dazu sollte auch der Name KPD in den Westzonen in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verwandelt werden); ein „Minimalprogramm" stand unter dem Signum der „Übergangsfrage" und unterschied die Ausgangslage für eine kommunistische Machterringung in westlichen Demokratien deutlich von derjenigen in Rußland. Dort habe man die „Herrschaft der Arbeiterklasse" über den „kürzesten Weg" herstellen können, im parlamentarisch geprägten Westen jedoch komme man nur „auf demokrat. Weg – zur Arbeitermacht"[11].

Ohne die deutschlandpolitische Problematik hier näher zu erörtern, seien zwei Aspekte angemerkt, die Stadien bedingten Einheitswillens in der sowjetischen Deutschlandpolitik erläutern sollen: (1) Zwar rangierte in dieser Niederschrift die Einheit Deutschlands vor einer Erlangung der Macht durch die „Arbeiterklasse" in einem vereinten Deutschland; dies scheint nur folgerichtig zu sein: Bei allem Revolutionswillen wäre ein „Sieg der Arbeiterklasse" in allen Besatzungszonen, also vor der Bildung eines vereinten Gesamtstaates, aufgrund des Einflusses der Westalliierten in ihren Zonen eine unrealistische Konzeption gewesen. In diesem Sinne mußte daher die Vereinigung der Zonen vorrangig, als Ausgangsbasis für weiteres kommunistisches Wirken, erreicht werden. Diese Vorrangigkeit der Einheit Deutschlands bedeutet jedoch nicht, daß die sowjetischen Besatzer bereit gewesen wären, ihre bestehenden, an die Beherrschung der SBZ gebundenen deutschlandpolitischen Handlungsmöglichkeiten zu riskieren; die Ausgangsbasis SBZ mit einer sowjetisch kontrollierten Einheitspartei durfte in diesem Sinne nicht leichtfertig zugunsten eines gesamtdeutschen Staates aufgeben werden[12].

---

[10] Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 44–55, bes. 53f., Zitat S. 53. Die bürgerlichen Blockparteien hätten sich durch diesen Akt nicht sonderlich alarmiert gezeigt; die CDU habe sich bessere Chancen für die Mitgliederwerbung unter der SPD-Klientel erhofft; Naimark, Russians, S. 275–284, bes. 276.

[11] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 68f., hier 68. Diese Konzeption auch im Artikel Anton Ackermanns, „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?", in: Einheit, Februar 1946.

[12] Anders Loth.

Offenbar jedoch verkannte die sowjetische Politik die abschreckende Wirkung der Vereinigung auf die westliche Sozialdemokratie und sah zu wenig das Spaltende. Vielmehr gab man sich der Illusion hin, trotz zwanghafter Art der „Gewinnung" der Sozialdemokratie letztlich eine stärkere gesamtdeutsche Ausgangsbasis zu erreichen. Nach Loths Sicht gewann die Einheitspartei auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Pariser Außenministerratstagung ab 25. April 1946 an „strategischem Gewicht": Denn im Falle eines raschen Endes der Besatzungszeit wäre sie der einzige Hebel gewesen, um eine „Demokratisierungspolitik" nach sowjetischem Verständnis und die Reparationsforderungen zu bekräftigen[13]. In der Tat: Wären alle Sozialdemokraten Deutschlands mitgezogen, so hätte eine gesamtdeutsche SED durchaus nationale Durchschlagskraft besessen – dies ist allerdings eine hypothetische Überlegung. Im historischen Kontext und vor dem Hintergrund des diktatorischen Charakters der sowjetischen Besatzungspolitik belegt dieser Vorgang Naimarks Gesamtinterpretation, derzufolge in der sowjetischen Politik die unflexiblen Züge dominierten. Vor allem aber war im Gedankenhorizont der Besatzer ein anderes Beherrschungskonzept prinzipiell nicht vorgesehen[14]. Bis Mai 1947 waren alle Versuche versandet, die SED als Neugründung in den westlichen Zonen zu etablieren. Zuletzt äußerten die Sowjets nur noch die Absicht, die KPD in SED umzubenennen[15].

(2) Eine weitere Episode der SED-Parteigeschichte ist bislang ohne Klärung der Zusammenhänge geblieben. In den Debatten über ein gesamtdeutsches Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat hatten die Vertreter der USA und Großbritanniens die Wiederzulassung der SPD in der sowjetischen Zone als Voraussetzung genannt[16]. Akten zeigen inzwischen, daß Stalin seit Dezember 1946 offenbar erwog – und dies im Frühjahr 1947 anläßlich eines Besuches der SED-Führungsspitze in Moskau als seinen Willen aussprach –, die SPD in der SBZ wieder zuzulassen[17]. Hier ist besonders die Verquickung des deutschlandpolitischen Arguments mit den Fragen der Beherrschung der SBZ zu unterstreichen. Unabhängig davon, ob er dies tatsächlich intendierte oder nicht, führte seine Äußerung der SED eine mögliche Konkurrenzsituation mit einer wiederzugelassenen SPD vor Augen. Der Ausgang der Wahlen im Herbst 1946 – insbesondere in Berlin –, die trotz aller Unterstützung der SMAD letztlich nur einen knapp errungenen SED-Sieg herbeigeführt hatten, zeigte ganz deutlich, wie unattraktiv diese SED selbst in der sowjetisch kontrollierten Zone agierte und wie sehr sie bei gesamtdeutschen Wahlen scheitern würde. Mit einer SED, die sich, sowjetischen Rückhalts gewiß, zu sehr in Sicherheit wiegte und im Kampf um die Massen erlahmte, war jedoch

---

[13] Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 60–63.

[14] Naimark, Russians, S. 466ff.

[15] So wie es im übrigen auch die Pieck-Notiz vom 6. 2. 1946 vorgesehen hatte, Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 68f. Eingehend dazu die Regionalstudie von Vorholt/Zaib, SED; Müller, Entstehung, S. 2354f.

[16] Müller, Entstehung, S. 2354f., zum sowjetischen Vorgehen im Alliierten Kontrollrat in dieser Frage 1946, Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 62f.; Mai, Kontrollrat, S. 128–140.

[17] Bonwetsch/Bordjugov, Stalin, S. 289ff.; Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 79–81; Naimark, Russians, S. 299–301.

weder in der SBZ und erst recht nicht in einem Gesamtdeutschland als verläßliche Kraft für sowjetische Interessen zu rechnen. Die Androhung des Privilegienentzugs sollte die SED zu verstärkter Anstrengung anspornen, damit sie sich zu einem schlagkräftigeren Instrument der Sowjetunion in der SBZ und davon ausgehend für das gesamtdeutsche Parkett entwickle. Freilich konnte sich die SED ausrechnen, daß Kurt Schumachers Linie, der eine Wiederzulassung der SPD im Osten und damit eine nationale Repräsentation der SPD von der Abschaffung des Blockprinzips abhängig machte, dieser Drohung Stalins ihre unmittelbare Schärfe nahm. Eine künstliche Belebung des Umgangs mit den Blockparteien war auch Teil einer veränderten sowjetischen Strategie in der blockpolitischen Stagnation und Krise 1947/48, die in der Forschung bislang wenig berücksichtigt worden ist.

Blockpolitik in der Krise 1947/1948

Die Blockpolitik von 1947 bis Anfang 1949 ist ein Beispiel dafür, daß aufgrund neu zugänglicher sowjetischer Quellen ein differenzierteres Bild der Deutschlandpolitik zu zeichnen ist; es erweitert die bislang bekannten Motive zumindest zur Gründung der Bauernpartei – jene zur Gründung der NDPD sind noch eigens zu untersuchen – und rückt sie insgesamt in ein anderes Licht. Was war im Einheitsfrontausschuß seit seiner Gründung geschehen? Bald zeichneten sich Konflikte ab, die Themen wie Methoden der Blockpolitik betrafen, wie sie die SED offensichtlich mit weitgehender Rückendeckung der sowjetischen Besatzer betrieb. Im Zusammenhang mit der Bodenreform war es seit dem Sommer 1945 zu massiven Zusammenstößen mit den Führungen der bürgerlichen Parteien gekommen. Zu den umstrittenen Themen im Block gehörten u.a. die Industrieenteignungen in Form der Sequestrierungen von Betrieben bzw. Vermögen von NS-Aktivisten und „Kriegsverbrechern" und die Frage der Zustimmung zur sogenannten Volkskongreßbewegung. Meist überwogen jedoch tagespolitische Fragen. Die bürgerlichen Parteien ergriffen im zentralen Block selten die Initiative, sie verfolgten jedoch eine Politik der „hemmend modifizierenden" Einflußnahme, die die Kooperationsfähigkeit der SED-Führung laufend prüfte und ihr zugleich die Grenzen des blockpolitischen Instrumentariums vorführte. Sie suchten die Strategie der Einheitssozialisten zu durchkreuzen, die bei Konflikten in den Parlamenten den Block als Hebel zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzen wollte[18]. Ein Grund für diese verhaltene Strategie der Bürgerlichen im Einheitsfrontausschuß lag sicherlich darin, daß sie die Blockpolitik gerade nicht als Alternative zu den Parlamenten aufwerten wollten.

Schon seit der drohenden Gewichtsverschiebung im Gefolge der SED-Gründung 1946 – die SED beanspruchte die Gesamtzahl der Plätze, die vordem KPD und SPD eingenommen hatten[19] – liefen die bürgerlichen Parteien Gefahr, in den Blöcken majorisiert zu werden. Zwar widersetzten sie sich erfolgreich dem höchstwahrscheinlich von der SED initiierten Antrag des FDGB vom Mai 1946

[18] Suckut, Blockpolitik, S. 26f.; Zitat Staritz, Entstehung, S. 100; Suckut, Krise, S. 682. Reinert, Parteien, S. 85f., 88f., 93–100.
[19] Suckut, Blockpolitik, S. 27.

um Aufnahme in den Berliner Block, indem sie argumentierten, nur Parteien und eben keine Massenorganisationen seien dazu berechtigt[20]. Auch gelang es ihnen, regionale Vorstöße der KPD/SPD und dann der SED abzuwehren. So wiesen CDU und LDP Anfang 1946 in Brandenburg die Forderung von KPD und SPD zurück, zur Vorbereitung der Wahlen im Herbst die Beratende Versammlung bei der Provinzialverwaltung neben den Blockparteien mit Vertretern des FDGB zu besetzen; das gleiche Ansinnen der SED hatte der zentrale Block zuvor schon abgelehnt[21]. Die Aufnahme des FDGB in den Einheitsfrontausschuß war nur ein Punkt, den die SED mit sowjetischer Hilfe in der zweiten Jahreshälfte 1947 erneut anging[22] und der zusammen mit anderen Faktoren zu einer krisenhaften Zuspitzung der Blockpolitik führte.

Die Hauptursache für den massiven Konflikt im Parteiensystem, der streckenweise zum völligen Erlahmen der Blockarbeit in der zweiten Jahreshälfte 1947 in den Ländern und seit dem Frühjahr 1948 auch im zentralen Einheitsfrontausschuß führte, lag im Anspruch der SED auf die politische Führung, der den Gründungsvereinbarungen des Blocks widersprach[23]. Im Vorfeld ihres II. Parteitages im September 1947 meldete die SED den Führungsanspruch offiziell an. Ein ideologischer Transformationsschub in der Blockpolitik war Mitte 1947 auch daran abzulesen, daß die SED ihre Partner öffentlich in „fortschrittliche" und „reaktionäre" unterschied[24].

Parallel zur ideologischen Aufrüstung der SED, die sich seit Anfang 1947 unter sowjetischer Rückendeckung vollzog[25], sahen CDU und LDP 1947 ihre Entwicklungschancen als Parteien wie auch ihre Beteiligung am politischen Leben immer mehr zurückgedrängt. Ihre Forderungen nach Positionen in den Verwaltungen waren meist nur unter großen Anstrengungen durchzusetzen, die Schlüsselpositionen wie die Innenverwaltung behielt sich die SED vor. Die Gestaltung der Landesverfassungen entzündete heftige Debatten[26]. Die Eingriffe sowjetischer Behörden in die inneren Parteiangelegenheiten durch „Säuberungen" und die Förde-

---

20 Ebd., S. 27f., Dok. 72, S. 138, Dok. 75, Protokoll Sitzung vom 29. 5. 1946, S. 143f.

21 Reinert, Parteien, S. 118–120. Diese erneuten Initiativen in Brandenburg stammten nachweislich aus SED-Feder.

22 Aufschlußreich dazu die internen Besprechungen der CDU, abgedruckt bei Suckut, Blockpolitik, S. 216–219, Sitzung des erweiterten Vorstandes der CDU, 12. 7. 1947. Als Landsberg aus Berlin auf die Funktion der „horizontalen Ständeorganisationen" in der leninschen Konzeption hinwies, und damit gegen eine FDGB-Beteiligung plädierte, wurde er von Hauptmann Kratin – in der Informationsverwaltung der SMAD für die CDU zuständig – unterbrochen mit dem Rat, nochmals genauer dort nachzulesen. Die Aufnahme des FDGB war also eine Forderung der SMAD.

23 Vgl. die Kritik Generalleutnant Bokows vom Dez. 1946 über die zu „unverbindlich, breit angelegte" Gründungserklärung vom 12. 8. 1945, die den bürgerlichen Parteien zu viel Handlungsspielraum geboten habe. Foitzik, Struktur, S. 373.

24 Staritz, Gründung, S. 153; Reinert, Parteien, S. 120–123.

25 Malycha, Partei, S. 78ff., 86ff.; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 106–110; entsprechend die Ausrichtung der Parteischulung schon 1947 an der KPdSU, Kluttig, Parteischulung, S. 60.

26 Am Beispiel Brandenburgs führt Reinert diese Konflikte und ihren Niederschlag in der Blockpolitik vor, Reinert, Parteien, S. 126–138; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 124–133; Baus, CDUD, S. 341–343.

rung „fortschrittlicher" Kräfte bewiesen den engen Handlungsradius und unterwarfen die bürgerlichen Parteien einem permanenten Umformungsdruck[27].

In dieser Situation verfolgte die Moskauer Deutschlandpolitik und die Politik der Besatzer in der SBZ mit ziemlicher Sicherheit eine einvernehmliche Linie[28]. Erstere basierte auf einer zunehmenden Ostorientierung und Verselbständigung in der SBZ[29], in der die mit dem Einheitsfrontausschuß verknüpfte gesamtdeutsche Blickrichtung in den Hintergrund rückte. Insofern nahmen die sowjetischen Besatzer ein Erlahmen des Blocks als Folge ihrer Transformationspolitik in Kauf. Zwar hatte Stalin noch im Frühjahr 1947 mit der Rede über eine mögliche Wiederzulassung der SPD in der SBZ deutschlandpolitische Rücksichtnahmen hinsichtlich der Umformung von Staat und Gesellschaft angedeutet. Mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz (März/April 1947), dem Fehlschlag der sowjetischen Politik zur Verhinderung des Marshallplanes, der Gründung des Kominform-Büros und der Shdanowschen „Zwei-Lager-Theorie" traten diese Rücksichtnahmen aber in den Hintergrund[30].

Die besatzungspolitische Linie der Informationsverwaltung der SMAD und ihrer Länderverwaltungen wurde von den Schlußfolgerungen aus der Wahlanalyse Anfang 1947 beeinflußt. Diese sahen vor, von der bisherigen Praxis strikter Kontrolle und Regelung bis ins einzelne abzukommen und den Handlungsspielraum der SED auszuweiten, um sie so als eigenständige Kraft zu stärken. Nur sie allein wurde – im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien – als Garant für eine dauerhafte „Demokratisierungspolitik" im Sinne der Sowjets angesehen[31].

Die gesellschaftliche Transformationspolitik und der Führungsanspruch der SED führten in der zweiten Jahreshälfte 1947 zu einer ablehnenden Haltung der bürgerlichen Parteien gegenüber Gesetzesvorhaben der SED in den Landtagen und zu einem Erlahmen der Blockpolitik in den Ländern. So meldete die SED wieder Rückschläge in der Umwälzungspolitik: „Bürgerliche" Einflüsse in den Ministerien unterliefen die Bodenreform; Abgeordnete von CDU und LDP lehnten im thüringischen Landtag die Überführung der Bergwerke und Bodenschätze in Landeseigentum ab und verschleppten eine solche Entscheidung in Sachsen-

---

[27] Weber, Einleitung, S. 37–48; Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 43 ff.; Richter, Ost-CDU, S. 385 ff.

[28] Vgl. Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 186 ff. Diese wird zuweilen berechtigt bezweifelt.

[29] Institutionelle Kerne waren bereits Ende 1946 mit der Gründung der Deutschen Verwaltung des Innern geschaffen worden; Laufer, Ursprünge. Schon 1947 war die SBZ in das Wirtschaftsgefüge der osteuropäischen Volksdemokratien einbezogen worden; Foitzik, Struktur, S. 380.

[30] Zur Außenministerkonferenz Kessel, Westeuropa, S. 211–257; zur sowjetischen internen Reaktion auf den Marshallplan bis zur schließlichen Ablehnung auf sowjetischer Aktenbasis, Parrish/Narinsky, Evidence, bes. S. 4 ff., 13 ff., 25 ff.; Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 83–88, 92 f. Allerdings wurde die SED trotz Drängens ihrer Führung nie in das Kominformbüro aufgenommen, Friedrich, Kominform, S. 327 ff.; Malycha, Partei, S. 94.

[31] Einem entsprechenden Grundsatzreferat des thüringischen SMA-Chefs, Kolesnitschenko, vom Januar 1947, verlieh Sokolowski Weisungscharakter. Ein Großteil der von Kolesnitschenko aufgestellten Vorschläge (radikale Änderung des Arbeitsstil der SMA) verlief im Sande. An der massiven Unterstützung der SED änderte dies nichts; Creuzberger, Besatzungsmacht, S. 106–110.

Anhalt[32]. Die bürgerlichen Parteien Brandenburgs erhoben im November 1947 Bedenken gegen den Antrag der SED, die Überführung enteigneter Betriebe in Landeseigentum verfassungsmäßig zu verankern[33].

Als Jakob Kaiser sich weigerte, einen von der SED eingebrachten Aufruf zur Unterstützung der sogenannten Volkskongreßbewegung für die CDU zu unterzeichnen und eine Beteiligung von CDU-Mitgliedern an dieser Bewegung ablehnte, spitzte sich die Krise des Einheitsfrontausschusses zu[34]. Die Weigerung lieferte der SMAD nur den letzten Anlaß, um Jakob Kaiser und Ernst Lemmer am 19. Dezember 1947 abzusetzen und ermöglichte es ihr, eine „von außen gesteuerte Krise in die Union hineinzutragen"[35]. Kaiser hatte sich durch seine Kritik an der Ostintegration der SBZ längst zuvor desavouiert. Der entscheidende Grund für die Ablösungen lag darin, daß sich die CDU unter beider Führung in einer Frage, die auf Gesamtdeutschland bezogen war, dem sowjetischen Kalkül entzog. Sie schmälerte damit die Legitimation der sowjetischen Deutschlandpolitik in einer kritischen Situation[36].

Zwischen dem 13. Februar und dem 5. August 1948 trat der Einheitsfrontausschuß nicht mehr zusammen. In dieser Zeit wurden wichtige innenpolitische Weichenstellungen getroffen, die auf eine weitere Ostorientierung und den Ausbau vorstaatlicher Institutionen hinausliefen. Dazu gehörte die Erweiterung der gesetzgebenden Rechte der DWK[37], der Übergang zu einer langfristigen Wirtschaftsplanung, der Beginn der Ausarbeitung einer Verfassung im Volksrat und die völlige Ausrichtung des Staatsapparates auf die SED[38]. Hatte der LDP-Vorstand der Volkskongreßbewegung noch mehrheitlich zugestimmt, so lavierte die Partei nach dem Tod von Külz führungslos und profilierte sich seit dem Sommer 1948 offen als gegnerische Kraft zur SED. Dies brachte ihr einen enormen Mitgliederzustrom. Auch die Mitgliederstatistik der CDU verbuchte im Dezember 1947 mit 200757 ihren bis dahin höchsten Stand[39].

Seit geraumer Zeit erstellte der Apparat der KPdSU zu den Verhältnissen in der SBZ wie auch zur Politik der Informationsverwaltung Analysen[40]. Mit der krisen-

---

[32] Staritz, Gründung, S. 154.
[33] Reinert, Parteien, S. 99f.
[34] Näher dazu Bauer, Krise.
[35] Baus, CDUD, S. 397.
[36] Richter, Ost-CDU, S. 32–34; Suckut, Blockpolitik, S. 32, ebd. Dok. Nr. 147, 148, demnach berichtete Kaiser Pieck über die abschlägigen Antworten von Josef Müller u.a.; Baus, CDUD, S. 397–408.
[37] SMAD-Befehl Nr. 32 (12. 2. 1948) abgedruckt in: Um ein antifaschistisch demokratisches Deutschland, S. 585f.
[38] Suckut, Blockpolitik, S. 39; Staritz, Gründung, S. 133–141; Deutsche Geschichte, Bd. 9, S. 367ff.
[39] Diese Zahl bei Baus, CDUD, S. 483; Suckut, Krise, S. 682f.; zu den Auseinandersetzungen zwischen SED und Ost-CDU um die Blockpolitik 1948: Richter, Ost-CDU, S. 41, 55, 68–71; Dowidat, Veränderung, S. 513; zur Zurückdrängung der LDP im Sommer 1948: Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 50–56, Bode, Liberal-Demokraten, S. 113–122, Louis, Liberal-Demokratische Partei, S. 127, 149–151.
[40] Eine Reihe von ihnen bezweckte, Tjulpanows Arbeit zu kontrollieren. Seine politische Bedeutung, die Hintergründe des Vorgehens gegen ihn und die Umstände, die ihn offenbar immer wieder retteten, sind nach wie vor ungeklärt. Naimark, Russians, S. 318–352,

haften Zuspitzung im Block und der wirtschaftlichen Lage im Herbst 1947 intensivierten sich in Moskau Diskussionen um eine Modifizierung der besatzungspolitischen und darin inbegriffen der bündnispolitischen Konzeption. Bei der Frage nach den Motiven für die Gründung von DBD und NDPD dominiert bislang die Erklärung, daß damit in erster Linie die bürgerlichen Parteien politisch zurückgedrängt werden sollten[41]. Wernet-Tietz vermutete plausibel auch Unzulänglichkeiten der VdgB und Reibungen in der SED aufgrund ihrer „Bauernpolitik"[42]. Einige Autoren gehen irrtümlich davon aus, daß die Gründungen von der SED initiiert gewesen seien[43]. Beide Gründungen waren, so wird zu zeigen sein, von der SMAD lanciert. Zumindest im Fall der hier untersuchten DBD mußte die Gründung gegen den Willen der SED vorangetrieben werden. Ohne die langfristig eintretende Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien bestreiten zu wollen, sind die Parteineugründungen ursprünglich jedoch in eine Debatte in Moskau und im Stab des „Politischen Beraters" der SMAD einzubetten, die um eine Modifizierung und Neubestimmung der Besatzungspolitik kreiste. Die Diskussionen deuten auf ein deutschlandpolitisches Lavieren Moskaus in der ersten Jahreshälfte 1948 hin.

Im SMAD-Apparat gab es verschiedene Stellen, die sich mit den Parteien und der Blockpolitik beschäftigten[44]. Neben dem „Politischen Berater" Semjonow, bei dem offenbar die Richtlinienkompetenz lag, übernahm die Informationsverwaltung unter Tjulpanow einen erheblichen Teil der täglich auszuführenden Arbeit[45]. Tjulpanow ließ gegenüber den bürgerlichen Parteien keinen Zweifel daran, daß er ihre politische Arbeit und Führung für höchst unzureichend hielt und er warf ihnen vor, letztlich nicht auf der Seite der Sowjetunion zu stehen[46]. Seit Sommer 1947 notierten sowjetische Stellen besorgt, daß sich die ökonomische Lage in der SBZ laufend verschärfe und einen besseren Rückhalt der SED bei der Arbeiterschaft verhindere[47]. Mit dem völligen Stillstand im Einheitsfrontausschuß und der offenen Profilierung der LDP als gegnerische politische Instanz standen Tjulpa-

---

Bonwetsch/Bordjugov, Affäre Tjul'panov, S. 250ff., siehe Bonwetschs Einleitung zu der von ihm u.a. besorgten Edition, Politik, S. XXIX–XXXIX. Während manche Forscher die mächtige Rolle Tjulpanows unterstreichen (u.a. Strunk, Loth), warnt Foitzik vor einer Überbetonung seiner Funktion und plädiert für dessen Einordnung in die Machthierarchien der SMAD-Organisation, Foitzik, Struktur, S. 117, 122–124. Siehe Naimark, Russians, S. 319, 406, und seine Einleitung in der Edition von Bonwetsch u.a., Politik, S. Xf.

41 So in der Literatur der 60er Jahre, Mattedi, Gründung, S. 127f., aber auch bei Suckut, Krise, S. 685f., Richter, Ost-CDU, S. 102, Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 133, Jesse, Parteien, S. 88, Wettig, Bereitschaft, S. 137f.

42 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 101f.

43 Suckut, Krise, S. 685; so noch Reinert, Parteien, S. 125.

44 Eingehender dazu Kap. IV.1. Kompetenzverteilung und Einflußszenario innerhalb der SMAD sind bislang nur unzureichend durchleuchtet, wie die Auseinandersetzung um die Rolle Tjulpanows belegt.

45 Siehe dazu Dok. Nr. 55 vom 19. 9. 1946, in: Bonwetsch u.a. (Hg.), Politik, S. 235–242. Demnach nannte der für Parteien in der Informationsverwaltung zuständige Oberstleutnant Nasarow Tjulpanow und Bokow als jene, die die inhaltliche Arbeit der Abteilung bestimmten.

46 Naimark, Russians, S. 329–335, hier 332.

47 Ebd., S. 304f.

now und die Informationsverwaltung im Feuer der Kritik des Zentralkomitees der KPdSU. Hingegen zeigte man in Moskau Verständnis für die höherrangigen politisch Verantwortlichen in der SBZ, Sokolowski und Makarow. Ihnen hielt man zugute, daß sie es aufgrund anderer Aufgaben oder im Falle Makarows wegen einer längeren Krankheit versäumt hatten, Tjulpanows harten Kurs gegenüber den bürgerlichen Parteien deutlicher zu kontrollieren[48].

Im Mai 1948 erhob eine neu eingesetzte Überprüfungskommission schwere Vorwürfe gegen Tjulpanows Informationsverwaltung. In einem ausführlichen Bericht an Shdanow kritisierte sie eine „Politik der wirtschaftlichen Strangulierung des kleinen und mittleren Bürgertums", das bei diesen einen „Zustand der Unsicherheit und Verwirrung" erzeuge und es veranlasse, „sich mißtrauisch gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED zu verhalten" und schließlich „in die Arme der Reaktion" treibe[49]. Besonders massiv waren die Vorwürfe hinsichtlich der Block- und Parteienpolitik:

„Die Informationsverwaltung hat die Bedeutung des Blocks der antifaschistischen Parteien als eines mächtigen Hebels zur Lösung der politischen Hauptaufgaben der gegenwärtigen Periode der Entwicklung Deutschlands – der Eroberung der Volksmassen – nicht verstanden. Sie betrachtet diesen Block als eine nur vorübergehende, oberflächliche Verbindung der politischen Parteien, nur geschaffen zur Lösung dieser oder jener praktischen Frage und hat keinerlei wirksame Maßnahmen zur Festigung des Blocks ergriffen."

Außerdem verfolge die Informationsverwaltung eine „unrichtige Linie" gegenüber den bürgerlichen Parteien, da sie diese „bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt als völlig feindlich" betrachte. Sie versuche nicht, die Kräfteverhältnisse in beiden Parteien zugunsten der „progressive[n] Kerne" zu verändern. Statt dessen gestatte sie der SED, sich in einigen Dokumenten „in aufdringlicher Weise" als einzige Partei darzustellen, die am Aufbau eines „neuen, demokratischen Deutschland" teilnehmen könne. Dieses Vorgehen widerspreche den „Prinzipien des Blocks" und vertreibe die bürgerlichen Parteien. Da diese „ihre Liquidierung" und die Errichtung einer „SED-Herrschaft" fürchteten, führten sie einen „antisowjetischen Kampf" und opponierten gegen die SED. Beider „Mißtrauen" sei „so sehr angewachsen, daß sie die Einberufung des Volkskongresses als Maßnahme zu ihrer Vernichtung ansehen. All dies hat dazu geführt, daß die Durchführung der Block-Politik auf äußerste Schwierigkeiten stößt." Diese Politik führe jedoch nicht zu einer tatsächlichen Stärkung der SED, denn für sie würden „Treibhausbedingungen geschaffen, und die Partei wird nicht im ununterbrochenen Kampf mit den Feinden gestählt." Die Analyse forderte abschließend Tjulpanows Ablösung, da er die „historischen Perspektiven der Entwicklung Deutschlands" nicht verstehe[50]. Unabhängig davon, ob die herben Vorwürfe gegen Tjulpanow lediglich

---

[48] Dennoch wurde auch Makarow im Mai 1948 abgelöst; ebd., S. 341; Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, Dok. Nr. 63, S. 278.

[49] Memorandum der Kommission des ZK der KPdSU(B) für A. Shdanow über das Ergebnis der Überprüfung der Arbeit der Informationsverwaltung der SMAD (Auszug), undatiert, nach 5. 5. 1948, ebd., Dok. Nr. 63, S. 275–280, auch folgende Zitate S. 276 f.

[50] Ebd., S. 278.

ein Steinchen im undurchschaubaren Dickicht politischer Attacken gegen ihn waren, belegen sie die Absicht des ZK der KPdSU, diese Art von Besatzungspolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien zu ändern.

Die Gründung von DBD und NDPD[51] war folglich eingebettet in eine Diskussion um die Belebung der Blockpolitik, als deren Fürsprecher der „politische Berater" Semjonow auftrat[52]. Aus der Sicht der SMAD war die Gründung von zwei neuen Parteien dazu geeignet, den bürgerlichen Parteien zu signalisieren, daß man am Mehrparteiensystem und an der Blockpolitik festhalten wolle. Die SMAD reagierte damit auf die Befürchtung der bürgerlichen Parteien, daß ihren Organisationen in einer SED-dominierten Parteienlandschaft das Ende drohe. Die sowjetischen Stellen wollten vielmehr gegenüber CDU und LDP bekräftigen, daß man sie weiterhin brauche und nicht plane, die SED als alleinige politische Kraft zu installieren. Letzteres hing auch mit der Einschätzung des Besatzungsapparates zusammen, der die SED noch nicht für dazu fähig hielt. Auch die weitere Kritik an Tjulpanow nach den offiziell erfolgten Parteineugründungen im Hochsommer 1948 ist dazu geeignet, die Schlußfolgerung zu begründen, daß ursprünglich weitere, vielfältiger angelegte Ziele als dann tatsächlich eingetretene Wirkungen mit den Neugründungen verknüpft waren. Denn laut Moskauer Kritik betrieben er und Teile des sowjetischen Besatzungsapparates einen Kurs der Schwächung der bürgerlichen Parteien und Blöcke in den Ländern, der nicht mit der Moskauer Linie übereinstimmte. Nach wie vor würden Tjulpanow und andere sowjetische Stellen in den Ländern eine Politik der Liquidierung der Blockarbeit verfolgen und in Thüringen die Gründung der DBD dazu benutzen, für eine „Volksfrontpolitik" zu plädieren[53]. Die dargelegte Moskauer Zielformulierung für die Politik gegenüber den bürgerlichen Parteien beschränkte sich nicht auf – sicherlich auch taktische – Kritik und Absichtsbekundungen, sondern ist auch an Handlungen abzulesen. So gestattete man der CDU, parallel zur Gründung der Bauernpartei in verstärktem Maße Ortsgruppen zu bilden. Diese Erlaubnis unterschied sich vom restriktiven Kurs in dieser Frage, wie er gerade im Vorfeld der Wahlen 1946 zur Herbeiführung des SED-Sieges praktiziert worden war. Im SED-Landesverband Mecklenburg – dem Kernland der DBD-Gründung – debattierte man über die Existenz eines SMAD-Befehls, der die Neugründung von CDU-Ortsgruppen einräumte[54]. Letzteres ist auch durch eine Pieck-Notiz vom 14. Mai 1948 zu einem Gespräch mit Tjulpanow und Nasarow über den organisatorischen Ablauf

---

[51] Für den organisatorischen Aufbau der Parteien war Tjulpanow verantwortlich; Naimark, Russians, S. 347.

[52] Zumindest beschuldigte Semjonow Tjulpanow bei Konstantinowski, daß dieser seine Anweisungen zur Behandlung der bürgerlichen Parteien bewußt ignoriere und den Mitarbeitern der Informationsverwaltung den Auftrag gebe, diese nicht zu beachten; Naimark, Russians, S. 344.

[53] Memorandum Oberstleutnant G. Konstantinowkis für I. Schikin über das Ergebnis der Überprüfung der Informationsverwaltung der SMAD, 17. 8. 1948, Bonwetsch u.a. (Hg.), Politik, S. 283–289, S. 284.

[54] MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Beitrag Bürger, Bl. 31. Richter erwähnt, daß die Registrierung von Ortsgruppen bis 1948 sehr restriktiv gehandhabt wurde, Richter, Ost-CDU, S. 88.

der Parteineugründungen belegt, die vermerkt: „CDU – Zulassung in allen Orten“[55]. Tjulpanow berichtet in seinen Memoiren über eine Zusammenkunft Sokolowskis und Semjonows mit der CDU-Führung, bei der der Partei ihre Existenzängste genommen werden sollten. Außerdem sicherte man ihr die Abhaltung von Wahlen zu[56]. Offenbar wollte sich die SMAD während der Berlinkrise und einer sich vertiefenden Teilung zugleich der gesamtdeutschen Funktion der CDU versichern. Tjulpanow ermutigte die Thüringer CDU auf ihrem Parteitag im Dezember 1948 zu einer offensiveren politischen Fortentwicklung ihrer Partei[57], freilich innerhalb solcher politischen Vorgaben, die auf einen ostintegrierten Teilstaat hinausliefen, gegen den Kaiser 1947 noch hartnäckig opponiert hatte. Nach offenkundigen Differenzen in der Frage der Behandlung der bürgerlichen Parteien zwischen Semjonow und Tjulpanow zum Jahreswechsel 1947/1948 arbeiteten die beiden im Frühjahr und Sommer 1948 im Gleichklang[58].

Dieser Gleichklang umfaßte auch die zwar schon vorher eingeleitete, aber dezidiert erst im Mai 1948 proklamierte Umwandlung der SED in eine „Partei Neuen Typs“[59]. Der beharrlich weiter betriebene organisatorische und ideologische Ausbau der SED zu einer ideologisch fest im Lager der Sowjetunion verankerten Partei stand in Verbindung mit der gewünschten Wiederbelebung der Blockarbeit, dem moderateren Kurs gegenüber den Blockparteien und den Parteineugründungen: Sie sollte sich im Kampf mit anderen stählen. Auch Stalins Zurechtweisung der SED-Spitze anläßlich ihrer Reise nach Moskau im Dezember 1948, in der er ihr einschärfte, daß die SBZ noch keine „Volksdemokratie“ sei, änderte nichts am Umwandlungskurs der SED. Anfang 1949 war der Ausbau der Blockpolitik verkoppelt mit weiteren Maßnahmen zur Stalinisierung der SED und zur Flankierung dieser Stalinisierung durch DBD und NDPD. Äußerungen Sokolowskis auf einer Versammlung des Parteiaktivs der SMAD im März 1949 belegen diese Funktion: So sollten beide „diejenigen Elemente stärken und unter ihren Einfluß bringen, die aufgrund einer ganzen Reihe von Bedingungen für die Sozialistische Einheitspartei noch nicht reif sind. Zusammen mit der Sozialistischen Einheitspartei werden sie erfolgreich um den Einfluß auf die Massen kämpfen, die [noch] unter dem Einfluß der CDU und der Liberal-Demokratischen Partei stehen.“ Erst nachdem der Block seit August 1948 wieder arbeitete und die bürgerlichen Parteien wieder handlungsfähig waren, schätzte Sokolowski an den Neugründungen auch, daß dadurch „zugleich die Position der beiden anderen bürgerlichen Parteien geschwächt“ werde, weil die Mitglieder von DBD und NDPD „unter den

---

[55] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 228.
[56] Tjulpanow, Deutschland, S. 249f.
[57] Naimark, Russians, S. 347.
[58] Ebd., S. 550, Fußnote 96.
[59] Allg. dazu ebd., S. 308–317; Malycha, Partei, bes. S. 89–118; vgl. schriftliche Fassung eines Vortrags von Tjulpanow, abgedruckt in: Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 216–227, die von Pieck auf einer Parteivorstandssitzung am 12. 5. 1948 übernommen wurde, SAPMO DY 30 IV 2/1/23, Bl. 60–74; Staritz, SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“, S. 690–692.

Einfluß fortschrittlicher Parteien" gerieten, in „demokratischem Geist" erzogen und „im Block mit der Sozialistischen Einheitspartei" geführt würden[60].

Somit ist die Entstehung der Bauernpartei in ein vielschichtigeres Faktorengeflecht eingebunden, als bislang angenommen wurde: Die Gründung von DBD wie NDPD sollte das Vorgehen der Sowjetunion in Deutschland in mehrfacher Hinsicht stärken. Beiden Parteien war von Beginn an eine Rolle zugedacht, die die sowjetische Deutschlandpolitik unterstützte. Die Konstruktion von zwei neuen Parteien gehörte außerdem zum Kalkül gegenüber CDU und LDP. In der ersten Jahreshälfte 1948 war die sowjetische Zielsetzung noch nicht einseitig auf die Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien ausgerichtet, sondern sie bezweckte in erster Linie eine Belebung der Blockpolitik auch als deutschlandpolitisches Instrumentarium; dazu signalisierten sowjetische Stellen besonders den „fortschrittlichen" Mitgliedern in CDU und LDP, daß sie mit ihrer Mitarbeit rechneten.

Darüber hinaus sollte die DBD zur politischen Absicherung der bis dahin durchgesetzten wirtschaftlich-sozialen Umwälzung auf dem Land beitragen. Die SMAD erwartete von der Arbeit der DBD eine integrierende Wirkung auf hilfesuchende und bisher politisch distanzierte ländliche Schichten. Hierfür mußte sich die DBD klar als Bodenreformpartei profilieren und den parteipolitisch unentschiedenen oder nur lose an die SED gebundenen Klein- und Mittelbauern eine politische Heimat anbieten. Gerade im Bodenreformland Mecklenburg sollte sie sich der Neubauernschaft annehmen und darunter auch die Vertriebenen und Flüchtlinge umwerben, für die keine eigene politische Repräsentation vorgesehen war. Dieser spezifisch zugeschnittene Mitgliederauftrag für die DBD eignete sich außerdem dazu, manche jener Folgewirkungen aufzufangen, die durch die Umwandlung der SED in eine „Partei Neuen Typs" in Gang gesetzt wurden. Ein Teil des für die SED nicht mehr opportun erscheinenden Mitgliederreservoirs kam für die DBD durchaus noch in Frage.

2. Der Gründungsprozeß 1948

Initiative, Vorbereitung, Akteure

Die entscheidende Initiative zur Gründung von zwei neuen Blockparteien ging im ersten Quartal des Jahres 1948 von der sowjetischen Militärverwaltung aus. Die Überlegungen der KPD und Stalins 1945 zu einer politischen Repräsentation der ländlichen Bevölkerung mündeten zunächst in eine Einbeziehung der bäuerlichen Bevölkerung in die potentielle Mitgliederschaft der KPD. Staritz vermutete, daß sich die Pläne zur Gründung weiterer Parteien Ende 1947 verdichteten und beruft sich auf eine Besprechung Tjulpanows mit Offizieren der politischen Abteilungen der Ländermilitärverwaltungen, die sich auf die Gründung einer bäuerlichen und einer nationaldemokratisch orientierten Partei verständigt haben sollen[61]. Zwar

[60] Bonwetsch u.a. (Hg.), Politik, Dok. Nr. 47, S. 201–207, Zitate S. 205, eckige Klammer lt. Edition.

[61] Staritz, National-Demokratische Partei Deutschlands, S. 42, aufgrund von Unterlagen im Archiv des Ostbüros der SPD, übernommen von Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 102,

rückt dies die Idee zur Gründung der NDPD nahe an die SMAD-Befehle zur Beendigung der Entnazifizierung heran (Nr. 201 vom 9. Oktober 1947 und Nr. 35 vom 26. Februar 1948), jedoch ist weder für die NDPD noch für die DBD ein gesicherter Zusammenhang mit der Gründung erkennbar[62]. Die folgenden Beobachtungen für die SBZ und einzelne Länder dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Entschluß in Moskau gefallen ist.

Die Bildung einer Bauernpartei ist anläßlich eines Besuches von Pieck und Grotewohl in Moskau vor Stalin am 26. März 1948 noch vage als „evtl. 5. Partei" erörtert worden[63]. Alles deutet jedoch darauf hin, daß bei dieser Reise die Gründung der DBD endgültig beschlossen wurde. Die Bildung der NDPD war hingegen mit dem Erscheinen der „National-Zeitung" am 22. März schon offiziell im Gange. Offenbar mußte die SED hinnehmen, daß der Aufbau einer Partei für die ländliche Bevölkerung fester Bestandteil der sowjetischen Vorstellungen im Frühjahr 1948 war. Die SMAD spornte die SED zur gleichen Zeit dazu an, ihren Einfluß auf das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu erhöhen[64]. Ab Mitte April 1948 äußerte sich die SED-Spitze zu einer möglichen Umbildung des Parteiensystems. Ulbricht schnitt dieses Thema intern in einem Instruktionsreferat am 16. April in der SED-Parteischule an, Wilhelm Pieck sprach zwei Tage später öffentlich auf einer Berliner SED-Kundgebung über eine Veränderung der Parteienlandschaft[65]. Darin bezeichnete Pieck das Dreiparteiensystem als nicht elastisch genug, um allen Menschen eine politische Heimat zu geben. Daher billige die SED jeder Partei eine Existenzberechtigung zu, wenn sie die „Sache des werktätigen Volkes" vertrete und für die demokratische Einheit Deutschlands sei. Die SED erhebe keinerlei Totalitätsansprüche und wolle auch kein Ein-Parteien-System.

Zum letztgenannten Zeitpunkt war allerdings der öffentliche Startschuß zur Gründung einer Bauernpartei schon gefallen: Am 17. April 1948 fand in Wismar eine Versammlung der Kreisvorstände der VdgB statt. Wie die Zeitung der VdgB „Der Freie Bauer" am 25. April 1948 meldete, hätten „werktätige Bauern" die Gründung einer Bauernpartei gefordert. In einem offenen Brief an alle Bauern Mecklenburgs rief die Versammlung zur Bildung einer Partei auf[66]. Diese parteioffizielle Lesart des Gründungsaufrufes versuchte den Anfang der Partei als interessengeleitete Bewegung von unten zu definieren.

Reichelt, Blockflöte, S. 16. Mit sowjetischer Überlieferung bezüglich der Gründung ab Mai 1948 siehe Wettig, Bereitschaft, S. 137f.

62 Gottberg, Gründung, S. 75f.

63 Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Aufenthalt von Pieck und Grotewohl in Moskau, 25. 3.–1. 4. 1948, S. 190–202, hier S. 201. Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, Dok. Nr. 38, Bericht der ZK-Abt. für Außenpolitik für M. Suslov über die Tagung des Parteivorstands der SED vom 14.–15. April 1948, April 1948, S. 159–162.

64 Vgl. hierzu Schöne, Genossenschaftswesen der SBZ/DDR, S. 165f., der ein Treffen von SED-Agrarpolitikern mit der Abt. Planung der SMAD am 23. 3. 1948 erwähnt.

65 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 103, und Richter, Ost-CDU, S. 102f., die sich auf Leonhard, Revolution, S. 427, stützen. Zu Piecks Rede siehe Artikel in „Thüringer Volk", 24. 4. 1948.

66 Zu dieser offiziell lancierten Gründungsgeschichte vgl. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 103, sowie die Presseartikel in „Der Freie Bauer" vom 25. 4. 1948 und in „Tägliche Rundschau", 18. 6. 1948.

Der aus Akten rekonstruierte Weg zum Gründungsaufruf widerlegt diese Legende. Vielmehr ging dem Aufruf neben den genannten deutschlandpolitischen Implikationen eine längere Debatte über Auswege aus der politischen Krise der SED auf dem Land voraus. Im sowjetischen Auftrag bemühte sich die SED seit Jahresbeginn, die organisatorischen und personalpolitischen Schwächen im Umgang mit der VdgB zu mindern. Ende 1947 waren Fragen der organisatorischen Verquickung zwischen beiden beraten worden; ab 23. März sollte die SED auch in den landwirtschaftlichen Genossenschaften um mehr Einfluß ringen[67]. Dennoch hielt die SMAD die Gründung einer speziellen Bauernpartei für unverzichtbar und setzte die gezielte Vorbereitung in Gang. Die Umsetzung der einzelnen Gründungsschritte war trotz aller Planungsabsicht von der Improvisation der Akteure geprägt; sie berücksichtigte die spezifische Situation im Bodenreformland Mecklenburg. Zwar zeichneten sich schon Ende Februar 1948 Aktivitäten der unterschiedlichen beteiligten Institutionen ab –, namentlich der Landesverbände von SED und VdgB in Mecklenburg – diese mündeten sicher aber erst nach der Moskaureise in eine zielgerichtete Vorbereitung der Parteigründung. Wichtige personelle Entscheidungen wurden in enger Absprache mit der SMA Mecklenburg getroffen. Überall dort, wo die wenigen Spuren unmittelbarer Unterstützung durch die SMA nachweisbar sind, bezeugen diese, mit welch hoher Aufmerksamkeit die SMA die Gründung der DBD begleitete.

Eine Reihe von Indizien deutet darauf hin, daß das Sekretariat des SED-Landesvorstandes bereits im Februar 1948 über die potentielle Gründung einer Bauernpartei in Mecklenburg in Kenntnis gesetzt worden war. Mit ziemlicher Sicherheit war Ernst Goldenbaum – im Februar 1948 hoher Ministerialbeamter im Schweriner Landwirtschaftsministerium, später Vorsitzender des Landesgründungsausschusses und dann Parteivorsitzender – zu diesem Zeitpunkt für eine leitende Position in der neuen Partei vorgesehen. Er erschien aus verschiedenen Gründen als der geeignete Mann dafür. Er verfügte über agrarpolitische Kompetenz, war als Vorsitzender der Landesbodenkommission Aktivist der Bodenreform und engagierte sich im VdgB-Landesverband. Als ehemaliges KPD-Mitglied, Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion in der Weimarer Republik und als Häftling des KZ Neuengamme wies er eine lupenreine Kaderbiographie auf. Der entscheidende Hinweis auf die Eignung seiner Person für die Bauernpartei wurde höchstwahrscheinlich von Hans Warnke, Innenminister in Mecklenburg, an das Zentralsekretariat in Berlin weitergeleitet. Im Januar 1948 schlug Warnke ihn statt seiner als Teilnehmer der ersten agrarpolitischen Großkonferenz der SED vor. Warnke und Goldenbaum hatten zusammen die Bodenreform in Mecklenburg vorangetrieben, Warnke als 1. Vizepräsident der Landesverwaltung und Leiter des Ressorts Innere Verwaltung, Goldenbaum als Geschäftsführer der Landeskommission für Bodenreform und Leiter der Abteilung Bodenreform in der Landesverwaltung[68]. Für den zuständigen Sachbearbeiter in der Abteilung Landwirt-

[67] Vgl. Kurek, VdgB, S. 122f., zu den ldw. Genossenschaften Schöne, Genossenschaftswesen und Agrarpolitik, S. 40–42.

[68] SBZ-Handbuch, S. 1051; Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 649; zur Tätigkeit beider vgl. Kuntsche, „Gemeinwirtschaft".

schaft des Zentralsekretariats, Rudolf Reutter, war die Teilnahme Goldenbaums keineswegs selbstverständlich; nach Rücksprache mit Paul Merker, der im Zentralsekretariat der SED für Landwirtschaft zuständig war, hielt er eine Beteiligung Goldenbaums ausdrücklich für nicht erwünscht[69]. Dieser geringe Bekanntheitsgrad sprach eher für dessen Eignung, eine Spitzenposition in der Bauernpartei einzunehmen. Denn allzu exponierte SED-Funktionäre schieden als Vorsitzende aus, um den gesteuerten Charakter der Parteigründung nicht von vornherein offenzulegen. Aufgrund einer Entscheidung des Zentralsekretariats der SED wies ihn das Sekretariat des mecklenburgischen SED-Landesverbandes im Februar 1948 an, sich gegenüber einer Kandidatur für das Amt des Landwirtschaftsministers, wofür ihn die VdgB voraussichtlich nominieren wolle, dilatorisch zu verhalten. Das Zentralsekretariat hatte den Schweriner Genossen zuvor eingeschärft, einen eigenen Parteikandidaten für den wichtigen Posten im Agrarland Mecklenburg durchzusetzen[70].

Die offizielle Geschichtsschreibung der DBD zur Gründung unterstreicht die tragende Rolle der VdgB Mecklenburgs bei diesem Vorgang. Die VdgB hatte Ende 1947/Anfang 1948 noch mit Geburtswehen und den schwierigen Bedingungen der Landwirtschaft Mecklenburgs, die stark von der Bodenreform gezeichnet war, zu kämpfen. Im Unterschied zu anderen Landesverbänden stand sie organisatorisch auf schwachen Beinen und verlor ständig an Einfluß in der ländlichen Bevölkerung. Diese Einschätzung teilten sowohl andere Landesverbände, z.B. der sächsische, wie auch die sowjetischen und deutschen politisch Verantwortlichen in Schwerin[71]. An einer Krisensitzung am 8. Januar 1948 beim Landesverband der VdgB nahm neben Goldenbaum, zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Landesvorsitzender der VdgB, u.a. auch der Generalsekretär des Zentralsekretariats der VdgB, Kurt Vieweg, teil. Obwohl sich die Teilnehmer im Urteil über die Krise einig waren, verfochten sie keine einheitliche Lösung. Vieweg unterstrich, daß das VdgB-Zentralsekretariat nach zahlreichen Hinweisen der SMA beschlossen habe, endlich auch in Mecklenburg einen funktionierenden Landesverband zu errichten[72]. Das bisherige Versagen führte er auf die unzureichende Unterstützung der Landes-SED zurück, die vor allem keine geeigneten Agrarfunktionäre aus der Parteiarbeit abgebe. Goldenbaum brachte als Ministerialbeamter die Belange der Regierung in die Diskussion ein; er vermied staatliche finanzielle Zusagen für den Ausbau. Vieweg drohte hingegen mit dem Einsatz aller Mittel, insbesondere dem Kontakt zur SMA, um einen arbeitsfähigen Landesverband herzustellen. Immerhin beschloß man, daß Hans Mirau (SED), Agrarfunktionär der VdgB im Kreis

---

[69] SAPMO DY 30 IV 2/7/20, Bl. 234, Warnke an ZS, 22. 1. 1948; ebd., Bl. 235, Reutter an Warnke, 31. 1. 1948.

[70] MLHA BPA Schwerin IV/2/3/79, Sekretariatssitzungen SED Mecklenburg, Bl. 78, Sitzung 9. 2. 1948: Warnke und Höcker sollten mit SMA über einen neuen Minister sprechen. Ebenda, Sekretariatssitzungen SED Mecklenburg, Bl. 79f., Sitzung 15. 2. 1948; SAPMO DY 30 IV 2/2.1/175, Protokoll ZS, 19. 2. 1948, Bl. 1, TOP 1; MLHA LV VdgB 5, Protokoll Sitzung des LV, 16. 2. 1948.

[71] Das SED-Landessekretariat wurde vom ZS entsprechend angewiesen, siehe SAPMO DY 30 IV 2/2.1/175, Protokoll ZS, 19. 2. 1948, Bl. 1, TOP 1.

[72] MLHA LV VdgB Mecklenburg, 5, Protokoll Sitzung des LV, 8. 1. 1948 in Schwerin.

Wismar, am 1. Februar 1948 seine Tätigkeit als 1. Sekretär beim Landesverband der VdgB aufnehmen solle. Das Vorgehen zwischen VdgB und SED im Land war damals noch nicht voll koordiniert. Entgegen den Absichten der Partei, die ihm offenbar nicht mitgeteilt worden sind, schlug Mirau Ernst Goldenbaum am 16. Februar 1948 als VdgB-Kandidaten für das Amt des Landwirtschaftsministers vor. Der SED-Landesvorstand kündigte in der gleichen VdgB-Sitzung eine eigene Kandidatur an; er setzte seinen Anwärter, Bernhard Quandt, den ehemaligen Landrat von Güstrow und Mitglied des Landesvorstands der SED, schließlich mit Rückendeckung aus Berlin erwartungsgemäß durch[73].

Diese Vorgänge legen folgende Schlüsse nahe: Mitte Februar 1948 wußte der Landesverband der VdgB noch nichts über einen möglichen Wechsel Goldenbaums in eine neue Bauernpartei. Eventuell waren Teile des SED-Landesvorstandes bereits eingeweiht und hielten diesen daher als Kandidaten für das Ministeramt zurück. Goldenbaum gehörte nicht zum inneren Führungskern der Landes-SED, und das Zentralsekretariat in Berlin traute ihm den Posten des Landwirtschaftsministers nicht zu. Bekanntlich bekleidete er ab Ende 1949 dieses Amt für die DDR, wenngleich er weiterhin nicht der Wunschkandidat der SED war. Das Sekretariat des SED-Landesvorstands war Goldenbaum gegenüber skeptisch; 1947 war Kritik an Goldenbaums zögerlicher Haltung laut geworden. Die Landes-SED stieß sich an seiner Unentschlossenheit in der Frage, welche Funktion er vornehmlich ausüben wolle, die als Ministerialrat oder die als 1. Sekretär des Landesvorstands der VdgB. Für letzteres Amt hatte ihn der bisherige gewählte 1. Sekretär, Hans Mirau, gewinnen wollen, der dieses Amt nur aus der Ferne, von Wismar aus, bekleidete und nicht nach Schwerin wechseln wollte, wie es der desolate Zustand des Verbandes erfordert hätte[74]. Zwischen Mirau und Goldenbaum herrschte zu dieser Zeit ein vertrauensvolles Verhältnis. Mirau hatte die SED im Kreis Wismar aufgebaut, kannte die Gegend bestens und war zugleich in einer führenden Position in der VdgB des Landes. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist er ein wichtiger Teil des Netzwerkes, das die Einfädelung der VdgB-Kreisvorstandssitzung in Wismar betrieb, die die Forderung zur Gründung einer Bauernpartei erhob.

Der Landesverband der VdgB berief für 12. April 1948, also vier Tage vor Ulbrichts Äußerungen und fünf Tage vor der Wismarer Zusammenkunft, eine Sitzung aller Kreisbauernsekretäre ein. Dem Protokoll zufolge wurde über die Frühjahrsbestellung gesprochen[75]. Höchstwahrscheinlich nutzte man diese Gelegenheit, um einzelne Genossen in das Projekt der Parteineugründung einzuweihen. Zumindest der dort anwesende Fritz Darga, landwirtschaftlicher Sachbearbeiter aus dem Landkreis Anklam, übernahm später eine Parteifunktion der DBD in Mecklenburg. Auch Goldenbaum war darüber informiert, welch wichtige Aufgaben

---

[73] Ebd., Protokoll Sitzung des LV, 16. 2. 1948. Das ZS bestätigte Quandt, SAPMO DY 30 IV 2/2.1/175, Protokoll ZS, 19. 2. 1948, Bl. 1, TOP 1; zu Quandt: SBZ-Handbuch, S. 999.

[74] MLHA BPA Schwerin IV/2/3/78, Sekretariatssitzung SED Mecklenburg, 2. 6. 1947, Bl. 14–16; ebd., Sekretariatssitzung SED Mecklenburg, 15. 8. 1947, Bl. 27.

[75] MLHA LV VdgB Mecklenburg, 5, Sitzung mit Kreisbauernsekretären am 12. 4. 1948.

auf ihn warteten und bestellte am 14. April 1948 per Telegramm einen Freund aus gemeinsamen Zeiten in Parchim, der sich zufällig brieflich bei ihm gemeldet hatte, umgehend nach Schwerin ein[76].

Schauplatz Mecklenburg

Das Zentrum des Gründungsgeschehens der DBD lag in Mecklenburg. Zunächst war die Entscheidung zur Gründung nur einem sehr engen Personenkreis bekannt. Wilhelm Pieck, der die Gespräche der SED in Moskau führte, gehörte zu den Eingeweihten und beteiligte sich an der Personalsuche für die neue Partei. Die Initiierung der Gründung ist mit ziemlicher Sicherheit zwischen Moskau und hohen Vertretern der SMAD in Deutschland vereinbart worden. Das Zentralsekretariat der SED fällte hingegen erst spät, am 19. Juli 1948, Personalbeschlüsse bezüglich der DBD. Grundentscheidungen gehen aller Wahrscheinlichkeit nach auf direkte Veranlassung der SMAD zurück, nachweisbar ist die enge Absprache zwischen Pieck und sowjetischen Führungskräften in Berlin. Eine maßgebliche Rolle im Gründungsvorgang fiel jedoch den SMA in den Ländern, vor allem in Mecklenburg zu.

Die VdgB-Zeitung „Der Freie Bauer" veröffentlichte am 25. April 1948 eine Zuschrift des Kreisvorstandes der VdgB in Wismar. Danach habe am 17. April auf einer Versammlung der VdgB Wismar anläßlich der Frühjahrsbestellung eine Gruppe von Bauern eine Vorlage eingebracht, die zur Gründung einer demokratischen Bauernpartei aufforderte. Der Aufruf „An alle Bauern Mecklenburgs!" führte eine Reihe von Mängeln in der Politik gegenüber den Bauern als Begründung an: Diese umfaßten Klagen, wonach die Bestimmungen der Besatzungsmacht etwa zum Viehausgleich, in Fragen der Differenzierung, also der Festlegung der Ablieferungsnormen nach Hektargruppen (SMAD-Befehl Nr. 60), oder des Befehls 209 über die Errichtung von Neubauernhäusern nicht zur Zufriedenheit der Bauern durchgeführt würden. Außerdem seien die Bauern in den Selbstverwaltungsorganen, den Länder- und Kommunalparlamenten, unzureichend vertreten. Unterstrichen wurde, daß eine Bauernpartei keineswegs im Gegensatz zu anderen demokratischen Parteien stehen würde und Arbeiter und Bauern eine unzertrennliche Einheit bildeten. Die Bauernpartei würde die Tätigkeit des antifaschistischen Blockes ergänzen und die Demokratie festigen. Das Gründungskomitee des Kreises lud daher alle Bauern ein, am 29. April 1948 im „Niederländischen Hof" in Schwerin zu einer Konferenz zusammenzutreffen, um ein Landesgründungskomitee zu wählen[77]. Inhaltlich fügte sich dieses Schriftstück nahtlos in

---

[76] MLHA Schwerin, MLF 3210, Schreiben Georg Müllers am 16. 4. 1948 an Goldenbaum; Telegramm ebd.

[77] Den Aufruf unterzeichneten acht, pauschal als „Bauern" bezeichnete Männer aus Dörfern im Kreis Wismar: Burmeister aus Gaegelow, Moelke und Fligge aus Ravensruh, Reder aus Steinhausen, Muttersbach aus Gamehl, Gollnick und Schulz aus Zurow, Albrecht aus Wietow sowie der VdgB-Kreisvorsitzende Hans-Joachim Friedländer. Bei Albrecht handelt es sich um Ernst Albrecht, geb. am 22. 2. 1913 in Köritz, Kreis Ruppin, „Umsiedler" aus Stettin, vor und nach 1933 parteilos, seit 1946 Mitglied der SED und Vorsitzender der VdgB in Wietow, dort Neubauer auf 8,27 ha lt. Teilnehmerzettel der Landesgründungs-

die bisherigen agrarpolitischen Grundlinien der Besatzer ein und es beschrieb für die bäuerliche Bevölkerung ein durchaus attraktives Vorhaben; schon im Vokabular unterschied es sich erheblich von den stärker ideologisch durchdrungenen Aufrufen der SED.

Diese Version des Aufrufes und die Berichterstattung in der „Täglichen Rundschau" sollten den Eindruck erwecken, als sei die Gründungsinitiative von unten erfolgt, im kommunistischen Jargon von „Bauernaktivisten"[78]. Die von politischen Gegnern stets behauptete Vermutung, die Parteigründung sei von SMAD und SED gesteuert worden, ist jedoch anhand der Akten eindeutig zu belegen. Rudolf Reutter von der Abteilung Landwirtschaft der SED berichtete am 20. April 1948 über seine Reise vom Vortag nach Schwerin und von einer Besprechung mit dem dortigen Vorsitzenden des SED-Landesverbandes, Kurt Bürger, über die Bauernpartei[79]. Aus seinem Bericht geht hervor, daß sich die ursprüngliche Fassung des Aufrufes vom 17. April noch an alle Bauern der Zone gewandt hatte. Die regionalen Planungen für die Bauernpartei waren zur Zeit von Reutters Ankunft in Schwerin, die sich wegen einer Reifenpanne verzögerte, bereits voll im Gange. D.h. die Entscheidungsträger vor Ort, voran die SMA und der SED-Landesvorstand, warteten nicht auf dezidierte Anweisungen der SED-Zentrale in Berlin. Reutter konnte zunächst nicht mit Bürger allein reden. Er wurde zu einer Besprechung desselben mit Oberst Beljajew – Leiter der Abteilung Propaganda/Information in Mecklenburg – und vier weiteren Offizieren des Stabes der SMA hinzugebeten. In dieser Unterredung wurde der später publizierte Aufruf nochmals überarbeitet. Reutter war vom Zentralsekretariat über die Gründung der Bauernpartei nicht näher informiert worden, was er im Bericht heftig kritisierte. Er konnte aus Berlin nur „Gedanken zu einem Aufruf" überreichen, die dann in die veröffentlichte Fassung mit einflossen. Den überarbeiteten Text brachte Karl Lawonn, ein Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft der SED Mecklenburgs, noch am Abend des 19. April 1948 zu einer zweiten Sitzung der bäuerlichen Initiativgruppe nach Wismar mit. Erst auf dieser internen Sitzung des Komitees sollte der Termin für eine Landeskonferenz festgelegt werden. Die SMA sprach sich Reutter zufolge für Schwerin als Tagungsort dieser Konferenz aus.

Nach Reutters Bericht war sich die SED Mecklenburgs darüber im klaren, daß sie und die VdgB bei der Parteibildung im Hintergrund bleiben müßten. Man stünde vor dem Problem, für die Führung geeignete Leute zu finden, vorrangig aus dem Kreis der parteilosen VdgB-Mitglieder, „die immerhin politisch so stark sind, dass sie eine Gewähr für eine wirklich demokratische fortschrittliche Linie

---

ausschußsitzung am 29. 4. 1948, ACDP VI-052–0001/a. Wernet-Tietz hält Ernst Albrecht irrtümlich für Rudolf Albrecht, der die Gründung der DBD in Brandenburg mittrug. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 103. Paul Reder war in der SED Mecklenburgs wohlbekannt (siehe Schriftwechsel zwischen dem SED-LV und dem ZS von 1948–1950, MLHA BPA Schwerin IV/L/2/5/156). Außer Albrecht waren gesichert auch Reder, Burmeister (vgl. „Thüringer Volk", 20. 4. 1948) und Gollnick Neubauern. Gollnick gehörte wie Friedländer zunächst der SPD an und war in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen (ACDP VI-052–0327, Protokoll Sekretariat, 19. 12. 1961).

[78] Vgl. Artikel von T. Sergejew in „Tägliche Rundschau", 18. 6. 1948.

[79] SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 244–246.

dieser Bauernpartei geben können."[80] Weiter müßten diese Bauern fachlich qualifiziert sein und bei der ländlichen Bevölkerung Autorität und Ansehen genießen. Am 19. April hatte die SED noch keine Führungspersönlichkeit für die Landesebene der DBD im Visier – Goldenbaum dürfte schon für die Zentrale vorgesehen gewesen sein. Ein ursprünglich in Betracht gezogener Mann komme aufgrund von Belastungen in der Vergangenheit dafür nicht mehr in Frage, hieß es[81]. Bei dieser Person handelte es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Hans-Joachim Friedländer.

Am 29. April 1948 fand die Landesgründungskonferenz der Bauernpartei Mecklenburgs im „Niederländischen Hof" in Schwerin statt. Wie viele Personen insgesamt und wie viele bäuerliche Delegierte sich dort einfanden, läßt sich nicht mehr zweifelsfrei rekonstruieren. Höchstwahrscheinlich nahmen 126 Personen teil, die sich in die Delegiertenliste der Bauernpartei eintrugen[82]; es waren jedoch mehr Personen anwesend, da nachweislich Journalisten, Landräte und Bürgermeister angereist waren, die die Liste dann nicht enthält. Offizielle Dokumente der DBD gaben später 91 bäuerliche Delegierte aus 17 Kreisen an[83]. Damit versuchte man, die Rolle der bäuerlichen Delegierten in den Vordergrund zu schieben, um den Eindruck zu erwecken, daß sie vorrangig als Mitglieder in Frage kamen und man weniger auf jene Angehörigen der dörflichen Führungsschicht zielte, die durch ihre zahlreiche Anwesenheit ebenso reges Interesse bekundet hatten.

Friedländer leitete die Sitzung. Das Hauptreferat hielt Paul Reder, ebenfalls Mitglied der Wismarer Aktivistengruppe. In einer Grundsatzrede sollte Reder Aufgaben und Ziele der künftigen Partei erläutern[84]. Besonders unterstrich er, daß die Partei dem Aufbau der Ernährungswirtschaft dienen werde, auf dem Boden der Bodenreform stehe und sich der Arbeiterklasse dankbar verbunden fühle. Er

---

[80] Ebd., Bl. 246.

[81] Ebd.

[82] MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 2–4, Bericht des LV der SED Mecklenburg, undatiert [vor 3. 5. 1948]. Über den Ablauf berichten verschiedene Dokumente. Vgl. auf 29. 4. 1948 rückdatiertes Schreiben Goldenbaums an den Chef der SMA Mecklenburgs, ACDP VI-052–0001/a, korrigierte und unkorrigierte Fassung, und der zeitlich dem Ereignis am nächsten liegende Bericht Friedländers an verschiedene Zeitungsredaktionen vom 29. 4. 1948; dort unterzeichnete noch er für den Landesgründungsausschuß, ebenda. Ebenso eine Aufstellung der 72 Parteikollegen der DBD, die der Sitzung am 29. 4. 1948 in Schwerin beiwohnten.

[83] Lt. MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bericht des LV der SED Mecklenburg, Bl. 2: 69 Bauerndelegierte, 38 Neubauern, 27 Altbauern, 4 Großbauern über 50 ha. Lt. ACDP-VI-052–0001/a, gaben 72 Tagungsteilnehmer auf Befragungsbögen Auskunft zu ihrer sozialen Herkunft und Parteimitgliedschaften. Dabei dürfte es sich um die späteren Mitglieder der Bauernpartei gehandelt haben. Unter den 72 Teilnehmern waren demnach 31 Altbauern, 60 bezeichneten sich als Bauern. 67 machten Angaben darüber, ob sie „Umsiedler" waren, dies traf nach eigenen Angaben auf 23 zu. 69 machten Angaben über ihre Parteizugehörigkeit vor 1933: 21 KPD, 8 SPD, 34 parteilos, 1 NSDAP, 5 gehörten einer anderen Partei an. Über die Parteimitgliedschaft im Jahr 1948 gaben nicht alle Personen Auskunft: 11 parteilos, 17 derzeit SED, 1 derzeit CDU und 4 gaben an, nach 1933 in der NSDAP gewesen zu sein. 60 Teilnehmer gaben an, VdgB-Mitglied zu sein. Lt. Artikel im „Thüringer Volk", 4. 5. 1948, waren 126 Delegierte aus 17 Kreisen anwesend.

[84] Das folgende nach dem überlieferten Teil des Referates und der Diskussion darüber in ACDP VI-052–0001/a.

distanzierte sich vom Konzept einer berufsständischen Partei in Anlehnung an die Tradition des Reichsnährstandes und betonte, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands an der Spitze der Bemühungen stehe. Um Goldenbaums Einstieg in die Partei einzufädeln, erwähnte Reder, daß die Partei Vertreter im Landwirtschaftsministerium suche. Er griff den Bürokratismus im allgemeinen an und kritisierte explizit nur jene sogenannten Fachleute in den Ministerien, die die Bodenreform noch nicht voll anerkennen würden, weil sie aufgrund ihrer Ausbildung noch den junkerlichen Verhältnissen verhaftet seien. Er wiederholte die schon im Aufruf angemahnten Kritikpunkte in der Umsetzung der Agrarpolitik. Die Bauern fühlten sich von den anderen Parteien nicht immer genügend vertreten, da selbst Hilfestellungen der Besatzungsmacht wie der SMAD-Befehl Nr. 209 nur unzureichend ausgeführt würden. Zum Verhältnis zur VdgB führte er an, daß diese nie als politische Vertretung gedacht war, ihre Aufgabe beschränke sich auf die „gegenseitige Bauernhilfe". Die Bauernpartei wolle die VdgB stärken und wünsche sich, daß parteilose VdgB-Mitglieder der DBD beitreten würden.

Zu Reders Referat fand eine aufschlußreiche Debatte statt, für die ein allerdings nicht vollständiges Wortprotokoll überliefert ist[85]. Im Mittelpunkt stand die Frage, wer Mitglied der Bauernpartei werden könne. Offensichtlich hatte Reder absichtlich oder mißverständlich davon gesprochen, daß die Bauernpartei nur für Neubauern gedacht sei. In seiner Argumentation hatte er Großbauern und Altbauern in einen Topf geworfen und ihnen den Willen zum „demokratischen Aufbau" abgesprochen. Franz Pilarski aus Greifswald empfahl sich in seinem Diskussionsbeitrag zu diesem heiklen Punkt als spätere Führungsfigur der DBD Mecklenburgs. Er präzisierte den Sinn von Reders Ausführungen dahingehend, daß nur diejenigen Großbauern, die noch nichts für den Wiederaufbau getan hätten, nicht aufgenommen werden könnten. Gleichzeitig warnte er davor, Großbauern pauschal aufzunehmen, weil sie sich über ihren Einfluß und ihr umfangreiches Wissen schnell Führungspositionen sichern könnten. Seine Ausführungen vermittelten stärker als die Reders zwischen den unterschiedlichen bäuerlichen Gruppen[86]. Darin traf sich Pilarski mit Kurt Menger aus Ludwigslust und Robert Koch aus Anklam, die dafür eintraten, die in ihren Augen kleine Gruppe von altbäuerlichen „Mitläufern" der NSDAP in die Partei aufzunehmen. Franz Hoja, seit den zwanziger Jahren politisch aktiv, plädierte dafür, auch Landarbeiter zu erfassen. Verschiedene Stimmen knüpften an politische Traditionen der Weimarer Republik an. Ernst Treß, Vertreter der Aktivistengruppe aus Rügen, hoffte darauf, daß die Bauernpartei fest in der Hand von „alten Sozialisten" bleibe. Da er selbst vor 1933 der SPD angehört hatte[87], dürfte er damit seine alte Partei gemeint haben, und grenzte davon offensichtlich all jene ab, die erst seit kurzem SED-Genossen waren. Ein

[85] Die Diskussion bezieht sich auf Punkte der Rede, die im überlieferten Redetext fehlen.

[86] Interessanterweise wurde im Protokoll versucht, Teile einer Passage unkenntlich zu machen, und zwar von Pilarski: „Die Demokratische Bauernpartei, die muss sich natürlich zur Aufgabe stellen, alle Bauern, vor allem eingesessene Altbauern, zusammenzufassen und zu unterstützen."

[87] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Übersichten und Aufstellungen zu den Kreisvorständen 1948/1949, Kreis Rügen.

Redner namens Ruddat aus Neustrelitz trat als Verfechter von Methoden der parlamentarischen Demokratie auf und hoffte auf die Kraft des „Stimmzettels" als politische Waffe der Bauern. Insgesamt zeigte die Diskussion, daß unter den Anwesenden zwar bestimmte politische Vorstellungen zur Bauernpartei als demokratische und nicht-ständische Partei vorhanden waren. Sie illustrierte aber zugleich die noch im Fluß befindliche programmatische Debatte, bevor diese erstarrte.

Die Konferenz wählte schließlich einen Landesgründungsausschuß, über dessen Zusammensetzung je nach Provenienz und Erstellungsdatum der Quelle unterschiedliche Versionen vorliegen. Nach der ursprünglichen Fassung[88], die unmittelbar nach der Versammlung erstellt worden war und in unkorrigierter Form vorliegt, wurden 14 Personen in einer bestimmten Reihenfolge gewählt[89]. Außer Arnim Dietz und Waldemar Schulz, letzterer bewirtschaftete rund 50 ha, waren alle anderen nachweislich vor 1933 KPD-Mitglieder gewesen[90]. Jeder Kreis stellte einen Vertreter, nur der Kreis Wismar war durch die Aktivistengruppe vom 17. April 1948 überproportional berücksichtigt worden.

Das Sekretariat der SED Mecklenburgs war mit dem Verlauf und dem Wahlergebnis der Landesgründungskonferenz unzufrieden. Zur Vorbereitung der Konferenz hatte es Paul Reder und Hans-Joachim Friedländer dezidierte Anweisungen erteilt, die beide nicht genau eingehalten hatten. Aufgrund der Eigendynamik der Versammlung hatten sie sich als unfähig erwiesen, den Parteiauftrag strikt umzusetzen. Der Bericht eines SED-Beobachters hielt fest, daß es Reder an politischer Grundlage fehle, er allenfalls im Kreismaßstab eingesetzt werden könne. Die Rede, die er vormittags von der SED erhalten hatte, habe er weder gut vorgetragen noch ihre politische Tragweite erkannt. Vor allem seine Schlußworte, in denen er dazu Stellung nahm, wer Mitglied der Bauernpartei werden könne – diese Passage fehlt in der DBD-Überlieferung – sei völlig ungenügend gewesen[91]. Friedländer habe einige Regiefehler begangen, die er aber wieder „ausmerzen" konnte. Für eine Sekretariatsposition war er in den Augen des Berichterstatters

---

[88] Diese Fassung entspricht den Angaben, die Friedländer in einem Pressebericht machte, den er noch vor einer weiteren Aussprache mit der SED, die sich an die Sitzung anschloß, abschloß; ACDP VI-052–0001/a, sie führt nur 14 Mitglieder auf, nicht 15 wie die anderen Versionen, die nachweislich später angefertigt wurden; deren Originale liegen in den Handakten Goldenbaums, der wiederum erst zu einem späteren Zeitpunkt an die Führungsspitze der DBD aufrückte.

[89] Der Reihe nach: Franz Hoja, Kreis Hagenow, Hermann Evert, Kreis Schöneberg, Arnim Dietz, Kreis Güstrow, Walter Hahn, Kreis Lützow, Ernst Goldenbaum, Schwerin, Franz Theel, Kreis Parchim, Franz Pilarski, Kreis Greifswald, Kurt Menger, Kreis Ludwigslust, Else Hauth, Kreis Rostock, Karl Preuss, Kreis Randow, Otto Korsinkowski, Kreis Waren, Joachim Friedländer, Kreis Wismar, Waldemar Schulz, Kreis Wismar und zuletzt Paul Reder, Kreis Wismar.

[90] Beide wurden bis 1949 aus dem Landesvorstand entfernt, Bauer, Gründung, S. 306. MLHA MLF 3208, Bl. 11; lt. Aufstellungen der Kreisvorstände der DBD Mecklenburg 1948 waren zumindest auch Kurt Menger und Otto Korsinkowski vor 1933 KPD-Mitglieder, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg.

[91] MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bericht über die Bauerndelegiertenkonferenz am 29. 4. 1948, Bl. 2–4.

ungeeignet. Außerdem kritisierte der Bericht die anwesenden Genossen aus den Kreisen, die sich nicht wie vereinbart bei der Kandidatenaufstellung zurückhielten und die parteilosen Bauern unterstützten, sondern selbst auf die Wahlliste zum Landesgründungsausschuß gesetzt werden wollten. Statt wie ursprünglich vorgesehen sieben wurden 15 Mitglieder in den Landesgründungsausschuß gewählt, davon seien zehn bis zwölf SED-Mitglieder. Dieser Fehler Friedländers sei im Anschluß an die Sitzung korrigiert worden, indem man einen engeren Ausschuß aus sechs Personen bildete, dem Else Hauth, Hans-Joachim Friedländer, Paul Reder, Kurt Menger, Walter Hahn und Ernst Goldenbaum, so die Reihenfolge im Dokument, angehörten[92].

Erst nach dieser Sitzung begann der offizielle Aufstieg Goldenbaums zur Führungsfigur. Sein wachsender Einfluß nach der Konferenz am 29. April ist daran abzulesen, daß er nun ein auf den 29. April 1948 rückdatiertes Schreiben des Landesgründungsausschusses an den Chef der SMA Mecklenburgs persönlich zeichnete[93]. Dieses Schreiben liegt in zwei Versionen vor, einmal mit Goldenbaums handschriftlichen Änderungen und einmal als Reinschrift, die diese Änderungen berücksichtigt. Mit drei unterschiedlichen Stiften wurden Korrekturen vorgenommen. Goldenbaums Eingriffe sind mittels Schriftvergleich an anderen überlieferten Dokumenten festzustellen[94]. Aus dem Aktenzusammenhang geht hervor, daß das korrigierte Schriftstück Goldenbaum einmal auch zugesandt oder überbracht worden ist, d.h. das Schriftstück ist sicher von SED und SMA überprüft und höchstwahrscheinlich auch korrigiert worden[95]. Für die Gründungsgeschichte der DBD sind folgende Änderungen bedeutsam: Goldenbaum rückte auf der Liste des Landesgründungsausschusses von der letzten Position Nummer 15 auf Position 1 und verdrängte Else Hauth auf Platz 13. Nach Goldenbaums Korrekturen sollte sich der engere Gründungsausschuß wie folgt zusammensetzen: Goldenbaum, Reder, Dietz, Schulz und Broschhardt – also ohne Friedländer.

Friedländer fiel durch eine zeitlich höchstwahrscheinlich später vorgenommene Änderung, die nicht aus der Feder Goldenbaums stammen dürfte, aus dem Gründungsausschuß heraus, an dessen ersten Sitzungen er noch teilgenommen hatte[96].

---

[92] In dieser Besetzung arbeitete der Gründungsausschuß bis zur ersten Sitzung am 3. 5. 1948. Dann wurde intern die endgültige Zusammensetzung des geschäftsführenden Ausschusses mit Goldenbaum (Kreis Schwerin), Paul Reder (Kreis Wismar), Arnim Dietz (Kreis Güstrow), Waldemar Schulz (Kreis Wismar) und Broschhardt (Kreis Hagenow) festgelegt.

[93] Die Originalversion dieses Schreibens ist in Goldenbaums Handakten im Landwirtschaftsministerium Mecklenburg abgelegt, MLHA MLF 3208, Bl. 11. Kopien im Bestand der DBD, ACDP VI-052–0001/a. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die im ACDP überlieferten Akten zur Gründung nicht nach dem Provenienzprinzip, sondern dem Pertinenzprinzip zusammengestellt wurden. Goldenbaum war von Friedländer und Reder erst mit Schreiben vom 27. 4. 1948 zu dieser Sitzung eingeladen worden, MLHA MLF 3208, Bl. 10.

[94] Vgl. Goldenbaums Handschrift z.B. MLHA MLF 3207, Kritische Bemerkungen zur Durchführung des Befehls 60.

[95] Dies belegt ein an ihn adressiertes Kuvert in unmittelbarer Nähe der beiden Fassungen.

[96] Im Vergleich zum ursprünglich gewählten Ausschuß fiel Max Schröer, Kreis Parchim, vor 1933 KPD-Mitglied, heraus. Dafür wurde Broschhardt aus Zapel, Kreis Hagenow, aufge-

Über die Gründe für sein Ausscheiden aus der Gründungsriege informieren Dokumente des SED-Landesverbandes. Friedländer gehörte in den fünfziger Jahren und später zu den außerordentlich angesehenen Persönlichkeiten in der DBD. Der DBD-internen Überlieferung zufolge hegte die SED jedoch – aus ungenannten Gründen – Bedenken gegen ihn. In den DBD-Akten versuchte man des öfteren, seine vorherige Parteimitgliedschaft in der SPD zu verschleiern. Auch in Beurteilungen aus DBD-Federn 1948 wurden Friedländers politische Qualitäten eher skeptisch eingeschätzt: Er vertrete keine marxistische Linie, wurde ihm von seinem Rivalen Franz Pilarski, dem damaligen Landesvorsitzenden, vorgehalten[97]. Als der Parteivorstand im Dezember 1948 erwog, das Mecklenburger Sekretariat personell zu verstärken, wurde der Vorschlag Friedländer mit der Bemerkung „nicht möglich" abgetan[98].

Der geschäftsführende Ausschuß des Landesgründungsausschusses traf sich am 3. Mai 1948 im Hotel Rieck in Schwerin zur ersten Sitzung[99]. Dabei dürfte die endgültige Zusammensetzung des geschäftsführenden Landesgründungsausschusses, wie sie zwischenzeitlich mit SED und SMAD abgesprochen worden war, intern verbindlich bekanntgegeben worden sein. Wortführer war höchstwahrscheinlich Goldenbaum, die Formulierungen des Protokolls geben keine Auskunft darüber. Friedländer war anwesend und wurde als Mitglied des Landesgründungsausschusses bezeichnet, obwohl er im offiziellen Dokument, das an die SMAD gesandt wurde, nicht mehr als Mitglied dieses Gremiums firmierte. Außerdem genehmigte die Versammlung laut Tagesordnung das Schreiben an den Chef der SMA Schwerin zwecks Bestätigung des Landesgründungsausschusses und des geschäftsführenden Ausschusses, also die personellen Veränderungen seit dem 29. April 1948. Diese Formulierung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entscheidung bereits gefallen war und keiner Zustimmung des Gremiums bedurfte. Vermutlich sollte intern mitgeteilt werden, daß Friedländer für die SED nicht tragbar war.

Ein Schreiben an Marschall Sokolowski zwecks Genehmigung der Bauernpartei in der gesamten SBZ sollte in der Woche bis zum 5. Mai 1948 vorbereitet wer-

---

nommen. Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß mit Goldenbaum bereits jemand aus Parchim, wenn auch damals Schweriner, vertreten war.

97 ACDP VI-052–213/1. Siehe die Beurteilung von Pilarski: „Friedländer war Mitglied der SED, steht aber nicht auf dem Boden des Marxismus. Koll. Friedländer hatte als jüdischer Mischling pol. Schwierigkeiten vor 1945. Politische Einstellung einwandfrei fortschrittlich. Zeigt nicht genügend Aktivität in der Parteiarbeit. Mitglied der Revisionskommission." [undatiert, 1948].

98 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948.

99 Dieses Sitzungsprotokoll wurde nachträglich als Protokoll der ersten Sekretariatssitzung der DBD – also für die gesamte SBZ – bezeichnet, vgl. ACDP VI-052–0519, Protokoll der ersten Sitzung, 3. 5. 1948. Demnach bestanden in Mecklenburg bereits 21 Kreisgründungsausschüsse (mit 118 Mitgliedern, 4 hatten noch keine Mitglieder). Indizien legen den Schluß nahe, daß dieses Protokoll nachträglich eingefügt wurde. Das Protokoll der nächsten überlieferten Sitzung vom 11. 7. 1948 nimmt nämlich Wort- und Formulierungsänderungen zu einem als 1. Protokoll bezeichneten Text vor, die im überlieferten 1. Protokoll nicht auftauchen. Höchstwahrscheinlich fehlen also Protokolle von Sitzungen, die dazwischen stattfanden.

den. Am 6. Mai bewilligte Trufanow als Chef der Verwaltung der SMA die Tätigkeit des Organisationskomitees in Mecklenburg[100]. Die DBD erhielt damit die Genehmigung zur Mitgliedereinschreibung, nicht jedoch zu ihrer Aufnahme[101]. Diese sollte erst nach einer Überprüfung der Interessenten erfolgen; allerdings durften auch nominelle NSDAP-Mitglieder akzeptiert werden. Bereits am 30. Juli 1948 wurde die DBD Mecklenburgs in den Landesblock aufgenommen[102]. Auch in den anderen Ländern der SBZ kam es von Mai bis Juli zu Gründungsversammlungen der Bauernpartei. In Thüringen wurde der Landesverband am 18. Juni 1948 von Generalmajor Kolesnitschenko zugelassen. In Sachsen-Anhalt erfolgte die Genehmigung eines Landesverbands ebenfalls Mitte Juni[103].

Von Mecklenburg aus gingen Gründungsimpulse ins benachbarte Brandenburg. Die Vorbereitungen der SED zur Gründung der DBD und der NDPD liefen in Brandenburg unter den Decknamen „Gesellschaft Y" für DBD und „Gesellschaft X" für die NDPD. Im Bestand des SED-Landesverbandes findet sich ein Aufruf von Vertretern der Bauernschaft aus einigen Kreisen des Landes[104], die - so konnte man im Aufruf lesen – die Initiative der Bauern Mecklenburgs zur Gründung einer Bauernpartei nun für Brandenburg beschlossen hatten. Wenn dieser Aufruf nicht ohnehin im Landessekretariat der SED verfaßt worden ist – was anzunehmen ist –, so ist die unmittelbare Vorarbeit der SED für die „Gesellschaft Y" erwiesen. SED-Mitglieder in den Kreisen wurden vom Landesverband angewiesen, aus der SED auszutreten, um sich für die DBD bereitzuhalten[105]. Ein Aktenvermerk der SED vom 26. Mai 1948 belegt die personelle Steuerung der DBD-Gründung. Über den Personenkreis, der an der Gründungsversammlung am 25. Mai im Volkstheater Potsdam teilnahm, war der SED-Landesverband bestens informiert[106]. Durch Verbindungsleute zur LDP sollte die Bauernpartei besonders in jenen Dörfern aufgebaut werden, in denen der Einfluß bürgerlicher Parteien hoch und der der SED gering war. Wie in Mecklenburg suchte man vor allem in der VdgB nach potentiellen Mitgliedern. Rudolf Albrecht (SED), zunächst 1. Vorsitzender der VdgB Brandenburgs, später Landesvorsitzender der DBD und 2. Vorsitzender der Partei, wurde zur Führungsfigur in Brandenburg.

---

100 ACDP VI-052-0001/a, deutsche Übersetzung eines sowjetischen Dokumentes vom 6. 5. 1948.

101 MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Bl. 30.

102 MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/617, Protokoll Blocksitzung am 30. 7. 1948, Bl. 53 ff.

103 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 105.

104 BLHA Rep. 332, Nr. 786, An die Bauern und Bäuerinnen des Landes Brandenburg, Resolution (2 Seiten). Das Dokument enthält im wesentlichen die gleichen Punkte wie der Aufruf vom 17. 4. 1948. Zusätzlich wird betont, daß die Bauernpartei eine aktivere VdgB für notwendig hält.

105 Vgl. z. B. BLHA Rep. 332, Nr. 786, Aktenvermerk 25. 5. 1948: Gottlieb M., Landwirt, 180 Morgen, Ortsvorsitzender der VdgB, „tritt auf Vorschlag des Gen. Pernitz, 1. Vorsitzender, Kreis Seelow aus der Partei aus. M. ist fortschrittlich und linientreu. Intelligent." [Schreibfehler korrigiert].

106 BLHA Rep. 332, Nr. 786, Aktenvermerk 26. 5. 1948. Vgl. auch Reinert, Parteien, S. 125; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 105.

Schauplatz Sachsen

Die Gründung der DBD in Sachsen ist schwieriger zu rekonstruieren als in Mecklenburg, da die interne Überlieferung sehr fragmentarisch ist. Die Bedingungen für die Parteigründung unterschieden sich in vielerlei Hinsicht von denen in Mecklenburg. Das Land Sachsen war von anderen agrarstrukturellen Merkmalen geprägt. Im Juni 1948 war jeder vierte Einwohner Sachsens, also weniger als in Mecklenburg, ein sogenannter Umsiedler[107].

Die Landesverbände der SED waren 1948 noch nicht völlig gleichgeschaltet[108], sondern wiesen deutliche Eigenheiten auf. Auch in Sachsen war es der SED nicht gelungen, sich fest in der bäuerlichen Bevölkerung zu verankern. Der SED-Mitgliederstatistik für August 1948 zufolge waren insgesamt 14369 selbständige Bauern in der SED, darunter nur 1146 Frauen, sowie 10809 Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, darunter wiederum 1427 Frauen[109]. Die SED-Fraktion der VdgB-Kreistagsabgeordneten bedauerte Ende April 1948, daß nur jeder achte Bauer Mitglied der SED sei, 2500 gehörten der CDU an, 1700 der LDP und 70000 seien parteilos. Unter den Parteilosen vermutete man rund 22000 ehemalige Mitglieder der NSDAP[110].

Nach Einschätzung des SED-Landesvorstands war die VdgB in Sachsen immerhin stärker in der Bauernschaft etabliert als in Mecklenburg. 90000 Bauern Sachsens, „fast alle" wie man in der SED feststellte, gehörten danach der VdgB an. Zum 1. Oktober 1948 zählte die VdgB Sachsens 108189 Mitglieder, davon waren nur rund 20% in der SED organisiert, 1,7% in der LDP, 2,9% in der CDU und knapp drei Viertel (74,5%) waren als parteilos gemeldet[111]. In der sozialen Zusammensetzung der VdgB-Mitglieder dominierte die Gruppe der Altbauern mit 46%, sogenannte aufgestockte Altbauern mit 14% – also Altbauern, die Bodenreformland erhalten hatten –, gefolgt von 19,5% Neubauern und 5,7% Siedlern mit weniger als 2 ha Land[112]. Auffällig ist die hohe Verankerung der VdgB Sachsens unter den Altbauern.

Eingehender als in Mecklenburg beleuchtet der Weg zur Gründung der DBD in Sachsen die tatsächlichen Einstellungen der SED und der VdgB zu diesem Vorgang. Deutlich schält sich heraus, in welch hohem Maße die SMA die bestim-

---

[107] SStAD BPA SED LL A/783, Sekretariatssitzung, 11. 6. 1948, Bl. 25. Im – hier exemplarisch herausgegriffenen – agrarisch geprägten Erzgebirgskreis Dippoldiswalde lebten 1948 insgesamt 20367 „Umsiedler" (darunter rund 5900 Kinder), von denen nur 344 Männer und 156 Frauen bis Januar 1948 der SED beigetreten waren; SStAD BPA SED LL A/1406, Abt. Org. Statistik: Stand 25. 1. 1948.

[108] Vgl. Malycha, Partei, S. 71f.

[109] SAPMO DY 30 IV 2/7/62, Mitgliederstatistik für August 1948, Bl. 144.

[110] SStAD BPA SED LL A/864, Protokoll der Sitzung der SED-Fraktion der VdgB-Kreistagsabgeordneten vom 27. 4. 1948, auch zum folgenden.

[111] SAPMO DY 30 IV 2/7/62, Zusammenstellung der Mitglieder der VdgB Sachsen nach Besitzgröße und Parteizugehörigkeit, 1. 10. 1948, Bl. 142f. DBD-Mitglieder wurden hier noch nicht erfaßt.

[112] Ebd., Bl. 143. Desweiteren sogenannte Neusiedler mit 3,9%, Gärtner mit 3%, sonstige mit 2,9%, aufgestockte Siedler 2,3%, die restlichen rund 3% verteilten sich auf Angehörige, Gehilfen, Neugärtner, aufgestockte Gärtner sowie Staatsgüter und Genossenschaften.

mende Kraft hinter der Parteibildung war. Die SED-Führungskräfte im Landesverband der VdgB waren über den Stellenwert der Ereignisse vom 29. April 1948 informiert. Anton Jadasch reiste als inoffizieller Beobachter nach Mecklenburg und berichtete von dem Aktivistentreffen[113].

Am 22. April 1948 informierte Wilhelm Koenen das Sekretariat des SED-Landesvorstands über die Aktivitäten zur Gründung einer Bauernpartei in Mecklenburg. Er habe in Berlin erfahren, daß die Gründung von dort aus angeschoben worden sei. Die Partei solle eine klare „Kleinbauernorientierung" aufweisen und sei auch für Pächter, Siedler und Neubauern bestimmt. Es habe sich gezeigt, daß die VdgB keine eigentliche Linie geben könne, zumal Großbauern zu 80–90% in der VdgB organisiert seien, Kleinbauern aber kaum. Die Parteibildung müsse so ablaufen, daß von vornherein ein Zusammenwirken mit der SED gewährleistet sei. Das hatte organisatorische, vor allem jedoch politische Implikationen. Die SED solle sich darauf einstellen, daß einige ihrer besten Bauernkräfte von Anfang an in die neue Partei übertreten. Außerdem müßten die ersten organisatorischen Schritte, die die VdgB nun einleite, sorgfältig beobachtet werden. Die Genehmigung der Partei liege bei der SMA, die für die „demokratische" Entwicklung sorgen werde. Im SED-Landesvorstand wurden durchaus Bedenken gegen die Bauernpartei geäußert; man fürchtete, daß zahlreiche Bauern der SED den Rücken kehren und in der neuen Partei eine Interessenpolitik für die eigene Klientel betreiben könnten. Außerdem wies Koenen auf den Charakter der Bauernparteien in den osteuropäischen Staaten hin und bezog sich damit offensichtlich auf deren oppositionelle Rolle gegenüber den Kommunisten. Auffälligerweise wurden Koenens kurzfristige Überlegungen nicht durch entsprechende Beschlüsse unterstützt[114]. Auch auf der Sekretariatssitzung eine Woche später, am 29. April 1948, verschob man die Beschlußfassung mit der Bemerkung, erst konkrete Hinweise aus Berlin abzuwarten. Am selben Tag fand bereits die Versammlung zur Wahl eines Landesgründungsausschusses statt, wohin die VdgB Sachsens schon drei Beobachter entsandt hatte[115].

Einige Indizien zeigen, daß die Planungen für die Bauernpartei in Sachsen zunächst bewußt von seiten der SED verschleppt wurden. Ende April hatte das Landessekretariat der SED noch keine konkreten Vorstellungen darüber, welcher Personenkreis die sächsische Bauernpartei führen solle[116]. Am 11. Juni berichtete Otto Buchwitz dem Sekretariat über eine ausführliche Besprechung zu aktuellen

---

[113] SStAD LV VdgB Sachsen 88, Abschrift des Protokolls der 5. Vorstandssitzung der ZVdgB am 21. 5. 1948. Im Dokument ist von einer Reise nach Wismar die Rede. Es ist unwahrscheinlich, daß Jadasch am 17. 4. in Wismar dabei war, zumal die weiteren Informationen über die Sitzung, der er beiwohnte – danach hörte er Vertreter aus 17 Kreisen – nachweislich nur auf die Landesgründungsversammlung in Schwerin vom 29. 4. zutreffen. Unter Umständen reiste er nach Wismar, um sich nachträglich zu informieren, und nahm an der Sitzung vom 29. 4. in Schwerin teil

[114] SStAD BPA SED LL A/782, Sekretariatssitzung, 22. 4. 1948, Bl. 80–86.

[115] Ebd., Sekretariatssitzung, 29. 4. 1948, Bl. 109–122.

[116] Ebd., hier Bl. 121, Anfrage Genosse Götzelt.

Themen mit der SMA Sachsen[117]. Diese gab dem SED-Landesverband offenbar den notwendigen „Rat", der neuen Partei mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Für Sachsen ist mittelbar überliefert, wie sehr die SMA die Parteigründung vorantrieb und mitorganisierte. Der Gründer der dortigen Bauernpartei, Friedrich Martin, floh später in den Westen und sagte vor dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen folgendes aus[118]: Im Frühjahr 1948 wurde er von der SMA Leipzig vorgeladen. Man befragte ihn, warum sich Bauern so wenig politisch betätigten, und ob er denke, diese Gruppe würde eine eigene Partei gründen wollen. Bald darauf folgte in Dresden ein Treffen mit Wilhelm Koenen und der sowjetischen Führung des Landes. Nachdem er das Projekt einer Bauernpartei in der neuerlichen Befragung durchaus begrüßt hatte, erhielt er wenige Wochen später eine Einladung Kurt Viewegs zu einer „konstituierenden Sitzung" der DBD in Brandenburg. Martin gab zu Protokoll, daß bei dieser Sitzung, die rund 30 Teilnehmer zählte, ausschließlich SED-Genossen anwesend waren. Goldenbaum, Paul Scholz und Richard Richter habe er schon vorher gekannt. Nachdem Goldenbaum ein Grundsatzreferat über die Notwendigkeit einer Bauernpartei gehalten hatte, seien die Vorsitzenden der Landesverbände „bestimmt" worden. Goldenbaum habe angekündigt, daß die erforderlichen Genehmigungen der SMA zur Gründung bald eingehen würden. Als Vertreter der SMA Sachsens Martin eine Woche später bei einem einbestellten Treffen zur Gründung einer Bauernpartei gratulierten, sei ihm zugleich ein Geschäftsführer für die Partei präsentiert worden. Die Personen, die erst nach dieser Genehmigung der Parteibildung zur konstituierenden Sitzung des Landesverbandes zusammentraten, waren von der SED und den sowjetischen Militärkommandanten in den jeweiligen Kreisen ausgesucht und hingeschickt worden. Die endgültige Genehmigung über den Einsatz von Personen in den neuen Parteiämtern erteilte Major Nikodenkow; ebenso finanzierte er den Aufbau der Partei in Sachsen.

Die SED-Mitglieder unter den VdgB-Kreistagsabgeordneten übernahmen eine aktive Rolle beim Vollzug der sowjetischen Vorgaben. Die Gründungsinitiative wurde durch die Abteilung Landwirtschaft des SED-Landesvorstandes in Zusammenarbeit mit Wilhelm Koenen und Ronneburger sorgfältig vorbereitet. Am 27. April 1948 trafen sich auf ihre Einladung hin ungefähr 40 VdgB-Kreistagsabgeordnete aus der SED und einige Agrarsekretäre der Partei im Gebäude des Landesvorstands[119]. Der Leiter der Abteilung Landwirtschaft Schenk begrüßte sie zu einer Aussprache von „historischer Bedeutung"[120]. Denn Zweck der Versammlung sei es, „die Bauernpolitik in Sachsen und [im] Zonenmaßstab zu ändern, nicht grundsätzlich, sondern in taktischer und strategischer Hinsicht." Die Bauernpartei sollte sich danach nahtlos in die politischen Konzeptionen von SMAD und SED einfügen. Zwar sei man in der Vergangenheit den „Vorgängen unter den

---

[117] SStAD BPA SED LL A/783, Sekretariatssitzung, 11. 6. 1948, Bl. 23–28, hier Bl. 24.

[118] Aussage Martins abgedruckt in: Unrecht als System, Teil II, S. 32f.

[119] Vgl. Bericht der Abt. LW der SED, gez. von Gen. Schenk, SStAD BPA SED LL A/864, 3. 11. 1948, Bl. 31f. und den Bericht Schenks vom 27. 4. 1948, ebenda, Bl. 38.

[120] SStAD BPA SED LL A/864, Protokoll der Sitzung der VdgB-Kreistagsabgeordneten am 27. 4. 1948 vormittags im Gebäude des SED-Landesvorstands.

Bauern" öfter kritisch gegenübergestanden, man habe sich aber in engeren Aussprachen entschieden, diese „Bewegung" zu fördern.

Trotz der Grundentscheidung für die Bauernpartei bemühte sich Schenk nicht darum, seine Animositäten gegen die bäuerliche Bevölkerung und die Vorgänge in Mecklenburg zu verbergen. Er bedauerte, daß sogar Bauern aus der SED die neue Partei begrüßten, in der Hoffnung, nun das lästige Diktat der Einheitssozialisten abschütteln zu können. Es sei kein Zufall, daß die Partei in Mecklenburg gegründet worden sei. Während dort die Landwirtschaft vorherrsche und die „Reaktion" vergleichsweise stark sei, läge in Sachsen die Hauptverantwortung bei den Werktätigen in den Betrieben. Mecklenburg erfülle die Vorgaben der DWK-Pläne nur ungenügend, Sachsens Bauern hingegen würden alle Anstrengungen unternehmen.

Die neue Partei müsse durch eine klare Bündnispolitik eingebunden werden. Sie sei von unten her zu organisieren. Keinesfalls dürfe die SED offiziell den Gründungsvorgang bestimmen; daher könnten nur einzelne, in der SED weniger bekannte Genossen daran mitwirken, die jedoch nicht den Part von Organisatoren übernehmen dürften. Notfalls würden sie nachträglich in die Partei eingebaut. Die SED müsse sich darauf konzentrieren, parteilose, angesehene und politisch konforme Bauern der Partei zuzuführen. Auch fortschrittliche bäuerliche Mitglieder von CDU und LDP kämen für die Bauernpartei in Frage. Diese Weisung war auch in Brandenburg und Mecklenburg ausgegeben worden, was für eine zentrale Steuerung der SED-Landesverbände spricht. Schenk beruhigte die anwesenden Mandatsträger der VdgB mit dem Hinweis, daß keinesfalls die VdgB durch die Bauernpartei geschädigt werden solle.

Ungeachtet der unmißverständlichen Weisung überwogen in der Aussprache die Bedenken gegen die Bauernpartei. Mehrere Redner sahen das Kernproblem darin, die bisher zu 70% politisch abstinente bäuerliche Bevölkerung überhaupt für eine politische Tätigkeit zu gewinnen. Man befürchtete, daß die „Bauernpolitik" der SED infolge der Parteineubildung noch stärker einbreche. Denn das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern stoße in den Ortsgruppen ohnehin auf erhebliche ideologische Vorbehalte; solche seien für langjährige Kämpfer der Arbeiterbewegung geradezu selbstverständlich und letztlich nur ein Beweis für ihr sozialistisches Bekenntnis, wie ein Teilnehmer einwarf. Konflikte mit der Bauernpartei waren aufgrund dieser Disposition einer Reihe von SED-Genossen bereits vorprogrammiert. Kader für die Bauernpartei hoffte man unter den einstigen Mitgliedern und Funktionären des Bundes der Schaffenden Landwirte finden zu können. Mindestens ein Teilnehmer dieser Debatte, Richard Köhler aus dem Kreis Oschatz, wirkte danach bei der Gründung in Sachsen mit.

Nachdem die SED-Kreistagsabgeordneten der VdgB vormittags instruiert worden waren, versammelten sich am Nachmittag im Landesbauernsekretariat der VdgB offenbar alle ihre Kreistagsabgeordneten, also auch die Parteilosen und Mitglieder anderer Parteien[121]. Zweck der Zusammenkunft sei es, wie der 1. Vorsit-

[121] SStAD LV VdgB Sachsen 88, Sitzung der Kreistagsabgeordneten am 27. 4. 1948 nachmittags. Aus dem Dokument geht nicht hervor, ob parteilose Abgeordnete und Mitglieder

zende der VdgB Bunzel einleitete, mit den Kreistagsabgeordneten über „parlamentarische Fragen" anläßlich der Pressenotizen zur Bildung einer Bauernpartei zu diskutieren[122]. Um den anwesenden etwaigen Gegnern der Bauernpartei den Wind aus den Segeln zu nehmen, wog man Vor- und Nachteile einer solchen Partei für die VdgB ab. Nachteilig wirke sich aus, daß eine neue Partei den ohnehin schmächtigen „Funktionärskörper" der VdgB noch mehr dezimiere und der Massenorganisation drohe, ihre parlamentarische Tätigkeit einstellen zu müssen. In den Stellungnahmen kristallisierten sich trotz SED-Regie zwei Gruppen heraus. Eine trat vorbehaltlos für die Gründung ein – so äußerten sich überwiegend die am Vormittag eingewiesenen SED-Vertreter der VdgB –, die zweite brachte massive Bedenken gegen die Bauernpartei vor. Dabei wird es sich um parteilose Vertreter und Mitglieder von bürgerlichen Blockparteien gehandelt haben. Von diesen wurde die zutreffende Vermutung geäußert, daß die Besatzungsmacht hinter der Bauernpartei stehe, sonst wäre die Entwicklung in Mecklenburg nicht so weit gediehen. Ungeachtet der Divergenzen beschloß die Versammlung, die Bauernpartei zu unterstützen. Diejenigen VdgB-Delegierten, die sich besonders für die neue Partei interessierten, erfaßte man umgehend namentlich. Drei von ihnen, Alfred Hantsche, Alfred Meier und Paul Weigelt, entsandte man auf Berliner Weisung zur Landesgründungsversammlung der DBD in Schwerin am 29. April 1948[123].

Die sächsische VdgB-Versammlung vom 27. April war der Beginn für konzentrierte Vorbereitungen zur Gründung der DBD im Land. Die internen Aktivitäten der SED hielten sich offensichtlich in Grenzen. Nur am 13. Mai 1948 fand nachweislich eine Arbeitstagung mit den Kreissekretären der VdgB statt[124], die zur Sondierung geeigneten Personals für die Bauernpartei gedient haben wird. Zur ersten Versammlung der DBD auf Zonenebene am 28. Mai in Brandenburg an der Havel reisten vier sächsische Vertreter an, die überwiegend aus dem Kreis Leipzig stammten[125].

Erst nach dieser überregionalen Gründungsveranstaltung fand am 21. Juni 1948 die Gründungsversammlung der DBD Sachsens im Landesbauernsekretariat

---

bürgerlicher Parteien anwesend waren; dies ist aber wahrscheinlich, da es sonst keiner separaten SED-Sitzung am Vormittag bedurft hätte.

[122] Pressenotizen zur Gründung einer Bauernpartei wurden seit 14 Tagen über Rundfunk, im „Sächsischen Tagblatt" der LDP, der „Neuen Zeit" der CDU und in der „Sächsischen Zeitung", dem Blatt der SED-Landesleitung, publiziert, Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 105. ACDP VI-052–0001/a, Kopien von Zeitungsartikeln zur Gründung der DBD, z. B. „Thüringer Volk", Organ der Landesleitung der SED Thüringen, 20. 4. und 24. 4. 1948.

[123] Lt. Bericht der Abt. LW der SED am 3. 11. 1948 nahmen dann nur 2 sächsische Vertreter an der Schweriner Versammlung vom 29. 4. 1948 teil. SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 31 f.

[124] SStAD LV VdgB Sachsen 88, Niederschrift über die Arbeitstagung mit den Kreissekretären, 13. 5. 1948.

[125] Friedrich Martin aus Merkwitz, Julius Lehnen aus Seegeritz, Otto Steves aus Lindenthal sowie Richard Köhler aus Oschatz. ACDP VI-052–0001/b, Abschrift des Protokolls über die am 28. 5. 1948 stattgefundene Tagung in Brandenburg über die Gründung der Bauernpartei.

Dresden statt[126]. Sachsen war damit das Schlußlicht der Ländergründungen. Friedrich Martin, inzwischen Mitglied des provisorischen Zonengründungsausschusses, wiederholte die Motive zur Parteigründung. Ins Auge fällt, daß von den sonst gängigen Parolen weder die „Freundschaft mit der Sowjetunion" noch die Anerkennung der Ostgrenze als „Friedensgrenze" bemüht wurde. Die Diskussion zeigt vielfältige, mit der Parteigründung verbundene Hoffnungen auf. Fritz Weißhaupt[127], 1948 Kreisvorsitzender in Ölsnitz und ab 1949 in wichtigen Positionen auf Länder- und Regierungsebene, wies der DBD als alleinige Vertreterin der bäuerlichen Belange eine eigenständige Rolle neben den bürgerlichen Parteien und der SED zu. In höherem Maße als in Mecklenburg wurden auf dieser Versammlung Vorbehalte gegen eine DBD als Neubauernpartei geäußert.

Über die personelle Zusammensetzung des Landesgründungsausschusses und der Geschäftsstelle entschied die SMA, Ausführung und Kontrolle übernahm die SED[128]. Den gewünschten Proporz im Gründungsausschuß setzte die SED trotz konträrer Diskussionen im Plenum durch[129]. Altbauern waren auf dieser Liste unterrepräsentiert[130], was den sowjetischen Vorgaben wie der SED-Linie, eine Partei der Neu-, Klein- und Mittelbauern zu gründen, entsprach. Martin räumte Bedenken gegen das Verfahren aus, indem er das später nie eingelöste Versprechen gab, daß der endgültige Landesvorstand in direkter Wahl bestimmt werden sollte[131].

Der späte Zeitpunkt der Gründung führte dazu, daß die sächsische Bauernpartei im Jahr 1948 der Entwicklung in anderen Ländern hinterherhinkte. Zwar wurden bis August 1948 – oft aufgrund von Initiativen der VdgB-Vorsitzenden oder auf Anordnung der sowjetischen Kommandanturen – 18 Kreisverbände gegründet[132] und bis November gab es 44 DBD-Ortsgruppen mit ca. 740 Mitgliedern. Auch lobte die SED-Abteilung Landwirtschaft im November die „gute politische Linie" der Geschäftsführer Walter und Ernst Findeisen, die auf Schulungen politisch eher nach „links" als nach „rechts" tendierten[133]. Dennoch täuscht dieses vordergründige Lob nicht darüber hinweg, daß der Landesverband Sachsen auf tönernen Füßen stand. Die SED war kaum bereit, für Abhilfe zu sorgen. Im August 1948 hielten Teile des Landessekretariates der SED die DBD für eine rein wirtschaftliche Organisation zur Vertretung bäuerlicher Interessen. Obwohl

---

126 SStAD BPA SED LL A/864, Protokoll der Gründung am 21. 6. 1948. Ein weiteres Protokoll befindet sich im Bestand des LV der VdgB, ebd., Akt 88.

127 BStU MfS AP 82/58, Fritz Weißhaupt, Bl. 2f., Lebenslauf, 15. 12. 1951.

128 Siehe oben, Aussage Martins. Vgl. Bericht der Abt. LW an das Sekretariat der Landesleitung, 3. 11. 1948. SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 31f.

129 Im Ausschuß: Martin, Leipzig; Kaiser, Leipzig; Köhler, Oschatz; Walther, Döbeln; Seidel, Ölsnitz; Michel, Zwickau; Hager, Dresden; Jungnickel, Dippoldiswalde und Uhlig, Chemnitz. SStAD BPA SED LL A/864, Protokoll der Gründung am 21. 6. 1948.

130 Pikanterweise ist dies dem Protokoll nicht zu entnehmen, das nur berichtet, daß Martin bekanntgab, wer Alt- und Neubauer war.

131 SStAD BPA SED LL A/864, Protokoll der Gründung am 21. 6. 1948.

132 SStAD BPA SED LL A/783, Sekretariatssitzung, 16. 8. 1948, Bl. 223. SStAD BPA SED LL A/864, Auszüge aus Kreismonatsberichten September über die Gründung der Bauernpartei, Bl. 36.

133 SStAD BPA SED LL A/864, Bericht der Abt. LW der SED, 3. 11. 1948, Bl. 31f.

Schenk und Ellrodt darauf drängten, die DBD personell zu verstärken, rang man sich nicht zu entsprechenden Beschlüssen durch[134]. Die SED griff weder die im November 1948 vom DBD-Landesverband eingereichten Vorschläge zur Verbesserung der Lage in der Partei auf noch behob sie mit anderen Mitteln den desolaten Zustand. Aus den Vorschlägen ging hervor, daß ein erheblicher Teil des Landesvorstandes seit Monaten nicht aktiv mitarbeitete[135] und daher ersetzt werden müsse. Der engere Landesvorstand solle sich künftig zweimal im Monat treffen[136] und wenigstens einer der beiden Vorsitzenden müsse seinen Wohnsitz nach Dresden verlegen. Der DBD fehlten Vertreter für Ausschüsse und vor allem ein Wirtschaftsfachmann. Die DBD baute auf eine Abgabe von Funktionären aus der SED, wozu diese nicht im erforderlichen Maße bereit war.

Konstituierung der zentralen Ebene

Die Konstituierung der zentralen Parteiebene 1948 ist nur fragmentarisch in den Quellen zu fassen. Anscheinend unpräzise informiert, meldete die Zeitung der SED Thüringens, „Thüringer Volk", bereits am 24. April 1948, ein Organisationsausschuß einer neuen Partei sei in Berlin gebildet worden[137]. Daß zu diesem frühen Zeitpunkt ein von der Bauernpartei getragener Organisationsausschuß bestand, läßt sich weder belegen noch ist dies aufgrund des nachweislichen Gründungshergangs wahrscheinlich. Gemeint sein könnte allenfalls ein Zirkel eingeweihter Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft des SED-Zentralsekretariates und informierte Kreise der VdgB. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Organisierung der Parteigründung von Ende April bis Mitte Mai hauptsächlich von Mecklenburg ausging, was nicht bedeutet, daß keine zentralen Weisungen vorlagen. Erst ab diesem Zeitpunkt wurde die Koordinierung aller Landesgründungsausschüsse in Berlin vorgenommen. Das deckt sich mit der Entwicklung, wie sie eine Niederschrift Piecks über ein Gespräch mit Tjulpanow, Nasarow, Grotewohl und Dahlem am 14. Mai 1948 dokumentiert. Die Notizen Piecks beleuchten den Einfluß und die Steuerung der Gründung durch die SMAD in Zusammenarbeit mit der SED[138]. Zuvor hatte das Zentralsekretariat am 8. Mai über die beiden neu zu gründenden Parteien beraten. Diese müßten ganz eng in die Westarbeit einbezogen und in der Blockpolitik wie Volkskongreßbewegung aktiv werden[139].

Pieck schrieb eine Woche später am 14. Mai, daß die Bauernpartei „nahe der SED" geplant sei. Nicht alle Personalentscheidungen hatte man zu diesem Zeit-

---

[134] Vgl. SStAD BPA SED LL A/783, Sekretariatssitzung, 16. 8. 1948, Bl. 223. Im August gab es in Dresden noch keine Leitung der DBD, Martin und andere operierten von Leipzig aus.

[135] Darunter waren ausgerechnet die SED-Personalvorschläge: Lorek, Döbeln, Jungnickel, Dippoldiswalde, Rast, Freiberg, Uhlig, Chemnitz, Michel, Zwickau und Kreutzer, Auerbach. SStAD BPA SED LL A/864, DBD-Vorschläge zur Verbesserung der Lage der DBD im Lande Sachsen, 2. 11. 1948.

[136] Er bestand aus Friedrich Martin, Richard Köhler, Fritz Weißhaupt, Erich Zöbisch, Kille, evt. auch Wolf und Uhlmann, sowie Walter und Findeisen.

[137] ACDP VI-052–0001/a, Artikel aus „Thüringer Volk", 24. 4. 1948.

[138] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, hier S. 228.

[139] SAPMO DY 30 IV/2/2.1/196, Protokoll ZS, 8. 5. 1948, Bl. 1.

punkt schon gefällt; Goldenbaum war jedoch bereits als „Präsident" eingeplant. Auch Robert Neddermeyer, seit 1947 Landessekretär, später Vorsitzender der VdgB Brandenburg[140], war für einen leitenden Posten im Gespräch; das prominente SPD-Mitglied während der Weimarer Republik blieb in der SED. Als erste organisatorische Schritte waren Ländergründungsausschüsse vorgesehen. Der Landesverband Brandenburg sollte zwischen dem 20. und 23. Mai aus der Taufe gehoben werden; tatsächlich wurde die Bauernpartei dort wenig später am 27. Mai gegründet[141]. Gründungsausschüsse in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sollten Ende Mai und im Juni aktiv werden; diese Gründungen liefen termingemäß ab. Ende Mai sollte ein „Zonenausschuß" tagen und die Zulassung für die Landesverbände Mecklenburg und Brandenburg erreicht werden. Unklar war Mitte Mai, wann die Lizenzierung für die SBZ ergehen sollte. Außerdem besprach man die Parteipresse der Bauernpartei – sie sollte mit einer Wochenzeitung ausgestattet werden – sowie den künftigen „Sitz in Berlin"[142]. Piecks Notizen zur Gründung der Nationaldemokratischen Partei im gleichen Gespräch sind vergleichsweise ausführlicher und enthalten präzisere Vorgaben. Das deutet darauf hin, daß die Besatzungsmacht die Bildung der NDPD als Auffangbecken ehemaliger Nationalsozialisten für politisch brisanter als die DBD hielt und daher unter sorgfältiger Beobachtung halten wollte[143].

An Planung und Durchführung der Parteigründung beteiligten sich die Abteilung Landwirtschaft des Zentralsekretariats, Teile des Zentralvorstands der VdgB und das Deutsche Bauernsekretariat. Kurt Vieweg drängte auf den Vorstandssitzungen der ZVdgB darauf, die Bauernpartei unbedingt zu fördern[144]. Nur einzelne Mitglieder der VdgB-Führung wie Anton Jadasch, Mitglied des Zentralvorstandes aus Sachsen, waren genauer informiert worden – dies waren sicherlich jene, die einer Gründung nicht im Wege standen. Andererseits herrschte in den Sitzungen des ZVdgB noch im Mai 1948 eine mißmutige Stimmung darüber, beim Entscheidungsprozeß zur Gründung übergangen worden zu sein. Nun sei man gezwungen, schleunigst eine einheitliche Stellungnahme und Vorgehensweise gegenüber der Bauernpartei herbeizuführen, da man in Mecklenburg für die Gründerin „gehalten werde"[145].

Wie im Fahrplan der Niederschrift Piecks vorgegeben, trafen sich die Landesgründungsausschüsse der Bauernpartei am 28. Mai 1948 in Brandenburg an der Havel. Diese Zusammenkunft rangierte parteiintern als „Zonentreffen" oder als

---

[140] Vgl. Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1433. Neddermeyer saß aber für die KPD von 1924–28 im Reichstag.

[141] BLHA Rep. 332, Nr. 786, Aktenvermerk zur Gründung der „Gesellschaft Y" am 27. 5. 1948 in Potsdam, Zusammenstellung von Personallisten, ebenda, 25. 5. 1948; vgl. auch Reinert, Parteien, S. 124f., 158f., dort Verwechslung von „Gesellschaft X", so die Bezeichnung für die NDPD, und „Gesellschaft Y".

[142] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 227f.

[143] Tjulpanow, Deutschland, S. 268ff.

[144] SStAD LV VdgB Sachsen A/88, Abschrift des Protokolls der 5. Vorstandssitzung der ZVdgB am 21. 5. 1948. Als Berichterstatter zur Gründung der Bauernpartei trat Hansch vom DBS auf.

[145] Ebd., Beitrag Hans Mirau.

„konstituierende Sitzung" der Bauernpartei und diente tatsächlich der Koordinierung der Landesparteibildungsausschüsse[146]. Mit ziemlicher Sicherheit fand bei dieser Gelegenheit auch die geplante Aussprache mit der Führung der VdgB statt. Denn dies war eine gute Gelegenheit, die Gründungen der DBD-Landesverbände, die von den VdgB-Landesverbänden mitgetragen oder sogar mitinitiiert wurden, mit dem ZVdgB abzustimmen[147]. Die Sitzung wurde als geheim deklariert; entsprechend freimütig gerieten dann einige Wortbeiträge. In einer längeren Rede informierte Goldenbaum die Anwesenden über Ziel und Zweck der DBD. Die Verabschiedung eines vorläufigen Programms und eines Statuts sollte jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis zur 1. Parteikonferenz bzw. Zonengründungskonferenz am 16./17. Juli 1948. Organisatorisch hatte die Sitzung am 28. Mai die Aufgabe, einen Zonengründungsausschuß zu wählen, der bei Marschall Sokolowski den Antrag auf Zulassung in der SBZ stellen sollte. Dieser Ausschuß konstituierte sich nur aus Repräsentanten der einzelnen Länder, ihm gehörten noch keine Vertreter eines zentralen Gremiums in Berlin an. Dies kann auch als Vertuschungsstrategie interpretiert werden; denn die Mitglieder der einzelnen Länder konnten so daheim berichten, daß noch kein zentrales, dann vermutlich von der SED gesteuertes Sekretariat bestehe. Dem Gründungsausschuß gehörten für Mecklenburg Goldenbaum und Franz Pilarski[148] an, für Sachsen Friedrich Martin und Otto Steves, für Sachsen-Anhalt Richard Richter und Otto Voss, für Brandenburg Rudolf Albrecht und Frau Bettac und für Thüringen Herbert Hoffmann und Katharina Walther. Nachdem Goldenbaum am 2. Juni bei der SMAD die Zulassung der Partei für die ganze Zone beantragt hatte, wurde einer Delegation des Gründungsausschusses am 16. Juni durch Tjulpanow die Genehmigung zum Parteiaufbau und zur Publikation einer Zeitung erteilt[149].

Rund einen Monat später, am 25. Juni, fand die erste Zonenvorstandssitzung der DBD in den Geschäftsräumen des VdgB-Zentralvorstandes in Berlin statt[150]. Anwesend waren Goldenbaum, der zu diesem Zeitpunkt schon als erster Vorsitzender rangierte, Albrecht als stellvertretender Vorsitzender, Pilarski für Mecklenburg, Hoffmann und Käthe Walter für Thüringen sowie der damalige Leiter der Zonen-Geschäftsstelle, Bernhard Griebel; Funktionäre aus Sachsen und Sachsen-Anhalt fehlten. Das Gremium besprach nochmals Fragen des Programms und der Statuten. Thüringens Vertreter schlugen vor, im Statut jene Passage zu streichen, die die besondere Bedeutung der Bauernpartei für die Neubauern hervorhob. Außerdem klärte man einige organisatorische Fragen[151].

---

146 Vgl. Aussage Friedrich Martins, Unrecht als System, Teil II, S. 32f.

147 MLHA LV VdgB 48, Korrigierte Pressenotiz des DBS anläßlich der ordentlichen Tagung des Hauptausschusses der ZVdgB vom 31. 5. 1948 berichtet von einer vorherigen Aussprache mit namhaften Vertretern der Gründungsausschüsse der DBD in Brandenburg.

148 Pilarski, der spätere Landesvorsitzende Mecklenburgs, trat hier erstmals – aktenmäßig belegt – auf.

149 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 105.

150 ACDP VI-052–0141, Protokoll der ersten Zonenvorstandssitzung am 25. 6. 1948.

151 Das Sekretariat des Vorstandes sollte sich künftig zusammensetzen aus dem ersten Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, dem Leiter der Abt. Organisation, dem Leiter der

Die dringend notwendigen personellen Entscheidungen fällte die SED auf Drängen der SMAD und in Absprache mit ihr erst im Laufe des Juli 1948. Zwar nahmen der von Pieck als Hauptgeschäftsführer vorgesehene Paul Scholz sowie Leonhard Helmschrott bereits an der sogenannten Zonentagung und ersten Parteikonferenz der DBD am 16./17. Juli 1948 als „Gäste" teil. Offiziell entband sie das Zentralsekretariat der SED jedoch erst am 19. Juli von ihren bisherigen Funktionen: im Fall von Scholz als stellvertretenden Chefredakteur der VdgB-Zeitung „Der Freie Bauer" und Helmschrott, der gerade die Parteihochschule der SED absolviert hatte, als Redakteur der „Landeszeitung" Mecklenburgs[152]. Trotz dieser Bemühungen hatte die DBD bis in den Sommer 1948 hinein kein funktionierendes Sekretariat[153]. Dieses wurde Ende August offiziell mit Felix Scheffler als Abteilungsleiter Organisation und Wilhelm Adam für die Abteilungsleitung Werbung verstärkt[154]. Damit bestand das Sekretariat 1948 aus Goldenbaum, Albrecht, Scholz, Scheffler, Griebel, Adam und Helmschrott.

Den offiziellen Auftakt gab die Bauernpartei auf der sogenannten „Zonengründungskonferenz" am 16./17. Juli 1948 in Schwerin[155]. Als Fahrplan für das weitere Vorgehen in den Ländern beschloß man dort, die bestehenden Landesgründungsausschüsse bis zum 25. Juli zu Landesparteibildungsvorständen umzuformen. Diese Gremien konnten mindestens je 21 Mitglieder umfassen. Bis 5. August sollten alle Landesvorstände konstituiert sein. Bislang gab es in knapp 1000 Ortschaften und in 80 von insgesamt 128 Verwaltungskreisen Parteibildungsausschüsse.

Die programmatischen Beschlüsse der Konferenz verfolgten eine dilatorische Taktik. Um den Parteidokumenten eine quasi basisdemokratische Legitimation zu verleihen, debattierte man über eine Vorlage des Landesverbandes Thüringen[156]. Diese forderte, so wie zuvor am 22. Juni auch von der NDPD angeregt worden war[157], die Verschiebung der für Herbst 1948 geplanten Kommunalwahlen, da sich die Bauernpartei erst organisatorisch festigen wolle. Die Versammlung verabschiedete eine entsprechende Resolution an die SMAD, ganz im Sinne der

---

Abt. Presse, Bildung und Werbung und dem Leiter der Abt. Personal. Die geplanten Abteilungen „Frauen" und „Jugend" sollten dem Sekretariat nebengeordnet werden.

152 SAPMO DY 30 IV 2/2.1/217, Protokoll ZS, 19. 7. 1948, Bl. 4. Vgl. SAPMO NY 4026/724, Bl. 13, Pieck an Bichowski, 8. 7. 1948.

153 Scholz auf der ersten Sitzung des Parteivorstandes am 7. 8. 1948, ACDP VI-052-0141.

154 Ebd., Mitteilung von Scholz auf der Parteivorstandssitzung am 26. 8. 1948.

155 ACDP VI-052-0002, Anwesenheitsliste der 1. Parteikonferenz am 16./17. 7. 1948. Insgesamt waren am ersten Konferenztag mindestens 127 mit der DBD verbundene Personen anwesend, einschließlich Gastdelegierter und anderer Gäste. Die Gäste wurden bei dieser Zählung nicht abgezogen, weil z. B. auch Goldenbaum als „Gast" geführt wurde. Auch ein Teil der mitreisenden Ehefrauen, die ebenfalls als Gäste geführt wurden, hatte Interesse an der Bauernpartei. Unter den 127 waren mindestens 4 Fahrer und ein Stenograph. Anwesend waren außerdem Vertreter der SMA, der Mecklenburger Verwaltungsbehörden sowie 11 Journalisten.

156 Ebd., Antrag des LV Thüringen, 15. 7. 1948, die Entschließung des Kreisgründungsausschusses Eisenach vom 1. 7. 1948 zur Beschlußfassung vorzulegen.

157 Staritz, National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: SBZ-Handbuch, S. 577.

sowjetischen Besatzer und der SED. Dieser Text floß in einen Brief Goldenbaums an Sokolowski ein[158].

Das vorläufige Programm und Statut der Partei standen nicht ausdrücklich zur Diskussion, eine Abstimmung darüber fand nicht statt. Dies sollte einem späteren Parteitag vorbehalten bleiben. Das Statut lag nach Merkers Informationen den Delegierten nicht einmal vor[159], es wurde dennoch „vorerst" in Kraft gesetzt. Dieses Manko in der Programmatik und Verfaßtheit der Partei war beabsichtigt. Es eröffnete Handlungsspielräume für die Parteientwicklung und Mitgliederwerbung. Erweckte die DBD doch den Eindruck, als könne sie tatsächlich selbst an ihrem programmatischen Inhalt arbeiten. Auf die Mitgliederrekrutierung mochte sich diese inhaltliche Unbestimmtheit insofern positiv auswirken, als man Zielgruppen ansprechen konnte, die sich angesichts des späteren Programms nicht für die DBD interessiert hätten oder umgekehrt für die Partei als Mitglieder ausschieden[160]. Diese Beobachtung deckt sich mit Goldenbaums geradezu moderater Position gegenüber den bürgerlichen Blockparteien auf dieser Konferenz[161] – das änderte sich bis zum 1. Parteitag 1949 grundlegend. Vorerst sollte der Kritik bürgerlicher Kräfte an der neuen Partei der Wind aus den Segeln genommen werden. Schon auf einer Zonenvorstandssitzung in Weimar am 10. Juli 1948 hatte man sich erstmals mit einer Entschließung zum Zweijahrplan[162] öffentlich zu innenpolitischen Fragen geäußert. Die Versammlung verabschiedete darüber hinaus eine von Helmschrott vorgetragene Resolution „Bauernpartei gegen Separatstaat"[163].

Goldenbaum wurde einstimmig zum Parteivorsitzenden gewählt und Rudolf Albrecht zu seinem Stellvertreter. In den damals noch so genannten „engeren Vorstand" wurden neben Goldenbaum nur Scholz und Helmschrott geschickt. Als geschulte und eigens abgestellte SED-Genossen sollten diese drei den politisch vorgezeichneten Weg der Partei auf zentraler Ebene gewährleisten. Dem Parteivorstand gehörten daneben Ländervertreter an[164]. Die Programmkommission

---

158 Die Bitte, die Kommunalwahlen auf 1949 zu verschieben, wurde von Goldenbaum u.a. damit begründet, daß die DBD in der verbleibenden kurzen Zeit den organisatorischen Aufbau nicht bewältigen könne, andererseits aber damit zu rechnen sei, daß sie im Ergebnis der Wahlen in vielen Dörfern die „Hauptverantwortung" übernehmen müsse. ACDP VI-052–0001/c, Goldenbaum an Obersten Chef der SMAD, Marschall Sokolowski, 20. 7. 1948.

159 SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 62, Aktenvermerk für Merker, 22. 7. 1948.

160 Goldenbaum sprach dieses Faktum vor dem Hintergrund an, daß die LDP der DBD vorwerfe, die Bauernschaft spalten zu wollen. Er hielt entgegen, daß lt. Statut – das der Versammlung jedoch nicht vorlag – die DBD „nur aus eigentlichen Bauern bestehen soll. Diese Frage ist ganz offen gelassen worden." ACDP VI-052–0002, Protokoll der 1. Parteikonferenz 16./17. 7. 1948, S. 60.

161 Hingegen wies Goldenbaum darauf hin, daß sich der DBD trotz der bestehenden Parteien ein großes Arbeitsfeld eröffne. Es sei verständlich, daß die anderen Parteien die Konkurrenz fürchteten. Ebd., S. 57f.

162 Abgedruckt in Bauern-Echo, 18. 7. 1948. Vgl. auch Goldenbaums Rede ACDP VI-052–0002, Protokoll der 1. Parteikonferenz 16./17. 7. 1948, S. 9.

163 ACDP VI-052–0002, Protokoll der 1. Parteikonferenz 16./17. 7. 1948, laut Goldenbaum würde der Marshallplan eine extensive Landwirtschaft bewirken und so die Auslandsabhängigkeit Deutschlands verstärken, S. 6.

164 Für Mecklenburg Pilarski, Czymoniak und Reder, für Brandenburg Martha Krähe, Willi

setzte sich zusammen aus Herbert Hoffmann (Thüringen), Pratsch (Sachsen-Anhalt), Frau Walter[165] (Sachsen), Albrecht (Brandenburg), Waldemar Schulz – der quasi den Wismarer Gründerkreis vertrat – sowie Ernst Goldenbaum für den Parteivorstand.

Außer Katharina Walter aus Thüringen war keine der in die Gremien gewählten Frauen nachweislich auf der Parteikonferenz anwesend[166]. Sie dürften alle in Abwesenheit aufgrund der vorher von den Landesverbänden eingereichten Vorschlagslisten gewählt oder höchstwahrscheinlich erst nachträglich eingebaut worden sein, wie im Fall von Martha Krähe. So sollte zumindest ein kleines Frauenquorum hergestellt werden. Da die Vertreter der SMA die Personalauswahl für die DBD sorgfältig überwachten, dürfte ihr Einfluß auch eine Frauenbeteiligung zumindest in den repräsentativen Parteigremien bewirkt haben[167].

Die inhaltlichen Vorgaben für die Zonenkonferenz waren vorher genau mit den zuständigen Personen der SED, in diesem Falle Paul Merker, abgesprochen worden. Daher lief die Versammlung nach dem Bericht der Informationsverwaltung der SMAD nach Moskau „in Übereinstimmung mit der politischen Linie, die im Laufe ihrer Vorbereitung von uns festgelegt worden war"[168]. Auch Merker war mit dem Verlauf zufrieden: Bei Referaten, Resolutionen und Parteivorstandswahlen gab es keine unangenehmen Überraschungen. Daß die Delegierten zum Statut nicht Stellung nehmen konnten, weil es ihnen schlichtweg nicht vorlag, wurde be-

---

Tausend und Rudolf Albrecht, für Sachsen Ilse Neumann, Richard Köhler und Friedrich Martin, für Thüringen Katharina Walter, Herbert Hoffmann und Walter Thiem sowie für Sachsen-Anhalt Otto Voss, Ernst Beer, Richard Richter und Frau Pilz. Laut Protokoll wurden Personen namens Deluski [offenbar Pilarski] und Schimonis [offenbar Czymoniak] gewählt. Dabei dürfte es sich um Hör- und Schreibfehler des Stenographen handeln, die Namen stehen nicht auf der Anwesenheitsliste. Der Name Krähe wurde nachträglich handschriftlich ins Protokoll eingefügt.

165 Auffällig ist, daß auf einer dem Protokoll im Akt vorangestellten Zusammenfassung des Wahlvorganges Frau Walter aus Sachsen in die Programmkommission gewählt wurde, dem Protokoll zufolge jedoch nur Männer in der Programmkommission saßen und eine Frau Walter aus Dresden auch in der Anwesenheitsliste fehlt. Höchstwahrscheinlich wurde sie nachträglich anstelle ihres Mannes plaziert, um wenigstens nominell eine Frau aufzuführen. Sie dürfte vermutlich ohnehin der Sicht ihres Mannes gefolgt sein, denn den hatte die SMA Sachsen dem späteren Landesvorsitzenden Martin als Geschäftsführer an die Seite gestellt. Auf der Suche nach einer Frau wäre für die Programmkommission auch Katharina Walter aus Thüringen in Frage gekommen. Doch da gab man Herbert Hoffmann den Vorzug, der 1949 als DDR-Landwirtschaftsminister gehandelt wurde. Vgl. ACDP VI-052–0002 Protokoll 1. Parteikonferenz 16./17. 7. 1948, S. 63.

166 Außer Katharina Walter fehlten alle gewählten Frauen sowohl in der Anwesenheitsliste als auch in der ursprünglichen, unretouchierten Fassung des Fotos des gewählten Parteivorstandes. ACDP VI-052, Fotosammlung.

167 Vgl. z. B. die überlieferten detaillierten Auflistungen der Kreissekretäre und -vorstände Mecklenburgs. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg; vgl. auch das Memorandum der Informationsverwaltung der SMAD für L. Baranow über die Zonenkonferenz der Demokratischen Bauernpartei, Juli 1948, in: Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, S. 167 f., das ausdrücklich vermerkt, daß vier (!) Frauen gewählt worden seien.

168 Memorandum der Informationsverwaltung der SMAD für L. Baranow über die Zonenkonferenz der Demokratischen Bauernpartei, Juli 1948, in: Bonwetsch u. a. (Hg.), Politik, S. 167 f.

ruhigt zur Kenntnis genommen; insbesondere deshalb, weil dann bis zur Verabschiedung auf einem späteren Parteitag noch genügend Zeit verbleibe, einige Verbesserungen bezüglich der Abgrenzung der aufzunehmenden Mitglieder anzubringen[169]. Hierbei handelte es sich höchstwahrscheinlich um eine Festlegung in der sogenannten „Großbauernfrage". Den Diskussionen in den Landesverbänden zufolge gab es durchaus Tendenzen, sogenannten Großbauern nicht grundsätzlich aus ideologischen Gründen eine Aufnahme zu verweigern[170].

Der SED war auch der personelle Einbau von Scholz und Helmschrott in das entscheidende Parteigremium geglückt, den engeren Parteivorstand bzw. das Sekretariat, wie es wenig später hieß. Außerdem verständigte man sich auf erste politische Aufgaben, die die deutschlandpolitischen Positionen von SMAD und SED stärken sollten:

„Mit dem Gen. Scholz wurde vereinbart, daß der Vorstand noch vor der nächsten Volksratssitzung in einem Schreiben den Beschluß der Konferenz mitteilt, daß die Partei bereit ist, an der Volkskongreßbewegung und an dem Deutschen Volksrat teilzunehmen und daß die vorläufigen Vertreter der Partei, die bereits dem Volksrat angehörten, Mitglied sind. Die [!] Gen. Goldenbaum wurde beauftragt, an der Sitzung des Volksrates eine entsprechende Erklärung abzugeben."[171]

Nach der Konstituierung der DBD auf zonaler Ebene wurde die Partei auf ihren Antrag hin am 5. August 1948 in den Block aufgenommen. Goldenbaum, Albrecht und in deren Vertretung Scholz sollten für die DBD regelmäßig daran teilnehmen[172]. Die Zeitung der SMAD, *Tägliche Rundschau* schrieb am 7. August angesichts der Wiederbelebung des Einheitsfrontausschusses von einem „Sieg des Blockgedankens"[173].

3. Die Gründergruppen 1948

Grundzüge der organisatorischen Entwicklung 1948

Eine genaue Beleuchtung der organisatorischen Entwicklung der DBD 1948 steht auch nach Öffnung der Archive vor unlösbaren Quellenproblemen. Für diesen Zeitraum liegt keine zeitgenössische Organisationsstatistik der DBD vor. Zwar wurden in Parteivorstandssitzungen 1948 Mitgliederzahlen genannt, die jedoch aus Gründen der Geheimhaltung ab Herbst des Jahres nicht mehr im Protokoll niedergeschrieben wurden.

---

169 SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 62, Aktenvermerk, 22. 7. 1948.

170 ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948; dazu Goldenbaum: „Daraus ergibt sich, daß unsere Partei sich im wesentlichen stützen muß, [auf solche] die praktisch fortschrittlich sind, denen es politisch aber noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist."

171 SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 62, Aktenvermerk, 22. 7. 1948.

172 SAPMO NY 4036/716, Aufstellung der Blocksitzungen, Bl. 2f.: DBD auf der 33. Sitzung aufgenommen, NDPD am 7. 9. 1948, 34. Sitzung. Ebd., Bl. 89ff. Protokoll der Blocksitzung vom 5. 8. 1948. Suckut, Blockpolitik, S. 257–282.

173 Suckut, Blockpolitik, S. 284f. Zum Zusammenhang von Parteineugründungen und Blockkrise 1947/1948 siehe Bauer, Krise.

Trotz massiver Unterstützung der SMAD, der Länder-SMA und der Organe der SED litt der Parteiaufbau unter zahlreichen Erschwernissen und war 1948 insgesamt mangelhaft. Für das organisatorische wie politische Gelingen der Neugründung war daher der Einfluß von Personen, die strukturierend eingriffen und Kristallisationspunkte der weiteren Organisation bildeten, enorm wichtig. Die unzureichenden Organisationsstrukturen verursachten Informationsdefizite. Die wenigen vorliegenden Daten versuchte die Parteiführung geheimzuhalten. Denn die zunächst geringen Mitgliederzahlen spiegelten den anfänglichen Mißerfolg wider und galten als „gefundenes Fressen" für politische Gegner. Bis Ende 1948 verfügte die DBD lediglich über 10456 Mitglieder[174]. Da keine Gesamtstatistik mit Angaben zur sozialstrukturellen Zusammensetzung der DBD bis 1950 überliefert ist, beschränken sich die Angaben hierzu im folgenden auf qualitative Aussagen.

Nach den Vorstellungen von SMAD, SED und dem Führungskern um Goldenbaum und Scholz sollte der Parteiaufbau und die Mitgliederrekrutierung möglichst gesteuert verlaufen. Um von Beginn an auszuschließen, daß sich die DBD zu einem „Sammelbecken der Reaktion" entwickelt, vollzog sich der Parteiaufbau von oben nach unten. Nachdem sich bis Juli 1948 alle Landesverbände konstituiert hatten, folgte – je nach Landesverband früher oder später – die Gründung von Kreisverbänden. Nach welchen Kriterien sich die Personalauswahl für die Besetzung der Kreisvorstände und -sekretariate richtete, kann aufgrund der Überlieferung nur für Mecklenburg analysiert werden.

Bis Oktober 1948 waren erst zwei Drittel der mecklenburgischen Kreisverbände mit Kreissekretären versorgt. Der Erfolg in den Kreisen war sehr unterschiedlich und hing in hohem Maße von der Fähigkeit des leitenden Funktionärs vor Ort ab[175]. Höchstwahrscheinlich reglementierte die SMAD von vornherein die Anzahl der erlaubten Ortsgruppen, um deren Kontrolle zu gewährleisten. Für Mecklenburg waren 250 vorgesehen[176]. Die Gründung von Ortsgruppen durfte nicht überhastet geschehen. Sogenannte Vertrauensleute der DBD sollten in den Ortschaften das Interesse der bäuerlichen Bevölkerung sondieren; dann waren Kontakte zur örtlichen sowjetischen Kommandantur und zum Kreisverband der DBD herzustellen. Auf direktem Weg wollte die höhere DBD-Ebene, teils in Kontakt mit SED und sowjetischen Stellen, die politisch korrekte Zusammensetzung der Grundeinheiten überwachen.

Die Gesamtzahl der Ortsgruppen in der SBZ betrug Mitte Oktober 1948 laut Angaben der DBD 280. Bis dahin hatte man über 5000 Mitgliedsbücher ausgehändigt; außerdem waren rund 7500 Aspiranten vorläufig registriert, ihre endgültige Aufnahme hing noch vom Ergebnis des Überprüfungsvorganges ab[177].

---

[174] ACDP VI-052–194/4, Entwicklung der Partei, Stand 31. 12. 1948. Diese Angaben stammen aus einer nachträglich, Mitte der achtziger Jahre zusammengestellten Handakte des damaligen Leiters der Organisationsabteilung Ermisch.

[175] ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 8. 10. und 3. 12. 1948, Redebeiträge Goldenbaums.

[176] Ebd., Sitzung Zonenvorstand, 25. 6. 1948.

[177] Die offensichtlich erste Organisationsübersicht nennt im Oktober 1948 282 Ortsgruppen, SAPMO NY 4036/724, Bl. 20, Organisationsstand, 15. 10. 1948, gez. Schnitzler.

Dieser Umstand hat dazu geführt, daß die Bauernpartei gelegentlich als Partei ohne nennenswerte Zahl an Ortsgruppen und Mitgliedern angesehen wurde[178].

Der organisatorische Aufbau der Partei litt auf allen Ebenen massiv unter Personalmangel. Das Dilemma für potentielle DBD-Funktionäre bestand häufig darin, eine professionelle Parteitätigkeit mit den betriebswirtschaftlichen Anforderungen der Höfe in Einklang zu bringen[179]. Den Neubauern fehlte oftmals Fachkompetenz und landwirtschaftliche Berufserfahrung. Es sollte jedoch vermieden werden, daß mißwirtschaftende Mitglieder und fachlich inkompetente Funktionäre das Image der DBD untergruben. Erfahrene Mittelbauern schreckten vor allem wegen der zunehmenden Propagierung des Klassenkampfes auf dem Lande vor der Übernahme von Funktionärsposten zurück. Denn falls sie zur Arbeitsentlastung auf ihren Höfen nicht auf mithelfende Familienangehörige zurückgreifen konnten, sondern familienfremde Arbeitskräfte anstellen mußten, gerieten sie unter Umständen schnell in den Verdacht, der angefeindeten Gruppe der „Großbauern" anzugehören.

Das zentrale Problem der frühen Parteiorganisation bestand in der hohen Fluktuation der Funktionäre auf der Ebene der Kreise und in den Landessekretariaten. Da geeignete Kader bis weit in die fünfziger Jahre hinein eigentlich ständig fehlten, entschieden die Funktionäre häufig, wenigstens zeitweilig auf solche zurückzugreifen, die man zwar fachlich und persönlich für ungeeignet hielt, die aber politisch verläßlich oder zumindest entwicklungsfähig erschienen. Fand ein Kreisfunktionär in der Gründungsphase keinen Kontakt zur bäuerlichen Bevölkerung, so mußte er einer besseren Kraft weichen, sobald eine solche zur Verfügung stand[180]. Im Vergleich zu den Landessekretariaten war die Fluktuation auf der Kreisebene und vor allem in den Ortsleitungen in der Frühphase geringer. Der Grund hierfür lag in den Kreisverbänden darin, daß politisch als brauchbar eingeschätzte Personen äußerst rar waren, für einen systematischen Kaderaustausch in der Regel kein Ersatz zur Verfügung stand. Außerdem war die DBD noch keine durchorganisierte Kaderpartei, die über ausreichende Disziplinierungsmechanismen verfügte, etwa um Parteisäuberungen in den Kreisen durchzuführen. Die für Organisation Zuständigen unterschieden zwischen der Besetzung von Kreissekretariaten und Kreisvorständen. Während man in den Sekretariaten und auch noch bei der Besetzung des 1. Kreisvorsitzenden eine größere Vorsicht und Kon-

---

[178] Richter, Ost-CDU, S. 94 ff; ders., Entstehung und Transformation, S. 2540–2545. Quellenkritisch ist hierbei anzumerken, daß diese Angaben nur auf qualitativen Beobachtungen des politischen Gegners beruhen. Andere Überlieferungen belegen, daß die DBD bereits über Mitglieder verfügte. Diese informatorische Schieflage mag auch darin begründet liegen, daß die Mitgliederwerbung der DBD 1948 unter den Altbauern nur wenig erfolgreich verlief. Diese Gruppe ist hingegen eher zur Klientel der CDU zu zählen und dürfte auch als Informationsquelle fungiert haben.

[179] ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948, wonach die Lage in Sachsen davon geprägt sei, daß „gute" Bauern nicht in die Politik wollten.

[180] Vgl. z. B. ebenda, Protokoll PV, 3. 12. 1948, Bericht über den Kreis Hagenow.

trolle obwalten ließ[181], war die Zusammensetzung der Kreisvorstände von nachrangiger Bedeutung. Im Gegenteil, hier wurden häufig bewußt Vertreter der Mittel- und sogar Großbauern ehrenamtlich eingebunden, um so weitere ländliche Schichten anzusprechen. Im Vergleich zu den Kreissekretariaten wiesen die Kreisvorstände eine kontinuierlichere Besetzung auf.

In den Ländersekretariaten gestaltete sich die Situation insofern anders, als trotz Kadermangel versucht wurde, nur politisch zuverlässige Kräfte in die Sekretariate einzubauen[182]. Dies geschah auf dem Weg der Kooptation von ehemaligen SED-Mitgliedern. In Sachsen-Anhalt wurden bis Dezember 1948 Pratsch und Sejna kooptiert, in Brandenburg verstärkte Walter Haberland das Sekretariat. Für Mecklenburgs Sekretariat suchte man nach einer weiteren Person; der Vorschlag aus Schwerin, Hans-Joachim Friedländer einzubauen, war Goldenbaum zufolge nicht realisierbar. Das Thüringer Sekretariat unter der Leitung von Herbert Hoffmann, dem man „Überspitzung" vorhielt, sollte mit einem auf Ausgleich bedachten Funktionär ergänzt werden.

Auch parteiinterne Reibungen blockierten die Arbeit der Ländersekretariate. Rivalitäten herrschten zum einen zwischen dem ursprünglichen Gründungspersonal und den neu hereingenommenen Sekretariatsmitgliedern. Richard Richter wandte gegen Pratsch ein, daß dieser sich unmöglich verhalte, weil er die Schreibkräfte der Landesgeschäftsstelle von der SMA kontrollieren lasse. Offenbar zählte Richter anfangs zu den Funktionären, die zu direkte Eingriffe der SMA in die innere Struktur abwehren wollten[183]. Andererseits gab es auch Spannungen unter dem ursprünglichen Personal. Pilarski berichtete von Zwistigkeiten im Schweriner Sekretariat und meinte damit seine Streitereien mit Paul Reder[184]. Sachsens Sekretariat war ohne straffe Führung, da der Landesvorsitzende Friedrich Martin nicht in Dresden, sondern weiterhin in Leipzig wohnte und sich überhaupt weigerte, hauptamtlich für die DBD zu arbeiten. Das Manko von Ernst Findeisen und Walter, die Martin von der SMA für den organisatorischen Aufbau zur Verfügung gestellt worden waren, läge darin – so Martin –, daß sie keine Bauern seien[185]. Insgesamt ist für das frühe Führungspersonal in den Ländern festzustellen, daß es im Unterschied zu später über einen erheblichen Handlungsspielraum verfügte. Manche agierten eigenmächtig, voller Selbstbewußtsein und waren sich ihrer Sache im Vergleich zu den beginnenden fünfzig Jahren allzu sicher. Rudolf Albrecht und Richard Richter führten ihre Sekretariate praktisch allein[186]. Zu dieser Zeit funktionierte der Organisationsaufbau der DBD noch keineswegs reibungslos nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus".

---

181 Für Mecklenburg siehe eingehender Bauer, Gründung, S. 305–311.
182 Das folgende nach ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948.
183 Ebd.
184 Ebd.
185 Ebd., Protokoll PV, 8. 10. 1948.
186 Ebd., Protokoll PV, 3. 12. 1948.

Profil der Parteigründer

Beschäftigt man sich mit der Sozialstruktur und anderen Merkmalen der Gründergruppen der Partei, so ergeben sich folgende Fragen: Welche Personen ließen sich als politische Funktionsträger anwerben und aus welchen Motiven? Welchen Beruf übten sie aus, welcher ländlichen Schicht gehörten sie an? Wie hoch war der Anteil an Vertriebenen und Flüchtlingen? War die Bauernpartei für Neubauern und Altbauern gleichermaßen attraktiv? Welche Generation mit welchen politischen Vorprägungen interessierte sich für ein Engagement in der Bauernpartei, und in welchem Maße stießen Frauen und Jugendliche zur Gründergruppe? Untersucht man die laufenden Eingriffe in die Besetzung der Kreisvorstände 1948, so sind Rückschlüsse darüber möglich, in welche Richtung sich die DBD laut Vorgaben ihres engeren Parteivorstandes bzw. des zentralen Sekretariates und letztlich von SMAD und SED entwickeln sollte.

Die Analyse stützt sich in der Hauptsache auf Daten des Landesverbandes Mecklenburg, da nur für diesen eine dichtere Überlieferung zur Besetzung der Kreisvorstände 1948 vorliegt[187]. Nach sozialstrukturellen Gesichtspunkten können zwei mecklenburgische Gründergruppen vorgestellt werden, zum ersten die ganz frühen DBD-Mitglieder, die auf der Landesgründungsversammlung in Schwerin am 29. April 1948 (73 Personen) anwesend waren, und zum zweiten die Kreisvorstandsmitglieder (214 Personen). Die Analyse der letzteren basiert auf einer Aufstellung, die im Herbst 1948 entstand und 1949 fortgeführt wurde[188].

Unter den 200 Kreisvorstandsmitgliedern waren nur elf Frauen und zwölf jugendliche Männer bis zum Alter von 25 Jahren. Das Durchschnittsalter der Kreisvorstandsmitglieder 1948 lag gerundet bei 38 Jahren. Durch Streichungen und gezielte Rekrutierung von jungem Personal im Alter von Anfang 20 versuchte man, den Altersdurchschnitt zu senken. 53 Personen oder rund 27% waren 1948 48 Jahre und älter. Wählt man als Stichdatum das Geburtsjahr 1902, so umfaßt diese Gruppe der mindestens 46 Jahre alten sogar 39%. 37 Personen oder knapp 19% waren 1948 bis zu 30 Jahre alt. Nur zehn Personen (rd. 5%) waren maximal 23 Jahre alt und kannten aus eigener Erfahrung nur die Zeit des Nationalsozialismus. Über ein Viertel hatte noch im Kaiserreich und während des Ersten Welt-

---

[187] Die Materiallücken bei anderen Landesverbänden sind m.E. darauf zurückzuführen, daß dort die Gründungsinitiativen später erfolgten und keine ähnlich organisierte Gründergruppe auf Landesebene existierte wie in Mecklenburg.

[188] Für diese Datierung spricht, daß der Aufbau sämtlicher Kreisvorstände Mecklenburgs bis Herbst weitgehend vollzogen war, so auch für Parchim und Hagenow, wo im Sommer 1948 noch keine bestanden. In den Besetzungen wurden Streichungen politisch untragbarer Mitglieder vorgenommen, den Dokumenten ist zu entnehmen, wer wem weichen mußte. Noch für Sommer 1948 nachweisbare großbäuerliche Mitglieder sind in der späteren Aufstellung gestrichen. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Akt Besetzung der Kreisvorstände 1949- (enthält auch Stand von 1948). Insgesamt sind 200 Personen erfaßt, wobei für verschiedene Erhebungen Angaben fehlen und daher teils von einer geringeren Basis auszugehen ist. Der folgenden Auswertung liegen die Daten der Personen der ursprünglichen Besetzung zugrunde, weil sie stärker jenen Personenkreis beleuchten, der sich anfänglich für die Bauernpartei interessierte. Soweit nur die Daten der Nachrücker bekannt sind, wurde auf sie zurückgegriffen.

krieges Kindheit und Adoleszenz verbracht und die Revolutionszeit von 1918 schon als Erwachsene miterlebt. Die revolutionären Ereignisse von 1918 dürften aber auch bei einer erweiterten Gruppe von 39%, zu der auch die damals 16-Jährigen zählen, einschneidende politische Prägungen bewirkt haben. Die Weimarer Republik hatten 39% als Erwachsene durchlebt. Für diese Gruppe dürfte sie die politisch und lebensgeschichtlich prägende Erfahrung gewesen sein. Da die überwiegende Zahl der Kreisvorstandsmitglieder schon länger im ländlichen mecklenburgischen Gebiet ansässig war, erlebte sie sowohl die in Mecklenburg besonders tiefe Zäsur zwischen Monarchie und Republik[189] als auch in unmittelbarer Nähe die politischen Wirren des Kapp-Putsches[190]. Ein Viertel der Kreisvorstände kannte aus eigener Erfahrung drei politische Herrschaftsformen: Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus.

Zahlenmäßig fällt bei der Verteilung Altbauern – Neubauern ein deutliches Übergewicht letzterer auf. Der ursprünglichen Besetzung zufolge betrug ihre Zahl 136 von 200. Drei Neubauern mußten ihren Platz für Altbauern räumen, die auch dann nur 35 Personen oder rund 17% stellten, gegenüber 133 oder rund 66% Neubauern. Diese Altbauern wurden ganz offensichtlich anstelle von Neubauern mit Spitzenämtern in den Kreisverbänden betraut.

Nur für 168 Personen liegen Angaben zur Größe des Grundbesitzes vor[191]. Diese Aufstellung zeigt zum einen ein erhebliches Übergewicht der Kleinbauern und unteren Mittelbauern bis 15 ha. Die Gruppe der Bauern bis 14 ha umfaßte vier Fünftel (81%). Gering vertreten war die Gruppe der wirtschaftlich stärkeren Mittelbauern von 15 bis 19 ha. Ihr Anteil von 7% wird sogar knapp übertroffen von den später als großbäuerlich klassifizierten Wirtschaftsbetrieben. Nimmt man die Gruppe der über 20 ha großen Betriebe zusammen, so stellten sie 7,7%.

Da die Aufstellungen der Kreisvorstände 1948 keine Angaben zu einer Mitgliedschaft in der VdgB enthalten, sollen dazu Übersichten von drei Kreisvorständen von April/Mai 1949 herangezogen werden[192]. Vergleicht man diese Auflistun-

---

189 In beiden Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz galten bis 1918/1919 feudal-ständische Verfassungen. Da die Revolution die wirtschaftliche Vormachtstellung der Großagrarier unangetastet ließ, zog der politische Umbruch nicht unbedingt eine Änderung der überwiegend agrarisch geprägten Lebensverhältnisse nach sich. Vgl. Karge u.a., Geschichte; Fait, Mecklenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 104–108; Bentzien/Neumann (Hg.), Volkskunde, S. 161ff. (zu Landarbeitern), S. 131ff. (zu Bauern).

190 Polzin, Kapp-Putsch, S. 37ff.; in beiden Mecklenburg standen die Bauernräte z.T. unter dem Einfluß des Großgrundbesitzes. Vgl. die Beteiligung von Gründungsmitgliedern der DBD an den revolutionären Vorgängen im Mecklenburgischen, etwa Goldenbaums Erinnerungsbericht, SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum.

191 Eine Personengruppe, die sowohl als Pächter und Altbauern zugleich klassifiziert wurde, berechnete man nicht mit ein. Bis 5 ha besaßen demnach 3 Personen (1,8%), zwischen 5 ha und 9 ha 87 oder 51,8%, zwischen 10 und 14 ha hatten 46 Personen oder 27,4%, zwischen 15 ha und 19 ha 12 Personen oder 7,1%, zwischen 20 und 29 ha kamen auf 7 Bauern oder 4,2% und mehr als 30 ha besaßen 8 Personen oder 4,8%, so die Angaben in den Statistiken. Lt. telefonischer Auskunft Friedländers vom Januar und Februar 2000 sind die Angaben zu Hahn und Dietz fehlerhaft, beide besaßen nur unter 20 ha.

192 ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Akt Besetzung der Kreisvorstände 1949- (enthält auch Stand von 1948), Aufstellungen DBD-Kreisvorstände April/Mai 1949 der DBD.

gen der Kreisvorstände von Ludwigslust, Parchim und Schwerin mit der Besetzungsliste von 1948, so sind folgende Unterschiede feststellbar: 1949 gehörten sämtliche Kreisvorstandsmitglieder der DBD zugleich dem VdgB-Kreisvorstand an. Der DBD-Kreisvorsitzende und sein Stellvertreter hatten auch eine leitende Aufgabe in der VdgB inne. Lediglich für den Kreis Schwerin enthalten diese zuletzt genannten Aufstellungen von 1949 über die Aufgliederung in Alt- und Neubauern hinausreichende Berufsangaben. Unter den 17 Mitgliedern befanden sich zehn Neubauern, nur zwei Altbauern, ein Landarbeiter, ein Maschinenschlosser, ein Student, sowie - auf den Leitungspositionen – zwei festangestellte Parteifunktionäre.

Doch kehren wir zurück zur ursprünglichen Besetzung der Kreisvorstände nach dem Stand vom Herbst 1948. Auf der Basis von 196[193] Mitgliedern können Angaben zur früheren Parteizugehörigkeit und damit zu politischen Bindungen und Prägungen gemacht werden. Über die Hälfte der Kreisvorstandsmitglieder (111 oder 56,6%) war vor 1948 parteilos, knapp 43% (84) hatten zuvor der SED angehört, nur zwei Personen der CDU und niemand der LDP. Vor 1933 gehörte ein Fünftel der Kreisvorstände (39) der KPD an, 15 der SPD (7,7%), zwei der DDP und einer der NSDAP. Etwas weniger als ein Fünftel (37 Personen) war zugleich vor 1933 und nach 1945 Mitglied der KPD gewesen, 11 Personen (5%) gehörten vor 1933 der SPD und nach 1945 der SED an. Die zwei ehemaligen DDP-Mitglieder besaßen deutlich über 30 ha Grundbesitz und stießen nach 1945 vermutlich zum eigenen Schutz zur SED. Einer von ihnen wurde 1948 aus dem Kreisvorstand entfernt. Die Häufung altgedienter KPD-Mitglieder versuchte man anscheinend zu vermindern, denn drei davon wurden aus dem Vorstand wieder gestrichen.

Die politische Sozialisation von Führungskräften der Gründungszeit

Beim Gründungsprozeß der Bauernpartei verfolgten die SED-Parteistellen und die SMA der Länder das Ziel, die Personalauswahl für DBD-Parteigremien um so sorgfältiger zu steuern, je mehr Entscheidungsbefugnisse das Gremium besaß und je höher es in der Parteihierarchie, angefangen von den Ortsgruppen bis hinauf zum Sekretariat des Parteivorstandes, angesiedelt war. Da die Gründung von oben nach unten vollzogen wurde, sind auch jene Personen zu berücksichtigen, die mit zeitlicher Verzögerung nach der Bildung der zentralen Parteigremien und der Landesverbände erst von Herbst bis Frühjahr 1948/49 als Parteigründer vor Ort auftraten.

Im folgenden wird ein Personenkreis untersucht, der sowohl am Gründungsvorgang 1948/1949 Anteil hatte als auch danach in wichtige Partei- und/oder Staatsämter einzog. Zwei Merkmale treffen a priori auf diese Führungskräfte zu: Sie hatten ihre politische Zuverlässigkeit im Sinne der SED und SMA durch eine Tätigkeit in den Genossenschaften, der VdgB, als Bürgermeister oder als haupt-

---

[193] Ebd., Aufstellungen DBD-Kreisvorstände Herbst 1948. Nach dortiger Auflistung sind nur 194 nachweisbar. Waldemar Schulz, Gründungsgruppe in Wismar, und Otto Block gehörten ebenfalls vorher der SED an.

amtliche Funktionäre der SED bereits vor 1948 bewiesen und brachten fast durchgängig ein besonderes Interesse für die Landwirtschaft und davon abgeleitet für eine Bauernpartei als Interessenvertretung der ländlichen Bevölkerung mit.

Die zentrale Ebene repräsentieren Ernst Goldenbaum, Paul Scholz, Leonhard Helmschrott und Felix Scheffler[194]. Bis auf Scheffler hatten alle über den Untersuchungszeitraum hinaus Schlüsselfunktionen inne. Für die Ebene der Landesverbände wurden profilierte Führungspersönlichkeiten ausgewählt[195]. Als Personen aus dem zweiten Glied boten sich Hans-Joachim Friedländer, Stefan Zagrodnik, Adolf Giese und Else und Helmut Merke an. Diese fünf gründeten Ortsgruppen und/oder organisierten die Partei in den Kreisen.

Ernst Goldenbaum wurde 1898 als sechstes von acht Kindern einer Parchimer Arbeiterfamilie in bescheidenen Verhältnissen geboren. Sein Elternhaus war offenbar nicht einschlägig parteipolitisch vorgeprägt. Goldenbaum verfügte über eine gewisse religiöse Erziehung, verdiente er sich doch erste Groschen als Kurrendaner im höchstwahrscheinlich evangelischen Kirchenchor. Nach dem Besuch einer siebenklassigen Elementarschule verdingte er sich ab 1913 erst als Kuhhirte, dann als Knecht in der Landwirtschaft, eine für die Region typische Lohnarbeit. Erlebnisse während des Ersten Weltkrieges interpretierte er später als politisch prägend. Der Tod seines Bruders Willi, zu dem er ein vertrautes Verhältnis hatte, führte ihm nach eigenen Aussagen die gesellschaftlichen Gegensätze vor Augen, denn zur gleichen Zeit lebten die zwar in Uniformen gekleideten Gutsbesitzer vom Krieg ungefährdet auf ihren Gütern[196]. Als vermutlich erst 18jähriger versuchte er sich durch Flucht einer Einberufung an die Front zu entziehen. Man faßte ihn, und er landete im Gefängnis, wo er erste Kontakte mit politisch „Gleichgesinnten" knüpfte. Das Kriegsgeschehen erlebte er nur drei Tage lang an der Westfront. Verwundet kehrte er in ein Schweriner Lazarett zurück, wo es unter den Soldaten seiner Kompanie bereits gärte.

Goldenbaum ging im Frühjahr 1919 nach Parchim zurück. Dort war er als Wachmann im Zivildienst eines Kriegsgefangenenlagers für Russen eingesetzt. Er

---

[194] Weggelassen wurden Griebel und Adam, die in den folgenden Jahren keine Führungsfunktionen einnahmen.

[195] Die Landesvorsitzenden Rudolf Albrecht (Brandenburg), Ernst-Walter Beer (Mecklenburg 1949), Hermann Gräfe (Sachsen-Anhalt), Herbert Hoffmann (Thüringen), Friedrich Martin (Sachsen), Richard Richter (Sachsen-Anhalt), Arthur Pech (Brandenburg 1951/52), Fritz Petersohn (Sachsen 1951/52), Franz Pilarski (Mecklenburg) und Albert Rödiger (Thüringen 1951/52), sowie Fritz Weißhaupt (Mitbegründer in Sachsen, dort politischer Geschäftsführer 1950 und Minister für Land- und Forstwirtschaft 1950–1952), Dietrich Besler (Mitbegründer in Brandenburg und 1951/1952 Minister für Landwirtschaft in Brandenburg). Mangels Datenmaterial konnten nicht minder interessante Gründungspersönlichkeiten nicht einbezogen werden; so etwa Katharina Walter, die einzige Frau, die aktiv an der Gründung beteiligt war und nicht nur kooptiert wurde, und Paul Reder, Gründungsfigur mit SED-Vergangenheit aus dem Kreis Wismar, der 1950 aus der DBD ausgeschlossen wurde. Vgl. ACDP VI, unverz. Aufstellung von Mitgliedern des auf der Konferenz vom 16./17. 7. 1948 gewählten Parteivorstandes und besonders aktiver Mitbegründer in den Landesverbänden: Josef Czymoniak, Herbert Hoffmann, Richard Köhler, Helmut Merke, Ilse Neumann, Arthur Pech, Fritz Petersohn, Ursula Sawall, Walter Thiem, Fritz Weißhaupt.

[196] SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum.

beteiligte sich an der Gründung einer Ortsgruppe der USPD in Parchim[197], deren politischer Kopf Hans Kollwitz[198] war. In den zwanziger Jahren arbeitete er nicht mehr in der Landwirtschaft, sondern in verschiedenen handwerklich-gewerblichen Anstellungen. Dieser Weg war nicht untypisch für ein USPD-Mitglied, dominierte doch die MSPD den Deutschen Landarbeiterverband. So war Goldenbaum auch nicht in die Auseinandersetzungen zwischen dem Pommerschen Landbund und den freigewerkschaftlichen Landarbeitern in Ostelbien 1919 verwickelt[199]. Der Pommersche Landbund stützte sich auf die gleichen konservativen Kräfte, die ein Jahr später auch den Kapp-Lüttwitz-Putsch in Ostelbien unterstützten. Goldenbaum wandte sich ab 1919 gewerkschaftlicher Arbeit zu. Er trat dem Fabrikarbeiterverband bei, wurde 1920 in dessen örtlichen Vorstand gewählt und war Delegierter des Gewerkschaftskartells. 1922 wählte man ihn zum Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB und des Fabrikarbeiterverbandes[200].

Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13. März 1920 kam es auch in Parchim zum Generalstreik. Die Landesregierung von Mecklenburg-Strelitz hatte als erste die Putschisten anerkannt, die Regierung Mecklenburg-Schwerins war überrumpelt worden und verhielt sich passiv[201]. Am Streik in Parchim beteiligten sich SPD und USPD, trotz des gespannten Verhältnisses zwischen den beiden konkurrierenden Parteien. Dieses entzündete sich etwa daran, daß der frühere bürgerliche Bürgermeister auch nach 1918 im Amt verblieben war, obwohl die SPD über die absolute Stimmenmehrheit verfügte[202]. Nach der Verhaftung von Kollwitz führte Goldenbaum die USPD-Streikleitung, daneben agierte ein gleichberechtigter SPD-Vertreter. Ausschlaggebend für diese Haltung dürfte sein Engagement in den örtlichen Gremien des ADGB gewesen sein, hatte doch die Gewerkschaftszentrale in Berlin die Führung in der Abwehr der Putschisten übernommen[203].

Erst nach diesen Ereignissen muß es zum Wechsel der USPD-Mitglieder Parchims in die KPD, damit auch Goldenbaums Eintritt, gekommen sein. Goldenbaum war sicher nicht vor Oktober 1920[204] KPD-Mitglied, aber spätestens ab

---

197 Hier wirkten zumindest die Genossen Fleischmann aus Westfalen und Goldenbaums Bruder Karl mit.

198 Zur Biographie von Hans Kollwitz (1893–1948): Für die Arbeiter- und Bauernmacht, S. 112.

199 Vgl. dazu Kölling, Familienwirtschaft; Winkler, Revolution, S. 249, 296f.; Kohler, Pomerania, S. 363 passim.

200 Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover bestätigte diese Wahl jedoch nicht. SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum. Für die Arbeiter- und Bauernmacht, S. 114.

201 Ausführlich dazu Polzin, Kapp-Putsch.

202 SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum.

203 Winkler, Revolution, S. 305.

204 Zu diesem Punkt liegen unterschiedliche biographische Angaben vor. Goldenbaum erwähnt rückblickend in seinem Erinnerungsbericht von 1978 als Ergebnis des Streiks für die USPD die Gründung der USPD-Tageszeitung „Die Volkswacht", was nahelegt, daß er zu diesem Zeitpunkt noch USPD-Mitglied war. Laut SBZ-Handbuch, S. 912, und den Angaben in Buch, Namen (1973), S. 90, trat Goldenbaum 1919 der KPD bei, laut Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 108, erst 1920. Nach Für die Arbeiter- und Bauernmacht, S. 114,

Januar 1921. Dann gehörte er der erweiterten, ab 1923 der engeren Bezirksleitung der KPD an[205]. Hatte er 1921 noch sein Mandat in der Parchimer Stadtverordnetenversammlung einem kommunistischen Genossen überlassen, so wurde er nach einer Neuwahl von 1923 bis 1925 stellvertretender Stadtvorsteher[206]. Von 1924 bis 1926 und von 1929 bis 1932 gehörte er dem Landtag von Mecklenburg-Schwerin an. Beruflich war er von 1927 bis 1932 als verantwortlicher Redakteur der Zeitung „Volkswacht" tätig, dem Organ der Bezirksleitung der KPD. Goldenbaum wirkte außerdem als Lehrgangsleiter an der Bezirksparteischule[207]. Wenngleich er früh über Kontakte zu Spitzenfunktionären der KPD Mecklenburgs verfügte, darunter Hans Kollwitz, Hans Warnke und Willi Schultz, zählte er doch nicht zur engeren Führungsriege der KPD Mecklenburg-Schwerins. Diese Position im zweiten Glied begünstigte nach 1945 eine Führungsrolle in der Bauernpartei. Trotz dieser Details bleibt seine Haltung zur innerparteilichen Radikalisierung der KPD in den zwanziger Jahren unklar. Es gibt zumindest Indizien dafür, daß er eher einer so titulierten „rechten Opposition" zuneigte, die gegen den strikten Stalinisierungskurs ab 1925 Vorbehalte hegte[208].

Goldenbaum wurde in den zwanziger Jahren mehrmals verhaftet, vor der nationalsozialistischen Machtergreifung zuletzt 1932. Ab 1935 zog sich Goldenbaum als Landwirt nach Parchim zurück. Im August 1944 wurde er in Zusammenhang mit der Gestapo-Aktion „Gewitter" nach der Zerschlagung der Widerstandsgruppen des 20. Juli erneut inhaftiert und mit anderen KPD-Funktionären Mecklenburgs in das KZ Neuengamme eingeliefert[209]. Goldenbaum überlebte als einziges Mitglied der KPD-Gruppe Mecklenburg-Schwerin den Todesmarsch der Häftlinge und das Bombardement mit folgender Versenkung des Schiffs „Cap Arkona" in der Lübecker Bucht[210].

---

nahm Goldenbaum noch im Oktober 1920 am Landesparteitag der USPD teil und fungierte ab 1921 als Mitglied der KPD-Bezirksleitung.

205 Arbeiter- und Bauernmacht, S. 114.

206 SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum.

207 Arbeiter- und Bauernmacht, S. 114f.

208 Vgl. dazu allgemein: Winkler, Schein, S. 417–448. Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 104ff., 137ff. Zu Goldenbaum die Informationen von IM „Bernd" (Helmschrott) im Treffbericht vom 19. 1. 1958, BStU MfS AP 661/92, Ernst Goldenbaum, Bl. 42f., Treffbericht, 19. 1. 1958, die allerdings fehlerhaft und daher mit Vorsicht zu genießen sind: Demnach sei Goldenbaum 1933 Chefredakteur der „Roten Fahne" Mecklenburgs gewesen, von dieser Funktion aber im Zusammenhang mit der Entlarvung der „parteifeindlichen Gruppe Fischer, Dahlheim, Maßlo" [sic] durch das ZK abgesetzt worden. Tatsächlich war Goldenbaum bis 1932 Chefredakteur des KPD-Organs „Volkswacht" in Mecklenburg-Schwerin und schied dann aus. Einige Daten seines biographischen Werdegangs decken sich mit Zäsuren in den KPD-Richtungsstreitigkeiten. Die Stimmenthaltung der KPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Schwerin, die zu einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung führte, war auf dem Essener PT der KPD im März 1927 scharf kritisiert worden. Thälmann forderte damals einen harten Kampf gegen die Sozialdemokratie (Winkler, Schein, S. 436).

209 Für die Arbeiter- und Bauernmacht, S. 115.

210 Ebd.; SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum. Goldenbaum gedenkt darin Walter Block aus Malchin, der ihm den lebensrettenden Posten in der Effektenkammer des Schiffes verschafft hatte. Vermutlich ein Verwandter Blocks baute später die DBD im Kreis Malchin auf. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aufstellungen und Über-

Nach seiner Rückkehr wurde er von der sowjetischen Stadtkommandantur umgehend als Bürgermeister in Parchim eingesetzt. Im Herbst 1945 wechselte er auf den Posten des Geschäftsführers der Landeskommission für Bodenreform, die Hans Warnke leitete[211]. Bis 1949 war Goldenbaum leitend in den Abteilungen Landwirtschaft des entsprechenden mecklenburgischen Ministeriums tätig[212]. Während dieser Zeit arbeitete er eng mit Warnke zusammen.

Paul Scholz, obwohl in seinem politischen Einfluß nicht weniger bedeutend als Goldenbaum, brachte es nie zum Parteivorsitz. Er vertrat die DBD jedoch in staatlichen wichtigen Ämtern. Innerhalb des engeren Führungszirkels der DBD in den fünfziger Jahren umgab Scholz nie der Nimbus des „autonom" agierenden Parteigründers[213]; vielmehr war im kleineren Kreis bekannt, daß er erst auf der 1. Parteikonferenz im Juli 1948 zur Gründergruppe gestoßen war. Auf Veranlassung der SED wurde er als Hauptgeschäftsführer präsentiert. Er brachte einige dafür hilfreiche biographische Voraussetzungen mit und genoß – im Unterschied zu Goldenbaum – 1948 das Vertrauen der SED-Führungsriege um Grotewohl, Pieck und Ulbricht.

Scholz wurde am 2. Oktober 1902 als Sohn eines Kleinbauern in Braunau im schlesischen Kreis Löwen geboren[214]. Von Kind an war er mit der Not der Kleinbauern seiner Heimat vertraut. Er besuchte die Volksschule und später die Landwirtschaftsschule in Cottbus. Obwohl gelernter Landwirt, war er nie selbständig tätig, wie er in seinem Lebenslauf unterstrich, sondern als Land- und Fabrikarbeiter beschäftigt. Mit 21 Jahren trat er 1923 in die KPD ein, daneben war er im Landarbeiter- und Fabrikarbeiterverband organisiert. 1932 ging er nach Berlin, ab 1933 war er illegaler Gebietsberater der KPD. Zuvor schon mehrfach inhaftiert, wurde er 1935 in einem Prozeß vor dem Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt[215]. Zeitweise saß er im selben Gefängnis wie Ernst Thälmann ein[216]. Während des Krieges mußte Scholz im Strafbataillon 999 Dienst leisten[217].

1945 trat er erneut der KPD bei. Er war bei verschiedenen Zeitungen als Redakteur tätig, darunter auch beim KPD-Vorläufer des „Neuen Deutschland", der

---

sichten von 1948, demnach war ein Otto Block Kreisvorsitzender in Malchin und vor 1933 in der KPD organisiert gewesen. Otto Block gehörte 1951 auch der Volkskammer an; MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 27, Aktenvermerk.

211 Zu Hans bzw. Johannes Warnke vgl. van Melis, Entnazifizierung, passim.

212 So leitete er unter dem Minister für Landwirtschaft Otto Möller (parteilos/CDU) bis spätestens Oktober 1948 die Abt. Landwirtschaft, nach einer Namensänderung die Abt. I Landwirtschaft sowie die Abt. Bodenreform im gleichen Ministerium. Ab 1. 8. 1949 leitete er erneut eine Abt., die Abt. II Agrar- und Bauernpolitik. Fait, Mecklenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 122.

213 Vgl. dazu ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

214 Biographische Daten nach Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 306; Buch, Namen (1979), S. 286; SBZ-Handbuch, S. 1021; Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1769. Darüber hinausreichende Angaben nach BStU MfS AP 4387/92.

215 Dies nach den eigenen Angaben von Scholz und nicht nach den davon abweichenden Angaben in den genannten Nachschlagewerken.

216 Vgl. dazu den Erinnerungsbericht von Scholz in SAPMO SgY 1/2165.

217 Vgl. hierzu allg. Klausch, 999er; aus DDR-Sicht: Burkhardt u. a., Schein.

„Deutschen Volkszeitung"[218]. 1947 wirkte Scholz als verantwortlicher Redakteur der Berliner Ausgabe des „Neuen Deutschland", ab Dezember des Jahres in der Chefredaktion des VdgB-Blattes „Der Freie Bauer"[219]. Als in der SED Anfang 1948 die Suche nach geeignetem Personal für die Parteineugründungen begann, empfahl der damalige Leiter der Kaderabteilung des Parteivorstandes, Philipp Daub, gegenüber Pieck Paul Scholz als Geschäftsführer der Bauernpartei[220]. Unmittelbar nach der 1. Parteikonferenz der DBD am 16./17. Juli 1948 verfügte das Zentralsekretariat der SED dann Scholz' Ausscheiden als stellvertretender Chefredakteur bei der Zeitung „Der freie Bauer"[221].

Zeitgleich mit Scholz stieß auf der 1. Parteikonferenz auch Leonhard Helmschrott zur DBD. Er wurde von der SED als Chefredakteur des „Bauern-Echo" eingesetzt. Scholz und Helmschrott waren seit ihrer gemeinsamen Tätigkeit bei der „Deutschen Volkszeitung", wo auch Helmschrott von 1945 bis 1946 als Redakteur beschäftigt war, miteinander bekannt[222]. Anschließend arbeitete er beim SED-Organ für Mecklenburg, der „Landeszeitung" in Schwerin[223]. Er war dort Sekretär der Betriebsparteiorganisation und gehörte ab 1947 der SED-Kreisleitung Rostock an[224]. Unmittelbar bevor er von der SED für eine Funktion in der DBD abgestellt wurde, entließ man ihn per Beschluß des Zentralsekretariats vorzeitig aus einem Zweijahreslehrgang der Parteihochschule „Karl Marx", den er 1947 begonnen hatte[225]. Auch Helmschrott zählt nicht zu den Mitbegründern der DBD von April bis Juni 1948, sondern wurde von der SED als Führungskader der Zentralebene Ende Juli in die DBD delegiert. Was prädestinierte Helmschrott für eine Karriere in der DBD? Schließlich war er dann von 1948 bis 1986 nicht nur Chefredakteur der DBD-Parteizeitung „Bauern-Echo", und damit der dienstälteste Chefredakteur einer deutschen Wochenzeitung[226], sondern er gehörte im Untersuchungszeitraum stets zum engen Führungszirkel der Partei und genoß über weite Strecken das besondere Vertrauen Goldenbaums[227].

---

[218] SAPMO NY 4182/901, Bl. 1, Schreiben Sepp Schwabs an die Mitglieder des Sekretariats im Hause, 9. 3. 1946.

[219] Siehe die entsprechenden Beschlüsse des ZS der SED in: SAPMO DY 30 IV 2/2.1/137, Protokoll ZS, 6. 10. 1947, Bl. 1; SAPMO DY 30 IV 2/2.1/158, Protokoll ZS, 18. 12. 1947, Bl. 5. Fehlerhaft Angaben in Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 306.

[220] SAPMO NY 4036/724, Bl. 13, Pieck an Bichowski, 8. 7. 1948.

[221] SAPMO DY 30 IV 2/2.1/217, Protokoll ZS, 19. 7. 1948, Bl. 4.

[222] Vgl. die Angaben in: BStU MfS AIM 357/88, Bd. I/1, Helmschrott, Bl. 14ff. Vorschlag zur Anwerbung, 10. 10. 1950, mit Angaben zum Lebenslauf; ebd., Bl. 22ff., Abschrift Personal-Fragebogen, 19. 7. 1948, Bl. 30ff., Lebenslauf, 9. 10. 1950.

[223] Auch hier ergeben sich wieder Ungenauigkeiten, lt. einer Kurzbiographie, BStU MfS AIM 357/88, Bd. I/1, Helmschrott, Bl. 14ff., Vorschlag zur Anwerbung, 10. 10. 1950, hielt er sich bis 1947 in Rostock auf, auch ab 1947 sei er Student der Parteihochschule „Karl Marx" gewesen.

[224] BStU MfS AP 75835/92, Helmschrott, Bl. 1, Kurzbiographie 14. 11. 1984.

[225] SAPMO DY 30 IV 2/2.1/217, Protokoll ZS, 19. 7. 1948, Bl. 4.

[226] Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 804.

[227] Der Chefredakteur des „Bauern-Echo" gehörte zwar in dieser Funktion nicht immer automatisch, aber die meiste Zeit dem Sekretariat an und war seit der Anfangszeit eng mit den inneren Partei-Angelegenheiten vertraut.

Wie fast alle Funktionäre der ersten Generation war auch Helmschrott bäuerlicher Herkunft. Seine Eltern bewirtschafteten einen kleineren Hof im schwäbischen Untertürkheim. Dort wurde er 1921 geboren und wuchs mit mehreren Geschwistern auf[228]. Er besuchte ab 1927 die siebenklassige Volksschule und die sogenannte „Sonntagsschule", was auf eine übliche religiöse Erziehung in der Kindheit hindeutet. Ab seinem 14. Lebensjahr bis zur Einberufung zur Wehrmacht 1941 half er seinen Eltern auf dem Hof. Vermutlich hatte er keine Chance, den Hof zu erben, weil das in der Gegend übliche und von den Nationalsozialisten propagierte Anerbenrecht dazu keine Möglichkeit ließ[229]. Seine Eltern waren politisch nicht aktiv gewesen. Ohne die Kriegserfahrung hätte er sich wohl nie dem Kommunismus zugewandt. Nach einem Jahr Kriegsdienst geriet er 1942 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1943 durchlief er an der Antifaschistischen Zentralschule in Krasnogorsk eine politische Schulung, im gleichen Jahr wurde er Gründungsmitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und Frontagitator. 1945 kehrte er nach Rostock zurück und trat in Berlin der KPD bei[230].

Auch Felix Scheffler wurde weder durch sein bürgerliches Elternhaus noch durch spezifische Jugenderlebnisse sozialistisch beeinflußt[231]. Scheffler kam am 10. Februar 1915 in Hamburg als Sohn eines leitenden Angestellten zur Welt. Nach der Mittelschule begann er eine Lehre als Drogist. Dem schloß sich eine Ausbildung zum Matrosen der Handelsmarine und Steward auf der „Hamburg-Süd-Linie" an. Scheffler wurde vom RAD verpflichtet und leistete ab 1937 Wehrdienst. 1941 geriet er als Unteroffizier in sowjetische Gefangenschaft. Wie Helmschrott gehörte er nach Aufenthalten in Antifa-Lagern zu den Teilnehmern der Gründungsversammlung des NKFD und besuchte ebenfalls die Antifa-Schule in Krasnogorsk. 1944 schloß er sich mit der Gruppe 117 des NKFD sowjetischen

---

228 BStU MfS AP 75835/92, Helmschrott, Bl. 1, Kurzbiographie 14. 11. 1984, demnach hatte er zu diesem Zeitpunkt noch drei Geschwister in der Bundesrepublik.

229 Da er sich selbst als mithelfenden Angehörigen bezeichnet, nicht als Bauer und nicht ukgestellt wurde, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er nicht der älteste, also erbberechtigte Sohn war.

230 BStU MfS AIM 357/88, Bd. I/1, Helmschrott, Bl. 30f., Lebenslauf 9. 10. 1950; Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 804; Morré, Kulissen, S. 54, 83, 163, 174, 214.

231 Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 292, Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 1704. Reichelt, Blockflöte, S. 33. Der Funktionär der DBD Felix Scheffler, der von Oktober 1948 bis ins Jahr 1950 die Abt. Organisation leitete, ist identisch mit jenem Felix Scheffler, der 1950 Volkspolizei-Inspekteur in der Hauptverwaltung für Ausbildung der Seepolizei wurde, es dort bis zum Chefinspekteur und 1956/57 zum Chef der Seestreitkräfte der NVA brachte. Folgende Indizien belegen diese Identität, die aus allen gängigen biographischen Nachschlagewerken nicht hervorgeht: Eine Geburtstagsliste des Parteivorstandes der DBD um 1949 nennt als Geburtsdatum von Felix Scheffler den 9. 2. 1915, der verdächtig nahe am genannten 10.2. ist. Außerdem notierte man im mecklenburgischen Landesverband der SED auf Personalgesuche Schefflers die Bemerkung „Partisan", MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Schreiben Schefflers an Bürger. Aus Gesprächen von Sekretariatsmitgliedern am 29. 11. 1950 geht zweifelsfrei hervor, daß nicht mehr Scheffler die Abt. Organisation leitete sondern Reichelt. Ulbricht schlug Scheffler der SKK als 2. Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung für Küstenschutz für das Amt des Polit-Kulturleiters vor; SAPMO NY 4182/1195, Bl. 42, Ulbricht an den Vorsitzenden der SKK Tschujkow, 26. 5. 1950.

Partisanen an[232]. Nach 1945 leitete er ein Antifa-Aktiv in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager. Erst 1947 kehrte er in die SBZ zurück und trat umgehend der SED bei. Dann verlieren sich seine Spuren zunächst, gesichert ist, daß er als Sekretär den Leiter der Parteihochschule der SED unterstützte. Aus dieser Zeit dürfte er den Parteihochschüler Helmschrott näher kennen, mit dem er dann ab August 1948 beim Parteivorstand der DBD in Berlin arbeitete[233].

Scheffler brachte weder eine persönliche Bindung zur Landwirtschaft noch besonderes Interesse daran mit. So konzentrierten sich seine Aufgaben als Organisationsleiter darauf, die personelle Entwicklung der DBD im Sinne der SED sicherzustellen. Es ist nicht verwunderlich, daß er 1948 die DBD in den industriellen Fragen politisch vertreten sollte[234]. Scheffler war die kommunistische Rückversicherung im Organisationsapparat der DBD. Diese Aufgabe hat er bis 1950 offenbar zur vollen Zufriedenheit Ulbrichts erfüllt; sonst hätte der ihn nicht für den ideologisch verantwortungsvollen Posten des Politkulturleiters vorgesehen. Aus der Sicht der SED war Schefflers Weggang aus der DBD zu diesem Zeitpunkt vertretbar, weil inzwischen andere als politisch verläßlich eingeschätzte Kader für die DBD bereitstanden. So warben Scheffler und Scholz vereint noch Hans Reichelt als Schefflers Nachfolger an[235].

Die Kader, die in die Berliner Zentrale der DBD ab Juli 1948 eingebaut wurden, hatten mit Ausnahme Goldenbaums kaum etwas mit dem Gründungsprozeß in den Ländern zu tun. Da verschiedentlich zu beobachten ist, daß sich zwischen Zentrale und einzelnen Landesverbänden Reibungen ergaben oder die politischen Geschäfte nicht genügend abgestimmt waren, lohnt es sich, der Frage nachzugehen, welche biographischen Merkmale und politischen Erfahrungswelten diese Länderfunktionäre prägten. Mit Ausnahme von Franz Pilarski – den man weglobte – wagte oder schaffte keiner davon den Sprung auf einen Funktionärsposten in Berlin. Bis 1952 räumten drei von fünf Landesvorsitzenden aus eigenem Entschluß oder zwangsweise den leitenden Stuhl in der DBD.

Die Landesvorsitzenden von 1948 waren Friedrich Martin (Sachsen), Richard Richter (Sachsen-Anhalt), Herbert Hoffmann (Thüringen), Rudolf Albrecht (Brandenburg) und Franz Pilarski, der unmittelbar auf Goldenbaum in Mecklenburg folgte. Alle waren 1948 Mitglieder, vereinzelt auch nachrangige Funktionäre der SED gewesen, und alle gehörten der VdgB an, wirkten dort teils in leitender Position. Nur Richard Richter war vor 1945 weder in der Arbeiterbewegung organisiert gewesen noch hatte er sich dafür einschlägige Beschäftigungen gewählt. Auch mit dem nationalsozialistischen Regime war er nicht in Konflikt geraten. Er

---

[232] BStU MfS AKK 17257/85 B, Felix Scheffler. Reichelt, Blockflöte, S. 33, nennt ihn „Kundschafter" der Roten Armee.

[233] ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948, Scholz stellte Scheffler als Leiter der Abt. Organisation vor.

[234] Vgl. SAPMO NY 4182/964, Materialien zu Sitzungen des Deutschen Volksrates im Sommer 1948, Bl. 219f.

[235] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950. Reichelt berichtete darin, daß Scheffler allein seine Bedenken gegen die Bauernpartei nicht hatte ausräumen können. Erst im Gespräch mit Scholz, dem er sich als VVN-Genossen verbunden fühlte, habe er sich für die DBD entschlossen.

hatte 1945 im Zuge der Bodenreform eine Neubauernstelle erhalten und trat im gleichen Jahr der SPD bei. Erst seit dieser Zeit, die den einst reisefreudigen Varieté- und Zirkusbegeisterten zum Landeigentümer machte, engagierte er sich in gesellschaftlich-politischen Bereichen wie etwa in der Jugendarbeit und in der VdgB[236]. Somit gehörte Richter zu denjenigen, die erst in fortgeschrittenem Alter nach dem Krieg politisiert wurden.

Bis auf Herbert Hoffmann hatten alle anderen Landesvorsitzenden die meist achtklassige Volksschule absolviert[237]. Hoffmann hatte in seiner Heimatstadt Görlitz die Oberrealschule besucht[238], danach eine Schriftsetzerlehre angetreten; er gehört zum verschwindend geringen Teil derjenigen Gründungsfunktionäre, die über eine höhere Schulbildung verfügten; erst später stieg der Bildungsgrad der DBD-Funktionäre durch die Rekrutierung von Antifa-Schülern und die Heranbildung einer jüngeren Funktionärsgeneration. In der Anfangszeit haftete den Oberschülern, vermutlich zu Recht, der Geruch des „Bürgerlichen" an; für „bürgerliche Agrarfunktionäre", die oft im weitgefächerten Apparat des nationalsozialistischen Reichsnährstandes beschäftigt gewesen waren, sollten die Leitungsebenen einer Partei, die vornehmlich auf Klein- und Mittelbauern zielte, verschlossen bleiben. Höchstwahrscheinlich kamen alle fünf Landesvorsitzenden, sicher vier von ihnen, aus Arbeiter- oder Landarbeiterfamilien[239]. Bei der Auswahl dieser Personen wurde streng auf das Kriterium der „adäquaten" sozialen Herkunft geachtet. Fast alle standen schon vor 1933 in Kontakt mit der Arbeiterbewegung,

---

[236] Auffälligerweise verschwieg Richter in einem handgeschriebenen Lebenslauf von 1952 seine Vergangenheit beim Zirkus; stattdessen nennt er politisch offenbar höher eingeschätzte Beschäftigungen, wie Tätigkeiten als Landarbeiter bei „Großbauern" und Beschäftigungen in Industriebetrieben. BStU ASt Nbg. AIM 769, Personalakte, Bl. 10, undatierter Lebenslauf [März 1952]. Vgl. hingegen die Beurteilung in ebd., Arbeitsvorgang II, Bl. 72 [vor 1952] sowie Auszug aus Lebenslauf Richard Richter, Bl. 75. Danach gründete er in mehreren Orten FDJ-Gruppen und wurde von der SED als Treuhänder für landwirtschaftliche Betriebe eingesetzt. Die Schilderung trägt Züge eines politischen Erweckungserlebnisses.

[237] Zu Franz Pilarski vgl. BStU ASt Rst. AIM 1897/86, Bd. I/I, Bl. 34–37, Personalfragebogen und Bl. 42, 54, 78, sowie BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt. Zu Pilarski: 1931 KPD, illegale Tätigkeit während der NS-Zeit, 1947/1948 Kreisvorstand der SED Greifswald, 1949 Landesvorsitzender der DBD.

[238] Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 146.

[239] BStU ASt Nbg. AIM 769/56, Personalakte Richter, Bl. 10, Lebenslauf [undatiert, März 1952], sein Vater war Arbeiter; zu Pilarski: BStU ASt Rst. AIM 1897/86, Bd. I/I, Bl. 34–37, Personalbogen 20. 10. 1955, Bl. 78, Lebenslauf 16. 9. 1955, er stammte aus einer Landarbeiterfamilie; BStU MfS AIM 513/52, Personalakte Hoffmann, Bl. 11 f., Lebenslauf und Charakteristik, 27. 10. 1950. Hoffmanns Vater war Bergmann und gehörte damit zu einer Arbeiterschicht, die bereits über ein besseres Einkommen verfügte. Bislang ungeklärt ist die genaue soziale Herkunft von Friedrich Martin und Rudolf Albrecht. Beide gehörten schon vor 1933 der KPD an. Zu Albrecht: Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 18, SBZ-Handbuch, S. 859 und Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 221; zu Martin: ACDP VI, unverz. Best., Karton Sachsen, VdgB, 1948–1952 Schriftverkehr und Sekretariat, 1948 bis Juli 1952, Charakteristiken, Martin war demnach 1945 im Landkreis Leipzig Vorstandsmitglied der Kreisbodenkommission; bevor er eine Neubauernstelle übernahm, war er Treuhänder des ehemaligen Rittergutes Biagosch in Merkwitz. Er gehörte seit 1945 dem Bezirksvorstand der KPD, später dem Kreisvorstand der SED an.

Martin und Albrecht gehörten früh der KPD an, Hoffmann war zumindest gewerkschaftlich engagiert. Albrecht geriet nach 1933 kurzzeitig in KZ-Haft[240]. Franz Pilarski war offenbar am intensivsten politisch tätig. Wegen seiner Tätigkeit als Organisationsleiter und Mitglied einer Unterbezirksleitung der KPD seit 1931 verbrachte er in den Jahren 1933 und 1934 einige Zeit im Konzentrationslager Lichtenberg. 1929 hatte er für neun Wochen die Sowjetunion besucht. Er war Mitglied des Landarbeiterverbandes, der Roten Hilfe und in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)[241]. Daher war es naheliegend, daß die SED diesen als politisch zuverlässig geltenden ehemaligen Arbeitsgebietsleiter des SED-Kreisvorstandes Greifswald und Organisationssekretär des dortigen Kreisverbandes der VdgB als Nachfolger Goldenbaums im wichtigen Gründungszentrum Mecklenburg installierte. Um so enttäuschender war es, daß er die an ihn gestellten Erwartungen aus der Sicht der DBD nicht erfüllte. Er ist nicht der einzige für die DBD abgestellte SED-Funktionär, der die Arbeit für die DBD in erster Linie als Parteiauftrag der SED verstand – ein Umstand, der den Erfolg für die Sache der DBD empfindlich behinderte.

Alle fünf Landesvorsitzenden waren Neubauern. Bis auf Albrecht, der schon vor 1933 Landwirt und Siedler gewesen war, arbeiteten alle vor 1945 zunächst in handwerklichen oder gewerblichen Sparten, bis Arbeitslosigkeit im gelernten Beruf sie höchstwahrscheinlich mit Tätigkeiten in der Land- oder Waldwirtschaft in Berührung brachte. Richter hatte keinen Beruf erlernt, Hoffmann war als Schriftsetzer dauerhaft beschäftigt. Pilarski, an sich ausgebildeter Bauschlosser, war als reisender Vertreter im Außendienst verschiedener Firmen unterwegs gewesen; nach Arbeitslosigkeit verdingte er sich als Wald- oder Landarbeiter. Auch während seiner Kriegsgefangenschaft im englischen Lager Wilton Park arbeitete er in der Landwirtschaft. Für die Vorsitzenden und eine Reihe noch vorzustellender weiterer Funktionäre war der berufliche Fortgang bis 1945 oft von Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, einem häufigen Wechsel der Tätigkeiten und Existenznot gekennzeichnet. Bei keinem konnten Anhaltspunkte für eine nationalsozialistische Vergangenheit ermittelt werden. Keiner von ihnen war Flüchtling oder Vertriebener[242]. Pilarski und Albrecht stammten zwar aus damals polnischen Orten[243], hatten diese aber bereits vor 1933 verlassen. Pilarski sprach fließend polnisch, da er, vermutlich zeitweise von seinen Eltern getrennt, die seit 1912 in Vorpommern auf Wanderschaft waren, die Volksschule teilweise noch in Polen besucht hatte.

Instruktiv ist ein Blick auf den Verbleib der ersten Landesvorsitzenden, die in ihrem jeweiligen Landesverband eine enge Bindung zum Funktionärsapparat und

---

240 SBZ-Handbuch, S. 859.

241 Zu Pilarski: BStU ASt Rst. AIM 1897/86, Bd. I/I, Pilarski, Bl. 34–37, Personalbogen, 20. 10. 1955. Lt. Auskunft eines Informanten „Saba" vom 14. 2. 1958 wurde Pilarski 1948 von der SED beauftragt, in die DBD einzutreten, ebd., Bl. 45.

242 Hoffmann wird lediglich an einer Stelle als „Umsiedler" geführt. Diese Einordnung geht m.E. auf seinen Geburtsort Görlitz zurück, nicht auf eine tatsächliche Flucht oder Vertreibung im Zuge des Zweiten Weltkrieges; ACDP VI-052–0017, Zusammensetzung des PV 1960.

243 Pilarski kam in Miedznow zur Welt, Albrecht vermutlich am Arbeitsort seines Vaters im oberschlesischen Königshütte, das seit 1922 zu Polen gehörte.

zu den Mitgliedern erreichten. Friedrich Martin wurde 1951 als Landesvorsitzender abgelöst und floh etwa 1953 in die Bundesrepublik. Er und Richard Richter galten in der Zentrale als „politisch schwach". Richter wurde aus persönlichen Gründen 1951 als Landesvorsitzender und Minister zurückgezogen. Danach arbeitete er in verschiedenen LPG und spitzelte bald für das MfS in den Dörfern[244]. Rudolf Albrecht war ebenfalls bis 1951 Landesvorsitzender und bekleidete daneben zahlreiche andere Ämter. Er geriet 1952 als Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung in den Strudel des Prozesses gegen Minister Hamann (LDPD), wurde zeitweise inhaftiert, dann doch nur gerügt und schließlich rehabilitiert. Mitte der fünfziger Jahre trat er aus der DBD aus und ging zurück in die SED. Auch Franz Pilarski gestattete man 1957 den Wiedereintritt in die SED, nachdem er schon 1949 von Ernst-Walter Beer als Landesvorsitzender abgelöst worden war und man ihn innerhalb der DBD degradierte, zuletzt zum Bibliothekar einer Schulungsstätte. Da er keine Perspektive für sich sah, bemühte er sich um die Rückkehr zur SED. Trotz schwerwiegender gesundheitlicher Probleme arbeitete er nach seinem Eintritt in die SED ab Juni 1958 als Geheimer Hauptinformator (GHI) im Rahmen seiner Tätigkeit als Sekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Universität Greifswald[245]. Nur Hoffmann blieb der DBD dauerhaft treu. Er wechselte vom Amt des Landesvorsitzenden Ende 1949 für die DBD ins Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR als Hauptabteilungsleiter und gehörte der Volkskammerfraktion an. Von 1963 bis 1970 leitete er als Vorsitzender den Bezirksverband Potsdam, bis 1977 gehörte er dem Parteivorstand an[246].

Landesvorsitzende bzw. leitende Funktionäre der zweiten Parteigeneration waren Ernst-Walter Beer – er begründete im Auftrag der SED die DBD in Sachsen-Anhalt und folgte im Januar 1949 auf Franz Pilarski im mecklenburgischen Landesvorsitz –, Albert Rödiger – Mitbegründer der ersten Stunde im thüringischen Landkreis Sondershausen, Landesvorsitzender 1951/52 in Thüringen –, Fritz Weißhaupt – Gründer im sächsischen Ölsnitz und Minister für Land- und Forstwirtschaft in Sachsen 1950–1952 –, Dietrich Besler – Mitbegründer im brandenburgischen Luckenwalde, ebenfalls Minister für Landwirtschaft in Brandenburg und zeitweise politischer Geschäftsführer der DBD Brandenburg, sowie Hermann Gräfe – Nachfolger von Richter als Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt –, Arthur Pech – ab 1951 Landesvorsitzender in Brandenburg, danach Bezirksvorsitzender in Frankfurt/Oder und Fritz Petersohn – 1951 Landesvorsitzender in Sachsen und bis 1953 Bezirksvorsitzender in Dresden. Dieser Personenkreis unterscheidet sich von den fünf Landesvorsitzenden des Jahres 1948 in einigen auf-

---

[244] BStU ASt Nbg. AIM 769/56, Personalakte, Bl. 10, Verpflichtungserklärung, 10. 3. 1952; bis 1956 lieferte er Berichte, dann brach das MfS die Verbindung ab und ging dazu über, ihn selbst zu „bearbeiten", weil er manche Dinge verschwiegen hatte; ebd., Bl. 24, Beschluß über Abbruch, 2. 10. 1956; seine Berichte in BStU ASt Nbg. AIM 769/56, Arbeitsvorgang.

[245] Vgl. BStU ASt Rst. AIM 1897/86, Bd. I/I, Pilarski, u.a. Verpflichtung für die Überlassung eines Zimmers als KW am 14. 3. 1958. Pilarski starb 1985, Bl. 185.

[246] Widersprüchliche Angaben im SBZ-Handbuch, S. 933 f., Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 146; Reichelt, Blockflöte, passim.

fälligen Punkten. Man trifft hier auf aktive und passive Mitglieder nationalsozialistischer Parteien, dekorierte Weltkriegsteilnehmer und sogenannte Umsiedler. Einige weisen eine sozialdemokratische Vergangenheit auf, manche stießen erst nach 1945 zur KPD/SED.

Ernst-Walter Beer kam 1910 im tschechischen Thein zur Welt[247]. Seine Eltern waren Sudetendeutsche[248]. Seine Mutter starb früh, und da er mit seiner Stiefmutter nicht zurechtkam, wuchs er bei Verwandten auf. Er absolvierte nach der Mittelschule einige Semester an der Acker-, Obst- und Weinbauschule, was ihn nicht vor Arbeitslosigkeit bewahrte. Er leistete ab 1938 Wehrdienst und wurde im Zweiten Weltkrieg verwundet[249]. Bevor Beer 1945 der KPD beitrat, hatte er einen wechselvollen Gang durch Parteien verschiedenster Ausrichtung hinter sich: 1927 gehörte er wenige Monate den Sozialdemokraten an, wechselte 1928 dann zur KPTsch[250]. 1956 räumte Beer auf massiven parteiinternen Druck ein, daß er während des Krieges der sudetendeutschen, zunehmend nazifizierten Henleinpartei zumindest als Kandidat angehört hatte[251]. Nach dem Krieg siedelte er nach Hedersleben über, wo er eine Neubauernstelle übernahm. Die DBD verdankte es insbesondere seinem Einsatz – und dies hielt ihm Goldenbaum zugute, als er 1956 in die Schußlinie geriet –, daß er den Landesverband Mecklenburg nach Pilarskis mäßiger Leistung stabilisierte und die DBD dort 1950 zur zweitstärksten Partei aufbaute[252]. Doch diese Verdienste konnten sein „mangelndes Vertrauen" zur Partei, das im Verschleiern von Henleinpartei und Wehrmacht im Lebenslauf offenbar geworden war, nicht aufwiegen. Nach einem Parteiverfahren im Ritual von Kritik und Selbstkritik kam er einem Parteiausschluß durch Austritt zuvor[253].

Albert Rödiger gehörte zu den wenigen der hier vorgestellten Funktionäre die 1948 noch an ihrem Geburtsort lebten und dort politisch engagiert waren. Er kam 1903 im thüringischen Seega als Waldarbeiterkind zur Welt. Ungelernt wie seine

---

247 Das Folgende nach BStU ASt Nbg. AIM 602/71, (Handakte) Beer, Bl. 12f., Personalfragebogen 25. 8. 1950 (Abschrift), Bl. 14–16, Lebenslauf 13. 9. 1950 (Abschrift von Abschrift); Bl. 65–74, Aussagen Beers vor DBD, im Gespräch mit Rietz und Hoffmann, 8. 8. 1956. Siehe auch Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 30; SBZ-Handbuch, S. 866.

248 BStU ASt Nbg. AIM 602/71, (Handakte) Beer, Bl. 51f., Charakteristik aus DBD Schwerin, 27. 12. 1951.

249 Ebd., Personalakte, Bl. 12f., Personalfragebogen 25. 8. 1950 (Abschrift), Bl. 14–16, Lebenslauf 13. 09. 1950 (Abschrift von Abschrift).

250 In den Augen von DBD-Kaderleiter Rietz machte ihn diese sozialdemokratische Episode verdächtig.

251 BStU ASt Nbg. AIM 602/71, (Handakte) Beer, Bl. 65–74, Aussagen Beers vor DBD, 8. 8. 1956. Für die DBD-Personalunterlagen hatte er fälschlich angegeben, während des Krieges in der Illegalität gelebt und Widerstandsgruppen bei der Flucht geholfen zu haben; ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Akt LV Mecklenburg: PPA, Verwaltungsreform und Reorganisation der Partei Juli/August 1952, Angaben zu seiner Person.

252 BStU ASt Nbg. AIM 602/71, (Handakte) Beer, Bl. 51f., Charakteristik aus DBD Schwerin.

253 Ebd., Bl. 102–122, Protokollauszug aus PV-Sitzung am 15. 9. 1956. ACDP VI-052-0159, Protokoll PV, 14./15. 12. 1956. Offensichtlich wollte ihn die DBD vor Bloßstellung schützen, wie die unterschiedlichen Varianten in den MfS-Unterlagen – die von öffentlichem Ausschluß sprechen – bzw. den DBD-Akten – die von freiwilligem Austritt berichten – belegen.

Eltern verdiente er seinen Lebensunterhalt als Holzfäller, Steinträger und dann als Feuerwehrmann in Berlin[254]. Rödiger verkörpert den Typus des lokal verwurzelten Angehörigen der ländlichen Unterschicht, der, mit einer antifaschistischen Vergangenheit den sozialen Aufstieg über eine dauerhafte politische Karriere vollzog[255]. Seine „Schwerfälligkeit", wie ihm der Leiter der Organisationsabteilung Körber 1950 bescheinigte[256], dürfte dazu beigetragen haben. Rödiger, der schon vor 1933 zur KPD gestoßen war, übernahm nach dem Kriegsdienst 1945 sofort Parteiaufgaben im Bereich Schulung und Werbung. Die Bodenreform machte ihn zum Neubauern. Er begründete die VdgB in Seega, wurde 1946 dort auch zeitweise Bürgermeister für die SED. Von seiner Partei dürfte er 1948 zur Teilnahme an der Gründung der DBD aufgefordert worden sein, die er dann im Kreistag vertrat[257]. Er folgte 1950 auf Herbert Hoffmann als thüringischer Landesvorsitzender und blieb als Bezirksvorsitzender in Erfurt erstaunlich lange bis 1965 im Amt[258].

Dietrich Beslers Kindheit war von sozialer Not und Existenzgefährdung geprägt[259]. Er kam 1919 als Kind deutscher Eltern in Buchenhain, Kreis Obernick, im damals wieder polnischen Bezirk Posen zur Welt. Tief verschuldet verloren die Eltern ihren 45 ha großen Hof 1926 durch eine Zwangsversteigerung, die die Großfamilie in Verarmung stürzte. Beslers Vater versuchte in Danzig als Hafenarbeiter den Lebensunterhalt für Frau und zwölf Kinder zu verdienen. Eine Lehre als kaufmännischer Angestellter mußte Dietrich aus finanziellen Gründen abbrechen. Mit 18 Jahren wurde er vom RAD verpflichtet, danach zur Wehrmacht eingezogen. Kurz vor Kriegsende wurde der inzwischen zum Oberfeldwebel Aufgestiegene schwer verwundet und dekoriert entlassen. Bis dahin ohne politisches oder gewerkschaftliches Engagement, trat er 1945 der SPD bei und wurde auf nur 3,7 ha Neubauer in Brandenburg. Wie viele andere Parteigründer war er in der Lokalpolitik aktiv, wurde 1946 SED-Bürgermeister in Fröhden, Kreis Jüterbog. Als Kreissekretär der VdgB Luckenwalde gründete er dort 1948 im Auftrag der SED die Bauernpartei und stieß später zum Landesgründungsausschuß Brandenburg[260]. Zunächst Geschäftsführer des Landesverbandes in Brandenburg, über-

---

254 ACDP VI-052-212/2, Personalbogen der Kreistagskandidaten 1948–1950, Personalia Albert Gustav Rödiger, verfaßt von Erwin Körber. Lt. Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 278, war er auch Land- und Bergarbeiter.

255 Von 1951–1973 gehörte Rödiger dem PV der DBD an, 1955–1957 dessen Präsidium. Nur zeitweise war er Mitglied des Sekretariats des PV. Von 1954 bis zu seinem Todesjahr 1973 hatte er ein Mandat im Bezirkstag Erfurt, dort zeitweise auch Stadtrat, 1954–1958 war er Vizepräsident der Länderkammer. Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 278.

256 ACDP VI-052-212/2, Personalbogen der Kreistagskandidaten 1948–1950, Personalia Albert Gustav Rödiger, verfaßt von Erwin Körber.

257 SAPMO DY 30 IV 2/15/18, Bericht der BL Erfurt über Rödiger am 14. 1. 1955, wonach er zu den „ehrlichen, fortschrittlichen" Mitgliedern gehöre, der in jeder Position immer engen Kontakt mit der SED gehalten habe, für den aber doch eine Fortbildung auf der zentralen Parteischule empfohlen wird.

258 Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 278.

259 Das Folgende nach BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 2, Personalakte, Bl. 8, Werbungsvorschlag der HA V, Abt. 3 vom 10. 5. 1954, Bl. 13 f., selbstverfaßter Lebenslauf (Abschrift).

260 Lt. ebd., Bl. 8, Werbungsvorschlag HA V, Abt. 3, 10. 5. 1954 gehörte er dem Landesgründungsausschuß an. Allerdings dürfte er erst nach dem 27. 5. 1948 zu diesem Kreis gestoßen sein, da er nach SED-Unterlagen nicht an der Gründungsversammlung am 27. 5.

nahm er dort 1951 den Posten des Landwirtschaftsministers. Aus diesem Amt zog ihn die Partei 1952 wegen angeblich fehlender Selbstkritik wieder zurück – offensichtlich reagierte die DBD damit auf Beschwerden der SED über ihn bei der SKK[261]. Von 1953 bis 1957 gehörte er zum organisatorischen Führungszirkel der Partei und wirkte als Sekretär des Parteivorstandes[262]. Von 1954 bis zu seiner Delegierung an die Akademie für Staats- und Rechtsfragen im Herbst 1955 lieferte er für die Staatssicherheit Berichte über die Interna der DBD. Danach arbeitete er auf eigenen Wunsch in einer LPG in Weißenberg[263]. Die nicht schlecht bezahlte Tätigkeit in einer LPG bedeutete dennoch eine politische Degradierung. Seit August 1958 forderte Besler die DBD intern auf, ihn aus der Partei zu entlassen[264]. 1959 trat er wieder in die SED ein und gehörte für sie der Volkskammer an[265].

Fritz Weißhaupt[266] stammte wie Helmschrott aus einer mittelbäuerlichen Landwirtsfamilie in Südwestdeutschland. 1910 kam er im badischen Leitishofen zur Welt. Seine elf Geschwister lebten Ende 1951 in der Bundesrepublik. Nach der Realschule absolvierte er eine landwirtschaftliche Lehre[267]. Von Kindheit an arbeitete er auf dem 17 ha großen Hof seiner Eltern. Seit 1928 war er als Milchkontrolleur, von 1930 bis 1937 als Volontär und dann Verwalter auf mitteldeutschen Rittergütern beschäftigt[268]. 1933 trat er in die NSDAP ein[269]. Aus ungeklärten Gründen schloß ihn deren Gaugericht Sachsen 1936 wieder aus. Nach kurzem Kriegsdienst und amerikanischer Kriegsgefangenschaft setzte ihn die Rote Armee

---

1948 teilnehmen sollte. BLHA Rep. 332, Nr. 786, Bericht zur Vorbereitung der Gründung der „Gesellschaft Y", 26. 5. 1948.

261 BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 2, Personalakte, Bl. 12, Charakteristik gez. Otto (Abschrift). Zu seinem Rückzug vgl. dagegen auch: BLHA Rep. 332, Nr. 786, Bericht der SED Brandenburg an SKK über die Arbeit der DBD Land Brandenburg, 2. 12. 1951. Besler sträube sich als Minister gegen eine Sekretärin, die SED-Mitglied sei. Er habe den Verdacht, man wolle ihn bespitzeln, und äußerte sich dahingehend, daß dann doch gleich sein Referent, Genosse Haberland, den Ministerposten übernehmen solle.

262 Reichelt, Blockflöte, S. 375.

263 BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 2, Personalakte, Bl. 28, Schlußbericht der HA V/3, 22. 10. 1956.

264 Ebd., Bl. 37, Bericht von GI „Pankow", eines Mitglieds der DBD, 30. 10. 1958.

265 Ebd., Bl. 41, am 5. 8. 1959 beschloß man den Abbruch der Verbindung, da Besler wieder in die SED eingetreten war. Als Volkskammer- und SED-Mitglied erfuhr er von DBD-Mitgliedern nichts Berichtenswertes mehr.

266 Das Folgende nach BStU MfS AP 82/58, Bl. 2, selbstverfaßter Lebenslauf, 15. 12. 1951.

267 Diese Schulbildung ist in Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 363, in SBZ-Handbuch, S. 1054 und in Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 225 aufgeführt, nicht aber im selbstverfaßten Lebenslauf.

268 Abweichend davon Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 363, 1932–1935 Volontär, anschließend Verwalter landwirtschaftlicher Betriebe.

269 Dieses Faktum ist nur ebd. nicht aufgeführt. Das MfS legte aufgrund der West-Veröffentlichung „Braunbuch DDR" einen Untersuchungsvorgang an, konnte die Angaben zu Weißhaupt anhand archivalischer Unterlagen in der DDR aber weder belegen noch entkräften. BStU MfS AP 82/58, Bl. 3, eine Charakteristik, verfaßt vom Personalreferenten des sächsischen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, undatiert [bei Amtsantritt] erwähnt diese NSDAP-Mitgliedschaft. Sein selbstverfaßter Lebenslauf vom 15. 12. 1951 enthält dazu nichts, ebd., Bl. 2.

als Treuhänder[270] eines zu ihrer Versorgung dienenden Gutes im sächsischen Bosebrum, Kreis Ölsnitz, ein. Weißhaupt war mit der Aufteilung des Gutes beauftragt und erhielt eine Neubauernstelle. 1946 trat er in die SED ein und wurde im Januar 1948 Kreisparteisekretär in Ölsnitz. Er engagierte sich im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, aber offenbar nicht in der VdgB. Seit 1945 war er zweiter Vorsitzender der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Sachsens und saß im Aufsichtsrat der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft[271]. Weißhaupt war aufgrund seiner Ausbildung und Funktionen für die SED attraktiv, da er sich in seiner politischen Einstellung deutlich vom sonstigen Personal in den landwirtschaftlichen Genossenschaften unterschied, die im allgemeinen und besonders in Sachsen als „Hort der Reaktion" galten[272]. Sowjetischen Stellen bestens bekannt, wechselte er im Sommer 1948 zur DBD und wurde erster Kreisvorsitzender in Ölsnitz. Ab Januar 1950 leitete er als politischer Geschäftsführer des Landesverbandes die Geschicke der DBD. Im Juni 1950 löste er den LDP-Landwirtschaftsminister Uhle in Sachsen ab. Weißhaupt war später langjähriger Mitarbeiter im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR. Von 1962 bis 1975 leitete er den Bezirksverband Magdeburg der DBD, 1955 bis 1982 gehörte er dem Parteivorstand an[273].

Über den einzigen mitteldeutschen Altbauern in dieser Gründergruppe ist wenig bekannt. Fritz Petersohn kam 1910 vermutlich im Kreis Großenhain zur Welt. Nach 1945 gehörte er der SED und aller Wahrscheinlichkeit nach auch der VdgB an. Vermutlich gründete er die Bauernpartei im Auftrag der SED in diesem Kreis, wo er auch 1. Kreisvorsitzender war. Petersohn gehörte zu den besonders aktiven Gründern auf Landesebene. Seine Funktionärslaufbahn in der DBD endete 1953 als Bezirksvorsitzender in Dresden, zuvor hatte er nach Friedrich Martins Ablösung ab 1951 den Landesvorsitz Sachsens geleitet[274].

Dem Typus des altgedienten Funktionärs der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist Hermann Gräfe[275] zuzurechnen, der wie viele andere Gründungsmit-

---

[270] Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 363.

[271] In diesen Funktionen bemühte er sich um ein gutes Verhältnis zur SED und zum Landwirtschaftsministerium. BStU MfS AP 82/58, Bl. 3, Charakteristik (Abschrift), undatiert [nach Amtsantritt im Ministerium]. Auskunft des Personalreferenten im Ministerium über den Minister.

[272] SStAD BPA SED LL A/782, Bd. 2, Protokoll Sekretariat 21. 5. 1948.

[273] Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 363.

[274] SStAD BPA SED LL A/833, Bl. 12–49, Analyse der Mitgliederbewegung, 14. 4. 1950, angefertigt vom LV der DBD Sachsen; SStAD BL SED IV 2. 15. 005, Bericht zur Lage in der DBD, 24. 6. 1953, angefertigt von Org.Abt. SED, danach wurde Petersohn krankheitsbedingt zurückgezogen und weil er nicht in der Lage war, das Sekretariat kollektiv zu führen. Vgl. auch SStAD BPA SED LL A/796, Protokoll Sekretariatssitzung SED, 2. 1. 1952, Bl. 1–24, hier Bl. 11 und ACDP VI, unverz. Aufstellung von Mitgliedern des auf der Konferenz vom 16./17. 7. 1948 gewählten Parteivorstandes und besonders aktiver Mitbegründer in den Landesverbänden.

[275] Er kam am 10. 6. 1900 in Beerendorf (Kreis Delitzsch) als Sohn eines Landarbeiters zur Welt. Nach der Volksschule arbeitete er auf dem Land, dann als Elektromonteur. 1924 schloß er sich der KPD an, 1928 dem Deutschen Metallarbeiterverband. In Lützen begründete er den Roten Frontkämpferbund. 1935 wurde er, angeblich wegen Widerstandstätigkeit, zu 3 Jahren Haft verurteilt, danach vom RAD verpflichtet. 1943 zur Wehrmacht

glieder in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik geprägt worden war. Er löste 1951 Richard Richter im Amt des Landesvorsitzenden ab und war bis Ende 1958 Bezirksvorsitzender in Magdeburg[276]. Der letzte in dieser Reihe der zeitweiligen Landesvorsitzenden, Arthur Pech, entspricht aufgrund seiner Herkunft aus der Arbeiterbewegung und als Neubauer dem Standardtyp eines DBD-Funktionärs[277]; 1912 geboren, trat er 1945 in die SPD ein. Er wechselte vom Landesvorsitz in Brandenburg, den er nach Rudolf Albrecht 1951 angetreten hatte, auf den Bezirksvorsitz in Frankfurt/Oder, den er bis 1963 innehatte. Seine bis dahin beachtliche Laufbahn in der DBD endete 1963 abrupt, sieht man von dem zwar ehrenvollen, aber nicht gewichtigen Amt im Parteischiedsgericht ab.

Als Personen aus der zweiten Reihe der Funktionäre seien hier Hans-Joachim Friedländer, Adolf Giese, Else und Helmut Merke sowie Stefan Zagrodnik ausgewählt. Alle genannten waren an der Gründung von Ortsgruppen und/oder beim Aufbau der Partei in den Kreisen beteiligt, gelangten aber bis 1952 und teils darüber hinaus nicht in Führungspositionen der Partei in den Ländern, sondern nahmen nachgeordnete Funktionen ein.

Am Beispiel Hans-Joachim Friedländers läßt sich exemplarisch aufzeigen, welche biographischen Prägungen und politischen Dispositionen 1948 mit einer Parteikarriere in der Führungsmannschaft unvereinbar waren, zumal mangelndes Interesse in seinem Fall als Hinderungsgrund ausscheidet. Friedländer war die Schlüsselfigur der Gründungsinitiative in Wismar, und er übernahm die

---

eingezogen, geriet er später in Kriegsgefangenschaft. Nach 1945 war er Betriebsleiter der Elektrowerke in Lützen, übernahm dann eine Neubauernstelle. Er war KPD/SED-Mitglied und VdgB-Kreisvorsitzender in Lützen. 1948 arbeitete er an der Gründung der DBD unterhalb der Landesebene mit. 1950–51 war er Leiter einer Hauptabt. im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt, Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 109f., anders SBZ-Handbuch, S. 914. Evt. war Gräfe 1946 Landrat in Kamenz, dazu SAPMO DY 30 IV 2/7/61, Bl. 28 f, Schreiben des Landrats zu Kamenz, Hermann Grafe, an SED LV Sachsen, 26. 8. 1946 [Abschrift, Grafe evt. Schreibfehler]. Vermutlich ist er nicht identisch mit jenem H.G., den Goldenbaum aus der Mecklenburger Gewerkschaftsbewegung kannte, SAPMO SgY 30/1423 Ernst Goldenbaum.

276 Falsch sind Angaben, wonach er 1952–1960 Mitglied des PV der DBD und von 1952–1960 Vorsitzender des BV der DBD Magdeburg gewesen sein soll, so in Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 110 und bei Reichelt, Blockflöte, S. 378. Ende 1958 legte Gräfe alle Partei- und öffentlichen Funktionen nieder. Die DBD verweigerte ihm die sonst übliche Hilfe bei einer Stellensuche, gewährte ihm nur Überbrückungsgeld. Der Grund für sein Ausscheiden und die harsche Behandlung ist unklar. ACDP VI-052-0321, Protokolle Sitzungen des Präs. des PV, 14.9. und 3. 12. 1958.

277 Pech (9. 4. 1912–20. 5. 1980), geb. in Schnogrow als Sohn einer Arbeiterfamilie. Sein Vater war Ziegler. Nach der Volksschule begann er eine Lehre als Melker. 1945 wurde er Neubauer, 1948 trat er der DBD bei; 1950–52 Landrat des Kreises Angermünde, 1952/53 stv. Vors. des RdB Frankfurt(O), 1951–63 Mitgl. des DBD-PV, 1955–63 Mitgl. seines Präsidiums, 1953–55 Mitgl. des Sekr. des DBD-PV, 1977 stv. Vors. des Parteischiedsgerichts, 1954–58 Mitgl. der Länderkammer, 1954–63 Abg. des Bezirkstages Frankfurt(O), Mitgl. des VdgB-ZV, zeitweise Präs. Mitglied, Leiter einer Inspektorengruppe in Frankfurt(O) und Mitarbeiter beim DBD-PV, Präs. Mitgl. der Volkssolidarität. Angaben nach ACDP VI-052-0017, Zusammensetzung des PV 1960; Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 253. Reichelt, Blockflöte, S. 97.

ersten Schritte zur landesweiten Gründung. Anfangs wurde er daher als Landesvorsitzender gehandelt, bald aber verschwieg man seinen Beitrag systematisch[278].

Friedländer kam am 17. Juni 1917 in der hinterpommerschen Stadt Kolberg zur Welt. Er wuchs im Dorf Schulzenhagen im Kreis Köslin auf[279]. Seine Eltern bewirtschafteten ein 130 ha großes Rittergut[280]. Die Familie war protestantischer Konfession, der väterliche Teil war in den 1830er Jahren vom jüdischen zum christlichen Glauben konvertiert[281]. Friedländer besuchte ab 1925 ein humanistisches Gymnasium in Kolberg, das er als Unterprimaner verließ, um im Oktober 1934 eine halbjährige Ausbildung auf einer Handelsschule aufzunehmen. Danach begann er eine landwirtschaftliche Lehre, die er 1937 mit der Gehilfenprüfung abschloß. Einer kurzen Dienstzeit beim RAD folgten Einsätze in der Wehrmacht, bis er 1940 aufgrund seiner in NS-Kategorien „rassischen" Herkunft als Obergefreiter, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, entlassen wurde[282]. Bis Ende 1944 lebte er auf dem väterlichen Rittergut[283]. Schließlich ereilte ihn die unmittelbare Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime, das ihn in Zwangsarbeitslager preßte. Seine Eltern flohen vor der anrückenden Roten Armee; sie lebten nach 1945 im westlichen Norddeutschland. Am 16. April 1945 wurde er von amerikanischen Truppen befreit. Da eine Rückkehr ins weitgehend zerstörte Kolberg unmöglich war, meldete er sich beim Landratsamt Wismar. Dort wurde er seinen Kenntnissen entsprechend zur Erntearbeit eingeteilt und Anfang 1946 mit dem Posten eines landwirtschaftlichen Beraters in Neukloster betraut. 1947 weitete er seine berufliche Tätigkeit in der VdgB aus. Seit April 1947 war er Kreiswirtschaftsberater der VdgB in Wismar, im Juli des gleichen Jahres wurde er zum Kreisvorsitzenden der VdgB gewählt. Fachlich kompetent, regional

---

278 Reichelt, Blockflöte, S. 17–25, geht zwar auf seine entscheidende Rolle bei der Gründung ein, blendet jedoch die neuralgischen Punkte aus.

279 Das Folgende nach BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer, Bl. 11–14, Personalbogen (Abschrift), 3. 8. 1950; Bl. 15, Lebenslauf (Abschrift), 2. 8. 1950. Manches auch in SBZ-Handbuch, S. 903 und Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 91. Lückenhafte Angaben, vermutlich um Friedländer zu decken, in ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Akt LV Mecklenburg: Personalpolitische Abt., Verwaltungsreform und Reorganisation der Partei Juli/August 1952.

280 Friedländer unterläßt in seinen Personalangaben 1950 die Präzisierung, daß sein Vater Rittergutsbesitzer war, bezeichnet ihn als „Landwirt"; er bestätigte dies telefonisch im Januar/Februar 2000. Da 1950 sogenannte Großbauern, unter die sein Vater nach SED-Kategorien fiel, bekämpft wurden, dürfte er dieses Detail bewußt verborgen haben. Nur seine parteiinternen Gegner erwähnten eine „große Landwirtschaft" und ein angebliches Samen- und Viehhandelsgroßgeschäft gegenüber dem MfS, siehe BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer, Bl. 61f., Bericht von IM „Mai" (= Beer), 4. 1. 1961.

281 Telefonische Auskünfte Friedländers, Januar/Februar 2000. Demnach falsche Angaben in der Charakteristik des MfS, 21. 12. 1951, BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer, Bl. 17f. Die auf einem Informantenbericht basierende Personenbeschreibung behauptet, Friedländers Vater sei Jude gewesen. Die Ausführungen in Bauer, Gründung, S. 297f., sind daher zu korrigieren.

282 BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer, Bl. 11–14, Personalbogen (Abschrift), 3. 8. 1950.

283 Ebd., Bl. 15f.

geachtet und ohne eine Funktion in der SED, die den gesteuerten Charakter der Gründung allzusehr offenlegen würde, empfahl er sich als Funktionär für die neuzugründende Bauernpartei.

Die Biographie Friedländers ist durch zwei Elemente gekennzeichnet, die ihn aus Sicht der SED suspekt erscheinen ließen. Friedländers Vater gehörte während der Weimarer Republik dem nationalkonservativen Lager an, nach 1945 schloß er sich der SPD an und war Anhänger Kurt Schumachers[284]. Hans-Joachim Friedländer trat zunächst in keine Partei ein; als die Vereinigungskampagne schon lief, wurde er im November 1945 Mitglied der SPD[285]. Seine SPD-Mitgliedschaft in Kombination mit seiner, wie es vorwurfsvoll immer wieder hieß, „großbäuerlichen"[286] sozialen Herkunft bewirkte, daß man ihn als Führungsfigur der DBD, kaum angeworben, schleunigst wieder fallenließ. Als ehemaliger Sozialdemokrat und Opfer nationalsozialistischer Verfolgung hatte der heimatvertriebene Sohn eines Rittergutsbesitzers keine Chance auf eine politische Führungsfunktion in der DBD.

Eine weitere Gründungsfigur in Mecklenburg, die die DBD aus dem zweiten Glied heraus aufbaute und dort blieb, war Adolf Giese (Jahrgang 1906), der in seiner Heimatstadt Neubrandenburg Kreisvorsitzender wurde[287]. Giese gehörte zum Netzwerk von frühen DBD-Funktionären, deren Verbindungen in die Zeit der Weimarer Republik zurückreichten. Er hatte die KPD im Landtag von Mecklenburg-Strelitz 1932/33 vertreten und kannte Goldenbaum aus dessen Funktionärstätigkeit für die KPD. Die aus seiner Sicht allzu erfolgreich verlaufende Werbeaktion für die DBD stürzte ihn in ein Dilemma, denn er verstand seinen Einsatz für die DBD 1948 in erster Linie als Parteiauftrag der SED, die er als seine eigentliche politische Heimat betrachtete.

Helmut Merke und seine Frau Else, 1919 bzw. 1920 geboren, gehören zur Generation der jüngsten Parteigründer[288]. Sie bauten den Kreisverband Stendal und die Partei in Sachsen-Anhalt mit auf. Mit einigen anderen Eheleuten nehmen sie in den fünfziger Jahren und danach die Stellung eines „Musterpaares" in der DBD ein. Beide entstammten bäuerlichen Familien und arbeiteten in der Landwirtschaft; bis 1945 traten sie politisch nicht in Erscheinung, ihnen fehlte der Stallge-

---

284 Ebd., Bl. 47, Bericht GI „Paul", 26. 9. 1957. Die Friedländer feindlich gesonnenen IM-Berichte kennzeichnen seinen Vater als immer schon überzeugten SPD-Anhänger. Über die nationalkonservative Ausrichtung informierte Friedländer telefonisch im Jan./Febr. 2000.

285 Vor der SED versuchte er seine politische Abstinenz bis dahin damit zu rechtfertigen, daß er angab, sich erst als Erwachsener parteipolitisch festlegen haben zu wollen; BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer, Bl. 15f., hier Bl. 15. In der DBD versuchte man diese SPD-Vergangenheit zu verschleiern, indem man in Personalbögen nur das Faktum einer SED-Mitgliedschaft nach 1945 anführte, das ja auch zutraf. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Karton LV Mecklenburg, Akt LV Mecklenburg: PPA, Verwaltungsreform und Reorganisation der Partei Juli/August 1952, Angaben zu Friedländer.

286 Vor allem einige IMs hatten sich darauf eingeschossen, wie z. B. Ernst-Walter Beer.

287 MdL, S. 363. Ebenso in MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Liste über die Kreisvorsitzenden der DBD Mecklenburg [1948]. Vgl. auch ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Karton LV Mecklenburg, Listen aus Landesvorständen, Stand 1950: Giese war 1950 im Parteischiedsgericht der DBD Mecklenburgs.

288 Die folgenden Daten nach Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1336f.

ruch der Arbeiterbewegung. Erst nachdem sie politische Schulungen durchlaufen hatten, schienen sie für Ämter qualifiziert. Helmut Merke, Unteroffizier der Wehrmacht, nahm während seiner Gefangenschaft in der Sowjetunion an Antifa-Schulungen teil; Else Merke, die im hinterpommerschen Stargard zu Hause war, wurde 1945 vertrieben und gelangte nach Stendal. Als Vertriebene mußte sie politische Zuverlässigkeit nachweisen. Nach Schulungen wurde sie 1950 Landesinstrukteurin des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD). Ihr Mann war zeitweise stellvertretender Landesvorsitzender der DBD. Helmut Merkes Einfluß in den Parteigremien stieg in den sechziger Jahren; erst ein Studium eröffnete ihm diesen politischen Karrieresprung. Um das Paar rankte sich der Mythos von LPG-Gründern, der ihnen einen gewissen Bekanntheitsgrad in der DDR verlieh[289].

Stefan Zagrodnik zählt zu den späten Gründern[290]. Erst im Januar 1949 wurde mit seiner Hilfe eine Ortsgruppe der DBD an seinem Wohnort Hirschfeld im sächsischen Kreis Freiberg ins Leben gerufen. Bis zu seinem Eintritt in die DBD war Zagrodnik nicht parteilich engagiert gewesen. Zagrodnik kam 1916 in Waldau bei Kassel zur Welt. Seine Eltern, ursprünglich in einem polnischen Dorf beheimatet, waren Landarbeiter auf Wanderschaft. Auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen ständig unterwegs, arbeiteten sie 1916 auf einem Rittergut nahe Kassel[291]. Von den zehn Kindern überlebten nur acht. Immerhin versuchte das Paar, den Kindern eine geregelte Schulbildung zu ermöglichen[292]. Die Familie zog häufig um, so in den Kreis Wurzen, später in die Gegend von Meißen. 1932 kehrte die Familie nach Polen zurück und konnte sich dort offensichtlich Land kaufen. Da sie kein weiteres Auskommen für den wohl noch unter 20jährigen Stefan sah, wurde er von Verwandten in Oppeln aufgenommen. Dort trat er als Lehrling in die Verwaltung des Landratsamtes ein. 1937 wurde er vom Dienst entbunden und kehrte zu seinen Eltern zurück. 1939 rückten Wehrmachttruppen in das polnische Gebiet ein; Zagrodnik wurde vom RAD dienstverpflichtet, 1940 von der Wehrmacht eingezogen. Am Angriff auf die Sowjetunion nahm er noch teil, dann folgten Zeiten der Verletzung und Krankheit, die er meist in Berliner

---

289 Sie gehörten zu den Aktivisten der Kollektivierung im August 1952. Vgl. dazu Helmut Merkes autobiographische Notiz: Dorftanz mit den Genossenschaftsbauern von morgen, in: Wie wir angefangen haben, S. 169–172. Er war bis 1984 Vorsitzender der LPG „7. Oktober" in Schenkenberg. Seine Frau gelangte in prestigeträchtige politische Ämter; sie war von 1953 bis 1986 Volkskammerabgeordnete und zeitweise Mitglied des Staatsrates.

290 Biographische Daten aus Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 2199, BStU MfS AIM 3189/63, Personalakte, Bl. 8f., BV MfS Dresden Abt. V-Ref. III, 22. 4. 1954, Vorschlag zur Anwerbung eines GI; Bl. 10–12, Lebenslauf, 17. 5. 1954; Bl. 35f., Auskunftsbericht HA V-Ref. III, 26. 9. 1961; Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 381.

291 Zur prekären Situation der Landarbeiter vgl. Winkler, Weg, S. 40f. Landwirtschaftliche Saisonarbeiter waren seit Juni 1929 von der Krisenfürsorge ausgeschlossen und damit meist auf Wohlfahrt angewiesen. Sie zählten zu den untersten Schichten des Proletariats. Ausdruck ihrer Notlage war eine überaus hohe Säuglingssterblichkeit unter den Landarbeiterkindern. Im Januar 1931 waren saisonbedingt allein 238358 arbeitslos, im Juli 102165.

292 Für Landarbeiterkinder war dies nicht selbstverständlich. Vgl. dazu Weiland, Lage.

Lazaretten zubrachte. Am 1. Mai 1945 geriet er in Schwerin in amerikanische Kriegsgefangenschaft[293].

Aus dem Bodenreformfond erhielten Zagrodnik und seine Frau rund 6 ha Land im sächsischen Hirschfeld im Kreis Freiberg. In seinem Verständnis spielten dieses Ereignis und die Erfahrung, daß er 1948 „mit Hilfe der Regierung" einen Neubauernhof aufbauen konnte, eine zentrale Rolle. Zagrodnik arbeitete seit 1946 im Ortsvorstand der VdgB mit, seit 1948 war er stellvertretender Bürgermeister, ab Herbst 1950 erster Bürgermeister. Unter seiner Mithilfe gründete man im Januar 1949 eine Ortsgruppe der Bauernpartei. Die Bindung an den Hof blieb nicht eng. Zagrodniks Aufstieg in der DBD begann mit der Teilnahme an den Verwaltungslehrgängen in Forst-Zinna. Bis Juli 1952 war er Kreissekretär in Meißen, danach Kadersekretär im Bezirksverband Dresden. 1954 verpflichtete er sich zur Zusammenarbeit mit dem MfS. Nach weiteren Stationen in den Bezirken kam er im Februar 1960 zum Apparat des Parteivorstandes, wo er für das MfS wertvolle Dienste leistete. Zagrodnik ließ seine ärmliche Kindheit hinter sich[294] und bemühte sich um sozialen Aufstieg, zunächst via Verwaltung und Partei, später auch über eine Verpflichtung[295] und langjährige inoffizielle, dann auch offizielle Tätigkeit für das MfS.

4. Das Parteiprogramm

Zwischen den ersten programmatischen Überlegungen und der offiziellen Verabschiedung eines Parteiprogrammes auf dem 1. Parteitag der DBD in Mühlhausen 1949 verstrich ein Jahr. Unmittelbar nach der Landesgründungsversammlung der DBD in Mecklenburg am 29. April 1948 begann eine Gruppe mit der Ausarbeitung programmatischer Grundsätze. Zu ihr zählten nachweislich Ernst Goldenbaum und Paul Reder, höchstwahrscheinlich auch Hans-Joachim Friedländer[296].

Der Entwurf unterstrich eingangs den „demokratischen Weg", den Deutschland künftig gehen müsse. Daran anschließend hob er die Bodenreform hervor, die „selbständige Bauern auf eigenem Grund und Boden" anstelle von Junkern und Großgrundbesitz geschaffen habe. Auffälligerweise war als Klientel der Par-

---

[293] Das Faktum der amerikanischen Kriegsgefangenschaft verschwieg er in seinem Lebenslauf; das MfS war dennoch darüber informiert. BStU MfS AIM 3189/63, Personalakte Zagrodnik, Auskunftsbericht HA V/3, 26. 9. 1961, Bl. 35–38, hier Bl. 35.

[294] Auffälligerweise enthält sein Lebenslauf mehr Aussagen zur Zukunft seiner Schwiegereltern in Polen – die politisch angepaßt sehr rosig geschildert wird – als zum Verbleib seiner eigenen Familie. Eine seiner Schwestern war wie er in Hirschfeld ansässig und dort mit dem DBD-Ortsvorsitzenden verheiratet.

[295] BStU MfS AIM 3189/63, Personalakte Zagrodnik, Bl. 16, Verpflichtungserklärung, 30. 4. 1954.

[296] Vgl. eine als „Entwurf" überschriebene Fassung der „Grundsätze und Forderungen" der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, undatiert, sicher vor 28. 5. 1948 verfaßt, MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 62–65. Goldenbaum sprach am 28. 5. 1948 in Brandenburg/Havel von mehreren vorangegangenen Entwürfen. ACDP VI-052–0001/b, Protokoll Sitzung der Landesgründungsausschüsse, 28. 5. 1948, S. 9.

tei weder von Alt- noch von Neubauern die Rede; die Partei gab sich vielmehr nach außen als „selbständige Partei der fortschrittlichen Bauern" zu erkennen[297]. Wie diese nicht SED-konforme Formulierung fiel in späteren Fassungen auch die Forderung weg, die eine „gerechte Festlegung des Ablieferungssolls für jede einzelne Bauernwirtschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit" und eine „Differenzierung durch die Bauern im Dorfe selbst" vorsah. An diesem Punkt werden vor allem die sowjetischen Besatzungsbehörden Anstoß genommen haben. Sie wollten das landwirtschaftliche Erfassungswesen aufs genaueste regulieren und waren daher mit solchen autonomen Praktiken keinesfalls einverstanden. Der Entwurf schloß mit einem gesamtdeutschen Bekenntnis und lag damit ganz auf der Linie eines entsprechenden Beschlusses des Zentralsekretariats der SED[298].

Auf der als „intern" eingestuften Sitzung der Landesgründungsausschüsse in Brandenburg/Havel am 28. Mai 1948 hielt Goldenbaum ein Grundsatzreferat zu „Zweck und Ziel der deutschen [!] demokratischen Bauernpartei"[299]. Goldenbaum reklamierte für die DBD eine weitgefaßte politische Geltung, die über die Ziele einer berufsständischen Interessenpartei hinausging. Diese Reichweite der Partei unterschied sich erheblich von jener, die in später formulierten und von der SED redigierten offiziellen Dokumenten nachzulesen war[300]. Außerdem stellte er die vorgelegten „Grundsätze und Forderungen" zur Diskussion. Angeblich sollte ein Meinungsbild darüber hergestellt werden, ob Vertreter anderer Länder mit dieser Grundlinie einverstanden seien. Es ist unwahrscheinlich, daß die Länderdelegationen über ein so weitgehendes Mitspracherecht verfügten, um programmatische Vorgaben von SMAD und SED zu verändern. Bei den Länderdelegationen konnte jedoch der Eindruck entstehen, als sei ihre Einschätzung tatsächlich gefragt. Diese frühe Fassung gelangte nie an die Öffentlichkeit. In höherem Maße als andere Fassungen war sie von den Vorstellungen der mecklenburgischen Parteigründer beeinflußt. Im folgenden sei vor allem ihre Differenz zur allerersten Fassung wie zum späteren offiziellen Programm herausgestellt.

Stärker als in der vorhergehenden Variante hob die Fassung vom 28. Mai darauf ab, den Anteil der Stadt, respektive der Arbeiterschaft an der Entmachtung der Junker und beim wirtschaftlichen Neuaufbau hervorzukehren. Nur wenn Arbeiter und Bauern „zusammen schreiten" würden, sei Friede und Demokratie möglich. Diese Veränderung dürfte auf Eingriffe der SED zurückgehen. Offenbar gestalteten die für die Bauernpartei abgestellten SED-Funktionäre um Goldenbaum eine zu eigenständige Programmatik für ihr neues Projekt. Erst diese Fassung enthält das Stichwort „Umsiedler", die im Zuge der Bodenreform Bodeneigentum erhalten hätten. Neben die Absicherung der Bodenreform in der SBZ trat die Forderung, diese auf ganz Deutschland auszudehnen. Ein Bekenntnis zum Programm des Deutschen Volkskongresses und damit zum gesamtdeutschen Staat fehlte auch

---

[297] MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Entwurf „Grundsätze und Forderungen" der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Bl. 62–65, hier Bl. 63.
[298] Ebd., hier Bl. 65; SAPMO DY 30 IV 2/2.1/196, Protokoll ZS, 8. 5. 1948, Bl. 1.
[299] ACDP VI-052-0001/b, Protokoll Sitzung der Landesgründungsausschüsse, 28. 5. 1948, S. 2 ff.
[300] Ebd., S. 4.

nicht. Eine neu eingefügte Passage betonte die Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen volksdemokratischen Ländern. Weiter unterstrich man die Zusammenarbeit mit allen antifaschistisch-demokratischen Parteien und versprach, die VdgB und die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu unterstützen. Auf diese „Grundsätze" aufbauend, erhob man eine Reihe von „Gegenwartsforderungen":

1. Bauern sollten stärker in allen Verwaltungsorganen und Parlamenten vertreten sein. Bürokratismus wolle man beseitigen und „für die Ausmerzung der oft als ‚Fachleute' getarnten hemmenden Kräfte, insbesondere in den landwirtschaftlichen Abteilungen, sorgen"[301].

2. Bauern sollten an der Erstellung einer gerechten Differenzierung und einem gerechten Ablieferungssoll mitwirken und bei der Aufstellung der Anbaupläne beteiligt werden – diese also nicht mehr selbst erarbeiten, wie in der früheren Fassung noch gefordert.

3. Man trat für einen schnelleren Aufbau der Landwirtschaft auf der Grundlage „produktiver Bauernwirtschaften" ein, die im Privateigentum der Besitzer bleiben sollten. Darunter verstand man explizit den Einsatz von Technik via Ausbau der Maschinenausleihstationen, eine Förderung der Tierzucht und die Abgabe von Vieh an Neubauernwirtschaften, eine bessere Versorgung mit Düngemitteln und den Bau von Neubauernhäusern.

4. Die Kultur auf dem Dorfe sollte „gehoben" werden. Daher plädierte man für eine Schulreform und den Ausbau des Berufs- und Fachschulwesens für bäuerliche Jugendliche. Ihnen sollten auch Universitäten offenstehen. Zusammen mit anderen Parteien und Organisationen wollte man sich für soziale und kulturelle Gemeinschaftseinrichtungen für Frauen und Jugendliche einsetzen.

5. Schließlich bekannte man sich dazu, werktätige Bauern und Landarbeiter vor „Ausbeutung" und „Wucher" zu schützen. Diese neue Forderung ging konform mit sowjetischen Bemühungen um ein Landarbeiterschutzgesetz, die ebenfalls im Sommer 1948 einsetzten. Bodenspekulation sollte durch ein staatliches Vorkaufsrecht zugunsten Landarmer und Umsiedler verhindert werden. Die alten, noch laufenden Siedlerverfahren sollten auf der Grundlage einer tragbaren Rente reguliert werden. Weiter trat man für ein einheitliches Erbrecht unter Gleichberechtigung der nachgeborenen Kinder, also für eine Realteilung, ein. Am Ende betonte auch diese Fassung, daß die DBD keine Partei der Berufsinteressen sei.

Neu im Vergleich zur früheren Fassung war eine präzisere Ausrichtung auf die Klientel der Neubauern. Die Partei stehe zwar „offen für alle aufbauwilligen Bauern, vor allem aber für die vielen Neubauern, die ehrlich und gewissenhaft, getragen vom Pflichtgefühl für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands eintreten."[302]

---

[301] Folgende wörtlichen Zitate ebd.

[302] ACDP VI-052-0001/b, Grundsätze und Forderungen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, rückdatiert auf April 1948. Für eine Rückdatierung nach der Diskussion sprechen folgende Indizien: Der Diskussion am 28. Mai 1948 zufolge erwähnte die vorgelegte Fassung die Frauen nicht eigens. Da dies bemängelt wurde, kam man überein, Frauen wie Jugend gesondert anzusprechen. Da die Frauenthematik in dieser überliefer-

Die „Grundsätze und Forderungen" standen auf der ersten Zonenvorstandssitzung am 25. Juni 1948 nochmals zur Debatte. Allerdings fehlten zu diesem Termin DBD-Vertreter aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. Herbert Hoffmann nannte für den Landesverband Thüringen eine Reihe von Änderungsvorschlägen[303]. Diese bezweckten, die Akzeptanz der Bauernpartei unter der altbäuerlich dominierten ländlichen Bevölkerung Thüringens zu erhöhen. Deshalb schlug er vor, das Wort „Sowjetunion" im Absatz über die freundschaftlichen Beziehungen zu streichen und durch „demokratische Kräfte" zu ersetzen. Vor allem aber kritisierte er die herausgehobene Rolle der Neubauern im Programm. Goldenbaum erläuterte in ausführlichen, nicht protokollierten Worten, warum eine Änderung ausgeschlossen sei. Nur für die thüringische Ausgabe der Grundsätze und Statuten billigte man jedoch eine Änderung, die der landwirtschaftlichen Struktur Thüringens angepaßt war[304]. Diese Variante dürfte auch der Stärke der bürgerlichen Parteien in Thüringen geschuldet gewesen sein, die einer dezidierten Neubauernpartei das Wasser abgegraben hätten.

Erstmals standen auch die Statuten zur Debatte[305]. Als Änderung wurde vorgeschlagen, daß jeder Staatsbürger Mitglied der DBD werden könne. Das hätte die politische Reichweite der Bauernpartei erheblich erweitert. Mit der Durchführung der ersten Zonenkonferenz wollte man abwarten, bis die Zeitung der Bauernpartei erschienen sei[306].

Nach diesen Beschlüssen der sich konstituierenden Bauernpartei griff die SED nachweislich, die SMAD höchstwahrscheinlich erneut in das Programm der Bauernpartei ein[307]. Obwohl der geschäftsführende Ausschuß der Bauernpartei noch am 11. Juli 1948 festgelegt hatte, für die Zonenkonferenz eine Mappe vorzubereiten, die die erste Nummer der künftigen Zeitung, die Statuten und die Grundsätze und Forderungen enthalten solle[308], wurde auf der Zonenkonferenz nicht darüber diskutiert oder abgestimmt[309]. Über diese Vorgehensweise berichteten Mitarbeiter der SED-Abteilung Landwirtschaft an Paul Merker sehr beruhigt; bis zur endgültigen Verabschiedung von Programm und Statut auf dem 1. Parteitag

---

ten Variante bereits auftaucht, muß es sich um eine Variante handeln, die nach der Sitzung vom 28. Mai überarbeitet wurde.

303 ACDP VI-052-0141, Protokoll Zonenvorstandssitzung, 25. 6. 1948.

304 Ebd.; statt „Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands steht offen für alle aufbauwilligen Bauern, vor allem aber für die vielen Neubauern" genehmigte man für Thüringen die Formulierung „Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands steht offen für alle aufbauwilligen Bauern sowie Neubauern".

305 Man gab vor, daß die Statuten vor Genehmigung auf Landes- und Kreiskonferenzen debattiert werden sollten. Eine Frühfassung des Textes der Statuten konnte in den Akten nicht nachgewiesen werden.

306 ACDP VI-052-0141, Protokoll Zonenvorstandssitzung, 25. 6. 1948. Ursprünglich war für die Zonen- oder Parteikonferenz der 10. 7. 1948 vorgesehen, als späterer Termin dann der 17. 7. 1948.

307 In Thüringen vermuteten VdgB-Kreise, daß die Besatzungsmacht den Schutz des bäuerlichen Eigentums aus dem Programm gestrichen habe, und das Programm in enger Abstimmung von SED und SMAD entstanden sei. SAPMO NY 4090/507, Bl. 1, Schreiben der Abt. Werbung, Presse, Rundfunk des ZS der SED an Grotewohl, 30. 6. 1948.

308 ACDP VI-052-0519, Sitzung geschäftsführender Ausschuß, 11. 7. 1948.

309 ACDP VI-052-0002, Protokoll der ersten Parteikonferenz, 16./17. 7. 1948.

1949 habe man nun ausreichend Gelegenheit, einige Verbesserungen vorzunehmen, insbesondere bezüglich der Abgrenzung der aufzunehmenden Mitglieder[310]. Schon am 7. August 1948 bestätigte der Parteivorstand die Statuten in neuer Fassung[311].

Die unmittelbar nach der ersten Parteikonferenz im „Bauern-Echo"[312] veröffentlichte Fassung des Programmes zeichnet sich durch die Diskreditierung sogenannter „Fachkräfte in den Verwaltungen" aus. Man zielte damit auf Angehörige bürgerlicher Parteien sowie jene, die während des Nationalsozialismus als Funktionäre des Reichsnährstandsapparates eine Entscheidungsposition innegehabt hatten, und die in der SBZ aufgrund ihrer Fachkompetenz nicht ohne weiteres zu ersetzen waren. Dahinter stand auch das Motiv, das Selbstvertrauen der Neubauern gegenüber den eingesessenen altbäuerlichen Kreisen zu heben. Vehement polemisierte man auf DBD-Versammlungen gegen die professionell ausgebildete Gruppe ehemaliger Gutsverwalter oder Lehrherren[313]. Der berufliche Ausbildungsstand auf den großen landwirtschaftlichen Gütern Ostelbiens war höher als andernorts, auch die Arbeitsabläufe folgten betriebswirtschaftlich moderneren Gesichtspunkten[314]. Die SED verfolgte hier, gestützt auf die SMAD, eine Politik der teilweisen Entprofessionalisierung mit dem Ziel des Elitenaustauschs[315]. Die fachlich gebildete Führungsschicht sollte einer neuen Elite weichen, die sich vorrangig durch Nähe zu den Vorgaben von SED und SMAD und weniger durch Berufskompetenz auszeichnen mußte. Die antinazistische Stoßrichtung wurde dazu benutzt, die wirtschaftlich kontraproduktiven Folgen des Elitenaustauschs zu legitimieren.

Berücksichtigt man, daß die Grundsätze und Forderungen überhaupt nur einmal, am 18. Juli 1948, im „Bauern-Echo" veröffentlicht wurden, ansonsten offenbar nicht als Massendruckware zugänglich waren, so präsentierte sich die DBD 1948 kaum als dezidierte Programmpartei[316]. Dies hat die Chancen zur Mitgliederrekrutierung eher verbessert als verschlechtert. Da der Mitgliederwerbung im Dorf meist ein Gespräch vorausging, konnte ein Parteiredner unabhängig vom Programm flexibel auf die jeweilige Situation vor Ort eingehen. Je nach Bedarf bot sich die Chance, stärker die Garantie des Privateigentums bis 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche zu betonen[317], die in altbäuerlichen Gegenden mit Zuspruch rechnen durfte, oder in Neubauerndörfern die Hilfe für ebensolche hervorzukehren. Die Ausformulierung eines Programmes ist 1948 höchstwahr-

---

310 SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 62, Aktenvermerk für Paul Merker, 22. 7. 1948.
311 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 7. 8. 1948.
312 „Bauern-Echo", 18. 7. 1948.
313 Vgl. Wortbeiträge auf der Konferenz der Landesgründungsausschüsse in Brandenburg/Havel, 28. 5. 1948, ACDP VI-052–0001/b, oder auf der ersten Parteikonferenz am 16./17. 7. 1948 in Schwerin, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg.
314 Vgl. Klemm, Agrarwissenschaften; Heß, Junker.
315 Vgl. mit Beispielen aus Brandenburg Bauerkämper, Loyale „Kader".
316 MLHA LV VdgB Mecklenburg, 5, Sitzung des engeren Vorstandes des LV VdgB, 20. 9. 1948.
317 Über diese Größenordnung sprach Goldenbaum auf der ersten Parteikonferenz am 16./17. 7. 1948, ACDP VI-052–0002.

scheinlich von der SED mit Unterstützung der SMAD verhindert worden. In der DBD arbeitete man allerdings auch nach der ersten Parteikonferenz an programmatischen Vorschlägen zu den Forderungen und Grundsätzen[318].

Gegenüber der Zielgruppe der ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter den Bauern legte die DBD besonderes Fingerspitzengefühl an den Tag. Einfache ehemalige Parteigenossen wollte man nicht durch penetrante Fragebögen von einem Parteieintritt abschrecken. Von Funktionsträgern in Landes- und Kreisvorständen verlangte man hingegen detaillierte Angaben zu vorherigen Parteimitgliedschaften; dabei dürften Informationen zum Engagement in der NSDAP und ihren Gliederungen im Mittelpunkt gestanden haben[319].

In der Anfangszeit überschätzte man in der DBD die Reichweite der eigenen Forderungen maßlos. So äußerte Goldenbaum im August 1948, daß sich die Landwirtschaft in der SBZ durch ihr Festhalten am Ausbau des Anbauplanes und eine allmähliche Abkehr vom Ablieferungszwang auf einen freien Markt hin entwickle. In den Westzonen hingegen herrsche eine Zwangswirtschaft, der immer mehr eine Agrarkrise drohe, da man sich vom Plananbau abkehre, aber einen Ablieferungszwang beibehalte[320].

Neben diesen veröffentlichten Grundsätzen stehen programmatische Äußerungen der Gründergruppen. Sie zeigen die Motive derjenigen auf, die frühzeitig zur Bauernpartei stießen. Die verschiedenen Landesgründungsversammlungen griffen die nationalsozialistische Agrarpolitik und den Reichsnährstand an. Im Sinne dieses antifaschistischen Selbstverständnisses forderten Funktionäre wie Delegierte eine Fortführung der Entnazifizierung in den Verwaltungen und ein Realteilungsrecht. In Verkennung der eigenen Position wunderten sich viele darüber, warum die Bauernpartei noch nicht sämtliche Gebäude des Reichsnährstandes erhalten habe. Außerdem verlangte man gegen die Praxis der Handwerker vorzugehen, nur gegen naturale Kompensationen bei Bauern arbeiten zu wollen[321]. Welch überzogene Hoffnungen viele Gründungsmitglieder mit der neuen Partei verknüpften, und wie sehr sie das politische Gewicht der DBD verkannten, geht aus dem Sammelsurium an Forderungen hervor, die auf der ersten Parteikonferenz am 16./17. Juli 1948 vorgebracht wurden[322]. Ernst Rummel und Paul Reder reklamierten politische Schulungen für die Bauernschaft, der fachliche Part sollte der VdgB vorbehalten bleiben. Friedrich Martin mahnte eine Steuerreform und die Anpassung der Sozialabgaben an. Hoffmann kündigte für den LV Thüringen an, bald weitere Ergänzungen zu den „Forderungen und Grundsätzen" einzureichen.

---

318 Vgl. Redebeitrag Hoffmanns, Thüringen, auf der 1. Parteikonferenz, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg.

319 ACDP VI-052–0141, Protokoll Zonenvorstandssitzung, 25. 6. 1948. Ein entsprechender Fragebogen („Sind Sie in der Ausführung ihrer staatsbürgerlichen Rechte beschränkt?") war offensichtlich nur für Funktionsträger gedacht.

320 ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Zonenvorstandssitzung (d.i. Parteivorstandssitzung) am 26. 8. 1948.

321 So Reder am 29. 4. 1948 auf der Landesgründungsversammlung der DBD in Schwerin ACDP VI-052–0001/a.

322 Folgende Beispiele aus der Diskussion auf der 1. Parteikonferenz am 16./17. 7. 1948, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg.

Die programmatische Formierung war 1948 nach außen hin noch flexibel. Nur mit großer Mühe und unter direkter Einflußnahme von SED und höchstwahrscheinlich auch der SMAD verständigte man sich auf ein Minimalprogramm. Bei den Funktionären und Mitgliedern blieb jedoch der Eindruck zurück, das Programm mitgestalten zu können. Diese programmatische Offenheit hat die Attraktivität der DBD 1948 gesteigert.

5. Reaktionen in SED, VdgB und den bürgerlichen Blockparteien

Die Gründung von zwei neuen Blockparteien stärkte insgesamt die Position der SED, besonders im seit Anfang 1948 verschärften Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien. Eine Arena der Auseinandersetzung war der zentrale Block, der zu dieser Zeit paralysiert war. Dort kollidierten die Parteien wegen der zunehmenden Aushöhlung der verfassungsrechtlich garantierten Kompetenzen der Landtage durch zusätzliche legislative Rechte der DWK, die die Landesparlamente zu ausführenden Organen degradierten. Kommunal- und VdgB-Wahlen waren ursprünglich für das Jahr 1948 vorgesehen. Daher stritt man um die Wählergunst und um die Besetzung von Ministerposten[323].

Auf der anderen Seite führte die Gründung der Bauernpartei der SED deutlich vor Augen, wie sehr sie in der Parteiarbeit auf dem Land bisher versagt hatte. Dies einzugestehen, fiel einer Reihe von SED-Funktionären schwer. Besonders in den SED-Landesverbänden waren die Reaktionen auf die DBD-Gründung keineswegs einhellig positiv. Es verwundert daher nicht, daß die SMAD mit der von der SED eingeforderten Unterstützung für die DBD unzufrieden war. Tjulpanow warf der SED im Herbst 1948 vor, sie fördere die neuen Parteien zu wenig[324].

Die unmittelbaren Reaktionen in der SED auf die Gründung der DBD waren widersprüchlich. Zum einen mußte die SED auf Geheiß der SMAD die Gründung und Entwicklung personell und organisatorisch stützen, oft erst in Gang bringen[325]. Häufig war es nötig, grundsätzliche Bedenken von Funktionären im Dorf auszuräumen und die auf lange Sicht erheblichen Vorteile zu erklären. Zu Beginn neigten Genossen auf dem Land oftmals dazu, die offiziellen Verlautbarungen zur Bauernpartei allzu wörtlich auszulegen und gingen dazu über, SED-Ortsgruppen kurzerhand aufzulösen und dafür eine DBD-Gruppe zu gründen[326]. Andererseits mußte die SED der Tendenz entgegenwirken, daß die neuen DBD-Mitglieder, ins-

---

[323] Vgl. Rede Kurt Bürgers zur Parteiarbeit der SED, MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Bl. 29–32.

[324] So berichtete Otto Buchwitz im Sekretariat der LL Sachsen. SStAD BPA SED LL A/784, Protokoll Sekretariatssitzung, 10. 11. 1948, Bl. 33.

[325] Vgl. SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 36, Auszug aus den Kreismonatsberichten September über die Gründung der Demokratischen Bauernpartei. MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 26, Aktenvermerk 18. 6. 1948 über Bericht Adolf Gieses.

[326] Über solche Vorgänge in Mecklenburg berichtet wiederholt Kurt Bürger. MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Bl. 29–32.

besondere die Überwechsler aus den eigenen Reihen, zu Renegaten gestempelt wurden und eine Zusammenarbeit mit dem neuen Bündnispartner kaum möglich war[327]. Für die Verhältnisse in den Dörfern war es dabei nicht unerheblich, daß diese gestörte Beziehung oft über Jahrzehnte hinweg trotz Mahnungen der Parteileitungen unverändert blieb. Ungeachtet eines Programmes, das zweifellos die Ziele und Vorherrschaft der SED stützte, galt der Wechsel zur DBD als bewußte Entscheidung gegen die SED. Wenn SED-Funktionäre spürten, daß die Neulinge an den Machtverhältnissen vor Ort zum eigenen Nachteil rüttelten, schritten sie umgehend gegen die Gründung ein[328].

Ulbricht äußerte sich kurz nach der Wismarer Aktivistentagung am 21. April 1948 vor den Innenministern zur Forderung nach einer Bauernpartei. Der Tenor seiner Ausführungen bewegte sich zwischen leichter Abschätzigkeit und der Zuversicht, die SED werde es schaffen, diese Bewegung so zu instruieren, daß sie sich „fortschrittlich" entwickle; denn davon könnten die Sozialisten nur profitieren[329]:

„Diese Bauern wollen politisch auftreten. Bisher war ein Teil von ihnen in der SED, ein Teil in der CDU und wenige in der LDP organisiert. Wenn diese Bauern politisch auftreten wollen, um ihre Interessen besser vertreten zu können, können wir garnichts dagegen haben. Jedenfalls ist es besser, als wenn sie für die CDU stimmen. Aber ob im Ergebnis dieser Entwicklung diese Bauern wirklich fortschrittliche Interessen vertreten, hängt von Euch ab. Die objektiven Voraussetzungen sind vorhanden, daß wir die Bauern auf diesen Weg bringen können. Es gibt keine objektiven Hindernisse. Die Mecklenburger haben recht, wenn sie unterstrichen haben, daß es sich nur um eine Organisation handeln kann [zuerst: handelt], die unter Führung der kleinen Bauern steht."

Auf der Landesvorstandssitzung der SED Mecklenburg äußerte sich Kurt Bürger zur Bauernpartei: „Wir können und wollen nicht dagegen auftreten, weil wir die Verfassung hochhalten und uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollen: Also doch SED-Diktatur, doch ein [Ein-]Parteiensystem. Wenn wir nicht gegen die Bauernpartei sind, so bedeutet das aber nicht, daß wir sie auf Kosten unserer Partei fördern."[330] Er bekräftigte diese Einschätzung für das weitere Vorgehen anläßlich der 10. Tagung des SED-Parteivorstandes am 12./13. Mai 1948[331]. Bürger gab als Strategie vor, gerade jetzt eine verstärkte Werbung für die SED auf dem Land durchzuführen. Dort wo die Bauernpartei aber im Ort bestehe und parteilose Mitglieder werbe, „haben unsere Genossen die verdammte Pflicht und Schuldig-

---

[327] Ebd. So auch in Sachsen, SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 31 f., Mitteilung Abt. LW an Sekretariat, 3. 11. 1948, und in Thüringen, ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948, Redebeitrag Hoffmann. MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 42 f., Beschwerde über das Verhalten der SED-Orts- und Betriebsgruppe Sternberg, 7. 7. 1950.

[328] Ebd., Bl. 15, undatiert, aufgrund des Aktenzusammenhangs wahrscheinlich Juni/Juli 1948. Berichtauszüge zur Überprüfung der OG Neu-Penzlin.

[329] SAPMO DY 30 IV 2/13/109, Rede Ulbrichts auf Innenministerkonferenz, 21. 4. 1948, Bl. 213–238, hier Bl. 234 f.

[330] MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Rede Bürgers Bl. 29–32, Zitat Bl. 30.

[331] Entscheidungen, S. 105–107.

keit von vornherein in ein gutes Verhältnis zu diesen Leuten zu kommen"[332]. Im Idealfall sollte man nach Bürgers Worten die Gründung der Bauernpartei in erster Linie in solchen Dörfern durchführen, wo CDU und LDP noch nicht Fuß gefaßt hatten, zumal die bürgerlichen Parteien aufgrund eines neuen Befehls von Marschall Sokolowski zur Gründung eigener Ortsgruppen keine besondere Genehmigung mehr brauchten. Erst in zweiter Linie solle man DBD-Ortsgruppen in Dörfern mit hohem Anteil bürgerlicher Parteien ins Leben rufen, um ihnen Mitglieder abzujagen. Diese Taktik schlug oft fehl, weil die DBD-Werbung gerade unter den SED-Mitgliedern sehr erfolgreich war[333]. Deshalb ging man dazu über, die Gründung der DBD dort zu forcieren, wo bereits Grundeinheiten der bürgerlichen Parteien bestanden[334]. Gewisse persönliche Ressentiments gegenüber der Bauernpartei konnte Bürger trotz aller Bemühungen nicht verbergen. Diese rührten daher, daß er die Gründung der neuen Parteien in Kontinuität zu dem fehlgeschlagenen und von der SED wenig geliebten Ansinnen der SMAD sah, die SPD in der SBZ wieder zuzulassen[335].

Erst am Tag nach der offiziellen Zulassung der DBD am 16. Juni 1948 veröffentlichte die SED im „Neuen Deutschland" eine parteiamtliche Stellungnahme[336]. Die dort formulierte abwartende Haltung ist nicht verwunderlich, denn die SED mußte die Neuschöpfungen von dem Verdacht zu befreien suchen, eng in ihrem Schlepptau zu stehen. Bezeichnend ist die gezielte Abgrenzung von den Neulingen: Die SED begnüge sich nicht damit, neue Kräfte dem demokratischen Aufbau zuzuführen, nur sie allein verwandle ihre Mitglieder in Sozialisten.

Weitaus distanzierter gegenüber der Bauernpartei als in Mecklenburg verhielt sich der sächsische SED-Landesverband. Neben SED-Funktionären begegneten in Sachsen auch Industriearbeiter[337] und einfache Mitglieder der DBD feindlich[338]. Dies hing auch mit der anderen Wirtschafts- und Sozialstruktur Sachsens zusammen, wo nur 2,5% aller SED-Mitglieder zur Gruppe der Bauern zählten, aber über 50% zur Industriearbeiterschaft[339]. Im SED-Landessekretariat nahm

---

[332] MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Rede Bürgers Bl. 29–32, hier Bl. 31.

[333] Vgl. MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 26, Aktenvermerk zu Giese, 18. 6. 1948, Bl. 27 Bericht eines Kreisrates zu Giese, 9. 6. 1948.

[334] In Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen wurde zumindest 1948 der Einbruch in das Rekrutierungsfeld der bürgerlichen Parteien vehement versucht. Reinert vermutet, daß die Gründung der DBD in Brandenburg vorrangig in Orten mit hoher Präsenz der bürgerlichen Blockparteien erfolgte. Reinert, Parteien, S. 125; siehe für Mecklenburg MLHA BPA Schwerin IV/L/2/13/624, Bl. 27, Bericht eines Kreisrates zu Giese, 9. 6. 1948; für Sachsen vgl. SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 31 f., Mitteilung Abt. LW an Sekretariat, 3. 11. 1948.

[335] Vgl. Bürger in MLHA BPA Schwerin IV/2/1/27, Protokoll Landesvorstandssitzung SED, 24. 5. 1948, Bl. 29.

[336] Neues Deutschland, 17. 6. 1948.

[337] So ein Sonderinformationsbericht des LV der SED Sachsen am 13. 9. 1948, SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 41–45, hier Bl. 41 f.

[338] Vgl. z. B. Diskussion im Sekretariat LV SED Sachsen, SStAD BPA SED LL A/782, Bl. 83, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1948.

[339] Entscheidungen, Tabelle 8, soziale Zusammensetzung der SED in den einzelnen Ländern 1948.

man die DBD-Gründung zum Anlaß, an die abschreckenden Beispiele von Bauernparteien in den osteuropäischen Nachbarstaaten zu erinnern[340]. Diese sammelten dort vielfach gegnerische Kräfte und versuchten, kommunistische Positionen zu unterlaufen. Erst nach Hilferufen der DBD und Aufforderungen der SMA verpflichtete sich die sächsische SED im Herbst 1948 zu massiverer Unterstützung für den Aufbau des DBD-Landesverbandes[341]. Absichtlich zeichneten die Berichte der Abteilung Landwirtschaft der SED Sachsens, die nach Berlin gingen, ein positiveres Bild über die Entwicklung der DBD als die DBD-interne, hier zuverlässigere Berichterstattung. Letzterer zufolge mußte Anfang November eine „enge Zusammenarbeit und ständige Verbindung" mit einer Reihe von Stellen erst hergestellt werden. Dies war auch auf Versäumnisse der SED zurückzuführen[342].

Die SED beschloß ihrerseits auf der 10. Parteivorstands-Tagung im Mai 1948, die eigene Mitgliederwerbung zu verstärken[343]. Im Unterschied zur Rekrutierungspraxis der DBD fällt dabei auf, wie sehr die SED im Dorf auf in jeder Hinsicht „vorbildliche" Landarbeiter, Bauern, Dorflehrer und parteilose Funktionäre der VdgB zielte. Überschneidungen mit der Klientel der Bauernpartei gab es besonders bei den Funktionären der VdgB. Hingegen hatte die SED auf dem Weg zur „Partei Neuen Typs" wenig Interesse an jenen, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage und ungerecht behandelt sahen. Umgekehrt strebten diese kaum nach einer Mitgliedschaft in einer ideologisch geschulten Kaderpartei. Hierin lagen Chancen für die DBD.

Die VdgB befand sich hinsichtlich einer offiziellen Stellungnahme zur Bauernpartei in einer Zwickmühle[344]. Da die VdgB in der publizierten Version der Gründungsgeschichte der Bauernpartei[345] eine tragende Rolle spielte, galt sie in der öffentlichen Meinung zumindest als Mitbegründerin. Tatsächlich aber war sie sowohl beim Entschluß zur Gründung als auch bei den näheren Planungen völlig übergangen worden. In der Gunst um die ländliche Bevölkerung mußten VdgB und DBD jedoch weitaus stärker konkurrieren als DBD und SED. Daran änderte auch der fast zeitgleiche Beschluß der DWK, der VdgB die gesamte Wirtschaftsberatung alleinverantwortlich zu übertragen, nichts Grundsätzliches[346]. Die DBD hingegen erhielt den bedeutenderen Part als politische Repräsentation. Sie wurde

---

340 SStAD BPA SED LL A/782, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1948, Bl. 80–86.

341 Die SMA Sachsen forderte die Landes-SED bei einer Aussprache am 9. 6. 1948 auf, der DBD mehr Aufmerksamkeit zu schenken, Bericht Buchwitz im Landessekretariat, 11. 6. 1948, SStAD BPA SED LL A/783, Bl. 24.

342 SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 33 f., Abschrift Vorschläge des LV der DBD Sachsen zur Verbesserung der Lage der DBD im Lande Sachsen, 2. 11. 1948.

343 Entscheidungen, S. 117 f.

344 Aufgrund von Entnahmen der VdgB-Nachfolgeorganisationen 1990 waren die Akten zum Zeitpunkt der Benutzung unvollständig und erst vorläufig sortiert. Daher ist die Aktenbasis zu diesem Punkt eingeschränkt.

345 Vgl. die Veröffentlichungen über die Gründungsschritte in „Der Freie Bauer", immerhin war der Gründungsaufruf dort abgedruckt worden.

346 Diese Kompetenz war der VdgB am 28.4., also vor der Landesgründungsversammlung der DBD in Schwerin am 29.4., eingeräumt worden. VO vom 28. 4. 1948, in: ZVOBl. 1948 I, Nr. 15.

im August 1948 in den Block aufgenommen, was der VdgB wiederholt verweigert worden war und mit der Aufnahme der DBD nun gänzlich verspielt schien.

Öffentlich mußte die VdgB eine Stellungnahme abgeben, die mit dem Gründungsmythos konform ging. Diese Pflicht erfüllte sie am 6. Juni, nach der Konstituierung des Zonenausschusses der DBD am 28. Mai, noch bevor Programm und Statut der Bauernpartei publiziert vorlagen[347]. Darin gestand die VdgB der Bauernschaft das Recht auf eine politische Vertretung zu und bot eine Zusammenarbeit an. Gestrichen wurde eine Passage der ursprünglichen Fassung vom 31. Mai 1948, in der unter anderem die Hoffnung geäußert wurde, die Bauernpartei möge sich zu einer starken demokratischen Partei entwickeln. Die VdgB betonte damit ihren überparteilichen Charakter sowie die Absicht, für alle wirtschaftlichen Belange der Bauern einzutreten.

In den VdgB-Führungsgremien herrschte keine einmütig positive Sicht gegenüber der Bauernpartei. Diese von Anfang an bestehende Trübung des Verhältnisses scheint bis in die sechziger Jahre immer wieder durch. Bereits auf der vorangegangenen Sitzung des Zentralvorstandes der VdgB am 21. Mai 1948 sollte eine Stellungnahme zur DBD erarbeitet werden. Das dort geäußerte Meinungsspektrum spiegelt die Einstellungen wider, die unter den VdgB-Kreistagsabgeordneten und SED-Mitgliedern dominierten[348]. Lediglich der 1. Sekretär der VdgB, Kurt Vieweg, begrüßte die Gründung uneingeschränkt[349]. Otto Körting, ein ehemaliges SPD-Mitglied und offenbar weniger über die Hintergründe im Bilde als Vieweg, lehnte die Parteigründung eigentlich ab; da man jedoch nichts dagegen unternehmen könne und um keine Einflußmöglichkeiten zu versäumen, plädierte er dafür, sofort auf die Gestaltung der DBD einzuwirken. Anton Jadasch erwartete kaum etwas von der Bauernpartei, deren Vertreter vom parlamentarischen System zuviel erhoffen würden; letztlich sei die Bauernschaft außerstande, ihre Beschlüsse, auch wenn sie auf dem Lande mehrheitlich gefaßt wurden, insgesamt durchzusetzen. Angesichts der damals labilen Lage der VdgB hielt Reder die Gründung gar für bedenklich; Brauer warnte vor einer drohenden „Zersplitterung des Bauerntums", weshalb die VdgB eine machtvolle berufsständische Organisation bilden müsse. Rudolf Albrecht, DBD-Gründer in Brandenburg, blieb im Hintergrund und schied auf dieser Sitzung angeblich aufgrund der neuen Arbeitslast aus dem Gremium aus. Unter Umständen reagierte er damit auf Intrigen in-

---

347 Entschließung der 6. Vorstandssitzung des ZVdgB, 31. 5. 1948 (eine Stimmenthaltung von Jadasch), SStAD LV VdgB Sachsen, 88 [Abschrift]. Der Wortlaut wurde leicht abgeändert in „Der Freie Bauer", 6. 6. 1948, veröffentlicht, abgedruckt bei Wernet, Rolle, S. 261; zu Streichungen vgl. MLHA LV VdgB Mecklenburg, 48, Mitteilung der Pressestelle des DBS, 31. 5. 1948, mit Korrekturen.

348 Vgl. SStAD LV VdgB Sachsen, 88, Niederschrift Sitzung der VdgB-Kreistagsabgeordneten am 27. 4. 1948 und Leserzuschriften an die Zeitung „Der freie Bauer"; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 114.

349 SStAD LV VdgB Sachsen, 88, Abschrift des Protokolls der 5. Vorstandssitzung der ZVdgB am 21. 5. 1948. Lt. Körting sollte jedes Vorstandsmitglied beantworten, ob „sich eine Aufgabentrennung zwischen einer Bauernpartei und der VdgB in wirtschaftliche und politische Aufgaben konsequent durchführen" lasse, ob man zu ihr ein besonderes Verhältnis pflegen könne, und ob die VdgB die Bildung einer Bauernpartei aktiv unterstützen solle.

nerhalb des Zentralvorstandes der VdgB gegen ihn[350]. Öffentlich begrüßte die VdgB-Führung die Bauernpartei, intern verhielt sich der Zentralvorstand sehr reserviert. Der VdgB blieb gar keine andere Wahl, als das beste aus der vereinbarten Tätigkeitsabgrenzung zu machen.

Die Gründung der Bauernpartei in Mecklenburg mußte von der VdgB auf Anweisung der sowjetischen Kommandanturen personell wie finanziell mitgetragen werden. Der VdgB-Landesverband war verstimmt gegenüber der DBD, der Landessekretär Hans Mirau unterminierte die Zusammenarbeit[351]. Am 20. September 1948 zitierte die VdgB den DBD-Landesvorsitzenden Franz Pilarski zu sich. Er sollte zu Ereignissen in den Kreisen Stellung nehmen, wonach Bauernparteiler die VdgB als Großbauernorganisation verunglimpfen würden. Mirau schärfte Pilarski ein, es sei an der Zeit, daß „der Vorstand der DBD einmal klare Linien herausbringt, wie sich die Vertreter der DBD zu verhalten haben"[352]. Das einstmals gute Verhältnis zwischen Mirau und Goldenbaum war infolge der Parteigründung getrübt. Dazu trug die Arroganz bei, mit der der frischgebackene Parteivorsitzende dem früheren Weggenossen begegnete[353]. Für den weiteren Aufbau der DBD war daher von seiten der VdgB-Landesverbände kaum Hilfe zu erwarten. Es gelang der DBD nicht, sich von Anfang an in den Schlüsselpositionen der VdgB zu verankern. Die SED wollte diesen Einfluß von Beginn an kleinhalten und trieb parallel zur DBD-Gründung die Gleichschaltung der Massenorganisation voran.

Die Parteispitzen von CDU und LDP reagierten auf die Bildung der neuen Parteien umgehend mit öffentlichen Stellungnahmen. Während die LDP beide schnell und eindeutig ablehnte[354], reagierte die CDU auf die Bauernpartei als potentielle Konkurrenz zunächst gelassen, weil sie deren Erfolgsaussichten gering einschätzte[355]. Aus CDU-Sicht war die NDPD im Sommer 1948 der gefährlichere Gegner[356]. Die bürgerlichen Parteien in Sachsen ließen die SED wissen, daß sie

---

350 Indizien dafür in SAPMO VdgB 136, Schreiben Viewegs, 13. 9. 1948. Vgl. zur Überforderung Albrechts auch Wernet, Rolle, S. 261, streng vertraulicher Bericht über die personelle Zusammensetzung des Zonenausschusses der DBD Juni 1948 an Dahlem und Gniffke.

351 Lt. Sitzungsprotokollen des VdgB-Landesvorstands von April bis Juni war die Organisation des Landesverbandes erst am 28. 4. 1948 neuerlich geregelt worden. Wehmer hatte den Landesvorsitz übernommen. Obwohl Goldenbaum auf den LV-Sitzungen vom 23. 4. und 19. 6. 1948 anwesend war, enthalten die Protokolle keine Aussagen zur DBD; MLHA LV VdgB Mecklenburg, 5. Auffälligerweise sind weitere Protokolle aus dieser Zeit nicht überliefert. Zu Mirau siehe Beiträge Pilarskis in ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948.

352 MLHA LV VdgB Mecklenburg, 5, Sitzung des engeren Vorstandes des LV VdgB, 20. 9. 1948.

353 Vgl. ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948.

354 Vgl. die zahlreichen Pressestimmen, z.B. im LDP-Organ „Der Morgen", 4. 5. 1948, Hamann in „Thüringische Landeszeitung", 14. 5. 1948, LDP-Informationen, 1948, Nr. 8, S. 155, Nr. 14, S. 259.

355 Pressestimmen der CDU in „Union teilt mit", 1948, Nr. 9, S. 3, Nr. 5, S. 4 f. SStAD BPA SED LL A/864, SED LV Information 13. 9. 1948, Bl. 43. Vgl. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 115.

356 „Union teilt mit", 1948, Nr. 5, S. 5.

sofort gegen die neuen Parteien vorgehen würden, sobald die Bauernpartei sozialistische Tendenzen verfolge[357].

Für die Bestimmung des künftigen Verhältnisses spielte es auch eine Rolle, wie sich die DBD ihrerseits auf der ersten größeren Veranstaltung, der Parteikonferenz am 16./17. Juli 1948, gegenüber den anderen Blockparteien präsentierte. Dort hatte sich Goldenbaum unmittelbarer Kritik an den Bürgerlichen enthalten. Er warnte sogar diejenigen Parteikollegen, die von Behinderungen seitens der CDU und LDP berichteten, vor kleinlichem Übermut der Unerfahrenen gegenüber den bereits etablierten Parteien[358]. Ein Jahr später allerdings nahm die DBD-Parteiführung sehr übel, daß zu ihrem 1. Parteitag 1949 in Mühlhausen keine CDU-Vertreter erschienen waren. Jetzt attackierte Goldenbaum die CDU; auch warf er Bischof Otto Dibelius vor, schon während der Zeit des Nationalsozialismus „oben geschwommen" zu sein[359].

Die LDP wertete die Bauernpartei 1948 als „Interessenhaufen ohne echten politischen Gehalt"[360] und betrachtete ihre Gründung als ein weiteres Steinchen in der politischen Auseinandersetzung. Im Vergleich zu den gewichtigeren Problemen der LDP im Sommer 1948 – sie kämpfte gegen SED und SMAD um ihr Überleben[361] – war die Gründung von NDPD und DBD sicherlich von untergeordneter Bedeutung.

Die bürgerlichen Parteien argumentierten übereinstimmend, daß einer Interessenpartei, die sich noch dazu berufsständisch definiere, kein politisches Gewicht zukommen werde[362]. Sie hielten sich selbst für die bessere Alternative und bauten ganz auf die entsprechende Entscheidung der ländlichen Welt. In ihren Begründungen häufen sich anthropologische Stereotypen, etwa über das „Wesen der Bauern". Nirgends sprachen sie die wirtschaftlichen Nöte der bäuerlichen Bevölkerung und die besonders schwierige Situation der Neubauern an; nirgends griffen sie die Unterrepräsentation der Bauern in Parlamenten auf – also jene Argumente, die die Bauernpartei wiederum für ihre Gründung ins Feld führte. Nach Auffassung der LDP suche keine andere Partei als sie, „agrarpolitische Ziele zu verwirklichen, die der Mentalität des Bauern mehr entsprechen und den Fortbestand und die Förderung seiner Wirtschaft mehr garantieren können!"[363] Die CDU-Führung vertraute auf ihre bäuerlichen Wähler, die sich für die CDU aufgrund „sittlicher" und weltanschaulicher Erwägungen entscheiden würden und kleinliche Interessen außer acht ließen[364]. Bauerntum allein sei keine Weltanschauung[365]. Otto Nuschke machte 1948 kein Hehl daraus, daß er es für besser gehalten hätte, statt der Neugründungen den Entscheidungs- und Bewegungs-

---

[357] SStAD BPA SED LL A/783, Sekretariatssitzung, 16. 8. 1948, Bl. 223.
[358] Vgl. ACDP VI-052-0002, Protokoll der 1. Parteikonferenz.
[359] Protokoll des 1. PT der DBD 1949, Ausführungen Goldenbaums, S. 59–62.
[360] „Der Morgen", 4. 5. 1948.
[361] Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 50–52.
[362] „Der Morgen", 4. 5. 1948, „Union teilt mit", 1948, Nr. 5, S. 5.
[363] „Der Morgen", 18. 7. 1948.
[364] „Union teilt mit", 1948, Nr. 7, S. 12.
[365] Ebd., 1948, Nr. 5, S. 5. Walter Rücker, „Wozu Bauernpartei?", in: Ebd., August 1949.

spielraum der bestehenden Parteien zu vergrößern[366]. Tatsächlich eröffneten sich nur einer Partei mehr Handlungsoptionen: der SED.

Auf der Kreis- und Gemeindeebene wurde die DBD-Gründung von den bürgerlichen Parteien oftmals, wie z.B. im November 1948 in Sachsen, als reine Zweckgründung eingestuft „mit dem Ziel, eine Schwächung der LDP und CDU zu erreichen, die auf Veranlassung der SED geschehen" sei[367]. Bis dahin waren der DBD Sachsens schon gewisse Einbrüche in die Reihen der „Bürgerlichen" gelungen. Dabei konnte sie sich zuweilen auf übergetretene Funktionäre der LDP und CDU stützen[368]. Im Einzelfall ist schwer zu klären, ob nicht LDP- und CDU-Mitglieder versuchten, rechtzeitig Einfluß in den Ortsgruppen der DBD zu gewinnen, oder ob sich die Ortsgruppen der bürgerlichen Parteien und die DBD gemeinsam gegen die SED verbündeten. Beide Varianten sind belegt. In Brandenburg suchten CDU und LDP anfangs in der DBD eine Verbündete gegen die SED. So profilierte sich die VdgB dort bei den Wahlen 1946 in Gegnerschaft zur SED[369]; dies mag die Hoffnungen der „Bürgerlichen" begünstigt haben, denn nach außen hin war die VdgB die Keimzelle der DBD-Gründung. Rudolf Albrecht berichtete von DBD-Versammlungen in Gemeinden, wo sich CDU- und LDP-Mitglieder engagierten[370]. Insgesamt jedoch versuchten Mitglieder bürgerlicher Parteien, den Parteiaufbau der DBD zu erschweren[371].

Ab dem Spätsommer 1948 verhärteten sich die Fronten zwischen den Blockparteien ganz deutlich. CDU und LDP mußten zusehen, wie NDPD und DBD auf ihre Kosten im politischen System etabliert wurden. Die Bauernpartei wurde am 5. August zusammen mit dem FDGB in den zentralen Block aufgenommen, die NDPD folgte am 7. September[372]. CDU und LDP konnten sich dagegen kaum wehren, hatten sie zuvor doch erfolgreich die Aufnahme von Massenorganisationen mit der Begründung zu verhindern gesucht, es handle sich um keine Parteien. Am 5. August 1948 trat der zentrale Block wieder zusammen, der seit dem 17. Februar nicht mehr getagt hatte. Er konnte nun weiter zur Durchsetzung der führenden Rolle der SED instrumentalisiert werden und den Parlamentarismus weiter aushöhlen. Außerdem erreichte die Bauernpartei noch im Juli 1948 bei der SMAD die Verschiebung der für Herbst des Jahres vorgesehenen Kommunalwahlen und deren künftige Zusammenlegung mit den für 1949 anstehenden Kreis- und Landtagswahlen[373]. Auch die VdgB-Wahlen wurden ins Jahr 1949 vertagt. In diesem Jahr fand sich bekanntlich mit der Staatsgründung ein weiterer Anlaß, um Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen auf 1950 zu verlegen.

---

366 Ebd., Mai 1948, S. 4. Vgl. auch Richter, Ost-CDU, S. 105.

367 SStAD BPA SED LL A/864, Sonderinformationsberichte des LV der SED Sachsen, 13. 9. 1948, Bl. 41–45, hier Bl. 41.

368 Ebd. Abt. LW an Sekretariat Dresden, 3. 11. 1948, Bl. 31.

369 Siehe oben S. 61.

370 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948.

371 Vgl. Beispiele in ACDP VI-052–0141, Protokolle PV-Sitzungen 7. 8., 26. 8. und 11. 11. 1948.

372 Vgl. Suckut, Blockpolitik, S. 251 ff. und S. 287 ff.

373 Vgl. Beschlußantrag dazu auf der ersten Parteikonferenz am 16./17. 7. 1948 gefaßt. ACDP VI-052–0002.

Da die SMAD parallel zu den Neugründungen offensichtlich den anderen Parteien erlaubte, ungehindert Ortsgruppen zu gründen, fürchtete die CDU-Führung die Bauernpartei im Jahr 1948 kaum als Konkurrentin[374]. Denn im Unterschied zur DBD verfügte die CDU bereits über einen funktionierenden Organisationsapparat, den sie nun zur Mitgliederwerbung einsetzen konnte; auch war sie auf dem Land vergleichsweise stärker verankert als die LDP. Ihr Einfluß war seit Jahresbeginn besonders unter den Altbauern angewachsen[375]. In der LDP stellten die sogenannten „freien Bauern" im Jahr 1952 zwar keinen unerheblichen Mitgliederanteil[376], der Prozentsatz der Behörden-Angestellten, vorrangig in Städten ansässig, bestimmte jedoch das Gesicht der Partei.

Die freiere Zulassung von Grundeinheiten hatte eine weitere Signalwirkung: Sie bedeutete für CDU und LDP, daß sich ihre Wahlchancen für die Kommunalwahlen 1948 erheblich verbessern würden, schienen doch viele Nachteile der restriktiven Praxis beim Urnengang 1946 überwunden. Bedenkt man, mit welchem Aufwand die SMAD 1946 den Wahlsieg der SED garantieren wollte, so steht ihr Vorgehen 1948 in Kontinuität dazu: Zwar gestattete sie einerseits den Blockparteien den Ausbau der Basis, andererseits aber installierte sie zwei neue Blockparteien, die die Macht der SED zunehmend abstützten. Mit der Durchführung von Einheitslistenwahlen 1950 verloren die Blockparteien ihre theoretische Chance auf eine politische Mehrheit. Sitze wurden nach vorher festgelegtem Schlüssel vergeben, tatsächliche Stimmengewinne waren für die Bestimmung der politischen Mitsprache bedeutungslos geworden.

6. Frühe Resonanz der Bauernpartei bei der Landbevölkerung

Direkte Äußerungen der Landbevölkerung zur Gründung der Bauernpartei sind kaum zu ermitteln. Die Ausführungen stützen sich daher vornehmlich auf mittelbare Zeugnisse. Hier interessiert zunächst die Resonanz auf die Parteigründung. Unter Resonanz werden im folgenden öffentliche Äußerungen und politische Handlungen verstanden, die eindeutig mit der Bauernpartei in Verbindung stehen, wie z. B. ein Parteieintritt oder der Besuch von Parteiversammlungen.

Viele DBD-Gründungsfunktionäre berichteten von einer Euphorie unter der Landbevölkerung nach dem Entstehen der Partei. Obgleich dies sicherlich nur für einen kleinen Teil zutrifft, bestärkte dieses Phänomen das Selbstverständnis und die Legitimation der Bauernpartei. Sehr nahe am Geschehen – dafür sprechen die erzählerischen und emotionalen Details – stand ein Bericht aus dem Kreis Anklam über die Landesgründungsversammlung in Schwerin am 29. April 1948: Der Be-

[374] Siehe oben, Kap. II.1., S. 78.

[375] Zum Anstieg der bäuerlichen Mitglieder der CDU vgl. Dowidat, Veränderung, S. 526f. Der Anteil der bäuerlichen Mitglieder in Mecklenburg stieg zwischen Juni 1948 und Juni 1949 von 27443 (=18,6% der Gesamtmitglieder dort) auf 29019 (=19,6%). In Sachsen dagegen fiel deren Zahl von 72992 (=12,7%) auf 70092 (=12,4%).

[376] Statistik zur Sozialstruktur der LDPD. Sommer, Liberal-Demokratische Partei, S. 312.

richterstatter erfuhr von der Gründung zusammen mit einer Gruppe von Bauern auf dem Feld und „die Nachricht schlug ein. Wir mussten feststellen, daß die Anwesenden gar nicht recht wußten, ob sie sich freuen sollten, [...] denn es wurden Zweifel laut, ob es auch wirklich an dem sein wird, daß endlich auch der Bauer den Platz einnehmen soll, der ihm im Leben des Volkes gebührt." Früher habe man über „den Bauern immer geringschätzig die Nase gerümpft", man habe ihn als „Mist-Bauern" abqualifiziert, heute jedoch habe er „so große Pflichten, die er ehrlich und treu erfüllt". Weiter sprach er von tiefem Mißtrauen der Interessierten, die befürchteten, „daß dieser kleine Anlaß dieses ersten Aufkeimens einer neuen Tat vielleicht von bürokratischen Regierungsstellen unterdrückt wird oder wieder im Sande verläuft"[377].

Da bis Juli/August 1948 die Ankündigungen zur Bauernpartei keine oder nur vage programmatische Aussagen enthielten, wurde in der Partei und deren Umfeld besonders darüber diskutiert, für welchen Teil der ländlichen Bevölkerung sie offenstehen sollte. So ist es nicht verwunderlich, daß auf Gründungsversammlungen der DBD soziale Differenzierungen innerhalb der Bauernschaft bewußt vermieden wurden, um die Resonanz nicht von vornherein auf eine bestimmte Gruppe, etwa die Klein- und Neubauern zu verengen. Angehörige verschiedener politischer Lager fühlten sich in der Anfangszeit von der Bauernpartei angesprochen. Während ein Vertreter aus Rügen die Leitung der Partei für die „alten Sozialisten" der SPD reklamierte, forderte ein parteiloser Bauer aus Bergfeld/Kreis Güstrow, einheitlich nur noch von „deutschen Bauern" zu sprechen, nicht von Alt- und Neubauern[378].

DBD-interne Berichte, die pauschal über die Resonanz „der Bauern" informieren, erschweren eine schichtspezifische Zuordnung der unterschiedlichen Reaktionen der ländlichen Bevölkerung[379]. Als Tenor kristallisiert sich auf der Basis verschiedenster Quellen heraus, daß die Gründung einer Bauernpartei von der ländlichen Bevölkerung überwiegend positiv und interessiert aufgenommen wurde, wenngleich mit abwartendem Mißtrauen durchmischt. Diese pauschale Aussage bedarf näherer Auffächerung.

In Mecklenburg ist eine erheblich aufgeschlossenere Haltung zur DBD unter der Bauernschaft festzustellen als vergleichsweise in Sachsen[380]. Der Grund hierfür liegt zunächst im Gewicht der Initialzündung und im schlichtweg besser organisierten Aufbau der Partei[381]. Außerdem war bis August 1948 Schwerin bzw. Mecklenburg die politische Drehscheibe der gesamten DBD. Die schlechtere Re-

---

377 ACDP VI-052–0001/a, Protokoll Landesgründungsversammlung in Schwerin, 29. 4. 1948.

378 Ebd., Redebeiträge Ernst Treß und Arnim Dietz.

379 Vgl. etwa die rhetorisch vereinheitlichten Berichte der Delegationen aus allen Kreisen Mecklenburgs auf der Landesgründungsversammlung in Schwerin am 29. 4. 1948, ebd.

380 Vgl. ebd. sowie ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948. SStAD BPA SED LL A/864, Sonderinformationsberichte des LV der SED Sachsen, 13. 9. 1948, Bl. 41–45.

381 Zwar liegen für Mecklenburg mehr DBD-interne Berichte vor, denen man im Vergleich zu sächsischen SED-Berichten eine positivere Aussageabsicht unterstellen muß. Die für Sachsen belegten kritischen Resonanzen sind grundsätzlich auch in Mecklenburg nachweisbar, allerdings in deutlich geringerem Ausmaß und weniger vehement.

sonanz in Sachsen dürfte ihrerseits zur Verzögerung der Parteibildung in Sachsen beigetragen haben. Unter der sächsischen Bevölkerung lösten die Neugründungen heftige Diskussionen aus. Die dortige SED berichtete, daß sich die Einwohner zwar weitaus stärker für die Bauernpartei als für die NDPD interessierten[382]. Insgesamt lehnten sie aber unabhängig von einer Parteizugehörigkeit die Neugründungen mit dem Argument ab, daß seit der Weimarer Republik bekannt sei, wohin eine solche Aufsplitterung des Parteiensystems führe. Vor allem SED-Mitglieder dächten in diesem Sinne. Betriebsarbeiter sähen in der DBD eine Standes- und Wirtschaftspartei und fürchteten „in Verkennung der gegenwärtigen Bauernpolitik [!][...] eine weitere Stärkung der Macht der Bauern"[383] und eine Verschärfung des Stadt-Land-Gegensatzes. Einer separaten Partei für die Bauern hielten sie entgegen, daß die VdgB als Organisation schon genug sei. Der Berichterstatter schloß sich der Sicht der SED-Arbeiterschaft an und unterstrich den Führungsanspruch der SED. In bürgerlichen Kreisen unterstellte man, so der Bericht weiter, den neuen Parteien zusätzlich die Absicht, dadurch LDP und CDU schwächen zu wollen. Da diese in Sachsen deutlich mehr Gewicht besaßen als in Mecklenburg, hat dieses Machtverhältnis auf die gedämpfte Aufnahme der DBD in ländlichen Bevölkerungskreisen zurückgewirkt.

Das Interesse für die Bauernpartei überwog zunächst bei denjenigen, die an die Existenz einer solchen Partei politische Erwartungen und wirtschaftliche Vorteile knüpften[384]. Darunter waren zum einen Neubauern, die auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Misere hofften[385], und sich gleichzeitig nicht völlig politisch abstinent verhielten. Für Sachsen-Anhalt betonte der Landesvorsitzende Richter, daß Neubauern aufgrund von „Hemmungen" - damit meinte er Minderwertigkeitsgefühle, geschürt durch eine traditionelle Umgebung – vor einem Engagement in der DBD zurückschreckten[386]. Ruddat, der sich als erfahrener Parlamentarier aus Ostpreußen ausgab, warf den Einheimischen unter den mecklenburgischen Neubauern Untertanenmentalität vor, sie würden „immer noch warten auf das Kommen ihres Herrn"[387]. Bei den „Umsiedlern" unter ihnen dominiere dagegen die Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat.

Nur ein geringer Teil der Altbauern Mecklenburgs zeigte von Anfang an Interesse und politisches Engagement für die Bauernpartei[388]. Sofern bei ihnen eine positive Resonanz vorlag, dauerte sie oft nur solange an, wie die programmatische

---

382 SStAD BPA SED LL A/864, Sonderinformationsberichte des LV der SED Sachsen, 13. 9. 1948, Bl. 41–45.

383 Ebd., hier Bl. 42.

384 Vgl. SAPMO NY 4090/507, Schreiben der Abt. Werbung, Presse, Rundfunk des ZK der SED an Grotewohl, 30. 6. 1948. Die Einstellung zur Bauernpartei in Thüringen sei beherrscht vom Mißtrauen der VdgB. Die SED sei mit bisheriger VdgB Thüringens nicht zum Ziel gekommen.

385 ACDP VI-052–0001/a, Protokoll Landesgründungsversammlung in Schwerin, 29. 4. 1948, Redebeitrag Schroer und Pilarski.

386 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 7. 8. 1948.

387 ACDP VI-052–0001/a, Protokoll Landesgründungsversammlung in Schwerin, 29. 4. 1948, Beitrag Ruddat.

388 Aufschlußreich dazu der später redigierte Beitrag Pilarskis auf der Landesgründungsversammlung.

Ausgestaltung der Bauernpartei zugunsten der Neubauern und der politischen Linie der SED noch nicht vollzogen war; es sei denn, altbäuerliche Ortsvorsitzende konnten sich abgeschottet von den Parteileitungen in ihren Dörfern einen Freiraum sichern. Der Kreis Parchim scheint innerhalb Mecklenburgs ein Sonderfall zu sein. Hier traten Altbauern mit einer Hektarfläche bis ca. 15 ha, die auf eine kommunistische Vergangenheit vor 1933 zurückblickten, der DBD bei. In diesem Fall dürfte die Herkunft Goldenbaums aus Parchim eine Rolle gespielt haben[389]. Das Beispiel relativiert zugleich allzu strikte Typologisierungen in sozialistisch aufgeschlossenere Neubauern und politisch konservativ ausgerichtete Altbauern.

In erster Linie rechnete sich die Bauernpartei gute Chancen bei denjenigen Altbauern aus, denen die CDU „zu christlich", die LDP „zu kapitalistisch" und die SED zu sozialistisch war, die sich aber eine bäuerliche Interessenpolitik herbeisehnten[390]. Insgesamt gesehen reagierten auch die Altbauern aufgeschlossen, sofern sie nicht eng an die Blockparteien CDU und LDP gebunden waren. Bei vielen reichte dieses Interesse aber nicht dazu aus, um ihr grundsätzliches Mißtrauen auszuräumen und sie zum Parteieintritt zu bewegen[391]. In Sachsen erwogen vergleichsweise mehr Altbauern aus der SED als aus den bürgerlichen Parteien einen Übertritt in die DBD[392]. Auf nichtöffentlichen Versammlungen in Sachsen-Anhalt 1948 äußerten die anwesenden Bauern, nichts mit Kommunisten zu tun haben zu wollen[393]. Als Trend zeichnet sich ab, daß sich bäuerliche SED-Mitglieder, unabhängig von der Kategorie Alt- oder Neubauer, lebhaft für die Bauernpartei interessierten[394]. In Führungskreisen sowohl der SED als auch der DBD war man über eine solch geringe Bindungskraft der SED verblüfft[395]. Eine mögliche Massenabwanderung von der SED wurde jedoch frühzeitig gestoppt. Quer zur Einteilung in Alt- und Neubauern liegt auch die beträchtliche Gruppe der ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder jener Funktionäre des Reichsnährstandes, die als Mitläufer eingestuft worden waren. Die offizielle Verkündung des Endes der Entnazifizierung durch den SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948[396] eröffnete den nominellen Parteigenossen den Wiedereintritt ins politische Leben. In Konkurrenz zur NDPD zielte auch die DBD auf dieses bäuerliche Segment. Parteiintern wurden sie häufig als Gruppe der bisher quasi zwangsweise „politisch uninteressierten" Bauern geführt, die „heute sehr stark an unserer Bauernpartei interessiert"[397] seien.

---

[389] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aufstellungen Kreisvorstände Mecklenburg 1948/1949.

[390] Vgl. Ausführungen Kochs auf der Landesgründungsversammlung, 29. 4. 1948, ACDP VI-052-0001/a.

[391] Dies galt vor allem für die über 50jährigen Bauern, die bislang parteilos gewesen waren, so berichtete Martin für Sachsen, ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 8. 10. 1948.

[392] SStAD BPA SED LL A/864, Sonderinformationsberichte des LV der SED Sachsen 13. 9. 1948, Bl. 41–45, hier Bl. 41.

[393] ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948, Beitrag Frau Pilz.

[394] Ebd. SStAD BPA SED LL A/864, Bl. 41–45, Berichte aus Plauen und Stollberg.

[395] Vgl. ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948.

[396] Van Melis, Entnazifizierung, S. 245–249.

[397] Vgl. Redebeitrag Kochs auf der Landesgründungsversammlung der DBD am 29. 4. 1948 in Schwerin, ACDP VI-052-0001/a.

Die Gründung stieß auf nur geringe Resonanz bei Jugendlichen und Frauen auf dem Land. Wie gesehen, mußten Frauen nachträglich in den Parteivorstand eingebaut werden. Allerdings spielten sie offensichtlich eine erhebliche Rolle bei der Entscheidung ihrer Männer für oder gegen einen Parteieintritt[398]. Ob sich der Mann gar um einen Funktionärsposten bewarb, dürfte auch nicht über die Köpfe der Frauen hinweg entschieden worden sein; denn dies bedeutete in der Regel mehr Arbeit für sie. Oft entzogen sich Bauern, die auf DBD-Versammlungen anwesend waren, einem Parteieintritt mit der Begründung, sie müßten dies erst noch mit ihren Frauen besprechen. Auffällig hoch ist die Zahl der Funktionärspaare in der Anfangszeit der DBD[399].

Zur Resonanz auf die Parteigründung zählt auch ein ausgeprägtes Informationsbedürfnis beim aufgeschlosseneren Teil der Landbevölkerung. Funktionäre berichteten nicht nur über eine gehörige Portion Mißtrauen, sondern auch über genaue Nachfragen bezüglich der Positionen der DBD zu bestimmten Fragen. Zum Fragenkatalog gehörte etwa, wie es um eine erneute Währungsreform stehe, ob die DBD für eine zweite Bodenreform – gemeint war damit eine weitere Enteignungswelle – oder für die Errichtung von Kolchosen eintrete, und wie die DBD ihr Verhältnis zur SED sehe[400].

Schließlich gestattet auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen Rückschlüsse auf die Resonanz. Nur für Thüringen liegen für 1948 Angaben zur Zusammensetzung der Mitglieder vor. Die 2057 thüringischen Bauernparteiler setzten sich zu 82% aus vorher Parteilosen und zu 15% aus ehemaligen SED-Mitgliedern zusammen[401]. 90% der bäuerlichen Mitglieder lagen in der Größengruppe bis 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, ungefähr 10% sogar bis 50 ha. Es gelang nur ein schwacher Einbruch in die Mitgliederbasis von LDP und CDU[402].

Insgesamt zeigen die hier eher impressionistisch eingefangenen Aussagen aus der Landbevölkerung, daß für die Bauernpartei in ihrer Anfangsphase durchaus Interesse bis hin zum Wunsch nach Mitgliedschaft vorhanden war. Somit hing sie also nicht allein an ihren Ziehmüttern SED und SMAD. Diese bestimmten freilich die Politik.

---

398 Ebd., Wortbeitrag Katharina Walter, Thüringen, und von Frau Pilz, Sachsen-Anhalt.
399 Siehe die paarweise Auflistung der Anwesenden auf der 1. Parteikonferenz am 16./17. 7. 1948; ACDP VI-052–0002.
400 So z. B. für Sachsen berichtet, ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 8. 10. 1948.
401 Ebd., Protokoll PV, 3. 12. 1948, Ausführungen von Hoffmann.
402 Ebd., Protokoll PV, 1. 11. 1948.

III. Personal und Organisation

1. Erweiterung des Führungspersonals: Kader aus Antifa-Lagern und Parteischulen

Von Anfang an waren Führungskader in der DBD äußerst knapp. Die SED zeigte sich während und nach der Gründung der DBD kaum bereit, qualifiziertes Personal abzugeben. Bereitwillig verzichtete sie nur auf jene, die in ihren Augen minder qualifiziert erschienen. Viele DBD-Funktionäre sahen sich einem generellen Dünkel der Genossen ausgesetzt, die ihre Bündnispartner nicht besonders hoch schätzten. Doch sollte der Aufbau eines neuen Verbündeten der SED gelingen, so mußten die Engpässe besonders in den Führungsebenen der DBD beseitigt werden. Bei der Suche nach geeigneten Kandidaten trat die DBD in Konkurrenz zur SED; denn Kader, die man als zuverlässig einschätzte, die politisch erfahren und organisatorisch begabt waren sowie die erforderliche landwirtschaftliche Fachkompetenz mitbrachten, gehörten nicht zur Stammitgliedschaft der KPD. Dieser Funktionärstyp war auch in der SED sehr gefragt[1]. Nur so durfte sie hoffen, ihre agrarpolitischen Konzepte – sofern es denn welche waren – durchzusetzen und den anhaltenden Einfluß traditionell-bürgerlicher Fachleute etwa in der DWK, in landwirtschaftlichen Forschungsinstitutionen oder im landwirtschaftlichen Fachschulwesen zurückzudrängen und entsprechende „Säuberungen" personell aufzufangen.

In der DBD wie anderswo sind zumindest zwei Typen von Antifa-Absolventen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu unterscheiden: diejenigen, die eine Schule minderer Bedeutung häufig in kurzer Zeit durchlaufen hatten und deren politische Zuverlässigkeit und Einsetzbarkeit sich daher für die SED kaum erhöhte, und diejenigen, die tatsächlich eine systematische Kaderschulung erhalten hatten. Am meisten versprachen sich insbesondere sowjetische Stellen von jenen, die selbst als Aktivleiter und Lehrer jahrelang in Antifa-Lagern gewirkt hatten, teils nach ihrer offiziellen Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft freiwillig in der Sowjetunion geblieben waren. Die Antifa-Schulen bereiteten nicht zielgerichtet auf eine Verwendung in Deutschland vor[2]. In exakten Zahlen läßt sich der zuerst angesprochene Personenkreis nicht fassen. Begründeten Schätzungen zufolge kamen ca. 12 000 Antifa-geschulte deutsche Kriegsgefangene nach 1945 in das Gebiet der SBZ bzw. der DDR[3]. Wie verhielt sich die SED zu diesen potentiellen Kadern? Der Einsatz von Antifa-Schülern unterschied sich 1948 entsprechend der geänderten politischen Lage sichtlich von der Praxis 1945. In der unmittelbaren

---

[1] SAPMO NY 4036/745, Bl. 115–126, Brief an ZK der KPdSU, Gen. Suslow, 29. 10. 1948.
[2] Morré, Kulissen, S. 197.
[3] Foitzik, „Säuberungen", S. 414f. Weitere Zahlen bei Foitzik, Struktur, S. 196; lt. Morré, Kulissen, S. 198, wurden 1942–46 3800 Deutsche unter der Leitung des Instituts 99 geschult, 1945/46 nur knapp 300.

Nachkriegszeit verstärkten besonders bewährte und langjährig geschulte Kommunisten, die in die Besatzungszone kamen, den kommunistischen Einfluß in Schlüsselpositionen der Verwaltung, Wirtschaft und Politik[4]. 1946 profitierte der Sicherheitsapparat der SMAD von den Repatriierten, während SED und Propagandaverwaltung der SMAD vergeblich um Kader nachsuchten[5]. 1948 wurde die weitere Stalinisierung der SED durch ideologische Kontrolle und organisatorische Straffung vorangetrieben. In dieses Konzept fügten sich für die SED solche Antifa-Schüler, deren politische Haltung noch nicht erwiesen war, nicht reibungslos ein. Die Skepsis gegenüber Personen ohne „antifaschistische" Vergangenheit war hoch. Daher versuchte man schon bei der Ankunft der Kriegsheimkehrer im Durchgangslager Frankfurt/Oder, die Spreu vom Weizen zu trennen; die Personalpolitische Abteilung des Zentralsekretariates erfaßte nur ehemalige Antifaschisten systematisch. Das Zentralsekretariat hielt eine Betreuung durch die Kreisvorstände für unzweckmäßig, da deren personalpolitische Abteilungen zu dieser Zeit dazu nicht in der Lage waren. Sowjetische Stellen hätten ein solches Vorgehen bevorzugt, wie es nachweislich ab 1950 praktiziert wurde[6], hielten 1948 aber personenbezogene Informationen aus der Lagerzeit zurück. Ende 1948 belief sich die Zahl der so registrierten ehemaligen „Aktivisten" auf ca. 2300. Die Lücke in der Kaderbiographie erschwerte den Einsatz in zentralen Funktionen[7].

Die Mechanismen der Einweisung von Antifa-Schülern in die jeweiligen Aufgabenbereiche zeigen, daß sowohl die DBD als Partei wie der Bereich Landwirtschaft nur nachrangig berücksichtigt wurden. Sicherlich hätten zu viele, meist ortsfremde Antifa-Schüler in einer Partei, die in den Dörfern erst um Anerkennung ringen mußte, kein Vertrauen bei der potentiellen Mitgliederschaft erweckt. In den Ländern Mecklenburg und Sachsen fällt auf, daß Antifa-Absolventen vorrangig in industrielle und gewerbliche Tätigkeiten delegiert, landwirtschaftliche Einsatzorte hingegen vernachlässigt wurden. Falls jemand durch seine familiäre Herkunft oder berufliches Wissen für eine Verwendung in der Landwirtschaft in Frage kam, so schickte man ihn vorzugsweise in MAS oder Organisationen der VdgB, denn um deren Funktionstüchtigkeit stand es nicht zum Besten. Viele Heimkehrer verstärkten die 1948 im Ausbau befindliche Volkspolizei[8].

---

[4] Vgl. Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht". Zum Spannungsverhältnis zwischen Antifa-Kadern und in Deutschland Verbliebenen siehe Erler, Moskau-Kader, S. 257ff.

[5] Morré, Kulissen, S. 188–190.

[6] Vgl. die Berichte sächsischer Kreisleitungen, SStAD BPA SED LL A/1605a, LV SED Kaderabteilung-Parteifunktionäre, Auszüge aus Berichten der Kreise über Antifa-Schüler aus Lagern 2040, 2041 und 9999, 6. 1. 1950.

[7] SAPMO NY 4036/745, Bl. 115–126, Brief an ZK der KPdSU, Gen. Suslow, 29. 10. 1948. Demnach erfüllten die Kader nicht die in sie gesetzten Erwartungen. Das Schreiben zielte darauf ab, die Beurteilungen der Geschulten aus ihrer Lagerzeit von sowjetischen Stellen zu erhalten. Diese wurden der SED auch später vorenthalten, wie verschiedentlich aus MfS-Akten hervorgeht; sowjetische Stellen beantworteten jedoch Nachfragen, wie z.B. im Fall Schnitzler, BStU MfS AP 6122/63, Hans Paul von Schnitzler, Bl. 25–28, HA V/3 Bericht 26. 9. 1958.

[8] Foitzik, Struktur, S. 196. SStAD BPA SED LL A/1605a, Liste: Antifalager 2040, Juli 1949, nur eine Person – Sohn eines Einzelbauern – mit Perspektive DBD angeführt. MLHA BPA Schwerin IV2/5/156, Bl. 12, Schreiben Abt. Personalpolitik des ZS an SED LV, 7. 4. 1948.

Nur wenige waren für die DBD vorgesehen. Diese erlangten dort jedoch häufig die wichtigeren Positionen. 1950 hatten mindestens 22 Antifa-Zentralschulabsolventen leitende Funktionen in der DBD inne[9]. Allein drei 1948 entlassene Heimkehrer besetzten Sekretariatsposten im mecklenburgischen Landesverband: Heinz Heinrich, Karl Grambow und Hans Olbrich. Weiter waren unter den Mecklenburger Funktionären auch Erich Schiborr, Georg Böhm und Fritz Krtschil Antifa-Schüler[10]. Offensichtlich begünstigte das besonders enge Verhältnis zur SMA Mecklenburg bei der Parteigründung den Einbau auffällig vieler Antifa-Leute. Auch in den anderen Landessekretariaten trifft man sie an, so Helmut Merke, Wilhelm Schröder und Edgar Strümpfel[11]. Antifa-Schüler nahmen häufig solche Positionen ein, die ideologisches Vorwissen erforderten und auf denen sie solches auch vermitteln sollten, wie z. B. in den Parteischulen (Hans Rietz, Georg Böhm, Alois Melz) und in den Abteilungen Schulung und Werbung (Karl Grambow). Insgesamt galten in den Augen der sowjetischen Kommandanturen, die bei Personalfragen anfangs erheblich mitbestimmten, die Männer aus der Antifa grundsätzlich als verläßliche Kader, in deren Wirken man große Hoffnungen setzte. Die für den erfolgreichen Parteiaufbau so wichtigen Kreissekretariate führten entweder langjährige KPD-Mitglieder oder Antifa-Kader. Letzteren vertraute man ebenso wie KPD-Veteranen, in jedem Fall zog man sie ehemaligen Sozialdemokraten oder Mitgliedern ohne einschlägige Vergangenheit vor.

Im folgenden sollen jene DBD-Führungsfunktionäre herausgegriffen werden, die überwiegend selbst als Lehrer in Antifa-Schulen deutsche Kriegsgefangene unterrichtet, in jedem Fall aber eine längere Schulung absolviert hatten. Dies trennte sie deutlich von jenen Mitgliedern der Parteispitze, die zwar altgediente Genossen waren, deren ideologisches Wissen sich aber nicht auf dem von Moskau vorgegebenen neuesten Stand bewegte und die nicht jede taktische Wendung unmittelbar nachvollzogen.

Zu den Antifa-Absolventen in Spitzenfunktionen gehörten u. a. Berthold Rose, Hans von Schnitzler, Hans Rietz, Hans Reichelt und Erwin Körber. Manche Antifa-Schüler in der DBD waren sich schon während der Lagerzeit begegnet. Acht

---

MLHA BPA Schwerin IV2/5/156, Bl. 15, Schreiben ZK Abt. Justiz an Abt. Justiz des SED LV, 21. 4. 1948. Zur Verteilung auf die Einsatzorte siehe MLHA BPA Schwerin IV/L/2/5/172, Listen der Antifa-Schüler zentral und kreismäßig, und ihr Einsatz 1947–1952.

[9] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 123; Robel, Kriegsgefangene, S. 308.

[10] MLHA BPA Schwerin IV/L/2/5/172, Listen der Antifa-Schüler; in Neubrandenburg war Erich Schiborr Kreissekretär der DBD (Bl. 168), in Parchim Otto Filter (Bl. 170), im Kreis Schwerin wurde Karl Grambow, der im Dez. 1948 aus der SU gekommen war, nach SED-Mitgliedschaft als Landessekretär für die Abt. Schulung und Werbung der DBD eingesetzt (Bl. 215); Böhm (Aufstellung der Zentral-Antifa-Schüler des Kreises Rostock, Bl. 261), kehrte im Dez. 1949 aus der SU zurück, trat am 20. 1. 1950 in die SED und danach in die DBD ein. Böhm (*26. 3. 1923) kam ursprünglich aus der ČSR, war Sohn eines Arztes, Oberschüler und gelernter Bauer. Mit 19 Jahren war er der NSDAP beigetreten. Er leitete ab 1951 die Parteischule in Bad Kleinen und war von 1955–1960 Hauptabteilungsleiter für Schulung und Aufklärung beim PV. Als solcher gehörte er dem Sekretariat an. Bis 1972 wirkte er in den Bezirken Neubrandenburg, Magdeburg und Halle; Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 260, Buch, Namen (1973), S. 26.

[11] Weitere Namen bei Reichelt, Blockflöte, S. 34.

von 75 Mitgliedern des Parteivorstandes von 1960 wurden als ehemalige Antifa-Schüler des sowjetischen Zentrallagers 2040 geführt[12]. Berthold Rose und Hans von Schnitzler kannten sich aus dem Militärdienst und waren seit ihrer sowjetischen Kriegsgefangenschaft eng befreundet[13].

Berthold Rose[14] wurde Generalsekretär der DBD bis 1960. 1904 in Berlin als Sohn eines Postboten geboren, absolvierte er nach der Volksschule zwei Semester lang eine landwirtschaftliche Ausbildung an einer Lehranstalt und war bis 1924 Lehrling. Von 1925 bis 1940 ging er wechselnden Tätigkeiten in Berlin als Wirtschaftsgehilfe, Arbeiter, Angestellter und auch als Postbote nach. Er war also nicht entsprechend seiner Ausbildung im landwirtschaftlichen Umfeld berufstätig geworden. Offenbar gehörte Rose vor 1933 keiner Partei an, belegt ist lediglich eine Funktionärstätigkeit in der syndikalistischen „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften" ab 1925 und in der RGO im Berliner Wedding. Nach seiner Gefangennahme 1945 verbrachte er zwei Jahre an der Zentralschule 2041, davon ein Jahr freiwillig als Schulassistent. Wie Schnitzler geriet offenbar auch er während seiner Antifa-Zeit in politische Bedrängnis. Ihm drohte der Ausschluß aus dem Antifa-Aktiv[15].

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft wurde Rose in Berlin ein einwandfreies theoretisches Wissen, ausgeprägtes Selbstbewußtsein und ein untadeliger Lebenswandel attestiert[16]. In den Zentrallagern 2040 und 2041 hatte er die Bekanntschaft späterer Funktionäre der SED gemacht, wie er bei Gesprächen mit ZK-Abteilungen einfließen ließ. Auch Lothar Bolz, den späteren Vorsitzenden der NDPD, kannte er seither; dieser Umstand stiftete ein gutes Verhältnis zwischen den beiden[17]. Am 1. Februar 1949 trat er in die DBD ein, leitete die Abteilung Schulung und Werbung und gehörte dem Sekretariat des Parteivorstandes an. Offensichtlich hatte man es jedoch versäumt, Gerüchte auszuräumen, die an seiner politischen Zuverlässigkeit Zweifel anmeldeten. Vor dem Hintergrund seines rasanten Aufstiegs und wachsender Rivalitäten innerhalb des Sekretariates fiel der Verdacht einer angeblichen SA-Mitgliedschaft jedenfalls auf fruchtbaren Boden[18].

---

[12] Neben den oben genannten Rose, Schnitzler, Rietz, Reichelt und Körber auch Leonhard Helmschrott, Heinz Heinrich und Alois Melz, der langjährige Leiter der Zentralen Parteischule der DBD „Thomas Müntzer" in Borkheide; ACDP VI-052–0017, Mitglieder des PV 1960, vorbereitende Aufstellung zum VI. PT 1960.

[13] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 42f., Bericht über Treffen mit IM „Bernd" (=Helmschrott), 19. 2. 1958; dagegen herrschte zwischen dem stellvertretenden Chefredakteur des „Bauern-Echo" Huster, und Rose, die sich ebenfalls aus der Kriegsgefangenschaft kannten, eine tiefe Abneigung. Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht AG BO über Arbeitsweise im Apparat des PV der DBD, 12. 9. 1955.

[14] Nachfolgende biographische Angaben aus BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 6–10, Abschrift Personalfragebogen, 21. 8. 1950, Charakteristik und Personenbeschreibung [1950].

[15] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 62–72, HA V/3 Bericht eines Informators über Vorkommnisse innerhalb des PV der DBD, 24. 11. 1958, hier Bl. 62–64; Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1652.

[16] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 8, Charakteristik [1950].

[17] SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht AG BO über Arbeitsweise im Apparat des PV der DBD, 12. 9. 1955.

[18] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 62–72, HA V/3 Bericht eines Informators über

Altgediente KPD-Genossen ohne Antifa-Schulung, namentlich Goldenbaum und Scholz, rückten gegen Rose, der zwar Antifa-Lehrer, aber KPD-Neuling ohne Stallgeruch war, zusammen[19].

1951 wurde er Generalsekretär und kam damit auf jenen Posten, den bislang Paul Scholz als Hauptgeschäftsführer innegehabt hatte. Nach einem heftigen Streit im inneren Parteizirkel hatte man das Amt eines Generalsekretärs eingeführt[20], nachdem Scholz im Herbst 1950 Goldenbaum als Landwirtschaftsminister der DDR nachgefolgt war. Rose war bis 1960 eine der profiliertesten Führungsfiguren der DBD. Er pflegte ein besonders enges Verhältnis zur SED, das auch darin Ausdruck fand, daß er sich von Oktober 1950, also in etwa zeitgleich mit seinem Aufstieg zum Generalsekretär, bis Oktober 1953 als Geheiminformator für die Staatssicherheit verpflichtete. Rose hielt engen Kontakt zur SKK[21].

Auch Hans Paul von Schnitzler, geboren 1908, war während der Zeit seiner sowjetischen Gefangenschaft als Lehrer und Aktivleiter in verschiedenen Lagern beschäftigt[22], nachdem er selbst eine Schulung durchlaufen hatte[23]. Unmittelbar nach seiner Entlassung als Brigadier in Frankfurt/Oder stieß er Mitte August 1949 zunächst als stellvertretender Chefredakteur des „Bauern-Echo" zur DBD und gehörte 1949 dem Parteivorstand an. Auch seine spätere zweite Frau, Lieselotte Franke, eine landwirtschaftliche Hilfslehrerin, arbeitete in der Zeitungsredaktion[24].

Ab April 1950 war Schnitzler Sekretär des Sekretariats des Parteivorstandes. Von 1951 bis 1955 leitete er als Nachfolger von Rose die Hauptabteilung Schulung und Werbung bzw. Aufklärung. Danach vertrat er die DBD im Büro des Nationalrats der Nationalen Front[25]. 1963 schied er aus dem Nationalrat aus, legte sein Volkskammermandat nieder und nahm eine Tätigkeit in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften auf[26]. Hans von Schnitzler stammte aus einer Kölner

---

Vorkommnisse innerhalb des PV der DBD, 24. 11. 1958, hier Bl. 62–64. Der Bericht enthält eine Episode, wonach Rose in Kontakt mit SA-Leuten versuchte, vom Kreisleiter der NSDAP zu erwirken, daß auch seine Frau arbeiten durfte. Rose wurde in der DBD verschiedentlich verdächtigt, sich während des Nationalsozialismus nicht immer „antifaschistisch" verhalten zu haben.

19 Vgl. die kryptischen Hinweise bei Reichelt, Blockflöte, S. 34.

20 ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950; Beschluß dann im PV, ACDP VI-052–0144, Protokoll PV, 1. 2. 1951.

21 BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose.

22 Folgende biographische Angaben nach BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 1–5, Lebenslauf 28. 8. 1950, Bl. 11, von Scholz verfaßte Charakteristik 19. 1. 1950 [Abschrift], Bl. 32–37, Lebenslauf undatiert [Abschrift]. ACDP VI-052–0017, vorbereitende Aufstellung für Besetzung PV nach dem PT von 1960.

23 Reichelt, Blockflöte, S. 34, allerdings ohne Beleg.

24 BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 3, Lebenslauf, 28. 8. 1950, Bl. 15, Bericht 19. 11. 1951; ACDP VI-052–0143, z. B. Protokoll der PV-Sitzung, 11. 7. 1949.

25 BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 18, Einschätzung durch Fritz Otto, Mitglied des Büro des Nationalrates, 18. 8. 1958.

26 Ebd., Bl. 58, Ablagevermerk der HA V/3 anläßlich des Ausscheidens aus dem Nationalrat der Nationalen Front. Lt. Protokoll des VII. PT 1963, S. 291, wurde er als Nachfolgekandidat für den PV gewählt. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete er als wissenschaftlicher Redakteur beim Institut für landwirtschaftliche Information und Dokumentation Berlin.

Patrizierfamilie, die um 1912 geadelt worden war[27]. Hans und sein zehn Jahre jüngerer Bruder Karl Eduard, bekannt als Chefkommentator des DDR-Fernsehens und als solcher einer der düstersten Propagandaagitatoren der DDR[28], brachen mit dieser Familientradition und schlossen sich in jungen Jahren sozialistisch-kommunistischen Kreisen an. Nach dem Abitur studierte Hans Schnitzler zwei Jahre bis 1928 in Bonn, danach in Göttingen Rechtswissenschaften und entsprach damit dem väterlichen Wunsch, der eine Beamtenlaufbahn vorsah. Über die Lektüre naturwissenschaftlicher Werke, besonders solcher über den biologischen Determinismus, fand er – Scholz zufolge – den Weg zu materialistischer Literatur[29] und damit auch zum Kommunismus. Diese Lektüre und die „Abneigung gegen die eigene Klasse" führten 1931 noch vor dem Kontakt mit der Arbeiterbewegung zum Bruch mit der Familie[30]. Nach gescheitertem juristischen Referendarexamen begab er sich von 1930 bis 1932 als Lehrling zu einer internationalen Berliner Transportfirma. Ein Intermezzo als Inhaber der Firma „Filmspedition", wozu ihm nach dem Tod des Vaters 1934 eine Erbschaft verholfen hatte, endete im Ruin. Ab 1937 arbeitete er wieder im kaufmännischen Metier[31].

Unmittelbar nach seinem KPD-Beitritt 1932 wurde er in derem illegalen Nachrichtendienst eingesetzt. Im Oktober 1933 verhaftete ihn die Gestapo[32]. Der Umstand, daß er bald wieder freikam, machte seine Genossen stutzig. Sie vermuteten eine Intervention seines Onkels, der eine bedeutende Funktion bei den IG Farben Werken innehatte und später im Nürnberger IG Farben Prozeß verurteilt wurde[33]. Trotz Einsatzes für die kommunistische Sache und ständigem Bemühen, seine politische Überzeugung zu beweisen, verfolgte ihn nachweislich bis 1952 der Verdacht, aufgrund seiner großbürgerlichen Herkunft doch mit „kapitalistischen" und „kriegsverbrecherischen" Kreisen Verbindungen zu pflegen[34].

---

[27] Schnitzlers Mutter lebte seinen Angaben von 1950 zufolge von einer Pension in Westdeutschland, wo sie für die Nationale Front arbeitete. BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 32–37, Lebenslauf undatiert [Abschrift], hier Bl. 32. Vgl. Schnitzler, Schlösser, S. 17, 22.

[28] Vgl. Karl Eduard von Schnitzlers autobiographische Ausführungen in ders., Schlösser.

[29] BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 11, von Scholz verfaßte Charakteristik 19. 1. 1950 [Abschrift].

[30] Ebd., Bl. 32–37, Lebenslauf undatiert [Abschrift], hier Bl. 32f. Anders Schnitzler, Schlösser, S. 30, wonach Hans schon 5 Jahre vor Hitlers Machtübernahme für die Partei gearbeitet habe.

[31] BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 1–5, Lebenslauf 28. 8. 1950; ebd., Bl. 32–37, Lebenslauf undatiert [Abschrift].

[32] Ebd., hier Bl. 33.

[33] Ebd. Ebenso Schnitzler, Schlösser, S. 62f.

[34] BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 13, SED-LL Sachsen, Abt. Staatl. Verwaltung an ZK-Abt. Staatl. Verwaltung, 16. 10. 1950, mit der Verdächtigung, Schnitzler habe mit einer Flakbatterie das IG-Farben Werk in Auschwitz geschützt. Entlastung durch Aussage eines „Bruno", 31. 10. 1950. Ebd., Bl. 25–28, Einschätzung und Bericht der HA V/3 des MfS, 26. 9. 1958, danach bezeugte Grete Wittkowski Schnitzlers antifaschistische Tätigkeit im Roten Studentenbund 1933. Sowjetische Stellen versicherten, daß Denunziationen, die bereits während seiner Kriegsgefangenschaft aufgetaucht waren, sich als haltlos erwiesen hatten. Seine Zuverlässigkeit unterstrichen sämtliche Einschätzungen aus DBD-Kreisen. Ebd., Bl. 11, 19. 1. 1950, Beurteilung von Scholz; Bl. 16, 30. 10. 1954, Einschätzung von IM „Steffan" (= Besler); Bl. 18, 18. 8. 1958, Einschätzung von Fritz Otto; Bl. 20, 27. 8.

Nach seiner Verhaftung 1933 waren die Kontakte zur KPD abgerissen. So organisierte er selbständig antifaschistische Gruppen in Hanau, Berlin, Frankfurt und Saarbrücken. Aus der Wehrmachtszeit ab 1942 kannte er Berthold Rose, den er als Zeugen für seine Widerstandstätigkeit benannte. Kurz vor Kriegsende, im Mai 1945, nahm die Rote Armee den frisch beförderten Leutnant in der ČSR gefangen. Politische Differenzen und Konkurrenz unter den Lagerangehörigen führten offenbar dazu, daß er mit Rückendeckung sowjetischer Stellen als „Kriegsverbrecher, Naziaktivist, Direktor der IG-Farben, Gestapoagent und verkappter SS-Offizier"[35] denunziert wurde. Schnitzler wurde aus dem Antifa-Aktiv ausgeschlossen und bis Februar 1949 als Häftling und Zwangsarbeiter gefangengehalten – letzteres gab er in den Akten natürlich nicht so wieder[36]. Seine kommunistische Gesinnung litt unter den schmerzlichen Erfahrungen anscheinend in keiner Weise, obwohl er an den Folgen einer Malariaerkrankung, die er sich höchstwahrscheinlich in den Lagern zugezogen hatte, zeit seines Lebens laborierte. Erst im Frühjahr 1949 wurde der Fall geprüft und seine Unschuld bestätigt. Nach längeren Lazarettaufenthalten entlassen, traf er Ende Juli 1949 in Frankfurt/Oder ein. Bereits vor der Denunziation hatte er sich als Informant der sowjetischen Geheimpolizei verpflichtet. Diesen Auftrag erfüllte er nach seiner Rehabilitierung bis 1952. Dann wurde er aus gesundheitlichen Gründen als Informator abgelegt[37].

Deutlich jünger als Rose und Schnitzler war Hans Rietz[38], der am 26. April 1914 in Cönnern bei Halle als unehelicher Sohn einer Putzmacherin zur Welt kam. Die ersten Lebensjahre wuchs er in einem Kinderheim, dann bei Pflegeeltern auf, bis ihn seine inzwischen verheiratete Mutter zu sich nach Bitterfeld holte. Wegen wirtschaftlicher Not konnte Rietz die Mittelschule nicht abschließen. Er begann 1928 eine Schlosserlehre bei der IG Farben in Wolfen, wo er bis zu seinem Diensteintritt beim RAD 1934 arbeitete. Dort unterstand er genauer Beobachtung, da man ihn verdächtigte, an seine bisherige kommunistische Jugendarbeit anknüpfen zu wollen. Rietz war erst vierzehnjährig dem Metallarbeiterverband beigetreten und gehörte bis 1933 dem Kommunistischem Jugendverband und verschiedenen Agitationsbrigaden in Bitterfeld an. Er nahm als Soldat in einem Nachrichtenregiment am Polen-, Frankreich- und ab 1942 am Rußlandfeldzug teil. 1945 geriet Rietz in sowjetische Kriegsgefangenschaft, 1946 kam er in ein An-

1958 Beurteilung von GI „Bernd" (= Helmschrott), der immerhin noch „Reste bürgerlicher Gewohnheiten" meldete.

35 Ebd., Bl. 32–37, Lebenslauf undatiert [Abschrift], hier Bl. 35f.

36 Ebd., Bl. 36. Schnitzler schob die Verantwortung für seine Verhaftung deutschen Kriegsgefangenen im „sogenannten Antifaaktiv" des Hauptlagers 7328/1 in Baku zu.

37 Ebd., Bl. 23, Aktenvermerk, undatiert.

38 Das folgende nach BStU MfS AP 14985/92, Personalakte Rietz, Bl. 2f., Lebenslauf, 4. 12. 1950 [Abschrift], Bl. 4–7, Personalfragebogen, 16. 12. 1950. Das MfS bereitete 1950 eine Verpflichtung von Hans Rietz zur Mitarbeit für das MfS vor, die dann aber offenbar ausblieb. Ebd., Bl. 9. Trotzdem wird er als „Gewährsmann" oder als „KP Hans" in den Akten geführt. In anderen IM-Vorgangsakten wird er öfter als IM bezeichnet. Unter Umständen wurde er zwar verpflichtet, mußte aber keine Verpflichtungserklärung unterzeichnen, wie dies gelegentlich mit sowjetischer Rückendeckung praktiziert wurde. Vgl. zu seiner Person auch die allgemeinen Abgaben in Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 1634; Herbst u.a., DDR, Bd. 3, S. 277; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 224; Buch, Namen (1973), S. 232.

tifa-Lager. Nach der Gebietsschule in Leningrad durchlief er 1948 auch die Zentralschule 2040 in Ogre, wo er anschließend freiwillig bis Juli 1949 als Aktivleiter blieb. Im Juli 1949 kehrte er in die SBZ zurück.

Er bekam eine Selle als Landesinstrukteur der Abteilung Schulung im SED-Landesverband Sachsen-Anhalt. Am 1. November 1949 trat er in Absprache mit seiner Partei in die DBD über und führte bis 1951 deren Zentralschule in Borkheide. 1951 wünschte er, diese Funktion aufzugeben. Da ihm Rose eine Perspektive beim Parteivorstand eröffnete, herrschte auch zwischen diesen beiden ebenso wie zwischen Rose und Schnitzler ein gutes Verhältnis. Diese Protektion zahlte sich für Rose bei parteiinternen Querelen gegen Goldenbaum und/oder Scholz später aus[39].

Dem Jahrgang 1925, also einer jüngeren und anders politisch sozialisierten Generation gehörte Hans Reichelt an[40]. Er kam im oberschlesischen Proskau als Sohn einer alleinstehenden Hausschneiderin zur Welt, die häufig beruflich unterwegs war. Hans wuchs daher ab seinem 9. Lebensjahr zeitweise in einem Waisenhaus auf. Ausgesprochen selbständig und bildungsbeflissen wechselte er in die Oberschule, gleichzeitig trat er in die Hitlerjugend ein, wo er in den Rang eines Jungscharführers aufstieg. 1943 bewarb er sich um Aufnahme in die NSDAP. Im gleichen Jahr berief man den 18jährigen Oberschüler zur Wehrmacht ein[41]. Kurz nach seiner Beförderung zum Leutnant Ende April geriet er am 9. Mai 1945 in der ČSR in sowjetische Kriegsgefangenschaft. In der Sowjetunion als Wald- und Straßenarbeiter eingesetzt, brachte er es bald zum Brigadier. Nach anfänglichem Zögern wuchs ab dem Frühjahr 1946 sein Interesse für die politischen Fragen, die in den Antifa-Lehrgängen im Kriegsgefangenenlager behandelt wurden. Ab Sommer 1947 besuchte er einen zweimonatigen Lehrgang, der ihn zum Jungaktivisten seines Bataillons qualifizierte. Im Sommer 1948 wurde er Führer eines Unteroffiziersbataillons. Von Februar bis Juni 1948 absolvierte er im Lager 7437 die Arbeitsschule und von Juni bis Dezember 1949 die Zentralschule des Lagers 2041. Reichelt wurde am 24. Dezember 1949 in Frankfurt/Oder aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen[42]. Unmittelbar danach warben ihn Scholz und Scheffler für die DBD an[43]. Bis spätestens Sommer 1950 folgte Reichelt Scheffler in der Funktion des Hauptabteilungsleiters Organisation. Im Herbst 1950 unterschrieb er eine Verpflichtungserklärung beim MfS, nachdem Scholz ihn im August einem Geheimpolizisten vorgestellt hatte[44]. Reichelt war von 1950 bis 1989 Mit-

---

[39] BStU MfS AP 14985/92, Personalakte Rietz, Bl. 113, Auskunftsbericht, 14. 3. 1962.

[40] Das folgende nach BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 4f., Personalfragebogen, 21. 8. 1950 [Abschrift], Bl. 9, Lebenslauf [Abschrift von Abschrift, höchstwahrscheinlich 1950], Bl. 11, Charakteristik von Scholz [1950]. Vgl. auch die Angaben in Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1603; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 223, Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 271.

[41] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 9, Lebenslauf [1950].

[42] SStAD BPA SED LL A/1605a, Liste des Kreises Leipzig Betr.: Antifa-Schüler/Schulen 2040 und 2041/Ankunft in Gronenfelde am 23. 12. 1949. [Falschdatierung des Geburtsdatums um einen Monat, übrige Angaben aber zutreffend].

[43] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

[44] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 12, Verpflichtungserklärung, 27. 9.

glied des Sekretariats und des Parteivorstandes und einer der profiliertesten Politiker der DBD. Mehrmals bekleidete er Ministerposten für die DBD, zunächst als Nachfolger von Wilhelm Schröder als Landwirtschaftsminister im Sommer 1953[45]. Während der fünfziger Jahre zählte er zu jenen Funktionären der DBD, die maßgeblich über die agrarpolitischen Inhalte und die Geschicke der Partei mitbestimmten. Dabei genoß Reichelt das besondere Vertrauen der SED in seine Kompetenz und Verläßlichkeit, das sich etwa in der Ernennung zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralen Beirats für LPG beim Ministerrat niederschlug.

Erwin Körbers Interesse für Politik wurde erst im sowjetischen Antifalager 2040[46] geweckt und geformt. Er kam am 15. Juni 1921 im oberschlesischen Ratibor als Kind eines Musikers[47] zur Welt. Nach dem Abitur 1939 wurde er zum Wehrdienst eingezogen. Vor 1949 gehörte er keiner politischen Partei an. Körber zählt wie Reichelt zur Generation derjenigen, die von der Schule weg ohne Ausbildung und Beruf zum Kriegsdienst verpflichtet wurden, in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten und nach Antifa-Schulung zu Parteifunktionären aufstiegen. In anderen Berufsfeldern hatten sie nie Erfahrungen gesammelt. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1949 gehörte Körber kurze Zeit der SED an und wurde im Februar 1949 in die DBD Thüringens delegiert. Parteiintern als „Umsiedler" geführt, sollte er vermutlich in diesem kaum von der Bodenreform berührten Land die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen im Auge behalten. Seine Parteikarriere führte ihn 1951 als hauptamtlicher Mitarbeiter zum Parteivorstand nach Berlin. Dort gehörte er bis 1971[48] dem Sekretariat als Leiter der Abteilung Schulung und Aufklärung (ab Mitte 1954), der Haupt-Abteilung Organisation (1955) und als Kaderleiter (1962) an[49]. Anfang der sechziger Jahre qualifizierte er sich als staatlich geprüfter Landwirt, wie es einem Sekretär der Bauernpartei jetzt angemessen schien[50].

Einfluß und Bedeutung der Antifa-Schüler in der DBD werden in der bisherigen Forschung unterschiedlich eingeschätzt. Zweifellos verstärkten sie das Grün-

---

1950. Er wählte den Decknamen „B. Heinrich". BStU MfS AP 4387/92, Scholz, Bl. 9, Aktenvermerk des MfS-Mitarbeiters G.

[45] 1954 besuchte er als einer der ersten DBD-Kader die Zentralschule für Agrarpolitik des ZK der SED in Schwerin und wurde Staatssekretär im MLF. 1955 bis 1963 wurde er erneut Minister im genannten Ministerium. Ab 1959 war er Mitglied des ZV der VdgB. Nach dem Tod von Werner Titel wurde Reichelt von 1972 bis November 1989 Stellv. des Vors. d. Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft.

[46] Das folgende nach ACDP VI-052–0017, Aufstellung PV 1960; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 222; Buch, Namen (1979), S. 164.

[47] ACDP VI-052–0017, Aufstellung PV 1960. Buch, Namen (1979), S. 164, führt als Beruf des Vaters Eisenbahnangestellter an.

[48] So Reichelt, Blockflöte, S. 375. Anderslautende Angaben (bis 1967) bei Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 222.

[49] Die Ernennung zum HA-Leiter wird in der Literatur unterschiedlich datiert; Reichelt, Blockflöte, S. 375 (1957); den Akten zufolge war Körber Nachfolger von Schnitzler auf dem Posten für Schulung und Aufklärung, dann von Dietrich Besler als Hauptabteilungsleiter Organisation, der diese Funktion nach dem IV. PT 1955 aufgab. ACDP VI-052–0527, Protokoll Sekretariat, 18. 6. 1954; Protokoll des IV. PT, S. 272.

[50] ACDP VI-052–0546, Protokoll Sekretariat, 13. 11. 1961.

dungspersonal 1949 und gelangten vorzugsweise auf Sekretariatsposten[51]. Insgesamt ist das parteiinterne Kräfteverhältnis in größeren Zusammenhängen und über einen längeren Zeitraum hinweg zu untersuchen. Nur so kann die Einordnung im SED-dominierten Herrschaftssystem und das Zusammenspiel individueller Motive hinter den innerparteilichen Gruppierungen miteinander verknüpft werden. Die Frontbildungen verliefen bald quer zu den Parteigründergruppen. Reichelt warnt heute vor einer Überbewertung der Antifa-Kader; allerdings wurde er in der DBD anfangs aufgrund seiner Jugend von Goldenbaum ausgebremst[52]. Allgemein stößt man hier auf generationell mitbedingte Konflikte im Wandel der Zusammensetzung der Parteiführung: Die altgedienten KPD-Kader wie Goldenbaum und Scholz ließen sich nur ungern von jungen, zwar Antifageschulten und hochmotivierten, aber weder kommunistisch sozialisierten noch in der Landwirtschaft ausgebildeten, dazu mit HJ- und NSDAP-Vorgeschichte behafteten Kadern bedrängen.

Die Bedeutung der zentral eingesetzten Antifa-Schüler läßt sich daran ablesen, daß sie aufgrund ihres Einblicks in Parteiinterna begehrte Geheiminformatoren des MfS waren[53]. Für den Untersuchungszeitraum ist die bedeutende Rolle der Antifa-Schüler erwiesen. Rietz und Reichelt schieden erst 1990 aus dem Führungszirkel aus; Rose wurde 1960 als Generalsekretär zurückgezogen und verließ 1963 den Parteivorstand. Schnitzler entfernte sich, offensichtlich auch aus gesundheitlichen Gründen, etappenweise von Führungsfunktionen in der DBD und schied ebenfalls 1963 aus dem Parteivorstand aus.

Im Grunde war die DBD schon Ende 1948 gezwungen, eigene Kader heranzubilden. Antifa-Schüler füllten nur zeitweise Lücken; ihr Zufluß versiegte Ende 1949 und reichte bei weitem nicht aus, um den Bedarf auf allen Ebenen zu decken. Im Jahr 1950 kam es zu dramatischen Engpässen, als die DBD zum einen zunehmend Staatsfunktionäre stellen mußte und zum anderen eine „Parteisäuberung" betrieb. Im Sekretariat beklagte man intern 1950 die schwache Unterstützung seitens der SED; schon kurz nach der von sowjetischer Seite angeordneten Gründung sei eine weitere personelle Verstärkung ausgeblieben, mit der das DBD-Sekretariat aber gerechnet hatte. Sogar bei der Besetzung von Schlüsselpositionen wie des Personalleiters wurde die SED nicht initiativ[54]. Paul Scholz, der sich der Kaderfragen während der längeren Vakanz auf diesem Posten zusätzlich annahm, bat sogar das MfS um Unterstützung[55].

---

[51] Eine parteiübergreifende Studie fehlt. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 108, 122f. Kühne spricht von einem parteiinternen Gegensatz zwischen den Gründungsmitgliedern Goldenbaum und Scholz und den neu hinzugekommenen Antifa-Schülern im PV, übersieht jedoch, daß sich Scholz 1950 der Kritik der Antifa-Schüler gegen Goldenbaum anschloß, Kühne, Anfänge, S. 93f.; siehe ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

[52] Reichelt, Blockflöte, S. 34f. ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 2. 12. 1950, Goldenbaum gab darin zu, den Kontakt zu jüngeren Kollegen und ihre „Entwicklung" unterschätzt zu haben.

[53] Vgl. S. 281–288.

[54] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

[55] BStU MfS AP 4387/92, Scholz, Bl. 8f. Bei Gesprächen zwischen MfS-Mitarbeitern und

Diese Erfahrung ließ die DBD erkennen, wie wichtig die systematische Heranbildung des eigenen Parteinachwuchses war. Ab 1951 ging sie daran, Jungbauern und Mitarbeiter im Bereich der landwirtschaftlichen Verwaltung auf ihren Parteischulen auszubilden oder auf Verwaltungsschulen wie das Renommierinstitut „Walter Ulbricht" in Forst Zinna zu delegieren[56]. Bis 1963 schaffte aus dieser Gruppe noch niemand den Sprung ins Sekretariat. Die Förderung des Funktionärnachwuchses und die generationelle Zusammensetzung der DBD war von Werbungsstopps, die die SED verfügte, unmittelbar abhängig. Besonders ab 1963 drohte eine Überalterung von Mitgliedschaft und Führung. Wie sehr der Einfluß der Parteischüler bis 1960, gemessen an ihrer Zahl, wuchs, und sie sukzessive sowohl die altkommunistisch geprägte Gründerelite als auch die Funktionärsgruppe der Antifa-Absolventen ablösten, demonstriert die Zusammensetzung des Parteivorstandes von 1960: Von 75 Mitgliedern hatten 25 die DBD-Zentralschule absolviert, 36 eine Landesparteischule durchlaufen, 16 beide Schultypen. Zwölf Personen hatten sonstige Lehranstalten wie Fachakademien, SED-Landwirtschaftsschulen und Universitäten besucht. Die acht Antifa-Schulabsolventen fallen quantitativ kaum ins Gewicht – Helmschrott, Hoffmann, Körber und Rietz –, sie besetzten allerdings vier von sieben Sekretariatsposten[57].

2. Organisatorischer Aufbau und innerparteiliche Funktionen

Die folgende Analyse soll das Geflecht der innerparteilichen Kompetenzregelungen, der Anleitungsstrukturen, der personellen Zusammensetzung tragender Gremien und letztlich des politischen Entscheidungszentrums offenlegen. Die bisherigen Forschungsbeiträge zur Organisation des DBD-Parteiaufbaus beschrieben diesen unter der Prämisse, daß die Bauernpartei als „Transmissionsriemen" der SED fungierte. Dieser im Prinzip zutreffende Ansatz verband damit häufig die Frage, inwiefern organisatorische Parallelen zur SED vorliegen; die Beiträge konstatierten, daß schon bei der Gründung der DBD Strukturprinzipien eingeführt wurden, die eine Ausrichtung am Vorbild der SED von Beginn an belegen[58]. Nach der Auswertung von nun zugänglichen Akten erscheint diese Sicht verengt; zum einen zeichnet sich ab, daß die DBD-Organisation über weite Strecken nicht mit derjenigen der SED zu vergleichen ist, zum anderen wird deutlich, wie unzureichend die Durchsetzung von solch zweifellos vorhandenen Strukturprinzipien über einen längeren Zeitraum hinweg gelang. Schließlich markiert die Praxis, Spit-

---

Scholz ist erwähnt, daß der Posten des Personalleiters mindestens seit August 1950 unbesetzt war. Am 16. 8. 1950 bat Scholz das MfS um Mithilfe.

[56] Zu dieser zahlreichen, heterogen zusammengesetzten Gruppe gehörten z.B. Erwin Binder, Willi Grandetzka, Claus Howitz, Michael Koplanski, Siegfried Küster, Karl-Heinz Nordmann, Fritz Nixdorf, Werner Titel u.v.a.

[57] ACDP VI-052–0546, Protokoll Sekretariat, 18. 12. 1961.

[58] Wortmann, Parties, S. 284ff.; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 118ff.

zen der Bezirks- und Kreisvorstände ehrenamtlich zu besetzen, einen wesentlichen Unterschied zur Organisation der SED[59].

Bei der Organisationsgeschichte der DBD stehen nicht nur Machtverhältnisse, die von oben nach unten reichten, im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern auch Einflußmöglichkeiten von unten nach oben. Herauszuarbeiten sind auch jene Mechanismen der politischen Durchdringung, deren Aufgabe es war, die nicht mit den politischen Vorgaben konform gehenden Auffassungen anderer Gremien und Organisationsebenen möglichst reibungslos in die Partei einzubinden – und sei es auch nur, um sie anschließend gleichschalten zu können.

Parteivorstand

Der Parteivorstand war laut Statut von 1949 das oberste Gremium der Partei zwischen den Parteitagen[60]. Er sollte von den Landes- bzw. Bezirksdelegierten des mindestens alle zwei Jahre stattfindenden Parteitages gewählt werden. Sämtliche Länder- bzw. Bezirksorganisationen mußten im Vorstand vertreten sein. Die Zusammensetzung des Gremiums wurde vorher in Absprache mit den zuständigen Stellen der SED festgelegt[61]. Bei der Wahl stimmten die Delegierten en bloc per Heben eines Handzettels oder durch Einwerfen eines Wahlscheines für den Wahlvorschlag der Wahlkommission, der immer einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen wurde. Die Delegierten nahmen keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Gremiums. In der konstituierenden Sitzung des Parteivorstandes auf den Parteitagen wählten seine Mitglieder den Parteivorsitzenden sowie einen oder ab 1963 zwei Stellvertreter, den Hauptgeschäftsführer – so die Bezeichnung bis Ende 1950 – bzw. den Generalsekretär (1951–1960 – dann schaffte man die Funktion ab) sowie ein Sekretariat des Parteivorstandes. 1963 wurde das Sekretariat vom Parteivorstand lediglich bestätigt, nicht mehr gewählt[62].

Der Vorstand sollte laut Statut von 1949 mindestens 17 Personen umfassen. Tatsächlich gehörten ihm 1948 19 und 1949 24 Personen an[63]. Auf dem II. Parteitag 1951 erhöhte sich die Zahl auf 49, auf dem III. Parteitag 1953 auf 55[64] – erstmals waren alle Bezirke zu berücksichtigen –, und sie erreichte 1963 79 Mitglieder[65]. Mit zunehmender Größe schwand die Macht des Gremiums. In der Aufbauphase der Partei konnte sich der Parteivorstand wie alle Landes-, Kreis- und Ortsvor-

---

[59] Vgl. dazu auch Reichelt, Blockflöte, S. 60f.

[60] Statut von 1949, abgedruckt in Wernet, Rolle, S. 271–274, hier S. 272f. Vgl. auch Statut von April 1948, abgedruckt in: Um ein antifaschistisch demokratisches Deutschland, S. 631–635. Vgl. auch die Ausführungen zum PV vornehmlich bis 1952 in Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 120–123, und Wortmann, Parties, S. 284–288.

[61] In den Quellen ist dies nicht immer nachzuweisen, aber sehr häufig. Vgl. auch die sorgfältige Steuerung der Personalbesetzung durch die AG BO im Zuge der Vorbereitungen zum VI. und VII. PT der SED 1960 und 1963 in Kapitel IX.2 und IX.6. Diese Praxis bestätigt auch Reichelt, Blockflöte, S. 59ff.

[62] Protokoll des VII. PT 1963, S. 295.

[63] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 120.

[64] Protokoll des III. PT 1953, S. 205–209.

[65] Protokoll des VII. PT 1963, S. 287–290. Gleichzeitig wählte man 35 Nachfolgekandidaten.

stände durch Kooptation von Mitgliedern vergrößern und verändern[66]. So hoffte man, die hohe Fluktuation in den Vorständen aller Organisationsebenen aufzufangen und die Zusammensetzung zu steuern. Der Parteivorstand wie alle Landes- bzw. Bezirks- und Kreisvorstände wählten sich als ausführendes Organ ein Sekretariat, das eigentliche Entscheidungs- und Machtzentrum. Der Parteivorstand konnte die Besetzung aller Parteiorgane nominell durch seine Entscheidungsbefugnis über sämtliche innerparteilichen Wahlordnungen regeln[67]. Über diesen Hebel gelang es, die eigene Zusammensetzung zu bestimmen: Als etwa die einzelbäuerlichen Mitglieder 1960 laut Wahlordnung in den Kreisen nicht länger als Parteitagsdelegierte in Frage kamen, erübrigte sich zugleich ihre Repräsentation im Parteivorstand.

Beim Parteivorstand existierte ein siebenköpfiges Parteischiedsgericht[68]. Bis 1960 war es der Hauptabteilung Kader zugeordnet, danach wurde es offenbar auf Anregung der SED-Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen davon getrennt[69]. Erst im Zuge der Vollkollektivierung und der Entwicklung der DBD zu einer sozialistischen Partei ging die Parteiführung daran, die Aufgaben des Parteischiedsgerichtes schriftlich neu zu fixieren[70]. Außerdem sollte eine fünfköpfige Revisionskommission beim Parteivorstand die Kassenführung kontrollieren. Die Einrichtung von Revisionskommissionen sollte auf jede Organisationseinheit übertragen werden. De facto bestimmte Berthold Rose als Generalsekretär bis 1960 weitgehend allein über die Parteifinanzen.

Dieses statuarische Bild des Parteivorstandes spiegelt die reale Bedeutung des Gremiums nur unzureichend wider. Die entscheidenden politischen Vorgaben wurden nicht dort getroffen, weil der Parteivorstand nur ein weiteres Glied im letztlich SED-gesteuerten Anleitungs- und Kontrollapparat war. Auch in der DBD wurden maßgebliche Entscheidungen im Sekretariat gefällt und vorbereitet[71], wie schon die Lenkung der ersten Parteikonferenz am 16./17. Juni 1948 zeigte.

Zweifellos fungierte der Parteivorstand in der Gründungsphase 1948 als wichtiges Verbindungsglied zwischen der schlecht organisierten und unterbesetzten Berliner Geschäftsführung und den Landesverbänden. Zumindest bis Ende 1952 erfüllte er auch eine Funktion, die von unteren Parteigliederungen hin zur Parteispitze gerichtet war[72]. Insbesondere Berichte der Landesvorsitzenden, die sich auf

---

66 Statut von 1949, Ziffer 19, abgedruckt in Wernet, Rolle, S. 271 ff.

67 Ebd., Ziffer 24.

68 Vor 1955 wurde es von Hans Rietz als stellvertretendem Organisationssekretär kontrolliert, danach stand es bis 1972 unter der Leitung von Erwin Körber. Protokoll des III. PT 1953, S. 209; zu Körber: Reichelt, Blockflöte, S. 376.

69 ACDP VI-052-0324, Protokoll Präsidium, 5. 1. 1960, und Vorlage zu Parteischiedsgericht. Der Vorlage zufolge sollte Burkhardt den Vorsitz übernehmen, Körber blieb jedoch an der Spitze. ACDP VI-052-0540, Protokoll Sekretariat, 7. 12. 1959. SAPMO DY 30 IV 2/15/2, AG BO an Matern, 3. 8. 1959. Die AG kritisierte die Inaktivität des Gremiums.

70 ACDP VI-052-0325, Arbeitsordnung des Parteischiedsgerichtes vom 28. 6. 1960.

71 Sekretariat hieß das kleinere Leitungsgremium ab dem I. PT, zuvor trat man im „geschäftsführenden Ausschuß" oder im „engeren Parteivorstand" zusammen.

72 Noch 1952 klagte das Sekretariat darüber, daß die Mitglieder die Kreise und Bezirksorga-

die Situation der Partei in den Kreisen bezogen, lieferten auf Parteivorstandssitzungen hilfreiche Informationen zum Zustand der DBD in den Ländern[73] und konnten so das Vorgehen beeinflussen. Der Sitzungsturnus, der anfänglich alle vier Wochen Zusammenkünfte vorgab, begünstigte diese Rückkopplungsfunktion. Nach der Neugliederung 1952 und mit steigendem Einfluß der Sekretariate berief man die Sitzungen nur noch alle drei Monate ein; statt realer Information über die Lage der Partei stand nun die ideologische Formierung im Zentrum. In ellenlangen politischen Referaten gab der Vorstand den Diskurs der Partei vor, die Sitzungen liefen zunehmend ritualisiert ab[74]. In der Frühzeit 1948/49 fanden Anleitung und Kontrolle der Landesverbände vornehmlich über die Parteivorstandssitzungen statt, die je nach Thema um Gäste erweitert wurden. Die Steuerung war noch äußerst ineffektiv, wie Landesverbände und Sekretariat 1950 bedauerten[75]. Diese Schwäche eröffnete den Landesverbänden auch Handlungsspielräume, die eigenwillige Führungspersönlichkeiten aus den Ländern wie Richard Richter und Friedrich Martin bisweilen nach ihrem Gutdünken ausfüllten.

Anleitung und Kontrolle durch den Parteivorstand oder sein Sekretariat waren bis 1952 weder perfektioniert noch lückenlos. Ein Werkzeug hierfür stellte das Instrukteurwesen dar, besonders die Instrukteurbrigade des Parteivorstandes, die ab 1951 bestand. Die Instrukteure, die 1955 zwei Brigaden bildeten und der Abteilung Organisation zugeordnet waren[76], durchbrachen die horizontale Gliederung der Parteigremien vertikal und lieferten schnell zuverlässige Informationen in die Zentrale. Das Instrukteurwesen erlaubte es dem Parteivorstand, unmittelbar auf die Parteiorgane in den Bezirken und Kreisen einzuwirken. Denn die Instrukteure nahmen automatisch an den jeweiligen Sekretariatssitzungen teil und informierten sich umfassend über die lokalen Probleme, vor allem auch bei den Gliederungen der SED.

Nach 1948/49 verlor der Parteivorstand die Funktion eines internen Informations- und Diskussionsforums zwischen den Sekretären und den Landesvertretern; er wurde nun vornehmlich Anleitungsgremium. Das Sekretariat des Parteivorstandes nutzte Parteivorstandssitzungen zur Weitergabe politischer Inhalte. Dabei dienten die ausufernden Grundsatzreferate auch zur Schulung, weil sie die leitenden Funktionäre in den Bezirken und Vertreter der DBD in LPG und VEG einfach und in regelmäßigem Abstand über die politische Agenda informierten. Diese Art der tagespolitischen Unterweisung konnten Parteischulen nicht leisten, da die Funktionäre die verschiedenen Typen von Parteischulen und Lehrgängen in der Regel nur einmal absolvierten. Diesen Funktionswandel der Parteivorstandssitzungen verdeutlicht auch der veränderte Tagungsmodus.

---

nisationen übergingen und sich mit Wünschen und Kritik sofort an den PV wandten. ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 24. 10. 1952.

[73] Siehe dazu die Wortprotokolle der überlieferten PV-Sitzungen für 1948 und 1949, die sich in Offenheit und Informationsgehalt deutlich vom späteren Stil dieser Gremienprotokolle abheben, ACDP VI-052–0141 und 0142.

[74] ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 24. 10. 1952.

[75] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

[76] Vgl. 2. Entwurf, Arbeitsordnung für den Apparat des PV, 31. 10. 1955, ACDP VI-052–0530.

Obwohl der Parteivorstand im Vergleich zur Gründungsphase einen Bedeutungsverlust verzeichnete, wirkte das Gremium nachhaltig traditionsbildend. Dies erfolgte zum einen über die Zusammensetzung seiner Mitglieder, die trotz hoher Fluktuation auch Konstanten aufwies, zum anderen wurde der politische Gehalt der Sitzungen im „Bauern-Echo" popularisiert. Wenn die Parteiführung ihre politische Linie der Basis vermitteln wollte, dann geschah dies über die Parteivorstandssitzungen, ab 1955 auch über Verlautbarungen des Präsidiums.

Bis zum III. Parteitag vom September 1953, teilweise darüber hinaus, läßt sich ein erheblicher Austausch der Gründergruppen von 1948 ablesen. 1963 gehörten nur noch sechs Parteivorstandsmitglieder von 1949 dem nun 79köpfigen Gremium an[77]; diese zählten allerdings zum Gründungspersonal von 1948 und bekleideten mit Ausnahme von Ernst Rummel, einem Parteiveteran aus Mecklenburg, der inzwischen LPG-Vorsitzender geworden war, wichtige Funktionen in Partei oder Staat. Betrachtet man die Zusammensetzungen des Gremiums von 1953 und 1963, so waren von den 55 Mitgliedern 1953 nur noch 16 zehn Jahre später vertreten[78]. Kein Drittel (29%) der Mitglieder von 1953 wurde 1963 wiedergewählt. Doch obwohl diese 1963 nur ein Fünftel der Vorstandsmitglieder stellten, waren sie weiterhin der machtvolle sanior pars der Sekretariatsmitglieder und Funktionäre in Parteischulen und Ministerien[79]. Bedeutungslos waren hingegen die letzten Vertreter der lokalen Gründer von 1948, Ernst Rummel und Heinrich Schmidt.

Neben dieser stabilen, in ihrer Zahl überschaubaren und dennoch einflußreichen Gruppe im Parteivorstand stand ein fluktuierender Teil des Gremiums. Seine Besetzung gab jeweils das Leitbild für die gewünschte Zusammensetzung der Parteibasis vor. Sie brachte zugleich den Kurs der DBD und damit den anvisierten künftigen Zustand der Partei zum Ausdruck. So wurden 1953 eine Reihe von Genossenschaftsbauern (19) in das Gremium gewählt, obwohl der Anteil der sogenannten „werktätigen Bauern" – wie Einzelbauern inzwischen bezeichnet wurden – an der Gesamtmitgliederschaft weitaus höher lag als im Parteivorstand (9). Unterrepräsentiert waren Jugendliche, weshalb man die sechs, die man nur hatte, umso mehr hervorhob – und Frauen (10), die 1953 immerhin rund 15 Prozent der Basis ausmachten[80]. Jugendliche und Frauen erwarben sich den Sitz im Parteivorstand in erster Linie durch Vorgaben der SED-Agrarpolitik und waren

---

[77] Leonhard Helmschrott, Herbert Hoffmann, Ernst Goldenbaum, Ernst Rummel, Paul Scholz, Fritz Weißhaupt. Rose schied 1963 aus dem PV aus.

[78] Burkhardt, Goldenbaum, Häber, Heinrich, Helmschrott, Hoffmann, Melz, Weißhaupt, Pech, Reichelt, Rietz, Rödiger, Ernst Rummel, Heinrich Schmidt (Mitbegründer), Scholz, Rudi Werner, Zirnstein. Vgl. Protokoll des III. PT der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1953, S. 205–209 und Protokoll des VII. PT der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1963, S. 287–291.

[79] Dies gilt für Burkhardt, Goldenbaum, Helmschrott, Hoffmann, Melz, Weißhaupt, Reichelt, Rietz und Scholz, nur in zweiter Linie für Susanne Häber, Heinrich, Pech und Rödiger, die die Gruppe der Bezirksführungskräfte repräsentierten. Wenig einflußreich waren die Wiedergewählten Ernst Rummel, Heinrich Schmidt, Rudi Werner und Zirnstein.

[80] Siehe Tabelle 7.

z.B. Anwender sowjetischer Neuerermethoden, Vorsitzende im Club junger Agronomen, arbeiteten in MTS oder waren in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aktiv. Wenige, im engen Sinne berufs- und leistungsbezogene Parteivorstandsplätze waren dagegen für sogenannte „Meisterbauern" reserviert.

Die Jugendlichen verjüngten den Parteivorstand nicht dauerhaft, sondern schieden bis 1963 aus dem Gremium wieder aus. Ihr Einbau diente nicht dem langfristigen Parteiaufbau, sondern momentaner Taktik. 1963 war selbstverständlich kein Einzelbauer mehr im Parteivorstand vertreten, zumal schon 1960 „werktätige Bauern" als einfache Delegierte für den VI. Parteitag nicht mehr in Frage kamen[81]. Dafür rückte in den erweiterten Parteivorstand von 1963 eine Riege von neun Wissenschaftlern sowie überproportional viele Vorsitzende von LPG des Typs III (12) und Bäuerinnen ein[82]. Ihnen standen nur neun Vorsitzende von LPG des Typs I gegenüber. Stärker noch fällt auf, daß neben 25 Genossenschaftsbauern des Typs III nur drei Parteivorstandsmitglieder aus LPG des Typs I gewählt wurden[83] – in einer LPG Typ I zu arbeiten, war politisch immer weniger opportun.

Insgesamt war die Besetzung des Parteivorstandes gleichzeitig von Kontinuität und von politisch induziertem Wandel geprägt. Während die langjährigen Sekretariatsmitglieder auf Vorstandsposten noch die Parteitradition verkörperten, eilte die soziale Zusammensetzung des Gremiums insgesamt dem von der SED vorgegebenen Kurs hinterher, war darin aber der Verfaßtheit der Partei an der Basis voraus. 1963 fand auch unter den bislang kontinuierlich gewählten Mitgliedern des Parteivorstandes ein Wechsel statt. Altgediente Funktionäre wie Berthold Rose und Hans Schnitzler schieden aus, neue Spitzenfunktionäre, unter diesen viele inoffizielle Mitarbeiter des MfS, standen auf der Nachrückerliste[84]. Der Parteivorstand war gehalten, stets auch die Mitgliederzusammensetzung zu repräsentieren, und vollführte dabei einen Spagat zwischen der gegenwärtigen Struktur und den politischen Vorgaben. Dabei basierte die Zusammensetzung stets auf politischer Entscheidung. Letztere war getragen von der irrigen Vorstellung, daß sich die momentanen Verhältnisse genauso wie das ideologische Bewußtsein der Mitglieder den Erfordernissen entsprechend verändern ließen: Die Mitglieder des Jahres 1963 würden demnach der Maxime der „wissenschaftlich-technischen Revolution" schon folgen und ihre LPG des Typs I in eine des Typs III umbauen.

---

[81] ACDP VI-052-0541, Vorlagen für Präsidiumssitzung, 11. 4. 1960. Nur unter den Nachfolgekandidaten der Revisionskommission stößt man auf einen Einzelbauern.
[82] Vgl. Protokoll des VII. PT 1963, S. 284.
[83] Ebd., S. 287–291.
[84] Zu ihnen zählten Claus Howitz, Horst Jäschke, Michael Koplanski, Eberhard Mack, Werner Mitzscherling, Bruno Müller und Rudi Rothe.

Sekretariat und Präsidium

Das Sekretariat war die Entscheidungs- und Schaltzentrale der DBD. Es gab den politischen Kurs der DBD vor. Folglich setzten SED und sowjetische Behörden hier die Hebel ihrer Steuerung an. Für Anleitung und Kontrolle der DBD bot sich dieses Gremium aus verschiedenen Gründen an: Zum einen garantierte die Praxis der Personalbesetzung des Sekretariats eine höchstmögliche politische Zuverlässigkeit, die laufend überprüft wurde. Zum zweiten konnte die Einflußnahme wahlweise über einzelne Sekretäre oder die Gesamtheit des siebenköpfigen Gremiums laufen. In jedem Fall bot sich ein kleines Büro für die Implementation der politischen Vorgaben an, um die Fernsteuerung vor der Basis wie der Öffentlichkeit möglichst zu verbergen. Damit das Sekretariat seinerseits die Anleitung auf den realen Zustand der Partei abstimmen konnte, sollten hier alle erheblichen Informationen zusammenlaufen. Es hätte wenig mit historischer Realität zu tun, wollte man das Sekretariat von vornherein als perfekt funktionierende, SED-gesteuerte Anleitungszentrale der DBD fassen. Seine jeweilige Organisationsform und das Einwirken auf die Partei hin zeigen vielmehr sowohl die Veränderungen in der DBD auf als auch indirekt den Wandel der SED-Zielsetzungen.

In der organisatorischen Ausformung lassen sich den Parteistatuten folgend drei Phasen unterscheiden. Die erste Phase umfaßt den Aufbau und die Stabilisierung der Partei und dauert bis zum II. Parteitag 1951. Das Statut von 1949 enthielt praktisch keine Festlegungen zum Sekretariat; es erwähnte lediglich, daß sich der Parteivorstand ein Sekretariat als „ausführendes Organ" wählt, dem der Vorsitzende und sein Stellvertreter angehören[85]. Während dieser Zeit tagte das Sekretariat des Parteivorstandes bald etwa wöchentlich in Berlin[86]. Es setzte sich aus dem Parteivorsitzenden, den Leitern der vier Abteilungen, dem Chefredakteur des „Bauern-Echo" sowie dem Hauptgeschäftsführer und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden zusammen. Zusätzlich fanden unregelmäßig erweiterte Sekretariatssitzungen statt, zu denen das Führungspersonal der Landesverbände hinzugezogen wurde.

Das Sekretariat wies neben der personellen Konstanz von Goldenbaum, Scholz und Helmschrott eine Reihe von wechselnden Sekretären auf, die zwar häufig von der SED für den Parteiaufbau abgeordnet waren, aber nicht dauerhaft im Parteiapparat der DBD verbleiben wollten. Willi Adam, der 1948 die Abteilung Werbung leitete und als Vertreter der DBD in der DWK vorgesehen war, kehrte schon im Laufe des Jahres 1949 wieder zur SED zurück[87], wo er im ZK-Apparat arbeitete. Auch Griebel schied aus der DBD wieder aus. Scheffler begann ab 1950 eine Karriere bei der Volkspolizei. Diese Personallücken fing man durch den Einsatz von heimkehrenden Antifa-Schülern auf, die so eine kontinuierliche Arbeit im Sekretariat sicherten: So wurde Rose im März 1949 höchstwahrscheinlich nach

---

[85] Statut von 1949, abgedruckt in Wernet, Rolle, S. 271–274, hier S. 273, Ziffer 22.

[86] Zur lückenhaften Überlieferung der Sekretariatsprotokolle aus der Frühzeit der Partei vgl. S. 20.

[87] Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. I, S. 5; ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948.

Adams Weggang als Leiter der Schulungsabteilung in das Sekretariat kooptiert[88]; Reichelt folgte auf Scheffler in der Abteilung Organisation 1950[89]; Rietz, der bisher die Parteischule geleitet hatte, beendete die Vakanz auf dem Posten des Personal- bzw. Kaderleiters; Hans Schnitzler gehörte ab 1. April 1950 zu den Sekretären.

Anfang 1951 erreichte die Organisation des Sekretariats eine neue Stufe. Rose folgte Scholz, der als Minister ins Landwirtschaftsressort wechselte, im Amt des Hauptgeschäftsführers nach. Dieses wurde in ein Generalsekretariat umgebaut, das letztlich die Führungskompetenz des Parteivorsitzenden beschnitt und daher erst nach einem heftigen internen Streit zustande kam. Bis zum II. Parteitag 1951 stabilisierte sich das Sekretariat einigermaßen. Auf dem Parteitag wurde die Personalbesetzung der Sekretariatsposten mit hauptamtlichen Mitarbeitern lediglich bestätigt und nicht gewählt.

Eine zweite Phase reicht bis 1955. Auf den drei Parteitagen der Jahre 1951, 1953 und 1955 wurde das Sekretariat erheblich umgebaut. Man vergrößerte zwar das Führungsgremium, die tatsächliche Entscheidung blieb jedoch einem kleinen Kreis vorbehalten. Das 1951 konstituierte Sekretariat umfaßte 24 Personen und war damit halb so groß wie der Parteivorstand[90]. Drei Viertel der Mitglieder waren Neulinge im Gremium. Nur wenigen darunter – wie z. B. Dietrich Besler – gelang der Zutritt zum inneren Führungskern dauerhaft, denn schon der III. Parteitag 1953 verminderte die Zahl der Sekretäre wieder auf 14[91]. Da der IV. Parteitag 1955 als neues Leitungsgremium ein 17köpfiges Präsidium einführte, konnte die Zahl der Sekretäre weiter auf acht[92] reduziert werden. Nahezu alle Sekretäre zählten zur engsten Führungsriege der hauptamtlichen Parteifunktionäre des Parteivorstandes in Berlin. Das Sekretariat setzte sich ab da aus einer reinen Funktionselite zusammen, denn ihm gehörte automatisch an, wer bestimmte Funktionsposten innehatte: Dazu zählten der Parteivorsitzende, der Stellvertreter, der Generalsekretär, die Hauptabteilungsleiter Organisation, Schulung, Agrarpolitik und Kader, der Chefredakteur des „Bauern-Echo", sowie der Vorsitzende des Parteischiedsgerichts, sofern diese Position mit einem hauptamtlichen Funktionär besetzt wurde, was ab 1955 mit Erwin Körber der Fall war. Sowohl die Praxis der Kooptation wie auch die nachträgliche offizielle Bestätigung durch den Parteitag waren damit hinfällig geworden.

Ein 24köpfiges Sekretariat, wie es 1951 eingeführt worden war, erwies sich in der Praxis als zu groß und ineffektiv, um den Parteiauftrag der DBD auszuarbeiten, abzustimmen und durchzusetzen, dabei die SED-Anleitung diskret zu befolgen und mit eigener „schöpferischer" politischer Gestaltung aufzufüllen. Daher bildete man innerhalb des Sekretariats im Juli 1951 ein elf Personen zählendes

---

[88] ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 5. 3. 1949, Rose war erstmals in diesem Gremium.
[89] Reichelt, Blockflöte, S. 33.
[90] Protokoll des II. PT, S. 218, Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 122.
[91] Protokoll des III. PT, S. 214. Gewählt wurden: Goldenbaum, Scholz, Rose, Reichelt, Besler, Rietz, Schnitzler, Helmschrott, Ernst-Walter Beer, Albert Rödiger, Arthur Pech, Heinz Heinrich, Erwin Körber und Susanne Häber.
[92] ACDP VI-052–0316, Beschluß über Aufgabe des Präsidiums und des Sekretariats des PV, 18. 1. 1956.

engeres Sekretariat, in den Quellen häufig auch Arbeitssekretariat genannt[93]. Seine Zusammensetzung knüpfte noch an das Verfahren an, durch das engere Sekretariat die Vertreter der DBD in Regierungsämtern und in der VdgB(BHG) einzubinden und damit anzuleiten. Ein Sekretariatsbeschluß regelte im Oktober 1952 die jeweiligen Zuständigkeiten und das Vorgehen zwischen Arbeitssekretariat und Sekretariat. Interna und Führungsentscheidungen – im Parteijargon Beschlußvorbereitung und -durchführung – traf das engere Sekretariat, das immer zu Monatsbeginn, möglichst aber häufiger tagen sollte[94]. Zeitlich darauf abgestimmt sollte das umfassendere Sekretariat des Parteivorstands im letzten Drittel des Monats zusammentreten. In seine Zuständigkeit fielen alle Entscheidungen und Maßnahmen im Rahmen der vom Parteivorstand festgelegten Aufgaben, und es befand über den Kadereinsatz bis zur Bezirksebene. Auch dieser Beschluß schrieb die praktizierte Kompetenzverteilung nachträglich fest. Im Februar 1954 richtete man zur Geschäftsführung beider Sekretariate ein Büro des Sekretariats ein[95], das mit Rudi Rothe, einem persönlichen Vertrauten Goldenbaums, besetzt wurde[96].

Bis 1955 sind zwei Personalveränderungen im engeren Sekretariat von Bedeutung: Im Mai 1953 wurde es um Dietrich Besler als Leiter der Hauptabteilung Organisation erweitert[97]. Neben die Parteigründergruppe (Goldenbaum, Scholz, Helmschrott, Hoffmann) und die Antifa-Absolventen (Reichelt, Rietz, Schnitzler, Rose) gelangte damit erstmals jemand ins Sekretariat, der zwar zu den lokalen Gründern zählte, sich aber nicht von Beginn an zum inneren Führungszirkel rechnen durfte. Besler wurde im Mai 1954 von der Staatssicherheit als GI angeworben. Paradigmatisch verkörpert er damit zugleich den Vormarsch jener Sekretäre, die in Diensten des MfS standen. Von den neun Personen, die bis 1955 „engere Sekretäre" waren, hatten sich sieben zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit verpflichtet. Lediglich Goldenbaum und Scholz waren nicht angeworben worden.

Zwischen der Vorbereitung zum IV. Parteitag 1955 und dem VI. Parteitag 1960 lag eine dritte Phase. In diese Zeit fällt die Bildung eines neuen leitenden Partei-

---

[93] ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 17. 7. 1951, demnach wurden Goldenbaum, Scholz, Rose, Reichelt, Schnitzler, Rietz, Keuthe, Helmschrott, Hoffmann, Albrecht und Densdorf in das engere Sekretariat gewählt.

[94] ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 24. 10. 1952. Arbeitssekretariatsprotokolle, die krisenhafte Wendepunkte der Partei thematisieren, oft verbunden mit parteiinternen Auseinandersetzungen, sind als Wortprotokolle nur in den sogenannten Handakten Rose überliefert. Auch im unverzeichneten Nachlaß Hoffmann, ACDP VI, finden sich Arbeitsprotokolle und Vorlagen dazu für das Jahr 1954.

[95] ACDP VI-052–0526, Vorlage der Abt. Org./Kader, 4. 2. 1954, Sekretariatsbeschluß, 8. 2. 1954, ebd. Das Büro war für die Sitzungsvorbereitung und die Protokollführung zuständig; nach 1960 war der Sekretär des Büros zugleich persönlicher Referent des Vorsitzenden. ACDP VI-052–0325, beschlossene Vorlage des Sekretariats betr. Arbeitsordnung des Präsidiums und Sekretariats des PV, 19. 7. 1960.

[96] Rothe unterschrieb am 3. 11. 1961 eine Verpflichtungserklärung für das MfS; BStU MfS AIM 3890/89, Personalakte Rothe; Bd. 2/1 und 2/2 Arbeitsvorgang.

[97] BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 2, Personalakte Besler, HA V, Abt. 3, 10. 5. 1954, Vorschlag zur Werbung.

gremiums. Das auf dem IV. Parteitag ins Leben gerufene Präsidium hatte 17 Mitglieder. Im Kern traf weiterhin das Sekretariat alle tragenden Entscheidungen, das aufgrund der Verkleinerung auf acht Personen ein Arbeitssekretariat entbehren konnte. Daher ist der verschiedentlich geäußerte Vergleich des Präsidiums mit dem Politbüro der SED unangebracht[98].

Die Entscheidung zur Einrichtung eines Präsidiums fiel sehr wahrscheinlich innerhalb der DBD, obgleich die Vorbereitung des Parteitages, auf dem der Beschluß gefaßt wurde, in enger Absprache mit den Anleitungsorganen der SED verlief[99]. Zwar gelangten auch Arbeitssekretariatssitzungen der DBD am 26. Juli und 1. August 1955 zu dem einvernehmlichen Ergebnis, auf dem anstehenden Parteitag ein umfassenderes Sekretariat aus 17 Personen und ein Arbeitssekretariat mit nur sieben Mitgliedern einzurichten[100]. Die von Rose vorgestellte Lösung unterschied sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von der bisherigen Arbeitsweise zwischen erweitertem Sekretariat und Arbeitssekretariat: Den Sekretariatsmitgliedern sollte es künftig freistehen, an allen Sitzungen des Arbeitssekretariates teilzunehmen. Diese Änderung zielte auf mehr innerparteiliche Transparenz und versuchte, die vielbeschworene Kollektivität der Leitung zu erhöhen. Damit ist sie zugleich ein Reflex auf innere Führungskämpfe im Arbeitssekretariat[101]. Rose und Goldenbaum konstatierten ungewohnt einstimmig, daß das bisherige Verhältnis zwischen Arbeitssekretariat und Sekretariat ungenügend sei. Der Generalsekretär plädierte für ein Gremium, das schnell reagieren und bei „überraschenden politischen Situationen in Erscheinung" treten könne. Der Vorsitzende vermißte ein Organ, das ausführend beschließen könne. Damit sollte das Präsidium eine Lücke in der öffentlichen Wirksamkeit der Partei schließen, zumal der Bedarf an Außendarstellung mit zunehmender Gleichschaltung der Partei stieg. Der Parteivorstand war aufgrund der hohen Mitgliederzahl und des zwei- bis dreimonatigen Sitzungsturnus zu unbeweglich für aktuelle Verlautbarungen, das Sekretariat hingegen zu öffentlichen Deklarationen ebensowenig befugt wie das Arbeitssekretariat, das allerdings in der Lage gewesen wäre, flexibel zu reagieren.

Das Präsidium band personell sowohl Leitungskräfte der DBD aus den Bezirken als auch Parteivertreter in Regierungsämtern und in Massenorganisationen ein und folgte darin der bisherigen Praxis im erweiterten Sekretariat[102]. Zusätzlich

---

98 Bei Wortmann, Parties, S. 284, zudem fehlerhaft, Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 123.

99 So ist in den Sekretariatsprotokollen, die sich mit der Vorbereitung des IV. PT beschäftigen, stets von einem engen Kontakt mit der SED-Abteilung Leitende Organe die Rede, vor allem, weil man kurzzeitig plante, auf dem IV. PT ein neues Programm und Statut zu beschließen, was dann jedoch unterblieb. Vgl. ACDP VI-052-0530, Protokoll Arbeitssekretariat 26. 7. 1955 und 1. 8. 1955.

100 Über die Bezeichnung der Gremien herrschte zunächst Uneinigkeit, ebd.

101 In der Vorbereitung des IV. PT war es zu Auseinandersetzungen um die Rolle und Präsenz von Generalsekretär Rose gekommen, der lt. einer frühen Planung für den IV. PT überhaupt nicht in Erscheinung treten sollte. Rose hingegen warf Goldenbaum vor, sich selbst und Scholz auf Parteitagen hervorzuheben. ACDP VI-052-0530, Protokoll Arbeitssekretariat, 6. 7. 1955. Vgl. hierzu auch Vorwort zum Beschluß über Aufgaben des Präsidiums und des Sekretariats des PV, 18. 1. 1956, ACDP VI-052-0316.

102 Vgl. dazu die Besetzung des Präsidiums 1955: Böhm, Eichhorn, Goldenbaum, Häber,

gestattete die höhere Mitgliederzahl, die verschiedenen sozialen Gruppen der Parteibasis zu repräsentieren.

In der schließlich siebten Fassung eines Präsidiumsbeschlusses wurde das Präsidium als politisch leitendes Organ der Partei zwischen den Sitzungen des Parteivorstandes definiert; letzterem war es rechenschaftspflichtig[103]. Zu seinen primären Aufgaben zählte es, die politischen Stellungnahmen der Partei zu erarbeiten und zu verkünden. Als „besondere Aufgabe" schrieb man dem Gremium zu, den „unteren Parteileitungen zu helfen, um die ideologisch-politische Arbeit zu verbessern und sie zu befähigen, die Arbeit mit den Mitgliedern besser zu organisieren"[104]. Damit sollte es dezidiert den Kontakt bzw. die Anleitung und Kontrolle der bezirklichen Parteigliederungen intensivieren. Für die Durchführung der Beschlüsse des Parteivorstandes verantwortlich, hatte das Präsidium eine weitreichende Kompetenz in der Beschlußfassung[105] und hinsichtlich der Festlegung von Richtlinien. Damit verbesserte man drei Elemente der Parteiarbeit: Man schuf ein Gremium, das schnell offiziell reagieren konnte, das die Hoffnung nährte, die Verbindung zu den unteren Gliederungen auszubauen, und das ausführend beschließen konnte. Ein vierter ursprünglich anvisierter Punkt, nämlich die Kollektivität der Parteileitung zu verbessern, wurde insofern berücksichtigt, als den Präsidiumsmitgliedern das Recht eingeräumt wurde, „in allen gewählten Leitungen, Sekretariaten und Grundeinheiten der Partei die Durchführung der Beschlüsse des Parteivorstandes und des Präsidiums zu kontrollieren"[106].

Auch die Installierung des Präsidiums schuf keine tatsächliche Kontrolle über die Sekretariatsarbeit; letztere litt häufig unter internen Auseinandersetzungen und wurde maßgeblich von wenigen, jedenfalls nicht „im Kollektiv" bestimmt[107]. Die Festlegung vom Januar 1956 hält sich bezüglich der Aufgaben des Sekretariates auffallend bedeckt: Es sollte die Sitzungen des Präsidiums vorbereiten, Vorschläge zur Tagesordnung machen und Vorlagen erarbeiten. Das Sekretariat war für die Durchführung der Beschlüsse des Parteivorstands – wie schon das Präsidium – und des Präsidiums verantwortlich. Die „Königswahl" der Sekretariats-

---

Heinrich, Helmschrott, Hoffmann, Körber, Melz, Pech, Reichelt, Rietz, Rose, Rödiger, Else Schmidt, Schnitzler, Scholz; Protokoll des IV. PT 1955, S. 272.

[103] ACDP VI-052-0316, Beschluß-Vorlage an Präsidium, 18. 1. 1956, mit Vermerk, wonach sie ohne Änderung beschlossen wurde. Überliefert ist eine früherer, dritter Entwurf vom 27. 10. 1955, dem das Präsidium am 1. 11. 1955 nicht zustimmte.

[104] Ebd., Beschluß-Vorlage an Präsidium, 18. 1. 1956.

[105] Das Präsidium war insbesondere für folgende Felder zuständig: „für die ideologisch-politische Arbeit zur Lösung der politischen und agrarpolitischen Hauptaufgaben", für die „ideologisch-politische Erziehung" der Mitglieder und die Durchführung von Versammlungen und Schulungen in den Grundeinheiten, für die Qualifizierung von Mitgliedern und Funktionären in Landesparteischulen und der Zentralen Parteischule, für die organisatorische Entwicklung und soziale Zusammensetzung der Partei, den Einsatz von Funktionären im Apparat des Sekretariats, des „Bauern-Echo" und in Staatsämtern, sowie über Finanzfragen der Partei.

[106] ACDP VI-052-0316, Beschluß-Vorlage an Präsidium, 18. 1. 1956.

[107] In der Endfassung fiel ein Passus weg, der das Sekretariat beauftragte, „zur weiteren Verbesserung der kollektiven Arbeit, zur Hebung der persönlichen Verantwortlichkeit aller Mitarbeiter eine Arbeitsordnung für den Apparat des Sekretariats des Parteivorstandes zu beschliessen." Ebd. und Fassung vom 27. 10. 1955, ebd.

mitglieder wurde insofern verändert, als nun dem Gremium neben den oben genannten Funktionsträgern als neues Mitglied auch der Vorsitzende des Parteischiedsgerichts angehörte. Damit saß die Parteikontrollkommission der DBD im engsten Führungszirkel. Diese interne Lösung hatte man 1955 einer offiziellen Statutenänderung vorgezogen. Denn um die Mitglieder zu beschwichtigen und um den politischen Gegnern keine Angriffsfläche zu bieten, versuchte man 1955 mit allen Mitteln den Eindruck zu vermeiden, daß sich die DBD in Richtung einer „Partei Neuen Typs" verändern würde, die sich u.a. durch Kontrollinstrumentarien gegenüber der Basis auszeichnete. Davor warnte Rose in den programmatischen Debatten im Sekretariat vor dem IV. Parteitag[108]. Der Neuregelung zufolge gehörte der stellvertretende Parteivorsitzende Scholz nicht mehr zum Sekretariat. Die Gründe hierfür sind nicht explizit bekannt, hängen aber höchstwahrscheinlich mit einem Machtverlust zusammen, der ihn auch das Ministeramt kostete. Sein selbständiges Verhalten während der Diskussion um ein neues Programm dürfte Vorbehalte im ZK-Apparat gegenüber seiner Person geschürt haben; außerdem schwärzte Rose 1955 seine innerparteilichen Gegner Goldenbaum und Scholz in massiver Weise beim ZK an. Diese wiederum hatten im Vorfeld versucht, die Funktion des Generalsekretärs abzuschaffen und damit Rose loszuwerden[109]. Im Unterschied zum Entwurf vom Oktober 1955 sah die endgültige Fassung den Sekretär des neu eingerichteten Büros des Sekretariats nicht als Sekretariatsmitglied vor. Das Ausscheiden von Scholz und Rothe aus dem Sekretariat schwächte die Position Goldenbaums. Generalsekretär Rose hingegen ging unbeschadet aus der Umbildung hervor. Insgesamt war die Phase bis 1960 von einer offiziellen Arbeitsteilung zwischen den beiden Gremien bei tatsächlicher Führung durch das Sekretariat gekennzeichnet. Unübersehbar sind personelle Veränderungen in den Führungsorganen und das Eindringen neuer Funktionseliten, die neben dem eigenen Schulungsapparat seit 1957 auch Parteischulen der SED mit spezifisch agrarischer Ausrichtung absolvieren konnten.

Ein vierter Abschnitt ist von 1960 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums anzusetzen. Die Endphase der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 stellte die Leistungsfähigkeit des gesamten Apparates der DBD auf eine harte Probe. Nicht wenige Mitglieder und Funktionäre flüchteten in den Westen. Mit der Vollkollektivierung schien zugleich die Legitimation als eigenständige Partei bedroht. Nachdem die jahrelang anvisierten sozialistischen Produktionsverhältnisse offiziell erreicht waren, trat zunächst ein gewisses Vakuum in der politischen Aufgabenfindung ein. Noch vor dem Ende des sogenannten „sozialistischen Frühlings" wurden im Sekretariat und in der künftigen Gesamtleitung der Partei wichtige Veränderungen eingeleitet. Im Januar 1960 kündigte Rose im Präsidium an, sich krankheitsbedingt vom Posten des Generalsekretärs zurückzuziehen. Zugleich sollte damit diese Funktion erlöschen. In der gleichen Sitzung wurde die Zusam-

---

[108] ACDP VI-052-0530, Protokoll Sekretariat, 26. 7. 1955.

[109] Dieser Schachzug Roses kam erst 1960 ans Tageslicht und trug dann zu seinem Rückzug bei; ACDP VI-052-0326, Protokoll Präsidium, 21. 3. 1961. Zu den Versuchen Goldenbaums und Scholz', die sich hinter Besler verschanzten, siehe ACDP VI-052-0530, Protokoll Sekretariat, 26. 7. 1955.

mensetzung des Sekretariats auf drei Positionen verändert. Mit Kurt Burkhardt und Stefan Zagrodnik kürte man zwei neue Sekretäre, mit Paul Scholz kehrte der stellvertretende Parteivorsitzende in das Sekretariat zurück[110]. Bis Juli 1960 erstellte man eine neue Arbeitsordnung für Präsidium, Sekretariat und die Abteilungen des Parteivorstandes[111]. Die im Vorspann der neuen Arbeitsordnung gefaßten Ziele – sie reichten von Verbesserung der operativen Anleitung bis zur „Hebung" der persönlichen Verantwortung – belegen die bisher defizitäre Leitungstätigkeit des Präsidiums. Die Aufgabenzuschreibung der Sekretariatsmitglieder wurde den veränderten Umständen angeglichen. Losgelöst von einer Funktion als Hauptabteilungsleiter, gehörten dem Sekretariat künftig nur noch als „Sekretäre" bezeichnete Personen an. Erneut paßte man mit organisatorischen Beschlüssen das nominelle Verfahren einem längst aufgrund politischer Erwägungen praktizierten Vorgehen an. Das Präsidium stand in einem Dilemma, innere Funktion und Aufgaben ließen sich schwer miteinander vereinbaren[112]: Es war zu einem Spagat gezwungen zwischen politischem Tagesgeschäft mit der Basis einerseits und ideologischer Grundbestimmung einer deklamatorischen Politik des Parteivorstands andererseits. Die Transmission zwischen den unteren Gliederungen und dem Präsidium litt darunter, und zwar in beiden Richtungen.

Bereits ein Jahr vor den organisatorischen Veränderungen 1960 ist eine Einflußnahme des MfS auf die Arbeit des Sekretariats in neuer Qualität festzustellen. Das Vorgehen des MfS im Dienste der SED beschränkte sich dabei nicht auf eine Informationsbeschaffung über den Zustand der DBD, sondern es war nun auf minutiöse operative Anleitung insbesondere der IM unter den Sekretären und damit auf Grundentscheidungen in der Leitung der Bauernpartei angelegt.

Abteilungen und Kommissionen

Die Hauptlast der zentralen Parteiarbeit oblag den Abteilungen des Sekretariats des Parteivorstandes. Sie waren die Arbeitsstäbe des Sekretariats, erstellten Beschlußvorlagen für die Sekretariats- und Präsidiumssitzungen und waren für deren Umsetzung zuständig. Da sich die Gegenstände der Parteiarbeit jedoch in Abhängigkeit vom SED-bestimmten Gesamtkurs der Bauernpartei wandelten, mußte der Apparat diesen Richtungsänderungen öfter angepaßt werden. Offenbar bevorzugte die SED nach der unmittelbaren Aufbauphase der DBD bis 1949 indirekte Einflußnahmen auf die Parteiorganisation. Organisatorische Themen

---

[110] ACDP VI-052–0324, Protokoll Präsidium, 25. 1. 1960. Zagrodnik wurde Leiter der HA Schulung und Aufklärung.

[111] ACDP VI-052–0325, beschlossene Vorlage des Sekretariats betr. Arbeitsordnung des Präsidiums und Sekretariats des PV, 19. 7. 1960. Diese Ausarbeitung hob den Beschluß über die Festlegung der Aufgaben des Präsidiums vom 24. 1. 1956 auf. Ebd., Änderungen und Ergänzungen zur Vorlage betr. Arbeitsordnung des Präsidiums und Sekretariats des PV, 23. 7. 1960. Entwürfe der Arbeitsordnungen für den Apparat des PV, die so nicht beschlossen wurden, vom 31. 10. 1955 und 8. 11. 1955, sind in ACDP VI-052–0530 überliefert.

[112] ACDP VI-052–0325, beschlossene Vorlage des Sekretariats betr. Arbeitsordnung des Präsidiums und Sekretariats des PV, 19. 7. 1960. Ebd., Änderungen und Ergänzungen, 23. 7. 1960.

dürften mit ziemlicher Sicherheit auch anläßlich der Treffen mit dem ZK-Sekretär für Landwirtschaft Erich Mückenberger besprochen worden sein, deren Existenz gesichert ist, über deren Inhalte aber keine Protokolle vorliegen. Weniger die unmittelbare Anleitung scheint vorrangig gewesen zu sein – dieses Problem überließ man gerne der DBD – als vielmehr die Ausrichtung auf den politischen Kurs. Zu wichtigen Angelegenheiten gab es andererseits auch konkrete Politbürobeschlüsse.

Im folgenden ist keine lückenlose Organisationsgeschichte der Abteilungen und Kommissionen darzulegen, vielmehr nur markante Veränderungen. Die Besetzung der Positionen der Hauptabteilungsleiter gelang bis Ende 1960 einigermaßen vollständig. Dagegen erschwerten personelle Engpässe die Besetzung der nachgeordneten Abteilungen fast permanent[113]. Für Fluktuation und Kadermangel wäre ein ganzer Reigen an Ursachen zu nennen. Im Hinblick auf die Besetzung von Hauptabteilungs- und Abteilungsleiterposten sind vor allem die wiederkehrenden „Säuberungen" auf Funktionsposten anzuführen, die nicht unbedingt mit Phasen der „Mitgliedersäuberung" in der Gesamtpartei korrespondierten. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erhöhte sich die Fluktuation der Führungskader durch ein Karussell fachlicher Qualifizierung und politischer Schulung. Wer dabei wann auf welche Schule delegiert wurde, war vor allem unter den Sekretariatsmitgliedern, von denen mindestens vier zugleich Hauptabteilungsleiter waren, ab 1959 ein Dauerthema, da es die innere Machtkonstellation berührte[114].

In der Kaderpolitik, die auf die gestiegenen ideologischen Anforderungen reagieren mußte, kam es Mitte 1960 zu einer tiefen Zäsur. Künftig waren Parteivorstand sowie die Bezirks- und Kreisvorstände jeweils für die systematische Heranbildung von Nomenklaturkadern in ihrem Wirkungsbereich verantwortlich[115]. Abhängig von der Größe der Kreisvorstände sollten die unter Nomenklatur Genommenen pro Kreis 10–20 Personen umfassen, in den Bezirksvorständen 25–30 und beim Präsidium des Parteivorstandes 45–50. Ebenso waren die Leiter der Hauptabteilungen und Sekretäre für die Kaderentwicklung in ihrem Bereich zuständig und unterbreiteten der Kaderabteilung Vorschläge.

Im Untersuchungszeitraum basierte die Parteiarbeit fast durchgehend auf vier Hauptabteilungen bzw. Abteilungen[116]. Da die Leiter automatisch dem Sekretariat angehörten, wurden sie im Falle eines Wechsels ins Sekretariat kooptiert. Nach der Bildung der Abteilung Schulung, die Anfang 1949 unmittelbar auf sowjetische Veranlassung hin eingerichtet[117] und mit dem späteren Generalsekretär Berthold Rose besetzt wurde, verfügte das Sekretariat über vier Abteilungen:

---

[113] ACDP VI-052–0543, Protokoll Sekretariat, 20. 2. 1961.

[114] Vgl. dazu S. 451, 455.

[115] ACDP VI-052–0542, Vorlage an das Sekretariat des Präsidiums: Anhang zur Richtlinie für die kaderpolitische Arbeit der Partei, 4. 7. 1960.

[116] Die Bezeichnung Hauptabteilung (HA) wurde erst eingeführt, als den HA Abteilungen zugeordnet waren. In der Anfangszeit, in der der Apparat noch weniger ausdifferenziert war, existierten nur Abteilungen.

[117] ACDP VI-052–0519, Protokoll Sekretariatssitzungen 26. 10. und 28. 12. 1948.

Organisation – Werbung[118] – Schulung – Wirtschaft und Kommunalpolitik. Die Abteilung Wirtschaft und Kommunalpolitik unterstrich den Anspruch auf Themen gesamtwirtschaftlichen Zuschnitts, aber auch auf Präsenz in den kommunalen Vertretungen. So versuchte sich die DBD gerade in der Gründungszeit gegen den Vorwurf von LDP und CDU zu profilieren, als Interessenpartei ausschließlich für bäuerliche Belange einzutreten. Entgegen den Ankündigungen in Sekretariat und Parteivorstand 1948/49 scheiterte die Installierung eigener Abteilungen für Frauen und für Jugendliche[119] zunächst an Personalknappheit. Obwohl man in den fünfziger Jahren zeitweise solche Abteilungen einrichtete, gehörten deren Leiter nicht wie ihre Kollegen dem Sekretariat an. Dies dürfte dem Selbstverständnis als Partei der werktätigen bäuerlichen Bevölkerung geschuldet sein, die keine nähere soziologische Aufgliederung vornahm, aber auch den Beschränkungen in der Mitgliederwerbung nach der Aufbauphase. Die wiederholten Berichte über eine verbreitete reservierte Haltung ländlicher Frauen und Jugendlicher ließen eine eigene Abteilung zusätzlich obsolet erscheinen. Als Teillösung richtete man Referate ein, die erst ab 1950 arbeiteten und anfangs keine nennenswerten Erfolge verbuchten[120]. Die laufende Neuorganisation der Frauen- und Jugendarbeit verweist darauf, daß dieser Bereich in den fünfziger Jahren organisatorisch wie inhaltlich weitgehend erfolglos blieb[121].

Im Jahre 1950 wurden die Abteilungen Schulung und Werbung verschmolzen[122] und eine Abteilung für personalpolitische Angelegenheiten neu geschaffen; daneben existierte ab 1951 die Abteilung Schulung und Aufklärung. Diese Umbildung verlief parallel zu einer Parteisäuberungswelle 1950/51, in der sogenannte Großbauern aus den Parteileitungen, aus der VdgB und als Parlamentarier entfernt wurden. Außerdem löste 1951 die Abteilung Agrarpolitik die bisherige Abteilung Wirtschaft und Kommunalpolitik ab.

Im Vorgriff auf die Neugliederung in Bezirke beschloß das Sekretariat 1952 erneut, eine Abteilung staatliche Verwaltung einzurichten[123]. Ein solcher Beschluß

---

[118] Die Abteilungen Organisation und Werbung wurden im Sommer 1948 eingerichtet und mit Schnitzler (Org.) und Adam (Werbung) besetzt. ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948.

[119] ACDP VI-052-0519, Protokoll Sekretariat, 16. 10. 1948, ACDP VI-052-0143, Protokoll PV, 5. 9. 1949.

[120] ACDP VI-052-0520, Protokoll Sekretariat, 30. 5. 1950. Frauenreferate wurden in diesem Jahr auch in den Ländern eingerichtet. Die Aktenüberlieferung des Referates Jugend setzt erst 1950 ein, vgl. ACDP VI-052-210/2, Referat Jugend 1950–1953. Ab August 1951 leitete Rudolf Nickstadt das Jugendreferat beim PV, ACDP VI-052-0522, Protokoll Sekretariat, 7. 8. 1951.

[121] ACDP VI-052-0524, Protokoll Sekretariat, 2. 4. 1953, Beschluß zur Neuorganisation der Frauen- und Jugendarbeit. Der Beschluß führte zu Entlassungen von Frauenreferentinnen in den Bezirken: ACDP VI-052-0953, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 15. 6. 1953.

[122] So auch in den Ländern, vgl. SStAD BPA SED LL A/833, Stimmungsbericht 6. 4. 1950 der Abt. Schulung und Werbung der DBD Sachsen.

[123] ACDP VI-052-236/2, Arbeitsanleitung für die Abt. Staatliche Verwaltung bei den Bezirkssekretariaten, 6. 8. 1952, mit Bezug auf den Sekretariatsbeschluß vom 2. 8. 1952 war in den Bezirkssekretariaten eine Abt. Staatliche Verwaltung aufzubauen. ACDP VI-052-0523, Protokoll Sekretariat, 2. 8. 1952. Siehe dazu auch ACDP VI-052-0522, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952.

war schon Anfang 1951 ergangen. Seine Umsetzung war jedoch höchstwahrscheinlich auf Betreiben der SED verhindert worden, da sie sich den Bereich und die Benennung „staatliche Verwaltung" ebenso vorbehielt wie die verstaatlichte landwirtschaftliche Organisationsform der VEG[124]. Daher mußte sich die DBD einstweilen noch mit einer Abteilung „für Kommunalpolitik" begnügen[125]. 1953 ging die 1952 gebildete Abteilung staatliche Verwaltung in der Hauptabteilung Agrarpolitik auf[126]. Die organisatorische Zusammenführung beider Tätigkeitsfelder in eine Abteilung bedeutete zugleich eine Verengung des Tätigkeitsfeldes der Bauernpartei.

Am 1. August 1952 wurde die personalpolitische Abteilung aufgelöst. Künftig war jede Abteilung für die Kaderpolitik in ihrem Bereich zuständig. Gleichzeitig richtete man eine zentrale Kaderregistratur ein, um durch „einwandfreie und lückenlose Personalunterlagen", die „wissenschaftlich und politisch überprüft sind", die „Wachsamkeit in kaderpolitischen Fragen" zu gewährleisten[127]. Obgleich dieses Verfahren den enormen Kadermangel im Zuge des Verwaltungsumbaus ab August 1952 nicht beheben konnte, sollte es sicherstellen, daß im Zeichen der 2. Parteikonferenz der SED ausschließlich ideologisch für geeignet befundene Personen auf Funktionärsposten in der DBD gelangten. Die Kaderregistratur lag in der Obhut der Organisationsabteilung, die eine Schlüsselstellung im Parteiapparat innehatte. Der Organisationsabteilung unterstanden auch die Instrukteurbrigaden[128]. Nur die Abteilung Organisation behielt bis 1963 und darüber hinaus ihren Namen und ihr grundsätzliches Aufgabenprofil bei.

1953 benannte man die Abteilung Schulung und Werbung in Schulung und Aufklärung um, da ein Werbestopp seit Februar 1953 das Mitgliederwachstum der DBD einschränkte. Nach dem 17. Juni 1953 hieß die Abteilung kurzzeitig Agitation und Propaganda – eine Titulierung, die als Programm gegen den Aufstand und die im Zusammenhang damit erhobenen Forderungen zu verstehen ist[129]. Dem sogenannten „Neuen Kurs" folgten im Frühjahr 1954 einige organisatorische Änderungen[130], die sich aus der relativen Stärkung der Blockparteien im

---

[124] Für diese Annahme spricht, daß Beschlußvorlagen mit konkreten Personalvorschlägen schon vorbereitet waren und das Sekretariatsprotokoll, in der diese Sache lt. Tagesordnung entschieden werden sollte, nicht überliefert ist. ACDP VI-052-0520, Protokoll Sekretariat, 1. 1. 1951, Personalvorlage dazu bei Protokoll Sekretariat vom 12. 3. 1951, ACDP VI-052-0521; ACDP VI-052-0522, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952.

[125] Zur Sekretariatssitzung vom 2. 4. 1951 ist kein Protokoll überliefert. Am 3. 4. 1951 wurden lediglich „Arbeitsrichtlinien für die Arbeit in den Wahlkörperschaften und der Kommunalpolitischen Abteilung" beschlossen; ACDP VI-052-0521.

[126] ACDP VI-052-0524, Protokoll Sekretariat, 2. 4. 1953.

[127] ACDP VI-052-0523, Sekretariatsvorlage: Errichtung zentrale Kaderregistratur, undatiert [erste Hälfte August 1952].

[128] In den Bezirkssekretariaten bestand nun Personalunion beim Organisationsleiter. Gleichzeitig war der stellvertretende Organisationsleiter besonders verantwortlich für Kaderfragen. ACDP VI-052-0523, Strukturplan der Partei, 2. 8. 1952.

[129] ACDP VI-052-0525, Protokoll Sitzung kleines Sekretariat, 10. 8. 1953. Ähnlichkeiten mit der Bezeichnung der Agitprop-Abteilung im Organisationsaufbau der KPD dürften kein Zufall sein; vgl. Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 263.

[130] Zum folgenden ACDP VI-052-0526, Vorlage der Abt. Organisation/Kader, 4. 2. 1954, an das Sekretariat.

Herrschaftsgefüge der DDR ergaben, nachdem deren Existenz in den Jahren 1952 und 1953 nicht immer gesichert schien. Künftig war der DBD-Parteiapparat wieder nach dem Viererschema Organisation, Schulung und Aufklärung, Agrarpolitik und – in Revision der Festlegung von 1952 – Kader aufgebaut. Außerdem wurden die vier Hauptabteilungen nicht nur wie bisher in Sachgebiete aufgegliedert, sondern in Hauptsachgebiete, die von Hauptsachbearbeitern oder Ressortleitern eigenverantwortlich geführt werden sollten[131]. Dies sollte zum einen die Sekretäre vom Alltagsgeschäft entlasten und für politische Grundsatzarbeit freistellen und zum anderen die Initiative der Ressortleiter fördern.

Nach dem Wandel der deutschlandpolitischen Konstellation 1955 fiel den Blockparteien eine neue Rolle in der gesamtdeutschen Arbeit zu. In der DBD wurde nun ein selbständiger Sektor Gesamtdeutsche Arbeit eingerichtet, den Siegfried Küster leitete. Obwohl der Sektor der Hauptabteilung Organisation zugeordnet war, sollte er ausdrücklich nicht vom zuständigen Sekretär Erwin Körber angeleitet werden[132]. Hinter dieser Entscheidung verbarg sich wohl der Einfluß Goldenbaums, der die gesamtdeutsche Arbeit als persönliches Steckenpferd betrieb, die er keinem Sekretärs-Rivalen überlassen wollte; so gehörte Goldenbaum auch dem im August 1953 gebildeten „Ausschuß für deutsche Einheit" der DDR an[133]. Vor 1955 existierte zumindest zeitweise eine selbständige Abteilung, die sich der Deutschlandpolitik bzw. Westarbeit widmete. Ein Referat für Westarbeit war im Zuge der Mitarbeit der DBD im Gesamtdeutschen Arbeitskreis 1951 installiert worden[134]. Aufgrund des damals hohen Stellenwerts der Abteilung war ihr Leiter Otto Keuthe im Juli 1951 sogar in das engere Sekretariat bestellt worden[135]; er gehörte ihm nach 1953 jedoch nicht mehr an. 1953 teilten sich die Abteilungen Schulung und Organisation die Westarbeit der DBD, die nach dem 17. Juni auf Kosten der aufgelösten Westabteilungen von CDU und LDP per Politbürobeschluß ausgebaut werden durfte[136]. Neben den vier Hauptabteilungen existierten zwei selbständige Abteilungen, für Presse und Rundfunk sowie für Finanzen und Revision[137].

---

131 Weitere Details der Aufgliederung in ACDP VI-052–0526, Vorlage und Beschluß in Sekretariatssitzung, 18. 2. 1954.

132 ACDP VI-052–0529, Protokoll Arbeitssekretariat, 10. 5. 1955; Vorlage zur Festlegung der Aufgaben des Sektors vom 3. 10. 1955 ebd.

133 Vgl. Amos, Westpolitik, S. 138f.

134 Vgl. dazu Scholz, Bauernopfer, S. 88ff., passim. Der Gesamtdeutsche Arbeitskreis (GAK) führte erstmals im Mai 1950 eine gesamtdeutsche Beratung zur Land- und Forstwirtschaft in Eisenach durch. Er war maßgeblich mit sowjetischer Unterstützung durch die VdgB aus der Taufe gehoben worden und bemühte sich um Kontakte zu angesehenen westdeutschen Agrarexperten wie etwa Andreas Hermes. Hauptakteur war der Generalsekretär der VdgB Kurt Vieweg.

135 ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 17. 7. 1951. Keuthe gehörte 1950 auch zu den Kandidaten der DBD für den Nationalkongreß, ACDP VI-052–0520, Protokoll Sekretariat, 10. 8. 1950. Erst Ende 1950 gab es Überlegungen, ein Referat „Westarbeit" einzurichten, ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat 29. 11. 1950, Nennung der Tagesordnung durch Goldenbaum.

136 SAPMO DY 30 J IV 2/2/282, Protokoll PB, 26. 5. 1953, Bl. 3, 13–15. ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 1. 2. 1954.

137 ACDP VI-052–0530, 2. Entwurf der Arbeitsordnung für den Apparat des PV, 31. 10.

Ein Politikum ersten Ranges war die Existenz und jeweilige Ausgestaltung der Abteilung Agrarpolitik. Versuche aus dem Jahr 1955, die Abteilung unabhängig von der Organisationsform (einzelbäuerlich – genossenschaftlich – verstaatlicht) und Institutionen wie MTS in die Sektoren Kader und staatliche Verwaltung, pflanzliche und tierische Produktion sowie Masseninitiative zu unterteilen, wurden nicht realisiert[138]. Ab 1960 versuchte die SED, die Abteilung Agrarpolitik aufzulösen und durch eine Abteilung Produktionspropaganda innerhalb der Abteilung Schulung zu ersetzen. Dies konnte Goldenbaum nur noch knapp verhindern, mit dieser Haltung war er aber im Sekretariat der DBD bereits isoliert[139].

Einen flexiblen Typ von Organisationseinheiten stellten Kommissionen dar, die tagespolitische Anforderungen aufgreifen konnten. Sie arbeiteten teils auf allen Ebenen der DBD von der Zentrale bis zu den Kreisen, teils beschränkt nur auf Länder- bzw. Bezirks- oder Kreisebene. Nach ihrer Organisationsform und der personellen Zusammensetzung lagen sie quer zur sonst üblichen hierarchischen Gliederung der Parteigremien und nahmen damit in der Partei eine Art intermediäre Position ein. Vertreter aus den Kreisen und Sekretäre des Parteivorstandes berieten dort gemeinsam themenbezogen, wie die seitens der SED und ihrer Regierung formulierten politischen Vorgaben praktisch umzusetzen waren. Ein Beispiel hierfür ist die agrarpolitische Kommission beim Parteivorstand, die Ende 1951 ins Leben gerufen worden war, und im September 1956, nach dem XX. Parteitag der KPdSU in die Zentrale Agrarpolitische Kommission der DBD umbenannt, neuerlich auflebte[140]. Sie befaßte sich mit den agrarpolitischen Grundlinien der DBD und erstellte als ausführendes Organ auch Vorschläge zur Umsetzung von Ministerratsbeschlüssen, die die Landwirtschaft betrafen[141]. Der Zentralen Agrarpolitischen Kommission und ihren Pendants in den Bezirken und Kreisen fiel in der Partei die Funktion zu, sämtliche bäuerlichen Mitglieder zur Mitarbeit zu motivieren, um sie so politisch einzubinden. Während man durch Wahlordnungen und die Neuausgabe von Mitgliedsbüchern die selbständig wirtschaftenden Bauern bereits massiv aus den Sekretariaten und Kreisvorständen herauszudrängen suchte, waren sie in den agrarpolitischen Kommissionen 1957 und 1958 noch stark vertreten[142]. Es war offenbar einfacher, überregional unbekannte Per-

1955. Die Redaktion der Funktionärszeitschrift „Pflüger" war von der Abt. Presse und Rundfunk abgekoppelt.

138 ACDP VI-052-0530, 2., hierin nicht beschlossener Entwurf der Arbeitsordnung für den Apparat des PV, 31. 10. 1955.

139 Siehe dazu BStU MfS AIM 3189/63, A-Vorgang Zagrodnik, Bl. 169–172, Treffbericht 6. 12. 1961, Bl. 103 f., Treffbericht 24. 8. 1960. Reichelt, Blockflöte, S. 206 f.

140 ACDP VI-052-0522, Protokoll Sekretariat, 23. 11. 1951, eine Sekretariatsvorlage zur Bildung einer agrarpolitischen Kommission beim PV, 16. 10. 1951, listet auf: Besler, Densdorf, Willi Modrenski, Ruth Neubauer, Fritz Scheffler, Luise Haussig, Obersinske, Peter Menz, Zimmermann, Claus Howitz und Heinrich Wiesner; ACDP VI-052-0159, Protokoll PV, 14./15. 9. 1956.

141 ACDP VI-052-0529, Protokoll Sekretariat, 15. 3. 1955.

142 ACDP VI-052-0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952, Vorlage wegen Richtlinien für die Registrierung und statistische Erfassung der Mitglieder unserer Partei (GVS), 14. 5. 1952; ACDP VI-052-0535, Präsidiumsentwurf einer Vorlage an die 3. PV-Sitzung, 4. 11. 1957;

sonen von den lokalen Parteiposten zu entfernen – zumal diese häufig aus eigenem Antrieb der Partei den Rücken kehrten – als prominente, fachlich profilierte und daher selbstbewußt auftretende Kommissionsmitglieder. Wenn sich Einzelbauern ab 1957 überhaupt noch für eine politische Mitarbeit gewinnen ließen, dann geschah dies vornehmlich in den agrarpolitischen Kommissionen.

Andere Kommissionen dienten der Anwerbung und Mobilisierung bestimmter Mitgliedergruppen für allgemein gefaßte politische Zwecke und im Rahmen spezieller Aktionen. Erst seit Ende März 1950 existierte eine Zentrale Jugendkommission der DBD[143]. Ihre Einrichtung hinkte der Bildung von Landesjugendkommissionen hinterher[144], die seit der Staatsgründung zwar offiziell bestanden, de facto aber lange nur ein Schattendasein führten[145]. Die Kommissionstagungen sollten vorrangig den mäßigen Erfolg der FDJ unter der Landjugend verbessern. Jugendkommissionen propagierten außerdem jene Maßnahmen, mit denen die DBD ältere Mitglieder aufgrund von mangelnder Resonanz oder dezidierter Ablehnung nicht behelligen wollte. Dazu zählte etwa das Landarbeiterschutzgesetz und Bemühungen um Arbeitszeitverkürzungen für Bedienstete[146].

Ein weiteres Stiefkind unter der Mitgliederschaft waren die Frauen. Deshalb richtete man im Laufe des Jahres 1950 Landesfrauenkommissionen ein[147], die offenbar kein Pendant auf zentraler Ebene hatten, und ordnete flächendeckend die Gründung von Kreisfrauenkommissionen an[148]. Insgesamt erreichten die Jugend- und Frauenkommissionen weder einen durchgreifenden Mobilisierungserfolg noch eigenständige politische Impulse. Im Zuge der Parteireorganisation in der zweiten Jahreshälfte 1952 wurden auch die Frauen- und Jugendkommissionen neu gebildet. Dabei sollte vorrangig ihre Aufgabe in der Mitgliederrekrutierung für die Bauernpartei unterstrichen werden, insofern als Kommissionsvorsitzende jeweils ausschließlich „werktätige" Jugendliche bzw. Bäuerinnen in Frage kommen sollten und die bisherige Dominanz von Angestellten und Studenten sich nicht in den Vorsitzen zeigen durfte. Außerdem oblag es den Bezirkssekretariaten künftig, alle zwei Monate eingehend über Jugend- und Frauenfragen zu berichten[149].

---

die Wahlvorschläge für die zentrale Agrarpolitische Kommission führten durchaus noch Einzelbauern an.

143 „Bauern-Echo", 26. 3. 1950, S. 1 f.

144 Vgl. die Artikel zur Tagung von Landesjugendkommissionen im „Bauern-Echo" vom 10. 11. 1949, S. 1, 6 und vom 18. 11. 1949; Bericht über die Konferenz der Landesjugendkommissionen der DBD in Berlin am 17. 11. 1949, vom 19. 11. 1949, wonach bis zum 1. 1. 1950 in jeder landwirtschaftlichen Schule eine Betriebsgruppe der DBD gegründet werden müsse.

145 ACDP VI-052–211/2, Bericht über die Tagung aller Landesjugendreferenten, 3. 11. 1951. In Thüringen waren für die Jahre 1949 und 1950 keinerlei Unterlagen vorhanden, viele Kollegen in Thüringen wüßten nicht, daß es eine Kreisjugendkommission gebe. Für Mecklenburg wurde die Tendenz berichtet, „den Landesjugendreferenten zum Laufburschen [zu] entwickeln".

146 „Bauern-Echo", 19. 11. 1949.

147 Thüringen war hier Vorreiter; „Bauern-Echo", 22. 1. 1950, S. 3.

148 ACDP VI-052–0520, Protokolle Sekretariat, 8. 2. 1950 und 17. 10. 1950.

149 ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 24. 10. 1952. Idealiter sollten die Frauen- und

Auf dem Feld der Kulturpolitik stand die DBD in den fünfziger Jahren vor enormen inhaltlichen, personellen und organisatorischen Problemen. Da kulturelle Tradition vornehmlich in einen langfristigen Prozeß eingebettet ist und Lebensweise, Selbstverständnis, Mentalität und Alltag in umfassender und tiefgreifender Weise prägt, stieß auch die DBD auf Gegenkräfte massiver traditioneller Beharrung. Zwar hob man 1949 als Auftakt mit einer kulturpolitischen Tagung an und berief 1953 eine erste Kulturkonferenz ein; auf letzterer zollte man bereits dem sozialistischen Verständnis Tribut und erkor die LPG zum Promotor der Kultur auf dem Land[150]. Doch stand die Kulturarbeit im Parteivorstand 1953 wie später auf tönernen Füßen, zumal es nicht gelang, das zuständige Sachgebiet personell zu besetzen. Erst nach der Vollkollektivierung 1960, als mit den einzelbäuerlichen Wirtschaften die Kerne traditioneller kultureller Beharrung zumindest offiziell als abgeschafft galten, wagte man im August 1960 mit der Gründung der „Kommission zur Unterstützung der kulturellen Massenarbeit und des Sportes" – später kurz „Kulturkommission" genannt – einen organisatorischen Neuanfang im Parteivorstand[151].

Landes- und Bezirksverbände

Die Entwicklung der Landesverbände vollzog sich bis zu ihrer Auflösung im August 1952 in zwei Etappen[152]. Dabei unterscheidet sich die Gründungsphase 1948/49 erheblich von den Konstellationen ab 1950. Die organisatorische Struktur der Landesverbände und -vorstände folgte im Prinzip der des Parteivorstandes. Die 20–30 Landesvorstandsmitglieder wurden formal nach Vorschlag der Kreisverbände auf Landesparteitagen gewählt, die alle zwei Jahre stattfanden. Die Landesverbände verfügten bei der Auswahl der Kandidaten für den Landesvorstand zwar noch über einen gewissen Spielraum, doch eine „Prüfung der Würdigkeit" des Kandidaten sah schon das Statut von 1949 vor, womit sich ein Einfallstor für zentrale Kaderkontrollen öffnete[153]. Inoffiziell mußte die Zusammensetzung des Gremiums auch die personalpolitische Abteilung der SED-Landesverbände pas-

---

Jugendkommissionen 8–15 Mitglieder umfassen. Neben der Vorsitzenden sollte der Frauenkommission ein Mitglied des Kreisvorstandes des DFD, eine Kreismitarbeiterin der VdgB, sowie Kolleginnen aus der Sozialfürsorgeverwaltung angehören. Für die Jugendkommission galt entsprechend: Neben dem Vorsitzenden war ein Mitglied des KV der FDJ, ein Acker- oder Viehwirtschaftsberater, ein Fach- oder Hochschüler und ein Kreisinstrukteur vorgesehen, außerdem müßte ein LPG-Mitglied und ein Kreistagsabgeordneter vertreten sein.

150 ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 21. 11. 1952. ACDP VI-052–102/3, Protokoll der Kulturkonferenz, 5. 3. 1953.

151 ACDP VI-052–0325, Protokoll Präsidium, 8. 8. 1960. Zur Aufgabe der Kulturkommission vgl. ACDP VI-052–103/1, zusammengefaßtes Material der Abt. Schulung und Werbung vom 1. 12. 1963 über die Beratung der Kulturkommission des PV am 21. 11. 1963 in Dresden. ACDP VI-052–0186, Protokoll PV, 30. 8. 1963, Vorschläge für die Kulturkommission des PV.

152 Vgl. dazu etwas pauschal an den Statuten ausgerichtet: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 124 f.

153 Statut von 1949, Ziffer 23, abgedruckt bei Wernet, Rolle, S. 271–274, hier S. 273.

sieren[154]. Dieser Bestätigungspraxis fehlte es solange an Durchschlagskraft, als weder der DBD-Parteivorstand noch die Landes-SED umfassend über die einzelnen Personen im Bilde waren. Die sorgfältige Prüfung aller Kandidaten für Parteiämter hielt 1949 mit den rasant ansteigenden Mitgliederzahlen nicht Schritt. Erst 1950 wurde das Kontrollnetz engmaschiger geknüpft. Die hohe Fluktuation in den Landesvorständen bis zu den ersten Landesdelegiertenkonferenzen 1949 ist daher weniger auf „Säuberungen" als auf mangelnde Bindungskraft der DBD zurückzuführen. Das ursprüngliche Interesse vieler Landesvorstandsmitglieder erlahmte mit der Enttäuschung über den immer offensichtlicher von der SED gelenkten Kurs der DBD[155]. Während die in der Parteiarbeit erfahreneren ehemaligen KPD-Mitglieder und Antifa-Schüler in den Gremien blieben bzw. kooptiert wurden, nahm die eigentliche Zielgruppe, die parteilosen Klein- und Neubauern, ihr Parteiamt in den Landesvorständen häufig nicht mehr wahr. Insgesamt fehlten aber in der Führung der Landesverbände politisch versierte Kader. Allein die frühere Mitgliedschaft in der KPD machte aus einem frischgebackenen Neubauern und Kollegen noch keinen organisatorisch geschickten und ideologisch sicher auftretenden Funktionär. Solange kein geeigneter Ersatz in Aussicht stand – und über ein gewisses Potential an geschulten Mitgliedern verfügte die DBD erst ab 1950 –, schufen Kontrollen keine Abhilfe. Zudem zog auch der Parteivorstand in Berlin geeignetes Personal aus den Landesverbänden ab.

Wie der Parteivorstand hatten auch die Landesvorstände ein Sekretariat und waren in Abteilungen gegliedert. War die Zahl der Sekretariatsmitglieder 1948 aufgrund Personalmangels noch bescheiden, so gehörten den Sekretariaten 1949 bis zu zwölf Personen an[156]. Da die Landesverbände dieses Personal weder finanzieren konnten noch die bescheidenen Mitgliederzahlen einen solchen Apparat rechtfertigten, drang der Parteivorstand auf eine personelle Reduzierung der Sekretariate und Abteilungen[157]. Das begünstigte letztlich die Handlungsfähigkeit der Sekretariate.

Die Anleitung und Kontrolle der Parteiführung über die Landesverbände vollzog sich sowohl über einzelne Sekretariatsmitglieder der Landesverbände als auch über die Landesvorsitzenden. Dabei trat zuweilen ein Dualismus innerhalb der Landessekretariate auf, weil einzelne Sekretariatsmitglieder oft besser informiert waren als die Vorsitzenden[158]. Dieses Informationsgefälle rührte zunächst daher, daß sowohl die SED-Landesverbände als auch die sowjetischen Behörden in der Regel über eine Vertrauensperson in jedem Landessekretariat verfügten, die meist nicht mit dem Landesvorsitzenden identisch war[159]. Weiter geriet die Anleitung

---

[154] Exemplarisch für Mecklenburg 1948/49 bis auf die Ebene der Kreisvorstände, Bauer, Gründung, S. 305–311.

[155] Zusammensetzung und Fluktuation der Landesvorstandsmitglieder Mecklenburg, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg.

[156] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 124.

[157] ACDP VI, unverz. Best., Protokoll Sekretariat Sachsen-Anhalt, 13. 1. 1949.

[158] Vgl. dazu etwa die Reibereien zwischen dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Voss und Sejna im Sekretariat in Sachsen-Anhalt, ACDP VI, unverz. Best. LV Sachsen-Anhalt, Protokoll Sekretariat Sachsen-Anhalt, 30. 8. 1949.

[159] ACDP VI-052–0141, Protokolle PV-Sitzung, 7. 8. und 26. 8. 1948.

der Landesvorsitzenden durch den Parteivorstand in der Anfangszeit häufig ins Hintertreffen, sei es, weil 1948 organisatorische Probleme dominierten, oder weil die Verbindung zu den Landesverbänden infolge von Goldenbaums Beanspruchung durch das Ministeramt 1949 immer schwächer wurde[160]. Außerdem lief in den Landesverbänden 1949 das Schulungswesen, das ebenfalls anleitende Elemente weitertrug, nur sehr zögerlich an[161]. Die Umsetzung mancher politischer Direktiven des Parteivorstandes in agrarpolitischen Fragen ließ in den Augen der Landesvorsitzenden zu wünschen übrig[162]. In dieser Situation vertraute das Landessekretariat Sachsen-Anhalt 1948 auf die eigenen Fähigkeiten und begann ohne Richtlinien von oben zu agieren[163]. Außerdem faßte man im Dezember 1948 den Beschluß, Einspruch gegen die Besetzung der DWK zu erheben, da der Landesverband Sachsen-Anhalt personell übergangen worden sei.

Im Vergleich dazu unterschied sich die Situation in den Landesverbänden nach der Staatsgründung deutlich. Mehrere Faktoren trafen dabei zusammen: Erstens wurde die DBD für ihren Personalbedarf nun weitgehend selbst zuständig, nachdem die SED ihre unmittelbare Unterstützung mit Parteikadern eingestellt hatte. Die DBD mußte ihrerseits Kader heranbilden und ungeeignete Personen jetzt auch auswechseln. Zweitens mußte sie sich im Jahr 1950 in der Umsetzung des Zweijahrplanes erstmals politisch bewähren und Meriten im Einsatz gegen den Klassenkampf der sogenannten „Großbauern" verdienen. Daher nahm die DBD eine erste „Parteisäuberung" vor, in der vornehmlich die Landesvorstände und -sekretariate umgebildet wurden. Die größte Anstrengung für die DBD lag 1950 jedoch darin, die hohe Arbeitslast in der Vorbereitung der Landtags- und Kommunalwahlen im Herbst 1950 zu tragen und den anschließenden Personalbedarf bei der Besetzung staatlicher Ämter wirklich adäquat zu decken. Die Landesverbände halfen sich hier untereinander mit geeigneten Kadern aus. So griffen andere Länder dem schwach organisierten Landesverband Thüringen 1950 mit Personalabstellungen unter die Arme[164].

Ihre Position als Scharnier zu den Kreisverbänden, die agrar- und kaderpolitische Aufgaben durchführen mußten, verursachte besondere Anforderungen an die Landesverbände. Die Organe der Landesverbände mußten mit zuverlässigen Kadern besetzt werden, die ein realistisches Gesamtbild über den ideologischen Zustand und die Arbeit der lokalen Kader zusammentragen sollten. 1950 schuf man in den Landessekretariaten das Amt des politischen Hauptgeschäftsführers, der den Landesvorsitzenden zur Entlastung, aber auch zur Kontrolle der Sekretariatsarbeit an die Seite gestellt wurde. Die Landesvorsitzenden hatten nach ihrer 1948 oft übereilt getroffenen Kür in den folgenden Jahren die Gelegenheit genutzt und ihre Leitungsposition ausgebaut. Vielfach waren sie zu Symbolfiguren auf-

[160] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950, Beiträge von Martin und Scholz.
[161] Siehe ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, 11. 7. 1949.
[162] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950, betr. Dorfwirtschaftspläne in Sachsen.
[163] ACDP VI-053–26/1, Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 11. 11. und 9. 12. 1948.
[164] Ebd., Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 3. 2. 1950.

gestiegen, begünstigt durch den Gründungsmythos, der sie begleitete. Zu ihrer Popularität unter den Mitgliedern trug auch bei, daß die Parteipresse bis Ende 1949 neben den zentralen Figuren Goldenbaum und Scholz fast ausschließlich ihre Personen und die Bedeutung der Landesverbände hervorhob[165]. Bis Ende 1951 schieden alle ursprünglichen Landesvorsitzenden aus ihren Ämtern aus. Obgleich sich die Motive dafür unterschieden, lassen sie als Gesamttendenz erkennen, daß die Gründergruppe der Landesvorsitzenden oft in heftige Auseinandersetzungen in den Landessekretariaten verstrickt war, die sich u. a. am politischen Kurs der Partei entzündeten. Der von der Berliner Zentrale dekretierte Rückzug des Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalts, Richard Richter, stieß im dortigen Sekretariat offenbar auf Ablehnung, wie der auffällig pathetische Stil des Sitzungsprotokolls nahelegt, das seine erstmalige Abwesenheit kommentierte[166]. Wie sehr die von der SMAD und den Einheitssozialisten diktierte Zentralplanwirtschaft innere Friktionen und Legitimationsdefizite förderte, illustriert auch das Ausscheiden von Otto Voss, Mitglied im Gründungsparteivorstand von 1948, aus dem Sekretariat Sachsen-Anhalts; das Sekretariatsprotokoll notierte hierzu: „Kollege Voss ergreift das Wort und führt aus, daß es für seinen Nachfolger nicht leicht sein wird. Die Dorftumspolitik ist nicht mit dem Wirtschaftsplan in Einklang zu bringen."[167] Neben der Auswechslung Richard Richters durch Hermann Gräfe war nur noch die Ersetzung von Friedrich Martin durch Fritz Petersohn im engen Sinne nachweislich politisch begründet[168]. Die Reaktionen der Betroffenen beleuchten ihre Enttäuschung: Richter verpflichtete sich beim MfS und spitzelte gegen die Ortsgruppen der DBD, Martin floh in den Westen und berichtete über die gesteuerte DBD-Gründung vor dem Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen[169]. Sämtliche Nachfolger auf den Landesvorsitzen hatten entweder eine sowjetische Antifa-Ausbildung oder Parteischulen von DBD bzw. SED absolviert. In den Landessekretariaten mußten sie sich noch 1952 oft erst gegen die Parteigänger der geschaßten Vorsitzenden durchsetzen[170]. Der auf Führungspositionen zunächst begrenzte Personalaustausch konnte die durch zentrale Anleitung

---

[165] „Bauern-Echo", Jg. 1948, Jg. 1949.

[166] ACDP VI-053-26/1, Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 4. 4. 1951. Zum Fall Richter vgl. ebd., Protokoll Sekretariat, 16. 3. 1951.

[167] Ebd., Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 31. 5. 1950.

[168] Richter und Martin hielt man im engeren Sekretariat für „politisch zu schwach". BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose (= „Brose"); Abt. VI des MfS, Bl. 23, Notiz über Gespräch mit „Brose", 24. 11. 1950, zu dem seit 1948 geplanten Rückzug von Richter. Kritik an der Berichterstattung beider auch in ACDP VI-052-0520, Protokoll Sekretariat, 30. 5. 1950. Dem Wechsel in den übrigen Landesverbänden lagen andere Motive zu Grunde. Pilarski versetzte man höchstwahrscheinlich auf Veranlassung der SED, obwohl ihn die DBD für ungeeignet einschätzte, als Leiter der personalpolitischen Abteilung nach Berlin. Ihm folgte Ernst-Walter Beer im Landesvorsitz. Rudolf Albrecht (Brandenburg) wurde 1951 von Arthur Pech abgelöst, nicht weil er persönlich politisch belastet war, sondern weil die Ermittlungen gegen seinen vorgesetzten Minister Hamann (LDP) auch ihn involvierten. Herbert Hoffmann (Thüringen) übernahm die Funktion eines Hauptabteilungsleiters im MLF und wurde daher 1949 im Landesvorsitz von Albert Rödiger abgelöst.

[169] Unrecht als System, Teil 2, S. 32f.

[170] So Gräfe 1952, ACDP VI-053-26/1, Protokoll Sekretariat Sachsen-Anhalt, 13. 2. 1952.

eingeengte Eigenständigkeit und vor allem das Bewußtsein einer regionalen politischen Tradition nicht vollends ausradieren. Dazu bedurfte es eines umfassenderen Wechsels der ganzen Funktionselite, hier etwa der Mitarbeiter in den Sekretariaten und Abteilungen, die erst im Laufe der fünfziger Jahre ausgebildet werden sollten.

Referate für Frauen und Jugend wurden ab März 1950 in den Landesverbänden eingerichtet[171]. Insgesamt hinkte die Organisation dem öffentlich proklamierten und berichteten Engagement der Landesverbände in dieser Hinsicht jedoch deutlich hinterher[172]. Außerdem behinderte die geringe Akzeptanz von Frauen und Jugendlichen in Parteiämtern zu Beginn der fünfziger Jahre die Arbeit der neuen Referate. Diese Ressentiments teilten die Funktionäre in den Landes- und Kreisverbänden mit der Mitgliederbasis[173].

Bei diesen Fragen und in der Verdrängung sogenannter Großbauern aus den Parteileitungen war 1950 die Kaderpolitik der Landesverbände gefordert. Mehr noch als auf zentraler Ebene wiesen die personalpolitischen Abteilungen der Länder 1950 jedoch erhebliche Mängel auf[174]. Nach dem Vorbild der SED wurde ab April 1950 das Instrukteurwesen auch in den Landes- und Kreisverbänden eingeführt[175]. Es sollte Anleitung und Kontrolle verbessern, 1950 vor allem bei der Mitgliederüberprüfung und der Propaganda für die Wahlen helfen[176]. Diese „Feuerwehr" fing oft die gröbsten organisatorischen Defizite in den Landessekretariaten und vor allem in den Kreis- und Ortsorganisationen auf. Instrukteure gaben praktische „Hilfestellung" in der Durchführung tagespolitischer Aufgaben wie Propagandaaktionen oder stellten mit den Ortsgruppen Dorfwirtschaftspläne auf. Damit nahmen sie den unwilligen und/oder unfähigen Kreis- und Ortsgruppen oft die Arbeit ab, obwohl sie eigentlich zur Selbsthilfe anleiten sollten. Schließlich entsandte man Instrukteurbrigaden häufig zur Disziplinierung in politische Krisengebiete, sei es um lähmende Auseinandersetzungen in der DBD zu schlichten, oder die für schuldig Befundenen zur Rechenschaft zu ziehen und aus den Parteigremien zu entfernen[177].

Die Reorganisation der DBD in Anlehnung an den Verwaltungsumbau im Sommer 1952 veränderte nicht nur den Parteiaufbau, sondern rührte auch an das innere Kräfteverhältnis der Partei. Die Errichtung kleinerer Einheiten zielte auf

---

171 Der LV Mecklenburg reagierte offenbar schneller als andere. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Anforderungen an IN-Karten erstmals für die Leiter der Referate Frauen (Lotte Gutberlet) und Jugend (Georg Böhm) im März 1950. In Sachsen-Anhalt gab es die Referate erst ab Mitte 1950. ACDP VI-053–26/1, Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 11. 12. 1950.

172 Vgl. „Bauern-Echo", 5. 7. 1949, 10. 11. 1949, 18./19. 11. 1949.

173 ACDP VI-053–26/1, Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 3. 3. 1950.

174 Ebd., Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 9. 5. 1950; dort habe die personalpolitische Abt. nur dem Namen nach bestanden.

175 Siehe dazu oben, S. 162.

176 ACDP VI-052–0143, Beschluß PV, 27. 3. 1950. Umgesetzt im LV Mecklenburg im April 1950, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Anforderungen der personalpolitischen Abt. an IN-Karteien April 1950 erstmals für den Landesinstrukteur (Paul Lipski). Vgl. auch Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 124.

177 ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 25. 1. 1954.

eine tiefere organisatorische und politische Durchdringung und die Zerschlagung traditioneller politischer Gepflogenheiten in den Kreisen. Insgesamt nahm damit die Macht der regionalen Vorsitzenden ab: Der Kreis der fünf Landesvorsitzenden erweiterte sich 1952 auf 15 Bezirksvorsitzende, die gegenüber dem Sekretariat des Parteivorstandes nicht etwa an Einfluß gewannen, sondern im Vergleich zum vorhergehenden Zustand an Bedeutung und Prestige verloren. Denn parallel zur Abwertung der Vorsitzenden hielt der Funktions- und damit Machtzuwachs der Sekretariate und ihrer Apparate an. Organisationsleiter Rietz schlug 1955 vergeblich vor, die Parteispitze solle regelmäßige Aussprachen mit den Bezirksvorsitzenden durchführen, damit diese nicht nur über die Bezirks-Abteilungsleiter informiert würden und so „bewußter auftreten" könnten[178].

Grundsätzlich profitierte die Kaderpolitik von der inzwischen stabilen Position der DBD im Herrschaftsgefüge der DDR. Erst der gestiegene Mitgliederbestand – 1952 durchstieß man die Marke 85000 – erlaubte eine sorgfältigere Auswahl und Heranbildung einer Funktionselite. Dies stärkte den Parteiapparat, der sich so auf seine Aufgaben in Anleitung und Kontrolle konzentrieren konnte. Kurzum, die DBD wandelte sich vom Typus der kampagnenartig ad hoc agierenden Partei, die bis Ende 1952 mit ihrem eigenen Aufbau vollauf beschäftigt war, zusehends in Richtung einer programmatisch festgelegten, organisierten und kadergestützten Transmissionspartei.

Was bedeutete dies für die organisatorische Gestalt der Bezirksverbände? Weiterhin leitete der Apparat des Parteivorstandes die Bezirksverbände an und kontrollierte ihre Tätigkeit. Sowohl die Kaderentwicklung wie auch die Besetzung der Bezirkssekretariate und -abteilungen wurde in Abstimmung mit den Abteilungen des zentralen Sekretariates bzw. des Präsidiums geregelt und von dort aus überwacht[179]. Die Einrichtung einer zentralen Kaderregistratur beim Sekretariat des Parteivorstandes 1952 unterstützte dieses Verfahren. Im Zuge der Parteireorganisation ab August 1952 übernahm der jeweilige Leiter der Abteilung Organisation zugleich die Geschäftsführung der Bezirkssekretariate[180]. Der stellvertretende Abteilungsleiter Organisation war besonders für Kader verantwortlich, solange keine selbständige Kaderabteilung bestand; im zentralen Parteivorstand existierte eine solche erst ab Mitte 1953. Die Besetzungen im DBD-Bezirkssekretariat basierten prinzipiell auf Absprachen mit der Kaderabteilung der SED-Bezirksleitung. Dennoch verfügten die Bezirksleitungen oft über keinen genauen Einblick in den inneren Zustand der Sekretariate und wußten wenig Bescheid über die Qualität der Sekretäre der Blockparteien, wie die entsprechenden ZK-Stellen wiederholt monierten[181].

---

[178] ACDP VI-052–0529, Protokoll Sekretariat, 6. 4. 1955.

[179] So gliederte sich die Kaderabteilung beim Sekretariat des PV in drei Unterabteilungen, die bestimmte Bezirke bearbeiteten. Siehe auch die Vorlage in ACDP VI-052–0539, Anlage Protokoll Sekretariat 14. 9. 1959, Richtlinie zur Auswahl, Zusammensetzung und Qualifizierung der Kreis- und Bezirksvorstände, 10. 9. 1959.

[180] ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 2. 8. 1952, Beschluß über Strukturplan der Partei.

[181] Siehe S. 250ff.

Der Wandel der DBD zu einer Transmissionspartei verlief nicht ohne Friktionen. So faßte das Sekretariat des Parteivorstandes Anfang 1954 – offenbar aus gegebenem Anlaß – einen „Beschluß zur Verbesserung der organisationspolitischen Arbeit der Bezirkssekretariate"[182]. Die Vorlage listete einen beeindruckenden Mängelkatalog auf. Dieser reichte von der „Unterschätzung der Beschlüsse des Parteivorstandes und des Sekretariates" über „[m]angelhafte Arbeitsorganisation", „planlose Einsätze in den Kreisvorständen und Ortsgruppen" und „ungenügende" Beschlußkontrolle bis zum Manko, überhaupt keine persönlichen Verantwortlichkeiten für Beschlüsse festzulegen. Zur Verbesserung erteilte die Zentrale schlicht den Ratschlag, die Mißstände abzustellen, und setzte auf eine Arbeitsplanung, die auf minutiösen Quartals- und Monatsplänen basieren sollte, in denen die politische Verantwortung strikt personalisiert war. Diese negative Bestandsaufnahme und die litaneihafte Wiederholung einer stets ähnlich lautenden Mängelliste belegt zugleich, daß der Parteivorstand seinerseits Anleitung und Kontrolle der Bezirksverbände nicht hinreichend bewältigte. Sie unterstreicht, wie ungenügend die Bezirksapparate noch 1954 funktionierten. Schließlich legten die aufgetragenen Verbesserungen den Finger auf die empfindlichste Schwachstelle: Die Bezirkssekretariate mußten vor allem in der Anleitung der Kreisvorstände und Ortsgruppen an Boden gewinnen.

Um die Bezirks- wie Kreisverbände und letztlich die Einzelmitglieder für politische Ziele zu mobilisieren, inszenierte man regelmäßig innerparteiliche Wettbewerbe, z.B. im Jahr 1954 anläßlich der Volkskammerwahlen[183]. Als erstrebenswert wurde etwa deklariert, die Mitgliederzahl zu erhöhen, höhere Ernteerträge in möglichst kurzer Zeit zu erwirtschaften, die Eintrittszahlen in Genossenschaften zu steigern oder – so 1954 – die Wahlbeteiligung anzuheben. Dazu wurden Formen der Vergemeinschaftung erprobt, die zunächst eine Parteiidentität stiften sollten, beispielsweise im Wettkampf um die Wanderfahne der DBD; darüber hinaus zielten die Wettbewerbe darauf, die Funktionäre Prüfungssituationen auszusetzen und die Mobilisierungskraft des Apparates zu testen. Der letztplazierte Bezirk erhielt die zweifelhafte Ehre, die „rote Laterne" zu empfangen[184]. Solange die wirtschaftliche Leistung und die fachliche Fähigkeit der Teilnehmer neben der politischen Loyalität in die Bewertung einflossen, stieß das Wettbewerbswesen auch auf ideelle Akzeptanz.

Im Zuge der Umstrukturierung der zentralen Parteiebene 1955 erblickte man auch Handlungsbedarf bei den Bezirkssekretariaten. So erfolgte die Anleitung der Bezirksvorstände ab 1955 zusehends nach dem Ressortprinzip, d.h. sie wurde zwischen den zentralen Abteilungen und ihren Pendants in den Bezirken geregelt. Damit gab man die Praxis übergreifender monatlicher Berichterstattung[185] der

---

[182] ACDP VI-052–0527, Protokoll und Vorlage zur Sekretariatssitzung am 13. 4. 1954. Beschlußfassung in der Sekretariatssitzung am 22. 4. 1954, ebd.

[183] Vgl. z.B. ACDP VI-052–0528, Protokoll erweiterte Sekretariatssitzung, 27. 10. 1954; ACDP VI-052–0521, Protokoll Sekretariat, 10. 4. 1951.

[184] ACDP VI-052–0528, Protokoll erweiterte Sekretariatssitzung, 27. 10. 1954, Bericht Besler.

[185] ACDP VI-052–0529, Protokoll Sekretariat, 13. 6. 1955.

Bezirkssekretariate auf und verlangte statt dessen schnelle, detaillierte Berichte zu Sachfragen.

Mit der Entwicklung hin zur Kaderpartei, die am Prinzip des „demokratischen Zentralismus" ausgerichtet war, wurde auf der zentralen wie auf der Bezirksebene eine schärfere Trennung zwischen den Aufgaben der Sekretariate und derjenigen der Vorstände, kurz „Leitungen" genannt, vollzogen. Den Bezirksvorständen wuchs dabei die Funktion zu, alle offiziell opportunen Mitgliedergruppen zu repräsentieren, um diese in die politische Mobilisierung einzubinden. Die Entscheidungskompetenz der Vorstände nahm sukzessive ab, die der Sekretariate hingegen zu.

Während der Vollkollektivierung 1959/60 fürchtete die zentrale Parteileitung, daß die Organisationen in den Bezirken und Kreisen zumindest teilweise – besonders dann, wenn sie noch Einzelbauern als Mitglieder zählten – wegbrechen könnten. Eine Umwälzung wie die Kollektivierung konnte aber auf die aktive Mitarbeit der Bezirks- und Kreisorganisationen nicht verzichten. Allein über Sekretariatsbeschlüsse und Brigadeeinsätze war die Kollektivierung weder durchführbar noch dauerhaft zu erhalten. Die DBD war auf die Tatkraft der Funktionäre an der Basis angewiesen. Da nur diese die Situation und vor allem die Personen in den Dörfern kannten, mußten sie die Rückbindung an die Basis gewährleisten, wenn Instrukteurkommandos wieder abzogen. Nachdem in vielen Fällen einzelbäuerliche Mitglieder kurzum aus den Bezirksvorständen verdrängt worden waren, formulierte man einen neuen Anforderungskatalog für Delegierte in Bezirks- und Kreisvorständen. In auffälliger Weise, aber angesichts der politischen Konstellation verständlich, galten für Bezirks- und Kreisvorstandsmitglieder der DBD künftig die gleichen Kriterien. Es genügte nicht mehr, daß Kandidaten fest zur Bauernpartei stünden, sie mußten vielmehr ihre Treue zur „Arbeiter- und Bauernmacht" schon bewiesen haben[186].

Kreisverbände, Ortsgruppen und Stützpunkte

Nachdem sich im Sommer 1948 die Landesverbände der DBD konstituiert hatten, sollte die gesteuerte Gründung der DBD sukzessive in einen kontrollierten Aufbau von Kreisverbänden und von dort aus in Ortsgruppen münden. Obwohl sich die überwiegende Zahl der Kreisverbände der DBD formal noch 1948 gebildet hatte, wurden diese erst 1949 politisch aktiv[187]. Die meisten Kreisverbände hatten sich parallel zum rasanten Mitgliederwachstum 1950 und 1951 organisatorisch so weit stabilisiert, daß man es nun wagte, ihre Vorstände und Sekretariate personell zu „säubern". Denn erst zu diesem Zeitpunkt stand Ersatzpersonal zur Ver-

---

[186] ACDP VI-052–0539, Vorlage an das Sekretariat des Präsidiums des PV: Richtlinie zur Auswahl, Zusammensetzung und Qualifizierung der Kreis- und Bezirksvorstände 10. 9. 1959. Beschluß ebd., 14. 9. 1959. In der Praxis lief dies auf eine höhere Repräsentanz der Genossenschaftsbauern hinaus.

[187] So bestanden im Herbst 1948 in Mecklenburg bereits 21 KV, in Sachsen waren immerhin in 25 von 29 Kreisen insgesamt 1095 Mitglieder in 53 Ortsgruppen erfaßt. Von den sächsischen KV würden aber erst 8–10 tatsächlich politisch arbeiten. ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948. Vgl. ACDP VI-052–0520, Protokoll Sekretariat, 30. 5. 1950.

fügung. Bis zur Reorganisation des Verwaltungsaufbaus der DDR 1952 verfügte die DBD über 121 Kreisverbände, danach stieg die Zahl auf 194[188]. Nach 1952 waren die Kreisverbände zwar kleiner und von daher prinzipiell leichter zu organisieren, zunächst jedoch vergrößerte sich die Diskrepanz zwischen Kaderbedarf und Kaderreservoir erheblich. Da der Bedarf höherer Parteigliederungen sowie in Regierung und Verwaltung vorrangig zu erfüllen waren, litten die mit hauptamtlichen Funktionären zu besetzenden Positionen in den Kreissekretariaten am stärksten unter der Kaderknappheit.

In der Organisationsstruktur der DBD nahmen die Kreisverbände eine Schlüsselrolle ein. Ihre politische Ausrichtung und personelle Besetzung entschied letztlich über die Durchschlagskraft der Partei vor Ort. Denn als unmittelbares Verbindungsglied zu den Grundeinheiten sollten sie diese systematisch erfassen und damit die direkte Mobilisierung der Landbevölkerung erreichen[189]. Andere Anleitungs- und Kontrollmechanismen gegenüber den Ortsgruppen, wie punktuelle und zeitlich begrenzte Instrukteureinsätze, taugten kaum dazu, die latente „Brandgefahr" dauerhaft einzudämmen. Daneben fiel den Kreisverbänden zumindest für eine gewisse Zeit die Funktion zu, die Interessen der ländlichen Bevölkerung in den Parteiapparat einzubringen. Diese Aufgabe sollten die ab Januar 1950 unter erheblichem organisatorischen Aufwand gegründeten Kreiswirtschaftskommissionen erfüllen. Sie waren außerdem für die Umsetzung des Wirtschaftsplanes in den Kreisen zuständig[190]. In ihnen wirkten 1950/51 überwiegend Neubauern mit, Altbauern verweigerten häufig ihre Unterstützung[191]. Insgesamt gelang nur eine mäßige Mobilisierung der Mitglieder über diese Einrichtungen, die in größerem Stil erst im Winter 1950/51 arbeiteten[192]. Viele hätten nur auf dem Papier existiert, andere betrachteten sich als eine „eigene Art VdgB", resümierte der Abteilungsleiter Wirtschaft des Parteivorstandes, Otto Keuthe, im Juni 1951. Keuthes Forderungen gemäß sollten sich die Kommissionen weniger die Interessen der Bauern zu eigen machen als „rechtzeitig signalisieren, wenn Gefahren auftauchen, wachsam sein, vor allem gegenüber allen Schädlingen". Sie sollten Meinungen einfangen, um sie politisch zu neutralisieren. Insgesamt dienten die Kom-

---

188 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 127.

189 Vgl. ACDP VI-052-0523, Vorlage Abt. Organisation betr. Strukturplan der Partei, 1. 8. 1952.

190 ACDP VI-052-26/1, Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 29. 3. 1950. Ebd., Protokoll Sekretariat LV Sachsen-Anhalt, 31. 5. 1950. Schon 1949 hatte man sich um die wirtschaftsstrukturelle Durchleuchtung der Kreise mit Hilfe sog. „Kreisspiegel" bemüht, die die DBD eigenverantwortlich für jeden Kreis anlegen wollte. Schon die Datenerhebung stieß auf Ablehnung der Landratsämter. ACDP VI-052-222/1, Kreisrat des LK Pirna an DBD, KV Pirna, 28. 12. 1949.

191 Instrukteurberichte aus verschiedenen Ländern, ACDP VI-052-222/1. Bis Mitte 1951 ging in keinem Land die Zahl der regelmäßig berichtenden Kommissionen über 3–4 hinaus. ACDP VI-052-235/4, Ausarbeitung von Otto Keuthe, Zur Agrarpolitik der DBD, 21. 6. 1951.

192 ACDP VI-052-222/1, Auszüge Instrukteurberichte. Von regelmäßigen Tagungen der Kreiswirtschaftskommissionen wurde nur aus den Kreisvorständen Sangershausen, Wittenberg und Bernburg berichtet; in Bernburg habe die DBD sogar den besten Dorfwirtschaftsplan vorgelegt.

missionen zwar dazu, den Fünfjahrplan zu propagieren und die Mitglieder zu mobilisieren, aber „durchweg stehen die eigenen Sorgen im Vordergrund dessen, was berichtet wird, selten sind es Vorschläge, wie etwas gebessert werden kann"[193].

Während die Kreisvorstände ihre Aufgabe ehrenamtlich ausübten[194], waren die Kreissekretariate nach Möglichkeit ab 1950, verbindlich ab August 1952 – im Idealfall – mit drei hauptamtlichen Funktionären besetzt, dem 1. und 2. Kreissekretär sowie einem Kreisinstrukteur[195]. Die Kreisvorsitzenden wurden auf den jährlich abgehaltenen Kreisdelegiertenkonferenzen oder ab 1961 Kreisparteikonferenzen gewählt. Auch auf dieser Organisationsebene wird der Funktionsunterschied zwischen Vorständen und Sekretariat deutlich: Wurden die Hauptamtlichen in den Sekretariaten von oben mit politisch möglichst einwandfreien Kadern besetzt, so gestattete man den Vorständen einen gewissen personellen Spielraum, wie an der weniger reglementierten sozialen Herkunft der Vorstände abzulesen ist. Letzteres war eine Mischung aus gewährtem Freiraum und gewollter Lücke. Denn die Vorstände sollten trotz ihrer Konstruktion auch die Sozialstruktur der Basis – im Parteiorgan ihren gesellschaftlichen Entwicklungsstand – widerspiegeln, die politische Debatte aufgreifen und oppositionelle Verhaltensweisen so bannen. Einzeln wirtschaftende Bauern übernahmen häufiger die ehrenamtliche Position eines Vorstandes denn die hauptamtliche Tätigkeit eines Sekretärs, weil unter letzterer ihre Betriebsführung litt und sie stärkerer Bevormundung ausgesetzt waren.

Während die Kreissekretariate 1950 und 1951 umfassend „gesäubert" wurden[196], fand die weitgehende Verdrängung der „Großbauern" aus den Vorständen erst phasenverschoben bis 1954 statt: Nach dem II. Parteitag der DBD 1951 waren noch 4,3% aller Vorstandsmitglieder sogenannte „Großbauern"; erst nach dem III. Parteitag 1953 ging der Anteil auf 0,5% zurück[197]. Seit der Reorganisation der Kreisverbände 1952 waren die Bezirkssekretariate dazu verpflichtet, Besetzungsvorschläge für die Kreise beim Parteivorstand zur Überprüfung und Bestätigung einzureichen[198]. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammensetzung der Vorstände vor 1952 als Indikator für die Bindungskraft der DBD noch geeignet, da ein Engagement dort über bloße Parteimitgliedschaft hinausging und die Besetzung noch weniger kontrolliert wurde[199].

---

[193] ACDP VI-052–235/4, Ausarbeitung Otto Keuthe, Zur Agrarpolitik der DBD, 21. 6. 1951.

[194] So Reichelt, Blockflöte, S. 60, nach Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 125, waren sie überwiegend ehrenamtlich tätig.

[195] Die Kreissekretariate entlang der Zonengrenze und solche mit über 80 Gemeinden sollten mit vier hauptamtlichen Kräften ausgestattet sein. ACDP VI-052–0523, Vorlage Abt. Organisation betr. Strukturplan der Partei, 1. 8. 1952.

[196] Beispielsweise ACDP VI-053–26/1, Protokoll Sekretariat Sachsen/Anhalt, 29. 3. 1950; für Mecklenburg ACDP VI-052–0521, Protokoll Sekretariat Mecklenburg, 10. 4. 1951.

[197] ACDP VI-052–154/1, Fragebogen 1953: Großbauern in den Ortsgruppenvorständen. Vgl. ihr Anteil an der Gesamtmitgliederschaft: 1951 4,6%, 1953 3,9%. Ebd., Zusammensetzung der Kreisvorstände 4. 4. 1951.

[198] ACDP VI-052–0523, Vorlage Abt. Organisation betr. Strukturplan der Partei, 1. 8. 1952.

[199] Es liegen keine durchgehenden statistischen Reihen zur Sozialstruktur der Kreisvorstände bis 1963 vor; die oft punktuell und stichprobenartig erhobenen Daten können aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien nicht unmittelbar miteinander in Beziehung

Die Kreisvorstände waren 1951 eine Domäne männlicher Erwachsener. Auffällig ist der Anstieg der Angestellten auf fast 30%. Diese Zahl illustriert den Wandel der Sozialstruktur der ländlichen Bevölkerung und die Konstruktion einer neuen Führungsschicht mittels junger, in erster Linie politisch und oft nachgeordnet fachlich ausgebildeter Funktionseliten in den Apparaten der landwirtschaftlichen Organisationen[200]. Dagegen behielt sich die SED die Werbung von Arbeitern in landwirtschaftlichen Berufszweigen vor, worauf der geringe Anteil von 5% in der DBD hindeutet. Betrachtet man die im engeren Sinne bäuerlichen Vorstandsmitglieder, so hatte die DBD bis 1951 ihren Parteiauftrag erfüllt, vorrangig kleine und mittlere Neu- und Altbauern und vor allem auch die „Umsiedler" anzuwerben. Der Anteil der Neubauern von einem knappen Drittel (31,7%) unter allen Kreisvorständen überstieg den altbäuerlichen von rund einem Viertel (23,5%); der zu dieser Zeit noch gesondert ausgewiesene „Umsiedleranteil" lag etwas darunter bei einem Fünftel (20,7%)[201]. Damit korrespondieren Beobachtungen, wonach sich die „Umsiedler" innerhalb der dörflichen Gemeinschaft und der DBD-Basis oft inferior fühlten, es nicht wagten und z.T. nicht schafften, gegen die altbäuerliche Konkurrenz in politische Ämter vorzustoßen[202]. Die traditionellen Einflußbereiche eingesessener Dorfeliten waren 1951 noch deutlich spürbar.

Der Anteil an ehemaligen Mitgliedern der NSDAP lag beträchtlich hoch bei 17,1% – insbesondere wenn man bedenkt, daß die Rekrutierung der NSDAP unter der Bauernschaft als eher gering einzustufen war[203]. In welchem Maße die DBD ihre Funktionäre mit Unterstützung der SED, dadurch aber auch auf deren Kosten, heranzog, belegt der Anteil von gut einem Fünftel (21,5%) ehemaliger SED-Genossen. Die kleine Schar vormaliger Mitglieder von CDU und LDP rührt aus dem insgesamt geringen Einbruch in die Mitgliedschaft bürgerlicher Parteien her; diese als suspekt eingeschätzten Parteiwechsler sollten tendenziell nicht in die Vorstände gelangen.

Die Kreisvorstandswahlen 1951 spiegeln das rasante Anwachsen der Partei[204] und die personellen Vorgaben wider: Während die Sozialstruktur erhalten blieb, wurde der Anteil Jugendlicher von 11% auf über 20% festgesetzt; gleichzeitig kletterte der Anteil von Absolventen einer Landes- oder Zentralparteischule der DBD von 28% auf 35%[205]. Auch die Zahl der sogenannten „Umsiedler" stieg

---

gesetzt werden. Zum folgenden: Tabelle 15, erstellt nach ACDP VI-052–154/3, Zusammensetzung der Kreisvorstände 4. 4. 1951, Aufstellung dort auch nach Ländern untergliedert.

200 So konnte die DBD in den VEABs, den MAS bzw. MTS, den Dorfgenossenschaften, der VdgB etc. eine Vielzahl mit der Landwirtschaft „verbundene" Personen als Mitglieder gewinnen.

201 Die Statistik von 1951 ist die letzte, die den Umsiedleranteil gesondert von den Neubauern ausweist. Nur ganz vereinzelt finden sich danach noch Angaben über Umsiedleranteile in Parteigremien, wie z.B. für den PV 1960, ACDP VI-052–0017, Aufstellung PV 1960.

202 Vgl. z.B. ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 8. 10. 1948.

203 Broszat, Staat, S. 354.

204 Damit gehörten im Schnitt je 17 Personen den 121 Kreisvorständen an.

205 ACDP VI-052–154/3, Zusammenstellung der Kreisvorstände nach der Neuwahl 1951, 21. 7. 1951. 101 KV-Mitglieder waren der DBD erst 1951 beigetreten.

jetzt von 350 auf 440 Vorstandsmitglieder an und lag damit knapp über der Zahl an Altbauern von 433. Insgesamt drang die DBD in ihrer Wachstumsphase 1950/51 auch in das traditionelle dörfliche Milieu ein. Zusammen mit dem überwiegend neubäuerlichen Mitgliederreservoir der Gründungszeit bildete sie damit eine Mischung von Tradition und Wandel in der ländlichen Gesellschaft ab, die in dieser Zusammensetzung keine andere Partei aufwies.

Grundsätzlich bemühte sich die Parteileitung bis Ende 1956 um eine ausgewogene Zusammensetzung der Kreisvorstände. In erster Linie sollten fachlich fähige und wirtschaftlich erfolgreiche „werktätige Bauern", die ihre Parteiverbundenheit durch Loyalität zur SED-Herrschaft bewiesen hatten, sowie die stets als besonders förderungswürdig erachteten Frauen und Jugendlichen die Vorstände besetzen. Loyalität war im SED-Verständnis z. B. abzulesen an der Erfüllung der Ablieferungspflicht oder im Engagement für das Gemeinwohl des Dorfes. Die lokale Reputation des Kandidaten im Dorf spielte eine erhebliche Rolle[206]. Allerdings geriet dieses Besetzungskonzept im Zuge der forcierten Sozialisierung der Landwirtschaft in Konflikt mit dezidierten Parteivorgaben, denen zufolge Genossenschaftsbauern vorrangig und überproportional in die Parteileitungen zu wählen waren[207], schon im Vorgriff auf eine erst noch herbeizuführende soziale Umwälzung auf dem Land.

Der Organisationsgrad und die Funktionstüchtigkeit der Kreisverbände kann auch als Indikator für Zustimmung und Ablehnung der Mitglieder gewertet werden, wobei aufgrund fehlenden statistischen Materials dazu nur qualitative Aussagen möglich sind[208]: Während des Parteiaufbaus und des ersten Expansionsschubs 1950/51, der mit einer rigoroseren Kaderprüfung abgesichert werden sollte, gelang es zwar, die Kreisverbände zu stabilisieren, die Verantwortung für den politischen Kurs lastete jedoch weitgehend auf den hauptamtlichen Funktionären im Kreissekretariat. Die Vorstandschaft war dagegen politisch und sozial inhomogen zusammengesetzt. Die daraus resultierende Spaltung der Handlungsfähigkeit der Kreisverbände schränkte die Durchschlagskraft der DBD eminent ein. Die Mit-

---

206 Daher sollten keine Nominierungen für die Volkskammer ohne Zustimmung der Ortsgruppen erfolgen, da man vor Ort am besten wüßte, wie ein Kandidat tatsächlich sei.

207 Bis 1955 galt für Wahlordnungen der Grundsatz, in den Kreisvorständen den Anteil der Einzelbauern in den Grundeinheiten abzubilden; 1956 verzichtete man sogar auf eine dezidierte Festlegung. 1958 strich man eine Passage aus der vorbereiteten Wahlordnung, die die besten werktätigen Einzel- und Genossenschaftsbauern in einem Zug nannte. Im Zuge der Vorbereitungen des für 1959 geplanten VI. PT waren noch Einzelbauern als Parteitagsdelegierte vorgesehen. Bis zur tatsächlichen Durchführung des PT 1960 gab es offiziell nur noch Genossenschaftsbauern. ACDP VI-052–0521, Protokoll Sekretariat, 10. 4. 1951, ACDP VI-052–0524, Vorlage der Abt. Organisation an Sekretariat, 31. 3. 1953. ACDP VI-052–0525, Protokoll Sekretariat, 7. 12. 1953, mit Wahlordnung. ACDP VI-052–0529, Protokoll Arbeitssekretariat, 12. 3. 1955, ACDP VI-052–0533, Protokoll Sekretariat, 6. 11. 1956, Wahlordnung. ACDP VI-052–0535, Protokoll Sekretariat, 4. 11. 1957, Vorlage vom 1. 11. 1957, ACDP VI-052–0539, Protokoll Sekretariat, 19. 10. 1959, ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 14. 3. 1960.

208 Für die DBD liegt keine auch nur ansatzweise durchgehende Berichterstattung etwa zur Sitzungshäufigkeit der Kreisvorstände, zur Durchführung der Ortsgruppenschulungen etc. vor.

gliederbasis hoffte in dieser Phase zum größeren Teil auf wirtschaftliche Unterstützung durch die DBD angesichts der Mangelwirtschaft und war zum kleineren Teil enttäuscht von den politischen und wirtschaftlichen Zuständen. Fluktuation und Instabilität, aber auch zunehmend politische Ausbildung der Kader charakterisierten diesen Zeitabschnitt.

Nur dank Schulung und Personalüberprüfungen konnte die hohe organisatorische Last der Reorganisation der Kreisverbände im August 1952 aufgefangen werden. Die Kollektivierung trug das gesamte Spektrum dörflicher Konflikte in die Partei hinein und zerriß die Basis in Aktivisten und Desillusionierte. Trotz der Abdämpfung des Kollektivierungstempos nach dem Volksaufstand waren die Kreisverbände 1954 in eine tiefe Lethargie versunken[209]. Erst allmählich mußte das angeschlagene Vertrauen und Interesse der Einzelbauern für die DBD wiedergewonnen werden, was dann auch die Aktivität der Kreisverbände anregte. Nach dem lebhaften Zuspruch der Basis für die reformerischen Überlegungen von Kurt Vieweg im Jahr 1957 stellte das Sekretariat Anfang 1958 fest, daß sich Kreisvorstandsmitglieder aus der Parteiarbeit zurückzogen, weil sie mit dem Eintritt in eine LPG nicht einverstanden seien[210]. Der Vollzug der Zwangskollektivierung bis 1960 unter völliger Mißachtung einzelbäuerlicher Belange bewirkte einen weitgehenden Stillstand der Arbeit der Kreisverbände, sofern diese nicht schon vorher überwiegend mit Genossenschaftsbauern besetzt waren. Zahlreiche Kreisvorstandssitzungen waren 1960 mangels Beteiligung nicht beschlußfähig. Manche Verbände mußten neu gegründet werden. Man versuchte umso beharrlicher, passive Mitglieder zu reaktivieren, als Neuaufnahmen seitens der SED ab 1961 wieder strikter reglementiert wurden und mit den Büros der SED-Kreisleitungen einzeln abzusprechen waren. Erst durch die Mitarbeit der neu installierten dörflichen Führungseliten in den LPG und anderen sozialistischen Agrarbetrieben stabilisierten sich die Kreisverbände langsam wieder.

Die Ortsverbände hatten nach dem politischen Programm und dem Ziel einer schichtenspezifischen Transmissionspartei die Aufgabe, den bis 1948 nur unzulänglich politisch erschlossenen ländlichen Raum auf unterster Ebene zu durchdringen. Die DBD war von Anfang an auf das Wohnbezirksprinzip in ländlichen Gegenden verwiesen. Die sowjetischen Kommandanturen hatten festgelegt, daß eine Ortsgruppe aus mindestens zehn Mitgliedern bestehen müsse; bei drei bis neun Mitgliedern sprach man von Stützpunkten. Die Ortsgruppenvorstände wurden jährlich neu gewählt und zählten mindestens fünf Personen[211]. Die Grundeinheiten wurden von den Kreissekretariaten, vor allem den Kreisinstrukteuren angeleitet und kontrolliert; man versuchte ihnen beizubringen, politische Schwenks in Versammlungsbeschlüssen an die Basis weiterzugeben[212]. Da schon die Anlei-

---

209 ACDP VI-052–0525, Protokoll Sekretariat, 25. 7. 1952; ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 21. 11. 1952. ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 18. 1. 1954; ACDP VI-052–0528, Protokoll Sekretariat, 4. 10. 1954.

210 ACDP VI-052–0321, Protokoll Präsidium, 7. 1. 1958.

211 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 127; Statut von 1949, Ziffer 18, abgedruckt in: Wernet, Rolle, S. 271–274.

212 Die Kreissekretariate bereiteten daher Versammlungen der Ortsgruppen gemeinsam mit jenen Mitgliedern vor, die für die beabsichtigte Veränderung eintraten. Wenn ein groß-

tung der Kreisverbände durch die Bezirkssekretariate an vielen Defiziten litt, pflanzte sich diese Tendenz erst recht in der Anleitung der Ortsgruppen fort, denn die Kreissekretariate verfügten kaum über entsprechend geschultes Personal[213].

Ein Beispiel aus der Parteipraxis 1954 gewährt Einblick in die Durchsetzungskraft der Kreissekretariate gegenüber den Ortsgruppen: Danach waren die Kreise angesichts schwindender Mitgliederzahlen durch Ausschlüsse und Austritte massiver Kritik der Berliner Organisationsabteilung ausgesetzt. Die Kreissekretariate würden die Ortsgruppen und Stützpunkte ungenügend anleiten, die Austrittsmotive nicht erforschen, die Erfolge der Partei nicht popularisieren und zu wenig auf „Sorgen, Kritik und Anträge der werktätigen Bauern" eingehen[214]. Besonders kritisierte man die hohe Zahl der Ausschlüsse von Einzelbauern und deren mithelfenden Angehörigen durch die Kreissekretariate, die anscheinend keine andere Parteistrafe als den Ausschluß kennen und praktizieren würden; außerdem würden sie die Abgestraften nicht über die Möglichkeit der Revision beim nächsthöheren Parteischiedsgericht informieren. Die Kreise vernachlässigten die ideologische Kärrnerarbeit mit allen Grundeinheiten und beschränkten sich auf die Anleitung von „Paradeortsgruppen", die sie gerne besuchten, während Problemgruppen vereinsamten[215].

Dieses Beispiel verdeutlicht zweierlei: zunächst die problematische Mittelstellung der Kreisfunktionäre, die zwischen ideologischem Druck von oben und der Reaktion der Mitglieder zerrieben zu werden drohten. Jedenfalls bekamen stets sie das Gros der Kritik oberer Leitungen zu spüren, denn diese richtete sich aus taktischen Gründen nie unmittelbar gegen die Basis. Darüber hinaus ist festzuhalten, daß ein erheblicher Teil der Ortsgruppen ohne Anleitung agierte. Diese Lücke schuf ideologischen Spielraum und ließ Platz zur Ausgestaltung des innerparteilichen Lebens. So waren im ersten Halbjahr 1954 nur insgesamt 34,5% der Mitglieder in Ortsgruppenversammlungen anwesend, mit der Tendenz, im jahreszeitlich bedingten Arbeitsrhythmus im Sommer unter 30% zu rutschen[216].

---

bäuerlicher Ortsgruppenvorsitzender abzuwählen war, mußte dafür erst ein Gegenkandidat gewonnen werden, der großbäuerliche Vorsitzende innerhalb der Mitglieder erst „isoliert" – also seine Anhänger von seiner angeblichen Unzulänglichkeit überzeugt – werden.

213 Zwar zeigen für 1954 überlieferte Zahlen, daß die Kreissekretariate in dieser Zeit ihre Anleitungsfunktion ernst nahmen: In der ersten Hälfte 1954 besuchten sie immerhin 86% der Ortsgruppenversammlungen und übertrafen die Besuchsquote des Vorjahres um 10%. Diese Werte vermitteln jedoch insofern ein schiefes Bild, als die Zahl der in den Versammlungen erreichten Mitglieder, die für obiges Beispiel die Basis bildet, insgesamt gering war. ACDP VI-052–183/2, Bericht über die organisatorische Entwicklung der Partei, 25. 8. 1954; ebd., Veränderungen in den Vorständen unserer Ortsgruppen, 3. 8. 1954.

214 Ebd., Bericht über die organisatorische Entwicklung der Partei, 25. 8. 1954.

215 So erklärt sich der relativ hohe Anteil der vom Kreissekretariat besuchten Ortsgruppenversammlungen 1954, ebd.

216 Ebd., Versammlungstätigkeit: Einschätzung der Arbeit der Partei 1954. Ohne den BV Berlin, dort war die Erfassung mit 63% am höchsten, lag der Durchschnitt bei 31%, am niedrigsten war die Beteiligung im BV Halle mit rund 26% der Mitglieder, am höchsten im BV Schwerin mit rund 40%. Die Beitragskassierung bewegte sich zwischen 68% im BV Rostock und 99% im BV Karl-Marx-Stadt und lag im Schnitt bei 83% einschließlich des BV Berlin.

Auf die Frage, inwiefern die SED eine entscheidende Kontrolle über die Zusammensetzung der Ortsgruppenvorstände ausübte, gibt es keine pauschale Antwort[217]. Nominell dürfte die lokale SED die Personalentscheidungen innerhalb der DBD-Ortsgruppe zwar tatsächlich bestätigt haben, in der Praxis hat diese Überwachung in vielerlei Hinsicht jedoch nur eingeschränkt gegriffen[218]. Grundsätzlich ist so lange nicht von einer umfassenden Kontrolle durch die SED auszugehen, als die SED-Ortsgruppen diese Prinzipien nicht selbst in der eigenen Parteiorganisation durchgesetzt hatten. D.h. zwischen dem Ausbau der SED zu einer „Partei Neuen Typs" mit umfassendem Kontrollapparat bis in die Grundeinheiten und der Kontrollaufgabe gegenüber den anderen Blockparteien bestand ein enger funktionaler Zusammenhang.

Je nach Umfang und Verhältnis aller Blockparteien vor Ort dürfte die SED sich außerdem vorrangig um den Zustand von CDU und LDP gekümmert haben, erst zweitrangig um die DBD, es sei denn, letztere war die lokale Hauptkonkurrentin. Diese Konstellation war vor allem in neubäuerlich geprägten Gemeinden Mecklenburgs und Brandenburgs häufiger anzutreffen, als von der Forschung bisher angenommen wurde. Denn oft bestanden in neubäuerlich dominierten Gemeinden nur SED und DBD; die Gründung der Bauernpartei, die überwiegend bisher Parteilose an sich band, verhinderte somit die Entstehung von Ortsgruppen bürgerlicher Parteien. Zwar verfügten die SED-Ortsgruppen insoweit an Einfluß, als sie einzelne für sie untragbare DBD-Vorstandsmitglieder entfernen konnten. Diese „Waffe" taugte jedoch nur für den Einzelfall. Die grundsätzliche soziale Zusammensetzung der Ortsgruppenvorstände war zwar auch durch allgemeine SED-Vorgaben definiert, die Durchführung hing jedoch von Anordnungen der DBD und mehr noch vom tatsächlichen Vollzug ab. Allein die Bestätigung durch die SED-Ortsgruppe war also kein geeignetes Steuerungsinstrument hierfür. Es hätte die SED zu offensichtlich zum Neinsager gegenüber der DBD gestempelt, worauf wiederum die Ablehnung der DBD-Kollegen gedroht hätte.

Zur Organisationsgeschichte der Parteibasis, den Ortsverbänden, liegen quantitativ und qualitativ die wenigsten Informationen vor[219]. Der von oben nach unten konstruierte Gründungsverlauf im Jahr 1948/49 mündete 1950 in einen Gründungsboom[220]. Allein in 14 Monaten, von Januar 1950 bis Februar 1951, stieg die Zahl der Ortsgruppen von 2769 auf 4205[221]. Bisweilen unterschied die Parteispitze daher zwei Generationen von Ortsgruppen: solche der Anfangszeit

---

[217] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 127, spricht von einer allgemeinen Bestätigung aller Ortsgruppenvorstände durch die SED, wobei er sich auf Mitteilungen des Ost-Büros der SPD stützt.

[218] Vgl. z.B. auch die Zunahme der Aufnahmen von Großbauern 1958 (7), die vermutlich nicht von der SED gebilligt worden sein dürfte. ACDP VI-052–160/7, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung in den Monaten März bis April 1958, 5. 5. 1958.

[219] Quellenmaterial aus der Provenienz von Ortsgruppen sind nicht überliefert. Teilweise finden sich eingehendere Beschreibungen einzelner Ortsgruppen in Brigadeberichten.

[220] Zum folgenden Organisationsstatistiken der DBD 1948–53, ACDP VI-052–154/1, 179/1, 180/2, 183/1.

[221] ACDP VI-052–154/1, Organisatorische Entwicklung der DBD 1950; ebd., Organisatorische Entwicklung der DBD der letzten 5 Monate, vom 1. 10. 1950 bis 28. 2. 1951.

und die ab 1950 neu gegründeten. Weil sich die „alten" Ortsgruppen in Zeiten politisch härterer Gangart gegen sogenannte „Großbauern" und der Produktionspropaganda zur Durchsetzung des Wirtschaftsplans zurückhielten und politisch inaktiv blieben, mußte sich die Parteileitung mit dem neu eingeschlagenen Kurs vorrangig auf die jüngeren Ortsgruppen stützen[222].

1952/53 stagnierten die Zugänge an Mitgliedern und Ortsgruppen: Während die Partei bis dahin erhebliche Wachstumsraten verbuchen konnte, wurde die Zahl der Neuaufnahmen von 17167 im Jahre 1952 von den erstmals fast ebenso hohen Abgängen überschattet[223]. Dennoch befand sich die Partei noch bis Februar 1953 auf Wachstumskurs. Die Krise des Jahres 1953 zeichnete sich im Organisationsstand der Grundeinheiten bereits im Frühjahr ab und korreliert hier mit dem gleichzeitig voll durchgreifenden Kollektivierungsdruck der DBD und der schon seit Ende 1952 anhaltenden Wirtschaftskrise auf dem Land[224]. Im Februar 1953 erreichte die Anzahl der Ortsgruppen den Höchststand von 5133, begleitet von 1723 Stützpunkten (zusammen 6856) und 312 Betriebsgruppen[225]. Die Betriebsgruppenzahl wurde auf Veranlassung der SED schon im folgenden Monat März auf 88 heruntergedrückt, die Zahl der Ortsgruppen sank bis Ende 1953 auf 4844, mit 1902 Stützpunkten (zusammen 6746) und nur noch 18 Betriebsgruppen. Zu diesem Zeitpunkt konnten die sinkenden Mitgliederzahlen noch durch den Umbau von Ortsgruppen in Stützpunkte aufgefangen werden. Parallel sank die Mitgliederzahl ebenfalls ab Februar 1953 von 86280 auf 81704 im Dezember 1953[226]. Trotz Mitgliederverlust schaffte es die DBD insgesamt, ihren bis dahin erreichten Organisationsapparat über die Krise 1953 hinüberzuretten. Sie war als Partei auf dem Land also fest installiert.

Ab 1955 wurde die weitere Untergliederung großer Ortsgruppen in Wohnbezirksgruppen vorgenommen. Ortsgruppen in Städten hießen nun Stadtbezirksgruppen[227]. Das sollte die praktische Parteiarbeit straffen und erleichtern. Schulungsprogramme für Ortsgruppen hoffte man so effektiver durchführen zu können. Die Revision der Mitgliederzahlen im Jahr 1956 durch die Neuausgabe von Parteibüchern trug – neben anderen Faktoren – zu einem Abgang von insgesamt 10532 Personen oder 12,2% der Mitglieder von 1955 bei[228]. Dieser Verlust führte jedoch nicht zum Absinken der Ortsgruppenzahl. Denn im August 1957 verfügte die Partei bei niedrigerer Mitgliederzahl über mehr Ortsgruppen als 1955

---

222 ACDP VI-052–0520, Protokoll Sekretariat, 30. 5. 1950.

223 ACDP-VI-052–194/4, Entwicklung der Partei; ebd., Entwicklung des Mitgliederstandes der DBD.

224 Vgl. Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 79ff.

225 Vgl. dazu die monatlichen Organisationsberichte für das Jahr 1953, ACDP VI-052–183/1.

226 Ebd., Organisationsbericht für Februar und Dezember 1953.

227 ACDP VI-052–0528, Protokoll Arbeitssekretariat, 9. 11. 1954, erwähnt erstmals die Untergliederung in Wohnbezirksgruppen. Ebd., Protokoll Arbeitssekretariat, 15. 12. 1954, Entwurf Wahlordnung für Neuwahl der OG-Vorstände im Jahre 1955.

228 Berechnet nach ACDP VI-052–194/4, Entwicklung der Mitgliederbestände der DBD. Vgl. grundsätzlich ACDP VI-052–0318, mit Präsidiumsprotokollen abgelegtes „vorläufiges statistisches Material zu Parteiabgängen 1956" und Kritik Roses daran, 7. 8. 1956.

(6369 OG 1957 – 5960 OG 1955)[229]. Die Mitgliederzahl war bis 1951 so weit angestiegen, daß den Ortsgruppen im Durchschnitt 18,8 Mitglieder angehörten. Von diesem Polster bestehender Grundeinheiten zehrte die DBD trotz Stagnation und Mitgliedereinbußen. Allerdings fiel die durchschnittliche Mitgliederzahl in den Einheiten von 18,8 Mitgliedern 1951 auf 16,7 1953, 14,5 1955 und nur noch 13,1 1957 ab[230]. Diese Verminderung war z.T. jedoch auch gezielt durch die Aufteilung großer Einheiten in Wohnbezirksgruppen herbeigeführt worden[231]. Für das Zwangskollektivierungsjahr 1960 ist festzustellen, daß sich die Organisation und Werbung der Partei auf schon lange erobertes Terrain zurückzog und kein Neuland dazugewann, sondern schwach organisierte Grundeinheiten verlor[232]. Insgesamt war die Partei Anfang der sechziger Jahre in etwa auf dem Stand von 1955 eingefroren[233].

Betriebs- und Schulgruppen

Während die bürgerlichen Parteien sich bis zur Einschränkung der Betriebsgruppen zu einem wesentlichen Teil auf diese stützen konnten, spielten diese keine besondere Rolle in der DBD[234]. Schon aufgrund ihres Mitgliederprofils, das überwiegend durch bäuerliche Existenzformen und nur in zweiter Linie durch unselbständige Angestellte in landwirtschaftlichen Betrieben, Verwaltungen sowie durch ländliche Arbeiter geprägt war, konnte die DBD diese Organisationsform am Arbeitsplatz nicht für ihre Zwecke nutzen. Für die flächendeckende Gründung von Betriebsgruppen dürfte es außerdem hinderlich gewesen sein, daß die Partei in den Jahren ihres größten Zuwachses 1950/51 organisatorisch überlastet war.

Dennoch gibt es Indizien dafür, daß auch die DBD gern mit selbständigen Betriebsgruppen gearbeitet hätte, wenn nicht SED-Weisungen dies die meiste Zeit verhindert hätten. Die Zusammenfassung der Mitglieder an ihrem Arbeitsort er-

---

229 ACDP VI-052–194/4, Entwicklung der DBD [Fassung bis 1985 mit handschriftlichen Korrekturen].

230 Berechnet nach ebd.

231 So waren im Jahr 1960 rund 400 OG in rund 800 Wohnbezirksgruppen aufgeteilt. Vgl. ACDP VI-052–185/3, diverse Einschätzungen zur organisatorischen Entwicklung der Partei 1960.

232 So sank die Anzahl der OG und Stützpunkte von Dezember 1959 bis Dezember 1960 von 5924 OG – wovon 377 in 887 Wohnbezirksgruppen aufgeteilt waren – und 1392 Stützpunkten auf 5843 OG und 1407 Stützpunkte. Hingegen wurden 397 OG zu 936 Wohnbezirksgruppen ausgebaut. ACDP VI-052–186/1 und 186/2.

233 Erklärungsbedürftig sind voneinander abweichende Zahlen zu den OG in unterschiedlichen DBD-Statistiken. Die Angaben in den monatlichen Organisationsberichten unterscheiden sich von jenen Angaben, die in den „Handakten Ermisch" in Akt ACDP VI-052–194/4 angeführt und in den 80er Jahren nachträglich erstellt wurden. Letztere berücksichtigen bei der Anzahl der OG auch die Wohnbezirksgruppen in diesen OG, wenngleich dies aus der Statistik nicht unmittelbar hervorgeht, sondern nur logisch zu erschließen ist. Da diese Materialien hauptsächlich auf den organisatorischen „Bestleistungen" zu den jeweiligen Parteitagsterminen beruhen, haftet ihnen ein beschönigender Zug an. Die Tiefstände zwischen 1960 und Ende 1962 wurden von der offiziellen Parteistatistik nicht systematisch erfaßt.

234 Vgl. dazu Richter, Ost-CDU, S. 323–328.

leichterte die Koordination und damit die Effektivität der Parteitätigkeit. Sogar die Betriebsgruppenarbeit einer Blockpartei, die ihr politisches Handeln eng auf die SED abstimmte, rührte letztlich am Alleinvertretungsanspruch der SED; letztere verteidigte ihr Terrain um so mehr, wenn Kernbereiche der Legitimation wie „Betrieb" und „Arbeit" betroffen waren, die an ihrem Image als Arbeiterpartei rüttelten. So lange für die DBD jedoch nicht verboten sein konnte, was anderen Parteien noch erlaubt war, versuchte die SED, die Betriebsgruppenarbeit der DBD gegen die Ausweitung der Organisierung bürgerlicher Parteien in den Betrieben einzusetzen.

Betriebsgruppen der DBD wurden erst ab 1952 in Organisationsstatistiken erfaßt. Sicherlich bestanden sie bereits vorher, denn ein Sprung von Null auf rund 200 Gruppen scheint unrealistisch. Ab Frühjahr 1952 stieg deren Zahl kontinuierlich an. Im Februar 1953 war der Höchststand von 312 Betriebsgruppen erreicht. Einen Monat später schrumpfte ihre Zahl auf 88 und pendelte sich ab Mitte 1953 auf 14 ein; die 16 Betriebsgruppen des Jahres 1959 bestanden bei den 15 Bezirkssekretariaten und beim Ministerium für Landwirtschaft in Berlin. Damit war nichts von der ursprünglichen Zielsetzung übrig geblieben. Die Partei war zum Betrieb erklärt worden und nutzte die Betriebsgruppe zur Disziplinierung der Funktionäre[235].

Es dürfte kein Zufall sein, daß die DBD ihre Betriebsgruppen im Frühjahr 1952 zum gleichen Zeitpunkt ausbaute, als diejenigen der CDU massiv behindert wurden[236]. Die SED war auf die Mitarbeit der DBD im soeben forcierten Vorgehen gegen einzeln wirtschaftende Bauern und beim „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" in der Landwirtschaft angewiesen. Diese vorübergehende Sonderentwicklung der DBD-Betriebsgruppenarbeit hatte nur instrumentellen Charakter, wie das abrupte Ende der Gruppen und ihr Aufgehen in den Ortsverbänden im Februar 1953 demonstrierte. Gleichzeitig stellte auch die LDPD die Arbeit ihrer Betriebsgruppen ein[237]. Das Aus für die DBD-Betriebsgruppen ging mit Veränderungen des Parteiapparates einher: Im April 1953 wurden die vorher selbständigen Abteilungen für Staatliche Verwaltung und für Agrarpolitik, wie erwähnt, zusammengelegt. Ein Grund hierfür war höchstwahrscheinlich, daß eine separate Anleitung der Betriebsgruppen, die sich großteils bei staatlichen Verwaltungen und der VdgB(BHG) gebildet hatten[238], infolge ihrer Überleitung in Ortsgruppen obsolet geworden war[239].

---

235 ACDP VI-052–0546, Protokoll Sekretariat, 23. 11. 1961.

236 Richter, Ost-CDU, S. 325.

237 Ebd., S. 326.

238 Vgl. die Auflistung für 1952 [ohne Mecklenburg]: danach bestand das Gros der Betriebsgruppen bei Verwaltungen (61 BG mit 714 Mitgliedern) und der VdgB(BHG) (64 BG mit 633 Mitgliedern), 15 bei VEG, 13 bei MAS, 5 „allgemeine Betriebsgruppen" [alle in Thüringen], 3 bei VEAB, 2 bei der DSG und 2 in Molkereien. ACDP VI-052–183/1, Betriebsgruppen der DBD, Stand 30. 4. 1952, 2. 5. 1952.

239 Begründung zu Beschluß über Neuorganisation der Frauen- und Jugendarbeit und Zusammenlegung der Abt. Staatliche Verwaltung und Agrarpolitik. ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 2. 4. 1953.

Von 1950 bis Herbst 1954 verfügte die DBD über sogenannte Schulgruppen, die die Mitglieder in Hoch-, Fach- und Spezialschulen erfaßten[240]. Ab 1951 erfolgte die Koordinierung über einen Arbeitsausschuß der Hoch- und Fachschulgruppen[241]. Die Bildung von Schulgruppen hing eng mit der Jugendarbeit der Partei zusammen. Als wichtigste Aufgabe führte der Arbeitsausschuß 1951 an, Hilfe für ein erfolgreiches Studium der Mitglieder zu gewähren, um den Bedarf an Fachkräften zu befriedigen. Daran war der Auftrag geknüpft, Parteischulungsjahre durchzuführen und Kontakt mit der FDJ zu halten[242]. Solange die Partei extensive Wachstumsraten verbuchte und dazu die Anwerbung von Jugendlichen erwünscht war, sollte sie durch Jugendkommissionen und Schulgruppen in attraktiverem Licht erscheinen. Mit dem Abflachen des Zuwachses ab 1953 geriet die Existenz der Schulgruppen in Begründungspflicht. Euphemistisch formuliert als „Verbesserung der politischen Arbeit in den Bezirks- und Kreisstädten" wurde am 30. August 1954 das Ende der Schulgruppen durch ihre Eingliederung in die Orts- und Stadtbezirksgruppen verfügt[243].

Soziale Zusammensetzung der Ortsgruppenvorstände

Die soziale Zusammensetzung der Ortsgruppenvorstände spiegelt mit einigen signifikanten Ausnahmen die der Mitgliedschaft wider. Während die altbäuerlichen Kreise die Bauernpartei 1948 äußerst reserviert und abwartend aufnahmen und sie hauptsächlich unter den Neubauern Mitglieder gewann, gelang 1950/51 ein umfassenderer Einbruch in das altbäuerliche Lager. Eine Auflistung der Grundeinheiten im September 1952 ergibt folgendes Bild[244]: Von den 4369 erfaßten Ortsgruppen – der Bezirk Magdeburg fehlt in dieser Aufstellung – bestanden gut ein Viertel (1138) zu über der Hälfte aus Altbauern, 132 Grundeinheiten (3%) waren sogar reine Altbauernortsgruppen[245]. Dem geringen Anteil der Neubauern an der bäuerlichen Bevölkerung entsprechend bestanden nur 69 Ortsgruppen (1,6%) ausschließlich aus Neubauern, allein 29 davon lagen im Bezirk Neubrandenburg.

---

[240] Aufruf zur Gründung von Schulgruppen in „Bauern-Echo", 19. 11. 1949. Während die DBD 1950 noch 2544 Mitglieder in insgesamt 96 Hoch- und Fachschulen erfaßte – wobei das Übergewicht an Fachschulen mit 83 Gruppen und 1891 Mitgliedern signifikant ist –, hatte sich deren Zahl 1954 auf 70 Schulgruppen mit 2075 Mitgliedern verringert. ACDP VI-052–154/1, Teil 2, Aufstellung: Anzahl Schulgruppen (DBD) an ldw. Fach- und Hochschulen, Stand 20. 4. 1954.

[241] Die spärliche Überlieferung belegt, daß die Schulgruppenarbeit der DBD noch am Anfang stand. Vgl. Schriftwechsel in ACDP VI-052–211/2.

[242] Ebd., Ausschuß für Fach- und Hochschulgruppen an Hoch- und Fachschulgruppen der DBD, 5. 12. 1951.

[243] ACDP VI-052–0527, Protokoll Arbeitssekretariat, 23. 8. 1954.

[244] ACDP VI-052–154/1, Auswertung der Zusammenstellung der Grundeinheiten der Bezirke im Monat September [ohne Bezirk Magdeburg], 12. 11. 1952. Diese Auswertung ist in dieser Form einmalig.

[245] Nach Bezirken verteilten sich die OG mit über 50% Altbauernanteil wie folgt: Erfurt (193), Cottbus und Gera (je 144), Dresden (113), Chemnitz [!] (100). Reine Altbauernortsgruppen gab es in nennenswerter Höhe nur in den Bezirken Potsdam (28), Gera (27), Cottbus (19) und Erfurt (17), ebd.

Bereits 318 (7,3%) Gruppen bestanden mehrheitlich aus Angestellten. Der Zeitpunkt der Erhebung gestattet noch Einblick in die Beteiligung „großbäuerlicher" Mitglieder. So hatte gut ein Zehntel (11,2%) der Grundeinheiten über 20% „großbäuerliche" Mitglieder, knapp 3% sogar überwiegend. Völlig gescheitert war die DBD bis dahin in der Anwerbung von Frauen: In über einem Fünftel der Ortsgruppen (knapp Tausend oder 21,3%) gab es kein einziges weibliches Mitglied, in fast vier Zehnteln der Grundeinheiten (rund 1700 oder 38,7%) nur einen geringen, nicht näher bezeichneten Frauenanteil. Insgesamt verfügte die DBD über den geringsten Frauenanteil aller Blockparteien[246].

Obwohl sich die Quote „großbäuerlicher" Mitglieder in Grenzen hielt, weist die Aufstellung auf eine bestimmte Problemlage hin: Die sogenannten Großbauern mußten innerhalb eines Dorfes nicht zahlenmäßig dominieren, um entscheidenden Einfluß auszuüben. Aufgrund der meist besseren schulischen wie beruflichen Ausbildung und der Wirtschaftskraft ihrer Höfe übernahmen sie häufig eine Führungsrolle auf dem Land, zumal die Großgrundbesitzer dafür nicht mehr in Frage kamen[247]. Mit dem Eindringen der DBD in das traditionale ländliche Milieu mußte sie in Kauf nehmen, daß die Meinungsführer in den Dörfern in die Patei gelangten.

Die DBD verfolgte gegenüber den „großbäuerlichen" Mitgliedern die Taktik, sie vorrangig aus den Leitungen der Ortsvorstände zu verdrängen und durch klein- und mittelbäuerliche Kollegen oder LPG-Mitglieder zu ersetzen[248]. Ein Parteiausschluß galt als weniger geeignetes Mittel, weil dies häufig oppositionelle Diskussionen in den Grundeinheiten geradezu provozierte. Das traditionelle Milieu widersetzte sich der Absicht, einzelne Angehörige herauszubrechen. Außerdem erhoffte sich die Parteileitung, daß die konformen Mitglieder in der politischen Auseinandersetzung dazulernten, am „Gegnerkontakt" politisch reiften. Bis 1954 waren „Großbauern" aus den Vorständen weitgehend verschwunden[249]. Das Fortwirken traditioneller Eliten in Führungspositionen illustriert auch folgendes: Während 1953 nur ein halbes Prozent der Ortsvorstandsmitglieder über 20 ha Grund und Boden besaßen, traf dies im gleichen Zeitraum auf 3,3% der Ortsgruppenvorsitzenden zu[250]. Idealerweise sollten die Ortsvorsitzenden

---

[246] Im Dezember 1950 lag der Anteil weiblicher Mitglieder in der Ost-CDU im Länderdurchschnitt (ohne Berlin) bei rund 40%. Zu den weiblichen Mitgliedern der CDU 1947–1950, Richter, Ost-CDU, S. 392; Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 533.

[247] Vgl. Bauerkämper u.a., Führungsgruppen, S. 88f.

[248] So meinte Rose in der Hochphase antigroßbäuerlicher Agitation im Frühjahr 1953: „Man soll nicht sagen, raus mit den Großbauern aus der Partei, sondern rein mit den Kleinbauern in die Parteileitungen [...] dort, wo Grossbauern sich reaktionär bewegen, werden wir sie mit den Grundeinheiten entfernen." ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 30. 1. 1953.

[249] Vgl. ACDP VI-052–154/1, Fragebogen 1953: Großbauern in Ortsgruppenvorständen in Partei. Wählt man als Basis nur die Grund besitzenden bäuerlichen Mitglieder, so waren zum 14. 7. 1952 8% der bäuerlichen Mitglieder „Großbauern". Ihr Anteil sank erst ab Frühsommer 1953 und lag im Dezember 1953 bei 3,9%. Zahlen aus den monatlichen Organisationsberichten in ACDP VI-052–183/1 [1952 und 1953] und 183/2 [1954].

[250] Geringer ist im Vergleich dazu der Anteil der Kleinbauern unter den 1. Vorsitzenden, höher der Anteil der Mittelbauern. Der bäuerliche Charakter wurde auch durch Genossen-

der bäuerlichen Schicht angehören. Daher waren „Neubauern", „Altbauern" und LPG-Mitglieder im Vergleich zu ihrem Gesamtanteil unter den Vorstandsmitgliedern stärker repräsentiert als die Gruppe der Angestellten, Arbeiter und Sonstigen[251]. Nach der Rücknahme des massiven Kollektivierungsdruckes stieg der Anteil der mittleren Bauern (hier 5–20 ha) 1954 an. Sie stellten dann über vier Fünftel (82,5%) der Ortsgruppenvorsitzenden und 77,7% der Vorstandsmitglieder. Aus der Aufstellung zu den Ortsvorsitzenden geht weiter hervor, daß diese Funktion in aller Regel Männersache war. So bekleideten nur 3,2% Frauen diesen Posten, obwohl diese noch rund ein Zehntel der Vorstandschaften ausmachten. Die LPG-Mitglieder der DBD nahmen in den Vorständen wie als Ortsgruppenvorsitzende kontinuierlich einen festen Platz ein, obgleich ihre prozentuale Beteiligung 1954 rückläufig war. Ihre Etablierung als neue ländliche Führungselite in der DBD war politisch vorgegeben.

Die Quote der Angestellten unter der Ortsgruppenvorstandschaft erreichte 1954 bereits ein Fünftel (20,5%). Obwohl sie nach dem Willen des Sekretariats des Parteivorstands die bäuerlichen Mitglieder von den Posten der Vorsitzenden nicht verdrängen sollten, waren 1954 gut 12% der 1. Vorsitzenden Angestellte[252]. Bis Anfang 1961 dürfte ihr Anteil in den Vorstandschaften relativ konstant geblieben sein[253]. Zusammen mit „Sonstigen" waren sie 1961 mit knapp einem Viertel (24,7%) in diesen Gremien vertreten. Die Zahl der Angestellten verursachte auch den relativ hohen Anteil von Parteimitgliedern in LPG des Typs III mit 45,8% im Vergleich zu Mitgliedern der Typen I und II mit 27%[254]. Zwar stellte die neue

---

schaftsbauern auf dem Ortsgruppenvorsitz unterstrichen; monatliche Organisationsberichte in ACDP VI-052–183/1 [1952 und 1953] und 183/2 [1954]; ACDP VI-052–154/1, Veränderung der Zusammensetzung der Partei seit Januar 1954, 24. 6. 1954 [Entwurf].

251 Die LPG-Mitglieder unter den 1. Vorsitzenden waren vordem hauptsächlich Neubauern, die nach der Aufstellung von 1951 eindeutig mehr Ortsgruppenvorsitzende als die altbäuerliche Gruppe stellten. Von 4131 Ortsgruppen lagen am 1. 8. 1951 die Daten von 3773 Ortsvorsitzenden vor. Davon waren 1518 (40,2%) Neubauern, 1364 (36,1%) Altbauern, 303 mithelfende Angehörige (8%), 17 (0,45%) Gärtner, 44 (1,2%) Pächter, 20 (0,53%) Handwerker, 105 (2,8%) Sonstige, 78 (2,1%) Landarbeiter und 377 (10%) Angestellte. ACDP VI-052–154/3, Zusammenstellung der neuen Ortsvorsitzenden, 1. 8. 1951 [also nach den Ortsgruppenneuwahlen 1951].

252 Monatliche Organisationsberichte in ACDP VI-052–183/2 [1954]; ACDP VI-052–154/1 Veränderung der Zusammensetzung der Partei seit Januar 1954, 24. 6. 1954 [Entwurf].

253 Zwar beruhen die dazu überlieferten Angaben auf einer vorläufigen Auswertung von 747 Ortsgruppen-Neuwahlen, dennoch können diese als repräsentativ gelten, da sie verglichen mit Mitgliederstatistiken dieser Zeit ein stimmiges Bild ergeben. ACDP VI-052–186/1, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung unserer Partei, 8. 2. 1961 [vorläufiger Stand]. Vgl. dazu ebd., Analyse der organisatorischen Entwicklung im III. Quartal 1960, 3. 11. 1960; Analyse der organisatorischen Entwicklung im II. Quartal 1960, 14. 7. 1960; Organisationsbericht IV. Quartal 1960, 31. 12. 1960 (als reine Angestellte 13,9% angeführt, Genossenschaftsbauern 69,3%).

254 Da die LPG des Typs II nur einen geringen Teil der Gesamtzahl an LPG ausmachten, handelt es sich hier vornehmlich um solche des Typs I. Aufgrund der verschiedenen Eigentumsverhältnisse und Bewirtschaftungsweisen gehörten Angestellte vorrangig dem Typ III an. Zahlen der LPG-Mitglieder nach Abschluß der Ortsgruppenvorstandswahlen, ACDP VI-052–186/2, Mitteilung Abt. Organisation an Sekretariat zu Abschluß der Neuwahlen der Ortsgruppenvorstände, 28. 4. 1961 [ohne separate Angaben zu Angestellen].

Funktionselite der sozialistischen Landwirtschaft – LPG-Vorsitzende (24%), Brigadiere (32,1%) und Arbeitsgruppenleiter (11,6%) – insgesamt über zwei Drittel (67,7%) der Vorstandsmitglieder. Offenbar hatten die Mitglieder aber noch zu Jahresbeginn 1961 damit gezögert, diesen ihr unumschränktes Vertrauen auszusprechen und sie einhellig als Führungsgruppe zu den Kreisparteikonferenzen zu delegieren, wie Einschätzungen der Abteilung Organisation monierten[255]. Höchstwahrscheinlich zeigt dieses Verhalten die Ressentiments der zwangsweise zu Genossenschaftsbauern beförderten Kollegen gegenüber den allzu eifrigen Vorstreitern des Sozialismus in der eigenen Partei.

Der Wandel der Transmissionsfunktion der DBD, der zu einer anhaltenden Umwälzung der Zusammensetzung der Mitgliedschaft führte, konnte nur durch permanente Schulung, fachliche Ausbildung und Kontrolle der Kader erlangt werden. Bis 1963 hatte sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Kader in den Kreisen durch neue dörfliche Eliten im Vergleich zur Parteigründungszeit fundamental verändert.

3. Mitglieder

Probleme der Parteistatistik

Die von der Organisationsabteilung der DBD erarbeiteten Statistiken zur Mitgliederentwicklung können generell als zuverlässig gelten. Zwar enthalten sie bisweilen Unstimmigkeiten, die jedoch in der Art der statistisch-methodischen Anlage bzw. aufgrund des Aktenzusammenhanges in der Regel offensichtlich sind und sich in Kenntnis der SED-Anleitung meist eindeutig begründen lassen. Die SED war über den Zustand der Bauernpartei ebenso gut oder schlecht informiert wie die Organisationsabteilung der DBD[256]. Erst ab 1950 verfügte die DBD über eine einigermaßen funktionierende Organisationsberichterstattung, wenngleich die erhobenen Kategorien der sozialen Zusammensetzung noch sehr lückenhaft waren. Detaillierteres Wissen, das die über die monatlich, später quartalsweise erstellten Organisationsberichte der DBD hinausging, versuchte die SED durch inoffizielle Mitarbeiter des MfS in den DBD-Organisationsabteilungen zu beschaffen, sofern diese Daten nicht ohnehin über offizielle Kontakte an die SED gelangten. DBD-Funktionäre führten regelmäßig Gespräche mit sowjetischen Vertretern. Daher ist davon auszugehen, daß letztere über die Grundzüge der Parteientwicklung im Bilde waren. Berichte, die eigens für die SKK angefertigt wurden, sind allerdings die Ausnahme und dürften ausschließlich auf deren Veranlassung hin erstellt worden sein, so z.B. unmittelbar vor Durchführung der 2. Parteikonferenz der

---

[255] ACDP VI-052-186/1, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung unserer Partei, 8. 2. 1961 [vorläufiger Stand].

[256] In den Akten des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED liegt eine durchgängige Organisationsberichterstattung der DBD erst ab 1953 vor. Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/56 bis 64 und vergleichende Analysen zu allen Blockparteien von 1953 bis 1960 in DY 30 IV 2/15/2 und 3.

SED[257]. Hinsichtlich des Anteils sogenannter Umsiedler, die einen großen Teil der Gruppe der Neubauern ausmachten, bestehen auffällige Informationslücken. Die Statistiken zur Sozialstruktur unterscheiden nicht zwischen Hausfrauen und Rentnern[258]. Beide Gruppen wurden zusammen als Restgröße erfaßt.

Zwei methodische Überlegungen sind der Analyse der Parteistatistiken voranzuschicken: Sie erlauben nur bedingt Rückschlüsse auf Verhaltensweisen der Mitglieder, wie politische Reaktionen. Eine Ursachenforschung scheitert daran, daß die Mitglieder oftmals keine Begründungen für ihr Verhalten, wie z. B. Parteiaustritte, lieferten und die DBD nicht alle in diesem Zusammenhang bedeutsamen Parameter registrierte, etwa weil diese im ideologisch definierten Erhebungsraster nicht vorgesehen waren. Entscheidend jedoch ist das Faktum, daß die DBD in politischer Ausrichtung und organisatorischer Entwicklung umfassend durch die SED gesteuert war. Zahlenmäßige Veränderungen der Mitgliedschaft sowie deren soziale Gliederung sind daher in erster Linie durch Zugeständnisse oder Verbote der SED und ihrer Durchsetzung verursacht, erst davon abgeleitet durch den Erfolg oder Mißerfolg der DBD-Politik oder durch bewußte Entscheidungen der Basis.

Mitgliederentwicklung

Aussagen zur Mitgliederentwicklung und zur sozialen Schichtung der DBD gehörten, wie bei allen Blockparteien während des Bestehens der DDR, zu den bestgehütetsten Geheimnissen[259]. Vergleicht man die nun vorliegenden gesicherten Daten mit den Vermutungen in der Bundesrepublik bis 1989 und mit den offiziösen zeitgenössischen Angaben, so läßt sich feststellen, daß die Wahrheit zwischen beidem angesiedelt ist[260]. Die im Westen verfügbaren Angaben zur DBD-Basis, die auf Einschätzungen politischer Gegner beruhten, unterschätzten ihre Mitgliederzahl.

Bis zum März 1952 stiegen die Mitgliederzahlen rasant an[261]. Mit jährlich rund 30 000 Neuaufnahmen in den Jahren 1949 und 1950 und 22 000 im Jahr 1951 kletterte der Stand im März 1952 auf eine im Untersuchungszeitraum nie wieder erreichte Höchstmarke von nominal fast 88 000. Erst nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker und einer damit einhergehenden moderateren Politik gegenüber den Blockparteien erlangte die DBD 1975 diese Zahl erneut und kletterte in den achtziger Jahren deutlich über die Schwelle von 100 000.

In der Expansionsphase dienten innerparteiliche Wettbewerbe zwischen den Ortsgruppen bzw. den übergeordneten Einheiten als Stimulans. Die Parteiverbundenheit einzelner Mitglieder wurde erprobt, indem z. B. Männer verpflichtet

---

257 ACDP VI-052–183/1, Organisationsbericht Juni 1952 mit Vermerk „für SKK".

258 Aufgrund des arbeitszentrierten Gesellschaftsbildes der DDR und speziell einer an Hof und Arbeit ausgerichteten Selbstauffassung der ländlichen Bevölkerung bestand kein Anlaß, diese in den produktiven Arbeitsprozeß im engeren Sinne nicht eingebundenen Mitglieder gesondert zu erfassen.

259 Lapp, Zusammensetzung, 339–341.

260 Vgl. die bei Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 118, abgedruckten Angaben.

261 Siehe Tabelle 5.

wurden, ihre Ehefrauen anzuwerben, oder Jugendliche auf ihren Bekanntenkreis angesetzt wurden. Nominell hatte man dabei die politisch korrekte soziale Zusammensetzung der Basis im Blick. So sollten vorrangig parteilose Kleinbauern und „untere Mittelbauern" erreicht werden; auch die bisher parteilosen sogenannten Umsiedler sollten möglichst systemloyal integriert, d.h. nicht an LDPD und CDU verloren werden. Die im marxistischen Verständnis schon auf einer anderen gesellschaftlich-politischen Entwicklungsstufe angesiedelten Land- und Forstarbeiter sowie andere Arbeiter im ländlichen Milieu durften möglichst nicht angesprochen werden; es war der DBD verboten, im Terrain der SED zu fischen.

Bis 1952 wurde die soziale Zusammensetzung der Partei zwar grundsätzlich kontrolliert – dies galt sowohl auf seiten der DBD als auch auf seiten der SED, mit deren Kreisleitungen im Prinzip jeder Neuzugang abgeklärt werden mußte[262]. Die Wirkung dieser Kontrollen blieb jedoch sehr begrenzt, wie die Zahl von rund acht Prozent als „Großbauern" klassifizierter Mitglieder bis dahin illustriert. Dies ist um so mehr bemerkenswert, als bereits 1950 im Zuge der Kandidatenaufstellung für die Landtags- und Kommunalwahlen eine erste „Parteisäuberung" stattgefunden hatte. Insgesamt war der Parteiapparat der DBD zu einer umfassenden Kontrolle der Basis nicht in der Lage und teilweise auch nicht willens. Außerdem verschleierten vor allem die „großbäuerlichen" Mitglieder ihre Daten zu Hofgrößen und Hektarzahlen in erheblichem Maße, um in die Partei aufgenommen zu werden oder in ihr bleiben zu können[263].

Der Parteiapparat wurde erst ab März 1952 angehalten, die Organisationsstatistik aller Ebenen gründlich zu durchleuchten, um zu realistischen Mitgliederzahlen und zu einem Überblick über die tatsächliche Sozialtruktur der Partei zu gelangen. Hierfür ordnete die Parteispitze von März bis Juni 1952 einen Umtausch aller Mitgliedskarten in Mitgliedsbücher an[264]. Im Juni erließ das Sekretariat weitere Anweisungen für eine zentrale Kaderregistratur.

Bei dieser Gelegenheit sollten sogenannte Großbauern aus der Partei, vor allem aus den Leitungen entfernt werden. Dies dürfte im Vorgriff auf die neue Qualität der politischen Aufgaben 1952 geschehen sein: Allein die Umbildung im staatlichen Verwaltungsaufbau, die mit der Abschaffung der Länder einherging, erforderte deutlich mehr und nicht weniger Kader; außerdem hatte der „Klassenkampf" auf dem Land mit der Verordnung über devastierte Flächen vom 20. März 1952 schon vier Monate vor der 2. Parteikonferenz der SED eine neue Phase erreicht. Sicherlich steht auch ein von der SKK bis Juni 1952 eingeforderter detaillierter Organisationsbericht im Zusammenhang mit der Mitgliederüberprüfung: Entweder kontrollierte er die Erfüllung von Maßgaben, die die SKK befohlen

---

262 Diese faktischen Anforderungen auch bei Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 118. Ab Mitte 1951 sollten die Kreissekretariate der DBD monatliche Mitgliederberichte bei den SED-Kreisleitungen einreichen, ebd.

263 Vgl. die sich wiederholenden Berichte dazu: ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 22.4. und 16. 5. 1952.

264 Kühne, Anfänge, S. 102, dort Verweis auf unverz. Akten zur Leitungstätigkeit 1953. ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952 und Vorlage zu „Richtlinien für die Registrierung und statistische Erfassung der Mitglieder unserer Partei", 14. 5. 1952.

hatte, oder er gab sogar den Anstoß zu einer umfassenden Inspektion. Im Ergebnis wurden von März bis September 1952 9572, über das ganze Jahr 1952 sogar 11627 Mitglieder aus der Parteistatistik gestrichen[265]. Außerdem traten 1952 12293 Mitglieder aus, 730 wurden ausgeschlossen, so daß sich die Summe der 1952 erfaßten Abgänge auf 24650 beläuft und damit mehr als ein Viertel der Mitgliedschaft umfaßte. Allerdings hatten viele der über den Mitgliedsbuchumtausch Überprüften schon lange vor 1952 die Partei verlassen[266]. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schwäche der Organisationsabteilungen in der Expansionsphase der Partei. Sie hatten weder einen genauen Überblick über die Mitgliederzahl noch kontrollierten sie die soziale Zusammensetzung streng.

Anfang Februar 1953 setzte die SED dem weiteren Wachstum der DBD per Politbürobeschluß ein Ende[267]. Die Bauernpartei sollte auf dem erreichten Stand eingefroren werden. Die Übermittlung dieser Entscheidung in die Dörfer verlief zügig. Wie schon 1952 nahm die DBD auch im Jahr 1953 wenige, aber auffällige nachträgliche Korrekturen an ihren Organisationsberichten vor[268], indem sie die Mitgliederzahlen von April und Mai 1953 nach unten korrigierte. Im Endeffekt sollten damit reale Organisationsstatistiken erzielt werden; gleichzeitig demonstrierten die gesunkenen Zahlen gegenüber der SED, wie sehr man ihre Anweisungen befolgte. Schließlich gestattete die SED der Bauernpartei im Dezember 1953, durch sogenannte „individuelle" Anwerbung – im Unterschied zu der von Parteieinheiten „organisierten" – von „werktätigen Einzelbauern" die seit Juni, dem Monat des Volksaufstandes, kumulierten Mitgliederverluste sowie die „laufenden", also monatlich festgestellten Abgänge auszugleichen[269]. Es blieb jedoch verboten, neue Ortsgruppen zu gründen und Angestellte, Landarbeiter oder Genossenschaftsbauern in die DBD aufzunehmen. Hingegen räumten die Genossen der DBD ein, Grundeinheiten dort auszubauen, wo CDU und LDP über Einfluß in den Dörfern verfügten[270]. Die DBD folgte den Anweisungen der SED und faßte in den folgenden Jahren immer wieder entsprechende Sekretariatsbeschlüsse[271]. Das hinderte die Bezirks- und Kreisverbände jedoch nicht daran, eigene Wege zu suchen und Lücken zu nutzen, indem sie Arbeiter mit „mehr oder minder großem Grundstück" als bäuerlich definierten[272]. Das Absacken der Mit-

---

[265] Siehe dazu Tabelle 14.

[266] Von den 1571 Mitgliederabschreibungen im Juni 1952 gingen allein 1417 auf das Konto des Mecklenburger Landesverbandes, der damit „Karteileichen" der Gründungszeit bereinigt haben dürfte.

[267] SAPMO DY 30 J IV 2/2/260, Protokoll PB, 3. 2. 1953, Anlage 7. Siehe dazu auch Vorlage des Sektors BO vom Januar 1953, SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht der Abt. LOPM, 23. 1. 1953.

[268] Einzelne Monatsberichte wurden kurzerhand auf einen anderen Monat umdatiert. Außerdem korrigierte man Mitgliederzahlen erneut nach unten.

[269] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Schlußfolgerungen des Sektors BO zum Bericht vom 15. 12. 1953.

[270] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Besprechung des Sektors BO mit Instrukteuren dieses Sektors aus Bezirken, 9. 11. 1954.

[271] ACDP VI-052–0528, Protokoll Arbeitssekretariat, 15. 12. 1954, Beschluß zur Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei.

[272] So in Suhl, wo man „ungeachtet wiederholter Hinweise" weiterhin Arbeiter aufnehme;

gliederzahlen 1956 ist auf eine weitere Parteiüberprüfung und Neuausgabe von Mitgliedsbüchern zurückzuführen[273]. Zudem stieg die Zahl der „Republikflüchtigen" unter den Parteiangehörigen 1956 auf 1622 an[274].

Einen Teil der ausgetretenen oder gestrichenen Mitglieder gewannen die Kreisverbände oftmals durch persönliche Überzeugungsarbeit zurück. Der Anstieg der Mitgliederzahlen bis Ende 1959 korreliert mit der Zunahme des genossenschaftlichen Teils der Landwirtschaft. Zwar war es der DBD nach SED-Vorgaben weiterhin nur erlaubt, die laufenden Abgänge durch Neuaufnahmen zu kompensieren; diese sollten sich auf „werktätige" Einzelbauern und -bäuerinnen und die mithelfenden jugendlichen Angehörigen beschränken. Dennoch wilderten die DBD-Bezirksverbände unter potentiellen SED-Aspiranten und warben Genossenschaftsbauern an. Dafür ernteten sie regelmäßig Kritik der Organisationsabteilung[275]. Die SED befand sich in einer Zwickmühle. Letztlich konnte sie den kompetenten Funktionären der DBD, ihren unverzichtbaren Hilfstruppen in den Kollektivierungskampagnen, die Werbung von Genossenschaftsbauern nicht gänzlich verbieten, wenn sie nicht riskieren wollte, ihren Juniorpartner völlig unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Es wäre den DBD-Funktionären und Parteiaspiranten schwer zu vermitteln gewesen, warum eine Partei wie die DBD, die die Kollektivierung offiziell propagierte und tatkräftig unterstützte, keine LPG-Bauern aufnehmen sollte.

Sobald die Kollektivierung 1960 offiziell als abgeschlossen galt und sich im Jahr darauf stabilisierte, schränkte die SED das Wachstum der DBD und ihren Werbespielraum wieder stärker ein[276]. Bis Ende 1960 waren die Werbungen auf Ehefrauen von Genossenschaftsbauern und DBD-Mitgliedern zu begrenzen[277], denn viele Frauen waren häufig nicht in die LPG miteingetreten. Als es offiziell nur noch Genossenschaftsbauern gab, mußte die SED der DBD notgedrungen einräumen, unter diesen zu werben, um ihre hohen Abgänge 1960/61 und die Passivität der Mitglieder aufzufangen. Hingegen sollten Schüler und Studenten für die DBD als Mitglieder nicht in Frage kommen. Über dieses Tabu setzte sie sich noch 1962 hinweg, motiviert durch die nicht zu übersehende Überalterung der Partei[278]. Allerdings geschah dies in einem so bescheidenen Ausmaß, das sich in der Organisationsstatistik kaum niederschlug. Die künftige Führungselite in einer nun

---

SAPMO DY 30 IV 2/15/11, Bericht der SED über die Entwicklung des BV Suhl der DBD 1954, Februar 1955.

273 Berechnet nach ACDP VI-052–194/4, Entwicklung der Mitgliederbestände der DBD, siehe Tabelle 5. ACDP VI-052–0531, Protokoll Sekretariat, 2. 1. 1956. Vgl. grundsätzlich dazu ACDP VI-052–0318, Protokoll Präsidium, 7. 8. 1956, vorläufiges statistisches Material zu Parteiabgängen 1956.

274 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, AG BO, Gegenüberstellung einiger Zahlen der Mitgliederabgänge der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien im Jahr 1956.

275 ACDP VI-052–160/7, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung für März/April 1958, 5. 5. 1958. Die Bezirksverbände begründeten die Aufnahme von LPG-Bauern damit, daß deren Angehörige bereits DBD-Mitglieder seien.

276 SAPMO DY 30 J IV 2/2/702, Protokoll PB, 9. 5. 1960, Bl. 3, Punkt 7.

277 ACDP VI-052–186/1, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung unserer Partei im Jahr 1960, 8. 2. 1961; ACDP VI-052–186/2, Org.-Bericht zu I. Quartal 1961.

278 ACDP VI-052–186/3, Bericht Abt. Organisation an Sekretariat, 8. 2. 1963.

sozialisierten Agrarwirtschaft sollte ihren Platz unbedingt in der SED einnehmen. Der VII. Parteitag der DBD im Jahr 1963 übernahm offiziell das Programm der SED. Er markiert hinsichtlich der Mitgliederzahlen den Beginn einer Erstarrung, die bis zu Ulbrichts politischem Ende anhielt.

Mitgliederstruktur

Im Untersuchungszeitraum konnte der DBD laut Statut jeder beitreten, der das 16. Lebensjahr vollendet hatte und „der werktätigen bäuerlichen Bevölkerung angehört oder mit ihr verbunden ist"[279]. Der letzte Zusatz eröffnete ihr bezüglich der Anwerbung der auf dem Land ansässigen Bevölkerung einen erheblichen Spielraum. Dennoch darf diese vordergründig liberale Formulierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß Anzahl und Struktur der Mitgliedschaft von der SED gesteuert war.

Während Ende 1949 die neubäuerlichen Mitglieder eindeutig dominierten – sie dürften einschließlich eines Anteils an mithelfenden Angehörigen rund 50% aller Parteiangehörigen ausgemacht haben –, zeichnete sich bis Ende 1950 in allen Landesverbänden ein Vordringen zur altbäuerlichen Bevölkerung ab. Es wäre jedoch verfehlt, auf ein ausgeglichenes Mischungsverhältnis von neu- und altbäuerlichen Parteigängern zu schließen[280]. Zu heterogen war die soziale und berufliche Zusammensetzung von Landesverband zu Landesverband, auch wenn regional undifferenzierte Übersichten diese Unterschiede verwischen.

Nie war die Bauernpartei so bäuerlich geprägt wie Ende 1950. Rund vier Fünftel (78%) der Mitglieder zählten zur Schicht der selbständigen Bauern und der vom Tätigkeitsprofil her kaum davon zu trennenden mithelfenden Angehörigen[281]. Bis zum Dezember 1953, nach dem Abbruch des ersten Kollektivierungsanlaufs, sank dieser Anteil auf rund 65%. Inmitten der neuen verschärften Kollektivierungsphase nach dem V. Parteitag der SED 1958 erreichte ihr Anteil wieder die 70-Prozentmarke und pendelte sich dort ein. Grundsätzlich besteht zwischen Kollektivierungsschüben, Mitgliederentwicklung und dem Anteil unter der bäuerlichen Bevölkerung folgender Zusammenhang: Die DBD konnte ihre Agitation für die Vergenossenschaftlichung zwar stets in einen Zuwachs vor allem an bäuerlichen Mitgliedern ummünzen. Allerdings reagierten diese unmittelbar danach auf Zwang und die wirtschaftliche Misere in den desorganisierten Produktionsgenossenschaften häufig mit Austritt und Flucht. Prozentual kaum ins Gewicht fielen Pächter, die 1 bis 1,5% der Basis ausmachten, sowie die Kate-

---

[279] Statut der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, in der auf dem 1. PT am 2./3. 7. 1949 beschlossenen Fassung, abgedruckt in: Wernet, Rolle, S. 271–274, hier 271; ebenso die spätere, in anderen Punkten veränderte Fassung von 1957, ACDP VI-052-0535, Vorlage Statut an Sekretariat, 11. 5. 1957.

[280] Vgl. Tabellen 9 und 7.

[281] Methodisch ist dabei die soziale Schichtung innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung zu berücksichtigen: Wer arbeitet wie auf welchen Höfen mit? Bei „Großbauern" und wirtschaftlich potenten Mittelbauern waren Frauen oft nur für Hausarbeit, nicht für Feld- oder Stallarbeit zuständig. Andernorts war die Arbeitsbelastung der Frauen und Kinder erheblich.

gorie „Handwerker und Gewerbetreibende". Allerdings zeigt die Existenz der letztgenannten Mitgliedergruppe Ende 1949, daß die DBD als „Partei des Dorfes" diese Schicht ursprünglich anzog. Aufgrund der SED-gelenkten Zielgruppenspezifik ist es nicht verwunderlich, daß ihr Anteil bis 1960 unter ein Prozent abrutschte.

Die Gruppe der Angestellten umfaßte jene neuen landwirtschaftlichen Berufe, die in der Planwirtschaft expandierten[282]. Im Laufe der fünfziger Jahre errangen Angehörige dieser Berufsgruppen zusehends die Funktion einer neuen Führungselite im ländlichen Milieu. Sie verdrängten traditionale Führungsschichten wie Dorfhonoratioren alt- und großbäuerlicher Herkunft, Dorfschullehrer oder Vertreter des Raiffeisen-Genossenschaftswesens. Im Dezember 1949 stellten die Angestellten erst rund ein Zehntel der Mitglieder. Nach der Gleichschaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und vor dem Kollektivierungsauftakt betrug ihr Anteil im Juni 1952 14%. Im Dezember 1954, nachdem die DBD Einzelbauern sowohl durch ihren politischen Kurs 1952/53 als auch durch die Wirkungslosigkeit angekündigter Vergünstigungen enttäuscht hatte, war die Angestelltenquote auf fast 17% angewachsen, die Quote bäuerlicher Parteigänger hingegen auf 65% abgesunken. Nach der Vollkollektivierung machte das Segment der Angestellten knapp 12% aus. Diese Verschiebung geht hauptsächlich auf die strikten Reglementierungen der Anwerbungen zurück, die ausschließlich Bäuerinnen und Bauern für eine Neuanwerbung vorsahen. Im Jahre 1954, als der „Klassenkampf", die vermeintliche Ursache der Krise 1953, noch als Interpretationsmuster galt, teilte die DBD die Vorbehalte der SED gegen Angestellte, die nach marxistischer Auffassung keiner revolutionären Klasse angehörten und daher „im Klassenkampf versagen" würden[283]. Der Mitgliederrückgang unter den Angestellten der VdgB im Dezember 1959 hängt auch mit der Legitimationskrise der Massenorganisation zu dieser Zeit zusammen, die bei der einzelbäuerlichen Klientel an Glaubwürdigkeit einbüßte[284]. Insgesamt drängte die SED die DBD mit beträchtlichem Erfolg von der Mitgliederrekrutierung unter den Angestellten der VdgB und der Verwaltungen zurück. Das Ausscheiden vieler DBD-Funktionäre aus ihren Positionen in den örtlichen Volksvertretungen entsprach dieser Entwicklung. Machten die Angestellten in VdgB(BHG) und Verwaltung 1952/53 noch rund 9% der Mitglieder aus, so schrumpfte ihr Anteil um mehr als die Hälfte auf rund 4% in den Jahren 1960 und 1961. Parallel dazu pendelte der Anteil „sonstiger Angestellter" seit 1954 konstant bei 7 bis 8%.

Im Grunde sollte die DBD keine Angehörigen der „Arbeiterklasse" aufnehmen. Schon die Anwerbung von Landarbeitern wurde mißtrauisch registriert. Im Winter 1949 wiesen DBD-Statistiken zwar knapp 4% Land- und Forstarbeiter aus; weitere Angehörige der Arbeiterschicht verbargen sich jedoch höchstwahrscheinlich hinter der Sammelkategorie „Sonstige" mit zusätzlichen rund 4%, zu-

---

[282] Angestellte in VEAB, VdgB, im Staatsapparat usw.

[283] So Rietz nach den Neuwahlen 1954, ACDP VI-052–0526, Protokoll Arbeitssekretariat, 23. 3. 1954.

[284] 1960 mußte die VdgB das Wort „Einzelbauer" aus dem Statut entfernen. SAPMO DY 30 J IV 2/2/735, Protokoll PB, 29. 11. 1960, Bl. 2. Siehe Tabelle 7.

mal ab 1952 ein etwa gleichhoher Prozentsatz an „sonstigen Arbeitern" angeführt wurde. Der Anteil an Arbeitern betrug in den fünfziger Jahren rund 8% und stieg in der Vollkollektivierungsphase auf über 9%. Allerdings sind darin teilweise die bisher unter „mithelfende Angehörige" geführten Personen inbegriffen, die vor allem beim Eintritt in LPG des Typs III ohne individuelle Wirtschaften den Status unselbständiger Arbeitnehmer erhielten. Grundsätzlich wuchs im Zuge der Vollkollektivierung ab Ende 1959 der Anteil unselbständig Beschäftigter unter den DBD-Mitgliedern; er illustriert damit den politisch gelenkten Strukturwandel von einer auf Eigentümern basierenden hin zu einer von Arbeitnehmern dominierten Agrargesellschaft.

Angehörige der sogenannten „Intelligenz", seit 1959 als Wissenschaftler klassifiziert, waren im behandelten Zeitraum Mangelware in der DBD. Die früheste überlieferte Aufschlüsselung vom Mai 1952 führt insgesamt 874 Angehörige der Intelligenz auf, untergliedert aber aufgrund unvollständiger Informationen der Landesverbände nur 663 Personen nach Berufen[285]. Das Gros nahmen Lehrer ein (552), gefolgt von Ärzten (37) und Diplomlandwirten (10). Insgesamt war die DBD eine Partei, die wenig von Personen mit Hochschulausbildung geprägt wurde; aber deren Mitgliederanteil nahm ab 1957 durch die Delegierung an SED-Schulen zu. Das Schwergewicht der Qualifizierung lag eindeutig auf der Fachschul- und weniger auf der Hochschulausbildung. Daher verfügte die DBD gegen Ende der fünfziger Jahre über ein Reservoir an berufserfahrenen und fachlich geschulten Kadern, die auch für die SED attraktiv waren. Die Anwerbung von Angehörigen der „Intelligenz" wurde der DBD erschwert, da sie ab 1955 über keine eigenen Hoch- und Fachschulgruppen verfügte, als Partei im Ausbildungsbereich also nicht präsent war. Deshalb ging vor allem der Anteil an Schülern und Studenten zurück. Zum einen benötigte die SED diese landwirtschaftlichen Kader dringend selbst; zum anderen häuften sich Übertritte von der DBD zur SED gerade unter Schülern und Studenten, die sich zu Recht eine erfolgreichere Karriere dank eines SED-Parteibuches versprachen. Daneben spielte die gezielte Abwerbung und Anforderung so mancher erfahrener und geschulter DBD-Kader für die SED – wie im Fall Dietrich Besler – eine Rolle[286].

Zum Bildungsgrad der Mitglieder können keine quantitativen Erkenntnisse vorgelegt werden, weil Übersichten dazu fehlen. Angaben in Kaderbeschreibungen[287] erlauben jedoch die qualitative Aussage, daß die DBD-Mitglieder fast nie Abitur, ganz wenige eine Mittelschulbildung, und die überwiegende Mehrheit von geschätzt 90% eine Volksschulbildung hatten. Hierin schlug sich das ausgeprägte Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land eindeutig nieder.

---

[285] ACDP VI-052–183/1, Aufschlüsselung der Intelligenz, Stand 30. 4. 1952. Nach Ländern unterteilt ergibt sich folgendes Bild: Die LV mit den meisten Mitgliedern der „Intelligenz" sind Sachsen-Anhalt (226) und Thüringen (215), also dort wo einst Zentren agrarischer Ausbildung und Forschung bestanden, gefolgt von Brandenburg (160), Sachsen (143), Mecklenburg (102) und dem Stadtverband Berlin (28).

[286] Hinweise auf einen beabsichtigten Wechsel ab Ende 1958, ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 6. 10. 1958. ACDP VI-052–0322, Protokoll Präsidium, 19. 12. 1958.

[287] Kaderbeschreibungen liegen häufig den Sekretariats- oder Präsidiumsprotokollen bei.

Insgesamt dominieren in der sozialen Zusammensetzung der DBD die Konstanten, da genossenschaftsbäuerliche Mitglieder bis 1963 großteils aufgrund ihres beruflichen Werdegangs und mentalen Prägung als bäuerliche Parteiangehörige gelten müssen. Dieses gleichbleibende Erscheinungsbild verweist trotz aller Krisen der DBD auf eine hohe Integrationskraft unter der bäuerlichen Klientel wie auch unter den anderen Mitgliedergruppen. Da man zeitweise um jedes Mitglied mit der SED ringen mußte, war der Beitritt zur DBD meist eine bewußte Entscheidung für die DBD und gegen die SED.

Im Hinblick auf die Repräsentation der DBD in den lokalen und regionalen Vertretungen ist festzustellen, daß die Partei verhältnismäßig wenige Bürgermeister stellen durfte. Deren Anzahl schwankte relativ konstant um ein halbes Prozent der Mitglieder, in absoluten Zahlen um 450 bis 490 Personen, und stieg auffälligerweise trotz sinkender Mitgliederzahlen 1961 an. Vielleicht sollte dies dazu beitragen, im lokalen Bereich die arg strapazierte und großteils verspielte Glaubwürdigkeit wiederzuerlangen. Der Anstieg der Zahl von Kreistagsabgeordneten 1961 ist nicht auf demokratische Wahl, sondern auf die Kooptation von für „fähig" befundenen Genossenschaftsbauern in die Kreistage zurückzuführen[288]. Auch dieser Vorgang fügt sich damit in die Konstruktion einer neuen politischen Führungsschicht auf Kosten traditionaler ländlicher Führungsgruppen ein.

Betrachtet man frühere politische Bindungen der DBD-Mitglieder, so zeigt sich eindeutig, daß die Bauernpartei bis Ende 1950 mit der SED um ländliche Mitglieder konkurrierte. Während des Gründungsvorgangs stellte die SED eine beträchtliche Anzahl von Funktionären für leitende Positionen ab; außerdem wuchs die DBD in dieser Zeit auch auf Kosten der SED. So setzte sich der Landesverband Mecklenburg im Juli 1948 zu 21,6% aus SED-Mitgliedern zusammen[289]. Bis kurz vor dem I. Parteitag 1949 betrug der Anteil ehemaliger SED-Mitglieder 12,4% – dieser hohe Prozentsatz wurde auf dem Parteitag nach unten korrigiert wiedergegeben[290].

Bei der Suche der DBD nach neuen Mitgliedern ging man zunehmend dazu über, den Blockparteien, darunter vorrangig der CDU, weniger der LDP, Mitglieder abzujagen[291]. Insgesamt hielt sich der Einbruch in deren Lager jedoch mit maximal 1,6% (CDU) und 1,3% (LDP) in Grenzen, wenngleich diese Angaben nicht über erhebliche Konkurrenzverhältnisse in bestimmten Ländern und lokalen Konstellationen hinwegtäuschen dürfen. So zeigen frühe, nach Ländern aufgegliederte Angaben vom September 1949[292], daß der Einbruch in die Mitgliedschaft von CDU und LDP vor allem in Thüringen erfolgte: Von den insgesamt 347 Übertritten aus der LDP fielen allein 128 auf Thüringen; ebenso tauschten 234 von insgesamt 486 ehemaligen CDU-Mitgliedern in diesem Land das Parteibuch.

---

288 ACDP VI-052–186/2, Organisationsbericht für das III. Quartal 1961.

289 Kühne, Anfänge, S. 97.

290 Ebd., ACDP VI-052–154/1, Organisatorische Entwicklung der DBD vom 1. PT im Juli 1949 bis zum 2. PT am 6./7. Juni 1951; ACDP VI-052–0003, Protokoll des 1. PT, S. 85.

291 Zumindest für 1949 ist diese Feindifferenzierung nachzuweisen. Monatsbericht 21. 1. 1949, ACDP VI, unverz. Handakte Rose; Kühne, Anfänge, S. 98.

292 ACDP VI-052–154/1, Anzahl der bisher aus anderen Parteien übergetretenen Mitglieder, 28. 7. 1951.

Überdurchschnittlich hoch lag dagegen die Zahl ehemaliger SED-Angehöriger in Sachsen-Anhalt, wo 1050 von bis dahin insgesamt 3958 Genossen zur DBD wechselten. Mit dem Erstarken der NDPD, sie zählte am 1. Januar 1954 103402 Mitglieder[293], stiegen zwar die Übertritte zur DBD, der Anteil stagnierte aber bei unerheblichen 0,1%. Ganz offensichtlich reüssierte die DBD in ihrem Parteiauftrag, vorrangig Parteilose zu binden. Im Jahr 1955 und danach gehörten rund 94% der DBD-Mitglieder vor ihrem Eintritt keiner anderen Partei der DDR an.

Parteiwechsel suchte man zunehmend zu unterbinden. Um zu verhindern, daß „Säuberungen" und einzelne Parteiausschlüsse durch die Aufnahme in eine andere Blockpartei unterlaufen würden, galt höchstwahrscheinlich seit Anfang der fünfziger Jahre das Prinzip, keine von anderen Parteien ausgeschlossenen Mitglieder aufzunehmen[294]. Erst nach einem entsprechenden Beschluß des DBD-Sekretariates bezüglich von der SED ausgeschlossener Mitglieder vom April 1951, der den Kreisverbänden diskret mündlich übermittelt wurde, sank die Quote ehemaliger Genossen sichtlich. Zentrale Parteistellen warnten die Kreise eindringlich davor, sich darüber hinwegzusetzen; denn wer mit dem Kurs der SED in Konfrontation geraten war, komme auch für die DBD nicht in Frage. Die Korrekturen in der Parteistatistik in der ersten Hälfte des Jahres 1953 förderten neben real niedrigeren Mitgliederzahlen auch zu Tage, daß der Anteil ehemaliger Genossen von 4,9% im Dezember 1952 auf 4,5% bis zur Jahresmitte 1953 gesunken war[295].

Zu ehemaligen Mitgliedschaften in der NSDAP liegen keine Gesamtangaben vor. Die frühere NSDAP-Zugehörigkeit war – wie 1948 in allen anderen Blockparteien – kein Hinderungsgrund für einen DBD-Beitritt. Allerdings intervenierten übergeordnete Parteistellen bei Bekanntwerden auffälliger Häufungen von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in einzelnen Ortsgruppen oder Kreisverbänden; über die Bezirkssekretariate sollten entsprechende „Diskussionen" ausgelöst und die inkriminierten DBD-Funktionäre aus den Leitungspositionen entfernt werden. Konzentrationen von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern stellte man 1955 beispielsweise in den Sekretariaten der sächsischen Kreisverbände Dippoldiswalde, Pirna und Freital fest. Als Indiz für einen Gesamtanteil ehemaliger Angehöriger der NSDAP kann gelten, daß sich die Kreisvorstandsmitglieder 1955 insgesamt zu immerhin 11% aus solchen zusammensetzten[296]. Ungleich rigider ging man gegen ehemalige NSDAP-Mitglieder vor, die Parteiämter und -funktionen bekleideten. Insbesondere wenn sie diesen Makel verschwiegen und zu vertuschen suchten, der Partei gegenüber also „mangelndes Vertrauen" an den Tag legten, forderten stalinistisch gerierende Parteikader die rituelle Verdammung. Die brisantesten „Fälle" waren diejenigen, die einen Aufnahmeantrag oder eine Mitgliedschaft zunächst

---

[293] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht Sektor BO zur „Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei", 31. 5. 1958.

[294] ACDP VI-052–0521, Protokoll Sekretariat, 10. 4. 1951, Rückbezug darauf und damit Geltungsnachweis in ACDP VI-052–0524, Entwurf, Vorlage an alle BV [26. 5. 1953]. Zur Beschlußlage hinsichtlich einer Aufnahme von Mitgliedern bürgerlicher Blockparteien siehe ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 7. 8. 1951.

[295] Siehe monatliche Organisationsberichte für 1953 in ACDP VI-052–183/1.

[296] ACDP VI-052–0318, Protokoll Präsidium, 7. 8. 1956.

leugneten, dann immer nur so viel zugaben, wie ihnen schwarz auf weiß nachgewiesen werden konnte, so etwa Ernst-Walter Beer[297].

Der Organisationsgrad der DBD-Mitglieder in den Massenorganisationen variierte[298]. Für DBD-Mitglieder, in erster Linie für die bäuerlichen, sollte die Mitgliedschaft in der VdgB ohnehin selbstverständlich sein. Obgleich die Leitungsebene der VdgB auf die Bildung einer Partei für ihre Klientel mit Animositäten reagierte, trugen viele VdgB-Mitglieder die Gründung der DBD durch ihren Beitritt mit und übernahmen Funktionärsaufgaben. Parallel zum Vordringen der DBD in altbäuerliche Schichten und zur Zunahme von Mitgliedern ohne Land fiel der VdgB-Organisationsgrad ab. In der VdgB dominierten anfangs neu- und kleinbäuerliche Mitglieder, während sich die Mehrheit der Altbauern eher fernhielt. Altbauern gehörten bis zur Gleichschaltung des ländlichen Genossenschaftswesens mit der VdgB überwiegend den Raiffeisen-Genossenschaften und weniger der Massenorganisation VdgB an. Gewisse politische Ressentiments behielten sie sowohl gegen die 1949 einsetzende Bildung universeller Dorf- und Kreisgenossenschaften anstelle ausdifferenzierter Spezialgenossenschaften als auch gegen die am 20. November 1950 vereinigte und damit gleichgeschaltete VdgB(BHG)[299] bei. Außerdem ist belegt, daß bäuerliche DBD-Mitglieder aus finanziellen Gründen – aber auch, weil sie sich von der VdgB(BHG) 1952 politisch bedrängt fühlten – die Doppelmitgliedschaft kündigten, um die Beitragskosten für die VdgB(BHG) zu sparen[300].

Die Mitgliederüberprüfungen und -schulungen hatten oft zur Folge, daß die Parteiangehörigen zum Beitritt zu Massenorganisationen veranlaßt wurden. Ende 1952 gehörte erst gut die Hälfte der DBD-Jugend der FDJ an, wobei die Distanz unter Jugendlichen altbäuerlicher Herkunft besonders ausgeprägt war. Nach der Vollkollektivierung stieg der FDJ-Anteil unter den jugendlichen Parteimitgliedern auf nahezu 90%. Obwohl die Distanz der weiblichen Mitglieder zum Frauenbund (DFD) allmählich abnahm, erreichte der Organisationsgrad kaum über 40% und illustriert insgesamt die Abneigung der Frauen in der DBD, sich ins Netz der Massenorganisationen einzufügen. Erfolg verbuchten die anhaltenden Bemühungen um eine Steigerung der Organisationsquote in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft; allerdings überschritt die Quote erst 1955 30%. Angestellte und Arbeiter waren nahezu vollständig im FDGB vertreten – also in vergleichsweise höherem Maße als die bäuerlichen Mitglieder in der VdgB[301]. Im Zuge der Kollektivierungskampagne Ende der fünfziger Jahre setzten gezielte Werbungen für weitere Massenorganisationen ein. Dadurch sollte das neu gesteckte Ziel eines „hohen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Niveaus" auf dem Lande befördert werden. So sollte die Mitgliedschaft im Deutschen Turn- und Sportbund[302] vermeintlich anzeigen, daß dieses „Niveau" stieg.

---

297 Der Umgang mit dieser Problematik bei Spitzenfunktionären vgl. S. 469.
298 Siehe Tabelle 11.
299 Kurek, VdgB, S. 186f.; Dreesen, Bedeutung, S. 18; Buss, Struktur, S. 120f.
300 ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952, TOP: 1, Ausführungen Rose.
301 Vgl. Tabelle 11 mit Tabelle 7.
302 Vgl. Tabelle 11.

Bis dahin waren die Dorfeinwohner weder durch Interesse für den Massensport noch durch Bindungen an Sportvereine aufgefallen, sondern gehörten Feuerwehren und anderen Traditionsvereinen an.

Eine Analyse der sozialen Differenzierung innerhalb der landbesitzenden bäuerlichen Mitglieder muß sich – mangels Daten für andere Kriterien – hauptsächlich auf den Bodenbesitz beschränken[303]. Bedingt durch die Zuteilungsgrößen der Parzellen während der Bodenreform lag die landwirtschaftliche Nutzfläche (LNF) bei neubäuerlichen Betrieben in der Regel bei maximal 15 ha; Neubauern bewirtschafteten mehrheitlich jedoch bis zu 10 ha. Das statistische Material der DBD erlaubt keine Aufgliederung des klein- bis mittelbäuerlichen Besitzes bis 15 ha in alt- und neubäuerlich. Dagegen führten fast ausschließlich Altbauern Betriebe ab 15 ha. Aus den Statistiken geht der ausgesprochen klein- und neubäuerliche Zuschnitt der DBD bis 1951 hervor[304]. Insgesamt sank der Anteil der Mitglieder mit bis zu 5 ha zeitweise nur unerheblich unter die Zehn-Prozent-Marge und betrug dann im Juni 1960 wieder rund 11%. Ab diesem Zeitpunkt wurde intern die weitere Untergliederung in Betriebsgrößenklassen aufgegeben, da nach dem offiziellen Abschluß der Vollkollektivierung hier keine Verschiebungen mehr stattfanden. Die Angehörigen dieser Gruppe waren inzwischen fast vollständig Produktionsgenossenschaften beigetreten. Einen Sonderfall in der Betriebsgrößengruppe bis 5 ha bildeten die Gärtnereibetriebe, die zwar unter diese Betriebsgrößenklasse subsumiert wurden, ihrer Wirtschaftskraft nach die kleinbäuerlichen Betriebe jedoch bei weitem übertrafen. Im Dezember 1962 gab es noch 0,3% „individuell wirtschaftende Bauern" in der DBD, worunter zu mehr als einem Drittel erfolgreiche Gärtnereibetriebe fielen[305].

Erst 1952 führte man eine weitere Unterteilung in 10–15 und 15–20 ha LNF ein. Daraus läßt sich ablesen, daß das Gros dieser Klassen aus Betrieben bis 15 ha bestand, demnach zu den unteren Mittelbauern zu rechnen war. Bis 1952 stieg der Anteil von Höfen dieser Kategorie von rund 15% Mitte 1949 auf knapp unter 20% und blieb bis Mitte 1960 weitgehend stabil. Der leichte Rückgang Ende 1959 ist sicherlich auf Flucht und Austritte unter den von der DBD enttäuschten Mittelbauern zurückzuführen. Im Juli 1949 stellten die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe mit bis zu 20 ha insgesamt 72% der Mitglieder; ihr Anteil sank wegen der

---

[303] Je nach wirtschaftlicher Struktur des Landbesitzes und der Agrarregion sind für die betriebswirtschaftliche Bewertung eines ldw. Betriebes unterschiedliche Faktoren einschlägig. Neben der nominellen Hektar-Zahl sind solche Faktoren u.a. die Bodenqualität (Bodenwertzahl), Art der Bewirtschaftung, Spezialisierungs- und Intensivierungsgrad der Bewirtschaftung (z.B. Dichte des Viehbesatzes), Arbeitskräfteintensität, Mechanisierungs- und Maschinisierungsgrad. Außerdem läßt sich zwischen Voll- und Nebenerwerbsbetrieben, Alt- und Neubauern unterscheiden. Zwar fehlte Neubauern oft ldw. Berufserfahrung, allerdings gab es auch unter ihnen einen Teil ehemaliger Landarbeiter, etwa jene, die aus den agrarisch geprägten Ostgebieten des Deutschen Reiches stammten und oft Ausbildung und Fachkenntnisse besaßen.

[304] Im Dezember 1950 stellten die Neubauern immer noch 36% der Mitglieder und die Anzahl der Betriebe bis 10 ha lag im Februar 1951 noch bei rund 36%, siehe Tabelle 9 und 10.

[305] ACDP VI-052-186/2, Bericht Abt. Organisation an Sekretariat, 8. 2. 1963. Danach gab es zum 31. 12. 1962 noch 262 individuell wirtschaftende Mitglieder, allein 79 im KV Meißen.

Zunahme der landlosen Mitglieder auf nur noch 56% im Dezember 1951, kletterte bis Juni 1955 wieder auf 63% und erreichte im Juni 1960 65%. Damit prägte diese Betriebsgrößengruppe die Zusammensetzung der Mitgliedschaft kontinuierlich. Die DBD war überwiegend Partei der kleinen und mittleren agrarischen Eigentümer, solange diese in der DDR existierten[306].

Der DBD gehörten auch Eigentümer von bäuerlichen Betrieben mit über 20 ha an, die mit der 2. Parteikonferenz der SED offiziell als sogenannte Großbauern klassifiziert wurden. Bis dahin überwog in der DBD ein differenzierteres Verständnis davon, wen man als sogenannten Großbauern faßte und somit politisch diskriminierte. Diese Definition enthielt sowohl harte, rational nachvollziehbare Kriterien, wie die Anzahl der beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte, als auch weiche, der Beliebigkeit anheimgestellte Faktoren, wie die „politische Einstellung". Über letzteres Verfahren konnte jeder Bauer, auch solche unter 20 ha, als „Großbauer" und politischer Gegner stigmatisiert werden. Der Anteil der Bauern unter den Mitgliedern, die über 20 ha besaßen, betrug Mitte 1949 rund 6%. Erst infolge der Parteiüberprüfungen 1950/51 konnte er bis Ende 1951 auf rund 4% gedrückt werden. Der signifikante Anstieg des „großbäuerlichen" Anteils 1952 beruht auf zwei verschiedenen Ursachen: Zum ersten hatte ein Teil dieser Parteiangehörigen bis dahin offensichtlich erfolgreich ihre realen Besitzverhältnisse verschleiert; ein quantitativ nicht näher bestimmbarer Teil an „Großbauern" rangierte lange Jahre unter der Rubrik „Mittelbauer" bis 20 ha und führte ein von „Säuberungen" unbehelligtes Parteidasein[307]. Zum zweiten drängten ab dem Frühjahr 1952 relativ viele „Großbauern" gerade in die DBD. Mitte Juli 1952 machten sie unter den bäuerlichen Mitgliedern – also nicht innerhalb der Gesamtmitgliedschaft – sogar 8% aus[308]. Offenbar entschieden sich viele aufgrund des rigiden Vorgehens gegen selbständige Bauern zu diesem Schritt, verlieh ihnen doch die Mitgliedschaft in der DBD das Siegel, auf der richtigen politischen Seite zu stehen.

Mitglieder der „großbäuerlichen" Betriebsgrößenklasse konnten trotz Diffamierung im Gefolge der 2. Parteikonferenz ihre Position bis Juni 1953 bemerkenswert stabil mit immerhin noch 5,2% der Gesamtmitglieder behaupten[309] – unter den bäuerlichen Mitgliedern lag ihr Anteil sogar noch bei 6,2%. Erst nach der Junikrise 1953 wurde ihr Anteil bis Januar 1954 auf 3,8% aller DBD-Angehörigen[310] gesenkt. Dabei galt parteiintern die Devise, rückkehrwillige geflüchtete und ausgeschlossene „Großbauern", entgegen den offiziellen Zugeständnissen des

[306] Genossenschaftliches Eigentum wird hier nicht darunter gefaßt, weil die Verfügungsrechte über dieses Eigentum weitgehend eingeschränkt waren.

[307] ACDP VI-052-0522, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952.

[308] ACDP VI-052-183/1, Organisationsbericht, 14. 7. 1952.

[309] Diese Beobachtung bestätigte die SED-Abteilung Leitende Organe. Sie führte im Januar 1953 aus, daß der Abgang der Klein- und Mittelbauern wesentlich höher liegt als bei den großbäuerlichen Betrieben. Der Zugang von Bauern mit mittelgroßen Landwirtschaften wiege den hohen Abgang der Klein- und Mittelbauern nicht auf. SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht Abt. LOPM, 23. 1. 1953.

[310] Siehe monatliche Organisationsberichte für 1953 und 1954, ACDP VI-052-183/1.

sogenannten „Neuen Kurses", möglichst nicht wieder aufzunehmen[311]. Nach 1953 sank der „großbäuerliche" Mitgliederanteil nur allmählich von 3,3% im Juni 1955 auf schließlich 2,4% im Juni 1960. Bis zum Abschluß der Vollkollektivierung gab es demnach einen kleinen, aber stabilen Kern sogenannter Großbauern, der beharrlich in der DBD verblieb.

Frappierend hoch ist der Anteil an LPG-Mitgliedern in der DBD im Juni 1953[312]. Viele Parteiangehörige, die mit ihren klein- und neubäuerlichen Wirtschaften in finanzielle Engpässe geraten waren und denen es sowohl an Ausstattung als oft auch an Fachwissen fehlte, waren schon zu diesem Zeitpunkt in LPG eingetreten, wenn auch oftmals nicht aus freien Stücken. Offensichtlich schlossen sich DBD-Mitglieder kaum früher als andere Bauern den LPG an. Vor dem Kollektivierungsschub 1959/60 gehörte noch kein Drittel – im Februar 1959 30% der bäuerlichen Mitglieder – den Produktionsgenossenschaften an. Noch im Dezember 1959 war es insgesamt nur rund die Hälfte, erst zum Juni 1960 betrug ihr Anteil über 95% der bäuerlichen Mitglieder[313].

Damit hatte sich die DBD von einer vornehmlichen Eigentümerpartei zu einer Arbeitnehmerpartei gewandelt. In der Phase ungebremsten Wachstums der Partei 1951 stieg der Anteil landloser Arbeitnehmer auf fast 40%; dies beweist das Werbepotential der DBD bei einer Gruppe, die die SED nicht primär an eine Partei der werktätigen Bauern abzugeben bereit war. Der steigende Prozentsatz von landlosen Mitgliedern resultierte auch aus dem Umstand, daß die „Säuberungen" 1952 und 1953 hauptsächlich bäuerliche Mitglieder trafen, der Anteil von Mitgliedern ohne Land deshalb in Relation anstieg.

Die DBD war bis 1963 nie eine Partei der jungen Generation. In den Gründungsjahren hatten es Jugendliche besonders schwer sich durchzusetzen. Zunächst dominierte die Generation der Altkommunisten; während des Ausgreifens der Partei in altbäuerliche Domänen mußten sich Jugendliche gegen den ländlich-traditionalen Führungsanspruch behaupten. Die Durchsetzungschancen junger, mithelfender Angehöriger von Altbauern blieben sowohl durch traditionelle Regeln beschränkt wie auch besonders seit Anfang 1951 durch eine tiefe Skepsis der Parteiführungsgremien gegenüber altbäuerlichem Nachwuchs, sobald die Hofgröße der Eltern über 15 ha lag[314]. Die Parteiführung sah sich aufgrund des niedrigen Frauen- und Jugendanteils in den Ortsgruppenvorständen sogar gezwungen, eigens Nachwahlen anzuberaumen, um diese Prozentsätze zu erhöhen[315]. Im

---

311 ACDP VI-052–0524, Entwurf eines Dokumentes betr: Aufnahmeanträge in unsere Partei [undatiert], dessen Inhalt den Kreissekretären mündlich zu erläutern war, bei Protokoll Sekretariat, 26. 5. 1953, abgelegt.

312 Näher zu den LPG-Bauern in der DBD S. 362.

313 Errechnet aus Gesamtmitgliederzahl Dez. 1962 und ACDP VI-052–186/3, Bericht Abt. Organisation am 8. 2. 1963 an das Sekretariat. Siehe auch Tabelle 24.

314 ACDP VI-052–222/1, Kreisspiegel, undatierter Instrukteurbericht des Landrates zum Kreis Niesky (1951). Vgl. die Straffung der Parteiarbeit 1951, die besonders die Kaderauswahl betreffen sollte, entsprechender Beschluß ACDP VI-052–0520, Beschlüsse Sekretariatssitzung, 30. 12. 1950, Vorlage der Abt. Organisation; dazu auch ACDP VI-052–0521, Beschlüsse Sekretariatssitzung, 2. 4. 1951, datiert auf den 3. 4. 1951: Arbeitsrichtlinien für die Arbeit in den Wahlkörperschaften und der Kommunalpolitischen Abteilung.

315 ACDP VI-052–0521, Protokoll Sekretariat, 10. 4. 1951.

Juni 1952 machte das Segment der Jugendlichen, hier der 16- bis 25-Jährigen, immerhin fast ein Fünftel (19%) aus. Bis Februar 1953 kletterte dieser Anteil weiter, danach fielen die relativen Werte.

Bis 1972 liegen weder Statistiken noch verstreute Zahlenangaben zum Anteil der 26- bis 40-Jährigen, der Erwachsenen bis zum Rentenalter und schließlich der Mitglieder im Alter ab 65 vor. Generalsekretär Rose warnte jedoch schon Anfang 1955 im Sekretariat vor der drohenden Überalterung der Partei[316]. Ein Tiefpunkt wurde 1958 mit nur noch 13,4% Jugendlichen erreicht. Ein Bericht des Sektors Befreundete Organisationen der SED von 1958 klagte jedoch über die erfolgreiche Werbung der DBD unter den Jugendlichen: Die DBD sei seit 1954 sehr um die ländliche Jugend bemüht gewesen. „Mithin ist der Anteil der Jungen in der DBD beachtlich hoch und ...[macht] fast das 3fache aus wie in der Partei der Arbeiterklasse."[317] Der reale Rückgang von jugendlichen Mitgliedern in der DBD seit 1954 liege auch darin begründet, daß allein zwischen 1956 und 1958 die Mitgliedschaft von 1175 Jugendlichen während ihrer Dienstzeit bei Armee und Volkspolizei ruhe.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß der Anteil der Jugendlichen im Laufe der Vollkollektivierung rapide sank und 1961 nur noch ein Zehntel betrug. Nachdem der DBD verboten worden war, unter Schülern und Studenten zu werben, sackte er 1963 auf 4,6% ab[318]. Die DBD verlor Jugendliche an die SED oder durch Flucht in den Westen. Die relative Überalterung der Partei war zudem eingebettet in den anhaltenden Prozeß der Landflucht in der DDR[319]. Dennoch war die DBD im Juli 1962 im Vergleich die „jugendlichste" Blockpartei. Während sie 9,6% Mitglieder bis 25 Jahre zählte, lag dieser Anteil in der CDU bei 4%, in der NDPD bei 3% und in der LDP sogar bei nur 2%[320]. Bis zur Machtübernahme Honeckers 1971 waren Jugendliche in der DBD mit einem Anteil unter 2% marginalisiert. Erst ab 1972 stieg die Quote wieder an, erreichte jedoch bis 1982 nur 6,5%.

316 ACDP VI-052–0529, Protokoll Sekretariat, 5. 2. 1955.

317 SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht „Über die Entwicklung und Lage in der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. (Zeitraum 1954–1958)", 3. 5. 1958. Ebensolches notierte der Sektor BO in Suhl, SAPMO DY 30 IV 2/15/11, Bericht der SED über Entwicklung des BV Suhl der DBD 1954, Februar 1955.

318 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Zusammenstellung Sektor BO, 28. 7. 1962.

319 Statistisches Bundesamt, Sonderreihe, Heft 3, Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989, S. 32–35, Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen, ein Anstieg in den Größenklassen von ab 10000 Einwohner zeichnet sich allerdings erst von 1959 an ab.

320 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Zusammenstellung Sektor BO, 28. 7. 1962.

IV. Die Bauernpartei zwischen Besatzungsmacht, Staatspartei und Geheimpolizei

1. Das Verhältnis zur SMAD und ihren Nachfolgeorganisationen

Die SMAD war das oberste Machtorgan in der SBZ. Von ihr ging jegliche exekutive, legislative und judikative Kompetenz aus. Diese umfassende Machtbefugnis eröffnete den sowjetischen Behörden einen tiefgreifenden Einfluß auf die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse in der SBZ. Sowohl die Parteien wie auch die Landwirtschaft waren Teil des deutschlandpolitischen Kalküls der Sowjetunion. Auf die sowjetische Politik oder ihre Intention kann jedoch nur teilweise und nur mit der gebotenen methodischen Vorsicht rückgeschlossen werden. So war gerade die Agrarpolitik ein empfindlicher Seismograph für den Grad eines sozialistischen Kurses in der SBZ. Sie stand daher in einem engen kausalen Zusammenhang zur Deutschlandpolitik, die lange Zeit eine offizielle Propagierung des Sozialismus ausschloß. Ebenso ist die Parteienpolitik der SMAD im Kontext sowjetischer Deutschlandpolitik zu sehen. Über die Maßnahmen und Kontakte der SMAD zu den bürgerlichen Parteien sind wir vergleichsweise gut informiert, sei es, weil viele einflußreiche Politiker in den Westen flüchteten und ihr Wissen samt den Akten mitbrachten, sei es, weil es im Westen „Parteienpendants" zu CDU und LDP gab, die über gut unterrichtete Ostbüros verfügten. Über das Verhältnis der DBD zur SMAD und deren Nachfolgeorganisationen liegen bislang keine wissenschaftlich fundierten Ergebnisse vor[1].

Der bisherige Kenntnisstand über die seit ihrer Gründung häufig veränderte Organisationsstruktur des SMAD-Apparates liefert Ausgangspunkte dafür, die Kontakt- und Anleitungswege und damit das sowjetische Kontrollnetz im Hinblick auf die DBD zu erhellen[2]. Es ist anzunehmen, daß die Veränderung des Parteiensystems nicht ohne Wissen und Durchführungsanweisungen der obersten Spitzen der SMAD vonstatten gehen konnte, insofern wird der damalige Oberbefehlshaber und zugleich Oberste Chef der SMAD, General Wasili D. Sokolowski, in die Gründung eingebunden gewesen sein. Auch Konstantin I. Kowal, der seit Anfang 1946 der „erste Gehilfe für ökonomische Fragen" und Stellvertreter des Obersten Chefs war, dürfte in den Vorgang involviert gewesen sein. Kowal leitete gleichzeitig die Abteilungen Industrie, Handel und Versorgung, Land- und Forstwirtschaft, Arbeitskräfte, Reparationen und Lieferungen, Finanzen, Brennstoffe und Transport. Allein die Abteilung Land- und Forstwirtschaft gliederte sich 1946 in weitere sieben Unterabteilungen. Die zahlreichen Kontakte von DBD-Land-

---

[1] Reichelt, Blockflöte, S. 32, geht ohne Belege darauf ein.

[2] Grundlegend dazu: Foitzik, Struktur, und ders., SMAD, in: SBZ-Handbuch, bes. S. 15–24; vgl. Materialy, und Fillipowych, Kto byl kto.

wirtschaftsministern, dem Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung und den Mitarbeitern in den Ministerialabteilungen liefen über diese Schiene der Fachabteilungen, in landwirtschaftlichen Belangen also zu Kowals Bereich.

Mit dem Befehl Nr. 29 wurde 1945 eine „Verwaltung für Propaganda und Zensur" eingerichtet, die später in „Verwaltung für Information" umbenannt wurde. Zwar hatte der Befehl Nr. 29 der „Verwaltung für Information" lediglich Zensuraufgaben übertragen; tatsächlich jedoch war sie vorrangig mit der Anleitung und Kontrolle der politischen Parteien, der Massenorganisationen und der Massenmedien befaßt. Dafür unterhielt sie zeitweise allein über 150 Offiziere in zehn Abteilungen. Allerdings verringerte sich der Mitarbeiterstab bis Januar 1949 auf 80 Offiziere[3].

Im April 1946 wurde schließlich die nicht nur für die Parteiensteuerung bedeutsame Position eines weiteren Stellvertreters des Obersten Chefs neu eingerichtet: Generalleutnant Makarow war der erste sogenannte „Politische Berater beim Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland"[4]. Dem „Politischen Berater" unterstanden die Politische Abteilung, die Abteilung Volksbildung und die Rechtsabteilung der SMAD[5]. Während der Aufbauphase der Militärverwaltung wurde der Aufgabenbereich des „Politischen Beraters" offenbar häufiger verändert[6]. Von 1946 bis 1949 hatte Wladimir S. Semjonow diese Position inne.

Wie waren die Zuständigkeiten gegenüber den Parteien ab 1948 in der SMAD geregelt? Die „Verwaltung für Information", die zwar vor der Installierung eines „Politischen Beraters" bestanden hatte, war 1948 formal der „Politischen Abteilung" des „Politischen Beraters" unterstellt. Neben einer Abteilung für Parteien gab es sechs weitere[7]. Die Leitung der zwischenzeitlich offenbar anders strukturierten Abteilung „Parteien und gesellschaftliche Organisationen" hatte Anfang 1948 Oberstleutnant Prokofi F. Nasarow inne. Er koordinierte die Tätigkeit der Referenten, die Kontakt zu den einzelnen Parteien hielten[8]. Wahrscheinlich gab es für jede Partei zunächst eigene Referenten. Tjulpanow benennt in diesem Zusammenhang Oberstleutnant Abram S. Bychowski und Major Lew G. Romm, die Verbindung zum Parteivorstand der SED hielten, sowie Major Juri G. Kratin als zuständigen Referenten für den Parteivorstand der CDU[9]. Zur LDPD stand Major Golowtschiner in Verbindung[10]. Hauptmann Alexandr Malysch pflegte Kontakte zur DBD[11].

---

[3] Foitzik, SMAD, in: SBZ-Handbuch, S. 24; Strunk, Zensur, S. 27; Handel, Wirken, S. 361.
[4] Foitzik, Struktur, S. 118.
[5] Vgl. ebd., S. 445.
[6] Strunk, SMAD, S. 158. Dazu auch Semjonow, Stalin, S. 222.
[7] Das waren die Abteilungen für Presse, Rundfunk, Zensur, Jugend- und Kirchenfragen, Gewerkschaften und für Kontakte mit deutschen Dienststellen; Strunk, SMAD, S. 166.
[8] Foitzik, Struktur, S. 446f.; Strunk, SMAD, S. 167; Tjulpanow, Deutschland, S. 42. Siehe Personalaufstellung der SMAD in Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 151, Fillipowych, Kto byl kto, S. 199.
[9] Tjulpanow, Deutschland, S. 42; Richter, Ost-CDU, S. 35, 38, 77–79, 123; Foitzik, Struktur, S. 445, 466.
[10] Strunk, SMAD, S. 167.
[11] ACDP VI-052–0001c, PV an Malysch, Informationsbüro der SMAD, wg. Besetzung

Die Stellvertreter des „Obersten Chefs" wechselten häufig[12]. Zwar vermuteten amerikanische Stellen im Oktober 1947, daß innerhalb der SMAD eine neue Aufsichtsbehörde für alle deutschen politischen Aktivitäten geschaffen worden war. Als Leiter brachten sie dafür General Georgiew ins Gespräch und als den zuständigen Mann für politische Parteien General Makarow. Im Frühjahr 1948 wurde diese Sicht jedoch dahingehend revidiert, daß Makarow dem „Obersten Chef" als Stellvertreter für politische Propaganda unterstellt worden sei und ihm General Georgiew als Leiter der SMAD-Abteilung für die politischen Parteien in der SBZ unterstanden habe. Schon im März 1948 sei Georgiew abgelöst worden. Seine Nachfolge habe ein Diplomat angetreten, Legationsrat Michail G. Gribanow vom sowjetischen Außenministerium[13]. Jan Foitzik zufolge handelte es sich bei General Georgiew um ein Pseudonym für Generalmajor Leonid A. Malinin, der zwischen 1946 und Anfang 1948 insbesondere mit CDU-Politikern in Ost und West in Verbindung gestanden hatte und nach den Wahlen im Herbst 1946 im Hintergrund als Vertreter eines moderaten deutschlandpolitischen Kurses aufgetreten war[14]. Gribanow gehörte offenbar seit 1947 zum Stab des „Politischen Beraters" Semjonow und war einer seiner Stellvertreter[15]. Er dürfte die Abteilung für politische Parteien in Semjonows Sinne geführt haben. Ohne einen inhaltlichen Konnex beweisen zu können, ist doch auffällig, daß diese Umbesetzungen in der Abteilung für politische Parteien zeitgleich mit einschneidenden Veränderungen im Parteiensystem stattfanden. So verhärtete sich das Verhältnis zwischen SMAD und CDU bekanntlich im Herbst 1947, und es dürfte kein Zufall sein, daß die Überlegungen zur Umbildung des Parteiengefüges durch eine national ausgerichtete Partei in das Jahr 1947 zurückreichen. Es ist daher anzunehmen, daß mit Gribanow im März 1948 jemand antrat, der aus der verfahrenen Lage heraushelfen sollte und der die Parteineugründungen von DBD und NDPD unterstützte.

Unterhalb der Ebene des „Politischen Beraters", auf der Ebene des Chefs der Politischen Verwaltung, dem wiederum gleichzeitig die Propagandaabteilung Tjulpanows untergeordnet war, agierten die für konkrete Anleitung und Kontrolle der politischen Parteien zuständigen Referenten[16]. Wie in der Propagandaverwaltung waren im zentralen Apparat den einzelnen Parteien und politisch bedeutsamen Massenorganisationen jeweils eigene Referenten zugeordnet. Mit

---

VdgB-Positionen in den Ländern mit DBD-Funktionären, 7. 3. 1949; BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 58, Bericht von IM „Bernd" (= Helmschrott) 19. 8. 1958; Reichelt, Blockflöte, S. 37; vgl. Fillipowych, Kto byl kto, S. 178.

12 Foitzik, Struktur, S. 118f.; ders., SMAD, in: SBZ-Handbuch, S. 22.

13 Strunk, SMAD, S. 157f., bes. Fußnoten 102f.

14 Foitzik, Struktur, S. 121, 132–134. Creuzberger erwähnt Differenzen zwischen Bokow und Tjulpanow in der Politik gegenüber den Parteien 1946, ders., Sowjetische Besatzungsmacht, S. 179. Zu den Reibereien zwischen Bokow und Tjulpanow siehe auch Dok. Nr. 55 vom 19. 9. 1946, in dem Tjulpanow Bokow belastet, in Bonwetsch u.a. (Hg.), Politik, S. 235–242; zu Malinin, Resident der sowjetischen Auslandsaufklärung, Bailey u.a., Front, S. 42–46, 66.

15 Siehe zu ihm auch, Foitzik, SMAD, in: SBZ-Handbuch, S. 22.

16 Foitzik, SMAD, in: APuZ 11/1990, S. 47.

hoher Wahrscheinlichkeit dürfte diese Position im Jahr 1948 für die DBD Hauptmann Michail Semirjaga ausgefüllt haben, der zu Jahresbeginn 1949 in eine andere Tätigkeit wechselte[17]. Wer ihm nachfolgte, ist noch ungeklärt.

Nach der Staatsgründung trat die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) in die Fußstapfen der SMAD. Zwar waren die Regierungsbefugnisse formal an die Organe der provisorisch gebildeten DDR abgegeben worden, dennoch ist davon auszugehen, daß die Weisungsrechte der SKK, ihre Kontroll- und Anleitungstätigkeit denen der SMAD in nichts nachstanden[18]. Wie die SMAD verfügte die SKK über einen komplexen Apparat mit verschiedenen Abteilungen[19]. Obgleich mit der Bildung der ZK-Abteilung für „Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen" im Februar 1952 tatsächlich ein Teil der Anleitungsaufgaben der SKK an die SED übergeben worden sein dürfte[20], ist doch insgesamt bis zur Auflösung der SKK am 27. Mai 1953 ihr Einfluß auf die DBD deutlich zu erkennen[21]. Die Institution des „Hohen Kommissars" führte bis Frühjahr 1954 zunächst die Kontrolltätigkeit fort, ab März 1954 mit reduzierten Kompetenzen. Am 20. September 1955 gingen die noch verbliebenen Aufgaben an die sowjetische Botschaft in Ostberlin über[22].

Als Ausgangspunkt einer Betrachtung der Beziehung zwischen der DBD und den sowjetischen Machthabern in der SBZ/DDR ist nochmals zu unterstreichen, daß die Bauernpartei primär ein Kind der SMAD war. Auch nach der Gründung bestand ein enges Verhältnis zu den sowjetischen Behörden, das die DBD auch zur Stärkung ihrer Position im Parteiengefüge nutzen wollte. Zwar leistete die SED beim Parteiaufbau massive organisatorische und personelle Schützenhilfe; die DBD war jedoch wie alle anderen Parteien in vielen Dingen auf die Mithilfe bzw. das Wohlwollen der SMAD angewiesen. Diese verfügte generell über die materiellen Ressourcen; sie hatte als Besatzungsmacht ein Organisations- und Infor-

---

[17] Semirjaga bezeichnete sich 1996 als Referent der SMAD für politische Parteien, siehe Autorenangaben in: DA 29 (1996), S. 740; Semirjaga, Wtoraja mirowaja wojna i proletarski internazionalism. Zumindest bestand zwischen ihm und Goldenbaum Briefkontakt: ACDP VI-052–0001c, Schreiben an Hauptmann Semirjaga, Berlin Lichtenberg, Normannenstraße, 28. 12. 1948. Zwar geht aus diesem Schreiben und Semirjagas eigenen Angaben nicht zweifelsfrei hervor, ob er Referent für politische Parteien in einer Abteilung der „Politischen Verwaltung" des „Politischen Beraters" war oder in der „Verwaltung für Information". Letzteres ist unwahrscheinlicher, da sämtliche Schreiben der DBD an Mitarbeiter dieser Verwaltung ausdrücklich an diese adressiert wurden, nicht so beim Schreiben an Semirjaga.

[18] Vgl. SKK-Statut.

[19] SAPMO NY 4182/1194, Bl. 187–189, Protokolliste der SKK, 20. 2. 1951, Bl. 190, Vertreter der SKK in den Ländern, 20. 2. 1951; SAPMO NY 4090/316, Bl. 62, Personalliste SKK, 25. 6. 1952.

[20] So Richter, Ost-CDU, S. 214, ohne Aktenbeleg.

[21] SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, unpaginiert, Bestand ZK-SED, Abt. BO, Aktentitel Kader A-G DBD, Bezirke in Kreise, abgelegt unter Densdorf: undatiertes Protokoll Sekretariatssitzung DBD [Frühjahr 1953]; BStU ASt Nbg. AIM 712/85, I Densdorf, Bl. 69–72, selbstkritische Stellungnahme, 8. 2. 1953, hier Bl. 71.

[22] Siehe dazu Foitzik, SMAD, in: SBZ-Handbuch, S. 48; ders., Berichte, S. 1351–1353.

mationsmonopol, das sie über dirigistische, interventionistische und konsultative Methoden der Einflußnahme zur Geltung brachte[23].

So griffen die Behörden der SMAD der DBD während der Gründungszeit finanziell unter die Arme, stellten Dienstfahrzeuge zur Verfügung und kümmerten sich auch später um Räumlichkeiten für die neue Partei[24]. Von Beginn an herrschte eine enge Fühlungnahme mit der Informationsverwaltung, da eine Reihe von wichtigen Fragen des Aufbaus in die Zuständigkeit dieser Verwaltung fielen. So wurden die ersten juristischen Angelegenheiten, wie die Lizenzvergabe für die Parteipresse, geregelt[25].

Beim Aufbau der Parteizeitung „Bauern-Echo" 1948 und des Funktionärsblattes „Der Pflüger" ab April 1949 arbeitete die DBD mit der Informationsverwaltung zusammen[26]. Beide Seiten sahen im Verbreitungsgrad der Presse einen entscheidenden Faktor für das Wachstum der Partei. Während Goldenbaum wünschte, daß das „Bauern-Echo" in 500000 Exemplaren ein bis zweimal wöchentlich erscheinen sollte, erreichte die schließlich gebilligte Wochenzeitung bis Oktober 1948 nur eine Auflage von 125000 Exemplaren. Die Informationsverwaltung drückte dem „Bauern-Echo" ihren Stempel auf. Im Herbst 1948 häuften sich Artikel, die das volksdemokratische Modell der Nachbarstaaten – insbesondere in Polen – beleuchteten oder den Sozialismus in der Sowjetunion feierten[27]. Mit dem von Stalin am 18. Dezember 1948 angeordneten Ende der volksdemokratischen Aspirationen der SED[28] verschwanden Publikationen solchen Inhalts schlagartig aus der Zeitung.

Die DBD-Spitze fühlte sich als Gesprächspartner der SMAD insgesamt aufgewertet[29], vor allem angesichts der oft herablassenden Bevormundung durch die SED-Organe. Politische Gespräche mit sowjetischen Stellen fanden auf allen Ebenen statt. Allerdings war es für die DBD ungleich schwieriger als für die SED,

---

[23] Foitzik, Einleitung, S. 16; zur Steuerung des Parteiensystems siehe auch Weber, Einleitung, S. 40–48, und Foitzik, SMAD, in: APuZ B 11/1990, S. 47f.

[24] ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948. Vgl. Aussage Martins, abgedruckt in: Unrecht als System, Teil II, S. 32f. ACDP VI-052-0001c, Schreiben Goldenbaums an Kotikow, Chef der Garnison und Kommandant von Berlin, 12. 3. 1949. ACDP VI, unverz. Sekretariatsprotokolle der LV, Protokoll Sekretariat LV Sachsen, 16. 8. 1951.

[25] ACDP VI-052-0001c, Schreiben DBD, gez. Goldenbaum an Informationsverwaltung der SMAD, 6. 7. 1948, betr. Lizenz für „Bauern-Echo".

[26] Vgl. allgemein zur Steuerung der „Verwaltung für Information" hinsichtlich Presse und Massenmedien, Strunk, Zensur, zur Presse von CDU u. LDP bes. S. 63–85. Kontakte zur Informationsverwaltung: ACDP VI-052-0001c, Schreiben Goldenbaum an Informationsverwaltung, 6. 7. 1948, Schreiben an Informationsverwaltung wegen Auflagen „Bauern-Echo" vom 12. 8. 1948, 21. 10. 1948; Schreiben an Tjulpanow, 2. 11. 1948, wegen Papierfreigabe.

[27] „Bauern-Echo", 19. 10. 1948, S. 2, Artikel: „Fortschrittliche Bauernpolitik in Polen", 22. 10. 1948, S. 2, Artikel über „Die Staatsgüter in der UdSSR" und „Landwirtschaft der ČSR modifiziert", 2. 11. 1948 Interview mit Stalin und Prawda-Korrespondent, 23. 11. 1948, S. 1, Artikel Goldenbaums: „Demokratische Bauernpartei und die Sowjetunion", S. 5 Artikel „Mitschurin der große Naturreformator", 30. 11. 1948, S. 3.

[28] Siehe dazu Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Notizen zu einer Besprechung mit Stalin am 18. 12. 1948, S. 259–263, bes. S. 261.

[29] Diese Einschätzung auch bei Reichelt, Blockflöte, S. 37.

Verbindung zu den Spitzen von SMAD und SKK zu erlangen, jedenfalls legen die wenigen nachweisbaren Termine diesen Schluß nahe. Während der Gründungsphase bestand ein ausgesprochen enges Verhältnis zu den sowjetischen Ortskommandanturen[30]. Die Offiziere kontrollierten hier vor allem die personelle Zusammensetzung der Kreissekretariate und Kreisvorstände, wobei sie auf die Mithilfe der SED angewiesen waren, da diese das Personal besser kannte[31].

Auch auf der Ebene der Landesverbände und später der Bezirksverbände herrschte ein reger Austausch; persönliche Gespräche waren an der Tagesordnung, und der Zugang zur Macht entschied über parteiinterne Rivalitäten. Fritz Petersohn, 1951 neueingesetzter Landesvorsitzender in Sachsen, mußte sich anfangs gegen verschiedene Gruppierungen im Landessekretariat durchsetzen. In dieser Situation kritisierte er, daß es nicht angehe, wenn einzelne Sekretariatsmitglieder eigenmächtig SED und SKK aufsuchten, um dort Dinge abzusprechen[32], damit also seine Leitungskompetenz offen mißachteten.

Die SMAD erhielt 1948 sämtliche Protokolle von Parteivorstandssitzungen – zu dieser Zeit gaben diese Dokumente noch Auskunft über den Gesamtzustand der Partei und enthielten Länderberichte[33]. Ein ausführlicheres Berichtswesen der Landesverbände an die SKK läßt sich ab 1950 nachweisen und dürfte mit den Wahlvorbereitungen zusammenhängen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit führte das mangelhafte Funktionieren der Landessekretariate dazu, daß man in dieser Zeit eher mündlich als schriftlich kommunizierte. Ohnehin befand sich die Partei in vielen Kreisen 1949 noch mitten im Aufbau. SMAD und SKK verlangten stets genaue Informationen über den organisatorischen Zustand. Daher bilden Organisationsberichte der DBD an die SKK einen Kernbestand der Mitteilungen. Nachweislich an die SKK überstelltes Schriftgut der zentralen Ebene stammt lediglich aus der Organisationsabteilung. Die Organisationsstatistik wurde in regelmäßigem Abstand an die SKK gesandt[34]. 1951 forderte die SKK von den Landesverbänden ausführliche Berichte über den Fortgang der Partei seit der Gründung[35]. Die Reorganisation der Partei im Sommer 1952 bildete einen weiteren Schwerpunkt der Berichte an sie[36]; die SKK wollte die Kontinuität ihrer Personalkontrolle sicherstellen. Die Bezirksverbände wie die Zentrale der DBD mußten Ende 1952 und Anfang 1953 dezidiert darüber informieren, wie sie ihren Part beim

---

[30] Mangels deutscher Akten läßt sich dieser Anleitungsprozeß nicht im Detail nachzeichnen. Lobend erwähnt wird die enge Zusammenarbeit auf unterer Ebene von den Landesvorsitzenden. ACDP VI, unverz. Handakte Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950, Ausführungen Albrechts.

[31] Vgl. hierzu Bauer, Gründung, S. 305–311.

[32] ACDP VI, unverz. Sekretariatsprotokolle der LV, Protokoll Sekretariat LV Sachsen, 11. 10. 1951.

[33] ACDP VI-052–0001c, Schreiben Zonenvorstand an SMA „Informationsabteilung", 6. 12. 1948.

[34] Beispielsweise ACDP VI-052–183/1, Organisationsbericht Juni 1952.

[35] ACDP VI, unverz. Sekretariatsprotokolle der LV, Protokoll Sekretariat LV Mecklenburg, 19. 11. 1951, TOP 1.

[36] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Akt Personalpolitische Abteilung, Tätigkeitsberichte 1948–1952, lt. Bericht für März 1950 wurden umfangreiche Listen für SKK erstellt.

„Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" auf dem Land erfüllten, also in welchem Maße sie an der Bildung von LPG beteiligt waren[37] und ob sie als Variante sogenannte „ständige Arbeitsgemeinschaften" unterstützten. Auch nach der Ablösung der SKK schrieb man auf Anforderung für den „Hohen Kommissar" und seinen Apparat Rapporte, etwa zu deutschlandpolitischen Ereignissen[38].

SMAD und SKK setzten das Berichtswesen als Kontrollinstrument ein[39]. Insbesondere aus der Kombination von Berichten verschiedenster Provenienz eröffneten sich weitreichende Informations- und Überwachungmöglichkeiten. Dieser Umstand begünstigte eine möglichst tatsachengetreue Berichterstellung, zumal bei erwiesener Nachlässigkeit oder Falschinformation harte Bestrafungen drohten. Auch die SED hatte den Auftrag, die SKK regelmäßig über die DBD und über die eigene Zusammenarbeit mit den anderen Blockparteien zu informieren[40]. Bisweilen intervenierte daraufhin die SKK und schlichtete Auseinandersetzungen zwischen SED und DBD in den Bezirken[41]. Die SKK stützte die von sowjetischer Seite ins Leben gerufene DBD im Rahmen des vorgegebenen Parteiensystems auch auf diese Weise.

Ein besonderes Anliegen der sowjetischen Stellen war die eng mit der Kaderpolitik verknüpfte politische Schulung in der DBD. Im Dezember 1948 forderte die SMAD, ein zentrales Schulungswesen in der DBD einzurichten[42]. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, daß Berthold Rose, der über Lehrerfahrung in sowjetischen Antifa-Schulen verfügte und Ende 1950 zum Generalsekretär avancierte, mit der Einrichtung des Schulungswesens im Februar 1949 betraut wurde. Geschulte Kader sollten die Partei von innen heraus transformieren. Die SKK half ab Ende 1950

---

[37] Ebd., Akt BV Schwerin Korrespondenz Militärregierung 1953/54, Informationen zur LPG-Bildung, sogenannten „freiwilligen Gemeinschaften" und zur Parteischulung, z. B. 25. 9. 1953. ACDP VI-052–235/1, Bericht an SKK über die Arbeit unserer Partei zur Bildung und Festigung der LPG, 27. 5. 1953. ACDP VI-052–242/2, Berichte an SKK bezüglich der Unterstützung der DBD zur Entwicklung von LPG, 29. 11. 1952 und 3. 12. 1952. Über eingehende Aussprachen zwischen DBD und SED informierte man das ZK der KPdSU, vgl. International Department, Rolle 13 (RGANI, 5–28–58, Bl. 4–9), Leiter der Informationsabt. der SKK, Orlow, an ZK d. KPdSU, Grigorjan, 6. 4. 1953, übersendet Brief Goldenbaums an Ulbricht zur Vorbereitung auf 3. PT der DBD.

[38] Nur die Spitze des Eisbergs dürften Berichte sein, wie sie für den Bezirksverband Schwerin im Frühjahr 1954 belegt sind. Darin schilderte man die Reaktionen der Mitglieder zur Viererkonferenz der Außenminister in Genf. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Akt BV Schwerin Korrespondenz Militärregierung 1953/54, Schreiben an Vertreter des Hohen Kommissars, Pawlichin, Stimmen zur Viererkonferenz, 5. 2. 1954, 6. 2. 1954, 8. 2. 1954, 10. 2. 1954.

[39] Dabei fiel der Personalabbau innerhalb der SMAD nicht einschneidend ins Gewicht, weil er von veränderten Kommunikationsstrukturen aufgefangen wurde, Foitzik, Einleitung, S. 13.

[40] BLHA Rep. 332, Nr. 786, von Gerhard Grüneberg verfaßter Bericht der SED an SKK über die Arbeit der DBD in Brandenburg, 2. 12. 1951, ebd., Bericht über die Lage in der DBD, LV Brandenburg, 1. 4. 1952. SStAD BPA SED BL IV 2/7/133, Bl. 1–16, Berichte der LL SED Sachsen am 15. 5. 1951 an SKK, Gen. Ussemkow, zur DBD, Bl. 7–9.

[41] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Protokoll Abteilungsbesprechung Sektor BO, 4./5. 6. 1953. Die SED-BL Chemnitz hatte nur „ungenügende Verbindung zur DBD". Schwierigkeiten konnten erst mit Hilfe der SKK geklärt werden.

[42] ACDP VI-052–0519, Protokoll Sekretariat, 28. 12. 1948.

bei der Einrichtung von Landesschulen. Damit reagierte sie auf einen Wunsch der Parteiführung, der Tschuikow in einem Schreiben und persönlich vorgetragen worden war[43]. Im Landesverband Sachsen überprüfte die SKK sowohl die vorgesehenen Lektoren als auch den Inhalt der Lektionen und gab Ratschläge zur besseren Umsetzung des Stoffes. Als sich herausstellte, daß das Grundstück der neuen Landesschule noch nicht endgültig enteignet war, durfte man der Fürsprache der SKK auch in diesem Punkt gewiß sein[44].

Zwar sind die Anleitungs- und Kontrollstrukturen zu ermitteln, aufgrund fehlender Quellen lassen sich die inhaltlichen Probleme, die beim wechselseitigen Umgang zwischen der DBD und den sowjetischen Behörden auf der Tagesordnung standen, jedoch nur selten ausleuchten[45]. Die Hauptverbindung zur Parteiführung lief von der Parteigründung bis zur Auflösung der SMAD und Goldenbaums Antritt als Minister für Landwirtschaft und Ernährung im November 1949 über ihn zu Alexandr Malysch[46], der in der „Verwaltung für Information" für die DBD zuständig war. Beide trafen sich regelmäßig abends zu Gesprächen in Goldenbaums Wohnung. Dies war eine gängige Praxis, um den Kontakt, über den kein Sitzungsprotokoll der Parteigremien auch nur andeutungsweise Auskunft gibt und der nur in Treffberichten des MfS belegt ist, diskret zu verheimlichen. Die Verbindung zu Semjonows Apparat des „Politischen Beraters" erfolgte durch regelmäßige Absprachen zwischen Goldenbaum und Hauptmann Semirjaga, worüber die Quellen nichts Inhaltliches preisgeben[47].

Daneben dürften weitere sowjetische Kontakte zu Sekretariatsmitgliedern bestanden haben. Dies gilt mit hoher Wahrscheinlichkeit qua Amt für den Chefredakteur des „Bauern-Echo", Leonhard Helmschrott, und die Informationsverwaltung, sowie für den für Schulung zuständigen Sekretär Berthold Rose. Bei beiden handelte es sich um ausgewiesene Antifa-Kräfte, die in sowjetischen Dienststellen keine Unbekannten gewesen sein dürften. Tjulpanow berichtet in den Memoiren über seine Bekanntschaft mit Hans Rietz[48]. Nachdem Goldenbaum seine Tätigkeit im MLF aufgenommen hatte, hielt Paul Scholz den persönlichen unmittelbaren Kontakt zur SKK[49]. Dessen Einfluß wuchs angesichts der Abwesenheit Goldenbaums, und er kümmerte sich besonders um die aus sowjetischer Sicht zentrale Kaderpolitik. Die Kontakte Goldenbaums zur SKK wurden seltener, was ein Teil der Sekretariatsmitglieder im nachhinein bedauerte, sie rissen allerdings nicht gänzlich ab. Im innerparteilichen Machtkampf denunzierte er Paul Scholz

---

[43] ACDP VI-052–0001c, Schreiben des PV an Tschuikow, 26. 9. 1950.

[44] ACDP VI, unverz. Sekretariatsprotokolle der LV, Protokoll Sekretariat LV Sachsen, 21. 8. 1951 und 16. 8. 1951.

[45] Vor allem zur politischen Anleitung der obersten Parteiebene ist die deutsche Aktenüberlieferung dünn.

[46] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 58, Bericht von IM „Bernd" (= Helmschrott) 19. 8. 1958, Betr: Sekretariat der DBD; Reichelt, Blockflöte, S. 37.

[47] ACDP VI-052–0001c, Schreiben Goldenbaums an Hauptmann Semirjaga, 28. 12. 1948.

[48] Tjulpanow, Deutschland, S. 265. Wenn diese nicht von späteren Besuchen Tjulpanows in der DDR herrührte, als Rietz zu den DBD-Spitzenfunktionären aufgerückt war, dann basierte sie auf dem Umstand, daß Rietz die zentrale Parteischule der DBD in Borkheide leitete; Tjulpanow war nur bis September/Ende 1949 in Deutschland.

[49] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

bei sowjetischen Stellen, ein französischer Agent gewesen zu sein. Dieses Spiel mit den obersten Herrschaftsträgern schlug gegen ihn zurück und zwang ihn zu einer ausführlichen Selbstkritik vor dem Sekretariat des Parteivorstands Ende 1950[50].

In der SKK werden vorrangig zwei Personen als Kontaktleute der oberen Ebene zur DBD genannt, Ledenew und Buschmanow. Generalsekretär Berthold Rose und Hans Reichelt waren regelmäßig deren Gesprächspartner[51]. Rose nutzte nach der Ablösung der SKK seine Kontakte zur sowjetischen Botschaft, um sich im innerparteilichen Machtgerangel durchzusetzen. Als Rose sich 1956 gegen den Vorwurf verteidigen mußte, er habe nach dem Aufstand in Ungarn die Unterstützung der LPG aus dem aktuellen Schulungsprogramm der DBD streichen wollen, erweckte er den Eindruck – so ein Spitzelbericht – dies sei mit sowjetischen Vertretern abgesprochen gewesen[52].

Der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKGB bzw. MGB erlangte Informationen vom langjährigen Sekretariatsmitglied Hans Schnitzler, der sich spätestens ab seiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft als „Geheiminformator" verpflichtet hatte[53]. Diese Kontrollebene ist aus naheliegenden Gründen nicht näher faßbar. Es gibt Indizien dafür, daß sämtliche Antifa-Schüler sich vor ihrer Entlassung zur Zusammenarbeit mit dem sowjetischen MGB bereiterklären mußten[54]. Falls dies zutrifft, eröffnete sich damit ein tiefgehender Einblick und Einfluß auf die DBD, denn Antifa-Absolventen besetzten viele Schlüsselpositionen. Weiter galten Personen auf Kreis- und Landesebene während der Gründungszeit als „Gewährsleute" sowjetischer Stellen[55]. Angesichts der Systematik,

---

[50] Ebd. In anderer, nicht weniger irreführender Variante tauchte diese Denunziation 1958 auf; nun wurde Rose zum französischen Agenten erklärt, wie IM „Bernd" über eine Äußerung Goldenbaums berichtete, der sich wiederum auf eine solche Malyschs von 1949 stützte. BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 58, Bericht von IM „Bernd" (= Helmschrott) 19. 8. 1958, Betr: Sekretariat der DBD.

[51] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 38, Treffbericht der Abt. VI, 29. 4. 1952. BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt der Abt. VI des MfS, Bl. 12, Verpflichtungserklärung mit Funktionsbezeichnung, 17. 9. 1950, Bl. 31 f., Treffbericht 24. 11. 1951. Reichelt informierte die SKK z. B. auch über Goldenbaums Heiratspläne.

[52] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 62–72, hier Bl. 65, Bericht Informator über Vorkommnisse im PV, 24. 11. 1958.

[53] Diese Vergangenheit Schnitzlers kam erst 1958 zu Tage, als er sich bemühte, eine Anerkennung als NS-Verfolgter zu erhalten. Um die späte Antragstellung zu erklären, führte er an, er habe sich wegen seiner Verpflichtung im Hintergrund halten müssen. BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 50, Aktennotiz 8. 8. 1958, Bericht über Unterhaltung mit Schnitzler in Kaderabteilung des ZK; ebd., Bl. 23; MfS Mitarbeiter notierten über ihn: „als GI gearbeitet bis 52, Denunziert worden, wurde überprüft daß nicht identisch mit Bruder vom IG Farben Konzern. nachher wieder GI".

[54] So Foitzik, „Säuberungen", S. 414 f. Da der SED 1952 12000 Absolventen sowjetischer Antifaschulen angehörten, wäre damit rund ein Prozent der SED-Mitgliederbasis schriftlich für das MGB verpflichtet worden.

[55] So wechselte z. B. Kollege Birnbaum aus Sachsen noch im Sommer 1948 zum „Informationsdienst" der SMA Sachsen, der in engem Kontakt mit dem MGB arbeitete. Er war durch Äußerungen aufgefallen, die den sofortigen Kampf der Kleinbauern gegen die Großbauern forderten. ACDP VI-052-0141, Protokoll PV, 26. 8. 1948. Birnbaum war zuvor Abteilungleiter für LW beim LV der SED Sachsens gewesen. SAPMO DY 30 IV 2/5/299, Bl. 6 f., Auszug Bericht der Abt. LW der SED LV Sachsen, 14. 1. 1947. SAPMO DY

mit der Sekretariate und Ministerien[56] mit Informatoren besetzt wurden, dürften Agenten des MGB die Mehrzahl der Entscheidungszentren der DBD zumindest im Blick gehabt haben. Insgesamt versuchten alle sowjetischen Behörden mit großer Akribie, via personalpolitische Kontrolle die DBD auf allen Organisationsebenen „abzusichern".

Die Verbindung der DBD zu SMAD und SKK war ambivalent. Selbstredend befand sich die DBD in einem klaren Abhängigkeitsverhältnis. Die SMAD beobachtete die Gründung und den weiteren Weg der Bauernpartei sorgfältig. Zum Zeitpunkt des I. Parteitages im Sommer 1949 war sie insgesamt vom Entwicklungsstand der DBD enttäuscht. Vor allem die Mitgliederzahl war weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben[57]. SMAD und SKK unterstützten den Aufbau der DBD, die ihrerseits versuchte, vom sowjetischen Wohlwollen zu profitieren. An zwei Beispielen läßt sich dies aufzeigen. Im Mai 1950 erhielt der Kontaktmann der SKK, Buschmanow, ein Schreiben der DBD[58]. Das Schriftstück zeugt von einer subtilen Einflußnahme und zielte sowohl auf die Sicherung der DBD-Position gegenüber den bürgerlichen Blockparteien wie gegenüber einer übermächtig auftretenden SED.

Die DBD griff drei Punkte auf: Zum ersten erläuterte sie ihre bisherige Entwicklung und hob die Rolle hervor, die sie bei der Vorbereitung der Wahlen am 15. Oktober 1950 einnehmen könne. Sie unterstrich, daß in ihren Reihen „weitgehend Klarheit über die Notwendigkeit gemeinsamer Wahlvorschläge"[59], also über die Einheitsliste, herrsche. Dies wirkte auf die SKK zweifellos beschwichtigend. Dann rekurrierte die Argumentation auf die Meinung der Basis, um bei der SKK auf Gehör zu stoßen: „Überall aber wurde die Forderung nach einer weitgehenden Gleichstellung mit den bürgerlichen Parteien bei der Aufstellung der Kandidatenlisten gefordert. Die Forderung stützt sich auf die Tatsache, dass unsere Partei in vielen Kreisen auf dem Lande heute schon stärker als die LDP oder CDU ist, obwohl die DBD bei weitem noch nicht in allen Dörfern durch Ortsgruppen verankert ist." Um Verdächtigungen auszuräumen, fügte sie an, daß die Zahl der Sitze in Volks- oder Länderkammern keine „entscheidende Frage" und „schon gar keine Prestigefrage" sei. Die DBD kritisierte zugleich die Pläne der SED zur Mandatsverteilung in den Parlamenten, die je 16% für LDP und CDU und nur je 9% für DBD und NDPD vorsahen. Man monierte, daß eine „solche Regelung [...] die bisherige Auffassung, dass die alten bürgerlichen Parteien unbedingt stärker als

---

30 IV 2/7/170, Bl. 3–5, Besprechung der Abt. LW des ZS mit den Abteilungsleitern der Landes- und Provinzialverbände, 30. 10. 1946. Aussage Martins, in: Unrecht als System, Teil II, S. 32f. Danach präsentierte Major Nikodenkow Martin seinen künftigen Geschäftsführer Walter.

[56] So wurde z. B. Weißhaupt als Minister bespitzelt, allerdings ist nicht gesichert, ob die Ergebnisse die SKK erreichten. BStU MfS AP 82/58, Weißhaupt, Bl. 6, Treffbericht 1. 12. 1951 von IM „Tröger".

[57] Wettig, Unity, S. 128.

[58] Stellungnahme zu einigen politischen Problemen lt. Schreiben vom 30. 5. 1950 in ACDP VI-052–0001c, Anschreiben Scholz an Buschmanow, politischer Berater bei der SKK, 26. 5. 1950, unter Bezugnahme auf eine vorher stattgefundene Unterredung, ebd.

[59] ACDP VI-052–0001c, Stellungnahme zu einigen politischen Problemen lt. Schreiben vom 30. 5. 1950. Das folgende ebd.

die beiden jungen Parteien sind", weiter verankere. Zudem spielten die Verfasser die Bedeutung der DBD gegen den geringen Einfluß der SED auf dem Land aus: „Es bleibt zu prüfen, ob die SED [...] in der Lage ist, eine gehemmte Entwicklung unserer Partei auf dem Lande auszugleichen. Aufgrund unserer Erfahrung kann das z. Zt. noch nicht bejaht werden. Aus Gründen, die in objektiven und oft lokalen subjektiven Faktoren liegen, [...] ist die Stimmung grosser Teile der werktätigen Bauern bezw. Landbevölkerung gegen die SED noch immer nicht sehr freundlich." Um den Wahlausgang nicht zu gefährden, halte man daher eine stärkere Berücksichtigung der DBD auf einer gemeinsamen Wahlliste für unumgänglich. Ganz eindringlich warnte man davor, die ins Auge gefaßten Regelungen für die Volkskammer und Landtage auf die Kreise und Gemeinden zu übertragen. Das gefährde die DBD ernsthaft und helfe nur den bürgerlichen Parteien.

Ein zweiter Abschnitt befaßte sich mit den Problemen der politischen Arbeit der DBD. Die Schwierigkeiten würden infolge unpopulärer Maßnahmen wie der geltenden Differenzierung, die nach Auffassung der DBD die bäuerlichen Betriebe mit 10–20 ha LNF ungebührlich hoch belastete, und infolge Preiserhöhungen zunehmen, da sich die gedrückte Stimmung auf dem Land auch gegen die DBD wende. Auch in diesem Zusammenhang unterstrich man, wie wichtig eine stärkere Mitwirkung der DBD sei und ließ einfließen, daß die Neuregelung für die Pflichtablieferung 1950 im wesentlichen ohne Hinzuziehung der DBD ausgearbeitet worden sei. Es schade der DBD und damit der Umsetzung agrarpolitischer Direktiven, wenn sie ständig Maßnahmen hinterherhinken müsse, statt sie propagandistisch vorbereiten zu können.

Zum dritten sprach man als Haupthindernis eines schnelleren Parteiabbaus die „Kaderfrage" an. Neben erheblichen finanziellen Schwierigkeiten belaste vor allem der Mangel an „geschulten und politisch voll bewußten" Funktionären die Arbeit. Man versäumte es nicht, der SKK mitzuteilen, daß die bei der Gründung der DBD von der SED abgestellten Funktionäre politisch schwach und zuweilen sogar oppositionell aufgetreten seien. Da die DBD noch nicht imstande sei, einen umfassenden Funktionärskörper auszubilden, sei man hier, wenngleich „in beschränktem Masse", auf SED-Hilfe angewiesen.

Wie die SKK reagierte, läßt sich nicht eindeutig klären. Blickt man auf die Lösung der angesprochenen Probleme, so ist ersichtlich, daß in jenen Punkten Abhilfe eintrat – zum Teil nachweislich durch die SKK –, in denen es um den künftigen Werdegang der DBD ging. So half die SKK beim Aufbau des parteiinternen Schulungswesens, und weitere Antifa-Schüler stießen zur DBD[60]. Unverändert starr blieb hingegen der Kurs gegenüber der Bauernschaft: Man verordnete weiterhin Maßnahmen zu Lasten der Mittelbauern (10–20 ha), unter denen auch die kleineren mittelbäuerlichen Betriebe (10–15 ha) litten. Sowohl die Führungsrolle

[60] Der bisherige Schulleiter Hans Rietz wurde Ende 1950 als Leiter der Abt. Schulung und Werbung zum PV versetzt. Nach ihm führte der Antifaschüler Alois Melz die Zentralschule der DBD. Zu Rietz vgl. BStU MfS AP 14985/92, Personalakte Rietz, Bl. 2f., Lebenslauf [Abschrift] 4. 12. 1950. BStU ASt Pdm. AIM 556/65 Bd. I, Melz Bl. 52–54, Bericht des MfS-Mitarbeiters „Marthan" über Melz, 5. 11. 1972. Melz arbeitete bis 1950 an sowjetischen Antifaschulen als Assistent.

der SED wie auch die im Vergleich zur DBD gewichtigere Position der bürgerlichen Parteien blieben unangetastet. Aus der Sicht der SKK wäre es unklug gewesen, CDU und LDP und die ihnen zugewiesene Funktion ungebührlich zu schwächen. Denn weder DBD noch NDPD waren angesichts des maroden organisatorischen Zustands und ihres programmatischen Zuschnitts in der Lage, die politischen Aufgaben der bürgerlichen Blockparteien auch nur annähernd auszufüllen.

Zwei Wochen vor den Wahlen am 10. Oktober 1950 empfing SKK-Chef Tschuikow höchstpersönlich eine Abordnung der DBD. Ein vorbereitendes Schreiben des Parteivorstands formulierte erneut Wünsche, die drei Kernpunkte aufgriffen: Im ersten Punkt brachte der Parteivorstand den desolaten organisatorischen und personellen Zustand der Partei zur Sprache. Man erbat konkrete Hilfe bei der Suche nach einem Kaderleiter, für den Aufbau der Landesschulen und bei der Anschaffung von Fahrzeugen für die Kreisverbände, die bislang – immobil wie sie waren – die Basis kaum erreichen konnten. Ein zweites Anliegen berührte das Verhältnis zur SED, vor allem zu den Kreisleitungen, die „in der DBD statt eines Verbündeten einen unerwünschten Konkurrenten sehen". Die DBD hoffte auf ein klärendes Wort der SKK und versprach: „Es würde aber für die politische Entwicklung auf dem Dorfe insgesamt von Nutzen sein, wenn innerhalb aller Parteieinheiten der SED eine grundsätzliche Klarheit über die Rolle und die Aufgaben der DBD bzw. über das Verhältnis der beiden Parteien zueinander im Sinne des Bündnisses von Arbeitern und Bauern geschaffen würde."[61] Ein dritter Abschnitt betraf agrarwirtschaftliche Fragen, mit denen die DBD auch aufgrund ihrer Regierungsverantwortung befaßt war. Man zählte auf sowjetischen Beistand in der Durchführung des Bodenreformbauprogramms nach SMAD-Befehl Nr. 209. Das betraf ureigenste Interessen der DBD. Im „Bodenreformland" Mecklenburg war der Minister ohne Geschäftsbereich Beer hauptsächlich mit dieser Mammutaufgabe befaßt. Weiter hielt man die „umgehende Einführung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer auf der Grundlage des Hektar-Ertragswertes und einer einheitlichen Bonitierung für notwendig". Da zahlreiche Bauern mit der Bezahlung ihrer Sozialbeiträge im Rückstand waren, propagierte man eine Neuregelung der Sozialversicherungsbeiträge, deren Bemessungsgrundlage sich nach der einzuführenden Einheitssteuer richten sollte. Als letzten, aber „im Dorf" angeblich am meisten diskutierten Punkt, sprach man die sogenannte „Differenzierung" an. Die DBD trat für die Einführung von Zwischenstufen in den bisherigen Betriebsgrößengruppen ein, um das Ablieferungssoll besser an die Leistungsmöglichkeiten der Betriebe anzupassen. Insgesamt belegt dieses Schreiben, wie bemüht die DBD war, den Einfluß der SKK für Parteibelange zu nutzen und sich mit eigenen Vorschlägen zu profilieren.

Mit ziemlicher Sicherheit dürfte die SKK auch in eine weitere Aktion involviert gewesen sein. Rose unterstellte der SED, „dass die DBD an die Wand gedrückt werden soll"[62]. Offensichtlich plante die SED 1952, Kurt Vieweg statt Paul Scholz mit dem neu eingerichteten Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des Mini-

[61] ACDP VI-052-0001c, DBD-PV an Tschuikow, 26. 9. 1950.
[62] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 38, Treffbericht der Abt. VI, 29. 4. 1952.

sterrates für den Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft zu betrauen. Dies hätte in der Tat die Überlebensberechtigung der DBD im Kern getroffen, so daß Rose sowohl den Staatssicherheitsdienst als auch die SKK um Hilfe bat. Die DBD konnte ihre Position in hohen Staatsämtern wahren: Scholz gelangte auf das prestigeträchtige Regierungsamt und wurde im Ministerium Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft. Wilhelm Schröder folgte auf Scholz 1952 für ein Jahr als Landwirtschaftsminister. Dieses, für die DBD legitimatorisch wichtige Ressort blieb ihr bis zum Ende des Untersuchungszeitraums vorbehalten.

Die Herrschaft der SKK war despotisch: So sehr die DBD von deren wohlwollendem Einfluß profitieren konnte, so sehr liefen ihre Funktionäre Gefahr, politisch ausgeschaltet zu werden. An zwei Episoden sei dies demonstriert. Paul Scholz geriet Mitte Mai 1953 in die Schußlinie der SED, die ihn verdächtigte, den Ministerrat hinsichtlich der Erfüllung der Frühjahrsbestellung unzureichend informiert zu haben[63]. Bei falscher Berichterstattung drohte harte Bestrafung durch sowjetische Behörden. Daher forderte Scholz vom Vorsitzenden des Ministerrates Grotewohl eine Zurückweisung der Verdächtigungen, zumal er als Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu sowjetischen Überprüfungsstellen stand. Generalsekretär Rose war in einer Auseinandersetzung mit Wilhelm Densdorf, der 1952 dem DBD-Sekretariat sowie dem Sekretariat und Zentralvorstand der VdgB(BHG) angehörte, darauf bedacht, daß sein Verhältnis zur SKK nicht erneut in ein schiefes Licht geriet; schon zuvor, nach der 2. Parteikonferenz der SED, war er vom ZK und von sowjetischen Dienststellen kritisiert worden[64]. Im Frühjahr 1953 wurde Rose unterstellt, einen stramm sozialistischen Kurs der DBD zu dulden, weil Densdorf auf einer Parteivorstandssitzung, auf der, ohne Erwähnung im Protokoll, sowjetische Vertreter anwesend waren, zum Ausschluß aller „Großbauern" aus der DBD aufgerufen hatte[65]. Außerdem warf ihm die SKK vor, sie unzulänglich informiert zu haben. Um Rose von diesen Anschuldigungen reinzuwaschen, unterstrich man auf einer Sekretariatssitzung seine Zuverlässigkeit; gleichzeitig schloß man Densdorf aus dem kleinen und großen Sekretariat aus und strafte ihn mit einem strengen Verweis[66]. Insgesamt beleuchten diese Episoden die anhaltende Steuerung und Über-

---

[63] SAPMO NY 4090/363, Bl. 91–93, Schreiben Scholz als Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle im MLF persönlich an Grotewohl, 13. 5. 1953.

[64] Vgl. Kap. VI.2, S. 344.

[65] BStU ASt Nbg. AIM 712/85, I Densdorf, Bl. 69–72, selbstkritische Stellungnahme, 8. 2. 1953, hier Bl. 71. Demnach waren bei einer Sekretariatssitzung, in der die Konferenz der 1. Vorsitzenden, vermutlich von LPG, ausgewertet wurden, sowjetische Vertreter anwesend. SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, unpaginiert, Bestand ZK-SED, Abt. BO, Aktentitel Kader A-G DBD, Bezirke in Kreise, enthält Vorschläge für Volkskammer, von 1952–64, abgelegt unter Densdorf: undatiertes Protokoll Sekretariatssitzung DBD mit Bezug auf die PV-Sitzung [Frühjahr 1953].

[66] Ebd., „Zur Frage der Information der SKK stellt das Sekretariat fest, dass bei Kollegen Rose nicht in einem einzigen Falle Anzeichen festzustellen waren, die auf eine Behinderung der Informationen der SKK abgezielt hätten. Vielmehr wurden von ihm große Anstrengungen gemacht, um die Informationen der SKK zu verbessern. Seine Ausführungen richteten sich gegen unwahre und entstellte Informationen der SKK."

wachung der DBD durch die SKK. Die Ausschnitte illustrieren, wie selbstverständlich sowjetische Behörden den inneren Kurs der DBD beobachteten und intervenierten, und vermitteln einen Eindruck von den Angstzuständen, in die treue Kommunisten geraten konnten.

Die Abhängigkeit der DBD von der SKK ist bis zu deren Ablösung 1953 spürbar. Obwohl die SKK die Bauernpartei förderte, verlief dies streng im Rahmen der Funktion, die man ihr im Parteiensystem zuschrieb und die letztlich den politisch gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß auf der Basis der SED-Herrschaft sicherte[67]. Zwar erlaubten die „konsultativen" Formen sowjetischer Anleitung es den sonst passiven Befehlsempfängern, einen eigenständigen Part einzunehmen, dennoch besteht am Befehlscharakter auch dieser Umgangsform kein Zweifel[68]. Schon vor der Ablösung der SKK im Frühjahr 1953 zeichnete sich die weitere Zurückdrängung der DBD ab. Gleichwohl ist zu erkennen, daß sich die sowjetischen Einrichtungen in Berlin von seiten der zuständigen SED-Stellen über maßgebliche Entwicklungen in der DBD wie in den anderen Blockparteien unterrichten ließen und entsprechende Berichte an das ZK der KPdSU schrieben[69]. Im Krisenjahr 1956 fungierte die sowjetische Botschaft auch als unmittelbare Anlaufstelle für die Anliegen der DBD[70]. Sowjetischer Vertrauenspersonen beraubt, griff die DBD später zu ungewöhnlichen Mitteln, um der Übermacht der SED nicht völlig zu erliegen. So nutzte Paul Scholz 1957 als stellvertretender Ministerpräsident bei einem Zusammentreffen mit Grotewohl unter Anwesenheit Chruschtschows die Gelegenheit zu verlangen, daß ein „Genosse" seines Büros – also nicht einmal ein DBD-Kollege – zu einschlägigen Beratungen der ZK-Abteilung für Landwirtschaft hinzugezogen werden solle[71].

2. Politische Beziehungen und personelle Kontakte zur SED

Eine Analyse der politischen und zugleich persönlichen Kontakte zwischen dem Führungspersonal der DBD und SED-Spitzenfunktionären zeigt die Positionierung der DBD im Herrschaftssystem auf. Im Mittelpunkt muß der agrarpolitische Kurs der SED stehen, der den Handlungsrahmen der DBD vorgab, und eng mit bestimmten Personen verknüpft war. Da agrarpolitische Zäsuren mit der jeweiligen Funktionsbesetzung in der SED zusammenhingen, demonstriert der Blick auf personelle Konstellationen das Einwirken und die Steuerung aus einer anderen

---

[67] Reichelt verharmlost die Bedeutung sowjetischer Anleitung und Kontrolle, indem er die fürsorgliche Bedachtheit der sowjetischen Stellen gegen den politischen Stil der SED ausspielt. Reichelt, Blockflöte, S. 37.

[68] Foitzik, Befehls- und Kommunikationsstrukturen, S. 325f.

[69] Siehe die für die Studie themenbezogen verwendeten Berichte aus: International Department.

[70] International Department, Rolle 109 (RGANI 5–26–427, Bl. 92–94), Gespräch Scholz mit Kulikow, Sekretär der sowjetischen Botschaft, 26. 3. 1956.

[71] SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Mückenberger an Mellentin, 13. 8. 1957.

Perspektive, jenseits von Anleitungs- und Kontrollmechanismen[72]. Die Ausprägung dieses Beziehungsgeflechts war je nach Zeit, Problemlage und involvierten Personen vielschichtiger, als eine Charakterisierung der DBD als Transmissionspartei auf den ersten Blick nahelegt.

Nachdem Goldenbaum im Spätherbst 1950 den Posten des Landwirtschaftsministers an Paul Scholz abgeben mußte, sah sich die Leitung der DBD in einer ernsten Krise, die das Selbstverständnis der Partei untergrub. In dieser Situation entlud sich im Sekretariat des Parteivorstandes massive Kritik an Goldenbaum. Dabei beklagten vor allem die in Regierungsverantwortung stehenden Mitglieder des Sekretariates, voran der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung, Rudolf Albrecht, daß es die DBD-Spitze nicht verstanden habe – und damit zielte er auf Goldenbaum – einen engen persönlichen Kontakt zu wichtigen SED-Genossen herzustellen[73]. Der SED warf man vor, die DBD ungenügend angeleitet zu haben. Selbst wenn diese Feststellung womöglich auf mangelndes Wissen über das tatsächliche Ausmaß der Anleitung zurückzuführen ist, so unterstreicht sie, daß die SED ihre unmittelbare Unterstützung für die DBD schon 1949 erheblich eingeschränkt hatte. Es ist zu erkennen, wie sehr das Verhältnis Goldenbaums zu Grotewohl und Ulbricht von Beginn an persönlich distanziert war und sich zusehends verschlechterte. Es war im zentralen Führungskreis der DBD 1948 kein Geheimnis gewesen, daß Goldenbaum nicht der eigentliche „Gewährsmann" der SED in der DBD war. Die „Vertrauenspersonen" der SED im engeren Sinne waren 1948 Scholz, Helmschrott und Scheffler. Sie wurden von der SED sorgfältig, einer nach dem andern ausgewählt. Sie alle waren in höherem Maße Parteifunktionäre und -organisatoren als Goldenbaum und sollten als solche über den politischen Kurs der DBD wachen[74].

Das Verhältnis zwischen Goldenbaum und Grotewohl war von Anfang an gestört. Goldenbaum wurde weder als Agrarpolitiker noch als kommunistischer Parteifunktionär akzeptiert. Laut Berichten Reichelts an das MfS zerbrach Goldenbaums Kontakt zum SED-Vorsitzenden schon während der Reise einer Delegation von Führungskräften aller Parteien nach Moskau im November 1948. Goldenbaum sank in Grotewohls Achtung, als er in einem Moskauer Hotel schwerbetrunken Radau schlug, wodurch sich Grotewohl, der das benachbarte Zimmer bewohnte, belästigt fühlte und umzog[75]. Es verwundert daher nicht, daß Golden-

---

[72] Die mangelhafte Überlieferung begrenzt dieses Vorgehen, da keine Mitschriften von persönlichen Gesprächen auf der obersten Anleitungsebene vorliegen. Allerdings erlauben meist Indizien und andere Überlieferungsstränge, die diese Vorgänge widerspiegeln, plausible Rückschlüsse. Die Quellenbasis der Anleitungsstrukturen durch entsprechende ZK-Abteilungen ist für die Zeit bis 1952 ausgesprochen dünn.

[73] So Wilhelm Schröder und Rudolf Albrecht, ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950. Schröder: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir einen konkreten Auftrag haben. Umso mehr muß ich mich über die schlechte Verbindung des Gen. Goldenbaum zu den Gen. Grotewohl und Vieweg, zu den Gen. des ZK und zu unseren sowjetischen Genossen wundern."

[74] Reichelt, Blockflöte, S. 32–35.

[75] BStU MfS AIM 127/54, Reichelt Personalakte, Bl. 25: Notiz über Besprechung mit ihm, 28. 10. 1950. ACDP VI-052–0519, Protokoll Sekretariat, 26. 10. 1948. Reisebericht in „Bauern-Echo", 23. 11. 1948.

baum in den ersten SED-Aufstellungen zur Zusammensetzung der Regierungsmannschaft 1949 nicht berücksichtigt wurde, sondern der Thüringer DBD-Landesvorsitzende Herbert Hoffmann als Landwirtschaftsminister vorgesehen war[76]. Erst nach Verhandlungen mit der SED konnte die DBD erreichen, daß ihr Parteivorsitzender ebenso Minister wurde wie die Vorsitzenden der anderen Blockparteien[77]. Goldenbaum spürte Grotewohls herablassende Behandlung fortwährend, auch nach seiner Zeit im Ministerium[78]. Wie sehr der Umgang beider unterkühlt korrekte Züge trug, zeigt sich vor allem im Unterschied zur geradezu zuvorkommenden Behandlung seines Nachfolgers Paul Scholz. Ihn schätzte Grotewohl als Berater in landwirtschaftlichen Fragen[79]. Goldenbaums Ablösung als Minister entschieden Grotewohl und Ulbricht; sie kam keineswegs abrupt und aus heiterem Himmel, wie Reichelt heute schreibt, sondern wurde von Goldenbaum erwartet, wie Reichelt seinerzeit das MfS inoffiziell wissen ließ[80]. Goldenbaums Abgang als Minister war unweigerlich mit dem politisch erzwungenen Rücktritt seines Staatssekretärs Paul Merker verknüpft, obwohl Goldenbaum zu dem SED-Mann kein nahes Arbeitsverhältnis hatte[81]. Die institutionelle Verbindung wirkte sich für beide verhängnisvoll aus. Die offiziell gegen Merker vorgebrachte Anklage wegen Unfähigkeit und politischen Verfehlungen in seinem Amt als Staatssekretär mußte auch auf seinen Vorgesetzten zurückfallen[82]. Obwohl das Vorgehen gegen Merker ursächlich ganz anders motiviert war[83], wurde Goldenbaum in die Kampagne gegen diesen mithineingerissen. Im Grunde schlug die SED dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Vorwürfe gegen Merker halfen, zwei unliebsame Personen zu diskreditieren. Allerdings schreckte man davor zurück, in den Anklagen gegen Merker auch Goldenbaum öffentlich zu belasten. Denn die Behauptung seiner Unfähigkeit, ein Landwirtschaftsministerium zu führen, hätte ihn zwangsläufig auch als Parteivorsitzenden demontiert. Das war vermutlich von der SED auch beabsichtigt, doch sollte dies nicht augenscheinlich von außen induziert ablaufen, sondern innerhalb der DBD verfolgt werden.

---

[76] „Reise nach Moskau vom 16.–28. 9. 1949 einschl. Vorschläge des PB, o.D.", in: Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 293–309, bes. S. 304, 309.

[77] Die DBD suchte diese Vorgänge nachträglich durch Bereinigung ihres Archivs zu vertuschen.

[78] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 56, Treffbericht, 17. 4. 1952.

[79] Siehe Tenor und Intensität des Schriftverkehrs von Scholz mit Grotewohl, aber auch der ZK-Abt. LW und Ulbricht, BA DK-1/85, z.B. Bl. 31ff., Scholz an Grotewohl, 25. 10. 1954, Bl. 64, Mückenberger an Scholz, 25. 8. 1954, Bl. 194, Scholz an Grotewohl, 2. 8. 1953, Bl. 203, Scholz an Grotewohl, 31. 7. 1953. Vgl. dagegen Stil und Form der Briefe Goldenbaums an Grotewohl, ohne Anrede und Grußformel, SAPMO NY 4090/362, Bl. 1, Goldenbaum an Grotewohl, 5. 11. 1949. Auch der Chef der ZKK, Fritz Lange, kritisiert die Arbeit des Ministeriums unter Goldenbaum bei Grotewohl, SAPMO NY 4090/365, Bl. 12, Fritz Lange an Grotewohl, 10. 10. 1950.

[80] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 25, Notiz über Besprechung mit Reichelt, 28. 10. 1950.

[81] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat 29. 11. 1950, Redebeitrag Albrecht.

[82] Scholz, Bauernopfer, S. 114.

[83] Herf, Erinnerung, S. 139ff., 151ff.; ders., Antisemitismus, S. 638ff.; Stern, Dogma, S. 100–109, bes. S. 104–106.

Während die Vorsitzenden der anderen Blockparteien vergleichsweise zuvorkommend mit repräsentativen Ämtern bedacht wurden, rissen die Affronts der SED-Führungsspitze gegen Goldenbaum als Parteivorsitzenden nicht ab[84]. Durch die Querelen um Entzug und Vergabe von Regierungsämtern an die DBD gelang es der SED aber offenbar auch, darüber hinwegzutäuschen, daß sämtliche Ministerien ohnehin zunehmend Erfüllungsgehilfen des SED-Parteiwillens waren. Während Goldenbaum gerade als Kommunist darunter litt, vom SED-Vorsitzenden nicht akzeptiert zu werden, trieb die SED die innere Gleichschaltung der DBD voran[85]. Die inneren Auseinandersetzungen in der DBD, die davon ablenkten, daß damit letztlich die Vorherrschaft der SED zementiert wurde, kamen der SED nicht nur gelegen, sondern wurden vor ihr auch unterstützt.

Grotewohl befaßte sich zumindest bis einschließlich 1951 in seiner Funktion als Ministerpräsident intensiver als Ulbricht und Pieck mit der Blockpolitik[86]. Die persönliche Animosität zwischen Goldenbaum und Grotewohl belastete daher auch ein zentrales Handlungsfeld der DBD und somit ihre politische Bedeutung. War Grotewohls Umgang mit Goldenbaum schon schwierig, so strafte Ulbricht im Grunde die DBD insgesamt mit Geringschätzung. Kommunisten, die ihren Einsatz nicht primär auf das Wohl der Arbeiterklasse konzentrierten, waren in seinen Augen Genossen zweiter Ordnung. In der Führungsriege der DBD arbeiteten hingegen eine Reihe von Kommunisten, die davon überzeugt waren, daß der Bauernschaft als potentiell engstem Verbündeten der Arbeiter trotz der führenden Rolle der Arbeiterklasse ein eigener Rang gebühre, dem man in politischen Konzeptionen gerecht werden müsse. Ulbricht verkörperte das tief verwurzelte ideologische Mißtrauen von Kommunisten gegen jede Art von bäuerlichen Eigentümern. Diese Haltung traf auch jene kommunistischen Funktionäre in der Bauernpartei, die bei ihrer Tätigkeit im Parteiauftrag der SED handelten. Das mag daher rühren, daß die von sowjetischen Stellen entschiedene und vorangetriebene Gründung der DBD von Beginn an seitens der SED eigentlich unerwünscht war.

Ulbrichts Informationsstand über die Vorgänge in der DBD war äußerst niedrig. Er hatte für sich wohl erkannt, daß die Herausforderung im Fernziel, einen

---

[84] 1949 gelangte er nur ins Volkskammerpräsidium, die DBD war nicht im Länderkammerpräsidium vertreten. 1952 wurde er als einziger Parteivorsitzender bei der Bildung der Wahlkommission in der Volkskammer nicht berücksichtigt (BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 56, Bericht über Goldenbaum, 17. 4. 1952). Erst 1958 erhielt er anläßlich seines 60. Geburtstages den Vaterländischen Verdienstorden in Gold, den bis dahin bereits alle anderen Parteivorsitzenden erhalten hatten (Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 649); dazu die Abstimmung im Sektor BO, SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, Vorschlag des Sektors BO, 20. 11. 1958, dazu auch die biographischen Angaben Rothes an Köhler, 27. 11. 1958, ebd.; 1961 wurde nicht er, sondern Rietz in den Staatsrat berufen.

[85] Unter anderem weil Grotewohl ihn weiter nachlässig behandle, wolle Goldenbaum seine Funktion als Parteivorsitzender nach der Frühjahrsbestellung niederlegen, berichtete Reichelt dem MfS 1952, BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 56, Bericht über Goldenbaum, 17. 4. 1952.

[86] Vgl. Niederschriften zu Blocksitzungen in SAPMO NY 4090/501–507. Lt. Beschluß ZS wurde Dahlem Ende 1951 für den Block zuständig. SAPMO DY 30 J IV 2/2/31, Protokoll PB, 5. 7. 1949, Bl. 1, Grotewohl Berichterstatter über PT der DBD.

sozialistischen Staat zu errichten, neben dem industriellen und gewerblichen Bereich auch in der sozialistischen Lösung der Agrarfrage lag. Denn die sowjetischen Erfahrungen warnten klar davor, die Widerstände der bäuerlichen Bevölkerung gegen ihre Einpassung und willfährige Ausnutzung im kommunistischen System zu unterschätzen[87]. Er befaßte sich seit 1945 immer wieder mit Agrarpolitik. In Vorbereitung des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD im April 1946 war geplant, daß er anstelle von Paul Merker zusammen mit dem SPD-Mann Helmut Lehmann eine Hauptabteilung IV des Zentralsekretariates der SED leiten sollte, worunter das Aufgabengebiet Landwirtschaft fiel[88]. Ulbricht ließ die politische Einstellung der DBD-Grundorganisationen ein Jahr nach der Parteigründung durchleuchten, um zu prüfen, ob die Basis Anlaß zu Bedenken gebe[89]. Karl Gutjahr, Mitarbeiter seines Büros, arbeitete ihm in agrarpolitischen Fragen zu und informierte ihn im Untersuchungszeitraum sorgfältig zu landwirtschaftlichen Belangen[90]. Dieses Interesse konzentrierte sich jedoch fast ausschließlich auf die Bereiche des sogenannten „sozialistischen Sektors". Dazu gehörten die verstaatlichten Volkseigenen Güter (VEG) und die Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), 1953 in Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) umbenannt. Ulbrichts Aufmerksamkeit galt auch den LPG Typ III, die sich durch einen hohen Grad an vergenossenschaftlichtem und nur noch geringen Anteil an privatem Eigentum auszeichneten. Das spezifische Aufgabenprofil der DBD im Hinblick auf die selbständigen Klein- und Mittelbauern interessierte ihn nur insofern, als die DBD damit der SED nützte. Denn die Bauernpartei hielt der SED den Rücken frei für den eigentlichen sozialistischen Auftrag in der Landwirtschaft und sie betrieb ihre Politik im Rahmen einer ideologisch klar gekennzeichneten sozialistischen Vorstufe. Die DBD sollte unter der ländlichen Bevölkerung schichtnivellierend wirken. Denn den ideologischen Vorstellungen gemäß würden alle Bauern nur bei annähernd gleichen Besitzverhältnissen den Schritt zur Produktionsgenossenschaft auf die vielbeschworene „freiwillige" Weise vollziehen[91]. Ulbricht glaubte felsenfest daran, daß nur die Partei der Arbeiterklasse den eigentlichen Durchbruch zum Sozialismus in der Landwirtschaft herbeiführen konnte. Diese ideologische Disposition beherrschte das Verhältnis zur DBD und schränkte deren politische Reichweite zusehends ein. Ulbrichts Vorstellung brachte die DBD in ein Dilemma: Je mehr sie mithalf, das Schiff in Richtung Sozialismus zu steuern, desto obsoleter wurde ihre Position, denn für den Sozialismus kam in Ulbrichts Sicht neben der SED keine andere Kraft in Frage.

---

[87] Grundlegend dazu: Viola, Rebels.

[88] SAPMO DY 4182/901, Bl. 22f., Aufstellung über Zuständigkeiten in Hauptabteilungen [undatiert], im Vergleich mit Bl. 10f., Arbeitsverteilung im ZS der SED, 11. 4. 1946.

[89] SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 40, Notizen über eine Abteilungsbesprechung mit Ulbricht, 3. 8. 1949.

[90] SAPMO NY 4182/1082, Ausarbeitungen Gutjahrs zur Entwicklung der Landwirtschaft 1956–1965. Bisweilen berichtet Gutjahr auch zum Auftreten der DBD-Funktionäre. Ebd., Bl. 31–45, Bericht Gutjahrs vom 25. 10. 1957 über DAL, ebd., Bl. 55–61; SAPMO NY 4182/1056, Bl. 163, Information des Genossen Gutjahr, 29. 3. 1957.

[91] Dazu näher Gey/Quaisser, Konzeptionen, S. 19ff.

Der Führungsspitze der DBD blieb der Zugang zu Ulbricht in der Regel versperrt[92]. Die entsprechenden ZK-Abteilungen fällten Entscheidungen ohne nachvollziehbare Konsultation Ulbrichts. Nur gelegentlich wandte sich dieser der Personalbesetzung der DBD zu. Offenbar sah er Paul Scholz als verläßlichen Hauptgeschäftsführer und erkundigte sich noch Monate nach dessen Ablösung über die Gründe. Die Besetzung des Generalsekretärsposten mit Berthold Rose verlief ohne sein Mitwissen[93]. Ulbricht wollte keine anderweitig qualifizierten Kader an die DBD vergeuden. Er kannte Felix Scheffler, dem der Ruf vorauseilte, im Zweiten Weltkrieg bei den sowjetischen Partisanen gekämpft zu haben, noch aus sowjetischen Antifa-Lagern. Ulbricht war ihm dabei behilflich, die DBD-Führungsriege möglichst unauffällig wieder zu verlassen. Scheffler brachte in seinem Übertrittsgesuch an die SED vor, er sei im Sommer 1948 mangels anderer agrarpolitisch geschulter und politisch zuverlässiger Kandidaten als Organisationsleiter der DBD eingesetzt worden[94]. Wenig später schlug ihn Ulbricht der SKK für militärische Funktionen vor[95], die in der Phase verdeckter Aufrüstung als bedeutsamer einzuschätzen waren. Nach der Absetzung von Paul Merker als Sekretär für Landwirtschaft vertrat Ulbricht bis zum Amtsantritt Erich Mückenbergers im Jahr 1953 Merkers Aufgabenbereich im Politbüro[96]. Ulbricht förderte in dieser Funktion keineswegs die DBD als agrarpolitische Kraft, sondern unterstützte die SED-gesteuerte Massenorganisation VdgB(BHG) und deren Generalsekretär Kurt Vieweg. Für die Führung der VdgB(BHG), die stets in einem Rivalitätsverhältnis zur DBD stand, und vor allem für ihren überaus ehrgeizigen Generalsekretär Vieweg mußte die unübersehbare Distanz Ulbrichts zur Bauernpartei wie eine nachträgliche Genugtuung für die 1948 hingenommene Gründung einer Konkurrenzorganisation wirken. Vieweg benutzte diese Konstellation zur Steigerung seines Einflusses: Nach dem III. Parteitag der SED beschloß die SED-Führung, eine Westabteilung der VdgB(BHG) einzurichten, die Vieweg ein neues

---

[92] Zumindest liegen nur Informationen vor, daß man ihn konsultieren wollte. Belegt sind Gespräche in Vorbereitung des III. PT der DBD 1953, vgl. Kap. VI.2, S. 349f., siehe auch ACDP VI-052–0520, Protokoll Sekretariat, 3. 5. 1950.

[93] SAPMO NY 4182/1134, Bl. 167, Leiter der Abt. LW des ZK, Schäfer, an Ulbricht, 30. 5. 1951.

[94] BStU MfS AKK 17257/85B, Scheffler, Bl. 14–20, Lebenslauf 12. 9. 1951. Er gab an, nach einer Tätigkeit als Direktionssekretär der Parteihochschule der SED Karl-Marx, im August 1948 vom Zentralsekretariat für die DBD abgestellt worden zu sein, „da ich durch einen 2-monatigen praktischen Einsatz in einem Agrarkreis im Augenblick als geeignetster Kandidat erschien." Ulbricht muß ihn danach zwischen September 1941 und 1945 in den Lagern 95, 87, 100, 75, 27 u. a. kennengelernt haben. Scheffler war zweimal an einer Zentralschule und Mitbegründer des NKFD.

[95] SAPMO NY 4182/1195, Bl. 42, Ulbricht an Vorsitzenden der SKK, Tschuikow, 26. 5. 1950. Scheffler als 2. Stellvertreter für Polit-Kultur der Hauptverwaltung für Küstenschutz.

[96] Einleitung des Findbuches zu ZK-Abt. LW SAPMO. Scherstjanoi, DDR, S. 356. Die Überlieferungsdichte der ZK-Abteilung nimmt in diesem Zeitraum sichtlich ab. Arbeitsverteilung ohne Merker siehe SAPMO NY 4182/901, Bl. 22f., hier Ulbricht anstelle Merkers in Hauptabteilung IVc durchgestrichen [Entwurf, undatiert, vor 11. 4. 1946, führt Bezeichnung HA statt der späteren Abteilungen der SED].

Handlungsfeld eröffnete[97]. Die Interimsbesetzung mit Ulbricht als Sekretär des ZK für Landwirtschaft führte dazu, daß die DBD im wichtigen agrarpolitischen Feld keinen hochrangigen Ansprechpartner hatte, auf den sie problemlos zugehen hätte können. Zutritt und Einblick in die oberste Entscheidungsebene der SED blieben ihr dauerhaft verschlossen. Von Ulbrichts Macht fiel kein Licht, nur Schatten auf die DBD.

Direkte persönliche Kontakte zur ZK-Abteilung für Landwirtschaft fanden unterhalb der Ebene Ulbrichts statt. Die ZK-Abteilung Landwirtschaft leitete überwiegend die staatliche Exekutive an. Da DBD-Politiker Staatsämter bekleideten, fand eine Anleitung hinsichtlich dieser Aufgaben statt, nur nachrangig wurde sie anfangs als verbündete Partei angeleitet. Der Austausch und die intensive Anleitung, die zwischen der DBD und den jeweiligen Abteilungsleitern für Landwirtschaft herrschte – unter der Ägide Merkers war dies Rudolf Reutter (1946 bis 1950), unter Ulbrichts Zuständigkeit Ernst Hansch (1950), Walter Krebaum (1950/51) und Albert Schäfer (1951–1953) – illustriert diese Herrschaftspraxis[98]. Zwar vernachlässigte Ulbricht die DBD, doch informierten ihn die Mitarbeiter seines Büros sehr wohl über bedeutsame agrar- und blockpolitische Vorgänge[99]. Ulbricht hielt auf Parteitagen und ZK-Sitzungen regelmäßig landwirtschaftliche Referate[100]. Es kam ihm mitunter sehr gelegen, daß ein DBD-Minister an der Spitze des MLF stand. Denn die permanenten Unzulänglichkeiten im agrarwirtschaftlichen Krisenmanagement konnten so bequem der DBD als Sündenbock zugeschoben werden, während Ulbricht für die SED den Part der gewissenhaften Kritikerin von Mißständen reklamierte. Vor allem gegenüber SED-Grundeinheiten erweckte die Parteiführung den Eindruck, die SED treffe Grundsatzentscheidungen, deren Umsetzung jedoch am DBD-geführten Ministerium scheiterte[101].

---

[97] Vgl. hierzu ausführlicher Scholz, Bauernopfer, S. 115–117, 138–172.

[98] SED, S. 881. Siehe z. B. BA DK-1/85, Bl. 250, Schäfer an Kurt Siegmund, 27. 3. 1953; BA DK-1/247, Bl. 69f., Protokoll der Sitzung mit den Hauptabteilungsleitern des MLF, 22. 4. 1952.

[99] Siehe dazu z. B. die zahlreichen Ausarbeitungen seiner Büromitarbeiter und das Material, das ihm die entsprechenden ZK-Abteilungen zur Verfügung stellten: SAPMO NY 4182/1039, Material zu 16. ZK-Tagung im September 1953; NY 4182/1041, Material der HA Agrarökonomik zur wirtschaftlichen Entwicklung des Agrarsektors 1953; NY 4182/1056, Materialien zu MTS und LPG 1954–56, zum Stand der SED-Parteiorganisationen in LPG 1956.

[100] So sprach selbstverständlich er auf der 2. Parteikonferenz über LPG und Landwirtschaft, Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz, S. 102–114, siehe auch Ulbrichts zweibändiges Werk: Bauernbefreiung.

[101] So z. B. SAPMO DY 30 IV 2/5/82, Konferenz mit den 1. Kreissekretären und den Vorsitzenden der Räte der Kreise, 23./24. 5. 1960, Bl. 131. Auf die Klage eines Teilnehmers, daß man mit Stallneubauten nicht vorankomme, entgegnete Ulbricht: „Das werden wir schon klären. Wir werden uns mit Minister Scholz in Verbindung setzen, der das schon vor einem Jahr durchführen sollte." Die Versammlung reagierte mit Heiterkeit. Tatsächlich war zu dieser Zeit Reichelt Minister, Scholz stellv. Vors. des Ministerrates. Im gleichen Tenor auch Carl Moltmann auf der 30. ZK-Tagung vom 30. 1.–1. 2. 1957, SAPMO DY 30 IV 2/1/170, Bl. 215.

In der Phase bis 1952 war die DBD wie alle „nichtproletarischen" Parteien Berichtsgegenstand unterschiedlicher Abteilungen der SED[102]. Danach wurde die Anleitung durch die Bildung des Sektors BO innerhalb der ZK-Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen grundlegend umstrukturiert und erreichte eine neue Qualität. Bis 1952 war es charakteristisch für die Anleitung der SED gegenüber den übrigen Blockparteien, daß ein direkter Austausch mit den jeweiligen staatlichen Funktionsträgern stattfand. Diese Praxis versuchte vorzutäuschen, daß die Regierungspolitik der DDR alle Blockparteien betraf und diese daher eine genuine politische Funktion einnahmen. Sie unterstrich im Unterschied zu den 1952 eingeführten unmittelbaren und stärker vom Parteiapparat in die Hand genommenen Anleitungsverfahren die persönlichen Kontakte zu staatlichen Amtsinhabern[103]. Der Inhalt dieser Form der Anleitung ist nicht zu rekonstruieren, weil dazu kaum mehr als Anhaltspunkte überliefert sind. Dennoch ist es aufschlußreich, welche Wege die Kommunikationen prinzipiell nahmen. Mit Fragen der Blockpolitik beschäftigte sich vornehmlich Helmut Lehmann, der als Vertreter der SED im zentralen Einheitsfrontausschuß hierzu bis 1949 eigene schriftliche Beiträge vorlegte, und Otto Grotewohl[104]. Letzterer nahm bis 1953 eine zentrale Rolle in der Blockpolitik ein. Am 13. Dezember 1951 änderte ein Beschluß des ZK-Sekretariats im Zuge eines umfassenden organisatorischen Revirements die Zuständigkeiten bezüglich der Landwirtschaftspolitik und der Anleitung der Parteien. Von da an zeichnete Franz Dahlem im ZK für die Anleitung der Blockparteien verantwortlich[105]. Auch wenn Dahlem als stärkster Konkurrent Ulbrichts im Mai 1953 aus allen Parteiämtern entfernt wurde[106], unterstrich diese Besetzung, welch hohen ideologischen Stellenwert man der Blockpolitik beimaß.

Die Art und Weise, wie die DBD in ihrem Vorgehen im Einheitsfrontausschuß stets einen SED-konformen Kurs verfolgte, läßt persönliche Absprachen hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens und der Inhalte von Referatsthemen zwangsläufig erscheinen, denn längere Stellungnahmen der DBD im Einheitsblock konnten nur auf dieser Basis ausgearbeitet worden sein. Allerdings spricht einiges dafür, daß die DBD bei dieser persönlichen Anweisung bis 1951 vergleichsweise vernachlässigt wurde. Dies impliziert zugleich eine geringere Kontrollwirkung. In dieses Bild fügen sich die Vorwürfe an Goldenbaum im Sekreta-

---

[102] So z. B. der Abt. Staatliche Verwaltung oder der Organisationsabteilung; letztere wurde 1950 in Organisations-Instrukteur-Abteilung umbenannt. Nicht bis Anfang 1953, so Krause, sondern parallel zum Aufbau des Sektors BO im Jahr 1952 nahm die Kompetenz der Abt. Staatliche Verwaltung des ZK für die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien sukzessive ab, wie sich aus den eingesehenen Akten ergab. Krause, Geschichte, S. 169.

[103] Auch bei Krause, Geschichte, S. 169, und ders., Zusammenarbeit, S. 126 f.

[104] SAPMO DY 30 IV 2/2022/41, Bl. 3, Schreiben Lehmanns an Merker, 25. 2. 1949, in dem er erwähnt, daß die Blockpolitik zu seinen Spezialthemen gehöre. Siehe auch Bl. 6–18 seinen Aufsatz „Die Blockpolitik der demokratischen Parteien und Massenorganisationen". In einem Schreiben an Pieck und Grotewohl bat er darum, seine Ausführungen gegenzulesen, um „kein Porzellan" zu zerschlagen, was auf Grotewohls Richtlinienkompetenz verweist.

[105] SAPMO DY 30 J IV 2/3/254, Protokoll Sekretariat des ZK, 13. 12. 1951, Bl. 3–10.

[106] Vgl. Stern, Dogma, S. 100–109; Weber, Geschichte, S. 73, 124.

riat der DBD vom November 1950 ein, die einen mangelhaften Kontakt zu Merker und Grotewohl konstatierten[107].

Ab 1955 stand die DBD-Spitze in engem Kontakt zu Hermann Matern, dem seit Frühjahr 1955 die nun selbständige Arbeitsgruppe BO unterstand[108]. Auch Matern zeichnete sich durch absolute Linientreue aus. Vor allem sein Amt als Vorsitzender der gefürchteten Parteikontrollkommission, das er von 1949 bis 1971 ausfüllte, verschaffte ihm Macht und Einfluß[109]. Da er im Juli 1953 vorbehaltlos zu Ulbricht hielt, darf er als dessen treuer Parteigänger gelten[110]. Sowohl die Besetzung mit Dahlem als auch die Zuständigkeit Materns unterstreichen, daß die SED die Betreuung der Blockparteien nicht an irgendwelche Führungskräfte delegierte, sondern sie zur politischen Chefsache erklärte.

Zwischen Matern und ausgewählten Sekretariatsmitgliedern der DBD fanden intensive Gespräche statt. Da der Zugang zu Matern die Position in der Bauernpartei stärkte, ist die jeweilige innerparteiliche Kräftekonstellation deutlich daran abzulesen, wer überhaupt und in welchem Maße mit ihm verkehrte. Nach den problembelasteten Jahren 1950 und 1951 nahm der Einfluß Goldenbaums im Sekretariat wieder erheblich zu. Parallel zur Schwäche seiner Gegner – zeitweise Scholz, vor allem aber Rose sind hier zu nennen – intensivierten sich seine Kontakte zum ZK. Goldenbaum führte wichtige Besprechungen über eine Programmänderung vor dem IV. Parteitag der DBD 1955 persönlich mit Matern[111], der gleichzeitig aber auch für dessen Konkurrenten Rose ein offenes Ohr hatte.

Goldenbaums politisches Gewicht stieg in dem Maße an, wie der Sektor bzw. die Arbeitsgruppe BO die desolate Situation seines Hauptrivalen während der fünfziger Jahre, Rose, erkannte. Dabei gelang es Goldenbaum offenbar, die SED-Stellen in dieser Wahrnehmung zu bestärken[112]. Roses Ablösung und die gleichzeitig erfolgende Abschaffung des Amtes des Generalsekretärs im Jahr 1960 dürften nicht ohne die Zustimmung Materns entschieden worden sein. Zudem konnte Goldenbaum seine Position erweitern, je mehr potentielle Konkurrenten mit Tätigkeiten in staatlichen Ämtern betraut waren. Denn diese wurden qua Amtsverpflichtung aus dem inneren Führungszirkel der Partei herausgedrängt und standen den alltäglichen Grüppchenbildungen im Sekretariat distanzierter gegenüber. Letzteres traf hauptsächlich auf Paul Scholz zu, solange dieser von 1950 bis 1952 noch Landwirtschaftsminister war, aber auch auf Hans Reichelt, der kurzzeitig 1953 und nach einem Schulaufenthalt durchgehend von 1955 bis 1963 dieses Amt

---

[107] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950, Redebeitrag Albrecht.

[108] Siehe dazu Kap. IV.3., S. 240–257.

[109] SED, S. 1025; Herbst u. a., DDR, Bd. 3, S. 220.

[110] Kaiser, Machtwechsel, S. 31.

[111] ACDP VI-052–0530, Protokoll Arbeitssekretariat, 19. 7. 1955. Auch Rietz führte wegen der Vorbereitung des IV. PT Gespräche im ZK.

[112] Im ZK-Apparat hatte man 1955 den Eindruck, daß Rose nur ungenügend an der Vorbereitung des IV. PT arbeite. Tatsächlich fanden DBD-Sekretariatssitzungen ohne sein Wissen statt, so daß er bewußt ausgegrenzt wurde. Die AG warf ihm vor, nichts gegen die Frontbildung im Sekretariat zwischen Scholz und Goldenbaum zu unternehmen. Trotz anders lautender Beteuerungen blieben die Vorwürfe in der AG haften. Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht des Sektors BO, 12. 9. 1955.

innehatte. Die Gespräche mit Matern drehten sich im engeren Sinne um Angelegenheiten der Partei, wie um die programmatische Ausrichtung, personelle Fragen bei der Besetzung von staatlichen Ämtern und um die Vergabe von Mandaten[113], berührten aber auch das heikle Problem des Übertritts von DBD-Funktionären in die SED[114].

Die Mitarbeiter im Sektor bzw. der Arbeitsgruppe BO gehörten in der SED zu den intimsten Kennern der Bauernpartei. Für die DBD war die Leiterin Irene Köhler zuständig, bei der höchstwahrscheinlich zu der Zeit, als der Sektor 1955 in eine Arbeitsgruppe umbenannt wurde, alle Fäden zusammenliefen. Köhler hielt den Kontakt mit der ZK-Abteilung Landwirtschaft und arbeitete dem zuständigen Sekretär Gerhard Grüneberg regelmäßig zu. Sie versorgte ihn mit aktuellen Materialien der DBD, informierte über interne Vorgänge und unterbreitete Themenvorschläge für Referate und Diskussionen mit der DBD[115]. Während Köhler auch in den sechziger Jahren den „Innendienst" des Aufgabenbereiches „Befreundete Parteien" leitete, trieb die Arbeitsgruppe das Prinzip der persönlichen Betreuung in dieser Zeit auf die Spitze. Nachdem sich die SED 1960 dazu entschlossen hatte, Goldenbaum als Parteivorsitzenden der DBD zu halten, stellte man ihm mit Heinz Ackermann einen Mitarbeiter der SED-Arbeitsgruppe quasi im „Außendienst" unmittelbar an die Seite[116]. Künftig übernahm es Ackermann immer häufiger, Inhalte prinzipieller Natur in Beschlüssen und Reden für Goldenbaum zu formulieren. Die Führungsgremien der DBD nahmen diese Praxis widerspruchslos hin. Sie ersparte dem ZK und der DBD-Spitze offenbar lästige Verfahren gegenseitiger Abstimmung. Parallel dazu verstummte die SED-Kritik an Goldenbaums politischer Führung.

In der DBD unterlag die Anleitungsschiene über den Sektor bzw. die Arbeitsgruppe BO einer vergleichsweise höheren Geheimhaltung als die Anleitung durch die ZK-Abteilung für Landwirtschaft. Über die Kontakte zu Matern wurde ausschließlich in Sekretariatssitzungen gesprochen, nie in anderen Parteigremien – jedenfalls soweit dies aus Protokollen und MfS-Akten ersichtlich ist. Die Nähe zur Macht und der konspirative Charakter verliehen den Kontaktpersonen eine Aura der Bedeutsamkeit. Da außer Goldenbaum, Rietz und Rose keine anderen Sekretariatsmitglieder der DBD genauer über die Gesprächsinhalte im Bilde waren, steigerte das die persönlichen Abhängigkeiten. Alle anderen waren darauf angewiesen, ja lechzten z.T. danach, daß man sie ins Vertrauen zog. In der Konsequenz zeigte sich allerdings, daß die Anleitung an Grenzen stieß, solange ihre Stoßrichtung im Sekretariat nur gerüchteweise bekannt war. Schließlich war die operative Umsetzung politischer Maßnahmen umso erfolgreicher, je mehr alle Sekretariats-

---

[113] Siehe dazu die vorläufig verzeichneten Akten aus dem Büro Matern. Diese listen in alphabetischer Reihenfolge Lebensläufe, Beurteilungen und Einschätzungen von staatlichen Funktionsträgern, Landtags-, Bezirkstags- und Volkskammerabgeordneten auf. SAPMO DY 30/vorl. SED 5127, 5128, 4072, 4073, 4074.

[114] SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, Schreiben des PV der DBD an Matern, 29. 7. 1958, wegen Besler.

[115] Vgl. Materialien im Akt SAPMO DY 30 IV A2/2.023/185, Köhler an Grüneberg über die Teilnahme der DBD am XXI. Parteitag der Bulgarischen Bauernpartei, 5. 5. 1967.

[116] Zu diesem Zusammenhang Reichelt, Blockflöte, S. 206, 209.

mitglieder und Verantwortlichen in den Parteivorstandsabteilungen an einem Strang zogen.

Die Erklärung für diese restriktive Informationspolitik liegt auf der Hand: Während sämtlichen DBD-Mitgliedern öffentlich permanent eingetrichtert wurde, wie eng die DBD ihr agrarpolitisches Engagement auf die Grundzüge der SED-Agrarpolitik ausrichtete, mußte man andererseits verbergen, wie kurz die Leine der programmatischen und personellen Lenkung durch die SED war, denn die Legitimation als eigenständige Partei hätte ansonsten erheblich gelitten. Offiziell bekundete man daher lediglich die gute Zusammenarbeit mit der SED, nicht die tiefe Abhängigkeit. In der Rolle als Bündnispartner der mächtigen SED hoffte man, die eigene Bedeutung aufzuwerten. Die Dichte der persönlichen Kontakte zur SED-Führungsspitze und das Ausmaß der Steuerung blieb den Mitgliedern weitgehend verborgen, wenngleich viele dies erahnten.

Mit Mückenbergers Amtsantritt als Sekretär für Landwirtschaft beim Politbüro 1953 nahmen die persönlichen Kontakte zwischen der DBD und der SED-Führung zu. Allerdings bestanden zwischen ihm und Scholz zumindest 1954 „persönliche Aversionen", die Generalsekretär Rose gegenüber dem ZK-Apparat damit begründete, daß die SED „dauernd auf Scholz" drücke[117]. Mückenberger zählt zu den wenigen ehemaligen SPD-Mitgliedern in der SED-Spitze, die eine steile Parteikarriere gemacht hatten[118]. Zur Zeit seines Aufstiegs ins Politbüro 1958 war mit dem V. Parteitag der SED im gleichen Jahr der sozialistische Kurs in der Landwirtschaft offiziell wieder bekräftigt worden. Sein Einfluß als Sekretär für Landwirtschaft im Politbüro endete schon nach eineinhalb Jahren. Gerhard Grüneberg löste ihn sowohl in dieser Funktion als auch als Vorsitzender der Agrarkommission beim Politbüro ab, wie auf einer außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 11. Dezember 1959 während der 7. ZK-Tagung vom 10. bis 13. Dezember beschlossen worden war. Mückenberger hatte schon seit Jahresanfang 1959 an Einfluß verloren, wozu offenbar auch eine geschwächte gesundheitliche Verfassung beitrug[119]. Mückenberger wurde ganz offensichtlich zu Beginn der letzten Durchsetzungsphase der Vollkollektivierung aus dem Amt gedrängt[120].

Er instruierte das Sekretariat der DBD eingehend zum jeweiligen Kurs der SED-Agrarpolitik und besprach auch Fragen der konkreten Umsetzung von SED-Parteitagsbeschlüssen durch die Bauernpartei. Dazu konferierte er vornehmlich mit Generalsekretär Rose und den Landwirtschaftsministern Scholz

---

[117] SAPMO NY 4090/363, Bl. 290f., handschriftliche Notizen eines Gespräches zwischen Mückenberger, Rose und Scholz, undatiert [1954].

[118] Er rückte 1958 als Vollmitglied in das PB ein, nachdem er sich in der Auseinandersetzung mit Vieweg und Oelßner als treuer Anhänger Ulbrichts verhalten hatte. SED, S. 1034; präziser Weber, Geschichte, S. 199, 253, 295, 347.

[119] SAPMO DY 30 J IV 2/2/641, Protokoll PB, 13. 4. 1959. SAPMO DY 30 J IV 2/2/675, Protokoll PB, 17. 11. 1959. SAPMO DY 30 J IV 2/2/679, Protokoll PB, 11. 12. 1959, Bl. 1f. Abteilungsleiter während Mückenbergers Amtszeit waren Fritz Hecht (Sept. 1953–54), Franz Mellentin (Okt. 1954–58), Bruno Kiesler (Juli 1959–Jan. 1982). Einleitung Findbuch ZK-Abteilung LW; zu Mellentin und Kiesler: SED, S. 1027, 993.

[120] Vgl. Kapitel IX.2, S. 460ff. 1960/61 besuchte er die Parteihochschule beim ZK der KPdSU in Moskau, SED, S. 1034; SAPMO DY 30 J IV 2/2/688, Protokoll PB, 16. 2. 1960, TOP 13, Bl. 8.

bzw. Reichelt. Bisweilen nahm er an Sekretariatssitzungen oder Bürositzungen des Präsidiums teil[121]. Mückenberger intervenierte auch in die Kaderpolitik, insofern sie agrarpolitische Posten betraf, wie beispielsweise die Besetzung von Stellvertretern für Landwirtschaft bei den Räten der Bezirke.

Zweifellos war Mückenberger im Umgang in der DBD beliebter als Grüneberg[122]. Das hing nicht nur mit den unterschiedlichen agrarpolitischen Phasen zusammen, sondern war auch im persönlichen Auftreten Grünebergs und dessen engem Kontakt zu Ulbricht begründet. Mit Grüneberg hatte ein hundertprozentiger Parteigänger Ulbrichts die agrarpolitische Anleitung übernommen. Schon zu den Zeiten, als Grüneberg noch im SED-Landesverband Brandenburg als Sekretär für Landwirtschaft arbeitete, war es zu Konflikten gekommen, weil sich der DBD-Landwirtschaftsminister Dietrich Besler zu sehr von SED-Mitarbeitern eingekreist fühlte, die Grüneberg ihm an die Seite beordert hatte[123]. Durchdrungen von Geringschätzung gegenüber der DBD wie sein Mentor Ulbricht, verfolgte Grüneberg einen Anleitungskurs, der keine Zweifel an der Vorherrschaft der SED aufkommen ließ. Auf dem Weg zu einer sozialistischen Agrarpolitik zerstörte er jegliche Hoffnungen und Legitimationen derjenigen Organisationen, die sich bisher noch mit den Einzelwirtschaften befaßt hatten. Das galt für die VdgB ebenso wie für die DBD. Die besonders intensive Zusammenarbeit Grünebergs mit der Arbeitsgruppe BO führte zu einer Anleitungspraxis, die immer direktere und interventionistischere Formen annahm. Der politische Handlungsradius der DBD wurde kleinlich reglementiert[124]. Unter der Ägide Grünebergs und seines leitenden Mitarbeiters der Abteilung Landwirtschaft im ZK, Bruno Kiesler, trieb die SED jene Ausprägung der Agrarpolitik voran, die sich deutlich von der Phase bis Ende der fünfziger Jahre abhob und in DBD-Kreisen nur kurz als „Grüneberg Linie" firmierte[125]. Nach Grünebergs Tod im Frühjahr 1981 und der wenig später folgenden Demission seines Adlatus Kiesler 1982 wurde die Extremvariante industriemäßig betriebener Agrarpolitik in der DDR abgebremst[126].

Die Einschätzungen der DBD-Mitglieder über die agrarpolitischen Hauptakteure divergierten ganz deutlich. Sie zeigen an, wie unterschiedliche agrarpolitische Konzeptionen und deren Hauptprotagonisten wahrgenommen wurden. In die Stimmen der DBD-Basis zu Mückenberger mischten sich durchaus positive

---

121 ACDP VI-052–0526, Protokoll Arbeitssekretariat, 15. 3. 1954; ACDP VI-052–0528, Protokoll Arbeitssekretariat, 6. 9. 1954; ACDP VI-052–0527, Protokoll erweiterte Sekretariatssitzung, 5. 7. 1954, ebd., Protokoll Arbeitssekretariat 19. 1. 1955; ACDP VI-052–0315, Protokoll Präsidium, 1. 11. 1955; ACDP VI-052–0538, handschriftliche Protokollnotiz, 26. 1. 1959; ACDP VI-052–0539, Protokolle Sekretariat, 25. 5. 1959 und 3. 8. 1959.

122 Vgl. den geradezu herzlichen Umgangston zwischen Mückenberger und Reichelt („Lieber Genosse Hans!"), BA DK-1/5648, Bl. 82–85, Mückenberger an Reichelt, 29. 7. 1958.

123 BLHA Rep. 332, Nr. 786, Bericht des Koll. Gnech, 9. 10. 1951; Bericht Grünebergs an SKK über Arbeit der DBD in Brandenburg, 2. 12. 1951; Schreiben Rietz, PV der DBD, an LL SED Brandenburg, z. Hd. Grüneberg, 24. 4. 1952. Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/16, 1. Sekretär der SED LL Brandenburg, Sägebrecht, an Otto Schön, ZK, 7. 2. 1952.

124 SAPMO NY 4233/44, Bl. 278–283, Mitteilung des Sektors BO an Grüneberg, 25. 4. 1963.

125 Dazu z.B. ACDP VI-052–0541, handschriftliche Protokollnotizen Sekretariatssitzung, 30. 5. 1960.

126 Siehe Reichelt, Blockflöte, S. 255.

Elemente. Zwar wurde sein erster öffentlicher Auftritt als ZK-Sekretär im Kreis der DBD noch als blamabel angesehen, weil er in seiner Rede den korrekten Parteinamen der DBD offenbar nicht parat hatte[127]; auch griff man ihn aufgrund seiner Attacken gegen Kurt Vieweg heftig an, da er alle Einzelbauern damit beleidigt habe[128]. Was jedoch für diese Mitglieder der DBD zählte, war eine Rede von 1958, die ihnen eine Perspektive als privat wirtschaftende Bauern einräumte und die sie wie einen „zweiten Personalausweis" bei sich in der Tasche trugen[129]. Hingegen fällten große Teile der Mitgliedschaft und nachweislich einige ehemalige DBD-Funktionäre über Grüneberg vernichtende Urteile. Er betrieb nach ihrer Sicht die grundsätzliche Verdrängung der DBD aus allen staatlichen Ämtern und benutzte sie als Sündenbock der SED etwa für Planrückstände[130].

3. Anleitung durch die Organe der SED

Der Sektor Befreundete Organisationen – die Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen

Grundlagen

Die SED verfügte über verschiedene Apparate zur politischen Anleitung der Parteien und Massenorganisationen. Die Strukturen für die DBD unterschieden sich nicht grundsätzlich von den institutionellen Zuordnungen und den Anleitungsprinzipien, wie sie seitens der SED für alle Blockparteien aufgestellt wurden. Der Sektor Befreundete Organisationen (BO) innerhalb der Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen des ZK (LOPM) bzw. die seit März 1955 ausgegliederte Arbeitsgruppe nahmen dabei eine Schlüsselrolle ein[131]. Die Abteilung LOPM war durch einen Beschluß des Politbüros am 15. Januar 1952 ins Leben gerufen worden und sollte – so die formale Begründung – den „Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands" vorantreiben, ihre Zielsetzung trug damit eine deutschlandpolitische Konnotation[132]. Auch in den folgenden

---

[127] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Karton: LV Mecklenb./V 1949, Aktendeckel: BV Schwerin Korrespondenz Militärregierung 1953, 1954; Bericht zum III. PT in Schwerin.

[128] ACDP VI-052-010/3, Abt. Organisation Stimmungsbericht Nr. 5, 20. 3. 1957.

[129] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Aktendeckel Agrarpolitik 1952-, Bericht Abt. Agrarpolitik, IV. Quartal 1958.

[130] Stimmungsberichte zum VII. PT der DBD in Schwerin, die MfS-Spitzel zusammengetragen haben dürften; SAPMO NY 4233/44, Bl. 296–299, Informationen aus Schwerin, 4. 5. 1963. Zur Kritik Grünebergs an Friedländer, damals stellv. Vorsitzender des RdB (für Landwirtschaft) in Schwerin, siehe MLHA BPA Schwerin IV/2/3/196, Protokoll Bürositzung der BL, 10. 8. 1961. Vgl. auch Reichelt, Blockflöte, S. 200–205.

[131] Ende 1972 wurde die Arbeitsgruppe BO in eine eigenständige Abteilung „Befreundete Parteien" umgewandelt. Zur Vereinfachung wird im folgenden bei Feststellungen, die sowohl für den Sektor als auch die AG zutreffen, gelegentlich nur eine der beiden Bezeichnungen genannt. In den Akten bezeichnete sich die AG auch nach 1955 durchgängig selbst als „Sektor", auch andere benutzten weiter diesen Terminus.

[132] SAPMO DY 30 IV 2/5/19, Protokoll PB, 15. 01. 1952.

Jahren erarbeitete die Arbeitsgruppe Vorlagen zur Deutschlandpolitik[133]. Sie gewährleistete nicht nur die parteibezogene Anleitung der DBD, sondern stellte als Koordinationszentrum zugleich Kontakte zu jenen ZK-Abteilungen her, die für deren Aufgabenprofil wichtig waren, wie etwa die Abteilung Landwirtschaft.

Die Errichtung des Sektors BO im Frühjahr 1952 markiert eine Zäsur in der Anleitung der „nichtproletarischen" Parteien. Bis dahin existierte keine ZK-Abteilung, die als Drehscheibe einer zielgerichteten Führung der Blockparteien fungiert hätte. Während der organisatorischen Einrichtung des Sektors in der ZK-Abteilung LOPM und noch ein Jahr darüber hinaus, bis zum Frühjahr 1953, lag eine Reihe von Koordinierungsaufgaben in der Blockpolitik bei der ZK-Abteilung für staatliche Verwaltung[134].

Schon die Abteilungsbezeichnung „Staatliche Verwaltung" legt nahe, daß diese Abteilung noch eine qualitativ andere Anleitung betrieben hatte als später der Sektor. Sie konzentrierte sich auf die durch den offiziellen Proporz festgelegte Tätigkeit der Blockparteien in staatlichen Handlungsfeldern; so regelte die Abteilung die Organisation der Regierungsarbeit, indem sie interne Abstimmungen in der Besetzung von Ministerposten zwischen den Parteien herbeiführte. Über Parteiangelegenheiten der SED, aber auch der Blockparteien im engeren Sinne, berichtete neben der Abteilung „Staatliche Verwaltung" die „Organisations-Instrukteur Abteilung" der SED, wie die seit 1946 bestehende und 1950 umbenannte Organisationsabteilung hieß; beide Stränge gelten als Vorläufer der Abteilung LOPM[135]. Erst im Dezember 1951 war in der SED-Organisationsabteilung die Anzahl der Instrukteure für jede „befreundete Partei" mit Ausnahme der DBD um je einen erhöht worden[136], bevor man sich zu Jahresbeginn 1952 für eine neue Organisationsform entschied. Das qualitativ Neue im Vorgehen des Sektors BO lag darin, daß sich die SED nun systematischer und intensiver als vorher um eine Anleitung in ideologischen und programmatischen Fragen bemühte. Zudem hatte der Sektor alle Parteien zugleich im Blick. Er versuchte zwar, auf jede Blockpartei einzeln einzuwirken, die Anleitung war jedoch in ein Gesamtkonzept eingeflochten. So konnte ein Aufgabenfeld von einer Blockpartei auf eine andere

---

133 SAPMO DY 30 J IV 2/3/467, Reinschriftenprotokoll des Sekretariats des ZK, 27. 4. 1955, Bl. 3, TOP 11: „Gesamtdeutsche Arbeit der NDPD, DBD, CDU und LDP", Bl. 31–33, Anlage Nr. 6.

134 Ungenaue Angaben in der Einleitung des Findbuches zum Sektor BO. SAPMO DY 30 IV 2/15/14, PB-Vorlage der Abteilung LOPM, 28. 1. 1953, worin vorgeschlagen wurde, daß der Sekretariatsbeschluß des ZK, demzufolge „die Bearbeitung der Fragen des Blocks der Abteilung Staatliche Verwaltung übertragen wurde", hinfällig sei, und diese Aufgabe dem Sektor zufalle. Die Ausarbeitung lag lt. Diktatzeichen bei Burkhardt, einer leitenden Mitarbeiterin des Sektors BO. Unveränderter Beschluß der Vorlage im PB: SAPMO DY 30 J IV 2/2/260, Protokoll PB, 3. 2. 1953, Bl. 3 f. und Anlage. Krause, Geschichte, S. 169. Die Abt. „Staatliche Verwaltung" war aus der Abt. Kommunalpolitik hervorgegangen und wurde später in die ZK-Abt. „Staat und Recht" umgewandelt.

135 Die ZK-Abt. LOPM wurde 1957 wieder in Organisationsabteilung umbenannt, ab 1961 gab es die Abt. Parteiorgane.

136 SAPMO DY 30 J IV 2/3/254, Protokoll Sekretariat des ZK, 13. 12. 1951, Bl. 10. Während man die DBD also nicht berücksichtigte, beschloß die Sitzung über Personalia der VdgB(BHG) und einen neuen Strukturplan der Abt. LW.

übertragen werden, sofern dies opportun erschien, wie es z.B. in der Deutschlandpolitik 1953 geschah[137]. Die Tatsache, daß zur Anleitung aller Blockparteien im Rahmen der Abteilung LOPM lediglich ein Sektor eingerichtet wurde, darf nicht über dessen Stellenwert hinwegtäuschen. Mit der schon erwähnten Ausgliederung des Sektors im März 1955 und der Umwandlung in eine selbständige, unmittelbar Matern unterstellte Arbeitsgruppe war prinzipiell keine Veränderung der Aufgabenstruktur verbunden[138].

Nach einer Aufbauphase begann der Sektor seine Tätigkeit im Frühsommer 1952. In dieser Zeit zählte zu seinen Aufgaben, ständig Informationen über die Arbeit der Blockparteien zusammenzustellen und monatliche Berichte vorzulegen. Die Berichte sollten besonders darüber informieren, wie die anderen Blockparteien gegen „reaktionäre Elemente" in den eigenen Reihen vorgingen. Weiter zielte man darauf, die „fortschrittlichen" Parteigänger systematisch zu fördern. Da dies ein genaues Wissen über die Kader voraussetzte, ging man daran, Material über die Zusammensetzung der Parteileitungen und -vorstände und die Mitglieder in den Volksvertretungen und im Staatsapparat zu sammeln. Außerdem war es notwendig, sich überhaupt einen Überblick über die Struktur und den Aufbau der Parteien zu verschaffen; schließlich wollte man 1952 die Arbeit des Einheitsblocks intensivieren[139]. Insgesamt illustriert dies, wie unzureichend der Informationsstand 1952 noch war. Der Sektor war zu dieser Zeit nicht in der Lage, die Blockparteien zu kontrollieren oder umfassend anzuleiten.

Erst mit dem Aufbau eines Berichts- und Instrukteurwesens des Sektors kam die Überwachung sukzessive in Gang, zumal diese auch auf die Mithilfe der bei den Bezirksleitungen eingerichteten Abteilungen für Befreundete Organisationen zurückgreifen konnte. 1955 gehörten der Arbeitsgruppe ein Leiter und vier Instrukteure an[140]. Leiterin der Arbeitsgruppe im ZK war vermutlich seit 1955, nachweislich von 1958 bis 1968 Irene Köhler[141]. Mit der DBD befaßte sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre besonders eine Genossin Burkhardt, danach Heinz Ackermann. Bei Köhler liefen alle wichtigen Nachrichten zusammen[142].

---

137 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Abt. LOPM, Vorlage zu Westarbeit der Blockparteien für Sekretariat der SED, 30. 4. 1953. SAPMO DY 30 J IV 2/2/282, Protokoll PB, 26. 5. 1953, Bl. 3.

138 SAPMO DY 30 J IV 2/3/460, Protokoll Sekretariat des ZK, 11. 03. 1955.

139 SAPMO DY 30 IV 2/15/14, kurzer Überblick über die Arbeit des antifaschistisch-demokratischen Blockes und der befreundeten Organisationen mit Schlußfolgerungen sowie Arbeitsaufgaben für den Sektor, 12. 5. 1952.

140 Siehe Einleitung Findbuch „Befreundete Organisationen".

141 Irene Köhler (23. 6. 1918–8. 2. 1984), seit 1951 Mitarbeiterin des ZK, dann Instrukteurin, Sektorenleiterin bzw. Leiterin der AG BO im ZK bis 1968; SED, S. 998.

142 Köhler war mit Personaldaten vertraut und nahm Einfluß auf politische Karrieren in der DBD (z.B. Übernahme Beslers in die SED), SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, Köhler an Matern, 2. 8. 1958; Köhler schrieb Beurteilungen zu Spitzenfunktionären, ebd., vorl. SED 4072, alphabetische Ablage zu Hans Rietz; kritisierte Funktionäre schlug sie für Schulungen vor, z.B. Heinz Heinrich, ebd., Aktennotiz zu Aussprache Ackermann, Köhler, Quandt, Schwerin, 9. 8. 1963; sie war Ansprechpartnerin für Kaderersatz, z.B. beim Wechsel Werner Titels vom Bezirksvorsitz in Frankfurt/Oder in den Parteivorstand nach Berlin, ebd., Mückenberger (inzwischen SED BL Frankfurt/Oder) an Köhler, 9. 6. 1966. Siehe auch ihre Publikationen: Jahrzehnte; dies./Wetzig, Wesen.

Sie nahm sowohl Materialien von der DBD entgegen, darunter personenbezogene Akten, wie auch Informationen aus ZK-Abteilungen und den Bezirken. Ab Mitte der fünfziger Jahre konnte die Arbeitsgruppe in stärkerem Maße Berichte des Staatssicherheitsdienstes heranziehen und somit Daten unterschiedlichster Herkunft abgleichen[143]. Das Berichtswesen des Sektors wie der Arbeitsgruppe erreichte keine optimale Qualität[144]. Es wurde zu bestimmten Anlässen intensiviert, erstmals als man die Reaktionen der Blockparteien auf die 2. Parteikonferenz unter die Lupe nahm oder auch zu Krisenzeiten wie 1953[145]. Andererseits fiel die Berichterstattung sogar in dieser neuralgischen Situation streckenweise sehr oberflächlich aus, teilweise wiederholen sich textidentische Passagen[146]. Ab Mitte der fünfziger Jahre liegen Berichte vor, die einen Zeitraum von mehreren Jahren umfaßten[147]. Insgesamt ist bei der Analyse ein Problem der Quellenkritik mitzubedenken. Denn Berichte dieser hohen Aggregationsebene, die zwar häufig auf Vorlagen mit empirischen Materialien beruhten, jedoch dann darauf verzichteten, die spezifische Konstellation wiederzugeben, verlieren viel an Aussagekraft. In der Zentrale war oft nur das Exempel für eine Deutung in der feststehenden ideologischen Doktrin gesucht – daß die historische Realität damit nicht angemessen erfaßt wurde, war zweitrangig.

In der Phase bis 1952 war die politische Anleitung noch von anderen Merkmalen geprägt. Zum einen lief sie über die schon skizzierte persönliche Schiene mit all ihren Unwägbarkeiten. Zum anderen richtete sie sich an den Vorgaben zur Steuerung und Kontrolle der Arbeit von Regierung und Volkskammer aus, wie sie die entsprechenden Beschlüsse des Sekretariates der SED kurz nach der Staatsgründung vorgesehen hatten[148]. Die von DBD-Mitgliedern oft selbst gewählte Ausrichtung an den SED-Vorgaben ersetzte eine unzulängliche Anleitung. Die SED agierte oftmals ad hoc und interventionistisch, wie die Ablösung Goldenbaums durch Scholz im Ministeramt 1950 demonstrierte und wie gegenüber allen Parteien nachgewiesen ist[149]. Die Strategie war in dieser Zeit noch davon gekennzeichnet, vermeintlich negative Entwicklungen durch Eingriffe in die Blockparteien abzuwehren. Die DBD kritisierte gegenüber sowjetischen Stellen diesen

---

[143] Die Kontakte hinsichtlich personeller Fragen belegt SAPMO DY 30/vorl. SED 4074: an eine Vorlage der Abt. Kader der DBD an das Sekretariat des PV vom 4. 10. 1962, betreffs der Besetzung der Bezirkssekretariate ist vorneweg die handschriftliche Notiz Ackermanns geheftet: „Am 15/IX habe ich mit [...] Wieland vom MfS gesprochen, von seiner Seite bestehen keine Einwände über die Zusammensetzung der Bez. Sekretariate."

[144] Vgl. dagegen Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 61.

[145] Siehe bes. Berichte an Ulbricht in SAPMO DY 30 IV 2/15/3.

[146] Vgl. solche Passagen in ebd., über „Lage in anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz", 16. 8., 4. 10. und 28. 10. 1952.

[147] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei, mit Anschreiben an Ulbricht vom 31. 5. 1958 versandt.

[148] Beschluß des Sekretariats des PB, 17. 10. 1949, abgedruckt in: Hoffmann u.a. (Hg.), DDR, S. 46–48. Kaiser, Zentrale, S. 77. Die tatsächliche Durchsetzung ist allerdings gesondert zu untersuchen.

[149] Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 59; drastischer die Vorgehensweise gegen Außenminister Dertinger (CDU), Richter, Ost-CDU, S. 364–368.

interventionistischen, auf Einzelmaßnahmen beschränkten, unregelmäßigen und unkalkulierbaren Anleitungsstil der Einheitssozialisten, den auch die SED-Landesleitungen zu Beginn des Jahres 1952 noch beklagten: „Die Hilfe für die DBD war in der Vergangenheit nicht immer beständig und regelmäßig. Gerade aber die DBD bedarf der besten Hilfe durch uns als SED, weil sie den stärksten Mangel an qualifizierten Funktionären hat und weil wir verhältnismäßig junge Kräfte in der Landesleitung der DBD haben. Es ist vereinbart worden zwischen dem Genossen Sägebrecht und Grüneberg, daß Gen. Grüneberg regelmäßig Beratungen mit der DBD durchführt und ihr in allen wichtigen Fragen Hilfe und Anleitung gibt vom Standpunkt der allgemeinen und besonderen Fragen des Landes."[150]

Die politische Unerfahrenheit der vergleichsweise jungen Partei, die sich durch ein hohes Maß an Systemangepaßtheit auszeichnete, unterschied die DBD deutlich von den bürgerlichen Blockparteien. Ebenso klar differierte davon auch die SED-Anleitung der Massenorganisation VdgB(BHG), die weitaus präziser Einzelmaßnahmen festlegte und sie im Grunde wie eine SED-Parteigliederung behandelte. Die SED hatte keine Skrupel, den Wortlaut von Beschlüssen, die die VdgB(BHG) fassen sollte, selbst festzulegen[151]. Solche Formen unmittelbarer Handlungsaufforderung an die DBD, gefällt in SED-Gremien, sind nirgends belegt. Die Gleichschaltungsart und der Gleichschaltungsgrad von SED-gesteuerter Massenorganisation und SED-höriger Blockpartei wichen hierin klar voneinander ab. Trotz Lücken und Unzulänglichkeiten in der Berichterstattung war die SED auch in dieser Zeit in den wesentlichen Punkten über die DBD gut informiert. Dies galt hinsichtlich des Organisationsstandes der Partei, bei den personellen Besetzungen der Sekretariate in Berlin und in den Ländern, die nicht ohne SED-Absprachen vorgenommen wurden, ebenso wie im Hinblick auf den programmatischen Kurs seit 1948[152]. Seit dem Frühjahr 1950 versorgten „Geheime Informatoren", wie die „Inoffiziellen Mitarbeiter" der ersten Stunde hießen, erst die Volkspolizei, dann das MfS, im Endeffekt aber stets die SED mit Interna aus der Bauernpartei. Neben der Staatssicherheit konnten sich die Einheitssozialisten bis 1952 auch auf Mitteilungen der bei den Landesregierungen angesiedelten „Ämter für Information" und der eigenen Grundeinheiten stützen.

Der Sektor BO unterschied prinzipiell zwischen den einzelnen Blockparteien. Er hob die Position der DBD Anfang Juni 1953, also noch vor der Verkündung des „Neuen Kurses", der die Blockpolitik vorübergehend aufwerten sollte, dahingehend von LDP und CDU ab, als die DBD von „vornherein nicht mit alten bürgerlichen Auffassungen belastet" sei. Die DBD brauche diese also auch nicht verteidigen, sondern könne ihre Mitglieder an die „fortschrittlichen Ideen der Arbeiterklasse" heranführen. Damit leiste die DBD einen wichtigen Beitrag zur „Festigung" des vermeintlichen Bündnisses zwischen Arbeiter und Bauern und

---

[150] SAPMO DY 30 IV 2/15/16, Sägebrecht an Otto Schön, ZK der SED, 7. 2. 1952: Bericht über Lage anderer Parteien.

[151] SAPMO DY 30 J IV 2/3/254, Protokoll Sekretariat des ZK, 13. 12. 1951, Bl. 3 f.

[152] Siehe eine sehr frühe Organisationsstatistik im SED-Bestand, SAPMO NY 4036/724, Bl. 20, Organisationsstand 15. 10. 1948, gez. Scheffler, bestimmt für Scholz.

unterstütze die SED aktiv bei der „demokratischen Umgestaltung" des Dorfes[153]. Da diese Leitsätze an die Funktionäre der Sektoren in den Bezirken anläßlich der im halbjährlichen Turnus stattfindenden Besprechungen mit der Zentrale ausgegeben wurden, ist ihnen ein hoher Geltungs- und Verbreitungsgrad beizumessen. Ob das gebetsmühlenhafte Herunterleiern monoton gleichlautender Formeln aber dazu geeignet war, spezifisches Handeln anzustoßen, erscheint zweifelhaft.

Die SED schuf erst mit der Systematisierung der Anleitung der zentralen und regionalen Apparate der eigenen Partei die Voraussetzung für eine zielgerichtete Lenkung der Blockparteien[154]. Seit Frühjahr 1952 führte sie ausgedehnte Arbeitstreffen mit umfassenden Schulungssequenzen durch. Die Perfektionierung von Anleitung und Kontrolle war in hohem Maße davon abhängig, wie gründlich die SED ihre eigenen Funktionäre instruierte und inwieweit es ihr gelang, sie auf eine gemeinsame Strategie einzuschwören. Im Prinzip erfüllte der Sektor eine Funktion, die sich im Kern auch auf die SED selbst richtete: Gleichschaltung der Blockparteien bedeutete daher immer auch Gleichschaltung der SED.

Eine maßgebliche Aufgabe des Sektors wie der Arbeitsgruppe bestand darin, den Kurs der DBD wie anderer Blockparteien auf die aktuellen Ziele der SED abzustimmen. Die SED-Vorgaben zu Quantität und Qualität der DBD-Mitgliedsstruktur sind ein Indikator für den jeweiligen Stellenwert und politischen Auftrag, den die SED der DBD beimaß. Dadurch versuchte die SED, die spezifische Transmissionsfunktion gegenüber den verschiedenen Schichten ländlicher Bevölkerung zu definieren. Dies geschah präziser als bisher angenommen[155] und reglementierte das Betätigungsfeld der DBD ganz grundsätzlich.

Im Fokus der SED-Anleitung: Innerparteiliche Vorgänge der DBD

Die DBD hatte schon mit dem Gründungsprogramm die Vormacht der SED akzeptiert und die freundschaftliche Nähe zu ihr demonstriert. Eine oppositionelle Haltung zur SED oder zum Herrschaftssystem der DDR war von ihr nicht zu erwarten. Die Leitungsgremien der DBD übernahmen stets und nach außen hin kritiklos alle bedeutsamen politischen Richtungsänderungen der SED, wie beispielsweise den sozialistischen Kurs der 2. Parteikonferenz oder die offiziellen Begründungsmuster für den 17. Juni. Nie versuchte die DBD in prinzipiellen Fragen

---

[153] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Referatsausarbeitung des Sektors BO „Die Bedeutung der Blockpolitik bei der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der ständigen Festigung der volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht", 2. 6. 1953, Zitate S. 24. Den halbjährlichen Rhythmus der Arbeitstagungen belegen die entsprechenden Protokolle 13. 2. und 14./15. 9. 1953, 16. 3. und 9. 11. 1954, SAPMO DY 30 IV 2/15/4.

[154] MLHA BPA Schwerin IV/2/15/1683, Einladung ZK an SED-BL zu Schulung über Bedeutung der Blockpolitik bei der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, 6. 5. 1953; ebd., Schreiben ZK am 11. 5. 1953 an die SED-BL, Quandt: Einschätzung Quartalsberichte vom 7. 4. 1953 über Arbeit mit anderen Parteien. Die Berichte würden zeigen, daß diese Arbeit ungenügend sei; die BL habe keinen genauen Überblick über die Tätigkeit der anderen Parteien.

[155] Siehe dazu Lapp, Blockparteien im politischen System, S. 12ff.

eine programmatische Diskussion mit der SED. Dieser Befund ist als Erfolg des Sektors wie der Arbeitsgruppe zu verbuchen.

Im Zentrum der Arbeit des Sektors stand die Anleitung des Sekretariates und des Parteivorstandes der DBD. Nur dank der bereitwilligen Dienste zahlreicher Inoffizieller Mitarbeiter aus der DBD gelang es dem Sektor, in die Interna vorzudringen, obwohl die DBD versuchte, sich vor der SED abzuschirmen. Zwar war die Staatssicherheit und damit immer auch der Sektor über die inneren Vorgänge in Grundzügen ab 1953 informiert, der Durchbruch zu einer „gläsernen" DBD gelang aber erst 1955. Die Ausleuchtung des Führungskerns gelang maßgeblich durch die Bereitschaft der DBD-Führungskader, dem MfS bedingungslos zuzuarbeiten.

Die Steuerung der inneren Vorgänge vollzog sich wesentlich über die Anleitung des zentralen Sekretariates. Zwar wurde der Parteivorstand nicht eigens angeleitet – die Geheimhaltung in einem so großen Gremium wäre gewiß nicht mehr gewährleistet gewesen. Die Anleitung des Sekretariates wurde jedoch in den Vorstand weitergetragen, zum einen weil die Sekretäre dort Meinungsmacher waren und weil zum anderen das Gros der Parteivorstandsmitglieder aus den Bezirken ihrerseits durch die Arbeitsgruppen BO in den SED-Bezirksleitungen erfaßt wurden. 1958 zog die Arbeitsgruppe eine Bilanz über den Zustand der Bauernpartei; man diagnostizierte akuten Handlungsbedarf. Die Kollektivität der Leitung des Sekretariats und vor allem des Parteivorstands sei zu verbessern. Dabei stolperte die Arbeitsgruppe letztlich immer wieder über ein Problem, das sie selbst herbeigeführt hatte: Je mehr sich der Parteivorstand an den SED-angeleiteten Vorgaben des DBD-Sekretariates ausrichtete, desto geringer wurden seine Entscheidungsbefugnisse und desto mehr verlor er an Gewicht als selbständiges Gremium. Als Allheilmittel für dieses Dilemma empfahl die Arbeitsgruppe monoton, das „politische Niveau" insgesamt müsse gehoben werden. Entsprechend dem aktuellen agrarpolitischen Kurs trat man 1958 für eine „differenzierte Arbeit unter den werktätigen Einzelbauern" ein. Außerdem solle die DBD ihre Kaderarbeit optimieren. Angefangen im Parteivorstand und in den anderen Leitungen der DBD müsse die politisch-ideologische Arbeit auf der Grundlage des dialektischen Materialismus verstärkt werden[156]. Diese eintönige Anleitungspraxis fing weder den agrarpolitischen Problemdruck auf, noch entwarf sie der Situation und den Ausführenden angemessene Handlungskonzepte.

Auch die Zusammensetzung der Kreisvorstände, der Delegierten zu Partei- und Bezirkstagen spiegelte die SED-Anleitung wider[157]. Der Sektor scheute keine direkten Eingriffe. So nahm er massiv Einfluß auf die Besetzung des Sekretariates, obwohl die DBD in diesem Punkt zu Widersetzlichkeit neigte. So hatte der Magdeburger Bezirksvorsitzende Hermann Gräfe 1953 vergeblich versucht, hauptamtliche Mitarbeiter im Bezirksapparat zu halten, die aufgrund ihrer NSDAP- oder HJ-Mitgliedschaft in die Schußlinie der SED geraten waren[158]. Seit 1953

---

156 SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Entwicklung der Partei [DBD] 1954–1958, 3. 5. 1958.

157 Ebd.

158 SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Niederschrift über Diskussion des Sektors BO anläßlich der Arbeitsbesprechung mit den Instrukteuren für BO der BL am 13. 2. 1953, 17. 2. 1953.

schaltete sich der Sektor auch in die Vorbereitungen zu den Parteitagen ein. Goldenbaums Position in der Partei war trotz aller Bemühungen des Sektors, sie zu schwächen, im Aufwind. Die Handschrift des SED-Apparates zeichnete sich im Vorlauf zum IV. Parteitag der DBD 1955 noch deutlicher ab. Als Leitlinie für dieses Ereignis – und ein eventuell dort zu verabschiedendes neues Parteiprogramm – ordnete Materns Arbeitsgruppe eine gesamtdeutsche Ausrichtung an[159]. Damit fügte sich die DBD auch in übergeordnete Konzeptionen der Blockpolitik ein. Nachdem die DDR nach außen hin in die Souveränität entlassen und die Zweistaatlichkeit bekräftigt worden war, sollte der dadurch ins Hintertreffen geratene gesamtdeutsche Bezug via Blockparteien wiederhergestellt werden[160]. Gerade die Vorbereitung des IV. Parteitages demonstriert weiter, wie sehr die DBD ihrerseits die Anleitung durch die SED suchte. Wer seine Position in der DBD ausbauen wollte, versäumte es nicht, sich rechtzeitig mit den zuständigen Personen im ZK zu beraten. Hier zeigt sich, in welchem Ausmaß sich die Steuerung bis zum VII. Parteitag 1963 verdichtete und den Handlungsraum der DBD immer mehr einschnürte. Was für die Zeit zuvor nicht verbürgt ist, läßt sich für die Parteitage von 1960 und 1963 nachweisen: Termin, Ort, organisatorischer Ablauf und inhaltliche Präsentation wurden sorgfältig mit der SED abgesprochen[161]. Zum Mittel der direkten inhaltlichen Ausrichtung griff die Arbeitsgruppe jetzt auch bei weniger spektakulären Parteiereignissen wie beispielsweise Parteivorstandssitzugen[162].

Die Arbeitsgruppe resümierte 1958: „Es zeigt sich immer wieder, daß die ganze politische Arbeit der DBD Tiefgründigkeit missen läßt."[163] Treffender hätte sie auch das eigene Versagen nicht ausdrücken können. Was aber mußte in der DBD passieren, um diese Mängel auf Dauer abzustellen? Hierfür verfolgte der Sektor im Grunde zwei langfristig angelegte Methoden: Die erste bestand in der systematischen Heranbildung von Kadern in der DBD, gekoppelt mit umfassender Schulung; die zweite zielte auf die weitere Überwachung der Kader und den Aufbau von Bestätigungsnomenklaturen. Das Defizit, das man schon 1952 mit Erschrekken festgestellt hatte, nämlich daß die SED außer bei den zentralen Funktionären im Sekretariat nur sehr unsystematisch und inhaltlich unzureichend über die tatsächliche Qualität des Leitungspersonals in den Bezirken Kenntnis hatte, war auch Mitte 1953 noch nicht behoben[164]. Allein der Umstand, daß die SED höchstwahrscheinlich auch in den Bezirken vorgelegte Personalbesetzungslisten abseg-

---

[159] ACDP VI-052–0530, Sitzungsprotokoll Arbeitssekretariat, 19. 7. 1955, so beschrieb Rietz die ZK-Weisung für den PT. Eine Programmänderung blieb schließlich aus.

[160] Vgl. Amos, Westpolitik, S. 204 f., 208–210.

[161] Zur minutiösen Einpassung des PT 1960 siehe Kapitel IX.2, S. 472 zum PT 1963 IX.7.

[162] SAPMO DY 30 IV 2/15/53, AG BO, 15. 12. 1960, Probleme für erweiterte PV-Sitzung der DBD, gez. A/Th. [A für Ackermann].

[163] Ebd., Entwicklung der Partei [DBD] 1954–58, 3. 5. 1958.

[164] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Protokoll Abteilungsbesprechung Sektor BO, 4./5. 6. 1953; ebd., Besprechungsprotokoll des Sektors mit Genossen für BO der BL, 14. 11. 1952, Beiträge zum Bezirk Suhl, ebd., Schulungsreferat des Sektors anläßlich der Arbeitstagung mit den Bezirksinstrukteuren, 13. 2. 1953.

nete, stützt demnach nur bedingt die Feststellung, die SED habe die personelle Besetzung umfassend gesteuert. Denn wer die Kader nicht persönlich einordnen kann, ist auf allgemeine Kriterien wie soziale Herkunft verwiesen, die eine gewisse Plausibilität für Systemtreue zwar suggerieren, wie beispielsweise im Falle von Flüchtlingsneubauern auf kleinen Anwesen; diese Kriterien garantieren jedoch nicht automatisch die gewünschte politische Haltung des einzelnen. Die Informationslücke des Sektors bestand bis Ende 1954. Danach legte die Arbeitsgruppe eine „Entwicklungskartei" für die DBD an[165]. Außerdem besann sich die SED darauf, daß sie zur Gründung Heerscharen von SED-Mitgliedern mit „Parteiauftrag" in die DBD geschickt und im Grunde seit 1949 völlig vernachlässigt hatte[166]. Nun wollte man diese für „Maulwürfe" gehaltenen Personen reaktivieren und hoffte, mit ihrer Hilfe aussagekräftige Personaleinschätzungen zu erhalten. Parallel dazu durchdrang das MfS in zunehmendem Maße auch die Sekretariate der Bezirksleitungen systematisch mit Inoffiziellen Mitarbeitern.

Das Sekretariat der DBD faßte im Dezember 1954 einen umfassenden Beschluß zur „politischen und fachlichen Qualifizierung der Kader"[167]. Bis zum IV. Parteitag sollten sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes, der Bezirks- und Kreisvorstände sowie die „Volksvertreter" von den Kreistagsabgeordneten an aufwärts zumindest eine Landesparteischule besucht haben. Allen hauptamtlichen Parteikadern wurde ein systematisches Selbststudium auferlegt. In diesem Zusammenhang sollten auch sogenannte Kaderentwicklungsgespräche stattfinden. Zusätzlich wurde diesem Personenkreis empfohlen, Lehrgänge für Gesellschaftswissenschaften an Volkshochschulen zu besuchen. Funktionäre in Verwaltungen und Massenorganisationen sollten Verwaltungsschulen und entsprechende Bildungsstätten der Massenorganisationen frequentieren. Die Vorlage schloß mit der Einsicht, daß diese Aufgaben nur durchführbar seien, wenn sich nicht nur die Kader-Abteilung, sondern alle Mitglieder der Parteileitungen dafür einsetzten. Der diesbezügliche Sekretariatsbeschluß lag, sowohl was die Kaderkontrolle als auch die Kaderschulung anbelangte, auf einer Linie mit der Anleitung des ZK. Auf die Arbeitsgruppe im ZK ist auch die Neuerung zurückzuführen, daß die Landwirtschaftskader der DBD die Erlaubnis erhielten, an den Einjahreskursen der einschlägigen SED-Schule zur Ausbildung von Funktionären für die Landwirtschaft in Schwerin teilzunehmen[168]. Selbstverständlich kontrollierte der Sektor die politische Schulung der DBD und griff bei politischen Irritationen in die redaktionelle Überarbeitung

---

[165] Mit diesem Gedanken spielte der Sektor schon im Frühjahr 1953, ebd., Referate im Zusammenhang mit einer Arbeitsbesprechung, 13. 2. 1953, Berichtsteil zu DBD und NDPD; die Ergebnisse siehe in SAPMO DY 30/vorl. SED. 4071–4074, 5127, 5128, Personaldaten zu DBD-Parteifunktionären und Mandatsträgern.

[166] So schon in SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Protokoll Abteilungsbesprechung des Sektors BO, 4./5. 6. 1953.

[167] ACDP VI-052–0528, Protokoll Sekretariat, 17. 12. 1954. Der Beschluß bezog sich auf PV-Beschlüsse vom 26./27. 4. 1954 zur ständigen Qualifizierung, die „unterschätzt" worden seien.

[168] Reichelt war der erste DBD-Funktionär, der schon 1954 einen Lehrgang in Schwerin besuchte. Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1603.

der Schulungspläne ein. So strich man beispielsweise 1960 das Wort „Einzelbauer" aus sämtlichen Schulungsunterlagen der DBD[169].

Die Kaderpolitik entpuppte sich insgesamt als das langfristig effektivste Instrument zur tiefgreifenden Gleichschaltung der DBD-Funktionsträger bis in die Kreisvorstände hinein. Die Kader mußten dabei mindestens zwei Hürden überwinden: Übte schon die DBD eine zunehmend restriktive und durch zahlreiche Selektionskriterien bestimmte Kaderkontrolle aus, so perfektionierte die Arbeitsgruppe BO im Laufe der Zeit ihre Nomenklaturpolitik.

Ein Anleitungsgegenstand bescherte dem Sektor ein besonderes Dilemma. Gemeint ist die Maxime, für eine „schöpferische Umsetzung" der SED-Vorgaben in der Bauernpartei zu sorgen. Denn die Geister, die die SED-Gängelung gerufen hatte, indem sie auf eine strikte Befolgung ihrer Anleitungshinweise drängte, wurde sie nun nicht mehr los. So resümierte die Arbeitsgruppe 1958, daß die Argumente der SED oft nur übernommen würden und völlig in der Sprache der SED an die DBD-Mitglieder weitergegeben würden. Daraus resultiere wiederum, daß der DBD-Parteivorstand bzw. der Apparat dem Zustand mancher Grundorganisationen, zumindest was die Benutzung des sozialistischen Vokabulars anbelangte, sogar hinterherhinke. Dagegen sei es erforderlich, die SED-Einflußnahme auf die Führung der DBD durch bessere, konkretere und „wissenschaftlicher" gehaltene Hinweise zu intensivieren[170]. Eigenes Denken der DBD war zwar grundsätzlich erwünscht, es sollte sich jedoch ausschließlich im politischen Zielkorridor der SED bewegen, da sie selbst nicht alle Winkel ausfüllen konnte und wollte.

Der Sektor war mit einem weiteren Kernbereich der DBD-Steuerung betraut. Diese SED-Schaltstelle legte fest, wie sich die Parteibasis der DBD in qualitativer und quantitativer Hinsicht zusammensetzen sollte. Im Untersuchungszeitraum sind der DBD nur ganz bestimmte Zielgruppen als potentielles Mitgliederreservoir zuerkannt worden. Dazu gehörten vorrangig die Klein- und Mittelbauern, je nach Kollektivierungsphase in erster Linie die wirtschaftlich stärkeren Mittelbauern. Nur im Ausnahmefall, mit Sondergenehmigung oder wenn es bestimmte Umstände nahelegten, durfte sie unter den Land- und Forstarbeitern und Genossenschaftsbauern werben; ansonsten aber zählten diese, nach ideologischen Vorstellungsmustern klassifizierten Gruppen, zur „Arbeiterklasse" oder standen ihr zumindest nahe und waren daher der SED vorbehalten. Die Arbeit der DBD mit ihren Mitgliedern sollte schichtnivellierend wirken. Auf diese Weise waren soziale Unterschiede in der ländlichen Gesellschaft anzugleichen. Denn die marxistisch-leninistische Agrarideologie hing an der Annahme, derzufolge nur bei weitgehender Angleichung der ländlich-sozialen Schichtung begründete Chancen bestünden, daß alle Bauern sich freiwillig zu Produktionsgenossenschaften zusammen-

---

[169] SAPMO DY 30 IV 2/15/55, Entwurf Abt. Schulung und Werbung der DBD zum 4. Thema des IX. Parteischuljahres, 7. 3. 1960; der Entwurf wurde von der AG BO redigiert.

[170] SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Entwicklung der Partei 1954–1958, 3. 5. 1958. Die Problematik, daß die DBD zum bloßen „Anhängsel" der SED degeneriere, wurde schon 1953 gegenüber der SED-BL Potsdam moniert, SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Arbeitsbesprechung und Schulung der Abt. LOPM, 14./15. 9. 1953.

schlössen. Ausgeprägte soziale Unterschiede hingegen behinderten eine solche Entscheidung, denn den wohlhabenderen Bauern drohte im LPG-Verbund mit „Habenichtsen" ein Status- und Prestigeverlust. Freiwillig würden sie demnach keiner sozial inhomogenen Genossenschaft beitreten. Daher zielte die SED darauf, schon im Vorfeld offener Kollektivierungspolitik die Unterschiede zwischen sozialen Schichten zu minimieren. Sie versuchte, den sozialen Aufstieg der Landarbeiter voranzubringen[171]. Dabei bestimmte sie die agrarmarxistische Anschauung, daß sich Mittelbauern als Angehörige einer anderen Klasse notwendigerweise immer gegen den Aufstieg der Landarbeiter wenden würden. Folgte man dieser Auffassung, so war ausgeschlossen, die DBD als Partei der „werktätigen Einzelbauern" mit einer Politik für die Landarbeiter oder andere Angehörige der „Klasse" der Arbeiter zu betrauen. Daher ist die häufig anzutreffende Vorstellung, daß die DBD bis in die achtziger Jahre hinein als die „Partei der Genossenschaftsbauern" rangierte, zu korrigieren. Diese ex-post Beobachtung traf für die Zeit bis zur Vollkollektivierung keineswegs zu[172].

Umsetzung

Die Einflußnahme und Kontrolle des Sektors funktionierte keineswegs perfekt. Umsetzungsprobleme und Reibungsverluste häuften sich anfangs, nahmen dann jedoch ab. Obwohl die DBD dem ehrgeizigen Vorhaben der 2. SED-Parteikonferenz vorbehaltlos folgte[173], bestand zwischen dem Sektor und ihr 1952 noch keine enge Zusammenarbeit. Nicht der Sektor leitete den Kurs der DBD in dieser Zeit an; vielmehr muß die Grundrichtung der Sozialisierungspolitik im persönlichen Kontakt auf höherer Ebene festgelegt worden sein, auch eine Abstimmung mit sowjetischen Behörden war nachweislich gegeben[174].

Der Sektor war 1952 noch ganz überwiegend mit Fragen organisatorischer Art beschäftigt. So sollte er zu allen politischen Geschäftsführern der Blockparteien Kontakte herstellen, wobei CDU und LDP die eigentlichen Problemfälle darstellten, nicht DBD und NDPD[175]. Vor allem in den entsprechenden Abteilungen des Sektors in den Bezirken und damit an einer wichtigen Schaltstelle war die Anleitung lückenhaft[176]. In den Bezirken herrschte im Grunde die Praxis, daß die Lei-

---

171 Vgl. Bauerkämper, Aufwertung, S. 264–267.

172 Lapp, Blockparteien im politischen System, S. 17.

173 Vgl. Berichte zur Lage in der DBD und den anderen Blockparteien nach der 2. Parteikonferenz in SAPMO DY 30 IV 2/15/3 und /4, Protokoll Abteilungsbesprechung des Sektors BO, 4./5. 6. 1953.

174 Für die staatliche Anleitung: BA DK-1/9509, Besprechung mit Genossen Stupow, 5. 8. 1952, anwesend von der DBD Scholz und Schröder, ZK-Abteilungsleiter Schäfer sowie Siegmund und Streit. Für sowjetische Kritik: BStU ASt Nbg. AIM 712/85, I Densdorf, Bl. 69–72, selbstkritische Stellungnahme, 8. 2. 1953. BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 46, Abt. VI/I Treffbericht, 27. 1. 1953.

175 Vgl. Entwurf eines Berichtes an Ulbricht über die Arbeit der anderen Parteien [1952] in SAPMO DY 30 IV 2/15/3.

176 Lt. einer Arbeitstagung mit den Bezirksinstrukteuren am 9. 11. 1954 hatte der Sektor immer noch keinen umfassenden Überblick über die Zusammensetzung und politische Haltung der Vorstände, allerdings seien Fortschritte in der Zusammenarbeit erkennbar, SAPMO DY 30 IV 2/15/4.

tung des Sektors in mehr oder weniger regelmäßigem Abstand zwar Aussprachen mit den Blockparteien führte, oftmals aber nur mit ihnen zusammentraf, wenn konkrete Schwierigkeiten Anlaß dazu gaben, wie dies z.B. für den Bezirk Schwerin noch im Krisenjahr 1953 verbürgt ist[177]. Die oben dargelegte Direktive vom 3. Februar 1953 wurde laut Berichten des Sektors nur unzureichend bis an die Grundeinheiten weitergegeben; allerdings war es bereits ein Erfolg, daß man damit die Kreise erreichte[178]. Sogar bei einem maßgeblichen Politbürobeschluß war die Reichweite der SED-Anleitung 1953 also klar begrenzt. Die Anleitung auf Ortsebene stellte ein Problem dar, welches oftmals durch Unkenntnis und ein schlechtes Verhältnis zwischen den Grundorganisationen von SED und DBD verschärft wurde[179]. In einem Resümee des Sektors von Anfang Juni 1953 zur Anleitung der DBD wurde auch Kritik gegenüber den eigenen Reihen geäußert: „Obwohl gerade die DBD eine große Hilfe bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auf dem Lande zu leisten hat, wird ihre Bedeutung auch durch die Bezirksleitungen unserer Partei, die über ausgesprochene landwirtschaftliche Kreise verfügen, wie z.B. Rostock, Neubrandenburg, Erfurt, Dresden stark unterschätzt. Die Tatsache, daß die DBD einen konsequenten Kampf gegen reaktionäre Kräfte in ihren Reihen führt, darf nicht dazu führen, daß die Zusammenarbeit mit den Funktionären der DBD vernachlässigt wird."[180]

Die Informationslage blieb bis zum Ausbruch der Krise 1953 desolat und paßt zum generellen Bild der Fehleinschätzungen und mangelhaften Krisenwahrnehmung der SED im Vorfeld des Volksaufstandes[181], das allein jedoch keine hinreichende Begründung für das Desaster im Anleitungsapparat am 17. Juni 1953 ist. Der Sektor kritisierte wiederholt, daß die Bezirksleitungen nur „undifferenziert" vorgingen. Man unterscheide zu wenig zwischen den Blockparteien, DBD und NDPD seien anders zu behandeln als die „bürgerlichen"[182]. Man dürfe die DBD nicht leichtfertig in eine „reaktionäre" Ecke stellen und damit abschreiben[183].

---

177 Ebd., Niederschrift über Diskussion des Sektors BO anläßlich der Arbeitsbesprechung mit den Instrukteuren für BO der BL am 13. 2. 1953, 17. 2. 1953.

178 Ebd., Protokoll Abteilungsbesprechung des Sektors BO, 4./5. 6. 1953.

179 Siehe Bericht zur DBD ebd.: „Auch zwischen den Kreisleitungen unserer Partei und den Spitzenfunktionären im DBD-Kreismaßstab sind in fast sämtlichen Kreisen die Voraussetzungen einer guten Zusammenarbeit gegeben. Es muß jedoch festgestellt werden, daß durch die mangelhafte Verbindung, die zwischen den Ortsfunktionären unserer Partei und der DBD in fast sämtlichen Orten der Republik besteht, die Bezirksleitungen unserer Partei ungenügend über die Situation in der DBD informiert sind. Das führt dazu, daß bei den Besprechungen im Kreis und im Bezirksmaßstab unsere Genossen diese Besprechungen ungenügend dazu benutzen, den Funktionären der DBD Hinweise hinsichtlich des Kampfes gegen reaktionäre Kräfte zu geben. Aus sämtlichen Berichten ist ersichtlich, daß sich die Kenntnis der progressiven Kräfte in der DBD nur auf die Spitzenfunktionäre dieser Partei beschränkt."

180 Ebd., der gleiche Bericht hielt auch frappierende Mängel in der Anleitung anderer Blockparteien fest.

181 Bailey u. a., Front, S. 211; vgl. auch Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 93–97.

182 SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Niederschrift über Diskussion des Sektors BO anläßlich der Arbeitsbesprechung mit den Instrukteuren für BO der BL am 13. 2. 1953, 17. 2. 1953.

183 Ebd.

Diese als sektiererisch bezeichneten Tendenzen in der SED versuchte der Sektor seit Frühjahr 1953 durch ein intensives blockpolitisches Schulungsprogramm zu beheben[184]. Der Handlungsbedarf stieg besonders nach der Verkündung des „Neuen Kurses"[185]. Dennoch fiel die Selbstkritik des Sektors 1954 unerwartet negativ aus: In einem Bericht über eine Arbeitstagung des Sektors mit den Instrukteuren in den Bezirksleitungen der SED vom 16. März 1954 bemängelte man das ausschließlich „formale Vorgehen" des Sektors, der keine „Auseinandersetzung mit feindlichen Kräften" führe, die Durchführung seiner Beschlüsse nicht kontrolliere und die Arbeit mit den „fortschrittlichen" Teilen anderer Parteien zu wenig organisiere[186]. „Sektiererische" Tendenzen träten weiterhin auf, wie im Bezirk Erfurt, wo die SED zwar mit der CDU gut zusammenarbeite, dafür aber nur leidlich mit der DBD[187]. Vor allem Arbeitsbesprechungen mit den Bezirksinstrukteuren illustrieren, wie sehr die eigenen Gliederungen der SED zum Gegenstand von Überprüfungen wurden. Diese Selbstkontrolle war Voraussetzung dafür, um in einem zweiten Schritt Kontrolle und Anleitung der eigentlichen Objekte, der Blockparteien, intensivieren zu können.

Neben diesen Unzulänglichkeiten und der „sektiererischen" Praxis in der SED bestand in der Anleitung der DBD 1954 eine weitere Schwachstelle: „In Auswertung der 17. Tagung des ZK ist im wesentlichen eine Verbesserung der Zusammenarbeit unserer unteren Parteileitungen mit der DBD hergestellt worden. Ein entscheidender Mangel liegt jedoch noch darin, daß sich diese Zusammenarbeit fast aussschließlich auf die ökonomischen Fragen der Landwirtschaft bezieht. Die ideologisch-pol. Hilfe für die DBD ist kaum entwickelt. Das hat zur Folge, daß vielfach in den Mitgliederversammlungen der DBD fast ausschließlich ökonomische Fragen behandelt werden und der Klärungsprozeß auch in dieser Partei noch erhebliche Mängel aufweist."[188]

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gelang der Arbeitsgruppe ein systematischeres Vorgehen. Dies belegen minutiöse Berichte zum Verhalten der einzelnen Blockparteien in wichtigen Fragen; solche wurden z.B. verfaßt anläßlich der Volkskammerwahlen Ende 1954, zur Genfer Gipfelkonferenz 1955 oder über die ersten offiziellen SED-Verlautbarungen zur Entstalinisierung in der Sowjetunion auf dem 14. Plenum des ZK der SED im November 1961, das den XXII. Parteitag der KPdSU auf die Tagesordnung gesetzt hatte[189].

---

[184] Ebd., Referatsausarbeitung des Sektors BO zur „Bedeutung der Blockpolitik bei der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der ständigen Festigung der volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht", 2. 6. 1953.

[185] Ebd., Die Bedeutung der Arbeit des demokratischen Blocks bei der Verwirklichung des neuen Kurses, [1954].

[186] Ebd., Bericht über Arbeitstagung des Sektors BO mit Instrukteuren in den BL der SED, 16. 3. 1954, Schlußwort.

[187] Ebd., Arbeitsbesprechung des Sektors mit Bezirksinstrukteuren, 23. 7. 1954.

[188] SAPMO DY 30 IV 2/15/14, Brief des Sektors an Mückenberger, 17. 12. 1954.

[189] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht des Sektors zu Vorbereitungen der Volkskammerwahlen durch DBD 1954. Für 1963: SAPMO DY 30 IV A2/15/92, Ausarbeitungen des PV der DBD, u.a. Kommuniqué des PV über Aussprache des Präsidiums des PV mit Ulbricht 1963, politisch-ideologische Situation in der DBD vor den Volkskammerwahlen

Obwohl es auch während dieser Jahre genügend Anlaß zu ernsten Befürchtungen gab, wie etwa die anhaltende Diskussion in der Landbevölkerung über die Vorschläge Kurt Viewegs, konnte sich die Arbeitsgruppe im Prinzip tatsächlich auf die politisch-inhaltliche Anleitung konzentrieren; das Aufspüren „reaktionärer Erscheinungen" trat demgegenüber eher in den Hintergrund[190]. Die neue Devise, im Umgang mit den Blockparteien auf kleinliche Kritik zu verzichten, bewirkte offenbar ein besseres Arbeitsverhältnis untereinander, da es der DBD wie den anderen Parteien das Gefühl vermittelte, als politische Kraft akzeptiert und gebraucht zu werden[191]. Die Fokussierung der Anleitung auf grundsätzliche Themen wurde jedoch erst möglich, weil inzwischen neue, schon überwiegend im DDR-Herrschaftssystem sozialisierte und daher häufig loyalere Führungseliten herangebildet worden waren; nicht zuletzt aber auch weil die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS in der DBD detaillierte Kontrollaufträge ohnehin übernommen hatten.

In diesen Jahren tauschten sich für die DBD einschlägige ZK-Abteilungen untereinander intensiv aus, so Irene Köhler für die Arbeitsgruppe und Ernst Mükkenberger für die ZK-Abteilung Landwirtschaft[192]. Die geheimen, mit MfS-Hilfe erstellten Berichte über die Machtkonstellationen im DBD-Sekretariat bildeten einen Schwerpunkt der Informationen an Matern[193]. Auch Ulbricht informierte man gelegentlich über den ideologischen Zustand der DBD[194].

Erst in dieser Phase ging die Arbeitsgruppe gezielt dazu über, eine spezifische, auf die Bedürfnisse der DBD zugeschnittene Anleitung durchzuführen. So wurden die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe nach 1957 instruiert, daß die Funktionäre der DBD in besonderer Weise die Hilfe der SED brauchen würden, „weil sie meist sehr aktiv sind, aber infolge ungenügender Schul- und politischer Bildung in ihrer Argumentation zu schwach sind. Deshalb erleben wir es oft, daß die DBD-Funktionäre einfach die Argumentation unserer Partei übernehmen und nicht in ihrer eigenen Sprache sprechen. Das ist falsch."[195] Allerdings provozierte die Arbeitsgruppe mit dieser arrogant-besserwisserischen Art Ablehnung in DBD-Kreisen. Wenngleich Mitglieder der DBD im Schnitt über ein niedrigeres Niveau an schulischer Allgemeinbildung verfügten, hob sie, wie ihre Partei vehement unterstrich, ihre landwirtschaftliche Qualifikation und ihr für den Erfolg im bäuerlichen Beruf wichtiges praktisches Erfahrungswissen von anderen positiv ab[196].

1963, Entwicklung des Bewußtseins der Mitglieder und Leitungstätigkeit der DBD seit ihrem 7. PT.

190 SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Entwicklung der Partei [DBD] 1954–1958, 3. 5. 1958.

191 Siehe beispielsweise SAPMO DY 30 IV 2/15/3, VVS 9. 5. 1958 aus Bezirk Dresden.

192 Siehe etwa SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Sektor an Mückenberger, 17. 12. 1954; Mückenberger an Köhler, 14. 8. 1957; Mückenberger an Köhler, 25. 4. 1958.

193 Ebd., z. B. Sektor BO an Matern, 3. 8. 1959.

194 Ebd., Sektor BO an Ulbricht, 8. 8. 1957: Vorschläge für die Verbesserung der ideologischen Arbeit der DBD.

195 SAPMO DY 30 IV 2/15/7, Schulungsmaterial für Mitarbeiter des Sektors, undatiert [Anfang 1958].

196 Vgl. Reichelt, Blockflöte, S. 204 f.

Kaderüberwachung und Bestätigungsnomenklaturen

Die Handschrift Materns zeigt sich deutlich im Aufbau einer systematischen Kaderüberwachung bei sämtlichen ranghöheren Funktionären der Blockparteien[197]. Dafür dürfte ihn auch sein Amt als Chef der Zentralen Parteikontrollkommission der SED prädestiniert haben. Offensichtlich schält sich auch in diesem Anleitungszweig eine Zäsur im Jahr 1955 heraus: Zwar stellte man Personaldaten und Materialien seit dem Sommer 1953 zusammen, was als Reaktion auf die Krisenerfahrung des 17. Juni zu werten ist. Dennoch begann die Arbeitsgruppe erst ab 1955 weitaus systematischer als vorher, teils umfangreiche Personaldossiers über DBD-Mitglieder anzulegen. Diese Kaderkontrolle betraf sowohl Funktionäre der DBD in Parteiämtern bis hinunter zu den Bezirksvorständen als auch staatliche Funktionsträger in Regierung, Volkskammer und Bezirkstagen.

Die Unterlagen zu den einzelnen Personen enthielten in der Regel einen ausführlichen Lebenslauf und persönliche Einschätzungen von verschiedenen DBD-Stellen, die z.B. anläßlich von Schulungen ausgestellt worden waren; darunter befanden sich aber auch Beurteilungen von SED-Einheiten, wie den Sekretären der Bezirke, Kreisleitungen, Verwaltungsschulen der SED oder seit 1957 dem Institut für Ausbildung von Funktionären in der Landwirtschaft in Schwerin. Die Arbeitsgruppe sammelte Materialien zu allen Vorkommnissen, denen sie politische Relevanz beimaß; das konnte auch sehr persönliche Angelegenheiten berühren. Bei Bedarf holte man gezielt Informationen ein. Erschien den Mitarbeitern der Arbeitsgruppe eine Kandidatur zweifelhaft, so setzte sich ein negativer Entscheid von SED-Seite in allen überlieferten Fällen durch[198].

Nur anhand dieser Materialien der Arbeitsgruppe lassen sich Personalentscheidungen in der DBD gesichert nachvollziehen. Der unkommentierte oder nur vage begründete Rückzug einer Reihe von Volkskammerabgeordneten der DBD 1958 ist in vielen Fällen auf die zwiespältige bis ablehnende Haltung zum sozialistischen Vormarsch in der Landwirtschaft oder auf „Unklarheiten in der Bündnisfrage" zurückzuführen[199]. Nicht jedes Ausscheiden war auf den ersten Blick politisch veranlaßt, sondern erfolgte oft aufgrund „moralischer Unzulänglichkeiten", wobei die Skala von Alkoholismus, Ehebruch über Liebschaften bis hin zu Ver-

---

[197] Diese Steuerung war zwar bekannt – für die SMAD z.B. durch Weber, Einleitung, in: ders., Parteiensystem, S. 47 –, aber für keine Blockpartei aktengestützt untersucht worden. Siehe bis 1952 auch Dowidat, Personalpolitik, S. 466, die beobachtet, daß in NDPD und DBD im Vergleich zu CDU und LDPD weniger gravierende Veränderungen stattfanden.

[198] SAPMO DY 30/vorl. SED 4071 [Büro Matern], ZK-SED, Abt. BO, Aktentitel A-G DBD, Bezirke in Kreise, enthält auch Vorschläge Volkskammer, von 1952–64. SAPMO DY 30/vorl. SED 5130, ZK-SED, Abt. BO, Kader A-Z ehemalige VVS NDPD, LDPD, CDU, DBD von 1956–57. SAPMO DY 30/vorl. SED 5128, Abt. BO, Kader A-Z, LDPD, NDPD, CDU, DBD, ehem. VVS bis 1955 [1955]. SAPMO DY 30/vorl. SED 5127, Abt. BO, Kader A-Z, LDPD, NDPD, CDU, DBD, 1953/1954; SAPMO DY 30/vorl. SED 4072, Abt. BO, Kader H-L DBD, Bezirke, 1952–67. SAPMO DY 30/vorl. SED 4073, Abt. BO, Kader W-Z DBD, enthält: Bezirke u. Vorschläge zur Volkskammer 1952–67.

[199] Z.B. im Fall Susanne Häber, SAPMO DY 30/vorl. SED 4072, KL Stollberg an SED-BL Karl-Marx-Stadt, 22. 7. 1958.

gewaltigungen reichte; allerdings wurden diese „Unzulänglichkeiten" erst entscheidungsrelevant, wenn man sie der Doktrin gemäß politisch interpretierte. Die Arbeitsgruppe maßte sich auch in dieser Hinsicht absolute Entscheidungskompetenz an. Festzuhalten ist auch, daß dieses Mittel der Arbeitsgruppe keine lückenlose Kontrolle garantierte, vielmehr auf die Mithilfe oft unbeteiligter Informanten angewiesen war.

Das Vorgehen sei an einem Fall demonstriert: Das Schreiben einer LPG-Bäuerin an den Ministerrat brachte den Stein zum Zeitpunkt des offiziellen Abschlusses der Vollkollektivierung im April 1960 ins Rollen. Sie fragte an, warum jemand Volkskammerabgeordneter bleiben dürfe, obwohl er seinen LPG-Vorsitz unehrenhaft aufgeben habe müssen. Der Brief gelangte zur Arbeitsgruppe, die sofort von der zuständigen SED-Kreisleitung einen ausführlichen Bericht verlangte. Ein Telefonat mit der Kreisleitung ergab, daß XY vom LPG-Vorsitz enthoben worden war, erstens „weil er die führende Rolle der SED nicht anerkennt und mit einigen Mitgliedern der DBD gegen die [...] SED im Ort intrigiert [...und] Zersetzungsarbeit unter einem Teil von LPG-Mitgliedern durchführt", zweitens wegen „grenzenloser Überheblichkeit" und drittens wegen „unmoralischen Verhaltens". Die Ermittlungen der Kreisleitung hatten ergeben, daß es sich beim letzten Vorwurf nicht nur um außereheliche amouröse Verhältnisse, sondern um Vergewaltigungen und Versuche dazu gehandelt hatte[200]. Der Bericht des Bezirksvorsitzenden und Kaderleiters der DBD enthielt hingegen eine andere Lesart: Ihm zufolge habe XY „dazu beigetragen, daß in einer Vollversammlung der LPG während der Mittagspause [!] der [SED-]Parteisekretär der LPG aus dem Vorstand ausgeschlossen wurde. Daraufhin erfolgte durch die Kreisleitung der SED eine Überprüfung, wobei mit ca. 20 Genossenschaftsbauern persönliche Gespräche geführt wurden. Der größte Teil der Genossenschaftsbauern zögerte, über XY Aussagen zu machen und man verspürte eine gewisse Angst vor XY. Außerdem wurde damals festgestellt, daß XY ein Verhältnis mit AB, welche ebenfalls Genossenschaftsbäuerin ist, hatte."

Zusätzlich belastete man ihn wegen Kontakten zu Einzelbauern, die die LPG schädigen würden, da er eine Kuh an einen Einzelbauern verkauft hatte, ohne sie vorher der LPG angeboten zu haben. Der DBD-Bericht fuhr fort: „Wie XY zur LPG steht, wird am deutlichsten daran charakterisiert, indem er anläßlich der festgesetzten Neuwahlversammlung der Ortsgruppe unserer Partei in O. sagte: ‚Wir machen eine LPG Typ I und die können uns alle mal am Arsch lecken'." In der Ortsgruppe der DBD sei man hinsichtlich der „moralischen Schwächen" von XY der Meinung gewesen, dies sei Privatsache[201].

Aufgrund des Berichtes der DBD ist sicher, daß XY in einem Konflikt zur SED stand und eigene Interessen der DBD vertrat, worauf nicht zuletzt der Umstand hindeutet, daß er gerade den Ausschluß des Parteisekretärs der SED – die

---

[200] SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, Brief einer LPG-Bäuerin an Ministerrat vom 22. 4. 1960, der am 20. 5. 1960 an Köhler weitergeleitet wurde. Telefonbericht der AG BO mit der SED-KL, 24. 5. 1960.

[201] Ebd., Bezirksvorsitzender der DBD Karl-Marx-Stadt, Rudi Werner, an PV der DBD, 23. 4. 1960. [Abschrift].

DBD hingegen durfte keine Parteiorganisation in LPG unterhalten – aus dem LPG-Vorstand betrieben hatte. Die Kontrolle der SED richtete sich umgehend gegen die eigenen Gliederungen. So führte die Arbeitsgruppe aus, man müsse die Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED „in Kenntnis [...] setzen über die falsche Handlungsweise der Kreisleitung Hohenstein-Ernstthal, indem die Genossin E [Ehefrau des Beschuldigten] – obwohl bekannt war, daß ihr Mann Mitglied der DBD und Sekretariatsmitglied des Bezirksvorstandes der DBD war – in die Kreisleitung der SED gewählt wurde." Über die politische Tragweite hinaus ist der mentalitätsgeschichtliche Gehalt dieser Episode interessant: In den Argumentationen von SED und DBD rangierte das politisch renitente Verhalten an erster Stelle als Grund für das Ausscheiden aus der Volkskammer; die kriminellen Handlungen wurde im SED-Bericht nachgeordnet als „moralische" Unzulänglichkeiten verharmlost, und in der DBD-Ortsgruppe in die Privatsphäre abgeschoben. Offenbar bedurfte es erst eines Vorstoßes aus dem Kreis der Dorfeinwohner, der die schlechte Reputation des Kandidaten dort anzeigte, um die Affäre zum Politikum zu machen. Zwar ging es der Bäuerin laut ihrem Schreiben nicht um die politische Abweichung des Beschuldigten, sondern um den Grund seiner unehrenhaften Entlassung. Die Analysen der Arbeitsgruppe konzentrierten sich hingegen ganz auf die politische Verläßlichkeit des Kandidaten. Wenn sein Ansehen im Dorf nicht durch den unehrenhaften Rücktritt vom LPG-Vorsitz beschädigt gewesen wäre, hätte er sicher weiterhin der Volkskammer angehört.

Bestätigungsnomenklaturen der SED wurden zwar nicht im Sektor bzw. der Arbeitsgruppe entschieden, konnten aber nur auf der Basis der dort gesammelten Kenntnisse umgesetzt werden: Inwiefern die DBD-Parteiführungsspitzen bereits im Untersuchungszeitraum zu diesen Kadern gehörten, läßt sich nicht eindeutig bestimmen[202]. Zweifellos konnten zentrale Positionen nicht gegen den Willen der SED besetzt werden. Wer jedoch einmal ein hohes Parteiamt bekleidete, konnte nur schwer wieder entfernt werden. Während die CDU zweimal durch direkten Eingriff der SMAD ihre Parteiführungsspitze verlor, ist für die DBD kein solch eindeutig interventionistischer Vorfall nachweisbar. Für die siebziger und achtziger Jahre rangierten die Parteivorsitzenden, deren Stellvertreter sowie alle Sekretäre der „befreundeten Parteien" auf den Listen der Kadernomenklatur des ZK der SED[203]. Eine unmittelbare Einwirkung des Politbüros in diese Entscheidungen ist für den Untersuchungszeitraum nicht belegt, wenngleich 1955 ein relativer Höhepunkt in der Zahl der Hauptnomenklaturkader des ZK festzustellen ist:

---

[202] Vgl. Wagner, Kadernomenklatursystem, wenngleich ohne Angaben zu Blockparteien; Glaeßner, Herrschaft; Schwarzenbach, Kaderpolitik.

[203] SAPMO DY 30 J IV 2/3/2605, Anlage zu Protokoll der Sekretariatssitzung des ZK am 7. 6. 1977, Bl. 55–226, Kadernomenklatur des ZK der SED, Bl. 80f. Lt. Kadernomenklatur des ZK vom Dezember 1986 beschloß das PB in Abstimmung mit der Abt. Staat und Recht über die Volkskammerabgeordneten – damals für vier Parteien je 52 – sowie über die Nachfolgekandidaten. Das Sekretariat beschloß ebenfalls in Abstimmung mit der Abt. Staat und Recht über die Fraktionsvorsitzenden; SAPMO DY 30 J IV 2/3/4052, Protokoll Sekretariat des ZK, 3. 12. 1986, Bl. 1–201, hier Bl. 27–29.

1955 waren rund 7000 Funktionen davon betroffen, bis September 1960 war die Gesamtzahl auf 4589 Nomenklaturkader reduziert worden[204].

Bis 1963 sind lediglich die Bestätigungsnomenklaturen der SED für die Besetzung von Regierungsfunktionen und von Führungspositionen der Massenorganisationen aktenkundig[205]. Hierin unterschieden sich die Blockparteien in diesem Zeitraum eindeutig von den Massenorganisationen. Anfang der fünfziger Jahre gab es in der SED drei Zustimmungsebenen – die des Politbüro, des Sekretariates sowie der Kaderabteilung –, welche im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Fachabteilung Entscheidungen fällten. So entschied das Politbüro über Minister und Staatssekretäre, das Sekretariat über die Ebene der Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter in den Ministerien. In Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen, hier also der Arbeitsgruppe und der ZK-Abteilung Landwirtschaft, befaßte sich die Kaderabteilung mit den Hauptreferenten und Referenten. Die Bestätigung erfolgte durch eine „Vereinbarung der zuständigen Fach- und Kaderabteilung und Gegenzeichnung der zuständigen Mitglieder des Sekretariats des Zentralkomitees"[206]. Dieses Verfahren unterstreicht wiederum die Bedeutung der Fachabteilungen bzw. hier der Arbeitsgruppe BO, da nur sie über genaue Personalkenntnisse verfügten.

Allerdings gab es in dieser Zeit zwei besonders neuralgische Positionen, über die ebenfalls das Politbüro bestimmte. Dies betraf die jeweiligen Leiter der Abteilung MAS und Volkseigene Güter im MLF und unterstreicht den Stellenwert, den das Politbüro diesen „Vorreitern" für den Ausbau der sozialistischen Elemente in der Landwirtschaft beimaß. Nahezu alle anderen untergeordneten Posten gleicher Rangstufe wurden ansonsten vom Sekretariat überprüft[207].

Die ZK-Abteilung Landwirtschaft

Die ZK-Abteilung Landwirtschaft war im Rahmen ihres allgemeinen Aufgabenprofils, nämlich für die adäquate Umsetzung der agrarpolitischen und -wirtschaftlichen Ziele der SED zu sorgen, auch für die Anleitung der DBD zuständig. Da diese in erheblichem Maße von den organisatorischen Grundkonstellationen des SED-Apparates insgesamt und der Abteilung Landwirtschaft im besonderen abhing, sind zunächst deren Grundlinien zu skizzieren.

---

[204] SAPMO DY 30 J IV 2/2/438, Bl. 9–30, 6. 9. 1955, Hauptnomenklatur des ZK; SAPMO DY 30 J IV 2/3/704, Anlage zum Sitzungsprotokoll, Bl. 106–238, hier Bl. 108.

[205] Den ersten Beschluß zum Nomenklatursystem fällte das Kleine Sekretariat der SED kurz nach seiner Konstituierung. Hinsichtlich von Positionen, die auch die Blockparteien betrafen, enthielt er Angaben zur Besetzung der Hauptabteilungsleiterposten in der DWK, SAPMO DY 30 J IV 2/3/9, Sitzungsprotokoll Kleines Sekretariat, 1. 3. 1949. Das PB hingegen beschloß die Ernennung aller Mitglieder des Sekretariates und des Plenums des DWK am 8. 3. 1949. Kaiser, Zentrale, S. 76. Für die 50er Jahre: SAPMO DY 30 J IV 2/3/81, Bl. 25–38, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Sekretariat des ZK vom 30. 1. 1950.

[206] SAPMO DY 30 J IV 2/3/199, Anlage Nr. 19 zu Protokoll Sekretariat des ZK, 28. 5. 1951, Bl. 95–124, hier Bl. 105.

[207] SAPMO DY 30 J IV 2/3/81, Bl. 25–38, Anlage Nr. 5 zu Protokoll Sekretariat des ZK, 30. 1. 1950, hier Bl. 28f.

So lagen seit 1949 die politischen Hauptentscheidungen praktisch in den Händen des „Triumvirats" Pieck, Ulbricht und Grotewohl, die sich mit sowjetischen Stellen abstimmten. Nach der Aufgabenverteilung im Zentralsekretariat waren Paul Merker und Helmut Lehmann gemeinsam für die Abteilung IVc Landwirtschaft verantwortlich, wobei der Sozialversicherungsexperte aus der SPD, Lehmann, sich nachweislich mehr arbeits- und sozialrechtlichen Themen zuwandte als der Landwirtschaft[208]. Gleichzeitig mit den ersten politischen Auftritten der DBD im August 1948 hob ein Beschluß des Zentralsekretariats vom 9. August die paritätische Besetzung der Hauptabteilung insofern auf, als Merker die „alleinige Verantwortung der Abt. Landwirtschaft übernimmt", und Lehmann nur noch „konsultativ in grundsätzlichen Fragen" hinzugezogen wurde[209]. Merker gehörte dem Zentralsekretariat seit April 1946 an. Da er den Bereich Landwirtschaft auch im ersten Politbüro (Januar 1949 bis Juli 1950) betreute, war er bis zu seiner Entmachtung die agrarpolitische Schlüsselfigur der SED, vor allem in der Umsetzung.

Der agrarpolitische Kurs wurde in Absprache mit der Parteispitze, dort vornehmlich mit Ulbricht, ausgearbeitet. Zwar war nominell Edith Baumann im Kleinen Sekretariat neben den Sparten Jugend, Frauen und Sport auch für Landwirtschaft verantwortlich, in der Praxis jedoch überließ sie diese vereinbarungsgemäß Merker[210]. Diese Überschneidung schwächte nicht die Effektivität im Ablauf, da sich die Entscheidungsfindung bei Merker bündelte und er diese, sofern er nicht handlungsbefugt war, in den Führungszirkel weiterleitete[211]. Die Landwirtschaftsangelegenheiten liefen bis zu Merkers Sturz im Juli 1950 im Politbüro zusammen. Diese Zuständigkeit lag also quer zum ansonsten zu beobachtenden Kräfteverhältnis zwischen dem Kleinen Sekretariat bzw. dem Sekretariat des ZK, wie es ab Juli 1950 hieß, und dem Politbüro – Ulbricht verschob bis zum Sommer 1953 immer mehr Kompetenzen in das von ihm kontrollierte Sekretariat. Ab Juli 1950 rückte zwar auch der später mit Landwirtschaftsfragen betraute Erich Mückenberger als Kandidat ins Politbüro ein, ein agrarpolitischer Einfluß ist bei ihm in dieser Zeit aber nicht festzustellen. Parallel dazu profilierte sich Kurt Vieweg, der damalige Generalsekretär der VdgB(BHG), im ZK-Sekretariat in Sachen Landwirtschaft.

---

208 Hoffmann, Neuordnung, S. 29f., passim.

209 SAPMO DY 30 IV 2/2.1/222, Protokoll ZS, 9. 8. 1948; Entscheidungen, S. 524, Anm. 18; Scholz, Bauernopfer, S. 73.

210 Zur Aufteilung siehe grundsätzlich Stern, Dogma S. 63, 80, und Kaiser, Zentrale, S. 74, zur politischen Praxis beispielsweise SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 34f., Abteilungsbesprechung der ZK-Abt. LW, 20. 7. 1949. Zur Aufgabe des Kleinen Sekretariats siehe „Innerparteiliche Maßnahmen", Beschluß des PV vom 24.1. und der 1. Parteikonferenz vom 25.–28. 1. 1949, in: Dokumente der SED, Bd. II, S. 215. Zur Aufgabenverteilung im PB, SAPMO DY 30 J IV 2/2/3, Protokoll PB, 15. 2. 1949, Bl. 2; danach sollte Merker dem Kleinen Sekretariat Personaländerungen in der Abt. LW vorschlagen.

211 Kaisers Feststellung, wonach die Omnipotenz der SED keine institutionelle Anarchie zuließ, erscheint für den inneren SED-Apparat zutreffend, ist jedoch nicht per se auf die Ebene der Umsetzung ausdehnbar angesichts der Vielzahl an politischen Akteuren, die mitunter dann doch divergierende Interessen verfochten. Kaiser, Zentrale, S. 59.

Die Kontaktpersonen der DBD bei anfangs paritätisch mit ehemaligen SPD- bzw. KPD-Mitgliedern besetzten Funktionen im Apparat der SED waren ausschließlich die KPD-Genossen. Diese Beobachtung gilt etwa hinsichtlich der Organisations- und Personalpolitik der SED, wo die entscheidenden Gespräche mit Goldenbaum von Anfang an Dahlem führte, wie auch für das Duo Merker und Lehmann. So wie sich die Führungsriege der DBD bis in die Kreisleitungen hinein systematisch aus langjährigen KPD-Mitgliedern zusammensetzte, mußte folgerichtig die Anleitung einer auf sowjetische Veranlassung hin eingerichteten Partei Kommunisten vorbehalten bleiben.

Die ZK-Abteilung Landwirtschaft bestand in der Frühphase der SBZ aus sechs Referaten. Eine Gliederung aus dem Jahr 1947, die spätestens bis zum November 1948 abgeändert wurde, spiegelt als zentrales Handlungsfeld die Bewältigung der Kriegsfolgen wider. Im Mittelpunkt der Aufgaben standen die Ernährungssicherung, die Wiedereinrichtung landwirtschaftlicher Organisationen und vor allem die SED-Kontrolle darüber, sowie die Verstetigung der durch die Bodenreform induzierten sozialökonomischen Umwälzung etwa durch die Unterstützung nicht oder kaum ausgestatteter Neubauernwirtschaften. Eine gesamtdeutsche Komponente illustriert das eigene Referat für Westzonen[212]. Im Unterschied zu dieser frühen Variante signalisierte die Strukturgliederung vom November 1948 einen Kurswechsel in der Agrarpolitik[213]. Sie räumte den sozialistischen Vorreitern in der Landwirtschaft wie den Maschinen-Ausleihstationen und den verstaatlichten volkseigenen landwirtschaftlichen Betrieben eigene Referate ein; sie hob erstmals die Bedeutung systematischer Kaderpolitik hervor und setzte auf gezielte Schulung, bei der der politischen gegenüber der fachlichen Vorrang eingeräumt wurde.

Mit der Verschärfung des agrarpolitischen Kurses wurde im Sommer 1950 in der Abteilung Agitation ein eigener Sektor Landagitation eingerichtet, der in den vorherigen Strukturplänen keine Entsprechung hatte. Außerdem distanzierte man sich vorgeblich vom „bürgerlich" verstandenen „Bürokratismus" und ersetzte die bisherigen Bezeichnungen Referent/Hauptreferent durch Abteilungsleiter, stellvertretenden Abteilungsleiter, und Sektorenleiter. Nach sowjetischem Vorbild hießen die politischen Mitarbeiter in den Abteilungen nun Instrukteure[214].

Die Abteilung Landwirtschaft änderte bis 1952 nicht nur formal die Benennungen ihres Personals, sondern wurde auch grundlegend umgebaut. Bis Februar 1952 schälte sich die Abgrenzung zwischen den politischen Elementen einer sozialistischen Agrarwirtschaft, zusammengefaßt im Sektor 1 „Volkseigene Betriebe

---

[212] So die Aufgliederung bei Kaiser, Zentrale, S. 84. Kaisers Einschätzung, wonach diese Aufgliederung bis Juni 1950 Gültigkeit gehabt habe, trifft nicht zu, wie aus den weiteren Strukturplänen der Abt. Landwirtschaft hervorgeht. Zur Arbeit des Referats Westzonen im Zusammenhang mit dem Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Landwirtschaft, Scholz, Bauernopfer, S. 95–137.

[213] Die Gliederung in: Entscheidungen, Anhang, S. 524, datiert bis zum Oktober 1948, enthält demnach die für den politischen Kurs 1948 charakteristischen Veränderungen nicht mehr.

[214] Siehe dazu Kaiser, Zentrale, S. 66.

der Landwirtschaft", und den nachfolgenden Sektoren klarer heraus. Obwohl im Sektor 2 „Private Bauernwirtschaften" angeführt wurden, beherrschte die SED-Anleitung der VdgB die Arbeit dieses Sektors. Die ZK-Abteilung Landwirtschaft betrieb keine aktive Politik für private Bauernwirtschaften. Diese waren allenfalls Objekt der Beobachtung und Kontrolle, um möglichst rechtzeitig mit wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen reagieren zu können.

Die Einrichtung eines einschlägigen Sektors Viehzucht zeigt den enormen Nachholbedarf in diesem weitgehend von Einzelbauern dominierten Veredelungszweig. Würde diese Struktur tatsächlich schon einem „Produktionsprinzip" entsprechen[215], so hätte in der Agrarpolitik parallel dazu auch ein Sektor Pflanzenproduktion eingerichtet werden müssen. Daher reagierte die organisatorische Gliederung eher auf akuten Handlungsbedarf, sie war nicht an festen Prinzipien ausgerichtet. Der in der Abteilung Landwirtschaft wie in allen Abteilungen eingerichtete Sektor „Kaderpolitik" markiert die Auflösung der Personalpolitischen Abteilung und die Verlagerung von Heranbildung und Überwachung politisch und fachlich geeigneten Personals in die Fachabteilungen hinein[216].

Der „Neue Kurs" änderte nichts an der grundlegenden agrarpolitischen Zielrichtung und folglich an den Kernaufgaben der ZK-Abteilung. Nach einer Verschlankung auf vier Sektoren war die volkswirtschaftlich weiterhin entscheidende Größe der privatbäuerlichen Betriebe in einem Sektor mit anderen „nichtsozialistischen" Aufgabenfeldern und der SED-Massenorganisation für diese Zwecke, der VdgB(BHG), vereint. Für diesen Sektor war nicht einmal ein Instrukteur vorgesehen. Nach offizieller Aufgabenzuweisung bemühte man sich aber um Verbindungen nach Westdeutschland[217]. Nicht weniger als drei Sektoren beschäftigten sich dagegen mit den Problemkindern des sozialistischen Aufbaus der Landwirtschaft, den MTS, den LPG, den VEG und der volkswirtschaftlichen Gesamtplanung der Produktion. Zu unterstreichen ist, daß die ZK-Abteilung explizit die politische Anleitung der Politabteilungen in den MTS und den VEG beanspruchte. Hierin kooperierte sie eng mit dem MfS, das diese Schlüsselstellen politischer Durchdringung auf dem Lande kontrollierte und ab Ende April 1953 mit hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS besetzte[218].

Aus der Strukturgliederung 1955 waren die einzelbäuerlichen Wirtschaften als Begriff und Gegenstand trotz höherer Zahl der Sektoren wieder verschwunden. Privatbetriebe tauchten nur implizit als Tätigkeitsbereiche der Sektoren Erfassung und Aufkauf oder pflanzliche und tierische Produktion auf. Ganz deutlich ist ab 1955 das Bemühen festzustellen, die organisatorische Struktur zwar aufzugliedern, in der inhaltlichen Zuständigkeit aber zu straffen und insgesamt zu verbessern. Diese Beobachtung bezüglich des SED-Apparates steht in Einklang mit den

---

[215] Kaiser meint „schwerpunktmäßig", ebd., S. 82.

[216] Vgl. ebd., S. 75f.; am 14. 2. 1949 beschloß das Kleine Sekretariat, Struktur und Arbeitsmethoden der Personalpolitischen Abteilung zu ändern.

[217] SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 9ff., Vorschlag für die Aufgaben und Struktur der Abt. LW, 10. 9. 1953.

[218] BStU MfS 101391, Mielke an Major Folk, BV Schwerin, vom 27. 4. 1953 und Anlage, Anweisung 10/1953.

dargelegten Entwicklungen in der Kaderpolitik und -kontrolle durch die Arbeitsgruppe BO. Neben der Bewältigung der Staatskrise 1953 dürfte auch die offizielle Entlassung der DDR in die Souveränität die SED dazu veranlaßt haben, die Organisation und personelle Besetzung ihrer Apparate grundlegend zu überdenken, um künftigen Aufgaben gewachsen zu sein.

1957 plante man eine Umorganisation der Abteilung. Der ursprüngliche Vorschlag, einen umfassenden Sektor III für private Landwirtschaft, VdgB(BHG), Probleme der einfachen Kooperation (ständige Arbeitsgemeinschaften, Meliorationsgenossenschaften usw.), Binnenfischerei, Wasserwirtschaft, Meliorationswesen und zusätzlich noch die gesamtdeutsche Arbeit einzuführen, wurde nicht umgesetzt[219]. Er hätte die bisherigen Sektoren VII und VIII zusammengefaßt und die privaten Landwirtschaftsbetriebe erneut explizit an erster Stelle des Sektors genannt. Im März 1957 verständigte man sich auf einen Kompromiß, der die einzelbäuerlichen Betriebe zwar mitberücksichtigte, dies aber nur an untergeordneter Stelle (siehe nachfolgende Übersicht). Die Reduktion auf vier Sektoren zielte zugleich darauf ab, unbesetzte Posten im Stellenplan infolge chronischer Personalknappheit zu vermeiden[220].

Erst angesichts der forcierten Kollektivierung 1958 rang sich die SED schließlich dazu durch, im Sinne eines besseren agitatorischen Zugriffs auf die Einzelbauern einen eigenen Sektor für sie einzurichten. Die nachfolgende Strukturgliederung aus dem Jahr 1961 enthielt exemplarische Elemente, die zur Umsetzung des seit 1959 laufenden und im November 1962 abgebrochenen Siebenjahrplanes eingeführt wurden. Dazu zählt erstens die Ausgliederung der territorialen Anleitung der Bezirke in einen eigenen Sektor, losgelöst von den jeweiligen fachlich definierten Bereichen, und zweitens die Zusammenfassung der volkswirtschaftlich umfassenden Problemzusammenhänge in eigene Sektoren, wie dies beispielhaft in den Sektoren II und V mit ökonomischen Fragen und der zentralen Planung geschah.

Abteilung Landwirtschaft des Zentralsekretariates, Stand 1947[221]:
Referat Betriebswirtschaft
Referat Bäuerliche Organisationen (darunter fallen landwirtschaftliche Genossenschaften und die VdgB)
Referat Bauernhilfe und landwirtschaftliches Bauen
Referat Bodenreform und Siedlung
Referat Ernährungswirtschaft
Referat Westzonen

---

[219] SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 23–28, Vorschlag zur Veränderung und Vereinfachung der Struktur des Parteiapparates betr. Abt. LW im ZK, 17. 1. 1957, hier Bl. 24; ebd., Bl. 29, Vorschläge an Ulbricht, Personalbesetzung der Abt. 7.2.1957; ebd., weitere Vorschläge an Ulbricht, 28. 3. 1957.

[220] Vgl. ebd., Bl. 23–28, Vorschlag zur Veränderung, 17. 1. 1957, hier Bl. 25.

[221] Kaiser, Zentrale, S. 84; diese Aufgliederung galt höchstens bis November 1948.

Abteilung IVc Landwirtschaft des Zentralsekretariates, 18. November 1948[222]:
Referat I: MAS und Maschinenhöfe
Referat II: Landesgüter, Vereinigung der volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe, sonstige Güter wie diejenigen der Deutschen Saatzuchtgesellschaft, Gestüte etc.
Referat III: Tierzucht und Deckstationen
Referat IV: Schulung und Wirtschaftsberatung
Referat V: Forstwirtschaft
Referat VI: Personalpolitik

ZK-Abteilung Landwirtschaft, bis spätestens Februar 1952[223]:
Sektor 1: Volkseigene Betriebe der Landwirtschaft (MAS, VEG, staatliche Landwirtschaftsorganisationen, Forstwirtschaft)
Sektor 2: Private Bauernwirtschaften und VdgB (Genossenschaften, VdgB, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Kleintierzüchterorganisationen)
Sektor 3: Landwirtschaftliches Schulwesen
Sektor 4: Viehzucht
Sektor 5: Kader

ZK-Abteilung Landwirtschaft, 10. September 1953[224]:
Sektor I: MTS, LPG, Politabteilungen [in MTS], Mechanisierung der Landwirtschaft, ländliches Bauwesen, Kreiskontore für landwirtschaftlichen Bedarf
Sektor II: VEG, Politabteilungen [in VEG], Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Binnenfischerei
Sektor III: Planung, tierische und pflanzliche Produkte, Veterinärwesen
Sektor IV: Privatbäuerliche Wirtschaften, VdgB(BHG), Gartenbau, Kleingärtner, Siedler, Kleintierzüchter

ZK-Abteilung Landwirtschaft, Struktur und Aufgabengebiete in Kurzfassung, 15. April 1955[225]:
1. Abteilungsleiter: Franz Mellentin
1. Stellvertreter: verantwortlich für Sektoren I, II, III, VIII und Massenorganisationen
1. Stellvertreter: verantwortlich für die Sektoren IV, V, VI, VII
8 Sektorenleiter
Kaderregistratur (Biebel)
Sektor I, Sektorenleiter Gen. Langner: MTS-Mechanisierung und Anleitung der Politischen Abteilungen bei den MTS.
Sektor II, Sektorenleiter Gen. Sambale: LPG und ländliches Bauwesen

---

222 SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Zusammensetzung der Abt. IVc Landwirtschaft, 18. 11. 1948 [Abschrift 7. 1. 1949]. Tatsächlich wurde diese Aufgliederung 1949 insofern modifiziert, als das Referat III, Tierzucht und Deckstationen, offenbar anderweitig eingegliedert

223 Kaiser, Zentrale, S. 84.

224 SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 9–15. Wenngleich diese Variante im Akt lediglich als „Vorschlag für die Aufgaben und Struktur der Abteilung Landwirtschaft" bezeichnet wird, deuten keine Indizien auf Modifizierungen hin.

225 Ebd., Bl. 16–19, Vorschlag für die Aufgaben und Struktur der Abt. LW.

Sektor III, Sektorenleiter Gen. Lindner: VEG, Gestüte, Universitätsgüter, Anleitung der Politleiter in den VEG
Sektor IV, Sektorenleiter Gen. Mitbach: Pflanzliche und tierische Produktion und Maßnahmen der Bodenverbesserung
Sektor V, Sektorenleiter Gen. Heinrich: Agrarwissenschaft, Institute, Fachschulen und landwirtschaftliche Agrarpropaganda
Sektor VI, Sektorenleiter Gen. Boddin: Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Sektor VII, Sektorenleiter Gen. Hermann: Forstwirtschaft
Sektor VIII, Sektorenleiter Gen. Stopp: VdgB(BHG), gesamtdeutsche Arbeit, Kleintierzucht

ZK-Abteilung Landwirtschaft, Struktur- und Besetzungsvorschläge an Ulbricht, 28. März 1957[226]
Abteilungsleiter: Mellentin
Stellvertreter: Götz und Parske
Sektor I: Sozialistische Landwirtschaft (MTS, VEG, LPG und Forstwirtschaft)
Vorschlag: Bruno Skodowski, bisher Sektorenleiter für LPG
Sektor II: gegenseitige Bauernhilfe, einfache Kooperationsformen (ständige Arbeitsgemeinschaften, Meliorationsgenossenschaften), private Landwirtschaft, die nicht an ständigen Arbeitsgemeinschaften beteiligt ist, Wasserwirtschaft, Meliorationen
Vorschlag: Hermann Bitterlich, derzeit HA-Leiter im Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf[227]
Sektor III: Planung, Erfassung und Aufkauf
Leiter: Georg Mitbach
Sektor IV: Wissenschaft und landwirtschaftliche Propaganda
Leiter: Wolfgang Parske

Änderung nach Juli 1958[228]
Sektor V: Arbeit mit den Einzelbauern – VdgB

ZK-Abteilung Landwirtschaft, Stand 27. Juli 1961[229]
Sektor I: Territoriale Anleitung der Bezirke bei der Durchführung der Beschlüsse der Partei
Sektor II: Probleme der Ökonomie der Landwirtschaft – LPG, VEG, MTS, RTS – Probleme der Gewerkschaft Land und Forst sowie Fragen der Bäuerinnen und der Landjugend
Sektor III: Probleme der Viehwirtschaft, Tierzucht, des Veterinärwesens, ländlichen Bauwesens und der Mischfutterproduktion
Sektor IV: Pflanzliche Produktion, Saatgutfragen, Obst und Gemüse, VVB Saatzucht, Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft und Meliorationen
Sektor V: Planung der Landwirtschaft und Perspektivplanung, Preisgestaltung und Verbindung mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
Sektor VI: Probleme der Agrarwissenschaft, der Agrarpropaganda, Internationale Verbindungen, Ausbildung der Kader in der Landwirtschaft und Anleitung der Parteiinstitute Schwerin, Liebenwalde und des Sonderlehrganges in Pillnitz
Sektor VII: Probleme des Zentralvorstandes der VdgB, gesamtdeutsche Arbeit, Verband der Kleingärtner, Siedler und Keintierzüchter

---

226 Ebd., Bl. 29ff.
227 Dazu: „Einverständnis Bitterlich und Streit [Leiter des Staatssekretariats] liegen vor".
228 SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 62ff., Vorschlag über Umstrukturierung, 25. 7. 1958; diese wurde tatsächlich vollzogen, da nach der VI. LPG-Konferenz eine Aufgabenfestlegung für den Sektor erarbeitet wurde, ebd., Zur weiteren Verbesserung der Arbeitsweise der Abt. LW des ZK nach dem 4. Plenum des ZK, 9. 2. 1958, Bl. 100ff., hier Bl. 105.
229 Ebd., Bl. 183, Kiesler an Grüneberg zur Arbeitsweise der Abt., Bl. 187, Strukturgliederung.

Selbstredend kam die DBD als eigener Gegenstand der Abteilung nicht vor. Hierin unterschied sich die Anleitung der Blockpartei von der der Massenorganisation VdgB(BHG) grundlegend. Obwohl sich der damalige Generalsekretär der VdgB, Kurt Vieweg, im September 1948 auf der 13. Tagung des Parteivorstandes gegen die direkten Eingriffe der Partei in die internen Angelegenheiten der VdgB zur Wehr gesetzt hatte, änderte das nichts an der grundsätzlichen Anleitungspolitik[230]. Auch die einzelbäuerlichen Wirtschaften, die seitens der SED in erster Linie der DBD als Klientel zugeschrieben worden waren, standen nicht im Zentrum der Tätigkeit des SED-Agrarapparates, sondern wurden meist nur indirekt als Anleitungsobjekte erfaßt. Im Grunde verbarg sich dahinter die ideologisch gestützte Überzeugung, daß mit zunehmender Heranbildung der sozialistischen Teile der Landwirtschaft die Probleme der privaten Bauernwirtschaften zusammen mit ihrer „Klasse" allmählich von selbst verschwinden würden. Dieser Sicht konnte durch das Vorgehen der Abteilung natürlich nachgeholfen werden.

Wie sah die konkrete Anleitung der DBD aus? Während der Frühphase oblag die politische Anleitung der DBD vornehmlich der Abteilung Landwirtschaft des Zentralsekretariats, wobei sich Paul Merker die eigentliche Kontrolle über die DBD vorbehalten hatte[231]. Die Abteilung unterstützte zwar den organisatorischen Aufbau der Partei, durfte in dieser Zeit aber keine inhaltliche Anleitung ausführen. Merkers Überwachung und erste Vorgaben, etwa hinsichtlich der Parteiprogrammatik, geschahen in enger Rücksprache mit der Parteiführung, insbesondere mit Ulbricht, Pieck und Grotewohl. Offenbar sah die SED in der Aufbauphase im Sommer 1948 keinen akuten Handlungsbedarf in Form von direkten Eingriffen und Anweisungen, zumal sie sich auf die mißtrauische Beobachtung der SMAD verlassen konnte.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung der DBD erschien es viel dringlicher, als verläßlich eingeschätztes Personal mit „Parteiauftrag" in die Führungsgremien der Neugründung zu schicken. Man könnte dieses Vorgehen auch als abgeleitete, sekundäre Anleitung bezeichnen, die sich im Auftrag der SED dann im Innern der DBD vollzog. Diese Anleitungsform wies hohe Defizite auf; sie resultierte aus den schon 1947 insgesamt festzustellenden organisatorischen Schwierigkeiten im SED-Apparat[232], die man 1948 z.B. durch Koordinierung im Agrarpolitischen Ausschuß der SED aufzufangen suchte. Merker kritisierte noch im Sommer 1949 vor der Abteilung, daß er keine Kenntnis über die ihm zuarbeitenden Personen und deren Tätigkeit habe und der kollegiale Zusammenhalt fehle. Verteidigend führte Fritz Scholz dies noch auf das interventionistische Ad-hoc-Vorgehen der Abteilung 1946 und 1947 zurück, als man versucht habe, sich „in jede Aktion

---

230 Vgl. Scholz, Bauernopfer, S. 74–76.

231 Exemplarisch dafür Reutters bittere Beschwerde über die Praxis gegenüber der Abt. LW des ZS im Zusammenhang mit der DBD-Gründung in Mecklenburg: „Es ist ein unmöglicher Zustand, dass der Leiter einer Abteilung des ZS zu einer besonderen Mission in ein Land fährt und weniger über die zu besprechende Angelegenheit weiss, als selbst die Mitglieder der Abt. Landwirtschaft des betreffenden Landes." SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 244–246, Kurzbericht über die Besprechung in Schwerin mit Genossen Bürger betr. Demokratische Bauernpartei, 20. 4. 1948, Zitat Bl. 244.

232 Siehe Kap. I.2, S. 62f.

draußen einzuschalten, dabei ist uns aber die Arbeit über den Kopf gewachsen"[233]. Außerdem fällten die regionalen SED-Potentaten noch viele Entscheidungen zur DBD, wie der Gründungsverlauf demonstrierte. Die Kompetenzen der SED-Landesverbände wurden mit der Einführung des Prinzips des „Demokratischen Zentralismus" auf der 1. SED-Parteikonferenz im Januar 1949 beschnitten[234]. Die Anleitung der DBD-Zentrale wurde in dieser Frühzeit über personelle Kontakte zu Paul Scholz als politischem Hauptgeschäftsführer und allmählich über die sukzessive eingebauten Antifa-geschulten Sekretäre vollzogen; allerdings hielt die SED mit letzteren nur zum Teil und nicht immer Kontakt. Die Anleitungsinhalte betrafen etwa die Thematik des „Bauern-Echo" oder die abgestimmten Auftritte der DBD-Vertreter im Einheitsfrontausschuß.

Wenngleich eine intensive inhaltliche Anleitung der DBD quellenmäßig nicht lückenlos nachzuweisen ist, so trägt doch die grundsätzliche Ausrichtung der DBD-Politik eindeutig den Stempel des ZK-Apparates. Solange der Sektor BO noch nicht bestand, erarbeitete auch die ZK-Abteilung Landwirtschaft als Fachabteilung die einschlägigen SED-Vorlagen für den zentralen Block[235]. Später wiederum koordinierte der Sektor BO zum Teil auch zwischen den Parteien das Vorgehen in der Landwirtschaftspolitik[236]. Gegenstand der Anleitung waren im Prinzip sämtliche agrarpolitische Beschlüsse der SED, jedoch nur insoweit, als die SED der DBD in deren Umsetzung überhaupt einen Beitrag zubilligen wollte. Erst mit dem Amtsantritt Mückenbergers als ZK-Sekretär für Landwirtschaft im Juli 1953 und im Zuge einer damals intensivierten „Bündnispolitik" mit den anderen Blockparteien fand nachweislich eine dezidiertere Instruierung der DBD zu den SED-Beschlüssen statt und eine darauf ausgerichtete Anleitung der ZK-Abteilung Landwirtschaft.

Im Unterschied zum Sektor bzw. der Arbeitsgruppe BO beschäftigte sich die Abteilung Landwirtschaft nicht eigentlich mit der DBD als Partei – diese Aufgabe blieb den erstgenannten Stellen vorbehalten –, sondern nur als agrarpolitisch handelnde Instanz mit besonderem Auftrag. Die Grundrichtung gab der Sektor bzw. die Arbeitsgruppe BO vor, die agrarpolitischen Vorgaben wurden höchstwahrscheinlich in Absprache mit der ZK-Abteilung Landwirtschaft erarbeitet. Während der Sektor bzw. die Arbeitsgruppe also die Federführung bei der Parteianleitung innehatte, regelte die ZK-Abteilung Landwirtschaft die Umsetzung agrarpolitischer Maximen im Regierungsapparat. Da die DBD bis 1963 in Berlin und in den Bezirken wichtige Regierungsfunktionen ausübte, rückte sie in den Anleitungsbereich der ZK-Abteilung.

---

[233] Zu Hoernle: SAPMO DY 30 IV 2/7/20, Hoernle an PV, 20. 12. 1947, Bl. 7f., wo er nochmals auf die Einrichtung eines agrarpolitischen Ausschusses drängte; ebd., Bl. 29ff. Niederschrift 1. Sitzung des agrarpolitischen Ausschusses, 31. 3./1. 4. 1948; zur Abt.: SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 34f., Abteilungsbesprechung, 20. 7. 1949 (Zitat).

[234] Kaiser, Zentrale, S. 61; das Prinzip des Demokratischen Zentralismus war jedoch im ersten Parteistatut der SED noch nicht vollständig eingeführt. Malycha, SED, S. 310–314.

[235] Siehe z. B. die Notiz Reutters an Merker/Lehmann vom 9. 2. 1948, SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 18, wonach die Abteilung den gewünschten Entwurf eines Aufrufs der Blockparteien zur Frühjahrsbestellung 1948 mitteilte.

[236] SAPMO DY 30 IV 2/7/78, Protokoll Sektorenbesprechung, 7. 9. 1954, Punkt 7.

Im Zusammenhang mit der Staatsgründung und der Regierungsbildung Ende 1949 entstand ein enormer Anleitungsbedarf für die SED, wenn sie sich möglichst weitgehenden Einfluß auf die Regierungstätigkeit sichern wollte. Da zehn der 18 Ministerien von Mitgliedern anderer Blockparteien geleitet wurden, übernahmen neun SED-Staatssekretäre wichtige Kontrollfunktionen[237]. Im Oktober 1949 fällte das Kleine Sekretariat Beschlüsse, die einen „Funktionsmechanismus" zwischen Partei- und Staatsapparat herstellen sollten[238], um die „führende Rolle der SED" im Regierungsapparat abzusichern. Außerdem verlängerten und verfeinerten die Beschlüsse das Informationsnetz der SED in die Regierung hinein. Da die Kader nach Stalin bekanntlich alles entscheiden, beauftragte das Kleine Sekretariat am 6. Oktober die Organisationsabteilung des Parteivorstandes, zeitweilig oder bei Bedarf auch auf Dauer, Instrukteure in die ministeriellen Parteiorganisationen zu entsenden[239]. Im Falle des Landwirtschaftsministeriums schickte man sogar die vormaligen Leiter der Landwirtschaftsabteilung: Während Rudolf Reutter als persönlicher Referent des Staatssekretärs Merker eng in die politischen Entscheidungsabläufe eingebunden wurde, scheint es im Falle von Fritz Scholz eher ein willkommener Anlaß gewesen zu sein, das ehemalige SPD-Mitglied bequem aus der ZK-Abteilung zu entfernen. Jedenfalls spielte er im Ministerium keine herausragende Rolle. Als ein Mitarbeiter der ZK-Abteilung Landwirtschaft Ende 1949 in die DBD eintreten wollte, wurde er von der neuen Abteilungsleitung unter Ernst Hansch rasch davon wieder abgebracht[240].

Die Direktive vom 6. Oktober 1949 machte außerdem die jeweilige Fachabteilung der SED für die Parteitätigkeit in den Ministerien verantwortlich. Die Parteiorganisationen dort waren für die „Hebung des ideologischen Niveaus der Mitglieder" zuständig und sollten auf alle Angestellte des Regierungsapparates „für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und die Organisierung des Wettbewerbs" einwirken. „Die Parteiorganisation muß jedes Mitglied zur Wachsamkeit, zur vertraulichen Behandlung der Dokumente erziehen und den Kampf gegen Korruption und die Tätigkeit feindlicher Elemente führen."[241] Damit ruhte eine hohe Verantwortung auf den SED-Parteiorganisationen, die auch zur Last werden konnte, weil sie dazu geeignet war, als Anleitungs- und Kontrollhebel disziplinierend gegenüber den Parteimitgliedern eingesetzt zu werden. Dieses Motiv dürfte für die Vorlagen vom 6. Oktober und 17. Oktober 1949, die die Parteiangelegenheiten im Regierungsapparat betrafen, sogar das vorrangige gewesen sein. Denn

---

[237] Herbst u. a., DDR, Bd. 2, S. 639; von 17 Staatssekretären stellte die CDU 3, die LDP 2 und NDPD und DBD jeweils einen; für die DBD wurde Rudolf Albrecht Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung.

[238] Kaiser, Zentrale, S. 77. Schon vor der Staatsgründung beauftragte das PB das Kleine Sekretariat des PB damit, die Sekretariate der Landesvorstände anzuweisen, die Landwirtschaftsministerien bzw. -verwaltungen in den Ländern in ihrem Personalbestand und in ihrer Arbeit zu überprüfen, SAPMO DY 30 J IV 2/2/3, Protokoll PB, 15. 2. 1949, Bl. 2.

[239] SAPMO DY 30 J IV 2/3/55, Protokoll Sitzung Kleines Sekretariat, 6. 10. 1949.

[240] Regelung der Nachfolge von Reutter und Scholz, sowie Kritik an Genossen Kaiser, der in die DBD eintreten wollte, SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 80, Protokoll Abteilungsbesprechung ZK-Abt. LW, 18. 10. 1949, mit Bezug auf einen entsprechenden PB-Beschluß.

[241] SAPMO DY 30 J IV 2/3/55, Protokoll Sitzung Kleines Sekretariat, 6. 10. 1949. Kaiser, Zentrale, S. 77f.

die am 17. Oktober im Kleinen Sekretariat beschlossenen „Richtlinien für die Arbeit und den Aufbau der Parteiorganisation im Regierungsapparat" begrenzten den Wirkungsradius der Parteiorganisationen erheblich; man schärfte ein, daß ihnen nicht das Recht zustehe, „sich in die Führung und das Verfügungsrecht der Regierung, des Ministeriums oder Amtes einzumischen"[242]. Allerdings sollten sie „Fehler und Unzulänglichkeiten in der Arbeit des Ministeriums oder einzelner Mitarbeiter" aufdecken und an Genossen in der Ministeriumsleitung – keineswegs also an Minister, die nicht der SED angehörten –, die SED-Fachabteilung oder an das Politbüro weiterleiten. Über Einwände in Personalfragen sollten sie die entsprechende Fachabteilung informieren.

Am 17. Oktober 1949 beschloß das Kleine Sekretariat auf Initiative Ulbrichts eine „Richtlinie über die Fertigstellung von Vorlagen und wichtigen Materialien für die Regierung und Regierungsstellen zur Entscheidung durch die zuständigen Organe des Parteivorstandes sowie über die Kontrolle der Durchführung dieser Entscheidungen"[243]. Diese zeigt unverhohlen den Anspruch der SED, als einzige Partei die gesamte Regierungstätigkeit anleiten, inhaltlich ausfüllen und kontrollieren zu wollen. Die wichtigsten Punkte waren: (1) Sämtliche Gesetze u. a. bedeutende Texte, über die die Regierung beschließen sollte, mußten vorher Politbüro oder Sekretariat passieren; Verwaltungsmaßnahmen waren den zuständigen SED-Fachabteilungen vorzulegen. (2) Die Erarbeitung von Beschlußvorlagen für das Sekretariat lag bei den entsprechenden SED-Abteilungen, die sich untereinander und mit den „zuständigen Genossen im Staatsapparat" absprechen sollten. Die Regierungsstellen sollten vorbereitende Zuarbeit leisten und Entwürfe formulieren. Die Hauptlast der Vorbereitung lag also in den Ministerien, den inhaltlichen Feinschliff und die Entscheidung zog die SED an sich. Die SED-Fachabteilungen sollten die Genossen im Regierungsapparat über die Beschlüsse informieren und für Umsetzung und Kontrolle sorgen. (3) Den direkten Zugriff der SED auf die Regierungsarbeit sollten ranghohe Genossen in den Ministerien sichern. (4) Der hohe Einfluß des SED-Fachabteilungsleiters ist daran abzulesen, daß er für die Zusammenarbeit zwischen Partei und Regierung in Erstellung, Durchführung und Kontrolle der Vorlagen verantwortlich war. (5) Die SED-Abteilung Staatliche Verwaltung sollte die zentrale Koordinierung in der SED für die Anleitung des gesamten Staatsapparates übernehmen. Bei ihr sollten alle Informationen über bearbeitete Vorlagen zusammenlaufen, um Überschneidungen zu verhindern. Während es das Büro des Sekretariates übernehmen wollte, die beschlossenen Vorlagen an die SED-Fachabteilungen weiterzugeben, sollte die Abteilung für Staatliche Verwaltung die Vorlagen an die SED-Mitglieder in Volks- und Länderkammer übermitteln.

Die Richtlinie zielte auf eine weitgehende „Mediatisierung der Regierungsarbeit durch die Partei"[244]. Die SED beanspruchte Entscheidungskompetenz in letztlich

---

[242] SAPMO DY 30 J IV 2/3/57, Protokoll Sitzung Kleines Sekretariat, 17. 10. 1949, Anlage 4. Kaiser, Zentrale, S. 78.

[243] SAPMO DY 30 J IV 2/3/56, Protokoll Sitzung Kleines Sekretariat, 11. 10. 1949; Beschluß am 17. 10. 1949, ebd., DY 30 J IV 2/3/57, Protokoll Sitzung Kleines Sekretariat, 17. 10. 1949, Anlage 4; vollständig abgedruckt bei Kaiser, Zentrale, S. 78–80.

[244] Ebd., S. 77.

jeder sachlich wie politisch bedeutsamen Frage und ersann ein ausgeklügeltes Verfahren, um diese in die Regierungspraxis und Gesetzgebung einfließen zu lassen. Die Richtlinie unterstreicht die bedeutende Steuerungsfunktion der jeweiligen Fachabteilung; die inhaltliche Arbeit in den Ministerien war von ihren Vorgaben abhängig. Allerdings ist zu betonen, daß diese Richtlinie zunächst nur einen Anspruch formulierte, dessen Umsetzung ebenso zu untersuchen bleibt wie die Rolle begünstigender oder hemmender Faktoren. Für die Regierungsstellen blieben Handlungsspielräume: Sie konnten die SED-Fachabteilung von Sinn und Zweck eines Vorhabens überzeugen oder davon abbringen; man konnte ein Problem oder Thema aber auch bewußt nicht zur Chefsache erklären, um es nicht publik zu machen und um es so dem Generalzugriff der Parteiabteilung zu entziehen.

Für die Anleitung des Landwirtschaftsministeriums unter Goldenbaum (1949/1950) ist symptomatisch, daß die SED und die Abteilung Landwirtschaft es gar nicht nötig hatten, zur Herbeiführung von Entscheidungen vorab die DBD anzuleiten: Merker als Staatssekretär, Reutter als sein persönlicher Referent und die Ausrichtung an sowjetischen Vorgaben reichten aus, um Gesetze auf den Weg zu bringen. Die Zusammenarbeit zwischen Merker und der Abteilung Landwirtschaft war so eng, das Profil der DBD andererseits so schwach ausgeprägt, daß sich eine detaillierte Kooperation mit Goldenbaum und der DBD erübrigte; die SED kam – zumal mit Rückendeckung der SKK – allein zum Ziel[245]. Damit dürfte sich der scheinbare Widerspruch zwischen dem hohen Kontrollanspruch der SED und dem Befund, demzufolge Goldenbaum während seiner Zeit als Minister keinen engen Kontakt zu Merker und den Genossen in der Landwirtschaftsabteilung herstellen konnte, auflösen.

Die Arbeit der DBD im MLF war für die ZK-Abteilung Landwirtschaft ein Anleitungsfeld, das mit dem Ausbau der Zentralverwaltungswirtschaft wuchs. Bis Mai 1953 – dann leitete Hans Reichelt das MLF bis Jahresende – und erneut im Jahr 1954 war das Ministerium permanenter Kritik ausgesetzt[246]. Wichtige Kontrollen im Hinblick auf die Durchsetzung von ministeriellen Vorgaben übernahm dabei weniger der SED-Parteiapparat – der damit völlig überfordert gewesen wäre – als vielmehr in seinem Auftrag die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK), die das MLF verschiedentlich auf Herz und Nieren überprüfte[247]. Diese

---

[245] ACDP VI, unverz. Handakte Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950; Ausführung von Albrecht: „Schon damals [Juli 1948] bestand, im Gegensatz zu den unteren Einheiten, im Sekr. keine genügende Verbindung mit dem ZK und der SMA. Daher erklärt sich, daß wir von Anfang an in der entscheidenden Kaderfrage seitens des ZK nicht die genügende Unterstützung erhielten. Es bestand keine Verbindung zum ZK, weder durch den Genossen Goldenbaum noch über Paul Merker. Das war ein entscheidender Fehler."

[246] SAPMO NY 4090/363, Bl. 292f., Bericht über Beschwerdebearbeitung im MLF, 24. 8. 1954; ebd., Bl. 307ff., Bericht der Kontrollabt. beim Präsidium des MR, Gruppe Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, 23. 8. 1954, hier Bl. 312–337. BA DK-1/85, Bl. 64, Mückenberger zu Scholz, 25. 8. 1954.

[247] BA DK-1/156, Bl. 397–399, ZKSK Fritz Lange an Reichelt, 16. 10. 1953; ebd., Bl. 505–511, ZKSK, Gruppe Landwirtschaft, Bericht über die Durchführung der VO vom 13. 11. 1952 über die tierärztliche Betreuung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften [...], 28. 4. 1953; SAPMO NY 4090/363, Bl. 295–299, ZKSK, Kontrollgruppe Erfassung und Aufkauf, Bericht von der Überprüfung der Arbeit der staatlichen Organe bei

kulminierten im Vorwurf an die DBD, daß eine geregelte Arbeit im Ministerium kaum stattfand; so waren die Fachabteilungen des MLF unter der Leitung von Minister Wilhelm Schröder teilweise nicht in der Lage, angeforderte Vorlagen zu erstellen[248].

Sowohl an der Spitze des Ministeriums[249] wie auch in den Fachabteilungen herrschte bis 1955 eine hohe Fluktuation. Die Fachabteilungen litten fortwährend unter Personalengpässen, die u. a. von Wohnungsmangel und unzureichender Bezahlung, aber auch von der unzulänglichen Einbindung jüngerer Kollegen im MLF herrührte[250]. Die SED-Kritik an der Führung des MLF durch die DBD wurde mit wachsendem Kollektivierungsdruck Ende der fünfziger Jahre immer massiver. Mückenberger warf den dortigen Mitarbeitern im Februar 1959 vor, ihr Fachwissen zur sozialistischen Landwirtschaft reiche nicht aus. Da sich die Genossenschaftsbauern angeblich zu „Meistern" fortgebildet hätten, könnten sie nicht mehr von den „Gesellen" im Ministerium adäquat angeleitet werden. Er fuhr fort: „Das Kollegium wird zur Bremse im Ministerium. Man kann nicht erwarten, daß sich eine kritische Atmosphäre entwickelt, solange das Ministerium nicht anfängt."[251] Zeitgleich mit Mückenbergers Ablösung als ZK-Sekretär für Landwirtschaft im Dezember 1959 wurde die Anleitung des MLF angesichts der Kollektivierung nochmals intensiviert. Zur „Lösung der einzelnen vom Plenum des ZK aufgerollten Aufgaben" stellte man im MLF Arbeitsgruppen zusammen, die jeweils unmittelbar von einem Mitarbeiter der ZK-Abteilung Landwirtschaft angeleitet wurden[252].

Insgesamt verlief die Anleitung durch die SED-Abteilung Landwirtschaft nicht so reibungslos, wie die eindeutigen Formulierungen der Richtlinie vom 17. Oktober 1949 vielleicht nahelegen. Selbst nach der Behebung der geschilderten organisatorischen Kinderkrankheiten der Abteilung 1948 zeichnete sich für die fünfziger Jahre generell ab, daß sämtliche ideologischen „Abweichungen" stets sowohl

---

der Vorbereitung und Durchführung der Erfassung pflanzlicher Erzeugnisse der Ernte 1954, 18. 8. 1954.

248 BStU ASt Erf. AOP 220/54, Schröder, Bl. 79, HA III/4 Betr.: Schröder, Wilhelm, 13. 7. 1954, vgl. Schröders Verteidigung im Sekretariat der DBD, ebd., Bl. 50–57; Rose wies ältere Vorwürfe gegen Schröder, wonach er die Kaderpolitik vernachlässige, zurück, BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 31, Treffbericht, 24. 11. 1951. Siehe auch BA DK-1/156, Bl. 533, ZKSK an Minister Schröder, 16. 1. 1953, sowie dessen frostige Antwort, 16. 1. 1953, Bl. 534.

249 Minister waren: Goldenbaum 1. 10. 1949–Nov. 1950, Scholz 2. 11. 1950–Mai 1952, Schröder 3. 6. 1952–Mai 1953, Reichelt 4. 5. 1953–Nov. 1953, Scholz 5. 11. 1953– Mai 1955, Reichelt 6. 3. 1955–Febr. 1963; Lapp, Ministerrat, S. 183.

250 So jedenfalls die Kritik verschiedener Mitarbeiter, BA DK-1/247, Bl. 19ff., Wortprotokoll HAL-Sitzung, 4. 3. 1952, bes. Bl. 29ff. Kritik Kiontkes (DBD).

251 Das „Kollegium" war ein Leitungsgremium des Ministeriums, das sich aus den jeweiligen Hauptabteilungsleitern zusammensetzte. Es wurde erst 1952 aufgrund der VO v. 17. 7. 1952 gebildet; SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Auszug einer Tagung der Abt. LW, 26. 2. 1959.

252 SAPMO DY 30 IV 2/7/79, Bl. 356, zu „Änderung der Arbeitsweise im Ministerium", folgt unmittelbar auf PB-Beschluß vom 15. 12. 1959, SAPMO DY 30 J IV 2/2/680, Protokoll PB, 15. 12. 1959, Bl. 2–4. Nebenbei wiederholte das Sitzungsprotokoll die Anleitungspraxis der Regierungsarbeit vom 17. 10. 1949.

in der ZK-Abteilung wie unter den Genossen im MLF zu beobachten waren. Eine rundum „gesicherte" Anleitung durfte demnach nicht ausschließlich auf politisch verläßlich erscheinenden Personen basieren, denn deren Zuverlässigkeit konnte sich auch ändern. Als Beispiele hierfür seien zwei neuralgische Punkte genannt: Nach der Absetzung Paul Merkers 1950 untersuchte die ZPKK auch die ZK-Abteilung Landwirtschaft. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Leitung der ZK-Abteilung nicht fähig gewesen sei, die „führende Rolle" der SED gegenüber dem MLF und den Massenorganisationen durchzusetzen. Als Ursache nannte man ein unzulängliches ideologisches Niveau der ZK-Abteilung, die daher keine „konkrete Anleitung" in der Agrarpolitik auf der „Linie der Partei" habe erteilen können. Es zeichnete sich vielmehr ab, daß die ZK-Abteilung „mehr oder weniger die Führung den verantwortlichen Funktionären im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft als auch den Massenorganisationen überließ. Beispiel Merker." Bis zur „Entlarvung" Merkers „war charakteristisch der Zustand, daß die gesamte Agrarpolitik und alle Entscheidungen durch Merker getroffen wurden, während die Genossen der Leitung der Abteilung Landwirtschaft sich in Abhängigkeit und im Schlepptau Merkers bewegten."[253] Auch Rudolf Reutter, langjähriger Agrarpolitiker der KPD und Merkers engster Mitarbeiter im MLF, wurde im Bericht der ZPKK angegriffen. Im Jahr 1956 kursierten Versatzstücke der vom Politbüro verworfenen „Theorie" Viewegs ausgerechnet in der ideologisch hochsensiblen Abteilung VEG des Ministeriums[254]. Als Ursache für das schleppende Tempo der Vergenossenschaftlichung konstatierte man 1957, daß sogar die Genossen der ZK-Landwirtschaftsabteilung noch nicht vom sozialistischen Aufbau auf dem Lande überzeugt seien[255]. Daher würde ihre Anleitung nicht mit allem Nachdruck darauf beharren.

Die Anleitung durch den SED-Apparat richtete sich nicht nur auf die Mitglieder anderer Parteien im MLF, sondern diente in gleicher Weise zur Disziplinierung der Genossen und konnte dabei auch den Zweck verfolgen, die Autorität des DBD-Ministers zu stützen. Allerdings zielte dies darauf ab, insgesamt eine effektivere Regierungstätigkeit herbeizuführen, die wiederum die Parteiherrschaft der SED stabilisieren sollte. So trafen die SED-Genossen im MLF 1955 harte Vorwürfe Mückenbergers. Als „selbsternannte Minister" würden sie die Arbeit des Kollegiums und des Ministers schwächen, weil sie eigenmächtig handelten und das Kollegium mehr über Belanglosigkeiten als über die tatsächlichen Probleme informierten. Ganz offensichtlich bezweckte diese scharfe Attacke der ZK-Abteilung 1955, neuen Wind in die Abteilung und das Ministerium zu bringen. Mit diesem Bestreben dürfte auch der personelle Wechsel im Ministerium von Scholz zu

---

[253] SAPMO DY 30 J IV 2/3/172, Protokoll Sekretariat des ZK, 5. 2. 1951, Bl. 5, Stellungnahme der Abt. LW zum Beschluß der ZPKK, 5. 1. 1951, und Anlage 5, Bl. 37–40. Zitate Bl. 37f. Eine Zusammenstellung der gegen Merker offiziell erhobenen Vorwürfe in DY 30 J IV 2/4/288, speziell Bl. 2, Bericht der ZKSK zur mangelhaften Versorgung der MAS mit Ersatzteilen, 11. 10. 1950.

[254] SAPMO DY 30 IV 2/7/561, Bl. 35–62, Bericht Heinrich, 7. 1, 1957, hier: Bl. 59f. SAPMO DY 30 IV 2/7/161, zur Angelegenheit Lockhoff im MLF, Bl. 1, Kiesler an Mückenberger, 5. 10. 1959, Bl. 2, Vermerk über Aussprache mit Lockhoff, 3. 10. 1959.

[255] SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 54f., Götz an Mückenberger, 25. 10. 1957.

Reichelt korrespondiert haben. Scholz' Ablösung war von seiten der DBD in keiner Weise geplant[256]. Dieser Zusammenhang rückt die Dauerkritik an der Leitung des Ministeriums durch die DBD in ein anderes Licht: Ausschließlich der DBD vorgehaltene und allein auf sie zurückgeführte Defizite in der Ministeriumsarbeit erkannte die SED 1955 intern durchaus auch als ihre eigenen Schwächen; sie wies es allerdings weit von sich, diesen Befund gegenüber der DBD einzuräumen.

Eine weitere, besondere Spielart von Anleitung durch Einbindung der DBD war die Mitgliedschaft ausgesuchter Vertreter in der Anfang 1956 noch unter der Bezeichnung „Kommission für Landwirtschaft" geplanten Einrichtung, die beim Ministerrat angesiedelt werden sollte[257]. Als DBD-Vertreter waren der amtierende Landwirtschaftsminister Hans Reichelt und der Ex-Minister Paul Scholz, der seit 1955 im Präsidium des Ministerrates mit den Fragen der Landwirtschaft und Wasserwirtschaft befaßt war, vorgesehen. Tatsächlich dürfte die Kommission in die Errichtung des LPG-Beirates beim Ministerrat am 16. Juni 1956 eingemündet sein. Scholz wurde Vorsitzender, Reichelt sein Stellvertreter[258]. Solche Beiräte existierten bis 1961 auch bei den Räten der Bezirke und Kreise.

Als Parteikommission der SED wurde dagegen im Herbst 1956 eine Kommission für Landwirtschaft beim ZK der SED, auch kurz „Agrarkommission" genannt, eingerichtet, wie auf der 28. Tagung des ZK der SED vom 27. bis 29. Juli 1956 verkündet worden war[259]. Angesichts der finanziellen und politischen Krise der Agrarwirtschaft 1956 sollte sie Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im zweiten Fünfjahrplan und eine Gegenposition zur Auflösung von Kollektivwirtschaften in Polen und Ungarn erarbeiten. Sie setzte sich zunächst ausschließlich aus SED-Mitgliedern zusammen. Reichelt und Scholz wurden als Nicht-SED-Mitglieder jedoch ständig zu den Beratungen hinzugezogen[260] und Anfang 1960 sogar als Mitglieder in die Kommission aufgenommen[261]. Anscheinend billigte man den DBD-Politikern im Zuge der Beset-

---

256 ACDP VI-052-0528, Protokoll Arbeitssekretariat, 9. 11. 1954; vgl. die spätere Kritik an Rose, die Ablösung von Scholz nicht verhindert zu haben, ACDP VI-052-0530, Protokoll Arbeitssekretariat, 28. 6. 1955.

257 SAPMO DY 30 J IV 2/3/458, Protokoll PB, 17. 1. 1956, Bildung einer Kommission für Landwirtschaft beim MR der Regierung der DDR.

258 Reichelt, Blockflöte, S. 152, 345.

259 Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1090, dort die Bezeichnung Agrarkommission; Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 13; siehe SAPMO DY 30 IV 2/7/22, Bl. 21–35, Bericht Mellentin an Mückenberger über Stand und Ergebnisse der Arbeit für die Agrarkommission des ZK, 26. 10. 1956; SAPMO DY 30 IV 2/7/32, Sitzungsprotokolle der Kommission für Landwirtschaft des ZK 1957.

260 Siehe SAPMO DY 30 IV 2/7/22, Bl. 97, zu neuer Zusammensetzung der Kommission für Landwirtschaft lt. Beschluß des PB vom 22. 7. 1958.

261 Diese Aufnahme war in der ursprünglichen Planung des ZK-Abteilungsleiters Kiesler nicht vorgesehen gewesen; ebd., Bl. 131–133, Entwürfe zur Zusammensetzung der Landwirtschaftskommission von Kiesler [ohne Reichelt und Scholz], Bl. 142 f., Zusammensetzung der Landwirtschaftskommission, 19. 7. 1960 [mit Reichelt und Scholz]. Beschluß zu ihrer Aufnahme SAPMO DY 30 J IV 2/2/683, Protokoll PB, Bl. 6, Anlage 1, Bl. 14. Bestätigung der Zusammensetzung der Landwirtschaftskommission. Von 40 Mitgliedern stellte die DBD drei, Scholz, Reichelt sowie Prof. Stubbe, Präsident der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

zung der Kommission mit Experten aus Praxis und Wissenschaft den Mitgliederstatus zu. Dies hatte jedoch nichts mit politischer Öffnung oder Aufwertung zu tun[262]. Die ZK-Abteilung Landwirtschaft erteilte eindeutige Vorgaben für die Themen, die dort behandelt werden sollten[263]. Minister Reichelt wurde dabei wie ein SED-Genosse für die ausschließliche Durchsetzung sozialistischer Agrarpolitik eingespannt. Die SED konnte mit dieser „gewährten" Einbindung von den personellen Ressourcen der DBD profitieren, denn Reichelts agrarpolitische Kompetenz stand außer Zweifel.

Die Anleitung war auch gezielt auf Personen zugeschnitten. Während die ZK-Abteilung Paul Scholz von Informationen ausschloß und geflissentlich überging, stand sie in engem Kontakt mit Reichelt. Dies korrespondiert mit der Stellung beider in der DBD: Scholz war anfangs ungleich stärker in die Parteiarbeit eingebunden als Reichelt, der abgesehen von seiner Fachausbildung höchstwahrscheinlich auch deshalb der attraktivere Partner für die SED war.

Trotz aller Unzulänglichkeiten der Anleitung bleibt festzuhalten, daß de facto in den Kernfragen keine ernstzunehmende politisch von der SED-Linie abweichende Auffassung eine Realisierungschance hatte. Zwischen Anleitung und Kontrolle, oder auch zwischen der Transmissionsfunktion und Kontrolle, bestanden zwar vielfältige Überschneidungen, doch in einem Punkt unterschieden sie sich wesentlich: Die Transmissionsfunktion und Anleitung baute darauf, daß andere politische Potentiale für ihren Zweck mobilisiert wurden, sie war auf zielgerichtete Aktion angewiesen. Führte eine zu eingeschnürte Anleitung zum völligen Verlust des Handlungsspielraums, bedeutete dies zugleich, daß das gerade in der Differenz zur SED liegende Potential der DBD nicht ausgeschöpft werden konnte. Die Kontrollfunktion beruhte auf vergleichsweise weniger aufwendigen Mechanismen. So ergänzten die Einsätze der Parteikontrollkommission der SED und des MfS die inhaltliche Anleitung als Alarmsystem. Ab Mitte der fünfziger Jahre konnte sich die SED in steigendem Maße auf diese Feuerwehren verlassen. Ein engmaschiges Kontrollnetz vermochte die politischen Abweichungen mit vergleichsweise einfachen Mitteln zwar einzuschränken, im Hinblick auf die politische Aktionsfähigkeit der DBD überwog jedoch auf Dauer die lähmende Wirkung. Seit Herbst 1959 zeichnete sich ein Wechsel in der SED-Politik ab. Er lief darauf hinaus, ideologisch und politisch brisante Themen lieber vollständig unter Eigenregie durchzuführen, sie womöglich in Zusammenarbeit mit Experten aus Praxis und Wissenschaft auszuarbeiten, als sie per Anleitung und Kontrolle an die DBD zu delegieren. Denn auf deren Fachleute griff man bei weitem nicht in dem Maße zurück wie auf SED-Mitglieder.

---

[262] Im Tenor anders Kaiser, Machtwechsel, S. 39; vgl. dazu auch Reichelt, Blockflöte, S. 172.

[263] SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 85, Auflistung der Abt. LW über Informationen und Vorlagen für PB und Sekretariat, 26. 9. 1958; SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Auszug Protokoll der Beratungen bei Mückenberger, 25. 2. 1959.

4. Das Ministerium für Staatssicherheit und die DBD

Das MfS als Herrschaftsinstrument

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war neben den sowjetischen Behörden und dem SED-Parteiapparat die dritte Kontroll- und Anleitungsinstanz gegenüber der DBD. In der Gründungsphase der DDR begann auch die unmittelbare organisatorische Vorgeschichte des MfS[264]. Am 8. Februar 1950 ging aus dem Vorläufer, der „Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft"[265], offiziell das Ministerium für Staatssicherheit hervor[266]. Im Zuge der Abschaffung der Länder wurden am 23. Juli 1952 die Landesverwaltungen des MfS aufgelöst und in Bezirksverwaltungen umgebaut. Nach dem Volksaufstand 1953 stufte man das in die Schußlinie geratene Ministerium im Juli in ein Staatssekretariat (SfS) im Ministerium des Innern zurück. Dadurch glich man die Struktur der Geheimpolizei lediglich dem sowjetischen Muster an[267], ein Bedeutungsverlust war damit nicht verbunden. Im Gefolge des 17. Juni knüpfte die Geheimpolizei ihr Spitzelnetz dichter, da „wertvolle Agenturen innerhalb der bürgerlichen Parteien der DDR" fehlen würden, wie die SED-Führung am 23. September 1953 der Staatssicherheit vorhielt[268]. Ende August hatte das SfS seinerseits konstatiert, daß die SED die Zusammenarbeit mit den Blockparteien vernachlässigt habe, und für sich festgehalten, das „Suchen nach geeigneten GM und GI [...] gründlicher als bisher zu betreiben"[269].

Für die Wirkungsgeschichte der Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument ist von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die SED hier ihren Einfluß ausbauen konnte. Zumindest ist hinreichend gesichert, daß sowjetische Berater bis 1957 den Kurs des MfS bestimmten und darüber hinaus während der gesamten fünfziger Jahre beeinflußten[270]. Damit begrenzten sie den Zugriff der SED auf das MfS als „Schild und Schwert der Partei". Erst im Frühjahr 1957 erlangte die SED die Oberhoheit über das MfS, nachdem das KGB die Anleitungskompetenz an die

---

264 Naimark, Russen, S. 464f.; Erler, Sicherheitspolitik, S. 87; Bailey u.a., Front, S. 174, geben als Arbeitsbeginn der Landesverwaltungen den 6. 10. 1949 an.

265 Zur Bezeichnung Fricke, MfS als Instrument, S. 199 und die Artikel im „Tagesspiegel", 1. 12. 1949, 10. 12. 1949, „Auf SD folgt SSD" bzw. „SSD an der Zonengrenze".

266 PB-Beschluß vom 24. 1. 1950, abgedruckt bei Hoffmann u.a. (Hg.), DDR, S. 55f. Auf der gleichen Sitzung hieß es: „Im Dorfe ist der Kampf gegen Sabotage und Brandstiftungen energischer zu führen und der Zusammenhang mit der feindlichen Propaganda aufzuweisen." Zur Geschichte der Staatssicherheit 1950–1956: Gieseke, Mielke-Konzern, S. 43–68.

267 Fricke, DDR-Staatssicherheit, S. 28. Zum sowjetischen Eingliederungsvorschlag in das MdI siehe Zaisser an Grotewohl, 13. 7. 1953, abgedruckt in Hoffmann u.a. (Hg.), DDR, S. 176–178; ab 24. 11. 1955 Rückbenennung in Ministerium.

268 SAPMO DY 30 J IV 2/202/62, Entwurf PB-Beschluß, 23. 9. 1953 und Ergänzung dazu o.D.

269 Entwurf einer Dienstanweisung vom 20. 8. 1953, Buschfort, Ostbüros, S. 53.

270 Engelmann, Diener, S. 71, 53, Anm. 7; zum Abzug der ökonomischen Berater, die ein Jahr vor jenen in den Militär- und Sicherheitsorganen abgezogen wurden, Steiner, Berater, S. 115–117. SAPMO DY 30 J IV 2/2/615, Protokoll PB, 21. 10. 1958, Bl. 26; Verzeichnis sowjetischer Berater, Stand 12. 9. 1958: SAPMO DY 30 J IV 2/202/62, Mielke an Otto Schön (Büro des PB), 13. 9. 1958.

SED übergeben hatte[271]: Das Politbüro übertrug der seit drei Jahren bestehenden ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen am 9. Februar die Anleitung des MfS[272]; außerdem bestimmte eine Dienstkonferenz des MfS am 26. April als Schwerpunkt der künftigen Arbeit die „innere Sicherheit", womit die Repression und Verfolgung der Opposition in der DDR gemeint war. Das MfS wandte sich damit von der seit 1955 aufgrund sowjetischer Vorgaben verfolgten Linie ab, die seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Westarbeit ausgerichtet hatte[273].

Der Einfluß sowjetischer Dienststellen in der Anfangsphase des MfS kann kaum überschätzt werden. Sowjetische Instrukteure hatten wie in den Vorläuferorganisationen die operative Federführung in der Hand und lernten ihre deutschen Genossen systematisch an[274]. Sie waren an der Kaderpolitik im Staatssicherheitsdienst ebenso beteiligt wie an der Auswahl von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM)[275]. Der sowjetische Instrukteurapparat leitete und kontrollierte die Länderverwaltungen des MfS und lehnte auch nach dem Umbau in Bezirksverwaltungen einen ungehinderten Einblick der territorialen Parteiorganisationen der SED in die Arbeit der Staatssicherheit in den Bezirken und Kreisen ab[276]. Auf Dauer hielt es die sowjetische Seite allerdings für erforderlich, die Eigenverantwortung des MfS zu erhöhen[277]. In zunehmendem Maße gab man daher operative Aufgaben an deutsche Mitarbeiter ab, unterstrich parallel dazu jedoch, daß man ein eigenes unabhängig operierendes Informationssystem benötige[278]. Insgesamt verhielt sich die Anleitung durch die SED und die Führung durch sowjetische Berater „in einem gewissen Ausmaß komplementär"[279].

Mit den Blockparteien beschäftigte sich im MfS bis zu einer organisatorischen Umgliederung im Sommer 1953 die Abteilung VI, die für Staatsverwaltung, Kultur und Parteien zuständig war. Die DBD-Mitglieder und Funktionäre, die Verpflichtungserklärungen eingegangen waren, wurden auf der „Linie DBD" vom Referat 3 der Abteilung VI geführt. Sie standen weiter in Kontakt mit dem Referat 1, das den Staatsapparat observierte, vor allem wenn sie aufgrund ihres Parteiranges mit staatlichen Funktionen in Berührung kamen; sie konnten mühelos in die Abteilung III oder in ein „offizielles" Kontaktverhältnis überführt werden[280].

---

271 Engelmann/Schumann, Ausbau, S. 341.

272 Dies., Kurs, S. 49f. Siehe auch Süß, Verhältnis, S. 8 f.; Engelmann/Schumann, Ausbau, S. 346, 367f.; Engelmann, Diener, S. 61, 67; Otto: Wollweber, Erinnerungen, S. 369f.

273 Engelmann/Schumann, Ausbau, S. 350–353. Engelmann, Diener, S. 62–70.

274 Ebd., S. 53; genauer dazu ein abgedruckter Bericht des damaligen MGB-Residenten in Berlin, Generalmajor Kawerznew, bei Kondraschew, Stärken, S. 152; Süß, Verhältnis, S. 24, 29.

275 Engelmann, Diener, S. 60.

276 Ebd., S. 53, 57f.

277 Ebd., S. 53; Kondraschew, Stärken, S. 152.

278 So die Einschätzung Kondraschews, ebd., S. 153.

279 Engelmann, Diener, S. 61.

280 Überführung in offiziellen Kontakt z.B. bei Reichelt, BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 72f., Abt. VI/I Treffbericht 15. 12. 1952 von Erhard Gärtner. Dieses Referat dürfte zuständig gewesen sein, weil Reichelt zur Angelegenheit des vormaligen Staatsekretärs im Ministerium für Handel und Versorgung, Albrecht, berichtete. Zur Übergabe in Abteilung III: Bl. 16, Übergabe der Akten an Abt. III, lt. Vermerk vom 30. 9.

Die DBD nahm – vermutlich gemeinsam mit der NDPD – ab Mitte September 1952 eine Sonderrolle ein. Denn eine Anweisung des MfS vom 17. September 1952 sah vor, die Sachgebiete CDU, LDP, Kirchen und Sekten an die Abteilung V zu übergeben, die vor allem für „innere Gegner" zuständig war[281]. Man unterschied hier also organisatorisch zwischen den bürgerlichen Blockparteien und den späteren Neugründungen. Diese Stellung von CDU und LDP deckt sich auch mit Beobachtungen, wonach schon im Sommer 1952 gegen beide Parteien operative Vorgänge eingeleitet wurden[282]; dies hatte die sowjetische Seite bis dahin dem MfS nicht generell gestattet. Ende 1953 wurden die Abteilungen VI und V zusammengelegt; die Überwachung des Staatsapparates, der Blockparteien und der „inneren Gegner" lag künftig in Händen der Hauptabteilung V. Diese wurde 1963 mit den gleichen Zuständigkeiten in die Hauptabteilung XX überführt, die den „gesellschaftlichen Überbau" überwachen sollte und damit ein Kernelement der nach innen gerichteten Repression bildete[283].

Richard Reuscher leitete die Abteilung VI bis 1953. Nach der Zusammenlegung führte der ehemalige Leiter der Abteilung V, Oberst Bruno Beater, auch die neustrukturierte Abteilung V. Ihn löste im Herbst 1955 Fritz Schröder ab, der den wieder zur Hauptabteilung avancierten Bereich bis Ende 1963 leitete. Auf Schröder folgte 1964 Paul Kienberg, der für die Hauptabteilung dann bis zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes zuständig war[284].

Die Hauptabteilung V hatte Anfang 1955 zunächst sieben Referate. Die hier interessierende Abteilung V/3 war neben den Blockparteien auch für Massenorganisationen, „Umsiedler" und nationale Minderheiten zuständig. Sie umfaßte drei operative Referate, hatte 18 Planstellen und wurde von Oberstleutnant Kurt Schumann geführt. In den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren wuchs die Personalstärke erheblich an – mit diesem Anstieg korrespondiert auch eine höhere Quote an IM in der DBD. Die Aufgaben der Abteilung reichten von der politischen „Sicherung" des Staatsapparates, der Blockparteien, der Massenorganisatio-

---

1953 bestand mit ihm seit 19. 3. 1953 keine Verbindung mehr. Man habe bei Übernahme des „Objektes" festgestellt, daß er nicht mehr in „Objekt DBD" arbeite, da er z.Zt. Landwirtschaftsminister sei, Bl. 19, Aktenvermerk, am 15. 10. 1953 sei er von Abt. VI an HA III, Referat X übergeben worden; Bl. 20, MfS, 31. 10. 1953: Beschluß über Abbruch der Verbindung: GI sei seit März 1953 [tatsächlich seit Juni] als Minister im MLF beschäftigt, „Verbindung könne also auch offiziell bestehen." „Wichtige Hinweise werden von ihm auf Grund seiner Stellung uns zu jeder Zeit berichtet." Der Führungsoffizier Gärtner war dabei anscheinend sowohl für das Referat VI/1 als auch für VI/3 zuständig.

281 Mielkes Dienstanweisung Nr. 6/52V/E, 17. 9. 1952, abgedruckt in: Besier/Wolf (Hg.), Pfarrer, S. 156–167.

282 Bode, Liberal-Demokraten, S. 109.

283 HA XX, Abt. 1: Zuständigkeit für DBD: „Operative Sicherung von Objekten und Einrichtungen des Staatsrates und des Ministerrates, der Ministerien für Justiz bzw. für Gesundheitswesen sowie der Führungsgremien der Parteien (mit Ausnahme der SED) und Massenorganisationen einschließlich der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen (1989 insges. 32 Mitarbeiter)"; das Referat 3 war für die Sicherung der Führungsgremien der Parteien und der Massenorganisationen zuständig und hatte 1989 5 Mitarbeiter. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Bl. 107–113, hier 109. Zur HA V siehe auch Prittwitz, Ministerium, S. 17.

284 Walther, Sicherungsbereich, S. 141, dort auch Kurzbiographien. Gieseke, Wer war wer.

nen, der Kirchen und Sekten bis zu den Bildungseinrichtungen und Teilen des Kulturbetriebes. Dazu sollte sie unter anderem „staatsfeindliche Hetze" und „Zersetzung" abwehren, den Kampf gegen „Untergrundgruppen" und „Agentenzentralen" aufnehmen[285].

Die mit der Anwerbung Inoffizieller Mitarbeiter aus den Reihen der DBD befaßten Personen trugen anfangs durchaus höhere militärische Dienstgrade, Ende der fünfziger Jahre häufig niedrigere Ränge. Die ersten Anwerbungen für die zentrale Berliner Abteilung VI/3 übernahm 1950 ausschließlich Oberkommissar bzw. Hauptmann Erhard Gärtner. Ende der fünfziger Jahre führte Oberfeldwebel Babies die zentralen IM der DBD im Berliner Parteivorstand auf der Linie der „Parteiarbeit", 1962 erfüllte Unterleutnant Weißflog diese Aufgabe[286]. Höchstwahrscheinlich gab es einen eigenen Sachgebietsleiter oder Referenten für die DBD in der Abteilung; in den Bezirken war oftmals ein Sachgebietsleiter für mehrere Blockparteien zuständig[287].

Prinzipiell hatte die Hauptabteilung V auch für den „Schutz der Wirtschaft" zu sorgen[288]. An sich fiel diese Aufgabe jedoch der Abteilung bzw. Hauptabteilung III zu, die schon im Gründungsjahr des MfS gebildet worden war und 1964 in die Hauptabteilung XVIII überführt wurde. Da der Schutz der Volkswirtschaft und damit verbunden die Aufdeckung von „Spionage", „Sabotage" und die Bekämpfung der sogenannten „Republikflucht" von Beginn an zum Kernauftrag des gesamten MfS-Apparates zählte, nahm die Abteilung III dabei keine herausragende Rolle ein. Diese Einschätzung trifft vor allem für die fünfziger Jahre zu, gilt aber auch noch Anfang der sechziger Jahre[289]. Eine erste überlieferte Strukturübersicht vom Dezember 1953 enthält selbständige Referate für Landwirtschaft in der Zentrale und in den Bezirksverwaltungen; in den Kreisdienststellen gab es sogenannte Arbeitsgruppen für Landwirtschaft[290]. 1958 war die von Major Hildebrandt geleitete Abteilung III/3 u.a. zuständig für das Landwirtschaftsministerium, das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf, die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, für den von Paul Scholz geleiteten Bereich Wasserwirtschaft beim Ministerrat und den Zentralverband der VdgB[291]. Die Schwerpunkte der Abteilung III leiteten sich prinzipiell aus den jeweiligen wirtschaftspolitischen Beschlüssen der SED ab. Die Abteilung III war vor allem „vorbeugend, sichernd,

---

[285] Zu Organisation und Aufgaben der HA V siehe Walther, Sicherungsbereich, S. 140–151, hier S. 142.

[286] Das Sachgebiet DBD bearbeitete bis 1953 auch ein Oberfeldwebel Richter. 1954 stellte für die HA V/3 Oberfeldwebel Ulbrich Kontakte zu IM her.

[287] So war in der Bezirksverwaltung Potsdam Willi Wagner seit März 1956 als Sachgebietsleiter für LDP/DBD in der Abteilung V/3 zuständig.

[288] Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung XVIII, S. 14.

[289] Für das Jahr 1963 sind zudem Fusionspläne zwischen der Abt. III und V belegt, die diese Einschätzung stützen. Ebd., S. 120f.

[290] Ebd., S. 16 und Übersicht S. 17. In den Bezirksverwaltungen des MfS beschäftigte sich eines von vier Referaten der Abt. III mit Landwirtschaft. In den Kreisdienststellen agierten jeweils Arbeitsgruppen für Industrie und Landwirtschaft. Je nach regionalem Wirtschaftsschwerpunkt war der stellvertretende Leiter der Dienststelle Vorsitzender der AG Industrie oder der AG Landwirtschaft.

[291] Ebd., S. 33.

übergreifend, kontrollierend und auch beschaffend tätig" und beeinflußte maßgeblich die Personalpolitik in ihrem Tätigkeitsbereich[292]. 1955 leitete Otto Last, einer der Stellvertreter Wollwebers, die Hauptabteilungen III und XIII (Verkehr) und die Abteilung VI (Verteidigung)[293].

Die Landwirtschaft rückte ins Visier von Partei und MfS vor allem im Zusammenhang mit dem Aufbau des Sozialismus ab 1952, mit der Gefährdung des sozialistischen Teils der Landwirtschaft nach dem Volksaufstand und während der forcierten Kollektivierung ab 1958. In den MTS sollten aufgrund eines Politbürobeschlusses von Anfang 1953 politische Abteilungen eingerichtet werden. Die stellvertretenden Leiter der Politabteilungen sollten hauptamtliche MfS-Mitarbeiter sein, die legendiert, als MfS-Angehörige also nicht identifizierbar, auftreten sollten[294]. Noch Ende April 1953 legte eine zentrale Anweisung an alle Bezirksverwaltungen fest: „Die Hauptaufgabe auf dem Lande ist die Stärkung der MTS. Die MTS müssen zu Zentren der Umgestaltung des Dorfes werden, deren besondere Bedeutung darin liegt, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu festigen und damit die sozialistischen Grundlagen in der Landwirtschaft zu schaffen." Vor dem offenen Ausbruch der Krise am 17. Juni hatte Ulbricht auf einer Parteiaktivtagung des MfS festgestellt, daß der „Klassenkampf" im Dorf zunehme und sich dabei auf Erfahrungen an der Basis berufen[295].

Nach dem Aufstand reagierte der neue starke Mann der Staatssicherheit, Ernst Wollweber, mit einem Forderungskatalog gegen die „Unterschätzung der großen Aufgabe der Organe des Staatssekretariats für Staatssicherheit auf dem Lande"[296]. Sämtliche Leitungskader der „Linie III" in der Zentrale, den Bezirken und Kreisdienststellen mußten mindestens zweimal im Monat eine LPG, MTS oder ein Dorf aufsuchen, die Lage vor Ort überprüfen und „Maßnahmen zur Bekämpfung feindlicher Tätigkeit" ergreifen. Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der Kreisdienststellen gaben sich fortan offen als hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit zu erkennen. Angesichts der Ereignisse hielt man es für zweckmäßig, die geheimpolizeiliche Überwachung als Drohung nach außen zu tragen. Die Arbeitsgruppen Landwirtschaft sollten die Struktur und Schwer-

---

[292] Ebd., Zitat S. 3. 1960 arbeiteten 646 hauptamtliche Mitarbeiter in der Abt., deren Anzahl sich damit im Vergleich zu 1954 versiebenfacht hatte. Dennoch zählte sie zahlenmäßig zu den kleineren Diensteinheiten des MfS. Der Mitarbeiterstand in den Bezirksverwaltungen lag um 40% höher als in der Zentrale in Berlin. Ebd., S. 4.

[293] Engelmann, Diener, S. 63.

[294] BStU MfS 101391, Mielke an Major Folk, BV Schwerin, vom 27. 4. 1953 und Anlage, Anweisung 10/1953, 5 u. 2 Bl. nachfolgendes Zitat aus dieser Anweisung Bl. 1; BStU MfS 101291, S. 1–5 und Anlage, Anweisung 1/53 Generalinspekteur Last an Chefinspekteur Kröber, BV Karl-Marx-Stadt, 5. 1. 1953; Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung XVIII, S. 15.

[295] SAPMO DY 30 J IV 2/202/62, Rede Ulbrichts auf Parteiaktivtagung des MfS, 8. 5. 1953. Über eine „verstärkte Sabotagetätigkeit des Klassengegners in der Landwirtschaft" berichtete auch die Dienstanweisung 10/53 und übertrug den stellvertretenden Leitern der Politabteilungen als „Hauptaufgabe" die „Schaffung geeigneter GI und GM". BStU MfS 101391, Mielke an Major Folk, BV Schwerin, vom 27. 4. 1953 und Anlage, Anweisung 10/1953.

[296] BStU MfS 100888, Dienstanweisung Nr. 47/53, 30. 12. 1953, 7 Bl.

punkte ihres Einsatzgebietes kennenlernen, offensichtlich gab es hierin erhebliche Versäumnisse. Schließlich ordnete Wollweber einen Kurswechsel in der Arbeit mit den Informatoren an. Es müsse systematisch ein quantitativ und qualitativ besseres Informatorennetz errichtet werden, auch „Großbauern" kämen dafür in Frage; besonders die Anwerbung von Hauptinformatoren – also von IM, die ihrerseits Informatoren führten – sei zu beschleunigen. Im September 1954 verfügte Wollweber eine weitere Verschärfung der Überwachung, weil im „Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zur Volkskammer [...] die der DDR feindlich gesinnten Elemente ihre Zersetzungstätigkeit bedeutend aktiviert haben"[297]. Insgesamt beweist auch dies die Unzulänglichkeiten der geheimpolizeilichen Arbeit auf dem Land.

1955 begann die Abteilung III systematisch mit der Überprüfung von Leitungskadern und praktizierte damit eine Vorstufe der späteren Sicherheitsüberprüfungen[298]. Auffälligerweise geschah dies zu einem Zeitpunkt, als auch die ZK-Abteilung LOPM und die Arbeitsgruppe BO auf eine sorgfältigere Kaderüberwachung in den Blockparteien drängten. In der Kadersicherung lag auf Dauer, vor allem seit 1958, ein zentraler Bereich der Einflußnahme des MfS auf die wirtschaftliche Umwälzung[299]. Die Umstrukturierungen 1957 zielten auch darauf ab, ein leistungsfähiges Informantennetz aufzubauen, das bis in die Wohngebiete und hin zu Schlüsselpositionen in Betrieben reichen sollte[300]. Schließlich stellte das MfS zur Durchsetzung der Vollkollektivierung Personal ab, das zusammen mit Partei- und Staatsfunktionären in Werbe- und Kampfbrigaden in den Dörfern agitierte[301]. Mitten in der Zwangskollektivierungskampagne wurden im März 1960 für die Sachbearbeiter im Bereich Landwirtschaft besondere Schulungen durchgeführt. Diese hatten fortan die „politisch-ideologische Diversion" zu bekämpfen, die zunehmend als Ursprung aller Mißwirtschaft galt[302].

Der Staatssicherheitsdienst und die DBD

Schon die „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft" warb in der DBD Informatoren an. Meist ging man auf die ehemaligen SED-Mitglieder zu, die mit „Parteiauftrag" übergetreten waren[303]. Anfang August 1950 nahm das MfS offen-

---

297 BStU MfS 100928, Dienstanweisung Nr. 45/54, 2. 9. 1954, 7 Bl.; diese Dienstanweisung hob die Dienstanweisung Nr. 47/53 auf. Im Grunde wiederholte sie den Maßnahmenkatalog vom Dezember, verzichtete aber darauf, den hochrangigen Hauptabteilungsleitern der Berliner Zentrale monatliche Einsätze vor Ort vorzuschreiben. Den verschärfenden Charakter betont auch Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung XVIII, S. 16, 19f.

298 Ebd. S. 21.

299 So die Einschätzung von Haendcke-Hoppe-Arndt, ebd., S. 122f.

300 Ebd., S. 23. Die wichtigen Dienstanweisungen 16/1957 und 17/1957 zielten unter anderem darauf ab. Siehe dazu auch Engelmann/Schumann, Kurs, S. 21–23.

301 Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung XVIII, S. 24; Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, S. 16f. mit zahlreichen Dokumenten.

302 Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung XVIII, S. 25f., 29.

303 BStU ASt Hle. AIM 1759/69, Gräfe, Verpflichtungserklärung, 28. 1. 1950, Bl. 19; Bl. 61, lt. Bericht IM „Dr. Peters", 4. 5. 1961, war er aufgrund eines „Parteiauftrages" der SED

bar den ersten unmittelbaren Kontakt mit dem damaligen politischen Hauptgeschäftsführer Paul Scholz auf. Scholz willigte gegenüber Oberkommissar Erhard Gärtner von der Abteilung VI in eine Zusammenarbeit ein und versprach, ihn regelmäßig zu informieren und Berichte, Personalia und andere Materialien zu übergeben[304]. Im Herbst 1950 verstärkte das MfS die Anwerbung von Geheimen Informatoren[305] der DBD und konzentrierte sich besonders auf die Abteilungsleiter beim Parteivorstand in Berlin, die zu dieser Zeit gleichzeitig Sekretäre waren. Einige von ihnen – Rose und Reichelt – hatte Scholz Gärtner bei dessen Besuchen vorgestellt[306]. Innerhalb von sechs Wochen warb das MfS vier Führungskader an: den Abteilungsleiter für Organisation Hans Reichelt am 17. September 1950, den Schulungsleiter und späteren Generalsekretär Rose zwölf Tage später, Herbert Hoffmann, ebenfalls Sekretariatsmitglied und Leiter einer Hauptabteilung im MLF am 26. Oktober, und den Chefredakteur des „Bauern-Echo", Helmschrott, am 31. Oktober[307]. Obgleich man im Falle des späteren Personal- bzw. Kaderleiters Hans Rietz einen Anwerbungsvorlauf 1951 abbrach, konnte das MfS auf seine Kooperation als „Gewährsmann" und „Kontaktperson" „Hans" bauen[308]. Alle diese IM wurden nur von Gärtner geführt. Unter den beim Berliner Parteivorstand beschäftigten Sekretären der fünfziger Jahre wurden lediglich Otto Keuthe (1949–1953 Sekretär) und Hans Schnitzler (1950–1955 Sekretär) nicht angeworben, ebenso nicht der Parteivorsitzende Goldenbaum und Paul Scholz. Alle anderen, Dietrich Besler (1953–1957 Sekretär), Erwin Körber (1954–1971 Sekre-

---

zunächst gegen seinen Willen in die DBD eingetreten; Bl. 24, am 28. 6. 1961 erneut angeworben; Bl. 56, 14. 2. 1969, seine Ablehnung, als Führungs-IM (FIM) zu arbeiten.

304 BStU MfS AP 4387/92, Scholz, Bl. 8, Bericht Gärtner, 2. 8. 1950; Bl. 9, Notiz Gärtner, 16. 9. 1950.

305 Unter dem Begriff „inoffizielle Mitarbeiter" (IM) wurden in den fünfziger Jahren zwei Kategorien von Mitarbeitern gefaßt, die „Geheimen Mitarbeiter" (GM), die zu vermeintlich feindlichen Personen in Kontakt standen – darunter versteht man im engeren Sinne die späteren „Inoffiziellen Mitarbeiter" –, und zum anderen die „Geheiminformatoren" (GI), die über einen solchen „Feindkontakt" nicht verfügten, aber aufgrund lokaler, beruflicher oder fachlicher Kenntnisse berichten sollten. Da im Laufe der fünfziger Jahre diese Kategorien nicht trennscharf verwendet wurden, statt dessen die Bezeichnung „inoffizieller Mitarbeiter" überwog, wird auf diese Feindifferenzierung, sofern sie nicht erheblich ist, im folgenden verzichtet. Vgl. Die Inoffiziellen Mitarbeiter, Bd. 1, S. VIII–X. Zwei wichtige Richtlinien für den IM-Einsatz im Untersuchungszeitraum (20. 11. 1952, 1. 10. 1958) mit begrifflicher Erläuterung ebd., S. 13–55 und S. 93–128.

306 Diese Beobachtung korrespondiert zeitlich mit der frühesten Anleitung zur Tätigkeit verdeckter Informanten, der „Richtlinie über die Erfassung der geheimen Mitarbeiter, der Informatoren und der Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten" vom 20. 9. 1950, abgedruckt in: Die Inoffiziellen Mitarbeiter, Bd. 1, S. 1–3. BStU MfS AP 4387/92, Scholz, Bl. 9, Notiz Gärtner, 16. 9. 1950.

307 BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 12, Verpflichtungserklärung, 17. 9. 1950, verpflichtet von Gärtner; BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 13, Verpflichtungserklärung, 29. 9. 1950; BStU MfS AIM 357/88 I/1, Helmschrott, Bl. 12, Verpflichtungserklärung, 31. 10. 1950, verpflichtet von Gärtner, 1962 wurde Helmschrott in der HA III/3/J von Hauptmann Trummer geführt; BStU MfS AIM 513/52, Personalakte Hoffmann, Bl. 15 Verpflichtungserklärung, Bl. 17 Abbruch am 30. 8. 1952 wegen offiziellen Kontaktes in der HA I des MLF.

308 BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 9.

tär) und Georg Böhm (1955–1960 Sekretär) standen zumindest zeitweise in Diensten des MfS[309]. Otto Keuthe schied bald aus dem Sekretariat aus und zählt zu den ausgesprochenen Opfern der Tätigkeit des MfS im Sekretariat und Parteivorstandsapparat der DBD. Gegen den zeitweiligen Landwirtschaftsminister Wilhelm Schröder wurde 1954 ein sogenannter „großer Überprüfungsvorgang" eingeleitet, der jedoch ergebnislos verlief[310]. Höchstwahrscheinlich dürften sowjetische Dienststellen eine weitere Anwerbung von Hans Schnitzler, der bis 1952 in Diensten des NKWD/MGB stand[311], verhindert haben. Unter Umständen traf dies auch auf Hans Rietz zu, der ebenfalls in sowjetischen Antifa-Zentrallagern gewirkt hatte, erst als Schul-, dann als Kaderleiter der DBD in den Augen sowjetischer Beobachter eine Schlüsselposition innehatte; ein sogenannter „Vorlaufvorgang" des MfS zu Rietz wurde kommentarlos abgebrochen[312]. Ein Fall von paralleler Tätigkeit sowohl für die sowjetischen „Freunde" als auch für den deutschen Staatssicherheitsdienst ist in der DBD-Führung nicht belegt[313] und erscheint aufgrund der Prärogative sowjetischer Berater im MfS unwahrscheinlich.

Dieses Anfangsszenario beleuchtet die grobe Zielsetzung des MfS gegenüber der DBD bis 1953. Es galt, den inneren Führungszirkel der DBD, das Arbeitssekretariat, „abzusichern", auf dessen Mitarbeit und Rückenstärkung der Parteivorsitzende angewiesen war. Noch richteten sich die Fühler nicht auf das weitere Umfeld wie beispielsweise den Parteivorstand. Das MfS dürfte 1950/51 noch nicht im Stande gewesen sein, diesen mit IM zu durchdringen. Da sich der Parteivorstand mehrheitlich nach regionalen Auswahlkriterien rekrutierte, hätte dies zur Voraussetzung gehabt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Länderverwaltungen des MfS und der Zentrale bereits auf einem zureichenden organisatori-

---

309 Vergleichsweise ungesichert ist dabei die Beweislage für eine Verpflichtung Körbers. Zu ihm konnte kein IM-Vorgang ermittelt werden, obige Aussage stützt sich auf eine Erwähnung als IM in der Arbeitsvorgangsakte, Bd. 1, Gaude; allerdings haben sich in allen anderen DBD-Fällen solche Erwähnungen als zutreffend herausgestellt. BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Gaude, Bl. 118–120, Treffen am 29. 6. 1960, hier Bl. 119, Körber sei GI gewesen und wegen mangelnder Perspektive abgelegt worden; BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 2 Personalakte Besler, Bl. 20, Verpflichtungserklärung am 19. 4. 1954; BStU MfS AIM 927/60, Arbeitsvorgang Böhm, Beginn 3. 10. 1958, geführt von Babies HA V/3, Bl. 9, Bericht 13. 10. 1958 über Anwerbung am 3. 10. 1958.

310 BStU ASt Erf. AOP 220/54, Schröder, Bl. 37, MfS Erfurt, Abt. V, Beschluß zur Anlage eines „Großen Überprüfungs-Vorganges", 3. 2. 1954. Anlaß dafür war der Verdacht, daß ein mit Schröder befreundeter Parteikollege, der aus der DBD ausgeschlossen worden war, vor seiner Flucht in den Westen Kontakt zum damaligen Landwirtschaftsminister gesucht habe. Bl. 89, Bericht über Einstellung, 27. 10. 1954.

311 BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 25–28, HA V/3 Bericht zu Schnitzler 26. 9. 1958, Bl. 27: Leutnant Becker, der bei den „Freunden" nachgefragt hatte, berichtete, daß Schnitzler von 1945–1952 als GI für die sowjetischen Stellen tätig war.

312 BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 9, Entwurf eines Verpflichtungsantrages mit Bleistiftnotiz „nicht verpflichtet", undatiert [1951].

313 Lediglich Grambow arbeitete vor seiner MfS-Verpflichtung auch für die sowjetische Geheimpolizei. BStU ASt Swn. AIM 1831/63, Grambow, Bl. 46, Abt. V/3 Berurteilung 22. 1. 1955: „Der GI ist ein alter Mitarbeiter des MfS. Er hat ebenfalls für die Freunde gearbeitet".

schen Niveau stattfand. Im Hinblick auf die Überwachung der Blockparteien war das offensichtlich noch nicht der Fall. Außerdem standen die Länderverwaltungen stärker unter der Kontrolle sowjetischer Dienststellen als unter der zentralen Anleitung des Berliner Ministeriums. Eine Dienstanweisung vom 15. November 1951 kann als Indiz dafür gesehen werden, wie unzulänglich und unsystematisch der Informationsstand des MfS zu den Blockparteien bis 1952 und darüber hinaus war[314]. Staatssekretär Mielke ordnete darin erneut an, über Funktionsträger in den Landesvorständen der Blockparteien sowie von FDJ, DSF und VdgB(BHG) – das betraf jeweils die ersten und zweiten Vorsitzenden, Sekretäre und Abteilungsleiter und andere wichtige Positionen – Charakteristiken zu erstellen. „Bei Vorhandensein von negativem Material" sah die Anweisung Sachstands- und weitere laufende Berichte vor, auch die Übersendung von „IM" und „GM"-Berichten. Mielke kritisierte weiter, daß seine Anweisungen vom Januar 1951 bezüglich der Monatsberichte über die Blockparteien nicht befolgt worden seien. Außerdem ergab die systematische Überprüfung der Parteivorstandsmitglieder der Anfangsphase, daß Mitglieder dieser Personengruppe vor 1953 kaum für eine inoffizielle Tätigkeit angeworben wurden[315].

Die Berichte der Informatoren der Linie VI aus dem Sekretariat sollten einen tieferen Einblick in die Meinung und den politischen Entscheidungsprozeß eröffnen. Sie zielten darauf ab, jede persönliche Regung, Sichtweise und Planung der Führungsfiguren zu bespitzeln. Im Zentrum der Ausforschung stand bis 1952 Ernst Goldenbaum, dessen weitere Karriere als Parteivorsitzender während dieser Zeit äußerst gefährdet war[316]. Über das MfS sollte ermittelt werden, wie er sich zu seiner Abberufung als Landwirtschaftsminister, zur Durchsetzung des Sekretariates mit Antifa-Leuten oder zum Aufstieg seiner Rivalen Scholz und Rose stellte. In dieser Hinsicht dürfte eine detaillierte Auswertung der Spitzelberichte für die Führungsspitze der SED bzw. den ZK-Apparat in jedem Falle erfolgt sein.

---

[314] BStU MfS 109828, Dienstanweisung Nr. 1/51 vom 15. 11. 1951; MfS Berlin, Abt. VI an den Chef der Länderverwaltung Brandenburg.

[315] Richard Richter, Gründungsmitglied und bis 1951 Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt, verpflichtete sich erst danach, am 10. 3. 1952, zur inoffiziellen Mitarbeit. Aufgrund seiner Kontakte zu einer „Umsiedler"-Landsmannschaft war er für die Linie VI attraktiv. Als das MfS ihn 1956 der „Unehrlichkeit" verdächtigte, schied er als IM aus und sollte nun „bearbeitet" werden. BStU ASt Nbg. AIM 769/56, Personalakte Richter, Bl. 11 Verpflichtungserklärung. Densdorf hatte sich schon am 3. 10. 1950 verpflichtet, BStU ASt Nbg. AIM 712/85, I Densdorf, Bl. 11.

[316] Grundlegend BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, sowie die AIM-Akten der unten aufgeführten Personen. Die AP-Akte Goldenbaum enthält einen Großteil der im Untersuchungszeitraum relevanten IM-Berichte über ihn, u. a. von Rose, Reichelt, Besler, Böhm, Zagrodnik, Titel, Gaude und Rothe. Wenn Goldenbaum als Vorsitzender auch offiziellen Kontakt zum MfS hielt, so dürfte dieser unergiebig gewesen sein. Nicht umsonst war das MfS auf IM angewiesen, die über geplante Personalveränderungen informierten. Offenbar unterließen dies Goldenbaum und Rose bis 1963. Zur Erwartung des MfS und zum allgemeinen offiziellen Kontakt, siehe Suckut, DDR-Blockparteien im Lichte, S. 103, 111.

Die Arbeit des MfS bis 1953 ist davon gekennzeichnet, daß eine zielgerichtete operative Anleitung der IM kaum stattfand. Zwar erhielten die IM je nach Position bestimmte Aufträge[317], insgesamt unterscheidet sich diese Art der Führung aber grundlegend von jener ab 1958. Die IM-Berichte bis 1953, teilweise bis 1957, dienten überwiegend zur allgemeinen Informationsgewinnung und waren in aller Regel nicht in Maßnahmepläne eingebettet. Der Auftrag an Berthold Rose, gezielt über Kurt Vieweg zu berichten, fällt ebenfalls unter diese Kategorie. Keinesfalls sollte er auf Vieweg in irgendeiner Form persönlich „einwirken"[318], wie dies operative Aufträge Ende der fünfziger Jahre forderten. Es gibt keine eindeutigen Hinweise in den IM-Akten bis 1953, in welchem Maße sie dem SED-Parteiapparat zugänglich waren. Schlüsselinformationen über das Spitzenpersonal, hauptsächlich über Goldenbaum, gelangten jedoch nachweislich ins ZK, sie sind aber auch bei Besuchen von DBD-Politikern unmittelbar dorthingetragen worden[319].

Nach dem Volksaufstand setzte eine zweite Phase ein, die bis Anfang 1958 zu datieren und mit der Periodisierung der inneren Geschichte der Staatssicherheit weitgehend deckungsgleich ist. So monierten Dienstanweisungen des SfS mit Bezug auf den vorgeblichen Kurswechsel im Sommer 1953 das Fehlen eines qualifizierten Informatorennetzes in den „bürgerlichen" Parteien, worunter es offensichtlich auch die DBD faßte. Außerdem kritisierte Wollweber 1954 zahlreiche Mängel in der Arbeit der Abteilung VI[320]. Der Funktionswandel des MfS 1957, durch die enge Bindung an die SED und ihren Apparat, ist ganz klar an der sprunghaft steigenden Zahl von MfS-Kontakten der DBD-Funktionäre ab 1958 abzulesen.

In der mittleren Phase von 1953 bis 1957 wurden die inoffiziellen Kontakte zu den Sekretären bis Mitte 1953 sämtlich in ein offizielles Verhältnis umgewandelt, weil all diese IM inzwischen Positionen einnahmen, die den Wechsel bedingten[321];

---

317 BStU ASt Swn. AIM 1170/64, I Arbeitsvorgang Friedländer, Bl. 12, Treffbericht, 3. 3. 1954: „‚Kurt', soll über alle Mitglieder der DBD sowie über alle Bauern und Großbauern, die eine feindliche Einstellung haben, berichten." Dezidierte Aufträge nahm Friedländer anläßlich eines Besuches bei seinem Vater in Westdeutschland entgegen, wo er zum Vorsitzenden der Stettiner Landsmannschaft Kontakt aufnehmen sollte, ebd., Bl. 182f., Auftrag 22. 12. 1956. BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 27, Treffbericht, 9. 10. 1951; Reichelt wurde u.a. beauftragt, weiteres Material über den „Klub junger Agronomen" aus Löbau und „besondere Vorkommnisse über die Versammlungen auf dem Lande zu sammeln", um „Stimmungen über den Klassenkampf auf dem Lande festzustellen".

318 Siehe BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 28, 9. 10. 1951.

319 BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 44–46, Betr: Aussprache am 8. 1. 1952 im ZK; Bl. 54, 17. 4. 1952 Aussprache wegen Goldenbaum mit ZK.

320 BStU MfS 100873, Dienstanweisung Nr. 41/54 vom 25. 6. 1954; Bezug auf Dienstanweisung vom 19. 8. 1953. Das Referat V/3/I (Hauptsachgebiet I) habe immer noch kein ausreichendes Informantennetz.

321 BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 20, MfS, 31. 10. 1953: Beschluß über Abbruch der Verbindung. BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 20, Beschluß über Abbruch der Verbindung, 30. 9. 1953. Als wenig schlagkräftiger Grund wurde angeführt, daß Rose Generalsekretär der DBD sei, das war er schon seit 1951. Die inoffizielle

der Aufstieg in Staats- oder Parteiführungsämter zeigte an, daß die Betroffenen als getreue Anhänger des Sozialismus und der SED-Herrschaft galten, wodurch zugleich die Chancen auf berichtenswerte „Feindberührungen" sanken. Bisher gibt es keine Möglichkeit, diese offizielle Zusammenarbeit quellengestützt zu untersuchen, daher versiegt dieser Informationsstrang 1953. Die offiziellen Kontakte erleichterten dem Staatssicherheitsdienst insofern die Arbeit, als Informationsmaterial organisatorischer oder personeller Art auf diese Weise problemlos erhältlich war und nicht erst über Spitzel herangeschafft werden mußte.

Auch deshalb konnte sich das Schwergewicht inoffizieller Arbeit tendenziell von unstrukturierter informatorischer Befragung hin zu systematischeren Analysen und Gesamteinschätzungen verlagern. So erstellte ein wichtiger IM, Dietrich Besler, Mitglied des Sekretariates und Abteilungsleiter für Organisation in dieser Zeit, ab 1954 eingehende Analysen über den Zustand der Parteiführungsgremien[322]. Diese Dokumente gelangten zwar nicht in dieser Berichtsform, aber in ihren Kernaussagen nachweislich auch zum Sektor bzw. zur Arbeitsgruppe BO und belegen die Zusammenarbeit der Staatssicherheit mit dem ZK-Apparat[323]. Allerdings war dieser Austausch insofern begrenzt, als das MfS seine IM im ZK nicht dekonspirieren wollte. Im Falle Beslers bedeutete das etwa, daß das MfS sachlich ungerechtfertigte Vorwürfe des ZK gegen ihn, die aller Wahrscheinlichkeit nach von seinem Kontrahenten Rose dort verbreitet worden waren, nicht ausräumte, da man ihn als zuverlässigen IM behalten wollte. Das MfS und das ZK wurden von Besler über die Fraktionierungen im Parteivorstand vergleichsweise sachlich informiert, weil dessen Tätigkeit auch darauf zielte, die „Kollektivität" – hier den Einfluß – des Sekretariates gegenüber dem Machtgebaren einzelner, allen voran Goldenbaum und Rose, zu verstärken. Darüber hinaus fürchtete er, seine Berichte könnten via Gespräche im ZK letztlich zur Leitung der DBD zurückgelangen, was ihn veranlaßte, vorsichtig zu berichten[324]. Dem MfS ging es nicht darum, die internen Konflikte der DBD zu lösen. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß es deren Andauern zumindest für akzeptabel, wenn nicht sogar für zweckmäßig hielt.

Auch die künftige Kaderpolitik der DBD stand auf der Agenda des MfS. So wurde der Leiter der Zentralen Parteischule der DBD, Alois Melz, in dieser Zeit

---

Verbindung mit Herbert Hoffmann hatte man bereits am 30. 8. 1952 aufgegeben und in eine offizielle überführt, BStU MfS AIM 513/52, Hoffmann, Bl. 17.

322 BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 1 Arbeitsvorgang Besler, Bl. 8–10, Vermerk Beslers, 18. 5. 1954, zu Bezirkssekretariaten; Bl. 38–42, Stimmungsbericht der Abt. Org. der DBD vom 5. 8. 1954; Besler berichtete über Arbeitssekretariatssitzungen, z.B. Bl. 18–23, reichte Material zum Konflikt zwischen Beer und Schnitzler weiter, Bl. 18–23; Charakteristik über Sekretariatsarbeit, undatiert [1955], Bl. 49–61; Besler berichtete über seine massiven Probleme mit Rose, Bl. 99, 16. 2. 1955.

323 Siehe SAPMO DY 30 IV 2/15/53, AG BO, 12. 9. 1955, Bericht über Arbeitsweise im Apparat des PV der DBD. Details hatte Besler dem ZK mitgeteilt, siehe BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 58, Bericht von IM „Bernd" (= Helmschrott), 19. 8. 1958. Besler hatte 1954 auch dem Sektor berichtet. Dies gestand er später Goldenbaum ein, der dies Helmschrott weitergab. Via Helmschrott erreichten diese Informationen dann wieder die Staatssicherheit.

324 BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 1 Arbeitsvorgang Besler, Bl. 124–126, Vermerk Führungsoffizier Ulbrich über Treffen, 27. 8. 1955.

verpflichtet. Das Hauptmotiv für seine Anwerbung lag offenbar darin, eine Dekonspiration der IM während ihres Schulaufenthaltes zu verhindern. Daher bot es sich an, daß sie dort vom Geheimen Hauptinformator Melz geführt wurden. Denn es war für die IM nach außen hin unverdächtig, regelmäßige Zwiegespräche mit Melz zu führen. Das MfS maß seinen Berichten insgesamt allerdings nur geringen operativen Wert bei[325].

Ein weiteres Charakteristikum der Phase von 1953 bis 1957 bildete die zunehmende Durchdringung der Bezirkssekretariate[326]. Grundsätzlich geschah die Anwerbung von IM in den Landesverbänden auch schon vorher, im Vergleich zur Zentrale mit rund halbjähriger Verzögerung. Im mecklenburgischen Landesverband verpflichtete man zu diesem Zweck 1951 den Antifa-Schüler Karl Grambow[327]. Die Anwerbung Heinrich Huges, die schon am 14. September 1950 erfolgte, diente dagegen der Information nach „Linie III", also über landwirtschaftliche Verhältnisse. Von beiden Informanten war das MfS enttäuscht, da sie kaum oder nur unzureichend berichteten, und es ganz offensichtlich vermieden, andere zu belasten[328]. Um einen Einblick in das Bezirkssekretariat Schwerin zu gewinnen, wandte sich die Staatssicherheit daher 1954 Hans Joachim Friedländer zu. Auch diese Zusammenarbeit verlief auf Dauer nicht zur Zufriedenheit des MfS[329]. Dafür gelang mit der Anwerbung von Ernst-Otto Christalle 1955 ein tiefer Einbruch in das dortige Bezirkssekretariat[330]. Auch im Landesverband Sachsen konzentrierten sich die Anwerbungsversuche auf ehemalige Absolventen sowjetischer Zentralschulen. Dort gewann man 1950 den „politisch klarsten und stärk-

---

325 Siehe beispielsweise BStU ASt Pdm. AIM 556/65, 1 Arbeitsvorgang Melz, Bl. 78; ebd., Personalakte, Beurteilungen vom 4. 2. 1956, Bl. 82, und 3. 8. 1973, Bl. 88.

326 Für diesen Bereich beschränkten sich die Recherchen auf die Landesverbände Mecklenburg und Sachsen, beziehungsweise die Bezirksverbände Schwerin und Dresden. Versetzungen von IM eröffnen auch Einblick in die Verhältnisse in Rostock.

327 BStU ASt Swn. AIM 1831/63, Personalakte Grambow, Bl. 23, Verpflichtung vom 14. 3. 1951, Begründung Bl. 11. BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer, Bl. 24, Verpflichtung am 9. 2. 1954; Begründung dafür Bl. 19, Abt. V, 9. 1. 1954, Vorschlag zur Anwerbung von Unterleutnant Winter, bestätigt von Abteilungsleiter V, Major Kluth, mit der Begründung, bisher habe man noch keinen GI im BV Schwerin.

328 BStU ASt Swn. AIM 1831/63, Personalakte Grambow, Bl. 63. Ein Überprüfungsvorgang ergab am 1. 8. 1963, daß er sich zwar „ehrlich" gegenüber dem MfS verhalten habe, aber keine „operative Initiative" entwickle, ebd., Bl. 112. BStU ASt Swn. AGI 652/52, Huge. Huge hatte bis 21. 10. 1952 nur einen Bericht geliefert, daher stellte man den Vorgang vorerst ein, Bl. 6; am 29. 6. 1953 wurde er erneut verpflichtet, Bl. 18.

329 BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Personalakte Friedländer. Zwar überlegte man am 30. 7. 1956 noch, ihn zu einem GHI zu machen (Bl. 40) – immerhin war er bereit, in einem Fall Negatives über Personen zu berichten –, bald jedoch ergaben sich Probleme in der regelmäßigen Treffdurchführung und Berichterstattung. Siehe ebd., Arbeitsvorgang Friedländer, Bl. 40, Bericht über Übergabe an neuen Führungsoffizier vor der Sekretärin, 24. 1. 1955. Insgesamt sind seine Berichte eher Problemskizzen über den organisatorischen Zustand der DBD und die allgemeinen Verhältnisse auf dem Lande. Die angeforderten Berichte über Mitarbeiter im Bezirksvorstand und altgediente Funktionäre fielen auffälligerweise stets positiv aus, siehe ebd., Bl. 116, Bericht vom 13. 11. 1955 (zu Heinrich), Bl. 129, 5. 2. 1956 (zu Georg Müller).

330 BStU ASt Swn. AIM 353/65, Bd. 1, Personalakte Christalle, Bl. 1, Verpflichtungserklärung, 5. 2. 1955.

sten Mann" des Landessekretariates, Wilhelm Densdorf[331]. Die Avancen der Staatssicherheit fruchteten 1950 auch bei Hermann Gräfe in Sachsen-Anhalt[332]. Insgesamt zeichnete sich in dieser Periode zwar eine gesteigerte MfS-Tätigkeit im Hinblick auf die DBD ab, doch diese war weder systematisch in Anleitung und Kontrolle noch in Durchführung und Auswertung, soweit dies aufgrund der derzeit einsehbaren Akten erkennbar ist.

Die dritte Phase ab 1958 unterscheidet sich in verschiedener Hinsicht deutlich von den vorhergehenden. So kam als zusätzliche Herausforderung für die Arbeit des MfS hinzu, daß 1958 auch die Sozialisierung der Landwirtschaft verschärft wurde. Die Veränderungen spielten sich auf vier Ebenen ab: Zum einen wurde der zu kontrollierende Personenkreis in der DBD erheblich ausgedehnt; zum zweiten veränderten sich die Führungsmethoden in Anleitung und Kontrolle von Inoffiziellen Mitarbeitern; zum dritten läßt sich erst für diese Phase ein gezielter operativer Einsatz samt Auswertung nachzeichnen, sei es, daß IM bestimmte Aufgaben erhielten und Maßnahmepläne erstellt wurden, sei es – viertens –, daß die Verwendung der Materialien nun mit der Arbeitsgruppe BO koordiniert wurde, zu der die MfS-Hauptabteilung VI engen Kontakt hielt[333]. Die Abteilung VI/3 scheute keine Anstrengungen, um die Kontrolle auf die DBD insgesamt auszuweiten: Künftig sollte nicht nur das Sekretariat und dort besonders die Schlüsselbereiche Organisations- und Kaderabteilung abgeschöpft werden; vielmehr bemühte man sich darum, die Partei auf allen Ebenen auszuleuchten. Das betraf sowohl den Parteivorstand und seine Abteilungen[334] als auch die Parteibasis. Man bespitzelte hinsichtlich wirtschaftlich oder politisch neuralgischer Punkte, die Basis besonders dort, wo als „diversant" geltende Sichtweisen gehäuft auftraten, wie etwa unter „Umsiedlern", die den Verlust ihrer Heimat nicht hinnehmen wollten.

Nach wie vor erbrachten die Spitzelberichte aus dem Berliner Parteiapparat der DBD wertvolle Informationen zum inneren Zustand der Partei und den Machtkämpfen[335]. Ausführliche Analysen hierzu lieferten die Inoffiziellen Mitarbeiter Gerhard Gaude, Stephan Zagrodnik, Werner Schneeweiß, Werner Titel und Georg Böhm. Alle können als voll verläßliche Mitarbeiter des MfS eingestuft werden.

---

331 BStU ASt Nbg. AIM 712/85, I Densdorf, Bl. 11, Verpflichtungserklärung 3. 10. 1950; Zitat Bl. 84, MfS Sachsen Abt. IV am 27. 12. 1950 an MfS Berlin; Bl. 90, 9. 9. 1950, Ermittlungsbericht.

332 BStU ASt Hle. AIM 1759/69, Personalakte Gräfe, Bl. 19, Verpflichtungserklärung 28. 1. 1950; über seine Tätigkeit in den fünfziger Jahren liegen keine Dokumente vor.

333 Nur auf diese Weise kamen brisante persönliche Details in die Kaderakten der DBD-Funktionäre, wie sie im Büro Matern geführt wurden. Vgl. SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, 4072, 4073, 4074, 5127, 5128, 5130.

334 Zu berücksichtigen war, daß mit dem organisatorischen Umbau 1955 der zuständige Sekretär nicht mehr in Personalunion die entsprechende Abt. führte, sondern eigene Abteilungsleiter eingesetzt wurden, denen je nach Größe der Abt. mehrere Sachbearbeiter zugeordnet waren.

335 Erneut wurde die Rivalität zwischen Goldenbaum und Rose, aber auch zwischen Scholz und Rose ausgebreitet. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 127–129, Treffbericht 14. 2. 1961, thematisiert eine Sekretariatssitzung, die sich mit Rose befaßte. Zu den Differenzen zwischen Goldenbaum und Rietz siehe BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 130–133, Bericht vom 16. 01. 1961.

Böhm nahm in der sehr kurzen Verpflichtungszeit insofern eine Sonderstellung ein, als er versuchte, die Position Goldenbaums gegen Rose zu stärken. In dieser Zeit kontrollierte das MfS zusehends die Zuverlässigkeit der IM. Dies war angesichts der Vielzahl an IM, die sich gegenseitig bespitzelten und entsprechende Berichte schrieben, ein leichtes Unterfangen. So wurden die IM gelegentlich von ihren Führungsoffizieren ganz offen auf Schwächen in ihrer Tätigkeit für die DBD hingewiesen – für die Betroffenen ein sichtbares Warnsignal dafür, daß das MfS auch sie im Visier hatte oder sogar Überprüfungsvorgänge gegen sie einleitete[336].

Das MfS betrieb mit Hilfe von IM gezielte Kaderpolitik im Parteivorstand. Es lancierte ihm ergebene Personen, versuchte andere zu verdrängen und veranlaßte bei Neubesetzungen eine sorgfältige Ausleuchtung zur Person. Der effektivste Zuarbeiter des MfS war hierbei jahrelang Stefan Zagrodnik, wie aus den Akten und einem Perspektivplan ersichtlich ist. Das MfS berichtete zufrieden: „Dadurch war es möglich, mit Hilfe des GI selbst und über das ZK [!] bestimmte Veränderungen in der Arbeit der DBD und hinsichtlich der Besetzung bestimmter Funktionen durchzusetzen. Der GI hat großen Einfluß auf die gesamte Kaderpolitik der DBD und ein gutes Verhältnis zum Parteivorsitzenden Goldenbaum. Er ist deshalb in der Lage, bestimmte Kaderveränderungen im Interesse des MfS vorzunehmen."

Als weitere Maßnahmen legte es fest: 1. „Der GI wird dahingehend ausgenutzt, daß er alle vorgesehenen Kaderveränderungen in Übereinstimmung mit dem MfS durchführt." 2. „Um einen Überblick über alle Vergehen und Parteiverfahren zu erhalten und diese operativ auswerten zu können, wird der GI beauftragt, sich laufend über die beim Parteischiedsgericht angefallenen Vorgänge und Hinweise zu informieren und dem MfS mitzuteilen." 3. „Über den GI ist zu erreichen, daß die Instrukteurbrigade des PV verstärkt und als Leiter ein qualifizierter IM eingesetzt wird, um mit Hilfe dieser Brigade operative Maßnahmen in den Bezirken durchführen zu können." 4. „Der GI wird dahingehend eingesetzt, daß er zu allen Präsidiumsmitgliedern ein gutes Verhältnis herstellt, deren Einstellung und Verbindungen in Erfahrung bringt."

Die letzte Aufgabe erhielt durch die Aufwertung dieses Gremiums weitere Bedeutung[337]. Manche IM gefielen sich darin, gemeinsam mit dem MfS über die Parteigremien und Führungsgrößen hinweg personelle Entscheidungen herbeiführen zu können und damit auch am politischen Kurs der DBD mitzufeilen. Obwohl viele Aktionen dazu beitrugen, den Informationsstand des MfS zu erhöhen, blieben sie ohne erkennbare Resultate[338]. Gerade Goldenbaum scheint sich in man-

---

[336] BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 141f., Treffbericht 17. 6. 1961. Bedeutsam waren die Überprüfungen der IM auf „Ehrlichkeit" gegenüber dem MfS, durchgeführt z.B. bei Grambow (BStU ASt Swn. AIM 1831/63, Bl. 97f. Einleitung, Bl. 100f. Ermittlungsbericht 14. 2. 1963). Wegen hartnäckiger Verleugnung seiner NSDAP-Zugehörigkeit hielt man Böhms „Unehrlichkeit" für erwiesen, BStU MfS AIM 927/60, Böhm, Bl. 103, Aktenvermerk, 18. 2. 1960.

[337] BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 44f., HA V/3, 1. 10. 1962.

[338] Suckut bezweifelt den kaderpolitischen Einfluß des MfS in CDU und LDP, Suckut, DDR-Blockparteien im Lichte, S. 111.

chen Kaderfragen gegen die Ränke des MfS durchgesetzt zu haben[339]. An zwei Beispielen sei die Spannbreite möglicher Auswirkungen demonstriert:

1961 stand die Auflösung der DBD-Abteilung Agrarpolitik zur Diskussion, die in Anlehnung an das Produktionsprinzip des Siebenjahrplanes durch eine Abteilung Produktionspropaganda ersetzt werden sollte. Der SED und dem MfS war ein Dorn im Auge, daß die Abteilung über einen großen Einblick in die tatsächliche volkswirtschaftliche Lage auf dem Agrarsektor verfügte, weil sie in einem engen Informationsaustausch mit dem MLF stand. Deshalb würde es die Abteilung immer wieder schaffen, über die eigenen Mängel hinwegzutäuschen. Die IM sollten daher einerseits die Abteilung „absichern", solange sie bestand – diese Aufgabe erfüllte die einzige weibliche politische Mitarbeiterin im Parteivorstand, Waltraud Mundt[340]. Zum anderen sollten sie darauf hinwirken, die Abteilung ganz aufzulösen, wozu Goldenbaum nicht bereit war, während Scholz noch zögerte, die Mehrheit im Sekretariat dies aber schon befürwortete. Die Speerspitze des MfS für dieses Ziel war Stefan Zagrodnik. Er versuchte, auch noch die letzten Reste von Bemühungen der DBD, einen spezifischen Charakter der DBD-Agrarpolitik zu wahren, zu beseitigen. Fatalerweise besaß Zagrodnik zu dieser Zeit das Vertrauen Goldenbaums. Das MfS betrieb einen gezielten Personalaustausch in der Abteilung, beauftragte Zagrodnik einen neuen Struktur- und Aufgabenplan zu erstellen und die Kontakte zwischen dem MLF und der Agrarabteilung der DBD abzuriegeln[341]. Dank dieser Konstellation erreichte die SED schließlich die Umwandlung in eine Abteilung Produktionspropaganda.

Das zweite Beispiel endete tragisch: Otto Keuthe, Parteivorstands- und von 1949 bis 1953 Sekretariatsmitglied, arbeitete im Referat für gesamtdeutsche Arbeit. Ende der fünfziger Jahre war er im Archiv des Parteivorstandes tätig und hatte dabei die Gelegenheit zu intensiver Lektüre westdeutscher Zeitungen, die er jahrelang für die Westarbeit der Partei und für Goldenbaum ausgewertet hatte. Offensichtlich äußerte er auch Kritik an den Disziplinierungspraktiken der DBD, wie sie im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Abteilung Agrarpolitik an Fritz Nixdorf und anderen Funktionären angewandt worden waren. Im Jahr 1961 geriet Keuthe daher massiv in die Schußlinie des MfS, das ein innerparteiliches Vorgehen gegen ihn geschickt einzufädeln wußte[342]. In der DBD versuchte

---

339 Zum Beispiel BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 106–108, HA V/3/II, Treffen am 17. 03. 1960.

340 BStU MfS AIM 392/83, I/1 Mundt, Bl. 63–66, HA V/3 Auskunftsbericht, 4. 10. 1961.

341 BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 116–180, Treffbericht 2. 12. 1960, 6. 12. 1961, 16. 1. 1962, 15. 3. 1962.

342 Siehe das Zusammenspiel von Schneeweiß und Zagrodnik, dessen Fäden das MfS zog. BStU MfS AIM 6457/63, Personalakte Schneeweiß, Bl. 36–39, Auskunftsbericht HA V/3, 26. 9. 1961: „Durch den GI erhielt das MfS eine exakte Übersicht über die sozialdemokratischen Auffassungen des Keuthe. Dadurch besteht die Möglichkeit, Keuthe mit dem Ziel seiner Isolierung und Entfernung aus dem Objekt zu bearbeiten." Ebd., Arbeitsvorgangsakte, Bd. 1, Bl. 129, Treffbericht, 28. 11. 1960; Bl. 146 f., Treffbericht, 28. 4. 1961: Er erhielt den Auftrag, den persönlichen Kontakt zu Keuthe auszubauen und ausführliche Berichte anzufertigen; Bl. 151, Treffbericht, 6. 5. 1961; Bl. 169, Treffbericht, 2. 6. 1961: „Der GI schätzt ein, daß noch nie eine so kritische Atmosphäre im Parteihaus bestand wie jetzt und vor allem den gegenseitigen Inschutznahmen von Hoffmann, Nixdorf und

man ihn zunächst davon abzubringen, sich weiterhin intensiv mit der Bundesrepublik zu befassen. Werner Schneeweiß redete Keuthe im Auftrag des MfS ein, daß er aufgrund seines Gesundheitszustandes seine Arbeit aufgeben sollte. Schließlich konstruierten Schneeweiß und Zagrodnik gegen Keuthe den Vorwurf, er hänge dem „Sozialdemokratismus" an[343]. Als die Parteiführung diese Beschuldigung als erwiesen ansah, entschloß man sich dazu, Keuthe mitzuteilen, daß er aus dem Parteivorstand – eine Mitgliedschaft dort diente durchaus als „Schutzbastion" gegen weitere disziplinarische Schritte – zurückgezogen werde[344]. Keuthe, der dem Aufbruchselan der Partei in den beginnenden fünfziger Jahre nachhing, war vermutlich so enttäuscht und verzweifelt über diese Wende in seinem Leben, die er als Scheitern interpretierte, daß er sich kurz darauf das Leben nahm. Rudimentäre Ansätze von Selbstvorwürfen im Sekretariat verflüchtigten sich schnell. Schließlich erachtete man Keuthes Familie sogar für unwürdig, von einem Sekretär kondolierend besucht zu werden, weil sich letztlich auch sie auf der Linie des „Sozialdemokratismus" bewegen würde[345].

Typologie der Inoffiziellen Mitarbeiter

Bei der Untersuchung der Kontakte zwischen MfS und DBD konnten insgesamt 32 Inoffizielle Mitarbeiter nachgewiesen werden[346]. Die Recherchen konzentrierten sich auf den Personenkreis des Berliner Parteivorstandsapparates im Untersuchungszeitraum. Wie aus der beiläufigen Nennung vieler weiterer Decknamen in den Akten ersichtlich ist, war eine ganze Reihe weiterer IM im zentralen Parteiapparat beschäftigt[347]. Da Waltraud Mundt offenbar als einzige weibliche Sachbearbeiterin mit politischen Aufgaben befaßt war, sind die häufiger mit Decknamen erwähnten weiblichen IM vor allem unter den Sekretärinnen zu suchen.

---

der Gruhn der Todesstoß versetzt worden sei." BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 173–176, Treffbericht 16. 1. 1962, er habe schon mit Goldenbaum über die Entfernung Keuthes gesprochen.

343 BStU MfS AIM 6457/63, Personalakte Schneeweiß, Bl. 43–45, Aktennotiz für Kaderleiter Rietz, 27. 9. 1961.

344 BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 116–119, Treffbericht, 2. 12. 1960.

345 BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 99, Bericht GI „Detlef" (= Schneeweiß) zur Haltung von Rietz im Fall Keuthe, 1. 12. 1961. Rietz sehe keinen Anlaß, sich Vorwürfe zu machen, da die Familie die gleiche Linie wie Keuthe vertrete. Unmittelbar nach dem Selbstmord hatte sich Rietz noch anders verhalten: BStU MfS AIM 6457/63, Arbeitsvorgang Schneeweiß, Bd. 1, Bl. 206f., Treffbericht, 30. 11. 1961: Aussprache des Sekretariates mit Keuthe am 16. 11. 1961. Der GI meinte nun, daß Rietz schockiert war und herauskehren wolle, daß die Aussprache kein Grund für den Selbstmord war. Auch Goldenbaum scheint zwar anfangs Skrupel gehabt zu haben, die jedoch bald verflogen: BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 169–172, Treffbericht 6. 12. 1961: Als man Keuthe sagte, er solle aus dem PV entfernt werden, sei er ins Wasser gegangen. Nur Goldenbaum habe zu bedenken gegeben, ob das richtig gewesen sei. Dann aber habe der Ärger über das Verhalten der Familie überwogen.

346 Bei einer ursprünglichen eingereichten Personenliste von rund 60 Namen.

347 Beispielsweise die IM „Amsel", „Elfriede", „Irmgard", „Paul".

Dies wirft die Frage auf, nach welchen Kriterien das MfS Anwerbungen ins Auge faßte. Der Staatssicherheitsdienst versuchte, wie gesehen, Schlüsselpositionen mit Hilfe Inoffizieller Mitarbeiter „abzusichern". Dazu gehörte die Organisationsabteilung, die wesentliche Probleme der Partei erschloß, und vor allem unter ideologischen Gesichtspunkten als sensibel eingestufte Abteilungen wie Kader, Schulung[348] und Presse[349]. Die jeweiligen Abteilungsleiter, ihre Stellvertreter, aber auch niederrangigere Funktionäre, die brauchbare Kenntnisse zu mehreren Abteilungen besaßen, waren daher potentielle Kandidaten für das MfS. Verfügte der Staatssicherheitsdienst bereits über gute offizielle Verbindungen, so erübrigte sich oftmals die Anwerbung Inoffizieller Mitarbeiter. Dies trifft etwa für den Rostokker Organisationssekretär Ernst Mecklenburg zu, der seine Anbiederung an die SED und das MfS so weit trieb, daß ihm der Parteivorstand begründet vorwerfen konnte, elementare Prinzipien sozialistischer Bündnispolitik zu mißachten[350]. Gleiches galt für die späteren Bezirksvorsitzenden Werner Mitzscherling in Dresden und Rudi Werner in Karl-Marx-Stadt, deren inoffizielle Kontakte bald zu offiziellen umgewandelt wurden[351]. Die drei waren in die inoffizielle Tätigkeit ihrer Mitarbeiter zumindest teilweise eingeweiht.

Besonders gute Chancen rechnete sich das MfS bei Personen aus, die mit der DBD in Konflikt geraten waren[352], sich ungerecht behandelt fühlten[353] oder einen Anlaß hatten, ihre Loyalität zu beweisen[354]. Dietrich Besler und Ernst-Walter Beer gerieten während ihrer Verpflichtungszeit innerhalb der Partei ins Abseits. Beer verließ 1956 die DBD; er hatte bis zum Beweis des Gegenteils hartnäckig geleugnet, Mitglied der sudetendeutschen Henleinpartei und zeitweise Wächter in einem NS-Lager gewesen zu sein. Jahrelang hatte er mehrfache Offenbarungsan-

---

[348] Besonders ernüchternd ist die IM-Häufung an der zentralen Parteischule der DBD, die in den sechziger und siebziger Jahren nochmals erheblich anschwoll. Siehe dazu BStU ASt Pdm. AIM 556/65, I Melz, BStU ASt Pdm. AIM 556/65, 1 Arbeitsvorgang Melz, IM „Marthan", „Helmut", „Renz".

[349] Paradebeispiele für die Absicherung der Presseabteilungen sind Helmschrott, Chefredakteur des „Bauern-Echo", Schneeweiß, der u. a. zur Absicherung der Funktionärszeitschrift „Der Pflüger" eingesetzt wurde und Christalle im BV Schwerin.

[350] BStU ASt Rst. AIM 186/63, Bd. 1/II Arbeitsvorgang Binder, Bl. 41, Treffbericht, 4. 11. 1960. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 110–115, Treffbericht, 26. 11. 1960.

[351] Zu Werner: ebd., Personalakte Zagrodnik, Bl. 29, Bericht BV MfS Karl-Marx-Stadt, 14. 10. 1958; zu Mitzscherling: BStU MfS AIM 377/69, Bd. I, Personalakte Mitzscherling, Bl. 85, Anwerbungsbericht, 21. 4. 1953, Bl. 90, Verpflichtung zu GHI 1954.

[352] Z. B. Richard Richter, den man als „politisch zu schwach" vom Landesvorsitz in Sachsen-Anhalt ablöste.

[353] Beispielsweise Franz Pilarski. Ihn hatte die DBD im Laufe der Jahre auf immer unbedeutendere Posten abgeschoben, zuletzt in die Bibliothek der Parteischule in Borkheide. Pilarski kehrte 1959 in die SED zurück und startete eine Karriere als Sekretär der DSF an der Universität Greifswald, wo er als FIM tätig war. Nach 20 Dienstjahren für das MfS wurde er wie Helmschrott mit dem NVA-Orden in Gold ausgezeichnet. BStU ASt Rst. AIM 1897/86, I/I Pilarski, Bl. 19, Verpflichtung, 14. 3. 1958, Bl. 89, Verpflichtung als GHI, 27. 5. 1959; Bl. 155, Aktenvermerk der Kreisdienststelle Greifswald, 15. 5. 1980.

[354] Dies dürfte vermutlich auch bei Böhm eine Rolle gespielt haben. Seine verschwiegene NSDAP-Mitgliedschaft sickerte parallel zu seiner MfS-Verpflichtung im PV-Apparat durch.

gebote der DBD ausgeschlagen, statt dessen an seiner vermeintlich ungetrübten kommunistischen Vergangenheit festgehalten[355]. Bisher liegen keine Indizien dafür vor, daß beide aus der Parteiführung verdrängt wurden, weil man sie der Mitarbeit für das MfS verdächtigte.

Unter den ermittelten IM-Fällen überwiegen diejenigen, die auf der „Linie DBD" für die Hauptabteilung VI berichteten. Unter den wenigen nachgewiesenen IM, die auf der „Linie III" spionierten, ragt Leonhard Helmschrott als hochrangiger Funktionär hervor[356]. Auffälligerweise zählte keiner der im Laufe der Recherche bekanntgewordenen Informanten zum Typ der IM mit sogenannter „Feindberührung"[357].

Schließlich sind die ermittelten IM im Hinblick auf ihre Zusammenarbeit und ihr Verhalten gegenüber der Staatssicherheit typologisch zu unterscheiden. Allen gemeinsam ist, daß sie eine schriftliche Verpflichtungserklärung abgaben, in der sie Konspiration zusicherten und einen Decknamen wählten. Die IM lassen sich grob in drei Gruppen gliedern. Zur ersten Gruppe zählen diejenigen, die aufgrund politischer Überzeugung gewonnen wurden und den Akten zufolge stets unbedingt verläßlich ohne jegliche Vorbehalte mit dem MfS kooperierten. Sie zeichneten sich durch eine skrupellose Berichterstattung aus, die auch privateste Details der Bespitzelten nicht aussparte und nicht davor zurückschreckte, andere zu belasten. Ohne die Berichte hier im einzelnen ausbreiten zu wollen, sind Leonhard Helmschrott, Stefan Zagrodnik, Werner Schneeweiß, Gerhard Gaude, Ernst-Otto Christalle[358], Ernst-Walter Beer, Dietrich Besler, Hans Reichelt und Georg Böhm hier einzuordnen.

Daneben gab es zweitens eine Gruppe von „Arbeits-IM", die zwar ebenso rückhaltlos berichteten, aber wegen ihrer Aufgabenstellung, die vornehmlich

---

[355] BStU ASt Nbg. AIM 602/71, Personalakte Beer, Bl. 12f., Personalfragebogen. Abschrift 25. 08. 1950, Bl. 14–16, Lebenslauf 13. 09. 1950 [Abschrift von Abschrift]; Bl. 56–74 Geständnis Beers vor DBD, 8. 8. 1956; Bl. 95, Verpflichtungserklärung, 19. 12. 1956, von Kreisdienststelle Neubrandenburg als Fach-GI angeworben; Bl. 111, 2. 7. 1958 Vorschlag der Umregistrierung zu hauptamtl. GHI. Der GI sei bemüht, „einstige Fehler wieder gut zu machen".

[356] Beispielsweise BStU ASt Swn. AIM 127/94, I/I, II/4, Czymoniak; BStU ASt Swn. AGI 652/52, Huge; BStU MfS AIM 1305/69, Bögelsack, Bl. 25, Verpflichtungserklärung 5. 11. 1966; Bl. 109, Abschlußbericht Abt. XVIII, 25. 10. 1979. Zu beachten ist, daß für die Studie gezielt nach IM im Parteivorstand gesucht wurde. Außerdem sind die Geburtsdaten, die wiederum Voraussetzung für eine Recherche sind, von Kreisfunktionären, die zur Beobachtung der Agrarwirtschaft auf der Linie der HA III in Frage kamen, nicht systematisch zu ermitteln gewesen.

[357] Dieser Befund dürfte jedoch durch die Art der Stichprobe begründet sein; er fiele höchstwahrscheinlich anders aus, wählte man als Untersuchungsgegenstand jene als Problemfälle eingestuften Kreisverbände mit einem hohen Anteil an großbäuerlichen Mitgliedern oder Vertriebenen. An „Feindberührungen" dürfte es dann nicht fehlen. Wer es bis zu einer Beschäftigung im PV geschafft hatte, war hingegen in der Regel lange davor auf „Feindberührung" oder „Feindkontakte" überprüft worden, z. B. anläßlich der für einen Aufstieg notwendigen Parteischulbesuche.

[358] Christalle erhielt sogar eine Belohnung von 300, – DM für Mithilfe bei der „Liquidierung" des operativen Vorganges „Schmierfink". BStU ASt Swn. AIM 353/65, Bd. 1, Personalakte Christalle, Bl. 155–158, Beurteilung 11. 11. 1958.

durch konkrete, häufig sachbezogene Zuarbeit für das MfS geprägt war, jenseits des inneren Machtgerangels und kaderpolitischen Kalküls agierten. Zu diesem IM-Typ, der oftmals auch den Kontakt mit der Parteibasis und der Bevölkerung suchen sollte, sind folgende Personen zu rechnen: Erwin Binder, zum Zeitpunkt seiner Anwerbung 1960 Sekretär für Schulung und Aufklärung beim BV Rostock; er schrieb ellenlange Stimmungsberichte über die Landbevölkerung; Ernst-Otto Christalle in seiner Tätigkeit als Propagandajournalist der Kollektivierung, Franz Pilarski, der als FIM seinerseits Informanten an der Universität Greifswald führte und Josef Czymoniak, der Kernbereiche der Sozialisierung wie MTS und LPG für den Staatssicherheitsdienst ausspionierte.

Eine dritte Gruppe von IM zeichnete sich durch offen zur Schau getragene Distanz zu ihrer Verpflichtung oder zu den Aufträgen des MfS aus. Diese Haltung ist meist nicht von vornherein zu beobachten, sie bildete sich vielmehr erst im Laufe der Zeit, in individuell bestimmten Abstufungen heraus. Zu dieser Gruppe zählen Hans Joachim Friedländer, Karl Grambow und Alois Melz, zeitweise auch Hermann Gräfe und als Sonderfall der Generalsekretär Berthold Rose.

Friedländer war anfangs durchaus zur Zusammenarbeit bereit und erntete für seine freimütige Berichterstattung entsprechend positive Beurteilungen seines Führungsoffiziers. Allerdings mißachtete er die Regeln der Konspiration und empfing den Führungsoffizier häufig demonstrativ in Anwesenheit seiner Sekretärin oder anderer Mitarbeiter des Schweriner Bezirkssekretariates. Ab 1957 versäumte er Trefftermine häufig mit der nachgeschobenen Begründung zeitlicher Arbeitsbelastung. Seine schriftlichen Berichte boten vornehmlich Einblick in die organisatorischen Probleme der DBD, sie informierten indes kaum über „Republikfeinde". Zwar schrieb Friedländer über anhängige Gerichtsverfahren gegen Bauern und Parteimitglieder. In diesen Fällen war allerdings bereits ein Stadium justiziellen Vorgehens erreicht, das nahelegte, daß das MfS ohnehin informiert und eventuell in den Fall involviert war oder auch in der Presse darüber berichtet wurde[359]; Friedländer denunzierte keine in ihrer Pflichtablieferung säumigen Bauern. Letztlich dürfte er stärker als das MfS von diesem Kontakt profitiert haben, denn er erreichte damit die Erlaubnis, regelmäßig seine Eltern in der Bundesrepublik besuchen zu dürfen, bzw. zu deren Reisen nach Schwerin[360]. Außerdem schützte ihn die Verpflichtung vor Denunziationen von Neidern, wie z.B. von Ernst-Walter Beer. Im Jahr 1964 verweigerte er die weitere Zusammenarbeit und

[359] Vgl. z.B. BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Arbeitsvorgang Friedländer, Bl. 12, Bericht, 3. 3. 1954, Bl. 17, Treffbericht, 19. 3. 1954: er informierte u.a. über „feindliche Elemente" in der LPG Mestlin; Bl. 28, Bericht, 9. 5. 1954 über „Republikflüchtige". Zur Strafjustiz als Hebel der Umwälzung auf dem Land siehe Werkentin, Strafjustiz, S. 73–112.

[360] Der Staatssicherheitsdienst verband damit anfangs die Hoffnung, einen Verwandten Friedländers bei der Lufthansa ausspionieren oder eventuell anwerben zu können. BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Arbeitsvorgang Friedländer, Bl. 146, Treffbericht, 23. 5. 1956. Negative Äußerungen über ihn von IM „Mai" (= Beer), dem einstigen Landesvorsitzenden in Mecklenburg, und IM „Bernd" (= Helmschrott) blieben ohne erkennbare Folgen für ihn. Ebd., Personalakte, Bl. 61 f., [Abschrift einer Abschrift], Quelle „Mai", 4. 1. 1961; ebd., Bl. 75, Einschätzung durch IM „Bernd", 20. 12. 1962.

berief sich auf die Rückendeckung von Bernhard Quandt, dem einflußreichen Schweriner Bezirkssekretär der SED[361].

Heinrich Huge hatte nach seiner Anwerbung nur einen einzigen Bericht verfaßt. Karl Grambow geriet allmählich selbst in die Fänge des MfS. Der Staatssicherheitsdienst charakterisierte ihn als „ängstlich" und bemängelte seine Art, über niemanden etwas Negatives berichten zu wollen. Sogar offizielle Parteiberichte würde er noch so redigieren, daß negative Eigenschaften der Mitarbeiter verharmlost würden. Da das MfS im Schweriner Sekretariat beispielsweise in Ernst-Otto Christalle einen skrupelloseren Partner fand, konnte man auf Grambows Tätigkeit verzichten. Wie bei Friedländer und Grambow ist auch bei Melz zu sehen, daß er weder über „feindliche" Personen berichtete noch über seine Kollegen, den Lehrern an der Parteischule, aussagekräftige Mitteilungen weitergab[362]. Hermann Gräfe, der in der Partei aus privaten Gründen, aber auch wegen seines autoritären Führungsstils unter heftigen Beschuß geraten und als Bezirksvorsitzender abgelöst worden war[363], untersagte seinen Mitarbeitern 1958 offenbar den Gang zu den „inoffiziellen" Treffpunkten mit dem MfS. Ein Ermittlungsbericht des MfS Magdeburg hielt fest: „Auf Hinweise der Mitarbeiter des MfS, seinen Mitarbeitern XY keinen Grund zum Gerede zu geben, ‚beantwortete' [sic] er folgendermaßen: In einem Gespräch mit mehreren Mitarbeitern schrie er diese an: ‚Schluß mit der Geheimniskrämerei – von wegen in die Stadt laufen und so. – Nichts mehr durch die kalte Küche. Wer von uns was will, soll herkommen. Sonst gibt es nichts mehr. Von der Stasi werden nur die Funktionäre bespitzelt' "[364].

Dieses renitente Verhalten dürfte seine Ablösung als Bezirksvorsitzender beschleunigt haben. Als „gefallenes" Mitglied der DBD ging er 1961 eine erneute Verpflichtung ein, verweigerte später jedoch die Umgruppierung zu einem Geheimen Hauptinformator[365].

Einen Sonderfall stellte die inoffizielle Tätigkeit des Generalsekretärs Rose dar. Auch er informierte ausführlich über seine Kollegen, über Parteiinterna und Aktivitäten des „Klassengegners" in der DBD. Dennoch trägt Roses Tätigkeit für das MfS deutliche Züge dafür, daß es ihm daneben um die Wahrung der Interessen der DBD insgesamt, nicht nur um seine eigenen ging. Er benutzte seine Kontakte zum MfS nachweislich dazu, die Besetzung staatlicher Ämter und Funktionen durch die DBD zu protegieren, in einem ermittelten Fall auch gegen die VdgB[366].

---

[361] Ebd., Bl. 76f., Abt. XVIII, Major Brückner Schwerin, Beschluß auf Einstellen des IM-Vorganges, 28. 5. 1964.

[362] BStU ASt Pdm. AIM 556/65, I Melz, z.B. Bl. 82, Bericht, 4. 2. 1956, Bl. 93, 8. 10. 1954.

[363] ACDP VI-052–0538, Protokoll der Sekretariatssitzungen, 27. 10., 10. 11., 17. 11. und 24. 12. 1958.

[364] BStU ASt Hle. AIM 1759/69, Personalakte Gräfe, Bl. 28–30, BV MfS Magdeburg an Kreisdienststelle Weißenfels, 27. 5. 1961, Ermittlungsauftrag zu Gräfe.

[365] Ebd., Bl. 24, erneute Verpflichtung am 28. 6. 1961; Bl. 56, Bericht Kreisdienststelle Weißenfels, 14. 2. 1969.

[366] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 38, Abt. VI, 29. 4. 1952.

Wenige Beispiele konnten dafür ermittelt werden, daß jemand die Verpflichtung schlichtweg ablehnte[367]: Bei Edgar Strümpfel, dem daraus keinerlei Nachteil erwuchs, liegt der Verdacht nahe, daß er als ehemaliger Antifa-Schüler und Organisationsleiter im Landessekretariat Thüringen bereits in sowjetischen Diensten stand[368]. Günter Stübchen, 1955 zweiter Bezirksvorsitzender in Erfurt und Vorsitzender einer LPG in Bad Langensalza, lehnte eine Verpflichtung ab, die darauf zielte, ihn auf den ehemaligen Minister Wilhelm Schröder anzusetzen. Offenbar entstanden ihm dadurch keine negativen Folgen. Allerdings versicherte er dem Staatssicherheitsdienst gleichzeitig, Mitteilung zu machen, wenn ihm „etwas" bekannt werde[369]. Für die Zeit bis Ende der fünfziger Jahre ist jedoch zu konstatieren, daß die Karrierechancen mittlerer und höherer Funktionäre in erheblichem Maße durch Verpflichtungserklärungen beeinflußt wurden.

Resümierend bleibt zu fragen, wie die DBD unter dem Eindruck ständiger Überwachung mit dem Problem MfS umging. Innerhalb des Führungstrios, Goldenbaum, Scholz und Rose, sind bei aller gegenseitigen Rivalität eindeutige Indizien festzustellen, die verdeckte Einflußnahme des MfS in der Partei zu begrenzen. Hingegen pflegte man die offiziellen Kontakte, die man für berechenbarer hielt. Diesen Rückschluß stützt auch die teilweise im Schweriner Sekretariat praktizierte Art, inoffizielle Tätigkeit „öffentlich" zu machen (Friedländer), oder die ablehnende Haltung Günter Stübchens im thüringischen Erfurt. Bei der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit spielte mitunter auch die Überlegung eine Rolle, durch die eigene Verpflichtung den Kontakt zum MfS kontrollieren zu können, auch um abzuwenden, daß andere, möglicherweise auskunftsfreudigere IM angeworben würden. Während sich Rose zur inoffiziellen Mitarbeit verpflichtet hatte, kritisierte er gleichzeitig die Schwatzhaftigkeit Wilhelm Densdorfs gegenüber dem ZK, so seine Unterstellung. Rose konnte nicht wissen, daß Densdorf auch in den Diensten des MfS stand und die Informationen über diesen Weg ebenfalls in das ZK gelangen konnten. Der Wunsch, das MfS auf Distanz zu halten, ist auch an der Bestürzung Roses darüber abzulesen, daß es nun schon an der Basis in den Kreisverbänden agierte. Auch in Goldenbaums Verhalten finden sich Anhaltspunkte dafür, durch gezielte Kaderpolitik potentielle inoffizielle Mitarbeiter aus seinem persönlichen Freundeskreis fernzuhalten[370]. Die Berliner Führungs-

[367] Dies ist jedoch auch auf die Benutzungspraxis des BStU in der Vorlage von Akten zurückzuführen. Denn in der Regel werden nur tatsächlich abgeschlossene Verpflichtungsvorgänge zur Einsicht vorgelegt, Vorläufe vorher ausgesondert.

[368] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 124; genauere biographische Angaben SAPMO DY 30/ vorl. SED 4073. 1959 war er anläßlich einer Reise nach Westdeutschland verhaftet worden.

[369] BStU ASt Erf. AOP 220/54, Schröder, Bl. 89, Bericht der Abt. V/3 in Zusammenhang mit der Ermittlung gegen Schröder, 27. 10. 1954. Offenbar war bei Stübchen das ausschlaggebende Motiv, nicht die eigenen Parteikollegen bespitzeln zu müssen. Er ist nicht zu verwechseln mit Manfred Stübchen, der in den 50er Jahren im Parteivorstandsapparat arbeitete und von 1968 bis 1989 Bezirksvorsitzender in Gera war. Reichelt, Blockflöte, S. 379.

[370] Er wandte sich z. B. strikt dagegen, seinen engen Freund Hans Günther zum Chef der Presseabteilung zu machen, eventuell weil er befürchten mußte, daß ein enger Vertrauter dadurch Gefahr lief, vom MfS angeworben zu werden. Der Inhalt von Goldenbaums AP-

spitze kritisierte Kurt Burkhardt, der im Jahr 1960 zum Sekretär aufstieg und mit Belangen der Hauptabteilung Organisation befaßt war, sehr scharf, weil er das ZK eigenmächtig informiert hatte[371]. Der Fall Dietrich Besler ist unter diesem Gesichtspunkt insofern erheblich, als er gegenüber dem MfS zugab, die interne Lage der DBD absichtlich nur „in groben Zügen" geschildert zu haben. Er befürchtete, seine Berichte könnten an das ZK gelangen und er via DBD-Kontakte dorthin als MfS-Spitzel in der DBD „entlarvt" werden. Dann sei er für die DBD ein „toter Mann"[372].

Das Vorgehen des MfS war dem ZK, sprich seit 1958, in Kaderangelegenheiten aufs engste mit Matern und der Arbeitsgruppe BO verflochten und hatte folgende Nachwirkungen: Die ältere Führungsmannschaft im Parteivorstand und im Sekretariat, die in die Gründung involviert oder bis 1950 zur Partei gestoßen und die trotz aller politischen Nähe zur SED doch auf die Eigenständigkeit der DBD bedacht war, geriet in arge Bedrängnis. Altgediente Funktionäre wie Erwin Körber mußten landwirtschaftliche Ausbildungen nachholen, die Qualifikation als Parteifunktionär allein reichte nicht mehr aus; Körber konnte nur knapp den diversen Versuchen entgehen, ihn als Organisationsleiter, dann in Vertretung für Rietz als Kaderleiter abzulösen[373]. Er legte schließlich eine Prüfung als staatlich geprüfter Landwirt ab. Gleichzeitig zog eine neue jüngere, politisch wie fachlich geschulte Führungselite in den Parteivorstand und seinen Apparat ein.

Eine Reihe von Inoffiziellen Mitarbeitern machte im Staatsdienst Karriere. Obgleich es schwierig ist, zweifelsfrei zu klären, inwiefern die inoffizielle Tätigkeit dafür eine notwendige oder nur zusätzliche Voraussetzung war, dürfte sie in jedem Fall den Aufstieg mehr begünstigt als behindert haben. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sehr viele inoffizielle Mitarbeiter in Parteipositionen gelangten, die dann wiederum offizielle Gespräche mit der Staatssicherheit mit sich brachten. Willi Grandetzka, von 1959 bis 1964 in den Diensten des MfS, wurde 1971[374] und

---

Akte legt den Schluß nahe, daß ihm dies in Ansätzen gelungen ist, da die Akte hauptsächlich aus Berichten von Mitarbeitern des PV-Apparates und nicht von Freunden besteht. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 116–119, Treffbericht, 2. 12. 1960.

371 BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 118–120, Treffen am 29. 6. 1960.

372 BStU MfS AIM 3562/59, Arbeitsvorgang Besler, Bd. 1 Bl. 124–126, 27. 8. 1955. Besler ergänzte, daß er angesichts der Vorwürfe aus der DBD nur noch aus der Partei herauswolle.

373 BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 33–41 Treffen am 8. 9. 1959; Bl. 110–113, Treffen am 30. 3. 1960, Bl. 111, der IM schlug folgende Umbesetzungen vor: Zagrodnik zu Abt. Schulung und Vorsitz im Parteischiedsgericht, Burkhardt in Abt. Organisation, Körber, bisher hauptverantwortlich für Abt. Organisation, sei lt. Rietz zu schwach. Zur engen Zusammenarbeit zwischen MfS und dem ZK in Kaderfragen siehe auch ebd., Bl. 118–120, Treffen am 29. 6. 1960, Maßnahmen des MfS: „Die im Material Rose festgelegten Maßnahmen realisieren." „Über das Auftreten des Hoffmann und Körber das ZK informieren", (Bl. 120); Bl. 123 f., Treffen am 3. 11. 1961: Maßnahmen: Informationen über Körber an ZK weiterleiten.

374 BStU ASt Erf. AIM 1588/64, Personalakte Grandetzka, Bl. 27, Verpflichtung, 15. 9. 1959, Bl. 45, zu dieser Zeit als Organisationssekretär im BV Erfurt beschäftigt. Beschluß auf Einstellung, BV MfS Erfurt, Diensteinheit XX/6, 18. 7. 1964; da er zum hauptamtlichen

der Träger der NVA-Medaille in Gold, Leonhard Helmschrott, wurde 1986 Mitglied des Staatsrates[375]. Michael Koplanski war bis April 1989 IM und vertrat die DBD zusammen mit Georg Böhm und Gunther Maleuda bei den Gesprächen am sogenannten Runden Tisch[376]. Böhm, wegen einer an sich harmlosen, aber verschwiegenen nationalsozialistischen Vergangenheit unter Druck geraten, stand ab Ende 1958 für kurze Zeit in inoffiziellen Diensten und war von Juni bis Oktober 1990 ausgerechnet stellvertretender Sekretär der Regierungskommission zur Auflösung des MfS[377].

Im Vorfeld der Annäherung der DBD an die CDU 1989/90 gaben viele inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit – vielleicht wohlweislich – ihre Parteiämter auf, so Erwin Binder[378], Werner Mitzscherling und Hans Reichelt[379]. Hingegen wurde Koplanski erst auf dem außerordentlichen Parteitag der DBD am 27./28. Januar 1990 aus allen Parteigremien abgewählt[380]. Auch Werner Titel machte Karriere. Er wurde im Juli 1967 einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und hatte 1971 mit dem Ressort Umwelt und Wasserwirtschaft den einzigen Ministerposten der DBD inne[381]. Stephan Zagrodnik avancierte 1966 zum Mitglied des Rates für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und leitete das Parteischiedsgericht der DBD[382].

Bezirksvorsitzenden gewählt wurde, halte man nun offiziellen Kontakt zu ihm. Er sei bereit gewesen, über alle „negativen Erscheinungen" in der DBD zu berichten.

375 BStU MfS AIM 357/88, Personalakte Helmschrott, Bl. 12, Verpflichtungserklärung, 31. 10. 1950; diese Auszeichnung, für die er schon 1975 vorgeschlagen worden war, wurde am 7. 10. 1986 von Mielke gewährt, Bl. 152, 196, 198. Der Abschlußbericht vom 19. 11. 1987 hielt fest, daß er jetzt Staatsratsmitglied sei. Seine Berichte hätten einen hohen sicherheitspolitischen Wert, er habe mit zur „Stabilität der politischen Führung im Parteivorstand beigetragen". Er sei in den sechziger und siebziger Jahren zur Erarbeitung von Informationen über die Beziehungen zur Zentrumspartei in Finnland und zur Bauernpartei in der VR Bulgarien und VR Polen eingesetzt gewesen, ebd., Bl. 201–203.

376 BStU AIM 11947/89, Personalakte Koplanski, vom 5. 5. 1959 bis 19. 4. 1989 verpflichtet. Reichelt, Blockflöte, S. 356.

377 BStU AIM 927/60, Arbeitsvorgang Böhm, Bericht über Anwerbung am 3. 10. 1958, Bl. 9. Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 260. Siehe auch Hinweis auf Böhms Mitautorenschaft im Vorwort von Gill/Schröter, Ministerium, S. 12.

378 Binder war von 1987 bis 1989 Mitglied des Präsidiums der Volkskammer, Barth u. a., DDR, S. 242.

379 Reichelt, Blockflöte, S. 273, 275.

380 Ebd., S. 271, 279. Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 1095. Koplanski blieb bis zur Fusion mit der CDU im September 1990 HA-Leiter im PV der DBD, anschließend hauptamtlicher Mitarbeiter der Land-Union der CDU; im Februar 1991 trat er aus der CDU aus.

381 Reichelt, Blockflöte, S. 354, 356. Siehe zu ihm auch SAPMO DY 30/vorl. SED 4072, Mückenberger, SED BL Frankfurt/Oder am 9. 6. 1966 an Köhler, AG BO; dazu auch SAPMO DY 30/vorl. SED 4073. Barth u. a. (Hg.), DDR, S. 2002.

382 Ebd., S. 2199.

V. Im „Zick-Zack" zum Sozialismus? Die DBD und die agrarpolitische und agrarsoziale Entwicklung von Ende 1948 bis 1952

Eine Analyse ausgewählter agrarpolitischer und -sozialer Vorgänge von 1948 bis 1952 unter dem Blickwinkel der Rolle der DBD lohnt aus verschiedenen Gründen. Denn im Einzugsbereich der DBD sammelten sich agrarische und soziale Problemkonstellationen der ländlichen Gesellschaft wie in einem Brennglas. Bis 1950 integrierte ihre Mitgliederbasis im Prinzip alle Gruppen bäuerlicher Bevölkerung und darüber hinaus auch weitere Teile der Dorfbewohner jenseits der klassenkämpferisch vorgegebenen Trennlinien unter der Bauernschaft[1]. Obgleich sich die Mitglieder der DBD wie die der SED durch eine „fortschrittliche" Gesinnung auszeichnen sollten, wurden den DBD-Kollegen im Unterschied zu den bäuerlichen SED-Genossen bewußt Freiräume zugebilligt. So erleichterte es die Verankerung im Dorf, daß bei der Parteiaufnahme keine Angaben zur Konfession erhoben wurden; auch eine Mitgliedschaft in der NSDAP wurde hierzu in den Jahren 1948/49 nicht systematisch erfragt. Einer sorgfältigen Überprüfung wurden in der Regel erst jene unterzogen, die parteiintern durch die Übernahme von Funktionen aufstiegen oder eine Parteischule besuchten. Obwohl der Anleitungsapparat der SED bis 1952 erhebliche Lücken aufwies, befand sich die DBD in einer prinzipiellen Abhängigkeit. Außerdem hatte sie seit der Staatsgründung Regierungsverantwortung übernommen. Eine ganze Reihe von Maßnahmen der staatlichen Exekutive wurde im DBD-geleiteten Ministerium für Land- und Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft (MLF) in Abstimmung mit der SED-Landwirtschaftsabteilung ausgearbeitet und war von der Regierung durchzuführen, selbst wenn die DBD an der eigentlichen Konzeption unbeteiligt war. Die eingeschlagene Agrarpolitik mußte sie jedoch auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedern verantworten.

1. Sowjetische Kursbestimmung im Dezember 1948

Während der zweiwöchigen Reise der SED-Führungsspitze im Dezember 1948 nach Moskau, die der Koordinierung der für Anfang 1949 angesetzten 1. Parteikonferenz der SED diente, erfolgten ganz grundsätzliche Festlegungen zum agrarpolitischen Kurs. Im Grunde lesen sich Piecks Aufzeichnungen wie eine Handlungsanleitung für das agrarpolitische Vorgehen bis 1951. Pieck notierte nach der Besprechung, aber offenbar noch in Moskau und damit in zeitlicher

[1] Siehe dazu Tabellen 7 und 10 im Anhang.

Nähe zu den von Stalin angeordneten Kurskorrekturen folgendes zur landwirtschaftlichen Lage:

„Gesetz nicht bearb. Boden wird eingezogen
Gesetz über Landarbeiter Lage
Widersprüche zwischen *Arb.tag*
Landarb. u. Großbauern
Gesetz Masch.Stationen staatlich
von VdgB abkaufen
Keine Enteignung, noch zu früh
in SU 1925/27
Vorstufe zu Kollektivisierung
noch keine Volksdemokratie
nicht gegen Gruppen von Besitzern vorgehen –
nur gegen einzelne, wenn diese Sabotage
durch ökonomische Mittel regulieren [...]
Vertrag statt Kontrolle
nicht direkte Eingriffe, sondern Zickzack
[...]
Lage nicht gleich
wie VD [Volksdemokratien]
noch kein einheitl. Staat
stehen nicht vor der Macht
Einheit Frieden
Preissenkung Erhöhung Löhne
Ernährung verbessern [...]
Nicht auf Plan pochen, differenzieren [...]
Ablieferungssystem elastisch
Kleinbauern begünstigen
Maschinen-Stationen verstaatlichen
zu pol. Zentren machen – wie SU 1926/27
Landwirtsch. Genossensch. säubern"[2].

Stalin schärfte der SED-Führung ein, daß sich die SBZ noch nicht im Stadium einer Volksdemokratie befinde[3]. Daher lehnte er eine offene Enteignungspolitik insgesamt, also auch in der Landwirtschaft, ab. Diese Kernaussage übermittelte Pieck zwar dem Zentralsekretariat, allerdings blieb er seinen Aufzeichnungen zufolge bezüglich der Landwirtschaft in einigen Punkten unpräzise. So unterschlug er Stalins Vergleich mit der Entwicklung in der Sowjetunion, demzufolge sich die SBZ in einem Stadium deutlich vor der Kollektivierung befinde, und er führte statt Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) den Begriff Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) ein – so hieß die sowjetische Variante – die als politische Zentren auszubauen seien[4]. Im Hinblick auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Eigentumsformen häuften sich in der SED – besonders in der SED-gesteuerten VdgB – ab Oktober 1948 Indizien für ein aktives Vorantreiben jener agrarpolitischen Elemente, die als Keimzellen des Agrarsozialismus angesehen wurden. So hielten offenbar vor allem die VdgB-Funktionäre den „Klassenkampf" auf dem Land nicht nur verbal für ausgebrochen[5], sondern sie traten ihrerseits für die Bildung von „Produktivgenossenschaften" ein und hatten sogar schon Vorbereitungen dafür getroffen. Da es auch Hinweise für sowjetische Überlegungen zu einer landwirtschaftlichen Sozialisierung 1948 in der SBZ gibt, kann man davon ausgehen, daß die verantwortlichen SED-Funktionäre bis zu Stalins Schelte nicht im Alleingang handelten, sondern durchaus mit Rückendeckung zumindest von Teilen der SMAD[6].

---

[2] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Besprechung am 18. 12. 1948, S. 259–263, Zitat S. 260f., eckige Klammern von Verfasserin, andere Hervorhebungen lt. Edition.

[3] Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 145–148; Staritz, SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus", S. 691 f.

[4] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Notizen Piecks vom 27. 12. 1948 für den Bericht über die Besprechung vom 18. 12. 1948 vor dem ZS der SED, S. 265–274, hier S. 268.

[5] So auch Naimark, Russen, S. 209.

[6] Ebd., S. 207f. Ein Schreiben Korbuts, 1948 Chef der Abt. für Land- und Forstwirtschaft

Besonders Kurt Vieweg, seit August 1947 Generalsekretär der VdgB, machte sich für die Übernahme agrarpolitischer Modelle stark, wie sie in der benachbarten Volksdemokratie Polen seit Sommer 1948 praktiziert wurden[7]. Als Ergebnis eines Besuchs in Polen brachte er ein Programm mit, das neben der Einrichtung von „Produktivgenossenschaften" auch ein ausgeklügeltes Vorgehen gegen sogenannte „Großbauern" umfaßte, also gegen jene Gruppe, die nach marxistischer Ideologie den „Klassenkampf" gegen den Sozialismus anfachte und daher zu bekämpfen war[8]. Im Landkreis Dresden waren die Planungen für die Errichtung von vier solchen „Produktivgenossenschaften" auf 15000 ha ehemaligem Stiftsgutsbesitz – offensichtlich in Absprache mit Vieweg – bereits fortgeschritten. Trotz gewisser Anklänge an eine gemeinwirtschaftliche Nutzung[9], wie sie im Zusammenhang mit der Bodenreform 1945/46 betrieben wurde, zielten diese Vorhaben auf eine Aufteilung der Ländereien in je Sieben-Hektar-Parzellen an Landarbeiter und „politisch ausgesuchte Umsiedler", die das Land dann jedoch gemeinschaftlich bewirtschaften sollten[10]. Vieweg drängte im SED-Agrarapparat auf eine Umsetzung der in Polen inspizierten Vorgehensweisen in der Agrarpolitik[11]. Die im Zuge der Transformation der SED 1948 mit besonderem Einfluß versehenen Betriebsgruppen, hier jene der HVLF, dienten auch der Disziplinierung von Abweichlern. Der altgediente SED-Agrarfunktionär Edwin Hoernle, der gegen diese Radikalisierung offenbar Vorbehalte hegte, wurde vor der SED-Betriebsgruppe der HVLF im Oktober zur Rechenschaft gezogen, verlor daraufhin an Einfluß und gab die Leitung der Hauptverwaltung 1949 ab[12].

Das legt den Schluß nahe, daß führende Vertreter der VdgB, namentlich Vieweg, und die SED-Spitze beabsichtigten, die schon seit dem Frühjahr 1948 intern diskutierten Attacken gegen die „Großbauern"[13] im Herbst 1948 in eine Politik

---

der SMAD, an Semjonow vom 17. 9. 1948 forderte, daß man die Kominform-Resolution zu Jugoslawien und die Resolution der polnischen Arbeiterpartei PPR als Inspiration prüfen solle. Hingegen wurden in die DBD eingetretene SED-Politiker im Juli 1948 für diese Bezugnahme kritisiert; Bonwetsch u.a. (Hg.), Politik, S. 167f.

[7] Zur Kollektivierung in Polen seit Sommer 1948: Jarosz, Polityka, S. 54–89, Fejtö, Geschichte, Bd. 1, S. 360–382; Mrowka, Bodenreform, S. 240ff. Zu SMAD-Kontakten Viewegs im Oktober 1948: Scholz, Bauernopfer, S. 76.

[8] BA DC-15/737, Bl. 399–415, Bericht über eine Reise Viewegs nach Polen, am 6. 12. 1948 an Rau, Bl. 414f. Vorschläge, die in der SBZ „trotz der anders gearteten Bedingungen" sofort angewendet werden könnten, waren u.a. eine Revision des ldw. Steuersystems. Der Bericht betonte dazu, daß die polnische Partei als „Hauptmittel zu[r] Durchführung des Klassenkampfes auf dem Lande" die Einführung einer stark progressiven Steuerpolitik sehe (Bl. 402). Ohne diese Vorreiterrolle Viewegs: Scholz, Bauernopfer, S. 74–78.

[9] Vgl. Kuntsche, „Gemeinwirtschaft"; im Dez. 1945 setzte eine Kampagne gegen die Gemeinwirtschaft ein, die im Feb. 1946 ihren Höhepunkt erreichte (ebd., Bd. 2, S. 212f.).

[10] SAPMO VdgB 136, Schreiben, vermutlich von Genossen Schenk, HA-Leiter II (der VdgB?), 25. 11. 1948.

[11] BA DC-15/210, Bl. 2–4, Protokoll über Besprechung u.a. mit Hoernle u. Reutter in der HVLF, 12. 11. 1948. Vgl. zu Stiftsgütern Zinke, Transformation, S. 174–181.

[12] Bauerkämper, Wege, S. 259.

[13] Reutter lehnte im Januar 1948 einen Angriff auf alle Altbauern, wie ihn Ernst Busse, VdgB, zu dieser Zeit vertreten hatte, noch ab, Bauerkämper, Wege, S. 259. Die Existenz der Debatte belegt dies nur.

aktiver Bekämpfung bei gleichzeitiger Förderung der Kleinbauern zu überführen. Das Vorgehen gegen die „Großbauern" war nun begleitet von konkreten Experimenten zur Einführung von Modellen der kollektiven Bewirtschaftung; eine Überführung in eine kollektive Eigentumsstruktur war für diese Form von „Produktivgenossenschaften" allerdings noch nicht vorgesehen[14]. Bekanntlich hatte die SED bis 1948 einen moderaten Kurs gegenüber den „Großbauern" vertreten, der diese weder ausdrücklich noch systematisch bekämpfte, solange sie ihre Ablieferungspflicht erfüllten und sich politisch nicht gegen die SED engagierten[15]. Die in der älteren Forschung überwiegend vertretene Meinung, im Herbst 1948 habe es eine Zäsur in der Bündnispolitik gegenüber den „Großbauern" gegeben, vereinfacht die Situation und setzt den Einschnitt zu spät an. Der agrar- und bündnispolitische Handlungskontext hatte sich zwischen Frühjahr und Herbst 1948 durch die Gründung einer Bauernpartei für die SED verändert. Da jetzt eine Partei neben der SED existierte, die prinzipiell alle bäuerlichen Schichten einbinden sollte, konnte die SED ihr eigenes Vorgehen radikalisieren. Der DBD fiel der Part zu, sowohl die Radikalisierung mitzutragen, vor allem aber sollte sie diese dadurch flankieren, daß sie sich in ihrem agrarpolitischen Handeln weiterhin allen bäuerlichen Gruppen zuwandte.

Auch die DBD wurde im Herbst 1948 in Richtung gegen die „Großbauern" in einer Art volksdemokratischem Attentismus angeleitet. Bis dahin hatte sie sich programmatisch nicht öffentlich gegen die „Großbauern" ausgesprochen, vielmehr in ihren ersten Programmaussagen die gesamte „bäuerliche Bevölkerung" als potentielle Mitglieder umworben. Noch Ende Oktober 1948 war das Sekretariat der DBD unsicher darüber, wie sich die Partei in der „Großbauernfrage" verhalten sollte[16]. Die Parteivorstandssitzung vom 3. Dezember 1948 klärte diese Frage dann zumindest auf oberer Ebene. Insgesamt spiegelt diese Zusammenkunft deutlich wider, wie sehr die DBD bemüht war, ihre politisch-ideologischen Debatten den Anforderungen von SED und SMAD anzupassen. Man nahm Goldenbaums Bericht über eine Reise in die Sowjetunion zum Anlaß, um ideologische Kernthemen abzuhandeln und so die richtige politische Gesinnung unter Beweis zu stellen[17]. Die SMAD erwartete noch im gleichen Monat einen Vorschlag der DBD zum Aufbau eines Parteischulungswesens.

---

[14] Siehe dazu auch Beschlußentwurf der Betriebsgruppe der HVLF in der DWK, undatiert [lt. Zusammenhang unmittelbar nach 13. 11. 1948], SAPMO VdgB 136; er sah u.a. den „sofortige[n] Ausschluss aller Grossbauern aus der Partei" vor und die „Ausschaltung des privaten Grosshandels bei Erfassung, Lagerung, Vermittlung und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse".

[15] Gegen Piskol, Entwicklung, S. 419, ist jedoch einzuwenden, daß die Großbauern schon vor dem Herbst 1948 nicht mehr als „Verbündete" behandelt worden waren. In der Argumentation zur Großbauernpolitik widersprüchlich Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 153 f., S. 161 f.

[16] ACDP VI-052–0519, Protokoll Sekretariat, 26. 10. 1948.

[17] ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948. Albrecht sprach zur Aktivistenbewegung und zog Parallelen zur Stachanow-Bewegung; Helmschrott klärte den Begriff des Kollektiv-Eigentums; Griebel erläuterte das „neue Verhältnis der Arbeiterklasse zu den Bauern".

Es ist in der Forschung strittig, inwiefern dieser volksdemokratische Kurs von der SED-Führungsspitze unter Ulbricht gemeinsam mit Teilen der SMAD um Tjulpanow ohne Rückkoppelung mit Stalin oder gar gegen dessen politische Absicht verfochten wurde[18]. Prinzipiell hatte Stalin nichts gegen eine Transformation der Agrarverfassung, die sich an sozialistischen Zielen ausrichtete, einzuwenden. Im Gegenteil, Keimzellen sozialistischer Agrarpolitik sollten gefördert werden, damit die SBZ auf Dauer nicht mehr aus ernährungspolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen auf die Produktion durch „kapitalistische Elemente" angewiesen war. In der Agrarpolitik der SBZ und dann der DDR liegt hier kein Bruch vor, sondern diese Linie wurde kontinuierlich verfolgt. Die Ernährungswirtschaft sollte nach einer technischen und finanziellen sowjetischen Starthilfe selbstläufig funktionieren und langfristig auf Kredite verzichten können. Den „kapitalistischen" Teilen, und dazu zählte auch Stalin die „Großbauern", sollten daher erhebliche Lasten auferlegt werden, die der agrarmarxistischen Ideologie zufolge deren politische Kraft zugleich mit der wirtschaftlichen auslöschten. Diese Konzeption kollidierte keineswegs mit einer gesamtdeutschen Perspektive. Im Gegenteil, auch das Standbein SBZ sollte in seinen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Agrarwirtschaft derart sozioökonomisch transformiert werden, daß es im Falle eines deutschen Einheitsstaates eine Modellfunktion übernehmen konnte. Dies erforderte die Errichtung eines volkswirtschaftlich tragfähigen Gegenpols zur herkömmlichen, unter „großbäuerlichem" Einfluß stehenden Landwirtschaft, mit dessen Hilfe die langfristigen Strukturprobleme der Bodenreform politisch und ökonomisch aufgefangen werden sollten. Die Protagonisten dieses Gegenentwurfs sollten die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe sowie die VEG sein. Mit der VdgB, die zumindest in der Führung von sozialistischem Gedankengut durchdrungenen war, stellte man ihnen eine genossenschaftliche Partnerin an die Seite. Die Maschinen-Ausleihstationen sollten ihnen den erforderlichen betriebstechnischen Rückhalt liefern. Beide hatten auch einen politischen Erziehungsauftrag.

In der historischen Situation des Dezember 1948 korrigierte Stalin jedoch entscheidend die Art des geplanten Vorgehens der SED. Denn die Maßnahmen in der SBZ mußten zu diesem Zeitpunkt unbedingt mit seiner auf Gesamtdeutschland bezogenen Politik vereinbar sein. Die Einschätzung von Teilen der SED-Agrarfunktionäre, unmittelbar vor einer „Kollektivisierung" zu stehen, rückte Stalin daher ganz klar zurecht, indem er das agrarpolitische Stadium der SBZ mit den Zuständen in der Sowjetunion Mitte der zwanziger Jahre verglich, also vor der offensiven Kompaktkollektivierung, die bekanntlich ab 1929 einsetzte[19]. Wenn wir Piecks Niederschrift Glauben schenken können, so schloß Stalin kollektive Wirtschaftsformen für Ostdeutschland nicht prinzipiell aus. Die Notizen geben grundsätzlich eine agrarpolitische Richtung Stalins wieder, die von Beginn an die Durchsetzung sozialistischer Verhältnisse begünstigen und dazu die kapitalistischen Strukturen eliminieren wollte. Allerdings war diese Vorgabe flexibel, beson-

[18] Zu dieser Auffassung prononciert: Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 129–148.
[19] Grundlegend dazu Merl, Anfänge, und ders., Agrarmarkt.

ders deutschlandpolitische oder volkswirtschaftliche Gründe konnten sie zeitweilig konterkarieren[20].

Während die SED mit einer offenen, plumpen Enteignungspolitik liebäugelte, empfahl Stalin ein Instrumentarium an unterschiedlich scharfen Waffen gegen kapitalistische Einflüsse in der Agrarwirtschaft, wie ein „elastisches Ablieferungssystem" und die „Differenzierung" der Planvorgaben nach Betriebsgrößengruppen. Beides sollte die Kleinbauernschaft begünstigen und andere bäuerliche Gruppen benachteiligen, insgesamt jedoch den ernährungswirtschaftlichen Bedarf sicherstellen. In der sozialistischen Utopie gefangen, vertraute man auf die Dynamik der Entwicklung und hoffte, die Förderung sozialistischer „Kernbereiche" würde mit einem gewissen revolutionären Automatismus „ansteckend wirken", die „Klassengegner" aber letztlich besiegen.

Die agrarpolitischen Mittel sind keineswegs alle primär vom klassenkämpferischen Impetus durchdrungen gewesen, wie es das zeitgenössische westdeutsche Schrifttum überwiegend behauptete, aber auch in der ostdeutschen Forschung zur opportunen Interpretation der Parteilinie gehörte[21]. Ihrer vorwiegenden Zweckbestimmung zufolge lassen sich die hier in einer Auswahl genannten Maßnahmen in drei Gruppen untergliedern: (1) eine Ad-hoc-Maßnahmenpolitik unter dem Primat der Ernährungssicherung, worunter auch die Wirtschaftsplanung fiel, (2) der Ausbau des staatlichen Sektors und (3) Bündnispolitik und „Klassenkampf".

2. Ernährungssicherung und Wirtschaftsplanung

Eine Reihe von Regelungen zielte zunächst auf eine Produktionssteigerung zur Sicherung der Ernährung, taugte aber ebenso als Mittel im Klassenkampf mit vermeintlichen „Großbauern". Die Vorgaben hatte der Mitte 1948 verabschiedete Zweijahrplan formuliert, der vorsah, bis 1950 die Versorgung mit Nahrungsmitteln deutlich zu erhöhen. Bis dahin sollten die Versorgungsnormen im Vergleich zu 1948 um knapp ein Drittel auf 2000 Kalorien pro Person und Tag gesteigert werden. Das Schwergewicht der Ressourcenverteilung im Zweijahrplan lag auf der Schwerindustrie und dem volkseigenen Sektor. Die daraus resultierende Vernachlässigung der Agrarwirtschaft, aber auch der Textilindustrie und des Wohnungsbaus bedeutete eine höhere Belastung für die gesamte Landwirtschaft, einschließlich der kleinen und mittleren Betriebe wie der Neubauern darunter, zugunsten des industriellen Wiederaufbaus[22]. In dieser Gewichtung hatten die ernährungswirtschaftlichen Belange Priorität. Stalins Hinweisen vom Dezember

[20] Sogar Loth bezeichnet Stalins Widerspruch im Dezember 1948 als streng in der Sache, „inhaltlich aber etwas diffus". Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 147.

[21] Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft, S. 27–31, 36–86; Tümmler, Agrarpolitik, S. 12–20; Kramer, Bolschewisierung; Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung; vgl. Bauerkämper, Legitimation, S. 40–49; ders., Amerikanisierung, bes. S. 196 f.; Kluge, „sozialistische Landwirtschaft", S. 11–38.

[22] Vgl. dazu Zank, Wirtschaft, S. 66–80, 101–104. Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 154 f., betonen die Zielrichtung des Zweijahrplanes hinsichtlich des Ausbaus des volkseigenen Sektors und einer als Ernährungspolitik verstandenen Agrarpolitik.

1948 zufolge hatte dabei eine politische Ausrichtung, die die Lebensmittelzuteilung der Arbeiterklasse verbesserte und die Stimmung der Bevölkerung vor Wahlen stimulieren sollte, Vorrang.

Zu den Maßnahmen zählte die Einführung der Hektarveranlagung für die Ablieferung tierischer Produkte (Fleisch, Milch, Eier) zum 1. Januar 1949 anstelle der bisherigen Stückveranlagung[23]. Sie sollte insgesamt dem Aufbau eines Viehbestandes und damit einer besseren Eiweißversorgung dienen[24]. Dieser Wechsel belastete vor allem die größeren Betriebe zusätzlich, weil sie aus betriebswirtschaftlichen Gründen in der Regel mit steigender Fläche einen geringeren Viehbesatz pro Flächeneinheit aufwiesen – und nun gehalten waren, diesen zu erhöhen, um ihre Ablieferungsnorm zu erfüllen. Diese Betriebe waren häufig auf arbeitsintensive Hackfruchtkulturen, Saatzucht oder auch die Herdbuchhaltung spezialisiert, also Bewirtschaftungsformen, deren Erfolg maßgeblich von der Erfüllung von Qualitätsstandards abhängig war und daher weniger auf Quantität zielte. Die pauschale Hektarveranlagung und die damit einhergehende Erhöhung des Pflichtablieferungssolls schadete diesen Betrieben, weil sie deren betriebswirtschaftlicher Logik zuwiderlief[25]. In der "volksdemokratischen" Euphorie, die im Herbst 1948 in der SED-Landwirtschaftsabteilung herrschte, wurde die Hektarveranlagung daher als „äußerst wichtiges Mittel des Klassenkampfes gegen die Großbauern" betrachtet[26].

Obwohl die kleinen und mittleren Betriebe im Prinzip begünstigt wurden – dies stellte die DBD im Hinblick auf ihre Klientel befriedigt fest –, litten auch in diesen Gruppen so manche Wirtschaften und Neubauernbetriebe unter dieser Veranlagungsform. Denn nur ein geringer Teil jener Betriebe hatte sich bis dahin wirtschaftlich konsolidiert. Die Mehrheit der Neubauernbetriebe war immer noch durch ungenügende Viehausstattung, mangelhafte Versorgung mit Maschinen und Geräten sowie eine unzureichende Ausstattung mit Gebäuden geschwächt, sollte aber unabhängig davon ihr Soll nach Hektaranzahl bestreiten[27]. Die Zahl der zurückgegebenen Neubauernbetriebe stieg weiter an – dies wurde

---

[23] ZVOBl. 1949, T. 1, Nr. 11, S. 89.

[24] Zur Diskussion in der SED und der Abstimmung mit Kowal (SMAD): SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 94–96, Aussprache (Merker, Hoernle, Reutter, F. Scholz, Schellenberger) über Hektarveranlagung und Genossenschaftsfragen, 10. 11. 1948. BA DC-15/715, Bl. 70, Antwort Kowal an Rau, 17. 11. 1948, er billigt im Prinzip den Übergang zur Hektarveranlagung. Nach Ansicht der SMAD müsse diese auf die Pflichtablieferung von Milch und Eiern ausgedehnt werden. Schulz, Probleme, S. 7.

[25] Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft, S. 46; siehe auch Piskol/Nehrig/Trixa, Umwälzung, S. 159f.

[26] Nehrig, Weiterentwicklung der agrarpolitischen Konzeption, S. 494.

[27] Nehrig, Bauern; Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 123–125; speziell zu Mecklenburg: Bauerkämper, Antinomien, S. 369–376; die Fehlkonzeption und ökonomischen Folgen der Bodenreform teilweise verkennend: Nehrig, Entwicklung, S. 68–70, so wurden von rund 210000 Neubauernwirtschaften im Jahr 1949 rund 30000 aufgegeben, die meist wiederbesetzt werden konnten; weitere 30000 Neubauern gaben 1950/51 ihre Wirtschaften auf. Beim Auslaufen des Programms 1950 verfügten erst die Hälfte der Neubauernbetriebe über Wohnhaus, Stall und Scheune. Aktengestützte Zahlen auch bei Bell, Enteignungen, S. 16: Danach gaben 1946/47 14552, 1948 10531, 1949 11103, 1950 16609, 1951 14250 und 1952 13587 Neubauern ihre Betriebe zurück.

1951 mit juristischen Mitteln erschwert[28] – oder die Neubauern verließen das Bodenreformland einfach ohne Absprachen. Auch mittlere Betriebe, die das gestiegene Soll in tierischen Produkten nicht erfüllen konnten, sich daher ersatzweise zur Ablieferung anderer Produkte verpflichteten, erlitten erhebliche finanzielle Einbußen. Infolge der höheren Pflichtabgaben verringerten sich ihre Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten zum lukrativeren Preis der sogenannten „freien Spitzen". Erst diese Erlöse gestatteten in der Regel betriebswirtschaftliche Investitionen[29]. Eine steigende Zahl mittelbäuerlicher Betriebe häufte über Jahre hinweg erdrückende Ablieferungsschulden an, die die Eigentümer unversehens zum Spielball politisch motivierter Wirtschaftsstrafverfahren machen konnten. Ablieferungsschulden konnten von den lokalen Behörden leicht politisch instrumentalisiert werden, wenn sie dazu benutzt wurden, mißliebige Dorfmitglieder finanziell zu erledigen, und man beispielsweise Treuhänder einsetzte[30]. Die unbewirtschafteten Flächen umfaßten bis April 1952 235000 ha[31]. Sie belasteten die Produktions- und Ernährungsbilanz, bildeten aber zugleich einen Ausgangspunkt, um mittels in politischer Absicht betriebener „Devastierungen" auf vermeintlich rechtlichem Wege im Frühjahr 1952 die massenhafte Verstaatlichung des Bodens einzuleiten[32].

Auch die Bestimmungen der DWK über die Düngemittelverteilung fallen in diese erste Gruppe von Maßnahmen. Durch eine Anordnung vom 6. Juli 1949 wurden Düngemittel der plangemäß staatlichen Verteilung unterworfen. Einschneidender war jedoch die „Anordnung über den Verkauf von Düngemitteln an die Bauernwirtschaften", die die DWK am 5. Oktober 1949 erließ. Sie machte die Zuteilung prinzipiell vom Verkauf „freier Spitzen" an die staatliche Vereinigung der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VVEAB) abhängig[33]. Über den verteuerten Verkauf von Düngemitteln, der gekoppelt war an die Erfüllung von Pflichtablieferungsnormen und das Ausmaß der abgelieferten „freien Spitzen", sollten nicht nur bestimmte, sondern alle landwirtschaftlichen Betriebe zur Produktionssteigerung animiert werden. Die SED-Landwirtschaftsabteilung unter der Leitung von Walter Krebaum war der Motor hierfür; die Skepsis in der Abteilung und aus den Reihen der VdgB blieb unbeachtet[34]. Die Folgen waren verheerend. In Verbindung mit der Hektarveranlagung, die auf eine Erhöhung des Ablieferungssolls hinauslief und die Einnahmen minderte, fehlten vor allem den

---

[28] Die VO „über die Auseinandersetzung bei Besitzwechseln von Bauernwirtschaften aus der Bodenreform" vom 21. 6. 1951 regelte in § 1 Abs. 3, daß die Aufgabe einer Neubauernwirtschaft aus persönlichen Interessen ohne Genehmigung der Kreisbodenkommission unzulässig sei und strafrechtlich als Wirtschaftsvergehen verfolgt werden konnte. Siehe ebd., S. 17.

[29] SAPMO NY 4182/900, Bl. 56f., Kontrollbericht der ZVdgB, 8. 12. 1949. Siehe auch Nehrig, Bauern, S. 236, 241; dies., Uckermärker Bauern, S. 35–40.

[30] Werkentin, Strafjustiz, S. 74–78.

[31] Schulz, Probleme, S. 53.

[32] Dazu aus juristischer Sicht Bell, Enteignungen, S. 49f.

[33] ZVOBl. 1949, Teil 1, 26. 9. 1949, S. 721f., 14. 10. 1949, S. 761f. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 156f.

[34] SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 92ff., Protokoll Abteilungsbesprechung LW der SED, 15. 11. 1949.

klein- und neubäuerlichen Wirtschaften die Gelder zum Ankauf von Dünger. Für die DBD, die wenig später das Landwirtschaftsressort übernahm, war diese Regelung untragbar, weil sie insbesondere ihre Klientel belastete, die kaum „freie Spitzen" zum höheren Preis verkaufen konnte, vielmehr froh sein mußte, wenn sie ihr Ablieferungssoll erfüllte. Alt- und Großbauern konnten häufig noch von der Substanz zehren und sich den Dünger leisten. Auch wurden sie vielfach durch eingespielte Versorgungswege und Beziehungsnetze in den Dörfern bevorzugt mit Dünger bedient; hilfreich waren auch ihre oft ausgezeichneten Kontakte zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Diese Strukturen versuchte wiederum die SED auszuschalten[35].

Während die Düngemittelverordnung nicht primär gegen „Großbauern" zielte, konnte die Umsetzung der Hektarveranlagung vor Ort häufig mit einem klassenkämpferischen Moment verknüpft werden. Welche Rolle spielte die DBD in dieser Hinsicht? Der Parteivorstand begrüßte die Hektarveranlagung einhellig, liege sie doch im „Interesse der kleinen und mittleren Bauern"[36]. Nur für diese bäuerliche Gruppe brachte die DBD dann Verbesserungsvorschläge ein. So sollte für sie die geltende generelle Ermäßigung des Ablieferungssolls im Jahr 1949 beibehalten werden. Kinderreiche Familien, die als Selbstversorger einen höheren Eigenbedarf an Lebensmitteln aufwiesen, sollten durch Schutzbestimmungen vor einer ruinösen Ablieferung bewahrt werden. Außerdem empfahl man Kleinbauern die Bildung von Liefergemeinschaften, innerhalb derer sie abwechselnd das Schlachtvieh zur Deckung des Ablieferungssolls aufbringen sollten. Darüber hinaus sprach man sich für eine „Differenzierung" des Ablieferungssolls zwischen den Ländern und in den Ländern zwischen Kreisen und Gemeinden aus. Darin unterschieden sich die Vorschläge von denjenigen der SED, die nur eine sehr begrenzte Differenzierung für Ausnahmefälle und lokal auf einzelne Betriebe beschränkt vorgesehen hatten[37]. Bezüglich der Hektarveranlagung formulierte man eine Stellungnahme, wonach diejenigen Länder, die wie Mecklenburg und Brandenburg über einen niedrigeren Viehbesatz verfügten, geringer veranlagt werden sollten, was aber unweigerlich zu Lasten anderer Gebiete ging[38]. Die DBD forderte weiter, als Voraussetzung für eine generelle Differenzierung eine einheitliche betriebswirtschaftliche Bewertung der bäuerlichen Wirtschaften zu erstellen[39].

---

[35] Vgl. Schöne, Genossenschaftswesen in der SBZ/DDR, S. 164–171.

[36] ACDP VI-052–0141, Anhang Protokoll PV-Sitzung, 26. 10. 1948 und 1. 11. 1948, auch zum folgenden. Siehe auch die Auflistung von Maßnahmen, verknüpft mit der unbewiesenen These, wonach die DBD zur „Interessenvertretung" der Bauern wurde, bei Reichelt, Blockflöte, S. 48–51.

[37] SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 94–96, Aussprache (Merker, Hoernle, Reutter, F. Scholz, Schellenberger) über Hektarveranlagung und Genossenschaftsfragen, 10. 11. 1948, hier Bl. 94.

[38] ACDP VI-052–0519, Protokoll Sekretariat, 26. 10. 1948.

[39] Dabei ging es um Verfahren, den Einheitswert der landwirtschaftlichen Betriebe neu zu erfassen. In diesem Rahmen sollte zur Einordnung der Betriebe ein Kriterienkatalog festgelegt werden, der in umfassender Weise auf betriebswirtschaftlichen Daten basieren sollte; diese erst erlaubten eine Zuordnung zu bestimmten Größenklassen, die über die Höhe der Pflichtablieferung oder etwa auch die jeweiligen MAS-Tarife bestimmten.

Die DBD-Vorschläge zeichneten sich hier und in den Folgejahren bis 1952 dadurch aus, daß sie die Umsetzungsschwierigkeiten auf der unteren Ebene mitbedachten und unnötige Härten auszugleichen suchten[40]. Die SED hingegen war hieran weitgehend desinteressiert und unsensibel für den Problemdruck, den die verhängten rigiden Maßnahmen erzeugten. Dadurch half die DBD zugleich mit, das Produktionsdiktat mit möglichst geringen Reibungsverlusten durchzuführen, da sie die berechtigten Einwände der Betroffenen geltend machte, solange ihre eigene Nähe zur SED nicht bezweifelt wurde. Eine „Interessenvertretung" der bäuerlichen Bevölkerung war daher nicht genuines Ziel, sondern hatte sich politischen Prioritäten zu beugen und wurde letztlich dazu eingesetzt, den Erfolg der Landwirtschaftsplanung und -produktion zu garantieren.

In den Jahren 1948/49 hatte die DBD bestimmte Maßnahmen noch öffentlich abgelehnt oder kritische Hinweise vorgebracht, auch um sich coram publico zu profilieren. Mit der zunehmenden inneren Gleichschaltung der Partei verschwand eine solche Vorgehensweise ab 1950. Dies verdeutlicht der Umgang mit der Düngemittelverordnung, die in Kombination mit der Hektarveranlagung den finanziellen Spielraum der Bauern beschnitt. Da die DBD in etwa zeitgleich mit dem Erlaß der Verordnung das Landwirtschaftsministerium übernahm, sah sie sich in einen Begründungszwang gegenüber ihren Mitgliedern gedrängt. Goldenbaum empfahl den Landesvorsitzenden, der Basis unmißverständlich mitzuteilen, daß diese Verordnung ohne das Zutun der DBD entstanden sei. Arthur Pechs Vorpreschen in Brandenburg, der dort als Landesvorsitzender von sich aus eine Änderung angestrebt hatte, wurde jedoch verurteilt, auch um ein Ausscheren einzelner Landesverbände künftig auszuschließen. Statt dessen meldete sich Paul Scholz im „Bauern-Echo" kritisch zu Wort[41]. Laut internen Ausführungen von Scholz hatte die DBD eine solche Regelung ursprünglich kategorisch abgelehnt und sich daher auch nicht an der Ausarbeitung beteiligt; die von den anderen Parteien erstellte Fassung sei zunächst noch viel schärfer gewesen als die letztlich beschlossene. Denn die DBD hatte noch erreicht, daß Betriebe unter 5 ha NF und solche, die von Schadenskommissionen als bedürftig anerkannt worden waren, von der Regelung ausgenommen wurden. Weitergehende Forderungen der DBD scheiterten daran, daß sie den Brotpreis verteuert oder Preisstützungssubventionen in Höhe von drei Millionen DM erfordert hätten[42]. Die DBD stand in dieser Angelegenheit im Austausch mit den verantwortlichen SED-Stellen, und die von Scholz vorgelegte Linie der DBD wurde wenig später im Ministerrat beschlossen[43]. Sie entlastete die Produzenten durch den zusätzlichen staatlichen Ankauf von „freien

---

[40] Zu diesem Zweck ging die DBD daran, alle landwirtschaftlichen Kreise anhand eines eigenhändig erstellten Informationssystems zu erfassen. In „Kreisspiegeln" sollten die Grunddaten festgehalten und mit regelmäßigen Instrukteurberichten gekoppelt werden. Dazu ACDP VI-052-222/1.

[41] „Bauern-Echo", 15. 10., 18. 11. 1949.

[42] Zum innerparteilichen Abstimmungsprozeß siehe ACDP VI-052-0143, Protokoll PV-Sitzung, 8. 11. 1949.

[43] Zur Modifizierung im Ministerrat: BA DC-20 I/3-1, Ministerratssitzung, 1. 12. 1949, Bl. 134, Vortrag Hamann.

Spitzen" an Getreide, der bekanntlich höhere Erlöse als für das Pflichtablieferungssoll einbrachte.

Schließlich hob das Gesetz über die „Maßnahmen zur Erreichung der Friedenshektarerträge" vom 8. Februar 1950 die betriebswirtschaftlich unsinnige Düngemittelrationierung wieder auf, verordnete der Landwirtschaft aber ein ehrgeiziges Ziel, nämlich die Erlangung jener Erträge, die das entsprechende Gebiet 1938 aufgewiesen hatte, bis zum Ende des Zweijahrplanes 1950[44]. Auch 1949 hatte es schon Bemühungen gegeben, die landwirtschaftliche Nutzfläche zu erweitern[45]. Den begrenzten Stellenwert der Landwirtschaft im Zweijahrplan unterstrich die SED-Landwirtschaftsabteilung: „Zu dem Gesetz über die Erreichung der Friedenshektarerträge in der Landwirtschaft ist vorgesehen, in der Einleitung all das aufzuführen, was wir den Bauern bisher gegeben haben, denn wir können der Landwirtschaft nur noch beschränkte Mittel geben. Entscheidend ist jetzt der Aufbau der Schwerindustrie."[46] Durch die Ausdehnung der Anbaufläche sollte langfristig eine Produktionssteigerung und damit die Ernährung auf Dauer gewährleistet werden. Als Anreiz konnten die zusätzlichen Flächen zwei Jahre lang von der Ablieferungspflicht verschont werden, indem man die Anlage von nichtablieferungspflichtigen Grünflächen zuließ. Diese Maßnahme flankierte die angestrebte Erhöhung des Viehbestandes, indem sie auf einen entsprechenden Futteranbau zielte, und verbesserte implizit die Versorgung der Bevölkerung mit Eiweiß.

Initiator dieser Anbauflächenausdehnung war die SKK. In der Abstimmung zwischen SED und SKK fällt auf, wie vehement die SKK dieses Ziel verfocht – alternativ wäre eine Mehrproduktion auch durch eine intensivere Bewirtschaftung schon erschlossener Flächen zu erreichen gewesen. Gegen die Flächenausdehnung trugen die SED mit Paul Merker und der DBD-Landwirtschaftsminister Goldenbaum intern bald Zweifel an der Realisierbarkeit dieses Vorhabens vor. Dennoch propagierte Goldenbaum schon im Herbst 1949 das Unternehmen „Friedenshektarerträge" im Parteivorstand und gegenüber den Mitgliedern; Anfang 1950 wurde es in der Funktionärspresse der DBD, im „Pflüger", vorgestellt[47].

Die Ministerpräsidenten der Länder mit Ausnahme Thüringens bestärkten Merkers und Goldenbaums Vorbehalte gegenüber einer Politik der Flächenausdehnung. Dies mag dazu beigetragen haben, daß der Gesetzestext die konkret avisierte Zahl von 5088000 ha nicht nannte, die in den Gesprächen mit der SKK

---

[44] Gesetz „zur Erreichung der Friedenshektarerträge" vom 8. 2. 1950, in: GBl. DDR, 1950, 27. 2. 1950, S. 103–108. Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 330.

[45] SAPMO DY 30 J IV 2/2/18, Protokoll PB, 26. 4. 1949, Bl. 7, Anlage zu VO der DWK über Maßnahmen zur Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Das Politbüro forderte Merker zur Überprüfung auf, da der von der DWK beschlossene Verordnungstext von der Politbürofassung abweiche, SAPMO DY 30 J IV 2/2/22, Protokoll PB, 10. 5. 1949. Siehe auch SAPMO DY 30 J IV 2/2/26, Protokoll PB, 10. 6. 1949, Bl. 3.

[46] SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 92ff., Protokoll Abteilungsbesprechung, 15. 11. 1949, Zitat Bl. 93.

[47] „Bauern-Echo", 23. 11. und 20. 1. 1949. „Der Pflüger", Heft 2/1950, S. 5, der Artikel des Wirtschaftsabteilungsleiters beim PV, Keuthe, betonte im Fettdruck: „Es gilt vor allem, die Genossenschaften von alten, reaktionären Einflüssen zu säubern und fortschrittliche, werktätige Bauern in die Vorstände einzubauen."

noch eine zentrale Rolle gespielt hatte. Sie bedeutete eine Ausdehnung der Anbaufläche über den Volkswirtschaftsplan für 1950 hinaus um 78000 ha. Goldenbaum gestand am 3. März 1950 gegenüber dem SKK-Vertreter Kowal ein, daß der Anbauplan nur von 5010000 ha ausgehe, da die zusätzlichen 78000 keinesfalls schon im Frühjahr als Ackerfläche in den Anbauplan einfließen könnten. Drei Monate später hielt er es für unmöglich, die Erweiterung 1950 zu erreichen. Schließlich blieb man mit 5004000 Hektar sogar hinter den Vorgaben des Volkswirtschaftsplanes 1950 zurück. Denn die Bauern waren für den arbeits- und geräteintensiven Umbruch der Wiesen und Weiden nicht zu gewinnen[48].

Bislang ist ungeklärt, warum das Programm der „Friedenshektarerträge" im Herbst 1950 sang- und klanglos ad acta gelegt wurde; angesichts des Mißerfolgs ist dies jedoch verständlich. Außerdem dürfte das Versagen bei den zuständigen SKK-Vertretern nicht gerade eine positive Einschätzung über Goldenbaum hinterlassen haben. Inwiefern der Fehlschlag auch dazu beitrug, Merker in den Augen der SKK zu diskreditieren, bleibt vorerst noch unklar. Ungeachtet der antisemitischen Motive der SED, die im August 1950 bekanntlich dazu führten, den Nichtjuden Merker wegen seines Einsatzes für die jüdische Minderheit ohne Vorwarnung aus der Partei auszuschließen und bis 1956 zu inhaftieren[49], verfiel die ZPKK in ihrer Suche nach Belastungsmomenten ausgerechnet auf seine agrarpolitische Arbeit. Dies bot sich aus zweierlei Gründen an: Erstens war es aufgrund der agrarischen Dauerkrise und der unausgereiften Landwirtschaftsverwaltung ein leichtes, Punkte aufzufinden, aus denen sich Vorwürfe zusammenstellen ließen[50]; zweitens dürfte Merkers Image bei den sowjetischen Machthabern in der Tat wegen seiner agrarpolitischen Ansichten und Tätigkeit 1950 gelitten haben.

Kurz nach der Gründung hatte die Parteiführung der DBD auf einer Zonentagung in Weimar am 10. Juli 1948 den Zweijahrplan befürwortet und ihre Unterstützung zugesichert. Die DBD-Presse betonte zum einen in auffälliger Weise die Leistungen der Arbeiter für die Bauern. Außerdem verglich sie den Zweijahrplan in propagandistischer Manier mit dem Marshallplan: Die DBD wies letzteren wie „jeden Plan der Versklavung mit Entrüstung" zurück, da er die Landwirtschaft nicht voranbringe, sondern „die Tendenz zur extensiven Bewirtschaftung des Bodens" fördere und „sich zum Schaden der kleinen und mittleren Bauern" auswirke[51]. Die Parteiführung war sich auch im klaren darüber, daß ihr Eintreten für den Zweijahrplan im Einheitsfrontausschuß gegen die Einwände der CDU und LDPD ins Spiel gebracht werden würde[52].

---

[48] Auf Basis sowjetischer Akten: Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 331–337, zum letzten Punkt anders, S. 328.

[49] Siehe dazu Keßler, SED, S. 85–99; Herf, Erinnerung, S. 139ff. und passim, der über weite Strecken eine Merker-Biographie schreibt; ders., Antisemitismus, S. 636–642.

[50] Von der ZPKK zusammengestellte Vorwürfe, 11. 10. 1950, die sich auf Materialien der ZKSK stützten, SAPMO DY 30 IV 2/4/288, Bl. 1.

[51] Siehe Nr. 1 des „Bauern-Echo", 18. 7. 1948; Artikel zum Zweijahrplan „Vorbildliche Leistung der Arbeiter für die Bauern". Man begrüßte ausdrücklich die Steigerung der Stickstoff- und Phosphatproduktion. Vgl. auch Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 154f.

[52] ACDP VI-052–0141, Protokoll PV-Sitzung, 7. 8. 1948, wo klar Paul Scholz, nicht Goldenbaum als Wortführer auftrat und zum Zweijahrplan unterstrich, daß die Mitarbeit der

Am 5. Oktober 1948 unterbreitete die DBD ihre Vorschläge zum Zweijahrplan. Darin äußerte sie Verbesserungswünsche im Hinblick auf die Anbauplanung – die mehr „Wunschanbauplanung" denn von oben dekretiertes Anbauen sein sollte –, die Betriebsmittelversorgung, die Durchführung des Neubauernbauprogramms nach dem SMAD-Befehl Nr. 209, die Unterstützung für landwirtschaftliche Notstandsgebiete und Stipendien für Schüler in landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten[53]. Die Antwort Bruno Leuschners von der DWK desillusionierte die Bauernpartei. Sie lief darauf hinaus, daß die eingeforderten Punkte entweder schon gebührend berücksichtigt oder wenig erfolgversprechend seien. Er sprach explizit der SED-dominierten VdgB entscheidende Aufgaben zu, etwa bei der lokalen Umsetzung der Anbauplanung. Der DBD unterstellte er hingegen, mit der Propagierung von Wunschanbauplänen mehr „die marktwirtschaftlichen Interessen der einzelnen Bauern" statt die „Sicherung der Versorgung" der Konsumenten im Blick zu haben[54].

Nach dieser Abfuhr gab die DBD nach außen hin nur ihr Engagement für die Verbesserung der Wunschanbauplanung bekannt, nicht ihr Scheitern darin. Damit täuschte sie darüber hinweg, wie sehr Agrarpolitik weiterhin nicht nach landwirtschaftlichen Rationalitätskriterien entschieden wurde, sondern insgesamt der von der SMAD bzw. SKK überwachten Wirtschaftsplanung unterlag; diese räumte dem Aufbau eines industriellen Sektors absoluten Vorrang ein und wertete die Agrarpolitik ideell wie finanziell ab[55]. Um so fadenscheiniger wirkte Mückenbergers Versprechen gegenüber dem Sekretariat der DBD 1954, wonach die Landwirtschaft einen zentralen Stellenwert im zweiten Fünfjahrplan einnehmen werde, zunächst jedoch erst das „Niveau" der Industrie erreichen müsse[56].

Neben Forderungen im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung warb die DBD-Ausarbeitung zum ersten Fünfjahresplan ab 1951 in erster Linie für die in der Wirtschaftsplanung enthaltenen Kontrollen. So sollten Dorfwirtschaftspläne auf der Basis von Dorfspiegeln und Dorfleistungsplänen angelegt werden, die jeden Betrieb erfaßten. Relativen Gestaltungsfreiraum versprachen hingegen die Wunschanbaupläne, die von den Landwirten selbst aufgestellt werden sollten. Eine Reihe von Punkten stützte den staatlichen Sektor der Landwirtschaft und unterschied sich nicht von den Vorhaben der SED: so die DBD-Vorschläge, den MAS zu helfen und die VEG zu Mustergütern auszubauen, ebenso die Bitte an die Agrarwissenschaft, die Lehren von Mitschurin und Lyssenko in der Praxis zu er-

---

DBD im Block der „Durchführung des Zweijahrplanes und der Festigung der Demokratie zugute" komme.

[53] „Bauern-Echo", 10. 10. 1948, Vorschläge der DBD an die DWK; Reichelt, Blockflöte, S. 50f.

[54] BA DC-15/599, Leuschner an Zentral-Vorstand der DBD, 18. 11. 1948, Zitat Bl. 2.

[55] Auseinandersetzungen um die Planungskompetenzen führte auch Steidle als stellv. Leiter der HVLF mit der HV Wirtschaftsplanung, in der es eine eigene Abt. Landwirtschaft gab. BA DC-15/181, Schreiben der Abt. LW in der HV Wirtschaftsplanung, Leuschner, am 27. 4. 1948. Lt. Notiz Bayers am 28. 4. 1948, ebd., habe man Steidle unter Hinweis auf Gespräche mit der SMAD nochmals klargemacht, daß die Sache der Landwirtschaft Angelegenheit der HV Wirtschaftsplanung sei.

[56] ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 15. 3. 1954.

klären – eine letztlich unlösbare Aufgabe[57]! Die in der Industrie erprobten Prinzipien zur Leistungssteigerung sollten auf die Landwirtschaft übertragen werden, wie die Auswertung von Spitzenbetrieben in sogenannten „Beispielwirtschaften" in jedem Dorf.

Schließlich wiederholte man Anliegen, die teilweise schon im ersten Parteiprogramm angeführt, aber nach wie vor unerfüllt waren: das betraf neben der Wildschweinplage, die enorme Schäden anrichtete, ein einheitliches Steuer- und Beitragswesen und eine Neuregelung der Abgabenordnung zur Sozialversicherung, die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, die vor allem Bäuerinnen entlasten sollten, und die „gegenseitige Hilfe" durch Dorfgenossenschaften. Daß die DBD weiterhin am Neubauernbauprogramm festhielt, ist als Reverenz an diese Mitgliedergruppe zu verstehen, denn offiziell war es seit Ende 1949 von der politischen Tagesordnung abgesetzt worden. Die Forderungen zur „Differenzierung" des Ablieferungssolls und der Absatzregelung trugen eigenständigeren Charakter, da sie kritisierten, beides sei „bisher weniger vom Standpunkt der Landwirtschaft als dem der Versorgung aus gesehen" worden[58]. In den Landessekretariaten erkannten manche sehr wohl, daß die Politik der Wirtschaftsplanung nicht mit einem Konzept der „Dorftumspolitik" zu vereinbaren war, das die Gründungsfiguren der DBD vertraten und womit sich viele Mitglieder identifizierten[59].

3. Ausbau des staatlichen Sektors

Eine zweite Gruppe agrarpolitischer Maßnahmen der SED zielte auf den Ausbau des staatlichen Sektors. Dieses Gebiet war grundsätzlich nicht als Agenda für die DBD zugelassen, sondern der SED vorbehalten. Anfang 1949 begann der systematische Auf- und Ausbau der MAS, basierend auf den bisher von der VdgB getragenen Maschinenhöfen und den Maschinen-Ausleihstationen, die sich in dieser Form als völlig unzureichend erwiesen hatten, um den Klein- und Neubauern behilflich zu sein[60]. Mit der Gründung der „Verwaltung der Maschinenausleihstationen" (VMAS) im November 1948 verloren die Raiffeisengenossenschaften u. a. ihre Reparaturwerkstätten an die MAS; der Zugriff für „großbäuerliche" Betriebe auf diese Dienstleistungen wurde dadurch erheblich erschwert. Waren die MAS 1949 noch „staatlich-genossenschaftlich", also halbstaatlich organisiert, so wurden sie 1950 in eine „staatlich-sozialistische" Organisation überführt. Die VdgB half erheblich mit, den volkseigenen Sektor auszudehnen[61].

---

[57] Vgl. Fäßler, Freiheit, S. 185–192.

[58] Vgl. ACDP VI-052–0143, Ausarbeitung zum Fünfjahrplan bei Protokoll PV-Sitzung, 5. 9. 1950.

[59] ACDP VI, unverz. Best. Sekretariatssitzungen der LV, Protokoll Sekretariat Sachsen-Anhalt, 31. 5. 1950. Siehe ebd., Protokolle Sekretariat Sachsen-Anhalt, 30. 8. 1949, 9. 12. 1949, 9. 5. 1950.

[60] Zur agrarpolitischen Entwicklung 1949 kursorisch Kuntsche, Bauern, S. 233, Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 297. Siehe SAPMO DY 30 J IV 2/2/4, Protokoll PB, 17. 2. 1949, Bl. 1, 3; Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft, S. 65; Immler, Konzeption, S. 56.

[61] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 87; Weißleder, Wesen, S. 93; Schöne, Landwirtschaftli-

Die Neubauern waren in arbeitstechnischen Fragen weiterhin von der Unterstützung durch die besser ausgestatteten Altbauern abhängig, die sich das Verleihen von Maschinen, Gerät und Gespann oftmals, wie traditionell üblich, in Form von Arbeitsdiensten oder Naturalien entgelten ließen[62]. Ein solches soziales Netz in den Dörfern, das auf gegenseitigen Abhängigkeiten beruhte und sich jenseits verordneter Klassengrenzen und politischer Gesinnung im traditionalen dörflichen Verhaltenskodex bewegte, stimmte nicht mit der Bündniskonzeption der SED überein. Denn die Partei verteilte wirtschaftliche Hilfe und politische Aufwertung nach anderen Kriterien, seitdem sie bewußt nur noch die „werktätige Bauernschaft“ als Bündnispartner akzeptierte und allen anderen Teilen der bäuerlichen Bevölkerung die Unterstützung entzog.

Die Vereinigung der Volkseigenen Güter (VVG) wurde zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts umgebildet und ihre Verwaltung neu geregelt[63]. Den VEG räumte man bei Veräußerungen von landwirtschaftlichen Privatbetrieben oder Teilen davon ein Vorkaufsrecht ein. Im März 1949 wurde auch die Vereinigung der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VVEAB) eingerichtet, die zunächst die Pflichtablieferungsmengen aufkaufte, und mit zunehmender Verdrängung anderer Handelsorganisationen wie HO, Konsumgenossenschaften und ländlicher Genossenschaften aus dem Landhandel bald auch den Aufkauf der „freien Spitzen“ monopolisierte[64]. Das Jahr 1950 bildete eine tiefe Zäsur in der Hinwendung zum staatlichen Sektor. Mit dem „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR“, das am 8. September 1950 in Kraft trat, subventionierte das Bodenreformbauprogramm im wesentlichen nur noch die „Umsiedler“ unter den Neubauern[65]. Eine weitere staatlich finanzierte Unterstützung für den Ausbau der kleinbäuerlichen Betriebe außerhalb dieser Gruppe war im Grunde nicht mehr vorgesehen.

4. Bündnispolitik und „Klassenkampf“

Eine dritte Gruppe von Maßnahmen stand unter bündnispolitischen wie klassenkämpferischen Vorzeichen. Sie sollte das propagierte Bündnis zwischen SED und Klein- bzw. Mittelbauern unterstreichen, die „Großbauernschaft“ aber ausgrenzen. Dazu zählt die offiziell am 20. November 1950 vollzogene Gleichschaltung

---

ches Genossenschaftswesen, S. 64 f. Zur Verstaatlichung der MAS vgl. Zitat Pieck-Notiz, 18. 12. 1948, oben S. 298.

[62] Deutsche Geschichte, Bd. 9, S. 410 f.; Nehrig, Uckermärker Bauern, S. 22 ff., 44–50.

[63] Vgl. Deutsche Geschichte, Bd. 9, S. 412. Zur Bildung der VVG und Arbeit am Entwurf siehe SAPMO DY 30 J IV 2/2/11, Bl. 9–11, Anlage 3 zum PB-Protokoll, 21. 3. 1949; SAPMO DY 30 J IV 2/2/22, Protokoll PB, 10. 5. 1949, Bl. 3.

[64] Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft, S. 48; Tümmler, Agrarpolitik, S. 35; Herzog, Organisationsformen, S. 11.

[65] 22 000 Flüchtlingsneubauern verfügten im Oktober 1950 weder über Stall noch Wohnbauten, Bauerkämper, Problemdruck, S. 311; Zank, Wirtschaft, S. 159.

des ländlichen Genossenschaftswesens[66]. Nachdem die VdgB im Sommer 1948 durch die Bildung eines zentralen Zonenverbandes organisatorisch stabilisiert worden war, betrieben SED-Landwirtschaftsfunktionäre seit Oktober 1948 eine Unterwerfung aller ländlichen Genossenschaften unter die Kuratel der VdgB[67].

Auch die Bauernpartei war zu diesem Zweck auf die Linie der SED eingeschworen worden. So forderte Goldenbaum Anfang November 1948 im Parteivorstand, „daß die Genossenschaften zu einem vollkommen anderen Kurs kommen müssen", nämlich zur Bildung von einheitlichen Dorfgenossenschaften, auch „Universalgenossenschaften" genannt, als unterste Basis anstelle diversifizierter Organisationen und einer „Genossenschaftsbürokratie". Als abschreckendes Beispiel für den letzten Punkt führte er schon 1948 die Rostocker Zentrale der Hauptgenossenschaft Mecklenburgs an, die 1950 in einem Schauprozeß zerschlagen wurde[68]. Die Kursänderung sollte in Zusammenarbeit mit der VdgB realisiert werden, um festzustellen, „wo in den Leitungen der Genossenschaften noch Kräfte sitzen, die in der Vergangenheit Freunde der Junker waren". Sie müßten rigoros durch Klein- und Mittelbauern ersetzt werden. Weniger den Erlös der bäuerlichen Produzenten als die Interessen der Konsumenten hatte Goldenbaum im Blick, als er für kurze Wege zwischen Erzeugern und Verbrauchern eintrat und dazu anführte, „um so preiswerter erhält der Bauer seine Ware bezahlt".

Über eine beabsichtigte Stärkung der Rolle der VdgB gegenüber den bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften berichtete Pieck auch Stalin anläßlich der Moskau-Reise im Dezember 1948[69]. Mit diesem Vorhaben und der Verdrängung angeblich „reaktionärer" Funktionäre in den landwirtschaftlichen Genossenschaften setzte die SED ihre bisherigen Bestrebungen in der Genossenschaftspolitik seit 1945 fort, wobei sie erst im März 1948 von der SMAD aufgefordert worden war, ihren Umgang mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften in eine neue politische Konzeption einzufügen[70]. Wie im Herbst 1948 formuliert und auch von der DBD gefordert, betrieb die SED ab Frühjahr 1949 eine Vereinheitlichung der Struktur der landwirtschaftlichen Genossenschaften[71]. Ein Grund hierfür lag darin, daß es ihr bis dahin nicht gelungen war, ihren Mitgliederanteil in

---

66 Herzog, Organisationsformen, S. 11; Dreesen, Bedeutung, S. 18; Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, S. 78–82.

67 SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 94–96, Aussprache über Hektarveranlagung und Genossenschaftsfragen, 10. 11. 1948, hier Bl. 95. BA DC-15/737, Bl. 399–415, Vieweg an Rau, 6. 12. 1948. Lt. Bericht fand am 24./25. 11. 1948 eine Aussprache zwischen Vertretern des ZK-Agrarausschusses, den Leitern der Bauernorganisation und der Genossenschaft statt (Bl. 400).

68 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 1. 11. 1948, Wortbeitrag Goldenbaums zu Genossenschaften, mit Bezug auf Artikel zu Genossenschaftsfragen in „Bauern-Echo", 19. 10. 1948.

69 Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 250, Antwort auf Fragen zur Besprechung, 18. 12. 1948. Der Bericht Piecks über die Besprechung am 18. 12. 1948 vor dem ZS enthielt im verschärften Ton das Vorhaben, die ldw. Genossenschaften von „reaktionären Elementen" zu säubern. Ebd., S. 268, Bericht Piecks über Besprechung am 18. 12. 1948 vom 27. 12. 1948 vor dem ZS.

70 Vgl. Schöne, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, S. 41 f.

71 Goldenbaum im PV, ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 1. 11. 1948.

den Genossenschaften zu erhöhen[72]. Offenbar war die Zentralisierung mit einem neuen Konzept der SMAD vom Februar 1949 verknüpft[73]. Anläßlich des Kongresses der landwirtschaftlichen Genossenschaften vom 16. bis 18. März 1949, der unter weitgehender Steuerung der SED ablief, wurden die maßgeblichen Beschlüsse herbeigeführt. Der Plan des Politbüros sah vor, die Genossenschaften zu verpflichten, enger als bisher mit der VdgB, der DLG und dem FDGB zusammenzuarbeiten. Mit dem Argument, daß die Erfüllung des Zweijahrplanes eine zentralere Einbindung erfordere, wurde den regional in Spezialzweige aufgegliederten Genossenschaften eine vereinheitlichte, zentralistische Struktur auferlegt, die auf der unteren Ebene ein Territorialprinzip einführte. Zur Verringerung der Anzahl an Genossenschaften diente die Bildung von Universalgenossenschaften auf Dorf- und Kreisebene – ihre Einführung anstelle der bisherigen landwirtschaftlichen Spezialgenossenschaften hatte das Zentralsekretariat der SED schon im Juli 1948 beschlossen[74]. Die Bildung eines Zentralverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften im Sommer 1949 sollte gegenüber den Ländergenossenschaften eine weitere Zentralisierung bewirken[75]. Prinzipiell war mit dem Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften eine Organisation gebildet worden, die mit der Struktur des Genossenschaftswesens in den Westzonen kompatibel gewesen wäre.

In der Bündnispolitik konzentrierte sich die SED sowohl in den landwirtschaftlichen Genossenschaften als auch in der VdgB darauf, den Einfluß von SED-Mitgliedern, meist unter den kleinen und mittleren Bauern, auf Kosten der „großbäuerlichen" Kreise zu erweitern. Dies sollte vor allem durch die im Frühjahr 1949 anstehenden Wahlen zur Besetzung der VdgB-Orts-, Kreis- und Landesausschüsse – mit mäßigem Erfolg – gelingen[76]. Obwohl der Anteil der SED-Mitglieder unter den Gewählten kaum abnahm, analysierte die SED den Ausgang intern als großen Mißerfolg[77], hatte sie doch den großen Durchbruch angestrebt.

---

[72] So Schöne, Genossenschaftswesen in der SBZ/DDR, S. 169.

[73] Elke Scherstjanoi in einem Vortrag am ZZF, Potsdam, 4. 9. 1995.

[74] BA DK-1/8046, Bl. 98–104, Richtlinie zur Arbeit der SED-Mitglieder in ldw. Genossenschaften, am 5. 7. 1948 vom ZS bestätigt.

[75] SAPMO DY 30 IV 2/7/170, Bl. 94–96, Aussprache über Hektarveranlagung und Genossenschaftsfragen, 10. 11. 1948, hier Bl. 95; ebd., Bl. 151–156, Bericht über die Sitzung der Genossenschaftskommission der SED, 20. 1. 1949, bes. TOP 9, Bl. 155. SAPMO DY 30 J IV 2/2/8, Bl. 4–7, Anlage Nr. 1 zum Politbüroprotokoll vom 8. 3. 1949. Siehe dazu auch Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 89–92; Herzog, Organisationsformen, S. 9–12; Tümmler, Agrarpolitik, S. 34f.; Buss, Struktur, S. 45; Schöne, Genossenschaftswesen in der SBZ/DDR, S. 169f.

[76] SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 80–84, Richtlinienentwurf für alle SED-Parteiorganisationen zu den Wahlen, 13. 1. 1949, gez. Reutter.

[77] Ebd., Bl. 108–121, Analyse der Abt. LW, Reutter, über die VdgB-Wahlen 1949 für Merker, 29. 4. 1949. Von 66881 gewählten Mitgliedern der Ortsvereinigungen gehörten 37,4% der SED an (1947 noch 43%), 5% der CDU (1947 auch 5%), 4,5% der LDP (1947 noch 4%), 23 der NDPD, 3,6% (= 3410) der DBD und 49,5% den parteilosen (1947 48%). Darin erblickte man zurecht eine von Jahr zu Jahr rückläufige Bewegung der SED-Mitglieder in den Ortsausschüssen der VdgB. Hingegen ist ein klares Übergewicht der SED-Mitglieder zu verzeichnen, je höher die Position im VdgB-Organisationsapparat. Die Vorsitzenden der Ortsvereinigungen: SED 48%, CDU 5,2%, LDP 5%, DBD 4,8% und Parteilose 37%;

Die Ressentiments der SED gegen die DBD waren bei der Durchführung dieser Wahlen unübersehbar. Die Bauernpartei hatte erhebliche organisatorische Probleme, ihre Ambitionen in Wahlerfolge umzumünzen. Dort wo die DBD die Bauern für sich mobilisiert hatte, machte ihr die SED den Erfolg oftmals streitig[78]. Auch Eingriffe sowjetischer Kommandanturen zugunsten der SED führten dazu, daß die Wahlen nicht „demokratisch" abliefen, wie der DBD-Landesvorsitzende Martin für Sachsen monierte. Insgesamt warf die ZK-Abteilung Landwirtschaft der DBD vor, sie habe bei den Wahlen „nicht gegen CDU und LDP gearbeitet, sondern gegen die SED"[79].

Auch die Auflösung der Tierzuchtämter sollte den „großbäuerlichen" Einfluß schmälern, verdrängte jedoch ebenso Fachpersonal bürgerlicher Herkunft. Die Viehzucht war in der Tat eine Domäne „großbäuerlicher" Betriebe, weil nur diese bis dahin sowohl Fachkompetenz und Erfahrung über die Qualität des Viehs mitbrachten[80]. Eine späte Entnazifizierung mit dem Ziel des Personalaustauschs zugunsten der SED fand im Zuge der Verwaltungszentralisierung der DWK bei der Bildung der HVLF im April 1948 statt; bis dahin war dort noch eine beträchtliche Zahl früherer Mitarbeiter und Mitglieder des Reichsnährstands tätig[81]. 1950 erreichten die personellen „Säuberungen" eine neue Dimension. Daraus erwuchsen besondere kaderpolitische Aufgaben für die DBD, die die entstehenden Lücken durch fachlich wie politisch im Sinne der SED geschultes Personal auffüllen sollte. Im gleichen Jahr griff die SED mit Unterstützung der ZKSK zu härteren Mitteln

---

noch deutlicher die Verteilung bei den insgesamt 128 Vorsitzenden der Kreisausschüsse: SED 106, CDU keiner, LDP 3, DBD 15 und Parteilose 4.

78 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV-Sitzung, 7. 4. 1949, besonders die Ausführungen Martins für Sachsen und Sejnas für Sachsen-Anhalt monierten, daß man die DBD bei Kandidatenlistenplätzen betrogen habe. In Sachsen-Anhalt hätten sich daher die Bauern aus der DBD mit jenen aus bürgerlichen Parteien gegen die SED zusammengetan. Dem PV-Protokoll zufolge lautete das Ergebnis offenbar der gewählten Mitglieder in den Ortsvereinigungen zu diesem Zeitpunkt nach DBD-Angaben: 54% SED, 18,1% parteilos, 13% DBD, 7,4% CDU, 6,8% LDP und 0,3% NDPD; es weicht signifikant zugunsten von SED und DBD und zu Lasten der Parteilosen von Reutters Analyse oben ab. Zu Organisationsproblemen der DBD in Thüringen, SAPMO DY 30 IV 2/7/277, Bl. 204, LV SED Thüringen, Abt. LW an ZS, 12. 4. 1949. Für Sachsen vgl. Fritsch, Verwirklichung, S. 146–149, 167.

79 SAPMO DY 30 IV 2/7/63, Bl. 58ff., Protokoll Abteilungssitzung LW, 20. 4. 1949, Zitat Bl. 59. Außerdem stellte man fest, daß in der Hälfte aller SED-Parteiorganisationen keine Bauern organisiert sind.

80 ACDP VI-052–0141, Protokoll PV-Sitzung, 26. 8. 1948.

81 Im Frühjahr 1948 kam es zu einer Entlassungswelle in der HVLF, die vor allem ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Organisationen sowie während der NS-Herrschaft tätige staatliche und kommunale Bedienstete traf. Unter den Neueinstellungen zum 1. 4. 1948 überwogen die SED-Mitglieder. Im Februar 1949 zählte die HVLF noch 23 Angestellte, die der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört hatten. Siehe dazu BA DK-1/2046, Bl. 109 [194 zweifach paginiert], Bl. 115 [200]), Bl. 131[217]-148[234] Auflistung vom 17. 12. 1948. Von 320 Mitarbeitern der HV gehörten 104 der SED an, 6 der CDU, 3 der LDP, niemand der DBD oder NDPD, 207 waren parteilos. Das Ministerium wurde lt. Kramer, selbst von der „Säuberung" erfaßt, 1949 mit linientreuen Kommunisten besetzt; Kramer, Bolschewisierung, S. 116f.; vgl. Bauerkämper, Wege, S. 258f.; zur DWK 1947/48: Steiner, Deutsche Wirtschaftskommission.

und inszenierte in Mecklenburg zwei große Schauprozesse. Nahezu alle leitenden Genossenschaftsfunktionäre der Raiffeisengenossenschaft Mecklenburgs waren von den Prozessen in Güstrow (10. bis 15. Juli 1950) und in Greifswald (16. bis 18. Juli 1950) betroffen[82].

Trotz der „Säuberungs“-Politik der DBD 1950 in ihren eigenen Reihen zeichnete sie sich im Vergleich zur SED durch einen moderateren „Großbauern“-Begriff aus. Gerade angesichts der Unschärfe der Definition von 1950, wie sie offensichtlich die SKK vertrat, gerieten in diesem Jahr auch vormals als mittelbäuerlich klassifizierte Betriebe in die Schußlinie. Schon Höfe ab 10 ha LNF konnten unter gewissen Umständen zu den „großbäuerlichen“ zählen[83]. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auf dieser Berechnungsgrundlage in der Rezeption von SED und SKK eine Übermacht der „Großbauern“ abzeichnete, die demnach ein Viertel der bäuerlichen Betriebe innehatten und drei Mio. ha Land besaßen, während 260 000 Kleinbauern 530 000 ha und 251 000 mittlere Betriebe 1991 000 ha ihr Eigentum nannten. Nur kleine und mittlere Betriebe bis 10 ha LNF sollten noch wirtschaftlich entlastet werden. Die Erfassungs- und Aufkaufpolitik für 1950 sah 500 Millionen DM weniger Einnahmen bei gleicher Ablieferungsmenge für die landwirtschaftlichen Betriebe vor, weil zwar die Erfassungspreise für das Soll erhöht, die Aufkaufpreise für die „freien Spitzen“ aber drastisch gesenkt werden sollten[84]. Denn die Einkommensschere zwischen den „Großbauern“ und den Arbeitern klaffte nach Ansicht von SED und SKK weit auseinander, das Einkommen eines „Großbauern“ sei fünfmal so groß wie das eines Arbeiters.

Weite Teile der Bauernschaft, nachweislich in Sachsen und Sachsen-Anhalt, die häufig der CDU nahestanden, vollzogen die ideologisch motivierte Abtrennung der „Großbauern“ aus dem traditionellen dörflichen Milieu nicht mit und verweigerten die angeordnete soziale Aufspaltung in den Dörfern. Bisweilen wollten Klein- und Mittelbauern im Jahr 1950 die gestiegenen Ablieferungslasten für die „Großbauern“ mitübernehmen, und Neubauern forderten die Wiedereinsetzung der vorherigen Besitzer[85]. In der Großbauern-Frage verlangte die DBD-Führung – auf Veranlassung der SKK – ihren Funktionären und Mitgliedern eine nicht ohne weiteres nachvollziehbare Strategie ab. „Großbauern“ waren als einfache Mitglieder, sofern sie der Partei bereits angehörten, geduldet, durften aber künftig nicht mehr aufgenommen werden. Mit erheblichem Aufwand versuchte die Parteiführung, sie aus den Leitungen zu verdrängen. Hingegen sollten sie im Hinblick auf die Deutschlandpolitik durch die DBD integriert und im Rahmen eines

---

[82] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 91 f., Buss, Struktur, S. 70–76, Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 86–88.

[83] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 337–339, Besprechung am 23. 3. 1950 mit Tschuikow, Iljitschow, Rau, Grotewohl und Pieck. Laut einem Bericht über die Parteiarbeit auf dem Lande, höchstwahrscheinlich von Juni 1950, zählte man einen Teil der Bauern von 15–20 ha zu den Großbauern; SAPMO DY 30 IV 2/7/243, Bl. 26–33.

[84] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 337–339, Besprechung am 23. 3. 1950, S. 337.

[85] ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, 17. 6. 1950, Ausführungen Martin, Sachsen; ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952.

Engagements in der „Nationalen Front" mobilisiert werden[86]. Diese ideologischen Feinheiten im alltäglichen Umgang waren für die normalen Mitglieder, die zu dieser Zeit meist keine politische Schulung durchlaufen hatten, kaum einsichtig.

5. Künftiger Bündnispartner? Das Beispiel des Landarbeiterschutzgesetzes

Im Hinblick auf die Landarbeiterschaft zielten die sowjetischen Vorgaben darauf ab, langfristig die sozialistische Entwicklung auf dem Land zu begünstigen – und unter kurzfristigem Blickwinkel die Landarbeiterschaft in das politische Lager der SED zu integrieren[87]. Die sozialpolitische Strategie gegenüber den Landarbeitern, deren Lage verbessert und damit an das höhere Niveau der selbständigen Klein- und Mittelbauern angeglichen werden sollte, ließ sich mit einem agrarmarxistischem Ideologem zur Gründung der LPG verknüpfen[88]. Schon im Vorfeld offener Kollektivierungspolitik galt es, Unterschiede zwischen den sozialen Schichten der potentiellen Genossenschaftsmitglieder einzuebnen. Die Entstehung des Landarbeiterschutzgesetzes zeigt exemplarisch das Dilemma der DBD im politischen Entscheidungsprozeß und die innerparteilichen Reaktionen auf verschiedenen Ebenen. Das Dilemma ging auf die weitgehende Steuerung des Gesetzgebungsverfahrens durch sowjetische Stellen und die Umsetzung durch die SED zurück, beide Seiten engten die DBD ein.

Das am 1. Januar 1950 in Kraft tretende „Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten"[89] sollte eine eklatante arbeitsrechtliche Lücke schließen. Die sogenannte „Landarbeiterschutzverordnung" löste eine seit Januar 1919 geltende „vorläufige Landarbeitsordnung" ab, die wiederum die überkommene Gesindeordnung und die diskriminierenden Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter aufgehoben und die Arbeitszeiten begrenzt hatte[90]. Insgesamt war das Gesetz Teil jenes Projekts, das die Eigentümergesellschaft allmählich in eine Arbeitnehmergesellschaft zu transformieren suchte, und das die anfangs privatbäuerlich geprägte Agrarstruktur bis 1963 grundlegend umwälzte. Die unmittelbare Vorgeschichte des Landarbeiterschutzgesetzes begann im Dezember 1948. Welch akuter Handlungsbedarf bestand, war schon seit Jahren offensichtlich[91].

---

[86] ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, 27./28. 2. 1950, S. 24 f. ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, zugleich Festsitzung anläßlich des zweijährigen Bestehens, 16. 6. 1950, Ausführungen Goldenbaum mit Bezug auf GAK und Gehricke.

[87] Beispielhaft BA DK-1/8114, Bl. 149 ff., Bericht MLF Sachsen an HVLF, 4. 2. 1949, hier Bl. 162.

[88] Siehe dazu Bergmann, Probleme, S. 75; Gey/Quaisser, Konzeptionen, S. 19 ff.; vgl. zur Landarbeiterschaft bis 1960 auch Bauerkämper, Aufwertung, S. 266 f.

[89] GBl. DDR 1949, Nr. 16, 19. 12. 1949, S. 113 f.

[90] Winkler, Revolution, S. 87 f. SAPMO DY 30 J IV 2/2/11, Bl. 13–16, § 18 Anlage 5 des Protokolls der PB-Sitzung, 21. 3. 1949, Bl. 16.

[91] Entsprechend emphatisch wurde das Gesetz in der DDR als Errungenschaft gefeiert; Frerich/Frey, Sozialpolitik, S. 116 mit Verweisen auf DDR-Literatur.

Die Landarbeiter distanzierten sich klarer noch als die Bauernschaft von der SED, obwohl sie doch als Teilgruppe des Proletariats in ideologischer Nähe zur Partei der Arbeiterklasse hätten stehen müssen. Die SED hatte deren politische Einbindung versäumt.

Die Arbeitsbedingungen auf dem Land hinkten in der Tat denen in der Industrie hinterher, solange es allerdings um die Ernährungssicherung ging, bot eine Beschäftigung auf dem Land einen entscheidenden Vorteil in der von Mangelernährung geprägten Zusammenbruchsgesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit[92]. Dieser ernährungswirtschaftliche Aspekt dürfte teilweise erklären, warum eine Neuregelung nicht früher erfolgte. Denn die Verordnung verschlechterte die Produktionsbedingungen erheblich und gefährdete den agrarwirtschaftlichen Erfolg vieler Betriebe aller Größengruppen. Daher ist eine wirtschaftliche Motivierung des Gesetzes, wonach es einen finanziellen Anreiz für mehr und bessere Landarbeit schuf, äußerst zweifelhaft[93].

Während die SED im Mai 1949 104705 von insgesamt rund 950000 Bauern als Mitglieder und Kandidaten in ihren Reihen zählte, gewann sie nur einen geringeren Teil der Landarbeiter. Von rund einer Million Land- und Forstarbeitern 1949/50 gehörten im Mai 1949 62421 der SED als Mitglied oder Kandidat an[94]. Die Mitgliederanteile differierten je nach wirtschaftlicher Struktur der Länder erheblich. Während im Oktober 1948 in Sachsen der Anteil der Bauern an der SED-Gesamtmitgliederzahl bei nur 2,5% lag und der der Landarbeiter sogar bei nur 1,9%, betrug zum gleichen Zeitpunkt in Mecklenburg der der Bauern 15,3% und der der Landarbeiter 3%. Den vergleichsweise höchsten Landarbeiteranteil zählte die SED in Sachsen-Anhalt mit 5,4%, der Anteil der Bauern lag hier nur um 1% höher[95].

Nur knapp ein Fünftel der Landarbeiter war bis März 1947 gewerkschaftlich organisiert, regional lagen die Sätze erheblich darunter[96]. Im Herbst 1948 gehörten nicht mehr als 20% der 179078 Landarbeiter Mecklenburgs dem FDGB an, dagegen gut zwei Drittel der Forstarbeiter[97]. Immerhin verbuchte die Gewerkschaft Land und Forst bis Dezember 1949 einen Mitgliederanstieg auf 428000, verfügte dann 1953, vermutlich infolge des allgemeinen Rückganges der Land-

---

[92] Die Behörden gingen davon aus, daß die Landarbeiter schon mitversorgt werden würden, sofern sie nicht selbst dazu in der Lage wären: Vgl. BA DC-15/715, Bl. 18, Kowal, Chef der SMAD-Abt. LW, an Rau, 14. 5. 1948; Rau sprach sich dafür aus, auch die Landarbeiter mit Lebensmittelkarten auszustatten; Kowal war nur in absoluten Ausnahmefällen dazu bereit, ansonsten gehörten ldw. Arbeiter und ihre Familien zu dem sich voll selbstversorgenden Teil der Bevölkerung.

[93] So lautete Dillwitz zufolge die Einschätzung von Merker, Hoernle (HVLF) und Brack (Abt. Arbeit und Sozialfürsorge). Dillwitz, Entwicklung, S. 61.

[94] SAPMO DY 30 IV 2/7/243, Bericht über die Parteiarbeit auf dem Lande, undatiert [1950], Bl. 26–58, hier Bl. 26f.; Zahlen für Mai 1947 bei Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 510: 64276 (3,6% der SED-Mitglieder).

[95] Zahlen für Oktober 1948 nach: Entscheidungen, Anhang, Tabelle 8.

[96] Dillwitz, Entwicklung, S. 55.

[97] Woderich, Zu den Anfängen, S. 55f. Auffälligerweise waren die Forstarbeiterinnen sogar zu 95% organisiert, die Landarbeiterinnen hingegen nur zu 12%.

arbeiterschaft, noch über 320000 Mitglieder[98]. Im Jahr 1949 gab es etwa 910000 Landarbeiter und zeitweilige Lohnarbeitskräfte, wovon 832000 in der privaten Landwirtschaft beschäftigt waren. Fast ein Drittel der in Privatbetrieben tätigen familienfremden Arbeitskräfte war auf „großbäuerlichen" Höfen mit über 20 ha beschäftigt; berücksichtigt man nur die Landarbeiter und klammert Saisonarbeitskräfte aus, so arbeiteten 42% von ihnen bei „Großbauern"[99]. Das war zwar eine erhebliche Zahl, sie bedeutete jedoch zugleich, daß mehr als die Hälfte der Landarbeiter in den anderen Betriebsgrößenklassen tätig war. Damit war auch die Zielgruppe der DBD, die Klein- und vor allem die Mittelbauern, erheblich von der Landarbeiterschutzverordnung betroffen.

Zwar registrierte die SED ebenso Unzulänglichkeiten ihrer Politik auf dem Land, doch sie ergriff keine Initiative, die darauf zielte, die Landarbeiter stärker an sich zu binden. Die bisher zugänglichen Dokumente zur Reise der SED-Führungsspitze nach Moskau vom 12. bis 24. Dezember 1948 enthalten eindeutige Indizien, wonach der Anstoß zum Landarbeiterschutzgesetz von sowjetischer Seite ausging. Es gibt keinerlei Hinweise dafür, daß eine solche Gesetzesinitiative ursprünglich von seiten der SED vertreten wurde[100], obgleich es durchaus Anknüpfungspunkte an kommunistische Forderungen für die Landarbeiterschaft aus der Weimarer Zeit gegeben hätte[101]. Insofern trägt die sofortige Ingangsetzung der Gesetzesvorbereitung Züge eines sowjetischen „Re-Imports" ursprünglich deutscher Traditionsbestände im Sozialversicherungswesen[102].

Im Frühjahr 1949 begannen die Vorarbeiten in verschiedenen Abteilungen des Parteivorstandes der SED zu einer Reihe von agrarpolitischen Gesetzesvorhaben. Während der DWK die Verordnungen ernährungstechnischer Art überlassen

---

98 Zahlen für 1949 nach Müller, FDGB, in: SBZ-Handbuch S. 660, für 1953 nach Schulz, Probleme, S. 157. Dennoch bewiesen die Landarbeiter 1953 ihre Distanz. Nach dem 17. Juni führte widersetzliches Verhalten dazu, daß die laufenden Gewerkschaftswahlen der IG Land und Forst unterbrochen werden mußten, ebd.

99 Schulz, Probleme, S. 6; vgl. auch Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 128–131.

100 Siehe Piecks „Notizen für die Besprechung in Moskau", die dann am 18. 12. 1948 stattfand, in: Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 254–259, hier S. 255. Auffälligerweise enthalten weder diese einen Hinweis auf ein von der SED geplantes Landarbeiterschutzgesetz noch eine ausführlichere Ausarbeitung „Antwort auf die Fragen zur Besprechung", ebd. S. 247–253, die den Herausgebern zufolge vorher dem Politbüro zugeleitet worden war, also nur die Pläne der SED enthielt, ohne die späteren, in Moskau besprochenen Änderungen. Dagegen enthalten die Notizen Piecks, die er vermutlich noch in Moskau angefertigt hatte, und die ihm erheblich erscheinenden Ergebnisse der Beratungen und damit auch die Kurskorrekturen Stalins festhielten, erstmals und eindeutig den Hinweis auf ein „Gesetz über Landarbeiter"; ebd., Ergebnis der 4stündigen Besprechung am 18. 12. 1948, S. 259–263, Zitat S. 260. So auch die Notizen Piecks für den Bericht vor dem ZS über die Besprechungen in Moskau, ebd., S. 265–274, bes. S. 268. Nicht umsonst griff der PV der DBD in einem Schreiben an die SKK (Buschmanow) gezielt das Landarbeiterschutzgesetz heraus, um auf weitere „Einsatzmöglichkeiten" der DBD zu verweisen. ACDP VI-052–0001c, Stellungnahme zu einigen politischen Problemen lt. Schreiben vom 30. 5. 1950. Unzutreffend Dillwitz, Entwicklung, S. 60.

101 Siehe etwa die kommunistische Landtagsfraktion in Mecklenburg-Schwerin 1926–29, Für die Arbeiter- und Bauernmacht, S. 51 ff., 58 ff., 65 ff. Für die Tolerierung einer SPD-Regierung rangierten Landarbeiterfragen ganz oben.

102 Hockerts, Einführung, S. 9.

wurden, konzentrierte sich die SED auf die Erweiterung des „volkseigenen" Sektors in der Landwirtschaft. Eine Bauernkonferenz der SED in Halle diente der zusätzlichen – vordergründig basisnahen – Scheinlegitimation[103]. Die SED-Landwirtschaftsabteilung erstellte in engster Zusammarbeit mit der SMAD Entwürfe[104]. Bereits im März 1949 beschloß das Politbüro eine Vorlage, die zwar wesentliche Punkte des späteren Gesetzes schon enthielt, in der aber auffälligerweise manche begriffliche und inhaltliche Schärfen noch fehlten, über die die SED später mit CDU und LDP vehement stritt; so z.B. die Zuspitzung der Verordnung auf „private und diesen verwandte" landwirtschaftliche Betriebe[105]. Während die frühe Politbürovorlage explizit die Beschäftigten in den VEG miteinbezog, ist von diesen später nicht mehr ausdrücklich die Rede, sie wurden unter die Bezeichnung „verwandte" Betriebe subsumiert. Diese Veränderung dürfte auf Veranlassung sowjetischer Stellen nachträglich eingebaut worden sein, um die Zielrichtung des Gesetzes gegen all jene privatbäuerlichen Betriebe, die Landarbeiter beschäftigten, zu unterstreichen, denn diese zählten laut Doktrin eindeutig nicht mehr zur Kleinbauernschaft[106].

Auch in der SED setzte zu dieser Zeit eine Tendenz ein, grundsätzlich zwischen Kleinbauern, die Landarbeiter beschäftigten und solchen, die das nicht taten, zu unterscheiden. Das Landarbeiterschutzgesetz markierte damit eine Radikalisierung in der „Bündnispolitik", die alle Bauern, die fremde Arbeitskräfte beschäftigten, ob Klein-, Mittel- oder Großbauern, als opportune Bündnispartner der SED in Frage stellte. Trotz der Verhandlungen in der DWK – dort besprach man offensichtlich sieben verschiedene Vorlagen des Gesetzes[107] – und mit den bürgerlichen Blockparteien, trotz der Anhörung von VdgB und DBD beweist die Aktenüberlieferung, daß die Eckpunkte von den SED-Fachabteilungen gemeinsam mit der SMAD festgelegt worden waren[108].

Welche Punkte sah nun das Landarbeiterschutzgesetz nach der in der DWK besprochenen, maßgeblichen Fassung vor? Zunächst führte es schon nach kurzer Beschäftigungsdauer das Prinzip eines festen schriftlichen Arbeitsvertrages ein, der von der zuständigen Industriegewerkschaft (IG) Land und Forst – letztlich auf Kosten der Arbeitgeber – zu registrieren war und so auf seine Zulässigkeit hin

---

[103] Siehe Deutsche Geschichte, Bd. 9, S. 412.

[104] Absprachen zum Landarbeiterschutzgesetz in SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 19ff., Abteilungsleiterbesprechung, 31. 1. 1949.

[105] Siehe dazu SAPMO DY 30 J IV 2/2/11, Bl. 13–16, Anlage 5 zum Protokoll der PB-Sitzung vom 21. 3. 1949 und SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 130–136, Text der VO zum Schutz der Arbeitskraft der Landarbeiter. Das Sekretariat der DWK bereitete für die Vollversammlung der DWK am 28./29. 7. 1949 eine erneut veränderte Fassung vor, siehe SAPMO NY 4090/325, Bl. 139–142.

[106] Allerdings ging die Bezeichnung „landwirtschaftlicher Unternehmer" und „Beschäftigter" auf eine Angleichung der Begrifflichkeit in den parallel ausgearbeiteten Tarifverträgen für die private Landwirtschaft zurück. SAPMO DY 30 IV 2/7/113, Bl. 32, Reutter an Pfaffrath, Abt. Arbeit und Sozialfürsorge, 10. 5. 1949.

[107] So Otto Körting im Rückblick, SAPMO VdgB 144, Protokoll Landesausschußsitzung Sachsen-Anhalt, 18. 7. 1950.

[108] SAPMO DY 30 IV 2/7/113, Bl. 32, Reutter an Pfaffrath, Abt. Arbeit und Sozialfürsorge, 10. 5. 1949.

überprüft werden konnte. Dieser Vertrag sollte verbindliche Festlegungen zur Art der zu verrichtenden Arbeit enthalten. Die Arbeitszeit sollte prinzipiell acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich betragen, worin die Zeiten für die Viehfütterung und Pflege inbegriffen waren – eine nicht selbstverständliche Einbindung. Der Acht-Stunden-Tag war ein Kernstück der Verordnung. Die Verträge sollten die Entlohnung nach Einstufung in einen Tarifvertrag regeln, fixierten einen Urlaubsanspruch sowie Zahlungen bei Krankheit und Tod. Außerdem enthielten sie Abmachungen zur Unterbringung und zur kostengünstigen Lebensmittelversorgung der Landarbeiter. Verheirateten Landarbeitern war eine angemessene, nötigenfalls möblierte Wohnung, eventuell auch ein Stall und Kartoffelland bereitzustellen, ledige Landarbeiter hatten Anspruch auf ein möbliertes beheizbares Zimmer[109].

In Kombination mit den parallel dazu ausgearbeiteten Tarifverträgen für die Landarbeiter in privaten Betrieben, die ab April 1949 in Kraft traten[110], bedeutete das Gesetz eine erhebliche finanzielle, soziale und rechtliche Verbesserung für die Landarbeiterschaft und gleichzeitig eine nicht weniger einschneidende Belastung für die Arbeitgeber. Letzteren drohte das Gesetz bei Zuwiderhandlung eine Geldstrafe bis zu 5000 DM und Gefängnis bis zu sechs Monaten an[111].

Das Landarbeiterschutzgesetz erstrebte eine Angleichung der agrarischen Arbeitsverhältnisse an die städtisch-industriellen; das Wohlstandsgefälle zur Industriearbeiterschaft sollte vermindert werden. Normativ überprüf- und einklagbare vertragsrechtliche Regelungen sollten gewohnheitsrechtliche ablösen. Der bislang nicht vorhandene Zugriff der Gewerkschaften auf die bäuerlichen Betriebe sollte verstärkt werden. So hatte die IG Land und Forst faktisch ein Vetorecht bei Entlassungen, denn jede Kündigung bedurfte ihrer Zustimmung, und sie mußte bei Arbeitsstreitigkeiten eingeschaltet werden[112]. Das Landarbeiterschutzgesetz stand in Zusammenhang mit der Zielrichtung der Wirtschaftspolitik für das Jahr 1950, die einen verschärften Ausbau der Schwerindustrie vorsah und die Agrarpolitik diesem Kurs unterordnete. Dabei wurde inoffiziell eingefordert, daß die Landwirtschaft einen Tribut zum industriellen Aufbau leisten und auf Ressort-Mittel verzichten müsse[113]. Die verteuerte ländliche Arbeitskraft führte zu einer Abwanderung in industrielle Wirtschaftszweige, weil sich viele bäuerliche Betriebe die Beschäftigung von familienfremden Arbeitskräften zu diesen Konditio-

---

109 GBl. DDR 1949, Nr. 16; SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 130–136.

110 Vgl. grundsätzlich Dillwitz, Entwicklung, S. 52ff.

111 Kriminalisiert wurden Arbeitgeber, die Landarbeiter ohne Verträge beschäftigten, wer unter Tarif entlohnte, die gesetzliche Arbeitszeit um mehr als 2 Stunden überschritt oder es unterließ, den Arbeitsvertrag bei der IG Land und Forst registrieren zu lassen. Siehe § 11 der Verordnung. Der DWK-Entwurf sah noch 10000 DM Strafe vor.

112 SAPMO NY 4090/325, Bl. 140, § 2, Abs. 5, § 9, Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten. Offenbar gab es gewerkschaftliche Vorbehalte gegen die Übernahme der Registrierung der Arbeitsverträge durch die IG Land und Forst; man argumentierte, daß damit eine staatliche Aufgabe übernommen werde, die den Charakter der Arbeitnehmervertretung verwische und daher besser bei den Arbeitsämtern angesiedelt werden sollte. Dies griff Merker auf in SAPMO NY 4102/49, Bl. 185–189, Zeitungsbeitrag für das „Neue Deutschland" „Noch einmal Landarbeiterschutzgesetz", 21. 7. 1949.

113 Vgl. Nehrig, Bauern, S. 241.

nen nicht mehr leisten konnten. Die Auswirkungen des Gesetzes, ob intendiert oder nicht, deckten sich daher mit der in Angriff genommenen Arbeitskräftelenkung in jene Wirtschaftszweige, die den industriellen Aufbau vorantrieben[114].

In der Praxis bedeuteten die im Entwurf vorgesehenen Regelungen erhebliche Erschwernisse für die bäuerlichen Wirtschaften. In den Beratungen bei der DWK mit allen Parteien und der VdgB sind daher viele Einwendungen vorgebracht worden. Offenbar hielten sich CDU und LDP in ihrer offiziell geäußerten Kritik zurück. Sie kritisierten die Verordnung nicht prinzipiell, sondern in ihrer Ausrichtung auf die „privaten" bäuerlichen Betriebe und in einigen anderen Details[115]. Allerdings verfolgten ihre Verhandlungsvertreter nach der Staatsgründung die Devise, in Parlamentsausschüssen wesentliche Nachbesserungen zu erreichen. Die Fraktionsmitglieder von CDU und LDP verfochten hierbei anscheinend einen Kurs, der von jenem, den die jeweiligen Parteiführungsgremien nach außen hin vertraten, abwich[116]. In Sachsen blieb der CDU-Vertreter im Landesblock der Sitzung, die das Landarbeiterschutzgesetz behandelte, fern[117].

Während sich VdgB und DBD offiziell ganz hinter die Verordnung stellten, entzündete sich in beiden Organisationen ein Meinungsstreit, der im internen Machtkampf instrumentalisiert wurde. Der erste Vorsitzende der ZVdgB, Otto Körting (SED), wandte sich gegen eine Reihe von Punkten, die seiner Auffassung nach erhebliche finanzielle Belastungen für die ohnehin wirtschaftlich instabilen bäuerlichen Betriebe mit sich bringen würden[118]. Seine Argumentation, derzufolge die Bauern allein bei der VdgB mit 35 Mio. DM verschuldet und teilweise nicht einmal das ihnen zustehende Düngerkontingent kaufen könnten, brachte ihn in Verdacht, eine „Bauernpolitik" [!] anstelle einer politisch konformen Agrarpolitik zu verfolgen[119]. Es war verhängnisvoll, daß diese Äußerungen über den internen Rahmen der Beratungen zum Landarbeiterschutzgesetz in der DWK hinaus bei einer interfraktionellen Sitzung der Volkskammer fielen. Die SED warf ihm neben anderen Punkten vor, von der bündnispolitischen Linie „abgewichen"

---

114 Zur Arbeitskräftelenkung vgl. auch das „Gesetz der Arbeit" vom 19. 4. 1950, GBl. DDR 1950, Nr. 46, 28. 4. 1950, S. 352. Dazu auch Wunderlich, Farmer, S. 62f. Eine andere Einschätzung bei Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 131; demzufolge konnte das Landarbeiterschutzgesetz die Abwanderung Erwerbstätiger in andere Bereiche nicht aufhalten, wobei mitschwingt, als habe das Gesetz eine solche verhindern wollen.

115 BA DC-15/826, Abänderungsvorschläge der Parteien und Organisationen zum Entwurf der VO zum Schutze der Arbeitskraft der Landarbeiter, undatiert [20. 7. bis 11. 10. 1949]. CDU und LDP traten für die Halbierung des Strafmaßes ein und konnten dies durchsetzen. Vgl. auch Dillwitz, Entwicklung, S. 60f.; dies., Jugendverband, S. 240.

116 Bericht zur Blocksitzung vom 30. 11. 1949, abgedruckt bei Suckut, Blockpolitik, S. 560f.

117 ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, 27./28. 2. 1950, Beitrag Köhler, Sachsen (2. Verhandlungstag, S. 139f.).

118 So wandte er sich gegen die Fixierung auf einen Acht-Stunden-Tag, der Fütterung und Pflegezeiten einbezog, sowie die Beschränkung auf 300 Überstunden im Jahr. SAPMO VdgB 144, Protokoll Landesausschußsitzung Sachsen-Anhalt, 18. 7. 1950.

119 SAPMO VdgB 144, Neufassung Protokoll-Texte über die Fraktionssitzung vom 22. 12. 1949; siehe auch Protokoll Sekretariatssitzung der ZVdgB, 27. 7. 1950, ebd. Instruktiv zu Körtings Auftreten in der interfraktionellen Sitzung auch SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 114–119, Aktenvermerk für Merker, 9. 12. 1949, hier Bl. 114–117. Demnach löste dieses Verhalten das weitere Vorgehen gegen Körting aus.

zu sein, als er äußerte, daß er keine „Großbauern" kenne, nur „reaktionäre" und „fortschrittliche" Bauern. Waren diese Angriffe von Körtings Anhängern noch leicht als vordergründig politisch motiviert zu erkennen, so versuchte man darüber hinaus, ihn als Amtsträger vor den bäuerlichen Mitgliedern zu diskreditieren[120]. Körting war im Grunde ein Opfer der allgemeinen „Säuberungspolitik" nach dem III. Parteitag der SED, und man bemühte sich nicht umständlich darum, dies zu verheimlichen[121]; eher schon den Umstand, daß Vieweg ihn als Gegner in der VdgB kaltstellen wollte[122]. Körting, der im Sinne einer auf die Belange der Bauern bezogenen Agrarpolitik argumentierte, lief Gefahr, als Gegner des veränderten agrarpolitischen Gesamtkurses und der verschärften Bündnispolitik der SED gegenüber den sogenannten „Großbauern" eingestuft zu werden.

Auch die Führungsspitze der DBD war hinsichtlich des Landarbeiterschutzgesetzes gespalten. Nach außen hin stand ihre Parteipresse von Beginn an hinter dem Landarbeiterschutzgesetz und begrüßte es prinzipiell nach der Verabschiedung[123]. Paul Scholz formulierte noch einen Monat vor den Beratungen in der DWK im Juli 1949 gegenüber der SED-Landwirtschaftsabteilung Vorbehalte, die Körtings Kritik in nichts nachstanden. Im Gegensatz zu diesem erwuchs ihm daraus keinerlei Schaden. Das rührte sicherlich auch daher, daß Körtings Vorgehensweise es der CDU erlaubte, sich als „liebenswürdige und konziliante" Verhandlungspartnerin zu profilieren. Dies zugelassen zu haben, provozierte ein rigoroses Vorgehen gegen Körting[124]. Die Verläßlichkeit von Scholz, dem Verbindungsmann zur SED in dieser Zeit, war hingegen über jeden Zweifel erhaben.

Ernst Goldenbaum stand nach außen ebenso wie in der Partei ganz hinter dem Gesetzesvorhaben. Seine Konformität mit der SED-Konzeption ist zweifellos durch den Umstand begünstigt worden, daß er sich zu dieser Zeit als Minister für das Landwirtschaftsressort gegen Herbert Hoffmann durchsetzen mußte, den die

---

120 So der Vorwurf, in illegale private Kreditvergaben verstrickt zu sein. Daher munitionierte Körting seine Verteidigungsrede mit vielerlei Anspielungen auf das illegale Finanzgebaren und Mittelverschwendung besonders des mecklenburgischen VdgB-Landesverbandes. SAPMO VdgB 144, Protokoll Landesausschußsitzung Sachsen-Anhalt, 18. 7. 1950.

121 Vgl. Ebd.

122 Siehe dazu SAPMO VdgB 144, Rededisposition Viewegs für die außerordentliche 4. Hauptausschußsitzung, undatiert; ebd., Protokoll der 4. Hauptausschußsitzung. Körting wurde aus der Führung entfernt und genötigt, sein Volkskammermandat niederzulegen, schließlich nahm man ihn für ein Jahr in Untersuchungshaft. Es gereichte ihm – so wie zuvor Hoernle – zum Nachteil, daß er für einen eigenständigeren Kurs der VdgB gegenüber der SED eingetreten war. Zur Rolle Viewegs auch Scholz, Bauernopfer, S. 74, 112f.; zu Jadasch und Hansch, die Vieweg unterstützten, SAPMO VdgB 144. Vgl. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 66f., S. 223; Buss, Struktur, S. 113f., wonach Körting auch in Widerspruch zur Gleichschaltung der ldw. Genossenschaften stand; Weber, Umgestaltung, S. 2854.

123 „Bauern-Echo", 7. 5. 1949, S. 5. Auffälligerweise schwieg die Berichterstattung im „Bauern-Echo" bis zur endgültigen Beschlußfassung in der Volkskammer. Zweifellos hielt man das Thema für ungeeignet, das Mitgliederwachstum zu fördern. „Bauern-Echo", 8. 12. 1948 mit Hinweis, daß die DBD erfolgreich Abänderungsvorschläge im Sinne der „werktätigen Bauern" einbringen habe können. Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 158.

124 SAPMO DY 30 IV 2/2022/18, Bl. 114–119, Aktenvermerk für Merker, 9. 12. 1949, hier Bl. 115.

SED-Spitze gern statt seiner in der Regierungsmannschaft gesehen hätte. In der Wahrnehmung der Funktionäre und Mitglieder der DBD läutete diese Differenz zwischen Scholz und Goldenbaum eine jahrelange Rivalität ein[125]. Zu berücksichtigen ist jedoch die spezifische Gesprächssituation zwischen Scholz und den SED-Verantwortlichen. Die internen Beratungen in einem frühen Stadium erleichterten ihm, durch Kritik auf die endgültige Gesetzesfassung einzuwirken. Goldenbaum, für dessen Beteiligung an ähnlichen Aussprachen keine Hinweise vorliegen, hatte bei seinen Auftritten, etwa in der Blocksitzung am 30. November 1949, in der CDU und LDP das Gesetz attackierten, gar keine andere Wahl, als das Gesetz zu verteidigen, wenn er seinen Ministerposten behalten wollte[126]. Die DBD befand sich in einem Zwiespalt. Das Gesetz schädigte zweifellos die eigene Klientel, aus politischen Gründen gab es jedoch keine Alternative zur Zustimmung. Dies gilt um so mehr, wenn das Gesetz von sowjetischen Stellen oktroyiert wurde, da die DBD angesichts der Geringschätzung durch die SED auf die sowjetische Unterstützung existentiell angewiesen war.

Scholz' Argumentation suchte nach Wegen, wie die „werktätigen Bauern" im Unterschied zu den „Großbauern" von den Auswirkungen der Verordnung verschont werden könnten. Auf sie treffe der Begriff „landwirtschaftliche Unternehmer" nicht zu, wie ihn der Verordnungsentwurf zu dieser Zeit vorsah[127]. Er befürchtete 1949, daß sich ein „grosser Teil der werktätigen Bauern wieder mit den Grossbauern [...] liiert und die bisher erreichten Erfolge hinfällig werden"[128], wenn die Verordnung in dieser Form erlassen würde. Offensichtlich plante man zu dieser Zeit, die Verordnung so schnell wie möglich, unter Umständen noch vor der Ernte 1949 zu verkünden. Die langwierigen Beratungen zwischen allen Parteien und Organisationen in der DWK, die letztlich die Ablehnung der Gesetzesnovelle durch die Bauernschaft widerspiegelten, verhinderten dies. Auch Scholz empfahl eine Vertagung bis Herbst. Welchen offiziellen Standpunkt die DBD gegenüber der Verordnung einnehmen sollte, war Anfang Juni 1949 noch offen. Es zeichnete sich jedoch ab, daß die DBD sowohl die Haltung ihrer Mitglieder als auch die Positionen von CDU und LDP in ihr Kalkül einbeziehen mußte. Scholz gab zu bedenken, daß die bürgerlichen Parteien das Gesetz ablehnten und sie damit auf große Zustimmung unter der Bauernschaft stießen. Wenn das Gesetz noch vor dem für Juni 1949 geplanten I. Parteitag der DBD beschlossen würde, der unmittelbar nach dem Bauerntag stattfinde, welcher wiederum ein Forum für die Kritik der bürgerlichen Parteien biete, dann müsse die DBD das Gesetz wahrscheinlich ablehnen. Schließlich argumentierte er, daß die Landarbeiterschaft von

---

[125] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950, Wortbeitrag Albrecht. So protegierte Goldenbaum in dieser Zeit, wenngleich erfolglos, Besler statt Scholz als Vorsitzenden der Wirtschaftskommission beim PV. ACDP VI-052-0143, Protokoll PV-Sitzung, 8. 11. 1949.

[126] Vgl. Suckut, Blockpolitik, Tabelle 1.

[127] Siehe SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 130–136.

[128] Ebd., Bl. 128f., Mitteilung Abt. LW der SED, Krebaum, an Merker über eine Unterredung mit Scholz, Gen. Beuster (IG Land und Forst) und Genossin Wohlgemuth (VdgB) vom 1. 6. 1949, 2. 6. 1949. Danach auch das folgende.

sich aus kein solches Gesetz fordern würde[129]. Dies zeigt, wie sehr sich die Landarbeiter dem dörflichen Milieu zugehörig fühlten und keineswegs bereit waren, einer Klassenzuschreibung zu folgen[130]. Andererseits unterstreicht es die Schwäche der IG Land und Forst als Interessenvertretung[131].

Gemeinsam mit der Vertreterin der VdgB, Wohlgemuth, forderte Scholz, die Maßgabe eines achtstündigen Arbeitstages zu prüfen, was im Grunde das Herzstück des Entwurfes traf. Insbesondere die Fütterungs- und Pflegezeiten könnten nicht ausschließlich im Rahmen dieser Arbeitszeitvorgabe verrechnet werden. Ebenso seien „werktätige Bauern" außerstande, ihren verheirateten Landarbeitern eine möblierte Wohnung zu überlassen. Hier müsse man zwischen den Landarbeitern bei „Großbauern" unterscheiden, die häufig auf dem Hof wohnen würden, und denen bei „werktätigen" Bauern, die bislang im Dorf ihr Quartier hatten.

Letztlich bewirkten all diese Einwände keine wesentliche Änderung, nur eine Verschiebung des Gesetzes. Lediglich einige sprachliche Schärfen, die gegen bäuerliche Privateigentümer gerichtet waren und Bauern pauschal als „Unternehmer" bezeichneten, fehlten in der erlassenen Fassung[132]. Das Gesetz wurde nach der Staatsgründung verabschiedet. Im Endeffekt war diese Verzögerung, durch die es erst im Wirtschaftsjahr 1950 zum Tragen kam, für SED wie DBD günstiger. Für die DBD verlängerte sich der Zeitraum ohne die negativen Folgen des Landarbeiterschutzgesetzes, in dem sie sich organisatorisch stabilisieren und die Mitgliederbasis ausdehnen konnte.

Neben der Gesetzesinitiative deutet auch der Gang der Verhandlungen auf massive sowjetische Einflußnahme hin. Außer dem innersten SED-Zirkel, der die sowjetischen Vorgaben zur Agrarpolitik umzusetzen hatte, gab es keinen Akteur, der vorbehaltlos hinter dem Entwurf stand. Sogar die IG Land und Forst, die durch das Gesetz aufgewertet wurde, mußte sich diskreditiert fühlen, weil die Gesetzentwürfe aufzeigten, wie sehr es ihr bislang mißlungen war, die bestehenden Tarifverträge durchzusetzen. Paul Merker warnte das Kleine Sekretariat erfolgreich davor, gleichzeitig mit dem Landarbeiterschutzgesetz eine Zusatzverordnung zum Schutz jugendlicher Landarbeiter zu erlassen, wie die SED-Jugendabteilung verlangt hatte. Dies könne die Verabschiedung des Landarbeiterschutzgesetzes weiter verschleppen. Er brachte vor, „daß eine besondere Zusatzverordnung den schon jetzt vorhandenen starken Widerstand unter den Bauern gegen das Landarbeiterschutzgesetz noch mehr verstärken würde"[133].

---

[129] Dies steht gegen die Behauptung von Dillwitz, Entwicklung, S. 61.

[130] BA DK-1/8114, Bl. 149ff., Bericht des MLF Sachsen an HVLF, 4. 2. 1949, hier Bl. 162; Bauerkämper, Neubauern, S. 120, 127; ders., Strukturumbruch, S. 78ff.; Andeutungen auch bei Plaul, Veränderungen, S. 157ff.

[131] Deren Vorsitzender, Willi Beuster, bat darum, jene Passage aus der Präambel zu streichen, die ihr interessenpolitisches Versagen gegenüber den „landwirtschaftlichen Unternehmern" explizit hervorhob.

[132] So wurde das Adjektiv „privat" ebenso gestrichen wie die Bezeichnung der „landwirtschaftlichen Unternehmer" durch „Inhaber" oder „Leiter" ersetzt wurde. BA DC-20 I/3–1, Sitzung des Ministerrates, 24. 11. 1949, Bl. 91ff., Gesetzentwurf in Anlage, Bl. 98ff.

[133] SAPMO DY 30 IV 2/7/110, Bl. 224, Vorlage Merker an Kleines Sekretariat, 2. 11. 1949.

Die DBD reagierte verhalten auf das Gesetz. In den Landessekretariaten fanden zwar Debatten statt, doch hütete man sich davor, Gegenargumente wörtlich ins Protokoll zu nehmen[134]. Den Landessekretariaten wurde eingeschärft, daß bei den Funktionären politische „Klarheit" herrschen müsse. Im mecklenburgischen Sekretariat betonte der Landesvorsitzende Ernst-Walter Beer, daß „unser Regierungsprogramm auch unser Programm ist und sein muß", und die DBD das Landarbeiterschutzgesetz voll anerkenne[135]. Offensichtlich gab es genügend Anlaß für diese unmißverständlichen Worte. In den Ortsgruppen und Kreisverbänden der DBD stieß das Gesetz ebenso auf Ablehnung, wie dies für die Bauernschaft insgesamt zu beobachten war. Es liegen keine Zeugnisse darüber vor, wie sich die knapp vier Prozent Land- und Forstarbeiter, die es bei Inkrafttreten in der DBD gab, verhielten. Ihre Interessen sind jedoch zweifellos von der gut 20 Prozent starken Mitgliedergruppe der Mittel- und Großbauern übertönt worden; zumal die zahlenmäßig schmal vertretenen „Großbauern" häufig eine innerdörfliche und innerparteiliche Führungsrolle behaupteten[136]. Nicht ohne Grund dürfte sich Paul Scholz veranlaßt gesehen haben, zunächst gegenüber der SED mit einer Ablehnung des Gesetzentwurfes aufgrund der Einstellung der Basis zu drohen.

Eine Episode illustriert den Unmut von Teilen der sächsischen Bauernschaft: Im Frühjahr 1950 waren im Landkreis Flöha 200 Bauern einem Versammlungsaufruf gegen das Landarbeiterschutzgesetz gefolgt, der angeblich von der VdgB stammte, die dann aber keinen Redner schickte. Eine Resolution, die zum Abdruck an die Zeitung „Der Freie Bauer" verschickt worden war, wurde nicht publiziert. Bereits Ende 1949 hatte sich ein anonymer Briefschreiber aus dem Landkreis an die VdgB wie DBD gewandt und so vehement gegen das Landarbeiterschutzgesetz gewettert, daß die zentrale SED-Landwirtschaftsabteilung zu ermitteln begann[137]. Auch die DBD wurde von ihm demnach als Anwalt gegen das Gesetz begriffen, obwohl im Kreis Flöha die CDU unter den Bauern wie in der VdgB dominierte[138].

Offenbar schreckte die SED vor einer rückhaltlosen Durchsetzung des Gesetzeswerkes zurück, wahrscheinlich war sie dazu gar nicht in der Lage. Die SED-Kritik richtete sich vor allem gegen den unzulänglichen Einsatz der IG Land und Forst. Die Arbeitgeber erschwerten Kontrollen, indem sie die Lohnbücher nicht ordnungsgemäß führten. Festgestellt wurde außerdem, daß die Beschäftigten verängstigt waren und es nicht wagten, „bei Überprüfungen den Kontrollorganen Auskunft über Art und Höhe ihrer Entlohnung zu erteilen bzw. bewußt fälschlicherweise behaupten, daß ihnen alle Arbeiten ordnungsgemäß bezahlt werden"[139].

---

[134] ACDP VI, unverz. Best. Sekretariatssitzungen der LV, Protokoll Sekretariat Sachsen-Anhalt, 9. 12. 1949.

[135] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Protokoll Sekretariat, 22. 11. 1949.

[136] Vgl. Tabelle 28.

[137] SAPMO DY 30 IV 2/7/74, Bl. 111, Protokoll Abteilungsbesprechung, 13. 12. 1949.

[138] ACDP VI-052-0143, Protokoll PV, 27./28. 2. 1950, S. 104–107. Noch 1951 war es der DBD nicht gelungen, daran etwas zu ändern, ACDP VI-052-222/1, Instrukteurbericht über KV Flöha, 8./9. 8. 1951.

[139] Iwand, Wie wurde das Landarbeiterschutzgesetz bisher verwirklicht?, in: Arbeit und Sozialfürsorge, S. 232–233, Zitat S. 233. Siehe auch Frerich/Frey, Sozialpolitik, S. 116.

Zweifellos begünstigte das Gesetz durch die Verteuerung der Arbeitskraft die Halbierung der Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Landwirtschaft von 993 878 im Jahr 1946 auf rund 435 000 im Jahr 1953[140]. Probleme bei der Realisierung waren an der Tagesordnung. Anfangs wurden die Regelungen kaum umgesetzt, wie Überprüfungskommissionen der IG Land und Forst und des FDGB berichteten[141]. Noch 1952 forderte die Gewerkschaft ihre Mitglieder zur besseren Durchsetzung des Gesetzes auf und versuchte es propagandistisch zu verkaufen[142]. Altbauern im Kreis Greifswald wehrten sich schon im November 1949 gegen Hofbegehungen – sie führten damit die schon während des nationalsozialistischen Regimes eingeübten Verhaltensweisen fort, um den Kontrollanspruch der jeweiligen Herrschaftsträger zu begrenzen. Die dortigen Landarbeiter wußten entweder nicht von ihren Rechten oder wollten diese nicht wahrnehmen aus Furcht, ihre Arbeitsstelle zu verlieren[143].

Einen mangelhaften Bekanntheitsgrad des Gesetzes registrierte auch die SKK Anfang 1950[144]. Semjonow monierte, daß die SED es nicht zur „Heranziehung der Landarbeiter auf ihre Seite"[145] ausnutze. Insgesamt kritisierte die SKK die schlechte Arbeit der SED unter der Bauernschaft, selbst arme Bauern würden gegen die MAS auftreten[146]. Ein positiver Effekt des Gesetzes auf die Mitgliederentwicklung der SED blieb 1950 aus. Sowohl die Mitglieder- und Kandidatenzahl der Landarbeiter war rückläufig – bis Mai 1950 hatte sie sich um 6000 auf 56 400 verringert – als auch die der Bauern. Sie verminderte sich im Laufe eines Jahres um rund 7000 auf 97 100[147]. Noch 1957 wurde das Landarbeiterschutzgesetz auf größeren Höfen nicht überall angewandt. Opponenten der SED auf dem Land machten es weiterhin zum Gegenstand ihrer Vorwürfe[148].

---

[140] BA DK-1/8152, Bl. 10, Stand vom 29. 1. 1946; BA DQ-2/2122, Vermerk vom 1. 12. 1953; SAPMO DY 30 IV 2/7/243, Bericht über die Parteiarbeit auf dem Lande, undatiert [1950]: 1 013 000 Land- und Forstarbeiter, 950 000 Bauern.

[141] Kontrollen der IG Land und Forst zufolge hatten im Jahr 1950 zwar 75% der überprüften Betriebe Verträge abgeschlossen, doch nur 20–30% hielten diese ein. Schulz, Probleme, S. 20, der allerdings den bis Mitte der fünfziger Jahre anhaltenden Widerstand unzulässig nur auf die Großbauernschaft verengt. Bauerkämper, Aufwertung, S. 256.

[142] Siehe Landarbeiterschutzgesetz und das Leben des Landarbeiters von gestern und heute, bes. S. 13 f.

[143] SAPMO DY 30 IV 2/7/113, Bl. 40 f., Schreiben Abt. LW an Abt. Arbeit und Sozialfürsorge, 25. 11. 1949. Zum Osthavelland ebenso Bauerkämper, Aufwertung, S. 255.

[144] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 326–328, Besprechung 23. 1. 1950 bei Tschuikow, hier S. 326.

[145] Ebd., S. 328–331, hier S. 330, Bericht Semjonows, 24. 1. 1950.

[146] Ebd., S. 326, Besprechung am 23. 1. 1950 bei Tschuikow.

[147] SAPMO DY 30 IV 2/7/243, Bericht über die Parteiarbeit auf dem Lande, undatiert [1950], Bl. 26–58, hier Bl. 26 f.

[148] ACDP VI-052–1355, Protokoll Sekretariat BV Schwerin der DBD, 13. 5. 1957.

6. Interessenpolitik der DBD?

In seiner Studie über die Frühzeit der DBD kommt Wernet-Tietz zu dem Ergebnis, daß sich die DBD im Rahmen der „produktionsfördernden, leistungshebenden und den Plan konkretisierenden Forderungen und Initiativen [...] für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange der Bauern“[149] als Interessenvertretung einsetzte. Ihren Bemühungen um einen Auf- und Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens und zur finanziellen Förderung und Gleichstellung des landwirtschaftlichen Nachwuchses mit dem der Industrie war mehr Erfolg beschieden als manchen agrarwirtschaftlichen Vorstößen. Eine Vorlage der DBD zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Schulwesens für den Unterausschuß des Deutschen Volksrates wurde am 26. April 1949 mit unerheblichen Änderungen als Grundlage des weiteren Vorgehens akzeptiert. Eine Verordnung über die Vergabe von Stipendien, die am 1. Januar 1950 in Kraft trat, eröffnete auch Kindern von Klein- und Mittelbauern die Chance zum agrarwissenschaftlichen Studium[150]. Beide Beispiele stießen sicher auf den Konsens aller Parteien. Denn sie versprachen Personallücken an landwirtschaftlichen Fachkräften zu schließen, die aus einer nach politisch-ideologischen Kriterien geleiteten „Säuberungs“-Politik gegen oft als „bürgerlich“ diffamierte Spitzenkräfte resultierten.

Darüber hinaus ist festzustellen, daß die DBD bei ihren agrarpolitischen Vorstößen nicht nur die Klein- und Neubauern im Blick hatte, sondern auch als Fürsprecher der potenteren Gruppe der Mittelbauern von 15 bis 20 ha auftrat, die gerade 1950 Gefahr lief, schon zu den „Großbauern“ gezählt zu werden. Das „Gesetz über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse 1950“[151] belastete laut internen Stellungnahmen der DBD die mittleren Betriebe zu stark. Sie bedeutete für 10–20 ha große Betriebe „eine wesentliche Erhöhung des Ablieferungssolls“[152], wie die DBD gegenüber dem SKK-Mitarbeiter Buschmanow im Juni 1950 vorbrachte. Aufgrund der Differenzierungspraxis zwischen den Ländern und Differenzierungsfehlern in Kreisen und Gemeinden erhöhe es für viele Betriebe das bisherige Soll um 40, 50 oder sogar mehr als 60 Prozent. „Die Bauern der Betriebsgrössengruppe von 10–20 ha und natürlicherweise auch die über 20 ha sind weitgehend der Auffassung, dass diese starke Erhöhung eine politische Massnahme gegen sie ist, die durchgeführt wurde, um sie zu ruinieren.“ Im Bewußtsein, daß unpopuläre agrarwirtschaftliche Maßnahmen die Stimmung gerade auch gegen die Partei, die den Landwirtschaftsminister stellte, trüben würden, hielt man „die Sollerhöhung für viele Betriebe in der Grössenklasse von 10–20 ha in der Tat für schwer tragbar“. Daher setzte sich die DBD bei der SKK und beim Politbüro für Erleichterungen in der Größenklasse von 10–20 ha ein. Als Reaktion dar-

---

149 Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 156.

150 Siehe „Bauern-Echo“, 28. 4. 1949 und 1. 1. 1950; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 156.

151 Erlassen am 22. 2. 1950; GBl. DDR 1950, 15. 3. 1950, S. 163 ff.

152 ACDP VI-052–0001c, Stellungnahme zu einigen politischen Problemen lt. Schreiben vom 30. 5. 1950. Wernet-Tietz stuft das Gesetz schon in dieser Form als Erfolg der DBD für die kleineren und mittleren Bauern ein, Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 157.

auf, die einen Erfolg für die DBD bedeutete, kann die Mitte August erlassene „Verordnung über die Ermäßigung des Ablieferungssolls von Getreide für die Bauernwirtschaften in der Größe von 10–15 ha" gelten[153]. Sie brach die feste Unterteilung der Größengruppe von 10–20 ha auf[154]. Die DBD vertrat auch später, im September 1950 gegenüber Tschuikow den Wunsch, zusätzliche Zwischenstufen in den bisherigen Betriebsgrößengruppen einzuführen, um das Ablieferungssoll „noch besser den Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Bauernwirtschaften anzupassen"[155]. Die DBD argumentierte in Kenntnis der Notlage vehementer als die SED mit betriebswirtschaftlichen Gründen der Bauern.

Völligen Schiffbruch erlitt die DBD hingegen mit dem Anliegen, sowjetische Unterstützung für die Durchführung des Bodenreformbauprogrammes nach dem SMAD-Befehl 209 im Jahr 1950 zu erhalten[156]. Ihr Bemühen um eine Weiterverfolgung oder Neuauflage dieses einst mit enormem Propagandaaufwand vertretenen Programms für die eigene Klientel der Neubauern war vergebens. Offensichtlich betrachteten SKK und SED die bis dahin getroffenen Regelungen zur Entschuldung von Klein-, Neu- und Mittelbauern als Abschluß des Bodenreformbauprogramms. So sah das noch vor den Wahlen 1950 am 8. September erlassene „Gesetz über Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern" vor, den Neubauern, die bis Ende Juni 1950 Bodenreformkredite aufgenommen hatten, die Hälfte der Zahlungsverpflichtungen zu erlassen, sofern diese nicht schon im Zuge der Währungsreform 1948 umbewertet worden waren. Denn auf Anregung der DBD hatte die DWK Ende 1948 beschlossen, bei Kreditschulden, die aus der Bodenreform herrührten, eine Abwertung auf ein Fünftel vorzunehmen. Eine weitere Minderung räumte die „Anordnung zur Erleichterung der Entschuldung der Bauernwirtschaften" vom 5. Oktober 1949 ein. Das Gesetz vom September 1950 galt auch für jene bäuerlichen Gruppen, die Kredite zur Behebung von Kriegsschäden an Wirtschafts- und Wohngebäuden aufgenommen hatten, die also nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der Bodenreform standen. Außerdem entschuldete es Altsiedler, die vor dem 8. Mai 1945 Grundstücke oder Siedlerstellen gekauft hatten[157]. In zeitlicher Nähe zu den Wahlen 1950 wurde eine Reihe von Anliegen entschieden, die bereits in den ersten Programmentwürfen und im Programm der DBD von 1949 auftauchten. Diesen Umstand hob die DBD im erneuten Bittschreiben an die SKK dankend hervor[158]. Dennoch blieben die Wahlgeschenke der SKK bescheiden und der Erfolg der Bauernpartei begrenzt.

Wie bereits im Parteiprogramm von 1949 gefordert, bekräftigte die DBD gegenüber der SKK, für wie notwendig sie die rasche Einführung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer hielt, die auf dem Hektar-Ertragswert und einer ein-

---

153 GBl. DDR 1950, 23. 8. 1950, S. 845.

154 Der Einsatz für diese Erleichterung kann daher nicht nur als Beweis für Kurt Viewegs „Interessenpolitik" gewertet werden. So Scholz, Bauernopfer, S. 119.

155 ACDP VI-052–0001c, PV der DBD an Tschuikow, 26. 9. 1950.

156 Ebd.

157 Zur Frage der Entschuldungen: Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 158; Schulz, Probleme, S. 16.

158 ACDP VI-052–0001c, PV der DBD an Tschuikow, 26. 9. 1950.

heitlichen Bonitierung basieren sollte. Sie strebte danach, von der bisherigen progressiven Besteuerungspraxis nach Hektargröße ohne Feststellung eines neuen Einheitswertes wegzukommen, da diese zu Lasten der mittleren und größeren Betriebe ging[159]. Ebenso setzte sich die DBD gegenüber der SKK für eine Neuregelung der Sozialversicherungsbeiträge der Bauern ein, die sich an Größe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Betriebe bemessen sollten[160]. Offenbar war der SKK an einer zügigen Regelung dieser Fragen jedoch nicht gelegen. Fritz Weißhaupt monierte im November 1951 in der Volkskammer erneut, daß das Einheitssteuergesetz immer noch in den Kinderschuhen stecke[161]. Vielleicht hielt man neue steuerrechtliche Regelungen auch bewußt als Druckmittel noch zurück und behielt sich solche für jene Phase vor, die eine Kollektivierung offen propagierte[162]. Bereits die Steuergesetzentwürfe von 1950 enthielten jedenfalls eine Begünstigung des volkseigenen und dorfgenossenschaftlichen Sektors, 1952 sollte das Gesetz vollends zur Bildung von LPG instrumentalisiert werden[163].

Ebenso verzögerte sich die Durchführung der am 22. November 1951 vom Ministerrat beschlossenen Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge für Bauern. Zwar verlangte die DBD auf der Volkskammersitzung am 19. März 1952 vom LDP-geführten Finanzministerium eine beschleunigte Umsetzung, erhielt jedoch im Juni 1952 eine abschlägige Antwort des Ministers Hans Loch. Er schloß eine Senkung 1952 aus. Erst in Verbindung mit der Genossenschaftsbildung war eine Ermäßigung dann doch finanzierbar. Insgesamt scheiterten die Anstrengungen der DBD um die einzelbäuerlichen Interessen in diesen beiden wesentlichen Punkten, Besteuerung und Sozialversicherung. Im Gegenteil, als zentrale Regelungsbereiche moderner Staatlichkeit wurden sie später für die sozialistische Umwälzung benutzt.

Die DBD vertrat eine Reihe von interessenpolitischen Zielen, insbesondere diejenigen für die Gruppe der Bauern mit 15 bis 20 ha, im Grunde nur intern, wenngleich auch gegenüber der SKK. Sie hütete sich davor, diese Anliegen in der Parteipresse zu verbreiten, und schloß dadurch jeden Verdacht aus, für eine bäuerliche Interessenpolitik ihre Integrität als loyale Gehilfin der SED riskieren zu wollen. Es ist nicht mehr im einzelnen festzustellen, ob die gesetzgeberischen Erfolge tatsächlich auf ihren Einsatz zurückzuführen sind oder auch ohne sie beschlossen

---

159 Die am 1. 12. 1948 von der DWK beschlossene Steuerreform legte eine nach Betriebsgrößen differenzierte Steuer fest. Großbauern zahlten je Hektar 30% mehr Steuern als Kleinbauern. Scholz, Bauernopfer, S. 78; Schulz, Entwicklung, S. 214; präziser Kahle, Steuerpolitik, S. 101–108, bes. zur Landwirtschaft, S. 114–119, wobei Kahle aktengestützt sowjetischen Einfluß auf die Regelung vom 1. 12. 1948 hervorhebt. „Verordnung zur Änderung und Ergänzung von Steuergesetzen" 1. 12. 1948, abgedruckt ZVOBl. 1949, Nr. 29, S. 235ff.

160 ACDP VI-052–0001c, PV der DBD an Tschuikow, 26. 9. 1950; Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 157.

161 Ebd., S. 157; zum Neuregelungsversuch 1949 und dem Scheitern 1950, Kahle, Steuerpolitik, S. 163–178.

162 Die Steuerpolitik war als Mittel der „Klassendifferenzierung" auch in Viewegs „Maßnahmenkatalog" festgehalten: BA DC-15/737, Bl. 399–415, Bericht über Reise nach Polen, 6. 12. 1948, an Rau, Bl. 414f.

163 Kahle, Steuerpolitik, S. 167ff.

worden wären. Hier ist zu bedenken, daß die Kontrolle von SMAD/SKK und SED in jedem Fall so weit reichte, daß die DBD nichts in die politische Diskussion auf oberster Ebene einbrachte, was außerhalb des Vorstellungsbereichs der Machthaber lag. Auch die ursprüngliche Ablehnung des Landarbeiterschutzgesetzes seitens der DBD, welches sie dann aber mittrug, steht exemplarisch für dieses Verhalten. Da sowjetischen Stellen und SED aber an der Etablierung der DBD zur eigenen Herrschaftssicherung gelegen war, ist das Engagement der Bauernpartei nur instrumentalisiert worden. Dennoch wirkte sie als Korrektiv im interessenpolitischen Auftrag der Bauernschaft. Sie versuchte Profil dadurch zu gewinnen, daß sie Umsetzungsprobleme, die sich vor Ort ergaben, aufgriff, diese auch betriebswirtschaftlich unter die Lupe nahm und sowohl interessenbezogen wie herrschaftsstabilisierend agierte, indem sie Härten bei den Klein- und den größeren Mittelbauern ausräumen wollte. Insofern versuchte die DBD tatsächlich, dem Programm des I. Parteitages 1949 zu folgen, das sich auf die „werktätigen" Klein- und Mittelbauern bezog und nur die „Großbauern" explizit aussparte. Das dehnbare Konstrukt des „werktätigen Bauern", das sich im Prinzip auch dazu eignete, Mittelbauern auszugrenzen, wurde in der DBD 1950 so gut wie nicht klassenkämpferisch mißbraucht. Zu diesem Zeitpunkt überwogen in der Partei meist noch wirtschaftsbezogene Kriterien. Sie war in erster Linie damit beschäftigt, die „Großbauern" aus den Funktionsrängen in Orten und Kreisen zu verdrängen. In dieser „Säuberungspolitik" hinkte die DBD der SED-Praxis hinterher und arbeitete phasenverschoben zu dieser noch mit bäuerlichen Gruppen, die die sozialistische Partei offiziell schon ausgegrenzt hatte. Wie der Einsatz der DBD bei der SKK für die Mittelbauern von 15 bis 20 ha beweist, agierte die DBD damit jedoch innerhalb des Aufgabenspektrums, das ihr die SKK zuschrieb.

7. Fazit

Mit der Staatsgründung war in der Wahrnehmung großer Teile der bäuerlichen Bevölkerung eine weitere wirtschaftliche und finanzielle Belastung verknüpft. So ist für die Jahre von 1950 bis 1952 charakteristisch, daß prinzipiell alle bäuerlichen Größenklassen von jährlichen Sollerhöhungen betroffen waren; danach wurde dieser Hebel zur Produktionssteigerung nicht mehr eingesetzt. Während für Kleinbauern unter Fürsprache der DBD Sonderregelungen oder nachträgliche Erleichterungen geschaffen wurden, interpretierten die mittel- bis großbäuerlichen Betriebe die SED-Agrarpolitik als gezielt gegen sie gerichtet.

Die aus primär ernährungspolitischen Motiven ergriffenen Maßnahmen wie der Wechsel zur Hektarveranlagung und die Ausdehnung der Ackeranbaufläche erhöhten den wirtschaftlichen Druck in den Dörfern. Dieser bewirkte einerseits eine Solidarisierung unter den bäuerlichen Schichten im Ort, da alle – wenn auch nicht in gleicher Weise – betroffen waren. Die traditionalen Bindungen überwogen und definierten sich weitgehend durch die Zugehörigkeit zur gleichen Berufsgruppe, wobei der Bauernschaft die Schichtunterschiede untereinander durchaus bewußt waren – darin war sie jahrhundertelang eingeübt. Solange diese

Interpretation der sozialen Wirklichkeit Bestand hatte, blieb der politisierende Einfluß der SED und auch der DBD, die die bäuerliche Bevölkerung durch „Differenzierung" aufzuspalten suchten, begrenzt. Waren die traditionalen Ausgleichsmechanismen im sozialen Verhältnis gestört, etwa dann, wenn die altbäuerliche Bevölkerung der neubäuerlichen jegliche Hilfe verwehrte, so hatte die auf Trennung und eine Klassendifferenzierung nach ökonomisch-politisierten Kriterien ausgerichtete Strategie der SED-Agrarpolitik durchaus Chancen, bei jenen Teilen der Dorfeinwohner auf Akzeptanz zu stoßen, die für die SED-Versprechungen empfänglich geworden waren. Widerstände gegen die verordnete Agrarpolitik und politische Auseinandersetzungen im Dorf wurden von der SED und jenen Teilen der DBD, die bereits auf SED-Kurs gebracht worden waren, in erster Linie ideologisch zu erklären versucht: Friktionen und Probleme waren auf den Einfluß des „Klassengegners" zurückzuführen, sein Verhalten wurde als „Sabotage" kriminalisiert.

Das Jahr 1950 markiert in diesem Zusammenhang eine Zäsur. Die Anzeichen für eine latente Sozialisierung in der Agrarpolitik mehrten sich, als die SED den staatlichen Sektor nicht nur ideologisch aufwertete, sondern auch anteilsmäßig auszubauen suchte. Dies ist abzulesen am Flächenzuwachs der volkseigenen Betriebe, die verlassene, unbewirtschaftete Flächen vereinnahmten, aber auch die Produktionsflächenausdehnung, wie sie im Konzept der Erreichung von „Friedenshektarerträgen" vorgesehen war, realisieren sollten[164]. Gerade letzteres belegt die eklatante Fehleinschätzung der tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des volkseigenen Sektors bis dahin. Dabei liegt ein Mischungsverhältnis von intentional betriebener Sozialisierungspolitik einerseits und dem Auffangen des ökonomischen Problemdrucks – vor allem bei den desolaten Neubauernbetrieben – durch den volkseigenen Bereich andererseits vor.

Der Flächenanteil des sozialistischen Sektors wuchs aufgrund seiner Funktion als Auffangbecken für mittelbar selbst verursachte Schwierigkeiten. Das prototypische Beispiel für diese Entwicklung ist der Umgang mit dem Problem der nichtbewirtschafteten Flächen, die im Jahr 1950 beträchtliche Ausmaße annahmen. Denn viele Flächen wurden dem volkseigenen Sektor einverleibt, nicht weil die SED in dieser Phase eine aktive und offene Enteignungspolitik betrieb, sondern weil die Produktionsbedingungen so gestaltet waren, daß sie die Rentabilität von Privatbetrieben schmälerten und deren langfristiges Überleben gefährdeten, obgleich diese aus ernährungspolitischen Gründen noch eine tragende Säule der Agrarwirtschaft bilden sollten. Daher versuchte man Einzelbauern mit Sollermäßigungen und Vergünstigungen anzuregen, zusätzliche Flächen zu bewirtschaften. Die DBD übernahm es, diesen Weg zu popularisieren und die Bereitschaft dazu unter den Bauern zu erwirken. Allerdings wäre dies höchstwahrscheinlich nicht erfolgt, wenn die volkseigenen Betriebe in der Lage gewesen wären, diese Aufgabe ihrerseits zu erfüllen.

Parallel zur latenten Sozialisierungspolitik von 1950 wurden im gleichen Jahr eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen, die die DBD an ein „höheres"

[164] Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge", S. 336.

politisches Niveau im Sinne des Marxismus-Leninismus heranführen und für künftige Aufgaben wappnen sollten. Hierzu zählte die „Säuberung" der Funktionsposten von „Großbauern". Zwar war deren Aufnahme in die Partei nicht mehr vorgesehen, auch sollten die vorhandenen ausgegrenzt werden. Eine systematisch angelegte rigorose Verdrängung wurde jedoch weder angestrebt noch durchgeführt. Die DBD versuchte, das Engagement der „Großbauern" weg vom Einfluß in der Partei auf ihre Mitarbeit in der „Nationalen Front" umzulenken.

Einer gewissen Toleranz gegenüber den einfachen Mitgliedern stand auf der anderen Seite die Gleichschaltung der Funktionäre auf Landesebene gegenüber. 1948 hatte man erhebliche Differenzen in den Landesverbänden bzw. zwischen ihnen und der Zonenleitung zu Kernfragen wie den „Großbauern" und zur Haltung gegenüber den „Genossenschaften"[165] zwar als politische Fehler gebrandmarkt, jedoch keine Maßnahmen daraus abgeleitet. Wer dabei jedoch Rückgrat bewies, sogar in Parteivorstandssitzungen abweichende Meinungen äußerte und das Mißfallen der SED erregte, wurde bestraft. So erging es Richard Köhler, der 1948 im Auftrag der SED in die DBD übergetreten war, und einer Reihe weiterer Parteivorstandsmitglieder der Gründungszeit. Insbesondere jene, die sich wie Arthur Pech 1949 dafür eingesetzt hatten, daß die DBD gemäß Parteiprogramm als „selbständige politische Partei der werktätigen bäuerlichen Bevölkerung und der mit ihr verbundenen Berufsschichten"[166] auftrete, wurden in internen Diskussionen zwar mit umständlichen Worten zurechtgestutzt, aber nicht als politische Gegner stigmatisiert[167]. Im Unterschied dazu ging man nach der Aufbauphase der Partei 1950 gezielt zur Entfernung politisch nonkonformer Personen über. Auffälligerweise fiel ihre Sanktionierung in eine Zeit, die mit dem Machtverlust Goldenbaums ab Herbst 1950, der seine schützende Hand über Parteigründer hielt, und dem Aufstieg Berthold Roses als Generalsekretär zusammenfiel[168].

Vor allem im Zusammenhang mit den Wahlvorbereitungen 1950 war die DBD im Innern ideologisch auf Linie gebracht worden. Die Pflicht zur Mitarbeit aller Funktionäre im Wahlkampf stand außer Frage, obwohl in Sachsen und Sachsen-Anhalt bisweilen die Auffassung vertreten wurde, daß der Erfolg der Parteiarbeit durch das Engagement in der „Nationalen Front" gefährdet sei, und vor der Ein-

---

165 Damit bezeichnete man im Parteijargon alle ldw. Genossenschaften in Abgrenzung zur VdgB und inkriminierte damit eine zu positive Haltung ihnen gegenüber. ACDP VI-052–0141, Protokoll PV, 3. 12. 1948.

166 Programm und Statut der DBD 1949, zitiert nach Broschüre in ACDP VI-052–0004.

167 ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, 8. 11. 1949, Ausführung Scholz, S. 29f.

168 Köhler meinte auf der PV-Sitzung am 27./28. 2. 1950, man dürfe „ruhig mal den Westsender" hören, ACDP VI-052–0143, Protokoll PV 27./28. 2. 1950. Beleg für Sanktionierung von Parteivorstandsmitgliedern in: ACDP VI-052–0144, Protokoll PV, 1. 2. 1951. Gegen eine Reihe von Parteiveteranen waren Parteischiedsgerichtsverfahren eingeleitet worden, darunter Paul Reder, mecklenburgisches Gründungsmitglied (Ausschluß, jedoch offensichtlich nicht durch politisch unkonformes Verhalten begründet), Richard Köhler (Aberkennung von Funktionen für drei Jahre), Einleitung eines Parteiverfahrens gegen Thiem. ACDP VI, unverz. Handakte Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

führung der Einheitsliste gewarnt wurde[169]. Angriffe in der DBD gegen „fortschrittliche" Funktionäre sollte man daher „bis zur letzten Endkonsequenz erledigen. Alle Versuche, fortschrittliche Funktionäre zu isolieren, müssen gestoppt werden"[170]. Im innersten Zirkel waren die marxistisch-leninistischen Grundübungen in Kritik und Selbstkritik nachweislich erstmals im November 1950 gegenüber Goldenbaum exerziert worden.

[169] ACDP VI-052-0143, Protokoll PV, 27./28. 2. 1950, Beitrag Scholz, S. 26f.
[170] ACDP VI-052-0520, Protokoll Sekretariat, 19. 4. 1950.

VI. Der erste Anlauf zur Kollektivierung 1952/53

1. Die Entscheidung zur Kollektivierung und die 2. Parteikonferenz der SED

Am 9. Juli 1952, dem ersten Tag der 2. Parteikonferenz der SED, wurde der offizielle Startschuß für die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gegeben. Dies war keineswegs von Anfang an als fester Programmpunkt der Parteikonferenz vorgesehen gewesen. Das gesamte Zentralkommitee war erst am Abend vorher über diese Weichenstellung informiert worden[1]. Die SED hatte mit den Vorbereitungen zur 2. Parteikonferenz im Dezember 1951 begonnen. Fast zeitgleich, spätestens im Januar 1952, stand die endgültige Textfassung der ersten Stalin-Note an die Westmächte vom 10. März 1952 fest[2]. Obgleich es plausibel scheint, daß zwischen der inhaltlichen Ausrichtung der Konferenz und den deutschlandpolitischen Aktivitäten nach der Stalin-Note ein Zusammenhang besteht[3], bedeutet diese Einordnung nicht zwingend, daß zu diesem Zeitpunkt die präzise Thematik der Konferenz schon feststand.

Vermutlich setzte ein sowjetisches Umdenken in der Frage der Bildung von Kollektivwirtschaften erst Mitte Mai 1952 ein, wie Indizien nahelegen[4]. Noch im Februar hatte Fred Oelßner in internen Beratungen der SED zur 8. ZK-Tagung unterstrichen, man plane „zumindest in der gegenwärtigen Epoche" keine Kollektivierung[5]. Im Mai ergriff die SKK insofern die Initiative, als sie die SED nun aufforderte, die schon bestehenden Formen von Produktivgenossenschaften, wie etwa jene Gründung, die mit Beteiligung von DBD-Kollegen im thüringischen Merxleben zustande gekommen war, nicht mehr zu verbieten, sondern zu fördern[6]. Zuvor war das Thema „Produktivgenossenschaften" am 1. April 1952 erstmals und am 7. April intensiver zwischen einer SED-Delegation und der sowjeti-

---

1 Piskol, Beginn, S. 23.

2 Wettig, Bereitschaft, S. 207–214, zur Note S. 217–227.

3 Heitzer, Entscheidungen, S. 23; zur Auswirkung auf die Entwicklung in der DDR Wettig, Bereitschaft, S. 227–234.

4 Scherstjanoi, DDR, S. 358 auf der Basis sowjetischer Archivalien. Unklar bleibt m.E., warum lt. S. 363 die Situation der LPG bis Ende Juli 1952 offen gewesen sei.

5 Kuntsche, Umgestaltung, S. 198.

6 Die seit 1950 bestehende Abliefergemeinschaft von 22 Neubauern in Merxleben, die sich bewährt hatte, wurde auf Druck des ZK und der SKK am 28. 5. 1951 aufgelöst, weil sie in westlichen Medien mit dem Beginn einer Kollektivierung in Verbindung gebracht worden war; Schier, Alltagsleben, S. 112–116. Zustimmend Stalin am 7. 4. 1952, Ostermann (Hg.), Uprising, S. 36. Auch die DBD hatte Ende 1948 den Neubauern die Bildung von Liefergemeinschaften empfohlen. ACDP VI-052-0141, Anhang Protokoll PV-Sitzung, 26. 10. 1948 und 1. 11. 1948.

schen Führung in Moskau besprochen worden[7]. Möglicherweise sprach Stalin von „Produktivgenossenschaften", ohne von deutscher Seite dazu animiert worden zu sein[8]. Allerdings belegen die russischen Wortprotokolle, daß die SED eine Radikalisierung der Agrarpolitik am 1. April sehr wohl thematisierte. Ausgehend von einer zunehmenden Tätigkeit des „Klassengegners" – genannt wurden „Großbauern" und Kirchen – gegen den weiteren Aufbau der DDR favorisierte Pieck eine verschärfte „Gegnerbekämpfung", auch gegen die „Großbauern", in Form von Schauprozessen[9]. Als Pieck wenig später die massiven Probleme der SED in den Dörfern ansprach und die MAS als politische Basis der SED bezeichnete, fragte Stalin verwundert – oder tat zumindest so –, warum man MAS betreibe, obwohl man keine „Kollektivwirtschaften" habe[10]. Am 7. April ging Stalin ausführlich auf die Kollektivierung ein und empfahl der SED: „Warum beschwert Ihr Euch über die Kulaken. Was ist das für eine Taktik, sich zu beschweren? Die Kulaken sollten eingekreist werden, und Ihr solltet Kollektivwirtschaften um sie herum bilden."[11] Stalin packte die deutsche Delegation zum einen bei ihrer Ehre, indem er sie unter Verweis auf die gelungene Kollektivierung in Ungarn ermunterte – schließlich wäre es falsch zu glauben, „die Ungarn seien fähiger als die Deutschen". Andererseits warf er ihr vor, in sozialdemokratischer Tradition den Bauern in ihrer Politik zu wenig Gewicht beizumessen; dies solle die SED rasch beenden. Die weiteren Ratschläge wurden später in der DDR umgesetzt. Stalin bot sowjetische Instrukteure zur Organisierung von „Produktiv-Genossenschaften" an[12]. Zunächst solle man einige Genossenschaften auf freiwilliger Basis errichten, um in der Partei eine Diskussion zu entfachen. Außerdem seien ihnen staatliche Hilfen zu gewähren. Als besten Zeitpunkt zur Bildung von Genossenschaften nannte er die Zeit nach der Ernte. Im Zusammenhang mit der „Politik im Dorf" erklärte Stalin am 7. April den Genossen nach längeren Passagen zur Deutschlandpolitik explizit, sich damit auf dem „Weg zum Sozialismus" zu befinden: „Sogar jetzt sollten sie nicht vom Sozialismus herumschreien. Aber Produktionskooperativen stellen kleine Teile vom Sozialismus dar. Unternehmen, die dem Volk gehören, bedeuten Sozialismus."[13]

Es ist nicht sicher, ob man das Thema zu diesem Termin schon als Programmpunkt der 2. Parteikonferenz vorsah. Aufgrund des in Moskau besprochenen Vor-

---

[7] Vgl. ins Englische übersetzte Wortprotokolle aus dem russischen Präsidentenarchiv in: Ostermann (Hg.), Uprising, S. 22–40, hier S. 27, 36–39; zuvor teilveröffentlicht in: Stalin and the SED Leadership, S. 34f., 48.

[8] So die Interpretation von Staritz, Geschichte, S. 92. Das deckt sich mit Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Plan der Besprechung am 1. 4. 1952, S. 383–385, Notizen zur Vorbereitung der 2. Parteikonferenz der SED, hier S. 391f.

[9] Ostermann (Hg.), Uprising, S. 25.

[10] Ebd., S. 27. Alle Zitate im folgenden Übersetzung aus der englischen Fassung. Kurze Textteile hierzu sind verderbt, offenbar sprach man aber am 1. 4. nicht ausführlicher darüber.

[11] Ebd., S. 36, nachfolgendes Zitat S. 37.

[12] Stalin meinte, man solle sie nicht „Kollektivwirtschaften" nennen, gemeint sind im Deutschen: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, ebd. S. 38.

[13] Ebd. Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Schlußbesprechung am 7. 4. 1952, S. 397. Vgl. Staritz, Geschichte, S. 92, und Heitzer, Entscheidungen, S. 30.

gehens wäre das auch nicht zwingend nötig gewesen. Manche Indizien legen nahe, daß sich die Entscheidung für die Bildung von LPG im Zusammenhang mit der Parteikonferenz noch bis Mai hinzog. Offenbar wartete man eine Meinungsbildung der SKK ab, vielleicht auch die westdeutsche Unterzeichnung des Deutschlandvertrages am 26. Mai und die Paraphierung der EVG-Abkommen. Die SED-internen Vorbereitungen begannen jedoch sofort. Zwar ging die Mitschrift Piecks und eine darauffolgende Politbürositzung am 11. April unter dem Thema Schaffung von „Musterdörfern" von LPG-Gründungen erst im Herbst aus – also zu einer Zeit nach der Ernte, die die Zusammenlegung von Höfen aus praktischen, dem jahreszeitlichen Arbeitsrhythmus angepaßten Erwägungen erleichtert hätte[14]. Dies schloß die Gründung einiger Beispiel-Genossenschaften als eine Art Diskussionsbasis für die SED-Konferenz nicht aus. Auf der Politbürositzung am 11. April 1952 waren hinsichtlich der „Verstärkung der Arbeit in den landwirtschaftlichen Gebieten" klare Beschlüsse gefällt worden, unter Umständen wurden diese bis zu einer Besprechung mit der SKK am 14. April noch zurückgestellt[15]. Sie griffen in dezidierten Schritten das in Moskau besprochene Vorgehen auf, enthielten aber keinerlei Maßnahmen, die auf eine unmittelbar bevorstehende oder gar zwangsweise herbeigeführte Kollektivierung schließen lassen. Die SED drängte aber darauf, die von sowjetischer Seite angeratene Schaffung von „Beispielen" sofort in die Tat umzusetzen[16]. Sie hoffte auf sowjetische Lieferungen von Maschinen und Traktoren und beschloß, in lokal auf Kleinbauerngebiete begrenzten Aktionen „Musterdörfer" zu errichten. Dort mußten gleichzeitig die Aktivitäten von SED, VdgB(BHG) und der IG Land und Forst verstärkt werden. Die DBD blieb ungenannt; zweifellos konnte eine ideologisch so wichtig eingestufte Aktion, die den Sozialismus auf dem Lande in die Wege leiten sollte, aus Sicht der SED nur von der „Partei der Arbeiterklasse" getragen werden. Die Zustimmung und Mithilfe der Blockparteien war jedoch nötig – zumal Stalin am 7. April beiläufig erwähnt hatte, daß eine Kollektivierung gegen das Votum der Blockparteien wenig Chancen auf Erfolg habe[17]. Die „Musterdörfer" sollten sich besonders durch Verbesserungen im Gesundheits- und Schulwesen auszeichnen; außerdem waren in allen Dörfern Kulturhäuser oder Kulturräume einzurichten[18]. Bis zur Zeit nach dem Ernteabschluß im Oktober 1952 sollten auf landwirtschaft-

[14] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Schlußbesprechung am 7. 4. 1952, S. 396 f.; Scherstjanoi, DDR, S. 357, erwähnt lediglich den späteren Termin am 14. 4. 1952.

[15] Das würde erklären, warum die Beschlüsse der PB-Sitzung vom 11. 4. 1952 nicht beim Protokoll abgelegt sind, sondern im Nachlaß Pieck, SAPMO NY 4036/657, Bl. 128–136.

[16] Anders Piskol, Beginn, S. 22 f.; er vermutet, daß Ulbricht den sowjetischen Forderungen nach einer Kollektivierung „nicht undistanziert gegenüberstand".

[17] Ostermann (Hg.), Uprising, S. 37.

[18] SAPMO NY 4036/657, Bl. 128–136, Grundlagenbeschlüsse der PB-Sitzung vom 11. 4. 1952. Mit den Landwirtschaftsfragen war vor allem Kurt Vieweg beauftragt worden, für die kulturellen Zwecke Paul Wandel sowie Staatssekretär Siegmund und aus der ZK-Abt. Landwirtschaft Krebaum. In Merxleben, der 1. LPG, begann man damit noch im Sommer 1952, Schier, Alltagsleben, S. 121–125.

lichen Fachschulen Agronomen ausgebildet werden[19]. Man vertraute längerfristig auf die Sogwirkung der „Musterdörfer".

Wie schon während der „volksdemokratischen" Ambitionen im Herbst 1948 entsandte die SED in der zweiten Aprilhälfte Delegationen nach Polen und Ungarn, die sich über die kollektivwirtschaftlichen Grundlagen informieren sollten. Nachdem die SKK Ende April in Inspektionsreisen die bestehenden Produktionsgenossenschaften in der DDR besichtigt hatte, erteilte sie der SED entsprechende Empfehlungen. Das Interesse der SKK galt vor allem den Neu- und Kleinbauerngenossenschaften, darunter wiederum solchen, die nur die Bodenbearbeitung gemeinsam betrieben, die Viehwirtschaft – sofern vorhanden – aber weiterhin getrennt praktizierten[20]. Offenbar wollte man auf diese Weise zunächst das Problem der unbewirtschafteten Flächen lösen, das in erster Linie die Neubauernbetriebe betraf, die unter mangelhaftem Viehbesatz litten. Abzusehen war auch, daß die Kollektivierung aufgrund der wirtschaftlichen Notlage dort auf vergleichsweise geringen Widerstand stoßen würde; während man andererseits mit massiver Opposition der erfolgreicheren altbäuerlichen Veredelungsbetriebe gegen eine Zusammenlegung fest rechnen konnte.

Die auf Ulbrichts Veranlassung vom Politbüro am 3. Juni 1952 beschlossenen „Maßnahmen zur Förderung von Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft" hielten sich eng an diese Vorgaben, indem sie sich auf Neu- und Kleinbauerndörfer mit vorwiegendem Getreideanbau konzentrierten und eine ystematische Wettbewerbskampagne untersagten[21]. Im Zuge der Zwangsumsiedlungen von vermeintlichen „Großbauern" aus den Grenzkreisen sollten dort möglichst LPG errichtet werden. Im Ministerium wurde eine Hauptverwaltung Produktionsgenossenschaften unter der Leitung des stellvertretenden Ministers Siegmund eingesetzt[22]. Am 8. Juni wurde im thüringischen Merxleben offziell die erste LPG der DDR namens „Walter Ulbricht" gegründet, nachdem die SED-Kreisleitung die vorherigen Protagonisten der 1951 verbotenen Ablieferungsgemeinschaft dazu animiert hatte[23].

Auch die VdgB(BHG) sollte „all ihre Kräfte auf die Förderung der Produktionsgenossenschaften" richten. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, welche Rolle Kurt Vieweg, der Generalsekretär der VdgB(BHG) in der agrarpolitischen Entscheidungselite spielte, und ob er Einfluß auf einen forcierten Kollektivie-

---

[19] SAPMO DY 30 J IV 2/2/211, Protokoll PB, 13. 5. 1952, Anlage 12, Bl. 100 f.

[20] Scherstjanoi, DDR, S. 358, deutet die Entsendung als kurzfristige sowjetische Empfehlung.

[21] SAPMO DY 30 J IV 2/2/214, Protokoll und Anlage 4 der PB-Sitzung am 3. 6. 1952, Bl. 11 f., 27–30. Siehe auch Piskol, Beginn, S. 20, mit Bezug auf den 14. 4. 1952 und die Rolle Ulbrichts. Auch auf der 9. ZK-Tagung, die die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz intern erläuterte, betonte Ulbricht, daß keine Direktive an die Parteiorganisationen ergehen solle, LPG zu organisieren. SAPMO DY 30 IV 2/1/105, Protokoll 9. ZK-Tagung, 8. 7. 1952, Bl. 3.

[22] Dieses Vorgehen impliziert jedoch m.E. nicht, wie Otto meint, daß sich das PB entgegen Stalins Weisung Anfang Juni entschlossen habe, den Aufbau des Sozialismus öffentlich zu machen und dafür erst nachträglich Stalins Zustimmung erhielt. Otto, Deutschlandnote, S. 379; vgl. Wurl, Entscheidung; Heitzer, Entscheidungen, S. 28.

[23] Schier, Alltagsleben, S. 112–120.

rungskurs hatte. In der Besprechung Piecks, Grotewohls und Ulbrichts mit Tschuikow und Semjonow am 14. April 1952 steht sein Name hinter der Notiz „Prod.-Genoss." Im Sekretariat der VdgB(BHG) forderte er am 19. Juni 1952 unter anderem, alle „Großbauern" aus den Leitungen der VdgB auszuschließen und die Organisation stärker auf arme Bauern und Halbproletarier zu konzentrieren[24]. Auch Stalin hatte am 7. April die Rolle der „Dorfarmut" für die Kollektivierung unterstrichen[25]. Bezeichnenderweise traf die „Säuberung" in erster Linie die DBD, denn der Anteil von „großbäuerlichen" DBD-Mitgliedern an den VdgB-Leitungsgremien lag über dem der SED[26], obwohl die Bauernpartei anläßlich von Kreisdelegiertenwahlen im April 1952 nochmals eindringlich die Entfernung aller „Großbauern" aus den Parteileitungsgremien gefordert hatte[27].

In der DBD verdichtete sich im Vorfeld der 2. Parteikonferenz die Furcht, daß sie völlig entmachtet werde. In der Tat waren die Anzeichen dafür ziemlich eindeutig. Auch in den anderen Blockparteien wuchs die Angst um den eigenen Fortbestand[28]. Die Führungstrias Rose, Goldenbaum und Scholz erblickte in Vieweg, der über einen immediaten Zugang zu Ulbricht verfügte, die personifizierte Ursache ihrer Existenzbedrohung. Schon im Februar 1952 war Vieweg im Sekretariat der VdgB scharf kritisiert worden, u.a. vom DBD-Mitglied Wilhelm Densdorf, der gelegentlich durch klassenkämpferischen Impetus auffiel[29]. Der Plan der SED, Vieweg als einen der im Zuge der Regierungsumbildung einzuführenden fünf stellvertretenden Ministerpräsidenten zu nominieren, alarmierte die DBD, drohte doch damit der Verlust eines für die Parteireputation wichtigen landwirtschaftlichen Regierungsamtes. Weiter verdächtigte man ihn, den einzigen Staatssekretär aus der DBD, Rudolf Albrecht, bei Grotewohl in eine solch mißliche Lage manövriert zu haben, daß der dessen Ablösung wünschte[30]. Der zentrale Kritikpunkt Goldenbaums lag darin, daß die Bauernpartei in einer so entscheidenden Frage wie der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften völlig ausgegrenzt worden war. Goldenbaum machte Vieweg dafür persönlich verantwortlich, meinte im Kern jedoch die abfällige Behandlung der DBD durch Ulbricht und die SED. Daher trug sich der Parteivorsitzende – eigenen Angaben zufolge – wieder einmal mit Rücktrittsgedanken[31]. Paul Scholz, dessen Führung des Landwirt-

---

[24] Scholz' Interpretation zufolge versuchte sich Vieweg notgedrungen dem veränderten agrarpolitischen Diskurs anzupassen. Im Vorfeld war er in seiner Arbeit im GAK wegen Kontakten zu ehemaligen NS-Kreisen von seinen Gegnern heftig attackiert worden; auch brachten ihn Beschuldigungen in einem Ermittlungsverfahren der ZPKK zunehmend in Bedrängnis. Scholz, Bauernopfer, S. 153–157.

[25] Ostermann (Hg.), Uprising, S. 36f.

[26] SAPMO VdgB 131, Parteipolitische Zusammensetzung der Mitglieder der neugewählten Leitungsorgane in den Betriebsgruppengrößen über 20 ha, Stand 31. 5. 1952.

[27] ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952.

[28] In der LDPD kursierten Gerüchte, mit der NDPD vereinigt zu werden. Beide Parteien umwarben den Mittelstand als Mitgliederreservoir. Sommer, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 121f.

[29] SAPMO VdgB 77, Protokoll Sekretariat, 6. 2. 1952; Scholz, Bauernopfer, S. 147.

[30] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 38, Abt. VI Treffbericht Gärtner, 29. 4. 1952.

[31] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 66, Treffbericht, 26. 6. 1952.

schaftsministeriums schon im Frühjahr 1952 die Kritik des Politbüros erregt hatte, lamentierte vor Rose, er könne sich jetzt schon ausrechnen, wann man ihm vollends „das Genick brechen" werde[32].

Die SED legte keinen Wert auf die Stimmungsberichte der DBD oder die Einschätzung des DBD-Sekretariates. Insofern trägt die Bauernpartei – wider Willen – keine unmittelbare Verantwortung für die Entscheidung zur Forcierung der Kollektivierung. Daneben waren die Personalpläne der SED für die Handlungsfähigkeit und Bindungskraft der DBD bedeutsam; diese liefen darauf hinaus, die DBD als eigenständige Partei abzuwerten und sich gleichzeitig manche, für fähig gehaltene Funktionäre als Kader für die eigene Politik zu sichern. Offenbar verfolgte die SED diese Strategie auch mit der NDPD[33]. Neben der drohenden Verdrängung von Scholz zugunsten Viewegs standen auch die SED-Pläne, die zentrale Führungsfigur der DBD, den organisatorisch wie politisch versierten Generalsekretär Berthold Rose, als Hauptabteilungsleiter für Produktion in das MLF zu ziehen. Vieles drängt den Schluß auf, daß die SKK auf Roses Intervention hin diese versuchte Marginalisierung der Bauernpartei, die letztlich eine sowjetische Schöpfung war, verhinderte[34]. Das Politbüro revidierte die schon gefaßten Personalentscheidungen zugunsten der DBD am 3. Juni[35]. Nachdem im Mai noch unklar war, ob Rose oder Schröder auf Scholz folgen sollte, wurde schließlich Schröder Minister und Scholz erhielt den Rang eines Stellvertreters des Ministerpräsidenten. Am 6. Juni war unter der dreiköpfigen LPG-Delegation aus Merxleben, die beim Minister um die Registrierung bat, neben dem SED-Mitglied Großmann und einem Parteilosen auch ein DBD-Kollege dabei[36]. Vielleicht hatten Lothar Bolz und Rose ihr Vorgehen zugunsten ihrer Parteien abgesprochen, denn beide kannten sich gut aus ihrer Kriegsgefangenenzeit[37]. Die SKK war offensichtlich bemüht, die Spannungen zu entschärfen, die durch Stalins Ratschläge zu einer Straffung der Regierung am 1. und 7. April gefördert worden waren. In jedem Fall

---

[32] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 38, Abt. VI Treffbericht Gärtner, 29. 4. 1952. SAPMO DY 30 J IV 2/2/198, Arbeits- und Reinschriftenprotokoll der PB-Sitzung, 4. 3. 1952, Bl. 2, 8. Die Vorlage fehlt im Akt.

[33] Lt. Piecks Notizen sah man den NDPD-Vorsitzenden und Minister für Aufbau, Lothar Bolz, nur noch als Staatssekretär, nicht mehr als Minister vor; Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 400. Auch mit Stalin sprach man über die Repräsentation der Blockparteien in der Regierung. Dieser empfahl eine Straffung, Ostermann (Hg.), Uprising, S. 27f.

[34] Siehe oben Kap. IV.1, S. 226f.

[35] SAPMO DY 30 J IV 2/2/210, Protokoll PB, 6. 5. 1952, Bl. 4. Das Arbeitsprotokoll verpflichtete das Sekretariat zu prüfen, ob anstelle Viewegs ein Vertreter der DBD als „Minister" eingesetzt werden könne. Erst im Reinschriftenprotokoll, Bl. 8, verwandte man die Bezeichnung „stellv. Ministerpräsident". SAPMO DY 30 J IV 2/2/214, Protokoll PB, 3. 6. 1952, Bl. 12 und Anlage 4; die ideologisch wichtigere HA für Produktionsgenossenschaften blieb Genossen Siegmund vorbehalten. Auch am 17. 6. 1952 hielt das PB an dieser Position Roses im Ministerium noch fest, SAPMO DY 30 J IV 2/2/216, Bl. 10. ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952, Beitrag Roses, demzufolge „der große Bruder" die Arbeit von Scholz und Schröder schätze.

[36] Schier, Alltagsleben, S. 118.

[37] SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht AG BO über Arbeitsweise im Apparat des PV der DBD, 12. 9. 1955.

ließ sie es nicht zu, die Existenz und eine angemessene Regierungsbeteiligung von DBD und NDPD zu gefährden.

In diesem Zusammenhang war es besonders wichtig, daß gerade wegen des kurz darauf proklamierten Übergangs zum „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" die SKK das deutschlandpolitische Instrumentarium der Blockparteien nicht durch selbstverschuldete Marginalisierung verlieren wollte. Daher mußten die Blockparteien weiterhin vordergründig tragende Positionen in der Regierung einnehmen. Nicht trotz, sondern aufgrund der eindeutig auf einen sozialistischen Kurs hinsteuernden Beschlüsse der 2. Parteikonferenz hielt Stalin öffentlich an einer Option zur Vereinigungspolitik fest. Ganz betont kehrte die SED daher in einem internen Schreiben an Stalin vom 1. Juli 1952, in dem sie um die Zustimmung zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus bat, die vermeintlichen deutschlandpolitischen Wirkungen dieses Schrittes hervor: Neben der Arbeiterklasse würden auch die „werktätigen Bauern und Kleinbürger" davon überzeugt werden, „daß man bei uns besser leben kann als in Westdeutschland"[38].

2. Aufgaben der DBD nach der 2. Parteikonferenz

Welche Rolle spielte die Bauernpartei im Kollektivierungsprozeß? Landwirtschaftsminister Scholz war qua Amt über die neue Etappe der Agrarpolitik sofort informiert und versprach nach der Billigung von LPG-Gründungen durch das Politbüro am 3. Juni den Neugründungen die Unterstützung der Regierung[39]. In der darauffolgenden Sekretariatssitzung der DBD am 9. Juni übernahm die Partei prinzipiell den SED-Kurs. Allerdings formulierte Rose nur eine sehr zögerliche Anweisung: „Von der Partei erfolgt zunächst keine Propagierung und keine Aufklärung über die Bildung von Genossenschaften, aber der Initiative der werktätigen Bauern, werden keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt."[40] Parallel dazu verschärfte man erneut, wie es schon seit April 1952 im Zuge der Kreisdelegiertenwahlen praktiziert worden war, den Druck gegen die „Großbauern" in den Leitungsgremien der Partei. Sie sollten nicht mehr als Kreisdelegierte nominiert, bzw. wo bereits geschehen, von den Funktionären in den Ortsgruppen nachträglich verdrängt werden. Man ging soweit, alle Kollegen, die im Zuge der „Grenzsicherungsmaßnahmen" an der Demarkationslinie zwangsweise ausgesiedelt worden waren, per se als politisch belastet einzustufen. Vor allem Rose trat als Einpeitscher in der Großbauernfrage auf, handelte aber durchaus im Konsens mit Goldenbaum und Reichelt. Offensichtlich als Gegenforderung der DBD an die SED formuliert, faßte man auf dieser Sitzung den Beschluß, Rose als Nachfolger von Scholz als Landwirtschaftsminister vorzuschlagen.

---

[38] SAPMO DY 30 J IV 2/2/218, Protokoll PB, 1. 7. 1952, Bl. 3, Bl. 36ff., Brief der SED-Führung an Stalin, 2. 7. 1952, auszugsweise in: Hoffmann u. a. (Hg.), DDR, S. 116–118, Zitat S. 118. Siehe auch Staritz, Geschichte, S. 94–100.

[39] SAPMO DY 30 J IV 2/2/214, Protokoll PB, 3. 6. 1952, Bl. 11f., Anlage 4, Bl. 26–30.

[40] ACDP VI-052-0523, Protokoll Sekretariat, 9. 6. 1952, auch zum folgenden.

Bis zur offiziellen Reaktion der DBD-Parteiführung auf den Beschluß der 2. Parteikonferenz zum – verhalten formulierten – „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" verstrichen fast zwei Monate. Erst eine gezielt hinausgeschobene erweiterte Parteivorstandssitzung am 5./6. September 1952 ging darauf ein[41]. In den Sekretariatsprotokollen der DBD klafft für diese Zeit eine Überlieferungslücke[42]. Wenn – wie es Stalin am 7. April der SED geraten hatte – die Partei sich in Diskussionen schulte, so blieb dies verborgen. Zwar begrüßten Goldenbaum, Rose und Scholz im „Bauern-Echo" die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden[43]; auch die Landesverbände Sachsen-Anhalt und Thüringen faßten Entschließungen und entsandten Grußtelegramme an das ZK der SED[44]. Doch die Partei hielt sich mit konkreten Anweisungen zur Bildung von LPG zurück. Die zuvor schon betriebene Verdrängung von DBD-Funktionären aus staatlichen Ämtern und ihr Ausschluß von der Debatte um „Produktiv-Genossenschaften" seit Anfang April belegen, daß sich die SED das Steuer in diesem ideologisch brisanten Terrain vorbehielt, um ihre Dominanz beim Übergang zum Sozialismus in der Landwirtschaft unmißverständlich zu beweisen.

Dennoch: Nicht systematisch als offene Kampagne angelegt, aber intern durch einzelne Mitglieder, war auch die DBD von Anfang an bei der Gründung von LPG dabei[45]. Offenbar belohnte sie die Initiative zur LPG-Gründung von Kreisinstrukteuren auch mit Geldzahlungen[46]. Das Sekretariat vermerkte es kritisch, wenn Berichte der Abteilungen für Agrarpolitik über den Monat Juli keine Erfolge in Sachen LPG meldeten[47]. Es ging der Partei nicht um Einzelaktionen, sondern man hatte eine umfassende Kollektivierung im Auge. So kritisierte das Schweriner Bezirkssekretariat den Kreissekretär in Perleberg, der irrtümlich geäußert habe, man gründe zwar Produktionsgenossenschaften, werde „aber niemals eine Kollektivierung durchführen". Man beschloß, sich mit dem Kollegen zu „beschäftigen"; zuvor hatte man festgestellt, die Bildung von LPG sei „eine der wichtigsten Aufgaben, die es für unsere Partei gibt". Die drastischen Töne zur parallel radikalisierten Großbauernfrage, die „bis zum 1. 9. 52 geklärt werden und ein genauer Überblick über die Ausmerzung [!] der Grossbauern vorhanden sein muss", stießen wegen der sprachlichen Entgleisung sogar auf das Mißfallen des Organisationssekretärs Hans Reichelt[48].

---

[41] Laut Reichelt, Blockflöte, S. 125, hatte sich Goldenbaum gegen Parteiversammlungen während der Getreideernte ausgesprochen, was ihm später angekreidet worden sei, so der parteiinterne Begründungszusammenhang.

[42] Den MfS-Akten, die als Ersatz- und Ergänzungsüberlieferung oftmals profund über Sekretariats-Interna informieren, sind keinerlei Anhaltspunkte zu entnehmen, die auf Gegenpositionen zur Kollektivierung im Sekretariat hindeuten.

[43] „Bauern-Echo" vom 20., 25. und 26. 7. 1952.

[44] So abgedruckt in „Bauern-Echo", 20. 7. 1952.

[45] ACDP VI-052–228/1, Monatsbericht Abt. Agrarpolitik des LV DBD Sachsen, Juli 1952.

[46] ACDP VI-052–241/1, Instrukteur des KV Worbis, G.R., am 24. 7. 1952 an PV, Abt. Agrarpolitik.

[47] ACDP VI-052–228/1, Monatsbericht Abt. Agrarpolitik LV DBD Sachsen, Juli 1952.

[48] ACDP VI-052–1353, Protokoll Arbeitsbesprechung Sekretariat BV Schwerin, 16. 8. 1952. Reichelt wollte den BV wegen des Wortes „Ausmerzen" anschreiben.

Eine Reihe von Funktionären in den neugeschaffenen Bezirken hielt nach der 2. Parteikonferenz ihre Stunde für gekommen und forcierte die Gründung von Produktionsgenossenschaften. Der Parteivorstand sah sich genötigt, die in der Peripherie entfachte Radikalisierung im Zaum zu halten, und schärfte Anfang August ein, „daß die Organisierung der Produktionsgenossenschaften die ureigenste Sache der werktätigen Bauern selbst ist und daß kein Funktionär unserer Partei das Recht hat, selbst Gründungsversammlungen durchzuführen oder die Bildung von Produktionsgenossenschaften vorzunehmen"[49]. Insbesondere in den Bezirken Halle – dort existierten Mitte September allein 100 von insgesamt 534 Kollektivwirtschaften der DDR[50] – und Magdeburg habe man den Grundsatz der absoluten Freiwilligkeit beim Zusammenschluß zu LPG mehrfach verletzt. „Völlig abwegig" sei das Vorgehen einzelner Funktionäre wie im Kreisverband Eisleben, LPG nur aus Mitgliedern der DBD zu bilden. Als Begründung gab man vor, daß durch ein solches Vorgehen die parteilosen Bauern mißachtet und die „werktätigen Bauern" insgesamt zersplittert würden. Tatsachenwidrig ließ man weg, daß sich die DBD nicht in Konkurrenz zur SED profilieren durfte. Außerdem schmälere ein solches Vorgehen den Produktionserfolg und somit den „Wohlstand der werktätigen Bauern" und bringe alle werktätigen Bauern gegen die „Linie" der DBD auf. Eine konkrete Anleitung zur Gründung von LPG führte dezidiert aus, daß eine Gründung nur in Absprache mit der SED-Ortsgruppe und der Ortsvereinigung der VdgB(BHG) vonstatten gehen dürfe.

Generalsekretär Rose instruierte die Bezirke am 23. August schriftlich über die generelle Linie der DBD-Agrarpolitik[51]. Im Grunde verlangte er von den Funktionären die Quadratur des Kreises: Sie dürften „nicht die Rolle von stillen Beobachtern spielen", sondern müßten pflichtgemäß bei der Werbung für LPG aktiv mithelfen. Ökonomischen Sachverstand in der Beurteilung der Lebensfähigkeit von LPG sollten sie zurückstellen, denn dieser Vorgang sei politisch notwendig. Die DBD habe die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das umfangreiche Hilfsprogramm der Regierung den wirtschaftlich schwachen LPG voll zugute komme. Andererseits mußten die Funktionäre auch die bisherige Politik fortführen. Es sei zwar verständlich, so Rose, „daß das Neue wie ein Magnet die ganze Aufmerksamkeit auf sich zieht", dennoch sei es eine „wichtige Aufgabe besonders unserer Partei, neben der Förderung der Produktionsgenossenschaftsbewegung mit dem gleichen Elan wie bisher auch die Interessen unserer werktätigen Bauern, die sich keiner Produktionsgenossenschaft anschließen, zu vertreten".

Mit absichtlicher Verspätung behandelte der Parteivorstand in einer erweiterten Sitzung am 5. und 6. September die Ereignisse. Bei der Wahl des Zeitpunktes stellte man – erstens – einen historischen Bezug zwischen dem offiziellen Be-

---

[49] ACDP VI-052–0523, Schreiben des PV, gez. Goldenbaum, 8. 8. 1952, abgelegt bei Protokoll der Sekretariatssitzung vom 4. 9. 1952.

[50] Schulz, Probleme, S. 56.

[51] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Aktendeckel BV Schwerin LPG, Rose für den PV, an alle Kollegen, 23. 8. 1952 [Abschrift], folgende Zitate ebd. Dieses Schreiben floß in die am 7. 9. 1952 im „Bauern-Echo" publizierten Arbeitsentschließungen der Parteivorstandssitzung vom 5./6. 9. 1952 ein, die Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 139f., als Materialgrundlage heranzog und publizierte, Wernet, Rolle, S. 279f.

kenntnis der DBD zu den Kollektivierungsbeschlüssen der SED und der Bodenreform her, welche bekanntlich Anfang September 1945 in Gang kam. So präsentierte man den Beginn der Kollektivierung als historisch notwendigen Teil der mit der Bodenreform begonnenen Umwälzungspolitik. Zweitens konnte man bereits den Erfolg des „freiwilligen" Prozesses vorführen; dazu waren etwa 40 Genossenschaftsmitglieder und LPG-Vorsitzende eingeladen worden. Mit einem solchen Ergebnis hätte man sich nicht schon unmittelbar nach der 2. Parteikonferenz schmücken können. Drittens benötigte die Abstimmung mit der SED und SKK für die offizielle Parteilinie offenbar eine gewisse Zeit; dies war ein Punkt, der – viertens – durch die ungewisse Position von Generalsekretär Rose in dieser Phase erschwert wurde.

Roses Stellung war durch Intrigen Goldenbaums, der seit eineinhalb Jahren angeblich belastende Materialien über den Generalsekretär zusammengetragen hatte, angeschlagen. Anstelle von Rose wollte Goldenbaum seinen Vertrauten Ernst-Walter Beer zum Generalsekretär küren. Er nutzte diese Gelegenheit, um sich bei Rose zu revanchieren, der Ende 1950 am Stuhl des Parteivorsitzenden gesägt hatte[52]. Rose sollte als Gegenspieler Goldenbaums aus dem inneren Parteizirkel entfernt werden und ins Landwirtschaftsministerium wechseln. Die Sekretäre Rose, Reichelt, Rietz und Schnitzler votierten jedoch gegen Beer und für Reichelt als Generalsekretär; daß sie ebenfalls nicht für Rose stimmten, unterstreicht möglicherweise, daß die SED diesen unbedingt im Ministerium haben wollte. In dieser Situation trug – nach Roses Angaben – Kurt Vieweg und vermutlich dessen Kontakt zu Ulbricht dazu bei, daß er Generalsekretär der DBD blieb[53].

Rose war unmittelbar nach den ersten – nicht überlieferten – Sekretariatssitzungen im Gefolge der 2. Parteikonferenz von Mitarbeitern des ZK und der SKK „wegen bestimmter Formulierungen und Anweisungen in Bezug auf die Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" vehement kritisiert worden[54]. Dies läßt nur folgenden Schluß zu[55]: Hinter den vagen, aber angesichts der Brisanz des Themas verständlichen Formulierungen verbarg sich eine scharfe sowjetische Kritik daran, daß die DBD in unzulässiger Weise eine Verengung ihrer politischen Mission allein auf die Kollektivierung angestrebt hatte. In sowjetischer Sicht hatte sie damit sowohl die Unterstützung aller anderen „werktätigen" Bauern als auch ihre deutschlandpolitische Aufgabe vernachlässigt. Dies wird durch das schon erwähnte Schreiben an die Bezirke vom 23. August 1952 unter-

---

52 ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll Sekretariat, 29. 11. 1950.

53 BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 39f., Treffbericht 12. 6. 1952.

54 BStU MfS AIM 712/85, I Densdorf, Bl. 69–72, selbstkritische Stellungnahme, 8. 2. 1953.

55 Dieser stützt sich auf den Entstehungszusammenhang des Belegs zu dieser indirekt zitierten Aussage Densdorfs: Rose warf Densdorf vor, er wolle mit klassenkämpferischer Attitüde gegen die „Großbauern" vor den anwesenden sowjetischen Vertretern glänzen. Densdorf war nämlich neben anderen Verfehlungen vom Sekretariat vorgeworfen worden, sich für eine komplette „Säuberung" der DBD von Großbauern ausgesprochen zu haben. Wurde eine solche Haltung bei einem DBD-Funktionär bekannt, so wurde Generalsekretär Rose hierfür regelmäßig von der SKK kritisiert. Auch Reichelt hatte Densdorf vorgeworfen, er wolle Großbauern „administrativ" aus der DBD entfernen. Ebd.; BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 46, Abt. VI/I Treffbericht, 27. 1. 1953.

mauert, in dem Rose wieder die Hinwendung zu allen Mitgliedergruppen als Leitlinie ausgegeben hatte.

Die erweiterte Parteivorstandssitzung Anfang September, die ostentativ im „Haus der Kultur der Sowjetunion" in Berlin stattfand, vertrat diesen Kurs dann offiziell. Erst nach einem zwölfseitigen Eingangsreferat über die allgemeine politische Entwicklung seit Kriegsende, gespickt mit Angriffen gegen Westdeutschland und den Einfluß der amerikanischen Kultur, sprach Goldenbaum schließlich über die Bildung von LPG und unterstrich: „Unsere Hilfe gilt aber allen werktätigen Bauern"[56]. Auch die korrigierten Regieanweisungen für den Diskussionsablauf zeigen, daß die anfangs vorgesehenen überproportional hohen Anteile von Rednern zur Kollektivierung auf die Hälfte zusammengestrichen worden waren; ebenso fielen die verbalen Schläge gegen die „Großbauern" weg. Eine Bäuerin und Bezirkstagsabgeordnete aus dem Bezirk Gera sollte schließlich einen Antrag auf Absendung eines Telegramms an das ZK der SED stellen, worin die untergeordnete Rolle der Bauernpartei im allgemeinen und bei der Kollektivierung deutlich wurde[57]. Als „Juniorpartner" der SED hatte sich die DBD im Vorfeld der Tagung mehr demonstrative Nähe zur Arbeiterpartei gewünscht, als diese für zweckmäßig hielt. Eine angefragte Teilnahme von SED-Vertretern an der erweiterten Parteivorstandssitzung hatte das Sekretariat des ZK abgelehnt[58].

Die veröffentlichte „Arbeitsentschließung" des Parteivorstandes, die die Richtlinien für die Parteiarbeit der nächsten Monate ausgab, ließ keinen Zweifel zu. Man wollte den Mitgliedern zu verstehen geben, daß eine alleinige Konzentration auf die Kollektivierung in der täglichen Funktionärsarbeit unerwünscht war, obwohl man gleichzeitig betonte, den Aufbau des Sozialismus zu begrüßen und alle Initiativen zur Gründung von LPG tatkräftig zu unterstützen. Ganz vorne plazierte man deutschlandpolitische Parolen, wie „Tragt die neue Deutschlandnote der Sowjetregierung bis in den letzten Hof" und „Die wichtigsten Aufgaben in der Nationalen Front und bei der Vorbereitung des Völkerkongresses für den Frieden". Diese verpufften jedoch als deklamatorischer Akt und drangen nicht in die Kreise vor[59].

Die Sozialismuslosung brachte die DBD in programmatische Begründungsnot. Obwohl unter den Funktionären und Mitgliedern eine Diskussion darüber einsetzte, inwiefern man das Parteiprogramm von 1949 an das neue historische Stadium und die veränderten Aufgaben der DBD anpassen müsse, blieben Reaktio-

---

[56] ACDP VI-052–0146, Protokoll PV-Sitzung am 5./6. 9. 1952; Planungen für Diskussionsverlauf mit Korrekturen, ebd. In überarbeiteter Form in „Der Pflüger", 1952, Heft 8/9, S. 9–19.

[57] „Bauern-Echo", 7. 9. 1952, und „Der Pflüger", 1952, Heft 8/9, S. 3; dort auch Abdruck der Arbeitsentschließungen (S. 4–8), die mit dem Schreiben an die Bezirke vom 23. 8. 1952 konform sind.

[58] SAPMO DY 30 J IV 2/3/322, Protokoll Sekretariat des ZK der SED, 4. 9. 1952, Bl. 10.

[59] „Arbeitsentschließungen" vom 5./6. 9. 1952 abgedruckt in „Der Pflüger", 1952, Heft 8/9, S. 4–8. Das Thema LPG wurde versteckt im Artikel „Die Politik der Hilfe für die gesamte werktätige Bauernschaft verstärken".

nen aus[60]. Auf dem I. Parteitag 1949 hatte Goldenbaum bekräftigt, daß die DBD eine nicht-sozialistische Partei der kleinen Eigentümer und eine demokratische Partei sei[61]. Die DBD behielt dieses Programm 1952 bei und versuchte damit, die kontinuierliche Hinwendung zu den einzelbäuerlichen Mitgliedern zu unterstreichen. Sie beschränkte sich auf Floskeln, denenzufolge die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz dem Programm entsprächen, weil sie den dort als Parteiziel genannten „Wohlstand" der Bauern insgesamt mehren würden[62]. Die CDU hingegen modifizierte ihr Programm auf dem Parteitag im Oktober 1952 und integrierte den „Aufbau des Sozialismus" als Ziel. Sie verstand sich künftig als „kleinbürgerliche" Partei, die sich vor allem den religiös gebundenen Bevölkerungsteilen zuwandte[63]. Die Glaubwürdigkeit der DBD war jedoch durch den Beginn der Kollektivierung erschüttert. Vordem war diese immer ins Reich gegnerischer Angriffe verbannt worden[64] und nun trieb man sie mit zwanghaften Praktiken voran.

Der weitere agrarpolitische Einsatz der DBD war entgegen allen Verlautbarungen fast ganz auf die Errichtung von LPG fixiert. Das räumte die Parteiführung 1953 nachträglich ein und gestand damit ihre Versäumnisse gegenüber den einzeln wirtschaftenden Bauern ein. Obgleich Paul Scholz, inzwischen stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, eine Kommission zur Erarbeitung der juristischen Grundlagen der LPG, besonders ihrer Statuten, leitete, hatte die DBD dabei keinen Einfluß. Die eigentliche Anleitung und Kontrolle über die Ausarbeitung der LPG-Statuten bis zu ihrer späten Verabschiedung im Dezember 1952 übernahm die SKK, speziell die sowjetische Beratergruppe im Landwirtschaftsministerium unter der Leitung von Stupow[65]. Dieser regelte außerdem die Zulassung und Registrierung der LPG durch das Ministerium und beanspruchte die Kontrolle über sämtliche Presseveröffentlichungen zum Thema LPG. In Anlehnung an die Organisationsstrukturen in der Sowjetunion forderte er im August „nach längerer Diskussion [...], daß nunmehr endlich die Arbeitsgruppe für Produktionsgenossenschaften vom MLF in den Bezirken und Kreisen geschaffen wird. Sie sieht im MLF 17, in den Bezirken 5–6, und in den Kreisen 3 Stellen vor." Bis zum 13. August verlangte er vom Ministerium außerdem einen „vollkommene[n] Bericht

---

[60] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Entwurf für Bericht über Lage in anderen Parteien für Generalsekretär, undatiert [Juli/August 1952].

[61] Protokoll des I. PT der DBD 1949, S. 86.

[62] Siehe Arbeitsanleitung des PV, 6. 8. 1952, zur Einrichtung der Abt. Staatliche Verwaltung, ACDP VI-052-236/2.

[63] Vgl. Richter, Ost-CDU, S. 322, 332f.; Stern, Dogma, S. 113. Die Satzungsänderung vom 18. 10. 1952 abgedruckt bei Weber, Parteiensystem, S. 173f., und „Union teilt mit", November 1952, S. 8–15.

[64] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 140; Minister Scholz verkündete auf dem II. PT: „Kein verantwortlicher Mensch in unserer Republik denkt an die Kollektivierung." Protokoll des II. PT der DBD 1951, S. 166.

[65] Reichelt, Blockflöte, S. 132f. Die SKK konzentrierte sich vor allem auf die Statuten des Typs III. Siehe zu deren Vorbereitung durch die SED-Funktionäre Siegmund und Schäfer auch Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Besprechung am 1. 9. 1952 mit Michejew und Semjonow. Zur Dominanz Stupows und der SKK siehe BA DK-1/9509, Bl. 5–8, Besprechung mit Genossen Stupow, 5. 8. 1952.

über die Evakuierung sowie über die jetzige Lage der Bauern aus den Sperrzonen"[66]. Auch in dieser Frage nahm die SKK eine entscheidende Rolle ein.

Eine sorgfältige Anleitung der DBD, wie ab dem Frühjahr 1953 feststellbar, fand vorher nicht statt. Wenngleich der Kurs zwischen dem ZK und Rose abgestimmt wurde, waren nachträgliche Korrekturen nötig. Der Freiraum wurde von den DBD-Sekretären jedoch nicht offensiv ausgefüllt, vielmehr durch Selbstbeschränkung verengt. So wies Hans Schnitzler das ideologisch besetzte Terrain der „Festigung der LPG" im Innern klar der SED zu; Rose trat im Vorgriff auf Beschlüsse des Frühjahrs 1953 und höchstwahrscheinlich in Absprache mit dem Sektor BO im Dezember dafür ein, daß die DBD in erster Linie Einzelbauern als Parteimitglieder anwirbt, um diese so systematisch für den Eintritt in eine LPG vorzubereiten[67]. Auf heftige Kritik stieß die Unfähigkeit bzw. der Unwillen der Kreisverbände, die deutschlandpolitischen Parolen in den Ausschüssen der Nationalen Front zu intensivieren; laut Sekretariat zählte dies ebenfalls zu den „Hauptaufgaben" der Partei[68]. Zu den ideologischen Kernanliegen der Agitation im Herbst 1952 gehörte es auch, die deutsch-sowjetische Freundschaft zu propagieren – als Gradmesser fungierte die Organisationsquote der Mitglieder in der DSF – sowie die „Friedensbewegung" zu unterstützen[69].

Dem Sektor BO zufolge sollte die DBD im Herbst 1952 zusätzlich die sogenannte „gegenseitige Hilfe" unter den Bauern entfalten, damit die Vorgaben des Fünfjahrplanes erwirtschaftet werden könnten. Da die Vorzeichen der wirtschaftlichen Krise bereits unübersehbar waren, vertraute man auf die Selbstorganisation und das soziale Netz der Bauern untereinander sowie die Mobilisierung der Bauernpartei[70]. Die Belastung, die die Ausrichtung auf den schwerindustriellen Aufbau für die Agrarwirtschaft bewirkte, wurde vor allem den bäuerlichen Privatbetrieben, darunter besonders den „großbäuerlichen", aufgebürdet. Hingegen unterstützte die SED unter enormem finanziellen Aufwand die Errichtung von LPG[71]. Diese waren 1952 vornehmlich ein Sammelbecken für desolate Neubauernwirtschaften, besitzlose Landarbeiter und devastierte Flächen. Es erstaunt daher nicht, daß die ersten LPG überwiegend unrentable Unternehmungen waren.

---

66 Ebd.

67 ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 22. 12. 1952.

68 Ebd., Protokoll Sekretariat, 21. 11. 1952.

69 Ebd., Protokoll und Beschluß Sekretariat, 24. 10. 1952, Stichwort „innerparteilicher Wettbewerb".

70 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der 2. Parteikonferenz, 28. 10. 1952.

71 Zur Stützung gewährte man bekanntlich 1952/53 eine Reihe von gesetzlichen Vergünstigungen, wie z. B. eine Ermäßigung der Pflichtablieferung zunächst um 10%, 1953 dann um 15–20% bis hin zur völligen Ablieferungsbefreiung für die individuellen Wirtschaften im Typ III, niedrigste MAS-Tarife, bedarfsgerechte Düngemittelbelieferung, Steuerbefreiungen, kostenlose tierärztliche Betreuung und landwirtschaftliche Beratung, Gewährung günstiger Kredite, Senkung der Beiträge der LPG-Bauern zur Sozialversicherung um 10% bei gleichen Leistungen, kostenlose Qualifizierung und Facharbeiterausbildung, Streichung von Bodenreformkaufraten bei LPG-Eintritt. Schulz, Probleme, S. 59. Siehe Beschlüsse SAPMO DY 30 J IV 2/2/221, Protokoll PB, 19. 7. 1952; SAPMO DY 30 J IV 2/2/250, Protokoll PB, 2. 12. 1952, bes. Bl. 50ff.

Die Bauernpartei sollte mit ihrer Tätigkeit in den Dörfern bewirken, diese politisch in Kauf genommene Mißwirtschaft durch die Propaganda zur Mehrleistung der produktionsfähigen Einzelbetriebe wirtschaftlich zu kompensieren.

Der Sektor BO war prinzipiell damit zufrieden, wie die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz in der DBD rezipiert wurden[72]. Im Tenor stimmten seine Berichte darin überein, daß das Bekenntnis zu den Beschlüssen beim „überwiegenden Teil der Mitglieder positiv aufgenommen" worden sei. Einmütige Zustimmung herrsche im „Zentral-Vorstand", wie der Parteivorstand unkorrekt tituliert wurde, und in den Bezirksvorständen. In einigen Gremien gebe es aber noch „abwartende Stimmen", die eine offizielle Befürwortung nicht ohne Änderung des Parteiprogrammes abgeben wollten. Diese Teile der DBD besannen sich also durchaus auf das Parteiprogramm von 1949, in dem vom Sozialismus keine Rede war.

Gegen die LPG würden „negative Stimmen" vor allem dort geäußert, wo der Einfluß der „Großbauern" erheblich sei. Eine Reihe von Fällen zeige jedoch auch, daß dort „negative Diskussionen vorherrschend sind", wo die eigenen Genossen schlecht oder gar nicht mit der DBD zusammenarbeiten würden[73]. Im Vergleich zu CDU und LDP, deren Führungsgremien die Kollektivierung ebenso kritiklos mittragen würden, zeichnete man von der Resonanz in der Führung und unter den Mitgliedern der DBD zwar ein positiveres Bild[74]. Dennoch wurde im Hinblick auf die Basis bei allen Blockparteien der gleiche Befund, nämlich die Gegnerschaft zur Kollektivierung, diagnostiziert. Der Sektor BO schrieb diese Ablehnung unter den DBD-Mitgliedern aber hauptsächlich den „Großbauern" zu, deren Anteil man immerhin auf 7,8% veranschlagte, nicht der Altbauernschaft generell. Dies war eine durch die ideologische Brille verfälschte Wahrnehmung. Sie zeugt von einer partiell unterschiedlichen Einschätzung der Blockparteien, die den DBD-Mitgliedern pauschal eine ausgeprägtere „Systemnähe" unterstellte als den bäuerlichen Mitgliedern der CDU und LDP. Die Trennungslinie, die die politische Haltung der bäuerlichen Bevölkerung zur Kollektivierung bestimmte, verlief jedoch weniger entlang von Parteigrenzen, sondern war an sozioökonomischen Kriterien und an der Integrationskraft des dörflichen Milieus ausgerichtet.

Die Kollektivierungspolitik wurde bekanntlich durch die Beschlüsse der 10. ZK-Tagung im November 1952 forciert, beschleunigte sich jedoch in erheblichem Maße noch einmal im Zusammenhang mit der Kampagne zur Frühjahrsbestellung 1953 und wurde mit repressivem Nachdruck bis Anfang Juni 1953 fortgeführt[75]. Seit Anfang 1953 wurden vor allem wirtschaftlich stärkere und berufs-

---

[72] Siehe Berichte über Blockparteien vom 16. 8., 4. 10. und 28. 10. 1952, sowie den früheren, undatierten Berichtsentwurf für den Generalsekretär, der mehr Unzulänglichkeiten der SED enthält als die späteren, SAPMO DY 30 IV 2/15/3.

[73] Zitate aus der weniger geglätteten Frühfassung, ebd., Entwurf für Bericht über die Lage in den anderen Parteien für den Generalsekretär, undatiert [Juli/August 1952].

[74] Ebd., Bericht des Sektors BO, 16. 8. 1952. Wenngleich zur Frage der LPG in allen Zentral- und Landesvorständen der vier Parteien Zustimmung herrsche, gebe es bei den Mitgliedern von LDP und CDU große Auseinandersetzungen.

[75] Ende Oktober 1952 bestanden erst gut 1000 LPG, bis zum 31.12. hatte sich diese Zahl fast verdoppelt; die weiteren Zahlen: 31. 1. 1953 2340, 28. 2. 1953 3149, 31. 3. 1953 3789, 15. 4.

erfahrene Altbauern genötigt, den LPG beizutreten, indem man mit administrativen Mitteln in ihre Hofführung eingriff. Die Zahl der eingebrachten Betriebe mit 10–20 ha LNF stieg daher erst ab Februar 1953 merklich an[76]. Die Anzahl der Altbauern in den LPG verdreifachte sich von 9379 im Februar bis Ende Juni 1953 auf rund 28 000[77].

In der Überzeugung, daß die Kollektivierung unweigerlich fortschreite und unumkehrbar geworden sei, konnte es sich die SED erlauben, ihre Bündnispolitik zur DBD wie zu den anderen Parteien zu modifizieren. Schon im Dezember 1952 hatte sich Rose beim MfS darüber beschwert, daß die SED die DBD „links liegen" lasse und von Informationen ausschließe[78]. Eine Zusammenarbeit und enge Anleitung fand demnach nicht statt. Der Sektor BO arbeitete seit Januar 1953 an einer Vorlage, mit der das Politbüro dann im Februar die bisherige Aufgabenstellung und vor allem die Fortexistenz der DBD in Frage stellte. Zwar sollte die DBD weiterhin „systematisch und beharrlich" für den Eintritt ihrer Mitglieder in die LPG eintreten und die Regierungspolitik in der Landwirtschaft unterstützen, gleichzeitig verdrängte man sie aus den Betrieben und verbot die weitere Mitgliederwerbung[79]. Die Formulierung ließ allerdings noch einen gewissen Interpretationsspielraum offen. Die damit verbundene Gefahr, daß die Partei dadurch über kurz oder lang vertrockne, wurde an der Basis wahrgenommen. Während die Kreise ablehnend reagierten, enthielten sich die Bezirkssekretariate dazu[80]. Wer weder unter den Privatbauern werben durfte – und für all diejenigen darunter, die keiner LPG beitreten wollten, war die DBD infolge der Ausrichtung auf die Kollektivierung ohnehin unattraktiv geworden noch unter den Genossenschaftsbauern, dessen potentielles Mitgliederreservoir war zwangsläufig am Versiegen.

Gegen diesen Politbürobeschluß war der DBD-Parteivorstand machtlos. Anläßlich einer Aussprache mit Ulbricht zur Vorbereitung des III. Parteitages der DBD im Sommer 1953 drängte man jedoch auf die Klärung eines heiklen Punktes: In den SED-Bezirksverbänden Neubrandenburg und Frankfurt/Oder würden SED-Funktionäre die DBD „von oben her" auflösen wollen, indem sie auf ein Zusammengehen mit der SED hinarbeiteten; darüber hinaus würden Anträge aus der DBD vorliegen, die Ortsgruppen beider Parteien zu verschmelzen[81].

1953 4109, 31. 5. 1953 4930, 30. 6. 1953 5074, 31. 7. 1953 4835. Danach ging die Anzahl zurück und erreichte diesen Stand erst wieder im April 1954. Die Zahl der LPG-Mitglieder verdreifachte sich von Ende Januar bis Juni 1953 von 47405 auf 146900 zum 30. 6. 1953, sackte dann ab und erreichte diesen Wert erst wieder Ende Juni 1954. Schulz, Probleme, S. 244f.

[76] ACDP VI-052-242/1, Entwicklung und Gegenüberstellung der LPG, 31. 3. 1953 und 15. 4. 1953.

[77] Schulz, Probleme, S. 245.

[78] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 45, Abt. VI/I Treffbericht, 15. 12. 1952.

[79] SAPMO DY 30 J IV 2/2/260, Protokoll PB, 3. 2. 1953, Anlage 7. Siehe Vorlage des Sektors BO vom Januar 1953, SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht der Abt. LOPM, 23. 1. 1953.

[80] Siehe z. B. ACDP VI-053–1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 27. 3. und 31. 3. 1953.

[81] SAPMO NY 4182/1060, Bl. 382–398, Schreiben des PV der DBD an Ulbricht, 31. 3. 1953, und Anlagen. Als Gesprächstermin wurde die Zeit von 7.–9. 4. 1953 vorgesehen. Minde-

In den beigefügten Materialien versäumte es die DBD nicht, die sowjetischen „Freunde" als Fürsprecher zu zitieren – auch an die SKK hatte man das Schreiben für Ulbricht weitergeleitet[82]. Sowjetischen Stellen zufolge müßten die Bezirksleitungen der SED diese Frage „ernst nehmen" und überprüfen, „da es keine solche Linie geben kann"[83]. Im Vorfeld des III. Parteitages 1953 wurde der DBD wieder gestattet, vereinzelt, ohne organisierte Werbeaktionen Genossenschaftsbauern aufzunehmen, die bis dahin der SED zur Anwerbung vorbehalten waren. Die Reichweite der DBD sollte offenkundig nicht weiter stranguliert werden. Mit dem Bericht über die Verschmelzungsgerüchte verknüpfte der Parteivorstand die vorsichtig formulierte Anfrage, ob Arbeitsgemeinschaften von DBD und SED die Betriebsgruppenarbeit der SED unterstützen könnten. Die DBD versuchte durch die Hintertür, Zugang zu dieser Form der Parteitätigkeit in den LPG zu erlangen, da ihr eigene Gruppen ja verboten waren.

Über den Gesprächsverlauf liegen keine Zeugnisse vor. In zeitlicher Nähe zum Gesprächstermin mit Ulbricht beschloß das Sekretariat der DBD jedoch Maßnahmen, die erstmals auf die „Festigung der LPG", d.h. auf die Mitwirkung der Partei am inneren Betriebsablauf in den LPG zielten. Sie beschritt damit ein Terrain, das bislang der SED vorbehalten war[84]. Ulbricht genehmigte dies aus höchstwahrscheinlich drei Gründen: Erstens versprach die fachmännische Arbeit der DBD – neben der politischen Agitation – die desolaten LPG zu stabilisieren. Zweitens konnte die SED der DBD beweisen, daß man keine Auflösung oder Verschmelzung plante[85]. Drittens mehrten sich seit dem Frühjahr Signale aus Moskau, wonach man dort das Mehrparteiensystem in der DDR auf Dauer für nötig hielt.

---

stens 19 DBD-Mitglieder wurden im Kreis Waren abgeworben. Im Kreis Malchin hatte die SED die LDP-Ortsgruppe schon aufgelöst und wolle nun auch diejenige der DBD schließen. Ähnliche Vorfälle gab es auch in den Kreisen Anklam, Prenzlau und Demmin. Vgl. Schulz, Probleme, S. 61. Diese Befürchtungen kursierten auch in anderen Bezirken, z.B. in Dresden: SStAD BPA SED BL Dresden IV/2.15.005, Bericht Abt. Organisation, 8. 6. 1953: „Liquidatorenstimmung" herrsche auch in Freital.

[82] International Department, Rolle 13 (RGANI 5–28–58, Bl. 4–9), der Leiter der Informationsabteilung der SKK, Orlow, an ZK der KPdSU, Grigorjan, 6. 4. 1953, übermittelte die russische Übersetzung von Goldenbaums Brief an Ulbricht.

[83] SAPMO NY 4182/1060, Bl. 393, Material der DBD dazu, hier vom Bezirksvorsitzenden Beer, Neubrandenburg, über eine Aussprache mit den „Freunden" und dem ersten Bezirkssekretär der SED, Willi Wiebershausen.

[84] Die Beschlüsse sind zwar beim Sekretariatsprotokoll vom 26. 5. 1953 abgelegt, aber ursprünglich auf den 10. 4. 1953 datiert. ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 26. 5. 1953. Beschluß über „Maßnahmen zur Festigung der LPG"; Beschluß des Sekretariats vom 24. 4. 1953 (ursprünglich auf 10. 4. 1953 datiert), eine Brigade zu bilden, die die Arbeit in einigen LPG und ihre Unterstützung durch die Partei kontrolliert.

[85] Die Abt. LOPM schwor die Bezirke Anfang Juni darauf ein, diesem Gerücht entgegenzuwirken. BLHA Rep. 332, Nr. 2246, Bericht über eine Arbeitsbesprechung beim ZK, Abt. LOPM, 4./5. 6. 1953.

3. Reorganisation und Kaderpolitik

Noch bevor der Entschluß zur Kollektivierung und damit der Eintritt in das Stadium des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus" getroffen wurde, stand zwischen Moskau und der SED fest, den Staatsapparat als entscheidendes Instrument zur Durchsetzung des Sozialismus umfassend zu reorganisieren[86]. Insbesondere die Ländergliederung galt als Relikt feudalistischer Epochen und sollte durch die Bildung von 14 Bezirken abgelöst werden, die den Ausbau des sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaates beförderten[87]. Das Politbüro fällte die maßgeblichen Beschlüsse hierzu unmittelbar nach der Rückkehr ihrer Führungsspitze aus Moskau am 11. April 1952[88]. Vorgesehen waren die Schaffung kleinerer, dadurch besser organisierbarer Verwaltungseinheiten zur Umsetzung der zentralen Planwirtschaft und erweiterte Möglichkeiten zur staatlichen Intervention, die ebenso die Durchsetzung repressiver Maßnahmen begünstigten[89]. Auch auf unterer Ebene organisierte man kleinere Verwaltungseinheiten, indem die Zahl der Kreise auf 216 erhöht wurde[90]. Die Neugliederung war eine Aufgabe ersten Ranges, die verfassungsrechtliche und deutschlandpolitische Fragen berührte. Im Block verständigte man sich im Sinne einer vordergründigen Kompatibilität mit ungewissen deutschlandpolitischen Aussichten daher auf eine Kompromißformel, die in der Beibehaltung der Länderkammer zum Ausdruck kam[91]. Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus war staatsrechtlich bis zum Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht, das die Volkskammer im Januar 1957 beschloß, noch verhalten formuliert[92].

In elementarer Weise waren dadurch auch die Blockparteien betroffen, indem ihr Handlungsfeld in den politischen Repräsentationen neu gegliedert und ihre Präsenz neu verteilt wurde. Die selbstbestimmte Mitsprache und Entscheidung der Blockparteien, vor allem gegen die Stimmen der SED, wurde durch die Festschreibung der SED-Dominanz per Politbüroschluß noch weiter eingeengt. Statt bisher 520 Landtagsmandate galt es nun 1060 Bezirkstagsmandate mit politisch

---

[86] Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Besprechung am 14. 4. 1952 in Berlin bei Pieck (mit Tschuikow, Semjonow, Grotewohl und Ulbricht) über die Umsetzung der in Moskau gefaßten Beschlüsse, S. 400f.; Ebd., Besprechung am 7. 5. 1952 bei Tschuikow, S. 403.

[87] Dazu grundsätzlich Hajna, Länder, S. 88–101; ders., Bildung, bis S. 295; Mielke, Auflösung.

[88] SAPMO NY 4036/657, Bl. 128–136, „In der Sitzung des Politbüros vom 11. 4. 1952 wurde folgender Beschluß als Grundlage angenommen".

[89] Sicherheitspolitische Erwägungen spielten nachweislich eine Rolle. Vgl. den Konnex in Piecks Notizen vom Gespräch mit Tschuikow und Semjonow in Berlin am 14. 4. 1952: „Kreis- und Ländergrenzen ändern – Wehrkreise kleiner", Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 400. Hajna, Auflösung, S. 89f.

[90] Hajna, Länder, S. 92.

[91] ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 8. 7. 1952. Goldenbaum referierte zum Blockbeschluß vom 7. 7. 1952.

[92] Vgl. die ausführliche Erläuterung des Gesetzes, das die letzten Reste von Gewaltenteilung aufhob, durch Herbert Hoffmann im Präsidium der DBD, ACDP VI-052–0320, Protokoll Präsidium, 29. 1. 1957.

für zuverlässig gehaltenem, „fortschrittlichem" Personal zu besetzen[93]. Nun stellte die SED sämtliche ersten Vorsitzenden der neuen Bezirksräte. Der Mandatsschlüssel für die Bezirks- und Kreistage wurde im Politbüro so verändert, daß die Abgeordneten der SED immer die Mehrheit stellten, CDU und LDP insgesamt weniger, DBD und NDPD jedoch mehr Sitze erhielten[94]. Durch diese Privilegierung der DBD erweckte man vor allem bei den mittleren Funktionärsrängen den Eindruck, aufgewertet zu werden. Mit 13 hauptamtlichen und fünf ehrenamtlichen Bezirksräten und 95 Bezirkstagsabgeordneten hielt sich die DBD für die zweitstärkste Partei im Staatsapparat[95].

Da die Versuche der politischen Marginalisierung in der Partei verheimlicht wurden, präsentierte das Sekretariat die Veränderungen für die DBD infolge der staatlichen Neugliederung vor den Landesvertretern als Erfolg[96]. Unter den einfachen Mitgliedern hingegen zählte die tatsächliche Akzeptanz bei den SED-Genossen. Die SED sicherte sich im Gegenzug für die nur vordergründige Aufwertung die Mithilfe der Bauernpartei als „natürliche Verbündete" beim Aufbau des Sozialismus. De facto waren die Kompetenzen der Bezirks- und Kreistage längst ausgehöhlt. Das Prinzip der doppelten Unterstellung der Fachabteilungen in den Bezirken sowohl unter die Räte der Bezirke als auch unter die entsprechenden Ministerien und Staatssekretariate der Regierung der DDR sicherte die Unterwerfung gegenüber zentralen Beschlüssen. Der „Aufbau des Sozialismus" im Staat und in der Landwirtschaft bedeutete für die Kaderpolitik der DBD eine enorme Herausforderung. Die damit verbundene Politik markiert eine tiefe Zäsur in der inneren Parteigeschichte.

Das Sekretariat der DBD beschloß am 22. April, anstelle der bisherigen kommunalpolitischen Abteilung eine Abteilung staatliche Verwaltung aufzubauen[97]. Wie ihr Vorläufer sollte sie die Tätigkeit der DBD-Mandatsträger anleiten, das hieß vor allem auf ihre Stimmigkeit mit den Sekretariatsbeschlüssen hin überprüfen; angesichts der sich abzeichnenden Verschärfung des politischen Kurses sah man hier Handlungsbedarf[98]. Im Mai bereitete man im Zuge der sorgfältigeren Erfassung aller „großbäuerlichen" Mitglieder und zwecks ihrer Verdrängung aus den Leitungsgremien der Partei eine Richtlinie zur Registrierung und statistischen

---

[93] Hajna, Bildung, S. 293.

[94] SAPMO DY 30 J IV 2/2/220, Protokoll PB, 15. 7. 1952, wonach die SED in allen Bezirks- und Kreistagen die Mehrheit haben müsse, und CDU, LDPD, NDPD und DBD zusammen nicht mehr Abgeordnete als die SED-Fraktion stellen dürften. „Bei der DBD und NDP wirkt sich die höhere Mandatsziffer gegenüber früher besonders positiv in ihren Stellungnahmen aus." SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht Sektor BO, 16. 8. 1952. Hajna, Bildung, S. 294; ders., Länder, S. 96.

[95] Goldenbaum unterstrich dies auf der PV-Sitzung im September als Ausdruck der „gestiegenen" Bedeutung der „werktätigen Bauern" im volksdemokratischen Staat; „Der Pflüger" 1952, Heft 8/9, S. 14.

[96] Obwohl Goldenbaum die Probleme andeutungsweise im Sekretariat erwähnte. ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952.

[97] ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952. Kollege Günther wurde damit beauftragt.

[98] Vgl. ACDP VI-052–0521, Arbeitsrichtlinien für die Arbeit in den Wahlkörperschaften und der Kommunalpolitischen Abteilungen, bei Sekretariatsprotokoll vom 29. 3. 1951.

Erfassung der Mitglieder vor[99]. Diese Maßnahme bewegte sich durchaus in Kontinuität zum Vorgehen gegen die „Großbauern" in den Parteileitungen. Im Grunde beschäftigte sich die DBD-Spitze damit seit ihrer Gründung, wenn auch nur bedingt erfolgreich. Qualitativ neue Wege schlug die DBD erst nach der 2. Parteikonferenz ein, als sie in der zweiten Jahreshälfte 1952 Schritte zur Herausbildung einer Kaderpartei kommunistischen Zuschnitts unternahm.

Parallel zur Verwaltungsneugliederung richtete das Sekretariat der DBD 14 Bezirkssekretariate ein und beschloß eine Erhöhung der Zahl der Kreisverbände von 121 um immerhin 60% auf 194[100]. Dadurch erhoffte man sich eine bessere Anleitung der Kreise. Wie alle Gliederungen sollten auch die Kreissekretariate als untere Umsetzungsebene mit einer gezielten Kaderpolitik grundlegend verändert werden; sie waren jetzt mit durchschnittlich drei hauptamtlichen Kräften zu besetzen[101]. Das vorhandene hauptamtliche Personal der Kreise wurde sorgfältig durchleuchtet. Langfristig wollte man so auch das Problem der ständigen Kaderfluktuation lösen, das die Arbeit in den Kreissekretariaten extrem behinderte[102].

Im Zuge des Parteiumbaus 1952 zeichnete sich auch eine generationelle Verschiebung des Leitungspersonals ab. So machte die Gruppe der 18- bis einschließlich 30-Jährigen, also der zwischen 1923 und 1934 Geborenen, knapp zwei Drittel der hauptamtlichen Kader in den Mecklenburger Kreisen 1952 aus[103]. Während das Durchschnittsalter aller Kreisvorstände Mecklenburgs 1948 bei rund 38 Jahren und für die mecklenburgischen Kreisvorsitzenden 1952 bei 40 Jahren lag, waren die Funktionäre in den Kreissekretariaten im Sommer 1952 im Schnitt zehn Jahre jünger[104]. Obwohl die Parteispitzenämter bis zum Ende des Untersuchungszeitraums fest vergeben waren, gelang es einigen Mitgliedern der Kaderelite von 1952, sich bis 1963 in zweiter Reihe zu plazieren, um ab den sechziger Jahren Führungsfunktionen zu erlangen. Diese Gruppe von Aufsteigern in der DBD zeichnete sich dadurch aus, daß sie zwischen 1925 und 1930 geboren war

---

[99] ACDP VI-052–0522, Sekretariatsvorlage vom 14. 5. 1952, bei Sekretariatsprotokoll vom 16. 5. 1952.

[100] Damit sollte die DBD nicht in allen 216 eingerichteten Kreisen vertreten sein. ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 2. 8. 1952, Beschluß über Strukturplan der Partei, 1. 8. 1952; Beschluß über die Neuorganisation der kaderpolitischen Arbeit in der Partei. Anders Reichelt, Blockflöte, S. 127. 1953 gab es einen 15. BV Berlin.

[101] ACDP IV-052–0523, Vorlage Abt. Organisation betr. Strukturplan der Partei, 1. 8. 1952.

[102] Für den Landesverband Mecklenburg gilt z. B.: Von 69 hauptamtlichen Mitarbeitern der Kreissekretariate im Juli 1952 hatten nur drei diese Position seit 1949 und sieben seit 1950 inne; mehr als vier Fünftel dagegen war erst seit 1951 (31) und 1952 (28) in den Kreisen tätig. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg [Berichte p.p.A. Mecklenburg 1949–1952], Tätigkeitsbericht personalpol. Abt. Juli 1952 LV Mecklenburg. Vgl. auch ebd., Vorschläge und Anforderungen von „In-Karten", Aug. 1949-Jan. 1952, und für die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg Sept. 1952.

[103] Bei einer kleinen Verschiebung der Altersgrenzen ergibt sich ein noch klareres Bild: die Gruppe der 18- bis einschließlich 31-Jährigen umfaßte 71% aller hauptamtlichen Kräfte in den Kreisen.

[104] Die Angaben zu 1948 nach Bauer, Gründung; zur Zusammensetzung der Kreisvorsitzenden Mecklenburgs 1952: ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg [Berichte p.p.A. Mecklenburg 1949–1952].

und ihre Systemtreue sofort bewiesen hatte, weil sie in einer politisch radikalisierten Phase eingesetzt wurde, die keine Zweifel am unbedingt „fortschrittlichen" Anforderungsprofil für Funktionäre auf Kreisebene zuließ[105].

Auch die Parteispitze, das zentrale Sekretariat, wurde organisatorisch gemäß den neuen Aufgaben angepaßt. Mit dem Wegfall der personalpolitischen Abteilung rückte die neue Organisationsabteilung ins Zentrum, deren stellvertretender Abteilungsleiter die Kaderpolitik betreute. Diese Stellvertreterposition in der Zentrale wie in den Bezirken rückte beschleunigt seit 1953 besonders in das Blickfeld der Staatssicherheit; das MfS trachtete danach, die Entwicklung der DBD über Kaderarbeit „abzusichern" und hielt mit dem Organisationsleiter Hans Rietz Kontakt[106].

Sämtliche Überlegungen zur personellen Neuordnung der DBD flossen im Herbst 1952 in eine umfangreiche Richtlinie ein, die den Kadermangel auf Dauer abstellen sollte[107]. Eine systematische Kaderpolitik hatte es bis dahin offenbar nicht gegeben. Die Richtlinie formulierte Kriterien für Auslese, Förderung und Einsatz der Kader, die den Parteivorgaben bedingungslos folgen, nicht etwa ihrerseits den Kurs beeinflussen sollten[108]. Aufgrund der Personalknappheit und den bisher festzustellenden Ressentiments der Parteigründergruppen gegen den Aufstieg neuer, jüngerer Funktionäre schrieb sie explizit „mehr Mut beim Einsatz neuer Kader" vor. Die Auslese orientierte sich an erster Stelle am Klassenstandpunkt, persönliche Kriterien wie „freundschaftliche Beziehungen" oder „Herkunft aus derselben Gegend" sollten keine Bedeutung mehr haben. Zum Klassenstandpunkt zählte nicht nur die Herkunft aus der „werktätigen" Bauernschaft und der Landarbeiterschaft, sondern eine dezidierte Bewertung des gesamten familiär-verwandtschaftlichen Umfeldes und des Herkunftsmilieus[109]. Kandidaten, die weiterhin die traditionell bäuerliche und dörfliche Weltdeutungssicht teilten, schieden endgültig aus, wenn sie keinen tiefen Bruch damit vollzogen. Neu war die gezielte Entwicklung von Kadern für künftige Führungsämter, wofür jede Fachabteilung eigenverantwortlich sorgen sollte. Die DBD führte jetzt ein Nomenklatursystem ein und nahm für alle Funktionen eine gewisse Anzahl von Kadern unter Nomenklatur[110]. Von ihren Funktionären verlangte die Kaderpartei nicht nur ideologische Linientreue, sondern auch moralische Integrität. Fehlte letztere, untergrub dies häufig ihre Glaubwürdigkeit bei jenen, auf die sie agitato-

---

[105] Ähnlich Niethammer, Volkspartei, S. 42ff., und mit darüber hinausführenden Fragen, ders., Annäherung, S. 315–335.

[106] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 59, Treffbericht 12. 6. 1952; Reichelt verwies das MfS in Personalfragen an Rietz.

[107] ACDP VI-052–0523, Richtlinien und Arbeitsanweisungen für die kaderpolitische Arbeit innerhalb unserer Partei, beschlossen Sekretariat, 21. 11. 1952.

[108] Ebd.

[109] Ebd. Dazu zählten: Eltern, „berufliche und militärische Entwicklung", politische Vergangenheit, Verbindung nach Westdeutschland und Westberlin, Umgang in der Freizeit, familiäre und verwandtschaftliche Verhältnisse, Einstellung zur Arbeiterklasse und zur Sowjetunion, Charaktereigenschaften.

[110] Die Abt. Organisation nahm unter ihre Nomenklatur: 5 Parteivorstandsmitglieder, 28 Bezirksvorstandsmitglieder, 5 der besten Organisationssekretäre in den Bezirken, 28 Kreisvorsitzende und 31 Kreissekretäre.

risch einwirken sollten. Mit moralischer Integrität unvereinbar galt „sich betrinken", „Biergläser an die Wand werfen", „unsaubere Bez[iehungen] zu Kolleginnen anzuknüpfen"[111]. Da die Kader nur so gut waren wie ihre „Erziehung", intensivierte man die Parteischulung und erstellte genaue Pläne zum Besuch der Parteischulen[112].

4. „Parteisäuberung" und Großbauernpolitik der DBD

Während die Umwandlung der DBD in eine Kaderpartei zweifellos als Reflex auf die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED zu sehen ist, hatte der Zugriff auf die Basis schon im Frühjahr 1952 mit der registrierten Ausgabe von Mitgliedsbüchern begonnen[113]. Eine in Art und Umfang bislang unbekannte „Parteisäuberung" fiel mit der gegen die „Großbauern" gerichteten Politik zusammen, die die SED unabhängig von der Frage der „Produktivgenossenschaften" als Diskussionspunkt zu den Moskauer Gesprächen im Gepäck hatte[114]. Im Zeitraum von April bis Juli 1952 traten 9741 Mitglieder der DBD aus, 233 wurden ausgeschlossen, 6751 hatten der DBD schon länger den Rücken gekehrt und wurden aus der Parteistatistik jetzt entfernt[115]. Nach der 2. Parteikonferenz gingen die Austritts- und Ausschlußzahlen sogar zurück, die Berichtigungen liefen weiter. Ohne jene, die schon seit einigen Jahren de facto ausgeschieden waren, verlor die DBD rund ein Achtel ihrer Mitglieder von Ende 1951 – die Basis war also schon in der ersten Jahreshälfte 1952 in einem massiven Umbau begriffen. Die Verluste wurden im Jahresverlauf durch Neuaufnahmen ausgeglichen, allerdings konnte der Abgang bäuerlicher Mitglieder „nur" durch die Aufnahme von Angestellten und anderen Angehörigen nichtbäuerlicher sozialer Gruppen kompensiert werden[116]. Wer nach der 2. Parteikonferenz in die DBD eintrat, wußte, worauf er sich politisch einließ.

Das Sekretariat der DBD verfolgte in Abstimmung mit der SKK eine situationsbezogene, selektive „Säuberungspolitik" gegenüber „Großbauern". Die SED trat hingegen im Sommer 1952 noch nicht, spätestens aber im Frühjahr 1953 für eine härtere Gangart der DBD in der Großbauernfrage ein. Der Hintergrund die-

---

111 ACDP VI-052–0523, Beschlußvorlage zur Festigung der moralischen Sauberkeit in den Leitungen der Partei, 21. 11. 1952.

112 Zu beachten ist, daß die Mitarbeiter der Partei in den Massenorganisationen und den Verwaltungen die entsprechenden Schulen dort wahrnehmen sollten, also der VdgB(BHG), die Verwaltungsschulen und die DVA, Schulen des DFD und der FDJ, der Nationalen Front und der DSF. ACDP VI-052–0523, Richtlinien und Arbeitsanweisungen für die kaderpolitische Arbeit innerhalb unserer Partei, beschlossen Sekretariat, 21. 11. 1952.

113 ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952; Vorlage betr. Richtlinien für die Registrierung und statistische Erfassung der Mitglieder unserer Partei vom 14. 5. 1952. Siehe auch ebd., Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952.

114 Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 389–395, hier S. 390. Die Notiz vom 7. 4. 1952 sah ausdrücklich eine „Einkreisung" der „Großbauern" vor, S. 397.

115 Siehe Tabelle 14.

116 So Reichelt, Blockflöte, S. 130.

ser Veränderung war, daß der SED im Sommer 1952 zunächst die Vorreiterrolle in der Kollektivierung zufiel und sie diese auch ungefährdet einnehmen wollte. Eine Bauernpartei mit teilweise „großbäuerlichen" Ortsleitungen kam dem offenbar entgegen, weil sie kompensatorische Funktionen übernehmen konnte. Da der Kollektivierungsdruck nach der 10. ZK-Tagung der SED im November 1952 und dann im Frühjahr 1953 eine neue Qualität annahm, sollte die DBD erst nach den Vorstellungen der SED ihre Haltung zu den „großbäuerlichen" Mitgliedern generell verschärfen. Zuständige Funktionäre des ZK, wie Genossin Burkhardt vom Sektor BO, kritisierten die Strategie der DBD in der Großbauernfrage im Januar 1953 als „zu human"[117]. Die DBD hatte sich 1952 auf die „Säuberung" der Leitungsgremien, der Orts- und Kreisvorstände, konzentriert, keineswegs sollten pauschal alle „Großbauern" aus der Partei gedrängt werden.

Seit Jahren hatte sich die DBD mit nur bescheidenem Erfolg darum bemüht, im Zuge der Wahlen zu den Orts- und Kreisvorständen die „Großbauern" daraus zu entfernen. Nach Zahlen von 1951 läßt sich folgendes berechnen[118]: Immer noch waren rund 4% aller Ortsvorstandsmitglieder „Großbauern", 15% aller altbäuerlichen Ortsvorsitzenden, 6% aller bäuerlichen Kreisvorstände und 16% aller altbäuerlichen Kreisvorstände. Es erschwerte die Politik der DBD, daß „großbäuerliche" Kreise immer dann in die Partei strebten, wenn sie von der SED oder der VdgB(BHG) angegriffen wurden[119]. Die DBD fungierte hier unfreiwillig als Auffangbecken. Gleichzeitig ist festzustellen, daß sich „großbäuerliche" Kreise von einer DBD-Mitgliedschaft offenbar häufig die Verbesserung ihrer Lage und Schutz ihrer Person versprachen und sich aufgrund ihres Einflusses im Dorf dann relativ sicher fühlten. In diesem Kontext sind in Sachsen und Mecklenburg auch Aktivitäten von LDP- und CDU-Ortsgruppen erkennbar, sich mit Teilen der lokalen DBD gegen die SED zu verbünden[120].

Der Zustrom von „Großbauern" zur DBD im Frühjahr 1952 fiel mit Befürchtungen über eine erneute Bodenreform zusammen. Aktueller Auslöser hierfür war die Art der Umsetzung der „Verordnung über devastierte landwirtschaftliche Betriebe" vom 20. März 1952. Sie regelte die weitere Bewirtschaftung von verlassenen oder schlecht bewirtschafteten Betrieben durch die Einsetzung von Treuhändern oder Verpachtung, gewährte den betroffenen Betrieben aber noch einen „Vollstreckungsschutz" und stellte bei allen Eingriffen in die Verfügungsgewalt noch keine Enteignung dar[121]. Vor allem zwei Personenkreise interessierten sich für die Verordnung: zunächst die verschuldeten „Großbauern", denen die Regelung die Möglichkeit bot, ihre Betriebe z.B. an Verwandte zu verpachten. Den so

[117] BStU MfS AIM 1363/53, Personalakte Rose, Bl. 46, Abt. VI/I Treffbericht, 27. 1. 1953. Vgl. Schriftwechsel Reichelt und ZK Abt. LOPM, Genosse Elstner, 31. 3. 1953 in Sachen Densdorf, SAPMO DY 30/vorl. SED 4071.

[118] ACDP VI-052–154/1, Fragebogen 1953: Großbauern in OG-Vorständen. ACDP VI-052–154/3, Zusammenstellung neue Ortsvorsitzende, Stand nach Neuwahl 21. 7. 1951. Siehe Tabelle 15. Für 1952 liegen keine vergleichsweise zuverlässigen Zahlen vor. Als Prämisse der Berechnung galt, daß Neubauern keine Betriebe über 20 ha besaßen.

[119] ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952.

[120] So die CDU in Pirna, ebd.

[121] GBl. DDR 1952, Nr. 38, S. 226. Siehe dazu Bell, Enteignungen, S. 17–19.

übernommenen Höfen wurden Vergünstigungen gewährt, wie die Minderung des Ablieferungssolls oder Überbrückungskredite, die die Produktionsfähigkeit erhielten[122]. Darüber hinaus schuf die Verordnung staatliche Interventionsmöglichkeiten für die Bürgermeister. So konnten die Kommunen gleichzeitig sich und den „Großbauern" helfen, wenn sie einen Betrieb der Verordnung unterstellten. Denn die damit verbundene Reduzierung des Ablieferungssolls erleichterte die kommunale Pflicht, das Soll auf die Gemeinde umzulegen. Der entscheidende Punkt war jedoch, daß die Bürgermeister durch die Einsetzung eines Treuhänders ebenso eine latente Enteignungspolitik betreiben konnten, wie sie in Kombination mit späteren Verordnungen verschärft wurde[123].

Insgesamt zeichnete sich ab, daß sich so manche „Großbauern" und Bürgermeister bei Erlaß der Verordnung zunächst tatsächlich eine Erleichterung versprachen. Die Durchführungspraxis der übereilt erlassenen Verordnung – so die Antwort der Bauernbank auf eine Anfrage der DBD[124] – ab Ende April/Anfang Mai 1952 verlieh ihr jedoch eine politisch ausgerichtete, antigroßbäuerliche Stoßrichtung[125]. Die SED betrieb nicht grundlos die Auswechslung jener Bürgermeister, die keine konsequente Haltung gegen „Großbauern" einnahmen und die Gründung von LPG nicht voranbrachten[126]. Dieser Hebel der Enteignungspolitik funktionierte nur in Verbindung mit einer „Kadersäuberung" an den unteren Umsetzungsstellen.

Die Devastierungspolitik sollte fortan ausschließlich als politischer Kampf, nicht als wirtschaftliche Hilfsaktion betrieben werden. DBD-Funktionäre verstanden die Verordnung zunächst nicht eindimensional als Waffe gegen „großbäuerliche" Betriebe, sondern als Chance, wirtschaftlich angeschlagenen Höfen zu Vergünstigungen beim Ablieferungssoll zu verhelfen. Diese Lesart der Verordnung, die die bisherige Praxis kontinuierlich fortführte, wurde Ende April 1952 durch eine „Aufklärungs"- und Schulungskampagne revidiert[127] und im Zuge der Beschlüsse zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus untersagt. Die DBD-Zentrale beteiligte sich an der Durchsetzung der Verordnung nach strikt sozialistischer Interpretation und wies die Landesverbände entsprechend an.

Während der ersten Umsetzungsphase der Verordnung fand ein qualitativer agrarpolitischer Wechsel statt. Dies belegen Beispiele, in denen Kreisfunktionäre sanktioniert wurden, weil sie betriebswirtschaftlichen Erwägungen folgend versucht hatten, Mittelbauern durch Anwendung der Verordnung Erleichterungen

---

122 ACDP VI-052–241/1, Auswertung aufgetretener „Argumentationen über die Durchführung der VO [...] aufgrund der Berichte aus den Landesverbänden".

123 Bell, Enteignungen, S. 23, 28, weist für Mecklenburg absichtliche Enteignungspolitik von Bürgermeistern über die „Devastierungspolitik" für den Oktober 1952 nach.

124 ACDP VI-052–240/1, Deutsche Bauern-Bank an PV, Abt. Agrarpol. Wiesner, 25. 4. 1952.

125 Dagegen Bell, Enteignungen, S. 17–19, 26–28, 31.

126 Vgl. Lindenberger, ABV, S. 16; Langenhan, „Halte dich fern von den Kommunisten", S. 131.

127 ACDP VI-052–240/1, Abt. Agrarpolitik des PV, Wiesner, an Kreisrat Georg Hennig, Burg (Sachsen-Anhalt), 26. 4. 1952; siehe auch „Bauern-Echo", 24. 4. 1952, Auswertung der Kreisverwaltung Grimmen.

zu verschaffen[128]. Das Sekretariat in Berlin gab im Zusammenhang mit der Verordnung am 23. April erstmals die Weisung aus, von einer Großbauerndefinition auszugehen, die Betriebe schon ab 15 ha fasse[129]. Die DBD radikalisierte ihre Praxis selbst. Sie wollte sich in der Durchführung gegenüber der VdgB(BHG) profilieren, denn durch letztere sei nur „eine ungenügende ideologische Aufklärung erfolgt und die außerordentliche Bedeutung zur Verordnung nicht erkannt worden"[130].

Der Vorteil dieses Vorgehens, mit Rechtsakten eine beliebig definierbare Gruppe von „Großbauern" bekämpfen zu können, lag aus der Sicht der SED darin, daß sich die Verordnungen in Kontinuität zur bisherigen Agrarpolitik bewegten und in einem gewissen Rahmen modifiziert, auch verschärft werden konnten, ohne daß jeder einzelne Schritt eines sowjetischen Votums bedurft hätte. Ein solches Votum war umgekehrt etwa in der Grundsatzfrage der Bildung von Produktionsgenossenschaften unabdingbar. Außerdem ließ sich diese Art der Enteignungspolitik mühelos mit dem „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" verknüpfen. Die aufgrund der Verordnung vom 20. März unter Treuhänderschaft gestellten Flächen konnten VEG angegliedert werden und eigneten sich bestens dafür, den Bodenanteil von landlosen Landarbeitern aufzustocken, wenn diese eine LPG gründen oder einer solchen beitreten wollten[131]. Das Eigentum der Landarbeiter wurde so auf administrative Weise dem der landbesitzenden Schicht der Klein- und Mittelbauern angeglichen. Die gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen lieferte die „Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten" vom 17. Juli 1952. Sie gestattete es, Betriebe von flüchtigen Eigentümern und verlassene Bodenreformwirtschaften auf Beschluß des Rates des Kreises den LPG oder VEG zur „unentgeltlichen Nutzung" zu übertragen[132]. Den für diese Tatbestände in der Verordnung vom 20. März 1952 noch vorgesehenen Vollstreckungsschutz hob eine Arbeitsanweisung vom 3. Februar 1953 auf; die Übernahme erlangte damit die eigentumsrechtlich entscheidende Grundbuchwirksamkeit. Vervollständigt wurde die Enteignungspolitik mit der Verordnung vom 19. Februar 1953 über die „Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und die Versorgung der Bevölkerung"[133]. Die endgültige Fassung war mit Grotewohl abgesprochen wor-

---

[128] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Protokoll erweiterte Sitzung der Landeskommission für Agrarpolitik, 29. 4. 1952, Bericht über 2. Bodenreform aus Parchim. ACDP VI-052–240/1, Anleitung zur Unterstützung der Durchführung der VO vom 20. März 1952, undatiert [Juni 1952] LV Brandenburg Abt. Agrarpolitik; ebd., Auswertung von „Argumentationen über die Durchführung der VO [...]"; ACDP VI-052–0953/I, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 31. 12. 1952.

[129] Diese Anweisung ist nur für Mecklenburg nachweisbar, galt aller Wahrscheinlichkeit nach aber für alle Landesverbände. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Arbeitsbesprechung mit Abteilungsleitern LV, 23. 4. 1952.

[130] ACDP VI-052–240/1, Auswertung aufgetretener „Argumentationen über die Durchführung der VO [...]".

[131] Vgl. SAPMO DY 30 J IV 2/2/214, Protokoll PB, 3. 6. 1952, Anlage 4, hier Bl. 28.

[132] Bell, Enteignungen, S. 19–21. Bei den Bodenreformbetrieben war das Eigentum als Nutzungseigentum eingeführt worden, d. h. bei Verlassen der Betriebe konnte dieses fast problemlos wieder entzogen werden.

[133] Ebd., S. 30–33. VO vom 19. 2. 1953 in GBl. DDR, 1953, Nr. 25, S. 329f. Sie wurde erst in

den, der einen harten Sozialisierungskurs verfocht. Auf ihn geht zurück, daß aus einem Entwurf ein Paragraph gestrichen wurde, der vorsah, betroffenen „Großbauern" einen Besitz von 5–6 ha zu belassen. Auch Grotewohl bevorzugte die Gesamtenteignung zum Landgewinn der LPG, die „Großbauern" mutierten nicht zu harmlosen Kleinbauern, wenn man ihr Eigentum verkleinerte, sondern blieben in seiner Vorstellung „Klassenfeinde"[134].

Sowohl die verlassenen Bodenreformbetriebe von einstigen Neubauern als auch devastierter „großbäuerlicher" Besitz konnte so juristisch problemlos dem volkseigenen Sektor oder dem genossenschaftlichen Bodeneigentum zugeschlagen werden[135]. Diese Regelungen traf die SED höchstwahrscheinlich in Abstimmung mit der SKK. Offenbar als Ergebnis einer Besprechung mit Iwanow hielt Pieck am 2. Februar 1953 fest, wie man dem Problem der „Kulaken" begegnen könne; hierfür sah man Bodenbeschlagnahmungen vor, riet aber auch, man solle die „Kulaken" „nicht zwangsweise liquidieren"[136]. Die Ausführung dieser Verordnungen lag in der Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums, das die Bezirke und Kreise anwies. Die Durchführung der Aktion wurde dort von Ernst Frommhold[137], einem bewährten SED-Mann, geleitet; eine maßgebliche Beteiligung der DBD-Mitarbeiter im Ministerium ist nicht nachzuweisen.

Auch im Frühsommer 1952 registrierte das Sekretariat der DBD einen höheren Andrang von „Großbauern" und ein Ansteigen ihrer Mitgliederzahlen in den Landesverbänden Brandenburg und Thüringen; bei ihrem Austritt würden sie Mitgliedergruppen mitreißen[138]. Solange „großbäuerliche" Kreise ihren lokalen Einfluß auch in Parteileitungsfunktionen ummünzen konnten, stieß ein schärferes Vorgehen gegen sie an Grenzen, wollte die DBD nicht den Bestand ganzer Ortsgruppen aufs Spiel setzen. Die Kunst bestand darin, die „Großbauern" im Dorf zu „isolieren", sie auszugrenzen – also das schwierige Unterfangen, in das dörfliche Sozialgefüge und seine Eigengesetzlichkeiten einzudringen und es für eigene

---

Kombination mit den seit 1949 laufend restriktiveren Regelungen zur differenzierten Ablieferungspflicht, den Preisbestimmungen und den durch die Verteuerung der Betriebsmittel (erhöhte MAS-Tarife, Düngerpreise etc.) erschwerten Produktionsbedingungen für Höfe ab 20 ha LNF eine „scharfe" Waffe in der Enteignungspolitik. Entscheidend war, daß sie für Betriebe, die unter die VO vom 8. 2. 1951 und 20. 3. 1952 gefallen waren, unter § 2, Abs. 5 bestimmte: „Die Übernahme der Verwaltung des betreffenden Grundstückes ist im Grundbuch einzutragen." Damit war die Enteigung perfekt. § 6 regelte die Zuweisung an Landarbeiter in den LPG.

134 SAPMO NY 4090/363, Bl. 50, VO vom 19. 2. 1953 mit Korrekturen Grotewohls.

135 Zu den rechtlichen Zusammenhängen grundlegend Bell, Enteignungen, hier S. 46–48.

136 Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, S. 412. Die Verwendung des Terminus „Kulaken" markiert eine Verschärfung der Politik gegenüber den „Großbauern".

137 Bell, Enteignungen, S. 32f., 35. BA DC-20 I/4–681, Beschluß über Gewährung einer Ehrenpension an Ernst Frommhold 7. 2. 1963.

138 ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952; Goldenbaum kritisierte, daß der „entscheidende Fehler" die „Unterschätzung der Großbauernfrage sei". Der LV Brandenburg berichtete, daß Großbauern sich unter Angabe falscher Hektarzahlen die Aufnahme in die Partei erschlichen hätten. Auch der LV Thüringen gab an, den Einfluß der Großbauern noch nicht überall gebrochen zu haben; ebd., Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952.

Zwecke zu verändern. Die Funktionäre, die dies durchsetzen sollten, hatten leichteres Spiel, wenn man „großbäuerliche" Kreise vor der Dorföffentlichkeit mit Vorwürfen diskreditieren konnte, die ihr angeblich unsoziales oder gegen die Gemeinschaft gerichtetes Verhalten bewiesen. Das war die gängige Rechtfertigungsstrategie bei den Vorstößen gegen die „Großbauern". Im April 1952 gab sich das Sekretariat der DBD noch der Illusion hin, durch Schulung auf die dörfliche Basis im Sinne dieses Vorgehens einwirken zu können; man solle „das unpolitische Dorf endgültig [...] überwinden"[139]. Spätestens im Herbst 1952 war jedoch offensichtlich, daß man dazu ein Instrumentarium von anderer Qualität benötigte. Ohne massive Agitation, kombiniert mit persönlicher Nötigung, wirtschaftlichem Zwang und politischem Druck, war die Masse der ländlichen Bevölkerung nicht für den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" zu gewinnen. Als zusätzliche Vorposten der Staatsmacht im Dorf wurden ab Januar 1953 die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Volkspolizei flächendeckend eingesetzt. Sie sollten durch ihre soziale Nähe zum Dorfalltag nützliche Informationen zum Vorgehen beisteuern, waren somit kein Repressionsorgan[140].

Die DBD leitete also eine Radikalisierung ihrer Politik gegen „Großbauern" im Frühjahr 1953 ein. Der Parteivorstand versprach dies Ulbricht höchstpersönlich. Man gab vor, nicht nur die lokalen Leitungsgremien – wieder einmal – „großbauernfrei" machen zu wollen, sondern darüber hinaus eine „Säuberung" unter denjenigen „großbäuerlichen" Mitgliedern durchzuführen, „die die Ablieferungspläne nicht erfüllen, sich als Verbreiter von Gerüchten betätigen und Feinde der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind"[141]. Rose machte gleichzeitig auf die Desorientierung in den Kreisverbänden aufmerksam. Diese waren damit überfordert bzw. nicht gewillt, alle ideologischen Winkelzüge inhaltlich nachzuvollziehen und in die politische Praxis umzusetzen: „Solche Unklarheiten gibt es in mehreren Kreisverbänden. Es kam so raus: Kampf gegen die Großbauern. Dieses ist falsch, der Kampf geht gegen die reaktionären Großbauern. Was setzt sich nach Westberlin ab, nicht die reaktionären Großbauern. Darum denke ich, wir haben jahrelang richtig gearbeitet. Man soll nicht sagen, raus mit den Großbauern aus der Partei, sondern rein mit den Kleinbauern in die Parteileitungen. Man darf den Begriff Großbauer nicht schlechthin nehmen. Wir erreichen nur, dass die Großbauern ihre Äcker verlassen und wir herrenlose Flächen haben. Wir betonen immer wieder, werktätige Bauern in die Leitungen der VdgB usw. und dort, wo Großbauern sich reaktionär bewegen, werden wir sie mit den Grundeinheiten entfernen. Aber die Großbauern, die vorbildlich in der Produktion sind, helfen uns heute am Aufbau. Ich möchte das auch begründen mit dem Eintritt in die LPG [...]. Wir säubern unsere Leitungen von Großbauern und holen sie raus, wo sie offensichtlich unseren Plan sabotieren, wenn sie gegen die

---

[139] Ebd., Protokoll Sekretariat, 22. 4. 1952.

[140] Lindenberger, ABV, S. 15–17. Vgl. auch ders., police populaire.

[141] SAPMO NY 4182/1060, Bl. 382–386, PV der DBD, Goldenbaum, an Ulbricht, 31. 3. 1953, Vorbereitung für Aussprache mit Ulbricht anläßlich der Vorbereitung des III. PT der DBD, hier Bl. 385.

Produktionsgenossenschaften schießen, entfernen wir sie durch die Grundeinheit."[142]

Auf einer Parteivorstandssitzung im Januar 1953, die die erste Konferenz der Vorsitzenden der LPG des Vorjahres behandeln sollte, spitzte sich der Umgang mit dieser Problematik zu: Angestoßen durch die Ausführungen Wilhelm Densdorfs wurde ein Antrag formuliert, umgehend einen Vorstandsbeschluß zu fassen, wonach alle „Großbauern" aus der DBD auszuschließen seien. Gegenüber der SKK, deren Vertreter an besagter Sitzung teilnahmen, war Generalsekretär Rose um Schadensbegrenzung bemüht. Er und das Sekretariat taten alles, um den Eindruck zu vermeiden, die DBD verfolge eine pauschal gegen „Großbauern" gerichtete Politik und informiere die SKK nicht wahrheitsgemäß[143]. Insgesamt bewegte sich die DBD damit auf der Linie der „Differenzierung", wie sie zwischen Pieck und Iwanow am 2. Februar 1953 besprochen wurde.

5. Produktionsgenossenschaften und Mitglieder der DBD

Für die Bildung von Produktionsgenossenschaften war die Mitarbeit der Bauernpartei von hoher Bedeutung. Sie rekrutierte den größten Anteil der in den Blockparteien organisierten Bauern, obwohl ihre Mitgliederbasis bis Juli 1952 ihren Zenit bereits überschritten hatte[144]. Mit 58381 bäuerlichen Mitgliedern – Pächter, Land- und Forstarbeiter blieben unberücksichtigt – erfaßte sie fast dreimal so viele Bauern wie die CDU und lag sogar mit der über 1,2 Mio Mitglieder zählenden SED zumindest gleichauf. Die DBD hatte den Vorteil, daß ihr Charakter als bäuerliche Partei mit 71% bäuerlichen Mitgliedern evident war, während die SED nur 4,5% und CDU und LDP jeweils um die 13% zählten; äußerst gering war die Quote in der NDPD. Offensichtlich verfolgten die beiden späten Parteigründungen eine Arbeitsteilung in der Mitgliederrekrutierung. Wenn die NDPD unter der bäuerlichen Bevölkerung warb, mißfiel dies der DBD sichtlich[145]. Kurzum, 1952 hatte die DBD die SED in der Rekrutierung bäuerlicher Mitglieder in absoluten Zahlen überflügelt. Außerdem hatte sie es wie keine der anderen Parteien erreicht, die unterschiedlichen bäuerlichen Schichten insgesamt zu integrieren, wenngleich dies nicht immer innerhalb einer Organisationseinheit gelang. So setzten sich die Kreisvorstände nach der Parteiumbildung zu über einem Viertel aus „Umsiedlerbauern" zusammen. Die Verschiebung im Vergleich zu April 1951 ist auf das Verhalten altbäuerlicher Mitglieder 1952 zurückzuführen, die der Partei davonliefen,

---

142 ACDP VI-052-0524, Protokoll Sekretariat, 30. 1. 1953.

143 Vgl. Kapitel IV.1, S. 227.

144 Bis dahin zählte sie rund 82000 Mitglieder, alle anderen Blockparteien hatten mindestens 20000 Mitglieder mehr, die CDU war fast doppelt so stark wie die DBD. Siehe dazu Tabelle 16.

145 Die Werbepraxis der NDPD wurde immer wieder in den Landessekretariaten und im Sekretariat des PV thematisiert, z. B. ACDP VI-052-0520, Abt. Org. Reichelt, Beschlüsse der Sitzung vom 30. 12. 1950, datiert auf 4. 1. 1951.

ganz überwiegend jedoch auf den Neuaufbau in den Kreisen nach der Verwaltungsumgliederung[146].

Mit Fug und Recht konnte die DBD beanspruchen, im Arbeiter- und Bauernstaat jene Partei zu sein, der sich die Bauern am ehesten anschlossen, soweit diese überhaupt eine Parteibindung suchten. Damit lief sie Gefahr, in den Augen der SED als Konkurrentin beim „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" auf dem Land wahrgenommen zu werden. Auf der wichtigen 10. ZK-Tagung im November 1952 kritisierte Ulbricht insbesondere, daß man die Bildung von Betriebsparteiorganisationen in den LPG vernachlässige, kaum Bauern für die SED anwerbe und nicht mit der DBD um Mitglieder wetteifere: „Es ist eine Schwäche der Parteiarbeit im Dorf, daß wir noch nicht verstehen, ein Aktiv mit den Parteilosen zu schaffen. Anscheinend ist noch die Auffassung verbreitet, daß die Mitgliedschaft in einer bürgerlichen Partei oder in der Demokratischen Bauernpartei der Vorzug zu geben sei. Das ist nicht richtig."[147]

Der quantitative Anteil der DBD an der Kollektivierung 1952/53 war beachtlich. Bis Mai 1953 war knapp ein Fünftel aller LPG auf Initiative der DBD gegründet worden[148]. Die Position des Spitzenreiters nahm der kleinbäuerlich geprägte Bezirk Suhl ein, wo fast 40% aller LPG unter DBD-Beteiligung zustande kamen, aber auffälligerweise nur 7,7% der Gesamtmitgliedszahl des Bezirksverbandes Genossenschaftsbauern waren. Die Funktionäre der DBD traten hier offensichtlich sehr zielstrebig auf; unter den Mitgliedern verlief dagegen ein Graben zwischen Aktivismus zur LPG-Gründung und betonter Distanz. Im Bezirksverband Halle, der im Sommer wegen der „Verletzung der Freiwilligkeit" beim LPG-Eintritt Kritik vom Parteivorstand einstecken mußte, waren gut ein Viertel der Mitglieder bereits Genossenschaftsbauern, während die Initiative zur Bildung nur bei 15% der Gründungen der DBD zufiel. Dies ging ursächlich auf das Verhalten des DBD-Bezirkssekretariates Halle zurück, das seinen Kurs ganz auf die SED ausrichtete. Das Sekretariat unter dem Vorsitzenden Kurt Burkhardt umging häufiger den eigenen Parteivorstand und wählte sozusagen in „linker Abweichung" den kurzen Draht zu Ulbricht. Gegen diese Mißachtung intervenierte das zentrale Sekretariat der DBD[149]. In dieser Frühphase der Vergenossenschaftlichung schälten sich einige Hochburgen der DBD heraus. Die Kreisverbände Querfurt (43,2%) und Bernburg (46,3%) im Bezirk Halle besetzten die Spitzenposition nach dem Anteil der Genossenschaftsbauern unter den Mitgliedern[150].

---

[146] SAPMO DY 30 IV 2/15/56, Bericht der Abt. Org. der DBD, 19. 3. 1953. Nach den Kreisvorstandswahlen im IV. Quartal 1952 waren 887 oder 26% der Kreisvorstände „Umsiedler", im April 1951 lag der Stand noch bei 350 Personen oder 20,7%.

[147] SAPMO DY 30 IV 2/1/107, stenogr. Niederschrift der 10. Tagung des ZK, 20.–22. 11. 1952, 1. Tag, Rede Ulbricht, hier Bl. 49. Vgl. SAPMO NY 4182/1060, Bl. 351–357, Bericht über die Arbeit der Partei auf dem Lande, 13. 11. 1952. Zum Stellenwert der Tagung auch Schulz, Probleme, S. 69f., und Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt".

[148] Siehe Tabelle 18.

[149] BStU MfS AIM 127/54, Personalakte Reichelt, Bl. 72f., Treffbericht, 15. 12. 1952.

[150] ACDP VI-052–235/1, Bericht der DBD an die SKK über den Beitrag der DBD an der Bildung von LPG, 25. 5. 1953. In den gleichen Kreisen beobachtete man Ende der fünfzi-

Die Kollektivierung verdichtete sich erst im Herbst 1952, nachdem die Ernte eingebracht worden war. Bis dahin hatte der organisatorische Aufbau der neuen Bezirks- und Kreisverbände Zeit und Energie der DBD-Funktionäre beansprucht. Allerdings war nach dem Wettlauf um die frühesten LPG-Registrierungen auch deutlich geworden, daß die große Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung insgesamt und in der DBD den Produktionsgenossenschaften nicht freiwillig beitrat, sondern die Kollektivierung ablehnte und als Kampfansage auffaßte. Auch die Parteileitungen der SED scheuten die Durchsetzung des Kollektivierungsprogrammes anfangs. Außerdem behinderte die mangelhafte Qualifikation des Personals in den entscheidenden Umsetzungsstellen, wie etwa in den Abteilungen Produktionsgenossenschaften bei den Räten der Kreise, oftmals die Kollektivierung und die dann notwendigen Hilfsmaßnahmen für die LPG[151].

Als es einige „Beispiele" gab, aber die Masseninitiative ausblieb, wurden administrative Hebel angesetzt, auch um die gewünschte Debatte über die LPG in der Partei jetzt zu forcieren[152]: Ende August 1952 zitierte die SED ihre Kreissekretäre nach Berlin. Diese mußten sich von Fred Oelßner den Vorwurf gefallen lassen, daß der Grundsatz der „Freiwilligkeit" nicht bedeute, sich überhaupt nicht um die Gründung von LPG zu kümmern[153]. Danach nahmen in SED und DBD die Anstrengungen der Grundeinheiten, LPG zu gründen, erheblich zu. Der SED-Auftrag an die DBD lautete im Herbst 1952 wie im Frühjahr 1953: Die Überzeugungsarbeit unter Klein- und Mittelbauern ihrer Partei zwecks „Eintritt in LPG ist systematisch und beharrlich weiterzuführen"[154]. Dabei sollten SED und DBD eigentlich arbeitsteilig vorgehen: Während die Bauernpartei vorrangig auf die Bildung von LPG durch den Eintritt ihrer Mitglieder festgelegt wurde, behielt sich die SED vor, die innere Ausgestaltung und ideologische Führung zu übernehmen[155]. Eine Schlüsselstelle für das Wirtschaften der LPG, die mit der Kollektivierung 1952 zu Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) umbenannten MAS[156], wurde 1952 politisch durch das MfS bearbeitet[157].

---

ger Jahre eine Konzentration ehemaliger NSDAP-Mitglieder, BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 15–22, Einschätzung des BV Halle, Juni 1959, Bl. 21.

151 ACDP VI-052–241/1, Abt. Agrarpolitik, Bericht Schnitzler, Abt. Schulung und Werbung PV DBD, 30. 10. 1952 zu LPG im Bezirk Dresden.

152 Vgl. Stalins Äußerungen vom 7. 4. 1952 oben, S. 336.

153 Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 84.

154 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht Sektor BO, 23. 1. 1953.

155 Abzulesen ist dieses Zusammenspiel an den Schulungsthemen der DBD und an Diskussionen im Sekretariat, siehe z.B. ACDP VI-052–0524, Protokolle Sekretariat, 22. 12. 1952, 30. 1. 1953. Schulungsthema waren nicht in erster Linie die Musterstatuten der LPG, also die innere Ausgestaltung und ideologische „Festigung" der LPG, sondern der Schwerpunkt lag auf der Gewinnung von Bauern für die LPG.

156 Immler, Konzeption, S. 56; eingehend zur Organisationsgeschichte von MAS und MTS, Pankratz, Weg.

157 SAPMO DY 30 J IV 2/2/222, PB-Beschluß zur Schaffung von politischen Abt. bei den MAS, 22. 7. 1952; dieses war auch Besprechungsgegenstand in Moskau, Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Besprechung am 1. 9. 1952 in Moskau mit Michejew und Semjonow, S. 405f.

Parallel dazu stieg das Ausmaß der Widersetzlichkeit der dörflichen Bevölkerung und nahm immer oppositionellere Formen an. Im selbstreferentiellen Agrarmarxismus wurde dieses Verhalten als Ausdruck des verschärften „Klassenkampfes" des Gegners interpretiert und lieferte wiederum die ideologische Begründung dafür, die Kollektivierung noch repressiver weiterzuführen. Da bis zum Frühjahr 1953 bewiesen war, woran ohnehin kaum jemand gezweifelt hatte, daß nämlich die bäuerliche Bevölkerung keine Revolution „von unten" betrieb, sah Ulbricht die Arbeiterklasse aufgerufen. In sogenannten „Patenschaftsaktionen" unterstützten städtische Industriebetriebe die LPG. Verknüpft waren damit Agitationseinsätze, die unter Führung von Industriearbeitern die Gründung von LPG herbeiführten. Zu diesem Zweck wurde die bäuerliche Bevölkerung auch mit Strafprozessen überzogen und viele zur Flucht veranlaßt[158].

Hatte die SED in der administrativen Durchführung bis dahin vornehmlich auf die neu konstituierten und dabei „gesäuberten" staatlichen Organe gebaut, so erklärte Ulbricht die Sicherung der Kollektivierung im April 1953 zur Sache der Partei selbst[159]. Während im DBD-geführten Landwirtschaftsministerium erneut 50 Personen entlassen werden sollten, setzte er auf die Entsendung von „Sonderbevollmächtigten" des ZK in die Bezirke. Sie sollten sich in erster Linie um die „wirtschaftliche Festigung", gemeint war der Erhalt der LPG, bemühen. Im Ministerium war die Arbeit sämtlicher Fachabteilungen vorrangig auf die Produktionsgenossenschaften ausgerichtet worden[160]. Erst in letzter Minute, im Mai 1953, gestattete man angesichts des sich überdeutlich abzeichnenden wirtschaftlichen und politischen Desasters auch der DBD den „Zutritt" in die LPG. Während sie bis dahin den Auftrag hatte, systematisch auf die Neubildung von LPG hinzuwirken, konzentrierte sie sich jetzt auf die Stabilisierung der bestehenden LPG.

Trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten – Mitte August 1952 waren nur rund 200 DBD-Mitglieder Genossenschaftsbauern[161] – erreichte die Quote der Bauernparteiler an der Gesamtzahl der Genossenschaftsmitglieder im November 1952 rund 10%. Sie pendelte zwischen 5,5% im BV Leipzig und 20% im BV Suhl[162]. Insgesamt gilt auch für die DBD-Mitgliedschaft der Zusammenhang: je größer der Anteil an desolaten Neubauernwirtschaften und je klarer eine kleinbäuerliche Struktur ausgebildet war, um so höher lag der Anteil an Genossenschaftsbauern[163]. So verzeichneten die durch die Bodenreform und einen hohen

---

158 Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 89–91; Beschluß des Sekretariats des ZK der SED über die Entsendung von Arbeitern auf das Land zur unmittelbaren Hilfe bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes, 23. 4. 1953, abgedruckt in: Bündnis der Arbeiter und Bauern, S. 152–156.

159 Beschluß zur Entsendung „Sonderbevollmächtigter", SAPMO DY 30 J IV 2/2/276, Protokoll PB, 21. 4. 1953. Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 92–94.

160 ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 26. 5. 1953, auch zum folgenden.

161 ACDP VI-052–242/1, Übersicht Abt. Agrarpolitik, 14. 8. 1952, über registrierte LPG und DBD-Mitglieder in LPG.

162 Siehe auch zum folgenden Tabelle 17.

163 Vgl. auch die Berichte zu einzelnen Kreisen des BV Schwerin in ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin [lt. Aktendeckel: Tätigkeitsberichte BS an PV Jan.-Dez. 1953; Tätigkeitsberichte LS an PV Jan.-Dez. 1952]. So sei im KV Ludwigslust mit Stand vom 15. 2. 1953

Neubauernanteil geprägten Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bis November 1952 einen Anteil von DBD-Mitgliedern über dem Durchschnitt von 10% an der Gesamtzahl der Genossenschaftsmitglieder. Der DBD-Landesverband Sachsen setzte sich im Juni 1952 zu über 40% aus altbäuerlichen und knapp unter 20% aus neubäuerlichen Mitgliedern zusammen und gab diese Struktur an die neugebildeten Bezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz (ab 1953 Karl-Marx-Stadt) weiter. Dort lag der Anteil der Genossenschaftsbauern aus den Reihen der DBD deutlich unter dem Schnitt von 10% und spiegelt vor allem die Gegnerschaft der Altbauern zur Kollektivierung wider[164]. In welchem Maße altbäuerliche Mitglieder der DBD 1952 den LPG beitraten, läßt sich in der Tendenz an den thüringischen Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl ablesen. Der Landesverband Thüringen zählte im Juni 1952 über die Hälfte altbäuerliche und weniger als 15% neubäuerliche Mitglieder; der Anteil der DBD-Mitglieder unter den Genossenschaftsbauern dort lag im November 1952 deutlich über dem Schnitt von 10%, geführt vom Bezirk Suhl mit 20%. In diesen Bezirken begünstigte die kleinbäuerliche Struktur den LPG-Beitritt auch von Altbauern. Allerdings bestätigten auch hier Ausnahmen die Regel: Einige kleinbäuerliche Gebirgskreise Thüringens waren lange Zeit die Problemkinder der DBD-Werbung für den LPG-Beitritt[165]. Für die Entscheidung zum LPG-Eintritt war das soziale Gefüge des Dorfes, der kleinsten Gesamtheit, von entscheidender Bedeutung, erst danach spielte das Mischungsverhältnis der dörflichen Sozialschichten auf den Ebenen der Kreise und Bezirke eine Rolle. Solange sich das Dorf als Handlungseinheit verstand und es schaffte, die stets vorhandenen inneren Spannungen auszutarieren, stießen die Ambitionen auf eine Kollektivierung an Grenzen[166]. Jenseits dieser sozialstrukturellen Erklärungsansätze war für die Zunahme seit dem Frühjahr 1953 vor allem politischer Druck verantwortlich, der umso wirksamer war, je mehr SED und DBD gemeinsam agitierten[167].

„Die Entwicklung der LPG [...] etwas schleppender als in anderen Kreisen, weil von den 81 Gemeinden im Kreise nur 3 reine Neubauerndörfer sind."

164 Anfang Januar 1953 waren nur ca. 9% aller Genossenschaftsmitglieder der DDR Altbauern, 78% Neubauern und 12% Landarbeiter. Von allen Einzelbauern waren erst 3,2% einer LPG beigetreten. Statistik bei Schulz, Probleme, S. 245; Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 86, gibt für Anfang 1953 10% Altbauern an. Ende November 1952 waren erst 6% der LPG-Mitglieder Altbauern, SAPMO DY 30 IV 2/1/107 und 108, stenographische Niederschrift der 10. ZK-Tagung, 20.–22. 11. 1952, hier Akt 108, Bl. 112–154, Rede Albert Schäfer (Bl. 136). Vgl. Tabelle 17.

165 ACDP VI-052-241/1, Schriftverkehr BV Suhl mit PV 1952.

166 Daher sind Dorfstudien für eine Sozialgeschichte der Kollektivierung unerläßlich.

167 Stellvertretend für viele ein Bericht des Kreisverbandes Parchim von Anfang 1953: „Es findet wöchentlich eine Absprache [mit der SED] statt, auf der insbesonders die Fragen der LPG behandelt werden. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine systematische Aufklärung über die LPG durchzuführen. Dazu sind Brigaden, bestehend aus einem Mitglied der SED und einem Mitglied der DBD gebildet worden und [sie] leisten in den ihnen zugeteilten Gemeinden solange Aufklärungsarbeit, bis eine LPG gegründet wird." ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Berichte des BV an den PV 1953. Die Argumentation, mit der sich Reichelt, aber auch seriöse Agrarhistoriker um den Zwangscharakter als ursächlichen Grund für die Bildung von LPG und die Kollektivierung herumschlängeln, ist fadenscheinig. Reichelt, Blockflöte, S. 131–136, demnach gingen die repressiven Maßnah-

Welche Auswirkungen hatte der Kollektivierungsprozeß auf die DBD und ihre Mitglieder? Die Bilanz der DBD in der zweiten Jahreshälfte 1952 wies weniger Abgänge auf als in der ersten; die Zahl der Abgänge kletterte parallel zur forcierten Kollektivierung im Frühjahr 1953 erheblich auf über 5000 und erreichte von Januar 1952 bis einschließlich Juni 1953 eine Zahl von über 18000[168]. Insgesamt verlor die DBD bis Mitte 1953 knapp die Hälfte ihrer Basis[169]. Nicht nur der Funktionärsapparat wurde also in weiten Teilen erneuert, man tauschte auch die Mitglieder aus. Die Aufschlüsselungen der Mitgliederabgänge reflektieren die agrarische Problemlage, die von Betriebsaufgaben, Berufswechsel, Übertritten zur SED und Ablehnung der Kollektivierung zeugt, in der also betriebswirtschaftliche, persönliche – auf die Familie oder Karriere bezogene – und politische Motive ineinandergriffen. Ein spezifischer Grund für Ausschlüsse bis Juni 1953 war die Flucht aus der DDR. Danach war sie unter der bäuerlichen Bevölkerung rückläufig[170].

Als Preis für die Drangsalierung in den Dörfern mußte die DBD hinnehmen, „daß der Abgang der Klein- und Mittelbauern wesentlich höher liegt als bei den großbäuerlichen Betrieben. Der Zugang von Bauern mit mittelgroßen Landwirtschaften wiegt den hohen Abgang der Klein- und Mittelbauern nicht auf", wie der Sektor BO im Januar 1953 vermerkte[171]. Dieser Umstand lag darin begründet, daß „Großbauern" bis Dezember 1954 durch Regierungsbeschluß der Eintritt in LPG verboten war. Sie waren 1952 an politische Gefährdung und wirtschaftlichen Druck schon gewöhnt, aber erst jetzt verschärfter Verfolgung ausgesetzt; sie blieben aber von der Nötigung verschont, in LPG einzutreten. Da es ihnen gelang, ihre Sitze in den Orts- und Kreisvorständen der DBD bis zum Frühjahr 1953 hartnäckig zu verteidigen, darf angenommen werden, daß sie in den Gemeinden sozial integriert waren[172]. Noch 1952 trauten sich die DBD-Funktionäre Schwerins nicht, in „großbäuerlich" dominierten Gemeinden politische Agitation zu betreiben; dieses Eis mußte mühselig im Frühjahr 1953 gebrochen werden[173]. Das

---

men allein auf das Konto der SKK; Kuntsche, Umgestaltung, zitiert einzelne bäuerliche Wortmeldungen, die von „freiwilligem Zwang" sprachen, siehe S. 200–204.

168 Siehe Tabelle 14.

169 Berücksichtigt man die Zahl der 11627 aus der Statistik nachträglich entfernten einstigen Mitglieder und geht von einer Mitgliederzahl von rund 80000 aus, so verlor die DBD bis Mitte 1953 ca. 40000 Mitglieder.

170 Vgl. z.B. Aufschlüsselung der Abgänge im Organisationsbericht November 1952; von 392 Abgängen: 88 nach Westdeutschland, 11 zur SED, 33 verstorben, 73 lehnen Mitarbeit ab, 46 Berufswechsel, 16 wegen zu hohen Alters, 6 wg. Sabotage verhaftet und verurteilt, 5 wg. undemokratischen Verhaltens, 21 mit LPG nicht einverstanden, 6 aus finanziellen Gründen, 87 ohne Angabe. ACDP VI-052–183/1, Organisationsbericht November 1952. Siehe Tabelle 26.

171 SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht Sektor BO, 23. 1. 1953.

172 ACDP VI-052–0522, Protokoll Sekretariat, 16. 5. 1952, hielt für den Kreis Herzberg (Sachsen-Anhalt) fest, daß dort die Neubauern den Großbauern beim Ablieferungssoll halfen. Für 1952 auch Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 80f.; Werkentin, Strafjustiz, S. 75.

173 ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht des Kreises Grevesmühlen Juni 1952; in der Gemeinde Barkow, Kreis Lübz, deren 9-köpfige Ortsgruppe aus 5 Großbauern bestand, konnte man nichts erreichen (Tätigkeitsbericht Sept. 1952); in der Gemeinde

Beharrungsvermögen der „Großbauern" in der DBD und ihre Integration in den Dörfern markiert die Grenzen einer nach sozialistisch-ideologischen Kriterien versuchten Politisierung der Dörfer. In aller Regel vollzogen die Ortsgruppen nicht aus eigenem Antrieb die Ausgrenzung der „Großbauern", vielmehr mußte ein solcher Verdrängungsprozeß erst von außen durch Parteifunktionäre und Brigaden angestoßen und durchgeführt werden.

An der Frage des Eintritts in die LPG schieden sich die Geister. Grundsätzlich sind für die Mitglieder der DBD die gleichen Verhaltensmuster in der Skala von unangepaßtem bis oppositionellem Verhalten belegt wie für die Bauernschaft insgesamt[174]. Friedländer erinnerte im Frühjahr 1953 angesichts der Distanz ganzer DBD-Ortsgruppen daran, daß „unsere Partei entstanden ist in der Hauptsache auf wirtschaftlicher Grundlage und aus Opposition – *teils* zur SED. Aus diesem Grund sind die meisten Mitglieder unserer Partei geworden. Wir haben Ortsgruppen, die geschlossen der LPG fernstehen. Unsere hauptamtlichen Funktionäre führen nicht den notwendigen Kampf in unseren Ortsgruppen"[175].

Die Verhaltensweisen können in verschiedene Typen unterteilt werden: Zunächst sind ökonomisch motivierte Verweigerungen zu nennen, wie z.B. bei der Ablieferung, vor allem wenn es um das letzte Saatgetreide ging, das die einzelbäuerliche Existenz im nächsten Jahr garantieren mußte[176]; außerdem gezielte Nichterfüllung des Solls und das Nichtbezahlen von Steuern und Beiträgen. Diese Handlungen konnten ein politisches Moment annehmen, wenn absichtlich volkswirtschaftliche „Sabotage" gegen Objekte des staatlich-genossenschaftlichen Segments verübt wurde, letztlich um damit die dinglichen und persönlichen Repräsentanten der SED-Herrschaft anzugreifen. So wurden MAS bzw. MTS attackiert, indem man die wenigen funktionstüchtigen Traktoren mit Zucker in den Kraftstofftanks lahmlegte oder LPG-Felder mit Hacken und Spitzen spickte, um Feldbearbeitungsmaschinen zu zerstören[177].

Eine andere Form von Widerständigkeit richtete sich zielgerichtet gegen Personen, die dem sozialistischen Lager zugeordnet wurden, das traf neben SED-Genossen auch solche in der eigenen Partei. Man verhinderte handgreiflich die Einberufung von LPG-Gründungsversammlungen, beschädigte Autos von Agitationstrupps und verprügelte LPG-Protagonisten[178]. Andererseits solidarisierten

---

Seelow, Kreis Bützow, konnte man wegen der dort herrschenden Maul- und Klauenseuche angeblich nicht gegen die Großbauern vorgehen, ebd., ACDP VI-052–1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 9. 3. 1953.

174 Siehe dazu Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 83–92; Bauerkämper, Verhalten, S. 294–304.

175 ACDP VI-052–1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 20. 4. 1953. Reichelt, der die Protokolle anscheinend korrigierte, notierte, daß mit dieser Einstellung endlich Schluß gemacht werden müsse, schließlich seien vier Jahre vergangen.

176 ACDP VI-052–0523, Protokoll Sekretariat, 24. 10. 1952. Zur Saatgetreidefrage im Frühjahr 1953 auch ACDP VI-052–0524, Protokolle Sekretariat, 24. 2. 1953, 2. 4. 1953.

177 ACDP VI-052–235/1, Bericht an SKK, 25. 5. 1953, zur Arbeit der DBD zur Bildung und Festigung der LPG; ACDP VI-052–241/1, Bericht der Abt. Agrarpolitik Erfurt, 12. 9. 1952.

178 ACDP VI-052–235/1, Bericht an SKK, 25. 5. 1953, zur Arbeit der DBD zur Bildung und Festigung der LPG; siehe auch den drastischeren Berichtsentwurf dazu in ACDP VI-

sich DBD-Mitglieder mit den als Gegnern titulierten „Großbauern", sei es, daß sie ihnen beim Wirtschaften halfen oder ihnen bei Wirtschaftsstrafprozessen beistanden und sie sogar aus der Haft befreiten. Besonders seitdem die 10. ZK-Tagung erneut das Vorgehen gegen die „Großbauern" propagiert hatte, rollte eine weitere Prozeß- und Enteignungswelle[179]. Diese erfaßte auch Teile der Mittelbauernschaft, um, wie es in Propagandaverlautbarungen hieß, ihnen ihre Produktions- und Ablieferungspflicht einzuschärfen und sie vielleicht so in die LPG zu zwingen. Unter der DBD-Basis schwoll im Herbst 1952 die Flucht in den Westen an.

Der Unmut der Mittelbauern in der DBD richtete sich gegen die Regierungshilfen zur Stützung der LPG, während ihre Existenz auf dem Spiel stand: „Ein besonderes Argument gegen die LPG besteht im Augenblick darin, daß von feindlichen Elementen behauptet wird, daß alle Betriebe durch indirekten Zwang der LPG beizutreten gezwungen sind. Und zwar wird angeblich das Ablieferungssoll der LPG herabgesetzt und die werktätigen Einzelbauern bekommen noch eine höhere Ablieferungsnorm. Außerdem werden angeblich die Einzelbauern bestimmte Mangelwaren nicht mehr erhalten und damit zum Eintritt in eine LPG gezwungen werden."[180]

Im Kreis Neuruppin weigerten sich in 20 Fällen potentielle Kandidaten, das Amt des Ortsgruppenvorsitzenden zu übernehmen, weil damit die Verpflichtung verbunden sei, „eine Genossenschaft zu gründen oder in die bestehende LPG einzutreten"[181]. Der Bezirk Dresden hielt Informationen an die Zentrale zu jenen Ortsgruppen, in denen es noch keine LPG-Mitglieder gab, bewußt zurück[182] – dies geschah nicht, um die Einzelbauern zu schützen, sondern um der Schelte des Parteiapparates zu entgehen.

Bei der Parteilosung, LPG zu gründen, kamen sich offenbar eine Reihe von Kreisverbänden der SED und DBD erstmals durch politische Einsätze näher[183]. Sogar das Schweriner Sekretariat der DBD hielt im Frühjahr selbstkritisch fest, daß die Kooperation mit der SED bisher nicht eng genug gewesen sei[184]. Eine gemeinsame Basis fanden SED und DBD in dem Bestreben, die CDU aus Positionen zu verdrängen[185]. Hingegen nahmen es DBD-Mitglieder äußerst negativ auf, wenn die Einheitssozialisten ihre Dominanz in LPG durchsetzten, obgleich das Gros der LPG-Mitglieder parteilos war. Es war eingeschworenen und engagierten

---

052–242/4. ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 25. 1. 1954. SAPMO NY 4182/1060, Bl. 351–357, Bericht über die Arbeit der Partei auf dem Lande, 13. 11. 1952.

[179] Parteiausschlüsse wegen „Sabotage" gab es in der DBD-Organisationsstatistik 1952 gehäuft erst ab November 1952: ACDP VI-052–183/1; Schulz, Probleme, S. 63–73, bes. S. 69–71, insgesamt verharmlosend und beschönigend zur Politik gegenüber den Großbauern; dagegen Werkentin, Strafjustiz, S. 80–85.

[180] ACDP VI-052–241/4, Bericht des BV Neubrandenburg zur Bildung von LPG, 21. 10. 1952.

[181] ACDP VI-052–242/4, Berichtsentwurf an die SKK 1953.

[182] ACDP VI-052–241/1, Beschwerde des PV an BV Dresden, 27. 11. 1952.

[183] ACDP VI-052–241/2, Bericht des BV Neubrandenburg zur Bildung von LPG, 21. 10. 1952. ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsberichte der Kreise.

[184] ACDP VI-052–1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 27. 3. 1953.

[185] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht des KV Schwerin, März 1953.

DBD-Mitgliedern kaum glaubhaft zu vermitteln, daß ihre Partei grundsätzlich keine Genossenschaftsbauern aufnehmen durfte und ihr politischer Handlungsradius in der LPG arg beschnitten war. Eine LPG-Bäuerin des Kreises Bernau beschwerte sich beim Parteivorstand, „die DBD werde in den LPG unterdrückt. Die SED dürfe Grundeinheiten in den LPGen bilden, die Parteilosen sollen sich in Parteilosenaktivs zusammenschließen, nur die Mitglieder der DBD dürfen keine Gruppen in den LPG bilden."[186] Der Parteivorstand durfte diese verständlichen Anliegen keineswegs unterstützen, sondern bekräftigte in seiner Antwort die rein zuarbeitende Aufgabe der DBD[187].

Das Verhältnis zwischen SED und DBD in den LPG funktionierte oftmals weniger nach politischer Parteizugehörigkeit, sondern folgte anderen Konstellationen. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Die LPG Henningsleben im Kreis Langensalza, Bezirk Erfurt, hatte im September 1952 23 Mitglieder, wovon 17 der SED, fünf der DBD und eines keiner Partei angehörten. Obwohl die DBD einen politisch engagierten LPG-Vorsitzenden stellte, gab es im gleichen Dorf eine „reaktionäre Gruppe" der DBD um den 1. Kreissekretär, der mit einer Großbauerntochter verheiratet war, und den DBD-Bürgermeister. Den Aussagen der Genossenschaftsbauern zufolge solidarisierten sich auch der 1. Kreissekretär der SED und der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Kreissekretariat mit dem 1. Kreissekretär der DBD, „um die bestehende Produktionsgenossenschaft zu Fall zu bringen, indem sie eine zweite Produktionsgenossenschaft zu gründen suchen. Das Motiv, so wird von einigen Genossenschaftsbauern vermutet, ist in einer sektiererischen Haltung gegenüber der DBD zu suchen und in dem Bestreben, den Kollegen W. [den LPG-Vorsitzenden] auszuschalten."[188] SED und DBD konkurrierten häufig um die Position des LPG-Vorsitzenden, auch wenn dies in aller Regel nicht nach außen dringen durfte[189].

Die Haltung der DBD-Mitglieder zu den LPG bewegte sich auch jenseits der von der Partei vorgegebenen ideologischen Zuordnungen; zudem war es ungefährlicher, mit Hinweisen auf die Berufspraxis und betriebswirtschaftliche Zu-

---

186 Auffälligerweise fehlen in dem an die SKK abgesandten Bericht vom 25. 5. 1953 eine Reihe von Spitzen gegen die Behandlung der DBD durch die SED, die in der früheren Fassung noch enthalten waren. Vgl. ACDP VI-052-235/1, Bericht an SKK, 25. 5. 1953, zur Arbeit der DBD zur Bildung und Festigung der LPG und frühere Fassung, in ACDP VI-052-242/4 (dort Zitate).

187 Ebd.

188 ACDP VI-052-241/1, Bericht der Abt. Schulung und Werbung des PV, gez. Schnitzler, 12. 9. 1952. Die Geschichte erscheint in dieser Version insgesamt glaubhaft, obwohl sie MfS-Unterlagen zufolge noch in einer anderen Variante kursierte: Demnach habe die DBD-Ortsgruppe in Merxleben, am Ort der ersten LPG der DDR, im Herbst 1952 versucht, eine zweite LPG zu gründen. BStU MfS AOP 220/54, Schröder, Bl. 13 f., SED BL Erfurt an Chefinspekteur Gaida, MfS Erfurt, 22. 12. 1952, berichtete, daß man mit Rödiger gesprochen habe und in der Auffassung bestätigt worden sei, daß in der DBD der Klassengegner tobe. Es stehe fest, daß der Vorsitzende der DBD des Ortes Merxleben im Kreis Langensalza, gestützt auf großbäuerlichen Anhang, versuchte, eine 2. LPG zu gründen. Das wurde durch SED-Genossen verhindert. Lt. Schier, Alltagsleben, S. 128, konnte die versuchte Gegengründung 1952 in Merxleben kein Zeitzeuge bestätigen.

189 ACDP VI-052-1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 12. 11. 1952.

sammenhänge konkrete Bedenken gegen die Genossenschaften zu formulieren, z. B. Vorbehalte gegen dort tätige wirtschaftlich „schlechte" Bauern. In Langendorf, einer reinen Neubauerngemeinde im Kreis Stralsund, weigerten sich die DBD-Mitglieder geschlossen, in die bestehende LPG einzutreten, „weil diese sich aus nicht guten Bauern zusammengesetzt hat"[190]. Immerhin umfaßte die DBD-Ortsgruppe 31 wirtschaftlich potente Kollegen, die der Kollektivierung somit fernblieben, weil es 1952 unzulässig war, eine weitere LPG am Ort zu gründen[191].

Es ist zu betonen, daß sich die wirtschaftlich erfolgreichen Neubauern in der Einstellung gegenüber der Kollektivierung den altbäuerlichen Berufskollegen insofern anglichen, als sie nicht ohne Not das Erreichte gefährden wollten. Allerdings argumentierten sie nicht im gleichen Maße wie altbäuerliche Gegner der Kollektivierung mit auf den Hof bezogenen Gründen; sie waren demnach 1952 tendenziell eher bereit, ihr erst im Zuge der Bodenreform erworbenes Nutzungseigentum zumindest teilweise wieder aufzugeben. Nach ideologischen Vorstellungen wären sie die Idealbesetzung für die LPG gewesen, da sie – so zumindest die Hoffnung der SED – schon für die SED-Herrschaft eingenommen und ihre Höfe wirtschaftlich konsolidiert waren. Andererseits ist ebenso belegt, daß wirtschaftsstarke Neubauern sich bis zur Vollkollektivierung gegen den LPG-Beitritt stemmten. Im Grunde zeigt dies das Dilemma der DBD und der frühen Kollektivierung: Dort wo es der DBD gelungen war, jene Neubauern an sich zu binden, die beruflich erfolgreich waren, verhinderte die überwiegende Zusammensetzung der LPG aus wirtschaftlichen Problembetrieben und Landlosen den freiwilligen Beitritt der erfolgreicheren Betriebe. Die Strukturprobleme der LPG 1952, die auf einen hohen Anteil landloser Landarbeiter und desolater Neubauernwirtschaften zurückgingen, und die durch die Übernahme devastierter Flächen meist zusätzlich verschärft wurden, überschatteten die zarten Pflänzchen des politischen Erfolges der DBD.

Der Kollektivierungsschub seit März 1953, der bis zum Abbremsen der Genossenschaftsbildung Ende Mai 1953 mit forcierter Vehemenz propagiert wurde[192], stieß nicht nur unter den einfachen DBD-Mitgliedern an Grenzen. Seit Herbst hatte die DBD in Abstimmung mit dem SED-Kurs die Verwaltungsfunktionäre auf ihre Haltung zur Kollektivierung überprüft. Neben den Bezirkstagsabgeord-

---

[190] ACDP VI-052–241/2, Schriftwechsel KV Stralsund und Abt. Agrarpolitik, gez. Tetzlaff, 1. 12. und 5. 12. 1952.

[191] Erst ab Ende 1954 war es zulässig, zwei LPG am Ort zu gründen, nur für den Fall, daß eine LPG Typ III, also mit höherem Vergesellschaftungsgrad der Produktionsmittel, bereits bestand, und andere Bauern des Ortes eine LPG Typ I oder II bilden wollten. Schulz, Probleme, S. 56.

[192] Indirekt unterstützt wurde die LPG-Bildung durch die bekräftigenden Beschlüsse des PB Anfang März 1953, die den entsprechenden Ministerratsbeschlüssen vorausgingen; demzufolge sollten Ablieferungsschulden aus dem Jahr 1952 rigoros und schnell eingetrieben werden; insgesamt waren sie auf die Erfüllung der Erfassungs- und Aufkaufpläne für 1953 gerichtet. SAPMO DY 30 J IV 2/2/265, Protokoll PB, 3. 3. 1953, Bl. 4, Anlagen 5 und 6. Diese Maßnahmen wiederum trieben viele Betriebe in den Ruin, waren Anlaß für Prozesse wegen Wirtschaftsstrafvergehen und erhöhten die Zahl der wegen mangelnder Wirtschaftsführung von Treuhändern, kommunalen, volkseigenen und genossenschaftlichen Trägern übernommenen Betriebe.

neten wurden vor allem die Bürgermeister aus der DBD einer „Säuberung" von angeblich „großbäuerlichen" Einflüssen unterzogen, weil sie eine Schlüsselrolle in der Frage der Gründung einer LPG im Dorf innehatten. Aus den Vorgängen geht klar hervor, wie sehr die willkürlich gesetzte Großbauerndefinition seit dem April 1952 auch in der Praxis deutlich unter die 20 ha-Marge gerückt war[193]. Im Februar 1953 erging eine ZK-Direktive an alle 2. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, die die Bürgermeister auf ihre „großbäuerlichen" Verbindungen und ihre Haltung zur Gründung von LPG durchleuchten sollten[194]. Im Schweriner Bezirksverband fühlte sich daraufhin eine Reihe von Orts- und Kreisfunktionären von sich aus den „gestiegenen Anforderungen" nicht mehr gewachsen und verließ ihre Posten[195].

Wer von den rangniederen Funktionären der DBD den Kollektivierungsdruck nicht an die Mitglieder weitergeben wollte und nicht durch öffentliche Gegnerschaft zur Kollektivierung aufgefallen war, konnte sich in der ersten Kollektivierungswelle 1952/53 ohne Schwierigkeiten in die einfache Mitgliedschaft zurückziehen. Der Zugriff der Parteispitze auf die Kreise als operative Ausführungszentren des jeweiligen Kurses gelang erst im Frühjahr 1953 in höherem Maße. Dann forderte die Partei auch dort Kritik und Selbstkritik ein. Ein Parteifunktionär aus dem Kreis Hagenow, der anläßlich einer Delegiertenversammlung der VdgB(BHG) verlangt hatte, „neben der Unterstützung der LPG auch den Zusatz ‚Unterstützung der werktätigen Einzelbauern' aufzunehmen" – so lautete an sich die korrekte Interpretation der DBD-Linie der 2. Parteikonferenz –, wurde nach der Versammlung ins Gebet genommen. Denn er „brachte diesen Vorschlag in einer Form, die den Eindruck erweckte, daß unsere Partei vor allem nur die Unterstützung der werktätigen Einzelbauern als vordringlichste Aufgabe betrachtet. Er erntete starken Beifall bei den Teilnehmern, die noch keiner LPG angehören". Bei einer anschließenden Aussprache, in der man ihm seine „Überheblichkeit aufgezeigt" hatte, „sah er seinen Fehler ein"[196]. Insgesamt hatte sich die DBD in der Folge der 2. Parteikonferenz weit davon entfernt, einzelbäuerliche Belange wahrzunehmen oder gar aufzugreifen.

---

[193] Vgl. monatliche Tätigkeitsberichte der Abt. Staatliche Verwaltung der BV der DBD 1952/1953 in ACDP VI-052–004/1. ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 30. 1. 1953; Reichelt, Blockflöte, S. 127f., behauptet pauschal, daß im Zuge der Neuorganisierung der Bezirke und Kreise keine „Säuberungen" stattgefunden hätten. Tatsächlich waren diese zunächst in Verantwortung der Bezirkssekretariate besetzt und nachträglich vom Apparat des PV bestätigt worden. Sofern genügend Ersatzkader aus Parteischulen zur Verfügung standen, wurden verdächtige Personen aber rigoros ausgewechselt. Zum Einsatz von Parteischülern der ZPS Borkheide in der 2. Jahreshälfte 1952 siehe ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, [Berichte p.p.A. Mecklenburg 1949–1952].

[194] Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 88f.

[195] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsberichte der Kreise des BV.

[196] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, [Tätigkeitsberichte BS an PV Jan.-Dez. 1953; Tätigkeitsberichte LS an PV Jan.-Dez. 1952], hier Bericht KV Hagenow, Frühjahr 1953.

6. Fazit

Der agrarpolitische Kurs der SKK und SED im Jahr 1952 war prinzipiell zweigleisig angelegt. Die bisherige Methode des „Zick-Zack" zum Sozialismus, die gegen einzelbäuerliche Betriebe vorging und dabei die dehnbare Kategorie des „Großbauern" zu Hilfe nahm, ließ sich bestens mit der Kollektivierungspolitik verknüpfen. In Kombination mit immer restriktiveren Produktionsbedingungen für die Einzelbauern und einer erst notdürftig verdeckten, mit der Verordnung vom 19. Februar 1953 dann offenen Enteignung trug diese Politik erheblich zur Radikalisierung der Kollektivierung bei. Zur Durchsetzung des Sozialismus und des ökonomischen Aufbaus eines genossenschaftlichen Sektors benötigte man zwei Instrumente: Zum einen sollten die Klein- und Mittelbauern sowie die Landarbeiter in der neuen Klasse der Genossenschaftsbauern verschmelzen; aufgrund des betriebswirtschaftlichen Fehlstarts der nicht existenzfähigen LPG war man aber weiterhin auf zuverlässig produzierende, darunter auch „großbäuerliche" Betriebe angewiesen. Zum anderen war es „Großbauern" bis Ende 1954 verboten, in LPG einzutreten, denn ihre Wirtschaftskraft und damit – so im ideologischen Denken – ihre politische Potenz sollte dauerhaft ausgelöscht werden. Allerdings waren die mentalen Barrieren zwischen den sozialen Schichten in den Dörfern meist tief und wurden durch die einseitige Begünstigung noch verstärkt.

Vor den Landübereignungen war eine Angleichungspolitik nur vordergründig praktiziert worden, weil Erhöhungen des Pflichtsolls letztlich zu Lasten aller landwirtschaftlichen Betriebe wirkten und insofern mit der offiziellen Bündnispolitik mit den kleinen und mittleren Bauern kollidierten. Die Belange der Agrarwirtschaft waren dem industriellen Aufbau untergeordnet, der aufgrund der 2. Parteikonferenz nochmals forciert wurde. Finanzen flossen lediglich den staatlich-genossenschaftlichen Teilen der Agrarwirtschaft und den MAS zu, verpufften dort aber weitgehend[197]. Im Zuge der radikalisierten Durchsetzung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz im Frühjahr 1953 wurden die Verordnungen von 1951 und 1952 zur grundbuchwirksamen Enteignung des devastierten Bodens benutzt, der dann dem genossenschaftlichen oder auch volkseigenen Flächenanteil zugeschlagen wurde. In Kombination mit den Instrumenten des „Zick-Zack"-Kurses, aber als qualitativ neuer Abschnitt wurde 1952 als zweites Gleis die offizielle Propagierung von LPG eingeleitet[198].

Sowohl in der Erfahrung der DBD-Basis als auch im Handeln der Funktionäre zeichnete sich im April 1952 eine Zäsur der Großbauernpolitik ab, wie beispielhaft an der einseitigen Umsetzung der Verordnung vom 20. März 1952 abzulesen

---

[197] BA DK-1/150, Bl. 399ff., Schriftwechsel MLF mit Staatl. Plankommission, 17. 7. 1952. BA DK-1/149, Bl. 91, MLF Abt. Finanzen an Min. Schröder 16. 8. 1952, demnach legten die MAS 1951 keinen einzigen Kontrollbericht vor. Das Rechnungswesen war Monate, z.T. ein Jahr im Rückstand. Beschönigend zu MAS: Schulz, Probleme, S. 30–34.

[198] Mitter und Bell dagegen betonen stärker den strukturellen Zusammenhang mit den vorangegangenen Maßnahmen; Mitter sieht in den Politbürobeschlüssen von 1951 und der VO vom 20. 3. 1952 „deutliche Zeichen in Richtung Kollektivierung". Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 82; Bell, Enteignungen, S. 19–27.

ist. Auch diese Wendung zur rigorosen Mitgliederüberprüfung und Verdrängung von „großbäuerlichen" Vertretern aus den Leitungen der VdgB(BHG) ist aller Wahrscheinlichkeit nach im Einvernehmen mit der SKK vollzogen worden. Eine im Vergleich zu früheren Jahren qualitativ gesteigerte Form des „Klassenkampfes" überzog die ländlichen Gebiete der DDR daher eindeutig schon vor der 2. Parteikonferenz. Sowjetischen Empfehlungen folgend, zügelte die DBD-Führungsspitze ihren Kollektivierungselan nach der 2. Parteikonferenz zunächst – ebenso wurden die SED-Kreisverbände erst Ende August mobilisiert. Legitimatorisch an die Bodenreform anknüpfend, verpflichtete sich die DBD im September zum Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft, mußte ihr Bekenntnis jedoch mit einer auf Gesamtdeutschland bezogenen Agitation flankieren. Aufgrund des organisatorischen Aufwands, den die Verwaltungsneugliederung mit sich brachte, war sie in ihrer Kaderpolitik völlig überfordert. Zugleich sollte die DBD wie bisher die Belange der einzelbäuerlichen Wirtschaften berücksichtigen, damit diese ihre Produktionspläne erfüllten.

Die DBD, die 1952 unter allen Parteien die meisten Bauern organisierte, wurde von der SED als Konkurrenz eingestuft. In ihrem Beitrag zur Kollektivierung wurde sie daher zwar als Erfüllungsgehilfin akzeptiert, aus dem inneren Wirkungsbereich der LPG und MAS bzw. MTS aber tunlichst ferngehalten. Ihre weitere Existenz sollte auf die Rolle des Zulieferers von wirtschaftlich möglichst attraktiven Genossenschaftsmitgliedern beschränkt werden. Erst als das politische wie ökonomische Desaster im Mai 1953 unübersehbar war, durfte die DBD mithelfen, die bestehenden LPG im Innern zu stabilisieren.

In der Forschung gehen die Auffassungen bezüglich der Einordnung der agrarpolitischen Beschlüsse der 2. Parteikonferenz auseinander[199]. Es sind noch genauere Untersuchungen erforderlich, um das Mischungsverhältnis von intentionaler Zielsetzung und sozialstrukturellen Auslösern genauer zu bestimmen. Daß die sowjetischen Kontrolleure trotz eines gesamtdeutschen Blickwinkels langfristig Sowjetisierungsabsichten hegten, liegt auf der Hand. Allerdings taugt der Begriff Sowjetisierung nur, insofern man darunter nicht die Kopie eines sowjetischen Modells versteht, vielmehr die Suche nach sozialistischen Formen, die man für die deutschen Ausgangsbedingungen in Anlehnung an die jeweilige, sich verändernde Rezeption des sowjetischen Vorbildes für erstrebenswert hielt. Sicherlich reagierte die Kollektivierung auf eine sozioökonomische Krisenlage, die auf die Bodenreform und die Politik gegenüber den „Großbauern" zurückzuführen war[200]. Die

[199] Scherstjanoi betont zu Recht, daß insofern hinter der Proklamation des Aufbaus des Sozialismus „kein strategischer Kurswechsel" der SED stand, weil „Sozialismus im bolschewistischen Verständnis [...] immer Ziel der SED" war; Scherstjanoi, DDR, S. 362. Bauerkämper zufolge „bestätigte die SED-Führung den bereits angelaufenen Prozeß lediglich und forcierte ihn"; Bauerkämper, Antinomien, S. 382.

[200] Bauerkämper, Amerikanisierung, S. 203; ob diese tatsächlich der Auslöser war, ist m.E. nach zu bezweifeln. Bauerkämper erwähnt, wenngleich vage, das Motiv der Sowjetisierung. Er sieht den Wandel der agrarischen Produktion in den fünfziger Jahren insgesamt – etwas pauschalisierend zusammengefaßt – durch eine „Symbiose von Kollektivierung, Modernisierung und ‚Sowjetisierung' geprägt" (S. 206). Vgl. auch Scherstjanoi, DDR,

Gründung von LPG wurde ab Herbst 1952 auch dort mit hohem repressiven Impetus forciert, wo sie volks- und betriebswirtschaftlich widersinnig war, die Krise also verschärfte. Daher ist gegen die Interpretation als Krisenreaktion einzuwenden, daß die Kollektivierung von der SED und SKK letztlich vorrangig politisch gewollt war und nicht nebenher ausgelöst wurde: Pieck schlug Stalin am 1. April zur „Einkreisung" und Verbesserung der Ablieferungsmoral Schauprozesse gegen „Großbauern" vor; die Bildung von Produktivgenossenschaften erstmals zu erwähnen, blieb Stalin am 1. April vorbehalten[201]. Es war auch nicht erforderlich, eine sozioökonomische Krise erst zu induzieren – ihre Auswirkungen waren allenthalben spürbar –, vielmehr rüsteten die Sozialisten bis zur besten Jahreszeit für eine Kollektivierung im Herbst 1952 erst Staat und Partei als Exekutivorgane auf. Es ist sehr wahrscheinlich, daß mit dem Mitgliederwerbeverbot für die DBD im Februar 1953 auch die Absicht der SED und SKK verbunden war, die vorhandenen LPG und damit den Stand des Sozialismus in der Landwirtschaft zu stabilisieren. Die DBD sollte ihre bäuerlichen Mitglieder zum LPG-Eintritt bringen, nicht Parteiwerbekampagnen – womöglich auf Kosten der SED – mit der weiteren Ausdehnung des Sozialismus verbinden, oder gar lokales Sammelbecken für Kollektivierungsgegner werden.

Angesichts des widersetzlichen Verhaltens der bäuerlich-ländlichen Bevölkerung und des ökonomischen Desasters im genossenschaftlichen und volkseigenen Segment drängt sich die Frage auf, warum für SED und SKK die Kollektivierung nicht zur Disposition stand. Sie war tatsächlich zu einem Prüfstein auf dem Weg zum Sozialismus geworden. Als solcher diente sie nicht untergeordnet einer Krisenbewältigungsstrategie, sie war kein kurzfristig flexibles Element im Krisenmanagement. Allerdings lassen die wechselseitige Beeinflußung von politisch-intentionalem Vorgehen und Maßnahmen zur sekundären Krisenbewältigung einen Erklärungsansatz, der hauptsächlich die „Machtpolitik" der SED anführt, als verkürzt erscheinen[202]. Ob die Hauptverantwortung für das repressive Vorgehen auf sowjetische Einflüsse zurückzuführen ist, ist gerade aufgrund der abfedernden Funktion, die die DBD in der Großbauernpolitik in den Augen der SKK einnehmen sollte, zumindest fraglich[203].

Die Untersuchung einer mittleren Ebene – der DBD im Wirken gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung – zeigt, daß in wahrnehmungsgeschichtlicher Perspektive eine Zäsur im April 1952, also vor der 2. Parteikonferenz anzusetzen ist. Die

---

S. 363. Fraglich ist allerdings, ob die bisherige Agrarpolitik sich auf „Ad-hoc" Maßnahmen beschränkte.

201 Dies stellt nicht in Abrede, daß sich Moskau „nur zögerlich" entschied, „der Sozialismus-Losung zuzustimmen". Scherstjanoi, DDR, S. 363. Anders als Scherstjanoi mißt Mitter bei der Durchsetzung der Kollektivierung politischen Interessen einen höheren Stellenwert als wirtschaftlichen bei; Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 82.

202 So Mitter, ebd., S. 81 f.

203 Siehe die dichotomische Gegenüberstellung des fast euphorischen Kollektivierungserfolges – der angeblich nicht durch massiven Druck und Zwang zustande kam – und der repressiven Rolle der SKK bei Reichelt, Blockflöte, S. 131–136; daß „Zwangsmaßnahmen" gegen Bauern vornehmlich auf sowjetischen Einfluß zurückgingen, auch bei Kaiser, Einfluß, S. 120.

definitorische Ausdehnung der Gruppe des politischen Gegners durch die Herabsetzung der Grenze angeblichen Großbauerntums auf 15 ha dynamisierte die Vorgänge entscheidend. Da es die DBD ansonsten tunlichst vermied, eine „härtere" Politik als die SED zu verfolgen[204], ist davon auszugehen, daß diese Verschärfung auch in den SED-Grundeinheiten ausgegeben wurde.

Im Hinblick auf die Blockpolitik verfocht die SED schon vor der 2. Parteikonferenz, aber nach den diesbezüglichen Gesprächen im April in Moskau, eine massive Abwertung der DBD. Den politischen Bedeutungs- und Gesichtsverlust konnte die Bauernpartei ziemlich sicher dank Intervention der SKK abwenden. Die Degradierung war jedoch nur vordergründig verhindert worden; denn sowohl der Zuwachs an Mandaten für DBD und NDPD, den die Blockvereinbarungen für die Verwaltungsneugliederung erbrachte, als auch die deutschlandpolitische Zielrichtung, für die die SKK die Bauernpartei unbedingt einspannen wollte, waren letztlich nur Scheingewinne. Der Territorialumbau und die damit zusammenhängenden Blockvereinbarungen stärkten politisch nur die SED. Das Blocksystem war längst zweitrangig geworden. Dazu hatte nicht zuletzt die Installierung der DBD und NDPD beigetragen. Die vordergründige Aufwertung durch nutzlose Mandate stiftete jedoch eine noch größere Loyalität der DBD gegenüber der SED. Während letztere die Bauernpartei zur Kollektivierung dringend brauchte, konnte sie es sich trotzdem leisten, die DBD politisch ins Abseits zu stellen.

[204] ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 26. 5. 1953, Goldenbaum.

VII. Der Volksaufstand 1953 und die Politik der DBD im „Neuen Kurs"

Die Politik des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus" manövrierte Staat und Gesellschaft der DDR bis zum Frühjahr 1953 in eine tiefe Krise. Die weitgehend erzwungene Bildung wirtschaftlich uneffektiver LPG steigerte den Anteil brachliegender Flächen und trieb vor allem „großbäuerliche" Teile der Bevölkerung in die Bundesrepublik. Bis April 1953 waren 442800 ha oder 7,3% der LNF verlassen; allein 393000 ha stammten von Betrieben über 20 ha, womit 26% der Nutzfläche von Betrieben dieser Größenklasse betroffen waren[1]. Der einseitige schwerindustrielle Aufbau verursachte gravierende Versorgungsprobleme bei Nahrungs-, Konsum- und Gebrauchsgütern; Restriktionen gegen Unternehmer und Handwerker provozierten politische Ablehnung. Die Gegenmaßnahmen, die die SED anordnete, waren ungeeignet, das Stimmungstief der Bevölkerung zu beheben, aus dem zunehmend Protestpotential erwuchs. Der Entzug von Lebensmittelkarten für bestimmte Bevölkerungsteile, darunter auch bäuerliche, brachte diese noch mehr gegen die SED auf. Alle gesellschaftlichen Gruppen litten unter dem rigiden Kurs. Obwohl die Heraufsetzung der Arbeitsnormen den Bogen sogar gegenüber den Arbeitern überspannt hatte, also derjenigen Gruppe, die der SED vermeintlich am nächsten stand, forcierte sie ihren ideologischen Kampf und schritt gegen beide Kirchen nun zum offenen Angriff.

In der SED kamen die Signale der Krise zwar an, wurden als solche aber nicht erkannt[2]. Mit welchen organisatorischen Unzulänglichkeiten die Planwirtschaft Krisenmanagement betrieb, manifestierte sich im Frühjahr 1953 gerade auch im MLF. Über die Probleme in den VEG informierte Scholz als Leiter der zuständigen Koordinierungs- und Kontrollstelle für landwirtschaftliche Fragen Grotewohl im Februar[3]. Das gesamte Ausmaß der Ineffizienz eines Ministeriums, das infolge der 2. Parteikonferenz besonders gefordert gewesen wäre, offenbarte sich im Zusammenhang mit der Ablösung von Landwirtschaftsminister Wilhelm Schröder. Schon im Januar 1953 hatte man festgestellt, daß die Abteilungen des Ministeriums außerstande waren, substantielle Vorlagen zu erarbeiten[4].

Der Tod Stalins am 5. März 1953 und die daraus folgende politische Verunsicherung in der Sowjetunion brachten Bewegung in die Deutschlandpolitik[5]. Schon anläßlich des Stalin-Begräbnisses in Moskau hatte man Grotewohl wissen

---

[1] Ostermann (Hg.), Uprising, Memorandum Tschuikow u.a. an Malenkow, 18. 5. 1953, S. 102.

[2] Vgl. Besprechungen im Januar und Februar 1953 zum Desaster in der Planwirtschaft, Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen, Besprechung, 6. 2. 1953, S. 414f.; Foitzik, Berichte, S. 1359.

[3] SAPMO NY 4090/363, Bl. 1ff., Scholz an Grotewohl, 17. 2. 1953.

[4] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Protokoll kleines Sekretariat, 19. 1. 1953.

[5] Wettig, Umorientierung, S. 504f., ders., Bereitschaft, S. 235–242; vgl. dagegen Scherstjanoi, Deutschlandpolitik.

lassen, daß der SED-Kurs unter Rücksichtnahme auf die sowjetische Westpolitik zu mildern sei[6].

1. Das Politbürokommuniqué vom 9. Juni 1953: Korrektur statt Wende

Am 27. Mai beriet das Präsidium des Ministerrates der UdSSR über die Ursachen der Massenflucht aus der DDR und über Maßnahmen zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands[7]. In engem Zusammenhang damit dürften die entscheidenden Anweisungen der sowjetischen Führung entstanden sein, die der SED anlasteten, „fälschlicherweise [...] auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland" hingearbeitet zu haben[8]. Im einzelnen kritisierte das Dokument, daß die SED eine schwerwiegende Versorgungskrise provoziert habe. Der schwerindustrielle Aufbau ohne gesicherte Rohstoffbasis bei gleichzeitiger „jäher" Einschränkung der Privatwirtschaft und „besonders eine übereilte Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne eine dafür notwendige Grundlage auf dem Dorfe"[9] sei dafür mitverantwortlich. Das habe weite Bevölkerungsschichten „gegen die bestehende Macht gestimmt"[10].

Die sowjetischen Anweisungen waren Grotewohl und Ulbricht anläßlich einer Reise nach Moskau vom 2. bis 4. Juni 1953 persönlich mitgeteilt worden. Kurzentschlossen ließen sie von dort aus sofort die Verbreitung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz stoppen. Nach Vorlage in schriftlicher Form standen die Moskauer Anweisungen im Zentrum der Beratungen im Politbüro und in der SED-Führungsgruppe Anfang Juni in Berlin, bei denen auch Semjonow anwesend war[11].

Ein zentraler Punkt betraf die Frage, an welcher Stelle des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses die sowjetische Kritik ansetzte. Allerdings gab das Dokument darüber insofern Auskunft, als weder generell der „Sozialismus" noch die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz zur Disposition standen – immerhin unterstrich man ausdrücklich die sowjetische Genehmigung für diese. Der Tenor des schließ-

---

[6] Staritz, Geschichte, S. 108.

[7] Zuvor war Malenkow von den Repräsentanten der Sowjetunion in der DDR in einem Memorandum vom 18. 5. 1953 eingehend informiert worden, Ostermann, Uprising, S. 100–109. Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus", hier S. 658, Anm. 1; Wettig, Bereitschaft, S. 242–247.

[8] Zitiert nach Hoffmann u. a. (Hg.), DDR, S. 152–158, hier S. 152f.

[9] „Es ist soweit gekommen, daß zur Zeit über 500 Tausend Hektar Land verlassen und brachliegen, und die haushälterischen deutschen Bauern, die sonst stark an ihrem Landstück hängen, es begannen, massenhaft ihr Land und ihre Wirtschaft zu verlassen und sich nach Westdeutschland zu begeben." Ebd., S. 153.

[10] Ebd., S. 156f.

[11] SAPMO DY 30 J IV 2/2/285. Stern, Dogma, S. 121. Vgl. Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus".

lich am 11. Juni veröffentlichten Politbürokommuniqués vom 9. Juni 1953[12] war im Vergleich zur sowjetischen Anweisung entschärft – es war schließlich zur Veröffentlichung vorgesehen – und schob Verantwortlichkeiten für eine fehlerhafte Durchführung der Peripherie des Apparates in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden zu. Auch die sowjetische Weisung hatte keine Debatte über Personen gefordert[13].

In einem Punkt wich das Kommuniqué jedoch erheblich vom sowjetischen Dokument ab. Die Politik, die den Aufbau von Produktionsgenossenschaften vorangetrieben hatte, wurde in weitaus geringerem Maße zurückgenommen, als dies in der sowjetischen Vorlage enthalten war. Dort verlangte man eine grundsätzliche Überprüfung aller bestehenden LPG und ordnete die Auflösung aller „unfreiwillig" geschaffenen und „lebensunfähigen" an; insbesondere bezweifelte man die bisherige rechtlich-organisatorische Form der LPG mit den Worten, „daß unter den heutigen Bedingungen in der DDR nur eine einfachere Form der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne daß die Produktionsmittel vergesellschaftlicht [sic] werden, mehr oder weniger lebensfähig sein kann". Dagegen hielt die SED unmißverständlich an der bestehenden Vergesellschaftungsform der LPG fest.

Als Protagonist für eine Garantie der LPG trat im Politbüro Rudolf Herrnstadt auf, dem Grotewohl beipflichtete; Grotewohl hatte sich schon im Zusammenhang mit der Verschärfung der Verordnung vom 19. Februar 1953 im Vorgehen gegen die „Großbauern" profiliert; gedanklich wurden beide offenbar auch von Fred Oelßner unterstützt[14]. Vieles drängt die Interpretation auf, daß für die SED die Frage der LPG in der bisherigen rechtlichen Form zum Symbol für die Beibehaltung des Sozialismuskurses wurde. Die Niederschriften Herrnstadts bekräftigen, daß dieser Konnex von Sozialismus und der Existenz von LPG auch sowjetischer Sicht entsprach. Ihm zufolge machte die KPdSU den verhafteten Berija explizit für die „desorientierende, in die falsche Richtung treibende" Formulierung zu den LPG in der sowjetischen Anweisung verantwortlich[15]. Am Punkt Produktionsgenossenschaften machte man den Vorwurf fest, er habe den Sozialismus in der DDR aufgeben wollen. In Kenntnis der Machtstrukturen ist es unwahrscheinlich, daß die SED ein so wichtiges Kommuniqué publizierte, das in entscheidenden Punkten nicht mit dem Willen der sowjetischen Vertreter in Berlin konform ging[16].

---

[12] Dokumente der SED, Bd. IV, S. 428–431.

[13] Semjonow bemühte sich um eine Deeskalation von Kritik und Selbstkritik in der SED, um Diskussionen darüber zu vermeiden, „daß auch die ‚falsche' Politik der SED letztlich nur auf Empfehlungen der SKK und Moskaus beruht hatte". So Foitzik, Berichte, S. 1361.

[14] Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus", S. 664f., 671–674; Herrnstadt-Dokument, S. 67–70.

[15] Ebd., S. 69, es ist unklar, auf welche Quellen sich Herrnstadt stützt. Auch Grotewohl griff den Vorwurf in dieser Form auf der 15. ZK-Tagung auf, die mit Herrnstadt und Zaisser abrechnete; SAPMO DY 30 IV 2/1/119, Bl. 9ff., stenogr. Niederschrift 15. Tagung des ZK der SED, hier Bl. 110–114. Vgl. jetzt Lawrentij Berija 1953, S. 55–59, S. 401 Fußnote. Zur These von Berijas angeblichem „Verrat" vgl. Wettig, Bereitschaft, S. 247–256.

[16] Lt. Scherstjanoi formulierte das sowjetische Dokument nicht eindeutig, wie weit der Sozialismus zurückgenommen werden sollte. Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus", S. 659.

Plausibel erscheint, daß eine Aufkündigung der Unterstützung für die LPG die Enttäuschung zumindest bei jenem großen Teil der Genossenschaftsbauern gesteigert hätte, deren Existenz an den erheblichen finanziellen Zuwendungen hing. Die Abwendung dieser Schlüsselgruppe für die politische Loyalität auf dem Land vom Regime hätte das Protestpotential gegen die SED ohne Zweifel erhöht.

So klammerte sich die SED an die LPG – zweifellos mit sowjetischer Rückendeckung, insbesondere jener der SKK. Auch in den sowjetischen Debatten variieren die Lösungsvorschläge zur Agrarkrise. Ein Memorandum des sowjetischen Innenministeriums an Semjonow vom 25. Mai nannte an erster Stelle die vorübergehende Abbremsung der Kollektivierung, forderte die Konzentration auf die bestehenden LPG, die überall in Modelleinrichtungen verwandelt werden müßten[17]. Eine detaillierte Vorlage der höchsten Repräsentanten der UdSSR in Berlin erwähnte nirgends LPG-Auflösungen, schlug vielmehr umfassende Maßnahmen zur Verbesserung von deren Produktionsbedingungen vor; allerdings sollte auch das Wirtschaften der Privatbetriebe wieder unterstützt werden[18]. So sicherten die Vorgaben des Politbüros, die dann in die Beschlüsse des Ministerrates vom 11. Mai 1953 einflossen, den Bauern Erleichterungen in jenen Punkten zu, die die selbständigen Landwirte schon vor der 2. Parteikonferenz belastet hatten und die im Zuge der Kollektivierung vehement gegen sie im „Großbauernkampf" eingesetzt worden waren. Die Maßnahmen zur Eintreibung rückständiger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die bis Ende 1951 getroffen worden waren, wurden ausgesetzt, die Verordnungen zur Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe und zur Einsetzung von Treuhändern sollten „untersagt" werden. Aus wirtschaftlichen Motiven geflohene Bauern sollten zurückkehren können; damit schloß man jene aus, die aufgrund politischer Motive (darunter faßte man explizit die sogenannten „Großbauern") die DDR verlassen hatten. Nur den Erstgenannten versprach man vollwertigen Ersatz, wenn eine Rückgabe des eigenen Hofes nicht möglich war und meinte damit tatsächlich, daß die Existenzsicherung der LPG, die diese Höfe oftmals übernommen hatten, unbedingte Priorität hatte. Außerdem profitierten die Bauern wie andere Bevölkerungsgruppen von der Rücknahme repressiver Maßnahmen wie etwa des Gesetzes zum Schutz des Volkseigentums vom Oktober 1952[19].

Die DBD war von den agrarpolitischen, aber auch den deutschland- und damit verknüpften blockpolitischen Implikationen der sowjetischen Anweisungen betroffen. Insgesamt bedeuteten die Formulierungen im SED-Kommuniqué eine Korrektur von Auswüchsen bisheriger Politik. Die Führungsriege der SED hatte weder vor noch nach den Ereignissen des 17. Juni intendiert, einen qualitativ wirklich „Neuen Kurs" einzuschlagen.

---

[17] Ostermann (Hg.), Uprising, S. 97–99.
[18] Ebd., Memorandum Tschuikow u. a. an Malenkow, 18. 5. 1953, hier S. 107.
[19] Kommuniqué des PB der SED, 9. 6. 1952, in: Hoffmann u. a. (Hg.), DDR, S. 159.

2. Die DBD vor dem 17. Juni

Die DBD hörte am 26. Mai 1953 schlagartig auf, ihre Tätigkeit auf die Bildung von LPG zu konzentrieren und rang statt dessen nun gemeinsam mit der SED um die wirtschaftliche Stabilisierung der labilen Genossenschaften. Dies deckte sich mit den Modifizierungen, die die SED angeordnet hatte. Schon vor den Entscheidungen der KPdSU und denen der SED zum Abbremsen der forcierten Kollektivierung erreichte die Anleitung der ZK-Abteilung Landwirtschaft die DBD. Ein Personalwechsel im Ministerium begünstigte dies. Hans Reichelt trat zum 15. Mai in das MLF ein, obgleich die offizielle Ablösung des in Ungnade gefallenen Wilhelm Schröder erst zwei Wochen später erfolgte[20]. Zeitgleich mit der DBD hatte die SED im Politbüro beschlossen, die Aufnahme neuer Mitglieder in LPG während der Erntezeit – also zeitlich befristet – einzustellen, um den Ernteerfolg der LPG nicht zu gefährden. Denn dieser sollte den einzelbäuerlichen klar übertreffen, um die Überlegenheit zu demonstrieren – eine Illusion[21]. Freilich näherte man sich diesem Ziel laufend durch die Praxis, privatbäuerliche Betriebe mit wirtschaftlichen und damit zusammenhängenden rechtlichen Repressalien zu schädigen. Das Abbremsen der Kollektivierung zeugt daher keineswegs von einer realistischen Kriseneinschätzung. Vielmehr verschwieg man geflissentlich, daß zahlreiche LPG bereits seit geraumer Zeit mit ihrer Auflösung zu kämpfen hatten; allein von Januar bis März 1953 waren 3343 Genossenschaftsbauern ausgetreten, fast ein Drittel davon hatte sich in den Westen abgesetzt[22].

Im Sekretariat der DBD nahm man am 26. Mai 1953 auch die harte Linie in der Großbauernpolitik zurück. Goldenbaum trat für die vorrangige Beachtung von beruflichen Leistungskriterien ein. Die „besten Bauern" sollten wieder als Kreisdelegierte gewählt werden. Bewirtschafteten diese knapp über 20 ha, sollte dieser politische Makel aus seiner Sicht nachrangig bewertet werden. Vor dem Hintergrund der Agitationsmarge von 15 ha, die seit April 1952 galt, markierte dies eine einschneidende Veränderung. Unnachgiebig betrieb die DBD jedoch weiterhin den inneren Umbau zu einer Kaderpartei. Man bestrafte Funktionäre, die Partei-

---

[20] BA DK-1/86 belegt den intensiveren Kontakt zwischen Mai und Juli 1953. Die Ablösung entschied das PB schon im April, SAPMO DY 30 J IV 2/2/276, Protokoll PB, 21. 4. 1953. Schröder hatte sich den Unwillen Grotewohls zugezogen, der folgende Passage aus dem Entlassungsschreiben strich: „Sie haben in der Periode des beginnenden sozialistischen Aufbaues in der Landwirtschaft mit großem Eifer an der Lösung der im Geschäftsbereich des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft gestellten umfassenden und bedeutungsvollen Aufgaben gearbeitet." SAPMO NY 4090/363, Bl. 89f., Entwurf und Endfassung, 13. 5. 1953.

[21] Dieses Vorgehen hatte auch die sowjetische Debatte vorgegeben, vgl. Ostermann (Hg.), Uprising, Memorandum von Tschuikow u.a. an Malenkow, 18. 5. 1953, S. 107. SAPMO DY 30 J IV 2/2/281, Protokoll PB, 19. 5. 1953, Bl. 2, wonach das Sekretariat ein Schreiben an die KL ausarbeiten sollte. Dieses wurde nicht vor dem 26. 5. versandt, wie redaktionelle Änderungen der ZK-Abt. LW belegen. Siehe dazu BA DK-1/86, Schreiben an BL und KL der SED, 21. 5. 1953. Am 26. 5. 1953 stimmte das PB einer Direktive über organisatorische und wirtschaftliche Aufgaben der LPG zu, vgl. SAPMO DY 30 J IV 2/2/282, Protokoll PB, 26. 5. 1953.

[22] Foitzik, Berichte, S. 1360.

gelder veruntreut hatten, rigoros auf der Grundlage des „Gesetzes zum Schutz des Volkseigentums". Vergleichsweise kleine Delikte ahndete man bis in die Kreise hinein und führten zu vier- bis fünfjährigen Zuchthausstrafen[23].

Schon vor den Moskauer Anweisungen und dem Politbürokommuniqué modifizierte die SED das deutschlandpolitische Tätigkeitsfeld der Blockparteien. Unübersehbar war die Alibifunktion der Blockparteien im Kalkül der SED, das sich dann doch der Unterschiede zwischen den Parteien bediente. Das Politbüro entschied am 26. Mai, die Westabteilungen der CDU und LDPD aufzulösen und räumte statt dessen DBD und NDPD ein, ihre bisherige Westarbeit zu intensivieren[24]. Die Auflösung der Westabteilung der CDU hatte der Sektor BO mit der Begründung empfohlen, daß „bisher keine Kontrolle [...] bestand"[25]. Die Westarbeit der DBD war ohne eigenes Profil, völlig blaß. Dies entsprach der Intention der SED, denn die Bauernpartei mußte ihre kaum faßbaren Aktionen ohnehin auf die deutschlandpolitischen Ambitionen Kurt Viewegs abstimmen, das hieß diesem unterordnen. Erst als Viewegs gesamtdeutsche Arbeit in Mißkredit geraten war und man verhindern wollte, daß die Westarbeit der CDU und LDPD womöglich in diese Lücke stieß, besann man sich auf die kümmerlichen Westabteilungen der DBD und NDPD[26]. Die Abteilung Gesamtdeutsche Arbeit des Sektors und die Genossen im Nationalrat der Nationalen Front sollten die Tätigkeit der DBD überwachen.

Zu den deutschlandpolitischen Aufgaben der DBD gehörte die Ausarbeitung von Agitationsmaterial für die ländliche Bevölkerung Westdeutschlands, in dem die „Entlarvung der verbrecherischen Agrar- und Handelspolitik des Adenauer-Regimes" einen Schwerpunkt bilden sollte. Zu diesem Zweck durfte die DBD 2000 Exemplare des „Bauern-Echo" in den Westen senden. Da man hoffte, dadurch eine Lawine an deutsch-deutschem Briefverkehr auszulösen, überlegte die DBD, wie sie dies kontrollieren könnte. Die SED gestattete der DBD weiter, Kontakte zu westdeutschen Einzelpersonen aufzunehmen. Hingegen sollten schon bestehende Korrespondenzzirkel an DDR-Universitäten und Fachschulen der Obhut der Nationalen Front übereignet werden. Damit wollte die SED vermeiden, daß daraus eine Möglichkeit zur Fortführung der seit Februar verbotenen Betriebs- und Schulgruppen erwuchs[27].

Bei den internen Gesprächen in Moskau ging die KPdSU-Spitze nicht auf die deutschlandpolitischen Ausweichmanöver der SED ein. Laut Rudolf Herrnstadt hatte Grotewohl vorgeschlagen, die neuerliche Änderung wie ein Jahr zuvor die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz mit einem gesamtdeutschen Kontext zu begründen[28]. In Berlin drängte Semjonow das Politbüro dazu, die DDR im Zuge der

---

[23] ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 26. 5. 1953.

[24] Die Vorarbeiten des Sektors dazu reichten bis in den April 1953 zurück. SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Abt. LOPM, Vorlage an Sekretariat, 30. 4. 1953; SAPMO DY 30 J IV 2/2/282, Protokoll PB, 26. 5. 1953, Bl. 3, Anlage Bl. 13 ff.; hierfür wurde ein Büro für Gesamtdeutsche Fragen beim Nationalrat der Nationalen Front geschaffen.

[25] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Sektor BO, Ausarbeitung 30. 4. 1952.

[26] Zu Viewegs angeschlagener Position, Scholz, Bauernopfer, S. 165–170.

[27] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Sektor BO, Ausarbeitung 30. 4. 1952.

[28] Vgl. auch zu den sowjetischen Reaktionen darauf, Herrnstadt-Dokument, S. 59.

Umsetzung des „Neuen Kurses" zu einem „magnetischen Feld" für die Bundesrepublik, Frankreich und Italien zu verwandeln[29]. Die SED benutzte das deutschlandpolitische Argument für propagandistische Zwecke. Schon am 8. Juni 1953 waren die ZK-Landwirtschaftsabteilung und das Ministerium entsprechend instruiert worden. Dieser Besprechung war ein Treffen mit Ulbricht vorausgegangen, dessen Auslegung des „Neuen Kurses" anschließend zu den landwirtschaftlichen Schlüsselstellen weitergeleitet wurde. Minister Reichelt wurde beauftragt, einen Erlaß zur Aufhebung der Verordnung vom 19. Februar 1953 sowie eine Verordnung zur Gewährung langfristiger Kredite, die Einzelbetrieben also eine Chance zu längerfristig finanzierbaren Betriebsinvestitionen eröffneten, ausarbeiten zu lassen. Es ging Ulbricht um politische Taktik, nicht um ideologische Korrektur. Daher schob er deutschlandpolitische Argumente vor: „Alle Formulierungen ‚sozialistisch' werden nicht mehr angewendet. Dieses hängt zusammen mit der Frage der Einheit Deutschlands, der nationalen und internationalen Frage [...] Der Inhalt muß sein der Neuaufbau und die Gestaltung des neuen Lebens. Es bedeutet keine Aufhebung der Beschlüsse der II. Parteikonferenz, sondern nur Formulierungen werden verändert."[30]

Die Einpassung der DBD in den politischen Kurs der SED übernahm der Sektor BO, der seine Anleitung 1953 zwar erheblich verdichtete, doch selbstkritisch zugab, daß die Bezirksleitungen noch keinen Überblick über die Argumentationsmuster in den „befreundeten Parteien" erarbeitet hätten. Die bisherige „Hauptaufgabe" der DBD, nämlich die „Aufklärungsarbeit auf dem Lande für Frieden und Einheit zu verstärken und die Politik der Regierung in landwirtschaftlichen Fragen zu unterstützen", behielt ihre Gültigkeit. Die „zweite Aufgabe der DBD, die systematische und beharrliche Aufklärungsarbeit unter den Klein- und Mittelbauern ihrer Partei zwecks Eintritt in die LPG", wurde abgeändert. Anstelle der bereits ausgewählten Losung für den kommenden III. DBD-Parteitag im September 1953 – „Für Frieden, Einheit und Mitarbeit an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes" – bestimmte der Sektor BO die Formel „Alle Kraft für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages, für Glück und Wohlstand des deutschen Volkes".

Die DBD sollte in der Westarbeit unterstützt werden, und man schlug vor, „der DBD die Werbung unter den werktätigen Bauern wieder so weit zu gestatten, daß sie mindestens die laufenden Abgänge aus ihrer Partei durch Neuaufnahmen aus-

---

[29] Foitzik, Berichte, S. 1361 f. Im Dienst des sowjetischen Verteidigungsministeriums nannte auch Breschnjew in einem Memorandum an Chruschtschow im August als zweites Ziel des „Neuen Kurses" neben der Verbesserung der materiellen Lage die schnelle Vereinigung Deutschlands zu einem friedlichen Staat, Ostermann (Hg.), Uprising, Breschnjew an Chruschtschow, 20. 8. 1953, S. 368–370. Wettig, Bereitschaft, S. 268–270, sieht nach dem 17. Juni 1953 eine Verlagerung des deutschlandpolitischen Akzents der sowjetischen Führung hin zur Zweistaatlichkeit. Er betont plausibel die rhetorische Funktion des Bekenntnisses zur Einheit.

[30] SAPMO DY 30 IV 2/7/78, Protokoll Abteilungsbesprechung LW, 8. 6. 1953. Für das MLF waren Reichelt und Siegmund anwesend sowie Scholz als Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle und der Leiter des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf Streit. Vgl. Mitters Interpretation als „Taktik mit Augenzwinkern", Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 97, 103.

gleichen" könne[31]. Letzteres ließ die DBD aufatmen, obwohl ihr dabei eine enge Absprache mit der SED auferlegt wurde[32]. Weiterhin galt die Regel, „großbäuerliche" Aspiranten abzulehnen und generell keine SED-Mitglieder zu akzeptieren, da diese aus Opposition zur SED in die DBD drängen würden. Verwaltungsfunktionäre dürften nur in Ausnahmefällen Mitglieder werden, die Wiederaufnahme zurückgekehrter geflohener Mitglieder sei sorgfältig zu prüfen. Ohne organisierte Werbeaktionen hatte die DBD jedoch kaum Chancen, ihren Bestand angesichts dieser Kriterien aufzufüllen.

3. Der Volksaufstand am Tag des Gründungsjubiläums

Am 16. Juni 1953 sollte das fünfjährige Bestehen der Bauernpartei im Rahmen einer feierlichen Parteivorstandssitzung in Berlin begangen werden[33]. Erst im Mai 1950 hatte man per Sekretariatsbeschluß den 17. Juni als Jahrestag festgelegt, für den es eigentlich keine überzeugende Begründung gab[34]. Zwar lehnte sich das Datum an die Zulassung der Partei durch die SMAD an, diese war jedoch schon am Abend des 16. Juni 1948 ausgesprochen worden, zeitgleich mit der Genehmigung der NDPD. Höchstwahrscheinlich feierte man diesen Anlaß parteiintern erst am 17. Juni, daher schuf man 1950 diesen Tag als den für alle Landesverbände gemeinsamen Gründungstag. Eine Alternative, der Termin der ersten Landesdelegiertenversammlung in Schwerin am 28. April 1948, hätte sowohl einen einzelnen Landesverband wie eine einzelne Person – vom späteren Führungspersonal der Partei war nur Goldenbaum schon dabei – ungebührlich in den Vordergrund gerückt[35]. Man versuchte, die mangelnde Eigenständigkeit der DBD, die kein eigenes Profil zu entwickeln vermochte, zu kompensieren, indem man ihr durch einen gemeinsamen Gedächtnisort historisch begründete Legitimität zuschrieb.

Bedingt durch die Arbeitsniederlegungen am 16. und 17. Juni in und um Berlin, verlor die Parteivorstandssitzung jede Feierlichkeit und war beherrscht von der aktuellen Krise. Das Sekretariat und die angereisten Bezirksvertreter berieten am 17. Juni über eine Schadensbegrenzung. Generalsekretär Rose konstatierte eine „tiefe Unzufriedenheit" als Ursache der Streiks und schwor die Partei darauf ein,

---

[31] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Sektor BO, Betr.: weitere Linie der DBD [...], undatiert [zwischen 26.5. und 16. 6. 1953].

[32] Sie erteilte den BV Anweisungen, die an die Kreise mündlich mitzuteilen waren; auch zum folgenden, ACDP VI-052–0524, Entwurf Anweisung an Bezirkssekretariate und Organisationssekretäre, bei Sekretariatsprotokoll, 26. 5. 1952.

[33] Lt. Reichelt traf sich der PV abends am 16. Juni. Hierzu gibt es keine Akten, lediglich einen Hinweis, daß offensichtlich eine Sekretariatssitzung am 17. vormittags stattfand, ACDP VI-052–0149. Reichelt, Blockflöte, S. 145.

[34] ACDP VI-052–0520, Protokoll Sekretariat, 30. 5. 1950. ACDP VI-052–0143, Protokoll PV, 17. 6. 1950, Festsitzung anläßlich des zweijährigen Bestehens der Partei. Zu internen Erwägungen vgl. Bauer, Gründung, S. 281–284.

[35] So sah es auch die SED, die später redaktionelle Veränderungen an Erinnerungsbroschüren der DBD vornahm. SAPMO DY 30 IV A2/15/94, Ausarbeitung zum Thema 20 Jahre DBD, angefertigt von seiten der DBD. Die SED strich eine Passage über Goldenbaums Gründungstätigkeit, „denn das stehe zu allein".

alles zu unternehmen, um das Vertrauen zur Regierung zu stärken[36]. Er baute auf die loyalitätsstiftende Kraft der Bodenreform für die Neubauern. Die Partei müsse bei den geplanten Festsitzungen abends in den Bezirken die Sorgen aller Bauern aufgreifen. Insbesondere gegenüber den Einzelbauern „haben wir einige Sünden", weil man sich zu sehr auf „das Neue" gestürzt habe.

An erster Stelle behielt Rose jedoch die Konsequenzen für die Partei im Auge und stellte unmißverständlich klar, daß „in unserer Politik nur eins revidiert wird, nämlich die schlechte Arbeit unserer Funktionäre". In diesem Kontext kritisierte er die Praxis der Partei, Mitglieder ausgeschlossen zu haben, die nicht bereit waren, in LPG einzutreten. Auch der frischgebackene Landwirtschaftsminister Reichelt ließ keinen Zweifel an seiner Linientreue zur SED erkennen und erläuterte die Umsetzung der Ministerratsbeschlüsse vom 11. Juni. Seither höre man auch auf dem Land „weg mit Ulbricht" und „weg mit den Wahlen" nach dem Prinzip der Einheitsliste.

Reichelts Ausführungen belegen, wie begrenzt die Maßnahmen von vornherein geplant waren, und daß der Erhalt der LPG in jedem Fall Vorrang hatte. So würden Betriebe an Rückkehrer prinzipiell nicht vergeben werden, wenn dies der LPG schade. Die Entscheidung darüber liege nicht bei den Bürgermeistern, denen er eine Nähe zu potentiellen Rückkehrern unterstellte, sondern bei den Räten der Kreise. Die Räte der Bezirke müßten die Interessen der LPG wahren. Nur „einige LPGen", die nicht beweisen könnten, daß sie leistungsfähiger als Einzelbetriebe seien, sollten aufgelöst werden[37]. Von einer generellen Überprüfung auf ihre betriebswirtschaftliche Tauglichkeit und einer daraus resultierenden Auflösung von LPG in größerem Stil, wie es die sowjetischen Anweisungen ursprünglich enthielten, war das Landwirtschaftsministerium weit entfernt.

Reichelt warnte die LPG vor „Überheblichkeit gegenüber dem Dorf" und berührte einen virulenten innerdörflichen, aber auch in der DBD zu beobachtenden Konflikt um soziale Aufstiegschancen. Tatsächlich hatten sich viele LPG- und SED-Funktionäre durch einen ausfälligen Stil und herablassende Arroganz sogar unter den vergleichsweise loyalen DBD-Kollegen Gegner geschaffen[38]. Zur Entlastung des von den LPG verursachten ökonomischen Defizits setzte das Ministerium auf eine Erhöhung der „Produktionsfreudigkeit" einzelbäuerlicher Wirtschaften. „Um der Landwirtschaft das Aufblühen zu ermöglichen", müßten die Verhältnisse für Klein-, Mittel- und Großbauern verändert werden, so die Sicht des MLF[39]. Die zum 25. Juni, 1. Juli und 2. September 1953 regierungsamtlich beschlossenen Erleichterungen für einzelbäuerliche Betriebe kündigte Reichelt bereits an. Sie reichten bekanntlich von der Senkung des Ablieferungssolls und der Hektarsätze über verbesserte Betriebsmittellieferungen und Möglichkeiten

---

[36] Auch zum folgenden ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 17. 6. 1953.

[37] Reichelt vertrat damit die SED-Interpretation zum „Neuen Kurs". In seinem Buch deutet er an, als Minister von sowjetischer Seite auch zur Auflösung von LPG angeleitet worden zu sein, was aber von SED-Funktionären nicht übernommen worden sei. Reichelt, Blockflöte, S. 144.

[38] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht Aug. 1953 (zu Kreis Ludwigslust).

[39] BA DK-1/10606, Sitzungsprotokoll 17. 6. 1953 [schwer entzifferbar].

zur Kreditaufnahme bis zu einem neuen Jagdgesetz, das die Wildschweinplage beenden sollte. Somit konnten die Teilnehmer konkrete Versprechungen für ihre Bezirksverbände mitnehmen. Es blieb den Einzelbauern nicht verborgen, daß dies nur kaschieren sollte, wie sehr die LPG weiterhin protegiert wurden. Besonders aus Enttäuschung über nicht eingelöste Zusagen schwoll die Unzufriedenheit auf dem Land im Herbst 1953 erneut an.

Reichelt hielt an einer sorgfältigen Unterscheidung von Einzel- und „Großbauern" fest und kritisierte „Klassenversöhnungen" zwischen diesen, die nun tagelang zusammen trinken würden; er warnte insbesondere vor jenen „Großbauern", die ihre Betriebe nur bis zu einem Umfang von 20 Hektar zurücknehmen wollten, um künftigen politischen Nachstellungen zu entgehen. Die DBD müsse die Rückkehrer sofort integrieren, um zu verhindern, daß „die Reaktion" sie mit „Musik und Willkommensgrüßen" von den Gefängnissen abhole. Er grenzte die Gruppe derjenigen, die aus den LPG austreten wollten, auf größere Mittelbauern und jene kleineren Einzelbauern ein, „die im Herbst nicht unbedingt freiwillig eingetreten sind, sondern aufgrund der Futterlage".

Die Einschätzungen von Goldenbaum und Scholz differierten in ideologischer und agrarpraktischer Sicht von Reichelts und Roses Äußerungen. Die erstgenannten versuchten, an die agrarpolitischen Aufgaben der DBD vor der 2. Parteikonferenz anzuknüpfen. Der Schulterschluß, den Scholz und Goldenbaum 1955 gegen Rose vollzogen, ist hierin offensichtlich vorgezeichnet. Scholz kritisierte, daß man in der Düngerversorgung ausschließlich die Genossenschaftsbauern bedient habe. Goldenbaum wurde deutlicher: „Viele Verhältnisse sind darauf zurückzuführen, dass man gesagt hat, was wollen wir noch differenzieren, sollen sie in die Genossenschaft gehen, dann steht die Frage nicht mehr. Wir müssen wieder um eine richtige und gerechte Differenzierung kämpfen, wie wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben." Seine Bemerkung, daß „Großbauern" „verjagt" worden seien, strich man aus dem Protokoll. Dennoch: Auch Goldenbaum und Scholz standen hundertprozentig hinter der SED. In der politischen Krise erwies sich die DBD als standfeste Gehilfin der SED. Parteiinterne Querelen traten in den Hintergrund, es zählte wieder die politische Mission, den Staat, die SED-Herrschaft und damit die eigene Karriere zu erhalten.

Diese nach außen geglättete Fassade konnte nicht überdecken, wie sehr die Ereignisse auch Spitzenfunktionäre bis ins Mark erschüttert hatten. Für Hans Rietz war unfaßbar, wie rigoros sowjetische Truppen eingriffen[40]. Einen Monat später warnte Rose die Bezirksfunktionäre davor, das Ausmaß des Scheiterns zu verdrängen. Vielmehr müßten sie sich der prekären Lage auf dem Land stellen und persönliche Konsequenzen ziehen. Aufgrund günstiger Umstände sei man gerade noch mit einem blauen Auge davongekommen. In schwarzen Farben entwarf er ein Szenario: Gesetzt den Fall, der 17. Juni wäre ein Regentag und kein idealer Heuerntetag gewesen, der vor allem die Bauern in den Gebirgskreisen auf die Fel-

[40] BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 16, Bericht von IM „Steffan" (= Besler), 30. 10. 1954. Danach habe Rietz am 17. Juni die Nerven verloren, als am Gebäude gegenüber eine rote Fahne abgenommen wurde. Die am 19. 7. vereinbarte Formulierung der DBD, wonach die DBD nun erst recht mit der Arbeiterklasse gehe, sei ihm „zu hart" gewesen.

der trieb, und viele DBD-Mitglieder wären abends nicht zusammengekommen, um das Jubiläum zu feiern; und nähme man weiter an, Adenauer hätte „Streichhölzer" bereitgelegt, dann wäre aus seiner Sicht die DDR „abgebrannt"[41]. Die insgesamt 700 Versammlungen am Abend des 17. Juni fanden offensichtlich in jenen Gegenden statt, in denen kein Ausnahmezustand verhängt worden war. Implizit gestand Rose damit ein, daß die Krise hausgemachte Ursachen hatte und nicht Ergebnis westlicher Interventionen war.

Der Sektor BO gewann über die Reaktion der leitenden Funktionäre der DBD einen beruhigenden Gesamteindruck: „Die bisherige Übersicht zeigt, daß die meisten positiven Stimmen in der DBD vorhanden sind. Auch bei ihnen gibt es eine Reihe Argumente, die darauf schließen lassen, daß DBD-Mitglieder die Maßnahmen unserer Regierung hinsichtlich der Großbauern nicht verstehen und die Meinung äußern, die Regierung sei in der Unterstützung der Großbauern zu weit gegangen."[42] Besonders der letzte Punkt wurde mit Befriedigung aufgenommen. Er benennt eine für die DBD ganz spezifische innere Konfliktkonstellation, die bei der Umsetzung des „Neuen Kurses" berücksichtigt werden mußte. Denn durch die faktische Existenz einer genossenschaftlichen Betriebsform, die gerade von der DBD vehement propagiert worden war, war die Bauernpartei nun für zwei Richtungen verantwortlich. Neben der mühsamen Wiederbesinnung auf die Einzelbauern durfte sie ihre Glaubwürdigkeit bei der genossenschaftsbäuerlichen Klientel, besonders weil diese als die politisch „fortgeschrittenere" galt, nicht riskieren. Der Sektor BO registrierte aber auch „gegnerische" Positionen in der DBD. So würden die Mitglieder mit dem „Neuen Kurs" viel weitgehendere Erwartungen verknüpfen, etwa die Revision der Bodenreform und der Oder-Neiße-Grenze.

Die Bindungskraft der DBD, die sich in besonderer Weise über die Bodenreform und die Leistungen für die Neubauern einschließlich der sogenannten Umsiedler legitimierte, zeigte Risse. Der „Gegner" habe auch versucht, so die Analyse des Sektors, die DBD mit der Losung „Zurück zur Freien Wirtschaft" unter seine Kontrolle zu bringen. Der Parteivorstand werde von den Mitgliedern scharf angegriffen, weil er die individuell wirtschaftenden Bauern unbeachtet ließ und nur noch eine Interessenvertretung für die Genossenschaftsbauern betrieben habe. Forderungen würden laut, „daß sich die DBD von der Diktatur der SED befreien soll". Auch unter den Genossenschaftsbauern der DBD gebe es „Schwankungen", sie lehnten teilweise den „Kampfplan zur vorfristigen Einbringung der Ernte" ab. Die Grundeinheiten verzeichneten Austritte und lösten sich auf, andererseits würden ausgeschlossene „Großbauern" versuchen, ihr Mitgliedsbuch zurückzuerhalten.

---

[41] ACDP VI-052–0525, Protokoll Sekretariat, 25. 7. 1953. Mitgliederversammlungen lt. Protokoll des III. PT, S. 45; Schulz, Probleme, S. 75. Lt. Reichelt mußten die Ortsgruppenversammlungen wegen des Ausnahmezustandes abgesagt werden. Reichelt, Blockflöte, S. 146. Vgl. aber Übersicht bei Brant, Aufstand, Deckelumschlagsseite; Diedrich, 17. Juni 1953, S. 278–302.

[42] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Sektor BO, Bericht vom 25. 6. 1953. Danach auch das folgende; im gleichen Tenor Bericht vom 27. 6. 1953 und ein zeitlich naheliegender, undatierter Bericht.

Der Sektor BO und das Politbüro erhofften sich von der DBD eine herrschaftsstabilisierende Wirkung. Daher hatten sie schon am 16. Juni ihre Blockpolitik modifiziert[43]. Man räumte der DBD ein, sich vordergründig als interessenpolitische Vertretung zu profilieren, indem nur sie unter ihren Mitgliedern Wünsche und Verbesserungsvorschläge sammeln durfte. Ein Medium hierfür sollten die kurz nach dem 17. Juni anstehenden Bezirksparteitage sein, die wiederum den III. Parteitag der DBD im September vorbereiteten. Zum zweiten wurde sie darauf verpflichtet, ihre Basis durch „Kampfpläne" zu höchsten Produktionsleistungen anzuspornen. Ein drittes Element betraf die Blockpolitik und sollte die Einflußchancen unter den vier Blockparteien austarieren.

Der Sektor BO erstrebte eine Aktivierung der Blockpolitik, denn die letzte Blocksitzung am 20. Januar 1953 hatte mit der Verurteilung des CDU-Außenministers Georg Dertinger kein versöhnliches Thema angeschlagen[44]. Die SED hoffte, durch eine Wiederbelebung der Orts- und Kreisblöcke, die bis dahin inaktiv waren, die brodelnde Unruhe und latente Gefahr in den Griff zu bekommen und wies am 1. Juli die Bezirks- und Kreisleitungen entsprechend an. Als Erfolg galt schon, wenn CDU und LDPD sich überhaupt an Zusammenkünften beteiligten. Der DBD fiel zu, die Verweigerungshaltung der bürgerlichen Parteien aufzubrechen und selbst politisches Terrain zu gewinnen. Die Mitarbeit im Block implizierte automatisch Kontrolle. Der Block sollte außerdem davon ablenken, daß die Alleinherrschaft der SED nach dem 17. Juni von sowjetischen Panzern garantiert wurde. Charakteristisch ist der unterschiedliche Umgang mit den einzelnen Blockparteien und das Ausspielen dieser gegeneinander. Der DBD, die durch Wohlverhalten aufgefallen war, gestattete man, Mitgliederwünsche festzuhalten. Die zweite Neugründung von 1948, die NDPD, warnte der Sektor BO hingegen vor Versuchen, sich als „Partei aller schaffenden Schichten" zu profilieren[45]. Ob und in welcher Weise die Blockparteien dazu beitrugen, den „Neuen Kurs" bei der Bevölkerung zu popularisieren, interessierte auch sowjetische Stellen. Ende August konstatierte ein Memorandum an Chruschtschow, daß viele Grundeinheiten der DBD sich nicht aktiv an der SED-Propaganda beteiligen würden[46].

4. Die Krise auf dem Land, das Verhalten der ländlichen Bevölkerung und die DBD

Volksaufstand oder Arbeiteraufstand – so lautet eine gängige Interpretationsalternative der Ereignisse am 17. Juni 1953 bzw. unmittelbar danach, wobei widerständige Verhaltensweisen schon seit Herbst 1952 und über den Juni 1953 hinaus die

[43] Siehe dazu SAPMO DY 30 IV 2/15/3, undatierter Bericht des Sektors nach 17. 6. 1953; SAPMO DY 30 IV 2/15/14, Bericht des Sektors zur Blockarbeit, 16. 6. 1953.

[44] Ebd., Bericht des Sektors zur Blockarbeit, 16. 6. 1953, und Direktive an Sekretariate der BL und KL, 1. 7. 1953, betr. Intensivierung der Blockarbeit.

[45] Ebd., Bericht des Sektors zur Blockarbeit, 16. 6. 1953. Im Februar 1953 wollte die NDPD ihre Mitgliederzahl von gut 100000 binnen Jahresfrist verdoppeln.

[46] Ostermann (Hg.), Uprising, Breschnjew an Chruschtschow, 20. 8. 1953, S. 368–370.

ländlichen Gebiete prägten[47]. Während im Hinblick auf die Widersetzlichkeiten auf dem Land ein Forschungsdefizit herrscht, sind viele Aspekte des Arbeiteraufstandes besser untersucht. Der Umstand, daß die ältere DDR-Forschung, die begrifflich unscharf von einer „Bauernrebellion" sprach, bald von der methodisch fundierteren Interpretation des 17. Juni als Arbeiteraufstand abgelöst wurde, begünstigte diese einseitige Forschungsperspektive[48].

Die angesichts ihrer Heimatverbundenheit beachtlichen Fluchtziffern unter der bäuerlichen Bevölkerung 1952/53 sowie die Zahl der gerichtlichen Verfahren gegen Bauern belegen, in welchem Maße sie unter den 1952 verschärften Repressionen litten. Allein von 1. August 1952 bis 31. Januar 1953 wurden 1247 Gerichtsverfahren gegen sie durchgeführt, 583 davon gegen „Großbauern". Auch nach der Kurskorrektur saßen im Juli 1953 noch 4000 Bauern in Haft[49].

Lange vor dem 17. Juni kursierten auf dem Land abenteuerliche Gerüchte, die existentielle Verunsicherung und eine labile politische Konstellation widerspiegelten[50]. Die krisenhafte Entwicklung auf dem Land hatte schon vor der Verkündung des „Neuen Kurses" und vor den Streiks am 16./17. Juni ihren relativen Höhepunkt erreicht. Dies unterstreicht der vorher vollzogene Schwenk der SED, durch die Rücknahme von Härten gegen die „Großbauern" und das Abstoppen der LPG-Ausdehnung. Das im Februar noch befürwortete Landwirtschaftssteuergesetz, das erneute Belastungen für die einzelbäuerlichen Betriebe bedeutet hätte, wurde im Frühjahr 1953 erst dilatorisch behandelt und im Politbüro schließlich ganz vertagt[51]. Die repressiven Maßnahmen gegen die ländliche Bevölkerung waren also schon vor dem Aufstand im Juni vermindert bzw. nicht forciert

---

[47] Die gegensätzlichen Standpunkte der Historiker sind auch durch methodische Ungenauigkeiten in der Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes begründet. Ertragreicher wäre es, schärfer zwischen den verschiedenen Widerstands- und Protestformen, den Austragungsorten und -bedingungen und den Beteiligten zu unterscheiden und dabei die zeitliche Erstreckung als wesentliches Kriterium herauszuarbeiten. Zur Diskussion siehe: Diedrich, 17. Juni 1953; insgesamt Kowalczuk u. a. (Hg.), Tag X., besonders Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 75f.; prononciert zur These Volksaufstand: Kowalczuk, Ereignisse, S. 181ff. Mitter/Wolle, Untergang, S. 69–139.

[48] Während eine erste Interpretation als „Bauernrebellion" bei Brant begrifflich unscharf und daher angreifbar war, bestoch Barings Analyse als Arbeiteraufstand durch seine Methodik. Brant, Aufstand, S. 246–256; Baring, 17. Juni 1953.

[49] Werkentin, Strafjustiz, S. 81ff., 90. Zum regionalen Vorgehen vgl. Pohl, Justiz, S. 241–244; Weber, Justiz, S. 364–371. Lt. einem Memorandum des sowjetischen Innenministeriums an Semjonow, 15. 5. 1952, flohen von 1. 1. bis 1. 11. 1952, also vor der weiteren Eskalation, 2378 Bauern; Ostermann (Hg.), Uprising, S. 97.

[50] Im Kreis Hagenow hielten die Bauern die Ablieferung ihrer Produkte zurück, weil sie vermuteten, die Engländer würden eine „Reichsautobahn" von Hamburg nach Berlin bauen, wozu der Boden 20 km rechts und links der Autobahn in englischen Besitz übergehe. Ein DBD-Funktionär verweigerte daher die Durchführung einer Parteineuwahl, da die DBD nach dem Eintreffen der Engländer ohnehin aufgelöst werde, ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht KV Hagenow Mai 1953. Die Einwohner Parchims wollten im April erfahren haben, daß sich Ulbricht und Pieck nach dem Westen abgesetzt hätten und Ulbricht dabei angeschossen worden sei, ebd., Tätigkeitsbericht KV Parchim April 1953.

[51] SAPMO DY 30 J IV 2/2/260, Protokoll PB, 3. 2. 1953, Bl. 27ff.; SAPMO DY 30 J IV 2/2/297, Protokoll PB, 29. 6. 1953, Bl. 3, Beschluß, wonach es 1953 nicht eingeführt werde.

worden; hingegen wurde die Last für die Arbeiter durch die Normerhöhung vom 28. Mai hochgeschraubt, die auch der „Neue Kurs" zunächst nicht zurücknahm.

Die Unterdrückung lastete auf der bäuerlichen Bevölkerung doppelt: Ihr volkswirtschaftlicher Zweig war extrem vernachlässigt worden, weshalb Scholz beim Chef der Planungskommission um die Freigabe von Geldern für Importe bat, um der Unterversorgung mit Futtermitteln und daraus resultierenden Viehverlusten entgegenzuwirken[52]. Da Landwirtschaftspolitik nur noch Kollektivierungspolitik meinte, sahen sich viele Bauern angesichts der staatlicherseits provozierten wirtschaftlichen und politischen Notlage vor die Entscheidung gedrängt, über einen LPG-Beitritt nachzudenken. Der Zwangscharakter war der DBD bekannt[53]. Während die DBD-Führungsspitze im Juni die LPG-Bildung durchaus als Zwangsmaßnahme bewertete, propagierte die Partei ab Ende Juli nichtsdestotrotz die SED-Lesart, die den Aufstand als Folge von „Provokationen" deutete[54].

Einer MfS-Analyse zufolge lösten sich bis 17. Juli 217 LPG von ursprünglich 5000 auf, in über 400 weiteren kam es zu Massenaustritten. Das MfS rechnete damit, daß 10% aufgelöst und weitere 10% in Auflösung begriffen waren. Immerhin lagen – verglichen zu den ohnehin turbulenteren südlichen Industriezentren – im politisch ruhigeren Norden laut DBD-Berichten noch im November 1953 zeitweise von mindestens einem Fünftel (1746) aller LPG-Mitglieder des Bezirkes Schwerin Austrittsgesuche vor; dies galt für einen Zeitpunkt, zu dem SED und DBD mit zahlreichen Brigadeeinsätzen Austritte aus LPG längst aufzufangen versucht hatten. Die Brigaden konnten gegen die Entscheidung einzelner Mitglieder oft wenig ausrichten, meist waren sie erfolgreicher darin, die vollständige Auflösung einer LPG zu vermeiden[55]. Es dürfte unmöglich sein, exakt zu rekonstruieren, wieviele LPG sich auflösten und wieviele Mitglieder austraten. Man muß von einer hohen Dunkelziffer an Austritten ausgehen, da nach LPG-Statut die Mitgliedschaft nach einem Jahr erlosch und erst dann in Statistiken zu erfassen war, bis dahin jedoch wurden viele Austrittswillige wieder zu ihrem weiteren Bleiben in der LPG überredet. Nach Schätzungen stieg die Zahl der Austritte bis Februar 1954 auf mindestens 33 000, das war über ein Fünftel aller LPG-Mitglieder; 564 LPG hätten sich im Vergleich zum Stand vom 30. Juni 1953 aufgelöst[56].

---

[52] BA DK-1/153, Bl. 104f., Scholz an Staatliche Plankommission, 3. 1. 1953. Als – nicht überlieferte – Anlage fügte er einen sowjetischen Bericht bei, den er von Ulbricht erhalten hatte.

[53] ACDP VI-052–0523, Abt. Org.: Hinweise für die Durchführung unserer Aufgaben in der Landwirtschaft beim planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, 8. 8. 1952. SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Referate im Zusammenhang mit einer Arbeitsbesprechung, 13. 2. 1953, zum Bezirk Halle.

[54] Vgl. Protokolle der Sekretariatssitzungen 17. 6., 29. 6., 25. 7. und vor allem vom 10. 8. 1953 in ACDP VI-052–0525.

[55] Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 117; nach anderen Angaben im Bericht des Hohen Kommissars der UdSSR für das 3. Quartal 1953 lösten sich bis Anfang Oktober 333 LPG oder 6,6% aller LPG auf, Foitzik, Berichte, S. 1387–1391, Zahl S. 1388. ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht des BV, November 1953. Lt. Bericht des Hohen Kommissars schieden 8900 Wirtschaften mit 20 800 Mitgliedern aus den LPG aus; Foitzik, Berichte, S. 1388f.; Werkentin, Strafjustiz, S. 87.

[56] Schulz, Probleme, S. 85f.

Trotz des mehr kontinuierlichen als punktuell-eruptiven Charakters der Opposition auf dem Land waren der 17. Juni und vor allem seine Nachwehen ein Höhepunkt in der Ablehnung des Regimes. Für die Basis der DBD ist das gleiche Spektrum an widerständigen, oppositionellen und resistenten Verhaltensweisen belegt wie für die ländliche Bevölkerung insgesamt[57]. Bis zum 5. Oktober wurden nachweislich 17 DBD-Mitglieder wegen der Teilnahme an „Provokationen" verurteilt[58]. In Relation zu den Verurteilten anderer Blockparteien, die in dieser Zeit höhere Mitgliederzahlen als die DBD aufwiesen, lag die Verurteilten-Quote der DBD über der der anderen Parteien. Die Urteile dürften jedoch für jede Partei als Exempel fungiert haben, und die Zahl pro Partei scheint verabredet worden zu sein – zumindest legen die Verhältniszahlen, die jenen anderer Quoten im Einheitsblock gleichen, dies nahe. Insgesamt ist die Einschätzung, die DBD-Mitglieder seien gefügiger gewesen als Mitglieder anderer Parteien, unhaltbar. Die Verhaltensweisen können typologisch unterteilt werden:

1. Die im engeren Sinne wirtschaftlich motivierten Handlungen, die zwar 1953 quantitativ in die Höhe schnellten und sich qualitativ verschärften, stehen in Kontinuität zur Verweigerung der vorangegangenen Jahre. Dazu zählen verminderte Ablieferungen und Ablieferungsstreiks von Einzelbauern, die den Versprechungen des Kommuniqués vom 9. Juni zutiefst mißtrauten und das Zurückhalten von Produkten als ökonomisches Druckmittel einsetzen wollten. Unter den selbständig wirtschaftenden Bauern diskutierte man darüber, künftig prinzipiell nur noch 50 oder 70% des Solls abzugeben. Außerdem forderten sie eine Herabsetzung des Solls über das am 25. Juni zugestandene Maß hinaus[59]. Außerdem verlangte man mancherorts die grundsätzliche Abschaffung der Planvorgaben in Anbau und Viehhaltung oder das Ende der Planwirtschaft überhaupt[60]. Die einzeln wirtschaftenden Bauern reagierten besonders empfindlich auf Kontrolle und Überwachung ihrer Leistungen; Rose unterstützte sie darin sogar auf einer zentralen Blocksitzung, indem er die „Beschnüffelung" durch Ministeriumsmitarbeiter anpran-

---

[57] Die einschlägigen SED-Berichte unmittelbar nach dem 17. Juni betonen zwar geradezu die Friedlichkeit und Systemloyalität der DBD-Mitglieder im Vergleich zu den Mitgliedern anderer Parteien. Allerdings funktionierte die interne Berichterstattung des Sektors bis dahin unzuverlässig, da sie noch kaum auf gesicherten Informationen der Sektoren in den Bezirken beruhte. Daher basiert diese positive Sicht mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Mitteilungen der DBD-Führungsspitze. Dafür spricht auch, daß in den Berichten des Sektors exakt die gleichen Einzelbeispiele wie in der DBD-Berichterstattung auftauchen. Dem DBD-Sekretariat lag aber nicht daran, ihre Basis als aufständisch darzustellen und damit die eigene Arbeit zu diskreditieren. Im übrigen überwog auch in der DBD-internen Berichterstattung zunächst die Einschätzung, daß sich die Mitglieder am 17. Juni und danach schweigend zurückgezogen hätten. Erst nachdem der Überprüfungsapparat angelaufen war, ermittelte die DBD das ganze Spektrum der oppositionellen Verhaltensweisen ihrer Basis. Vgl. auch Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", bes. S. 104–114; Werkentin, Strafjustiz, S. 85–92; Mitter/Wolle, Untergang, S. 72–76, 101f., 129f.

[58] SKK-Bericht über DDR im 3. Quartal 1953, Foitzik, Berichte, S. 1375: Es wurden 59 Mitglieder der SED, 21 der LDPD, 22 der CDU und 16 der NDPD verurteilt.

[59] ACDP VI-052–224/2, Bericht Abt. Agrarpolitik, 18. 8. 1953.

[60] SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/061, Bl. 227–229, Aufgaben der Landwirtschaft in der schnellen Verwirklichung des neuen Kurses, undatiert [1953].

gerte[61]. Außerdem verlangten die Einzelbauern, in der Betriebsmittelversorgung ebenso behandelt zu werden wie die LPG. Die Forderung nach „Freier Wirtschaft" beschränkt sich nicht auf ihren ökonomischen Gehalt, sondern hatte eine dezidiert politische Zielrichtung, da sie auf einen Wechsel des Herrschaftssystems hinauslief.

2. Eine politische Absicht stand hinter der Beteiligung der bäuerlichen Bevölkerung an Streikaktionen und Demonstrationen, die Forderungen wie den Sturz der Regierung oder freie Wahlen aufgriffen und auch zu Verhaftungen von DBD-Mitgliedern führten[62]. Streikbeteiligungen sind unter den Mitgliedern vornehmlich im stärker städtischen und industrialisierten Süden der DDR zu beobachten, weniger in den überwiegend agrarischen Bezirken des Nordens[63]. Gegen den Justizapparat und damit gegen die Herrschaft richteten sich auch Aktionen zur Befreiung verurteilter Partei-Kollegen, die in Gefängnissen einsaßen. Im Bezirksverband Leipzig mischten sich DBD-Mitglieder in Aktionen, SED-gesteuerte kommunalpolitische Entscheidungen zu revidieren[64]. Während die SED-Bezirksleitung noch im Januar 1953 die Meinung vertrat, allein im Kreis Delitzsch müßten 25 Bürgermeister wegen „Sabotage" und „Kumpanei" mit „Großbauern" ausgewechselt werden[65], rief man im Ort Sausedlitz, Kreis Delitzsch, am 17. Juni nachmittags einen neuen „großbäuerlichen" Bürgermeister samt Gemeindevertretung aus. Ein DBD-Mitglied war daran federführend beteiligt, es hatte von der Streikleitung in Bitterfeld den Auftrag erhalten, den Sturz der Regierung zu verkünden. Dem Vorsitzenden der LPG hatte man die Herrschaftsinsignien Schlüssel und Telefon – den Draht zur Macht – weggenommen. Ein Bezirksvorstandsmitglied der DBD Leipzig vertrat die Auffassung, daß gegenwärtig eine Militärdiktatur herrsche und die bisherige Regierung nicht mehr bestünde. Ein DBD-Bürgermeister lehnte es ab, das Rathaus wieder zu beflaggen, bevor nicht gesichert sei, daß die angekündigten Verordnungen tatsächlich durchgeführt würden. Die Mehrzahl der in Dresden und Leipzig schließlich Verurteilten war parteilos, vier gehörten der SED an, einer der LDPD, drei der CDU und fünf der DBD[66]. Neben Forderungen nach „freien Wahlen", einer „freien Wirtschaft", der Absetzung Ulbrichts und der Regierung tauchte nach dem Wahlsieg der CDU/CSU in der Bundesrepublik am 6. September 1953 auch jene auf, eine Abstimmung über

---

61 ACDP VI-052–0525, Protokolle der Sekretariatssitzungen, 17. 6. und bes. 29. 6. 1953.

62 Zu Demonstrationen in Mühlhausen vgl. Rödiger bei Sekretariatssitzung, 29. 6. 1953; lt. Gesche war die DBD auch an den „Provokationen in Jessen" beteiligt, ACDP VI-052–0525. SAPMO DY 30 IV 2/15/17, Information der SED BL Erfurt, 25. 6. 1953, wonach DBD-Funktionäre in den Kreisen Mühlhausen und Sömmerda verhaftet worden seien. Zum regionalen Verlauf der Proteste: Kowalczuk u. a. (Hg.), Tag X, Anhang.

63 BLHA Rep. 332, Nr. 2257, Bl. 1 f., Bericht über Mitglieder der Blockparteien, die an den Provokationen am 16. Juni 1953 beteiligt waren (LDPD: 3 Personen, NDPD: 5 Personen, DBD: 6 Personen). Diese hätten Landarbeiter zu einer Demonstration nach Königswusterhausen gebracht, wo man offen den Sturz der Regierung forderte.

64 SAPMO DY 30 IV 2/15/17, Meldungen aus Leipzig, 21. 6. 1953, auf der Basis von DBD-Berichten.

65 SAPMO NY 4090/297, Bl. 1 ff., Protokoll Beratung des Sekretariats des ZK mit 1. Sekretären der BL, 14. 3. 1953.

66 Roth, Parteiauftrag, S. 102.

Pieck oder Adenauer herbeizuführen[67]. Kritik richtete sich aber auch gegen die Sowjetunion[68]. Außerdem verlangte man eine Revision der Oder-Neiße-Grenze.

Unter die politisch motivierten Aktionen fallen jene Ausschreitungen gegen LPG, die weniger auf persönlichen Rivalitäten beruhten, sondern gegen die zwangweise Gründung auftraten und diese Organisationsform als Ausdruck des Herrschaftssystems ablehnten; oftmals lag jedoch eine Mischung verschiedenster Gründe vor. So schlug den LPG in vielen Kreisen des BV Dresden massive Ablehnung entgegen; dort waren sie erst im Frühjahr unter erheblichem Druck gegründet worden[69]. In der LPG Kiesdorf gab es „Auflösungserscheinungen" aufgrund des „diktatorischen Auftretens" des Vorsitzenden; den DBD-Mitgliedern sei „durch Vertreter des Rates des Kreises der Typ III diktatorisch aufgezwungen" worden. Außerdem ließen neue soziale Konfliktlinien die LPG brüchig werden. In Kiesdorf kritisierte man die ehemaligen Landarbeiter, die sich auf ihren gewohnten Beschäftigtenstatus im Acht-Stunden-Tag zurückzogen und sich nicht als Genossenschaftsbauern engagierten. In Zodel, Kreis Görlitz, mißhandelte man den abgesetzten SED-Bürgermeister, der zugleich LPG-Vorsitzender war, und führte ihn öffentlich durch die Gemeinde. Man beschädigte Gebäude der verhaßten LPG und zerstörte die komplette Buchführung. Die Proteste in Zodel, an denen DBD-Mitglieder maßgeblich beteiligt waren, führten zu langjährigen Haftstrafen gegen sechs Personen. Die Kollegen M. und J. wurden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und kamen erst 1960 bzw. 1963 wieder frei. Daß sich die DBD-Ortsgruppe in Zodel beim Kreisverband in Niesky für ihre Mitglieder einsetzte, sie als vorbildliche Bauern beschrieb und auf persönliche Auseinandersetzungen zwischen den DBD-Mitgliedern und SED-Parteifunktionären aufmerksam machte, blieb in den gelenkten politischen Strafverfahren unberücksichtigt[70].

Die Dynamik der oppositionellen Haltung belegt eine ausgeprägt situationsbezogene Wahrnehmung und davon abgeleitetes Handeln der ländlichen Bevölkerung. Anschwellen und Abflauen von Unruhe und Protest nahmen Bezug auf die realen politischen Verhältnisse und damit verbundene Gefahren. Sie lassen sich zeitlich voneinander abgrenzbaren Wellen zuordnen. Schon seit dem Herbst 1952 war die ökonomische Krise, die immer auch eine politische war, auf dem Land virulent. Während das Kommuniqué vom 9. Juni 1953 die ländliche Bevölkerung überraschte[71] und viele zu Protestaktionen stimulierte, verhielt sich die DBD-Basis nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Berlin schlagartig

---

[67] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht Nov. 1953 zu Ludwigslust. ACDP VI-052-0525, Protokoll Sekretariat, 29. 6. 1953.

[68] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht Sektor BO an PB zur Lage in anderen Parteien, 15. 12. 1953.

[69] Folgende Beispiele nach ACDP VI-052–224/3, Monatsbericht BV Dresden, Abt. staatl. Verwaltung Febr. 1953 an PV [dem Inhalt zufolge ist der Bericht falsch datiert, eigentlich nach 17. 6. 1953]. Handgreiflichkeiten gegen LPG und Brandstiftungen wurden auch aus dem Kreis Bautzen berichtet.

[70] Das Prozeßverfahren schildert ausführlich Roth, Parteiauftrag, S. 111–126.

[71] Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 110.

„still"[72]. Erst nachdem der erste Schock überwunden war und sich abzeichnete, daß keine Militärdiktatur anstand, stieg die generelle Unruhebereitschaft wieder an. Das gewaltsame Ende des Aufstandes in Berlin brannte ein tiefes Mißtrauen auch in das Gedächtnis der bäuerlichen Bevölkerung ein[73]; sie registrierte genau, ob die Erleichterungen, die das Kommuniqué vom 9. Juni versprochen hatte, tatsächlich umgesetzt würden. Die auftretenden Ablieferungsverweigerungen stehen sicherlich für die Einstellung, die Pflichtablieferung erst nach Einlösen der Versprechen wieder zu leisten. Eine neue Welle an Unruhen hob nach Adenauers Wahlsieg im September 1953 an[74] – zumal sich parallel offenbarte, daß der „Neue Kurs" lediglich eine Mogelpackung des „alten Kurses" von 1952 war; denn die SED verkündete lautstark, die LPG weiterhin voll zu protegieren.

3. Neben diesen überregional verbreiteten Verhaltensweisen, die von der allgemeinen Resistenz der bäuerlichen Bevölkerung zeugen, gab es spezifische Problemlagen, die, wenngleich nicht nur in der DBD, so doch dort in besonderem Maße auftraten. Denn diese hatte unter allen Parteien den höchsten Anteil bäuerlicher Mitglieder und mußte aufgrund der Mitgliederstruktur, die 1953 immerhin schon rund 10% Genossenschaftsbauern zählte, besondere Konfliktkonstellationen bewältigen. So bekam die DBD als treibende Kraft der Kollektivierung den bäuerlichen Zorn zu spüren. In Jena wurde ihr Sekretariat zerstört. Beim Bezirksverband Rostock lehnten es DBD-Verwaltungsfunktionäre ab, in den Dörfern Versammlungen zu halten, weil sie sich „nicht versohlen lassen" wollten[75]. Da die Parteiführung mit einigem Erfolg ihre Mitglieder zum LPG-Eintritt bewegt hatte, spielten sich die Auseinandersetzungen zwischen Genossenschaftsbauern und Einzelbauern nun mitten in der eigenen Partei ab. Obwohl Goldenbaum sofort nach dem Abstoppen der LPG-Neugründungen Ende Mai 1953 versucht hatte, parteiintern zu vermitteln, zeigte der Mikrokosmos der Partei ein anderes Bild. DBD-Funktionäre trugen den Streit um die LPG auch handgreiflich untereinander aus[76]. Hans Schnitzler denunzierte einen Kollegen, den er verdächtigte, seinen Dienstwagen am 17. Juni überfallen zu haben, gleich schriftlich bei Justizministerin Hilde Benjamin[77].

Schon seit der 2. Parteikonferenz drohte dieser Konflikt die unteren Gliederungen zu spalten und belastete ihre Handlungsfähigkeit[78]. Häufig zerbrach er Ortsgruppen und verhinderte, daß die Partei sich vor Ort als geschlossene Einheit präsentierte. Auch im Bezirksverband Schwerin, dessen Ortsgruppen man aufgrund der hohen Neubauernquote und der künstlichen Gründung auf den ersten Blick

---

[72] Die Bezirksvorsitzenden hielten diese Ruhe jedoch für verdächtig; ACDP VI-052–0525, Protokolle Sekretariat, 17. 6. 1953, 29. 6. 1953.

[73] ACDP VI-052–229/1, Situationsbericht KV Stralsund, 29. 7. 1953.

[74] ACDP VI-052–1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 18. 9. 1953. ACDP VI-052–0898, Protokoll Sekretariat BV Cottbus, 21. 9. 1953. So generell auch Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 120.

[75] ACDP VI-052–0525, Protokoll Sekretariat, 29. 6. 1953.

[76] SAPMO DY 30 IV 2/15/17, Information der SED-BL Magdeburg zu Kreisen im Bezirk.

[77] ACDP VI, unverz. Handakten Rose, Schnitzler an Benjamin, 27. 8. 1953.

[78] So für den Bezirk Halle SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Referate im Zusammenhang mit Arbeitsbesprechung, 13. 2. 1953, Berichtsteil zu DBD und NDPD.

als besonders empfänglich für LPG-Gründungen einschätzen könnte, waren viele Grundeinheiten aufgespalten. Zwischen den LPG-Vorsitzenden aus den Reihen der DBD mit ihren Anhängern und den DBD-Ortsvorsitzenden außerhalb der LPG mit deren Gefolge herrschte oft jahrelang Streit. Im April 1953 stellte die Partei dort zwar 56 LPG-Vorsitzende, doch nur zwölf Ortsgruppenvorsitzende waren Genossenschaften beigetreten[79]. Die Grundeinheiten erwiesen sich demnach auch im Bodenreformland keineswegs als Avantgarde der Genossenschaftsbewegung. Die Gründungen beruhten vielmehr auf dem unterschiedlich motivierten Vorgehen einzelner Aktivisten. In der größten LPG der Republik, in Ruest-Mestlin, wo die DBD den Vorsitzenden stellte, herrschte eine „Kluft [...] zwischen den Mitgliedern der Genossenschaft und den Kollegen unserer Partei, die heute noch werktätige Einzelbauern sind". Da der Ortsgruppenvorsitzende, der der LPG nicht angehörte, diese vertiefte, war seine Ablösung schon beschlossen[80]. Die Auseinandersetzung um den Erhalt der LPG Ruest-Mestlin führte auch zur Absetzung des DBD-Bezirksvorsitzenden in Schwerin, Paul Luther, der Mitglied der LPG war. Wegen „schwankender Haltung" wurde er im Oktober aus der Partei ausgeschlossen[81]. Auch eine Volkskammerabgeordnete der DBD wurde als LPG-Gegnerin „entlarvt"[82]. In einem Bericht an die sowjetischen Stellen in Schwerin versicherte der Bezirksverband, daß man sich „in kameradschaftlicher Zusammenarbeit" bemühe, die „Spannungen zwischen LPGen und werktätigen Einzelbauern zu besänftigen"; allerdings würden Kollegen den LPG-Mitgliedern unterstellen, nur zu faulenzen und darauf zu warten, ihre Siedlung früher oder später zu verlassen[83].

Auf der anderen Seite waren Teile der Genossenschaftsbauern wegen der Uneindeutigkeit des Kommuniqués im Hinblick auf die künftigen Hilfen für die LPG sehr verunsichert. Sie fürchteten um den Bestand ihrer Genossenschaften, falls bisherige staatliche Unterstützungen wegfielen[84]. In diesem Zusammenhang kritisierten Genossenschaftsbauern die Erleichterungen in der Ablieferungspflicht, die Einzelbauern – in ihren Augen „Großbauern" – aufgrund der Ministerratsbeschlüsse gewährt wurden. Diese Einstellung trat im Bezirk Potsdam gehäuft in jenen Kreisen auf, in denen in allen Gemeinden bereits LPG bestanden, so in Gransee. Die Ideologie war hier also durchaus in die Dörfer eingedrungen. Distanzierter hingegen argumentierten DBD-Mitglieder in den Kreisen Potsdam-Land und Königswusterhausen, welche in der Kollektivierung bis Mitte Juni

---

[79] ACDP VI-052–0524, Protokoll Sekretariat, 24. 4. 1953.

[80] ACDP VI-052–242/4, Abt. Org. BV Schwerin an PV, 5. 11. 1953.

[81] Er hatte sich angeblich nicht genügend für den Erhalt der LPG eingesetzt, sondern plante, wieder als selbständiger Neubauer zu wirtschaften; dazu hatte er sich auf den Feldern der LPG eigenmächtig mit Saatkartoffeln „versorgt". ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin [Korrespondenz Militärregierung 1953/54], Bericht Ende 1953. SAPMO DY 30/vorl. SED 4073, Berichte zu Paul Luther; vgl. BStU ASt Swn. AIM 353/65, Christalle. Ein typischer Fall von „Kollusion", der zum Politikum wurde, vgl. Lindenberger, ABV, S. 16f.

[82] SAPMO DY 30 IV 2/5/304, Bl. 83, Bericht Abt. LOPM, 2. 2. 1953. SAPMO DY 30/vorl. SED 4073, Bericht zu Emma Maaß.

[83] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin [Korrespondenz Militärregierung 1953/54] Bericht an „Militärregierung", undatiert [Dez. 1953].

[84] Siehe auch Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 100.

unter dem Bezirksschnitt gelegen hatten; man solle nicht so viel von Westberliner Provokateuren reden, schließlich hätten die Arbeiter ebenso mitgemacht[85].

In den Reaktionen der DBD-Mitglieder, die sich auf die eigene Partei bezogen, zeichneten sich regionale Unterschiede ab. Im Bezirksverband Schwerin, den Organisationsleiter Dietrich Besler noch Anfang Juni dafür gelobt hatte, daß er eine „bessere Parteiverbundenheit" aufweise als die anderen Bezirksverbände, forderte man, an das Parteiprofil der Gründungszeit anzuknüpfen. Der 1. Bezirkssekretär Heinrich notierte Tendenzen, wonach sich die DBD eher wieder als wirtschaftliche Interessenvertretung profilieren wolle denn über ihre politische Tätigkeit[86]. Einem Situationsbericht des Kreisverbandes Stralsund zufolge betranken sich die Kollegen in Papenhagen und „sangen – Schlesien, du mein Heimatland"[87]. Ein Kollege dort bekräftigte: „Unsere Partei muß sich vollkommen von der SED trennen, wenn dies geschehen ist [,] werden viele Bauern Mitglieder unserer Partei werden. Es wird Zeit, daß unsere Partei auch mal den Mund aufmacht und nicht immer alles schweigend hinnimmt." Obwohl man im Schweriner Bezirksverband die eigene Tradition betonte und daraus die Forderung nach mehr Selbständigkeit ableitete[88], blieb die Basis am 17. Juni 1953 eher ruhig. Ein Bericht des Bezirkssekretariats an die sowjetische Dienststelle im Dezember begründete diese – im Blick auf die südlichen Bezirke – vergleichsweise entspannte Lage mit der Bodenreform, dem hohen Neubauernanteil und den Maßnahmen zugunsten ihrer Betriebe[89], konstatierte also eine loyalitätsstiftende Wirkung dieser Politik.

Dagegen neigten die Kollegen in den Kreisen Freital und Dippoldiswalde des Bezirksverbandes Dresden zu schrofferer Polarisierung: Sei es, daß sie sich offen auf die Seite sogenannter „Großbauern" stellten – oder sich gleich der SED anschlossen. Dort mißachteten die Grundeinheiten offen die Weisung übergeordneter Parteileitungen, indem sie Kollegen als Kreisvorsitzende wählten, obwohl man wußte, daß diese wegen ihrer „großbäuerlichen" Herkunft vom Bezirkssekretariat abgelehnt werden[90]. Opposition in der Kommunalpolitik, wie die oben erwähnte Absetzung von Bürgermeistern, ist bislang nur für die Bezirksverbände Dresden und Leipzig belegt.

---

[85] SAPMO DY 30 IV 2/15/17, Bericht BL SED Potsdam, 24. 6. 1953. SAPMO NY 4182/1071, Bl. 62ff., Bericht 14. 5. 1953. Zum Verhalten von Bauern, die der Kollektivierung fernstanden, in der Niederlausitz vgl. Langenhahn, „Halte Dich fern von den Kommunisten", S. 133–139.

[86] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Arbeitstagungen 1952–1954, Protokoll Tagung mit 1. Kreissekretären am 10. 6. 1953. ACDP VI-052-0525, Protokoll Sekretariat, 29. 6. 1953, man sprach dort auch „über die Mitarbeit von Grossbauern" in der DBD. ACDP VI-052-1353, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 18. 9. 1953.

[87] ACDP VI-052-229/1, Situationsbericht KV Stralsund, 29. 7. 1953.

[88] Manche plädierten zwar durchaus für ein „Bündnis" mit der SED, doch dürfe man sich von der SED nicht „treiben lassen", und die DBD solle nicht der „verlängerte Arm der SED sein"; ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Tätigkeitsbericht BV Schwerin, Aug. 1953.

[89] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin [Korrespondenz Militärregierung 1953/54], Bericht an „Militärregierung", undatiert [Dez. 1953].

[90] ACDP VI-052-0953/I, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 13. 1. 1953, Bericht zu KV Dippoldiswalde und Freital, Vorlage zu Dippoldiswalde, 12. 1. 1953.

5. Neue Aufgaben für die DBD und das Ende des „Neuen Kurses"

Mit der Verkündung des „Neuen Kurses" keimte in der Parteispitze der DBD die Hoffnung, eine Vergrößerung ihres Handlungsspielraums in der Agrar- und Blockpolitik zu erreichen. Nach den Modifikationen in der Deutschlandpolitik faßte das Politbüro am 19. August 1953 Beschlüsse, die auf eine Veränderung der bisherigen Praxis in der Blockpolitik hindeuteten, jedoch an die schon im Februar festgelegte „Intensivierung" der Blockpolitik anknüpften[91]. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des „Neuen Kurses" überprüfte die SED erneut die Effektivität des Sektors BO und der entsprechenden Stellen in den Bezirkssekretariaten. Bei der Realisierung der Direktive vom Frühjahr waren einige Mißstände offensichtlich geworden. In Dresden hatte man den Mitarbeiter des Sektors BO über Monate für andere Aufgaben beansprucht; insgesamt hatten die SED-Bezirksleitungen keinen Überblick zu den „fortschrittlichen Kräften" in CDU und LDP.

Die Politik im Zeichen des „Neuen Kurses" war bei ihrem Vorgehen in der Blockpolitik mehrgleisig ausgerichtet. Ein bescheidenes Zugeständnis an politischer Betätigung wurde mit einem höheren Maß an Kontrolle der inneren Verhältnisse der Blockparteien erkauft. Daher resultierte aus den Maßnahmen des „Neuen Kurses" in einem zweiten Schritt eine weitere Gleichschaltung der Parteien – besonders im Hinblick auf die Auswahl der Bezirksfunktionäre. Das Wissen der SED über die Kader in den Parteileitungen sollte verbessert werden, wozu laut Politbürobeschluß vom 25. August neben den offiziellen vor allem die inoffiziellen Kontakte zu erweitern waren. Während in den Bezirken oftmals nur ungenügende Kenntnisse über CDU und LDPD und deren Leitungen vorlagen, pflegte man zur DBD näheren Kontakt, über den vergleichsweise dichtere Informationen flossen. Das Verhalten der DBD-Leitungen auf Bezirksebene am 17. Juni und danach wurde von der SED durchweg gelobt und hob sich aus SED-Sicht wesentlich von dem der „bürgerlichen" Parteien ab. Angesichts des Verhaltens der Mitglieder belegt dies zugleich, in welchem Ausmaß sich die Haltung der leitenden Funktionäre von weiten Teilen der Basis unterschied.

Das Politbüro räumte der DBD am 25. August ein, „Vorschläge auf dem Gebiet der individuell arbeitenden werktätigen Bauern zu entwickeln und sie der Regierung bzw. den zuständigen Ausschüssen der Volkskammer zu übermitteln"[92]. Die DBD sollte stabilisieren, indem sie „stärker die Belange der individuell arbeitenden werktätigen Bauern berücksichtigt und unter ihren Genossenschaftsbauern eine solche Erziehungsarbeit leistet, daß sie durch gute Arbeitsdisziplin und er-

---

[91] SAPMO NY 4090/504, Bl. 208f., Direktive an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen, Mitglieder und Kandidaten des ZK, 25. 8. 1953 (Beschluß PB, 25. 8. 1953); ebd., Bl. 212–222, Vorlage an das PB zur Durchführung der Blockarbeit, 19. 8. 1953. Auch zum folgenden.

[92] So der Sektor BO: SAPMO DY 30 IV 2/15/14, Bericht über Arbeit des Blockes [nach 17. 6. 1953].

höhte Arbeitsmoral bei der Festigung der LPG mitwirken"[93]. Allerdings war ihre Führungsspitze schon zuvor ernüchtert worden, wie beschränkt die Chancen waren, privatbäuerlichen Belangen mehr Gewicht zu verleihen. Paul Scholz hatte bereits am 2. August vergeblich bei Grotewohl gegen Pläne Ulbrichts zur Düngemittelverteilung für 1954 interveniert, die erneut zwischen Einzel- und Genossenschaftsbauern „differenzierte", das hieß letztere privilegierte und die Ungleichbehandlung zementierte[94]. Am 10. August vollzog die DBD in einer Sekretariatssitzung die Abkehr von der ursprünglichen Sicht der Junikrise, in der man durchaus selbstkritisch Ursachenanalyse betrieben hatte. Jetzt nannte man ausschließlich systemexogene Gründe und distanzierte sich „von den Kräften des 17. Juni"[95].

Die Agrarpolitik der DBD im „Neuen Kurs" zielte in zwei Richtungen: Zum einen sollte die wirtschaftliche Krise erfaßt und analysiert werden, das betraf sowohl die einzelbäuerlichen Wirtschaften wie auch die LPG. Vor allem sollte die DBD das bäuerliche Protestpotential auffangen und neutralisieren, auch um zu verhindern, daß CDU und LDPD davon profitierten. Zum zweiten vertrat das Sekretariat der DBD von Beginn der Krise an die Linie, alles zur Unterstützung der LPG zu tun, wenngleich man in den Bezirken erst mit Verzögerung bis Anfang/Mitte Juli konkrete Pläne dazu erstellte[96]. Das besondere für die DBD lag darin, daß sie in auffälliger Weise ursprüngliche Inhalte der sowjetischen Anweisungen aufgriff. So propagierte sie Formen genossenschaftlichen Zusammenarbeitens auf niedrigeren Stufen, also unterhalb des Niveaus von Zusammenschlüssen wie in LPG. Solche Formen waren die sogenannten „Haus- und Hofgemeinschaften" oder die Gemeinschaften zur „gegenseitigen Hilfe" beispielsweise bei Erntearbeiten im Dorf. Sie zeichneten sich durch einen festgelegten, begrenzten Umfang aus, ihnen folgten keine rechtlichen Eingriffe und sie konnten an traditionell gewohnte gemeinschaftliche Verrichtungen in den Dörfern anknüpfen, bei denen die Wahl der Partner frei war[97].

Während die Bezirksparteitage im Juli 1953 sowohl die wirtschaftlichen Sorgen als auch das politische Protestpotential unter den Mitgliedern noch dokumentiert hatten[98], veränderte sich die Ausrichtung klar bis zum III. Parteitag der DBD, der vom 4. bis 6. September in Güstrow stattfand[99]. Nicht ohne Grund erntete die sonst geschmähte DBD von seiten Grotewohls und Ulbrichts auf der Blocksit-

---

[93] SAPMO NY 4090/504, Bl. 208f., Direktive an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen, Mitglieder und Kandidaten des ZK, 25. 8. 1953 (Beschluß PB, 25. 8. 1953).

[94] BA DK-1/85, Bl. 194, Scholz an Grotewohl, 2. 8. 1953.

[95] ACDP VI-052–0525, Protokoll Sitzung kleines Sekretariat, 10. 8. 1953.

[96] ACDP VI-052–1395, Protokoll Sekretariat BV Suhl, 13. 7. 1953, Ausarbeitung eines Unterstützungsplans für LPG bis 15. 7. 1953. Vgl. ACDP VI-052–0954, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 20. 7. 1953.

[97] Exemplarisch die Beschlüsse in Suhl: ACDP VI-052–1395, Protokoll Sekretariat BV Suhl, 10. 8. 1953. Vgl. Langenhan, „Halte dich fern von den Kommunisten", S. 128.

[98] Dazu die Auswertung im Sekretariat am 25. 7. 1953, ACDP VI-052–0525; ACDP VI-052–0954, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 20. 7. 1953, u. a. Vorlage zur Auswertung des Bezirksparteitages. ACDP VI-052–1395, Protokoll Sekretariat BV Suhl, 13. 7. 1953, Bericht Bezirksparteitag. ACDP VI-052–222/2, Anträge an Bezirksparteitag und III. PT 1953 und ACDP-VI-052-222/3, Zusammenstellung Anträge an Bezirksparteitag.

[99] Dies implizieren auch die Ausführungen von Reichelt, Blockflöte, S. 147f.

zung am 10. September überschwengliches Lob für diesen Parteitag, der von Begeisterung und Schwung getragen worden sei. Die vermeintliche Aufbruchsstimmung in der DBD ließ sich so gegen Nuschkes Forderung nach einer Verschiebung des Ablieferungstermins ausspielen, die die DBD ausdrücklich ablehnte[100]. Auf dem Parteitag plagte sich die DBD nicht mit Selbstkritik, die Vernachlässigung der Einzelbauern blieb unerwähnt, und in den Diskussionen dominierte wieder das Thema Genossenschaftsbauern[101].

Im September arbeitete die DBD als zuverlässiger Transmissionsriemen der SED. So konzentrierte sie sich im Bezirk Dresden darauf, der VdgB(BHG), die dort traditionell unter CDU-Einfluß stand und daher in ihrer politischen Aktion völlig erlahmt war, wieder „Leben einzuhauchen"[102]. Wie wichtig die Disziplinierung der VdgB(BHG) durch SED und DBD war, zeigte sich im Bezirk Suhl. Dort hatte man die VdgB-Wahlen nachlässig „vorbereitet", mit dem Ergebnis, daß die parteilosen Delegierten an Terrain gewannen[103]. Das Verhältnis zwischen DBD und VdgB(BHG) war bis zu Viewegs Ablösung als Generalsekretär Mitte 1953 und darüber hinaus durch Distanz und Rivalität charakterisiert; eine von der Sache her naheliegende Zusammenarbeit fand so gut wie nicht statt. Die Begründung des MfS hierfür deckt sich mit der DBD-Überlieferung: „Eine Zusammenarbeit zwischen der DBD und der ZVdgB kam durch das Verschulden Viewegs nicht zustande, denn das Bestreben des Generalsekretärs der DBD, Rose, Kontakt zu ZVdgB herzustellen, scheiterte an ablehnender Haltung Viewegs."[104] Vermutlich befolgte Vieweg damit lediglich SED-Vorgaben.

Die DBD unterstützte die auf die Planerfüllung ausgerichtete Ablieferungspolitik der SED[105]. In Arbeitstagungen im September 1953 wurde den Kreisfunktionären eingeschärft, daß säumige „Großbauern" wieder bestraft würden, auch wenn einfache Mitglieder dies ablehnten[106]. Allerdings verzichtete die Volkspolizei vorübergehend darauf, solche wirtschaftlichen Vergehen zu kriminalisieren, da sie um Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung rang[107]. Der Erfassungsplan für das dritte Quartal 1953 wurde unter diesen Bedingungen sogar übererfüllt[108]. Die Widersetzlichkeit in der Bevölkerung nahm jedoch wieder zu[109]. Das Abrük-

---

[100] SAPMO NY 4090/504, Bl. 240ff., stenografisches Protokoll Blocksitzung, 10. 9. 1953, Bl. 300, Beitrag Grotewohl.

[101] Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/50, Sektor BO, Einschätzung 3. Parteitag DBD, 19. 9. 1953.

[102] ACDP VI-052-0954, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 12. 10. 1953. ACDP VI-052-229/3, Protokoll Agrarpolitische Kommission BV Dresden, 27. 10. 1953.

[103] ACDP VI-052-1395, Protokoll Sekretariat BV Suhl, 22. 12. 1953.

[104] BStU MfS AOP 468/59, Bd. 1, Vieweg, Bl. 150f., HA III/4, 13. 7. 1954, Zwischenbericht.

[105] Zur Einbindung der DBD in Erfassungsfragen siehe SAPMO DY 30 J IV 2/2/324, Protokoll PB, 22. 9. 1953; das PB beschloß die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Mükkenberger für alle Belange von Erfassung und Aufkauf.

[106] ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Arbeitstagungen 1952–1954, Protokoll zu Arbeitstagung der Kreissekretäre und Instrukteure, 29. 9. 1953.

[107] Lindenberger, ABV, S. 173.

[108] SAPMO NY 4090/363, Bl. 153, Streit, StS. für Erfassung und Aufkauf, an Grotewohl, 12. 10. 1953.

[109] Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 126, führt Volkspolizeiberichte

ken von Versprechungen des „Neuen Kurses" ist an der restriktiven Handhabung der Verordnung über die Rückkehr von Westflüchtigen und die Rückgabe devastierter Betriebe abzulesen. Die SED hatte ihren Unwillen, diese Zugeständnisse zu realisieren, schon Ende Juni bewiesen. Sie hatte die von Scholz im Politbüro eingebrachten Vorlagen abgelehnt, eine Verzögerungstaktik eingeschlagen und anstelle einer Rechtsregelung eine propagandistische Pressenotiz bevorzugt[110]. Den Rückkehrern aus dem Westen und den haftentlassenen Bauern räumte die Regierung im Oktober lediglich eine Frist von zwei Wochen ein, um ihre Ansprüche auf Vermögensrückgabe geltend zu machen[111]. Es war jedoch entscheidend, daß das zurückzugebende bäuerliche Eigentum bis Ende 1954 als „Nutzungseigentum" entwertet wurde – bei mangelndem Wohlverhalten drohte Sanktion –, sofern es den Antragstellern überhaupt gelang, von den Sonderkommissionen der Bezirke eine Zustimmung zu erwirken; denn diese entschieden selbstverständlich im Interesse der LPG[112].

An der DBD-Basis stieß diese Praxis auf Ablehnung. Manche Ortsgruppen machten die Wiedereinsetzung der „Großbauern" in ihr Eigentum und die Unterstützung der DBD dafür zur Gretchenfrage für den Verbleib in der Partei[113]. Hingegen vertrat die DBD-Führung nahtlos den SED-Kurs und gab intern Richtlinien vor, die den Umgang mit Rückkehrern möglichst restriktiv auslegten und vorrangig für den Erhalt der LPG wirkten. Insgesamt änderte die vorübergehende zaghafte Modifizierung daher nichts am Ergebnis der Enteignungspolitik auf dem Land. Lediglich 5509 von insgesamt 24211 zwischen Juli 1952 und Juni 1953 enteigneten Landwirte beantragten bis Ende 1953 die Rückgabe ihres Hofes; 4724 erhielten ihn zur Nutzung zurück. Nur ein Bruchteil der geflohenen Bauern kehrte in die DDR zurück, und drei Viertel der verbliebenen und enteigneten Bauern verloren ihr Eigentum auf Dauer[114].

Auf der anderen Seite erreichten es Brigadeeinsätze der DBD, die labilen Genossenschaften oft in wochenlanger Kleinarbeit vor Ort zusammenzuhalten[115]. Diese „Feuerwehr"-Aktionen profitierten von der Mitglieder- und Funktionärsstruktur der DBD. Denn die Abkömmlinge oder zumindest Kenner des bäuerlichen Milieus verstanden die Ursachen und nutzten dieses Wissen. Der Erfolg läßt

---

an, denenzufolge sich im Dezember die Spannungen aufgrund der Erfassung wieder verschärften.

110 SAPMO DY 30 J IV 2/2/292, Protokoll PB, 20. 6. 1953. Ablehnung einer Vorlage von Scholz. Dieser hatte die Erleichterungen und die Rückgabe landwirtschaftlicher Betriebe an die Eigentümer zuvor im ND bekräftigt, ND 25. 6. 1953, S. 5.

111 Die Betriebe sollten andernfalls in ÖLB Eigentum übergehen, vgl. Anleitung der SED-Volkskammerfraktion, SAPMO DY 30 J IV 2/2/324, Protokoll PB, 22. 9. 1953.

112 Werkentin, Strafjustiz, S. 89–91.

113 ACDP VI-052–224/3, MB BV Dresden, Abt. staatl. Verwaltung Febr. 1953 an PV [Falschdatierung, sicher nach 17. Juni 1953, da MR-Beschlüsse erwähnt]. Vgl. SStAD BPA SED BL Dresden IV/2.3.011, Protokoll Sekretariat, 3. 9. 1953, Bl. 1–27, Lage in der Landwirtschaft und die Arbeit der VdgB(BHG) im Bezirk.

114 Werkentin, Strafjustiz, S. 91; Bell, Enteignungen, S. 60ff., 70ff.

115 ACDP VI-052–242/4, Bericht zu Unterstützung der DBD in einigen LPG im Bezirk Schwerin, 5. 11. 1953. Die LPG Ruest-Mestlin und die LPG Buchenhof, Kreis Bützow, wurden so z. B. erhalten.

sich im einzelnen nur schwer ermessen, zweifellos aber hatte der massive Einsatz von DBD-Instrukteurbrigaden erheblichen Anteil daran, daß 1953 nicht mehr LPG zerfielen. Außerdem konnte die DBD dadurch vor sowjetischen Stellen ihre Wichtigkeit beweisen. Letztere legten nämlich großen Wert darauf, daß LPG nicht leichtfertig aufgelöst wurden, wie dies teilweise durch direkte Anweisungen örtlicher Organe der SED und Behörden in den Bezirken Leipzig und Gera geschehen war. Anläßlich einer Überprüfung, die von 274 erledigten LPG seit Juni 1953 und 300 auf LPG-Versammlungen beschlossenen Auflösungen nach der Ernte berichtete, kritisierten sowjetische Stellen die vorschnelle Praxis von Verwaltung und SED, „die Auflösung der Genossenschaften dem Selbstlauf" überlassen zu haben[116].

Der Arbeitsplan der SED für das erste Quartal 1954 enthielt neben Festlegungen zur Intensivierung des Parteieinsatzes auf dem Land bereits wieder klare Anweisungen zur Bildung neuer LPG[117]. Eine interessante Neuakzentuierung formulierte Mückenberger auf der 17. ZK-Tagung vom 22./23. Januar 1954. Er warnte davor, die individuellen Hauswirtschaften in den LPG zu vernachlässigen, weil dies das Einkommen der Genossenschaftsbauern schmälere[118]. Das sowjetische Vorbild vor Augen[119], strebte offensichtlich auch die SED danach, diesen volkswirtschaftlich bedeutsamen Versorgungsfaktor nicht zu verlieren, und spornte die Genossenschaftsbauern daher zum individuellen Wirtschaften an.

Die selbstkritischen Töne zu Versäumnissen gegenüber den Einzelwirtschaften waren in der DBD-Führung bis zum Herbst 1953 gänzlich verstummt. Im Oktober propagierte sie wieder sowjetische Neuerermethoden und intensivierte die Propaganda zur Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften der Nationalen Front[120]. Als neues Medium zur Mobilisierung von Mitgliedern wie Funktionären wurden seit Ende 1953 die sogenannten „Landsonntage" erprobt, die im Rahmen der Nationalen Front unter Beteiligung aller Parteien durchgeführt werden sollten. In propagandistischer Manier versuchten sie, Regierungsziele von wirtschaftlichen Vorgaben bis hin zum jeweiligen deutschlandpolitischen Kurs der Bevölkerung einzuhämmern. Man kleidete Ziele sozialistischer Politik in einen Rahmen, der Anknüpfungspunkte zur regionalen politischen Kultur suchte. Zur langfristigen Annahme der sozialistischen Agrarpolitik in den Dörfern galt es, in die sozialen Beziehungsgeflechte der Dörfer einzudringen und diese kulturell umzuformen; außerdem trat man in Konkurrenz zur christlich geprägten Feierkultur des Sonntags. Die Landsonntage bezweckten außerdem, die regionale Blockpolitik zu beleben, auch um diese zu kontrollieren[121]. 1954 sollten die Landsonntage

---

116 SAPMO NY 4090/316, Bl. 352f., deutsche Übersetzung, etwa am 9. 10. 1953 bei Grotewohl.

117 SAPMO DY 30 J IV 2/2/338, Protokoll PB, 22. 12. 1953, Anlage: Arbeitsplan: Weitere Entwicklung der LPG und Neubildung von LPG entsprechend dem Beschluß des ZK vom 8. 12. 1953.

118 SAPMO DY IV 2/1/125, Protokoll 17. Tagung des ZK 22./23. 1. 1954, hier Bl. 92.

119 Wädekin, Privatproduktion, S. 9–14, 18f., 117–119.

120 ACDP VI-052-0525, Protokoll Sekretariat, 5. 10. 1953.

121 Zur Beteiligung der DBD an „Landsonntagen" ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklen-

auch Initialzündungen für die propagandistischen Mobilisierungsversuche anläßlich der Volkskammerwahlen geben[122].

Das Sekretariat des Parteivorstands setzte 1954 dazu an, die während der Krise 1953 unübersehbaren Mängel im Funktionärsapparat in den Bezirken zu beheben. Während das Sekretariat unter anderem dank der Besetzung mit Hans Rietz und dem seit Mai 1953 neu bestellten Organisationsleiter Dietrich Besler das besondere Vertrauen der SED genoß[123], begann die Spitze, politisch für unzureichend gehaltene Bezirksfunktionäre auszuwechseln und dadurch Zwistigkeiten in so manchen Bezirkssekretariaten auszuräumen[124]. Insgesamt war auch von einem moderateren Kurs gegenüber der Basis wenig zu spüren. In der zweiten Jahreshälfte 1953 ging zwar die Anzahl der Westflüchtigen aus der DBD leicht zurück, die Parteiausschlüsse und -austritte blieben jedoch auf einem hohen Niveau[125].

Die im Zuge des „Neuen Kurses" vorgenommene Aufstockung des Staatssicherheits-Apparates wirkte sich auch auf die DBD aus[126]. Um ins Zentrum vermeintlich reaktionärer lokaler Netze vordringen zu können, hatte Wollweber verfügt, ein Informantennetz unter „großbäuerlichen" Kreisen einzurichten[127]. Der Staatssicherheitsdienst warb eine Reihe einfacher DBD-Mitglieder in MTS und LPG sowie höherrangige Bezirksfunktionäre an oder reaktivierte sie[128]; attraktiv waren für die Geheimpolizei vor allem solche DBD-Mitglieder, die über Kontakte zu sogenannten „Umsiedlerkreisen" verfügten. Noch 1955 beklagte das MfS jedoch, daß die Informatoren „negative Elemente" nicht richtig „bearbeiten" würden, auf diese also keinen politischen Einfluß ausüben wollten[129].

---

burg/BV Schwerin, BV Schwerin, Tätigkeitsberichte 1954 ff., Tätigkeitsbericht Jan. 1954; MLHA BPA Schwerin IV 2/15/1681, Blockprotokoll, 21. 1. 1954.

122 In der DBD beklagte man die mangelnde Beteiligung der bürgerlichen Parteien, ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 22. 2. 1954; ACDP VI-052–0529, Protokoll Arbeitssekretariat, 12. 3. 1955.

123 SAPMO DY 30 IV 2/15/50, Einschätzung 3. Parteitag DBD, 19. 9. 1953.

124 Im Unterschied zu DBD-Akten enthalten die einschlägigen SED-Bestände Begründungen für die Personaltauschs, SAPMO DY 30 IV 2/15/58, Organisationsberichte der DBD, eingeordnet Frühjahr 1954.

125 Vgl. Tabellen 5 und 14.

126 Gieseke, Mitarbeiter, S. 39–41; Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt", S. 119.

127 BStU MfS 100888, Dienstanweisung Nr. 47/53 vom 30. 12. 1953.

128 BStU ASt Swn. AIM 1170/64, Arbeitsvorgang Friedländer, Bl. 12, Lt. Treffbericht vom 3. 3. 1954 erhielt er den Auftrag, über alle Bauern und „Großbauern" mit „feindlicher Einstellung" zu berichten; BStU ASt Swn. AIM 127/94 Bd. I/I Czymoniak, Bl. 4, Bericht, wonach er am 15. 4. 1953 als GI angeworben wurde, Bl. 10, lt. Bericht, 1. 4. 1953, sollte er die MTS Brüsewitz „absichern".

129 Die „Gefährlichkeit" von „Umsiedlern", ehemaligen Sozialdemokraten und allen, die am 17. Juni aktiv waren, kennzeichnet: BStU MfS unsignierter Akt, Abt. Wirtschaft, Dokumente lt. Übergabeprotokoll, DA 47/55, 23. 11. 1955, 5 Bl. Betrifft: Sicherung der Betriebe gegen Provokateure; BStU ASt Nbg. AIM 769/56, Bd. 3 Personalakte Richter, Bl. 6, Vorschlag für Anwerbung als V-Mann, 5. 2. 1952. Der Leiter der Zentralen Parteischule der DBD, Alois Melz, gab noch 1959 dem MfS Entwarnung: zwar seien bis auf eine Person alle Lehrer der DBD-Parteischule in Borkheide „Umsiedler", an deren Verläßlichkeit sei aber nicht zu zweifeln; BStU ASt Pdm. AIM 556/65, Bd. 1 Arbeitsvorgang Melz, Bl. 93, Bericht über Treffen vom 16. 10. 1959.

Insgesamt hinterlassen die – bisher zugänglichen – diesbezüglichen Direktiven den Eindruck, daß landwirtschaftliche Betriebe im Vergleich zu industriellen in geringerem Maße unter geheimpolizeilicher Kontrolle standen. Das Kontrollnetz, das die Staatssicherheit über die DBD auswarf, wurde jedoch nachweislich enger geknüpft. 1953 zeichnete sich vor allem ein neuer Bedarf an „inoffiziellen Mitarbeitern" im zentralen Sekretariat ab[130]. Mit der Anwerbung von Organisationsleiter Besler 1954 drang die Staatssicherheit erneut ins Innerste der DBD vor, nicht nur weil Besler eine Schlüsselabteilung leitete, sondern auch, weil er das Vertrauen Goldenbaums besaß.

6. Fazit

Die Vorgänge des Juni/Juli 1953 auf dem Land können insofern als revolutionär gelten, als der überwiegende Teil der Landbevölkerung einen Herrschaftswechsel und einen Austausch der Legitimationsgrundlage für die Herrschaft anstrebte[131]. Die Einordnung als Aufstand erscheint insofern problematisch, als eine überregionale Koordinierung, ein hierfür notwendiges Kriterium, offenbar fehlte. Die Ereignisse sind daher als Unruhen einzuordnen, mit zweifellos vorhandenem politisch-revolutionären Ziel und einer gewaltsam abgebrochenen Bewegung, die sich gegen das System zum flächendeckenden Aufstand auszubilden drohte. Das durch sowjetische Panzer abrupt herbeigeführte Ende des Berliner Arbeiteraufstandes verhinderte eine weitere Koordinierung des Aufstandsversuchs auf dem Land. Die immer wieder aufflackernden Unruhen und das Protestpotential auf dem Land fanden keinen zentralen Kristallisationspunkt für einen Umsturz. Mit diesen Einschränkungen ist das Geschehen 1953 insgesamt als Volksaufstand zu bezeichnen.

Die Bewältigung der Systemkrise von 1953 schweißte DBD und SED noch enger zusammen. Obwohl die sowjetischen Panzer in erster Linie die SED-Herrschaft bewahrt hatten, ging, gebunden an diese, auch die DBD unbeschadet daraus hervor. Zwar war sie eine weitere Stufe gleichgeschaltet worden, doch profitierte ihre Arbeit in einem wesentlichen Punkt von der Kurskorrektur. Das Abbremsen der forcierten Kollektivierung und die Reaktivierung der Blockpolitik eröffneten ihr wieder Handlungschancen, die sich im Frühjahr 1953, als einige Bezirksverbände gefürchtet hatten, in der SED aufzugehen, nicht abgezeichnet hatten. Wenngleich nicht bei den Mitgliedern, so doch im Hinblick auf die Zentrale und die Bezirkssekretariate, hatte sich die DBD im Vergleich zu allen anderen Parteien als verläßlichste Stütze der SED erwiesen, indem sie gerade in der Blockpolitik den Widerpart zur CDU-Politik auf dem Land einnahm.

Die Stärke ihrer Parteitätigkeit lag jedoch vor allem in der situativen Krisenwahrnehmung und im Auffangen von Mißständen auf der untersten Ebene, im

---

[130] Vgl. Kap. IV.4, S. 282f.

[131] Als „gescheiterte Revolution" interpretieren die Krise: Mitter/Wolle, Untergang, S. 27–162.

Dorf, insbesondere in den labilen LPG. Die um wirtschaftliche Hilfe bemühte Arbeit vor Ort unterschied die DBD-Funktionäre von der oft selbstgerechten Praxis der Genossen. Auf dieser Ebene trug sie daher erheblich zur Abdämpfung der Krise und damit zur Stabilisierung der Herrschaft bei, weil sie berechtigte Kritik aufgriff und neutralisierte, bevor daraus eine bedeutsamere politische Ablehnung erwuchs. Das erneute Zugehen auf Einzelbauern begünstigte ihre Glaubwürdigkeit und somit die Legitimation als Partei. Sie rückte darin vom Kurs des Jahres 1952 ab, der diese zu Objekten der Kollektivierungspropaganda reduziert hatte.

Dennoch blieb als Ergebnis der Radikalisierung 1952/53 die dauerhafte Implantierung des genossenschaftlichen Modells, das die Debatte der folgenden Jahre bestimmte. Das Plädoyer eines Teils der DBD-Genossenschaftsbauern für den Erhalt der LPG hatte gezeigt, in welch hohem Maße es gelungen war, diesen als Avantgarde eingestuften Mitgliedersektor für die sozialistische Variante zu politisieren. Es war für die Einzelbauern spürbar, daß der Konflikt zwischen genossenschaftlicher und selbständiger Wirtschaftsweise, der die DBD zu spalten drohte, gemäß dem politischen Standort der Partei künftig zu Ungunsten der Einzelbauern geregelt werden würde. Das Resistenzpotential unter den einfachen Mitgliedern, das noch 1954, aber auch in den kommenden Jahren immer wieder aufflammte, wurde meist stillschweigend geduldet – solange man es für harmlos hielt – und so rudimentär eingebunden. Trotz schwieriger Bedingungen für die Mitgliederwerbung hoffte die DBD, ihren Bestand zu halten. In der Propagierung von Formen der alltäglichen Gemeinschaftsarbeit unterhalb des Niveaus von LPG folgte die DBD sowjetischen Vorstellungen. Infolge der harschen Politik gegen „Großbauern" 1952/53 waren diese aus den niederen Leitungsebenen der Partei fast vollständig verschwunden.

Im Innern diente die Krisenbewältigung dazu, die Schlagkraft der DBD in den Bezirkssekretariaten zu erhöhen. Mit Umbesetzungen beseitigte man Reibungsverluste, entfernte Personal, das man aufgrund seiner Einstellung für politisch unzulänglich hielt, und wirkte disziplinierend. Das Funktionärskarusell glich die Arbeitsweise der Bezirkssekretariate an und verminderte den individuell-personal geprägten Einfluß. Dieser neue Funktionärstyp unterschied sich in seiner Ausrichtung an zentral ausgegebenen Weisungen von jenen Persönlichkeiten der Gründungsphase, deren Wirken erheblich durch Problemlagen ihrer Herkunftsregion bestimmt war.

VIII. Von Kollektivierung zu Kollektivierung: Die Jahre 1954 bis 1958

1. Die abgebremste Kollektivierung 1954 bis 1956

Agrarwirtschaftliche und -politische Rahmenbedingungen

Die Agrarpolitik der SED in den beiden letzten Jahren des ersten Fünfjahrplanes 1954 und 1955 zielte darauf, die gesamtwirtschaftliche Versorgungslage zu verbessern[1]. Daher betrieb man eine doppelgleisige Politik, die aus ernährungswirtschaftlichen Motiven auf den Erfolg der privatwirtschaftlichen Agrarproduktion setzte und zugleich den Ausbau des genossenschaftlichen Sektors vorantrieb. Wegen der anhaltenden Mißwirtschaft des überwiegenden Teils der LPG war man davon abhängig, daß zumindest die private Landwirtschaft die Versorgung stabilisierte. Da die staatlichen Unterstützungsleistungen für die LPG den Fiskus zunehmend belasteten, konnte sich die SED ohnehin nur eine gewisse Quote an Kollektivwirtschaften leisten[2]. Gerade unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten – Getreide- und Lebensmittelimporte strapazierten die Devisenbilanz – versuchte die Regierung, die Selbstversorgung mit Agrarprodukten zu erreichen[3]; außerdem besänftigte dieses Vorgehen die Stimmung der Bevölkerung.

Die Einstellung der Bauern seit 1952 hatte gezeigt, daß die wirtschaftlich Erfolgreichen nicht freiwillig in LPG eintraten, wenn diese sich überwiegend aus Landarbeitern und Neubauern auf unrentablen Höfen zusammensetzten[4]. Neben der politisch motivierten Abneigung gegen die LPG an sich und gegen die Partei, die dort dominierte, schreckte betriebswirtschaftlich denkende Bauern vom Eintritt auch die Praxis ab, derzufolge die Räte der Kreise den LPG devastierte Flächen zuweisen konnten, was deren Wirtschaftlichkeit unberechenbar machte.

Vor diesem Hintergrund hatte die Staatliche Plankommission 1953 empfohlen, den wirtschaftlichen Freiraum der Privatbauern zu vergrößern. Die Pflichtablieferungsnormen blieben seit 1953 konstant. Aufgrund veränderter Aufkaufpreise erzielten „großbäuerliche" Produzenten Einnahmeverbesserungen, bisher geltende Benachteiligungen waren reduziert worden. Seit August 1956 galt für „Großbau-

---

[1] Aus sowjetischer Sicht Berichte des Hohen Kommissars, z.B. Über Lage der DDR im ersten Halbjahr 1954, Foitzik, Berichte, hier S. 1440–1446. Zur Lage der Landwirtschaft siehe Noziczka, Politik, S. 8–37.

[2] Die Subventionen mußten den garantierten Mindestsatz von 7 DM pro Arbeitseinheit der Mitglieder und die enormen Aufwendungen zur Ausstattung der LPG finanzieren.

[3] Schulz, Probleme, S. 12; es ist nicht einsichtig, weshalb er andernorts den Pflichtablieferungszwang als „Abnahmegarantie" interpretiert, die noch dazu als „soziale Sicherung" akzeptiert worden sei. Schulz, Ruhe, S. 104.

[4] Im Oktober 1953 zählten die LPG insgesamt 59900 Bauernwirtschaften mit 136300 Mitgliedern, darunter 35,4% ehemalige Landarbeiter, 44,5% Neubauern, 16,3% Altbauern und 3,8% andere, Foitzik, Berichte, S. 1388.

ern" bei MTS-Arbeiten der günstigere Mittelbauerntarif[5]. Der Viehhalteplan für 1956 wurde mit der Aussicht abgeschafft, im gleichen Jahr auch auf den Anbauplan zu verzichten. Die DBD begrüßte beides. Minister Reichelt gab allerdings zu bedenken, daß man in den Dörfern nach der Aufhebung der Anbauplanung nun die Abschaffung der Ablieferungspläne fordere[6]; die gewährte betriebswirtschaftliche Flexibilität rief also weitergehende Wünsche hervor. 1957 wurden die Anbauplanung für Getreide und Kartoffeln aufgehoben und die Erfassungspreise für Rindfleisch erhöht. Von dieser Preisanhebung profitierte vor allem die private Landwirtschaft, die einen höheren Viehbesatz aufwies als die LPG. Die Ablieferungsnormen, das Prinzip des doppelten Preissystems für Pflichtsoll bzw. „freie Spitzen" und die Art der Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe blieben jedoch unverändert[7].

Die SED stellte in Aussicht, die Anbauplanung abzuschaffen, die Pflichtablieferung nicht nur nach Betriebsgrößengruppen, sondern an den natürlichen Bedingungen zu bemessen und die Besteuerung zu vereinfachen. Ungeachtet aller Unzulänglichkeiten in der Produktionsmittelversorgung für die private Landwirtschaft bewirkten diese Erleichterungen, daß sich ein Teil der einzelbäuerlichen Betriebe wirtschaftlich stabilisierte, daher noch weniger bereit war, freiwillig in ökonomisch labile LPG einzutreten. Der Trend hielt an, Höfe lieber aus wirtschaftlichen Gründen ganz aufzugeben als sie in LPG einzubringen. Diejenigen Betriebe, die bis 1957 Genossenschaften beitraten, machten im Vergleich zur Zahl aller aufgegebenen nur ein Drittel aus[8]. Auch unsichere private Zukunftsperspektiven, etwa infolge von Krankheit, Tod und der Distanz der nachwachsenden Generation gegenüber dem landwirtschaftlichen Beruf, erhöhten die Quote an Betriebsaufgaben[9]. Angesichts der eigenen Bedrängnis im Kontrast zu den Angeboten der Industrie, die seit der 3. Parteikonferenz der SED die 45-Stunden Woche und den Sieben-Stunden-Tag avisierte, war die Jugend immer weniger bereit, den elterlichen Hof zu übernehmen oder mit ihm in die LPG einzutreten. Letzteres hätte die SED bevorzugt.

Seit dem Februar 1954 stieg die Zahl der LPG wieder an, doch dominierten unter den Neugründungen bis einschließlich 1955 solche aus ÖLB-Ländereien; nur rund ein Zehntel basierte auf dem Zusammenschluß von Bauernwirtschaften und Landarbeitern[10]. Daher wurden überwiegend LPG des Typs III gegründet, in denen man Acker- und Grünland gemeinsam bewirtschaftete und – falls vorhanden

---

[5] Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 8 f.; Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1086.

[6] ACDP VI-052–0315, Protokolle Präsidium, 1. 11. und 15. 11. 1955.

[7] Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1091; allerdings sollten die bäuerlichen Betriebe durch die Führung sogenannter Produktionsnachweise kontrolliert werden, in denen sie über Anbau, Viehbestand und die geplanten Erträge berichteten und deren Ergebnisse die VdgB(BHG) überwachte. Reichelt, Blockflöte, S. 154.

[8] Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 8. Von Mitte 1954 bis Mitte 1955 wurden 9747 Betriebe aufgegeben, 1955/56 stieg die Zahl auf 14297.

[9] 40% der den ÖLB zugeführten Betriebe wurden wegen Krankheit und Tod aufgegeben; BA DK-1/460, Bl. 20–25, Bericht über die Bewirtschaftung freier Flächen und die Situation der ÖLB.

[10] Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 85, 88.

– das Vieh zusammenlegte. Dem stagnierenden Zuwachs versuchte die SED durch flexiblere Bedingungen für die LPG-Gründung entgegenzuwirken. So öffnete die III. LPG-Konferenz im Dezember 1954 die LPG unter gewissen Einschränkungen auch für sogenannte „Großbauern", von denen im Jahr 1955 immerhin 2347 eintraten[11]. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kraft und beruflichen Erfahrung erlangten sie häufig die Meinungsführerschaft unter den Mitgliedern, wenngleich ihnen Leitungspositionen offiziell verschlossen blieben. Wie sehr sie drängten, sich als legale Genossenschaftsbauern politisch zu betätigen, beweist ihr Bemühen, in den VdgB-Leitungen wieder Fuß zu fassen[12]. Umgekehrt belegt die Abwehr der SED, wie brüchig die Konstruktion der Genossenschaftsbauern als einheitliche „Klasse" war, und in welch hohem Maße bisherige Schichtunterschiede lediglich in die Genossenschaften verschoben wurden. Die IV. LPG-Konferenz 1955 erlaubte, was bisher strikt untersagt war: In Dörfern, wo bereits eine LPG des Typs III bestand, durfte nun eine zweite LPG vom Typ I gebildet werden. Damit wollte man jenen Bauern, die auf keinen Fall für Typ III mit seinem hohen Grad an Vergenossenschaftlichung zu gewinnen waren, eine Wirtschaftsform nahebringen, die es erlaubte, weitgehend an der bisherigen Lebensweise festzuhalten[13]. Dies sprach auch DBD-Mitglieder an. Denn häufig schreckte sie die SED-Dominanz in den LPG davor ab beizutreten; auch mittelbäuerlichen Betrieben, die oft in sozialer Distanz zu den Mitgliedern der bestehenden LPG Typ III verharrten[14], versprach diese Möglichkeit, ihren bisherigen Einfluß zu wahren.

Die SED-Agrarpolitiker stellten sich auf ein langjähriges Nebeneinander von privater und genossenschaftlicher Produktion ein und stifteten ein wirtschaftliches Konkurrenzverhältnis. Nur der Nachweis, daß der sozialistische Teil der Agrarwirtschaft überlegen sei, würde folglich die Einzelbauern zum freiwilligen Beitritt bewegen. Die ideologische Begründung ließ diese Konkurrenz jedoch nur für den privaten Teil zu einer Gefahr werden. Denn je bessere Ergebnisse er erzielte, desto stärker machte er sich in dieser verqueren agrarmarxistischen Logik verdächtig, daß der Mißerfolg der LPG auf das Einwirken des „Klassengegners" außerhalb und innerhalb der LPG zurückzuführen und daher mit politischen Mitteln zu bekämpfen sei.

Seit November 1956 propagierten alle wichtigen agrarpolitischen Akteure – SED, Ministerium, VdgB(BHG) und teilweise widerwillig auch die DBD – die Zusammenschlüsse der Bauern in sogenannten „Ständigen Arbeitsgemeinschaften". Auf diese einfache Form der Kooperation unter den Landwirten zu setzen, war die defensive Reaktion in der DDR auf die agrarpolitische Debatte im Ostblock im Herst 1956, sie basierte offenbar auch auf sowjetischen Wünschen. Man räumte den Arbeitsgemeinschaften jetzt Kredite und eine bevorzugte Behandlung durch die MTS ein, nachdem Bauern, die eine Arbeitsgemeinschaft gründen woll-

[11] Ders., Probleme, S. 153 f.; Reichelt, Blockflöte, S. 152.
[12] ACDP VI-052–1355, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 13. 5. 1957. So stellte etwa die CDU im Kreis Hagenow 20 „Großbauern", getarnt als Kandidaten der VdgB, für die Kommunalwahlen auf.
[13] Herferth, Aufschwung, S. 214.
[14] Vgl. Langenhan, „Halte dich fern von den Kommunisten", S. 138.

ten, 1956 oft in LPG gezwungen worden waren, auch weil die MTS ihren Vertragsverpflichtungen nicht nachgekommen waren[15]. Die Arbeitsgemeinschaften verbanden ideologische und wirtschaftliche Ziele, indem sie sowohl an die genossenschaftliche Existenzform „in einem begrenzten Zeitraum"[16] heranführen, als auch die neuerliche Strukturkrise in ländlichen Regionen auffangen sollten. So wurden die Einzelbauern angehalten, in Gemeinschaftsarbeit die verlassenen Flächen zu bestellen und den ÖLB als Arbeitskräfte zur Verfügung zu stehen. Die Mittelbauern lehnten diese Gemeinschaften, die sie als Vorstufe der LPG ansahen, schon Mitte 1954 ab[17]. Auch die VdgB(BHG) konstatierte Ende 1955, daß diese Gemeinschaften sogar dort, wo sie als solche ausgewiesen seien, nicht im SED-Sinne funktionierten, sondern nur eine Form der herkömmlichen Nachbarschaftshilfe seien[18], sich also im Spektrum traditioneller Arbeitsweise bewegten; im übrigen würden sich die Kreisverbände durch die Meldung falscher Erfolgszahlen aus ihrer Verantwortung stehlen, die Bildung und Existenz solcher Gemeinschaften zu fördern. Die Einzelbauern stießen sich am patriarchalischen Erziehungsstil, der ihnen vermeintlich „fortgeschrittenere" Genossenschaftsbauern als Vorbild präsentierte. Ebenso war es illusorisch zu glauben, daß sie aufgrund der Gemeinschaftsarbeit zur gewünschten Einsicht gelangen würden, daß Maschinen notwendigerweise vom Staat bereitgestellt werden müßten, weshalb deren Abgabe an Privatpersonen zu reduzieren sei[19]. Ungeachtet der begrenzten Akzeptanz waren diese Gemeinschaftsformen dennoch Teil der Debatte über die Genossenschaften in den Dörfern. Immerhin existierten im Sommer 1957 9026 „Ständige Arbeitsgemeinschaften", in denen 36318 überwiegend klein- bis mittelbäuerliche Betriebe sich gegenseitig aushalfen[20].

Ein Merkmal der SED-Agrarpolitik lag darin, daß ihr offizieller Stellenwert je nach politischer Lage beliebig verändert wurde. Wurde ihr nur eine geringe Bedeutung beigemessen, so verminderte dies den agitatorischen Elan der Apparate und Kader, auf eine Sozialisierung hinzuarbeiten. So gab Mückenberger der DBD zwar intern zu verstehen, daß es im zweiten Fünfjahrplan zentral um die Probleme der Landwirtschaft gehe, weil ihre Entwicklung eine eminente Anzeigefunktion für das Erreichen des Sozialismus habe. Hingegen unterstrich Ulbricht im Zuge der Erlangung der Souveränität 1955 auf dem 25. ZK-Plenum erneut den

---

[15] International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 178–187), Puschkin an ZK der KPdSU, Bericht über Entwicklung einfachster Formen der Kooperativen in der Landwirtschaft der DDR (erstellt von Kulikow), 10. 10. 1956.

[16] So unmißverständlich Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1089.

[17] „In solchen Dörfern, wo das erkannt ist, gibt es unter den Mittelbauern keine Gemeinschaften der gegenseitigen Hilfe," so Rose. ACDP VI-052–0527, Protokoll erweiterte Sekretariatssitzung, 5. 7. 1954.

[18] SAPMO VdgB 121, Protokoll Sekretariat VdgB, 11. 11. 1955.

[19] Ebd., Anlage 2, ideolog.-polit. Plan über Bedeutung und Rolle der ständigen Arbeitsgemeinschaften.

[20] Die Durchschnittsgröße der Arbeitsgemeinschaften betrug 33,5 ha LNF. Nur 792 Betriebe in den Arbeitsgemeinschaften hatten zwischen 5–20 ha, ein knappes Fünftel zwischen 0,5–5 ha, 1,5% über 20 ha. Graffunder, Dialektik, S. 117; Droste, Rolle, S. 101.

Ausbau der Schwerindustrie[21]. Wie die gesamte Politik, so fungierte auch die Landwirtschaft im zweiten Fünfjahrplan als Experimentierfeld dafür, die Bundesrepublik zu überholen[22]. Die DBD begrüßte und übernahm offiziell all diese Vorgaben der SED-Agrarpolitik[23].

Eine Reihe von Strukturdefekten blieb bis 1956 und darüber hinaus für die Landwirtschaft der DDR charakteristisch. Zunächst spiegelte die hohe Zahl der aufgegebenen Betriebe in geringerem Maße die Staatsflucht als vielmehr die Landflucht wider. Da man die verlassenen Flächen, deren Umfang Ende 1953 auf 697980 ha geklettert war und damit 10% der LNF betrug[24], vor allem aus arbeitsökonomischen und finanziellen Gründen nicht in großem Stil den labilen LPG zuschlagen konnte, hatte eine Verordnung vom 3. September 1953 die Einrichtung von sogenannten Örtlichen Landwirtschaftlichen Betrieben (ÖLB) geregelt. Sie waren vorläufiges Auffangbecken für verlassene Flächen, Drehscheibe des einst privaten Bodeneigentums, des kommunalen Grundbesitzes und des Nutzungseigentums aus dem Bodenreformfonds für eine künftige Zuweisung an den genossenschaftlichen oder staatlichen Teil der Landwirtschaft. Sie wurden von den Räten der Kreise als Lohnarbeitsbetriebe geführt und strapazierten die Staatskasse immens[25]. Anfang 1957 stammten schon 55% der von LPG bewirtschafteten Flächen aus ÖLB[26]. An der regionalen Verteilung der ÖLB ist abzulesen, welch hohen Anteil die durch die Bodenreform geprägten Gebiete hatten. Dort war es weder gelungen, die Höfe zu konsolidieren, noch die ehemaligen Neubauern bzw. deren Kinder davon zu überzeugen, den LPG beizutreten. Das Gros der LPG-Mitglieder bis Ende 1955 stellten Landarbeiter – 90% der Beitritte in diesem Jahr machten zuvor in den ÖLB beschäftigte Landarbeiter aus[27]. Vor allem aber

---

21 ACDP VI-052-0526, Protokoll Sekretariat, 15. 3. 1954, Anlage 2, zu Mückenberger; Weber, Geschichte, S. 267.

22 Siehe dazu grundsätzlich Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", bes. S. 7.

23 Goldenbaum begrüßte z. B. den Aufbau der Schwerindustrie, ACDP VI-052-0315, Protokoll Präsidium, 1. 11. 1955.

24 SAPMO NY 4090/363, Bl. 226, Scholz an Grotewohl, 24. 2. 1954.

25 VO über die Bewirtschaftung freier Betriebe und Flächen und die Schaffung von Betrieben der örtlichen Landwirtschaft, 3. 9. 1953, in: GBl. DDR 1953, I, S. 983; Tümmler, Agrarpolitik, S. 48–54; Schulz, Probleme, S. 138–142.

26 BA DK-1/5640, Dienstbesprechung, 9. 1. 1957; Berichte über Durchführung der IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG. Zum 1. 4. 1954 umfaßten die ÖLB 414331 ha. Bis zum 1. 4. 1955 hatten sie an LPG allein 204370 ha, die 81% der Flächenabnahme ausmachten, übergeben, der Rest dürfte an VEG gegangen sein. Ein weiteres Jahr später verwalteten die ÖLB nur noch 111500 ha – daneben gab es 25000 ha herrenloses Land –, bis zum 30. 6. 1957 stieg die Fläche der ÖLB wieder auf 140108 ha; BA DK-1/1216, Bl. 81–83, HA LPG, Haberland, an Sekretariat des Ministers Reichelt, 1. 4. 1955. Dem Bericht zufolge wuchs die Fläche der ÖLB vom 1. 4. 1954 bis 28. 2. 1955 erneut um 103032 ha. Zum 28. 2. 1955 verteilte sich der Flächenanteil an ÖLB nach Bezirken folgendermaßen: Neubrandenburg 86032 ha, ein Großteil durch das Verlassen von Neubauernbetrieben verursacht, im Bezirk Schwerin 38610 ha, Dresden dagegen nur 4242 ha; BA DK-1/460, Bl. 20–25, Bericht über Bewirtschaftung freier Flächen und ÖLB 1957.

27 In den 6047 am 25. 11. 1955 bestehenden LPG mit insgesamt 196946 Mitgliedern machten die Landarbeiter rund die Hälfte (96146) aus, Neubauern gab es 58755 und Altbauern nur 18847. Fast die Hälfte aller LPG-Mitglieder war weiblich (92485), noch 1956 lag der Anteil der Genossenschaftsbäuerinnen bei 40%. Zahlen zu 1955 bei Schulz, Probleme, Tabel-

waren die LPG kein Anliegen der nachwachsenden Generation, 1955 zählten sie nur 13343 jugendliche Mitglieder. Allein im ersten Halbjahr 1956 trat fast ein Viertel von ihnen wieder aus, bis September nahm ihr Anteil um ein Prozent an der Gesamtmitgliedschaft ab und betrug nur noch 5,7% oder 12766[28]; Mitte 1954 hatte er noch bei 7,3% gelegen[29]. Außerdem verstetigte sich der Trend, daß immer weniger Familienangehörige der eingetretenen Einzelbauern ebenfalls LPG-Mitglieder wurden[30]. Insgesamt litt der genossenschaftliche und der staatliche Teil der Landwirtschaft Mitte der fünfziger Jahre unter der hohen Mitgliederfluktuation und der mangelhaften Arbeitsorganisation[31]. In den LPG und MTS fehlten politisch geschulte Kader ebenso wie fachlich qualifiziertes Personal; die ansonsten fachlich besser ausgebildeten vormaligen Privatbauern besaßen hingegen kaum das für notwendig erachtete „sozialistische" Wissen zur adäquaten Leitung eines solchen Betriebes. Die schon 1953 in Gang gesetzte, 1954 proklamierte und im März 1955 forcierte Aktion „Industriearbeiter aufs Land" brachte durch finanzielle Vergünstigungen zwar tatsächlich ehemalige Landbewohner dorthin zurück – bis Ende 1955 hatte man 31422 Arbeiter und Angestellte dafür gewinnen können –, doch blieben diese oftmals nur kurze Zeit[32]. Allein zwischen November 1955 und Ende September 1956 verließ ein knappes Drittel der ehemaligen Industriearbeiter und der Angehörigen sonstiger Berufe die LPG wieder; bis dahin waren rund 16% der Landarbeiter, die im November 1955 LPG-Mitglieder waren, wieder ausgetreten[33].

Nur schwer ließ sich ein entscheidendes Strukturproblem der frühen LPG, die unzureichende fachliche Qualifikation des Personals, ausräumen. Die geringen Ausbildungskapazitäten verzögerten die Behebung dieses Defizits. Die Kollekti-

---

len, S. 153, 161; International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, hier Bl. 91), Gespräch Scholz mit Kulikow, Sekretär der sowjetischen Botschaft, 26. 3. 1956; zu 1956 Graffunder, Dialektik, S. 123.

[28] SAPMO DY 30 IV 2/7/24, Bl. 23–38, Bericht über Entwicklung LPG im I. Halbjahr 1956, 18. 9. 1956.

[29] SAPMO DY 30 IV 2/7/27, Bl. 100–135, hier Bl. 135, Entwurf: Vorschlag zu Entwicklung der Produktion in LPG bis 1960, 14. 11. 1956.

[30] Der Eintritt von „Großbauern" wirkte sich positiv auf den Arbeitskräftebesatz der LPG aus, weil sie viele Angehörige mitzogen. Mit Stand vom 30. 9. 1956 traten pro 100 ehemaliger Einzelbauern zugleich in die LPG noch ein: 70 Angehörige von Neubauern, 71 von Altbauern, 95 von „Großbauern". Angehörige von „Großbauern", die erstmals am 28. 2. 1955 registriert wurden, machten damals sogar 101 aus. Demgegenüber verfügte die private Landwirtschaft über einen höheren Arbeitskräftebesatz; auf 100 Einzelbauern kamen 160 mithelfende Angehörige. SAPMO DY 30 IV 2/7/27, Bl. 100–135, hier Bl. 103 recto, 135, Entwurf: Vorschlag zu Entwicklung der Produktion in LPG bis 1960, 14. 11. 1956.

[31] 1954 standen den 62662 LPG-Eintritten 32690 Austritte gegenüber. Die Austritte von Einzelbauern lagen fast so hoch wie die Eintritte. Schulz, Probleme, S. 121.

[32] 36% der bis Ende 1954 auf dem Land tätigen Industriearbeiter verließen dieses bis August 1955 wieder. Schulz, Probleme, S. 119–121. Zur Aktion siehe BA DK-1/88, Mückenberger an Reichelt, 11. 3. 1955, Bl. 50f. Bauerkämper, Aufwertung, S. 260f. Zur LPG in Merxleben siehe Schier, Alltagsleben, S. 138f.

[33] SAPMO DY 30 IV 2/7/27, Bl. 38ff. Entwurf: Vorschlag zu Entwicklung der Produktion in LPG bis 1960, 31. 10. 1956; der Bericht auch zum folgenden. Ebenso: International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 92–94), Gespräch Scholz mit Kulikow, Sekretär der sowjetischen Botschaft in Berlin, am 13. 3. 1956, 26. 3. 1956.

vierung in den fünfziger Jahren bewirkte daher zunächst eine Entprofessionalisierung der Agrarwirtschaft. Vor allem in der SED fehlten fachlich wie politisch geschulte Kader in der Landwirtschaft. In diesem Kontext notierte sie gelegentlich voller Neid, daß die DBD im Unterschied zu ihr über jüngere, landwirtschaftlich ausgebildete Kräfte verfüge[34]. Der Kadermangel behinderte die vorgesehenen Kontrollen in der Agrarpolitik und den ideologischen Ausbau der Politabteilungen der MTS[35]. Daher bemühte sich die SED ab 1955 zunehmend darum, die eigenen Lücken mit Personal aus der DBD zu schließen, vor allem um die SED-Parteiorganisationen in MTS, LPG und VEG auffüllen zu können, die bis dahin nicht flächendeckend bestanden[36]. Im Oktober 1956 bemühte sich Minister Hans Reichelt, der damit einen Politbüro-Beschluß vom Februar aufgriff, um ein Austauschprogramm für technische landwirtschaftliche Kader mit der Sowjetunion[37].

Die Strukturprobleme in der Landwirtschaft überforderten sowohl die zuständigen Verwaltungsstellen samt Kontrollwesen als auch den Landwirtschaftsapparat der SED. Die SED versuchte stets, die Verantwortung dafür dem von einem DBD-Mann geführten Ministerium zuzuschieben, und wollte damit über die eigene Inkompetenz, Konzeptionslosigkeit und über Reibungsverluste bei der Implementierung neuer Vorgaben hinwegtäuschen. Kontrollgruppen monierten einerseits die „überspitzte Zentralisation" des MLF, wenn die SED-Weisungen auf unterer Ebene nicht durchzusetzen waren und keine Bewegung „von unten" für den „Kampf um die Erfüllung der Beschlüsse der Partei und der Regierung" in Gang zu setzen war[38]. Zugleich warf man dem Ministerium vor, die Räte der Bezirke und Kreise zu übergehen, indem es selbst in die Betriebsabläufe der MTS, LPG und VEG intervenierte und diese lenkte. Mit diesem Vorgehen hatte das MLF im Grunde jedoch die in den Jahren zuvor geäußerte Kritik der ZKSK aufgegriffen. So hatte sich Paul Scholz 1953 bei Grotewohl gegen „Diskriminierung und Einschüchterungsversuche" gewehrt, wie sie die ZKSK bei Überprüfungen im Ministerium an den Tag gelegt hatte[39]. Mit dieser in der Tat etwas umständlichen Praxis, einzelne Betriebe mittels Brigaden anzuleiten, reagierte das Ministerium auch auf die 1955 vorgebrachte Kritik der SED. Laut dieser gingen Fehlent-

---

[34] Dies galt für den Bezirk Suhl (25,9% Jugendliche unter den DBD-Funktionären, nur 7,2% unter den SED-Funktionären); SAPMO DY 30 IV 2/15/11, Analyse über die DBD, BV Suhl, 16. 2. 1955.

[35] SAPMO DY 30 IV 2/5/1666, Bl. 35, Ulbricht an Fritz Kleinert, 2. 7. 1955, Statistik zur Fluktuation in den Politabteilungen der MTS. SAPMO NY 4090/363, Bl. 307ff., Bericht der Kontrollabt. beim Präsidium des MR, Gruppe Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, 23. 8. 1954, hier Bl. 332f.

[36] Zur Zusammensetzung der Parteiorganisationen in den MTS, LPG, VEG 1953 und 1954 siehe SAPMO DY 30 IV 2/5/1666; zu den VEG siehe Nehrig, Leitungspersonal.

[37] International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 192–196), Gespräch Kulikow, Sekretär der sowjetischen Botschaft in Berlin, mit Reichelt am 8. 10. 1956, 17. 10. 1956.

[38] SAPMO NY 4090/364, Bl. 73–99, Bericht der ZKSK, Gruppe Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, 11. 1. 1955.

[39] BA DK-1/161, Bl. 281–283, Scholz an Grotewohl, 22. 12. 1953.

wicklungen und Pannen im sozialistischen Segment der Landwirtschaft auf die Tätigkeit angeblicher „Saboteure" und „Agenten" im Ministerium zurück[40]. Der unmittelbare Einsatz vor Ort sollte dies ausschließen.

Während die genossenschaftlichen und volkseigenen Teile der Landwirtschaft unter enormen Kosten staatlich alimentiert wurden – für die VEG konsultierte man eigens sowjetische Berater im Ministerium[41] –, glich die Situation der Privatbetriebe jener vor Beginn der verschärften Großbauernpolitik im April 1952. Um die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung nicht unmittelbar vor der Volkskammerwahl im Oktober 1954 zu verschlechtern, beschleunigte man – volkswirtschaftlich widersinnig – die Erfassung der Produktion noch während der laufenden Ernte[42]. Der privatbäuerliche Bedarf an Betriebsmitteln wurde bei planwirtschaftlichen Perspektivrechnungen nicht gebührend berücksichtigt. Die Rückstände in der Viehwirtschaft, welche weiterhin eine Domäne der Privatbetriebe blieb, wurden dadurch mitverursacht. Dieses Manko tadelten ministerielle Kontrollgruppen, die z. B. als Folge fehlenden Futters und zu geringer Stallkapazitäten nur feststellen konnten, daß Einzel- und Genossenschaftsbauern dazu übergingen, weibliche, also zur Mast ungeeignete Kälber nicht großzuziehen, sondern umgehend zu schlachten[43].

Ende 1955 gehörten rund 200000 oder 15,6% aller Bauern LPG an. Trotz aller Anstrengungen bewirtschafteten die LPG 1957 nur ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche[44]. Am Ende des ersten Fünfjahrplans stand fest, daß die Entwicklung der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie zurückgeblieben war[45]. Abgesehen von einer ideologischen Zielrichtung verfügte die SED über kein tragfähiges agrarpolitisches Konzept. Ulbricht ging davon aus, die Agrarfrage lasse sich über den industriellen Aufbau lösen. Darin folgte er sowjetischen Sichtweisen, die die DDR an der Grenze der Weltblöcke mehr als „Schaufenster" der industriellen Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus propagierten, denn als agrarpolitisches Experimentierfeld[46].

---

[40] Insgesamt ermittelte man im MLF Anfang 1955 106 „verdächtige" Personen, quer durch alle Parteien und parteilose; die Existenz von familiären Westkontakten oder die Mitgliedschaft in der „Jungen Gemeinde" genügte für diesen Verdacht; SAPMO DY 30 J IV 2/202/63, Bericht über das MLF, 20. 1. 1955.

[41] SAPMO NY 4090/366, Bl. 63–65, Mückenberger an Grotewohl, 28. 9. 1954.

[42] SAPMO NY 4090/363, Bl. 295–299, ZKSK, Kontrollgruppe Erfassung u. Aufkauf, Bericht der Überprüfung der Arbeit der staatl. Organe bei Vorbereitung und Durchführung der Erfassung pflanzlicher Erzeugnisse der Ernte 1954, 18. 8. 1954.

[43] Ebd., Bl. 307ff., Kontrollabt. beim Präsidium des MR, Gruppe Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, 23. 8. 1954. Vgl. auch die Monita von Scholz gegenüber Kulikow, Sekretär der sowjetischen Botschaft, 26. 3. 1956, in: International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, hier Bl. 93f.).

[44] Reichelt, Blockflöte, S. 153; Werkentin, Strafjustiz, S. 93.

[45] SAPMO NY 4090/364, Bl. 73–99, Bericht der ZKSK, Gruppe Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, 11. 1. 1955.

[46] Vgl. Lemke, Berlinkrise, S. 50ff.

Die DBD zwischen Stagnation und Stabilisierung

Ein Großteil der Mitglieder und der Kreisfunktionäre, ja sogar ein beachtlicher Teil von Bezirksfunktionären der DBD war maßlos enttäuscht, als sie im „Neuen Kurs" lediglich eine vordergründig mit weicheren Methoden vorgehende Taktik erkennen mußten, mit der zugleich der Ausbau des Überwachungsnetzes einherging, aber keine agrarpolitische Wende. Dies belastete den organisatorischen Zustand der Partei bis 1955 erheblich[47]. Eingezwängt in die Mitgliederbeschränkung durch die SED, rang die Organisationsabteilung um eine Stabilisierung des Mitgliederstandes und agierte gegen die Lethargie auf allen Ebenen. Ein Drittel der Kreisvorstände arbeitete Anfang 1954 nicht, und eine Reihe von Bezirksvorstandssitzungen waren mangels Beteiligung beschlußunfähig[48]. Ortsfunktionäre verweigerten die politische Tätigkeit in der eigenen Gemeinde und wollten nur in benachbarten Gegenden auftreten, wo sie weniger bekannt waren[49]. Der Generalsekretär versuchte dem Schwund entgegenzuwirken, indem er Anfang 1955 eine großzügigere Toleranzmarge für die Aufnahme neuer Mitglieder ausgab[50]. Wer die „freie Wirtschaft" fordere, sei als Mitglied durchaus akzeptabel, müsse dann eben entsprechend „erzogen" werden. Wer wegen Wirtschaftsstrafvergehen belangt werde – diese Prozesse setzten schon vor 1955 wieder ein[51] –, war nicht mehr wie 1952/53 als „Saboteur" zu verdammen, sondern habe durchaus Platz in der DBD.

Das Sekretariat in Dresden wies die Parteigliederungen an, Austrittserklärungen mit ungenügenden Begründungen nicht anzuerkennen, ganz besonders wenn sie von Bauern stammten[52]. Abgesehen von der erhofften Erhöhung der Mitgliederzahl sollte dieses Verfahren vor allem die eigenen Parteigliederungen aktivieren und disziplinieren. Ganz unorthodoxe Methoden wählte in diesem Zusammenhang die DBD im Kreis Perleberg: Weil die Partei dort jedes neu beigetretene Mitglied mit zwei Zentnern Futtermittel begrüßt hatte, wurde sie nur noch die „Zwei-Zentner-Partei" genannt[53]. Zwar stieß die Mißachtung von „Hinweisen" des ZK-Sektors BO auf SED-Kritik, die die fehlende „kämpferische Auseinandersetzung" in der DBD bemängelte und eine „ideologische Erziehung" der Mitglieder anmahnte. Im Endeffekt vergrößerte die DBD durch ihre dem politischen Meinungsklima auf dem Land angepaßte Vorgehensweise jedoch den eigenen Wirkungsradius und damit auch die Anbindung der Parteibasis an das Regime[54]. Die Grundeinheiten ersannen eigene Wege zur Stabilisierung ihrer Gruppe, etwa in der „Großbauernfrage". „Großbauern", die ihre „Pflichten" erfüllten, Abga-

[47] Bezirksberichte beklagten die argumentative Notlage, den „Neuen Kurs" erfolgreich an die Mitglieder zu „verkaufen", obwohl die Einzelbauern erfolgreicher wirtschafteten als die LPG. ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht Jan. 1954.
[48] ACDP VI-052–0526, Protokoll Sekretariat, 23. 3. 1954.
[49] Ebd., Protokoll Arbeitssekretariat, 18. 1. 1954, Bericht der Abt. Org., 13. 1. 1954.
[50] ACDP VI-052–0529, Protokoll Sekretariat, 5. 2. 1955.
[51] Werkentin, Strafjustiz, S. 93.
[52] ACDP VI-052–0955, Sekretariatsvorlage BV Dresden zu Org.-Bericht IV. Quartal 1953, 8. 1. 1954.
[53] SAPMO DY 30 IV 2/15/1685, Hausmitteilung, 18. 2. 1955.
[54] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht des Sektors BO zur DBD, Sommer 1954.

ben zahlten und der Ablieferung nachkamen, waren im Grunde bis zur Vollkollektivierung als einfache Mitglieder geduldet.

Im Bezirk Schwerin ergaben Überprüfungen, daß Ortsgruppen die Existenz von „großbäuerlichen" Mitgliedern verleugneten und damit deren Integration deckten. Dort wo „Großbauern" sogar in Parteileitungen saßen, mieden sie die Teilnahme an Kreisdelegiertentagungen. Sie wollten nicht außerhalb des lokalen Bereichs, indem sie toleriert waren, auffallen, da sie vor der Kritik übereifriger Kollegen dort nicht sicher waren[55]. Teilweise verzichteten sie freiwillig auf ihre Wiederwahl, kandidierten aber statt dessen, wie in Rudolstadt, für die Gremien der VdgB[56]. Im Bezirk Dresden kürten die überwiegend „großbäuerlich" geprägten Ortsgruppen wie in Ebenheit gezielt politisch unverdächtig scheinende Kollegen zu Vorsitzenden, deren Hofgröße knapp unter der kritischen Grenze von 20 ha lag[57]. In Dresden sah sich die DBD aber auch veranlaßt, den „großbäuerlichen" Einfluß zurückzudrängen. Sie nominierte in mühsamen Diskussionen „Gegenvorstände", riskierte jedoch bei „administrativer Entfernung" der „Großbauern", daß sich die gesamte Ortsgruppe dann dem Einfluß der Parteileitung entzog[58].

Gab die DBD für 1954 – „das Jahr der großen Initiative" – die Losung aus, in erster Linie die Existenz der bestehenden LPG zu gewährleisten und jene Einzelbauern, die sich völlig zurückgezogen hatten, wiederzugewinnen[59], so strebte sie 1955 erneut die Gründung von LPG an. Daneben waren die Veränderungen in der internationalen politischen Konstellation auch in den erweiterten deutschlandpolitischen Aufgaben der DBD erkennbar. Seit der sowjetischen Zwei-Staaten-Doktrin fiel 1954/55 die Tribüne des deutsch-deutschen Verhältnisses und damit die Aufgaben in der Deutschlandpolitik mehr und mehr der DDR zu[60]. Bei den Parteimitgliedern prallte die gesamtdeutsche Agitation weitgehend ab. Die Partei konnte sie in dieser Phase nur über agrarbezogene, vor allem agrarwirtschaftliche Themen erreichen. Das bedeutete umgekehrt aber nicht, daß die deutsche Frage aus dem Blickfeld der Basis verschwunden gewesen wäre; ein heftiges Aufflammen des Vereinigungswillens ohne sozialistische Vorzeichen ist im Jahr 1957 – Adenauer gewann erneut die Bundestagswahl – unter der DBD-Mitgliedschaft spürbar.

In die Konjunkturen der Deutschlandpolitik fügten sich auch die agrarpolitischen Aktionen in der DDR ein. Die schon vorher geäußerten Absichten zur neuerlichen Ausdehnung des genossenschaftlichen Bereiches und zur Errichtung der Großraumwirtschaft wurden erst Ende 1954 wieder in politische Aktion umgesetzt und auch die DBD darauf verpflichtet. Im Frühjahr 1954 empfanden es

---

55 ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Tätigkeitsbericht Jan. 1954.

56 ACDP VI-052-0526, Auswertung von Bezirksvorstandssitzungen im Sekretariat, 4. 2. 1954.

57 ACDP VI-052-0955, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 11. 1. 1954.

58 Ebd., Protokolle Sekretariatssitzungen BV Dresden, 1. 2., 1. 3. 1954.

59 Dazu z. B. ACDP VI-052-0526, Protokoll Arbeitssekretariat, 18. 1. 1954, Plan zur Auswertung der Beschlüsse des 17. ZK-Plenums; ACDP VI-052-0955, Protokoll Sekretariat BV Dresden, 11. 1. 1954; ACDP VI-052-224/2, Arbeit der Agrarpol. Kommission im BV Cottbus, Arbeitsplan I. Quartal 1954.

60 Vgl. Weber, Geschichte, S. 255–259; Lemke, Berlinkrise, S. 26ff.; Amos, Westpolitik, S. 191–205.

Mückenberger und die ZK-Abteilung Landwirtschaft ungeachtet der deklamatorischen Beibehaltung des Kollektivierungskurses noch als Defizit, daß die SED im Grunde keinen Kontakt zu den Einzelbauern hatte. Auch die Grundeinheiten bemühten sich nicht um einen solchen, vermieden vielmehr in „sektiererischer" Arroganz eine tatsächliche Auseinandersetzung mit diesen[61]. Mückenberger hatte auch der DBD im März 1954 noch empfohlen, sich umsichtig an die Privatbauern heranzutasten, indem die Partei zwar der Bildung von LPG wieder mehr Aufmerksamkeit widmen solle, „man sich aber auch nicht überschlagen soll bei der Arbeit"[62]. Erst nach dem 21. Plenum des ZK der SED in November 1954 schärfte der Sektor BO der DBD wieder ein, daß sie sich der Ausdehnung der LPG-Gründungen, der Schaffung einer Großraumwirtschaft und dem sowjetischen Neuererwesen zuwenden müsse[63]. Im Glauben an die Wirkung von kulturell aufgeladener Propaganda empfahl der Sektor hierfür, die Mitglieder durch Vorträge, Zirkel und Filmvorführungen weiterzubilden. So hoffte die SED, die labilen LPG gerade durch den Beitritt von wirtschaftlich erfolgreichen und politisch vorgebildeten Mitgliedern der Bauernpartei zu sanieren. Das Sekretariat der DBD beschloß im März 1955, mittelbäuerliche Mitglieder für den Eintritt in jene LPG zu gewinnen, die aus ÖLB hervorgegangen waren und sich daher in einer besonders kritischen Lage befanden[64].

Die Zielrichtung des Sektors BO ging 1955 über die reine Schadensbegrenzung, die während des „Neuen Kurses" im Mittelpunkt gestanden hatte, hinaus. Ungeachtet aller strukturellen Probleme der genossenschaftlichen Wirtschaftsform forderte der Sektor bzw. die Arbeitsgruppe BO 1955 eine ideologische Offensive in der Parteitätigkeit der DBD. Anläßlich der Durchführung ihres IV. Parteitages 1955 wurde die programmatische Arbeit eingehend unter die Lupe genommen. Die Arbeitsgruppe kritisierte insbesondere die Parteitagsrede Goldenbaums, die sich in völlig unzureichender Weise den ideologischen Brennpunkten zugewandt habe. Vor allem die Frage des Bündnisses mit der SED sei ungenügend behandelt worden, obgleich in vorangegangenen Kreisdelegiertentagungen und Bezirksparteitagen alarmierende Mängel in dieser Frage unter den Mitgliedern offenkundig geworden waren[65]. Diese Kritik wurde auch für innerparteiliche Ränke genutzt. Goldenbaum hatte im Vorfeld versucht, den Generalsekretär aus den Beratungen über ein neues Parteiprogramm und die Bildung eines schlagkräftigeren exekutiven Parteigremiums, des Präsidiums, herauszuhalten – dies wäre de facto auf eine Entmachtung Roses hinausgelaufen[66]. Darauf konterte Rose und warf ihm vor, er

---

[61] SAPMO NY 4090/363, Bl. 243 f., Mückenberger an Sekretäre für Landwirtschaft der BL und KL, 10. 3. 1954.

[62] ACDP VI-052-0526, Mückenberger in Sekretariatssitzung der DBD, 15. 3. 1954.

[63] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Disposition zu Schlußwort des 21. Plenums, 9. 11. 1954. Ebd., Sektor BO, Auswertung des 21. Plenums mit Vorschlägen für die DBD, 27. 11. 1954.

[64] ACDP VI-052-0529, Protokoll Arbeitssekretariat, 21. 3. 1955.

[65] SAPMO DY 30 IV 2/15/50, Einschätzung des 4. Parteitages durch die AG BO, 7. 9. 1955. ACDP VI-052-0529, Protokoll Arbeitssekretariat, 5. 2. 1955, bes. Wettbewerb zur Vorbereitung des 4. Parteitages.

[66] Siehe dazu ACDP VI-052-0530, Protokoll Arbeitssekretariat, 28. 6. 1955. Von dieser Sitzung ließ Rose auszugsweise Protokolle anfertigen, die der Kaderakte von Scholz beige-

habe auf dem Parteitag eine „ungenügende politische Orientierung" gegeben[67]. Von den ursprünglichen Plänen wurde schließlich nur die Neugliederung der Gremien realisiert, die Programmänderung erst nach sorgfältiger Vorbereitung auf dem nächsten Parteitag 1957 beschlossen. Durch das Sekretariat der DBD verlief spätestens seit 1955 ein tiefer Graben. Obgleich die SED die Auseinandersetzungen benutzte und teilweise auch schürte, war die DBD im wesentlichen doch Opfer ihrer hausgemachten Machtkämpfe, die eine karrierebeflissene Funktionärselite immer wieder anfachte.

Während sich die Spitze selbst schwächte, wurde das Verhältnis zur SED seit 1953 zunehmend an der Basis diskutiert, insbesondere dort, wo die DBD mehr Mitglieder als die SED zählte und aus eigener Sicht politisch wie fachlich einwandfrei in den LPG arbeitete. Warum die DBD nicht die führende Partei der Bauern sein könne, wenn die SED die Partei der Arbeiter sei, zog sich als Argument der Basis stereotyp durch die gesamten fünfziger Jahre[68]. Die SED fürchtete um eigene Positionen auf dem Land. Die DBD sollte daher strikt auf den ihr zugeteilen Aufgabenbereich beschränkt werden. Sie sollte Mitglieder gezielt dort werben, wo sie damit LDPD und CDU zurückdrängen konnte. Ihr Schulungsprogramm durfte sich nur mit politischen Themen an die eigenen Mitglieder richten; es war ihr strikt untersagt, mit fachlich ausgerichteten Vorträgen eine größere Zuhörerschaft anzusprechen, was viel aussichtsreicher für die Werbung von Mitgliedern gewesen wäre[69]. Während eine Zusammenarbeit mit der SED auf unterer Ebene bei ideologischen Fragen brenzlig war – weil man unweigerlich den sensiblen Punkt der „Bündnisfrage" berührte –, gelang der Kontakt in fachlichen Angelegenheiten besser[70].

In zwei Punkten unterschied sich die DBD 1955 wesentlich von der SED. Erstens verfügte die Bauernpartei über einen besseren Zugriff auf die Einzelbauern. Dies war allein schon aufgrund ihrer Mitgliederstruktur vorgegeben, in der Einzelbauern insgesamt, aber auch in den Leitungen nach wie vor dominierten[71]. Sogar der Leiter der ZK-Abteilung Landwirtschaft, Mellentin, stellte 1955 hilflos fest, die SED „beschäftigt sich nur mit dem fortschrittlichsten Teil [...] aber mit der Masse der Landbevölkerung beschäftigt sich keiner"[72]. Zum zweiten zeichnete sich die DBD durch eine vergleichsweise realistische Einschätzung der agrarischen Situation aus, während MfS und SED in die ideologische Offensive zogen und Fehlentwicklungen nur als „Sabotage" erklären konnten, damit aber die tat-

---

fügt wurden und offenbar dazu beitrugen, daß dieser von Kontakten zur SED ausgeschlossen wurde. Die Existenz dieser Dokumente wurde erst 1960 im Sekretariat bekannt und trug zur Ablösung Roses bei; siehe ACDP VI-052–0543, Protokolle Sekretariatssitzungen, 16. 1. 1960, 6. 2. 1961, 27. 2. 1961; ACDP VI-052–0544, Protokoll Sekretariat, 29. 3. 1961; siehe Kap. IX.6, S. 469, 522.

67 ACDP VI-052–0315, Protokoll Präsidium, 3. 11. 1955.

68 Z. B. SAPMO DY 30 IV 2/15/18, Bericht BL Halle an Sektor BO, 4. 3. 1957.

69 SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Sektor BO, Disposition für Schlußwort, 9. 11. 1954.

70 SAPMO DY 30 IV 2/15/14, Sektor BO an Mückenberger, 17. 12. 1954.

71 Siehe Tabellen 6 und 19 und ACDP VI-052–154/1, Teil 2, Aufstellung über Anteil der EB und LPG-Mitglieder an Gesamtmitgliedschaft zum 20. 8. 1955 und über deren Anteile in den OG-Vorständen zum 27. 4. 1955, 16. 12. 1955.

72 SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Sitzungsprotokoll ZK-Abt. LW, 24. 6. 1955.

sächlichen Ursachen nicht erfaßten. Erst allmählich stellte die SED in langwierigen Untersuchungen fest, daß weniger der „Klassengegner" als vielmehr Straftaten und Fehlverhalten in den sozialistischen Unternehmen die Mißwirtschaft dort begünstigten[73]. Einen erfrischend aussagekräftigen Gehalt weisen in diesem Zusammenhang die ersten Protokolle des 1955 neu gebildeten Präsidiums auf. Dort konstatierte man eine schleichende Krise der Agrarwirtschaft und wandte sich vor allem Problemen zu, die in der Umsetzung der agrarpolitischen Maßnahmen auftraten. Die Bezirkssekretariate würden „einige Fragen der MTS sehr kritisch" einschätzen. „Stark kritisiert wurde die Frage des Instrukteurunwesens. Es wurde gesagt, daß die Instrukteure in großer Zahl in die Dörfer kommen, aber praktisch nichts verändern."[74] Über die Stimmung in der ländlichen Bevölkerung gab man sich keinen Illusionen hin. Rose konstatierte, daß „das Dorf" sich zwar mehr für politische Themen interessiere als vordem, aber deshalb den Regierungsbestimmungen gegenüber nicht aufgeschlossener sei, vielmehr habe „die Feindtätigkeit" wieder zugenommen[75]. Um eine Wende in der politischen Tätigkeit mit der Basis herbeizuführen, plädierte Hans Schnitzler für eine Neubesinnung auf die dortige Stimmung, „um diese Meinung mit den grundsätzlichen Problemen zu verbinden. Es muß daher mit den fertig ausgearbeiteten Rededispositionen Schluß gemacht werden. Es soll mehr eine Anleitung sein, um darum in Referaten usw. die örtlichen Bedingungen berücksichtigen zu können." Die Popularisierungsstrategien des MLF hielt er für unzureichend. Die Argumentationen, die es begleitend zu den Maßnahmen herausgebe, entsprächen in keiner Weise den Tatsachen und seien „direkt unehrlich". Notwendig sei hingegen, eine „offene, ehrliche politische Argumentation herauszugeben"[76].

Diese Elemente der Neuorientierung wurden vom Funktionärsapparat der DBD-Zentrale keineswegs dazu genutzt, um genuine Interessen der bäuerlichen Bevölkerung aufzugreifen, die mit dem herrschenden agrarpolitischen Kurs unvereinbar waren. Bäuerliche Interessen brachte die DBD mit einigem Erfolg nur dann ins Spiel, wenn es darum ging, Reibungswiderstände zwischen dem agrarpolitischen Kurs der SED und den realen Verhältnissen zu mindern und damit das Regime zu stabilisieren.

---

[73] Siehe z.B. BStU MfS unsign. Akt, Abt. Wirtschaft, Dienstanweisung Nr. 38/55, 14. 10. 1955. Nr. 002113, 8 Bl., Bearbeitung von Havarien, Katastrophen und Bränden in Industrie und Landwirtschaft. Vgl. Lindenberger, ABV, S. 174–176.

[74] ACDP VI-052–0315, Protokoll Präsidium, 28. 9. 1955. Goldenbaum fehlte auf dieser Sitzung wegen Urlaub.

[75] Rose hielt die Behauptung für falsch, daß sich DDR-Bauern anläßlich Adenauers Moskau-Besuch „darüber beschwert haben, daß Adenauer nicht die Helden geehrt hat, sondern die Kirche besuchte. Den Bauern liegt die Kirche näher als die Helden der Sowjetunion. Wir dürfen uns deshalb keinen falschen Illusionen hingeben." Ebd.

[76] Ebd., Protokoll Präsidium, 1. 11. 1955.

2. Agrarpolitik in der Diskussion 1956/1957

Die agrarpolitische Konzeption von Kurt Vieweg und Marga Langendorf und die politische Reformdiskussion 1956

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 vollzog die sowjetische Führung einen Bruch mit Stalin und Teilen seiner Methoden und vertauschte einige ältere ideologische Erklärungsmuster mit neuen Konzepten[77]. Die Stalinkritik erreichte zwar die zum Kongreß angereisten Parteiführungszirkel der Ostblockstaaten und drang auch in westliche Medien vor, öffentlich wurde die Bevölkerung im kommunistischen Machtbereich jedoch erst 1961 von Stalins Verbrechen und der Neubewertung seiner Rolle informiert. Die KPdSU propagierte eine „friedliche Koexistenz" der verschiedenen Gesellschaftssysteme. Es waren wieder unterschiedliche Wege zum Aufbau des Sozialismus denkbar, angeblich sogar ein parlamentarischer. Die beiden letzten Punkte berührten die deutsche Frage, insofern als Alternativen zur Deutschlandpolitik der DDR, besonders bezüglich der Rolle des Parteienblockes, möglich schienen.

Stärker als in der DDR wirkten die Ergebnisse des XX. Parteitages in Ungarn und Polen auf laufende Reformdiskussionen ein. In agrarpolitischer Hinsicht ist bedeutsam, daß am kollektivwirtschaftlichen Kurs erheblich gerüttelt wurde. Vor allem das polnische Beispiel lieferte dafür wichtige Anstöße. Der wiedereingesetzte Gomulka, der 1948/49 auch aufgrund seiner Vorbehalte gegenüber Kollektivwirtschaften abgelöst worden war, beendete die einseitige Förderung der Produktionsgenossenschaften. Als Folge dieses Politikwechsels löste man unrentable LPG auf; ihre Zahl schrumpfte bis Ende 1956 auf ein Fünftel und lag bei nur noch 1700[78].

Die Übernahme der neuen sowjetischen Flexibilität prallte in der DDR bekanntlich an Ulbrichts hartem Kurs gegen politisch Andersdenkende und innerparteiliche Konkurrenten ab[79]. Die 3. Parteikonferenz (24. bis 30. März 1956) ging im offiziellen Teil eher ausweichend auf die Frage ein, wie Stalins Politik in der DDR aufgenommen worden war und welche Verantwortung dafür Ulbricht, stellvertretend für die SED, trug[80]. Im Zentrum der Konferenz standen wirtschaftliche Themen. Die SED beschloß eine Direktive zum zweiten Fünfjahrplan, die als Kernelement Modernisierung durch „wissenschaftlich-technische Revolution" vorsah; sie versprach unter anderem, die industrielle Bruttoproduktion bis 1960 um „wenigstens 155 Prozent des Standes von 1955"[81] und das Volkseinkommen um 45% zu steigern. Mit einer flexiblen Politik hoffte man die Neugründung von LPG voranzubringen, indem man mehr als bisher das Potential zur Genossenschaftsbildung unterhalb der LPG Typ III ausschöpfen wollte und infolgedessen auf Typ I und seine Attraktivität für Mittelbauern zählte. Allerdings setzte

---

[77] Zum folgenden siehe Staritz, Geschichte, S. 144–150; Weber, Geschichte, S. 275–283.
[78] Quaisser, Ende, S. 41 ff.; Fejtö, Geschichte, Bd. 2/2, S. 134.
[79] Siehe dazu Klein, Parteisäuberungen, S. 46–65.
[80] Weber, Geschichte, S. 279 f. Zur Rezeption in einer Geheimsitzung der SED siehe Grieder, Sicht, S. 565.
[81] Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, S. 62.

man dies zumindest laut sowjetischen Einschätzungen bis Herbst 1956 nicht hinreichend um[82].

Dennoch gaben die sowjetischen Ereignisse auch in der DDR einer Reformdebatte Auftrieb, die vornehmlich von Intellektuellen getragen wurde. Wie schon in der Krise 1953 konnte der Erste Sekretär auch dieses Mal die Diskussion letztlich dafür nutzen, um Parteikonkurrenten als „Opponenten" zu brandmarken und als warnendes Beispiel für andere ihre Absetzung bis 1958 zu betreiben[83]. Nach dem XX. Parteitag verdichtete sich in verschiedenen Institutionen und Gruppen, darunter auch im Führungszirkel der SED, die agrarpolitische Debatte, die offener als vorher ihre bisherigen Grundlagen in Frage stellte. Als bekanntestes Beispiel dafür gilt gemeinhin der Fall von Kurt Vieweg. Die an der Ausarbeitung des „Agrarprogrammes" beteiligte Assistentin Viewegs, die Wirtschaftswissenschaftlerin Marga Langendorf, steht in den einschlägigen Darstellungen im Schatten des einstigen Sekretärs für Landwirtschaft des ZK[84]. Die Kriminalisierung der beiden wurde dadurch erleichtert, wenn nicht sogar erst herbeigeführt, daß sie, verängstigt durch die öffentliche Kritik an ihrem Programm auf dem 30. Plenum des ZK, eine Verhaftung fürchteten und in die Bundesrepublik flohen; sie kehrten im Herbst 1957 in die DDR zurück und wurden 1959 verurteilt, Vieweg zu zwölf Jahren Haft, Langendorf zu sieben[85].

Bislang blieb unberücksichtigt, daß Vieweg sich offensichtlich bis unmittelbar vor dem 30. ZK-Plenum am 30. Januar 1957 in Sicherheit wiegte und sogar noch Forderungen bezüglich seiner künftigen Tätigkeit in der DAL bzw. seiner und Langendorfs Position dort stellte[86]. Die Angelegenheit erhielt durch zwei Faktoren eine eigene Dynamik: Zum einen hatten sich beide in der DAL persönliche Feinde gemacht; der andere, gewichtigere Punkt war jedoch, daß Ulbricht den agrarpolitischen Kurs in der DDR ganz eng mit der Frage des Sozialismus überhaupt verknüpfte. Die Ereignisse in Polen und Ungarn im Herbst 1956, die dort zu einer Auflösung von LPG geführt hatten, beeinflußten auch die Behandlung des „Falls Vieweg". Ulbricht warf diesem auf der 30. ZK-Tagung explizit vor, seine Vorschläge stünden in Verbindung mit der Modifizierung der Agrarpolitik in den „Bruderstaaten". Auf der gleichen Veranstaltung berichtete Honecker über eine Politbürositzung, in der man den Besuch einer SED-Delegation bei der Pol-

---

[82] International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 178–187), Puschkin an ZK der KPdSU, Bericht über Entwicklung einfachster Formen der Kooperativen in der Landwirtschaft der DDR (erstellt von Kulikow), 10. 10. 1956.

[83] Staritz, Geschichte, S. 151–169; Weber, Geschichte, S. 283–296. Vgl. besonders Klein u. a., Visionen.

[84] Vieles deutet darauf hin, daß sie in gleicher Weise wie Vieweg daran beteiligt war. Anders Scholz, Bauernopfer, der sich fast ganz auf Vieweg konzentriert. Die MfS-Überlieferung legt hingegen nahe, den Anteil Langendorfs, die der „theoretische Kopf" des Teams gewesen sei, als bedeutsamer einzuschätzen.

[85] Siehe dazu Scholz, Bauernopfer, S. 188–201, 207f.; Beckert, Instanz, S. 212–218.

[86] SAPMO DY 30 IV 2/7/561, Bl. 89–107, Protokoll Mitgliederversammlung der DAL, am 28/29. 1. 1957. Vieweg unterstrich, er werde die Akademie verlassen, falls man Langendorf kündige; Bl. 117, Kurzprotokoll der Versammlung, angefertigt von Gen. Heinrich, demnach sei Vieweg bereit, Langendorf zu entlassen, ohne selbst als Direktor zurückzutreten. Erst nach Eröffnung des Parteiverfahrens reichte er sein Rücktrittsgesuch ein.

nischen Vereinigten Arbeiterpartei im Dezember 1956 in Polen besprochen hatte. Bei dieser deutsch-polnischen Zusammenkunft sei auch die Frage der LPG erörtert worden[87].

Die Diskussionen blieben nicht auf Vieweg und die von ihm geleitete DAL beschränkt. Eine Krisenanalyse erstellte auch die ZK-Abteilung Landwirtschaft, die sich auf Materialien des MLF und der Staatlichen Plankommission stützte. Die Unzulänglichkeiten der Agrarstatistik erschwerten eine exakte Lagebeurteilung, denn die DDR verfügte bis dahin über kein solches, nach verläßlichen Kriterien erarbeitetes Zahlenwerk. Insbesondere im Ministerium, das Statistiken erarbeiten oder zumindest Daten beisteuern mußte, vertraten auch altgediente Genossen Auffassungen, die nach dem Bekanntwerden der Vorgänge in der DAL ebenfalls als „abweichlerisch" gebrandmarkt wurden. Im November 1956 zog die ZK-Abteilung Landwirtschaft unter Federführung des neuen Leiters Franz Mellentin Bilanz über den Zustand der LPG. Völlig entgegen den vorgelegten Fakten des Ministeriums vertrat die Abteilung die Ansicht, man könne nicht folgern, „daß die LPG in ihrer Entwicklung nicht vorangekommen wären"[88]. Tatsächlich war die Zunahme des genossenschaftlichen Teils der Landwirtschaft gerade im dritten Quartal 1956 ganz klar rückläufig. Hierfür machte die Abteilung die Vernachlässigung der LPG Typ I und II durch den Wirtschafts- und Staatsapparat verantwortlich, die diese Formen aufgrund des niedrigeren Vergesellschaftungsgrades der Produktionsmittel für ideologisch minderwertiger als die des Typs III hielten und entsprechend behandelten. Da sie diesen Typen keine längerfristige Existenz zubilligten, unternahmen sie keine besonderen Anstrengungen, diesen betriebswirtschaftlich zu helfen[89].

Die vorläufigen Ernteeinschätzungen durch die staatliche Zentralverwaltung für Statistik, die, wie die Abteilung mahnte, hinsichtlich der LPG tendenziell zu hoch liegen würden, ergaben eindeutig, daß deren Produktivität sogar in der pflanzlichen Produktion unter derjenigen der Privatbetriebe lag[90]. Das war alarmierend, denn aus betriebswirtschaftlicher Sicht verfügten die LPG aufgrund ihrer größeren Fläche bei entsprechender maschineller Ausstattung über günstigere Bedingungen im Pflanzenanbau als Einzelwirtschaften. Offenbar setzten sie diesen Vorteil jedoch nicht erfolgreich um. Daß die kleineren Einzelbetriebe bei der arbeitsintensiven und auf Erfahrung beruhenden tierischen Produktion weit bessere Ergebnisse als die LPG erzielten, mußte die SED ohnehin in Kauf nehmen[91].

---

[87] SAPMO DY 30 J IV 2/1/170, Protokoll 30. ZK-Tagung, 30.–1. 2. 1957, Bl. 10 (Honecker), Bl. 113; vgl. Beckert, Instanz, S. 112.

[88] Das folgende nach: SAPMO DY 30 IV 2/7/27, Bl. 100–135, Entwurf: Vorschlag über die Entwicklung der Produktion in den LPG bis 1960, 14. 11. 1956.

[89] Ebd., Bl. 101. Im übrigen lagen sie damit ganz auf der Linie Ulbrichts, der selbstredend den Typ III gegenüber den anderen Typen positiv hervorhob. Siehe z. B. Protokoll des III. PT, Bd. 1, S. 117. Zur Analyse des Zustands der LPG 1956 vgl. auch BA DE-1/3190, Bl. 9–28, Auswertung der Jahresendabrechnung der LPG für 1956, 19. 3. 1957, Bl. 11, 27f.

[90] In der DDR-Literatur wurde gewöhnlich die wirtschaftliche Überlegenheit der genossenschaftlichen Produktionsform gegenüber den Einzelbetrieben anhand von Zahlen der pflanzlichen Produktion zu belegen versucht. Ungeachtet dieser, nicht als „revisionistisch" abzutuenden Analyse des ZK, z. B. Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1085.

[91] Sogar die züchterisch wertvollen Herdbuchkühe in den LPG wiesen eine durchschnittlich

Insofern blieben der SED keine ökonomischen Argumente für einen LPG-Eintritt, mit denen betriebswirtschaftlich rational vorgehende Bauern noch am ehesten zu gewinnen gewesen wären. Die SED wußte, daß ihre dennoch mit wirtschaftlichen Begründungen gespeisten Kampagnen auf tönernen Füßen standen. 1955 hatte knapp ein Viertel (23%) aller LPG keine Einkünfte erzielt, fast ein Drittel (31%) hätte ohne staatliche Unterstützung überhaupt keinen Arbeitslohn für die geleisteten Arbeitseinheiten auszahlen können. Nur jede zehnte LPG erwirtschaftete den vorgesehenen Betrag von 7 DM pro Arbeitseinheit. Auf DBD-Überprüfungen basierend, führte der Bericht an, daß zum 30. September 1956 70% der LPG ihre Produktions- und Finanzpläne nicht erfüllen und somit auch die erhaltenen Kredite nicht begleichen könnten[92].

Mit keiner Silbe führte der Bericht die völlig insuffizienten Leistungen der MTS an; in einem Seitenhieb erlaubte man sich jedoch darauf hinzuweisen, daß Mitarbeiter der MTS im Vergleich zu Angestellten der staatlichen oder kommunalen Verwaltung weitaus höhere Löhne erhielten[93]. Mit mehr als 100000 Beschäftigten und einem Organisationsgrad von rund 23% SED-Mitgliedern waren die MTS eine wichtige Bastion der SED[94], von der sie die DBD nicht ohne Grund fernhielt.

Über die strukturelle und ökonomische Krise debattierten Agrarfunktionäre an verschiedenen Institutionen, im Zentrum Berlin ebenso wie an der Peripherie. Fred Oelßner sprach sich auf der 28. und 29. ZK-Tagung im August und November 1956 für eine Auflösung der unrentablen LPG und MTS aus und regte an, das Tempo der Vergenossenschaftlichung zu drosseln[95]. Er stritt um diese Auffassungen im Dezember 1956 auch im Politbüro[96]. Oelßner ordnete die Probleme der

---

schlechtere Leistung auf jene Tiere der privaten Landwirtschaft, die für die Züchtung nicht anerkannt waren. SAPMO DY 30 IV 2/7/27, Entwurf: Vorschlag über die Entwicklung der Produktion in den LPG bis 1956, 14. 11. 1956, hier Bl. 105–107.

92 Ebd., Bl. 113 verso.

93 Das führte zu der Schieflage, derzufolge ein Kreisagronom, der die Oberagronomen in den MTS anleiten sollte, im Schnitt weniger verdiente (564 DM/Monat) als diese (840 DM/Monat). Im Vergleich zu letzteren verdiente ein Abteilungsleiter im DBD-PV nur unerheblich mehr (rund 900 DM). Ebd., Bl. 116. Die MTS waren unantastbar. Auch Nehrig/Noziczka versuchen den Eindruck zu erwecken, daß Probleme dort erst infolge des revisionistischen Auftretens Viewegs entstanden. Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1093 f.

94 Ebd., Weiterentwicklung, S. 1083.

95 Oelßner war im PB und im Präsidium des MR für Versorgungsfragen zuständig und daher auch mit landw. Problemen befaßt. Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 14. SAPMO DY 30 J IV 2/1/166, Protokoll 29. ZK-Plenum, Bl. 338ff. Zu Oelßner auch Noziczka, Politik, S. 46, der allerdings einseitig zu Vieweg argumentiert und Oelßner davon positiv abgrenzt. Weitere Zusammenhänge bei Grieder, Sicht, 564 f., 573 f.

96 Diese Diskussion findet sich auch im PB-Protokoll vom 4. 12. 1956, das in ungewohnter Manier eine Entscheidung nicht einstimmig traf, sondern mit 6 zu 2 Stimmen gegen den Verkauf von leichten Traktoren an Einzelbauern votierte. Obwohl die Abstimmung nicht namentlich benannt war, kam eine Stimme sicher von Oelßner; vgl. Grieder, Sicht, S. 575 f. Die zweite könnte von Rau stammen. Seinen Vorschlag, den Räten der Bezirke und Kreise zu gestatten, in Ausnahmefällen leichte Traktoren an Einzelbauern zu verkaufen, akzeptierte das Politbüro als prüfenswert. SAPMO DY 30 J IV 2/2/518, Protokoll PB, 4. 12. 1956, Bl. 4 f. Der Kreis der Abstimmenden ist nicht klar festzulegen. Offenbar stimmte mindestens auch ein Kandidat des PB mit ab, denn es waren nur sieben Vollmitglieder an-

Landwirtschaft in den größeren Kontext der Versorgungslage ein, welche die Irrealität des zweiten Fünfjahrplanes vor Augen führte. Als alarmierende Folge der wirtschaftlichen und politischen Krise wiesen Oelßner und Schirdewan auf die rapide ansteigenden Zahlen der Westabwanderung hin[97]. Auch ein Bericht der sowjetischen Botschaft an die KPdSU im Herbst 1956 empfahl eine Verlangsamung des Kollektivierungstempos; er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" – für die in der DDR angeblich eine Initiative „von unten" vorhanden sei – die Voraussetzungen für eine künftige Bildung von LPG Typ I schaffen könnten. Aus sowjetischer Sicht hatte die SED ungerechtfertigter Weise die Bildung von LPG des Typs III forciert; auch habe die von der SED betriebene Überführung der LPG Typ I und II in solche des Typs III die Bauern völlig unvorbereitet getroffen[98].

Die Probleme, die Vieweg und Langendorf behandelten, waren demnach in der Parteispitze und bei sowjetischen Stellen bekannt. Sie konnten durchaus hoffen, mit ihren Vorstellungen auf Interesse zu stoßen. Für den in allen Lebenslagen überaus ehrgeizigen Vieweg dürfte diese Aussicht auf Gehör eine nicht unwichtige Motivation bedeutet haben. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion arbeitete das Duo nicht isoliert, sondern knüpfte an eine Debatte in der Agrarökonomik an. Asmus Petersen, ebenfalls Mitglied der Sektion Agrarökonomik der DAL, hatte das heikle Thema angeschnitten, inwiefern in westlichen Staaten ausgearbeitete betriebswirtschaftliche Methoden in sozialistische Landwirtschaftsbetriebe einfließen könnten[99].

Das „Agrarprogramm", für das Vieweg angeblich die praktische Seite beisteuerte und Langendorf die theoretische Fundierung übernahm, ging von der Überlegung aus, daß die Politik der Agrarumwälzung nicht gegen das Votum der Mehrheit der Bauern erfolgen könne, die die „seit 1952 durchgeführte Agrarpolitik als einen direkten bzw. indirekten Zwang zur Kollektivierung" sehe und daher den Aufbau des Sozialismus ablehne[100]. Um die Bauern jedoch von der Richtig-

---

wesend. Durchaus glaubhaft äußerte sich rückblickend Mückenberger vor der ZK-Abt. LW: „Nehmen wir den Genossen Oelßner an. Wie oft haben wir uns im Politbüro und im ZK mit ihm herumgestritten. Er sagte, man kann keine Genossenschaften bilden, wenn sie keine Perspektive haben, man kann keine Genossenschaften bestehen lassen, die den Wert von 7. – je AE [Arbeitseinheit] nicht erreicht haben." SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Protokoll ZK-Abt. LW, 26. 1. 1959. Landwirtschaftliche Diskussionen mit „verschiedenen Meinungen" im obersten SED-Führungszirkel erwähnt auch Schirdewan in seiner unveröffentlichten Stellungnahme vom 1. 1. 1958, explizit zu folgenden Themen: Abschaffung der Ablieferung, Traktoren für werktätige Einzelbauern, Fragen der Entwicklung der LPG, der MTS-Tarife und der Besteuerung der kleinen Warenproduktion. Bretschneider u. a., Karl Schirdewan, S. 502.

[97] Siehe dazu Grieder, Sicht, S. 577. Zu Schirdewan: Skyba, Hoffnungsträger, S. 342–357, 367.

[98] International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 178–187), Puschkin an ZK der KPdSU, Bericht über Entwicklung einfachster Formen der Kooperativen in der Landwirtschaft der DDR (erstellt von Kulikow), 10. 10. 1956.

[99] Scholz, Bauernopfer, S. 184 f.; Kluge, Affäre, S. 207 f.; vgl. auch Vieweg, Beitrag zur Ausarbeitung der Ökonomik der LPG, in: Einheit, September 1959.

[100] Das folgende nach SAPMO DY 30 IV 2/4/396, Bl. 4–22, veröffentlicht von Scholz, Vie-

keit des Weges zum Sozialismus zu überzeugen, müsse man ihnen eine Perspektive anbieten, die auf dem Prinzip beruhen sollte, daß in der DDR noch über einen langen Zeitraum beide Existenzformen, Privatbetrieb und Genossenschaft, nebeneinander bestehen bleiben. Das Konzept setzte auf wirtschaftlich tragfähige mittelbäuerliche Familienwirtschaften ohne Lohnarbeitskräfte. Diese Wirtschaften mit bis zu 40 ha LNF müßten daher voll mechanisiert werden. Da die Vorschläge keineswegs antisozialistisch motiviert waren, sollten explizit keine „großbäuerlichen" Betriebe entstehen, die nach Viewegs Sicht weniger durch ihre Hofgröße als durch die Beschäftigung von Lohnarbeitskräften definiert waren. Durch Maschinisierung und eine Übergangsregelung zu Anteilseignerschaften von Arbeitskräften sollte das kapitalistische Prinzip der Lohnausbeutung durchbrochen werden. Statt außerökonomischem Zwang, der „unzweckmäßig und hemmend" gewirkt hätte, baute Vieweg auf wirtschaftliche Anreize und Hebel, um in kurzer Zeit einen hohen Leistungsstand der Agrarbetriebe zu erzielen.

Als Maßnahmen sah das Konzept erstens vor, das System der Pflichtablieferung nach einer Übergangsfrist abzuschaffen und zu einem einheitlichen Preissystem überzugehen; letzteres sollte Einflußfaktoren der Angebotsseite wie Witterung und Ernteergebnisse, aber auch gesellschaftliche Wünsche der Nachfrageseite flexibel berücksichtigen – eine Preisbildung auf dem freien Markt schied aus. Zweitens versprach es den Einzelwirtschaften eine unbeschränkte Versorgung mit Produktionsmitteln. Hierfür erwog es eine Wiederbelebung des gleichgeschalteten Genossenschaftswesens, z.B. in Form der Wiedereinrichtung von Maschinengenossenschaften, und ein Abrücken von bisher diskriminierend wirkenden Prinzipien, wie etwa eine an der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausgerichtete Besteuerung. Drittens forderten Vieweg und Langendorf die Rückkehr zu einem pluralen Genossenschaftswesen, in dem die VdgB(BHG) eine echte Handelstätigkeit übernehmen sollte, die Bauern durch individuelle Gewinnbeteiligung für die landwirtschaftlichen Genossenschaften gewonnen werden und Spezialgenossenschaften wieder entstehen konnten. Viertens sollten die LPG unterstützt werden, damit sie schneller eine hohe Rentabilität erreichten. Die LPG dürften nicht mehr durch staatliche und Parteiorgane „bevormundet" werden. Neben den LPG sollten Kooperationsformen niedrigeren Vergesellschaftungsgrades eingerichtet werden, sogenannte „Bäuerliche Genossenschaftsbetriebe"; sie waren als Angebot für jene Bauern gedacht, für die ein LPG-Beitritt nicht in Frage kam. Fünftens empfahl das Konzept, die bisherige Form der MTS aufzulösen und sie in Maschinengenossenschaften umzuwandeln, bei denen die staatliche Beteiligung gleichwohl überwiegen würde, die als Lohnbetriebe aber ohne Subventionen auszukommen hatten. Während ein Teil der Maschinen in das Inventar der LPG einfließen sollte, standen die Dienstleistungen der Maschinengenossenschaften sowohl den Produktionsgenossenschaften als auch den Einzelbauern zur Verfügung. Der letzte Punkt betraf die volkseigene Landwirtschaft und war am wenigsten aussagekräftig. Die Flächen der ÖLB sollten nicht mehr den LPG zugeschlagen werden und deren Rentabilität mindern, sondern waren ausschließlich dem volkseigenen

wegs alternative Agrarpolitik, S. 80–87; Scholz, Bauernopfer, S. 189f.; eine kritische Würdigung bei Kluge, Affäre, S. 208–212.

Sektor zuzuführen. Als Anreiz erwog das Papier, die dort beschäftigten Landarbeiter durch eine Gewinnbeteiligung zu motivieren.

Diese Vorstellungen wurden am 12. November 1956 in einer verkleinerten Parteigruppe an der DAL diskutiert, nachdem sich Vieweg offenbar durch die Vorgänge in Ungarn und Polen bestärkt fühlte. Er gab vor, an einer Konzeption für das Politbüro zu arbeiten, die noch streng geheim sei[101]. Im Unterschied zur Fassung des „Agrarprogrammes" erklärte er in Gesprächen, daß ein Großteil der LPG vor der Auflösung stehe. Durch Informanten in der Parteigruppe erhielten das MfS und das ZK der SED umgehend Kenntnis über diese Gespräche in der DAL[102].

Die Konzeption geriet durch die parallel verbreitete sogenannte „Plattform" Wolfgang Harichs noch stärker in den Verdacht des „Revisionismus"[103]. Aus einem ganz anderen, nämlich auf Gesamtdeutschland bezogenen Blickwinkel heraus, forderte Harich den langfristigen Erhalt einer Mittelschicht in der DDR, wozu auch die Einzelbauern zählten, um auf dieser gesellschaftspolitischen Basis eine Einigung mit Westdeutschland erzielen zu können. Hinsichtlich der Agrarstruktur bedeutete dies, eine vollständige Sozialisierung zu unterlassen, diese nur so weit zu führen, daß sie keinerlei Ablehnung in der Bundesrepublik hervorrief[104].

Im einzelnen forderte Harich die Aufhebung der Pflichtablieferung, statt dessen sollte ein nach Größenklassen differenziertes Steuersystem sozialen Ungleichheiten gerecht werden. Das implizierte den Fortbestand möglichst rentabler Einzelbauernwirtschaften. Harichs „Programm des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" umfaßte die Forderung, daß die Bauernpartei „in Zukunft die unmittelbaren Interessen der Bauern gegenüber den Gesamtinteressen der Gesellschaft, die vom Staat wahrgenommen werden, energischer als bisher vertreten" müsse. Die Beschlüsse von Bauernkonferenzen seien von den Volksvertretungen aufzugreifen und „nach Möglichkeit" in Gesetzvorhaben einzubringen. Dies war bis dahin teilweise schon praktiziert worden, allerdings hatte die SED die eingebrachten Vorschläge im nachhinein stets als ihr eigenes geistiges Eigentum ausgegeben. Harich, der bekanntlich dem Kommunismus treu ergeben blieb, formulierte bezüglich des Blocksystems keine wesentliche Änderung. Obgleich die Blockparteien stärker als bisher eine Transmission der Wünsche der Bevölkerung von unten nach oben wahrnehmen sollten, ließ er an der Führungsrolle der SED keine Zweifel aufkommen. In der von ihm geforderten „Demokratisierung" mußte die SED die Initiative ergreifen, daher sei den „Demokratisierungsbestrebungen, die von den Blockparteien ausgehen, durch eigene Maßnahmen de[r]

---

[101] Scholz, Bauernopfer, S. 189.

[102] SAPMO DY 30 IV 2/7/78, Bl. 386f., Protokoll Sektorenleiterbesprechung, 4. 12. 1956, Informationen von Parske über die „Plattform Vieweg zu den Fragen der Agrarpolitik".

[103] Vgl. Scholz, Bauernopfer, S. 187. Ob ein Zusammenhang zwischen Vieweg und Harich besteht, ist ungeklärt.

[104] Ebd., S. 186f.

Wind aus den Segeln" zu nehmen[105]. Harichs Vorschlag bewegte sich völlig innerhalb des Herrschaftssystems.

Ohne fundamentale Herrschaftskritik zu üben, kamen auch im Ministerium und in der VdgB(BHG) Debatten in Gang. Die VdgB war gemäß einem Politbürobeschluß vom August 1956 dazu aufgefordert worden, Vorschläge einzureichen, welche Maschinen sie für geeignet hielt, um sie an Einzelbauern weiterzugeben[106]. Vor der Diskussion in der DAL über die Vieweg/Langendorfsche-Konzeption unterbreiteten die VdgB(BHG) und das Ministerium der neu konstituierten Agrarkommission des ZK der SED eine Reihe von Vorschlägen, die sehr ähnliche Elemente enthielten[107]. Wie bei allen eingebrachten Vorlagen blieb der besondere Beitrag der Zentralen Agrarpolitischen Kommission der DBD hier erneut ungenannt. Sie hatte sich im Oktober 1956 mit ihrem Vertreter im Zentralvorstand der VdgB, Herbert Eichhorn, darauf verständigt, gemeinsam Ideen auszuarbeiten, die dann in die VdgB- und Ministeriumspapiere einflossen, dort jedoch nicht mehr unter dem Siegel der DBD firmierten[108].

Zu den Vorschlägen gehörte die Erweiterung der Kompetenzen der VdgB im Landhandel auf Kosten der nur unzulänglich arbeitenden Kreiskontore. Während sich Reichelt und Scholz sowie für die VdgB Biering und Broz für diese Änderungen aussprachen, hielten die strammen SED-Genossen Steffen, Grüneberg, Warnke, Quandt und Mellentin eine „Erweiterung der Handelsaufgaben der VdgB/BHG nicht für richtig, da die VdgB/BHG dann immer mehr den Charakter einer politischen Massenorganisation verliert und von ihren politischen Hauptaufgaben abgedrängt wird"[109]. Auffälligerweise stimmte die Agrarkommission des ZK mehrheitlich dafür, von bestimmten Maschinen eine höhere Anzahl herzustellen und sie sowohl an die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" als auch an Einzelbauern zu verkaufen. Die Genossen gestanden ein, daß die MTS über zu geringe Kapazitäten verfügten, um die Einzelbauern ausreichend zu bedienen. Außerdem hatte die vorangegangene Analyse ergeben, daß die DDR-Landwirtschaft hinter derjenigen der Bundesrepublik zurückblieb, wo auch die Industrie kontinuierlicher wachse. In Westdeutschland würde sich das Preisniveau – und damit, als entscheidendes Kriterium, der Wohlstand der bäuerlichen Produzenten – stärker zugunsten der Landwirtschaft verschieben, allerdings sei auch dort die Arbeitskräftesituation in der Landwirtschaft von Überalterung und der Abwanderung junger Menschen geprägt.

Der ZK-Abteilungsleiter Landwirtschaft Mellentin stellte Anfang Dezember auch im Ministerium eine Reihe von Ansichten fest, die seiner Meinung nach völlig verfehlt waren. So vertrete die Hauptabteilung LPG, geleitet vom stellvertretenden Minister, Genossen Neu, die Auffassung, die MTS in ihrer jetzigen Form

---

[105] Harich, Schwierigkeiten, S. 139 ff., Zitate S. 146, 139.
[106] SAPMO DY 30 J IV 2/2/496, Protokoll PB, 28. 8. 1956.
[107] SAPMO DY 30 IV 2/7/26, Bl. 34 ff., Sitzungsprotokoll der LW-Kommission des ZK, 10. 11. 1956, hier Bl. 37–42. Zur Kommission wurden hinzugezogen die Regierungsvertreter Reichelt und Scholz sowie Mellentin, Streit und Broz.
[108] ACDP VI-052–319, Protokoll Präsidium, 30. 10. 1956.
[109] SAPMO DY 30 IV 2/7/26, Bl. 34 ff., Sitzungsprotokoll der LW-Kommission des ZK, 10. 11. 1956, Zitat Bl. 36.

aufzulösen, ihre Maschinen den LPG zu übergeben und die MTS in Reparaturwerkstätten zu verwandeln – so hatte es auch das Vieweg-Papier vorgesehen. Die Hauptabteilung Pflanzliche Produktion befürwortete den Abzug der sowjetischen Berater im Ministerium, und die Hauptverwaltung VEG plädierte sogar für eine Abschaffung der Planung in der Landwirtschaft[110].

Schon im März 1956 hatte sich Paul Scholz um Kontakt zu sowjetischen Stellen bemüht. Er versuchte, das Gewicht der DBD zu erhöhen, indem er dort unterstrich, wie notwendig eine bessere Einbindung von Funktionären außerhalb der SED sei[111]. Er kritisierte gegenüber dem Sekretär der sowjetischen Botschaft Kulikow, wie unzulänglich die SED die staatliche Leitung der Agrarwirtschaft organisiere. Sie treffe wichtige Entscheidungen zur Landwirtschaft völlig eigenmächtig ohne Hinzuziehung der zuständigen hochrangigen staatlichen Amtsinhaber oder Konsultierung anderer Parteien wie der DBD; sogar die SED-nahe Massenorganisation VdgB(BHG) bleibe ausgegrenzt. Er fühle sich als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates für Landwirtschaft zum „Hilfsfunktionär" degradiert[112].

Nonkonforme Ansichten zur Agrarpolitik wurden im Herbst 1956 auch in der DBD vertreten. Da deren Hauptverfechter Generalsekretär Rose war, ist davon auszugehen, daß diese Auffassungen im Sekretariat und Apparat des Parteivorstandes weitaus verbreiteter waren, als im einzelnen nachgewiesen werden kann[113]. Hatte Goldenbaum nach seinem Auftritt auf dem IV. Parteitag 1955 noch herbe Kritik von Schnitzler und Rose im Sekretariat und aus der Arbeitsgruppe Materns einstecken müssen, so holte er nun zum Gegenschlag aus. Im Jahr 1958 streute Goldenbaum, dem Ulbrichts Aburteilung der innerparteilichen Opposition vor Augen stand, unter den Sekretären das – völlig übertriebene – Gerücht, „auch wir haben einen Schirdewan". Goldenbaums Position in der Partei litt darunter, daß bis 1958 der Kontakt zum ZK allein auf Rose übergegangen war, der außerdem über gute Verbindungen zu Grotewohl und Mückenberger verfügte. Er begründete die schweren Anschuldigungen gegen Rose mit dem Vorwurf, dieser

---

110 SAPMO DY 30 IV 2/7/78, Bl. 386f., Protokoll Sektorenleiterbesprechung, 4. 12. 1956.

111 International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 89–94), Gespräch Scholz mit Kulikow am 13. 3. 1956, 26. 3. 1956. Aus den Akten 425 und 426 (ebd., Rolle 109) ist ersichtlich, daß Botschaftsangehörige im Frühjahr 1956 systematisch Gespräche mit Vertretern von Massenorganisationen (Namokel, Schirdewan) führten, aber auch mit Burkhardt aus der Leitung der ZK-AG BO, ebd., Rolle 110 (RGANI, 5–28–429, Bl. 89–92, Gesprächsnotiz, 20. 3. 1956).

112 Als Beispiele führte er die vom MR beschlossene Neuregelung der Sozialversicherung an; weiter berichtete er über den desaströsen Zustand der LPG. Er beschwerte sich auch darüber, daß er bis heute nicht wisse, warum er als Minister von dem seiner Meinung nach minderqualifizierten Reichelt abgelöst worden sei. Mückenberger pflege keinerlei Kontakt zu ihm.

113 Als Indiz dafür spricht auch, daß in der fraglichen Zeit im Herbst 1956 keine aussagekräftigen Sekretariatsprotokolle vorliegen, bestenfalls sind einzelne Vorlagen und eine Tagesordnung überliefert; siehe ACDP VI-052–0533. Insofern die Belege für Roses Einstellung nur auf Aussagen Goldenbaums basieren, ist zu beachten, daß dieser 1957/58 in der Wahl seiner Mittel im Machtkampf mit Rose nicht zimperlich war. BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 47–49, Treffbericht IM „Bernd" (= Helmschrott), 5. 3. 1958.

habe fraktionelle Sitzungen mit ausgesuchten Sekretären abgehalten – da dies häufiger vorkam, brachte er insofern ein schwaches Argument vor. Als „harte" Belastungspunkte führte er an, Rose habe während des Aufstandes in Ungarn dafür plädiert, das Wort LPG aus dem Schulungsprogramm der DBD zu streichen – Goldenbaum habe dies vereitelt –; vor allem aber habe Rose sämtliche unrentablen LPG auflösen wollen, wovon Rose die Hälfte aller LPG betroffen sah[114]. Außerdem habe der Widersacher das Bild der Sowjetunion und die Idealisierung der sowjetischen Bevölkerung kritisiert, wie sie in der DDR betrieben würde. Obwohl diese massiven Anschuldigungen aus der Feder jener IM stammten, die zu dieser Zeit eindeutig der Gruppe um Goldenbaum im Sekretariat zuzurechnen waren – auch der Führungsoffizier nahm dies zur Kenntnis –, ist ihnen durchaus ein Wahrheitsgehalt beizumessen[115].

Rose erlaubte sich auch in den folgenden Jahren eine eigene Meinung zu den Anforderungen, die die Arbeitsgruppe BO an die DBD stellte. Im Herbst 1956 hatte die SED die Weisung ausgegeben, nun die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften", die gewünschten Vorstufen der LPG Typ I, besonders zu propagieren. Entgegen der Anweisung der Arbeitsgruppe BO lehnte es Rose ab, dieses Thema auf der Parteivorstandssitzung zum Hauptgegenstand seines Vortrags zu machen, und wiegelte die Genossen mit der Begründung ab, die DBD habe sich damit schon genug befaßt; außerdem sei diese Frage erst zur Frühjahrsbestellung wieder relevant[116]. Ende 1957 verweigerte Rose gegenüber der Arbeitsgruppe, sich auf einer Parteivorstandssitzung zusätzlich mit der Jugendweihe zu befassen; die DBD sei mit der Propagierung der LPG schon vollauf beschäftigt, so Rose[117]. Ihn trieb nicht prinzipielle Gegnerschaft zur Jugendweihe, vielmehr die zweckrationale Einsicht, die DBD in der ohnehin sehr schwierigen ideologischen Agitation auf dem Land nicht durch diese Überforderung lahmzulegen.

Sowohl die Eigenständigkeitsbemühungen für die DBD als auch die Absage, die DBD zum Werkzeug der rigideren antikirchlichen Politik Ulbrichts zu machen, ließen Rose in den Augen der SED jedoch verdächtig erscheinen und rückten ihn in die Nähe Schirdewans. Letzterer hatte sich bekanntlich dafür ausgesprochen, den Blockparteien eine größere Oppositionsrolle einzuräumen, und hatte auch einen weniger konfrontativen kirchenpolitischen Kurs vertreten, als ihn Ulbricht vorgab[118]. Es ist daher kein Zufall, daß Goldenbaum, der große Teile des Sekretariates und des Parteivorstandes hinter sich wußte, ab Sommer 1958 Roses Absetzung offensiv betrieb, zu einem Zeitpunkt, als die SED den Umgang

---

[114] So IM „Bernd", dessen Zuverlässigkeit als Quelle hoch ist. Ebd., Bl. 58, Bericht vom 19. 8. 1958.

[115] Denn Materialien anderer Provenienzen, aus der DBD-Überlieferung und der AG BO, bestätigen diese Einschätzung. Ebd., Bl. 44f., Bericht von IM „Bernd" mit Bezug auf 1956, 3. 3. 1958. Ebd., Bl. 58, Bericht von IM „Bernd", 19. 8. 1958. Alle Anschuldigungen, die IM „Bernd" gegen Rose anführte, sah das MfS durch GI „Fuchs" (= Böhm) bestätigt. Ebd., Bl. 62–72, Bericht GI „Fuchs", 24. 11. 1958, Bl. 68.

[116] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht AG BO an Ulbricht, 8. 8. 1957.

[117] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 62–72, Bericht IM „Fuchs", 24. 11. 1958, hier Bl. 68. Vgl. ACDP VI-052–0528, Protokoll Arbeitssekretariat, 1. 2. 1955.

[118] Grieder, Sicht, S. 578f., 592.

mit solchen Kritikern öffentlich vorexerziert hatte. Bis Anfang 1958 waren die Auseinandersetzungen in der SED-Führungsspitze kaum an die Öffentlichkeit gelangt. Goldenbaum hatte 1956 seinerseits intern kritisiert, daß Ulbricht in der SED einen Personenkult betreibe. Inspiriert durch einen Chinaaufenthalt im Frühjahr 1956, interessierte sich Goldenbaum für Unterschiede zwischen dem chinesischen und sowjetischen Kommunismus, insbesondere in der Frage, wie man Kader zur „Bescheidenheit" erziehe[119].

Abgesehen von der Weigerung Roses, den Referatsvorgaben nachzukommen, erhielten das MfS und die Arbeitsgruppe BO offenbar erst 1958 umfassende Kenntnis vom Ausmaß seiner eigenständigen Überlegungen. Erst dann glückte es Goldenbaum, unter nachweislicher Mithilfe des MfS, Rose zunehmend ins Abseits zu drängen. Als Georg Böhm wegen seiner hartnäckig geleugneten NS-Vergangenheit ins Visier der SED geriet, hielt Goldenbaum ihm retrospektiv seine Mithilfe bei der Entmachtung Roses zugute[120]. Aus taktischen Gründen ließ die Arbeitsgruppe BO die Kontrahenten im Sekretariat agieren. Aus der Kombination von IM-Berichten und dem regulären Kontakt der Arbeitsgruppe mit dem Generalsekretär ergab sich ein doppelter Einblick in die DBD, ließ sich ihr Zustand besser einschätzen. In der Gegnerschaft der beiden Gruppierungen dürfte die Arbeitsgruppe BO sogar den Vorteil gesehen haben, das Engagement der Sekretariatsmitglieder für die Parteiarbeit zu erhöhen. Innere Machtkämpfe begünstigten im Endeffekt den Zugriff der SED, weil beide Gruppierungen versuchten, sich über die SED mehr innerparteilichen Einfluß zu verschaffen.

Reaktionen: Zwischen offizieller Ablehnung und Interesse der Mitglieder

Die Reaktion der SED auf den unangepaßten agrarpolitischen Reformdiskurs hatte verschiedene Facetten. Erstens wurden Vieweg und Langendorf einer immer härteren öffentlichen Kritik ausgesetzt: Vor allem auf Betreiben Mückenbergers, den Mellentin unterstützte, hatte das Politbüro am 15. Januar 1957 beschlossen, die Angelegenheit an die ZPKK zu übergeben. Viewegs angebliche „Revision des Agrarprogramms der Partei" wurde auf dem 30. ZK-Plenum zusammen mit einer Reihe anderer „revisionistischer" Strömungen als „konterrevolutionär" verurteilt. Deshalb flohen die beiden am 26. März 1957 in die Bundesrepublik[121]. Nachdem es dem MfS mittelbar gelungen war, Vieweg am Zufluchtsort zu überzeugen, daß ihn ein faires Parteiverfahren erwarte – zu diesem Zweck hatte man seine langjährige Ehefrau zu ihm entsandt –, kehrten er und Langendorf im Herbst 1957 in die DDR zurück. Langen Verhören durch die Geheimpolizei folgte schließlich ein zwischen MfS und Justiz abgesprochenes Strafverfahren[122].

---

[119] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 44–46, Bericht IM „Bernd", 3. 3. 1958. Zur China-Reise, ACDP VI-052-0316, Protokoll Präsidium, 10. 1. 1956.

[120] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 140 f., betr.: Verhalten Ernst Goldenbaums gegenüber Georg Böhm, 22. 5. 1963.

[121] Scholz, Bauernopfer, S. 194–197, 202–207.

[122] Zur Verurteilung genauer Beckert, Instanz, S. 217 f.; Scholz, Bauernopfer, S. 212; Werkentin, Strafjustiz, S. 94; das Urteil wurde vom Landgericht Berlin am 27. 12. 1990 aufgehoben, dazu: Rehabilitierung von Prof. Kurt Vieweg und Marga Langendorf; Langendorf

Zuvor hatte Ulbrichts Adlatus Hermann Matern auf einer Sitzung des Demokratischen Blocks im Februar 1958 Fred Oelßner wegen seiner „rückschrittlichen" Auffassung zu den LPG angegriffen[123]. Das Forum, vor dem er dies verkündete, mußte bei den Blockparteien jede Spekulation über Handlungsalternativen zum sozialistischen Kurs in der SED-Agrarpolitik ersticken. Die ZK-Abteilung Landwirtschaft hatte Anfang 1957 auch Minister Reichelt eingeschärft, daß die Auffassungen im Ministerium zur Frage der MTS eindeutig der offiziellen Linie der SED folgen müßten[124]. Die öffentliche Verurteilung Viewegs wegen seiner Opposition zu den MTS, deren Mängel auf der Hand lagen, verengten daher zugleich die künftigen Handlungsoptionen der SED.

Die SED bekräftigte ihren bisherigen, am Ziel des Sozialismus ausgerichteten agrarpolitischen Kurs. Während sie zwar bemüht war, Mißstände auszuräumen, ließ sie keine Zweifel darüber aufkommen, daß Veränderungen grundsätzlicher Art keine Option darstellten. Die Kenntnis über das ganze Ausmaß der Mißwirtschaft im Agrarwesen, zu der auch der unverdächtige SED-Apparat, wie die ZK-Abteilung Landwirtschaft, die Agrarkommission oder die Staatliche Plankommission gelangt war, sowie der Verbreitungsgrad der Debatte bestärkten die SED-Führung darin, sich in manchen, politisch ungefährlichen Punkten flexibel zu zeigen. Daher machte sich das Regime das reformerische Potential dort, wo es ihr ökonomisch hilfreich erschien, um ihre Herrschaft abzufedern, durchaus zunutze[125]. Man nahm einige wirtschaftliche Modifizierungen vor. Beinahe schon beschlossene Benachteiligungen von Einzelbauern, wie sie etwa die Neuregelung der Sozialversicherung vorgesehen hatte, wurden vorerst zurückgestellt[126].

Ungeachtet aller Eigenheiten, die Rose an den Tag gelegt hatte, konnte sich die SED voll auf die DBD stützen. In öffentlichen Inszenierungen, etwa anläßlich der V. LPG-Konferenz im Frühjahr 1957, attackierten ausgesuchte Parteimitglieder, die etwa ihr Leid als vormalige Landarbeiter bei „Großbauern" von ihrem glücklichen Dasein als Neubauern und LPG-Bauern abhoben, die Viewegsche Konzeption von 40 ha-Höfen in aller Schärfe[127]. Der V. Deutsche Bauerntag, der vor allem die Mitglieder der VdgB und damit große Teile der parteilosen Bauernschaft versammelte, sprach sich im März 1957 eindeutig für den sozialistischen Umbau der Landwirtschaft aus. Der Bauerntag beschloß sicherheitshalber eine Umbenennung der VdgB, die bisherige Namenskomponente der Bäuerlichen Handelsge-

---

wurde nach 6 1/4 Jahren freigelassen, Vieweg kurz danach. Der Weg in die Freiheit war für ihn mit einer Verpflichtung als IM verbunden. Der Wiedereinstieg in die akademische Gesellschaft fiel dem opportunistischen Lebenskünstler leicht. Dieser Charakterzug kommt in Scholz' Biographie zu kurz. Vgl. BStU MfS AIM 1200/77, I/1 Vieweg (= „Nordland"), Bl. 165, Bericht HA XVIII/6, 30. 12. 1964, über Gespräch mit Viewegs Frau.

123 Werkentin, Strafjustiz, S. 94.

124 Viewegs Berechnungen, wonach die jährlichen, nur durch die MTS verursachten Verluste bei 572 Mio. lägen, waren vom MLF bestätigt worden; SAPMO NY 4090/364, Bl. 335–339, Mückenberger an Reichelt, 15. 1. 1957. Scholz, Bauernopfer, S. 198.

125 Vgl. SAPMO DY 30 J IV 2/2/518, Protokoll PB, 4. 12. 1956.

126 SAPMO DY 30 J IV 2/2/502, Protokoll PB, 9. 10. 1956, Bl. 4.

127 Bericht über V. LPG-Konferenz, „Bauern-Echo", 3. 3. 1957. Auffällig ist die Zurückhaltung der DBD-Presse. Der Name Vieweg taucht im „Pflüger" 1957 nicht auf.

nossenschaften fiel künftig weg[128]. Diese Änderung dürfte ein Reflex auf Viewegs Vorschlag gewesen sein, gerade die Handelstätigkeit der VdgB(BHG) auszuweiten. Mit der VdgB hatte sich jene Gliederung öffentlich distanziert, an deren Spitze Vieweg einst als Generalsekretär gewirkt hatte, und in der die SED wegen der Mitgliedsstruktur wie auch aufgrund persönlicher Loyalitäten seine Parteigänger vermutete.

Die DBD bekam wieder einen vielfältigen Aufgabenkatalog zugewiesen. Zunächst sollte sie die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung ausloten und besänftigen. In der Hoffnung, zugleich politischen Mißmut aufzufangen, wurde ihr wie schon im Sommer 1953 gestattet, auf Kreisdelegiertentagungen im Frühjahr 1957 wirtschaftliche Wünsche ihrer Mitglieder zusammenzutragen. Parallel dazu sollte sie jedoch die politische Erziehung der Basis verstärken. Dazu wurden die Delegierungen von DBD-Funktionären auf SED-Parteischulen für die Ausbildung von Kadern für die Landwirtschaft ab Frühjahr 1957 sprunghaft erhöht[129].

Zwar stufte die Arbeitsgruppe BO nur einen kleinen Teil der DBD-Mitglieder als „reaktionär" ein, aber immerhin die Hälfte als „schwankend"; knapp die Hälfte der Mitglieder sei der Partei und ihren Zielen treu ergeben[130]. Im Vergleich zu den anderen Parteien unterstrich die Arbeitsgruppe die hohe Quote von 60–70% Beteiligung an den Mitgliederversammlungen. Allerdings erreichte diese gerade im Herbst 1956 einen relativen Höchststand. Zweifellos ist dies auf das Interesse der Mitglieder an der damaligen agrarpolitischen Debatte, motiviert auch durch die Vorgänge in Polen und Ungarn, zurückzuführen, und nicht primär der Mobilisierungskraft der DBD zuzuschreiben.

Dieses im Vergleich zu den anderen Blockparteien positive Bild, das die Arbeitsgruppe von der DBD zeichnete, ist jedoch durch einen Blick in die Partei und an die Basis zu korrigieren. Zunächst verwundert es nicht, daß sich das Präsidium hinter Viewegs Verurteilung stellte[131]. Vieweg durfte in der Spitze der DBD kaum auf persönliche Sympathien hoffen, denn seine überhebliche Art, gepaart mit Ehrgeiz, der sich auf Kosten anderer zu profilieren suchte, hatte gerade die Bauernpartei während seiner Zeit als Generalsekretär der VdgB und ZK-Sekretär für Landwirtschaft unangenehm zu spüren bekommen. Unter den Mitarbeitern der DAL, die dazu beitrugen, aus dem „Agrarprogramm" einen politischen „Fall" zu konstruieren, ragen jedoch die SED-Genossen hervor. Die Mitglieder der DBD am Institut beteiligten sich anscheinend nicht an der Kampagne[132].

Bei den einfachen Mitgliedern, die nichts von Viewegs Ränken gegen die DBD 1952 wußten, stießen seine Vorschläge verständlicherweise auf lebhaftes Interesse. Ohne die zeitliche und regionale Differenzierung der Stimmung und der bäuerlichen Forderungen hier im einzelnen anzuführen, bleiben im Ergebnis drei Komponenten festzuhalten, eine wirtschaftliche, eine politische und eine auf die Eigen-

---

[128] Protokoll des V. Deutschen Bauerntages, S. 39; Graffunder, Dialektik, S. 117, 124.

[129] 10 Personen wurden im April 1957 zur Schweriner SED-Schule geschickt. ACDP VI-052–0320, Protokoll Präsidium, 24. 4. 1957.

[130] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht über Lage in der DBD, 12. 11. 1956.

[131] ACDP VI-052–0320, Protokoll Präsidium, 12. 2. 1957.

[132] Zumindest konnten keine Hinweise in MfS- und SED-Überlieferung gefunden werden.

ständigkeit der DBD bezogene. Im Umgang mit den Forderungen ist ersichtlich, daß diese zwar von den Kreisen an die Bezirke weitergegeben, schon in den Kreissekretariaten aber die unangemessen erscheinenden herausgefiltert wurden[133]. Eine Transmission der Interessen von unten nach oben blieb auf der ersten überlokalen Stufe stecken.

Sofern wirtschaftliche Forderungen nicht am Agrarkurs rüttelten, gab die DBD-Parteileitung solche an die SED weiter, insbesondere wenn damit organisatorische Verbesserungsvorschläge für den sozialistischen Teil der Landwirtschaft verknüpft waren. Entgegen der weitverbreiteten Kritik der DBD-Basis an den MTS, benutzte die Bauernpartei die Antragskommissionen der Bezirksparteitage dazu, eben jenes Kernstück der SED-Macht auf dem Lande, die MTS, zu stabilisieren: Während sie die Wünsche der Einzelbauern nach eigenen Kleinmaschinen unterschlug, drangen nur Bitten um eine bessere Maschinenausstattung der MTS zur mittelbaren Hilfe für die Privatbetriebe nach oben[134]. Gelegentlich nachzuweisende Forderungen nach Auflösung der LPG fanden kein Gehör[135]. Die DBD trug der SED nur noch zu, was ohne Furcht vor Sanktionen gesagt werden konnte. Längerfristig mußte diese affirmative Praxis einen enormen Problemstau verursachen.

Ein Hauptanliegen der bäuerlichen Bevölkerung betraf ein sozialpolitisches Thema, nämlich die Einbeziehung der Bäuerinnen ab dem 60. Lebensjahr in die Rentenversicherung sowie eine günstigere Beitragsstaffelung insgesamt[136]. Auf die besondere Mitgliederstruktur ist zurückzuführen, daß Neubauern eine Überprüfung des Einheitswertes und einen Schuldenerlaß für diejenigen Kredite, die nach 1950 gewährt worden waren, verlangten[137]. Nicht weitergeleitet wurden Vorschläge, die auf die Reduzierung von Ablieferungsverpflichtungen hinausliefen[138]. Auf wirtschaftlichem Gebiet fungierte die DBD also nur sehr bedingt als intermediäre Instanz.

Kein Medium war sie dagegen für die politischen Forderungen, die auf dem Land erhoben wurden. Die Bauernpartei, die Arbeitsgruppe BO und das MfS registrierten seit Mitte 1956 eine Fülle unangepaßter Verhaltensweisen, die sich mit den Ereignissen in Polen und Ungarn ausweiteten. Unter den Mitgliedern nähmen die „Schwankungen" wegen der Vorgänge in den „Bruderländern" zu. Man begegne dem sozialistischen Teil der Landwirtschaft mit wachsender Distanz und immer häufiger würden Begründungsmuster vorgebracht, die einen LPG-Eintritt hinauszögern sollten; die Ablieferung werde zurückgehalten und „negative Dis-

[133] Zur selektiven Weiterleitung siehe Anträge an die Kreisdelegiertenkonferenzen 1957; ACDP VI-052–223/3.

[134] ACDP VI-052–223/3, BV Cottbus, 1. 6. 1957, Vorlage Antragskommission an III. Bezirksparteitag.

[135] BLHA Rep. 530, Nr. 2245, Bericht KL Nauen an BL der SED, 9. 7. 1956.

[136] Ebd.

[137] Die Neubauernkredite waren 1950 als Wahlgeschenk erlassen worden. ACDP VI-052–223/3, OG Zarchlin an KDK Lübz, 16. 2. 1957; ebd., Antrag KV Lübben an Bezirksparteitag, 14. 3. 1957.

[138] Ebd., OG Forst, BV Cottbus, 1. 6. 1957, Vorlage der Antragskommission an III. Bezirksparteitag.

kussionen" würden in dem Verlangen nach „freier Wirtschaft" gipfeln, wie die Arbeitsgruppe im Herbst 1956 meldete[139]. Die DBD-Mitglieder beanspruchten „freie Wahlen" auch in der Variante, eine Abstimmung zwischen Vieweg und Mückenberger herbeizuführen.

Wie 1953 war die Stimmung aufgewühlt und zeugte von der Politisierung der ländlichen Bevölkerung. Frauen im mecklenburgischen Parchim drohten Funktionären, sie sollten ihre politischen Aktivitäten einstellen, sonst könne es sein, daß sie einst wie in Ungarn am Baum hängen würden. Während die einen hinter vorgehaltener Hand verbreiteten, „der Spitzbart müsse weg", würden andere jedes Gespräch mit Funktionären prinzipiell verweigern. Eine Reihe von ansonsten als kompetent geltenden DBD-Funktionären legte ihre Ämter kommentarlos nieder. „Großbäuerliche" Kreise wetterten, man solle die „Russen raushauen". „Umsiedlerbauern" aus Schlesien hofften erneut, bald wieder in die Heimat zurückkehren zu können. Für andere Flüchtlinge und Vertriebene war das westdeutsche Lastenausgleichsgesetz ein Vorbild, das sie in die DDR übertragen sehen wollten[140]. Diejenigen Funktionäre der DBD, die sich als Protagonisten der Kollektivierung lokal profiliert hatten, standen unter Beschuß. So mancher Aktivist wurde nachts durch Pochen an die Haustüre aus dem Bett geschreckt und aufgefordert herauszukommen, das konterrevolutionäre Komitee aus Ungarn sei da, um ihn zu erschießen[141].

Wie drei Jahre später während der Vollkollektivierung beharrten Kritiker darauf, wenn schon verstaatlicht würde, dann müsse dies auf klar ersichtlicher gesetzlicher Grundlage geschehen, „damit der Staat für alles allein verantwortlich gemacht werden kann"[142]. Damit stellte man die vorgebliche „Freiwilligkeit" bloß und charakterisierte die Kollektivierung als staatlich geplanten und administrativ durchgesetzten Akt. Ein zuverlässigeres Stimmungsbild als die Kreisdelegiertenanträge vermitteln Informationsberichte der DBD aus dem Jahr 1957. Vor allem in Regionen mit einem hohen Anteil an Einzelbauern, wie im sächsischen Dippoldiswalde, klammerten sich die DBD-Mitglieder an die Positionen von Vieweg, für den sie „durchs Feuer gehen" wollten, oder traten wie im Kreis Gadebusch für eine öffentliche Abstimmung über ihn ein. Anläßlich der bevorstehenden Volkskammerwahlen erhoben sie grundsätzliche Kritik am politischen System, an den Einheitslistenwahlen und am Fehlen einer parlamentarischen Opposition[143]. Im Kreis Meißen knüpften die Bauern ihren Urnengang an Bedingungen: „Ohne eine Sollabsetzung gehen wir nicht zur Wahl." Auch in den Kreisen Köthen, Rosslau und Wittenberg werde „in ähnlicher Form die Wahlbeteiligung von der Erfüllung bestimmter Forderungen, wie z.B. Straßen- und Wohnungsbau, Schulneubau, Düngerzuteilung usw. abhängig gemacht". Teile der ländlichen Gesellschaft gingen insofern einen Kompromiß mit der SED-Herrschaft ein, als sie gegen die Gewährung von Vergünstigungen die an sich verwor-

---

[139] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht über Lage in der DBD, 12. 11. 1956.
[140] ACDP VI-052-010/2, Informationsbericht, 13. 12. 1956; vgl. Schwartz, Lastenausgleich.
[141] Diese und andere Beispiele in ACDP VI-052-010/2, Informationsbericht, 20. 11. 1956.
[142] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht über Lage in der DBD, 12. 11. 1956.
[143] ACDP VI-052-010/3, Abt. Org., 27.4. und 11. 6. 1957, Stimmungsberichte 7 und 8.

fene Wahlpraxis nach der Einheitsliste beachten wollten. Nach der ersten Kollektivierungswelle war die ländliche Gesellschaft gespalten. Auf bestimmte Teile der DBD-Basis war als Stoßtruppe des Sozialismus auch 1957 Verlaß. So beobachtete man unter DBD-Mitgliedern eine Bewegung zu freiwilligen Leistungsverpflichtungen, „die aber in den Dörfern unter den übrigen Bauern noch keinen breiten Raum" einnehme[144].

Als Ergebnis der Diskussion von 1956 drängten die Parteimitglieder aller Ebenen, ganz besonders jene, die den sozialistischen Kurs mittrugen, vehement darauf, den Eigenanteil der politischen Tätigkeit der DBD klarer als bisher bekanntzugeben. Die Parteivorstandssitzung im Dezember 1956 notierte neuerliche „Schwankungen" in der Frage des Bündnisses mit der SED. Im „Bauern-Echo" müsse stehen – so die Kollegen im Kreis Pößneck, aber auch in anderen Bezirken: „auf Vorschlag der Demokratischen Bauernpartei hat das Zentralkomitee der SED beschlossen"[145]. „Sowohl im Rechenschaftsbericht als auch in einzelnen Diskussionen zeigen sich solche Tendenzen, die auf Grund des 28. und 29. Plenums durchgeführten Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft als Ergebnisse der Politik der DBD darzustellen."[146] Dieses Beispiel aus Lübz illustriert die besondere Lage der DBD und die davon herrührenden Befürchtungen der SED um ihre „führende Rolle" auf dem Land. „Schwankungen" in der Bündnisfrage meinten nicht ausschließlich eine Abkehr von der SED-Politik, sondern man kanzelte mit diesem Wort das Selbstbewußtsein der DBD-Anhänger ab, die ihre Partei für eine der SED zumindest ebenbürtige sozialistische Kraft auf dem Lande hielten. Dies sollte sich, so forderte die Basis weiter, in einer höheren Anzahl von politischen Mandaten bemerkbar machen und in der Wiederzulassung von Hochschulgruppen der DBD[147].

Auch in der SED-Berichterstattung an die sowjetischen Machthaber in Berlin 1956 wurde der Zustand der Blockpolitik und die Eigenständigkeitsbestrebungen der DBD thematisiert. Die sowjetischen Mitarbeiter rieten Ende 1956, die von der SED völlig mißachtete Blockpolitik wieder als Mittel der Politik zu begreifen[148].

---

144 Ebd., Abt. Org., 27. 4. 1957, Stimmungsbericht 7.

145 ACDP VI-052–0160, Protokoll PV-Sitzung, 17./18. 12. 1956, aus Diskussionsprotokoll, S. 29 (Zitat); ACDP VI-052–0319, Protokoll Präsidium, 30. 10. 1956. Schon 1955 hatte eine Präsidiumssitzung festgestellt, daß die Mitglieder mehr Beachtung ihres politischen Beitrages erwarteten; ACDP VI-052–0315, Protokoll Präsidium, 13. 12. 1955. Das Sekretariat notierte mit Befremden, daß die Worte Mückenbergers auf der 23. ZK-Tagung zur DBD im ND nicht veröffentlicht worden waren; ACDP VI-052–0529, Protokoll Sekretariat, 21. 4. 1955. Zu 1957 siehe auch: SStAD BPA SED BL Dresden IV/2.15.005, Bericht SED-KL Bautzen, 14. 3. 1957, über KDK der DBD am 22. 2. 1957.

146 MLHA BPA Schwerin IV/2/15/1687, Bericht der SED KL-Lübz über die KDK der DBD, 23. 3. 1957.

147 ACDP VI-052–010/3, Abt. Org., 27. 4. 1957, Stimmungsbericht 7. ACDP VI-052–0160, Protokoll PV-Sitzung, 17./18. 12. 1956, Diskussionsprotokoll, S. 29.

148 International Department, Rolle 110 (RGANI, 5–28–429, Bl. 162–191), Über Lage in den demokratischen Parteien der DDR und über die Zusammenarbeit der SED mit diesen, von Gesandtschaftsrat S. Astawin, 11. 12. 1956, von Puschkin an ZK der KPdSU gesandt, bes. Bl. 190f. Als symptomatisch für den Umgang mit den anderen Blockparteien wurde angeführt, daß Matern eine für Anfang November 1956 wegen der Ereignisse in Polen

Die SED müsse die Zusammenarbeit verbessern, um die Basis der Blockparteien, die die SED nicht erreichen könne, für die gesamtdeutsche Arbeit zu gewinnen. Da die Existenz der Parteien dem Volk und dem Westen den demokratischen Charakter der DDR vorführen solle, würde eine Vernachlässigung des Blockes und der Nationalen Front die weitere „Demokratisierung" der DDR erschweren, so die Analyse der sowjetischen Botschaft in Berlin.

Doch es sollte 1957 anders kommen. Ulbricht, die Arbeitsgruppe BO und das MfS zielten auf eine Beibehaltung des bisherigen Stils der SED-Herrschaft. Die Kontrolle gegenüber der DBD, die sich etwa in einer rigoroseren Kaderpolitik niederschlug, wurde intensiviert[149]. Die DBD gab auf dem V. Parteitag im September 1957 ihren bis dato zumindest propagierten, wenngleich nicht verfolgten, eigenständigen programmatischen Anspruch auf[150]. Anstelle der bislang geltenden Formulierung im Parteiprogramm, die die DBD als „selbständige politische Partei der werktätigen bäuerlichen Bevölkerung" charakterisierte, definierte eine Grundsatzerklärung die DBD nur noch banal als „erste demokratische Bauernpartei in der Geschichte Deutschlands"[151]. Die Parteitagsregie schloß mögliche Diskussionen darüber aus. Während die Arbeitsgruppe BO die DBD noch 1955 als „kleinbürgerliche" Partei abgetan hatte, und die neue Charakterisierung als „demokratische Partei" sie insofern im Rahmen der bündnisideologischen Doktrin aufwertete, war dies freilich nur ein vordergründiges Zugeständnis. Tatsächlich engte die Neuformulierung das politische Gewicht der Bauernpartei ein, so wie es die SED, voran Ulbricht, wünschte. Einen weiteren Anlaß für diesen nach außen proklamierten Verzicht auf ein eigenes Profil bildeten die Vorgänge im polnischen Parteienwesen 1956. Sogar die zaghaften und überaus verhalten vorgebrachten Versuche der DBD, die Wünsche ihrer Mitglieder in den politischen Prozeß einzubringen, wurden von der Arbeitsgruppe BO im nachhinein negativ ausgelegt. Diese warf der DBD in einem Bericht an Ulbricht 1958 vor, sie habe ihre Mitglieder erst spät für die LPG-Bildung gewonnen und lange auf eine „ökonomische Interessenvertretung der werktätigen Einzelbauern" gesetzt[152].

---

und Ungarn angesetzte Zusammenkunft schlichtweg vergessen hatte – ohnehin würden nur sporadisch Treffen der Parteiführer stattfinden. Siehe auch ebd., Bl. 89–92, Gesprächsnotiz M.I. Boronin, 2. Sekretär der Botschaft, über Treffen mit Burghard [= Burkhardt], ZK AG BO, zur Arbeit mit anderen Parteien am 2. 3. 1956, 20. 3. 1956.

149 Beispiele für DBD-Staatsfunktionäre, die wegen mangelnder Unterstützung des sozialistischen Kurses auf Ablehnung der SED stießen, in SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, 4072, 4073, 4074, 5127, 5128, 5130.

150 Reichelt, Blockflöte, S. 157f., Graffunder, Dialektik, S. 138f.

151 So festgelegt auf dem V. PT in Leipzig, 2.–4.7.1957, im Dokument „Charakter der DBD und Grundsätze ihrer politischen Tätigkeit".

152 SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht der AG BO, Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei, mit Anschreiben an Ulbricht vom 31. 5. 1958.

Exkurs: Der Blick nach Polen 1956

Ulbricht hatte 1956 unterstrichen, daß die Politik des „Tauwetters" in Polen kein Vorbild für die Landwirtschaft der DDR abgeben könne. Er bezog sich sowohl auf die LPG-Auflösungen als auch auf die gleichzeitig erfolgte Aufwertung der polnischen Bauernpartei neben der Arbeiterpartei. Die polnische Vereinigte Bauernpartei (ZSL) spielte trotz ihrer Gleichschaltung 1950 weiterhin eine Rolle, da sie stärker in der Bevölkerung verankert war als die Arbeiterpartei. Die Gleichschaltung hatte die Partei in eine tiefe Krise gestürzt. Viele Mitglieder vermißten daraufhin eine programmatische Eigenständigkeit und erwarteten die Auflösung der Partei, wie das Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) feststellte[153]. Der Vorsitzende der ZSL, Kowalski, der, obgleich er insgeheim der Arbeiterpartei angehörte, offenbar dennoch um eine gewisse Distanz zur PZPR bemüht war, konnte die ZSL in den fünfziger Jahren kaum stabilisieren[154]. Der Parteiaufwertung 1956 folgten bis 1959 Jahre begrenzter Eigenständigkeit[155].

Ulbricht wies in einer internen Rede Ende 1956 die Beschlüsse des bahnbrechenden 8. Plenums der PZPR weit zurück, die SED werde keinesfalls diese „Fehler" begehen. Besagtes Plenum habe der ZSL die gleichen Rechte eingeräumt wie sie der PZPR zustünden, weshalb deren „führende Rolle" verlorenzugehen drohe[156]. Eine ähnliche Würdigung der Bauernpartei oder anderer Blockparteien in der DDR schloß Ulbricht kategorisch aus[157]. Während Ulbrichts Ansinnen auf den weiteren Ausbau der SED-Vormacht hinauslief, vertrat sein Gegenspieler Schirdewan 1956 bekanntlich Konzeptionen, die eine Vitalisierung der Blockpolitik und damit der anderen Blockparteien implizierten, allerdings ohne damit die Prinzipien des politischen Systems grundlegend verändern zu wollen[158].

Die DBD hatte lebhaftes Interesse an Kontakten zu ihrer polnischen Schwesterpartei[159]. 1953 war eine polnische Delegation als Gast auf dem III. Parteitag der DBD anwesend. Davor hatte es offensichtlich von seiten der SKK Bedenken gegen offizielle Kontakte zu den Bauernparteien in den benachbarten volksdemokratischen Ländern gegeben. Tschuikow bevorzugte bis 1953 eine gesamtdeutsche Ausrichtung der DBD, die nur Verbindungen mit westdeutschen Bauern opportun erscheinen ließ. Erst seit der „Zwei-Staaten-Doktrin" 1955 durfte die DBD

---

153 Centrum władzy, S. 49f., Sitzung des Sekretariats des PB der PZPR, 30. 6. 1950; ebd., S. 62f., Sitzung des Sekretariats des PB der PZPR, 9. 10. 1950.

154 Ebd., S. 168–170, Sitzung des PB der PZPR, 14. 6. 1956; Gespräch zwischen dem Sekretär des Exekutivkomitees der ZSL, A. Juszkiewicz, mit dem 2. Sekretär der sowjetischen Botschaft, A. P. Jermolow, am 26. 3. und 10. 4. 1952, in: Wostotschnaja Ewropa, Bd. 2, S. 703–710.

155 Paruch spricht von einer Phase die sich auf eine „Penetrierung" beschränkte, ders., Politycy Zjednoczonego Stronnictwa Ludowego.

156 SAPMO DY 30 IV 2/13/197, Über die politische Lage in der Volksrepublik Polen (1956).

157 Ulbricht kritisierte die Entwicklung in Polen anläßlich einer erweiterten Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 24. 10. 1956, zu der Vertreter der SED, KPTsch und aus Bulgarien anwesend waren. SSSR i Polscha, S. 187.

158 Als Leiter der Abt. LOPM hatte sich Schirdewan schon 1955 dagegen ausgesprochen, die DBD durch systematische Mitgliederabwerbungen zugunsten der SED zu schwächen; SAPMO DY 30 IV 2/5/192, Bl. 56, Schirdewan an Fritz Kleinert, 28. 11. 1955.

159 Reichelt, Blockflöte, S. 148–152.

offizielle Kontakte nach Polen pflegen. Am Schweriner Bezirksparteitag 1955 nahm eine Stettiner Delegation der ZSL teil, und auch der IV. Parteitag der DBD 1955 begrüßte polnische Gäste[160]. Im März 1956 reiste eine Delegation der DBD unter Goldenbaums Leitung zum Parteitag der ZSL. Reichelt zufolge führte die DBD seit März 1954 interne Verhandlungen mit der ZSL, die im September 1956 in ein gemeinsames Kommuniqué mündeten[161].

Das Verhältnis zur ZSL verbessere sich laufend, konstatierte das Protokoll der Präsidiumssitzung just im Monat der politischen Wende in Polen, im Oktober 1956; das Zusammentreffen 1955 war noch unterkühlt, „sachlich-diplomatisch" verlaufen[162]. Auch Kreisverbände bemühten sich seit Ende 1956 um einen Austausch mit ihrer polnischen Schwesterpartei, was der Parteiapparat der SED mit Befremden registrierte[163]. Angesichts des Bedeutungsgewinnes der ZSL im polnischen Parteiengefüge und mit dem Abrücken von einem strikten Sozialisierungskurs in der Landwirtschaft mußten diese DBD-Initiativen die SED hellhörig machen. Die Versuche der DBD, durch auswärtige Kontakte an Profil als Partei zu gewinnen, riefen bei der SED daher heftige Ablehnung hervor. Die Instrukteure der Bezirksleitungen wurden anläßlich einer Beratung im ZK eigens angewiesen zu überprüfen, ob es in den Bezirken „Beziehungen der anderen Parteien zu kleinbürgerlichen Parteien der Volksdemokratien gibt", und dies an das ZK weiterzumelden[164].

Die DBD gab sich in diesem Zusammenhang sichtlich Mühe, den Einblick der SED in Meinungsbildungsprozesse und Vorgänge zu begrenzen[165]. Anläßlich des V. Parteitages 1957 wurde eine gemeinsame Erklärung der Parteivorstände der deutschen und polnischen Bauernpartei erarbeitet. Wo die Probleme dieser Verlautbarung lagen, deutet Reichelt sybillinisch an: „Die Verhandlungen hierzu hatten sich als sehr kompliziert erwiesen, insbesondere die Stellung und Beziehungen zu den Arbeiterparteien, der Sowjetunion und zur Umgestaltung der Landwirtschaft."[166] Bis dahin war es der SED gelungen, das ursprüngliche Interesse der DBD am polnischen agrarpolitischen Weg als inakzeptabel zu brandmarken oder zumindest zu unterdrücken. Die Arbeitsgruppe BO schraubte 1957 das ideologische Anforderungsprofil für die DBD nach oben. Aufgrund des eingespielten Verhältnisses zwischen der Arbeitsgruppe und dem Sekretariat der DBD erscheint es plausibel, daß die Bauernpartei in diesem heiklen Punkt ähnlich wie

---

160 ACDP VI, unverz. Best. BV Schwerin, Protokoll Bezirksparteitag Schwerin, 5./6. 7. 1955; ACDP VI-052-0530, Protokoll Präsidium, 14. 9. 1955, Einschätzung des IV. PT.

161 Reichelt, Blockflöte, S. 149f.

162 ACDP VI-052-0319, Protokoll Präsidium, 16. 10. 1956. Zitat Goldenbaum, ACDP VI-052-0168, Protokoll PV, 20. 12. 1958.

163 Die Bitte von Karl Schoepke um Genehmigung für eine Polenreise im Februar 1957 wurde in Materns Apparat mit einem großen roten Fragezeichen quittiert. SAPMO DY 30/vorl. SED 4073, Schriftwechsel MdJ an ZK, 13. 3. 1957; Schoepke an MdJ, 13. 2. 1957.

164 BLHA Rep. 530, Nr. 2246, BL Potsdam über Beratung mit Instrukteuren der BL im ZK, AG BO, 15. 10. 1956.

165 Entsprechend schmal ist die DBD-Überlieferung hierzu, und entsprechend vage sind die Formulierungen dazu in den DBD-Protokollen gehalten, die in der Regel in SED-Hände gelangten.

166 Reichelt, Blockflöte, S. 150.

bei den Diskussionen um das Parteiprogramm 1955 den Kontakt zu SED-Stellen suchte und zur Zufriedenheit der SED vorauseilenden Gehorsam an den Tag legte.

Eine Reihe von Indizien legt den Schluß nahe, daß die SED die DBD außenpolitisch dafür einspannen wollte, umgedreht die ausländischen Bauernparteien auf den sozialistischen Kurs in der Landwirtschaft einzuschwören. Hans Rietz berichtete dem MfS Ende Oktober 1957 darüber, daß in der Führung der ZSL „eine Säuberung durchgeführt wurde, die zugunsten des Fortschritts verlief"[167]. Obgleich gut informiert, konnte oder wollte er jedoch keine Auskunft darüber geben, in welcher Form eine Zusammenkunft mit der ZSL geplant sei. 1959 besuchte erneut eine Delegation der ZSL die deutsche Bauernpartei. Das Präsidium verbot der hauseigenen Presse, darüber zu berichten[168]. Die Arbeitsgruppe BO, die im Vorfeld offenbar über diesen Besuch nicht informiert worden war, kanzelte die Führungsspitze der DBD ab, Kontakte zur ZSL seien aus Sicht der SED unerwünscht. Sie stützte sich auf Informationen des MfS, das seit Juni 1959 versuchte, seine Informanten über die Kontakte des Parteivorstandes zur ZSL zu befragen[169]. So war dem MfS bekannt geworden, daß am 18. und 19. März 1959 zwei Mitarbeiter der polnischen Bauernpartei den Parteivorstand der DBD aufgesucht hatten und man einen Delegationsaustausch vorbereitete. Außerdem berichtete der Informant davon, daß in der ZSL insgesamt wie auch in der Besuchsdelegation zwei verschiedene „agrarpolitische Linien" vertreten worden seien. Insbesondere die Zweifel am agrarsozialistischen Kurs riefen den heftigsten Widerspruch der Arbeitsgruppe hervor. Sie verbot der DBD-Spitze Kontakte zur ZSL zum damaligen Zeitpunkt[170]. In den sechziger Jahren benutzte die SED die Blockpartei DBD dazu, unter den Ostblockstaaten ihre Selbstdarstellung als führende Arbeiterpartei zu schärfen. Initiativen von Blockparteien aus dem benachbarten Ausland ließ sie durch deren Schwesterpartei in der DDR ausbremsen[171].

---

[167] Außerdem sei „die Spannung zwischen der bulgarischen und der polnischen Bauernpartei [...] beseitigt worden." BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bericht der HA V/3 über Aussprache am 29. 10. 1957, Zitat Bl. 32.

[168] ACDP VI-052-0539, Protokoll Präsidium, 1. 6. 1959.

[169] BStU MfS AIM 392/83, I/1 Mundt, Bl. 27–29, Treffbericht mit Quelle GI „Irmgard", Mitarbeiterin des PV, 4. 6. 1959. BStU MfS AIM 927/60, A-Akte Böhm, Bl. 93–95, 4. 7. 1959.

[170] Ebd., Bl. 77, Bericht vom 23. 3. 1959.

[171] 1967 startete die bulgarische Bauernpartei eine Initiative mit dem Ziel, eine internationale Vereinigung aller Bauernparteien ins Leben zu rufen. Den Vorsitz strebte der Vorsitzende der Bulgaren, Traikoff, an, zu dem Goldenbaum kein gutes Verhältnis hatte; so Reichelt, Blockflöte, S. 150f. Goldenbaum lehnte Traikoffs Vorhaben ab. Die Gründe dürften außerdem vor allem durch die Richtlinienkompetenz der SED bestimmt worden sein. Letzteres vermutete zumindest Traikoff nach SED-Berichten als eigentlichen Grund für Goldenbaums Ablehnung. Lt. Traikoff hinke die DDR damit jedoch der Zeit hinterher, denn er gab vor, sein Plan sei mit der KPdSU abgestimmt; SAPMO DY 30 IV A 2/2.023/185, Bericht Köhlers für Grüneberg, 5. 5. 1967.

Die Fortsetzung des sozialistischen Kurses Mitte 1957

Bis zum Sommer 1957 hatte die SED den Einzelbauern aufgrund politischer Überlegungen während der Agrardebatte und angesichts knapper Ressourcen eine Verschnaufpause gegönnt, indem sie die Devise ausgegeben hatte, vorrangig die Bildung von „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" zu betreiben. Diese Zwischenphase stabilisierte den überforderten genossenschaftlichen Teil der Landwirtschaft, da die MTS außerstande waren, die benötigte Maschinenleistung für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung zu erbringen. Sie entschärfte dadurch die finanzielle Belastung, die die Stützungszahlungen für LPG und MTS dem Fiskus aufbürdeten. Die ideologische Linie zur Neugründung von LPG Typ I wurde schon im Juli/August 1957 von der ZK-Abteilung Landwirtschaft wieder festgeklopft. Die Abteilung nahm damit die Ausrichtung vorweg, die die 33. ZK-Tagung im Herbst 1957 verkündete[172].

Die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften", die dem Viewegschen Typus des „Bäuerlichen Genossenschaftsbetriebes" zu nahe gekommen sein dürften, wurden nun als „falsche Philosophie" der VdgB verworfen, die diese noch im Frühjahr auf dem V. Deutschen Bauerntag unterstützt hatte[173]. Nun wurde die Bildung solcher Arbeitsgemeinschaften als bloßer Vorwand ausgelegt, nicht in die LPG eintreten zu wollen. Die rund 9000 Arbeitsgemeinschaften waren jedenfalls eine verlockende Ausgangsbasis für die Gründung von LPG.

Unterdessen kämpfte die Bauernpartei seit dem V. Parteitag (2. bis 4. Juli 1957) in Leipzig mit rückläufigen Mitgliederzahlen. Kaderleiter Rietz führte dies gegenüber dem MfS auf das Bekenntnis des Parteitages zum sozialistischen Weg in der Landwirtschaft und auf die Ausdehnung der LPG-Neugründungen zurück. In der Tat hatte die DBD in der ersten Jahreshälfte noch einen sehr hohen Mitgliederzuwachs verbucht; er ist als Indiz dafür zu werten ist, daß sich die einzelbäuerliche Bevölkerung, auf deren Werbung sich die Partei konzentrieren mußte, von der DBD eine Interessenvertretung erhoffte[174]. Von 7122 Neuaufnahmen 1957 fielen nur 2233 in die zweite Jahreshälfte, also nach der Bekräftigung des Sozialismuskurses auf dem V. Parteitag[175].

Doch die ZK-Abteilung Landwirtschaft gab die Losung aus, den Sozialismus zu forcieren. Mückenberger warf der DBD im August 1957 vor, sie verwechsle das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Bildung von LPG mit der „Selbstlauftheorie" und drängte die Arbeitsgruppe BO zu einer schärferen Instruierung. Letztere

---

[172] Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 18f.; erst in den Herbst 1957 datieren diesen Umschwung Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung, S. 1095, und Noziczka, Politik, S. 48–50.

[173] Die unterschiedliche politische Einordnung der Arbeitsgemeinschaften innerhalb eines Jahres spiegelt sich auch in der agrarhistorischen Forschung der DDR wider: Graffunder, Dialektik, S. 117; Sommer, Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, S. 242; Klemm u. a., Agrargeschichte, S. 196.

[174] Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/2, AG BO an Ulbricht, 8. 8. 1957.

[175] ACDP VI-052–160/7, Übersicht: Organisatorische Entwicklung 1957. BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 31f., Bericht der HA V/3 über Aussprache am 29. 10. 1957. SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Protokoll Arbeitstagung Bezirk Neubrandenburg, 12. 12. 1957.

holte sogar bei Ulbricht die Rückversicherung dazu ein[176]. Die Abgrenzung zwischen den ideologischen Versatzstücken „Freiwilligkeit", „Selbstlauftheorie" und „Überspitzungen" wurde im Herbst 1957 wieder fließend[177]: Der im Frühjahr 1959 selbst angegriffene Mückenberger zieh nun alle seit 1953 agrarpolitisch Andersdenkenden als Anhänger der „Selbstlauftheorie"; Fred Oelßner, 1957 wegen „Revisionismus" angefeindet, hatte seinerseits im August 1952 die herbeizitierten SED-Kreissekretäre für Landwirtschaft mit dem Vorwurf konfrontiert, die „Freiwilligkeit" der LPG-Gründung mit Untätigkeit zu verwechseln; Gerhard Grüneberg, der Mückenberger ablöste, hatte sich als 1. Sekretär des Bezirkes Frankfurt/Oder 1957 durch ein überaus rigoroses Vorgehen im Herbeiführen von LPG-Gründungen profiliert, die ihm dann den Vorwurf der „Überspitzung" eingebracht hatten. Offensichtlich rechnete die DBD es im Juli 1957 noch zu ihren Aufgaben, die „überspitzte" Ausübung von Druck zu verhindern. Denn dem Bezirksvorsitzenden in Frankfurt/Oder, Pech, hielt das Präsidium vor, dagegen nichts unternommen zu haben[178].

Die DBD sollte den Mißmut der ländlichen Bevölkerung über die Ausdehnung des sozialistischen Teils der Landwirtschaft und die Praxis, womit diese herbeigeführt wurde, dämpfen. Dazu entwickelte sie Argumentationen, die den Einzelbauern vermitteln sollten, daß die Kollektivierung nicht unter Zwang, sondern nach dem Willen der Bauern verlaufe[179]. Tatsächlich waren zumindest Teile der DBD-Funktionäre sehr genau darüber im Bilde, daß die MTS den Sozialismus nach ausgearbeiteten Plänen vorantrieben[180]. Das Präsidium der DBD setzte auf eine Arbeitsteilung mit der SED und gab eine Linie aus, derzufolge eine weitere Bildung nur in „geduldiger Überzeugungsarbeit und durch Erfahrungsaustausch von Einzel- und Genossenschaftsbauern" erfolgen dürfe.

Die 33. ZK-Tagung im Oktober 1957 beschloß ein Aktionsprogramm, das den Anteil des sozialistischen Teils der Landwirtschaft bis 1960 auf 50% erhöhen sollte[181]. Das Sekretariat der DBD stimmte all dem zu[182]. Es war für die DBD bedeutsam, daß diese Tagung offiziell eine Agrarpolitik beendete, die noch auf Produktionssteigerung sowohl in der sozialistischen wie auch in der privaten Landwirtschaft gesetzt hatte, und statt dessen nun eine Erhöhung allein von sozialistischen Betrieben erwartete und förderte. Daneben diente die Tagung jedoch vor allem dazu, der SED wieder die politische Initiative auf dem Land zu sichern, über

---

[176] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Mückenberger an Köhler, 14. 8. 1957; ebd., AG BO an Ulbricht, 8. 8. 1957.

[177] SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Protokoll ZK-Abt. LW, 26. 1. 1959.

[178] ACDP VI-052–0320, Protokoll Präsidium, 23. 7. 1957.

[179] Siehe dazu ACDP VI-052–244/2, Ausarbeitung Abt. Agrarpolitik der DBD 1957, „Beispiele für Überspitzungen, Verstöße gegen das Prinzip der Freiwilligkeit beim Eintritt in die LPG", undatiert [2. Jahreshälfte 1957].

[180] So hatte Pech für Frankfurt/Oder berichtet, daß bei den MTS-Bereichen eine genaue Planung mit Terminen und Orten zur Bildung von LPG vorliege; ACDP VI-052–0320, Protokoll Präsidium, 23. 7. 1957.

[181] Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 20 f. Trotz Tatsachenverdrehung brauchbar: Noziczka, Politik, S. 49, 56; Nehrig/Noziczka, Weiterentwicklung.

[182] ACDP VI-052–0535, Protokoll Sekretariat, 18. 11. 1957, Beschlußvorlage für 3. PV-Sitzung.

die sie in den Augen der ZK-Abteilung Landwirtschaft Mitte 1957 nicht verfügte[183].

Die ehrgeizigen Pläne Ulbrichts, die sogar die Vorgaben der Plankommission übertrafen[184], riefen in der ZK-Abteilung Landwirtschaft auch Diskussionen hervor. Die Abteilung stellte als Folge solch überspannter Zielformulierungen ein Vorauseilen einzelner Bezirke fest, die sich noch höhere Sozialisierungsziele setzen würden[185]. „Überspitzungen" durch übergroßes Engagement und eine Radikalisierung in der Peripherie, wie im Bezirk Frankfurt/Oder anzutreffen, waren von der SED geduldet und durchaus erwünscht; es gibt jedenfalls keine Anzeichen dafür, daß diese unterbunden wurden, und die Karriere Grünebergs haben sie zweifellos befördert. Das Politbüro beschloß im Dezember 1957, daß die Leitungen der MTS – nach sozialistischer Diktion – gemeinsam mit den Mitgliedern der LPG, den Gemeindevertretungen und der VdgB den Plan zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes ausarbeiten sollten[186].

Die DBD versuchte jeden Winkelzug der SED mitzumachen und paßte sich aufgrund der unmittelbaren Instruierung deren Kurs sogar schon an, noch bevor ihn die SED öffentlich verkündet hatte: Sie propagierte, die „Ständigen Arbeitsgemeinschaften" in LPG zu überführen und bestrafte nun ihre Mitglieder dafür, wenn diese, nur um einem LPG-Beitritt auszuweichen, solche „Arbeitsgemeinschaften" gründeten[187]. Bei Parteigremienwahlen weitete sie den Mandatsanteil der Genossenschaftsbauern zum Nachteil der Einzelbauern künstlich aus. Zwar wurden einzelbäuerliche Vertreter noch geduldet – immerhin stellten diese Mitte 1957 mit rund 55% gegenüber gut 12% LPG-Bauern das Gros unter den Anhängern[188] –, doch gerieten sie zusehends ins Hintertreffen. In den Wahlbestimmungen für die Delegiertenwahlen wurden sie nicht mehr gleichberechtigt mit den Genossenschaftsbauern genannt. Der im sozialistisch-genossenschaftlichen Segment der Agrarwirtschaft tätige Mitgliederanteil wurde mit allen Mitteln in den Vordergrund geschoben, genauso wie es die Arbeitsgruppe BO vorgegeben hatte. Diese ordnete nach der 33. ZK-Tagung an, die politische Auseinandersetzung in der Partei zu fördern – also Konflikte und Debatten zwischen den Funktionären und den einfachen Mitgliedern zu schüren, um die Basis daran zu schulen. Damit sollte der „Zustand überwunden [werden], daß sich ganze O[rtsgruppen] dieser uns am nächsten stehenden Partei gegen den Sozialismus aussprechen!"[189]

---

[183] SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Protokoll ZK-Abt. LW, 22. 7. 1957.

[184] So Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 20.

[185] SAPMO DY 30 IV 2/7/79, Bl. 162ff., Protokoll Abteilungsbesprechung, 16. 12. 1957.

[186] Graffunder, Dialektik, S. 125. Zur Verantwortung der MTS gegenüber den Arbeitsgemeinschaften vgl. auch International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 178–187), Puschkin an ZK der KPdSU, 10. 10. 1956, Bericht über die Entwicklung einfachster Formen der Kooperativen in der Landwirtschaft der DDR (erstellt von Kulikow).

[187] ACDP VI-052–0321, Protokolle Präsidium, 23. 10. 1957, 21. 11. 1957. Zur Forcierung der Werbung für LPG: ebd., Protokoll Präsidium, 16. 12. 1957.

[188] Siehe Tabelle 7 und ACDP VI-052–245/2, Übersicht Anteil bäuerlicher Kollegen in LPG [1953–1958].

[189] Zitat der AG BO in: SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Dokument undatiert, nach 33. ZK-Plenum der SED. ACDP VI-052–0535, Protokoll Sekretariat, 4. 11. 1957, Vorlage 1. 11. 1957. ACDP VI-052–0321, Protokoll Präsidium, 21. 11. 1957.

IX. Die DBD und die Vollkollektivierung 1958 bis 1963

1. Rahmenbedingungen und Ausgangslage für die Kollektivierungspolitik

Im Frühjahr 1960 wurde durch eine groß angelegte Kampagne die Vollkollektivierung der bis dahin verbliebenen einzelbäuerlichen Betriebe weitgehend vollzogen. Trotz hohem organisatorischen und propagandistischen Aufwand, finanziellen Vergünstigungen, sozialpolitischen Anreizen und gehörigem Druck gelangte bis Ende 1959 erst knapp die Hälfte der LNF in genossenschaftliche oder staatliche Nutzung. Nach der 33. ZK-Tagung im Herbst 1957 war die LPG-Bildung massiv verstärkt worden. Die Werbung nahm vor allem Mitglieder von Parteien und Massenorganisationen ins Visier, die als leichter für den sozialistischen Kurs zu gewinnen galten, auch weil man davon ausging, daß diese Mitglieder bereits mit politischer Schulung in Berührung gekommen waren. Auf der 2. Zentralen MTS-Konferenz vom 24. bis 26. Januar 1958 in Güstrow wurde unterstrichen, daß die MTS nicht mehr als „Dienstleistungsbetriebe" einzelbäuerliche Felder maschinell bearbeiten sollten, wie dies bisher der Fall und aufgrund der höheren Tarifbeiträge der Einzelwirtschaften auch für die Planerfüllung der maroden MTS ein lukratives Geschäft gewesen war. Vielmehr sollten die MTS nun ausschließlich die „materiell-technische Basis für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft" bilden[1]. Gleichwohl zeigte die Praxis, wie sehr es an der Umsetzung der Beschlüsse haperte. Die Leistung der MTS litt permanent an der völlig unausgegorenen Arbeitsorganisation, die Dienstleistungen für den sozialistischen Teil der Landwirtschaft blieben daher weit hinter dem Bedarf zurück[2].

In der ersten Jahreshälfte 1958 trat eine erhebliche Zahl von Einzelbauern in LPG ein. Während der Anteil der Genossenschaftsbauern unter den bäuerlichen DBD-Mitgliedern von Mitte 1955 bis Ende 1957 unwesentlich von 15,5% auf 18% angestiegen war, erhöhte er sich allein bis Ende März 1958 um 3% und stieg im Jahr 1958 rasant um über 20% auf knapp 40% der bäuerlichen Mitglieder an[3]. Die Zahlen des LPG-Beitritts der DBD-Mitglieder bewegten sich im Trend der allgemeinen Mitgliederentwicklung in den LPG[4]. Im Vergleich zur Mitgliedsstruktur der VdgB, die traditionell mehr parteilose, mittel- und „großbäuerliche" Mitglieder aufwies als die DBD und 1958 eine Quote von 35% Genossenschafts-

---

1 Prokop, Übergang, S. 168–176, Zitat S. 170. Euphemistisch Graffunder, Dialektik, S. 129.
2 BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 33–35, Bericht Babies, HA V/3, 5. 3. 1958.
3 Siehe Tabelle 19.
4 Vgl. BA DE-1/20312, Bl. 71 f., Entwicklung der LPG, 31. 3.–20. 6. 1958. Bis 20.6. waren insgesamt 72398 Einzelbauern in LPG eingetreten, 5985 davon von März bis Juni.

bauern zählte[5], lag dieser Anteil in der DBD erstaunlicher Weise nur geringfügig höher. Die eher klein- bis mittelbäuerlich geprägte DBD-Basis verhielt sich im ganzen trotz ihrer Parteibindung nahezu ebenso distanziert gegenüber den Kooperativen wie die in der VdgB organisierten Bauern, wobei etwa 60% der DBD-Mitglieder zugleich der VdgB angehörten[6]. Die Beitrittszahlen der DBD-Mitglieder 1958 zeigen darüber hinaus vor allem, daß ungeachtet der weiteren Propagierung des sozialistischen Kurses die Zuwachsraten bei den LPG im Herbst 1958 stagnierten[7].

Dieser Befund mußte die SED gerade deshalb befremden, weil sie auf ihrem V. Parteitag (10. bis 16. Juli 1958) als landwirtschaftspolitisches Ziel den weiteren Ausbau des sozialistischen Sektors und damit einhergehend die Umwälzung der Lebensverhältnisse in den Dörfern verkündet hatte. Zu diesem Zweck umwarb sie die gesamte Bauernschaft, einschließlich wirtschaftsstarker Mittel- und „Großbauern"; letztere waren seit 1955 zwar verhalten als LPG-Mitglieder akzeptiert worden, in der Praxis überwog jedoch deren Benachteiligung[8]. Angesichts der Stagnation seit September korrigierte der Sektor Landwirtschaft der Staatlichen Plankommission im Oktober 1958 den Zeitpunkt der erwarteten Vollendung der Vollkollektivierung von 1963 auf 1965; auch die bisherigen Erfahrungen bezüglich des Beitrittsverhaltens von Privatbauern in den volksdemokratischen Ländern spielten dabei eine Rolle[9]. Die VI. LPG-Konferenz im Frühjahr 1959 änderte nichts an den rückläufigen Beitrittszahlen. In der Folge der Konferenz stand für den SED-Landwirtschaftsapparat zunächst die betriebswirtschaftliche Sanierung der LPG im Vordergrund[10]. Alarmiert und ratlos angesichts des Stillstands der LPG-Zuwächse, gab das Politbüro im Juli 1959 einen umfassenden Bericht in Auftrag, der den Ursachen vor Ort nachspüren sollte[11].

Zu den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Vollkollektivierung vorangetrieben wurde, zählte die Einbettung in den Fünfjahrplan, der im Zuge der Anpassung im RGW 1959 von einem Siebenjahrplan abgelöst wurde. Auf dem V. Parteitag der SED hatte Ulbricht bekanntlich eine neue Zielmarge für die Volkswirtschaft der DDR formuliert. Er griff damit in der deutschdeutschen Variante den von Chruschtschow verkündeten Systemwettbewerb mit den USA auf. Das ehrgeizige Unterfangen bestand darin, die Bundesrepublik als westdeutschen Vergleichsstaat in der wirtschaftlichen Kraft bis 1961 zu überho-

---

[5] Prokop, Übergang, S. 179.
[6] Vgl. Tabelle 11.
[7] Tabelle 19. In der DDR-Literatur wurde diese Stagnation meist verschwiegen und eingeebnet. So etwa Graffunder, Dialektik, S. 140f.; anders Kaiser, Zusammenarbeit, S. 635, Anm. 24.
[8] Prokop, Übergang, S. 176–180; Kaiser, Politik, S. 6.
[9] BA DE-1/20313, Bl. 94f., Aktenvermerk Sektor Landwirtschaft, Fachgebiet LPG, über Besprechung zu Problemen der LPG-Bildung, 15. 10. 1958. Ebd., Bl. 98–101, Information der ZKSK über die Bildung von LPG, 25. 10. 1958.
[10] Graffunder, Dialektik, S. 133f.
[11] SAPMO DY 30 J IV 2/2/657, Protokoll PB, 7. 7. 1959, Bl. 2, unter TOP 2.

len, explizit nannte Ulbricht, den Pro-Kopf-Verbrauch mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu übertreffen[12].

Wie ungeschickt es war, ein fixes Datum anzugeben, zeichnete sich bald ab. Mit dem Abbruch des Fünfjahrplanes verschob sich der erhoffte Endpunkt, zu dem das Ziel erreicht sein sollte, zunächst bis 1965 und wurde dann immer unpräziser formuliert. In der Agrarwirtschaft sollte bis 1962 eine Eigenversorgung an tierischen Produkten erreicht werden. Der SED-Parteitag leitete daraus ab, daß nur durch einen forcierten sozialistischen Umbau der Agrarwirtschaft dieses Ziel realisiert werden könne. Besonders durch die Aufhebung der letzten, immerhin bis Mai 1958 geltenden Lebensmittelrationierungen, fiel der Agrarproduktion für die Deckung des Konsumbedarfs eine entscheidende Bedeutung zu[13], zumal der Verbrauch infolge von Lohnerhöhungen 1958 angestiegen war[14]. Die DBD übernahm von den Beschlüssen des V. SED-Parteitages den „Aufbau des Sozialismus" in der Landwirtschaft als ihre „Hauptaufgabe"[15].

Die SED schlug im Kontakt mit den Blockparteien 1958 insofern neue Pfade ein, als sie diese zur Vorbereitung des Parteitages erstmals aufforderte, ihrerseits Vorschläge einzubringen. Ulbricht informierte die Vorsitzenden der anderen Blockparteien in internen Sitzungen schon im Vorfeld über den Parteitag[16]. Damit griff die SED-Zentrale auch eine Praxis aus den Bezirken auf, wie sie im Bezirk Dresden schon nach dem IV. Parteitag anzutreffen war. Die dortige Bezirksleitung rief die Blockparteivorsitzenden regelmäßig zusammen, um sie zu ihrer jeweiligen Linie zu instruieren und ihnen anstehende Entscheidungen im vorhinein zu eröffnen[17].

Die 1956 von der sowjetischen Botschaft angeregte Belebung der Blockpolitik führte also nicht zur Aktivierung des Blockes oder zum Einflußgewinn der anderen Parteien im Staat, sondern lediglich dazu, daß diese ihre Anregungen in den SED-Apparat einbrachten. Die nominelle Einbindung in die Vorbereitung eines SED-Parteitags erstickte jegliche abweichenden Vorschläge im Keim; eine effektive Mitarbeit der Blockparteien gereichte nur der SED zum Vorteil. Der Einheitspartei eröffnete sich die Möglichkeit, Ideenpotential abzuschöpfen und als eigene Innovation zu präsentieren. Andererseits lief die DBD Gefahr, infolge der eigenen programmatischen Profillosigkeit seit 1957 jegliche Ausstrahlung auf jene privatbäuerlichen und im dörflichen Milieu verankerten Bevölkerungsschichten zu verlieren, die sie bislang besser als die SED erreichen konnte. Dieser Tendenz leistete die Praxis Vorschub, gemeinsam mit der SED Versammlungen abzuhalten, denn

---

[12] Protokoll der Verhandlungen des V. PT der SED, Bd. 1, S. 221. Siehe Staritz, Geschichte, S. 173–178.

[13] Der Konsum sollte auf kostengünstiger herzustellende Produkte gelenkt werden, etwa auf Margarine statt Butter. SAPMO DY 30 J IV 2/2/661, Protokoll PB, 28. 7. 1959.

[14] Poutrus, Lebensmittelkonsum, S. 397 f.; Krebs, Weg, S. 354 f.; Kaiser, Politik, S. 85.

[15] So z. B. ACDP VI-052–1355, Protokoll Sekretariat BV Schwerin, 4. 8. 1958.

[16] So Kaiser, gestützt allerdings nur auf eine mündliche Aussage von Siegfried Wetzig, damals stellv. Leiter der AG BO. Kaiser, Politik, S. 12; dies., Zusammenarbeit, S. 628 f.

[17] SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Bericht BL Dresden zu Zusammenarbeit mit Blockparteien, 9. 5. 1958.

dies nährte erneut Gerüchte über eine baldige Verschmelzung der Parteien, etwa im Bezirk Schwerin[18].

Eine besondere Symbiose zwischen DBD und SED entwickelte der Rostocker Bezirksverband ab 1958. Der damalige Leiter der Organisationsabteilung, Ernst Mecklenburg, verstand die DBD zeitweise als eine Art politischen Vorbereitungskurs auf die SED[19]. Mehrere prominente DBD-Funktionäre wechselten seit 1957 zur SED, häufig mit der Begründung, ihren „Parteiauftrag" erfüllt zu haben, worunter sie die Gründung der DBD verstanden. So kehrte Franz Pilarski, eine Schlüsselfigur der Mecklenburger Gründungszeit, zur SED zurück, tief enttäuscht darüber, daß ihm eine Karriere in der DBD nicht gelungen war. In anderen Fällen, wie beim Wechsel Dietrich Beslers, immerhin einstiger Abteilungsleiter für Organisation beim Parteivorstand, verbreitete das DBD-Sekretariat die Version, die SED suche erfahrene Agrarfunktionäre. Besler nannte gegenüber dem MfS die mangelnde Unterstützung der DBD als Grund für sein Ersuchen, in die SED aufgenommen zu werden[20]. Der Prozeß der tiefgehenden Gleichschaltung in den Bezirkssekretariaten hielt 1958 an; selbst nur hinter vorgehaltener Hand geäußerte Meinungen wichen kaum von der Parteilinie ab. Um so erstaunlicher ist es, daß im Bezirkssekretariat Suhl 1958 noch „zwei Linien" anzutreffen waren, worunter sich angesichts der Zusammensetzung der Grundeinheiten höchstwahrscheinlich Forderungen verbargen, die Belange der Einzelbauern nicht völlig außer Acht zu lassen[21].

Im Vergleich zu CDU und LDPD stellte die Arbeitsgruppe BO 1958 fest, daß die DBD trotz Ausnahmen wie in Suhl die verläßlichere Partei für den Aufbau des Sozialismus sei[22]. Hingegen sei die Mehrheit der Mitglieder der CDU und LDPD mit diesem Ziel nicht einverstanden. Außerdem gebe es Bestrebungen, „fortschrittliche Kräfte" wie den Vorsitzenden der LDPD, Hans Loch, aus den Füh-

---

18 MLHA BPA Schwerin IV 2/15/1687, BV der DBD an SED-BL, 12. 6. 1958.

19 ACDP VI-052–0538, Protokolle Sekretariatssitzungen, 17.11., 29.11., 6. 12. 1958, 19. 1. 1959.

20 Ab diesem Zeitpunkt wurde Besler als IM vorerst abgelegt. BStU MfS AIM 3562/59, Bd. 2 Personalakte Besler, Bl. 41, Beschluß über Abbruch der Verbindung, 5. 8. 1959. Andeutungen zum Vorgang in ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 6. 10. 1958; die Version des DBD-Sekretariates in ACDP VI-052–0322, Protokoll Präsidium, 19. 12. 1958. SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, Köhler an Matern, 2. 8. 1958; vermutlich wurde auch Hans Heinrich Müller, Mitarbeiter des Bezirkssekretariats Neubrandenburg abgeworben, (ACDP VI-052–0545, Protokoll Sekretariat, 11. 9. 1961), ebenso Wilhelm Jendrass im Bezirk Rostock zusammen mit einer Reihe weiterer LPG-Vorsitzender der DBD, wobei Kaderleiter Rietz 1955 selbst eingeräumt hatte, daß eine solche Abwerbung in Ordnung gehe, sofern dies zur Gründung einer Parteiorganisation der SED führe. SAPMO DY 30/vorl. SED 4072. Die Abwerbung von Jendrass war durch ein Zerwürfnis mit der DBD begünstigt. Vgl. Reichelt, Blockflöte, S. 204, ohne Namensnennungen. Bauer, Gründung, S. 303.

21 Den bewußt uneindeutigen Formulierungen in Sekretariatsprotokollen ist dies nicht immer klar zu entnehmen. ACDP VI-052–0963, Protokoll Sekretariat BV Suhl, 12. 2. 1958. „Schlechte Linien" wurden 1956 auch dem Bezirkssekretariat Erfurt attestiert, ACDP VI-052–0319, Protokoll Präsidium, 30. 10. 1956.

22 SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Bericht AG BO zur „Entwicklung der kleinbgl.-demokratischen Parteien zwischen dem IV. und V. Parteitag", an Ulbricht am 31. 5. 1958 versandt.

rungsorganen zu entfernen. „[O]bwohl die Masse der Mitglieder [der DBD] ebenfalls noch nicht davon überzeugt war, daß der Sozialismus gesellschaftlich notwendig und unabwendbar ist", gebe es solche Verdrängungsversuche in der DBD und NDPD nur vereinzelt. Parteiübergreifend konstatierte die Arbeitsgruppe „stark verbreitete Spekulationen in allen Parteien", daß mit der „Herstellung der Einheit, die auf Kosten der DDR gehen würde", sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR wieder ändern würden. Das gesamtdeutsche Argument war also weiterhin ein wichtiger Faktor für die mangelnde Bereitschaft der ländlichen Bevölkerung, den LPG beizutreten.

Bis Dezember 1959 überwog bei den maßgeblichen Agrarpolitikern des ZK, voran bei Erich Mückenberger, jene Konzeption, die in paternalistischer Manier auf die politische „Überzeugung" der Einzelbauern setzte und diese noch durch die Schaffung von „Beispielen" für die LPG gewinnen wollte. Bei dieser Vorstellung fielen makroökonomische Überlegungen ins Gewicht, die sich daran ausrichteten, wieviel an Kollektivierung sich die Volkswirtschaft DDR leisten konnte, ohne den Staatshaushalt ungebührlich hoch zu belasten und ohne die inländisch erwirtschaftete Versorgung mit Lebensmitteln noch mehr zu gefährden.

Die Stagnation in der Kollektivierung seit Herbst 1958 wurde von der SED-Führung nicht hingenommen. Anläßlich einer Sitzung in Berlin, die die Agrarfunktionäre der Bezirke zur Vorbereitung der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG versammelte, ließ Mückenberger auch den anwesenden Paul Scholz unmißverständlich wissen, daß bis zum Jahresende 1959 in jedem Dorf eine LPG bestehen müsse und man keine „Inseln" ohne LPG dulde[23]. Wie im Vorfeld des Kollektivierungsschubs 1952 von sowjetischen Stellen empfohlen, sollten auch 1959 „Musterdörfer" geschaffen werden. Als Schwäche in der Tätigkeit der SED prangerte Mückenberger die unzureichende Kontrolle neu gebildeter LPG an. Weiter drängte er darauf, DBD und VdgB für die Vorbereitung der VI. LPG-Konferenz stärker in die Pflicht zu nehmen[24]. Insgesamt ist zu berücksichtigen, daß der auf oberster Ebene ohnehin arg begrenzte Handlungsspielraum der Blockparteien bis 1959 völlig zusammengeschnürt worden war. Hier wurden nur willfährige Instrumente der SED noch enger in die politischen Vorgänge eingebunden und für deren Zwecke eingesetzt. Die eingeforderte Mitarbeit eröffnete daher kein Angebot zu Mitgestaltung, sondern diente der Disziplinierung im Sinne der SED.

Für eine erfolgreiche Kollektivierung mußte in der Sicht der SED auch das Landwirtschaftsministerium als Teil des Staatsapparates, das weiterhin von einem DBD-Minister, seit 1955 wieder von Hans Reichelt, geführt wurde, auf Linie gebracht werden. Das „Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der

---

[23] BA DK-1/5657, Bl. 1 ff., Protokoll der Tagung am 3. 1. 1959 im ZK. Zu „Musterdörfern" siehe Vorlage des Ministeriums für Bauwesen in BA DK-1/10474, Bl. 1 ff., Protokoll gemeinsame Sitzung des Kollegiums des MLF mit Min. für Bauwesen, 6. 1. 1959, zur Auswertung des V. PT und Vorbereitung der VI. LPG-Konferenz.

[24] Dieses bündnispolitische Vorgehen ist nicht als Zeichen zu sehen, „die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien noch umfassender an der Vorbereitung und Durchführung wichtiger gesellschaftlicher Entscheidungen zu beteiligen", so etwa Kaiser, Politik, S. 12; vgl. auch dies., Machtwechsel, S. 39.

Arbeit des Staatsapparates" der DDR vom 11. Februar 1958 umschrieb in § 8 erstmals die Aufgaben des Ministeriums. Der erste Absatz verpflichtete es zum Fortschreiben der „sozialistischen Umgestaltung" und zu einer auf Produktionssteigerung ausgerichteten Politik[25]. An Häufigkeit und Schärfe erreichte die SED-Kritik am Ministerium ab 1957 und vor allem 1959 neue Dimensionen[26]. Immer wieder gehegte und verworfene Pläne zum Umbau des MLF und zur Eingliederung des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf gewannen an Kontur; die Eingliederung erfolgte dann parallel zum offiziellen Abschluß der Kollektivierung am 15. April 1960[27].

Für die Durchsetzung der Vollkollektivierung standen der SED ab 1958 weitere Machtinstrumente zur Verfügung. Seitdem sie 1957 die weitgehende Verfügung über das MfS zu ihrem Nutzen erlangt hatte, konnte sie sich in zweifacher Weise rückversichern. Zum einen hatte das MfS inzwischen Strukturen herausgebildet, die einen besseren, wenngleich nicht perfektionierten wirtschaftspolitischen Einsatz ermöglichten; zum zweiten nahm die Kontrolle der Kaderpolitik der DBD auf allen Ebenen seit 1958 infolge der Bespitzelung durch das MfS ungeahnte Ausmaße an. Aufgrund seines hervorragenden Informationsstandes über die Personalverhältnisse und den inneren Zustand der DBD war das MfS in der Lage, wichtige, eventuell für die SED nachteilige Vorgänge von Belanglosigkeiten zu unterscheiden und entsprechend an die ZK-Abteilung LOPM weiterzumelden. Dadurch gelang es dem Anleitungsapparat der SED, Gegner und Zauderer bei der Kollektivierung bis in die Kreisverbände hinein zu identifizieren und die Bauernpartei zu zwingen, diese politisch auszuschalten, sofern das dort nicht ohnehin geschah.

2. Die Entscheidung zur Vollkollektivierung

Zu den ungelösten Fragen in der Entscheidungsfindung zur Vollkollektivierung zählt jene nach dem sowjetischen Part. Hat die sowjetische Führung einen maßgeblichen unmittelbaren Einfluß auf die Kollektivierungspolitik insgesamt bzw. auf Teile davon, insbesondere auf ihren abrupten Abschluß ausgeübt? Für die Zeit zwischen 1959 bis 1964 konnten bislang kaum verbindliche Weisungen der KPdSU-Führung an die Adresse der SED oder der DDR aufgefunden werden[28]; dies heißt nicht, daß es solche nicht gibt. Über die Praxis direkter Anweisung hinaus sind auch andere Einflußformen zu bedenken, zumal mit der Kollektivierung die Einpassung eines ideologisch bedeutsamen Teils der Privatwirtschaft in die sozialistische Staatswirtschaft vollzogen wurde. Daher ist die ideologische Orientierungskraft, die von sowjetischen Modellvorstellungen im Hinblick auf die Kol-

---

[25] GBl. DDR 1958, 1, S. 117. Vgl. die ergebnislosen Debatten und Pläne für ein Statut des MLF in: BA DK-1/1475, 8606, 9436, 249.

[26] So stieß im Januar 1959 besonders die Art der „Leitung und Vorbereitung" der VI. LPG-Konferenz im MLF auf heftige Kritik der ZK-Abt. LW; SAPMO DY 30 IV 2/7/79, Protokoll ZK-Abt. LW, 10. 1. 1959, Bl. 232, 243.

[27] Lapp, Ministerrat, S. 184–188.

[28] Kaiser, Machtwechsel, S. 37; Kaiser, Einfluß, S. 111, 126.

lektivierung ausging, nicht zu unterschätzen. Dies zeigte sich im organisatorischen Ablauf in der Phase der Vollkollektivierung und in unmittelbaren Kontakten mit der KPdSU[29].

Ereignisse und Vorgänge der sowjetischen Agrargeschichte und die damit in Zusammenhang stehende Politik wurden darüber hinaus als Vergleichsgegenstände, denen ein Vorbildcharakter beigemessen werden konnte, herangezogen. Ulbrichts Mitarbeiter und Redenschreiber für Agrarwesen seit Anfang der fünfziger Jahre, Karl Gutjahr, stützte sich auf sowjetische agrarwissenschaftliche Publikationen[30]. Selbstverständlich berief sich das Politbüro während der Hochphase der Vollkollektivierung im Februar 1960 ausdrücklich auf „sowjetische Erfahrungen" und legte diese dem 8. ZK-Plenum im März/April 1960 zugrunde; dieses formulierte als Aufgabe, die Belange sozialistischer Landwirtschaft in höherem Maße zu berücksichtigen[31].

Entscheidungen auf oberster Ebene 1959/60 – Die Feinsteuerung der Kollektivierung

Eine Grundsatzentscheidung der SED, den Vollzug der seit Jahren betriebenen Kollektivierung zu einem raschen Ende zu bringen, ist – wenn es sie als solche gegeben hat – bislang nicht aufgefunden geworden. Dennoch wird im folgenden versucht, die Entscheidungsvorgänge auf unterschiedlichen Ebenen zu rekonstruieren. Bestimmte Indizien erlauben es, zumindest den Zeitraum einer solchen Entscheidungsfindung näher einzugrenzen.

Daß der Aufbau des Sozialismus in ideologischer Hinsicht gravierende Anforderungen an die Landwirtschaft sowie an Staat und Partei stellte, ist schon im Zusammenhang mit der Verkündung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus" auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 deutlich geworden. Angesichts der ehrgeizigen ökonomischen Ziele, die Ulbricht auf dem V. Parteitag verkündet hatte, mußten die 1958 noch weit überwiegend privatwirtschaftlich produzierenden Bauern zusätzlich als Stachel im Fleisch der sich sozialistisch gebenden DDR schmerzen.

Der Sozialismus in der Landwirtschaft wurde 1959 auf unterschiedlichen politischen Ebenen und mit verschiedensten Mitteln forciert. Das allgemeine Ziel des „Aufbaus des Sozialismus" war zwar als Konzeption seit 1952 eingeführt, allerdings nicht immer in gleichem Ausmaß auf der Durchsetzungsebene maßgeblich. Bis Mitte Januar 1960[32] war keine unmittelbar handlungsanleitende Direktive des

---

[29] Vgl. dazu die engen Absprachen über die Botschaft und die Konsulate für die Jahre 1953–1957 im Findbuch: Otdel ZK KPSS po swjasam s inostrannymi Kompartijami 1953–1957.

[30] Siehe die Übersetzungen im Nachlaß Ulbrichts, SAPMO NY 4182/1081.

[31] Siehe dazu SAPMO DY 30 J IV 2/2/688, Protokoll PB, 16. 2. 1960, Bl. 2–4, TOP 2 Einberufung des 8. Plenums des ZK, TOP 5 Bericht Grünebergs über neue Erfahrungen aus sowjetischer Landwirtschaft. Mückenberger wurde lt. Beschluß der Sitzung für ein Jahr an die Parteihochschule des ZK der KPdSU nach Moskau geschickt, Bl. 8.

[32] In dieser Datierung stimme ich mit Kaiser, Politik, S. 99ff. überein, nicht in der Interpretation. Ohne eigentlichen Beleg mit einer Zäsur Anfang 1960 argumentiert Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 33ff.

Politbüros oder eines anderen hohen Gremiums ergangen, kurzfristig und radikal den Beitritt aller Einzelbauern in LPG herbeizuführen. Zwar kommt der häufig für den Übergang zur Vollkollektivierung angeführten[33] 7. ZK-Tagung im Dezember 1959 eine gewisse Bedeutung als Zäsur zu, doch auch in ihrem Umfeld fällte die SED keine Grundsatzentscheidung zur kurzfristigen Vollkollektivierung.

Den Auftakt der Kollektivierungspolitik 1959 bildete die schon erwähnte VI. LPG-Konferenz im Februar 1959. Obgleich Mückenberger dem Personal in den Landwirtschaftsapparaten der SED in den Bezirken sowie der VdgB und DBD intern vorgegeben hatte, daß sich letztere intensiver an der politischen Vorbereitung der Konferenz beteiligen müßten, sollte diese Mitarbeit in der allgemeinen Öffentlichkeit verborgen werden[34]. Eine Ausarbeitung der DBD-Abteilung Agrarpolitik durfte nur an Paul Scholz als Leiter des Beirats für LPG und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, und an Minister Reichelt weitergeleitet und sollte ausdrücklich nicht in der DBD-Parteipresse veröffentlicht werden. Das Papier faßte die von Genossenschaftsbauern in den Bezirken geführte Diskussion über die von der ZK-Landwirtschaftsabteilung im Vorfeld der LPG-Konferenz publizierten „Thesen" zusammen[35].

Die Vorschläge und Kommentare aus DBD-Mitgliedskreisen – sie stammten ausschließlich von Funktionären und LPG-Bauern, Einzelbauern kamen nicht zu Wort – stimmten den Thesen prinzipiell zu. Ergänzungen betrafen überwiegend die praktische Umsetzung, wiesen außerdem auf Versäumnisse hin. Das DBD-Papier plädierte dafür, LPG des Typs I stärker zu fördern und trat für mehr Anreize ein, um die LPG für Jugendliche attraktiver zu machen; man empfahl eine intensivere Fachberatung und Hilfe für die LPG, besonders eine gezielte agrarwissenschaftliche Betreuung für LPG des Typs I, etwa beim Übergang zu Typ III. Die DBD hielt im Unterschied zu den aufkeimenden Ressentiments im ZK-Apparat am Prinzip der Förderung individueller Hauswirtschaften der LPG-Bauern fest und plädierte daher für den Bau von Ein- und Mehrfamilienhäusern, die eine individuelle Viehwirtschaft begünstigen sollten. Eine grundsätzliche Kritik stand der DBD nicht zu.

Auf der VI. LPG-Konferenz erläuterte Ulbricht die Ziele des Siebenjahrplanes für die Landwirtschaft. Demnach sollte die Eigenversorgung mit bestimmten Agrarprodukten und die „Überflügelung" der bundesdeutschen Agrarproduktivität ab 1962 erreicht werden. Weiter akklamierte die Konferenz der Neufassung der Musterstatuten für die LPG des Typs I, II und III, die unter Mitarbeit von

---

[33] Zuletzt Schroeder, SED-Staat, S. 145.

[34] Siehe Aufforderung Mückenbergers an die Sekretäre der SED-BL, BA DK-1/5657, Bl. 1 ff., Tagung der Sekretäre und Abt.-Leiter LW bei den BL der SED im ZK, 3. 1. 1959. Die Vorbereitungen liefen schon seit Mitte 1958, siehe dazu BA DK-1/5648, Bl. 82–85, Mückenberger an Reichelt, 29. 7. 1958. Mit Rose besprach Mückenberger sich dazu im Januar 1959, ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 26. 1. 1959.

[35] ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 2. 2. 1959, und Vorlage der Abt. Agrarpolitik der DBD zu den geplanten „Thesen" der VI. LPG-Konferenz. Die „Thesen" waren vorher in der Presse publiziert worden. Auch zum folgenden.

Paul Scholz im Beirat für LPG beim Ministerrat erarbeitet worden waren[36]. Beachtenswert ist Ulbrichts Vorschlag, wonach die wirtschaftlich stabilen LPG Traktoren, Maschinen und Geräte der MTS vollständig auf der Basis von Leihverträgen erhalten sollten[37]. Dieser Punkt war weder in der vorher publizierten Fassung der Thesen zur Konferenz enthalten gewesen, noch taucht er in der überarbeiteten Fassung vom März 1959 wieder auf[38]. Erst im April 1959 fällte das Politbüro einen entsprechenden Beschluß. Reichelt war zumindest formell in die Erstellung von Mückenbergers Beschlußvorlage hierzu eingebunden gewesen. In Einschränkung des Empfängerkreises bezog sich die Übergabe der MTS-Ausstattung nun ausdrücklich nur auf LPG des Typs III in bereits vollgenossenschaftlichen Dörfern[39].

Die Frage der Übergabe von Maschinen und Gerät an die LPG berührte einen zentralen Punkt der Kollektivierung. Sie betraf all jene Einzelbauern, die auf die Dienstleistungen der MTS angewiesen waren und fürchten mußten, daß sich ihre Arbeitsbedingungen zusätzlich erschwerten und sie dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den LPG gerieten, welche quasi ein Monopol über schweres Ackergerät besessen hätten. Die Begrenzung der Empfänger verhinderte für die Einzelwirtschaften zunächst schlimmeres; andererseits wirkte sie als Anreiz, bei der Gründung von LPG von vornherein den Typ III zu wählen und alle Bauern des Ortes geschlossen zum Beitritt zu bewegen. Insofern erhöhte der Beschluß den innerdörflichen Druck auf Einzelbauern gerade dort, wo sie ohnehin in der Minderzahl waren. Schließlich berührte der Beschluß die ökonomische Leistungskraft der LPG insgesamt, weil geklärt werden mußte, wie die mit Kapital meist unterausgestatteten LPG die Übernahme eines solch großen Maschinen- und Fuhrparks, die sie bezahlen mußten, finanziell verkraften könnten[40]. Ulbrichts überoptimistische Sozialismuseuphorie wurde durch ganz schlichte Probleme konterkariert, die gleichwohl zeigen, wie eng der Spielraum für eine avisierte Ausdehnung des sozialistischen Teils der Landwirtschaft war und wie unzureichend die Apparate Abhilfe leisteten. So fehlten im März 1959 schlichtweg die

---

[36] Die juristischen Veränderungen 1959 zur Gestaltung der inneren Verfaßtheit der LPG und zum Rechtsinstitut des „Recht der LPG", das die gesellschaftliche Stellung der Eigentums- und Betriebsform regelt, sind früh untersucht worden. Siehe Priew, Grundlagen; Tümmler, Agrarpolitik, S. 56–61, und als zeitgenössische DDR-Sicht Arlt, Grundriß. Mit dem am 3. Juni 1959 erlassenen „Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (GBl. DDR I, 1959, S. 577) beendete man eine Phase, die lediglich auf Statuten beruhte, und begründete das „Recht der LPG" als eigene Rechtsform. Beschluß über die Musterstatuten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, 9. April 1959, GBl. DDR I, 1959, S. 333; Bekanntmachung des Beschlusses über die Empfehlung für die Ausarbeitung der inneren Betriebsordnung der LPG vom 6. 8. 1959, GBl. DDR I, 1959, S. 657.

[37] Vgl. in aller Kürze, Sowjetische Besatzungszone von 1959–1960, Eintrag 20. 2. 1959, S. 32f. Die Thesen der LPG-Konferenz gekürzt in Dokumente der SED, Bd. VII, S. 421–458. Vgl. Prokop, Übergang, S. 183.

[38] BA DK-1/5651, Bl. 1–19, Thesen der VI. LPG-Konferenz, 13. 3. 1959.

[39] SAPMO DY 30 J IV 2/2/639, Protokoll PB, 1. 4. 1959, TOP 3 Fragen der Landwirtschaft.

[40] Bei der Kollektivierung in der Sowjetunion führte es zur Expropriation wohlhabenderer Bauern. Merl, Anfänge, S. 230, 354ff., 369ff., 401–414. Ulbricht dürfte dieser Zusammenhang bekannt gewesen sein.

Treibstoffe, um die Bestellungsarbeiten der MTS in den LPG durchzuführen, wie im Ministerrat bekannt wurde[41].

Insgesamt schob die VI. LPG-Konferenz den Aspekt der betriebswirtschaftlichen Tragfähigkeit und damit das Problem der inneren Stabilisierung schon bestehender LPG in den folgenden Monaten in den Vordergrund, die Frage zügiger Neugründungen rangierte dahinter. Die Besinnung auf die mikroökonomische Basis ist auch im Zusammenhang damit zu sehen, daß auf diesem Wege das Ziel einer Eigenversorgung an tierischen Produkten bis 1962 eher erreichbar schien, wofür man weiterhin erfolgreiche Privatbetriebe brauchte.

Die Nachbereitung der VI. LPG-Konferenz im ZK-Apparat belegt, daß das Verhältnis zwischen Ulbricht und dem Sekretär für Landwirtschaft des Politbüros, Erich Mückenberger, schon seit Frühjahr 1959 aufgrund der Frage des Kollektivierungstempos nachhaltig gestört war. Eine Abteilungsversammlung kurz nach der Konferenz nahm die Arbeit der Abteilung kritisch ins Visier[42]. Daneben brachte die Versammlung einen Konflikt in der Abteilung selbst zu Tage, der sich darum drehte, welche politische Auffassung in der Situation einer Radikalisierung der Kollektivierung angemessen sei. Weiter wurde das Problem behandelt, wie weit die Kompetenz der Abteilung in Landwirtschaftsfragen reichte. Diese hatte sich erlaubt, Ulbrichts Wünsche zunächst zu übergehen; später ordnete er die Ausarbeitung entsprechender Vorlagen durch die Abteilung für das Politbüro an, etwa im Falle der Übergabe der MTS-Technik an die LPG. Ulbricht konnte oder wollte zu diesem Zeitpunkt den eigenen Apparat nicht zwingen, die von ihm zweifellos favorisierte härtere Gangart durchzusetzen. Seine Kritik änderte nichts am grundlegenden Kurs der Abteilung. Diese trieb die Kollektivierung zwar voran, wollte sie jedoch angesichts der Widerstände auf dem Land und der wirtschaftlichen Gegenargumente noch nicht mit allen Mitteln zu einem abrupten Ende führen. Es blieb vorerst noch offen, ob der Apparat eine ideologische Verengung, die ausschließlich auf die Durchsetzung der Vollkollektivierung gerichtet war, vorzunehmen hatte. Natürlich war letztere das Ziel der Abteilung, doch zeitweise schreckten die wenigen, noch mit der Praxis vertrauten Pragmatiker der Abteilung die unübersehbaren Widerstände der Bevölkerung und die volkswirtschaftlichen Opportunitätskosten von einer radikalen Vollkollektivierungspolitik ab.

Es ist kein Zufall der SED-Personalpolitik, daß man Mückenberger mit Bruno Kiesler im April 1959 einen schlagkräftigen Parteigänger Ulbrichts als Leiter der ZK-Abteilung Landwirtschaft an die Seite stellte[43], während Mückenberger per Politbürobeschluß auf Kur geschickt wurde und eine gewisse Zeit abwesend war. Kiesler wurde in der folgenden Zeit ein vehementer Kritiker der Tätigkeit des MLF. Auf Anregung der ZK-Abteilung verdrängte der SED-Genosse Gotthard

[41] BA DC-20/375, Aktennotiz Plenikowski für Grotewohl, 13. 3. 1959.
[42] SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Protokoll ZK-Abt. LW, 26. 2. 1959, auch zum folgenden.
[43] SAPMO DY 30 J IV 2/2/641, Protokoll PB, 13. 4. 1959, und DY 30 J IV 2/2/644, Protokoll PB, 28. 4. 1959.

Heinrich den altgedienten DBD-Funktionär Fritz Weißhaupt aus der Position eines Stellvertreters des Ministers im Sommer 1959[44].

Vor dem Hintergrund der Stagnation der Beitrittszahlen zu den LPG, mit denen sich das Politbüro im Juli 1959 erneut beschäftigte, preschte die Abteilung Ende Juli/Anfang August 1959 unter Kieslers Leitung in ihrem Drängen auf die weitere Kollektivierung so weit vor, daß sie von Mückenberger, der die Rückendeckung des Politbüros besaß, zurückgerufen wurde. Den Anlaß bildete eine zu weit in Richtung Vollkollektivierung drängende Vorlage, die die anstehenden Delegiertenwahlen in der VdgB regeln sollte; sie hätte Einzelbauern in ihren Wahlchancen für die Ortsgruppenvorstände diskriminiert und aus Sicht der SED mißliebige VdgB-Vorstandsmitglieder als „Doppelzüngler" beschimpft. Als Reaktion darauf verdeutlichte Mückenberger seine Position zur „Bündnispolitik" gegenüber den Einzelbauern vor der Abteilung. Er sprach sich zugleich gegen einen aus einseitig politischen Gründen forcierten Weg zur Vollkollektivierung aus: „Wenn wir sagen, daß unser Fehler nach der VI. LPG-Konferenz die einseitige ökonomische Orientierung war, dann sind wir damit jetzt in das andere Extrem gefallen. Hier erscheint mir die Arbeit der Abteilung nicht in Ordnung zu sein und [hier] liegt ein weiterer prinzipieller Fehler, daß nach Aussprachen über die Veränderung und Verbesserung der Arbeit der Abteilung im Politbüro usw. die Gefahr besteht, von einem Extrem in das andere zu fallen [...]. Es gab in der Partei die Auffassung, wegen Opportunismus ist schon mancher gestraft, aber nicht für Sektierertum. Das ist doch falsch."

Gegen die vorgelegte Fassung der Direktive für alle Bezirks- und Kreisstellen der VdgB zum VI. Deutschen Bauerntag wandte er ein, sie vernachlässige, daß man noch 397000 Einzelbauern habe, die rund 58% der LNF bewirtschafteten: „Und denen knallen wir jetzt vor den Schädel: Du bist kein guter Bauer! So geht das nicht." Er fuhr fort: „Im Dokument heißt es, daß das Tempo des sozialistischen Aufbaus zu langsam geht. Man muß doch davon ausgehen, welche Wirkung lösen die Worte der Parteiführung unten aus [...]. Oder verträgt sich das mit der Bündnispolitik, wenn man schreibt, daß die Einzelbauern sofort in die LPG eintreten müssen, um den Verpflichtungen des Bündnisses nachzukommen [...]. Hattet ihr den Auftrag, den Marxismus zu revidieren [...]. Oder, daß in der VdgB um die Sauberkeit gekämpft werden muss ist doch klar. Die Formulierung ist aber so, daß Manipulationen unbedingt beseitigt werden müssen. Das heißt, wir verbinden die Wahlen in der VdgB mit dem Staatsanwalt [...]. Herausgekommen wäre, daß wir große Teile der werktätigen Einzelbauern abgetrieben hätten von der DDR."[45]

Insgesamt beleuchtet die Stellungnahme das Hin-und-her-Lavieren und die Suche nach dem für die SED optimalen Weg in der Kollektivierungspolitik 1959. Zwar basierte die Konzeption auf dem allgemein akzeptierten Ziel der Vollkollek-

[44] SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Protokoll ZK-Abt. LW, 27. 7. 1959. Heinrichs Bestätigung durch das PB: SAPMO DY 30 J IV 2/2/662, Protokoll PB, 4. 8. 1959. Schon im Juni beschloß das Sekretariat der DBD, Weißhaupt auf Schulung zu schicken, ACDP VI-052–0539, Protokoll Sekretariat, 25. 5. 1959.

[45] SAPMO DY 30 IV 2/7/75, Protokoll ZK-Abt. LW, 27. 8. 1959. Erst im Herbst 1960 fand dann unter neuer Bezeichnung der VI. Deutsche Bauernkongreß statt.

tivierung, für deren schnelle Herbeiführung gab es jedoch noch keine Grundsatzentscheidung.

Die DBD und die Kollektivierungspolitik 1959: Anleitung und Kontrolle durch die SED

Offiziell hielt die DBD während des gesamten Jahres 1959 an der Programmatik fest, sowohl die Interessen der Genossenschaftsbauern als auch der Einzelbauern zu vertreten. Aufgrund der Ausrichtung auf den Sozialismus in der Landwirtschaft hatte sich ein Großteil der einzelbäuerlichen Mitglieder aus der aktiven Parteiarbeit bzw. -mitgliedschaft zurückgezogen[46]. Offensichtlich fielen Programmatik und politische Praxis gegenüber den Privatwirtschaften Anfang 1959 in der DBD weit auseinander. Die Arbeitsgruppe BO warf ihr nun vor, sich zu wenig um die Belange der Einzelbauern zu kümmern, obwohl dies zu ihrem Auftrag zähle[47].

Die SED-Kritik aus dem Jahr 1958 vor Augen, derzufolge sie erst sehr spät auf den Kurs der Errichtung des Sozialismus eingeschwenkt sei, konzentrierte sich das DBD-Sekretariat zum Jahresanfang 1959 auf drei Punkte: 1. die Entwicklung von vollgenossenschaftlichen Dörfern, 2. die ökonomische Stabilisierung von LPG und 3. die Werbung von Einzelbauern für den LPG-Beitritt. Die Bedeutung der Einzelbauern in der Partei wurde degradiert, diese galten nur noch als Objekte zur Anwerbung für einen LPG-Eintritt. Das war auch das eigentliche Anliegen eines Sekretariatsbeschlusses vom Dezember 1958 gewesen, der forderte, nun wieder unter Einzelbauern, Jugendlichen und Bäuerinnen Parteimitglieder zu werben[48].

In der Beeinflussung von Mittelbauern für den LPG-Eintritt zeichnete sich jedoch erst ab Juli/August 1959 eine Zäsur ab. Mitte Juli 1959 gab ein interner Bericht über die desolate Mitgliederentwicklung im Sekretariat Anlaß festzustellen, „daß es jetzt darauf ankommt, mehr mit den werktätigen Einzelbauern zu arbeiten". Außerdem befaßte sich das Sekretariat erstaunlicherweise mit der „Klärung folgender Fragen: Soll der Anteil der Einzelbauern in den verschiedenen Körperschaften erhöht werden, evt. durch Erweiterung der Vorstände [...]? Wie kann eine erhöhte Beteiligung der Bäuerinnen in den Leitungen erreicht werden?"[49] Während die Mitarbeiter der ZK-Abteilung Landwirtschaft zumindest versucht hatten, im Falle der VdgB eine härtere Gangart gegen die Beteiligung von Einzelbauern in den Gremien einzuschlagen, hoffte die DBD, mit diesem Vorstoß die weitgehend erlahmte Mitarbeit einzelbäuerlicher Mitglieder für die Partei wiederzugewinnen. Da die Anleitung der DBD in agrarischen Grundsatzfragen 1959 hauptsächlich über Mückenberger lief[50], verfolgte die DBD-Spitze offenbar nicht

---

[46] Vgl. ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 20. 10. 1958.

[47] SAPMO DY 30 IV 2/15/52, Notizzettel zu Einschätzung der 10. PV-Sitzung der DBD (26./27. 2. 1959).

[48] Siehe Beschlüsse zur Vorbereitung der VI. LPG-Konferenz und Protokoll des Sitzungsverlaufes, ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 6. 12. 1958.

[49] ACDP VI-052–0539, Protokoll Sekretariat, 13. 7. 1959; BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 31 f., Bericht Babies, HA V/3, über Gespräch mit Rietz, 30. 10. 1957.

[50] Vgl. ACDP VI-052–0539, Protokoll Sekretariat, 3. 8. 1959, ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 26. 1. 1959.

durchweg den aggressiven Kurs gegenüber Einzelbauern, wie er von Teilen der ZK-Abteilung gegenüber der VdgB vorübergehend vertreten wurde.

Höchstwahrscheinlich ausgelöst durch die im Politbüro diskutierte Stagnation der LPG-Beitrittszahlen, setzte die SED und ihre Helfer im MfS Mitte August eine Aussprache mit der DBD an. In der Agitierung der Einzelbauern sollte wieder einmal eine „Wende" eingeleitet werden. Dabei kaschierte die SED die Tatsache, daß ihre eigene Politik der Herrschaftssicherung eine Reihe von Problemen, die sie der DBD vorhielt, letztlich verursacht hatte. An der Besprechung am 11. August 1959 im ZK nahmen neben Goldenbaum, Rose und dem Hauptabteilungsleiter für Agrarpolitik Hoffmann, für die SED Matern, Mückenberger und von der Arbeitsgruppe BO Siegfried Wetzig teil[51].

Matern folgte der Analyse der Arbeitsgruppe[52] und hielt der DBD vor, sich ungenügend mit ideologischen Fragen unter ihren Mitgliedern auseinanderzusetzen und vor diesen „zurückzuweichen". Sie habe die „politische Hauptaufgabe" verfehlt, nämlich die erfolgreichen Mittelbauern zum LPG-Eintritt zu bewegen, und müsse dies bis zu ihrem VI. Parteitag Anfang 1960 grundlegend ändern. Matern kritisierte vor den Kontrahenten Rose und Goldenbaum die Zustände im Sekretariat, wo eine „Clique" herrsche. Er konfrontierte die DBD-Funktionäre mit dem Vorwurf – der im Grunde mehr die SED traf – bzw. der Direktive, daß „sie in Zukunft nicht alle Beschlüsse und Hinweise des ZK formal auf ihre Partei übertragen [...], sondern mehr auf die Eigenheit ihrer Partei achten" sollten[53]. Matern forderte von der DBD als deren besondere „taktische Methode", die Einzelbauern via Mitgliedschaft in der DBD allmählich in die LPG zu führen. Er kritisierte eine „falsche Orientierung", die ihr Augenmerk zu stark auf kleinschrötige Fragen der wirtschaftlichen Verbesserung der Zustände in den LPG richte, vom „Schweinehüttenbau" über den „Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf" bis zum „innerparteilichen Wettbewerb". Dagegen habe sie „vielmehr für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft beizutragen. Die DBD hat somit in der Vergangenheit ihre politische Hauptaufgabe verfehlt."[54]

Wie eng der „eigenständig" auszufüllende Handlungsspielraum der DBD jedoch war, zeigen die mit dem MfS abgestimmten Planungen der ZK-Arbeitsgruppe für den VI. Parteitag. Die Arbeitsgruppenleiterin Irene Köhler ließ das MfS wissen, daß man noch an einer „neuen Konzeption" für die DBD arbeite. „Mit der DBD wurde so verblieben, dass das ZK große Teile der Ausarbeitung der Grundsatzerklärung [zur Lenkung der Mitglieder in die LPG] selbst übernehmen

---

[51] Obwohl die Besprechung von der AG BO angestoßen wurde, ist sie nur in den Akten des MfS greifbar. Das folgende nach BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 74–77, Bericht der HA V/3, 29. 8. 1959. In Vor- und Nachbereitung dieses Treffens stand die AG dabei in engem Kontakt mit den für die hohen Parteifunktionäre der DBD zuständigen Mitarbeitern des MfS, Babies und Wieland.

[52] SAPMO DY 30 IV 2/15/2, AG BO an Matern, 3. 8. 1959, zur Arbeitsweise des Sekretariats der DBD, Bericht über DBD in SAPMO DY 30 IV 2/15/53 überliefert.

[53] BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 74–77, Bericht der HA V/3, 29. 8. 1959, Zitat Bl. 75.

[54] Ebd., Zitat Bl. 74.

wird,"[55] da der eingereichte – offensichtlich nicht überlieferte – Entwurf „unmöglich" gewesen sei und vom „ZK nicht akzeptiert werden" konnte[56]. Um den aus ihrer Sicht maroden personellen Zustand im Apparat des Parteivorstandes zu beheben, sah die Arbeitsgruppe einen Kadernachwuchs vor: Nachwuchs aus den Bezirken sollte einige Funktionäre im zentralen Apparat ablösen.

Diese Episode beleuchtet den Kern des Dilemmas der DBD: Sie sollte nicht die SED-Inhalte kopieren, sondern im vorgegebenen, eng begrenzten Rahmen vermeintlich eigene hervorbringen. Das hieß auch, daß ihr 1959 ein Anteil am bescheidenen Erfolg in der wirtschaftlichen Konsolidierung der LPG verwehrt wurde – denn deren Innenleben blieb der SED vorbehalten. Statt dessen fiel ihr der weitaus schwierigere Part zu, Mitglieder zum LPG-Eintritt zu bewegen und parteilose Einzelbauern anzuwerben, obwohl sie seit dem Bekenntnis zum Sozialismus in der Landwirtschaft 1957 für diese Klientel unattraktiv geworden war. Da die SED über weniger Einzelbauern in ihren Reihen verfügte, war sie hier auf den Transmissionsriemen DBD angewiesen. Die strenge Kritik der SED führte dazu, daß die DBD zur Formulierung von Grundsatzaussagen die Anleitung des ZK suchte und dann autoritative Lösungen vorgesetzt bekam. Die maßgeblichen Veränderungen im Programm und in der Kaderbesetzung bis Februar 1960 gingen auf die Anleitung der Arbeitsgruppe BO zurück, die sich dazu des Wissens des MfS bediente.

Schon im Dezember 1958 hatte der Parteivorstand der DBD einen Termin Ende Januar 1960 als Zeitpunkt für den VI. Parteitag festgelegt. Zur Vorbereitung jedes Parteitages gehörte es, über Wahlordnungen die Zusammensetzung der inneren Funktionseliten zu steuern. Während man Ende 1958 noch versucht hatte, über eine Regelung zur Wahl der Ortsgruppenvorstände den Anteil der Genossenschaftsbauern, Bäuerinnen und Jugendlichen zu erhöhen[57], so diskutierte man aufgrund der Vorhaltung in der SED nun über ein Verfahren zur Einbindung von Einzelbauern in die Parteiarbeit. Dazu erwog man, die bestehenden Gremien zahlenmäßig aufzublähen, um mehr Plätze für Mittelbauern zur Verfügung zu haben[58].

Der Ort und vor allem der Zeitpunkt des VI. Parteitages waren für DBD und SED von erheblicher Bedeutung. An deren Bestimmung läßt sich die Herausbil-

---

[55] Aussprache zwischen Leutnant Wieland, MfS, und Köhler am 25. 8. 1959 in: BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 74–77, Bericht der HA V/3, 29. 8. 1959, Zitat Bl. 77.

[56] Ebd., Zitat Bl. 77. Pikant an der Arbeitspraxis des Sekretariats war, daß sich nur Böhm (Abt.-Leiter Schulung), Rietz (Kaderleiter), Körber (Abt.-Leiter Organisation) und Helmschrott (Chefredakteur Bauern-Echo) um die Abfassung der Grundsatzerklärung kümmerten, während sich die Parteispitze mit Goldenbaum, Rose, Reichelt und Hoffmann (Abt.-Leiter Agrarpolitik!) nicht beteiligten, aber um so mehr Korrekturen und Randnotizen anbrachten. Ihnen wurde nachgesagt, „Schwächen" darin zu haben, „eigene Gedanken schriftlich niederzulegen." Ebd., Bl. 76. Gaude berichtete dem MfS, daß Böhm und Körber „wegen Unfähigkeit" aus der Kommission zur Erarbeitung des Papieres entfernt wurden. BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 33–41, Bericht vom 8. 9. 1959.

[57] ACDP VI-052–0168, Protokoll und Beschlußvorlage der 9. PV-Sitzung 1958, Vorlage, 20. 12. 1958, Beschlußvorlage Wahlordnung, 20. 12. 1958.

[58] ACDP VI-052–0539, Protokolle Sekretariat, 13.7., 19. 10. 1959.

dung einer Grundsatzentscheidung zur Vollkollektivierung ablesen. Obgleich man in Leipzig schon entsprechende Verträge abgeschlossen hatte, schlug Goldenbaum am 19. Oktober vor, den Parteitag statt Anfang Februar 1960 in Leipzig zur selben Zeit in Schwerin abzuhalten; tags darauf beschloß das Politbüro diese Variante[59]. Immer noch waren Genossenschaftsbauern wie Einzelbauern als Delegierte vorgesehen, was die Kontinuität der bisherigen Grundausrichtung der DBD belegt: Noch lag keine Entscheidung vor, den Parteitag in Form einer Feier der Vollkollektivierung abzuhalten, auf der Einzelbauern nichts mehr zu suchen hatten.

Für Schwerin als Austragungsort sprachen folgende Gründe: Zunächst hegte Goldenbaum eine große Vorliebe für Schwerin und den dortigen Bezirksverband. Zum zweiten suchte die Parteiführung einen Veranstaltungsort, wo sie sich durch ihren Beitrag zur Kollektivierung profiliert hatte. Der Bezirk Schwerin und der dortige Verband der DBD hatten zu diesem Zeitpunkt eine bessere Bilanz bei der mit Unterstützung der DBD betriebenen Kollektivierung aufzuweisen als vergleichsweise der Leipziger[60]. Es bot sich an, den Parteitag in einem vollgenossenschaftlichen Kreis durchzuführen[61]. Den Überlegungen im DBD-Sekretariat zufolge sprachen solche „Anzeichen" Ende Oktober 1959 für Güstrow im Bezirk Schwerin[62]. Ende November schickte man daher 30 Instrukteure zur Vorbereitung in den Kreis Güstrow, unter anderem um alle Einzelbauern dazu zu bringen, in eine LPG einzutreten[63]. In den letzten Dezembertagen liefen die Vorbereitungen für den Anfang Februar 1960 nun definitiv in Güstrow geplanten Parteitag auf Hochtouren. Zur gleichen Zeit erreichte der Streit um die Parteiführung neue Dimensionen. Offenbar wollte Goldenbaum seinen Rivalen Rietz durch eine Delegierung auf eine Parteischule vorerst kaltstellen[64].

Am 18. Januar 1960 entschied das Sekretariat der DBD, den VI. Parteitag zeitlich zu verlegen; der Einsatz der 30 Funktionäre in Güstrow mit dem Ziel, die Kollektivierung voranzutreiben, sollte nicht, wie ursprünglich gedacht, am 29. Januar enden, sondern war mit aller Kraft fortzusetzen[65]. Einen Tag später beschloß das Politbüro den „Einsatz von Arbeitsgruppen zur Verbreitung der Massenbewegung in der Landwirtschaft zur Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1960" unter der Losung „Mit Golßener und Jesewitzer Plan überbieten wir den 60er Plan"[66]. Eine Woche später, am 26. Januar, legte das Politbüro fest, den DBD-Par-

---

[59] Ebd., Protokoll Sekretariat, 19. 10. 1959. SAPMO DY 30 J IV 2/2/672, Protokoll PB, 20. 10. 1959, Bl. 3, und Anlage, wonach als Termine für die PT der Blockparteien vorgesehen waren: PT der DBD vom 4.–6.2.1960, LDPD 19.–22. 5. 1960, CDU 22.–25. 6. 1960.

[60] Siehe Tabelle 23.

[61] Howitz, DBD, S. 1136.

[62] ACDP VI-052–0539, Protokoll Sekretariat, 26. 10. 1959. Überlegungen, den PT von Schwerin nach Güstrow zu verlegen, hegten Rose und Körber, nicht aber Goldenbaum.

[63] ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 23. 11. 1959.

[64] In den zwei überlieferten Varianten des Sekretariatsprotokolls vom 21. 12. 1959 enthält eine den handschriftlich hinzugefügten Beschluß, Rietz 1960 auf eine Parteischule zu delegieren. Tatsächlich besuchte er Mitte 1960 die Parteihochschule der SED.

[65] ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 18. 1. 1960.

[66] Zur Konkretisierung der Aufgabe in den Kreisen hieß es: „Zur Verallgemeinerung der Golßener und Jesewitzer Beispiele sind in den Kreisen Wismar, Staßfurt, Prenzlau und

teitag bis Mitte Mai zu verschieben. Die Terminveränderung sei notwendig, damit die DBD „in die Lage versetzt wird, auch auf differenzierte Einzelfragen der Bauern zu antworten. Das ist aber erst möglich, nachdem das nächste Plenum unserer Partei getagt hat"[67].

Im letzten Drittel des Monats Januar 1960 hatte – der DDR-Geschichtsschreibung zufolge – unvermittelt eine Massenbewegung eingesetzt, in deren Verlauf in den nächsten Monaten des sogenannten „sozialistischen Frühlings" fast 450000 Bauern sich angeblich euphorisch zum „Schritt vom Ich zum Wir" entschlossen und sich in den einst so geschmähten Kollektiven eingefunden hatten[68]. Innerhalb kurzer Zeit traten damit ebensoviele Einzelbauern ein, wie zuvor im Zeitraum von sieben Jahren seit 1952. Übriggeblieben waren bis zum Frühjahr 1960 jene Bauern, die trotz schwerer Nötigungen bis dahin hartnäckig am Einzelbetrieb festhielten. Die DBD sollte sich nun besonders argumentativ wappnen, um gegen deren Ablehnung der Kollektivierung vorgehen zu können. Was löste diese vorgeblich freiwillige Bewegung „von unten" aus und was war auf der politischen Entscheidungsebene geschehen?

Die 7. ZK-Tagung vom Dezember 1959 und die Rostocker Aktion im Januar 1960

Die 7. ZK-Tagung vom 10. bis 13. Dezember 1959 gilt häufig als Zäsur beim Übergang zur Vollkollektivierung, weil sie das letzte wichtigere Parteiereignis vor dem Durchbruch hierzu war. Diese Einschätzung wird vertreten, obwohl von der SED keinerlei offizielle Aufforderung zum LPG-Eintritt für alle Bauern verkündet worden war. Der Parteivorstand der DBD hatte zuvor auf Sitzungen Mitte September und Ende Oktober die Pateigliederungen angewiesen, alle bäuerlichen Mitglieder zum LPG-Eintritt zu bewegen[69]. Es ist die These aufgestellt worden, wonach die eigentliche Initialzündung zur raschen Vollkollektivierung innerhalb kürzester Zeit Mitte Januar 1960 aus der SED-Bezirksleitung Rostock kam. Dort löste der 1. Bezirkssekretär, Karl Mewis, zwar mit Rückendeckung des dortigen sowjetischen Generalkonsulats, aber angeblich unabhängig von einer zentralen Entscheidung der SED, am 14. Januar 1960 eine Massenaktion des Staatsapparates und der Nationalen Front aus, die in kurzer Zeit den Beitritt aller Einzelbauern zu LPG nach sich zog. Mewis' vermeintliches „Husarenstück" rollte im Einverneh-

---

Seelow Arbeitsgruppen des zentralen Parteiapparates, welche sich zusammensetzen aus Genossen der Abteilung Landwirtschaft, Agitation-Propaganda, Organisation und Kultur und der Agitationskommission, einzusetzen. Diese Arbeitsgruppen helfen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Golßen und Jesewitz den Kreisleitungen mit den Genossenschaftsbauern in einem vollgenossenschaftlichen Dorf die Ausarbeitung und Durchführung eines Planes zur Überbietung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1960 zu organisieren und die Massenbewegung im Kreis zu entfalten." SAPMO DY 30 J IV 2/2/684, Protokoll PB, 19. 1. 1960, TOP 8, Zitat Bl. 5.

[67] SAPMO DY 30 J IV 2/2/685, Protokoll PB, 26. 1. 1960, TOP 10, Bl. 6, Zitat Bl. 66. Der PT der LDPD wurde auf 5.–8.7.1960 verschoben.

[68] Stellvertretend Prokop, Übergang, S. 199ff., sowie, immerhin noch 1997, Reichelt, Blockflöte, S. 178ff.

[69] ACDP VI-052–0171, Protokolle PV, 16./17. 9. 1959 und 30./31. 10. 1959.

men mit allen Blockparteileitungen des Bezirkes ab, doch ohne Rückbindung an die SED-Spitze, da Ulbricht auf Mewis' Bitten, die Aktion abzusegnen, tagelang nicht reagiert hatte. Die „Empfehlungen" der sowjetischen Stellen in Rostock hätten auf der Einschätzung basiert, daß die anhaltenden Versorgungsengpässe nur durch eine rasche Vollkollektivierung zu beheben seien[70].

Andere wiederum unterstreichen die Steuerung der Kollektivierung durch die Parteizentrale, ohne die Vorgänge der Rostocker Peripherie damit in Zusammenhang zu bringen, aber auch ohne einzugestehen, daß der Massenbeitritt seit Ende Januar 1960 auf zentral gebilligtem und angeordnetem Druck basierte und keine freiwillige spontane Entscheidung der noch einzeln wirtschaftenden Bauern war. Ein Brief der zentralen Parteiführung vom 15. Januar 1960, der sich an alle Grundorganisationen der SED in den LPG, VEG, MTS und in den Dörfern richtete, rief dazu auf, „die noch individuell wirtschaftenden Bauern für den genossenschaftlichen Weg zu gewinnen und die bestehenden LPG weiter zu festigen"[71].

Die nachgeschobene zentrale Anleitung der Grundeinheiten einen Tag nach Mewis' Vorstoß dürfte jedoch als Reaktion darauf zu sehen sein. Das Schreiben ändert nichts an der Einschätzung, daß die Initialzündung zum aktionistischen Vorgehen, das in kurzer Zeit die Vollkollektivierung herbeiführen wollte, in der Peripherie passiert war. Die Ursache für diese Initiative liegt jedoch im Drängen aus Berlin, d. h. die Peripherie reagierte auf eine qualitativ neue Linie der Zentrale und kam dieser in der Umsetzung zuvor. Anläßlich einer Parteiaktivtagung in Berlin am 6. Januar 1960 unterstrich Gerhard Grüneberg, wie wichtig es sei, den „Widerspruch zwischen den fortschrittlichsten Erfahrungen und der ungenügenden Leitungstätigkeit schnellstens zu beseitigen"[72]. Ausgerechnet der Rostocker Bezirksleitung wollte man „helfen, Fragen der Entwicklung der tierischen Produktion, insbesondere der Entwicklung der Viehbestände sowie der Fragen der

---

[70] So Kaiser, Machtwechsel, S. 58f., bes. Anm. 9; dies., Politik, S. 99–105. Auf einer Sitzung der Bezirksleitung der SED am 14./15. 1. 1960 in Rostock waren erstmals und ausnahmsweise auch Vertreter der anderen Blockparteien beteiligt gewesen. Am Abend des 14. Januar fuhren fast alle anwesenden Kreissekretäre in ihre Heimatkreise und überbrachten die Nachricht, daß die volle Vergenossenschaftlichung nun durchgeführt werden solle. Tags darauf beschloß die Tagung, daß das Ziel der Vollvergenossenschaftlichung bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung erreicht werden sollte (ebd., S. 100 f.). Grundsätzlich ist anzumerken, daß die Quellenbasis für diese weitgehende These dünn ist. Als Hauptquelle stützt sich Kaiser auf ein Interview mit dem Hauptbeteiligten Karl Mewis, das sich im Besitz der Verfasserin befindet. Andere Provenienzen bezog sie für die neuere Darstellung auch nach Öffnung der Archive nicht mit ein. Tatsächlich war Mewis' Bezirk noch Ende November 1959 von Ulbricht im „Neuen Deutschland" heftig dafür kritisiert worden, daß der Bezirk in der Planerfüllung der LPG um 10–20% hinterherhinke und die LPG nur einen extrem niedrigen Viehbesatz aufwiesen; Krebs, Weg, S. 359.

[71] So Prokop, Übergang, S. 195; dessen Argument auf dieser ungenauen Quellenangabe beruht: Zentrales Parteiarchiv IV 2/5/10. Auffällig ist, daß Prokop Kaisers Ergebnisse, die bei Erscheinen seines Buches immerhin schon 6 Jahre vorlagen, nicht berücksichtigt. Der Verdacht liegt nahe, daß es unziemlich schien, für eine so einschneidende Wendung eine Aktion der Peripherie vom vorangegangenen Tag und nicht die SED-Zentrale in Berlin verantwortlich zu machen.

[72] SAPMO DY 30 IV 2/7/11, Bl. 51–84, Referat ZK-Abt. LW auf Parteiaktivtagung der PO beim ZK, 6. 1. 1960, Zitat Bl. 84.

Futterproduktion – besonders Mais – so zu organisieren, daß dieser ausgesprochen landwirtschaftliche Bezirk einen großen Sprung nach vorn machen kann"[73]. Eine Lösung für das Problem der niedrigen Viehbestände in den LPG des Bezirkes Rostock sah man darin, gerade jene noch verbliebenen Einzelbauern, die in der Regel über höhere Viehbestände verfügten, den LPG einzuverleiben.

Angeblich zog das Sekretariat des ZK erst am 27. Januar 1960 hinter den Rostocker Entscheidungen nach, indem es eine Beratung mit den 1. Bezirkssekretären und Abteilungsleitern des ZK anberaumte[74]. Diese Datierung einer Grundsatzentscheidung zur Vollkollektivierung ist aufgrund der dargelegten Vorgänge um die Verschiebung des DBD-Parteitages zu spät. Schon am 18. Januar wurde der Termin des Parteitages in der Absicht geändert, bis zu diesem Parteiereignis die Vollkollektivierung erreicht zu haben. Mit der Verlegung auf Mitte Mai 1960 legte sich das Politbüro darauf fest, bis dahin auch die Vollkollektivierung durchgepeitscht zu haben. Diese weitreichende Änderung in der programmatischen Ausrichtung des Parteitages setzte eine vorherige Verständigung und einen Konsens von Politbüro und ZK-Apparat voraus[75].

Die Rostocker Aktion ist daher ein Sonderfall. Sie ist erstens als Reaktion auf die anhaltende Kritik der ZK-Abteilung Landwirtschaft zu sehen, welche in paternalistischer Manier die Bezirke laufend zu mehr Anstrengungen in ihren „zurückgebliebenen" Kreisen aufforderte[76]. Ein Schreiben von Ende Dezember nannte jeder Bezirksleitung drei Kreise, die besonders schlechte Ergebnisse in folgenden Positionen aufwiesen: Bruttoproduktion in der Industrie, Erfüllung der Bauaufgaben, Anteil und Entwicklung des sozialistischen Teils der Landwirtschaft und Wert der Arbeitseinheiten in den LPG. Im Bezirk Rostock wurden die Kreise Ribnitz-Damgarten, Rostock-Land und Neustrelitz genannt. Die schlagartige Kollektivierung der bislang noch nicht beigetretenen, aber erfolgreich wirtschaftenden Mittelbauern, die erhebliche Viehbestände in die Kooperativen einbrachten, sollte im Bezirk Rostock helfen, die betriebswirtschaftlichen Probleme in den bestehenden LPG zu mildern, auch um deren Attraktivität für Einzelbauern zu steigern. Es ist daher kein Zufall, daß Mewis für seine Aktion „De Appel is riep" im Januar den Kreis Ribnitz-Damgarten auswählte, den die ZK-Abteilung zuvor als besonders problembeladen charakterisiert hatte. Außerdem versprach dieses Vorgehen, den dauerhaften Ruhm zu erlangen, als erster Bezirk die Vollkollektivierung avisiert zu haben. Zweitens profitierte Mewis' Aktion von einem ausgesprochen engen Anpassungskurs der DBD an die SED, der z. B. dazu führte, daß die DBD hochqualifizierte Funktionäre an die SED abgab[77]. Neben der offiziellen Zusammenarbeit

---

[73] Ebd., Bl. 80 f.; auffälligerweise wurde hier ausschließlich der Bezirk Rostock genannt.

[74] Kaiser, Politik, S. 105; Ulbrichts Rede auf dieser Tagung, die nichts an Eindeutigkeit in Richtung Vergenossenschaftlichung vermissen ließ, auch abgedruckt in: ders., Bauernbefreiung, Bd. 2, S. 905 ff. Aktenüberlieferung der Rede in SAPMO NY 4182/608.

[75] Wenn das PB die Verschiebung erst am 26. Januar beschloß, ist zu berücksichtigen, daß der Beschluß eine weitere Klärung enthielt, wofür Vorarbeiten nötig waren, etwa in der terminlichen Feinabstimmung des PT; außerdem tagte das PB nur einmal wöchentlich.

[76] SAPMO DY 30 IV 2/5/35, Bl. 51 f., Entwurf Org.-Abt. an die BL, 28. 12. 1959. Siehe auch Prokop, Übergang, S. 200, Anm. 105.

[77] Diese Praxis ging, wie erwähnt, auf den damaligen Organisationssekretär der DBD in –

Ernst Mecklenburgs mit dem MfS, die sich aus seiner Position ergab, arbeitete im Rostocker Sekretariat der DBD außerdem eine Gruppe von besonders willfährigen Spitzeln der Staatssicherheit. Als Erfüllungsgehilfen der SED setzten sie in operativen Aufträgen vor allem deren Interessen auch in den folgenden Jahren um[78]. Ernst Mecklenburg wurde für seinen Einsatz im Frühjahr 1960 von der SED hoch belobigt. Sein bedingungsloser Anpassungskurs war letztlich dafür verantwortlich, daß er in den achtziger Jahren zum Parteivorsitzenden avancierte. Rostocks DBD-Führung war kein Opfer der SED-Kollektivierungspolitik, sondern arbeitete in besonderem Maße an ihrem raschen Abschluß mit.

Auch wenn man die Existenz einer solchen Initialzündung aus Rostock bejaht, muß doch betont werden, daß intern schon während und vor allem in Nachbereitung der 7. ZK-Tagung in der SED und im Staatsapparat ein Prozeß eingeleitet worden war, der einen Grundkonsens für das Erreichen der Vollkollektivierung in absehbar kurzer Zeit gestiftet hatte, wenngleich keine Festlegung auf das Frühjahr 1960 stattgefunden hatte bzw. bislang nicht nachzuweisen ist. Da diese Frage erst auf der 8. ZK-Tagung ausführlich thematisiert werden sollte, dürfte das Politbüro zum Zeitpunkt der 7. ZK-Tagung noch keine Terminierung der Vollkollektivierung für das Frühjahr 1960 geplant haben[79].

Ungeachtet der singulären Bedeutung, die dem Rostocker Vorpreschen am 14. Januar 1960 zukommt, fällte das Politbüro während der 7. ZK-Tagung Entscheidungen, die eine organisatorische Straffung sowie eine Radikalisierung der agrarpolitischen Konzeption bezweckten und insgesamt auf einen kurz- bis mittelfristigen Abschluß der Kollektivierung zielten. Zum Zeitpunkt dieser ZK-Tagung peilte man dafür nicht schon das Frühjahr 1960 an, sondern die Zeit nach der 8. ZK-Tagung. Diese Terminierung hätte eine gebührende Vorbereitung des Apparates und eine weitere Abstimmung mit der Sowjetunion ermöglicht; letztere war eventuell nötig, um die Zusage der UdSSR für Lebensmittellieferungen zu erwirken. Auf solche war die DDR im Falle einer radikalen Kollektivierung angewiesen, da diese die landwirtschaftlichen Erträge, die ohnehin unter der ungünstigen Witterung 1959 gelitten hatten, zunächst unweigerlich schmälern würde[80].

Rostock, Ernst Mecklenburg, zurück; ACDP VI-052–0538, Protokolle Sekretariat, 17.11., 29.11. und 6. 12. 1958, 19. 1. 1959. ACDP VI-052–0546, Protokoll Sekretariat, 15. 1. 1962. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 110–115, Treffbericht HA V/3, 26. 11. 1960.

[78] Erwin Binder etwa berichtete schonungslos über alle Vorkommnisse in der Mitgliedschaft und trug wie auch Mecklenburg zur Ablösung Walter Spierings als Bezirksvorsitzender 1963 bei. Auf Spiering folgte Mecklenburg. BStU ASt Rst. AIM 186/63, Binder, Bd. 1/I, Bl. 47. Binder, der Mitte 1960 angeworben wurde, nachdem sich Mecklenburg in einem Gespräch lobend über ihn geäußert hatte, obwohl er die landwirtschaftliche Gehilfenprüfung nur mit der Note „genügend" bestanden habe, informierte in der Folge das MfS 1960 auch über weitere Konflikte zwischen Goldenbaum und Mecklenburg. Ebd., Bd. 1/I, Bl. 67, Befragung Mecklenburg, 29. 6. 1960; ebd., Bd. 1/II Arbeitsvorgang Binder, Bl. 32–39, Treffbericht, 27. 8. 1960 (zu Spiering); Bl. 41, Bericht vom 4. 11. 1960, Bl. 180–185, Bl. 264.

[79] So auch Kaiser, Politik, S. 89.

[80] Über Engpässe in der Versorgungslage siehe etwa die PB-Protokolle: SAPMO DY 30 J IV 2/2/672, 20. 10. 1959, Bl. 6. SAPMO DY 30 J IV 2/2/673, 3. 11. 1959, Bl. 3; Reichelt, Blockflöte, S. 172; allg. bis 1961 vgl. Poutrus, Lebensmittelkonsum, S. 398–406.

Zur Verbesserung der Versorgungslage erwog die landwirtschaftliche Führungsspitze der SED am 24. November 1959 gegenüber dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, Änderungen am Entschließungsentwurf der ZK-Abteilung Landwirtschaft für das 7. Plenum vorzunehmen. Um dem steigenden Verbrauch und den Prognosen gerecht zu werden, müßten die für 1965 formulierten Produktionsziele schon 1963, die für 1963 schon 1961 erfüllt werden[81].

Als Datum für das Erreichen der Vollkollektivierung hat die SED vorübergehend das Jahr 1961 angesetzt. Es ist offensichtlich, daß auf verschiedenen mit der Agrarpolitik betrauten Ebenen während und im unmittelbaren Anschluß an die 7. ZK-Tagung Entscheidungen getroffen wurden, die zentrale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Durchsetzung der Vollkollektivierung schufen. Erst dieses veränderte, radikalisierte Klima kombiniert mit den Vorwürfen an die Bezirksleitung hat Mewis zur eigenmächtigen Profilierung angestachelt – möglicherweise war er auch aufgrund der jahrelangen nachweislich engen Abstimmung mit dem sowjetischen Konsulat sofort über die neue Ausrichtung informiert[82].

Welche Entscheidungen im Umfeld der 7. ZK-Tagung waren nun dazu geeignet, solche Rahmenbedingungen für eine Vollkollektivierung zu schaffen? Diese Entscheidungen konnten nicht mehr in den öffentlich dargebotenen Inhalt der 7. ZK-Tagung einfließen, da sie ganz kurzfristig zustande kamen und sicherlich den sorgfältig inszenierten Verlauf der 7. ZK-Tagung gestört hätten. Gleichwohl belegen die schon vor der ZK-Tagung erstellten Konzeptionen des Ministeriums und der VdgB ganz klar, daß man, obwohl noch kein nahes Enddatum für die Vollkollektivierung feststand, auch dort nur noch überlegte, wie man die einzelbäuerlichen Betriebe wirtschaftlich weiter einschnüren und so zum Eintritt in eine LPG bewegen könnte[83]. Im vorbereiteten Teil beschäftigte sich die 7. ZK-Tagung mit der Erfüllung der Ziele des Siebenjahrplanes in der Landwirtschaft. Erstmals waren zu einer ZK-Tagung über hundert Gäste, Agrarwissenschaftler, Brigadiere und andere Experten oder Praktiker geladen; erstmals hielt ein Nicht-SED-Mitglied, Landwirtschaftsminister Hans Reichelt, ein Grundsatzreferat auf einer SED-Parteiveranstaltung, und zwar über die Bedeutung der Viehwirtschaft im Siebenjahrplan.

Während der 7. ZK-Tagung vollzog das Politbüro auf Ulbrichts Entscheidung hin einen bedeutsamen Personalwechsel an der Spitze der Agrarpolitik. Auf einer außerordentlichen Sitzung am 11. Dezember 1959 wurde beschlossen, Erich

---

[81] BA DE-1/3189, Bl. 117–120, Heid, Abt. Land- und Forstwirtschaft der Staatlichen Plankommission, an Leuschner, 25. 11. 1959.

[82] Siehe z. B. International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–425, Bl. 49–51), Gespräch Konsul Rostock, I. Timofeew, mit Mewis, 13. 2. 1956. Mewis fragte an, ob er in Rostock bleiben soll.

[83] SAPMO DY 30 IV 2/7/10, Bl. 368, ZV der VdgB, gez. Herold, an Mückenberger, 16. 10. 1959; ebd., Bl. 372–382, Konzeption zur 7. ZK-Tagung des MLF, gez. Reichelt, 17. 10. 1959; vgl. auch Reichelt, Blockflöte, S. 172–174, der ebenfalls erwähnt, daß die ZK-Tagung „keine detaillierten Schlußfolgerungen aus der Entwicklung [Ausbau des genossenschaftlichen Sektors] in Halle und Rostock" zog, also im veröffentlichten Ergebnis nicht auf eine kurzfristige Vollkollektivierung zusteuerte.

Mückenberger als Sekretär für Landwirtschaft abzulösen; er gehörte allerdings weiter dem Politbüro an. Für ihn sollte der Sekretär des ZK Gerhard Grüneberg den Vorsitz der Agrarkommission übernehmen und als Kandidat in das Politbüro einrücken[84]. Der unmittelbare Anlaß für Mückenbergers Abberufung lag darin, daß der Kreis Eilenburg im Bezirk Leipzig als erster Kreis der DDR die Vollkollektivierung tatsächlich erreicht hatte[85]. Dieser Vorgang war ungeachtet massiver Agitation offenbar nicht für diesen, sondern für einen Nachbarkreis erwartet worden. Jedenfalls bestärkte die Bewegung „von unten" Ulbricht darin – höchstwahrscheinlich lieferte sie ihm nur einen Vorwand –, Mückenberger abzusetzen. Dieser galt nicht mehr als die am besten geeignetste Person für den in der Zentrale anvisierten Vollzug der Kollektivierung, die gegen alle Reibungen im Apparat und vor allem gegen den Widerstand der noch verbliebenen knapp 400000 Einzelbauern durchzusetzen war. Dieses Revirement an der Spitze der Agrarpolitik steht für einen Politikwechsel, der einen Kurs zur Herbeiführung der Vollkollektivierung in absehbar kurzer Zeit ins Auge faßte. Weiter sollte die Kollektivierung in einen agrarindustriellen Aufbau der DDR-Landwirtschaft eingebettet werden, wie er nach einer Konsolidierungsphase, d.h. nach Überwindung der Friktionen, die die abrupte Kollektivierung mit sich brachte, ab 1963 in der DDR mit den Namen Gerhard Grüneberg und Bruno Kiesler verbunden ist. Vielleicht behielt sich die SED vor, im Stammland der Arbeiterbewegung Sachsen den ersten vollkollektivierten Kreis zu erzielen – während die DBD im Oktober ihren Parteitagsort von Leipzig nach Güstrow, in ihr historisches Gründungszentrum nach Mecklenburg verlegte und sich dort auf die Kollektivierung konzentrierte.

Diese agrarpolitischen Ziele sollten unter Grüneberg nun auch gegen volkswirtschaftliche Rationalität verfochten werden. In Mückenbergers Ära war die volkswirtschaftlich beste Lösung der Agrarordnung immer noch so interpretiert worden, daß ein überstürzter Ausbau des genossenschaftlichen Teils der Agrarwirtschaft deren Produktivität insgesamt belaste und die DDR angesichts seit 1958 gestiegener Konsumbedürfnisse vor Aufgaben stellen würde, die sie aus eigener Kraft nicht erfüllen könnte. Außerdem schätzte man die Widerstände der Einzelbauern gegen diesen Schritt als sehr hoch ein. Insbesondere die labile Wirtschaftslage vieler LPG verhinderte in Mückenbergers Sicht, daß solide Einzelbetriebe diesen LPG beitraten und deren ökonomische Basis damit stabilisierten.

So war mit Mückenberger eine agrarpolitische Konzeption verbunden, die trotz einer seit 1957 vorhandenen grundlegenden Ausrichtung auf die gezielte Ausdehnung des sozialistischen Sektors im Prinzip stets die makroökonomischen Implikationen des Sozialisierungsprozesses berücksichtigte. Sein Vorgehen zur

---

[84] Zur 7. ZK-Tagung (Ulbricht Berichterstatter) u.a.: „1. Der Einschätzung Ulbrichts über den bisherigen Ablauf der Diskussion zu den Landwirtschaftsfragen wird zugestimmt, 2. In der geschlossenen Sitzung des ZK ist offen zu sagen, daß die Arbeit der Agrarkommission des Politbüros nicht den hohen Anforderungen entspricht und deshalb eine Verstärkung notwendig ist." SAPMO DY 30 J IV 2/2/679, Protokoll außerordentliche PB-Sitzung, 11. 12. 1959, Bl. 1 f.

[85] SAPMO DY 30 IV 2/5/60, Bl. 1 ff., Protokoll einer gemeinsamen Abteilungsversammlung der Abt. Organisation, Kaderfragen, Gewerkschaften und Sozialpolitik, Januar 1960, Bl. 28.

Umsetzung des Sozialisierungszieles war zweigleisig angelegt: Parallel zur Werbung von wirtschaftsstarken Einzelbauern für die LPG sollte alles unternommen werden, um die LPG ihrerseits betriebswirtschaftlich voranzubringen; beide Aspekte würden ineinandergreifen und sich gegenseitig beeinflussen.

Schon im Vorfeld der 7. ZK-Tagung traf Mückenberger massive Kritik des Politbüros. Eine Reihe von Vorlagen, die unter seiner Anleitung erstellt worden waren, mußten mehrfach umgeändert werden, weil sie in Ulbrichts Sicht nicht den politischen Erfordernissen entsprachen. Ulbricht hatte bereits im November 1959 darauf gedrängt, was auf der ZK-Tagung explizit proklamiert wurde: Nicht nur im nationalen Vergleich sollte die DDR-Landwirtschaft eine bessere Produktivität erzielen, auch international sollte sie sich am „Weltniveau" messen[86]. Noch Anfang Dezember war das Politbüro weder mit Mückenbergers Arbeit noch mit der Redevorlage Reichelts für die ZK-Tagung einverstanden[87]. Auch zwischen der Staatlichen Plankommission und Mückenberger als Vertreter der Agrarwirtschaft war es im Vorfeld zu Differenzen gekommen. Es ging dabei um die Chancen der Agrarwirtschaft, die Produktionsziffern des Siebenjahrplanes zu erfüllen[88]. Demnach hatte Mückenberger vor Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission am 24. November Modifikationen am Siebenjahrplan gefordert – so der Vorwurf der Plankommission –, da die Planziffern hinsichtlich der Positionen pflanzliche und tierische Erzeugung nicht mehr zuträfen[89]. Für die Plankommission wies Heid die Mehranforderungen an staatlichen Mitteln zurück, die gewährleisten sollten, daß man die landwirtschaftlichen Produktionsziffern erreichen könnte. Dies stieß auf heftige Kritik von Mückenberger, aber auch von Grüneberg und Reichelt. Heid mußte Mückenberger gegenüber eingestehen, daß die Plankommission zu dieser Zeit noch keine neue Konzeption über die Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauches für 1961 bis 1965 ausarbeiten könne, die der Landwirtschaftsapparat aber begleitend zur Vorgabe der Plankommission, die festlegte, bis 1962 keine Import an tierischen Erzeugnissen mehr vorzunehmen, dringend benötigt hätte.

Das Ziel, „Weltniveau" zu erreichen, markiert die einschneidende Bedeutung der 7. ZK-Tagung. In der Sicht von Karl Gutjahr, Ulbrichts Berater in Landwirtschaftsfragen, ging die 7. ZK-Tagung durch die Ausrichtung am „Weltniveau"

---

[86] Daher müsse im Mittelpunkt der ZK-Tagung „die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe in der Landwirtschaft stehen, wobei begonnen werden muß mit der Darlegung des Standes des Weltniveaus in der Landwirtschaft und welche Maßnahmen notwendig sind, um diesen Stand zu erreichen," so die Schelte des PB an Mückenbergers Vorlagen; SAPMO DY 30 J IV 2/2/675, Protokoll PB, 17. 11. 1959, Zitat Bl. 3, siehe insgesamt TOP 2.

[87] SAPMO DY 30 J IV 2/2/677, Protokoll PB, 1. 12. 1959, Bl. 2.

[88] Die Differenzen mündeten in eine Stellungnahme der Abt. LW der Staatlichen Plankommission zur Vorlage an das PB, 29. 11. 1959, BA DE-1/3189, Bl. 124–128.

[89] So die Auffassung der Abt. LW der Staatlichen Plankommission, ebd., Bl. 117–120, Heid an Leuschner, 25. 11. 1959, hier Bl. 118–120. Der Bezirk Neubrandenburg fragte schon an, ob es zuträfe, daß der Siebenjahrplan geändert werde und man daher die Arbeit am „komplex-territorialen" Plan für den Bezirk einstellen solle. Am 27. 11. 1959 wandte sich Mückenberger nach einem Gespräch am 25.11. nochmals an Leuschner um diesem zu versichern, keiner wolle auf der 7. ZK-Tagung die bisherigen Ziffern des Siebenjahrplanes „über den Haufen werfen"; ebd., Bl. 121–123.

über die Beschlüsse des V. Parteitages hinaus[90]. Die Beschlüsse des Parteitages hatten, wie erwähnt, im Hinblick auf die agrarpolitischen Vorsätze unter dem Gemeinziel „Aufbau des Sozialismus" festgelegt, innerhalb eines längeren Zeitraumes von fünf Jahren im nationalen Wettstreit die Bundesrepublik an Produktivität zu übertreffen. Auch aus den internen SED-Debatten im Vorfeld der 7. ZK-Tagung geht hervor, daß der Wechsel zur Zielhöhe „Weltniveau" den entscheidenden Unterschied zu den Vorgaben des V. Parteitages bezeichnete. Die DDR bemühte sich, nicht nur im deutsch-deutschen Vergleich zu bestehen; vielmehr übernahm sie jene Aufgaben, die Chruschtschow dem gesamten Ostblock im Zusammenhang mit dem sowjetischen Siebenjahrplan zugeschrieben hatte, dessen Plankennziffern im Februar 1959 veröffentlicht worden waren[91]. Auch das Dezemberplenum der KPdSU, das sich mit der weiteren „Entwicklung der Landwirtschaft" befaßte, formulierte optimistisch, daß die Sowjetunion 1959 die Pro-Kopf-Fettproduktion der USA schon übertroffen habe[92]. Allerdings bedeutete diese veränderte Ausrichtung noch keinen radikalen Politikwechsel hin zu einer ganz kurzfristigen Durchsetzung einer Vollkollektivierung.

Obwohl die SED intern sehr wohl mit der 7. ZK-Tagung den Beginn der, so Gutjahr, „nächsten Etappe der sozialistischen Entwicklung in der Landwirtschaft"[93] datierte, plante das Politbüro eine intensive Auseinandersetzung mit dem Wunschziel Vollkollektivierung und dessen Herbeiführung doch erst *nach* einer Tagung des Nationalrates der Nationalen Front und in Zusammenhang mit der nächsten, der 8. ZK-Tagung[94]. In Vorbereitung auf diese Tagung betraute man die ZK-Abteilung Landwirtschaft daher mit zwei Aufgaben: zum einen mit der „Orientierung auf die politische Massenarbeit" – das bedeutete eine Anleitung der Apparate der Parteien und Massenorganisationen zum agitatorischen Vorgehen in den Dörfern – und zum anderen mit der „Organisierung und Kontrolle der Durchführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Landwirtschaft und Orientierung auf das Weltniveau"[95].

Die Ausrichtung am „Weltniveau" implizierte, den erreichten Stand der Agrarumwälzung in der DDR innerhalb des Ostblocks zu vergleichen. Darin lag ein dynamisierendes Element für die Beschleunigung der Kollektivierung. Reichelt proklamierte im März 1960 auf einer Brigade-Versammlung in Schwerin, es sei wichtig, „unser Tempo schnell zu steigern. Außer Polen und unserer DDR sind alle sozialistischen Länder vollgenossenschaftlich"[96]. Der entscheidende Radi-

---

[90] Siehe Materialzusammenstellung für 7. ZK-Tagung im Nachlaß Ulbricht, SAPMO NY 4182/1039, Bl. 143ff.

[91] Vgl. Meissner, Russland, S. 203–205.

[92] Selenin, Agrarnaja politika, S. 112; Ploss, Conflict, S. 154–158, schätzt Chruschtschows Lage zum Zeitpunkt des Plenums als schwieriger ein.

[93] Siehe Materialzusammenstellung für 7. ZK-Tagung im Nachlaß Ulbricht, SAPMO NY 4182/1039, Bl. 143ff.

[94] So Ulbricht im PB während der 7. ZK-Tagung, SAPMO DY 30 J IV 2/2/679, Protokoll außerordentliche PB-Sitzung, 11. 12. 1959, Bl. 1f.

[95] SAPMO DY 30 IV 2/7/11, Bl. 51–84, Referat der ZK-Abt. LW für die Parteiaktivtagung der PO beim ZK in Auswertung des 7. ZK-Plenums, 6. 1. 1960, hier Bl. 78.

[96] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg/BV Schwerin, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Protokoll Brigadebesprechung am 4. 3. 1960 in Schwerin.

kalisierungsschub, die Vollkollektivierung in aller Härte voranzutreiben, und das ehrgeizige Ziel, sich am „Weltniveau" zu messen, ist im internationalen Kontext sicherlich dadurch begünstigt worden, daß die sowjetische Parteiführung ihre Verbündeten für den Februar 1960 zu einer Agrarkonferenz nach Moskau eingeladen hatte[97]. Für die SED dürfte die Aussicht gewiß verlockend gewesen sein, dort berichten zu können, daß der Agrarsektor der DDR nun in großem Stil Produktionsmittel in genossenschaftliche Eigentumsformen einbrachte. In seiner Rede in Moskau begründete Ulbricht die Kollektivierung mit erhofften Produktionssteigerungen: Während die Erhöhung der „landwirtschaftlichen Erträge [...] unmittelbar verbunden [ist] mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Bildung vollgenossenschaftlicher Dörfer und Kreise", könne hingegen mit einer weiteren Produktionssteigerung der Einzelbauern nicht mehr gerechnet werden[98]. Im übrigen lag die Vollkollektivierung in der UdSSR exakt 30 Jahre zurück. Sicherlich versprach sich die DDR, deren Sozialisierungsgrad dem anderer Ostblockländer hinterher hinkte und die um internationale Anerkennung rang, mit diesem Schritt eine historisch vermittelte Legitimation als sozialistischer Staat.

Als dritter Aspekt im Zusammenhang mit der Durchführung der Vollkollektivierung steht ein qualitativ höheres Anforderungsprofil für die Apparate der SED und des Staates, das in Reaktion auf die 7. ZK-Tagung formuliert worden ist. Die Zielsetzung lautete, „den Widerspruch zwischen den fortschrittlichsten Erfahrungen und der ungenügenden Leitungstätigkeit schnellstens zu beseitigen"[99] – das hieß, die Apparate sollten adäquat damit umgehen können, daß in manchen Kreisen, wie in Eilenburg, tatsächlich ein vollkollektivierter Zustand erreicht werden konnte. Hierin unterstellte man Defizite. Wie zahlreiche Indizien belegen, wurden nach der 7. ZK-Tagung die Anforderungen zur Qualifizierung im Apparat neu bestimmt. Das betraf die untere Umsetzungsebene der Kollektivierung in den Dörfern. Die Abteilung Organisation und Propaganda sollte in Nachbereitung der 7. ZK-Tagung festlegen, „wie die Kampagne in den Fragen der Landwirtschaft weiterzuführen" sei und sie sollte künftig garantieren, daß „die Parteiführung eine schnellere und genauere Information über bestimmte Erscheinungen in der Republik erhält"[100]. Der Kontext legt nahe, unter „bestimmten Erscheinungen" so wie unter „fortschrittlichsten Erfahrungen" das Erreichen des vollgenossenschaftlichen Zustandes in Eilenburg zu verstehen. Offenbar fühlte sich die Parteiführung über die Vorgänge dort unzureichend informiert. Welch neue Dimension die Agitation im Dezember 1959 auf dem Land annahm, beweisen die anschnellenden

---

[97] SAPMO DY 30 J IV 2/2/687, Protokoll PB, 8. 2. 1960, Bl. 2, Bericht Ulbrichts über die Beratungen in Moskau, 1. zur Agrarkonferenz. „Nach Rückkehr der Delegation soll ausgearbeitet werden, wie wir den Höchststand in den vollgenossenschaftlichen Dörfern erreichen, wie wir solche auf dem Weltstand stehende Kombinate für Schweine und Rindvieh in den Groß-LPG in vollgenossenschaftlichen Kreisen schaffen."

[98] BA DE-1/20412, Diskussionsbeitrag Ulbrichts (18 Seiten), hier S. 2, 6.

[99] So die Formel, hier im Referat der ZK-Abt. LW für die Parteiaktivtagung der PO beim ZK in Auswertung des 7. ZK-Plenums, 6. 1. 1960, SAPMO DY 30 IV 2/7/11, Bl. 51–84, Zitat Bl. 84.

[100] SAPMO DY 30 J IV 2/2/680, Protokoll PB, 15. 12. 1959, Bl. 2–4, TOP 9 c und d.

Beitrittszahlen zu den LPG, besonders auffällig in jenen Gebieten, wo der Zuwachs bis dahin rückläufig gewesen war[101].

Außerdem hielt es die SED-Führung für unerläßlich, in Anlehnung an den Politbürobeschluß vom 15. Dezember 1959 die staatliche Leitungstätigkeit insgesamt den „vorauseilenden Produktionsverhältnissen"[102] anzupassen, und das hieß, die mit Landwirtschaft befaßten Stellen zu reformieren. Funktionstüchtige Apparate galten als Voraussetzung für das Erreichen und die dauerhafte Beibehaltung der Vollkollektivierung. Zu diesem Zweck suchte die SED offenbar sowjetische Beratung und entsandte noch im Dezember 1959 eine Delegation des ZK zum „Studium der Parteiarbeit der KPdSU" in die Sowjetunion. Als Ergebnis dieser Reise übernahm man die territorialen Organisationsformen des Parteiapparates der KPdSU[103]. Künftig sollte in der ZK-Abteilung Landwirtschaft jeweils ein Genosse für einen Bezirk verantwortlich sein; später gab es Überlegungen, einen eigenen Sektor in der Abteilung einzurichten, der nur für die territoriale Anleitung zuständig sein sollte. Außerdem drängte man auf einen Austausch mit anderen ZK-Abteilungen, um die nächste ZK-Tagung zu Landwirtschaftsfragen gemeinschaftlich, „sehr breit", vorzubereiten.

Im Zuge des Umbaus der Abteilung Landwirtschaft Anfang 1960 fielen bei den Mitarbeitern eine Reihe politischer „Ungereimtheiten" auf, die es auszuräumen galt[104]. Auch für das Ministerium zog die Umorganisation eine Reihe von Veränderungen nach sich. Wie im Politbürobeschluß vom 15. Dezember 1959 vorgezeichnet, sollte das Ministerium mehr politische Kompetenz beweisen[105]; zwar habe es künftig „die Grundfragen der Agrarpolitik auszuarbeiten und der Agrarkommission des ZK vor[zu]legen. Darüber hinaus muß Schluß gemacht werden damit, daß jedes Papierchen vom Ministerium oder Mitarbeitern des Ministeriums der Abteilung Landwirtschaft und dem Sekretär des ZK vorgelegt wird [...] Der

---

[101] Für die DBD z. B. im Bezirk Leipzig, siehe Tabelle 23. Ulbricht wurde noch im Dezember vor Ort aktiv, wie Reichelt, Blockflöte, S. 174, anführt: Er empfahl lokalen SED-Apparaten auf einer Versammlung am 19. 12. 1959, „aus der Enge" herauszutreten und mit den Massen der Bauern, in Zusammenarbeit mit der Nationalen Front und der DBD vorzugehen; dann werde man rasch sehen, „wie gut das vorwärts geht."

[102] So Kiesler in einer sehr kritischen Einschätzung zu den Reorganisationsplänen des MLF, die diesen Anforderungen nicht genügten. SAPMO DY 30 IV 2/7/39, Bl. 10–14, Stellungnahme ZK Abt. LW zur Vorlage des MLF an die Landwirtschaftskommission beim PB, 23. 1. 1960, Zitat Bl. 10.

[103] SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 141–143, Vorschläge zur Auswertung des Berichtes der Delegation des ZK der SED zum Studium der Parteiarbeit der KPdSU, 29. 12. 1959, von Karl Parske zur Vorlage an Alfred Neumann. Siehe dazu auch: SAPMO DY 30 IV 2/7/77, Bl. 158 f., Kiesler an Grüneberg, 23. 6. 1960. Ein Bezug auf „sowjetische Erfahrungen" auch im Referat der ZK Abt. LW für die Parteiaktivtagung der PO beim ZK in Auswertung des 7. ZK-Plenums, 6. 1. 1960, SAPMO DY 30 IV 2/7/11, Bl. 51–84, hier Bl. 78.

[104] Unter anderem geriet Parske, Leiter der in diesen Fragen sensiblen Sektion Agrarökonomik, in die Kritik. Er hatte die Abt. seinerseits 1956/57 über die vermeintliche „Plattform" Viewegs in der Abt. Agrarökonomik der DAL informiert (siehe SAPMO DY 30 IV 2/7/78, Bl. 386 f., Sektorenleiterbesprechung, 4. 12. 1956). SAPMO DY 30 IV 2/7/79, Protokoll Parteiaktivtagung, 12. 1. 1960, Bl. 354 ff.

[105] SAPMO DY 30 J IV 2/2/680, Protokoll außerordentliche PB-Sitzung, 15. 12. 1959, Bl. 2–4, u. a. TOP 3.

Apparat der Partei wird sich in Zukunft nur noch mit den Grundfragen, vor allem der Mobilisierung der Werktätigen, zur Lösung der von der Partei gestellten Aufgaben beschäftigen und unten – an Ort und Stelle – gemeinsam mit den Werktätigen kontrollieren, wie die staatlichen Organe ihre Aufgaben lösen."[106] Dieser Zug, das staatliche Ministerium nur noch als unter der Oberhoheit der SED stehendes Ausführungsorgan zu begreifen und es einer vermeintlich zwischen Basis und SED abgestimmten Kontrolle zu unterwerfen, zeigt in besonderer Weise die Janusköpfigkeit der Veränderungen im Verhältnis von Staat und Partei 1960 auf, die eben nicht ausschließlich unter dem Schlagwort „moderne Reform" zu fassen sind[107]. Sogar die Staatliche Plankommission geriet bis Anfang Januar 1960 in die Kritik der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, die ihr vorhielt, zum Siebenjahrplan eine „falsche Orientierung zur Entwicklung der Viehbestände" an das MLF herausgegeben zu haben[108]. Die Vorwürfe wurden dort strikt zurückgewiesen.

Mehr Zuständigkeiten für die Ministerien implizierte jedoch zugleich eine wachsende Kompetenzkompetenz der Partei als „Supervisor", die ihren Kontrollanspruch erweiterte. In bezug auf das 1960 mit dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf vereinigte Landwirtschaftsministerium bedeutete dies mittelfristig eine Ausdehnung des SED-Herrschaftsmonopols. Denn als Folge dieses Bedeutungszuwachses des Ministeriums erschien ein DBD-Minister Reichelt trotz aller Qualifikation und Verläßlichkeit nicht mehr tragbar[109]. Daher hatte der erste Auftritt eines DBD-Ministers auf der 7. Tagung des ZK der SED eine ambivalente Bedeutung: Die dort nur vorgetäuschte Repräsentation eines Bevölkerungsausschnitts, der über die SED-Parteimitglieder hinausreichte, stand im Vordergrund, es geschah nichts von politischer Bedeutung, das nicht der Oberkontrolle der SED unterstanden wäre. Die auftretenden Beteiligten außerhalb der SED hatten ihre Feuerprobe längst bestanden, die höhere Teilnehmerzahl bedeutete daher keinen Zugewinn an Meinungsvielfalt. So entschied die DBD, für die 8. ZK-Tagung der SED keine eigenen Vorschläge einzubringen; dies ging höchstwahrscheinlich auf die Arbeitsgruppe BO zurück[110].

---

[106] SAPMO DY 30 IV 2/7/11, Bl. 85–95, Thesen zu Problemen der Verbesserung der Arbeitsweise des MLF und der Lösung der Aufgaben der Landwirtschaft, wie sie sich aus dem 7. Plenum des ZK ergeben, 16. 12. 1959, Zitat Bl. 95. Vgl. die kritische, bisweilen kleinkariert argumentierende Stellungnahme der ZK, Abt. LW, SAPMO DY 30 IV 2/7/39, Bl. 10–14, zur Vorlage des MLF an die Landwirtschaftskommission beim PB, hier Bl. 13, verfaßt von Kiesler, 23. 1. 1960, Vorlage des MLF ebd., Bl. 16–34.

[107] Letzteres legt die Gesamtinterpretation von Kaiser, Machtwechsel, S. 38ff., 457ff., nahe.

[108] BA DE-1/27632, Stellungnahme der Leitung der Staatlichen Plankommission zum Bericht der ZKSK, 27. 1. 1960.

[109] Reichelt hatte sich in der Vorbereitung der 7. ZK-Tagung als jemand präsentiert, der alles daransetzte, den Zuwachs der genossenschaftlichen Landwirtschaft voranzutreiben. SAPMO DY 30 IV 2/7/10, Bl. 372–382, Konzeption, 17. 10. 1959.

[110] ACDP VI-052-0540, Protokoll Sekretariat, 8. 3. 1960. Im übrigen sah das Duo Grüneberg/Kiesler für die Vorbereitung der 8. ZK-Tagung keinerlei Beteiligung der DBD vor, siehe SAPMO DY 30 IV 2/7/14, Bl. 70, Entwurf der Thesen zur 8. Tagung des ZK, lt. Schreiben Kiesler an Grüneberg, 24. 2. 1960, zwecks Ausarbeitung der Dokumente zu

Gerade die neuen Köpfe im Sekretariat des DBD-Parteivorstands und auf den Führungspositionen seiner Abteilungen hatten sich ebenso wie in den Bezirken seit 1959 häufig beim MfS verpflichtet[111]. Es erscheint naheliegend, daß sich das MfS seit dem Zeitpunkt, als offensichtlich war, daß trotz aller Anstrengungen die Zahl der LPG-Beitritte 1959 erneut stehenblieb, um mehr IM bemühte. Der 1960 auf über 70 Personen aufgeblähte DBD-Parteivorstand umfaßte ausschließlich handsortierte Personen, die von DBD- und SED-Apparaten sorgfältig auf ihre Loyalität hin überprüft worden waren. Diese Gewähr hatte das Funktionspersonal der frühen fünfziger Jahre angesichts der unterschiedlichen politischen Sozialisation, selbst wenn sie in einem sozialistisch-kommunistischen Milieu erfolgt war, und angesichts der kaderpolitischen Abstriche, die aus der Personalknappheit herrührten, noch nicht mitgebracht.

Die neue Situation der DBD-Führungsebene 1960

Reichelt übernahm es, unmittelbar nach der 7. ZK-Tagung deren Gehalt dem Sekretariat und Präsidium der DBD zu erläutern[112]. Eine Erklärung des Präsidiums nannte zwar ein Bündel an Aufgaben, das sich für die DBD aus dem 7. Plenum ableiten lasse[113], schrieb jedoch vordringlich fest: „Die größte Reserve, um mehr und billiger zu produzieren und damit die ökonomische Hauptaufgabe in der Landwirtschaft zu erfüllen, ist die sozialistische Umgestaltung." In Vorbereitung des VI. Parteitages gelte es daher, „durch verstärkte ideologische Überzeugungsarbeit alle noch individuell wirtschaftenden Bauern für die sozialistische Großproduktion zu gewinnen und mitzuhelfen, daß in allen landwirtschaftlichen Betrieben die Marktproduktion schnell gesteigert wird".

Über die Brisanz der neuen Lage nach diesem Plenum war die DBD durchaus informiert; so verschob das Sekretariat sofort die „Vorbereitung der Diskussion auf dem VI. Parteitag". Das Steuer sollte nun ganz auf die Kollektivierung ausgerichtet werden, obgleich man im Dezember noch nicht davon ausging, daß die Vollkollektivierung noch vor dem Parteitag von der SED in Gang gesetzt werde. Die neue Sicht führte dazu, daß schon am 21. Dezember 1959 kein einziger Einzelbauer für das immerhin 52köpfige Präsidium des Parteitages mehr vorgesehen war[114]. Vor dem offiziell proklamierten Abschluß der Kollektivierung wollte sich

---

8. Plenum, sei kein DBD-Mann eingeplant, wenn dann nur Genossen aus dem MLF, auch nicht Minister Reichelt.

111 Siehe etwa die Verpflichtungen von Werner Titel 15. 9. 1958, Werner Schneeweiß 17. 3. 1959 (wurde 1960 auf Kontrolle der Pressearbeit in „Bauern-Echo" und „Pflüger" angesetzt), Michael Koplanski 5. 5. 1959 (politischer Mitarbeiter der Abt. Organisation für besondere Aufgaben), Waltraud Mundt 30. 6. 1959 (Mitarbeiterin in Abt. Agrarpolitik), Gerhard Gaude 8. 9. 1959, und die Versetzung von Stefan Zagrodnik im Februar 1960 zum Parteivorstand nach Berlin, dort führte er seine IM-Tätigkeit weiter. Soweit die ermittelten Verpflichtungen, vgl. Kap. IV.4.

112 ACDP VI-052-0540, Protokoll Sekretariat, 14. 12. 1959; ACDP VI-052-0324, Protokoll Präsidium, 17. 12. 1959.

113 Ebd., Stellungnahme Präsidium des PV zu 7. ZK-Plenum, nachfolgende Zitate ebd.

114 ACDP VI-052-0540, Protokoll Sekretariat, 21. 12. 1959.

die DBD nur noch auf opportunes Spitzenpersonal stützen. Eine solche Marschrichtung in der Kaderpolitik für Funktionsposten erschien auch nötig, denn die soziale Zusammensetzung der Bezirkssekretariate und -vorstände belegt bis 1960, wie sehr ihre Funktionäre dort hartnäckig an ihrer einzelbäuerlichen Existenz festhielten[115].

Obgleich für die SED schon vor den Rostocker Ereignissen feststand, daß die Parteiarbeit der DBD nicht mehr den Anforderungen der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft entsprach, dynamisierte die sich abzeichnende Kollektivierung die weitere Straffung des Apparates. Das MfS und die Arbeitsgruppe BO agierten Hand in Hand. Zum einen sollten Goldenbaums Eigenmächtigkeiten im Sekretariat eingeschränkt werden, indem man striktere Regelungen für die Tätigkeit des Sekretariates traf[116]. Die Günstlingswirtschaft um Goldenbaum, der sogar massiv in Mißkredit geratene Personen zu halten versuchte[117], beruhte auf einem Netz ausgebildeter Loyalitäten zu Schlüsselfiguren im Sekretariat. Als Anlaufstellen kamen in erster Linie Goldenbaum, Rose oder Rietz in Frage, wobei die Betonung auf „oder" liegt, denn immer wieder hatten sich getrennte Gruppierungen formiert, die im Sekretariat offen gegeneinander agierten[118].

Um diese Seilschaften zu schwächen, die dem Anspruch der Arbeitsgruppe BO nach völliger Durchdringung zuwiderliefen, sollte ein Verfahren zur Relegierung wegen politisch und moralisch abweichender Verhaltensweisen durch den Umbau des Parteischiedsgerichtes entworfen werden[119]. Für die künftige Parteiarbeit am bedeutendsten waren jedoch die Personalveränderungen im Sekretariat der DBD im Januar 1960, die wiederum mit dem Fortgang der Kollektivierung zusammenfielen: So endete der Einfluß des Generalsekretärs Berthold Rose; er war zweifellos wegen seiner spröden persönlichen Art im Parteivorstand wenig beliebt, hatte es aber in den fünfziger Jahren als einziger verstanden, sich als eigenständiger

---

115 Siehe Tabelle 21.

116 ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 9. 11. 1959, TOP 1.

117 Einige Sympathisanten Goldenbaums dürften wegen dunkler Flecken in ihrer Biographie für eine Anwerbung interessant gewesen sein. BStU MfS AIM 3890/89, Personalakte Rothe, 6. 6. 1961 Vorschlag zur Werbung, 3. 11. 1961 Verpflichtungserklärung; BStU MfS AIM 927/60, Arbeitsvorgang Böhm. SAPMO DY 30 IV 2/15/2, AG BO an Matern, 3. 8. 1959.

118 Aus der Sicht der AG BO, die sich auf MfS-Berichte stützte, sah die Konstellation im Sekretariat Mitte 1959 folgendermaßen aus: Goldenbaum und Böhm arbeiteten gegen eine Gruppe um Rose, zu der Hoffmann (Sekretär und HA-Leiter Agrarpolitik) und Rietz (Sekretär und Kaderchef) gehören würden. Körber, der Organisationsleiter, würde sich derzeit aus allem heraushalten. Goldenbaum decke Rothe, es fehle ihm an Willen, den Sozialismus voranzubringen. Rose ruhe sich aus, intrigiere gegen Goldenbaum und sei gesundheitlich geschwächt. Unter der Voraussetzung, daß Rietz eine Schule besuche, hielt man ihn für fähig, „gute" Arbeit zu leisten. Körber sei der einzige, der die Lage in der DBD „kritischer" einschätze, Hinweise der Genossen dankbar aufnehme und für deren Durchsetzung kämpfe. Die AG empfahl, Scholz auf dem nächsten PT ins Sekretariat zu wählen und Böhm zu entfernen. Dies und die Delegierung von Rietz auf die SED Parteihochschule 1960 belegen, wie eng die SED-Anleitung war. SAPMO DY 30 IV 2/15/2, AG BO an Matern, 3. 8. 1959.

119 ACDP VI-052–0324, Protokoll Präsidium, 17. 12. 1959, 6. 1. 1960.

Kopf gegenüber Goldenbaum – dem er in der politischen Argumentation überlegen war –, bisweilen auch gegenüber der SED zu behaupten. Nach Absprache mit der Arbeitsgruppe BO wurde sein Rückzug als Generalsekretär auf dem VI. Parteitag, womit dieses Amt erlosch, und aus dem Sekretariat schon Mitte Januar 1960 intern beschlossen[120].

Das Präsidium wählte Paul Scholz, Kurt Burkhardt und Stefan Zagrodnik am 25. Januar 1960 in das Sekretariat[121]. Zagrodnik gelang im Frühjahr 1960 ein rasanter Aufstieg in der DBD und in der Volkskammer, der zunächst durch seine seit 1954 erwiesene Loyalität gegenüber dem MfS, dann aber auch durch sein Vertrauensverhältnis zu Goldenbaum begründet war. Er übernahm anstelle von Georg Böhm, den man aufgrund seiner verheimlichten nationalsozialistischen Vergangenheit in das Bezirkssekretariat Berlin als Schulungsleiter abschob, die Hauptabteilung Schulung und Aufklärung; 1961 leitete er auch die wichtige Abteilung Agrarpolitik und fungierte noch stärker als maßgebliche Speerspitze des MfS und der Arbeitsgruppe BO in der DBD. Kurt Burkhardt leitete vorübergehend die Abteilung Organisation, Scholz rückte als stellvertretender Parteivorsitzender erneut ins Sekretariat ein.

Nachdem Rose entmachtet war, baute die SED in Hans Rietz ein Gegengewicht zu Goldenbaum auf und nominierte ihn im Sommer 1960 als stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden[122]. Statt Rose vertrat Rietz die DBD in der Volkskammer in außenpolitischen Angelegenheiten[123]. Beides mußte den Parteivorsitzenden brüskieren. Vermeintlich freie Hand ließ die SED der Bauernpartei im Umgang mit jenen Funktionsträgern, denen im Laufe des Jahres braune Flecken in ihrer Vergangenheit nachgewiesen werden konnten; in der Vorbereitung des Parteitages sollte die DBD diese Personalfragen endgültig bereinigen[124]. Zwar „durfte" die DBD – Grüneberg zufolge – selbst entscheiden, andererseits lenkte Materns Nomenklaturapparat längst auf das gewünschte Ergebnis hin[125]. Diese Vorgehensweise bewirkte, daß Funktionärskarrieren wie die Ernst Mecklenburgs, der seine SED-Treue bewiesen hatte, eben nicht über den Makel einer NSDAP-Mitgliedschaft stolperten[126]. Von den kleinlichen und eitlen Rivalitäten profitierte in erster

---

120 Im Oktober fand eine weitere Aussprache der Parteiführung mit dem ZK statt. Die SED wollte eine bessere Verbindung zwischen dem Sekretariat der DBD und dem ZK herstellen. Diese Verbindung sollte über Goldenbaum laufen. BStU MfS AIM 927/60, Arbeitsvorgang Böhm, Bl. 100f., Bericht vom 26. 10. 1959.

121 ACDP VI-052–0324, Protokoll Präsidium, 25. 1. 1960.

122 BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 42–46, Treffen am 29. 10. 1959.

123 ACDP VI-052–0324, Protokoll Präsidium, 19. 4. 1960.

124 Ebd., Protokoll Präsidium, 25. 1. 1960. Betroffen waren davon Fritz Brix, Erich Wegner, Ewald Sieg, Georg Böhm, Bruno Curth, Werner Klütsch und Heinz Liste. Daß die DBD die Ermittlungen dazu schon im August 1959 abgeschlossen hatte, dürfte das ZK via MfS erfahren haben: BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 23–27, Bericht über Treffen, 13. 8. 1959.

125 BStU MfS AP 14985/92, Personalakte Rietz, Bl. 66; Bericht KP „Hans", 14. 4. 1960. ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 21. 3. 1960.

126 BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 27–31, Bericht zu BV Rostock, 17. 8. 1959.

Linie die SED; sie bot sich als helfende Hand an oder drängte sich auf, wurde als solche aber auch gesucht und konnte so ihren Einfluß sichern.

Die DBD bis zum VI. Parteitag 1960

Obwohl die DBD einen enormen Beitrag zur Herbeiführung und dann zur Verstetigung der Vollkollektivierung leistete, würdigte Ulbricht ihren Anteil daran auf dem 8. ZK-Plenum nur „halbherzig"[127]. Über 17000 DBD-Mitglieder agitierten ebenso wie 15000 CDU- und einige tausend LDP- und NDPD-Anhänger zusammen mit SED-Genossen in den gemischten Brigaden der Nationalen Front zur „sozialistischen Umgestaltung" und strömten aufs Land. LDP und NDPD waren vergleichsweise spät von der SED darauf eingeschworen worden, diesen Auftrag als Parteilosung ernstzunehmen, obwohl beide Parteien kaum bäuerliche Mitglieder zählten[128].

Das Verhältnis zwischen SED und Bauernpartei, insbesondere im Hinblick auf die veränderte Rolle letzterer in einer vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft, wurde durch einige Schlüsselereignisse bestimmt: Am 2. März 1960 trat in Seelow der Parteivorstand der DBD, der Zentralvorstand der VdgB und die Agrarkommission des Nationalrates der Nationalen Front zusammen. Reichelt zufolge sollte die Veranstaltung die „Bandbreite der gesellschaftlichen Kräfte demonstrieren", die „Verantwortung für die Vollendung der Umgestaltung in der Landwirtschaft trugen"[129]. Mit anderen Worten: All jene Organisationen und Gruppen, die sich für die Herbeiführung der Vollkollektivierung bedingungslos unter Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien eingesetzt und sich dabei mitkorrumpiert hatten, sollten zur Stiftung einer Gemeinschaft der dafür Verantwortlichen aufeinander eingeschworen werden. Zwar wurde Goldenbaum als DBD-Vorsitzendem und stellvertretendem Vorsitzenden der VdgB die Ehre zuteil, das Hauptreferat bei dieser, in solcher Konstellation singulären Veranstaltung halten zu dürfen. Doch Gerhard Grüneberg, der neue starke Mann Ulbrichts in Agrarfragen, sollte der Tagung den Stempel aufdrücken. Er skizzierte nochmals die Aufgaben der Landwirtschaft im Siebenjahrplan vor dem Hintergrund der engeren Einbindung in die ehrgeizige Wirtschaftspolitik Chruschtschows: Anläßlich der agrarpolitischen Beratung der RGW-Staaten Anfang Februar in Moskau „wurde noch einmal klar herausgearbeitet, welche Aufgabe die Landwirtschaft aller sozialistischen Länder hat, nämlich, daß in kurzer Frist die landwirtschaftliche Produktion und die Steigerung der Arbeitsproduktivität so entwickelt werden müssen, daß sie den Werktätigen der sozialistischen Länder den höchsten Lebensstandard der Welt sichern. Das ist ein sehr entscheidender Beitrag für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapita-

---

[127] So Reichelt, Blockflöte, S. 185.

[128] Kaiser, Zusammenarbeit, S. 638f.; Prokop, Übergang, S. 200. Ulbricht erwähnte vage eine Zahl von über 10000 Brigademitglieder der DBD, Reichelt hält dagegen, daß nur die DBD es geschafft habe, allein 70000 Parteimitglieder zum LPG-Eintritt zu bewegen. Reichelt, Blockflöte, S. 185. Graffunder, Dialektik, S. 144.

[129] Reichelt, Blockflöte, S. 175. Auch er wirft ein, daß dies reichlich spät geschah.

lismus [...]. Die höchste Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Arbeitsproduktivität sowie die Schaffung eines Überflußes an landwirtschaftlichen Produkten ist aber, liebe Freunde und Genossen, nur auf der Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und durch den freiwilligen Zusammenschluß der Bauern in LPG möglich."[130]

Grüneberg machte in dieser Runde kein Hehl daraus – wenngleich diese Passagen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren –, daß die Politik des Siebenjahrplanes zwangsläufig eine künftig niedrigere Beschäftigtenquote in der Landwirtschaft mit sich brachte[131]. Um so offensichtlicher hätten die Betreffenden ihre Instrumentalisierung durch die SED spüren müssen, denn sie hatte die DBD angewiesen, sich ganz den Jugendlichen und Frauen in ihrer Partei zuzuwenden, damit diese den LPG beitraten und im landwirtschaftlichen Beruf blieben[132].

Gegen die euphorische ökonomische Konzeption, mit der die SED hoffte, das Problem der miserablen Arbeitsproduktivität vor allem in den überstürzt gegründeten LPG lösen zu können, hatte es sogar noch Einwände von Wissenschaftlern der DAL gegeben. Als Exponenten einer raschen Kollektivierungspolitik wiesen Karl Mewis und Bruno Leuschner diese Kritik jedoch zurück, und auch Reichelt schickte sich an, die von den Wissenschaftlern vertretenen Vorbehalte „anhand der in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen" als unrichtig zu bezeichnen. So liefen auch in der DDR schon Versuche, „durch weitere Mechanisierung die Zahl der von einer Person zu betreuenden Hühner von 12 auf 15000 zu heben"[133].

Für das Verhältnis zwischen SED und DBD und die Rolle der DBD ist entscheidend, daß dieser Kurs hin zu einer Industrialisierung der Agrarwirtschaft gleichzeitig darauf zielte, die ideologisch-politische Tätigkeit in den LPG künftig allein der SED vorzubehalten, die DBD in ihrem politischen Handeln zu verdrängen. An der Legitimation der Bauernpartei rüttelte 1960 außerdem das offizielle Verschwinden der Einzelbauern, die ihr bisher als Klientel zugeschrieben waren und ihr Wirken wie jenes der VdgB gerechtfertigt hatten. In noch stärkerem Maße traf diese Legitimationskrise die VdgB, deren Weiterexistenz manchen als ungewiß galt[134].

Erst die Folgen der Vollkollektivierung schufen einen Problemdruck, infolgedessen sich die SED notgedrungen darauf besann, der DBD wieder besondere Aufgaben zuzuweisen, die sie selbst nur schwer lösen konnte. So hatte die SED fast keinen Rückhalt in den zahlreichen LPG Typ I, die 1960 das Gros der Kollek-

---

[130] SAPMO NY 4233/22, Bl. 1–19, Redemanuskript Grüneberg bei Tagung in Seelow am 2. 3. 1960, Zitat Bl. 3.

[131] Ebd., hier Bl. 12; die unterstrichenen Passagen sollten vermutlich nicht in seinen veröffentlichen Reden abgedruckt werden.

[132] ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 23. 5. 1960 [schwer zu entziffern].

[133] SAPMO DY 30 IV 2/7/14, Bl. 329ff., Niederschrift der wichtigsten Diskussionspunkte der Sitzung der Redaktionskommission zum 8. Plenum des ZK der SED am 1. 4. 1960, Zitat Reichelt, Bl. 330.

[134] Daher bewarb sich Herbert Eichhorn, bisher Vertreter der DBD im ZV der VdgB, um einen Sitz im PV der DBD. BStU ASt. Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 118–120, Treffen am 29. 6. 1960, hier Bl. 119. Berichte über Tendenzen zur „Liquidierung" der VdgB auf Kreisebene erreichten auch die ZK-Abt. LW, SAPMO DY 30 IV 2/7/79, Bl. 377, Sektorenleiterbesprechung, 15. 5. 1960.

tivwirtschaften bildeten. Neben der brüchigen Legitimation litt die Position der DBD erheblich unter dem Politikstil Grünebergs. Kaum im Amt, drängte er nach Profilierung und beanspruchte für die SED nun Positionen, die vorher von Paul Scholz als staatlichem Vertreter eingenommen werden sollten[135].

Auf ihrem VI. Parteitag vom 12. bis 14. Mai 1960 unterwarf sich die DBD in ihrer Tätigkeit ganz der „Führung der SED"[136]. Das Einwirken der Arbeitsgruppe BO auf die Vorbereitung des Parteitages durch die DBD erreichte neue Größenordnungen; dies galt auch im Hinblick auf die Ebene der Kreis- und Bezirksverbände[137]. So erstellte schließlich die Arbeitsgruppe BO die Grundsatzdokumente für den Parteitag; Ulbricht führte, präpariert durch Materialien des ZK, ein Vorbereitungsgespräch mit Goldenbaum und Scholz[138]. Bei den Besprechungen über eine neue Arbeitsordnung des DBD-Sekretariats war der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe BO, Heinz Ackermann, anwesend[139]. Der Arbeitsgruppe lag daran, durch die Einführung geregelter Verfahrensweisen das Sekretariat auch in diesem Punkt völlig gleichzuschalten, das hieß, den Einfluß des bisher dominierenden Geflechts persönlicher Beziehungen einzuschränken.

Ulbrichts Mißachtung der DBD unterstreicht ein von ihm verantworteter Politbürobeschluß vom 9. Mai 1960; dieser faßte die Bedingungen für eine Mitgliederwerbung der DBD so eng, daß im Grunde alle Möglichkeiten versperrt waren[140]. Offenbar hielt man eine solch strikte Direktive für nötig, da Einschränkungen zur Aufnahme, die die DBD schon im Frühjahr angeordnet hatte, von den Grundeinheiten nicht befolgt worden waren. Insbesondere hatte die DBD weiterhin erfolgreich Genossenschaftsbauern angeworben, obwohl ihr dies verboten war[141]. Der Politbürobeschluß hatte eine existenzbedrohende Dimension, denn er verbaute der DBD Handlungsoptionen gegenüber der ohnehin schrumpfenden Mitgliederbasis, einer Basis, die infolge der Haltung der DBD zur Kollektivierung überwiegend in erdrückender Passivität verharrte.

Zusätzlich sollte sich die DBD ganz auf die Tätigkeit in den LPG Typ I beschränken, deren Fortexistenz wiederum aufgrund der forcierten Bildung von

---

135 So ersetzte er Paul Scholz in der Leitung eines Operativstabes zur Unterstützung und Festigung der LPG, der zunächst bei der Regierung angesiedelt sein sollte und daher Scholz als Leiter vorsah. Als die Leitung von Partei und Regierung übernommen werden sollte, setzte sich der Parteimann Grüneberg durch. Das Beispiel illustriert die zunehmende Verquickung von Partei und Staat und die Omnipräsenz der SED. Siehe dazu: BA DC-20/445, Verfügung vom 2. 4. 1960, gez. Grotewohl, sowie Korrektur vom 2. 4. 1960.

136 So auch Reichelt, Blockflöte, S. 190. Hierzu bestätigte der PT eine Änderung des Dokumentes „Charakter der DBD und Grundsätze ihrer Politik" von 1957. Im „Bauern-Echo" konnte man zuerst Grünebergs Redebeitrag nachlesen, bevor erst am 17. 5. 1960 eine Beilage Beiträge von Paul Scholz abdruckte.

137 Siehe SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht zum Stand der PT-Vorbereitungen der DBD, 8. 2. 1960.

138 SAPMO DY 30 IV 2/15/50, AG BO an Ulbricht, 5. 5. 1960.

139 ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 13. 7. 1960.

140 SAPMO DY 30 J IV 2/7/702, Protokoll PB, 9. 5. 1960, Bl. 3f., TOP 7, Informationen Ulbrichts über Besprechungen mit Vertretern der DBD. Vgl. „Bauern-Echo", 15. 5. 1960; siehe auch Reichelt, Blockflöte, S. 191f.

141 ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 14. 3. 1960. SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Bericht Abt. LOPM über Einsatz in Leipzig, 2.–4. 6. 1960.

LPG Typ III ebenfalls fraglich war[142]. Vor allem untersagte die SED der DBD, sich als Partei in den LPG zu engagieren; dort tat sich die SED selbst so überaus schwer, politisch Fuß zu fassen, und die Bauernpartei hätte folglich leicht die Oberhand gewinnen können. Die DBD-Mitglieder sollten zwar die sogenannten LPG-Aktivs stützen, dabei durften sie aber nur als Genossenschaftsbauern unter „Führung" der SED auftreten, keinesfalls als Mitglieder der DBD.

Nachdem Ulbricht am 7. Juli eine Delegation der DBD empfangen hatte, fällte die Bauernpartei weitere Beschlüsse, die keinerlei eigenes Profil als Partei mehr erkennen ließen[143]. Die Einschränkung der DBD auf LPG Typ klopfte auch ein Präsidiumsbeschluß fest. Die Mitglieder sollten allerdings eine wirtschaftliche Lückenbüßerfunktion in der LPG erfüllen, um die „auftretenden Mängel in der Entwicklung der Kuh- und Schweinebestände zu überwinden". Damit die Spitzenfunktionäre den ideologischen Anforderungen des vollgenossenschaftlichen Entwicklungsstadiums gerecht würden, verfügte die DBD-Führung, eine intensive Parteischulung durchzuführen. Sie sollte auf dem Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus" beruhen. Eigens herbeigerufene Lehrer der DBD-Parteischulen unterwiesen die Führungsspitze in Berlin[144]. Vertreter der Blockparteien waren zwar – so wie die sowjetische Botschaft Ende 1956 nahegelegt hatte – Anfang 1959 in höherem Maße in die Räte der Kreise und Bezirke aufgenommen worden[145]. Im Sinne der kaderpolitischen Offensive 1960 übernahm die DBD jedoch auf allen Ebenen ein Nomenklatursystem, wie es zuvor im Politbüro für sämtliche staatliche Positionen beschlossen worden war und gleichzeitig auch in der CDU eingeführt wurde[146]. Nicht Erweiterung und Liberalisierung verbargen sich dahinter, vielmehr strebte die SED danach, die Transmissionsfunktion der Blockparteien besser überwachen zu können. Die Hälfte der DBD-Kreisvorsitzenden waren 1964 bereits Nomenklaturkader[147].

Die SED und die ihr Hörigen in der DBD-Spitze hatten mit diesem Vorgehen den Bogen an Zumutungen bis zum Zerreißen gespannt. Die SED riskierte bei konsequenter Umsetzung dieses Kurses, die DBD als politisches Instrument zu ihrem eigenen Nachteil zu demontieren. Um die von der rigorosen Kollektivierung verursachten wirtschaftlichen und politischen Probleme vor Ort aufzufangen, war es viel geschickter, der DBD einen gewissen eigenständigen, letztlich ohnehin SED-kontrollierten Handlungsspielraum einzuräumen.

---

142 Zwar untersagte das PB die Verwendung des Begriffs „Groß-LPG", in der Praxis änderte sich an dieser Tendenz aber wenig. SAPMO DY 30 J IV 2/2/702, Protokoll PB, 9. 5. 1960, Bl. 4.

143 Reichelt, Blockflöte, S. 221. Der Besuch erwähnt in: ACDP VI-052-0325, Protokoll Sekretariat, 7. 7. 1960.

144 ACDP VI-052-0541, Protokoll Präsidium, 11. 7. 1960.

145 Kotsch, Karrierewege, S. 175.

146 ACDP VI-052-0542, Sekretariatsvorlage als Anhang zur Richtlinie für kaderpolitische Arbeit der Partei, 14. 7. 1960. So sollte jeder Kreisvorstand je nach Größe 10–20 Personen unter Nomenklatur nehmen, jeder Bezirksverband 25–30 Nomenklaturkader, und beim PV waren für das Präsidium 45–50 haupt- und ehrenamtliche Kader vorgesehen. Zur CDU: Kotsch, Karrierewege, S. 163.

147 Reichelt, Blockflöte, S. 221.

Die Widersetzlichkeiten bei den Mitgliedern und Funktionären an der Basis zeigten, daß eine solche Verdrängung der DBD 1960/61 weder reibungslos und schon gar nicht vollständig umzusetzen war. Der VI. Parteitag blieb den weitgehend enttäuschten, wenn nicht gar auf ihre Partei wütenden Mitgliedern eine Antwort hinsichtlich der künftigen politischen Rolle der DBD schuldig. Obwohl die Delegierten handverlesen waren und die Wahlen kontrolliert wurden, schlug sich ihr Mißmut im Abstimmungsverhalten nieder. Besonders unter den Dresdener Delegierten wurden vergleichsweise oppositionell anmutende Äußerungen laut. In Diskussionen am Rande des Parteitages kritisierten sie die Abschiebung Berthold Roses. Auf der zur Wahl gestellten Gesamtliste für den Parteivorstand strichen Delegierte aus den Bezirken Dresden, Rostock, Berlin, Suhl, Potsdam, Gera und Erfurt bestimmte Personen aus. Anläßlich eines Besuches von Scholz in Dresden beschwerte man sich darüber, daß die DBD nicht mehr selbständig, sondern nur noch im Rahmen der Nationalen Front und ganz und gar auf der sogenannten Grüneberg-Linie agiere[148].

In der heiklen Frage der Mitgliederwerbung stellte die Arbeitsgruppe BO Anfang 1961 schließlich einen völlig abwegig erscheinenden Kurs der DBD-Organisationsabteilung fest. Letztere rühmte sich im Jahresbericht für 1960, der selbstverständlich auch an die SED ging, ihrer Erfolge in der Neuwerbung von Jugendlichen und Bäuerinnen[149]. Trotz aller Versuche, das Handeln der DBD-Leitungsebene völlig zwischen den Vorgaben und unmittelbaren Eingriffen der Arbeitsgruppe BO und des MfS einzuschnüren, unterstreicht dieses Umgehen des angeordneten Werbeverbotes, daß die Umsetzung des ansonsten gebilligten SED-Herrschaftszugriffs begrenzt wurde, sobald die nackte Existenz der DBD gefährdet schien.

3. Die Kollektivierung als politischer Auftrag der DBD 1959–1961

Voraussetzungen

Für die Durchsetzung der Vollkollektivierung im Frühjahr 1960 bedienten sich SED und DBD eines Maßnahmenbündels, das im Prinzip bereits in den vorangegangen Jahren erprobt worden war. Altbekannt war eine Kombination von finanziell und persönlich erfolgversprechenden Anreizen mit einer breiten Palette an negativ wirkenden Maßnahmen, die einzelbäuerliche Existenzen erschweren sollten. Letztere reichten von der Schaffung wirtschaftlicher Notlagen über persönliche Nötigung und Einschüchterung bis zu justitiellen Zwangsmitteln[150]. Neu an der ab Mitte Januar 1960 betriebenen Vollkollektivierungspolitik war die Konzen-

[148] ACDP VI-052–0541, Protokolle Sekretariat, 23. und 30. 5. 1960.

[149] SAPMO DY 30 IV 2/15/63, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung unserer Partei 1960, 8. 2. 1961.

[150] Siehe Tümmler, Agrarpolitik, S. 90–94, zeitgenössisch: Zwangskollektivierung, bes. S. 16ff., Horz, Kollektivierung, S. 295.

trierung auf den sofortigen Beitritt aller Einzelbauern und die propagandistische Vehemenz, mit der Funktionäre und Mitglieder aller Parteien in Stadt und Land für dieses Vorhaben mobilisiert werden sollten[151].

Die Lenkung des Vorgehens in den Regionen übernahmen die SED-Bezirksleitungen, die ihrerseits die Verantwortlichen in den Kreisen anleiteten[152]. Für die Durchsetzung war es entscheidend, daß die Kollektivierung zu einer Sache des Staates und seiner Apparate deklariert wurde; der Staatsapparat wurde zum „Instrument einer ‚permanenten Revolution von oben', in deren Verlauf die SED zwangsläufig zu einer ständigen Konfliktstrategie mit der Gesellschaft gezwungen wurde"[153]. Die Innenbehörden überwachten die Vorgänge und bedienten sich staatlicher Sanktions- und Kontrollinstrumente wie Justiz und Volkspolizei. Vor allem die Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei, deren Tätigkeit seit 1958 systematisiert worden war, informierten die auswärtigen Agitationstrupps eingehend[154]. Dies trug erheblich dazu bei, den Abschluß schnell herbeizuführen[155].

Ein weiteres Spezifikum der Kollektivierung 1960 liegt darin, daß die SED aus den Fehlschlägen von 1952/53 gelernt hatte. Im Unterschied zu damals war der Vormarsch des Sozialismus nun eindeutig auf die Landwirtschaft beschränkt, also auf ein vergleichsweise kleines Bevölkerungssegment[156]. Er zielte nicht zugleich auf den gewerblichen Mittelstand, wenngleich auch die Produktionsgenossenschaften des Handwerkes zunahmen, und sah keine für die Arbeiterschaft negativen Auswirkungen wie 1952/53 vor. Darauf achtete man bei der Umsetzung in den Kreisen besonders und verhinderte damit einen Protest der gesamten Bevölkerung. Zwar hielt Ulbricht anläßlich einer vertraulichen Besprechung mit den Vorsitzenden der Blockparteien die bei diesen wie in der SED durchaus vorhande-

---

151 Kaiser, Zusammenarbeit, S. 635ff.; dies., Politik, S. 103 ff; dies. u.a., Blockpolitik, S. 1066ff.; Graffunder, Dialektik, S. 143ff.

152 SAPMO DY 30 IV 2/13/369, Informationsberichte der Vorsitzenden der RdB über die „Entwicklung und Festigung der sozialistischen Landwirtschaft", Bericht Nr. 11 aus Bezirk Suhl, Febr./März 1960. Zur Übermittlung an die Kreise: SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/064, Bl. 47–56, Niederschrift über die am 20. 1. 1960 stattgefundene Beratung mit den persönlichen Mitarbeitern für Landwirtschaft der KL.

153 Werkentin, Strafjustiz, S. 112.

154 Siehe dazu die in der Abt. Staat und Recht überlieferten Aktenbestände, etwa die Berichte des Operativstabes der HV der deutschen Volkspolizei über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft 1960, SAPMO DY 30 IV 2/13/367. Vgl. Lindenberger, Police Populaire, S. 151f.; ders., ABV, S. 185.

155 Insofern haften manchen, obgleich vorsichtig formulierten Vorbehalten gegen den Begriff „Kollektivierung", der den „Prozeß der Genossenschaftsbildung als obrigkeitsstaatlich dominiert" fasse, apologetische Züge an. So bei Kuntsche, Umgestaltung, Zitat S. 205; polemisch Reichelt, Blockflöte, S. 180–186.

156 Vgl. Krolikowski in einer Diskussion im RdB Dresden: „Ihr wißt, daß die Partei entschieden dagegen ist, daß man ein beschleunigtes Tempo für die sozialistische Umgestaltung der Mittelschichten herstellt." SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/065, Bl. 65ff., Protokoll über Beratung mit Vorsitzenden der RdK am 28. 5. 1960, Zitat Bl. 78. Dagegen betonen die Parallelität des Vorgehens gegen die Mittelschichten: Weber, Geschichte, S. 317, Schroeder, SED-Staat, S. 145f.:

nen Tendenzen, auch in anderen Bereichen auf eine forcierte Sozialisierung zu drängen, für begrüßenswert, ihre Umsetzung aber für nicht sinnvoll[157].

Die SED wußte, daß der Zustand ihrer Partei in den Dörfern die Kollektivierung behinderte. Insgesamt verfüge man auf dem Lande noch kaum über eine „Partei Neuen Typs", monierte die SED-Bezirksleitung Dresden im Mai 1960, die kein Ausnahmefall war. Die Parteiorganisation war zwischen LPG und Ortsgruppen aufgesplittert. Auch in den SED-Ortsgruppen begegnete man häufig „zwei Linien" in der Agrarpolitik, die Genossenschaftsbauern von Einzelbauern trennten, und die die gleiche Konfliktsituation markierten, welche auch DBD-Grundeinheiten spaltete. Ein Kritikpunkt an der SED-Organisation berührte zugleich die Belange der DBD. Die ZK-Abteilung stellte im Oktober 1959 fest, daß „von einer großen Anzahl von Parteiorganisationen der Dörfer die führende Rolle der Partei noch ungenügend verwirklicht wird"[158]. Angesichts dieser Einschätzung war die Kollektivierung für die nicht schlagkräftig genug arbeitenden SED-Parteiorgane im Dorf eine anspruchsvolle Herausforderung; es ging auch darum, die eigene Partei zu „erziehen", indem man ihr aufbürdete, gegenüber der oft an bäuerlichen Mitgliedern größeren DBD-Ortsgruppe auf der „führenden Rolle" zu beharren.

Viel weniger als die SED war die DBD eine „Partei Neuen Typs" in den Dörfern. Dies war schon an ihrer Mitgliederstruktur abzulesen, die die Verhältnisse auf dem Land widerspiegelte: Ende 1958 wirtschafteten gut 60% ihrer bäuerlichen Mitglieder selbständig, knapp 40% in Genossenschaften[159]. Aufgrund dieser Struktur war die DBD viel mehr als die SED gezwungen, der unzureichenden ideologischen Durchdringung der Mitgliedschaft im Sinne eines Agrarmarxismus durch einen politischen Aktionismus zu begegnen; die Zahl der Protagonisten dieses Aktionismus war vergleichsweise gering. Die DBD versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen, aus dem Defizit an Genossenschaftsbauern insofern politisches Kapital zu schlagen, indem sie Zustand und Sozialstruktur der Partei als Ausgangspunkt für die Kollektivierung berücksichtigte. Immerhin zeichnete die DBD aus, daß ihre Mitglieder seit 1952 eine Debatte um die LPG führten, darin eingeübter waren als die Basis jeder anderen Partei.

Wie sehr die Vermittlung ideologischer Inhalte im Parteidiskurs vernachlässigt worden war, und welcher Handlungsbedarf sich aus einem neuen politischen Auftrag für die DBD ableitete, brachte Minister Reichelt Mitte August 1959 im Präsidium der DBD zur Sprache: „Eine ganze Reihe Einzelbauern bringen jetzt in der Aussprache, die in den letzten Tagen verstärkt worden ist, solche Argumente, daß das Jahr 1959 das *Jahr der Genossenschaften* ist, wobei sie darunter verstehen, daß dieses Jahr so günstige klimatische Bedingungen hatte, daß die Genossenschaften höhere Erträge erreichen müssen als sie, daß sie unkrautfreie Felder haben, daß sie

---

[157] Kaiser, Machtwechsel, S. 59.

[158] So wurde die Lage in der Peripherie wie auch im ZK eingeschätzt. SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/065, Bl. 8f., Vorsitzender des RdB Dresden an MdI, z. Hd. Jendretzki, 10. 5. 1960. SAPMO DY 30 IV 2/7/10, Materialien für Mückenberger, Oktober 1959, Bl. 45–48 (Zitat).

[159] Siehe Tabelle 19.

also gut abschneiden müssen. Alle diese Dinge zeigen, daß die Einbeziehung vor allem der Einzelbauern in die genossenschaftliche Umgestaltung weit zurück ist und völlig ungenügend entwickelt war in den letzten Wochen."[160] Diese Ausführungen verdeutlichen, wie sehr die lebensweltliche und traditionale Prägung die Vermittlung des politisch radikalisierten Diskurses begrenzte. Die offizielle Lesart der Parteisprache, in der die Parole „Jahr der Genossenschaften" bedeutete, den Bauern in großer Zahl den LPG-Eintritt nahezubringen, war bei den Mitgliedern kaum bekannt[161].

Reichelt warnte davor, daß sich viele kleinere Betriebe inzwischen zu mittel- bzw. „großbäuerlichen" entwickelt hätten. Jenseits übertriebener Verdächtigungen gab es dafür nachvollziehbare Anhaltspunkte, etwa den steigenden Maschinenbesatz dieser Betriebe[162]. Einzelbauern würden sich systematisch in Maschinengemeinschaften zusammenschließen und Maschinen von jenen aufkaufen, die LPG beitraten. Daraus würden erneut die bekannten Forderungen von 1956/57 herrühren, schweres Gerät an Einzelbauern zu verkaufen sowie Beschäftigungsverhältnisse auf den Höfen zuzulassen. Schließlich hätten im ersten Halbjahr 1959 weit über hundert Strafprozesse gegen Mitarbeiter der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften stattgefunden, „die also Düngemittel entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die ja bekanntlich sehr scharf sind, an starke Mittelbauern und Großbauern verkauft haben"[163].

Es war für die DBD ungleich schwieriger, die enttäuschten und in Passivität verharrenden Mitglieder wieder mit politischen Gesprächen zu erreichen, als wirtschaftliche Hilfe für LPG zu organisieren, wovon ja auch die DBD-Genossenschaftsbauern profitierten. Der überwiegende Teil der bäuerlichen Mitglieder der DBD war Mitte 1959 inaktiv; die Mitglieder versuchten selbst, die betriebswirtschaftliche Lage ihrer Höfe zu verbessern. Die Einbindung in die Parteiarbeit sollte angekurbelt werden, indem wieder stärker darauf geachtet wurde, erfolgreiche und im Dorf anerkannte Einzelbauern für die Orts- und Kreisvorstände zu gewinnen[164]. Gleichzeitig sollte bei den Funktionären ein ängstliches „Zurückweichen" vor dem Parteiauftrag abgestellt werden, das etwa darin bestand, einzelbäuerliche Mitglieder mit politischer Agitation zu verschonen und sie ungestört wirtschaften zu lassen. Weiterhin blieb es Aufgabe der DBD, durch ihre Präsenz und Arbeit vor Ort den bislang erreichten Stand gesellschaftlicher Umwälzung zu verstetigen[165]. Die DBD sollte jene Defizite und Friktionen abdämpfen, die in-

---

[160] ACDP VI-052-0323, Protokoll Präsidium, 18. 8. 1959, eigene Hervorhebung.

[161] Zur Bedeutung von Sprache, ihrer kontext-lebensweltlich bezogenen Verwendung, wie hier am Beispiel des unterschiedlichen Verständnisses aufgezeigt, und den Sinnerschließungsverfahren in der Analyse politischer Bewegungen siehe Childers, Sociology, S. 386f.

[162] SAPMO DY 30 IV 2/7/10, Materialien zur Vorbereitung der 7. ZK-Tagung, Bl. 402f.

[163] Dabei gab Reichelt indirekt zu, daß sich die BHG damit noch im legalen Bereich bewegt hatten; ACDP VI-052-0323, Protokoll Präsidium, 18. 8. 1959.

[164] Vgl. die Diskussionen um die Zusammensetzung der Vorstände in Vorbereitung des VI. PT und die erlassenen Wahlordnungen 1959, ACDP VI-052-0539, Protokoll Sekretariat, 19. 10. 1959.

[165] Vgl. ACDP VI-052-0323, Protokoll Präsidium, 18. 8. 1959, auch zum folgenden.

folge der rigoros vorangetriebenen Kollektivierung seit 1958 entstanden waren. Das Ministerium fungierte dabei als Anlaufstelle für Beschwerden der Bevölkerung. Von Mitte 1958 bis Mitte 1959 gingen dort allein 9000 Anfragen bezüglich Austritten und Ausschlüssen von Genossenschaftsbauern ein. Dieser Beratungsbedarf unterstreicht zugleich die Bedeutung, die juristisch klar geregelten Bestimmungen zur Kollektivierung zukamen. Für die DBD hatte Paul Scholz an den juristischen Ausarbeitungen maßgeblich mitgewirkt. Der Problemgehalt der Anfragen dürfte zweifellos in die Ausgestaltung des LPG-Gesetzes von Juni 1959 eingeflossen sein[166].

Der politische Auftrag an die DBD

Die spezifischen politischen Aufgaben, die vor allem die Arbeitsgruppe BO der DBD zuwies, lassen sich chronologisch von Mitte 1959 über die Vollkollektivierung 1960 hinaus bis zur tieferen politischen und sozialen Durchdringung der Lebensverhältnisse in den LPG und Dörfern um 1963 grob in vier Punkte gliedern:

Erstens sollte die DBD ihre bislang noch einzelbäuerlichen Mitglieder zum LPG-Beitritt bewegen. Zu diesem Zweck bemühte sie sich, ihre seit dem Bekenntnis zum Sozialismus in der Landwirtschaft 1957 durch Austritte und Westfluchten geschrumpfte Mitgliederbasis durch die Neuaufnahme parteiloser Einzelbauern zu stabilisieren. 1958 verzeichnete sie rund 5000, 1959 gut 5500 Aufnahmen, unter denen aufgrund der geltenden Aufnahmebeschränkungen überwiegend Einzelbauern gewesen sein müssen[167]. Politische Schulung und Einbindung in das Parteileben sollten die neuen Mitglieder auf lange Sicht den LPG zuführen.

Zweitens wurde der DBD mit dem nominellen Erreichen des vollgenossenschaftlichen Zustandes im April 1960 verboten, unter den Genossenschaftsbauern, auch den parteilosen, zu werben. Zwar waren die LPG-Bauern im Prinzip schon vorher für die DBD tabu gewesen; doch sowohl aus Gründen der Zweckmäßigkeit – was tun, wenn jemand partout in die DBD und nicht in die SED wollte – als auch aufgrund mangelnder Einhaltung in den Bezirken hatte sich ein Modus flexibler Ausnahmeregelungen eingebürgert[168]. Wegen ihrer eklatanten Unterrepräsentation vor allem in den neugebildeten LPG des Typs I war die SED darum bemüht, dort die Konkurrenz der DBD auszuschalten oder zumindest zu beschneiden. Während sie beschloß, bis 1965 55000 LPG-Mitglieder aufzunehmen[169], verbot man der DBD, unter Jugendlichen und unter der zukünftigen Elite heranwachsender Hoch- und Fachschulkader zu werben. Als neue alte Aufgabe – dies hatte die DBD schon in der ersten Jahreshälfte 1959 betrieben und war dafür kritisiert worden – sollte sie sich wieder um die dringend gebotene organisatori-

---

166 Vgl. GBl. DDR I 1959, Nr. 26, 27 und 36. Das Gesetz war vom Ministerrat am 9. 4. 1959 beschlossen worden.

167 Zahlen siehe Tabelle 5.

168 Für Dezember 1959 ist eine hohe Quote an Genossenschaftsbauern unter den Neuaufnahmen belegt (insgesamt 30,3% GB, 48,2% EB), in manchen Bezirken lag sie noch höher, so in Magdeburg (54,7% GB, 38,1% EB) und Schwerin (49% GB, 30,2% EB); ACDP VI-052-185/3, Einschätzung der org. Entwicklung Dezember 1959, 22. 2. 1960.

169 Matschke, Entwicklung, S. 33.

sche und wirtschaftliche Stabilisierung der LPG kümmern und die Pflicht zur Planerfüllung einhämmern.

Da weder alle DBD-Mitglieder noch alle sonstigen Einzelbauern in LPG eingetreten waren, blieb ihr nach wie vor als Aufgabe erhalten, diese zum Eintritt zu bewegen. Im April 1960 gab es immerhin noch 30000 Einzelbauern[170]. Die DBD zählte im September 1960 rund tausend einzeln wirtschaftende Bauern und Gärtner in ihren Reihen. Die Verdrängung aus den inneren Angelegenheiten der LPG und die Einschränkung der Werbungsoptionen bewirkte eine Bündelung der Kräfte auf die besonders schwer zu bewegende Gruppe der letzten verbliebenen Einzelbauern. In der Logik der SED kam zur Einbindung dieser a priori Verdächtigen ohnehin nur noch die DBD und nicht mehr die SED in Frage. Wieviele von den im April 1960 vorhandenen Einzelbauern keiner Partei angehörten, ist unbekannt; da sich alle Blockparteien an der Kollektivierung beteiligten und zuerst unter ihren Mitgliedern agitierten, dürften sie großteils parteilos gewesen sein.

Der VI. Parteitag nährte die vage Hoffnung auf eine angemessene Tätigkeit der Bauernpartei in den LPG, insofern man ihr einräumte, in den LPG-Aktivs mitzuarbeiten; außerdem mißverstand die DBD-Organisationsabteilung eine Äußerung Grünebergs dahingehend, daß sie – eine entsprechende Abstimmung mit der SED vor Ort vorausgesetzt – weiterhin parteilose Genossenschaftsbauern anwerben dürfe. Die Arbeitsgruppe BO registrierte diese Fehldeutung, wie erwähnt, erst im Februar 1961 und suchte sie dann auszuschalten.

Ein dritter, zentraler Wirkungsbereich der Jahre 1960 bis 1963 umfaßte die Überführung der bislang vornehmlich als abgeschlossen deklarierten Vollkollektivierung in die wirtschaftliche und soziale Praxis in den LPG und Dörfern[171]. Diese Aufgabe wurde um so wichtiger, je mehr sich zeigte, in welch desolatem Zustand die aus dem Boden gestampften Kollektivwirtschaften waren. Vor allem nach dem Abzug der meisten Brigaden im Frühsommer 1960 lösten sich viele LPG wieder auf, andere waren latent davon gefährdet[172]. Da die DBD in den Dörfern verankert war, fungierte sie als Hoffnungsträger für die dauerhafte Konsolidierung der LPG und hatte dafür erhebliche Startvorteile gegenüber der SED, zumal diese in rund 10000 LPG Ende 1960 noch über keine Parteiorganisationen verfügte[173].

Schließlich lag ein wesentliches Element des Sozialismus auf dem Land darin, die traditionelle kulturelle Prägung mit neuen Weltdeutungen sozialistischer Machart zu überformen. Die vormaligen Einzelbauern sollten von ihrer individu-

---

170 Staritz, Geschichte, S. 190.

171 So auch verbrämt in der DDR-Historiographie nachzulesen; danach erreichten die Genossenschaftsbauern erst 1964 den Zustand einer „Klasse", Graffunder, Dialektik, S. 151f.; Prokop, Übergang, S. 219ff.

172 SAPMO DY 30 IV 2/5/192, Bl. 113f., Bericht LOPM, 2. 7. 1960, über „Auflösungserscheinungen" in LPG Typ I in Neubrandenburg; SAPMO DY 30 IV 2/7/367, Bericht Nr. 19/60 vom 22. 7. 1960 zu Lage im Bezirk Dresden; „Festigungsbrigaden" fehlten auch im Bezirk Schwerin, ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg/BV Schwerin, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Bericht zu Agrarpolitik, II. Quartal 1960.

173 BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961.

ellen Wirtschaftsweise abgebracht und dazu animiert werden, die Arbeitsprinzipien der LPG einzuhalten, wie sie die Statuten festlegten, d.h. ihre Flächen tatsächlich zusammenzulegen und gemeinsam zu bebauen. Sie sollten die innergenossenschaftliche Arbeitsorganisation akzeptieren, etwa das Brigadewesen oder eine Entlohnung nach vorgegebenem Leistungsprinzip[174]. Diese Umwälzung des agrarischen Arbeitsalltags bedeutete eine einschneidende Veränderung der gesamten Lebenspraxis. Um die LPG zu konsolidieren, aber auch um deren Akzeptanz in der dörflichen Gemeinschaft zu steigern, sollte sich die DBD besonders auf die Bäuerinnen konzentrieren. Denn ein Großteil der Ehefrauen vormaliger Einzelbauern war den LPG nicht beigetreten und kümmerte sich häufig weiterhin um die einträgliche individuelle Viehhaltung des einstigen Betriebes[175]. Unter dieser Praxis litten vor allem die LPG des Typs III, deren Viehbesatz völlig unzureichend war[176].

Eine vierte Transmissionsaufgabe betraf das gesamte, nun „sozialistische Dorf". Die DBD sollte an der Verwandlung des traditional geprägten ländlichen Lebensraumes der Dörfer in Richtung „sozialistischer Lebensverhältnisse" mitwirken. Die bis 1960 viel gepriesene, aber im Grunde nicht vollzogene Angleichung der ländlichen Lebensumstände an die städtisch-industrialisierten sollte vorangebracht werden. Daraus leitete sich der neuerlich formulierte Auftrag ab, eine sozialistische Kultur in den Dörfern zu verankern und zu pflegen; daher richtete die DBD eine „Kommission zur Unterstützung der kulturellen Massenarbeit und des Sportes" beim Parteivorstand ein[177]. 1960 war die Kulturarbeit noch ein Stiefkind der Parteitätigkeit. Erst Ende 1963 begann man, auf diesem Feld zu agieren[178].

Methoden

Seit Anfang 1959 unterstützte ein Teil der Funktionäre aus der zweiten Führungsreihe der DBD den Aufbau des Sozialismus durch demonstrative körperliche Arbeit in den LPG[179]. Überzeugen durch Handeln in solchen Hilfsaktionen kam in der ländlichen Klientel besser an als blasse Richtlinien[180].

---

[174] Lt. Matschke, Entwicklung, S. 4, waren im August 1960 erst die Hälfte (53%) der LPG Typ I zur Brigadearbeit übergegangen. Selbst diese Zahl erscheint zu hoch gegriffen. Vgl. BA DE-1/1254, Bl. 2–13, Information über Probleme in der LW, 30. 9. 1960.

[175] Zum 31. 12. 1959 waren 588 000 Frauen LPG-Mitglieder, in LPG ständig beschäftigt oder in der privaten LW tätig. Zum 31. 5. 1960 ging diese Zahl weiblicher ständig beschäftigter Arbeitskräfte in der LW um 163 000 zurück: ebd., hier Bl. 6f. Andererseits traten bei Nebenerwerbsbetrieben häufig nur die Frauen ein; vgl. Humm, Weg, S. 138.

[176] Vgl. Matschke, Entwicklung, S. 13 ff.

[177] ACDP VI-052–0325, Protokoll Präsidium, 8. 8. 1960; ACDP VI-052–0186, Protokoll PV, 30. 8. 1963, Vorschläge für die Kulturkommission des PV.

[178] Vgl. Sturm, DBD, S. 9 f. Siehe Material der Abt. Schulung und Werbung vom 1. 12. 1963 über die Beratung der Kulturkommission des PV am 21. 11. 1963 in Dresden, ACDP VI-052–103/1.

[179] ACDP VI-052–0323, Protokoll Präsidium, 10. 2. 1959.

[180] Wie etwa im Fall des handfest zupackenden Hans Schnitzler belegt ist; BStU MfS AP 6122/63, Schnitzler, Bl. 18, Einschätzung, 18. 8. 1958, Bl. 44, Bericht seines Fahrers, 5. 11. 1958.

Die Grundeinheiten waren mit der Umsetzung des 1957 übernommenen Sozialismuskurses in der Landwirtschaft in aller Regel überfordert. Eine Brigade des Parteivorstandes, die sich aus geschulten Funktionären zusammensetzte, analysierte mit dem Blick des Außenbetrachters die Lage meist treffender. Sie informierte sich im Dorf auch bei SED-Stellen und konnte oft gegenseitigen Schuldvorwürfen, warum noch keine LPG bestehe, auf den Grund gehen. Frei von persönlichen Verflechtungen im Ort sollten die Instrukteure die wirtschaftliche Ausgangsbasis prüfen und paßgerechte Entscheidungen treffen. Sie versuchten in Gesprächen, lokale Auseinandersetzungen zwischen SED und DBD zu bereinigen. Gerade Konfliktkonstellationen im Mikrokosmos von traditioneller dörflicher Führung, alteingesessenen unterbäuerlichen Schichten, Neubauern und der neuen Gruppe aufsteigender landwirtschaftlicher Fachkräfte in abhängigen Lohnverhältnissen – in MTS, VdgB und VEG –, durchmischt mit unterschiedlichen politischen Loyalitäten, trugen erheblich dazu bei, daß die Kollektivierung nicht vorankam. Allein die Ermittlung und die Analyse dieses Geflechts war häufig der erste Schritt, um Beharrungskräfte aufzubrechen[181].

Der DBD eröffnete sich im lokalen Rahmen die Möglichkeit, in der ländlichen Gesellschaft politisch zu agieren. Obwohl sie insgesamt den genossenschaftlichen Teil der Landwirtschaft klar bevorzugte, hatte sie jahrelang ebenso versucht, die einzelbäuerliche Klientel zum Nutzen der instabilen LPG unter dem Signum der „guten kameradschaftlichen Zusammenarbeit" zwischen Einzelbauern und Genossenschaftsbauern einzubinden[182]. Zogen SED- und DBD-Mitglieder an einem Strang, der in Richtung LPG wies, bestanden gute Voraussetzungen dafür, die Kollektivwirtschaft langfristig und vor allem stabil zu installieren.

Zur Mobilisierung und letztlich politischen Indoktrination der Mitglieder entsandte die Parteizentrale einzelne Instrukteure oder mehrere in Form einer „Brigade"; aber auch die Bezirks- und Kreisverbände verfügten über Instrukteure. Die Instrukteurbrigade des Parteivorstandes wurde während der Hochphase der Kollektivierung in jene „Krisengebiete" geschickt, die z. B. wegen des Zustandes der Parteiorganisation oder aufgrund einer niedrigen Kollektivierungsrate aufgefallen waren. Die Instrukteure arbeiteten besonders in jenen Gegenden, die anläßlich eines herausragenden Parteiereignisses, wie etwa des VI. Parteitages „vorbereitet" werden sollten; darunter verstand man auch, auf eine angemessene Zahl von LPG hinzuwirken. Der Einsatz von Instrukteuren als schnelle Eingreiftruppe hatte eine immense Bedeutung, um die eigenen Mitglieder zu aktivieren und zugleich politisch zu disziplinieren. Dazu wurden orts- und kreisansässige Kollegen in die Agitationsgruppe eingegliedert. Fachliche Beratung wurde vor Ort durchaus

---

[181] Weitere Regionaluntersuchungen sind nötig, um das Mischungsverhältnis unterschiedlich motivierter Konflikte genauer zu bestimmen. Für den Bezirk Cottbus vgl. Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten", S. 144 ff.

[182] So offiziell seit Ende 1954, vgl. ACDP VI-052-0528, Protokoll Arbeitssekretariat, 15. 12. 1954, Entwurf Wahlordnung der DBD für die Neuwahl der OG-Vorstände im Jahre 1955, 16. 12. 1954.

angenommen und war oft ein Vehikel, um Gesprächsbereitschaft für politische Themen zu erzeugen[183].

Die Einsätze der Instrukteurbrigaden verfolgten unterschiedliche Ziele. So arbeitete beispielsweise im Mai/Juni 1959 eine nur zweiköpfige „Brigade" im Kreisverband Greifswald mit dem Ziel, die „Leitungstätigkeit" des Sekretariats zu verbessern und die „Mitglieder der Partei, vor allem auch die einzelbäuerlichen Kollegen für die aktive Mitarbeit im Sinne der Parteibeschlüsse zu gewinnen"[184]. Die Instrukteure stellten fest, daß es zwar „nur wenige Einzelbauern" gebe, „die heute noch sagen, wir werden nie in die LPG gehen", den Zeitpunkt des Eintrittes verschob die Masse jedoch in eine ferne Zukunft. Es war eine bäuerliche Strategie, sich die Agitation mit der Bekundung grundsätzlichen Einverständnisses, dem keine handfesten Zusagen oder Handlungen folgten, vom Leib zu halten. Die Brigade forschte auch nach den Gründen, weshalb die Einzelbauern die LPG ablehnten, und förderte zu Tage, daß es im letzten Jahr zu „Überspitzungen" gekommen sei, die MTS den Einzelbauern jede Dienstleistung verweigert hatte oder die LPG in Kölzin durch einen Zaun den Einzelbauern die Zufahrt auf ihre Äcker versperrte. Die Instrukteure scheiterten kläglich daran, Parteimitglieder zu werben, weil alle Angesprochenen entgegneten, sie wollten Einzelbauern bleiben, woraufhin von „unserer Seite aus immer gesagt [wurde], wie unsere Partei zu dieser Frage steht", also daß sie eindeutig für den Sozialismus in der Landwirtschaft eintrete. Desillusioniert mußten sie auch eingestehen: „Es gab keine Vorstellungen [,] mit Hilfe des Wettbewerbs eine breite Diskussion in den politisch-ideologischen Fragen zu entfalten und somit viele unklare Fragen unter den Mitgliedern richtig zu stellen."

Ein halbes Jahr später wollte auch ein Brigadeeinsatz in Frankfurt/Oder die Sozialisierung voranbringen. Zwar konnte in diesem Bezirk bereits ein vergleichsweise hoher Stand in der Kollektivierung erreicht werden; 48,7% der LNF zählte im September 1959 schon der sozialistische Sektor, der, grob gesagt, VEG und LPG umfaßte. Dennoch war spätestens seit September ein Nachlassen des DBD-Engagements in der Bildung von LPG zu verzeichnen, im Oktober wurde sogar keine einzige LPG mit Hilfe der Bauernpartei gegründet; nur 13 Mitglieder traten in diesem Monat dort einer LPG bei, angesichts von 866 Beitritten in allen Bezirksverbänden im Oktober eine beschämende Bilanz. Um den Gründen dieser Lethargie nachzuspüren, entsandte das Sekretariat noch im Oktober eine Brigade in den Bezirk Frankfurt/Oder[185]. Laut IM-Bericht lagen die „Ursachen" bei eini-

---

[183] Zum Thema „Agitationsbrigaden" vgl. Reichelt, Blockflöte, S. 176–180. Er weist darauf hin, daß die Tätigkeitsmerkmale der Brigaden nicht nur unter dem Schlagwort Zwang zu fassen sind. Bislang fehlt eine eingehende Analyse des Brigadeprinzips in dieser Variante. Abwegig ist Reichelts Interpretation, wonach „Zwang" nur dort geherrscht habe, wo man fachliche Beratung vernachlässigte, ebd., S. 179.

[184] ACDP VI-052–0539, Vorlage an Sekretariat des PV, 23. 5. 1959: Aufgabenstellung für die Instrukteureinsätze zur Vorbereitung der 11. PV-Sitzung; Bericht über Instrukteureinsatz im KV Greifswald vom 27. 5.–19. 6. 1959, auch zum folgenden.

[185] Zahlen lt. Übersicht Entwicklung LPG im Monat Oktober, Anlage zu Sekretariatsprotokoll 16. 11. 1959, ACDP VI-052–0539; Plan zu Brigadeeinsatz am 19. 10. 1959 im Sekretariat beschlossen, ebd.

gen Funktionären des Bezirkssekretariats, genannt wurden der Bezirksvorsitzende Arthur Pech und der Organisationsleiter Hans Dorn[186], bei denen es „politische Unklarheiten" gebe[187]. Dahinter verbarg sich in diesem Fall, daß sie den Vorständen und Mitgliedern nicht die Kraft zutrauten, auf einen LPG-Eintritt hinwirken zu können und sie sich daher ihrerseits gar nicht erst um deren Mobilisierung bemühten. Außerdem beschränkte der Bezirksvorsitzende Pech die Beziehung zur SED darauf, zu einigen wenigen Personen im persönlichen Kontakt zu stehen. Unter näherer Zusammenarbeit im Rahmen des „Bündnisses" zur SED verstanden die Instrukteure allerdings etwas anderes. Zudem sei im Bezirkssekretariat außer einer Buchhalterin kein Personal mit bäuerlichem Hintergrund beschäftigt. Diese Personalstruktur verschaffte der DBD also wenig Rückhalt bei den bäuerlichen Mitgliedern. Von Elan zur Kollektivierung war der DBD-Bezirksverband Frankfurt/Oder in der zweiten Jahreshälfte 1959 also weit entfernt.

Zur Instruierung südlicher Kreisverbände, die im Kollektivierungserfolg bekanntlich den nördlichen Bezirken hinterherhinkten, verfügte das Sekretariat im November 1959, Instrukteureinsätze in Ilmenau, Cottbus, Zerbst und Glauchau durchzuführen[188]. Die Instrukteurberichte der DBD von 1959 deuten insgesamt darauf hin, daß die Kreisverbände der DBD, die früh „vollgenossenschaftlich" waren, in denen also alle bäuerlichen DBD-Mitglieder der LPG beigetreten waren, diesen Zustand nicht infolge solch gezielter Parteieinsätze erreicht hatten. Vielmehr war dieses Ergebnis nur dann – auch durch einen Brigadeeinsatz – zu erlangen, wenn schon ein längerfristiger Trend zum LPG-Eintritt die Gegend prägte. Eine jahrelange, etwa durch die Existenz einer LPG angestoßene Debatte um die Kollektivierung im Dorf oder im Kreis erhöhte die Chancen, die kurzfristige Vollkollektivierung herbeizuführen. Ende November 1959 war der Kreisverband Quedlinburg der DBD „vollgenossenschaftlich", Anfang Dezember folgten Nebra und Querfurt[189].

Nachdem die Würfel zur Vollkollektivierung gefallen waren, beschloß das Sekretariat, den zur Vorbereitung des Parteitages im Februar eigentlich befristet geplanten Instrukteureinsatz im Kreis Güstrow weiterzuführen und die beteiligten Kreissekretäre weiterhin heranzuziehen. Da der Termin für den Parteitag aus den dargelegten Gründen verschoben worden war, konnte man sich dort der Herbeiführung des gewünschten „gesellschaftlichen Zustands" widmen[190]. Die Güstro-

---

[186] Zum folgenden BStU ASt. Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 54–61, Abschrift eines Brigadeberichtes über Einsatz in Frankfurt/Oder, 3.–13. 11. 1959. Dorn wird in anderen IM-Akten als IM „Hans" bezeichnet, sofern er identisch ist mit dem 1961 im PV beschäftigten Instrukteur namens Dorn. BStU MfS AIM 9130/63, Arbeitsvorgang Titel, Bd. 2, Bl. 4–6, Treffbericht 5. 1. 1961.

[187] Außerdem schrieb man Pech, einem der dienstältesten Funktionäre der DBD, einen impulsiven Diskussionsstil zu, infolgedessen er sich verzettele und nicht „auf Wesentliches" konzentriere; BStU ASt. Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 54–61, Abschrift eines Brigadeberichtes über Einsatz in Frankfurt/Oder 3.–13. 11. 1959.

[188] ACDP VI-052–0539, Protokoll Sekretariat, 3. 11. 1959.

[189] Vgl. „Bauern-Echo", 24. 11., 4. 12., 6. 12. 1959. Lt. „40 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands" wurden im KV Quedlinburg erst am 28. 11. 1959 alle bäuerlichen DBD-Mitglieder Genossenschaftsmitglieder.

[190] ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 18. 1. 1960.

wer Brigaden bestanden überwiegend aus DBD-Mitgliedern, arbeiteten jedoch eng mit SED-Stellen zusammen[191], wodurch diese wiederum die Vorkehrungen für den Parteitag im Blick hatten[192].

Brigadearbeit und Verhöre waren gängige diktatorische Methoden. In „persönlichen Gesprächen" wurden die Opponierenden allein oder mit einer Gruppe bisweilen täglich besucht oder zur „Aussprache" in Amtsstuben vorgeladen, um sie vom LPG-Eintritt zu „überzeugen". Kenntnis der sozialen Netze in den Dörfern und Einblick in familiäre Verhältnisse erlaubten es den eingesessenen Funktionären gezielt vorzugehen. Anlaufstellen waren nicht nur die Bauern; häufig versuchte man, Ehegatten gegeneinander auszuspielen oder Konflikte in der Familie oder zwischen den Generationen zu schüren und den Wunsch, die familiären Eigentumsverhältnisse zu ändern, für den Sozialismus auszunutzen[193]. Den überarbeiteten Bäuerinnen versprach man in der LPG ein vergleichsweise besseres Leben als das ihrer bundesdeutschen Berufskolleginnen; allerdings scheint diese Begründung, die auch die DBD-Presse suggerierte[194], auf wenig fruchtbaren Boden gefallen zu sein, wie daran abzulesen ist, daß die Bäuerinnen oft nicht gemeinsam mit ihren Männern beitraten. Die Jugendlichen lockte man mit den Versprechungen der technischen Moderne in den LPG, auch mit dem zutreffenden Argument, daß familieneigene Kräfte häufig unterbezahlt seien[195].

Die Brigaden hatten häufig die Aufgabe, „auch die letzten Bauern für die LPG zu gewinnen"[196]. Dabei wurde durchaus eingestanden und zugleich gebilligt, daß „Überspitzungen" an der Tagesordnung waren. So sei der Vorsitzende der DBD-Ortsgruppe Reddlich „durch die Polizei zur Aussprache geholt" worden. „Alle Kollegen der Ortsgruppe haben ihre Mitgliedsbücher auf den Tisch gelegt [...] Ein Bauer in der Gemeinde unternahm sogar einen Selbstmordversuch, allerdings im angetrunkenen Zustand [!]", wie ein Erfahrungsbericht aus dem Bezirk Rostock während der Hochphase der Zwangskollektivierung im März 1960 vordergründig exkulpierend festhielt. Die Verfasser hoben besonders den Lerneffekt für die Funktionäre hervor; denn „beim Masseneintritt im Bezirk Rostock" hätten sie „eine ganze Menge neuer Erfahrungen gesammelt [...], von denen wir als Mitarbeiter des Parteivorstandes nicht unmittelbar berührt wurden". Daher rieten sie der Zentrale, jeder politische Mitarbeiter dort solle fünf bis sechs Tage in einer gemischten Brigade mitarbeiten, und zwar an Orten, wo eine „Massenbewegung" stattfinde, „weil jeder von uns für seine Arbeit als Parteifunktionär diese Erfahrungen benötigt". Seit 1959 hatte das MfS seinen Einblick in Instrukteurberichte

---

191 ACDP VI-052-246/1 [Ablage der Abt. Agrarpolitik des PV], Brigadebesprechung in Güstrow am 18. 2. 1960.

192 SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Bericht zum Stand der PT-Vorbereitungen der DBD, 8. 2. 1960.

193 Siehe dazu ACDP VI-052-0324, Bericht über den Einsatz im Bezirk Rostock, 10.–12. 3. 1960.

194 „Bauern-Echo", 1. 12. 1959. Vgl. Börner, Wirken, S. 61, 66, 77.

195 Vgl. „Ein Wort an meine Kollegen Einzelbauern" des LPG-Vorsitzenden in Terpitz in „Bauern-Echo", 17. 12. 1959.

196 ACDP VI-052-0324, Bericht über Einsatz im Bezirk Rostock, 10.–12. 3. 1960, gez. von [Hans Joachim] Friz und [Waltraud] Mundt.

der DBD durch die Verpflichtung des Mitarbeiters in der Organisationsabteilung, Gerhard Gaude, erweitert. Es wies ab 1962 auch IM „Staude" alias Zagrodnik an, neben einem informatorischen vor allem einen politisch-operativen Zugriff auf die Instrukteurbrigade zu gewährleisten, d. h. unmittelbar auf sie einzuwirken[197].

Ein Vehikel von Agitation wie Kontrolle war die Wettbewerbsbewegung. Die ländliche Bevölkerung sollte über die Beteiligung an solchen Kampagnen, die Wettbewerbe zwischen Ortschaften, zwischen Parteiformationen oder LPG propagierten, politisch „erzogen" werden; vor allem sollte sie jederzeit für beliebig füllbare Zwecke mobilisierbar gemacht werden. Zwar wurde die Wettbewerbsbewegung in der DBD von Beginn an zu unterschiedlichen Anlässen und Zielsetzungen betrieben. Gerade in der Kombination mit dem Einsatz von Brigaden 1959 und in der Vorbereitung des VI. Parteitages stellte sie jedoch ein besonders dynamisches Element beim Vorantreiben der Kollektivierung dar. Dies galt insbesondere ab Mitte Januar 1960, als der Parteitag in den Mai hinein verschoben wurde, und man bis dahin einen vollgenossenschaftlichen Zustand erreicht haben mußte. So informierte sich das Sekretariat in seinen Sitzungen regelmäßig über den „Stand des innerparteilichen Wettbewerbs in Vorbereitung des Parteitages" und konnte daran – verschleiert hinter belanglosen Worten, die kaum vom Diskurs vorangegangener Jahre abwichen – den Fortgang der Kollektivierung ablesen[198].

Immer schon gab die Initiierung von Wettbewerbsbewegungen der Parteizentrale ein Mittel an die Hand, ein definiertes politisches Ziel öffentlich zu propagieren. Die Zentrale verließ sich darauf, daß sich die Bezirke respektive ihre ehrgeizigen Funktionäre, gegenseitig anstachelten und den politischen Ertrag so in die Höhe trieben. An der Art und Weise, wie die Rangfolgen der Bezirksverbände im Parteivorstandsapparat festgestellt wurden, fällt auf, daß die Beurteilung der Wettbewerbsergebnisse – und damit die Rangliste – oft nicht den im Vorfeld ausgegebenen Bewertungskriterien folgte; vielmehr legte man offenbar intern häufig eine andere Reihenfolge fest, die auch jenen Bezirken einmal ein Erfolgserlebnis gönnte, die als ewige Träger der „Roten Laterne" verrufen waren, oder jene Bezirke animieren wollte, deren Kollektivierungsergebnisse nachhinkten.

Am 16. November 1959 beschloß das Sekretariat zur Vorbereitung des innerparteilichen Wettbewerbs für den VI. Parteitag einen Kriterienkatalog, der die Kollektivierung erneut beschleunigte[199]. Der Wettbewerb war zuvor schon durch

---

[197] BStU MfS AIM 3189/63, P-Akte Zagrodnik, Bl. 44f., Perspektivplan der HA V/3, 1. 10. 1962.

[198] ACDP VI-052–0540, Protokolle Sekretariat, 14. 12. 1959, 8. 2. 1960; ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 8. 3. 1960; ACDP VI-052–0324, Protokolle Präsidium, 15. 3., 19. 4., 3. 5. 1960; am 14. 3. 1960 fiel die Werbung von Einzelbauern als Wettbewerbskriterium heraus.

[199] An erster Stelle stand, wieviele Mitglieder in gemischten Brigaden mitarbeiteten – also der Mobilisierungsgrad der DBD –, dann zählten die Eintritte in LPG; nachrangig war schon, wieviele Mitglieder Leistungsverpflichtungen übernommen hatten, als Schichtfahrer eingesetzt worden waren oder im Nationalen Aufbauwerk Arbeitsstunden abgeleistet hatten; eine dritte Kriteriengruppe fragte nach der Anzahl der geworbenen Einzelbauern für die DBD; eine vierte überprüfte die organisatorische Schlagkraft der unteren Parteieinheiten. ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 16. 11. 1959, TOP: Vorbereitung des VI. PT.

die Diskussionen um den Austragungsort angestoßen worden[200]. Zwar liegt auf der Hand, daß dieser Parteiwettbewerb in der DBD auf der Basis dieser Kriterien beschlossen worden war, bevor eine zentrale Weisung der SED zur Vollkollektivierung vorlag, die Kampagne damit also nicht von Anfang an im Dienste der kurzfristigen Durchführung der Vollkollektivierung stand. So hatte die DBD tatsächlich Mitte November nicht berechnend einen Wettbewerb um die kurzfristige vollständige Vergenossenschaftlichung beschlossen[201]. Der bereits laufende Wettbewerb ließ sich jedoch problemlos dazu ausweiten, als im Januar 1960 die Würfel gefallen waren, und stellte so ganz klar einen ganz besonderen Beitrag der DBD zur Vollkollektivierung dar.

Wie die SED propagierte auch die DBD zwecks massenhafter Nachahmung bestimmte „Beispiele", denen Vorbildfunktion zugemessen wurde. Bekannte SED-Beispiele sind etwa „Flora und Jolanthe" oder der „Golßener und Jesewitzer-Plan". Sie warben dafür, über die im Plan vorgeschriebenen Ziffern hinaus die Marktproduktion zu steigern. Ein eigens auf die DBD zugeschnittenes Beispiel rekurrierte auf das Vorgehen der DBD-Ortsgruppe in Satow, im Kreis Bad Doberan; dort war selbstredend „unter Führung" der SED-Kreisleitung vom Kreisausschuß der Nationalen Front und der DBD ein Beispiel zur „Zusammenarbeit aller politischen Kräfte" geschaffen worden. Dieses Beispiel zielte im April 1960 darauf, alle Kollegen der Ortsgruppen zur Mitarbeit in der Nationalen Front und damit für die Vollendung der Kollektivierung, bzw. für die sogenannte „Festigung" der LPG – ihre innere Stabilisierung in betriebswirtschaftlicher, organisatorischer und politischer Hinsicht – zu gewinnen[202]. Die Bilanz der Aktion blieb enttäuschend. Anfang 1962 resümierte das Sekretariat, daß lediglich in einem Drittel aller Dörfer, in denen die DBD präsent war, damit begonnen wurde, sich am Beispiel Satow auszurichten[203].

Die umfassende Mobilisierung der DBD für die Kollektivierung spaltete die Partei bzw. durchbrach den dünnen Firnis, der die Basis seit 1957 noch zusammenhielt. Zwar wurden auch damals schon einfache Parteimitglieder mit dem Anspruch konfrontiert, künftig in eine LPG einzutreten. Niemand verlangte jedoch von ihnen die Bereitschaft zu einschneidenden politischen Handlungen, wie dies seit Herbst 1959 üblich war, oder in gesteigerter Form von Funktionären, daß diese sich dabei rigider agitatorischer Mittel bedienten. Wenngleich 17485 Brigademitglieder der DBD – das waren über ein Fünftel aller Parteiangehörigen (22%) – eine sehr hohe Mobilisierungsquote belegen, so verlor die DBD gleichzeitig einen erheblichen Mitgliederanteil; über ein Fünftel kündigte ihr meist jahrelang gehaltenes Abonnement des „Bauern-Echo", weil die Zeitung zu eindeutig die Kollektivierung vertrete[204].

---

[200] ACDP VI-052–0539, Protokolle Sekretariat, 25. 5., 21. 9. 1959; ACDP VI-052–0538, Protokoll Sekretariat, 16. 2. 1959.

[201] So Reichelt, Blockflöte, S. 180.

[202] Siehe dazu z. B. Artikel in „Bauern-Echo", 8. 4. 1960.

[203] ACDP VI-052–0546, Protokoll Sekretariat, 17. 1. 1962.

[204] ACDP VI-052–186/1, Aufstellung der Abt. Organisation vom November 1960. ACDP VI-052–0542, Protokoll Sekretariat, 29. 8. 1960.

Als eifriger Journalist für die Sache der Kollektivierung und in dafür gut bezahlten Diensten des MfS wirkte Ernst Otto Christalle, der damals der für Presse zuständige Mitarbeiter im Bezirkssekretariat Schwerin war[205]. Er verfaßte einschlägige Zeitungsartikel und Broschüren für das MfS, die den sofortigen Eintritt in LPG propagierten. Auch das „Bauern-Echo" suchte in dieser Zeit gezielt, Problemgruppen zum LPG-Beitritt zu bewegen. Dies ist etwa in einem Artikel „Die Frau des Feuerwehrhauptmanns" zu erkennen, in dem die DBD eine traditionell im Dorf anerkannte Führungsgruppe ansprach, der von seiten des MLF eine ähnlich „negative Ausstrahlung auf die sozialistische Umgestaltung" zugesprochen wurde wie dem Einfluß der Kirchen[206]. Der Plot erzählt die Geschichte eines Einzelbauern, der begeisterter und im Dorf hochgeachteter Feuerwehrhauptmann war. Während er sich auf Feuerwehrlehrgängen fortbildete, erledigte seine Frau allein die Arbeit auf dem Hof und war daher überlastet. Genossenschaftsbäuerinnen hingegen könnten zur Erholung fahren, weil sie abkömmlich seien. Seine Frau redete ihm schließlich aus, er könne seinen Freunden einen LPG-Eintritt nicht antun, indem sie anmerkte, alle außer ihm würden immer häufiger an einen Wechsel in die LPG denken. Nachdem beide Genossenschaftsmitglieder geworden waren, kommentierte die „Stimme des Dorfes", daß sie gut daran getan hätten, sonst wäre er nicht mehr lange Feuerwehrhauptmann geblieben. Die Lehre lautet also, gerade wer seinen Einfluß wahren möchte, sollte schnell einer LPG beitreten, andernfalls überrolle ihn die Entwicklung.

Die DBD hatte wie alle anderen Blockparteien im Zuge der Kollektivierung auch deutschlandpolitische Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Verbindung dieser beiden Argumentationsstränge – Deutschlandpolitik und Kollektivierung – wurde um so wichtiger, je mehr sich am Eintrittsverhalten und an der Stimmung der Mitglieder ablesen ließ, wie sehr in Zeiten internationaler Gipfelkonferenzen mit der Hoffnung auf ein geeintes Deutschland der Widerstand gegen den LPG-Eintritt zunahm. Es gehörte zu den gängigen Begründungsmustern, mit denen auch die DBD ihre Mitglieder bearbeitete, daß die DDR der einzig legitime deutsche Staat sei, in dem der Sozialismus den Frieden garantiere, der wiederum erst durch die Ausdehnung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft gesichert werden mußte. Der DBD war seit geraumer Zeit bekannt, daß diese Verdrehung der Wahrheit an der bäuerlichen Bevölkerung abprallte[207]. Nach dem Startschuß zur administrativen Vollkollektivierung Mitte Januar 1960 genügte eine reservierte Distanz zur deutschlandpolitischen Agitation, um die verbliebenen Einzelbauern mit entsprechenden Strafandrohungen der „Sabotage am Frieden" zu be-

---

[205] Christalle schrieb seit 1958 für das MfS Artikel zu Fragen des Sozialismus auf dem Land und Agitationsbroschüren, er wurde dafür regelmäßig bezahlt. BStU ASt Swn. AIM 353/65, Bd. 1, Personalakte Christalle (= „Werner", „Harry", „Paul", „Egmont"), Bl. 159, Bericht vom 25. 11. 1958, Bl. 169, Bericht 28. 5. 1959, Bl. 187, 191, 192.

[206] BA DK-1/1225, Bl. 1–10, Bericht: Probleme bei der sozialistischen Umgestaltung, bei Werbung von reichen Mittelbauern, 14. 10. 1959, Zitat Bl. 3; „Bauern-Echo", 5. 11. 1959.

[207] Siehe ACDP VI-052–0539, Bericht zu Instrukteureinsatz im KV Greifswald vom 27. 5.–19. 6. 1959; ACDP VI-052–0172, offener Brief an Abgeordnete ländlicher Wahlkeise der BRD, Protokoll PV, 30./31. 10. 1959.

zichtigen[208]. Mit diesem politisch dehnbaren Vorwurf konnten die Behörden ein Klima der Drohung herstellen; auch war die Strafverfolgung dieser Delikte durch Polizeibehörden vergleichsweise leichter herbeizuführen, als die oft langwierige Ahndung von Wirtschaftsstrafvergehen. Die deutschlandpolitische Karte zu spielen, gehörte daher zu den Methoden der Vollkollektivierung.

Anfang Februar 1960, kurz nach der Tagung des Nationalrats der Nationalen Front vom 22./23. Januar, die sich mit der „Verstärkung der politischen Massenarbeit bei der sozialistischen Umgestaltung der Dörfer"[209] befaßte, benannte die DBD dem Nationalrat auf dessen Anfrage hin eine Reihe von politischen Mitarbeitern zur „Vorbereitung der Gipfelkonferenz" und zum ausschließlichen Einsatz in Dörfern[210]. Wenngleich sprachlich verschleiert, wurden hier Agitatoren zur Massenkollektivierung abgeordnet; denn es drängt sich die Frage auf, was für ein Auftrag, wenn nicht für die Kollektivierung zu werben, für einen solchen Einsatz fast aller Fachkräfte des Parteivorstandes just zu dieser Zeit angemessen gewesen wäre, ohne sich politisch verdächtig zu machen[211]. Zweifellos bezweckte die SED mit diesem gesamtdeutschen Argument, auch jenen Blockparteien, die wenig bäuerliche Mitglieder aufwiesen, einen Grund zur Mobilisierung für die Vollkollektivierung zu präsentieren.

Insgesamt war die DBD-Führung um Ausgleich und Wiederannäherung an eine in weiten Teilen tief enttäuschte und distanzierte Mitgliedschaft bemüht. Es gab fast keinen Anlaß, außer der Flucht in den Westen, der zu einer nennenswerten Zahl an Ausschlüssen geführt hätte. Im Grunde konnten sich die DBD-Mitglieder gegenüber den Parteileitungen in dieser Zeit fast alles erlauben. Die Parteiführung hoffte auf die Vergeßlichkeit oder späte Einsicht der Basis in den vermeintlich notwendigen Gang der Entwicklung.

---

[208] Vgl. die filmisch von der DEFA adaptierte Praxis, in Dörfern „Kriegs- und Friedensstühle" aufzustellen. Hartnäckige Einzelbauern hatten in Diskussionen dann auf dem Kriegsstuhl Platz zu nehmen. Werkentin, Strafjustiz, S. 100.

[209] 40 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 47.

[210] Gemeint war die für den 16. 5. 1960 in Paris angesetzte und dann geplatzte Gipfelkonferenz unter Beteiligung der Regierungschefs der vier Siegermächte; Staritz, Geschichte, S. 188. ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 1. 2. 1960.

[211] Unter den Ausgesandten befanden sich auch Hans Joachim Friz und Waltraud Mundt, die in ihrem Bericht aus Rostock allen politischen Mitarbeitern einen Einsatz in Gebieten der „Massenbewegung" empfohlen hatten. Mundt war am 30. 6. 1959 vom MfS als IM „Anita" angeworben worden. Sie arbeitete zusammen mit Nixdorf in der Abt. Agrarpolitik im Sachgebiet LPG und sollte führende Köpfe der Abt., die sich für eine eigene agrarpolitische Kompetenz der DBD aussprachen, politisch kompromittieren. Dies sei ihr auch gelungen, so das MfS. BStU MfS AIM 392/83, Bd. I/1, Mundt, Bl. 6, Aktenspiegel, Bl. 42, Einschätzung der Mundt durch GI „Elfriede", 20. 4. 1959; Bl. 63–66, Auskunftsbericht HA V/3, 4. 10. 1961.

4. Die Kollektivierung und die DBD: sozialstrukturelle und regionale Charakteristika

Am 15. April 1960 bestätigte die Volkskammer „den vollständigen Übergang der Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“[212] und erklärte damit das offizielle Erreichen der „sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft“. Als letzter Bezirk erreichte ausgerechnet Karl-Marx-Stadt am 14. April den vollkollektivierten Zustand und machte seinem Namen damit keine Ehre[213]. Im Laufe des Frühjahrs gingen die Entwicklungsstände der jeweiligen Bezirke gesondert bei den Innenbehörden ein und informierten über die enormen Schübe in nur wenigen Tagen[214]. 9840 LPG waren allein 1960 gebildet worden, zusammen mit den Ende Dezember 1959 vorhandenen 9473 LPG belief sich die Gesamtzahl Ende 1960 auf knapp unter 20000[215]. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften bewirtschafteten 1960 etwa 84% der LNF (5408064 ha von 6419755 ha LNF). In privater Nutzung verblieben noch knapp unter 8% oder 504898 ha, darunter 3908 Gartenbaubetriebe mit insgesamt 2156 ha LNF[216]. MfS-Angaben zufolge bewirtschafteten Ende 1960 noch 17000 Einzelbauern 1,2% der LNF (74900 ha), 6,7% der LNF umfaßten die privaten Nebenwirtschaften bis zu einem ha, u.a. von Genossenschaftsbauern[217]. Dieses Bild gibt die eigentumsrechtliche Zwitterlösung der Vollkollektivierung wieder, da die Bedeutung der individuellen Vieh- und Hauswirtschaften der LPG-Mitglieder deutlich abzulesen ist. Die Aufteilung der LNF verschob sich bis Ende

---

212 GBl. DDR I 1960, Nr. 26, S. 255.

213 Vgl. dazu Staritz, Geschichte, S. 189f.

214 SAPMO DY 30 IV 2/7/369, Informationsbericht der HV Deutsche Volkspolizei, Nr. 2, 22. 3. 1960. Als neuen Berichtspunkt enthielt dieser Bericht erstmals unter 5. „Feindtätigkeit“.

215 Statistisches Bundesamt, H. 8, Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949 bis 1989, S. 13–15; obgleich sich die Zahlen der Sonderreihe des Statistischen Bundesamtes im Grunde auf die Statistischen Jahrbücher der DDR stützen, weichen sie hier ohne Angabe von Gründen ab. Da die Literatur meist auf die Zahlen der Statistischen Jahrbücher rekurrierte, weichen die dort genannten von den hier zitierten ab. So etwa Prokop, Übergang, S. 202; Reichelt, Blockflöte, S. 170. Lt. einer ministeriellen Aufstellung betrug die Zahl der LPG im Dezember 1959 10465, bei einem genossenschaftlich-staatlichen Flächenanteil von 45,1%. ACDP VI-053-247/1, ministerielle Aufstellung „Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“, S. 1–13, hier S. 3.

216 Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949 bis 1989, S. 13–15. Außerdem gab es 1960 noch 2244 kirchl. ldw. Betriebe mit 15770 ha LNF, 298 Gärtnerische Genossenschaften mit 13686 ha LNF, 669 staatl. Güter mit 395663 ha LNF sowie 9478 sonstige Betriebe in öffentlicher Hand (kommunale Flächen) mit 81674 ha LNF. 1963 gab es weiter 1451 kirchl. ldw. Betriebe mit 14021 ha LNF, 369 Gärtnerische Genossenschaften mit 14874 ha LNF, 594 staatliche Güter mit 394055 ha LNF und 336 sonstige Betriebe in öffentl. Hand mit 59833 ha LNF.

217 Die MfS-Statistiken decken sich mit den oben genannten Zahlen. BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961; die in der Literatur häufiger anzutreffende Zahl von 19000 geht zurück auf die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, S. 214, so bei Wietstruk, Entwicklung, S. 147.

1963 zwar nur geringfügig zugunsten des genossenschaftlichen Sektors, belegt jedoch die Überführung fast aller Einzelbauern in LPG bis dahin[218].

Für den Kollektivierungsschub 1960 ist die Zunahme der LPG Typ I charakteristisch. Ab 1955 genehmigten die Behörden die Gründung einer LPG Typ I in Dörfern, die bislang nur über LPG anderen Typs verfügten, 1960 auch die Gründung von mehreren LPG Typ I in einem Dorf, weil sich die bis dahin hartnäckig weigernden altbäuerlichen Einzelwirtschaften wie erwähnt eher für diesen Typ erwärmen konnten als für LPG Typ III[219]. Von 1959 bis zum 31. März 1960 stieg die Zahl der LPG des Typs I und II – wobei der Typ II ein Schattendasein führte – von 3597 auf 13022, also um mehr als das dreieinhalbfache, während die Zahl der LPG Typ III von 6323 im Vergleich zu 1959 sogar leicht rückläufig war. Ende 1960 gab es 961539 LPG-Mitglieder, darunter 380096 im Typ I und II, sowie 581443 Mitglieder im Typ III[220]. Knapp 80% der Genossenschaftsbauern waren parteilos, etwa 20% parteigebunden, so gehörten 10,9% der SED an, 6,4% der DBD, 1,7% der CDU, 0,9% der LDPD und 0,4% der NDPD. Nur knapp die Hälfte (47,1%) war außerdem Mitglied in der VdgB, die bei vielen Bauern inzwischen als wirtschaftliche Organisation der SED galt[221].

Der Bauernpartei fiel in den drei entscheidenden Monaten 1960 die Aufgabe zu, vor allem ihre altbäuerlichen Mitglieder zum LPG-Eintritt zu bewegen sowie diejenigen Neubauern, die einträgliche Betriebe führten, und deshalb keine Veranlassung sahen einzutreten. Hinsichtlich der altbäuerlichen Mitglieder lag die DBD damit im Trend. Seit 1958 stieg der altbäuerliche Anteil unter den LPG-Bauern von knapp 30000 bis Ende 1959 auf rund 112000 an, darunter ca. 18000 sogenannte „Großbauern". Hinter den ehemaligen Landarbeitern (knapp 130000) und den Neubauern mit ihren Familien (knapp 115000) nahmen sie nun den dritten Platz ein[222]. Anfang 1960 hatte die DBD zwar aufgrund einer leicht geschönten Statistik ihr Klassenziel von 50% Genossenschaftsbauern unter den bäuerlichen

---

218 Der private Anteil verminderte sich auf 6,75% oder 426829 ha LNF (darunter 3416 Gartenbaubetriebe mit 2021 ha LNF); dabei handelte es sich sowohl um die restlichen Einzelbauern als auch um die privaten Hauswirtschaften in den LPG. Durch Zusammenlegungen sank zwar die Zahl an LPG auf 16330, diese bewirtschafteten jedoch eine größere Fläche von 5459470 ha LNF (85,72%); Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949 bis 1989, S. 13–15.

219 Zwei Drittel der im Juni 1960 vorhandenen 12797 LPG Typ I wurden in den Monaten März bis Mai gegründet, hingegen stieg in diesem Zeitraum die Zahl der LPG Typ III nur um 3%, BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961. In 2906 von 9353 Gemeinden gab es 1960 daher zwei und mehr LPG Typ I, in den meisten Dörfern zusätzlich noch eine LPG Typ III. Matschke, Entwicklung, S. 7.

220 Da keine neueren publizierten statistischen Materialien vorliegen, wurden Zahlen des Statistischen Jahrbuchs der DDR 1962, S. 405f., herangezogen.

221 Diese Prozentzahlen nennt Graffunder, Dialektik, S. 149; setzt man sie in Beziehung mit den absoluten Mitgliederzahlen in den LPG lt. Statistischem Jahrbuch und der erwiesenen Zahl der LPG-Mitglieder der DBD, so erscheinen die Zahlen des Statistischen Jahrbuches zu hoch; dann hätte nämlich die DBD 1960 61539 LPG-Mitglieder in ihren Reihen gezählt, anstelle der tatsächlichen Zahl von gut 59000. Siehe Tabelle 25.

222 Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 428f., Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, S. 412; Merkel/Schuhans, Agrarwirtschaft, S. 83. 1960 bricht in der staatlichen wie in der Statistik der DBD die Aufgliederung in Neu- und Altbauern ab.

Mitgliedern erreicht[223]; allerdings klafften die Ergebnisse unter den Bezirken erheblich auseinander, was vornehmlich durch den je nach Bezirk unterschiedlichen Agitationsgrad und auch den variierenden Kollektivierungsdruck schon in den Jahren davor begründet war.

Während in den Verbänden in Halle – mit einem Spitzenwert von 83,2% –, Rostock, Leipzig und Magdeburg im Januar 1960 sich schon über 60% der bäuerlichen Mitglieder den LPG angeschlossen hatten[224], fielen die „Problemkinder", angeführt von Suhl (25,7%), Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Berlin und Gera mit deutlich unter 40% erheblich ab. Gera, Suhl, Dresden und Karl-Marx-Stadt sprangen erst nach dem offiziellen Ende der Vollkollektivierung bis Juni 1960 von der 50%-Marge über die 90%. Besonders zäh schritt der Zuwachs ab einem bestimmten genossenschaftlichen Stand offenbar in Cottbus – nur ein Prozentpunkt Zuwachs von März bis Juni auf 88% –, Halle und Berlin voran[225].

Insgesamt traten allein 26513 DBD-Mitglieder von Januar bis Juni 1960 in LPG ein, in kürzester Zeit damit rund ebensoviele, wie vor Jahresfrist insgesamt in der Partei organisiert waren; 2765 bäuerliche Mitglieder gehörten im Juni 1960 noch keiner LPG an, die große Mehrheit von über 95% der bäuerlichen Mitglieder hatte ein Eintrittsformular unterzeichnet[226]. Bis 1963 führte die DBD rund 60000 ihrer Mitglieder den LPG zu, die Zahl der Einzelbauern schrumpfte auf 227[227]. In welchem Ausmaß die DBD-Mitglieder ihrer traditionellen Wirtschaftsweise nachhingen, ist daran abzulesen, daß Ende 1963 insgesamt noch über ein Drittel der bäuerlichen Mitglieder dem am geringsten kollektivwirtschaftlich organisierten Typ I angehörten. In den südlichen Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera und Suhl dominierte diese Form sogar bei über 60% der bäuerlichen DBD-Mitglieder; diese LPG bewirtschafteten meist nur eine LNF von unter 150 ha und verfügten oftmals über keine Parteiorganisation der SED[228].

Trotz der tiefen Existenzkrise, in der die DBD nach der Vollkollektivierung und der fortschreitenden Entmündigung ab 1960 steckte, verlor sie entgegen dem herrschenden Trend kaum Mitglieder durch den Abstrom der Arbeitskräfte in die Städte. Die Generationsstruktur der DBD dürfte dabei insofern eine Rolle gespielt haben, als die Mitglieder mittleren und fortgeschritteneren Alters weniger berufliche Mobilität aufwiesen als Jugendliche, deren Anteil auf 4,6% 1963

---

223 Man zog die Zahlen von Ende Januar 1960 heran mit knapp über 50% LPG-Mitglieder unter den bäuerlichen Mitgliedern, nicht die Zahlen von Ende 1959 mit einem Anteil von rund 47%.

224 Ursächlich dafür das Vorgehen in Halle, Rostock und Leipzig 1959. Siehe beschönigende Ausführungen bei Reichelt, Blockflöte, S. 166–171. Die Quote von 80% in Halle geht auf ein besonders rigides Vorgehen dort im Jahr 1958 zurück, auch die „Hochburg" der DBD, der KV Bernburg, lag in diesem Bezirk. Siehe auch BA DE-1/20312, Bl. 77–80, Sektor LW der Staatlichen Plankommission, Entwicklung der LPG in Halle, 29. 9. 1958.

225 Siehe Tabelle 25. Inwiefern die nahe offene Grenze in Berlin eine Rolle spielte, wäre gesondert zu untersuchen.

226 Ebd.

227 ACDP VI-052–195/3, soziale Zusammensetzung der Partei, undatiert [1982].

228 SAPMO DY 30 IV A2/15/92, Die Situation in der DBD vor den Volkskammerwahlen 1963, 30. 10. 1963, gez. A, höchstwahrscheinlich für Heinz Ackermann.

sank[229]. Da sich die Zahl der Westflüchtigen aus den Reihen der DBD mit rund 2000 Personen von 1959 bis 1961 in Grenzen hielt[230], war die Parteibasis in dieser Hinsicht ein sehr stabiler Faktor in den LPG.

Im Hinblick auf regionale Durchsetzungsprobleme der Kollektivierung sind eine Reihe von Einflußfaktoren exemplarisch darzulegen. Sie sollen den spezifischen Handlungsspielraum der DBD besser ausleuchten. Als letzter Bezirk erreichte Karl-Marx-Stadt die Vollkollektivierung; dies war hauptsächlich durch dessen agrarische Struktur bedingt, die von klein- bis überwiegend mittelbäuerlichen Betrieben geprägt war und von einer speziellen Durchmischung zersplitterter Fluren in den Mittelgebirgslagen des Erzgebirges[231]. Als Hindernis für die Kollektivierung interessiert hier besonders die blockpolitische Konstellation, die seit 1955 alles andere als eine Kooperation begünstigte. Für den Bezirk ist charakteristisch, daß nur DBD und SED auf dem Land über politisches Gewicht verfügten. Als politische Konkurrenz für die SED gefahrlos eingeschätzt, überwog im Kontakt zwischen beiden Parteien 1955 noch die agrarfachlich ausgerichtete Anleitung gegenüber der DBD. Schon 1956 monierte die Arbeitsgruppe BO am Beispiel der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, daß dort das „Sektierertum" gegenüber den anderen Blockparteien „bereits in den Büros der Bezirksleitungen beginnt", weshalb es zu Beschwerden der Blockparteien gekommen sei. Im Juni 1959 gab dieser Mißstand den Anlaß für eine Analyse der Blockpolitik des Bezirkes, die sich u. a. mit der Frage befaßte, warum die Kollektivierung nicht vorankam[232]. Bei aller Gemeinsamkeit zwischen SED und DBD im politischen Ziel war das Verhältnis zwischen beiden in den Dörfern äußerst angespannt und von Konkurrenz bestimmt, eine politische Abstimmung vor Ort fand offenbar kaum statt.

Zwar warf die SED der DBD Mängel in der „politischen Wirksamkeit nach unten" vor, immerhin aber war die Parteibindungskraft für die Mitglieder, die oft nicht einmal in Ortsgruppen zusammengefaßt waren, so hoch, daß über 70% von ihnen regelmäßig zu den Jahreshauptversammlungen erschienen. Die Verwurzelung der DBD in den Dörfern zeigte sich darin, daß der DBD-Bezirksverband im Vergleich zu anderen mitgliederstärkeren überproportional viele Kreistagsabgeordnete und Mitglieder in Gemeindevertretungen stellte. Fast jedes fünfte Parteimitglied, insgesamt rund 1000, gehörte einer Gemeindevertretung an[233]. Die dichte Präsenz von LPG-Vorsitzenden aus den Reihen der DBD[234] belegt die Ab-

---

229 Siehe Tabelle 13.

230 Siehe Tabelle 27.

231 Die 5317 Mitglieder des DBD-BV setzten sich dementsprechend im September 1959 aus gut 230 Neubauern und deren Familien, rund 1170 LPG-Mitgliedern, aber noch 2150 altbäuerlichen Mitgliedern zusammen. ACDP VI-052–185/3, Organisationsbericht September 1959. Siehe Tabellen 21 und 22.

232 SAPMO DY 30 IV 2/15/18, Bürovorlage Abt. LOPM des Bezirkes Karl-Marx-Stadt: Bericht über Arbeit des demokratischen Blocks und die Lage in den anderen Parteien, 28. 2. 1955. Ebd., AG BO, Burkhardt an Kleinert, 26. 4. 1956 (Zitat); ebd., Bericht der BL Karl-Marx-Stadt, 3. 6. 1959, über die Zusammenarbeit mit den Blockparteien, auch zum folgenden.

233 ACDP VI-052–185/3, Organisationsbericht Dezember 1959.

234 Die DBD konnte ihre Zahl an Genossenschaftsbauern von rund 500 auf 1000 im Jahr

sicht der Partei, dort wo die Kollektivierung vorankam, in hohem Maße Leitungspositionen einzunehmen; dies veranlaßte die SED zu der kritischen Notiz, „daß die DBD sich als Interessenvertretung der LPG Bauern entwickelt". Andererseits habe die Bauernpartei aber die „Tendenz des Ausweichens vor Schwierigkeiten bei der Einbeziehung werktätiger Einzelbauern und deren Gewinnung für die sozialistische Großraumwirtschaft noch nicht überwunden". Am meisten erschwerten jedoch der Zustand der SED-Grundorganisationen und die weitgehende Wirkungslosigkeit der Ortsblöcke auf dem Land einen Durchbruch in der Kollektivierung. Daher seien „in einem großen Teil der Landgemeinden keine Voraussetzungen der Zusammenarbeit im Ortsblock gegeben". Eine blockpolitische Schulung der gesamten SED-Bezirksleitung im Juni 1959 sollte dieses Übel an der Wurzel packen[235].

Noch in der Hochphase der Kollektivierung im März 1960, während insgesamt über 14000 Agitatoren, darunter über 7000 hauptamtliche, im Bezirk unterwegs waren, war die Opposition der Einzelbauern über die Parteigrenzen hinweg evident. So bemängelte die Volkspolizei, es sei nicht gelungen, „vor allem in den Orten, wo es viele Mitglieder der CDU und der DBD unter den Einzelbauern gibt, durch einen verstärkten Einsatz der Mitglieder dieser Parteien Erfolge zu erzielen"[236]. Wie in Karl-Marx-Stadt stieß die Blockpolitik auch im Bezirk Dresden bei der Vollkollektivierung an Grenzen. Die potentiellen Handlungsträger in den Dörfern spalteten sich je nach Parteizugehörigkeit auf und zogen nicht gemeinsam für die Kollektivierung ins Feld[237].

Einige bedeutendere Funktionäre der DBD in Karl-Marx-Stadt gerieten in Konflikt mit der SED. Voran ist Susanne Häber zu nennen, die einzige weibliche Funktionärin in einem Bezirkssekretariat und im Parteipräsidium während der fünfziger Jahre. Die SED-Kreisleitung lehnte 1958 ihre Volkskammerkandidatur, wenngleich erfolglos, ab, weil Häber intern die Meinung vertreten habe, die DBD solle in der Frage der politischen Führung von LPG nicht klein beigeben[238].

Die DBD nahm im April 1960 eine Zwitterstellung zwischen LPG und altbäuerlichem Milieu, aber auch zwischen Anspruch auf politischen Einfluß in den LPG und Unterordnung unter die Vorherrschaft der SED in Zeiten der Vollkollektivierung ein[239]. Wie sehr letztlich die SED auf ein politisches Engagement der

---

1958 und zugleich die Anzahl der LPG-Vorsitzenden von 57 auf 97 fast verdoppeln; SAPMO DY 30 IV 2/15/18, Bericht der BL Karl-Marx-Stadt, 3. 6. 1959.

235 „Bei den Genossen auf dem Lande gibt es große Unklarheiten über die Rolle und Bedeutung der Blockpolitik. Das Sektierertum, eine Folge der Unkenntnis, ist ausgeprägt. Klarheit besteht vor allem darin nicht, daß es zwar in der DDR noch Widersprüche gibt, auch solche zwischen der SED und den kleinbürgerlichen Parteien, aber diese Parteien eben demokratischen Charakter tragen, sich unter der Führung unserer Partei im demokratischen Block vereinigt haben und sich nicht feindlich gegenüberstehen." Ebd.

236 SAPMO DY 30 IV 2/13/369, Informationsbericht des Operativstabes der HV Deutsche Volkspolizei, Nr. 1, 18. 3. 1960, Berichtsteil Karl-Marx-Stadt.

237 SAPMO DY 30 IV 2/7/11, Bl. 118ff., Bericht zu sozialistischer Entwicklung auf dem Land, undatiert [Febr. 1960].

238 SAPMO/vorl. SED 4072, Bericht der KL Stollberg an BL der SED Karl-Marx-Stadt, 22. 7. 1958.

239 Dies verdeutlichte der oben in anderem Zusammenhang dargelegte Fall des Volkskam-

DBD vor Ort angewiesen war, zeigt die ausgeprägte wirtschaftliche Verweigerungshaltung und politische Distanz zur SED-Herrschaft, wie sie unter den DBD-Genossenschaftsbauern des Typs I zwar allgemein zu beobachten, laut Bericht der Arbeitsgruppe BO aber in besonderem Maße im Bezirksverband Karl-Marx-Stadt noch Ende 1963 anzutreffen war. An der Basis in den südlichen Bezirken gehörte es zu den weitverbreiteten „Unklarheiten", daß ein Wettbewerb zwischen LPG und Einzelbauern an den Tag bringen würde, wer für die Bevölkerung mehr produziere; außerdem würden die LPG des Südens doppelt so viel produzieren wie die nördlichen. Die neuen MTS-Tarife würden als Hebel angesetzt, um „uns in die LPG-Typ III [zu] drücken". Heinz Ackermann in der Arbeitsgruppe BO konzedierte einen Zusammenhang zwischen der politischen Einstellung und dem Handeln der Betroffenen: „Diese Unklarheiten finden ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß ein großer Teil dieser DBD-Mitglieder noch nicht bereit ist, auf der Grundlage des Statuts die genossenschaftliche Arbeit durchzuführen, (besonders im Bezirk Karl-Marx-Stadt) werden ungenügende Anstrengungen gemacht, die Produktion auf dem Feld wie im Stall zu steigern, die Organisierung der genossenschaftlichen Viehhaltung verzögert und die Bildung der genossenschaftlichen Fonds nicht in Angriff genommen. Es gibt eine Reihe von DBD-Mitgliedern (besonders in Karl-Marx-Stadt), die die Zusammenlegung der Felder wieder rückgängig machten."[240]

Die traditionelle Beharrungskraft vormals altbäuerlicher Milieus nahm in den LPG eigene, charakteristische Formen an. Dieses Festhalten an bisherigen Wirtschaftsweisen wie Lebensgewohnheiten und die Zurückweisung der neuen, durch die LPG verordneten Regeln überdauerte die Vollkollektivierung weit über das Jahr 1963 hinaus. Trotz aller Bemühungen der SED, die DBD-Spitze noch stärker gleichzuschalten, als diese es ohnehin bis 1960 war, und auf den Rang einer meinungslosen Erfüllungsgehilfin eigener agrarpolitischer Vorstellungen herabzudrücken, blieben die Auseinandersetzungen und Rivalitäten um politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Einfluß in den Dörfern bestehen. Gerade in LPG des Typs I, die die Struktur und Lebensweise der ländlichen südlichen Teile der DDR prägten, konnte die SED aufgrund eigener Defizite in der Durchdringung des agrarischen Lebens auf die Mitglieder und Funktionäre der DBD, trotz aller Unzulänglichkeiten, die man jenen vorhielt, nicht verzichten.

Kontrastierend zum südlichen Bezirk Karl-Marx-Stadt sei der Bezirk Schwerin näher in den Blick genommen. Im Vergleich wies der Bezirk Schwerin Ende 1960 die höchste Zahl an Einzelbauern auf; dort lebten 3244 von ihnen, knapp ein Fünftel aller noch verbliebenen, die über ein Viertel der insgesamt noch einzelbäuerlich genutzten Fläche bewirtschafteten[241]. An diesem Bezirksverband interessiert be-

---

merabgeordneten A. aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt, der in der DBD seit Anfang der fünziger Jahre den Ruf einer angesehenen und „politisch verläßlichen" Führungsfigur genoß. Vgl. S. 255 f.

[240] SAPMO DY 30 IV A2/15/92, Die Situation in der DBD vor den Volkskammerwahlen 1963, 30. 10. 1963.

[241] BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961, eigene Berechnungen.

sonders, ob die DBD in ihrem Gründungsland als Organisation eine spezifische Haltung einnahm oder unter den Mitgliedern besondere Einstellungen vertreten wurden.

Im IV. Quartal 1959 mußte die Leitung des Bezirksverbandes feststellen, daß die im vorausgegangenen Vierteljahr verzeichnete Steigerung des genossenschaftlichen Sektors erneut absackte. So wurde „die sozialistische Umgestaltung im Bezirk Schwerin" erst „beschleunigt, nachdem die Bezirke Rostock und Neubrandenburg vollgenossenschaftlich waren"[242]. Die Abteilung Agrarpolitik hob eigens hervor, daß in Schwerin „bis auf Einzelfälle" das „Prinzip der Freiwilligkeit" nicht verletzt worden sei –, offenbar um sich so von den Vorreiterbezirken positiv abzugrenzen. Mit Ausnahme der Vorkehrungen, die man für den Parteitagsort und den Kreis Güstrow traf, wohin man Brigaden entsandte, u.a. um einen Kollektivierungsgrad herzustellen, der einem Parteitag angemessen schien[243], fühlte sich die DBD demnach auch in ihrem Gründungsland weder dazu aufgerufen noch organisatorisch befähigt, eine besondere Initiative in Richtung Vollkollektivierung zu starten. DBD-Analysen zur Stimmung der Mitglieder hinsichtlich eines LPG-Beitritts bestätigten, daß das viel grundsätzlichere Argument gegen einen Beitritt „wir wollen unsere Freiheit behalten" vor der Begründung „wir wollen noch abwarten" rangierte, die einen Eintritt prinzipiell schon in Aussicht stellte[244]. Auch sei das Kollektivierungstempo in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich gewesen.

Der Bericht beschrieb eine für den Bezirk Schwerin weit verbreitete Haltung, die von der Praxis herrührte, mit Hilfe von Agitationsbrigaden den Dörfern eine Kollektivierung gezielt von außen aufzuzwingen. In Güstrow sei alles „so schnell" gegangen, weil man dort mit gemischten Brigaden aufgetreten sei. Größere Probleme warfen dagegen die Kreise Hagenow – der größte Kreis des Bezirks und ein Grenzkreis – sowie Perleberg und Ludwigslust[245] auf. Alle drei Kreise waren überwiegend altbäuerlich geprägt. In Hagenow wurde traditionell Viehzucht betrieben. Über die Bauern hinaus prägte diese Spezialisierung den Alltag der eingesessenen ländlichen Elite. In diesem gemäß Ideologie den „Großbauern" zugeschriebenen und also verwerflichen Einfluß erblickte die DBD die Ursache dafür, daß der Kreis noch Ende 1960 eine auffällige Häufung an Einzelbauern in der DBD aufwies[246]. Alle Überredungskünste waren dort bislang abgeprallt. Mitte März 1960 meldete man den „Durchbruch" in den Viehzuchtgebieten

---

[242] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Bericht IV. Quartal 1959; ebd., Abschlußbericht zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin 1960 (Zitat).

[243] Vgl. oben Kap. IX.2, S. 455; zu Güstrow ACDP VI-052–0540, Protokoll Sekretariat, 23. 11. 1959.

[244] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Bericht IV. Quartal 1959.

[245] Dort betrug 1945 der Anteil an Betrieben über 100 ha nur 11,8%; Woderich, Zu den Anfängen, S. 43.

[246] ACDP VI-052–186/1, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung unserer Partei im Jahr 1960, 8. 2. 1961; SAPMO DY 30 IV 2/5/35, Bl. 96f., Aktenvermerk Abt. Leitende Organe zur Lage im Kreis Hagenow, 18. 8. 1960.

Hagenows. Nun versuchte die Bezirksleitung der Tendenz gegenzusteuern, in jedem Dorf fünf LPG Typ I zu gründen. Unmittelbar nach Abzug der Brigaden stieg in den drei Kreisen die Zahl der LPG-Austritte sofort wieder an, den absoluten Zahlen nach allerdings in harmlosem Ausmaß. Die Parteitagsdelegierten der DBD aus Hagenow trugen Gerhard Grüneberg, für sie der Exponent der Vollkollektivierung, die Zwangspolitik nach und warfen ihm dies noch im Juni 1963 vor[247].

Andere Probleme plagten die DBD im Kreis Ludwigslust, der in der LPG-Bildung bis Mitte 1959 das Schlußlicht des Bezirkes war[248]. Bis dahin lag die Initiative zur LPG-Gründung offenbar meist bei einzelnen Personen der DBD, die, wie im Fall von Fritz Schenk, der die Bildung der LPG in Groß Schmölln, Kreis Ludwigslust, in die Wege leitete, altgediente KPD-Mitglieder waren und schon im SED-Auftrag die Parteigründung mitgetragen hatten. Im September 1959 sei zwar eine „stärkere Aktivität der Genossenschaftsbewegung zu verzeichnen, wohl deshalb weil Partei- und Staatsapparat ständig darauf gedrängt hätten diese zu verbessern". Dann aber habe die Brigade den Fehler begangen, die Parole auszugeben, daß „um jeden Preis bis zum 7. 10. 1959 in jeder Gemeinde eine LPG bestehen soll. So ist in Niendorf bei Tewswoos eine LPG gegründet worden, die sich aus dem Bürgermeister und seiner Frau (ohne Land), der Gemeindesekretärin (2 ha) und einem Bauern (15 ha), der bisher in keinem Jahr sein Soll erfüllt hat, zusammensetzt. Alle anderen Bauern haben dieses nun zum Vorwand genommen, sich dadurch von der LPG zu distanzieren und es wird schwer sein, sie in der nächsten Zeit für den Eintritt in diese LPG zu gewinnen."

An vier LPG, die allein im August im Kreis Ludwigslust gegründet wurden, beteiligte sich kein einziges DBD-Mitglied, obgleich in jenen Dörfern intakte Grundeinheiten bestanden. Daher sollte das Kreissekretariat mobilisiert werden. Eine Überprüfung ergab dann, daß weit über die Hälfte der Kreisvorstandsmitglieder als auch der Bürgermeister der DBD noch Einzelbauern waren. Den Ludwigsluster Rückstand führte man ursächlich auf die Haltung der Bürgermeister zurück, die als Ausgangspunkt von Aktionen staatlicher Organe fungieren sollten[249]. Schon Anfang 1959 hatte der ministerielle Apparat hinsichtlich der Vorgänge im Bezirk Neubrandenburg darauf hingewiesen, daß die jeweilige Einstellung der Bürgermeister für „Überspitzungen" verantwortlich gewesen sei: „Es muß jedoch bereits jetzt auf eine mögliche Gefahr verwiesen werden, die sich in Potsdam abzuzeichnen begann und die darin besteht, daß durch die *Übernahme von Verpflichtungen zur Bildung von LPG durch Funktionäre des Staatsapparates* das Prinzip der Freiwilligkeit verletzt wird."[250] Gerade die politische Bearbeitung

---

[247] SAPMO DY 30 IV 2/7/369, Bericht vom 18. 3. 1960, Berichtsteil Schwerin. SAPMO DY 30 IV 2/5/192, Bl. 117, Aktenvermerk Abt. Leitende Organe, 20. 7. 1960. Vgl. MLHA BPA Schwerin IV 2/15/1688, Bericht SED KL Perleberg, 28. 11. 1959. SAPMO NY 4233/44, Bl. 296–299, Information [über Verlauf des VII. DBD-PT], 4. 5. 1963.

[248] Vgl. Berichte seit 1954 und Beurteilungen zu Schenk in SAPMO DY 30/vorl. SED 4072.

[249] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Bericht über Mitarbeit bei der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, 2. 9. 1959, hier zu Ludwigslust.

[250] BA DK-1/6554, Bl. 56ff., Einschätzung der LPG-Bezirks-Konferenz in Neubranden-

der Bürgermeister und damit die Versuche, über diese Personen einen Meinungsumschwung der Gesamtgemeinde in Richtung LPG zu bewirken, belegt eindringlich, daß ein solch radikales Vorgehen als Hebel gegenüber der Gemeinde nicht nur bekannt war, sondern prinzipiell gebilligt und systematisch herbeigeführt wurde.

Doch zurück zu den Vorgängen in Ludwigslust: Anfang 1960 analysierte die SED-Kreisleitung die Situation in der DBD wie folgt: „Die Hauptfrage ist die, daß ein Teil der Mitglieder sich noch nicht für die LPG entscheiden kann und nach einem dritten Weg sucht", z. B. in der „Politik des Abwartens"[251]. Tatsächlich lag die DBD dort mit einem Anteil von 36,2% LPG-Angehörigen unter den bäuerlichen Mitgliedern weit unter dem Bezirksschnitt vom Januar 1960, der sich knapp unter 60% bewegte[252]. Die Partei riskierte ständig, die Einzelbauern, die nach Aussage der SED „nur zögernd und auf Aufforderung an der Diskussion" teilnahmen, in ihren Reihen gänzlich zu verlieren.

1961 errichtete die SED-Bezirksleitung aus gegebenem Anlaß in den LPG Typ I im Kreis Ludwigslust sogenannte „Konsultationsstützpunkte". Sie sollten bewirken, daß die LPG-Statuten eingehalten würden, man endlich genossenschaftlich arbeite und die wieder eingebrachten Grenzsteine endgültig entferne. Der 1. Bezirkssekretär Bernhard Quandt lamentierte in diesem Zusammenhang gegen die Klein-LPG Typ I, da man mit ihnen „den Sozialismus nicht erringen" könne. Denn die „kleinen LPG zwingen uns in den Dörfern eine Diskussion auf, die man gar nicht so einfach bewältigen kann. Den Kapitalismus muß man schlagen."[253] Eine Reihe ehemaliger Einzelbauern der DBD in Ludwigslust begegnete der neuen Organisationsform LPG auch noch Mitte 1962 distanziert und interesselos. So würde in der LPG Typ I in Bochin, die ein Kollege der DBD leitete, weder das Leistungsprinzip noch die „innergenossenschaftliche Demokratie" beachtet, vielmehr sähen die Mitglieder überhaupt nicht ein, „warum man sich versammeln solle"[254].

---

burg 8./9. 2. 1959, Zitat Bl. 67, eigene Hervorhebung. Nur selten finden sich solch eindeutige Belege für dieses zielgerichtete Vorgehen mittels Verpflichtungen. Zu den günstigen Bedingungen in Neubrandenburg: „Die Tatsache, daß 139 Bürgermeister im Bezirk Neubrandenburg Mitglied der LPG sind, hat sich günstig auf die Entwicklung der LPG, vor allem im Hinblick auf die Unterstützung der LPG durch die Gemeinden ausgewirkt." (Bl. 56).

[251] So gebe es in fünf Ortschaften, in denen DBD-Grundeinheiten existieren, noch keine LPG, in acht Orten nur LPG ohne DBD-Beteiligung. Nachfolgende Zitate in MLHA BPA Schwerin IV/2/15/1688, Bericht der SED KL Ludwigslust über KDK der DBD am 27. 11. 1959, 20. 1. 1960.

[252] Siehe Tabelle 25. Im August 1959 lag dieser Anteil im BV Schwerin immerhin auch schon bei 48,8%; ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Bericht über die Mitarbeit bei der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, 2. 9. 1959.

[253] MLHA BPA Schwerin IV/2/3/196, Protokoll Bürositzung der BL der SED, 10. 8. 1961, TOP 2, Bericht über Stand der Entwicklung der LPG, Bl. 3ff.

[254] ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Abt. Agrarpolitik 1952ff., Bericht Abt. Wirtschaft DBD Schwerin an PV, 24. 8. 1962.

Neben dem Problem der traditionellen Haltung der Einzelbauern in der DBD beschäftigte sich die SED seit geraumer Zeit mit der starken Stellung der Bauernpartei im Bezirk Schwerin und speziell mit der Konkurrenz in den LPG. In vielen Dörfern im Bezirk Schwerin gaben auffälligerweise entweder die DBD-Mitglieder oder die SED, d. h. nicht beide gemeinsam, den Ton an. Im Falle der LPG Buchenhof im Kreis Bützow, der überwiegend agrarisch geprägt war, schickte die SED als Begründung vorweg, daß oft in „solchen zahlenmäßig starken DBD-Ortsgruppen viele ehemalige Genossen sind, die 1948 der DBD beigetreten sind"; man habe dort nun keine politische Konzeption mehr, die Führung der LPG an sich zu reißen, „praktisch würden die DBD-Mitglieder das Geschehen im Dorf" bestimmen: „Das ist vor allem deshalb der Fall, weil in den DBD-Ortsgruppen meist die einflußreichsten Bauern, die früher oft auch die ökonomisch stärksten Einzelbauern waren, die Leitung sowohl in der DBD als auch in den LPG in der Hand haben. Das wird von den Genossen zu wenig berücksichtigt, so daß diese einflußreichen Bauern die Politik bestimmen. Sie nehmen zwar keine feindliche Haltung ein, treten aber als konservative Elemente in Erscheinung, weil sie an alten Gewohnheiten zäh festhalten und ihre Ideologie als Einzelbauern noch nicht abgelegt haben." Deshalb werde dort auch der Übergang von Typ I zu Typ III nicht vollzogen[255].

Umgekehrt würde eine Reihe von Funktionären Diskussionen darüber führen, wie lange die DBD noch existieren werde. Im Kreis Bützow, in dem die Parteigründung offenbar vornehmlich von ehemaligen SED-Mitgliedern getragen worden war, die dann eine Vorreiterrolle in der Kollektivierung spielten, ging manchen DBD-Mitgliedern die Entwicklung ihrer Partei zu langsam vonstatten; einige erwogen daher, in die SED überzuwechseln, wogegen sich wiederum die SED-Kreisleitung wandte. Offensichtlich ist von einem klar indoktrinierten Teil der Mitgliedschaft jener kleinere zu unterscheiden, der zwar DBD-Mitglied war, aber auch zum offiziellen Ende der Vollkollektivierung noch keiner LPG angehörte[256]. Die höhere Zahl an Genossenschaftsmitgliedern in den einst „rückständigeren" Kreisen ist auf vehementen politischen Zwang in diesen Brennpunkten zurückzuführen, während man sich im Fall Bützow offenbar darauf verließ, daß der Sozialismus in der Landwirtschaft dort ohnehin gesichert sei.

Mit dem kollektivierungsfreundlichen Verhalten der Parteigründergeneration in Bützow kontrastiert die Einstellung der bäuerlichen Mitglieder im für die Gründung zentralen Kreis Wismar im Bezirk Rostock. Die Anzahl der bäuerlichen Mitglieder der DBD in LPG (58%) dort lag bis März 1959 klar hinter dem ansonsten erreichten Stand an Genossenschaftsbauern (80%)[257]. Womöglich spiegelt sich darin ein gewisses Fortwirken der Parteigründer, die, obgleich von der

[255] SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Bericht über Einsatz in Bützow, 3.–7. 3. 1959. In diesem Kreis waren bis dahin schon 67% der EB in LPG eingetreten, im März gab es noch 1016 EB. Die SED zählte ca. 500 bäuerliche Mitglieder und lag damit gleichauf mit der DBD, die 535 Mitglieder hatte. In der LPG Buchenhof gehörten 20 von 23 Genossenschaftsbauern der DBD an.

[256] Vgl. ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg/BV Schwerin, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952ff.

[257] SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Bericht über Einsatz in Bützow, 3.–7.3.1959.

SED erkoren, bald wegen politischer Verdächtigungen bzw. eines zu großen Grundbesitzes von den Führungspositionen entfernt wurden[258]. Diese These wird auch durch das opponierende Verhalten der dort erst spät kollektivierten Einzelbauern gestützt. So war einerseits zu beobachten, daß man ältere LPG des Typs I schon zu solchen des Typs III umwandeln konnte, andererseits gab es „in einer Reihe neugebildeter LPG Typ I große Unklarheiten über den sofortigen Beginn der gemeinsamen Zusammenarbeit"[259]. Abgeschreckt von Berichten, wonach LPG-Vorsitzende für wirtschaftlichen Mißerfolg gerichtlich belangt worden seien, würden sich Bauern auch weigern, Vorstandspositionen zu übernehmen. Das Politbüro und in dessen Fahrwasser dann die DBD-Führung wählten unter anderen den Kreis Wismar zur Demonstration der Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes aus, um dort eine vermeintliche „Massenbewegung von unten" zur Kollektivierung mit allen Mitteln in Gang zu setzen[260].

5. Die Reaktion der Partei: Funktionäre, Mitglieder und die Kollektivierung

Im folgenden sollen charakteristische Reaktionen der DBD-Mitglieder auf die Kollektivierung nach typologischen Gesichtspunkten vorgestellt werden. Da ein Großteil der speziell für DBD-Kollegen nachgewiesenen Stimmungen, Reaktionen und Verhaltensmuster auch allgemein in der ländlichen Bevölkerung festzustellen war, erlauben sie Rückschlüsse über den engeren Rahmen der Partei hinaus.

Die *Parteifunktionäre* der DBD in den Vorständen aller Ebenen vertraten im Prinzip eine ähnliche Bandbreite an Einstellungen zu den LPG, wie sie in der Gesamttendenz bei den DBD-Mitgliedern des jeweiligen Raumes vorfindlich war. Der ausschlaggebende Faktor lag in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Heimatortes. Ein solcher Zusammenhang wurde durch die Praxis der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Vorständen begünstigt, die eine Verankerung im Dorf voraussetzte und sich grundlegend von einer hauptamtlichen Anstellung etwa als Kreissekretär unterschied. Je höher die Position der bäuerlichen Repräsentanten war, desto mehr standen sie unter Druck, den Schritt in die Genossenschaft zu vollziehen. Ende 1959 gehörten rund 80% der bäuerlichen Bezirksvorstandsmitglieder LPG an, aber erst knapp 75% der Kreisvorstandsmitglieder[261].

---

[258] Siehe Bauer, Gründung, S. 306.

[259] SAPMO DY 30 IV 2/5/292, Bl. 170ff., Zitat Bl. 171, Informationsbericht LOPM aus den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Rostock, Cottbus, Magdeburg, Halle, 31. 3. 1960.

[260] SAPMO DY 30 J IV 2/2/684, Protokoll PB, 19. 1. 1960, TOP 8 Einsatz von Arbeitsgruppen zur Verbreitung der Massenbewegung in der Landwirtschaft zur Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1960, Bl. 5.

[261] Siehe Tabellen 21 und 22. Dagegen waren Ende 1959 im Bezirk Halle schon 93,2% der Kreisvorstandsmitglieder in LPG, aber erst 88% der bäuerlichen Bezirksvorstände. Dies

Über die Beitrittsaktivität der Ortsvorstände liegen keine zusammenhängenden Daten vor. Doch sie dürften sich ebenso verhalten haben wie die einfachen Mitglieder vor Ort. Die Ergebnisse zur Neuwahl der Ortsgruppenvorstände von 1961, laut denen rund 80% der Vorstände des Jahres 1960 wiedergewählt wurden, wiesen einen hohen Anteil von Funktionsträgern in den LPG auf: Rund ein Viertel aller Vorstände waren LPG-Vorsitzende, knapp ein Drittel gehörte LPG-Vorständen an, gut ein Zehntel arbeitete als Brigadiere. Die Distanz der Mitglieder zu den LPG-Vorsitzenden und Brigadieren aus der eigenen Partei war allerdings daran erkennbar, daß letztere 1961 in zu geringem Maße, wie die Parteiführung monierte, zu den Kreisparteikonferenzen delegiert wurden[262]. Die Toleranz gegenüber Einzelbauern nahm in den Parteiebenen nach unten hin zu. Gleichzeitig drängte die Parteileitung darauf, die einzeln wirtschaftenden Kollegen nicht administrativ von den Funktionsposten zu entfernen, vielmehr die Problemfälle durch freiwillige Einsicht zu bekehren. Letzteres war ein weitaus schwierigeres Unterfangen. Manche Bezirksverbände neigten allerdings seit der Parteivorstandssitzung vom 16./17. September 1959 dazu – sie hatte als „Hauptaufgabe" die Herbeiführung von LPG-Beitritten ausgegeben –, Einzelbauern in die LPG zu zwingen, schon um die eigene Statistik aufzubessern[263].

Die Volkskammerabgeordneten der DBD waren als staatliche Repräsentanten – nicht zuletzt aufgrund der Kontrolle durch Materns Apparat – schon ab Mitte der fünfziger Jahre genötigt, einer LPG beizutreten und sich als aktive Vorkämpfer des sozialistischen Teils der Landwirtschaft auszuweisen, sofern sie ihr Amt nicht verlieren wollten[264]. Eine Reihe von Funktionären zog sich seit 1958 daher aus eigenem Entschluß aus der Parteiarbeit zurück, weil sie die ausschließliche Konzentration auf die LPG nicht mittragen wollten. So trat im Bezirksverband Schwerin ausgerechnet eine Gruppe von ohnehin knappen Schulungsleitern ab, deren Posten zunächst mangels genossenschaftsbäuerlichen Nachwuchses unbesetzt blieben[265].

---

dürfte auf den massiven Kollektivierungsdruck im Bezirk 1958/59 zurückzuführen sein, der auf Initiative der SED unmittelbar in den Dörfern von Kampagnen ausgeübt wurde und auf eine vorherige Rückversicherung bei anderen Parteien im Bezirk verzichtete.

262 ACDP VI-052-186/2, Abschluß Neuwahlen der Ortsgruppenvorstände, 28. 4. 1961, eigene Berechnungen; ACDP VI-052-186/1, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung unserer Partei im Jahr 1960, 8. 2. 1961.

263 Nach wie vor galt zwar, daß die Vorstände der DBD durch die SED bestätigt werden sollten. In der Praxis ist der unmittelbare SED-Einfluß nur für Volkskammerkandidaten nachzuweisen. Solange die SED-Kader ihrerseits nicht gänzlich auf die Vollkollektivierung ausgerichtet waren, legten sie offenbar keinen großen Wert darauf, daß die DBD als bäuerliche Vertreter in den Vorständen ausschließlich Genossenschaftsbauern akzeptierte.

264 Vgl. dazu eine Reihe von Einzelfällen an zurückgezogenen Kandidaturen aufgrund von unklarer bis ablehnender Einstellung zur Kollektivierung in SAPMO DY 30/vorl. SED 4071, 4072.

265 ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aktendeckel Tätigkeitsberichte 1954 [enthält Berichte bis 1958] Quartalsbericht Einschätzung der Arbeit des BV Schwerin, I. Quartal 1958.

Grundsätzlich strebte die Parteiführung danach, Funktionäre in Vorständen und Mitglieder bei allem Druck zum LPG-Eintritt in der Partei zu halten, Unwillige nicht auszuschließen und Austrittskandidaten wiederzugewinnen. Im Unterschied zur Parteispitze, die durch die kaderpolitische Überwachung der SED zunehmend geknebelt wurde, betrieb die DBD vor Ort aus existentiellen Gründen eine sehr elastische Personalpolitik.

Die *Mitgliedschaft* der DBD war spätestens seit der Übernahme der Sozialismuslosung in der Landwirtschaft 1957 gespalten. Da gab es zunächst die Anhänger der LPG, darunter eine ganze Reihe von besonders engagierten Aktivisten der Kollektivierung. Dazu zählte überwiegend jene Kerngruppe, die schon vor längerer Zeit einer LPG beigetreten war; immerhin machten die LPG-Angehörigen seit 1955 rund 15% der bäuerlichen Mitglieder aus[266]. Viele unter ihnen interpretierten die Vollkollektivierung als späte Bekräftigung ihrer eigenen Entscheidung: Der LPG-Beitritt hatte sie nämlich zuvor innerhalb des dörflichen Sozialverbandes vor allem in altbäuerlichen Gegenden häufig an den Rand gedrängt[267]; als Mitglieder von betriebswirtschaftlich solideren, weil länger bestehenden LPG waren sie jetzt automatisch sozial aufgewertet.

Viele stabilere LPG mit einem ausgeprägten inneren Sozialgefüge wehrten sich 1959 gegen die massenhafte Aufnahme neuer Mitglieder; dies galt insbesondere, wenn diese jahrelang politisch als „dubios" gegolten hatten oder wenn es sich dabei um die traditionelle dörfliche Führungsschicht handelte, die die Machtverhältnisse in den LPG umzustülpen drohte[268]. Insofern war der angeordnete „Kampf um die Gewinnung der ökonomisch starken Bauern" auch ein Kampf gegen die Vorbehalte der LPG-Führungselite[269]. Diese LPG-Altvorderen der DBD drängten nach dem Vollzug der Kollektivierung darauf, die LPG wie versprochen mit der nötigen Technik auszustatten. Selbstbewußt forderten sie häufig, eine eigene Parteiorganisation der DBD in den LPG einzurichten.

Zur zweiten und umfassenderen Gruppe zählten diejenigen, die nur auf Druck und widerwillig den Weg ins Kollektiv fanden – und dort blieben. Am anderen Ende der Skala rangierten zum einen die massiven Gegner der Kollektivierung, die sich ein Leben in LPG aus weltanschaulichen Gründen nicht vorstellen konnten; diese Gruppe schmolz zusehends zusammen. Ende 1961 – dann endet die Berichterstattung hierzu – zählte die DBD noch gut 200 einzeln wirtschaftende Bauern. Zum anderen wandte sich eine weitere, kleinere Gruppe gänzlich von der DDR-Landwirtschaft ab, indem sie sich in den Westen absetzte oder in andere attraktiver erscheinende Berufszweige wechselte; letzteres galt vor allem für die

---

[266] Siehe dazu Tabelle 7, Stand Juni 1955, bezogen jetzt allerdings nicht auf die Gesamtmitgliedschaft (rund 10,5%), sondern nur auf die bäuerlichen Mitglieder.

[267] Siehe „Erfahrungsberichte" von DBD-Mitgliedern wie Helmut Merke in: 40 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 228ff., und Heinz Siebert, S. 234ff., Hellmuth Weiß, S. 237ff., Günter Urzynicok, S. 243ff.; Wille, demokratische Bodenreform, S. 239ff.; vgl. Graffunder, Dialektik, S. 110ff.

[268] Z.B. im Bezirk Gera; SAPMO DY 30 J IV 2/2/662, Protokoll PB, 4. 8. 1959, TOP 9, Anlage 4, Bl. 5, 31ff.

[269] Umgekehrt verweigerten viele Einzelbauern den Beitritt gerade in jene LPG, zu deren Mitgliedern sie vordem ein distanziertes Verhältnis hatten.

nachwachsende Generation. Hingegen war für die mittleren und älteren Jahrgänge der Gang in die LPG die einzige Chance, im angestammten Beruf zu bleiben; denn wer flüchtete, mußte davon ausgehen, im Westen keine neue Existenz als Landwirt aufbauen zu können.

Obwohl für Agrarfunktionäre wie Grüneberg die Kollektivierung und die Einführung landwirtschaftlicher Großbetriebe mit einem zahlenmäßigen Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigen Hand in Hand ging, diese also akzeptiert und höchstwahrscheinlich bis zu einem gewissen Grad intendiert war, überstieg die Dynamik der Landflucht ab 1960 die vorhandenen Kompensationsmöglichkeiten. Das MfS hielt im Zusammenhang mit dem Jugendkommuniqué des Politbüros von 1961[270] fest: „Wir müssen alle operativen Möglichkeiten anwenden, um den weiteren Abgang Jugendlicher aus dem Dorfe einzuschränken. Gegenwärtig ist eine solche Lage, daß der Abgang der Jugendlichen aus dem Dorfe schneller vor sich geht wie die Entwicklung oder Bereitstellung der landwirtschaftlichen Technik. Das ist eine große Gefahr."[271] Die Devise „Maschinen statt menschlicher Arbeitskraft" krankte einerseits daran, daß man sich keine hinreichende Technisierung leisten konnte, andererseits fehlte häufig das meist jüngere ausgebildete Personal, um die maschinelle Umstellung zu bewältigen. Da die Landflucht der Jugendlichen in einem nicht vorausgesehenen Ausmaß anstieg, erwuchs der DBD eine neue Aufgabe. Es galt, dieser Abwanderung entgegenzuwirken, indem sie Jugendliche, die auch die FDJ auf dem Land wegen der Ausrichtung ihrer Tätigkeit auf die Betriebe schwer erreichte[272], in das dörfliche Milieu einbinden sollte.

Durch die Basis verlief 1960 ein tiefer Graben. Rund ein Drittel bis die Hälfte der Mitglieder quittierte das Engagement der DBD bei der Kollektivierung mit Abwendung von der Partei und Passivität[273]. Da man Ausschlüsse vermeiden wollte und die Gremien alles daransetzten, die inaktiven Mitglieder im Gespräch wieder zu erreichen, konnte der Zusammenhalt der fünfziger Jahre über die Krise bis 1963 leidlich gerettet werden. Außerdem stabilisierten jene Gruppen die Partei, die persönlich weniger von der Kollektivierung betroffen waren, wie die rund 30% Angestellten, Arbeiter und sonstigen Kleingruppen. Ihnen eröffnete die Kollektivierung zum Teil neue soziale Aufstiegschancen in der LPG. Als sich die ökonomischen Grunddaten der DDR-Agrarwirtschaft ab Mitte der sechziger Jahre verheißungsvoll besserten[274], engagierten sich auch die jahrelang enttäuschten DBD-Mitglieder wieder mehr.

Diese Grobtypologie gilt es im folgenden weiter aufzugliedern[275]. Die Einwände der Mitglieder gegen einen LPG-Eintritt waren vielfältig, lassen sich aber

---

270 Vgl. Schuster, SED-Jugendkommuniqués, und Skyba, Hoffnungsträger, S. 416–418.

271 BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961, Bl. 29.

272 Skyba, Hoffnungsträger, S. 410.

273 ACDP VI-052–186/1, Abt. Organisation, Einschätzung der Entwicklung im III. Quartal, 1. 11. 1960.

274 Nehrig, Landwirtschaftspolitik, S. 300–302; Kuntsche, Umgestaltung; Roesler, Plan, S. 130.

275 Da es an lokal eindeutig zuzuordnenden Berichten aus DBD-Materialien mangelt und die Argumentationen überwiegend in der aggregierten Berichtsform des zentralen Apparates vorliegen, ist es kaum möglich, die spezifische lokale Gesprächssituation zu rekonstruie-

in einigen Begründungssträngen zusammenfassen. Ein Argument kreiste um den schlechteren Verdienst, die unklaren juristischen Verhältnisse und Verfahren beim Beitritt. Das berührte etwa die Eigentumsverhältnisse oder die Ausbezahlung von in die LPG eingebrachten Eigentumsanteilen an Vieh und totem Inventar. Aufgrund der oftmals niedrigeren Verdienste fürchteten viele einen Einkommens- und Statusverlust in der LPG, zumal wenn diese in einem desolaten Zustand war; außerdem wurde den bislang erfolglos wirtschaftenden Genossenschaftsmitgliedern unterstellt, auf Kosten der Neumitglieder höhere Verdienste und ein einfacheres Wirtschaften zu erreichen[276]. Die Mitglieder führten auch die vormals von den Politfunktionären selbst benutzten, Anfang 1960 aber ideologisch überholten Argumente ins Feld, denen zufolge die Einzelbauern ihrer Pflicht dadurch nachkommen sollten, daß sie die Marktleistung und Produktivität im Rahmen des Fünf- bzw. Siebenjahrplanes steigerten; als Einzelbauer könne man diese Pflicht viel besser erfüllen als in unrentablen LPG. Schon seit 1956 drehten die Gegner den Spieß um und erklärten, sie wollten mit ihrem Eintritt die aufgrund der enormen Zahlungen an LPG und MTS ohnehin strapazierte Staatskasse nicht noch mehr schädigen[277]. Allerdings griffen diese Argumente dann nicht mehr, als die Kampagne im Frühjahr 1960 die LPG nicht nur als einzige volkswirtschaftlich zwingende Lösung verkaufte, sondern den Beitritt zur Feuerprobe politischen Wohlverhaltens erklärte: Nur wer für die LPG sei, sei für den Frieden, gegen Krieg und damit für den Sozialismus. Ein Teil der Mitglieder ließ sich durchaus auf die Propagandamuster der SED ein, sofern sie den eigenen Zwecken nützlich erschienen. Im Eingehen auf den SED-Diskurs ist zweifellos ein gewisser Politisierungserfolg des Regimes zu sehen. So stießen die Agitationsbrigaden in Halle 1959 auf folgende Meinung eines einzelbäuerlichen Genossen, die auch in der DBD verbreitet war: „Geht lieber produktiv arbeiten und macht euch aus dem Dorf raus. In die LPG gehe ich nicht, denn da müßte ich verhungern. Als Sozialist bin ich mit Eurer Politik nicht einverstanden, weil Ihr Bolschewisten seid und den Bolschewismus wollt."[278]

Eine ähnliche Zielrichtung verfolgten die mit erbrechtlichen Traditionen und generationellen Fragen verknüpften Einwände[279]: Auf die alten Tage würde man

---

ren. Zum bäuerlichen Verhalten in der heißen Kollektivierungsphase mit einigen DBD-Beispielen, siehe auch Osmond, Kontinuität, S. 155–163. Vgl. auch Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten", S. 150ff., Schier, Alltagsleben, S. 150–152.

276 Niedrigere Einkünfte ergaben sich lt. Staatlicher Plankommission für Mittel- und „Großbauern" und Bauernfamilien, die mit weniger Mitgliedern eintraten, als vorher im Betrieb beschäftigt waren; BA DE-1/1254, Bl. 2–13, Information über einige Probleme in der LW, 30. 9. 1960, hier Bl. 9–11.

277 Dies teilte Scholz auch dem Sekretär der sowjetischen Botschaft, Kulikow, mit; International Department, Rolle 109 (RGANI, 5–26–427, Bl. 89–94), Protokoll über Gespräch, 26. 3. 1956, hier Bl. 92.

278 SAPMO NY 4182/1082, Bl. 66ff., Karl Gutjahr, Information zu Fragen der Gewinnung von Bauern für die LPG, Tätigkeit einer Brigade in Halle, 26. 7. 1959, Zitat Bl. 71.

279 Vgl. dazu am Beispiel der Magdeburger Börde allgemein Griepentrog, Struktur, zu den Altenteilregelungen, S. 102f. Bis in die siebziger Jahre hinein mußten Regelungen zum Ausgedinge oder Altenteil getroffen werden, um die ausscheidende Großelterngeneration zu versorgen, S. 105f.

vor so einem tiefgehenden Einschnitt mit Auswirkungen auf die Nachwachsenden zurückschrecken, die nächste Generation solle den Schritt tun und dann auch verantworten. Die Kollektivierung prallte hier mit einer tief verwurzelten mentalen Einstellung in altbäuerlichen Gegenden zusammen, derzufolge sich die Hofinhaber primär in der Rolle von zeitlich befristeten Trägern einer bestimmten Aufgabe sahen, nämlich den Hof als Lebensgrundlage an die nächste Generation weiterzugeben; man verstand sich weniger als Eigentümer, die über ihr Kapital frei verfügen konnten und denen die LPG unter Umständen ein bequemeres Leben eröffnete. Wie sehr die Kollektivierung diese generationelle Verklammerung aufbrach, illustriert die unerwartet hohe Abwanderung Jugendlicher aus der Landwirtschaft.

Eingeschüchtert durch Agitatoren und Vorladungen von staatlichen Instanzen, die für widerständiges Verhalten Strafen verhängen konnten, reagierten viele weniger mit grundsätzlichen Einsprüchen als mit pragmatischen Begründungsmustern. Nichtsdestotrotz hielt man an der Verzögerungsstrategie fest und suchte die Werber nebulös auf die „nächsten Jahre", die Zeit nach einer selbst bestimmten Zäsur, etwa nach der nächsten Herbsternte, nach dem Heranwachsen der Kinder etc. als Eintrittsdatum zu vertrösten. Diese dilatorischen Argumente wiesen die Bedrängten nicht von vornherein als Systemgegner aus.

Eine andere Gruppe versuchte dem steigenden Kollektivierungsdruck ab Mitte 1959 mit grundsätzlich anderen, ideell bestimmten Alternativentwürfen zu begegnen, die im SED-Jargon als „Einzelbauernideologie" verdammt wurden. Man wolle sein Eigentum und die persönliche Freiheit nicht verlieren, sondern an der unabhängigen Lebensform festhalten; man lasse sich nicht die Arbeit – und damit einen konstitutiven Teil des bäuerlichen Alltags – von irgendjemandem, gar minderqualifizierten SED-Hörigen in der LPG diktieren. Teilweise brachte man gegen einen Eintritt vor, daß die damit verbundene Akzeptanz des Sozialismus nicht mit der religiösen Haltung zu vereinbaren sei. Belegt ist dies für das katholische Eichsfeld oder katholische Siedlungsgebiete wie etwa in Teterow[280]. Auch die DBD wollte religiös gebundene Personen ansprechen, wie aus verschiedenen Artikeln ihrer Parteipresse hervorgeht, in denen LPG-Mitglieder über die Religionsfreiheit berichteten oder Pfarrer sich angeblich für die LPG aussprachen[281].

---

[280] Die Bedeutung dieses Faktors spiegelt sich auch im Bemühen der SED wider, durch diverse Aktionen eine vermeintliche Zustimmung beider Kirchen zu suggerieren, in der Hoffnung, dies beeinflusse das Verhalten des Kirchenvolkes. Für die katholische Kirche ließen die Bischöfe und bischöflichen Kommissare der Berliner Ordinarienkonferenz in einem Schreiben vom 6. 4. 1960 an Grotewohl keinen Zweifel an den Verletzungen der Menschenrechte bei den Werbeversuchen, Lange u. a. (Hg.), Dokumente, S. 180–182, auch Besier/Wolf (Hg.), Pfarrer, S. 218 f., Raabe, SED-Staat, S. 244–249; der SED-Berichterstattung zufolge sei es tatsächlich gelungen, die Kirchenvertreter „zu differenzieren" und teilweise für sich zu gewinnen, andererseits würden sich CDU-Anhänger infolge des Hirtenbriefes nun von ihrer Partei abwenden. Zur vermeintlich positiven Wirkung der Kirchen in Rostock: Kaiser, Politik, S. 104. In Leipzig registrierte man angeblich ein Schreiben von Pfarrern an den Bezirkstag, das die christlichen Bauern zum LPG-Eintritt aufforderte; SAPMO DY 30 IV 2/7/369, Bericht der verschiedenen Bezirke, 18. 3. 1960.

[281] „Bauern-Echo", 2. 3. 1960, „Antwort an einen Eichsfeldbauern: Kann ein Christ Mitglied der LPG werden?"

Hatten sich ehemalige Flüchtlinge und Vertriebene trotz aller Schwierigkeiten eine bäuerliche Existenz aufgebaut, wie z.B. im Kreisverband der DBD in Neuruppin oder schlesische Altbauern im sächsischen Löbau, wandten sie sich häufig geschlossen gegen die Kollektivierung[282].

Wie erwähnt brachte das Regime verstärkt seit der Frühjahrskampagne 1960 die deutschlandpolitische Karte ins Spiel, getreu der Propagandalosung, nach der die DDR dank des Sozialismus der einzig legitime friedliche deutsche Staat sei. Seither nahmen in den Entgegnungen deutschlandpolitische Begründungsmuster und solche mit internationalem Bezug zu. Dies belegt zum einen den ständigen Informationsfluß über die westdeutsche Vergleichsgesellschaft in der DBD-Mitgliedschaft. In den Debatten mit den Brigaden bestritten die Einzelbauern, daß der angeratene LPG-Eintritt irgendeine Bedeutung für die „Sicherung" des Friedens habe. Andere sahen jedoch den Zwang zum Eintritt durchaus mit der Deutschlandfrage verbunden[283]. So drehten spitzfindige Bauern im Bezirk Dresden den Spieß um. Sie brachten im Sommer 1961 vor, man werde im Herbst wieder einzelbäuerlich wirtschaften, um deutschlandpolitische Handlungsoptionen wiederzuerlangen: Denn nach einer Vollkollektivierung würden die amerikanischen Verhandlungsführer eine Wiedervereinigung ablehnen. Unter der ländlichen Bevölkerung hielt sich hartnäckig die Hoffnung, daß sich ohnehin „bald alles ändern" werde[284]. Die internationalen Verhandlungen um die Berlinfrage und um Deutschland als Ganzes seit 1958 wirkten sich äußerst kontraproduktiv auf die Beitrittsagitation für die LPG aus[285]. Die SED Dresdens warnte im Juli 1960, daß das politische Einwirken auf dem Land, die Agitation dort bei weitem nicht ausreiche. Die Bauern würden einwenden, Chruschtschow habe eine Gipfelkonferenz angekündigt, auf diese wolle man warten. Gescheiterte Versuche zu LPG-Gründungen tat man mit den Worten ab: „In Genf ist man sich nicht einig geworden und in Paris auch nicht, dann brauchen wir 17 Bauern das auch nicht." Angesichts der internationalen Lage versuchten die Bauern, „die Grenzsteine 50 cm tiefer zu setzen, damit sie erhalten bleiben".

Ein Mitglied der LPG Coblenz im Kreis Bautzen diagnostizierte: „Wir haben in der DDR eine offene Diktatur. Die Partei diktiert alles. Wir sind erfahrene Bauern und wissen was richtig oder falsch ist."[286] Das Bewußtsein, in einer Diktatur zu leben, nahm zu, nachdem die Einrichtung des Staatsrates und die Übernahme

---

[282] Zu Neuruppin: BStU ASt. Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, Bl. 23–27, Bericht über Treffen am 13. 08. 1959. SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/084, Bl. 43–46, Bericht zur Lage im Kreis Löbau, 4. 7. 1961.

[283] Siehe für die DBD-Mitglieder MLHA BPA Schwerin IV/2/15/1687, Bericht über die bisher durchgeführten Neuwahlen der OG-Vorstände der DBD im Bezirk Schwerin, 19. 1. 1959.

[284] SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/084, Bl. 33–36, Durchsage der SED-Stadtleitung Dresden an 2. Sekretär der BL, 4. 7. 1961: Bericht über LPG-Austrittserklärungen.

[285] Ende März 1960 wollten etwa die Bauern im Kreis Hagenow unbedingt die anstehende Gipfelkonferenz abwarten, SAPMO DY 30 IV 2/5/292, Bl. 157–163, Informationsbericht, 24. 3. 1960.

[286] SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/065, Bl. 290–372, Org. Kader, Material für das Referat der Bezirksparteiaktivtagung am 16. 7. 1960, Bl. 302ff. zur „politischen Massenarbeit" im Dorf.

des Vorsitzes durch Ulbricht bekannt wurde. Luckenwalder DBD-Mitglieder kommentierten das Ereignis: „Die Bildung des Staatsrates ist ja wie bei Hitler. Ulbricht als Vorsitzender hat uns gerade noch gefehlt. Seine Machtposition ist dadurch noch weiter ausgebaut und gefestigt worden." „Charakteristisch ist dabei," so interpretierte der Berichterstatter, „daß gerade die Genossenschaftsbauern in solch einer Form diskutieren, die noch nicht von der Richtigkeit ihres Schritts in die LPG überzeugt sind und wo die Organisierung der genossenschaftlichen Arbeit noch Schwierigkeiten bereitet"[287].

Eine Reihe von bekannten Verhaltensmustern trafen gleichermaßen auf die DBD-Mitglieder zu. Die Geheimpolizei stellte eine Zunahme von „Feindtätigkeit", „Diversion" und „Sabotageakten" fest, wie sie seit 1952 vorkamen: Brandstiftungen, Viehabschlachtungen und -vergiftungen, Beschädigungen von Gebäuden und Maschinen, Prügeleien mit Repräsentanten des Regimes und verhaßten LPG-Vorsitzenden[288]. Bis 1961 nahmen die in Kollektive Gepreßten auch das ihnen im Statut verbürgte Recht wahr, wieder auszutreten[289]. Besonders nach dem vorschnellen Rückzug der Brigaden im Frühsommer 1960, der im Glauben geschah, mit dem Beitritt sei die Lage endgültig geklärt, stiegen alle Formen von Resistenz und oppositionellem Verhalten in und außerhalb der LPG sprunghaft an. Die Kollektivierung war längst nicht vollzogen, sondern blieb der DBD als schwierige Aufgabe erhalten, bei der sie erhebliche politische Überzeugungsarbeit leisten mußte[290]. Die explosive Konstellation auf dem Land hatte sich nach dem vermeintlichen Eintritt aller Bauern keineswegs beruhigt. Unzufriedenheit und Opposition wandte sich nun gegen die bestehenden LPG und die aufoktroyierte Arbeitsordnung in Kolonnen und Brigaden, die die Bauern mit „Bolschewismus" in Verbindung brachten. Darauf reagierte die Justiz 1961 mit schärferen Mitteln. Die Gerichte waren durch zentrale Anweisungen gehalten, strafrechtliche Exempel gegen vermeintliche Arbeitsbummelanten zu statuieren, häufig exemplarisch in jedem Kreis. Auch Verurteilungen zu Arbeitserziehung in Lagern waren üblich. Im Schutz der Berliner Mauer und im Zuge des Ausbaus des Grenzregimes wurden – wie schon 1952 – altbekannte politische Gegner im Laufe eines einzigen Tages, dem 3. Oktober 1961, aus den Gebieten um die Demarkationslinie ausgesiedelt[291]. Das SED-Regime griff auch zum Mittel der Todesstrafe gegen widerstän-

---

[287] SAPMO DY 30 IV 2/15/55, Situationsbericht BO Nr. 25, 26. 9. 1960. Auch Mitglieder der DBD im BV Rostock sahen in der Übernahme des Staatsratsvorsitzes durch Ulbricht ein Zeichen der „Diktatur"; BStU ASt Rst. AIM 186/63, Bd. 1/II, Binder, Bl. 25f., Bericht an Binder, undatiert [September 1960].

[288] BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961, Bl. 25–29.

[289] Werkentin, Strafjustiz, S. 105f.; ACDP VI, unverz. Best. LV Mecklenburg, Aktendeckel BV Schwerin, Abt. Agrarpolitik 1952 ff., Bericht für II. Quartal 1960; regionale Beispiele in SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/084, Bl. 30–33, KL SED Dippoldiswalde an BL der SED, 4. 7. 1961, Bl. 43–46, Bericht zur Lage über den Kreis Löbau, 4. 7. 1961.

[290] Vgl. den ausführlichen Bericht „über einige Probleme in der Landwirtschaft" der Staatlichen Plankommission, 30. 9. 1960, BA DE-1/1254, Bl. 2–13, für die DBD die intensive Nachbereitung des VI. PT.

[291] Bennewitz, Die beiden Zwangsaussiedlungen, S. 365ff., betont, daß dies im Unterschied zu 1952 auf Drängen der SED geschah; Wolter, Aktion.

dige Bauern. Zu Abschreckungszwecken hielt sie es offensichtlich für erforderlich, diese Prozesse öffentlich auszuwerten[292]. Nach bisherigem Wissensstand waren von den schweren Strafurteilen kaum DBD-Mitglieder betroffen, obwohl die inkriminierten Verhaltensweisen durchaus auch bei diesen anzutreffen waren[293].

Die Verhaltensweisen lassen sich generell unterscheiden in eher traditionell geprägte und solche, die die neuen Verhältnisse adaptierten. Zu den traditionellen und in der DBD weit verbreiteten zählte es, trotz LPG-Mitgliedschaft weiterhin individuell zu wirtschaften, die Flächenauseinanderlegungen für den Herbst anzukündigen und sich ausschließlich der individuellen Vieh- oder Hauswirtschaft zuzuwenden. Zu Beginn des Jahres 1961 hatten 30% der neugebildeten LPG mit der genossenschaftlichen Arbeit noch nicht begonnen. „Im Bezirk Karl-Marx-Stadt lehnt ein großer Teil der Genossenschaftsbauern es weiterhin ab, das LPG-Statut zu unterzeichnen, wenn nicht der Absatz über die Freiwilligkeit des Eintritts in die LPG geändert wird", das gleiche Verhalten sei auch in den Bezirken Leipzig, Dresden und Magdeburg anzutreffen, meldeten die bei der ZK-Abteilung für Landwirtschaft einlaufenden Berichte, die auch auf das Verhalten der DBD-Basis zutrafen. In einer LPG formulierte man das Statut regelwidrig: „Der Zusammenschluß erfolgte nicht freiwillig." Danach wurde häufig die innere Betriebsordnung und die Bildung eines fünfzehnprozentigen unteilbaren Fonds abgelehnt. Weiter forderten die widerwilligen Genossenschaftsbauern die Erfüllung früher gemachter Versprechungen ein und erwiesen sich durchaus empfänglich für die Wohlstandsverheißungen der SED seit 1958. Besonders begehrt waren Fernsehgeräte, die den Blick gen Westen eröffneten, und Kraftfahrzeuge, aber auch eine bessere technische Ausstattung für die LPG stand auf dem Wunschzettel[294]. Bei den politischen Forderungen knüpfte man an 1953 an und verlangte „freie Wahlen"[295]. Vor der Grenzabriegelung 1961 wie auch danach drohten Genossenschaftsbauern mit dem Austritt, falls sie keinen Reisepaß bekämen und behaupteten, dieser sei ihnen als Gegenleistung für den Eintritt zugesichert worden[296].

Die Austrittsbewegung ist insgesamt in Zahlen schwierig zu erfassen, da sie ein Dauerphänomen war; bei Bekanntwerden wurden ad hoc Parteikräfte mobilisiert, um diese Bauern zurückzugewinnen[297]. Die Androhungen von Austritt und Auflösung der LPG fungierten häufig als Abschreckungsmittel gegen den verhaßten

---

[292] Siehe dazu Werkentin, Strafjustiz, S. 106–110; Weber, Justiz, S. 498–505.

[293] Sie wurden von IM aus dem Parteiapparat an das MfS weitergeleitet; MfS Ast RSt. AIM 186/63, Bd. 1/II Arbeitsvorgang, Binder, Bl. 61 f., Treffbericht, 9. 5. 1961, Bl. 125 f., Sekretariatsvorlage, 28. 8. 1961 zu Parteiverfahren in Grevesmühlen.

[294] SAPMO DY 30 IV 2/7/367, Bericht Nr. 14/1960, 17. 6. 1960, Berichtszeitraum 8. 6.–14. 6. 1960 (1. Zitat); BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961, Bl. 4 f. (2. Zitat).

[295] SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Einsatz einer Brigade der AG BO in Halle, 10.–13. 8. 1960.

[296] SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Abt. Organisation, 29. 8. 1961, Situationsbericht Nr. 29/61; ACDP VI-052–186/1, Organisationsbericht zu III. Quartal 1960.

[297] Allein im Bezirk Erfurt lagen Ende 1960 640 Austrittserklärungen vor, BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961, Bl. 5; Anfang Juli 1961 lagen von 478 Betrieben insgesamt 928 Austrittserklärungen vor; SStAD BPA SED BL Dresden IV/2/7/007, Bl. 113–121, Bericht BL an Ulbricht, 7. 7. 1961.

Einsatz von Druschkolonnen und Brigaden, die die SED-Kreisleitungen schickten und von der DBD wesentlich mitgetragen wurden. Da sie den Ertrag der Ernte in zwangswirtschaftlicher Manier der Verfügungsgewalt der Genossenschaftsbauern entzogen, wurden sie höchst unfreundlich behandelt. So wurde der „Brigade der Kreisleitung, die in Katzenow zum Drusch eingesetzt war, [...] auf [das] Verlangen, etwas zum Trinken zu bringen, ein Eimer mit Wasser hingestellt, mit der Bemerkung, das ist gut für Euch" – die in die LPG abgeordneten Brigaden und Kolonnen galten als großes „Übel"[298]. Die Glewitzer Genossenschaftsbauern der DBD, die 1960 sämtlich in die LPG gezwungen worden waren, boten in ihrer Verzweiflung einem Funktionär der DBD 1000,– DM an, wenn sie ungescholten aus der LPG wieder austreten könnten. Ein Kollege erklärte, „daß die Ausbeutung in der LPG heute weit größer ist als vor 100 Jahren. Unsere Frauen sind nicht in der Lage für unsere Kinder Mittag zu kochen, da sie dringend im Produktionsprozess gebraucht werden. Auch unsere Kinder werden täglich in der Schule 6 Stunden zum Kommunisten gedrillt"[299]. Da man in eigenmächtiger Selbsthilfe die öffentliche Ordnung durchbrach und auch den Konflikt mit dem Staatsapparat nicht scheute, schien in den Augen der SED die Sicherheit auf dem Land gefährdet[300].

Mit dem Beitritt zu den Genossenschaften übernahmen viele Bauern neue Verhaltensweisen, auch bislang für sie unübliche Spielregeln des gesellschaftlichen Verteilungskampfes. Bauern traten nun wie Arbeitnehmer in den Streik oder verfielen darauf, als „Bummelanten" Dienst nach Vorschrift zu machen. Höhere Lohnforderungen – etwa 600,– DM monatlich als Entgelt für geleistete Arbeitseinheiten – waren gängig; man bestand auf einem geregelten Acht-Stunden-Tag und Freizeit, Urlaubsansprüche wurden gerne in der Hochsaison angemeldet; man nutzte die sozialversicherungsrechtliche Absicherung aus und ließ sich in Stoßzeiten krankschreiben[301]. Außerdem verlangte man die freie Entscheidung für die Frauen: „Unsere Frauen sollen es besser haben, so ist es uns beim Eintritt in die LPG versprochen worden. Wenn sie aber ebenso arbeiten sollen wie in der Einzelwirtschaft, dann können wir ja wieder Einzelbauern werden", so die vormals erfolgreichen Mittelbauern der DBD im Kreis Doberan; sie akzeptierten weiterhin nicht den Führungsanspruch der SED, obwohl sie in Nachbarschaft zum „Musterdorf Satow" lebten, dessen Beispiel ja gerade diese Frage hätte ausräumen sollen[302]. Eine Reihe von selbstbewußten und offensichtlich langjährigen

---

[298] So Binder zum KV Stralsund; BStU ASt Rst. AIM 186/63, Bd. 1/II, Binder, Bl. 17f., Bericht vom 5. 9. 1960. Ebd., Bl. 25f., Bericht an Binder, undatiert [September 1960].

[299] Ebd.

[300] Z.B. widersetzte man sich in der LPG Typ I in Krakow den Kolonnen: „Ein Teil des Getreides, was sofort zum VEAB gebracht werden sollte, wurde von den Gen.Bauern abgefangen und auf ihre Böden getragen." In Wolgast gebe es „gegenwärtig harte Auseinandersetzungen, die bis zur Bedrohung von Staatsfunktionären gehen." BStU ASt Rst. AIM 186/63, Bd. 1/II, Binder, Bl. 17f., Bericht vom 5. 9. 1960, Bl. 25f., Bericht an Binder, undatiert [September 1960]. Vgl. hierzu Lindenberger, ABV, S. 174–191.

[301] BStU MfS 102109, Orientierung über die Lage in der Landwirtschaft, 3. 3. 1961, Bl. 4–6.

[302] SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Einsatzbericht AG BO im Kreis Doberan, Bezirk Rostock, 1961; ebd., Einsatz AG BO in Halle, 10.–13. 8. 1960.

Genossenschaftsbauern der DBD in Cottbus gab sich nicht mit der ihnen zugedachten, völlig untergeordneten Rolle in den LPG-Aktivs zufrieden, sondern forderte eine Betriebsparteiorganisation der DBD in den LPG[303]. Ihr Verhältnis zur DBD war ungebrochen, im Unterschied zu einem großen Teil der „spätberufenen" Genossenschaftsbauern.

Ein weiteres Bündel an Verhaltensmustern bezog sich speziell auf die Einstellung zur DBD. Die Stimmung der Mitglieder war im Sommer 1960 desaströs. Die wichtigste Aufgabe der Partei bestand darin, überhaupt wieder Kontakt zur Basis herzustellen. Sie schickte Brigaden durchs Land, die die inaktiven Parteimitglieder wiedergewinnen, dazu auch in Einzelgesprächen um jedes Mitglied ringen sollten. Für ein gezieltes Vorgehen legte man in jedem Bezirk „Schwerpunktgemeinden" fest, in denen offenbar besonderer Handlungsbedarf bestand[304]. In Anbetracht der Tragweite der Kollektivierung hielt sich der absolute Mitgliederverlust der DBD in Grenzen[305]. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß in den vier Jahren seit 1956 ein durchschnittlicher jährlicher Mitgliederaustausch von gut 6% vonstatten ging[306]. Diejenigen, die die Partei verließen oder ausgeschlossen wurden, nahmen stets auch Protestpotential mit[307]. Eigentümer von wirtschaftlich soliden Betrieben zögerten die Flucht in den Westen hinaus, solange es ihnen erträglich schien und sie nicht unmittelbar verfolgt wurden. Viele erfolgreiche Mittelbauern überschätzten ihre Widerstandsfähigkeit gegen die Kollektivierung. Unmittelbar nach dem offiziellen Abschluß der Vollkollektivierung stieg 1960 der Anteil von Genossenschaftsbauern der DBD unter den Flüchtigen erheblich an, weil viele in der

---

303 Ebd., Instrukteureinsatz in Cottbus, 20.–23. 7. 1960.

304 Als solche „Schwerpunkte" zur „Festigung" der Partei nannte die Organisationsabteilung im III. Quartal 1960 jeweils die Kreise: Grimmen, Grevesmühle und Wolgast im BV Rostock, Güstrow, Ludwigslust und Schwerin im BV Schwerin, Neustrelitz, Straßburg und Waren im BV Neubrandenburg, Belzig und Nauen im BV Potsdam, Angermünde und Freienwalde im BV Frankfurt/Oder, Calau und Spremberg im BV Cottbus, Burg und Halberstadt im BV Magdeburg, Eisleben und Sangershausen im BV Halle, Heiligenstadt und Worbis im BV Erfurt, Rudolstadt und Pössneck im BV Gera, Görlitz, Niesky und Bautzen im BV Dresden, Torgau im BV Leipzig und Annaberg im Bezirk Karl-Marx-Stadt, ACDP VI-052–186/2, Organisationsbericht III. Quartal 1961; ebd., Analyse über die org. Entwicklung der Partei im II. Quartal 1961, 16. 8. 1961, zu 9 Brigadeeinsätzen im Bezirk Rostock, bei denen man 665 Kollegen wieder für die Partei gewinnen konnte.

305 Insgesamt hatte sich die Mitgliederzahl von Anfang 1959–1960 aufgrund der Koppelung von Mitgliederanwerbung und LPG-Eintritt sogar erhöht und betrug Ende 1960 85300.

306 Die durchschnittlichen jährlichen Abgänge seit 1956 betrugen rund 6%, die Aufnahmen rund 6,7%. Berechnet nach Tabelle 5, auch Fußnote 8. Rund 8900 Personen verließen die Partei 1959/60, rund 8700 wurden in diesem Zeitraum neu aufgenommen.

307 Als Ursachenprofil für die Austritte ermittelte die Abt. Organisation: 10% der Austritte würden offen ausgesprochen mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft zusammenhängen, 27,3% würden angeben, daß sie die Mitarbeit wie auch die Beitragszahlung ablehnen; 41,5% gingen auf „politisch-ideologische Unklarheiten" zurück. Vorwiegend Arbeiter und Hausfrauen argumentierten, keine Verbindung mehr zur Landwirtschaft zu haben. Bei den Ausschlüssen des Jahres 1960 handelte es sich zu rund 94% um Westflüchtige. ACDP VI-052–186/1, Abt. Organisation, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung im III. Quartal, 1. 11. 1960.

Sicherheit, die die LPG-Mitgliedschaft jetzt bot, ihre Flucht vorbereiteten, vor allem als die Brigaden der Nationalen Front abgezogen waren[308].

Bei der Haltung der Mitglieder Anfang der sechziger Jahre war von Bedeutung, daß die Mehrheit die SED und den Staatsapparat für die Kollektivierung verantwortlich zieh und der eigenen Partei eine mindere, nur abgeleitete Schuld vorhielt. Dort, wo die Brigaden mit Unterstützung der DBD sehr rigoros für die Kollektivierung agitiert hatten, brach die Basis danach großteils weg, in überwiegend einzelbäuerlichen Gegenden häufig geschlossen. Viele Parteiversammlungen konnten mangels Beteiligung keine Beschlüsse fällen. Bis November 1960 gelang es, dieses Phänomen in den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg, Frankfurt, Cottbus, Halle, Dresden und Karl-Marx-Stadt zu vermindern, „keine wesentlichen Veränderungen" gab es dagegen in Magdeburg und Gera, während sich in Potsdam und Suhl die Zahl der beschlußunfähigen Zusammenkünfte noch erhöhte[309]. Auf lange Sicht erwiesen sich vor allem über das Land verstreute Inseln von Kreisverbänden und Ortsgruppen, die jegliche Mitarbeit verweigerten, als problematisch[310]. Der regionale und dörfliche Zusammenhalt war schon für den Durchbruch zur LPG maßgeblich gewesen: In den Ortsgruppen der DBD, in denen in den fünfziger Jahren kaum ein bäuerliches Mitglied einer LPG angehörte, entschied sich angesichts des steigenden Drucks Ende der fünfziger Jahre oft dann entweder die überwiegende Mehrheit der Ortsgruppe oder so gut wie niemand davon für einen LPG-Eintritt. Weitaus seltener kam es vor, daß nur ein Drittel bis die Hälfte der Parteimitglieder vor den Frühjahrsmonaten 1960 beitrat.

Abgesehen von Parteiaktivisten der Kollektivierung vor Ort, warf ein erheblicher Teil der eigenen Partei vor, „die DBD hätte sie in die Genossenschaft gezwungen und nicht davor geschützt"[311]. Sie habe als Interessenvertreterin, für die man sie durchaus hielt, versagt; nun da man in der LPG sei, brauche man die DBD nicht mehr, hieß es allerorten. Ironisch fügte man hinzu, der LPG-Vorsitzende kümmere sich jetzt um alles, daher erübrige sich die DBD-Ortsgruppe. Auch bei den „positiv Denkenden sei die Meinung verbreitet, daß die SED alles alleine macht und die DBD nicht gebraucht werde"; ähnlich sehe es auch in der CDU aus, notierte die SED als Ergebnis zahlreicher Brigadeeinsätze in der Provinz[312]. Verbittert über uneingelöste Versprechen griff man Argumentationsfiguren der Agitatoren auf: Man verdiene in der LPG nicht so gut, wie vorher versichert worden war, daher könne man sich weder den Parteibeitrag noch das Abonnement des „Bauern-Echo" leisten. Als Genossenschaftsbauer habe man weniger freie Zeit als vorher, die man nicht mit Lesen des „Bauern-Echo" zubringen wolle, wo ohnehin

---

308 Siehe dazu Tabelle 26.

309 Entsprechend bemüht war die Parteizentrale, die Organisation in den Kreisen und Ortsgruppen zu verbessern, siehe z. B. Sekretariatsvorlage der Abt. Organisation „Statistische Einschätzung über die Verbesserung der Leitungstätigkeit auf der Grundlage der Beschlüsse der 3. Parteivorstandssitzung", 19. 11. 1960, ACDP VI-052–0543.

310 SAPMO DY 30 IV A2/15/92, Die Situation in der DBD vor den Volkskammerwahlen 1963, 30. 10. 1963.

311 ACDP VI-052–186/1, Einschätzung organisatorische Entwicklung im III. Quartal, 1. 11. 1960.

312 SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Bericht über Einsatz in Cottbus, 7.–9. 2. 1961.

nur das gleiche wie in den Mitteilungsblättern der SED stünde[313]. Versuchten die Brigaden die Genossenschaftsbauern zur Mehrarbeit, zum Brigadeprinzip und zur Entlohnung nach dem Leistungsprinzip anzuhalten, entgegnete man umgekehrt, durch die Kollektivierung so viel Geld verdient zu haben, daß man jetzt auf zusätzliche Arbeit verzichten könne[314].

Obgleich man die Bedingungen, um die Mitglieder zurückzugewinnen, 1961 schon für erheblich günstiger hielt als 1960, blieb auch nach dem Mauerbau und trotz zunehmender wirtschaftlicher Konsolidierung der LPG rund ein Drittel der DBD-Mitglieder weiterhin mit politischen „Unklarheiten" behaftet[315]. Mißmut und jahrelange Passivität brachten ein tiefes politisches Unbehagen zum Ausdruck, nicht nur vorrangig wirtschaftlich motiviertes Protestverhalten. Dennoch: Das Gros der DBD-Mitglieder akzeptierte über die Parteianbindung auch das Herrschaftssystem, die DBD erfüllte ihre Transmissionsfunktion. Dies ist auch daran abzulesen, wie sehr die Mitglieder sich in ihrer Kritik die Argumentationsstrategien des Herrschaftsapparates zu eigen machten, denn bei unverhüllter Kritik liefen sie Gefahr, als Diversanten verfolgt zu werden. Diese Befunde bestätigen die These, daß „für die DDR [...] nicht der Erfolg der Herrschaftsstrategien auffällig" ist, „sondern das Ausmaß, in dem auf sie Bezug genommen wurde"[316].

6. Politische Stellung und Anleitung der Partei 1961–1963

Das Projekt des Sozialismus hatte die DBD als Partei im Kern getroffen. Denn unter diesem Signum reklamierte die SED als dessen Vorreiterin eine Legitimation neuer Qualität für sich, um auf Funktion und Stellung der Bauernpartei einzuwirken und diese neu zu definieren. Der Zustand der Parteiführung in Sekretariat und Parteivorstand belegt, wie paralysiert und konzeptionslos die obere Ebene auf diese Situation reagierte. Der rasante Funktionsverlust der DBD, der 1963 hinsichtlich ihrer Beteiligung an der staatlichen Agrarpolitik wie des politischen Charakters der Partei auf einen Tiefpunkt zusteuerte, war jedoch nicht nur eine Folge

---

313 ACDP VI-052-0542, Protokoll Präsidium, 29. 8. 1960, „Bauern-Echo"-Werbeaktion. Von Februar bis Juni schrumpfte die Zahl der Abonnements von 86839 auf 68755, also um rund 20%. Vgl. BStU ASt Chm. Vorl. AIM 2421/62, Schönweiß, Vorlauf Personalakte, Bl. 60, Aussprachebericht, 13. 12. 1960.

314 So begründete die Versammlung der DBD in Bernsdorf, Kreis Grevesmühlen, den Umstand, daß 50% der Mitglieder nicht für die LPG arbeiten würden. BStU ASt Rst. AIM 186/63, Bd. 1/II, Binder, Bl. 45f., Bericht vom 24. 1. 1961.

315 So Grüneberg noch 1963 zur DBD: SAPMO NY 4233/44, Bl. 284–288, Aussprache mit PV der DBD, 26. 4. 1963; ACDP VI-052-0326, Protokoll Präsidium, 30. 5. 1961. In Suhl, Magdeburg, Erfurt, Dresden, Neubrandenburg und Gera wurden 6–10tägige operative Einsätze durchgeführt. In Bautzen, Strausberg, Sömmerda hatten rund 100 Mitglieder schon mehrere Jahre lang keinen Parteikontakt mehr, 23 hatten 38 Monate lang keinen Beitrag bezahlt.

316 Lüdtke, DDR, S. 12.

der von der SED aufoktroyierten Politik[317], sondern hatte durchaus Ursachen im Führungsapparat der Partei.

Bis 1963/64 brauchte die SED die DBD zur dauerhaften Gewährleistung des erreichten Zustandes in den Genossenschaften. Die DBD sollte helfen, die vormaligen Einzelbauern zu Genossenschaftsbauern umzuformen, die für den Sozialismus empfänglich sein würden. Wenngleich einerseits Abstriche im Politisierungsgrad hinzunehmen waren, so sollten Mitglieder der DBD andererseits diesen politischen Anspruch durch ihre Integration in den Produktionsprozeß bestätigen, abzulesen etwa an ihrer Planerfüllung. Der Beitrag der DBD zur Ausformung der Kollektivierung vollzog sich in enger Abstimmung mit der SED; man stellte sich diesen Vorgang so vor, daß sich eine formale LPG-Zugehörigkeit zu einer von Überzeugung getragenen Mitgliedschaft wandelte und traditionelle Lebens- und Wirtschaftsweisen von sozialistisch geprägten Vorstellungen überformt wurden.

Die durch die Kollektivierung erst hervorgerufenen wirtschaftlichen und politischen Friktionen garantierten eine dauerhafte Existenz der DBD, vor allem so lange die SED nur unzureichend in den LPG vertreten war[318]. Während die Arbeitsgruppe BO den zuständigen Mitarbeitern in den Bezirkssekretariaten noch im Oktober 1959 mitgeteilt hatte, daß sich die Tätigkeit der DBD in vollgenossenschaftlichen Dörfern auf die „weitere ideologisch-politische Überzeugungsarbeit" beschränke[319], mußte sie im Frühjahr 1961 die Blockpolitik als Instrument wiederbeleben. Dazu entsandte sie eine Reihe von Instrukteuren in Bezirke und Kreise[320]. Wie man bei dieser Gelegenheit feststellte, waren die Bezirksleitungen der SED durchgängig nur sehr schlecht über den Zustand ihrer Blockpartner informiert. Zunächst demonstriert dies das konzeptionslose, verfrühte Vorpreschen der Arbeitsgruppe Ende 1959, die die Dimension der aufgeworfenen Probleme auf dem Land völlig verkannte; darin unterschied sich die Arbeitsgruppe BO im übrigen von jenen SED-Genossen, die mit der Agrarpolitik vertrauter waren, wie in der ZK-Landwirtschaftsabteilung oder im MLF. Außerdem deuten die Befunde der Instrukteureinsätze auf de facto unkontrollierte Handlungsmöglichkeiten der Blockparteien hin. Die zahlreichen Instruktionen der Arbeitsgruppe BO richteten sich in erster Linie auf den eigenen Apparat, schärften eine bessere Selbstkontrolle und laufende Überwachung der Blockparteien ein. Vor allem jedoch kritisierte man ihn für das verbreitete und kontraproduktive „Sektierertum" speziell gegenüber der DBD, aber auch hinsichtlich anderer Parteien: In eigener Selbstüberschätzung würde man die anderen Parteien prinzipiell übergehen.

Die Arbeitsgruppe BO versuchte 1961, ihre nachgeordneten Einheiten in der Peripherie von jenen, jetzt als „sektiererisch" eingeschätzten, ideologischen Positionen zurückzurufen, die sie selbst dort während der Radikalisierung ab Ende

---

[317] So die Interpretation Reichelts, Blockflöte, S. 207–209, der die DBD zu sehr als Opfer der SED-Politik sieht.

[318] Bis 1962 stagnierte die Werbung von Kandidaten und die Bildung von SED-Grundorganisationen in den LPG Typ I. Fortschritte waren erst 1963 zu verzeichnen. Vgl. Matschke, Entwicklung, S. 191 f.

[319] SAPMO DY 30 IV 2/15/4, Tagung der AG BO, 29./30. 10. 1959.

[320] SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Instrukteurberichte der AG BO zum Bezirk Frankfurt/Oder 9.–12. 11. 1960, Potsdam, Kreis Nauen, 2.–3.2.1961.

1959 verursacht hatte, als die SED ihre Vorreiterrolle im Sozialismus auf Kosten anderer Parteien ausübte. Langfristig wirkte das „Sektierertum" der SED auf die DBD-Basis anregend, teils provokativ, denn viele Mitglieder fühlten sich als Widerpart der SED im Ringen um Positionen und zum Beweis ihrer politischen wie wirtschaftlichen Befähigung herausgefordert. Nach der Überwindung des Schocks der Vollkollektivierung und der Desillusionierung nach dem Mauerbau trug diese Konstellation ab der zweiten Jahreshälfte 1961 dazu bei, die Mitgliedschaft wieder zu aktivieren. Die eigene Basis wieder zu erreichen, war andererseits eine unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen der Transmissionsaufgabe der DBD. Da die Bauernpartei längst gleichgeschaltet war, von ihrer Spitze keinerlei Gefahr abweichender Interessenartikulation ausging, profitierte schließlich allein das SED-Regime von der neu in Gang gesetzten Aktivität der DBD-Mitgliedschaft[321].

Nach der Durchsetzung der Kollektivierung war die DBD mit deren Absicherung nach innen und außen befaßt. Die mit der Bodenreform einsetzende tiefgreifende Umwälzung der Agrarstruktur in der SBZ/DDR verlangte immer auch eine deutschlandpolitische Rechtfertigung und Perspektive, bestanden seither doch erhebliche Unterschiede zur Agrarordnung der Bundesrepublik und lagen damit schwerwiegende Probleme im Falle einer Vereinigung auf der Hand. Im Frühjahr 1961 oblag es der DBD, die in der Bundesrepublik weitaus heftiger noch als die Bodenreform attackierte Kollektivierung[322] zu verteidigen. Noch im März 1952, vor der Auflösung der Westabteilungen von CDU und LDPD, war es der CDU zugefallen, einen gesamtdeutschen Agrarplan auszuarbeiten[323].

Die neue deutschlandpolitische Offensive der DBD zielte zum einen auf die Beeinflussung der westdeutschen Berufskollegen und versuchte insbesondere, an die heftigen Proteste der Bauernverbände im Gefolge der Gründung der EWG anzuknüpfen[324]. Sie wollte „den Protest der Bauern so stark werden [...] lassen, damit eine Änderung der Agrarpolitik erreicht wird"[325], gemeint war die Rücknahme des Gemeinsamen Marktes und der Westintegration der Bundesrepublik. Dazu sollte der landwirtschaftliche Strukturwandel in der Bundesrepublik als „Bauernlegen" dargestellt werden, welches auf die Westintegration des Agrarmarktes, die Importpolitik der EWG, die Dominanz der NATO und die „Atompolitik" Adenauers zurückzuführen sei[326]. Zum anderen – und dies war die wich-

---

321 Zumal wenn einzelne im Auftrag des MfS wichtige Landwirtschaftsbetriebe durch Spionieren „absicherten" oder wie Bögelsack zur landwirtschaftlichen Lage des Bezirks berichteten; BStU ASt Lpz. AIM 1843/88, Bd. I/1, Bäjen, Bl. 19, Anwerbungsbericht, 4. 12. 1968. BStU MfS AIM 1305/69, Personalakte Bögelsack, Bl. 25, Verpflichtungserklärung, 5. 11. 1966.

322 Vgl. Bauerkämper, Legitimation, S. 64–69.

323 Richter, Ost-CDU, S. 353.

324 ACDP VI-052–0543, Protokoll Sekretariat, 30. 1. 1961.

325 So die „Hinweise für gesamtdeutsche Arbeit", 8. 2. 1961, ACDP VI-052–0543. Die EWG machte sich 1961/62 erstmals stärker im Hinblick auf die Landwirtschaft bemerkbar. Vgl. dazu und zu Protesten des Bauernverbandes und der bäuerlichen Bevölkerung, Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 283–340; Eichmüller, Landwirtschaft, S. 80f.

326 „Brief an westdeutsche Berufskollegen", ACDP VI-052–0543, bei Sekretariatsprotokoll vom 6. 2. 1961.

tigere Ausrichtung – ging man damit auf die eigene Klientel in der DDR ein: Denn als Gegenprogramm zur internationalen Verflechtung der Landwirtschaft „unter der Herrschaft der Imperialisten und Militaristen" propagierte man für die DDR als einzig wahren Weg eine „nationale" Agrarpolitik und konstruierte einen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Bewahrung des Friedens[327]. Wichtiger scheint allerdings zu sein, daß eine solch „national" verstandene Agrarpolitik als erheblicher Beitrag zu einer auf die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln gerichteten Ernährungspolitik auch Teil einer Abgrenzungsstrategie vom Westen war[328].

In diesem Sinne arbeitete die DBD daran, ihre Mitglieder von der Notwendigkeit des Mauerbaus als „friedenssichernde" Maßnahme zu überzeugen[329] und führte fortan einen propagandistischen „Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages"[330]. Befriedigt stellte man im Zusammenhang mit dieser Thematik eine Politisierung des Parteilebens fest. Die „Maßnahmen vom 13.8." hätten bewirkt, „daß die Versammlungen jetzt ausgesprochenen politischen Charakter tragen"[331]. Im Unterschied zu SED und FDJ betrieb die DBD im Schutz der Mauer keine forcierte Verfolgung politischer Gegner, denen der Fluchtweg nunmehr verschlossen war, oder eine rigorosere Personalpolitik in den eigenen Reihen. Aber angesichts des „Fehlverhaltens" einiger Funktionäre des Parteivorstandes im Umfeld des Mauerbaus sah man sich veranlaßt, die innerparteiliche „Wachsamkeit" zu erhöhen; dieses ideologische Erklärungsmuster taugte gut dazu, die eigene Unzulänglichkeit zu vertuschen[332].

Dafür gab es zwei unmittelbare Anlässe: Zum ersten war der Bezirkssekretär Berlins, Günter Gedicke, aus einer Kampfgruppeneinheit entwichen[333], die offenbar beim Bau der Mauer beschäftigt war; zum zweiten blieb das Gebäude des Parteivorstands am Tag nach dem Mauerbau völlig verwaist zurück. Hans Rietz war als einziger Spitzenfunktionär der DBD noch in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 zusammen mit Vertretern anderer Blockparteien von Ulbricht über das Vorhaben der Grenzabriegelung informiert worden; er hielt es am nächsten Tag jedoch für nicht nötig, im Parteisitz zu erscheinen, sondern verließ in

---

327 Zur Konzeption einer nationalen Agrarpolitik siehe Grüneberg, DDR, Bannerträger, S. 20.

328 So für die Ära nach Ulbricht Kusch u. a., Schlußbilanz, S. 78.

329 Die Argumente unterscheiden sich in nichts von denen der SED und sind heute noch bei Reichelt nachzulesen; Reichelt, Blockflöte, S. 182f. SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Abt. Org. der DBD, Niederschrift der Aussprache der Sekretäre für Org. auf der Tagung am 24. 8. 1961.

330 ACDP VI-052-0546, Protokolle Sekretariat, 23. 10. und 27. 11. 1961, auch zu entsprechenden Schulungen in den Kreisen.

331 SAPMO DY 30 IV 2/15/53, Abt. Org. der DBD, Niederschrift der Aussprache der Sekretäre für Org. auf der Tagung am 24. 8. 1961.

332 ACDP VI-052-0545, Protokolle Sekretariat, 21. und 28. 8. 1961. Ein Papier der Parteibetriebsgruppe, 18. 9. 1961, hob neben der Erhöhung der „Wachsamkeit" und der Gewährleistung der „Einsatzbereitschaft" auf eine gezielte politische Arbeit, intensivere Schulung der Betriebsgruppe und stärkere Kontrolle der Mitarbeiter der Nationalen Front in ihren Wohngebieten ab.

333 Positive Beurteilungen Gedickes noch 1960, SAPMO DY 30/vorl. SED 4071.

einer privaten Angelegenheit Berlin, ohne seine Kollegen weiter zu informieren[334]. Ein Opfer dieser verstärkt nach innen gerichteten „Wachsamkeit" wurde, wie bereits dargelegt, der einst mit der gesamtdeutschen Thematik betraute politische Mitarbeiter Otto Keuthe, der dem Parteivorstand angehörte[335]. Um von eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken, bestrafte die Führungsspitze ihn vor den Augen der SED als Sündenbock.

Im Zeichen der außenpolitisch gespannten Lage in Berlin suchte das MfS von vornherein zu verhindern, daß politische Mitarbeiter im Apparat des zentralen Berliner Parteivorstandes sich in den Westen absetzten oder möglicherweise Anlaufstellen für westliche Kontaktaufnahmen würden. Mit Hilfe seiner IM sorgte es erfolgreich dafür, daß bis dahin völlig unverdächtige Funktionäre mit Angehörigen in Westdeutschland oder solchen, die geflüchtet waren, aus dem Nadelöhr Berlin auf Positionen in den Bezirksverbänden wegversetzt wurden[336]. Eine weitere Transformationsaufgabe der DBD bestand 1961 darin, die ersten öffentlichen Enthüllungen des XXII. Parteitages der KPdSU zu den Machenschaften Stalins an die Mitglieder und niederen Funktionäre zu vermitteln und politisch abzudämpfen[337].

Ein zweiter umfassender Aufgabenbereich, der der DBD entgegen der Vorhersage der Arbeitsgruppe BO wieder zufiel, bestand in der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgelasten der Kollektivierung. Diese hatte die SED mit der überstürzten Aktion 1960 bewußt in Kauf genommen. Für die Agitatoren und Staatsfunktionäre rangierte im Frühjahr 1960 die ordnungsgemäße Frühjahrsbestellung nachrangig hinter der Durchsetzung der Vollkollektivierung[338]. Die Analysen des MLF unterstrichen, daß die maschinellen und technischen Kapazitäten der MTS mit einer Vollkollektivierung überfordert und die labilen LPG auf Jahre hinaus finanziell nicht in der Lage sein würden, Technik und Maschinen, wie vorgesehen, aufzukaufen. Auch bei den wirtschaftlich solideren LPG stellte das Ministerium 1960 die Neigung fest, die Technik lieber weiterhin auf Leihbasis zu niedrigen MTS-Tarifen zu nutzen, statt sie zu erstehen[339]. Damit wurde das grundlegende

---

[334] Helmschrott hatte zwar Panzer fahren sehen, vermutete jedoch keinen ernsten Anlaß, wofür ihn Burkhardt im Sekretariat kritisierte; BStU MfS AP 75835/92, Helmschrott, Bd. 2, Bl. 4. BStU MfS AP 14985/92, Rietz, Bl. 115f.

[335] Vgl. S. 287.

[336] Daher wurde z. B. Gaude nach Leipzig versetzt; BStU ASt. Lpz. AIM 3445/92, Personalakte Gaude, Auskunftsbericht, 23. 05. 1974. Im MfS-Auftrag sollte Zagrodnik darauf hinwirken, BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 110–115, Treffbericht, 26. 11. 1960.

[337] Vgl. dazu ACDP VI-052-0546, Einschätzung der 9. PV-Sitzung, Auswertung des XXII. PT der KPdSU und der 14. Tagung des ZK der SED, 20. 12. 1961; Vgl. Weber, Geschichte, S. 331–334; Staritz, Geschichte, S. 203f.

[338] SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Bericht Instrukteur für BO in Leipzig an Büro der BL, 10. 2. 1960. Vgl. SAPMO DY 30 J IV 2/2/692, Protokoll PB, 15. 3. 1960, Anlage 13, Bl. 137–139.

[339] Vgl. etwa BA DK-1/449, Bl. 27–32, Information über die Probleme, die sich aus der 4. Richtlinie über die leihweise Übergabe der Technik ergeben [undatiert 1960]. Der Ausarbeitung zufolge enthalte die Richtlinie Bestimmungen, „die die weitere Übergabe der Technik an die LPG nicht" fördern würden. Vgl. hierzu auch BA DC-20/377, Tätigkeitsbericht des Arbeitsgebietes LW für 1959, der festhält: „Der Bericht und Beschluß über die Übergabe der Technik wurden auf Grund des bevorstehenden 7. Plenums ebenfalls noch

Problem berührt, daß der Fortgang der Kollektivierung bis zum Frühjahr 1960 in erheblichem Maße von den Kapazitäten der Landmaschinenindustrie, der chemischen Industrie und nicht zuletzt vom Staatshaushalt abhing. Mit dem kurzfristigen Entschluß von Mitte Januar 1960 waren all diese Bedenken zugunsten einer radikal politischen Lösung zurückgedrängt worden[340].

Erst in einem zweiten Schritt forderte die SED danach zunächst die wirtschaftliche Konsolidierung der LPG des Typs I und II und bekundete, daß ein sofortiger Übergang zur höher vergesellschafteten Form III und die Bildung von Groß-LPG primär nicht erwünscht sei[341]. Die DBD sollte mithelfen, die enormen Produktionseinbußen der Jahre 1960/61 aufzuholen, die vor allem durch unbestellte Flächen und eher nachrangig, wenngleich in der Propaganda hervorgekehrt, durch eine witterungsbedingte Mißernte 1961[342] verursacht worden war. Die Aufgaben, die der DBD zugeteilt wurden, unterschieden sich nicht von denen der SED: Auch sie proklamierte, wie es zuvor der SED gesteuerte VI. Deutsche Bauernkongreß im Dezember 1960 vorgegeben hatte, 1961 als das „Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit"[343].

Aufgrund ihres Einflusses im Südteil der Republik sollte die DBD darauf hinarbeiten, daß sich die in einem Dorf mehrfach vorhandenen LPG des Typs I zusammenschlossen, besonders die sich hartnäckig verweigernden Zwerg-LPG. Bei den Mitgliedern aller LPG-Formen waren die genossenschaftlichen Komponenten auf Kosten der individuellen Eigentumsmerkmale zu unterstreichen: Die Formen von Typ I und II hatten dazu den gemeinsamen genossenschaftlichen Fonds finanziell aufzustocken[344]; Mitglieder des Typs II sollten eine genossenschaftliche Viehwirtschaft aufbauen; Genossenschaftsbauern in LPG des Typs III versuchte man dazu zu bringen, weniger Arbeitskraft und Kapital für die individuellen Hauswirtschaften zu verwenden, sondern sich stärker der genossenschaftlichen Viehhaltung zu widmen.

Für jedes dieser Einzelziele inszenierte die SED besonders zugeschnittene „Beispiele" und versuchte dort, wo es aufgrund des ordnungspolitischen Rahmens keine Wettbewerbsstrukturen gab, künstliche „Wettbewerbe" von LPG zu LPG, zwischen Brigaden und von Bauer zu Bauer in Gang zu setzen: Im sogenannten „Wendlandbrief", veröffentlicht am 28. Januar 1962, stritten zwei Bauern über das Problem der individuellen Hauswirtschaften in den LPG des Typs III und verbreiteten die „Lehre", daß die Individualwirtschaften der Gemeinschaft schaden

---

zurückgestellt bzw. noch nicht eingereicht." Im Juli hingegen hatte das PB noch eine schnellere Übergabe der Technik vorgesehen, SAPMO DY 30 J IV 2/2/657, Protokoll PB, 7. 7. 1959.

340 Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 12f. Vgl. hingegen die Interpretation von Schulz, ebd., S. 34–37.

341 Ulbricht untersagte Ende Mai 1960 überraschend die Diskussionen über Groß-LPG. Krebs, Weg, S. 390.

342 Blohm, Entwicklung, S. 729.

343 Im Schulungsplan stand: „gute genossenschaftliche Arbeit – unser Beitrag für den Sieg des Friedens und des Sozialismus – für ein Leben in Glück und Wohlstand"; ACDP VI-052–0543, Protokoll und Anlagen Sekretariatssitzung, 16. 1. 1961.

344 Vgl. SAPMO DY 30 IV 2/15/5, Einsatz in Halle, 10.–13. 8. 1960.

würden[345]. So sollte der Konflikt in die Genossenschaften hineingetragen und eine offene Auseinandersetzung über die Einhaltung der Statuten herbeigeführt werden; diese Einschränkung der individuellen Hauswirtschaften wagte die SED erst nach dem Mauerbau offen zu fordern. Der Brief zielte darauf, die bisher für den privaten Verbrauch und Verkauf genutzten Produkte bzw. die dafür eingesetzten Produktionsmittel für das genossenschaftliche Betriebsergebnis zu verwenden. Denn diese Produkte waren bekanntlich ablieferungsfrei und standen für den Verkauf zur Verfügung[346].

Der Wettbewerb nach dem Beispiel „Albinshof" um die verlustlose Einbringung der Ernte 1961 und die Verbesserung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit zur Übererfüllung des Planes zeichnete sich in der DBD-Variante durch zwei Stoßrichtungen aus: Neben den damit verbundenen wirtschaftlichen Zielen, denen im Mißerntejahr 1961 besondere Bedeutung zukam, diente er dazu, sich ein genaueres Bild vom ideologischen Zustand des Apparates und der Haltung der Mitglieder zu verschaffen. So wurde erhoben, ob es noch mehrere LPG des Typs I am Ort gebe, die von den DBD-Mitgliedern demnach noch nicht verschmolzen worden waren, welche Grundeinheiten noch Einzelbauern aufwiesen oder wo es noch Bäuerinnen gab, die ihren Männern nicht in die LPG gefolgt waren[347]. Tatsächlich mußte man feststellen, daß in „vielen Dörfern [das Beispiel] Satow nicht lebt, Wettbewerb nicht nach den Prinzipien von Albinshof geführt werde", die Wettbewerbsbewegung also im Sande verlaufen war. Nicht näher spezifizierte „Stimmen" aus dem Kreis der Mitglieder monierten dagegen, man erfülle nicht einmal den Plan und folglich hielte man das „Produktionsaufgebot" zu seiner Übererfüllung schlichtweg für unsinnig[348].

Eine vermehrte Werbung der Bäuerinnen für die LPG setzte im Grunde erst 1962 ein, also parallel zum Bemühen, die individuellen Vieh- und Hauswirtschaften zu reduzieren. Im Zeitraum von 1961 bis zum 31. Mai 1963 wurden immerhin 42405 Bäuerinnen als Genossenschaftsmitglieder geworben, 1960 waren fünfzig- bis sechzigtausend Bäuerinnen den LPG ferngeblieben[349]. Zwar hatte die DBD seit Ende 1958 intensiver versucht, Jugendliche und Frauen in die Parteileitungen einzubeziehen, bis Herbst 1961 existierte jedoch keine auf diese Gruppen zugeschnittene Anwerbungsstrategie. Vielmehr konzentrierte man sich offiziell auf die

---

345 Matschke, Entwicklung, S. 128.

346 Für die DDR liegt keine Statistik über die Bedeutung der privaten Hauswirtschaften für die Versorgung vor. Zum erheblichen Anteil dieser offiziell nur „geduldeten" Wirtschaftsform in der Sowjetunion: Wädekin, Privatproduktion.

347 ACDP VI-052-0545, Vorlage Abt. Agrarpolitik an Sekretariat, Disposition für den Bericht an das Präsidium, 28. 9. 1961.

348 ACDP VI-052-0546, Sekretariatsvorlage, Gliederung für Bericht an Präsidium, 26. 10. 1961.

349 So die – zu niedrig erscheinenden – Zahlen bei Matschke, Entwicklung, S. 130–133; zum 31. 5. 1960 ging die Zahl weiblicher ständig beschäftigter Arbeitskräfte in der LW – darunter die mithelfenden weiblichen Familienangehörigen – sogar um 163000 zurück, BA DE-1/1254, Bl. 2–13, Information über Probleme in der LW, 30. 9. 1960, hier Bl. 6f. Prokop, Übergang, S. 221; Grüneberg, DDR, Bannerträger, S. 20. Matschke zufolge gab es 1960 allein im Bezirk Potsdam noch rund 9800 Bäuerinnen außerhalb der LPG, im Bezirk Rostock gehörten nur etwa 35% der ehemaligen Einzelbäuerinnen den LPG an.

parteilosen männlichen Einzelbauern, die in aller Regel die entscheidende Instanz für einen Eintritt in die LPG waren. Im September 1961 gab es erstmals einen eigenen Bäuerinnenlehrgang an der Zentralen Parteischule der DBD in Borkheide[350]. Die Partei zählte Ende 1963 immer noch 1026 Bäuerinnen, die keiner LPG beigetreten waren, vor allem in den Bezirken Schwerin und Dresden[351]. Dies ist nicht nur auf eine besondere politische Distanz der Frauen zur LPG und auf fehlende wirtschaftliche Anreize zurückzuführen. So hielt die Abteilung Organisation fest, daß die Bäuerinnen als Saisonarbeitskräfte vielfach mehr verdienen würden denn als Mitglied[352]; durch die „aufgeblähten" individuellen Hauswirtschaften seien sie ohnehin vollauf beschäftigt und außerdem fehlten in den LPG oftmals entlastende Einrichtungen wie Wasch- und Gemeinschaftsküchen oder Kindergärten.

Vorrangig bestünden jedoch noch „überlebte Auffassungen über die gesellschaftliche Rolle der Bäuerinnen, wobei die Auffassung besteht, die Frau hat nichts zu sagen, es genügt, wenn der Mann Mitglied ist". Sicherlich beleuchtet dieses Verhalten die weit verbreitete Tendenz, an der hergebrachten Lebenspraxis auf den Höfen und der dafür konstitutiven Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern festzuhalten. Im Falle jener mittelbäuerlichen Betriebe, die es sich vordem leisten konnten, daß die Frau ausschließlich den Haushalt führte, ist die Abwehr des Eintritts aber nicht vorschnell als geschlechtsspezifische Schieflage zu interpretieren, sondern als Bemühen, den bisherigen sozialen Status zu wahren[353]. Wie auch für die SED beobachtet, waren weibliche Landwirtschaftslehrerinnen leichter für die LPG zu gewinnen als ehemalige Einzelbäuerinnen.

Die Personalpolitik von SED wie DBD bis 1963 zeichnete sich durch eine Verdrängung weiblicher Führungskräfte in den LPG aus. Im Zuge der Zusammenlegung kleinerer LPG rückten häufig Männer in die vormals von Frauen besetzten Positionen ein[354]. Die eingeforderte Professionalisierung der LPG-Leitungspositionen führte ebenfalls zur Benachteiligung der Frauen. Obgleich die DBD sich offiziell bemühte, den Frauenanteil in den Vorständen zu erhöhen, wurden weibliche Führungskräfte im Zuge der Kollektivierung aus Leitungspositionen in den Bezirken abberufen. So mußte die langjährige Bezirksvorsitzende Berlins, Frieda Müller, Volkskammerabgeordnete und Vorsitzende der LPG Typ III „Freie

---

350 ACDP VI-052-0545, Themen- und Ablaufplan zu Bäuerinnenlehrgang an der ZPS, bei Tagesordnung Sekretariat, 26. 9. 1961.

351 ACDP VI-052-0553, Analyse über organisatorische Festigung der Partei im 1. Halbjahr 1963, 28. 8. 1963.

352 Dies rührte her von der Arbeitskräftepolitik der SED, die Industriearbeitern, die sich verpflichteten, 2 Jahre in einer LPG zu arbeiten, eine Prämie zahlte. Diese wurde bei einem Wechsel der LPG immer wieder fällig. Kritik der bäuerlichen Bevölkerung an dieser „Wanderarbeit" in: BStU ASt Rst. AIM 186/63, Arbeitsvorgang Binder, Bd. II/1, Bl. 47, Bericht vom 24. 1. 1961.

353 Vgl. ACDP VI-052-0553, Analyse über organisatorische Festigung der Partei im 1. Halbjahr 1963, 28. 8. 1963 (Zitat).

354 Matschke, Entwicklung, S. 132f. Bis Ende 1962 ging die Zahl der weiblichen Vorsitzenden in LPG Typ I und II von 148 auf 74 zurück; der Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder betrug 1961 in LPG Typ III 27,2%, in LPG des Typs I sogar nur rund 18%.

Erde", ihren Posten an einen Mann abgeben[355]. Die DBD förderte nun eine „Spezialistenausbildung" für ihre weiblichen Mitglieder und versuchte damit Tradition und sozialistische Leistungsanforderungen zu verknüpfen. Besonders in den kleineren und mittleren Betrieben mit einem hohen Anteil an Tierhaltung waren es häufig die Frauen, die für Pflege und Zucht zuständig und insofern längst „Spezialistinnen" waren[356].

Entgegen durchaus vorhandenem agrarökonomischen Sachverstand schreckte die DBD in dieser Zeit nicht davor zurück, offensichtliche Fehlentscheidungen mitzutragen. Dazu zählte das schließlich völlig gescheiterte „Offenstallbauprogramm" oder der überoptimistische Anbau von Mais in klimatisch ungeeigneten Lagen. Im Trend der Zeit riet das „Bauern-Echo" zur Verfütterung von Antibiotika zu Mastzwecken und propagierte eine für die Tiere schädliche, viel zu frühe Färsendeckung, weil diese darauf hoffen ließ, den Einbruch der Viehwirtschaft infolge der Kollektivierung schnell auszugleichen[357].

Bei der Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses im März 1962 unternahm die SED den ersten Anlauf, die Musterstatuten der LPG zu verändern[358]. Dabei zielte man darauf, die mindervergesellschafteten Formen des Typs I und II so auszugestalten, daß ihr Zweck als bloße Durchlaufstufen zu Typ III erkennbar wurde[359]. Man zog verschiedene Modelle als Ansatzpunkte in Erwägung[360]. Kalkuliert modifizierte man schließlich lediglich das Musterstatut des Typs II, also – jenes Typs, der quantitativ kaum ins Gewicht fiel. Eine heftige Gegenwehr von seiten der Mitglieder war daher nicht zu befürchten; man hatte aber dennoch einen rechtlichen Hebel geschaffen, der auf andere Typen übertragbar war. Die Neuregelung betonte die Aufgabe, eine genossenschaftliche Viehhaltung aufzubauen, vor allem aber begrenzte sie die Möglichkeiten des Austritts praktisch auf den Fall eines Wechsels in eine andere LPG[361].

Implizit veränderte diese Modifikation den Eigentumscharakter, da die Mitglieder keine freie Verfügungsgewalt mehr besaßen. Im Vergleich zu den anderen diskutierten Varianten ist die schließlich beschlossene deutlich entschärft. Eine Mitarbeit der DBD an dieser entscheidenden rechtlichen Veränderung ist nicht nachzuweisen; offenbar billigte die SED dem DBD-Sekretariat keine Mitsprache

---

355 SAPMO DY 30/vorl. SED 4072, Beurteilung SED BL Groß-Berlin, 18. 10. 1959.

356 Vgl. Broschüre „Zentraler Erfahrungsaustausch des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD mit Kolleginnen unserer Partei, 6. 3. 1964 in Berlin". Siehe allgemein Griepentrog, Struktur, S. 68ff.

357 „Bauern-Echo", 19. 5. 1960; ebd., 21. 5. 1960.

358 Matschke, Entwicklung, S. 136f.

359 Diese Zielsetzung eindeutig in: ACDP VI-052–0546, Abt. Agrarpolitik, Vorschläge zur Erweiterung und Änderung der Musterstatuten der LPG, 4. 1. 1962, mit handschriftlichem Vermerk „wird wieder eingezogen". Zu den Kooperativen siehe Gabler, Entwicklungsabschnitte, passim.

360 ACDP VI-052–0546, Abt. Agrarpolitik, Vorschläge zur Erweiterung und Änderung der Musterstatuten der LPG, 4. 1. 1962.

361 Umschrieben mit Ausscheiden „aus gesellschaftlichen Gründen", die anderen Möglichkeiten waren Tod oder Ausschluß. Tümmler, Agrarpolitik, S. 62–66, GBl. DDR II 1962, S. 521, Beschluß über das Musterstatut für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vom Typ II vom 2. 8. 1962; Arlt, Rechte, S. 375.

in diesen rechtlichen Belangen zu. Gesichert ist jedoch, daß die Träger hoher staatlicher Funktionen, Reichelt, Scholz und Rietz diese Entscheidung mittrugen.

Der Handlungsrahmen der DBD wurde auf die wirtschaftliche Stabilisierung der Genossenschaften reduziert, die weitere rechtliche und ideologische Ausformung reklamierte die SED allein für sich. Die Konzentration auf wirtschaftliche Belange kam dem Zustand der DBD entgegen. Denn eher als mit politischen Parolen konnte man die enttäuschte Mitgliedschaft bei ihrer Berufsehre als Bauern wieder packen. Manche DBD-Bauern zeigten sich durchaus weiterhin dem wirtschaftlichen Erfolg zuliebe risikofreudig. So besorgten sich die DBD-Mitglieder und LPG-Bauern in Ragow, Kreis Jüterbog, noch 1962 (!) Saatkartoffeln aus Westberlin, worüber die SED nicht erfreut war: „Es kursiert dort das Argument: ‚Ja, das sind Kartoffeln von Adenauer.' Die Genossen der Sicherheit [MfS] und der Abt. Landwirtschaft erhielten den Auftrag, in Ragow diese Frage zu untersuchen und öffentlich auszuwerten."[362]

Um ihre Existenz als Partei überhaupt zu legitimieren, brauchte die Bauernpartei die Agrarpolitik als Wirkungsfeld, das ihr zugeschrieben wurde. Es ist daher bezeichnend für den geringen Stellenwert, den die SED ihrer Blockpartnerin noch zubilligte, als sie mit Hilfe von IM Stefan Zagrodnik Anfang 1962 die Auflösung der Hauptabteilung Agrarpolitik betrieb. Durch die Einrichtung einer Abteilung „Produktionspropaganda", die die Ziele des Siebenjahrplanes vorgeblich organisatorisch besser aufgreifen konnte, schraubte man letztlich die Kompetenz der DBD in Agrarfragen zurück. Die SED versuchte, eine ohnehin nur potentiell vorhandene Konkurrenz der DBD auszuschalten[363]. Bislang hatte die Abteilung von ihrem Einblick in höchste Regierungspolitik profitiert; daher konnte sich die DBD, trotz aller Einschränkungen, wenigstens auf diesem Terrain vor ihren Mitgliedern profilieren[364].

Die sich bis 1963 anbahnende Entwicklung wurde durch personelle Veränderungen in der Führungsspitze begünstigt. Eine federführende Rolle spielte Za-

---

[362] BLHA Rep. 530, Nr. 1436, Bericht Sektor Information, 25. 5. 1962, BL Potsdam, Abschrift Bericht der KL Jüterbog, 24. 5. 1962.

[363] Gegen die Interpretation Reichelts, der allein die SED für diese Entscheidung verantwortlich macht, ist anzuführen, daß im Dezember 1961 außer Goldenbaum alle Sekretäre der DBD dieser Umwandlung zustimmten (BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 169–172, Treffbericht, 6. 12. 1961). Zutreffend ist vielmehr, daß während einer Unterredung aller Sekretäre im ZK mit Heinz Ackermann im August 1960 schon damals die Überführung einzelner Arbeitsgebiete der Abt. in andere Abt., etwa an die Abt. Schulung, sowie eine Strukturveränderung im PV angeregt worden war. Ebd., Bl. 103 f., Treffbericht, 24. 8. 1960. Reichelt, Blockflöte, S. 206 f. Nach der Auflösung der Abt. betrieb Zagrodnik zwischenzeitlich die Auflösung der Instrukteurbrigade beim PV. Die Instrukteure sollten, entsprechend der damaligen Konzeption der SED, in wirtschaftsschwache LPG delegiert werden (Ebd., Bl. 177–180, Treffbericht, 15. 3. 1962). Im Zuge der Neugliederung des Sekretariates Mitte 1962 setzte sich Zagrodnik auch für die Auflösung der Abt. Wirtschaft ein (Ebd., Bl. 184–186, Treffbericht, 6. 9. 1962).

[364] Siehe dazu z. B. die statistischen Materialien ministerieller Provenienz in den Akten der Abt. Agrarpolitik der DBD, ACDP VI-052-247/1, Abt. Agrarpolitik MLF 1953–1965, Projekt des Perspektivplanes der Landwirtschaft bis 1965, vertrauliche Verschlußsache [undatiert].

grodnik, der im September 1961 die Leitung der Abteilung Agrarpolitik übernahm[365], um so gezielter auf ihre Auflösung hinwirken zu können. Der bisherige Abteilungsleiter, Herbert Hoffmann, wurde zu einem Kurs in die Schweriner Kaderschmiede der SED für Agrarfunktionäre wegdelegiert und 1962 nach Potsdam versetzt[366]. Seine Absenz schwächte Goldenbaums Rückhalt, zählte Hoffmann doch in der Regel zu seinem Troß[367]. Ebenso verminderte die Ablösung Körbers 1961 als Leiter der Abteilung Organisation und 1962 als Kaderleiter Goldenbaums Einfluß im Sekretariat. Zwar hatte Körber anfangs seine Stimme im Sekretariat durchaus gegen ihn erhoben, sich später aber immer mehr dessen Positionen angenähert, wie Titel und Zagrodnik einhellig dem MfS und ZK zutrugen[368].

Mit diesem Austausch der altgedienten Funktionäre durch jüngere Kader entfernte man zugleich eine Führungsgeneration, deren agrarpolitischer Erfahrungshorizont noch in die Zeit zurückreichte, als die DBD einzel- *und* genossenschaftsbäuerliche Politik vertreten hatte. Zwar führte man dem Apparat des Parteivorstandes so in der Tat jüngere, fachlich auf dem neuesten Stand stehende Kader zu. Ihre Loyalität wurde jedoch weniger an ihrem Verhältnis zur Bauernpartei gemessen, als vielmehr am Grad ihrer Kooperationsbereitschaft gegenüber MfS und SED; viele hatten sich durch langjährige Spitzeldienste empfohlen.

Hierbei ist zu betonen, daß sich eine Mitarbeit als IM – auch die altgedienten Funktionäre hatten der Staatssicherheit zugearbeitet – nach 1957 qualitativ von früheren Tätigkeiten unterschied, weil erst seither neben den informatorischen Aspekten die aktive operative Handlungsanleitung für Ziele der SED getreten war. Die SED ließ laufend die Sessel für einen Elitenaustausch in der DBD-Führungsspitze räumen. Sogar im Falle hochrangiger DBD-Funktionäre setzte sie durch, daß diese sich sowohl fachlich weiterqualifizierten als auch – sofern sie für hohe Staatsämter in Frage kommen wollten – ein Studium an SED-Parteischulen absolvierten. Positionen im Apparat des Parteivorstandes, die wegen der Schulbesuche zeitweise frei wurden, nahmen dann häufig im Sinne der SED bewährte Personen ein[369]. Dieser vorübergehende Einsatz in einem wichtigen Amt schlug

---

365 ACDP VI-052–0541, Protokoll Sekretariat, 15. 5. 1961.

366 Dies geschah unter dem Vorwand, seine KPD-Mitgliedschaft vor 1933 erst 1954/55 angegeben zu haben, BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 184–186, Treffen am 6. 9. 1962.

367 ACDP VI-052–0544, Protokoll Sekretariat, 19. 6. 1961.

368 BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 181–183, Treffbericht, 19. 7. 1962; BStU MfS AIM 9130/63, Titel (= „Lehmann"), Arbeitsvorgang, Bd. 2, Bl. 142, Bericht, 15. 10. 1962.

369 So besuchten Paul Scholz 1961, Herbert Eichhorn, Wilhelm Weissgärber und der langjährige Mitarbeiter im Ministerium Fritz Weißhaupt 1962 das Institut zur Ausbildung landwirtschaftlicher Funktionäre der SED in Schwerin. Anstelle von Weißhaupt übernahm Bruno Müller eine Funktion im Apparat des Landwirtschaftsrates. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 187f., Treffbericht, 8. 10. 1962. Lt. ebd., Bl. 148–151, Treffbericht, 3. 8. 1961, absolvierte Körber gerade eine Prüfung als staatlich geprüfter Landwirt (Bl. 146f.). Hans Rietz sollte ab September 1960 die Karl-Marx-Schule besuchen, BStU ASt Lpz. AIM 3445/92, Arbeitsvorgang Gaude, Bd. 1, S. 118, Treffbericht, 29. 6. 1960. Scholz sollte 1962 auf eine Schule geschickt werden, Körber ein Fernstudium aufnehmen, ACDP VI-052–0546, Protokoll Sekretariat, 13. 11. 1961.

sich wiederum positiv in ihrer Kaderbiographie nieder und beförderte so den weiteren Aufstieg in der Partei.

Die anhaltenden Rivalitäten unter den Spitzenfunktionären stießen Einfallstore für die SED auf. Auf Betreiben der Arbeitsgruppe BO brach Anfang 1961 der alte Dissens zwischen Goldenbaum und Scholz auf der einen Seite und Rietz und Rose auf der anderen auf[370]. Die SED trug offensichtlich gezielt dazu bei, Hans Rietz im Jahr 1962 in der DBD zu demontieren, den sie erst im Jahr zuvor als stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden und Gegenpart zu Goldenbaum aufgewertet hatte. Rietz' Glaubwürdigkeit war angeschlagen. Goldenbaum litt unter der fortwährenden Brüskierung, weil er, obgleich Parteivorsitzender, bei hohen staatlichen Anlässen sich mit einem Platz in der zweiten Reihe hinter Rietz begnügen mußte und im übrigen weniger als dieser verdiente[371]. Persönliche Eitelkeit und Machtgier wie das Schüren von Konflikten durch die SED schadeten der Partei. Die Installierung von IM sicherte Information und unmittelbaren Einfluß der SED. Sie sollten einerseits als vermeintliche Partner Goldenbaums im innerparteilichen Schlagabtausch fungieren – so etwa in Gestalt des Sekretärs und persönlichen Vertrauten Goldenbaums Rudi Rothe[372] – oder wurden als sachkompetente Funktionäre eingesetzt, die im Apparat des Parteivorstandes immer mehr Ansehen genossen, während die kleinlichen Konflikte der alten Garde dort zusehends auf Unverständnis stießen; zu dieser Gruppe zählte etwa Werner Titel als Vorsitzender der Betriebsgruppe.

1962 erreichten die Interventionen der Arbeitsgruppe BO in die Personalpolitik ebenso wie die inhaltliche Anleitung der DBD neue Dimensionen. Offensichtlich unterschätzte Goldenbaum in dieser Situation den Einfluß der Arbeitsgruppe BO auf Matern, als er meinte, weiterhin alles allein und persönlich nur mit diesem regeln zu können[373]. Die Besetzung des Postens des Kadersekretärs mit Zagrodnik bestimmte der ZK-Apparat im Alleingang. Das Zusammenspiel der Überlegungen von Zagrodnik mit denen des MfS im Hinblick auf eine künftig neue Organisationsstruktur des DBD-Parteivorstandsapparates hatte fatale Folgen.

---

[370] Auf Anregung des ZK hatte Goldenbaum im ZK die Personalakten der leitenden Funktionäre studiert. Dabei war in seiner und Scholz' Akte ein „Vermerk aufgetaucht", in dem er und Scholz „so negativ eingeschätzt werden, daß sie für Partei untragbar sein müßten". Der Vermerk war als Ergebnis einer Sekretariatssitzung, die in Vorbereitung des IV. PT 1955 stattgefunden hatte, auf Anweisung von Rose und vermutlich mit Wissen von Rietz – letzteres konnte nie nachgewiesen werden – von Siegfried Küster niedergeschrieben und an das ZK weitergeleitet worden. Rose wich aus, Rietz bestritt jegliche Verantwortung. Scholz sah in diesem Vermerk den Grund, „weshalb er in dieser Zeit kaum noch Aussprachen im ZK gehabt hätte [...] Es wäre offensichtlich gewesen, daß das Vertrauensverhältnis zum ZK zu ihm getrübt gewesen sei." BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 127–129, Treffbericht, 14. 2. 1961 (Zitate); BStU MfS AIM 3890/89, Rothe, Bd. 1, Bl. 9–12, Treffbericht HA V/3, 10. 2. 1961, Bl. 15–17, Treffbericht, 25. 3. 1961; ACDP VI-052–0326, Protokoll Präsidium, 21. 3. 1961.

[371] BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 181–183, Treffbericht, 19. 7. 1962.

[372] BStU MfS AIM 3890/89, Personalakte Rothe, 6. 6. 1961 Vorschlag zur Werbung, 3. 11. 1961 Verpflichtungserklärung.

[373] BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 181–183, Treffbericht, 19. 7. 1962.

Aus Zagrodniks Idee, den hohen Funktionären zur Entlastung persönliche Referenten zuzuweisen, entwickelte die Arbeitsgruppe BO Mitte der sechziger Jahre die Praxis, Goldenbaum, den die SED nun als Vorsitzenden halten wollte, unmittelbar einen SED-Mitarbeiter der Arbeitsgruppe, Heinz Ackermann, zur Seite zu stellen[374].

Im August 1962 ordnete das ZK Stellenstreichungen bei den politischen Mitarbeitern der DBD in den Bezirks- und Kreisverbänden an, deren Zahl 1959, als für die Kollektivierung dringend Personal nötig war, noch erhöht worden war. 1962 erfolgte die Reduzierung unter dem Vorwand der Angleichung der Apparatgrößen der Blockparteien, tatsächlich jedoch reagierte man damit auf ihren Bedeutungsschwund als Transmissionsriemen[375]. Die Bezirksleitung der SED Rostock exerzierte derweil erfolgreich die Abkoppelung des DBD-Bezirksverbandes von der zentralen Parteileitung vor. So brachte sie Ernst Mecklenburg, den ehrgeizigen und opportunistischen 1. Sekretär des Bezirksverbandes problemlos dazu, den bislang von der DBD beanspruchten Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Landwirtschaft an die SED abzutreten, ohne den Parteivorstand vorher zu konsultieren[376].

Das Jahr 1963 markierte für die Bauernpartei einen Tiefpunkt ihrer Geschichte. Sie mußte hinnehmen, auf allen Ebenen, vom Minister bis zu den Kreisen, aus der staatlichen Leitung der Landwirtschaft weitgehend verdrängt zu werden. Auf ihrem VII. Parteitag 1963 in Schwerin führte sie schließlich den Dolch gegen sich selbst.

Ein schleichender Verfall staatlicher Verantwortlichkeit der DBD war seit der Übernahme der Agrarkommission (später Landwirtschaftskommission) des Politbüros durch Gerhard Grüneberg während der 7. ZK-Tagung im Dezember 1959 zu beobachten. Diese SED-Parteikommission, in der DBD-Politiker wie Hans Reichelt und Paul Scholz nur konsultativ geduldet waren[377], arbeitete an

---

[374] Nach der Auflösung der Abt. Agrarpolitik fragte man Zagrodnik im ZK, ob er nicht Kadersekretär der DBD werden wolle. Ebd., Bl. 173–176, Treffbericht, 16. 1. 1962, Bl. 184–186, Treffen am 6. 9. 1962. BStU MfS AIM 9130/63, Personalakte Titel, Bl. 51, 16. 9. 1961, Notiz der HA V/3, telefonische Mitteilung des GI „Lehmann" (=Titel).

[375] Auf diese Weise wurden 65 Stellen von politischen Mitarbeitern bei der DBD gestrichen. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 173–176, Treffbericht, 16. 1. 1962, Bl. 177–180, Treffbericht, 15. 3. 1962; SAPMO DY 30 IV 2/15/2, Schreiben und Anlage, 8. 8. 1962. Noch einschneidender traf es die NDPD, auf deren Funktion in der Deutschlandpolitik man nun offenbar noch mehr verzichten zu können glaubte. Sie verlor 227 von 659 politischen Mitarbeitern.

[376] Goldenbaum hingegen habe dem damaligen 1. Sekretär der BL der SED, Harry Tisch, entgegnet, „[g]erade weil ich Kommunist bin, kann ich mit dieser Verfahrensweise nicht einverstanden sein" und ihm die Bedeutung des Mehrparteiensystems erläutert. BStU MfS AIM 3189/63, Arbeitsvorgang Zagrodnik, Bl. 173–176, Treffbericht, 16. 1. 1962, Zitat Bl. 175. BStU ASt Rst. AIM 186/63, Arbeitsvorgang Binder, Bd. II/1, Bl. 180–185, Bericht über die Aussprache des Bezirkssekretariats der DBD Rostock beim PV [undatiert]. Vgl. Reichelt, Blockflöte, S. 244–255; Jäger/Walter, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 141.

[377] Offenbar plante vor allem der neue ZK-Abteilungsleiter LW Kiesler, niemanden aus der DBD zu berücksichtigen. SAPMO DY 30 IV 2/7/22, Bl. 131–133, 142f., Aufstellungen der Mitglieder der Landwirtschaftskommission, 6. 1. 1960 und 19. 7. 1960, handschrift-

einer Neustrukturierung des staatlichen Anleitungswesens der Agrarwirtschaft, das seit der Hochphase der Vollkollektivierung als reformbedürftig galt. Seit der 7. ZK-Tagung laborierte man immer wieder mit verschiedenen Maßnahmen, um eine „einheitliche und straffere Leitung" zu gewährleisten[378]. Mitte Mai 1962 legte die SED die staatliche Leitung der Landwirtschaft in den Bezirken und Kreisen in die Obhut der Ständigen Kommissionen für Landwirtschaft der Bezirks- und Kreistage[379]. Für den Vorsitz dieser Kommissionen kamen nur SED-Mitglieder in Frage.

Zwar forderte Ulbricht auf dem VII. Deutschen Bauernkongreß im Frühjahr 1962 die DBD-Kollegen zur Mitarbeit auf. Diese waren jedoch kaum mehr mit Befugnissen ausgestattet, denn viele von ihnen schieden aus den nun abgeschafften LPG-Beiräten aus und in den Ständigen Kommission kamen DBD-Politiker allenfalls für stellvertretende Funktionen in Frage[380]. Die Arbeit der Kommissionen flankierten sogenannte Aktive, die sich aus den ehemaligen LPG-Beiräten rekrutierten, und an denen auch DBD-Funktionäre teilnehmen durften. Grüneberg verdrängte im Juli 1962 Paul Scholz aus dem Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten für Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung. Im Herbst 1962 wurden die Fachabteilungen für Landwirtschaft bei den Räten der Bezirke und Kreise und damit zugleich die dort präsenten DBD-Kollegen den Ständigen Kommissionen unterstellt[381].

Die 17. Tagung des ZK der SED im Oktober 1962 entwarf in Anlehnung an die Struktur des industriellen Sektors das Konzept der Staatlichen Leitung der Landwirtschaft nach dem Produktionsprinzip. Dieses mündete nach dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 und einem Staatsratsbeschluß vom Februar 1963 in die Einrichtung des zentralen Landwirtschaftsrates beim Ministerrat der DDR, der das bisherige Ministerium ersetzte[382]. Zur Anleitung der landwirtschaftlichen Kader bis in die Grundorganisationen hinein wurden neu und parallel zur Industrie die „Büros für Landwirtschaft" eingerichtet[383]. Grüneberg leitete das zentrale

liche Ergänzung am 6. 1., wonach Reichelt und Scholz bei Beratungen hinzugezogen werden.

[378] SAPMO DY 30 J IV 2/2/692, Protokoll PB, 15. 3. 1960, Anlage 6, Bl. 100–102.

[379] Vgl. Roesler, Plan, S. 133 f.

[380] Reichelt, Blockflöte, S. 200; zu Veränderungen von Parteiaufbau und Arbeitsweise der ländlichen Parteiorganisationen der SED seit 1960 siehe Prokop, Übergang, S. 194 f.

[381] Roesler, Plan, S. 134.

[382] Nachdem man 1960 die Organisation der Erfassung der Produkte im Ministerium zusammengeführt hatte, verfügte man Anfang 1963 erneut eine Trennung im „Staatlichen Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft". Lt. Reichelt griff Ulbricht dabei rumänische Vorbilder auf; Prokop, Übergang, S. 224; Roesler, Plan, S. 134; Reichelt, Blockflöte, S. 201. Weitere Ausführungen bei Tümmler, Agrarpolitik, S. 97–100; Lapp, Ministerrat, S. 184, 188, 193. Herbst u. a., DDR, Bd. 2, S. 676 f., Bd. 1, S. 587. Vgl. weiter SAPMO DY 30 J IV 2/2/869, Protokoll PB, 26. 2. 1963, Bl. 2 f.; BA DC-20 I/4–694, Beschluß über die Richtlinie zur Leitung der sozialistischen Landwirtschaft nach dem Produktionsprinzip, 15. 3. 1963.

[383] Prokop, Übergang, S. 224; siehe Matschke, Entwicklung, S. 193–195. Das Nebeneinander der Büros für Landwirtschaft und Industrie führte zu Friktionen, wie Matschke einräumt.

Büro und hatte damit eine weitere Schlüsselposition für die Durchsetzung politischer Entscheidungen inne, die das Verhältnis zwischen SED- und DBD-Personal vor Ort berührte[384]. Der Druck, rein fachliche Belange der Landwirtschaft zu allererst unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten zu behandeln, wurde dadurch erheblich erhöht[385].

Die Konzeption der staatlichen Leitung der Landwirtschaft unterschied sich grundlegend von der bislang geltenden ministeriellen Struktur. Für die DBD resultierte daraus, daß sie ihre bisherige Präsenz in staatlichen Spitzenfunktionen weitgehend einbüßte, angefangen bei der Leitung des Ministeriums, die sie auch nach Wiedererrichtung desselben im Jahr 1972 nicht mehr wiedererlangen konnte. Die Formulierung des Staatsratserlasses vom 11. Februar 1963 stellte klar, daß der Landwirtschaftsrat beim Ministerrat offiziell der SED als herrschender Partei unterstellt war[386]. Die Verdrängung der DBD wurde durch das zweigliedrige Modell des Landwirtschaftsrates begünstigt, das dem „Territorialprinzip" folgend auf die Ebenen der Bezirke und Kreise übertragen wurde; die organisatorische Aufteilung in einen Rat, der künftig mit geringerer Kompetenz betraut war, und eine Produktionsleitung, die neue, vor allem mit der Planung betraute wichtige Schlüsselpositionen übernahm, gab die Beschränkung auf Ratspositionen für die DBD-Mitglieder vor.

Die DBD verlor aufgrund dieser Umstrukturierung nicht nur sämtliche Posten als stellvertretende, für Landwirtschaft zuständige Vorsitzende der Räte der Bezirke bzw. Kreise, sondern ihr blieben auch die neuen wichtigen Positionen in den Produktionsleitungen von oberster Ebene an bis in die Kreise hinein fortan verschlossen. Dies geschah, obwohl Grüneberg auf dem VII. Parteitag der DBD 1963 vorgab, eine bestimmte Parteizugehörigkeit sei für die Besetzung unerheblich. Infolge dieser Dezentralisierung und Straffung des staatlichen Apparates mußten über 300 landwirtschaftliche Führungskräfte der DBD ihre bisherigen Positionen aufgeben. Sie hatten sich häufig mit niederrangigen Stellen in den Produktionsleitungen zu begnügen oder wurden zum Wechsel in ganz andere Aufgabenfelder veranlaßt[387].

Das Argument unzureichender Qualifikation der DBD-Kollegen, mit dem die SED und Grüneberg diese Deklassierung immer wieder zu begründen suchten, war letztlich vorgeschoben. Selbst hochqualifizierten Funktionären der DBD eröffnete sich in den folgenden Jahrzehnten, trotz verschiedentlicher Vorstöße der

---

[384] Schon vorher gab es Zusammenstöße zwischen Grüneberg und DBD-Amtsträgern, die als stellvertretende Vorsitzende der RdB fungierten. MLHA BPA Schwerin IV/2/3/196, Protokoll Bürositzung der SED-BL, 10. 8. 1961, TOP 2.

[385] Dieser Gesichtspunkt wird in den wenigen, überwiegend aus DDR-Feder stammenden Darstellungen zu dieser Übergangsphase und der sich anschließenden Ausprägung des NÖSPL im Hinblick auf die Landwirtschaft bislang völlig ausgeblendet. So auch bei Roesler, Plan. Vgl. Egler, System.

[386] GBl. DDR I 1963, S. 2 f. Er legte fest, daß der „Landwirtschaftsrat beim Ministerrat mit seiner Produktionsleitung für die Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees der SED und der Regierung auf dem Gebiet der Landwirtschaft verantwortlich" war.

[387] Diese Zahl nennt Reichelt, Blockflöte, S. 201.

DBD[388], keinerlei Chancen auf staatliche Spitzenpositionen in der Landwirtschaft. Das vorgebliche Qualifizierungsdefizit der DBD-Politiker trieb die Anpassung des bisherigen parteieigenen Schulungssystems an die Schulungsprinzipien der SED in den sechziger Jahren voran. Die Öffnung von SED-Parteigremien für Facheliten in dieser Zeit geschah unter der Prämisse, daß umfassende Kontrollen im Vorfeld diesen ein Höchstmaß an Loyalität und unbedingte Akzeptanz der führenden Rolle der SED attestiert hatten. Ihrer Fachkompetenz und praktischen Erfahrung nach hätten mehr DBD-Funktionäre und Mitglieder einbezogen werden müssen. Allein ihre Mitgliedschaft in einer Blockpartei ließ potentielle Bewerber für ein hohes staatliches Amt jedoch als zweifelhaft erscheinen. Daher setzte deren Berufung häufig die zusätzliche „Feuerprobe" einer Mitarbeit für die Staatssicherheit voraus.

Nach dem VI. Parteitag der SED kürte das Politbüro den Kandidaten des Politbüros Georg Ewald zum Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates beim Ministerrat und zum Leiter der entscheidenden Produktionsleitung[389]. Der ehemalige Minister Reichelt wurde stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsrates und einer von mehreren stellvertretenden Produktionsleitern. Er gehörte der Koordinierungsgruppe für Landwirtschaft an, in der Grüneberg federführend agierte, durfte sich jedoch weiterhin Minister nennen[390]. Im Bruch mit hergebrachten ministeriellen Strukturen schreckte man offenbar davor zurück, auf prestigeträchtige Titel zu verzichten. Statt DBD-Mitgliedern verantwortungsvolle staatliche Ämter zuzubilligen – dies hätte der DBD als Partei weiterhin zumindest vor ihrer Mitgliedschaft Legitimation verliehen –, erhöhte die SED vordergründig die Mitwirkung der Basis: Anstelle von 30 Volkskammermandaten wie seit 1950 teilte man der DBD 1963 52 Mandate und 11 Nachfolgekandidaten zu[391]. Bedeutsame Ämter in der Volkskammer übernahmen Gewährsleute des MfS: Helmschrott hatte den Vorsitz der Volkskammerfraktion inne, Zagrodnik saß dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft vor.

7. Die totale Anpassung: der VII. Parteitag der DBD 1963

Der VII. Parteitag, der vom 3. bis 5. Mai 1963 in Schwerin stattfand, leitete das programmatische Ende der DBD als eigenständige Partei ein. Die Versammlung beschloß, das zuvor auf dem VI. SED-Parteitag entworfene „Programm des Sozialismus"[392] unverändert zu übernehmen und verzichtete auf ein eigenes Pro-

[388] So zutreffend Reichelt, Blockflöte, S. 201, 204.

[389] SAPMO DY 30 J IV 2/2/866, Protokoll PB, 5. 2. 1963, Bl. 5.

[390] SAPMO DY 30 J IV 2/2/820, Protokoll PB, 19. 3. 1963, Bl. 3, 7. Das Protokoll unterstrich ausdrücklich Ulbrichts Kompetenz; weiter richtete man eine Koordinierungsgruppe für LW unter Grüneberg ein, der Wittkowski, Reichelt, Helmuth Koch, Heinrich Heid, K.H. Dietrich und Kiesler angehörten. Barth u.a. (Hg.), DDR, S. 1603, 1963/64 absolvierte Reichelt ein Hochschulstudium.

[391] SED, S. 169f., Reichelt, Blockflöte, S. 351. Die VdgB verlor 1963 ihre Fraktionen in der Volkskammer und in den Bezirkstagen; Herbst u.a. (Hg.), DDR, Bd. 2, S. 1120.

[392] Programm der SED, zweiter Teil: Der umfassende Aufbau des Sozialismus, in: Protokoll

gramm. Den Grund formulierte Goldenbaum im Einleitungsreferat: „Das Programm des Sozialismus [...] ist der Kompaß für die Arbeit aller Werktätigen. Es ist das Programm des ganzen Volkes, weil es den Lebensinteressen des Volkes entspricht. Es ist darum auch unser Programm."[393] Eine zum Parteitag herausgegebene Dokumentensammlung unter dem Leitmotto „Die Aufgaben unserer Partei beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR" wiederholte gebetsmühlenartig die von der Staatspartei vorgegebene Einordnung des VI. SED-Parteitages; dieser leite eine „neue Epoche des Sozialismus" ein, wofür der Übergang zur Vollkollektivierung eine maßgebliche Voraussetzung gewesen sei[394]. Auch die neu beschlossenen Statuten der DBD waren ganz und gar im Sinne dieses neuen „Entwicklungsstadiums" formuliert. Sie erhöhten die ideologischen Anforderungen an die Mitglieder, indem sie die erzieherische Rolle der Partei besonders hervorkehrten. Außerdem wurde „die Lösung der ökonomischen Probleme" für jedes Mitglied „zum Hauptinhalt der Parteiarbeit" erklärt. Dies alles war der Vormacht der SED unterworfen und geschah vermeintlich zur „Stärkung des Bündnis der Genossenschaftsbauern mit der SED"[395].

Geplant war der Parteitag von der DBD zunächst anders: In historischer Rückbesinnung auf eine 15jährige Parteigeschichte arbeiteten einige Mitarbeiter und Sekretäre an einem umfänglichen Text und wollten dazu einen Bildband publizieren[396]. Angesichts des Wegbrechens jeglichen eigenständigen programmatischen Profils diente dieser Rückbezug auch kompensatorischen Zwecken. Eigentlich war für den Parteitag nicht vorgesehen, ein neues Programm zu verabschieden, und in den Vorbereitungen tauchte ein solcher Punkt auch nicht auf. Die DBD hatte schon anläßlich des VI. Parteitages im Mai 1960 in einem entsprechenden Parteidokument dem neuen „Entwicklungsstadium" in der Landwirtschaft – der Vollkollektivierung – genüge getan. Allerdings beschäftigte man sich mit einem neuen Parteistatut[397]. An den verschiedenen Entwürfen des Statuts ist die programmatische Handschrift der Arbeitsgruppe BO ersichtlich: Obgleich sich schon diese Ursprungsfassungen am „Programm des Sozialismus" der SED ausrichteten, mußten die einschlägigen Passagen zusätzlich nach vorne geschoben

---

der Verhandlungen des VI. PT der SED, Bd. IV, S. 337–392. Zum VI. SED-PT, Ludz, Parteielite, S. 64–67; vgl. Stephan, Geschichte, S. 59f. Im Unterschied zur Interpretation der KPdSU – Chruschtschow sprach bereits vom „Sieg des Sozialismus" – formulierte die SED-Führung eine Etappe des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus", die die Übergangsphase des Kapitalismus zum Sozialismus abschließen sollte. Kaiser, Machtwechsel, S. 59–61.

393 Protokoll des VII. PT der DBD, S. 20.

394 Siehe Broschüre: Dokumente des VII. PT, z. B. S. 32.

395 So Scholz zur Abänderung der Statuten, Protokoll des VII. PT, S. 162–166, Zitat S. 163.

396 Zur Vorbereitung des Dokumentes „15 Jahre DBD" siehe ACDP VI-052-0550, Protokolle Sekretariat, 28. 1., 5. 2. 1963. Vgl. ACDP VI-052-0551, Protokolle Sekretariat, 19. 3., 17. 4. 1963.

397 Dazu die Entwürfe vom 29. 3. 1963 (unterzeichnet von Körber) und vom 11. 4. 1963 in ACDP VI-052-0551. Lt. einer Aufstellung vom 28. 2. 1963 über die Zusammensetzung der Kommission übernahm Scholz statt Goldenbaum den Vorsitz der Statutenkommission, ebd.

werden[398]. Im Unterschied zu den Ausführungen von Paul Scholz auf dem Parteitag zwang die Arbeitsgruppe BO die DBD dazu, das Parteieintrittsalter von 16 auf 18 Jahre zu erhöhen, und verbannte die DBD damit aus dem attraktiven Segment der Jugendlichen diesen Alters.

Zwei Wochen vor dem Parteitag intervenierte die Leiterin der Arbeitsgruppe BO Irene Köhler erfolgreich bei Grüneberg und drängte auf einschneidende Änderungen im geplanten Referat des Parteivorstandes, das Goldenbaum halten sollte, sowie im Dokument „15 Jahre DBD"[399]. Ihr Ad-hoc-Eingriff bewirkte zweifellos die Adaption der Vorgaben des VI. SED-Parteitages und seines Programmes. Allerdings stieß Köhler offenbar auf keine Gegenwehr, eine solche ist zumindest nicht nachzuweisen. Goldenbaum war in der fraglichen Zeit persönlich ganz absorbiert von den Divergenzen mit dem ZK, die die künftige Zusammensetzung des Präsidiums und nicht zuletzt seinen Rückhalt in der Parteiführung betrafen[400]. Einem IM-Bericht von Goldenbaums persönlichem Referenten, Rudi Rothe, zufolge arbeitete dieser wenige Tage vor dem Parteitag völlig zerfahren an seinem Referat. Goldenbaum war maßlos verärgert, daß das ZK Georg Böhm, den Goldenbaum außerordentlich schätzte, aufgrund seiner lange verschwiegenen NSDAP-Anwärterschaft als Präsidiumsmitglied ausschlug. Im Fall von Ernst Mecklenburg hingegen, der sich in Goldenbaums Sicht als Bückling vor Karl Mewis und der SED auszeichnete, war Grüneberg bereit, über eine NSDAP-Mitgliedschaft hinwegzusehen, an die Mecklenburg sich nicht erinnern konnte. Schließlich einigte man sich mit dem ZK darauf, anstelle von Mecklenburg den Bezirksvorsitzenden eines anderen großen Agrarbezirkes – Werner Titel aus Frankfurt/Oder – in das Präsidium zu wählen. Auch Titel war IM.

Während Ingrid Köhler an jenen Teilen von Goldenbaums Referat, die landwirtschaftliche Fragen berührten, lediglich die fehlende Selbstkritik der DBD monierte, hielt sie die Ausführungen zur nationalen Frage für völlig unzureichend. Mit keiner Silbe werde die Bedeutung des 13. August 1961 aufgegriffen, zu wenig die „friedliche Koexistenz" als einzig mögliche Politik unterstrichen; vielmehr trügen die Ausführungen dazu eher verteidigende Züge, statt die „militaristischen Kreise" Westdeutschlands aggressiv anzugreifen. Die Verfasser des Referates litten offenbar selbst unter „Unklarheiten im Hinblick auf die Lösung der nationalen Frage", so Köhler. Sie empfahl die Hervorkehrung des „Programms des Sozialismus" der SED als Allheilmittel zur Klärung der „neuen Etappe unserer Entwicklung" gerade aus dem Grund, „weil es in diesen Grundfragen unter ca. 30% der Mitgliederschaft der DBD nicht wenige Unklarheiten gibt"[401]. Im Kern

---

398 Ebd., Entwurf des Statuts vom 11. 4. 1963.

399 SAPMO NY 4233/44, Bl. 278–283, Köhler an Grüneberg, 25. 4. 1963. Danach das folgende.

400 Auffälligerweise enthalten die IM-Berichte der Zeit nichts über ein Konfliktverhältnis zwischen dem Sekretariat und dem ZK oder im DBD-Sekretariat, BStU MfS AP 661/92, Goldenbaum, Bl. 140f., Bericht, 22. 5. 1963. SAPMO NY 4233/44, Zusammensetzung des Präsidiums der DBD [so sollte auf 1. PV-Sitzung gewählt werden], gez. Köhler. Auch zum folgenden.

401 Ebd., Bl. 278–283, Köhler an Grüneberg, 25. 4. 1963, Stellungnahme zum Referat der DBD, Zitat Bl. 278.

rückte die Arbeitsgruppe BO damit vom jahrelang propagierten Vorgehen einer gruppenspezifischen Beeinflussung sich politisch-ideologisch distanziert verhaltender Bevölkerungsteile ab. In utopiegläubiger Verkennung setzte Köhler voraus, daß die DBD tatsächlich Chancen habe, mit dem SED-Programm die von ihr anvisierten Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Darüber hinaus überschätzte die Arbeitsgruppe das Ausmaß an zumutbarer Selbstzerfleischung in der DBD[402]. Köhler verlangte, daß die DBD eine viel schärfere Kritik an ihren zurückgezogenen, also von der SED verdrängten Staatsfunktionären üben solle, die angeblich den „neuen Anforderungen" nicht mehr gewachsen gewesen seien. Sogar Grüneberg folgte ihr in diesem Punkt nur verhalten, jedenfalls modifizierte er diese Vorgabe geschickt in seiner Parteitagsrede. Er argumentierte, nicht die unzureichende Qualifikation der DBD-Kollegen sei ausschlaggebend für die Verdrängung gewesen, sondern die vorgeblich bessere der SED-Kader, und präsentierte diese als Vorbilder[403]. Nach dem Parteitag war die Arbeitsgruppe BO zwar mit dessen Gesamtverlauf zufrieden, nun jedoch nahm sie Anstoß am Referat des Parteivorsitzenden Goldenbaum[404].

Die Steuerung des Parteitages, die Personalfestlegungen der Gremien sowie die strukturelle Anpassung und Zerschlagung der handlungsrelevanten politischen Abteilungen im Parteivorstand führten vor Augen, wie gering die Manövrierfähigkeit der DBD 1963 noch war. Auch kleine Erfolge bei Personalentscheidungen in den Parteigremien – siehe die Aufnahme von Titel statt Mecklenburg ins Präsidium – brachten die Partei bestenfalls vom Regen in die Traufe. Aufgrund der permanenten Selbstbespiegelung des eigenen organisatorischen oder ideologischen Zustands, kleinlichen innerparteilichen Zwists und der Verbrüderung der auf Macht lauernden Diadochen im Sekretariat mit der Staatssicherheit provozierte die DBD die eigene Selbstentmachtung. Außer Goldenbaum, der sich wiederum in Rivalitäten erging und darüber erlahmte, hatte die Führung im Sekretariat die Bauernpartei als eigenständiges Projekt mit besonderem Profil weitgehend aufgegeben.

Die Arbeitsgruppe BO hatte mit ihrer totalen Ausrichtung der DBD auf das SED-Programm den Bogen jedoch überspannt, da die SED weiterhin am blockpolitischen Konzept einer spezifischen Transmissionsaufgabe für die DBD zugunsten der SED festhalten wollte. Denn damit die DBD Mitglieder gewinnen und halten konnte, die für die SED weniger empfänglich waren, mußte zwischen DBD und SED irgendeine Differenz erkennbar sein[405]. Daher verordneten Ulbricht und Grüneberg der DBD nach dem Parteitag in einem persönlichen Gespräch wieder einen auf deren Belange und Klientel zugeschnittenen Auftrag: Anläßlich einer „Aussprache" teilten sie dem Präsidium unzweideutig mit, daß sich die DBD auf Dörfer mit LPG Typ I konzentrieren solle. Freilich bestand besonders

---

402 Deutlich abzulesen ist dies in der Reaktion der Mitglieder über den PT, ebd., Bl. 293–295, Informationen, 3. 5. 1963, Bl. 296–299, Informationen, 4. 5. 1963.

403 So Reichelt, Blockflöte, S. 202.

404 SAPMO NY 4233/44, Bl. 302–307, Betr. PT der DBD, 7. 5. 1963 mit Diktatzeichen Köhlers.

405 Vgl. ebd., Bl. 293–295, Informationen, 3. 5. 1963.

Ulbricht gleichzeitig darauf, daß die DBD und ihre Mitglieder in allen Genossenschaften zur Steigerung des „Betriebsergebnisses" beitragen müßten[406].

Diese Festlegung umfaßte eine Zurückdrängung aus Gefilden, die ideologisch und in der herrschaftlichen Durchdringung der SED vorbehalten sein sollten – den LPG des Typs III – mithin eine Beschränkung auf andere Gebiete; zum zweiten war die Konzentration der DBD auf LPG des Typs I im Jahr 1963 angesichts von deren wirtschaftlicher Bedeutung jedoch eine überaus anspruchsvolle Anforderung[407]. Dennoch: Mit einer Entdifferenzierung der Klassenzugehörigkeit als Bauer bzw. Genossenschaftsbauer in Ulbrichts Ideal einer sozialistischen Menschengemeinschaft – sinnfällig gefaßt in der Neudefinition der SED als Partei des „ganzen werktätigen Volkes"[408] – schwand zugleich eine bisher aus diesen ideologischen Klassenabgrenzungen hergeleitete Existenzberechtigung und Legitimation der DBD: Sie war bislang die Partei für die Bauern gewesen. Als Angehörige „des ganzen werktätigen Volks" sollten Genossenschaftsbauern aus der Sicht des Jahres 1963 jedoch ihren Platz dauerhaft in der SED einnehmen. Auch der Aufgabenzuschnitt, den die Arbeitsgruppe BO 1966 für die DBD festlegte, folgte dieser ideologischen Selbstdefinition der SED, die diese in einer bestimmten Phase des Sozialismus für angemessen hielt. Für die DBD bedeutete die neue Zuschreibung eine weitere Einengung. Die DBD sollte 1966 unter den LPG-Angehörigen nur noch jene anwerben dürfen, die „aus Gründen ihrer Herkunft und Weltanschauung oder faschistischer Vergangenheit für eine Mitgliedschaft in unserer Partei [SED] in absehbarer Zeit nicht infrage kommen"[409].

Die hier genannte Zielgruppe der DBD galt identisch auch für die CDU. Insgesamt zeichnete sich eine schleichende Entdifferenzierung in der bündnispolitischen Konzeption für die Blockparteien ab; diese dürfte ebenfalls auf die neue Funktionszuschreibung für die Sozialistische Einheitspartei zurückzuführen sein. Erst unter Erich Honecker und seiner ideologischen Konzentration auf die „Arbeiterklasse" in der marxistisch-leninistischen Partei[410] gelang es der DBD, in der Rangfolge der verbündeten Parteien aufzusteigen. Denn sie war die einzige Blockpartei, deren Profil sich wie jenes der SED in erster Linie über die Organisierung einer „Klasse" legitimierte, in ihrem Fall der Klasse der Genossenschaftsbauern. Auch ihre Mitglieder zeichneten sich durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse aus. Fortan nahm die DBD in der litaneihaften Wiederholung der Verbündeten nach der SED die zweite Position ein und verwies CDU, LDPD

---

406 SAPMO DY 30 IV A2/15/92, Kommuniqué über die Aussprache zwischen dem Ersten Sekretär des ZK der SED und dem Präsidium des PV der DBD. Siehe auch ACDP VI-052–0552, Entwurf für Gespräch mit Ulbricht, Kommuniqué, 12. 7. 1963.

407 Vgl. Analyse der PB, wonach die LPG dieses Typs rund 28% der LNF bewirtschafteten, aber über 40% des Aufkommens an Milch und über 30% an Fleisch deckten. SAPMO DY 30 J IV 2/2/874, Protokoll PB, 9. 4. 1963, Anlage 5, Bl. 91–101.

408 Mit dem neuen, auf dem VI. PT beschlossenen Statut verabschiedete sich die SED von der „Partei der Arbeiterklasse", Protokoll des VI. PT der SED, Bd. IV, S. 406; Weber, Geschichte, S. 345f.; Kaiser, Machtwechsel, S. 39.

409 SAPMO DY 30 IV A2/15/3, Bericht der Abt. BO über DBD 1966, zitiert nach Reichelt, Blockflöte, S. 207f. Vgl. zur Bündnispolitik der SED gegenüber den Bauern 1966, Wachowitz, SED, S. 27ff., jedes 7. Mitglied einer LPG Typ III sei Mitglied der SED.

410 Vgl. dazu Weber, Geschichte, S. 408.

und NDPD auf die hinteren Ränge[411]. Freilich ging damit nicht ohne weiteres ein politischer Bedeutungsgewinn einher, allerdings bleibt dies noch im einzelnen zu untersuchen. Denn ideologische Faktoren allein eignen sich nur bedingt für die Bestimmung der tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse in der DDR.

[411] Siehe dazu die bündnispolitische Standardliteratur der SED aus dem Jahr 1972, Im Bündnis auf bewährtem Wege. Erst ab diesem Zeitpunkt galt Goldenbaum der SED auch als „lieber Kollege", während sich die anderen Vorsitzenden der Blockparteien mit der Anrede „werter Kollege" begnügen mußten. Vgl. hingegen Suckut, DDR-Blockparteien im Lichte, S. 113, der daraus eine laufende Privilegierung der DBD als „verläßlichste" Verbündete der SED ableitet. Zum drohenden Bedeutungsverlust 1963 und -gewinn ab 1971 auch Jesse, Parteien, S. 100. Vgl. Haschker, Politik, S. 328, 332f.

Schlußbetrachtung

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands war ein spätes Kind der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Verantwortlich für die künstlich herbeigeführte Gründung war allein die SMAD, die die zunächst unwillige SED für diese Aufgabe in die Pflicht nahm. Die Gründung der DBD war eingebettet in ein Geflecht von Faktoren, das die bisherige Forschung nur teilweise erkannt hat. Aus der Sicht der SMAD sollte die Neugründung der Parteien DBD und NDPD 1948 die festgefahrene Situation im Einheitsfrontausschuß aufbrechen. Das Ziel lag zunächst jedoch nicht primär in der politischen Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien CDU und LDP – hier sind Intention und tatsächliche Wirkung im politischen Prozeß voneinander zu scheiden –, sondern in der Wiederbelebung des Instrumentariums Blockpolitik. Dieses sollte weiterhin die innere gesellschaftliche Umwälzung legitimieren und so die Vormacht der SED ausbauen wie auch als Basis für eine gesamtdeutsche Option beibehalten werden. Moskauer Stellen machten zeitweise bestimmte Akteure der SMAD für die in ihren Augen fehlgelaufene Entwicklung verantwortlich; so etwa den Leiter der Informationsabteilung Tjulpanow oder auch den Chef der SMA Thüringens, Kolesnitschenko, die beide im Ruf standen, einen rigorosen Kurs der gesellschaftlichen Transformation und der Konfrontation mit „bürgerlichen Kräften" zu verfolgen. Durch die Konkurrenz neuer Parteien sollte auch die SED vom sowjetischen Ziehkind zu einer realen politischen Instanz herangebildet werden. Die SMAD stellte ihr als Juniorpartner die Bauernpartei zur Seite, die von Anfang an für, nicht gegen die SED arbeiten sollte. Doch schon die bloße Existenz einer Bauernpartei zeugte davon, daß die SED in der Bewältigung der Folgelasten der Bodenreform und mithin in ihrer „Bauernpolitik" Ende 1947 zu scheitern drohte.

Neben der block- und deutschlandpolitischen Zielsetzung sollte die DBD zur politischen Absicherung des Umbaus auf dem Land beitragen. Ende 1947 sahen SMAD und SED die endgültige juristische Festschreibung der Bodenreform gefährdet. In ihren Augen betrieben Politiker von CDU und LDP in den Länderministerien eine Obstruktionspolitik gegen die Verankerung der landwirtschaftlichen Umverteilung in den Grundbüchern. Die Bodenreform jedoch zählte in sowjetischer Sicht auch für den Fall einer gesamtdeutschen Vereinigung zu den irreversiblen Veränderungen. Zwar gelang es der SED, bei den Kommunal- und Landtagswahlen 1946 vor allem in ländlichen Gebieten überdurchschnittlich gute Ergebnisse zu erzielen – freilich vor allem dort, wo bürgerliche Parteien kaum zur Wahl antreten durften. Dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie brüchig die politische Anbindung der durch die Bodenreform begünstigten Gruppen, etwa der Neubauern, war: Deren wirtschaftliche Probleme wuchsen an, und die SED geriet angesichts der Versorgungskrise 1947 in eine antibäuerliche Stimmung, weil ihre städtische Klientel vorrangig auf die Befriedigung von Konsumenteninteressen drängte, was die bäuerlichen Produzenten wiederum von der SED wegtrieb. Je stärker diese Krisenmomente eskalierten, um so deutlicher

schälte sich heraus, in welchem Maße die SED 1947 in ihrer bisherigen „Bauernpolitik" überfordert war.

Daher erwartete die SMAD von der Arbeit der DBD eine integrierende Wirkung auf Unterstützung suchende und bisher politisch distanzierte oder nur sehr lose an die SED gebundene ländliche Schichten. Insbesondere in den Bodenreformländern Mecklenburg und Brandenburg sollte sich die neue Partei der Neubauernschaft annehmen und große Anteile von Vertriebenen und Flüchtlingen darunter umwerben, für die keine eigene politische Repräsentation vorgesehen war. Dieses spezifisch auf die klein-, mittel- und neubäuerliche, mithin die „werktätige" bäuerliche Bevölkerung zugeschnittene Mitgliederprofil der DBD war außerdem dazu geeignet, einen Teil jener Folgen aufzufangen, die durch die Umwandlung der SED in eine „Partei Neuen Typs" in Gang gesetzt wurden. Dieser Kurs erforderte im Hinblick auf die bäuerlichen SED-Mitglieder, sorgfältiger als bisher auf deren „Klassenzugehörigkeit" zu achten und die Aufnahme bzw. Mitgliedschaft von angeblich immer erfolgreicher wirtschaftenden Mittel- und „Großbauern" zu überprüfen. Ein Teil des Mitgliederreservoirs, das für die SED daher nicht mehr opportun erschien, kam für die DBD durchaus in Frage.

Die Gründung der DBD fügte sich ein in die Ende 1948 zirkulierende Erwartung, vor dem Übergang zur Volksdemokratie zu stehen, als sich die SED anschickte, die Sozialismus-Losung, allerdings noch verdeckt, auszugeben und umzusetzen. Die Klassenkampfparolen von 1948 betrafen auch die Landbevölkerung: Interessiert verfolgten SED-Agrarexperten die Landwirtschaftspolitik im kommunistischen Polen. Bei Teilen der SED-Führungsgruppe vermischte sich damit die Furcht, den Anschluß an die sich 1948 formierenden Volksdemokratien Osteuropas zu verpassen. Stalin hatte die SED bekanntlich Mitte Dezember 1948 davor gewarnt zu glauben, die SBZ sei bereits in ein volksdemokratisches Entwicklungsstadium eingetreten, womit er vorerst allzu offensichtliche sozialistische Avancen beendete. Dennoch: Der politische Ansatzpunkt zur Scheidung der Spreu vom Weizen hieß auch weiterhin „Differenzierung" und er umschrieb ein Element des „Klassenkampfes". Nur die politisch „fortschrittlichsten" Bauern erschienen der SED in ihren Reihen tragbar, die „Erziehung" der umfänglichen Restgruppe lastete auf der DBD.

Weitere Motive für die Gründung der DBD sind unterhalb der Ebene der großen Politik angesiedelt. Die bäuerliche Bevölkerung war in den politischen Vertretungen der Kreise und Länder unterrepräsentiert. Die Landwirtschaftsverwaltungen boten das Bild eines volksfernen undurchschaubaren Apparats. Die mit der agrarischen Zwangswirtschaft verknüpften Folgen evozierten wie immer, wenn solche Methoden gegenüber bäuerlichen Betrieben praktiziert wurden, heftige Gegenwehr. Sie untermauerten den Eindruck der Ohnmacht in der ländlichen Bevölkerung und behinderten die Vertrauensbildung in die Herrschaft. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), in der SED-Funktionäre dominierten, obwohl auf unteren Ebenen „bürgerliche" Vertreter durchaus über Einfluß verfügten, war in erster Linie als ökonomischer und beratender Apparat tätig, der die umfassenden wirtschaftlichen Bestimmungen umzusetzen half. Sie hatte in der Frühphase weder die Zweckbestimmung noch die reale Funktion oder die organisatorische Befähigung, die bäuerliche Bevölkerung politisch zu integrieren. Ins-

gesamt offerierte sowohl die innenpolitische und gesellschaftliche Situation wie auch der zu Jahresanfang 1948 noch nachweislich vorhandene gesamtdeutsche Bezug genügend plausible Gründe, die für die Gründung einer Bauernpartei sprachen. Deutlich schält sich weiter folgendes Kalkül heraus: Wenn die mit den Parteigründungen herbeigeführte neue Justierung der Blockpolitik glückte, CDU und LDP ihre Arbeit wieder aufnahmen – wozu sie sowjetischerseits mit geeigneten Mitteln stimuliert wurden – und die SED ihre Transformation zur „Partei Neuen Typs" vorantreiben konnte, so versprach dies auf Dauer nur Vorteile für SMAD und SED. Denn diese Konstellation ließ sich im Hinblick auf gesamtdeutsche Perspektiven wie auch in der teilstaatlichen Variante stets zum politischen Nutzen der kommunistischen Machthaber einsetzen.

Die DBD war eine künstlich installierte und konstruierte Partei; ihr Aufbau verlief daher von oben nach unten. Die SED-Landwirtschaftsabteilungen und die Kreisverbände der VdgB betrieben die Gründung verdeckt auf Weisung der SMAD und ihrer Länderadministrationen. Wie sich zeigte, unternahmen die SED-Landesverbände dort, wo sowjetische Stellen sie – wie in Sachsen – nicht streng kontrollierten, aus eigenem Antrieb nur wenig zu einer kontinuierlichen Stützung der Neugründung. Auch die Ressentiments in den Reihen der VdgB sind unübersehbar. Umgekehrt förderte die unausgegorene Position der Einheitssozialisten andernorts das Interesse für die neue Partei; nicht nur in Mecklenburg gingen Gründungsimpulse daher von SED-Gegnern aus. Die SMAD und ihre Länderverwaltungen wie die SED bemühten sich, den weiteren Parteiaufbau der Landes- und Kreisverbände nach ihren Vorstellungen zu vollziehen. Hierfür verfolgten sie eine gezielte Kaderpolitik in den Schlüsselpositionen mit eigens in die Partei eingebauten, möglichst handverlesenen langjährigen Kommunisten und Antifa-Kadern; ehemalige SPD-Mitglieder galten hingegen als suspekt.

Beim Parteiprogramm der DBD setzte die Steuerung anfangs auf Flexibilität. Dies zeichnete sich in den Diskussionen der DBD-Landesverbände um den politischen Ort der „Großbauern" ebenso ab wie in den Wünschen nach modifizierten Fassungen der Gründungsmanifeste etwa in Thüringen. Jene Passage, wonach die DBD vornehmlich eine Partei für Neubauern sei, sollte dort aus dem Programm gestrichen werden, um alle Optionen zu wahren und die dominierende altbäuerliche Schicht zu gewinnen. Paul Merker verhinderte 1948, daß die DBD mit einem dezidierten Programm antrat. Diese programmatische Unbestimmtheit steigerte die Chancen der DBD unter der ländlichen Bevölkerung. Obgleich die „Grundsätze und Forderungen" der Partei im Juli 1948 in der Presse publiziert worden waren, wurden sie nicht eingehend rezipiert. Weit attraktiver für die ländliche Bevölkerung war es, daß sich eine Partei öffentlich berufen sah, besonders ihre Belange aufzugreifen. Gezielte Kaderpolitik, politische Schulung und fortlaufende „Säuberungen" korrigierten unvermeidliche „Geburtsfehler" der Gründung bis Anfang der fünfziger Jahre.

In der Kaderpolitik gewann die SED gegenüber der SMAD an Einfluß zurück, da letztlich nur das SED-Personal für hohe Posten in Frage kam. Dem unversehens zum Parteivorsitzenden avancierten Ernst Goldenbaum, den das SED-Zentralsekretariat im Frühjahr 1948 noch für unfähig gehalten hatte, in Mecklenburg das Landwirtschaftsministerium zu leiten, stellte man verläßliche SED-Kader an

die Seite: Paul Scholz und Leonhard Helmschrott stießen auf der ersten Parteikonferenz im Juli 1948 aus dem Nichts an die organisatorischen Schalthebel der Partei vor. Die SMAD begleitete ihre Neugründung mit Wohlwollen. Auf einen Hilferuf der DBD hin, die 1949 immer weniger personell von der SED gestützt wurde, ordnete die SMAD Antifa-geschulte Kader an sie ab. Sowjetische Stellen sicherten zugleich durch eigene Informanten ihren Einblick in die Bauernpartei, nachweislich etwa im Falle des späteren Sekretärs für Schulung und Aufklärung, Hans von Schnitzler.

Die Sozialstruktur der Gründergruppen 1948 verdeutlicht, in welchem Maße via Bauernpartei Angehörige solcher sozialer Schichten in politische Ämter gelangten, die davon bislang weitgehend ausgeschlossen waren. Dies betrifft die auch in der KPD traditionell wenig einflußreichen unterbäuerlichen Schichten, wie landwirtschaftliche Saisonarbeiter oder nachgeborene landlose Bauernkinder. Bewährt und zugleich kompromittiert durch ihren Einsatz in Bodenreformkommissionen oder aufgrund politischer Schulung in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, war ihr sozialer Aufstieg häufig rasant. Stärker als in der SED einte die Gründungsmitglieder der DBD durchweg irgendeine Verbindung zum landwirtschaftlichen Berufsfeld. Während diese Kader in der SED von anderen Gruppen und Themen dominiert wurden, bewirkten die gemeinsame Klammer einer ländlichen Sozialisation wie auch der soziale Aufstieg eine hohe Identifizierung mit der Bauernpartei. Nach enormen Anlaufschwierigkeiten gelang der DBD langfristig eine politisch-soziale Integration von Schichten, die sich bis dahin politisch distanziert verhalten hatten. Trotz eines hohen Anteils ehemaliger SED-Mitglieder in der Frühphase der Partei ist dies insbesondere daran abzulesen, daß sie überwiegend Parteilose gewann. Auch der Einbruch in die Mitgliedschaft der „bürgerlichen" Parteien blieb gering.

Die Agrarpolitik war das maßgebliche Politikfeld der DBD. Sie allein begünstigte die Legitimation als selbständige Partei und eröffnete gewisse politische Einflußchancen; allerdings konnte kein Fall nachgewiesen werden, in dem die DBD diese Mitwirkungsoption gegen die Interessen der SED benutzt hätte. Schon die Feuertaufe im ersten Gesetzesvorhaben der DDR überhaupt geriet problematisch. Das Landarbeiterschutzgesetz hob darauf ab, die massive arbeitsrechtliche Schlechterstellung der Landarbeiter, die als Teil der „Arbeiterklasse" galten, aufzuheben. Dafür nahm man eine Benachteiligung vor allem mittelbäuerlicher Betriebe bewußt in Kauf. Das Gesetz sollte die Landarbeiter in stärkerem Maße an die SED binden, zumal es der DBD an sich nicht gestattet war, unter dieser Klientel zu werben. Das Gesetzvorhaben stand völlig unter sowjetischer Prärogative. Es förderte mittelbar die Abwanderung von Arbeitskräften aus dem landwirtschaftlichen Sektor in die Industrie und traf sich darin mit der schwerindustriellen Ausrichtung des Zweijahrplanes. Obgleich das Vorhaben bei Agrarfachleuten aller Couleur auf erhebliche Vorbehalte stieß, verfolgte nur die CDU im Gesetzgebungsvorgang eine Strategie, die eine bedeutsame Modifikation bedeutet hätte. Eine rasche Verabschiedung des Gesetzes drohte den schwachen Anfangserfolg der DBD unter den alt- und mittelbäuerlichen Schichten zu ersticken, wie Paul Scholz gegenüber der SED intern einwandte, der deshalb zumindest für eine Verzögerung bis nach dem I. Parteitag der DBD 1949 plädierte.

Diese Episode führt zweierlei vor Augen: Zum einen waren DBD wie SED damit befaßt, die oftmals unangenehmen Folgen sowjetischer Eigenwilligkeit aufzufangen. Zum anderen verdeutlicht sie die von Beginn an doppelt begrenzte Handlungsoption der DBD. Trotz weitgehender Übereinstimmung der Agrarpolitiker in SED, DBD, VdgB und CDU lehnten sowjetische Stellen Modifikationen ab und konnten darin auf die volle Zustimmung des Gewerkschaftslagers der SED zählen. Während die SED Konflikte zwischen Konsumenten und Agrarproduzenten nicht austragen mußte, zwang man die DBD, die aufgrund ihres Profils mehr als die SED geschlossen gegen das Gesetz hätte stimmen müssen, in die Auseinandersetzung mit der CDU. Wider besseres Wissen drückten sowjetische Stellen und SED die für bäuerliche Kleinbetriebe ungünstige Variante durch; allerdings gelang es nicht, eine strikte Befolgung der Regelung durchzusetzen. Im Gegenteil, als Ende der fünfziger Jahre in den LPG Mehrarbeit eingefordert wurde, brachte die sogenannte „Acht-Stunden-Ideologie", die sich LPG-Mitglieder in Besinnung auf das Gesetz zu eigen machten, diese in Verruf, ihren Produktionsauftrag zu „sabotieren".

Hier wie in der Propagierung des Ziels der „Friedenshektarerträge" 1950 zeigte sich auch nach der Staatsgründung der Vorrang sowjetischer Vorgaben bis ins Detail. Die DBD-Parteiführung unterstützte nach außen sämtliche Vorhaben, die in Rückkoppelung mit der Landwirtschaftsabteilung der SMAD, dann der SKK und des ZK-Apparates der SED zustande kamen und sorgte für eine Umsetzung im eigenen Parteiapparat wie im Landwirtschaftsministerium. Obwohl sie sich im Fall der Düngemittelverordnung noch distanzieren und so gegenüber ihren Mitgliedern rechtfertigen konnte, trug sie letztlich, in Regierungsverantwortung eingebunden, sämtliche unter ihren Mitgliedern unbeliebten wirtschaftlichen Maßnahmen mit, wie etwa den Übergang zur Hektarveranlagung oder die Heraufsetzung des Pflichtablieferungssolls. Zugleich bemühte sie sich und war darin auch leidlich erfolgreich, für eine praktikable Umsetzung zu sorgen und unbillige Härten in Sonderfallregelungen abzumildern. Die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort im Blick, half die DBD, die durch Direktiven von oben verursachten Probleme in ihrer negativen Auswirkung nach unten abzufedern. Deutlich dominierten dabei betriebswirtschaftliche Erwägungen, klassenkämpferische Parolen spielten keine Rolle. Über den bisherigen Kenntnisstand hinaus ist festzuhalten, daß die DBD nicht nur das Wohl von Klein- und Neubauern im Blick hatte, sondern insbesondere auch die Belange größerer Mittelbauern mit 15 bis 20 ha LNF vertrat. Freilich war dies oftmals nur intern gegenüber der SKK möglich. Angesichts der Geringschätzung, mit der die SED die Bauernpartei strafte, erhoffte sich die DBD bessere Realisierungschancen in Absprache mit sowjetischen Stellen, vor allem im Wahljahr 1950. Denn im Gegenzug beteuerte sie ihren Beitrag zum Gelingen der Einheitslistenwahl und unterstrich ihre Bedeutung für ein positives Wahlergebnis auf dem Land.

Bis zum Frühjahr 1952 war die Agrarpolitik mehrgleisig angelegt. Wirtschaftlicher Erfolg und damit die Stabilisierung der alt- und neubäuerlichen Betriebe – gleich welcher Größenordnung – waren ernährungspolitisch erwünscht. Nicht alle Maßnahmen waren daher von vornherein mit einer „klassenkämpferischen" und „antigroßbäuerlichen" Intention verknüpft. Allerdings konnten zunächst er-

nährungspolitisch motivierte Maßnahmen kurzfristig klassenkämpferisch instrumentalisiert werden, wenn eine ideologische Radikalisierung dies erforderte. Die DBD vereinte beide Intentionsstränge, eine traditionelle Politik zur Produktionssteigerung wie Agrarpolitik als Vehikel gesellschaftlicher Transformation. Die herkömmliche Agrarpolitik konnte in Phasen agrarideologischer Radikalisierung, wie sie die SKK 1950 betrieb, kurzfristig als Mittel zum Klassenkampf genutzt werden. War die Aktion beendet oder nicht durchführbar, konnte man, ohne politisch Schaden zu erleiden, wieder in Bahnen traditioneller Politik zurückkehren. Konkret hieß dies beispielsweise: Die Produktionssteigerungspolitik hatte unterschiedslos alle Besitzgrößengruppen im Blick, zielte auf die gesamte Basis der DBD; sogar die „Großbauern" in der DBD hatten daher lange keine gravierende politische Benachteiligung im Dorf zu fürchten, sofern sie ihr höher festgelegtes Pflichtablieferungssoll erfüllten. Ihr Einfluß im Dorf wie in Leitungspositionen der DBD wurde erstmals im Jahr 1950 attackiert, wenngleich noch ohne durchschlagenden Erfolg. Bis Anfang 1960 verblieb ein geringer, aber doch stabiler Anteil „Großbauern" in der DBD. Dies spricht sowohl für die Verankerung der DBD in der traditionellen dörflichen Führungsschicht wie umgekehrt für eine Teilidentifizierung letzterer mit der Partei. Die Antigroßbauernpolitik der SKK belegt, wie realitätsfern ihre Stellen Entscheidungen trafen. Es ist auffällig, daß die 1950 von der SKK vertretene Großbauerndefinition, die teils bei 10 ha einsetzte, wo man gemeinhin noch von Mittelbauern sprach, von der DBD nicht übernommen wurde; alles spricht dafür, daß dies Absicht war und nicht auf mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der SKK zurückgeht. Im Unterschied dazu waren SED und VdgB(BHG) mit der sowjetischen Vorgabe konfrontiert, aber offenbar auch in den eigenen Reihen einem höheren Druck in Richtung Verschärfung der Großbauernpolitik ausgesetzt. Sowjetische Stellen unterschieden in der Umsetzung der Agrarpolitik offenbar gezielt zwischen SED und DBD: Während die SED in die Rolle der ideologisch-politisch maßgeblichen Instanz hineinwachsen sollte, wofür auf der agrarwirtschaftlichen Durchführungsebene angesiedelte Probleme von nachrangiger Bedeutung waren, sollte sich die DBD gewissermaßen auf den ideologischen „Vorhof" der SED konzentrieren. Außerdem oblag es der DBD, wirtschaftlich und gesellschaftlich motivierte Reibungen auszugleichen, wozu die sich radikalisierende SED nicht in der Lage war oder womit sie nicht belastet werden sollte. Andererseits war die SED peinlich darum bemüht, daß jeder von der DBD erarbeitete wirtschaftliche wie politische Erfolg in der Bevölkerungsgunst ausschließlich dem SED-Konto gutgeschrieben wurde.

Während die DBD also gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung einen im Vergleich mit SED und VdgB(BHG) moderaten Kurs vertrat, betrieb sie parteiintern 1950 einen Transformationsschub. Dieser beschränkte sich allerdings auf die Funktionsposten der Partei. Von 1950 bis 1952 schied aus den Landesvorständen und -sekretariaten eine beträchtliche Zahl von Funktionären der Gründungszeit auf direkten oder indirekten Druck aus; viele verfochten eine eigenständigere Rolle der DBD und gerieten darüber in Konflikt mit den Leitungen der DBD oder der SED.

Obgleich die agrarpolitischen Instrumentarien 1952 weiterhin prinzipiell zweigleisig angelegt waren, markiert dieses Jahr, in dem die SED auf sowjetische Wei-

sung offiziell zum „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" überging, einen tiefen Einschnitt. Bevor die Kollektivierung als Programmpunkt der 2. Parteikonferenz der SED überhaupt feststand, lief schon ab Anfang April 1952 im Zuge der Neuausrichtung der Verordnung zur Devastierung landwirtschaftlicher Betriebe nun vornehmlich gegen „Großbauern" eine radikalisierte Enteignungspolitik an. Hinsichtlich der juristischen Mittel, auf die sie zurückgriff, stand diese Politik in Kontinuität zu den Vorjahren. Parallel zu massiver wirtschaftsstrafrechtlicher Kriminalisierung vornehmlich größerer Betriebe, denen man infolge des überhohen Ablieferungssolls leicht Vergehen nachweisen konnte, übernahm auch die DBD eine ausgreifende Definition des Begriffes „Großbauer". Diese setzte bei 15 ha LNF an und entfernte sich damit vom Verständnis in der Parteigründungsphase, das alle „werktätigen" Bauern ansprach, zu denen 1948 zweifellos auch Bauern mit 15 und mehr ha zählten. Das Vorgehen gegen die „Großbauern" verknüpfte man mit einer tiefgehenden „Parteisäuberung". Die staatliche Neugliederung 1952 bot eine gute Gelegenheit, um sämtliche Parteileitungen aller Ebenen zu überprüfen und neu zu formieren – erst funktionierende Apparate schufen der Ideologie gemäß die Voraussetzung für den Sozialismus.

Während diese Verschärfung eindeutig von SKK und SED angetrieben wurde, gestanden beide der DBD sowohl im Entscheidungsprozeß zur Bildung von LPG als auch in dessen öffentlicher Propagierung zunächst keine tragende Rolle zu. Obwohl die DBD unmittelbar nach der 2. SED-Parteikonferenz interne Vorbereitungen traf und verläßliche Funktionäre in den Regionen zu entsprechenden Gründungsaktivitäten instruierte, wurde der nachweislich vorhandene klassenkämpferische Drang der Parteispitze mit hoher Wahrscheinlichkeit auf sowjetische Intervention hin zurückgeschraubt. Offenbar zielte die sowjetische Politik darauf, angesichts des forcierten Sozialismuskurses, den die SED einschlug, das blockpolitische Instrumentarium durch eine Aufgabenteilung für SED und DBD zu bewahren. Denn erst eine gewisse Differenz untereinander legitimierte den Einheitsblock. Die DBD sollte daher weiter nur im Vorfeld der SED agieren und die Gesamtheit der „werktätigen" Bauern nicht aus den Augen verlieren. Entsprechend begrüßte die DBD zwar die Beschlüsse der Parteikonferenz Anfang September 1952, doch im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien mußte sie ihr Programm von 1949 nicht umformulieren – das Reizwort Kollektivwirtschaften war darin nicht enthalten. 1952 zielte die DBD darauf, die Kollektivierung durch ihre Verknüpfung mit der Bodenreform zusätzlich historisch zu legitimieren. Außerdem setzte sie in der Folge – höchstwahrscheinlich auf sowjetisches Drängen hin – ihre bislang von wenig Erfolg gekrönten deutschlandpolitischen Bemühungen fort. Da die Bildung von LPG ohne gezielte Agitation von oben bis September 1952 nur sehr zögerlich angelaufen war, war der inzwischen personell neu formierte DBD-Apparat jetzt aufgerufen, die Kollektivierungspolitik mit ganzer Kraft zu unterstützen. Es ist nicht erstaunlich, daß sich die kommunistische Führungselite der DBD im Herbst 1952 ausschließlich diesem Aufgabenfeld zuwandte. In der sozial inhomogenen, von unterschiedlichen Agrarregionen und Wirtschaftslagen geprägten Mitgliedschaft überwogen die Widerstände die Zustimmung zur Kollektivierung. Daß bis zum Frühjahr 1953 rund ein Fünftel aller LPG auf Initiative der DBD zustandekam, geht großteils auf den agitatorischen

Druck der Funktionäre vor Ort zurück, zu einem gewissen Anteil jedoch auch auf das spezifisch neu- und kleinbäuerliche Mitgliederprofil.

Der Beginn der Kollektivierung und ihre Forcierung im Herbst 1952 und vor allem ab dem Frühjahr 1953 sind durch zwei zentrale Aspekte gekennzeichnet, deren Gewichtung nicht ganz eindeutig ist: Zum ersten bot sich die Bildung von LPG als agrarstruktureller Befreiungsschlag an, um auf diese Weise der anhaltenden Krise der klein- und neubäuerlichen Betriebe zu begegnen, die aus purer Not massenhaft aufgegeben wurden. Ob die Lage zusätzlich absichtlich verschärft wurde, um weitere Gründe für eine Kollektivierung zu gewinnen, ist nicht sicher zu sagen. Jedenfalls trieb die gezielte antigroßbäuerliche Politik schon ab April 1952 Landflucht und Verhaftungszahlen in die Höhe. Diese Zäsur vor der Kollektivierung ist in der bäuerlichen Wahrnehmung deutlich erkennbar. Zudem verursachten politische Vorgaben des Regimes, die auf eine zwangsweise herbeizuführende Massenkollektivierung zielten und die im Frühjahr 1953 in radikaler Weise durchgesetzt wurden, ihrerseits eine zusätzliche Strukturkrise. Denn die ökonomischen Probleme der vormaligen Neubauern waren vielfach lediglich in die LPG verschoben worden, wo sie staatlich subventioniert aufgefangen werden sollten. Andererseits flüchteten die erfolgreich wirtschaftenden, aber diskriminierten Bauern in großer Zahl. Die instabilen LPG waren schlichtweg außerstande, die gleichen Betriebsergebnisse zu erbringen wie vordem die Einzelbauern. Dieser ökonomisch widersinnige Charakter der Kollektivierung 1952 veranlaßt manche daher dazu – und das trifft den zweiten zentralen Aspekt –, die Motive zur Kollektivierung vornehmlich im Machtpolitischen anzusiedeln. Dies scheint insofern zu kurz gegriffen, als nicht berücksichtigt wird, daß ungeachtet der tatsächlich negativen wirtschaftlichen Folgen die von utopischen Zielen aufgeladene Hoffnung auf eine Beseitigung der Krise in der Intention überwiegen konnte.

Bezieht man neben der Kollektivierung auch die Blockpolitik ein, so stützt dies wiederum eher das Argument der Machtpolitik. Im Vorfeld der 2. Parteikonferenz konnten jedoch, höchstwahrscheinlich auf Intervention sowjetischer Stellen in Deutschland hin, die degradierenden Folgen für die DBD wie für andere Blockparteien verhindert werden, die mit den zwischen der SED und Moskau besprochenen Bestrebungen einhergingen, das Staatswesen zu straffen. Die künftige Fortexistenz der Partei schien durch das im Frühjahr 1953 verhängte Mitgliederwerbeverbot gefährdet.

Schon vor dem sowjetischerseits veranlaßten Politbürokommuniqué vom 9. Juni 1953, das allenthalben eine Korrektur, im Kern jedoch keine Wende des SED-Kurses bedeutete, wurden am 26. Mai die Weichen für die Aufgaben der DBD neu gestellt. Als „Feuerwehr" im Dienste der SED übertrug man der Bauernpartei, die maroden LPG zu stabilisieren. Die DBD stellte ihre Agitation zum LPG-Eintritt umgehend ein, auch die Stoßrichtung gegen die „Großbauern" verschwand. Die Blockpolitik sollte nach sowjetischen Vorgaben mit neuen Impulsen belebt werden; die Maßnahmen der SED waren allerdings wenig geeignet, die passiven bürgerlichen Parteien dafür wieder zu gewinnen. Während deren Westabteilungen per Politbürobeschluß aufgelöst wurden, sollten DBD und NDPD in diese Bresche springen; da der Erfolg ausblieb, hob man das Verbot gegen CDU

und LDPD später stillschweigend auf. Wie in der SED war auch in der Führungsspitze der DBD von einer realistischen und selbstkritischen Einschätzung der politischen Arbeit kaum etwas zu spüren. Nur Goldenbaum regte unter dem Eindruck des Aufstandes am 17. Juni, der mit dem offiziellen fünfjährigen Gründungsjubiläum der Partei zusammenfiel, an, die DBD solle sich rückbesinnen auf die Inhalte der Gründungszeit, die sorgfältiger auf die jeweiligen Bedürfnislagen der „werktätigen" Bauern eingegangen seien.

In Abwertung der bürgerlichen Parteien gestattete der Sektor Befreundete Organisationen der DBD, „Wünsche" und „Anregungen" ihrer Mitglieder zu sammeln. Die Loyalität der DBD-Führungsspitze korrespondierte nicht mit den Reaktionen der Basis. Das Verhalten der Mitglieder unterschied sich in Ausdruck und Ausmaß nicht von der Opposition der ländlichen Bevölkerung. Deren Forderungen umfaßten wirtschaftliche wie politische Themen, in stadtnahen Gebieten waren sie häufig mit den Parolen der Arbeiter abgestimmt. Die Eskalierung des „Klassenkampfes" im Zuge der Kollektivierungspolitik trug die Konflikte, die um eine künftige Ausprägung der Eigentumsstruktur und letztlich der ländlichen Arbeits- und Lebenswelt kreisten, tief in die Partei hinein. Dieser Konflikt und die Debatte um die Kollektivierung waren in den nächsten Jahren charakteristisch für die Parteistruktur der DBD, in keiner anderen Partei waren sie in solchem Ausmaß verankert. Denn während meist altbäuerliche Kreise vehement eine scharfe Distanzierung der Partei von der Kollektivierung verlangten, fürchteten die genossenschaftsbäuerlichen Mitglieder um ihre weitere Existenz, falls staatliche Unterstützungsleistungen ausblieben. Bis 1957 drängte die DBD ihre einzelbäuerlichen Mitglieder kaum dazu, in LPG einzutreten. Im Zuge des sogenannten „Neuen Kurses" propagierte sie all jene Formen genossenschaftlicher Zusammenarbeit unterhalb der Schwelle von LPG, die in den sowjetischen Direktiven vom Mai 1953 enthalten waren. Das Schockerlebnis des 17. Juni führte jedoch in den folgenden Jahren zu einem konzentrierten Ausbau des Überwachungs- und Kontrollapparates der SED und der Staatssicherheit gegenüber den Blockparteien und in der Landwirtschaft.

Die Nachwehen des XX. Parteitages der KPdSU brachen den Konsens in der SED über die agrarpolitischen Ziele auf, zumal die wirtschaftlichen Grunddaten für den „sozialistischen Sektor" ungünstig ausfielen. Die bekannte „Agrarkonzeption" von Kurt Vieweg und Marga Langendorf, die das Sozialisierungsziel nicht negierte, aber modifizierend in weite Ferne rückte, stieß in der DBD-Führung auf wenig Resonanz. Dies war zunächst aufgrund des angespannten Verhältnisses der DBD-Führungsspitze zu dem überaus ehrgeizigen Vieweg aus seiner Zeit als Generalsekretär der VdgB auch persönlich motiviert. Dann resultierte die Ablehnung jedoch aus der vehementen Bekämpfung Viewegs in der SED, namentlich durch Erich Mückenberger, der wiederum die DBD auch persönlich anleitete. Viewegs Thesen, die im Detail durchsickerten, wurden von den noch überwiegend einzelbäuerlich wirtschaftenden Mitgliedern der DBD überschwenglich aufgenommen. Auch in den folgenden Jahren war es für die agrarpolitischen Debatten charakteristisch, daß abweichende Vorstellungen nie auf nur eine dafür inkriminierte Person oder Gruppe beschränkt waren, sondern meist in allen mit der agrarpolitischen Umsetzung befaßten Institutionen auftraten.

Ab 1956 bemühte sich die DBD dezidiert um Kontakte zur polnischen Bauernpartei ZSL, deren politische Rolle die polnischen Kommunisten im Zuge der Ereignisse im Oktober des Jahres hatten aufwerten müssen. Ulbricht wies eine ähnliche Perspektive für die DDR weit von sich und ließ die deutsch-polnischen Kontakte der Bauernparteien sorgfältig überwachen. Nachdem die sozialistische Zielmarge 1956 in die Diskussion geraten war, sah sich die reformunfähige SED-Führung gedrängt, auch in der Agrarpolitik genau das Gegenteil, nämlich eine Forcierung der Kollektivierung ab Herbst 1957 auf ihre Fahnen zu schreiben. Erst in diesem Jahr übernahm die DBD die Herbeiführung der „sozialistischen Umgestaltung" als vornehmliches Parteiziel in ein neu formuliertes Parteiprogramm. Damit sollten jegliche Hoffnungen unter den Mitgliedern auf einen „dritten Weg" in der Agrarpolitik im Keim erstickt werden. Infolge der Parteiüberprüfungen 1956 und dem Bekenntnis zum Sozialismus in der Landwirtschaft 1957 erlitt die DBD einen erheblichen Mitgliederschwund. Ein umfänglicher Teil der Mitglieder, aber auch Funktionäre, Volkskammerabgeordnete und Inhaber staatlicher Ämter in den Bezirken und Kreisen, die zur politischen Umsetzung des neuen Programms aufgerufen waren, verhielten sich reserviert bis oppositionell gegenüber diesem Parteiziel. Vor allem die intensivere Personalkontrolle unter der Obhut der SED-Abteilung Leitende Organe, der das MfS zuarbeitete, trieb deren Verdrängung massiver voran, als die DBD dies wünschte.

Eine dramatische Zuspitzung der Kollektivierung zeichnete sich im Herbst 1959 ab. Der Parteivorstand hatte im September alle bäuerlichen Mitglieder zum LPG-Beitritt aufgefordert. Zuvor war überdeutlich geworden, daß die wirtschaftlich erfolgreichen Alt- und Neubauern und die einem festgefügten traditionellen Milieu entstammenden Kleinbauern in der Masse nicht freiwillig den LPG beitraten. Letztere ruhten überwiegend auf unsoliden betriebswirtschaftlichen Fundamenten und waren ohne staatliche Subventionen nicht lebensfähig. In dieser Einstellung unterschieden sich die Einzelbauern der DBD nicht vom Gros ihrer Berufskollegen. Bis Jahresende 1959 wirtschafteten trotz der massiven regionalen LPG-Kampagnen der DBD immer noch die Hälfte aller bäuerlichen Mitglieder auf eigenen Höfen.

In die Reden der 7. ZK-Tagung der SED im Dezember 1959 platzte die offensichtlich für den Kreis Eilenburg unerwartete, aber nicht unerwünschte Meldung, daß dieser Kreis als der erste der DDR „vollgenossenschaftlich" sei. Schon vorher wurde in der SED-Landwirtschaftsabteilung wie im DBD-geführten Ministerium eine neue Palette gesetzlicher Maßnahmen vorbereitet, die einzig und allein einen zügigen Eintritt aller Bauern in die LPG bezweckten, dieses Ziel aber zeitlich unspezifiziert erst im Laufe der nächsten Jahre, im besten Fall 1961, zu erreichen hofften. Die Eilenburger Meldung war letzter Auslöser eines Revirements an der Spitze der SED-Agrarpolitik. In einer kurzfristig anberaumten Politbürositzung tauschte Ulbricht Erich Mückenberger gegen Gerhard Grüneberg als im Politbüro Verantwortlichen für Landwirtschaft aus: Grüneberg empfahl sich durch seine rigorose Kollektivierungs-Politik im Bezirk Frankfurt/Oder. Mückenberger hingegen war als Vertreter einer mehrgleisigen Agrarpolitik bekannt geworden, obgleich auch er voll hinter dem Sozialisierungskurs stand. Die 7. ZK-Tagung markiert im agrarpolitischen Kurs demnach ein Eckdatum eines latent gewaltbereit agierenden sozialistischen Staates.

Die Entscheidung, innerhalb weniger Monate bis spätestens Mai 1960 auf administrativem Weg die Vollkollektivierung durchzuziehen, fiel erst Mitte Januar 1960. Dieser abrupte Entschluß war nicht durch ein *langfristig* intentionales Kalkül bestimmt, wenngleich die Entwicklung dahin im ideologischen Verständnis stets angelegt war und im Dezember 1959 daher auch schlagartig in einen administrativ-repressiven Prozeß überführt werden konnte. Diese sehr kurzfristige Entscheidungsfindung widerspricht der These, die die Vollkollektivierung als sozialökonomischen Befreiungsschlag deutet[1], da sich Politbüro wie die ZK-Abteilung Landwirtschaft durchaus im klaren darüber waren, daß sie dadurch vorerst den volkswirtschaftlichen Problemdruck noch erhöhten. Die Entscheidung resultierte vielmehr aus dem Zusammenspiel sich überwiegend *kurzfristig* ergebender funktionaler Elemente in einer spezifischen historischen Konstellation: Dazu zählte etwa die Feststellung, daß die Finanzmittel für eine maschinelle Ausstattung der für die weitere Kollektivierung unabdingbaren MTS nicht ausreichten. Gewann man schlagartig alle ökonomisch starken Mittelbauern samt ihrem technischen Inventar, eröffnete sich dadurch zugleich eine bessere Ausgangslage für die LPG. Die These, wonach der unabhängig von der SED-Zentrale durchgeführte Vorstoß des Rostocker SED-Bezirkschefs Karl Mewis, der in einer eigenmächtigen Aktion sämtliche verbliebenen Einzelbauern zum kurzfristigen LPG-Eintritt gedrängt hatte, Anlaß und zugleich Grund für die dann zentral anlaufende Vollkollektivierung gewesen sei[2], trifft so nicht zu. Mewis schritt zur Tat, bevor das Politbüro den Startschuß zur völligen Vergenossenschaftlichung in einer Frist von gut drei Monaten gegeben hatte. Die Vorgänge in Berlin förderten jedoch sein Vorpreschen, zumal der Bezirk Rostock in die Kritik des Berliner ZK-Apparat geraten war. Die Pläne zur Vollkollektivierung, welche zeitlich allerdings noch unbestimmt war, waren mit dem Wechsel von Mückenberger zu Grüneberg voll im Gange; auch liefen Zwangskampagnen seit Dezember 1959, allein der Zeitrahmen und damit der Endpunkt stand noch nicht fest. Unmittelbar nach Mewis' Aktion am 14./15. Januar 1960 fiel eine zentrale Entscheidung. Der Aufruf zur Vollkollektivierung im Bezirk Rostock ist demnach stärker in das wechselseitige Verhältnis von Zentrum und Peripherie im Entscheidungsvorgang einzuordnen und war zusätzlicher Anlaß, aber kein Grund für den Entschluß.

Die zeitliche Feinsteuerung der Entscheidung kann auch im Zusammenhang mit der Terminplanung und den SED-Anleitungen für den VI. Parteitag der DBD aufgezeigt werden, der Ende Dezember 1959 noch für den Februar 1960 konzipiert worden war, erst im Januar auf den Mai verschoben wurde: Nach der Entscheidung zur Vollkollektivierung waren die Funktionäre der Bauernpartei in den Agitationsbrigaden der Nationalen Front unabkömmlich; parallel dazu einen Parteitag vorzubereiten, war unangebracht und nicht möglich; zweitens mußte der Parteitag einer Bauernpartei der neuen „gesellschaftlichen Situation auf dem Lande" Rechnung tragen. Sowohl die Instrukteurbrigaden der DBD als auch die singuläre völlige Unterordnung unter die SED, wie sie der DBD-Chef im Bezirk

---

[1] So Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln", S. 35–38, er erwähnt keinerlei sowjetische Einflüsse.

[2] Kaiser, Politik, S. 99f.; dies., Machtwechsel, S. 58f.

Rostock, Ernst Mecklenburg, unterstützt von einer Garde verläßlicher IM, betrieb, haben Mewis' Profilierungsversuch begünstigt.

Während die Kollektivierung 1952 eindeutig auf eine Entscheidung und weitere Kontrolle sowjetischer Behörden zurückzuführen ist, ist dies in gleicher Form für die Vollkollektivierung 1960 nicht nachzuweisen. Ein direkter Eingriff ist aufgrund der staatsrechtlichen Konstellation unwahrscheinlich. Eine Reihe von Indizien legen jedoch eine beiderseitige Abstimmung und „Einflußnahme" nahe.

Wie schon bei früheren Sowjetisierungsschüben offenkundig, zog die SED-Führung aus der Eilenburger Nachricht als allererstes die Konsequenz, den „Apparat" der Partei auf die Anforderungen neuer Qualität vorzubereiten[3]. Daher entsandte sie umgehend eine Delegation zum Studium der Parteiarbeit der KPdSU nach Moskau. Schon im Januar wurden erhebliche ideologische Abweichungen in der ZK-Abteilung Landwirtschaft „aufgedeckt". Der Schritt zur Sozialisierung in der Landwirtschaft bedeutete stärkere innere Disziplinierung und Kontrolle. Mit der 7. ZK-Tagung im Dezember 1959 modifizierte die SED ihren Zielkorridor in der Agrarpolitik um einen wesentlichen Punkt. Fortschrittsgläubig getrieben von einer Modernisierungsillusion, propagierte die Staatspartei seit ihrem V. Parteitag 1958, im deutsch-deutschen Vergleich nur durch eine großbetriebliche Agrarstruktur die Bundesrepublik bald „überholen" zu können. Die 7. ZK-Tagung 1959 führte als neue Zielgröße die Erlangung des „Weltniveaus" ein. Dies drängte implizit den Vergleich mit den Agrarstrukturen, der in weit stärkerem Maße kollektivierten osteuropäischen Staaten auf.

Die bis dato gesammelten Erfahrungen mit den bäuerlichen Reaktionen legten es nahe, im Falle einer administrativ gesteuerten Aktion auf ihre kurze Befristung wie die dafür nötige Härte zu achten: sei es, weil andernfalls noch mehr qualifizierte Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in den Westen flüchteten, oder weil sich zu viele von ihnen gegen einen LPG-Beitritt in der vagen Hoffnung wehrten, es könne doch noch zu einer Wende in der Deutschlandpolitik kommen.

Wie keine andere Partei war die DBD ein Sammelbecken für alle mit der Vollkollektivierung verknüpften bäuerlichen Konfliktlagen. Diese reichten von LPG-Vorsitzenden, die sich weigerten, weitere wirtschaftlich angeschlagene Bewerber aufzunehmen, über lethargische bis renitente Einzelbauern bis hin zur ausgeprägten Konkurrenz mit der SED. Der in der realen Konstellation vor Ort eingeübte Pragmatismus bewahrte die DBD vor ideologischen Höhenflügen und empfahl sie zugleich als „Kollektivierungsexpertin". Die massive Agitation war vornehmlich eine Sache der hauptamtlichen Parteikader die einer überwiegend jüngeren, geschulten Mitgliedergruppe angehörten, kaum der breiten Basis. Die knapp 50% Einzelbauern unter den DBD-Mitgliedern teilten hingegen in aller Regel die überwiegend traditionellen Ressentiments gegen die Genossenschaften, wie sie im jeweiligen Ort oder der Region für den Großteil der bäuerlichen Bevölkerung charakteristisch waren. Eine Politisierung der Basis im Sinne der SED-Ideologie oder des aktualisierten DBD-Parteiprogrammes war regional sehr begrenzt. Einschränkend wirkten Formen traditionell verankerter Beharrung und Eigenstän-

[3] Lemke, Sowjetisierung, S. 45–48.

digkeit, wie etwa in vordem großbäuerlich strukturierten Viehzuchtgebieten Hagenows; ebenso eine tief ins Gedächtnis eingeschriebene Rivalität zwischen SED- und DBD-Mitgliedern in vielen Dörfern, die sich in den LPG meist dauerhaft fortpflanzte. Die ideologischen Parolen, mit denen die Agitationstrupps das Land überfluteten, wurden in der lebensweltlich geprägten Deutung häufig mit anderem Sinn aufgefaßt, dabei auch ins Gegenteil verkehrt. Bis zum VI. Parteitag im Mai 1960 bekam die DBD auf Geheiß der Mitarbeiter in der ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Organisationen" das Profil einer Partei von Genossenschaftsbauern. Dennoch versuchten Ulbricht, Grüneberg und der ZK-Apparat, das künftige politische Aktionsfeld der DBD außerhalb der LPG zu belassen, um selbst Chancen für eine Ausdehnung unter den Genossenschaftsbauern zu wahren, die die DBD seit dem Frühjahr 1960 nicht mehr als Mitglieder werben durfte. Die Parteibasis der DBD war tief gespalten. Waren die in die LPG gezwungenen Mitglieder von ihrer Partei maßlos enttäuscht und jahrelang passiv, sofern sie nicht ohnehin austraten, so desavouierte die SED-Politik zusätzlich gerade die politisch konformen Kollegen der DBD.

Aufgrund der eminenten Folgelasten der längst nicht abgeschlossenen Vollkollektivierung wuchsen der DBD jede Menge neuer und anspruchsvoller Aufgaben zu, die in den Augen vieler ihrer Funktionäre aber häufig als zweitrangig galten. Sie betrafen etwa die wirtschaftliche und organisatorische Stabilisierung der LPG, die Werbung noch vorhandener Einzelbauern, speziell der Bäuerinnen, und reichten bis hin zu dem mühseligen und sich über Jahre hinziehenden Unterfangen, die nominellen LPG-Mitglieder tatsächlich an gemeinsam verrichtete Arbeit heranzuführen und damit in ihrer Lebenspraxis zu Genossenschaftsbauern zu formen. Die Anleitung des ZK-Apparates versuchte, die schichtbezogen spezifischen Stärken der DBD auszunutzen: Wie sich die DBD zuletzt vor allem um die Eintritte der sich hartnäckig wehrenden mittelbäuerlichen Klientel gekümmert hatte, so sollte sie sich politisch nun vornehmlich den LPG Typ I vornehmen, der zum Sammelbecken dieser Schichten geworden war. Darunter befanden sich die Altbauern, aber auch jener Teil an Neubauern, die ihr Nutzungseigentum nicht ohne weiteres wieder preisgeben wollten.

Bis 1963 erreichte die Einpassung der Bauernpartei in den SED-Staat eine neue Dimension. Letzte Reste an programmatischer Differenz zur SED und spezifische Handlungsfelder der DBD wie die Agrarpolitik und, wenngleich von nachrangiger Bedeutung, die rudimentären Organisationsstrukturen für eine Deutschlandpolitik, wurden fast gänzlich demontiert. Agrarfachleute der DBD verdrängte man schließlich nahezu vollständig aus staatlichen Ämtern. Das Zusammenspiel von ZK und MfS mag dafür ausschlaggebend gewesen sein; die Ursachen lagen aber auch in der DBD selbst. Denn sowohl die gezielte Mithilfe von Spitzeln, die seit Jahren auf hochrangigen Sekretariatsposten der DBD installiert worden waren, wie auch eine sich in kleinlichen Rivalitäten ergehende Parteispitze erleichterte das Vorgehen der SED enorm. Vieles deutete darauf hin, daß die SED, gefangen in ihrer Geschichtsteleologie, davon ausging – und die Politik des ZK-Apparates „Befreundete Organisationen" in diesem Sinne nachhalf –, daß die Legitimationskrise, in der die DBD seit 1960 lavierte, letztlich zum „Absterben" dieser Blockpartei führe. In Ulbrichts „sozialistischer Menschengemeinschaft"

beanspruchte die SED vollständig die vorher der DBD zugebilligte Klientel. In der Steuerung der Bauernpartei und mit der Verdrängung ihrer Funktionäre aus niederen und hohen staatlichen Ämtern hatte die SED jedoch den Bogen überspannt. Von der Staatspartei unbeabsichtigt, hauchten die realen Problemlagen vor Ort der DBD-Basis wieder Leben ein. Denn die im täglichen Umgang mit der SED erfahrene abwertende „Differenz" zwischen SED und DBD wirkte nachhaltig identitätsstiftend.

Betrieb die DBD eine Politik für die Bauern? Eine solche Politik, so wie sie im folgenden verstanden wird, ist zunächst begrifflich deutlich von einer genuinen Interessenpolitik für die Bauern zu unterscheiden. Da der Terminus Interessenpolitik nur unter erheblichen Einschränkungen für den gesamten Untersuchungszeitraum zu verwenden wäre, wird der Klarheit halber vollständig auf ihn verzichtet. Es ist erwiesen, daß die DBD von Anfang an keine eigenständige Klientelpolitik für die Bauern verfolgte. Was so aussah, war immer eine von den Herrschaftsinstanzen, der SED oder sowjetischen Stellen, abgeleitete und auf ihre Herrschaft bezogene Variable[4]. Die Politik der DBD fungierte in erster Linie korrigierend und damit herrschaftsstabilisierend, sie griff erst in zweiter Linie bäuerliche Belange auf. Zudem schränkte die DBD in zunehmendem Maße die Gruppe, für die sie Politik betreiben wollte, definitorisch ein und machte die Zugehörigkeit von Vorbedingungen abhängig. Ihre Politik für „werktätige" Bauern setzte deren politisches Wohlverhalten voraus; Gruppen, die daher eher als randständig galten, wie etwa „großbäuerliche" Mitglieder oder Gegner der Oder-Neiße-Linie, waren allenfalls zum Zwecke ihrer notdürftigen „Neutralisierung" via Anbindung geduldet, nicht als interessenpolitisch bedeutsame Klientel. Weder in wirtschaftlicher, geschweige denn in politischer Hinsicht kann von einer genuinen Politik für Landwirte gesprochen werden. Dennoch sind zumindest die prinzipiellen Versuche der DBD, sich in diesem eingeschränkten Sinne politisch zu profilieren, weitergehend als bisher angenommen und je nach Phase auch von unterschiedlicher Nähe oder Distanz zur SED geprägt. Hinsichtlich der Regelungsfelder, der Durchsetzungschancen und der Mechanismen des politischen Prozesses sind drei Phasen zu unterscheiden, eine frühe von 1948 bis 1952, eine mittlere bis 1957 und eine spätere bis 1963. Als Maßstab für ein Gelingen oder Scheitern können jeweils die charakteristischen Wahrnehmungen und Reaktionen der Mitglieder herangezogen werden.

In der Aufbauzeit der Partei zielte ihre Politik zu allererst darauf, die gesellschaftliche Umwälzung zu stabilisieren. In diesem Rahmen galt es, Konfliktsitua-

[4] Zur SED und ihrem Machtmonopol vgl. auch Lepsius, Institutionenordnung, S. 18f.; er sieht im institutionalisierten Machtmonopol der SED den Grund für eine Entdifferenzierung von Institutionen und die Fusionierung vormals getrennter Wertbeziehungen. Daher habe es „keine Eigenkompetenz außerhalb der Partei" gegeben, außer einer von der SED gewünschten und stets kontrollierten. Eine etwaige Vertretung von „Interessen" außerhalb der ohnehin ausgreifenden Kompetenzkompetenz der SED ist Lepsius zufolge stets auf die SED bezogen und von ihr abgeleitet. Dies spricht dafür, auf den Teminus Interessenpolitik zu verzichten, insofern man darunter die Vertretung genuiner, also auch von der SED unabhängig formulierter Erwartungen mit gewissen Durchsetzungschancen versteht.

tionen zu beseitigen, die durch das Verwaltungschaos, divergierende Anweisungen, oder etwa durch die Ungerechtigkeiten in der Zuteilung von Lasten und Pflichten aufgrund der sogenannten „Differenzierung" in Betriebsgruppen verursacht worden waren. Die Vorschläge der DBD-Spitze erstrebten mehr Handlungsbereiche und umfassendere Verbesserungen für die Bauern, als SED und SMAD zuzubilligen bereit waren; dies ist erstmals klar nachzuweisen. Die DBD verfolgte in ihrer Intention nie eine radikalere Politik gegen die Bauern als die SED, wenngleich manche Agitationseinsätze aufgrund einer „effektiveren" Praxis ihr bisweilen den Ruf einbrachten, härter als die Einheitssozialisten vorzugehen. Es ging der kommunistischen Parteiführung der DBD jedoch nicht darum, unbotmäßige politische Forderungen zu erheben. Die Formulierung solcher Ansprüche, die von den SED- oder sowjetischen Vorgaben abwichen und auf eine stärkere Eigenprofilierung zielten, kann auf unteren Parteiebenen und – bis 1950 – hinauf zu den Landesspitzen belegt werden, sie verlief jedoch ergebnislos. Der Vorgang verkehrte sich häufig ins Gegenteil: Die Identifizierung einer „Abweichung" ermöglichte erst ihre Bekämpfung. Daher weigerten sich niederrangige Funktionäre bisweilen beharrlich, in ihren Berichten abweichende Forderungen und Mißstände genauer mit Namen- oder Ortsangaben zu spezifizieren. Dies gilt für den gesamten Untersuchungszeitraum. Für die Frühphase ist weiter charakteristisch, daß die DBD in ihrem Handlungsradius grundsätzlich von den Kontakten zur SMAD bzw. SKK profitierte, die ihrer Parteischöpfung mehr Hilfe und Aufmerksamkeit zuwandten, als die DBD von der SED in dieser Phase empfing. Trotz der Begrenzungen und Unzulänglichkeiten vermochte sich die DBD bei ihren Mitgliedern als Instanz zu profilieren, die sich Mißständen oder auch individueller Problemfälle annahm. Begünstigt wurde diese Einschätzung, weil sich die DBD im Vergleich zur vorherigen Vernachlässigung im Rahmen der „Bauernpolitik" der SED positiv davon abhob. Sichtbarer Ausdruck der Identifikation mit der Partei war der persönliche Brief von Mitgliedern an den Parteivorsitzenden oder den Minister.

Nach dem ersten Kollektivierungsschub 1952 veränderte sich die Zuständigkeit der DBD entscheidend. Mit den Genossenschaftsbauern in den eigenen Reihen verschob sich der Bezugspunkt für eine bäuerliche Politik massiv in deren Richtung, wenngleich die DBD nominell weiterhin für sämtliche „werktätigen Bauern" zuständig blieb. Einzelbäuerliche Mitglieder mußten nun erst ihre Zuverlässigkeit beweisen, um Gehör zu finden. Die Problemwahrnehmung der politisch „gesäuberten" und geschulten Gruppe der Bezirkssekretäre und Parteiinstrukteure unterschied sich erheblich von der ersten Phase, da diese deutlicher als vordem eine vorauseilende Selbstzensur praktizierten. Die Sammlung von Wünschen und Anregungen der Basis nach der Krise 1953 war schon im Vorfeld gefiltert worden. Nur so ist zu verstehen, warum die DBD-Mitglieder dieser Sammlung zufolge im September 1953 vor allem unter der Wildschweinplage und weniger unter der schweren politischen Krise litten. Die Phase bis einschließlich 1957 ist weiter dadurch charakterisiert, daß die erhobenen Mängel als informatorische Grundlage für weitere Maßnahmen ausschließlich in den Apparat der SED einflossen. Genannt sei hier die Fülle an betriebswirtschaftlichen Problemen der LPG, aber auch der einzelbäuerliche Bedarf an Betriebsmitteln aller Art und die

Kritik an der diskriminierenden Praxis der MTS gegenüber selbständigen Landwirten. Um den Unterschied zwischen diktatorischen und demokratischen Herrschaftssystemen klarzustellen: Solche Fragen wurden nicht zum Ausgangspunkt der parlamentarischen Tätigkeit der DBD in den Volkskammerausschüssen. Während der Bauernpartei zu Gründungszeiten gestattet worden war, solche Anliegen zur eigenen Profilierung zu publizieren, schränkte der ab Mitte 1953 systematisch ausgebaute Anleitungsapparat der SED jegliche Artikulation ein. Man kann Stellungnahmen von DBD-Mitgliedern 1956/57 entnehmen, daß diese ihrer Partei zwar zugute hielten, wenn die von ihnen formulierten Mängel in den Darstellungen der SED wieder auftauchten. Sie vermißten jedoch eine klare, öffentlich erkennbare Zuschreibung auf den Namen der DBD. Der Bauernpartei im Jahre 1957 eine Eigenprofilierung zuzubilligen, lag jedoch völlig außerhalb der Konzeption der SED, wie am Beispiel der Kontakte zur aufgewerteten polnischen Bauernpartei gezeigt werden kann. Allenfalls unter dem Gesichtspunkt effektiver, differenzierter Herrschaftspraxis, die ganz gezielt auf die noch kollektivierungswilligen DBD-Mitglieder einwirken sollte, um diese für die weitere Sozialisierungspolitik an die SED zu binden, ist der erst öffentliche Auftritt eines DBD-Mannes, des Landwirtschaftsministers Hans Reichelt, auf dem 7. ZK-Plenum der SED im Dezember 1959 zu verstehen. Die Resonanz der Mitglieder war positiv. Sie meinten, die DBD habe genügend Fachleute, die viel häufiger solch hervorgehobene Präsenz verdienten, statt im Schatten der SED agieren zu müssen.

Inwiefern die DBD in den Augen der Mitglieder eine Politik für die Bauern betrieb, läßt sich an den Reaktionen in extremen Konfliktsituationen ablesen. Die Vollkollektivierung hatte die Parteibasis zutiefst bis hinein in die Ortsgruppen gespalten, die sich vielfach von den Kollegen, die bereits in einer LPG waren, separierten. Die von der Kollektivierung begeisterten Mitglieder waren jedoch der Meinung, in diesem Punkt habe die DBD tatkräftig Politik für die Bauern betrieben. Das Gros der 1959/60 noch selbständig wirtschaftenden Basis hielt der DBD jedoch vor, sie im Stich gelassen zu haben, weil sie sie nicht vor der Kollektivierung bewahrt habe. Dieses vielfach anzutreffende Argument deutet darauf hin, daß die DBD offenbar auch in diesem Teil der Mitgliedschaft als Instanz gesehen worden war, die bislang eine Politik für die Bauern betrieben habe und die diese Erwartung nun enttäuschte.

Diese Einschätzung lag darin begründet, daß die Mitgliedschaft der DBD die politische Verantwortlichkeit für die Kollektivierung ganz allein der SED zuschrieben. Vor allem die repressiven Methoden des Staatsapparates wurden trotz hoher Beteiligung der DBD in den Agitationsbrigaden der Nationalen Front ausschließlich dem Negativkonto der SED zugeordnet. Diese Wahrnehmung trug dazu bei, daß die DBD trotz des Mitgliederschwundes bis 1963 viele distanzierte, enttäuschte und nach Parteiregularien längst auszuschließende Mitglieder wieder zurückgewann.

Politik für die Bauern leistete die DBD nur in einem von der SED geduldeten und erwünschten Zwischenraum: dort wohin der Arm der SED nicht reichte, bzw. aus ideologischen Gründen nicht reichen sollte. Daß die DBD weiterhin Politik für die Bauern in einem herrschaftsstabilisierenden, aber nachrangigem Bereich, nämlich in den LPG Typ I, betreiben sollte, ist auf die weitere Entwicklung

der SED zurückzuführen. Mit dem nominalen Erreichen der Vollkollektivierung war in der Sicht der SED die Grundentscheidung für den Sozialismus gefallen. Lediglich zur Verarztung der Kinderkrankheiten des umfassenden sozialistischen Aufbruchs in der agrarischen Welt erschien eine Bauernpartei weiterhin brauchbar, insbesondere solange die SED in den LPG nur unzureichend verankert war. Als Partei, die sich vornehmlich als Avantgarde der modernen Industriegesellschaft verstand, widmete sich die SED vordringlich ganz anderen Themen, wie etwa der Jugend, Schule und Kultur[5].

Ein vergleichender Blick auf die Funktion der Parteien in der Bundesrepublik schärft eine Charakterisierung der DBD im Herrschaftssystem der DDR. Im Unterschied zu diesen war die DBD kein Ort eigenständiger politischer Willensbildung. Obgleich die Bauernpartei durchaus die Aufgabe erfüllte, Ideen und Stimmungen unter ihren Mitgliedern zu erfassen und diese Informationen an die SED weiterzuleiten, verfügte sie über keine von der SED-Herrschaft unabhängig zu definierende Funktion im politischen System der DDR. Spezifische Ansätze der bundesrepublikanischen Parteienforschung oder an westlich-demokratischen Herrschaftssystemen erprobte Untersuchungsrichtungen, wie die Analyse intermediärer Instanzen, müssen daher hier unbefriedigend bleiben[6].

Die DBD nahm in der sowjetischen Konzeption eine bedeutendere Rolle ein als die Forschung ihr bislang zuerkannte. Daher konnte die Bauernpartei auch, wie bei der Mandatsverteilung 1950 oder der Besetzung von Positionen im Ministerrat 1952 nachgewiesen werden kann, auf die Hilfe sowjetischer Stellen rechnen, wenn die SED plante, ihre Juniorpartnerin über Gebühr zurückzudrängen. So lange eine gesamtdeutsche Option offiziell verfolgt wurde, also bis zur „Zwei-Staaten-Doktrin" Chruschtschows 1955, ist festzustellen, daß die sowjetischen Stellen der DBD block- und deutschlandpolitische Funktionen zuschrieben, die sich danach bis zur völligen Bedeutungslosigkeit abschwächten. In ihrer Wirksamkeit rangierten diese stets hinter dem agrarpolitischen Handlungsfeld und hatten in Kombination mit diesem allenfalls kompensatorische und flankierende Funktionen. Aus der Sicht der SED garantierten diese Tätigkeiten der DBD eine bewußt angelegte Differenz zur SED, bei aller Unterstützung der gleichen politischen Ziele. In den Händen der SED dienten die block- und deutschlandpolitischen Aufgaben der DBD zur Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien auf diesem Terrain; zugleich konnte die SED vor sowjetischen Stellen glaubhaft machen, sie würde die Block- und Deutschlandpolitik nicht vernachlässigen, was aufgrund des ungleich schwächeren Akteurs de facto jedoch der Fall war. Die DBD wurde dann zu entsprechenden Lippenbekenntnissen aktiviert, wenn ein Engagement der bürgerlichen Blockparteien zu riskant erschien: so etwa im Zuge der Kollektivierung 1952 oder beim Verbot deutschlandpolitischer Arbeit in CDU und LDP 1953. Nach 1955 war die DBD gezwungen, ihre gesamtdeutschen Aktivitäten völlig unter die Kuratel der SED-gesteuerten VdgB(BHG) zu stellen, ebenso wie bis

---

[5] Vgl. dazu Kaiser, Machtwechsel, S. 133ff.

[6] Jäger (Hg.), Partei; Niedermeyer/Stöss (Hg.), Parteien; zur Rolle intermediärer Instanzen in aller Kürze: Pirker, Restauration; Lepsius, Institutionenordnung, S. 28f. Vgl. auch Puhle, Westeuropa.

1952 Kurt Vieweg der Dreh- und Angelpunkt agrarischer Westpolitik war, dem sich die DBD völlig unterzuordnen hatte. Das deutschlandpolitische Engagement der DBD war kaum spürbar, zumal sie ab 1955 keine Chancen mehr auf Eigenprofilierung hatte, aber mit zusätzlicher Arbeit belastet wurde. Nur zur Propaganda für die Kollektivierung gegenüber ihren westdeutschen Berufskollegen trat die DBD 1960 nochmals deutschlandpolitisch hervor. Ohne eigens agrarisch zugeschnittenes deutsch-deutsches Thema, vertrat die DBD nach dem Mauerbau die bekannten Parolen der SED zur „friedlichen Koexistenz" und agitierte unter den eigenen Mitgliedern für einen separaten Friedensvertrag. Eigene Organisationsstrukturen der DBD hierfür hielten SED und MfS für überflüssig, weshalb sie ab dem Mauerbau die Aushöhlung der nominell mit gesamtdeutschen Fragen befaßten Unterabteilungen im DBD-Apparat betrieben.

Das Verhältnis der Bauernpartei zur SED war stärker von Reibungen geprägt und von mehr Konfliktlinien durchzogen als bislang bekannt. Auch waren die alltäglichen Beziehungen in denjenigen Handlungsfeldern, die sich deutlich überschnitten, bisweilen von Rivalitäten geprägt. Dazu zählte das Zugriffsrecht auf die gleiche bäuerliche Klientel ebenso wie die Beteiligung an agrarpolitischen Entscheidungen. Allerdings bestand zu keinem Zeitpunkt ein Konkurrenzverhältnis, das sich in unterschiedlichen politischen Interessen begründet hätte. Dies lag schon im System bedingt. Die DBD nahm nie eine bürgerlichen Parteien vergleichbare oppositionelle Rolle ein. Bis 1953 gab es massive Anleitungslücken. Eine Straffung aufgrund des immer besser funktionierenden Sektors „Befreundete Organisationen" zeichnete sich ab 1954 ab. Erst mit dem kombinierten Einsatz von Staatssicherheit und SED ab 1958 und dem Übergang zu operativen Aufträgen an Inoffizielle Mitarbeiter gelang eine umfassende Durchdringung. Bestehende Handlungsspielräume füllte die DBD-Spitze nicht aus. Die beflissene Kontaktierung des ZK führte in aller Regel zur Einschränkung der eigenen Tätigkeit, da sich die SED die Anleitung in allen Politikfeldern vorbehielt, der DBD auf Anfrage allenfalls mithelfende, ausführende und flankierende Funktionen einräumte. Im Führungszirkel der DBD stand die Loyalität zur SED außer Frage. Bei vielen ehemaligen KPD-Mitgliedern war sie vielfach durch einen Minderwertigkeitskomplex begünstigt, als überzeugte Kommunisten „nur" einer Bauernpartei anzugehören. Ab 1960 zeichneten sich Grenzen der Unterordnungsbereitschaft und die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht auch im Führungsapparat der DBD ab. Bis dahin war die Einpassung der Partei in den Kontroll- und Anleitungsapparat der SED unter tatkräftiger Mithilfe der DBD-Führung aber so perfektioniert worden, daß keine ernsthaften Chancen auf Änderung bestanden. Durch die Transformation des Apparates und der Mitgliedschaft hatte die DBD jahrelang selbst darauf hingearbeitet. Die Karriere ihrer Kader basierte auf einem unbedingten Abhängigkeitsverhältnis zur SED; schied jemand aus persönlichen oder politischen Motiven tatsächlich aus, garantierte ein zwischenzeitlich ausgebautes Nomenklatursystem eine ideologisch zuverlässige Nachfolge.

Charakteristisch für ihre politische Funktion ist ein weitgehendes „Nichtverhältnis" der Blockparteien untereinander auf der oberen Entscheidungsebene. Koalitionen oder nur Interessenabstimmungen fanden zu keiner Zeit statt. Für die DBD waren außer Höflichkeitsbesuchen auf Parteitagen und der persönlichen

Bekanntschaft aus Kriegsgefangenenzeit zwischen dem Generalsekretär Rose und dem Vorsitzenden der NDPD keinerlei relevante Anknüpfungspunkte zu ermitteln. Kennzeichnend sind vielmehr eine hohe Selbstbezogenheit, Isolierung und Ausrichtung allein auf die Herrschaft der SED. Nach anfänglicher Unterschätzung und Mißachtung der DBD 1948 entwickelte sich von seiten der bürgerlichen Parteien ab 1949 ein Konkurrenzverhältnis. Bis dahin zeichnete sich deutlich ab, daß SED und SMAD die Neugründungen benutzten, um die 1948 noch versprochenen freien Wahlen sowie die Wahlchancen und Mandatsanteile der bürgerlichen Parteien zu obstruieren. Mit fortschreitender Gleichschaltung auch von CDU und LDP ist eine Angleichung der Funktion der Blockparteien in ihren jeweiligen Betätigungsfeldern festzustellen. Unter den Mitgliedern gab es jedoch während der fünfziger Jahre durchaus noch Kontakte, die von der regionalen politischen Konstellation abhängig waren: Sächsische und brandenburgische Ortsgruppen der DBD taten sich anfänglich mit der CDU gegen die SED zusammen, ein Vorgehen, das scharfer Kritik unterzogen und durch die innere Transformation der Parteien ausgeschaltet wurde. In aller Regel aber trat die DBD dort, wo es Ortsgruppen der bürgerlichen Parteien gab, mit der SED gegen jene auf. Fehlten „bürgerliche" Ortsgruppen, waren sie nur von marginaler Bedeutung, oder entwickelte sich die DBD-Grundeinheit besser als die der SED, so beanspruchten die Bauernparteiler hinter vorgehaltener Hand die Führungsrolle auf dem Land. Letzteres war besonders häufig in Mecklenburg anzutreffen.

Das Verhältnis zur Massenorganisation VdgB war zwiespältiger als von der Forschung bisher angenommen. In der Anfangszeit verhinderte Viewegs Politik in den Augen des MfS eine tatsächliche Zusammenarbeit mit der DBD-Spitze, obgleich diese sich darum bemühte. Die Dominanz der SED führte dazu, daß die DBD-Mitglieder in der VdgB-Führung kein Forum für eine Eigenprofilierung hatten; entsprechend hielt sich deren Engagement auch in Grenzen. Der maßgebliche Unterschied zwischen der VdgB als Massenorganisation und der DBD als Blockpartei lag darin, daß der VdgB eine besondere Integrationskraft fehlte. Obwohl viele Gründungsmitglieder der DBD aus der VdgB kamen, hielten sie später eine Mitgliedschaft für überflüssig. Auf Weisung der SED mußte die DBD daher ihre Basis zum Eintritt in die VdgB drängen, damit die eigenen Mitglieder doppelt angebunden waren, in einer Blockpartei und in einer SED-gesteuerten Massenorganisation.

Die Funktionen der DBD im Herrschafts- und Gesellschaftssytem der DDR waren vornehmlich nach innen gerichtet. So sollte das Vorgehen der DBD schichtnivellierend wirken; nach dem nominellen Erreichen einer „Klasse der Genossenschaftsbauern" 1960 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums und darüber hinaus zielte sie auf deren innere Integration. Hierfür sollte sie Hemmnisse, wie etwa soziale Ungleichheiten unter den Genossenschaftsbauern, einebnen helfen. Nach agrarmarxistischem Verständnis ging man davon aus, daß eine wirtschaftliche Angleichung der sozial differenzierten ländlichen Bevölkerung einen freiwilligen Eintritt begünstige. Daher oblag es der DBD, im Sinne einer gesellschaftlichen Konstruktion eine finanzielle und soziale Umverteilungspolitik zu stützen. Während sie mithalf, eine Politik umzusetzen, die erfolgreichen Mittel- und „Großbauern" höhere Lasten aufbürdete, gleichzeitig aber deren ernäh-

rungswirtschaftlich erforderliches Produktionspotential erhielt, wurden Kleinbauern und am Rande der Existenz schwebende Neubauern entlastet, auch wenn dies aus volkswirtschaftlichen Überlegungen widersinnig war. Aus den umfangreichen verlassenen Flächen schlug man Landarbeitern Grund zu, den sie dann als ihre Bodenanteile in die Genossenschaft einbringen konnten. Sie sollten dadurch möglichst als „gleichwertige" LPG-Mitglieder von der vermögenderen mittelbäuerlichen Schicht akzeptiert werden; außerdem sollte diese soziale Ungleichheit eine LPG-Gründung nicht weiter behindern, zumal es ohnehin massive, anders gelagerte Friktionen auszuräumen gab, wie etwa die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Milieus bei Alt- und Neubauern. Die DBD trug zur Integration der Neubauern bei. In der Mitgliederwerbung ergriff die DBD auch Initiative gegen die SED-Vorgaben. So fischten die Grundeinheiten in deren Terrain, wenn sie Landarbeiter, ländliche Angestellte und Genossenschaftsbauern warben.

Die DBD war zweifellos ein gewichtiger verlängerter Arm der gesellschaftlichen Transformationspolitik der SED. Am sinnfälligsten bewies sie dies in ihrem tatkräftigen Einsatz bei den Kollektivierungen. Die DBD hatte den spezifischen Vorteil, so Schirdewan, als vergleichsweise kleine „Kadertruppe" flexibel, schlagkräftig und kurzfristig einsetzbar zu sein, noch dazu, wenn profilierungsbereite Jungfunktionäre am Werk waren. Hingegen reagierte der SED-Apparat häufig schwerfällig. Deutlicher als bislang bekannt, ist festzuhalten, daß die SED-Agrarpolitik weitaus kontinuierlicher eine repressive Sozialisierungspolitik auf dem Land verfocht. Diese läßt sich nicht auf Einzeldaten wie den Beginn der Kollektivierungskampagnen 1952/53 und zur Jahreswende 1959/60 reduzieren.

Der rigide „Klassenkampf" auf dem Land hatte in der Wahrnehmung der ländlichen Bevölkerung längst vor der 2. Parteikonferenz begonnen und die Agitationswellen, die etwa 1958 den Bezirk Halle überfluteten, standen den Aktionen 1960 in nichts nach. Damit korrespondiert, daß die bäuerlichen Reaktionen und Verhaltensmuster nicht nur von punktueller Opposition geprägt waren, sondern kontinuierlich eine Distanz zur Herrschaft markierten. Auf dem Land brodelte es längst vor der akuten Krise 1953, ebenso kletterten die Flüchtlingszahlen 1958/59 in die Höhe. Langfristig wirkende Konflikte und Reibungen begrenzten eine herrschaftliche Durchdringung. Daher ist die elastische und dauerhaft konfliktentschärfende Funktion der DBD in der Gewichtung mindestens ebenso hoch zu veranschlagen wie ihr Beitrag zur Transformationspolitik. Zugespitzt läßt sich feststellen – ohne die DBD dadurch exkulpieren zu wollen –, die SED hätte die Vollkollektivierung früher oder später dank des Einsatzes ihres Repressionsapparates auch ohne die DBD durchgezogen, dann vermutlich mit radikaleren Methoden. Für den Akt alleine war die Existenz einer Bauernpartei unerheblich.

Der Bauernpartei oblag es jedoch, die der Herrschaft abträglichen Folgen der radikalisierten Politik abzumildern. Als Stoßdämpfer wirkte sie sowohl in Richtung auf die Bevölkerung, wie sie umgekehrt verhindern sollte, daß der Unmut in ganzer Wucht auf die SED-Herrschaft zurückschlug. Es zählte zu ihren Aufgaben, 1952 wie 1960 die Umwälzungen gegen alle Widrigkeiten zu verstetigen. Der DBD gelang es aus zwei Gründen besser als der SED, die Konflikte mit und in der ländlichen Gesellschaft zu bewältigen: Aufgrund ihrer Mitgliederstruktur mußte

sie die typischen Konfliktkonstellationen im eigenen Interesse auflösen lernen und konnte diesen Erfahrungsvorsprung in ihre Arbeit auf dem Land einbringen. Sie konnte sich nicht erlauben, „Problemfälle" kurzerhand auszuschließen, zumal die Mitgliederwerbung beschränkt war. Daher schärfte die Parteizentrale ihren Untergliederungen stets die Bedeutung der „politischen Arbeit" mit den Abweichlern ein. Zweitens scheint es zulässig, von der Wahrnehmung der DBD-Mitglieder, die die politische Verantwortung der SED, nicht ihrer Partei zuschrieben, vorsichtig auf die ländliche Gesellschaft zu schließen. Auch diese dürfte die eigentliche Entscheidungskompetenz bei der SED gesehen haben, zumal letztere permanent ihre „führende Rolle" reklamierte. So wie diese Zuschreibung die SED in der Sicht großer Teile der Landbevölkerung diskreditierte, wertete die Verdrängung der DBD diese wahrscheinlich bei der ländlichen Bevölkerung insgesamt tendenziell auf. Wo die SED diskreditiert war und auf Unzugänglichkeit stieß, die sie in revolutionärer Manier selbst hervorgerufen hatte, durfte die DBD noch auf Akzeptanz hoffen.

Ohne es in dieser Form intendiert zu haben, hielt die SED-Politik damit die DBD auch nach 1963 am Leben und bewahrte sich gleichzeitig eine herrschaftsstabilisierende Partei an ihrer Seite. In Anlage und Praxis der Herrschaft gab es Mechanismen, die systemerhaltend wirkten. Eine Voraussetzung dafür war, daß die SED nach dem Schock des 17. Juni ihre Herrschaftsstrategien modifiziert und differenziert hatte. Dazu gehörte eine ausgefeilte, situationsgerechte Anleitung, die aber erst in der Verschränkung mit den kontrollierenden und operativen Verfahren des MfS ab 1958 ihre volle Wirksamkeit entfalten konnte. Kennzeichnend war jedoch auch, daß die SED aus Fehlern lernte. Machte sie sich durch ihre Umwälzungspolitik 1952 viele gesellschaftliche Gruppen gleichzeitig zu Feinden und verkannte sie vor allem den mangelnden Rückhalt bei der eigenen Klientel der Arbeiter, so konzentrierte man sich 1960 nur auf die Bauern und drosselte den bisweilen von den Bezirksapparaten parallel verfolgten Sozialisierungsdruck gegen Handwerksbetriebe. Ähnlich zeigt die Politik gegenüber der evangelischen Kirche bis 1958, daß die Modernisierung des SED-Apparates nicht auf Liberalisierung hinauslief, sondern auf Effektivierung der Herrschaft[7]. Außerdem war die Heranbildung von Instrumentarien zur Konfliktbegrenzung für eine Effektivierung und Stabilisierung der Herrschaft unabdingbar, und zwar umso mehr, als weitere gesellschaftliche Umwälzungen zu den erklärten Zielen der SED gehörten. Bei der Umwälzungspolitik auf dem Land zählte die DBD zu den verläßlichsten und insofern unentbehrlichen Instrumenten der SED. Ihr Anteil an der Verstetigung dieser Politik ist nicht zu unterschätzen. Sie verlieh der politischen und agrarischen Umwälzung der DDR Dauer.

Während bei der DBD kaum Gemeinsamkeiten mit westlich-demokratischen Parteien vorlagen, näherte sie sich rasch den Bauernparteien im entstehenden Ostblock an. Auch hier bestanden markante Unterschiede, wie ein Blick nach Polen zeigt. Das polnische Pendant zur DBD, die Vereinigte Bauernpartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, ZSL), basierte auf ganz anderen historischen Voraussetzun-

---

[7] Goerner, Kirche, S. 404, S. 393ff.

gen. Bauernparteien hatten in Polen schon in der Zwischenkriegszeit eine überragende Rolle im politischen System gespielt, an die sie 1944 anzuknüpfen versuchten. Die eher traditionelle Polnische Bauernpartei PSL und die in sich gespaltene Bauernpartei SL repräsentierten auch im Nachkriegspolen immer noch jene politische Kraft mit dem stärksten Rückhalt in der Bevölkerung, der die polnische KP nur durch eklatante Wahlfälschungen 1947 beizukommen glaubte. Die Bürgerkriegssituation in Teilen Polens nach 1944 gab der einheimischen und der sowjetischen Geheimpolizei die Mittel an die Hand, um noch radikaler vorzugehen. Gerade die PSL war Objekt einer radikalen Terrorkampagne, die Hunderte von Funktionären mit dem Leben bezahlen mußten. Nachdem Ende 1947 die Führungsspitze der PSL zerschlagen war und auch in der SL eine „Differenzierung" des Personals betrieben wurde, führten beide Parteien bis 1949 eine Rumpf-Existenz, bis sie im November des Jahres – unter erheblicher Mitwirkung der Geheimpolizei – zur ZSL vereinigt wurden[8].

Obwohl sich die ZSL bereits zu zwei Dritteln aus vordem „gesäuberten" SL-Mitgliedern zusammensetzte, folgten auf Weisung der Kommunisten immer neue Säuberungswellen, die sich häufig gegen bestimmte historisch verwurzelte Zweige der früheren Bauernparteien richteten. Über der Partei schwebte einige Zeit die Drohung ihrer Auflösung, bis ihre Existenz 1951 als dauerhaft deklariert wurde, indem man ihre Rolle für den Aufbau des Sozialismus und den Sechsjahrplan hervorgekehrte. Die ZSL hatte neben der Demokratischen Partei den Juniorpartner im Block zu spielen. Sie stützte den Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft, das heißt die seit Sommer 1948 anlaufende Kollektivierung. Die Zahl ihrer Vertreter in Verwaltung und Regierung reduzierte sich allmählich. Immerhin stellte die ZSL in der Wahrnehmung der Bevölkerung aber eine Art „polnischen" Gegenpart zur „sowjetisch" empfundenen kommunistischen Arbeiterpartei dar, in der russische Funktionäre sogar Ministerämter bekleideten. Allerdings sank die Mitgliederzahl der ZSL schon 1950 drastisch durch Ausschlüsse und Austritte, in einigen Regionen um fast die Hälfte. Von ursprünglich 355 000 Mitgliedern verließen 162 000 bis Ende 1950 die Partei. Zu diesem Zeitpunkt war die Gleichschaltung der ZSL weitgehend abgeschlossen.

Bis Anfang 1955 entwickelte sich die ZSL immer weiter zurück. Viele „fortschrittliche" Mitglieder und Funktionäre wechselten zur attraktiver erscheinenden Arbeiterpartei. Die ZSL verfügte über kein detailliertes Programm, unter ihren politischen Aufgaben kam die Vertretung bäuerlicher Interessen nicht vor. Die Wiedereinführung der Zwangsablieferung 1951 und ihre weitere Verschärfung bis 1952 wurden von der Partei mitgetragen. Zu diesem Zweck war sie gezwungen, die demokratisch-bäuerlichen Traditionen der Vorgängerparteien ständig zu negieren und zu kritisieren. 1954 bahnte sich eine erneute Krise der Partei an, in den Regionen wurde sie durch die Arbeiterpartei erheblich unter Druck gesetzt.

Erst Anfang 1955 begann sich die Lage der Partei zu entspannen, bei der Parteiführung meldeten sich im Mai des Jahres erste Reformvorschläge. Aber bis An-

---

[8] Vgl. aus der umfangreichen Literatur vor allem Turkowski, Polskie Stronnictwo Ludowe; zur Parteivereinigung auch Wrona, System partyjny, S. 295–304.

fang 1956 hatten die Reformkräfte kein politisches Übergewicht, vielmehr entwickelte sich ein Patt zwischen ihnen und den Orthodoxen in der Partei. Im Mai 1956 gipfelte dies in einer offenen Auseinandersetzung; zur gleichen Zeit betrieb man eine behutsame Rehabilitierung der als „fortschrittlich" eingeschätzten Traditionen der alten Bauernbewegung. Erst das bekannte Oktoberplenum der Arbeiterpartei 1956 brachte die entscheidende Veränderung. Die alte stalinistisch geprägte Führungsmannschaft der ZSL mußte weichen, im Dezember verkündeten Arbeiterpartei und ZSL gemeinsam eine neue Agrarpolitik und versprachen Individualbesitz für Bauern. Die Transmission als Aufgabe der ZSL galt nunmehr offiziell als falsche Konzeption. Nur ein Jahr hielt die Liberalisierung an, in der die ZSL neue Posten und auch neue Mitglieder für sich verbuchen konnte. Obwohl der politische Spielraum gegenüber der Arbeiterpartei wieder enger wurde, gab es jedoch keine Rückkehr zu den Kollektivwirtschaften. Die Bauernpartei mußte nun vielmehr mit den sinkenden Erträgen der Landwirtschaft kämpfen, die 1962 ihren Tiefpunkt erreicht hatten. In diesem Jahr setzte sich schließlich auch die dogmatische Führungsgruppe wieder ganz durch[9].

Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede sind dazu geeignet, den Charakter der DBD genauer zu fassen? Die DBD verfügte im Unterschied zur polnischen Bauernpartei über keine eigenständigen historischen Wurzeln, die unabhängig von der Weimarer KPD nur ihr zuzuschreiben sind. Auch nahm sie weder eine eindeutig oppositionelle Rolle gegen die herrschenden Kommunisten ein, noch stärkte eine zusätzliche Markierung als „nationale", nicht „sowjetische" Kraft ihren Rückhalt in der Bevölkerung. Ein maßgeblicher Unterschied ist außerdem darin zu sehen, daß weder deutsche Kommunisten noch sowjetische Machthaber eine repressive Politik gegenüber der DBD verfochten; einer härteren sowjetischen Verfolgung waren hingegen in der SBZ und DDR Mitglieder der bürgerlichen Parteien ausgesetzt gewesen. Die anfangs eng zwischen sowjetischen Stellen und der SED abgestimmte Personalpolitik für die DBD machte eine ähnlich gewaltsame Gleichschaltungspolitik unnötig; dies gilt für die wenigen, politisch allenfalls „gefleckten", nicht eigentlich schwarzen Schafe der Parteigründergruppen, wie auch gegenüber den anfangs ebenfalls vorhandenen unangepaßten oder zur SED gegnerisch eingestellten Teile der Mitgliedschaft. Auch die ländliche Bevölkerung der DDR war vergleichsweise weniger Repressionen ausgesetzt, als dies für Polen galt. Die polnische Sonderkommission zur Bekämpfung von Sabotage unterhielt eigene Straflager für Ablieferungssünder, die sich in Zeiten der Wiedereinführung der Pflichtablieferung massenhaft füllten, während man in der DDR neben Bestrafung bis Anfang 1952 stärker auf Produktionsanreize setzte. In der Blockpolitik war die ZSL wie die DBD nur unbedeutender kommunistischer Partner. Im Unterschied zur DBD gelang der ZSL 1956 eine politische Aufwertung. Trotz einer Zurückdrängung binnen Jahresfrist, blieben zwei wichtige Ergebnisse dieser Zeit dauerhaft bestehen: Zum ersten die Absage an die Reduktion auf eine reine Transmissionsrolle, die sich auf die Kommunisten bezogen hatte, und zum zweiten die Garantie einzelbäuerlichen Eigentums.

---

[9] Bislang einziger Titel dazu, Wojtas, Myśl polityczna, bes. S. 24ff.

Ähnlich wie die ZSL fürchtete auch die DBD bisweilen um ihre Existenz als Partei. Zum ersten Mal 1952/53, als sie in staatlichen Ämtern zunächst zurückgedrängt werden sollte, dann aber im Zuge der Kollektivierung eine wichtige, wenngleich im Windschatten der SED plazierte Transmissionsfunktion erhielt. Schließlich war die Existenzangst immer dann virulent, wenn ihr Mitgliederwerbung kategorisch untersagt wurde, wie im Frühjahr 1953 und 1960. Denn sie mußte fürchten, die SED sei zu der ideologischen Einschätzung gelangt, der vermeintlich nahe Sieg des Sozialismus mache eine Bauernpartei künftig überflüssig. In Polen wie in der DDR schien die Existenz der Bauernpartei in Zeiten sozialistischer Vorstöße gefährdet zu sein. Eine Parallele liegt hinsichtlich der lückenhaften, nicht durchgängig schriftlich fixierten Parteiprogrammatik vor. Die ZSL verfügte lange Zeit über kein verbindliches Dokument, das ihr Programm oder ihre Rolle als bäuerliche Interessenvertretung beschrieben hätte. Auch die DBD verabschiedete ihr Programm erst ein Jahr nach Gründung. Sie veröffentlichte in entscheidenden Phasen wie 1952 zwar Parteivorstandsbeschlüsse mit programmatischem Gehalt, die sie auf SED-Ziele einschworen; sie paßte ihr veraltetes Programm aber erst 1957 den politischen Gegebenheiten an, indem sie als vorrangiges Parteiziel nun den Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft festschrieb. Offensichtlich hielten es beide Parteien nicht für vordringlich, ihre bäuerlich-ländliche Klientel durch ein Programm zu integrieren. Im Falle der DBD stieß ein ausformuliertes Programm gegenwärtige und potentielle Mitglieder eher ab, vor allem wenn es wie 1963 schlichtweg die SED-Programmatik übernahm. Beide Bauernparteien banden einen ungefähr gleich großen Anteil der Gesamtbevölkerung: bei rund 16 Millionen DDR-Bürgern zählte die DBD nach ihrer Aufbauphase im Untersuchungszeitraum knapp 85 000 Mitglieder, die ZSL band Ende 1950 etwas unter 200 000 Mitglieder, mit sinkender Tendenz, bei knapp 30 Millionen Einwohnern.

Für das politische Schicksal der DBD 1989/90 waren zwei Unterschiede von ausschlaggebender Bedeutung. Die DBD konnte sich nie von ihrer Funktion als ausführender Arm der SED befreien, wie die ZSL dies 1956 zeitweise schaffte. Eine selbstbegründete politische Legitimität wuchs ihr daher aus DDR-Zeiten nicht zu und im Unterschied zur polnischen ZSL verfügte die DBD über keine eigenen historischen Wurzeln. Zwar gab es in der deutschen Geschichte regionale Bauernparteien und im Reichslandbund bzw. seinen Ablegern in den Ländern die maßgebliche politische Interessenvertretung[10]; diese entsprachen jedoch weder von ihrer Funktion im politischen System noch in ihrer überwiegend konservativen Ausrichtung den Vorgaben, mit denen die DBD antrat. Die Bauernpartei in der SBZ/DDR war eine Neukonstruktion unter den spezifischen Bedingungen sowjetischer Besatzungsherrschaft und einer heraufziehenden SED-Diktatur.

Deshalb mußte sich die DBD eine Tradition erst künstlich schaffen. Der gelegentlich bei Parteiveranstaltungen der DBD strapazierte Rückbezug auf die Revolution von 1918/19 und die Beteiligung von Gründungsfunktionären wie Ernst Goldenbaum und einer Reihe weniger bekannter mecklenburgischer Funktionäre daran, verband in den fünfziger Jahren nur die ohnehin kommunistischen Funk-

[10] Vgl. Panzer, Ansätze, passim, bes. S. 530f., 538ff.; politisch linksorientierte Ausnahme: Kasper, Lausitzer Bauernbund.

tionäre; er vermochte aber nicht, die ländliche Bevölkerung auf diese Tradition einzuschwören. Weder dieser Rückbezug noch die Erinnerung an Thomas Müntzer und die Bauernkriege der frühen Neuzeit, auf die vor allem außerhalb der stark durch die Bodenreform geprägten Länder zurückgegriffen wurde, waren dazu geeignet, die DBD mit einer demokratischen Legitimität eigener Geltung zu versehen. Als wichtigster historischer und aus der Sicht der DBD „demokratisch" legitimierender Anknüpfungspunkt jüngeren Datums galt die Bodenreform. Sie jedoch war in der westlichen Rezeption nicht zuletzt durch ihre gewaltsame Durchführung bestimmt und wurde vor allem der SED und Moskaus Oktroi zugeschrieben. So war sie ungeeignet, eine unabhängig von der SED formulierte, demokratische Tradition der DBD zu stiften. Ost-CDU und LDPD hingegen konnten 1990 an demokratische Weimarer Wurzeln wie ihre eigenständige frühe, gegen die Kommunisten gerichtete demokratische Tradition in der SBZ anknüpfen. Sicherlich war für ihr politisches Fortleben auch die grundsätzliche Existenz und die Hilfe entsprechender westdeutscher Parteien förderlich. Die Zukunft der DBD, wie im übrigen auch der NDPD, konnte nach vierzig Jahren DDR keine selbständig demokratische sein. Für diese künstlichen Gebilde gab es keinen Grund, weiterhin zu bestehen.

Tabellenverzeichnis

Tab. 1. Anteil der Bodenreformfläche an der Landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Gesamtfläche in Prozent
Tab. 2. Stand Bodenfonds für das Gebiet der DDR und die Länder Mecklenburg und Thüringen
Tab. 3. Besetzung der Bodenkommissionen – Mitglieder nach Parteien und soziale Zusammensetzung, Stand: 1. 4. 1946
Tab. 4. Verteilung des Bodenreformfonds in der DDR, Thüringen und Mecklenburg
Tab. 5. Parteimitglieder 1948 bis 1984
Tab. 6. Sozialstruktur der DBD-Mitgliedschaft 1949 bis 1961
Tab. 7. Sozialstruktur der DBD-Mitgliedschaft 1949 bis 1961 in Prozent
Tab. 8. DBD-Mitglieder in den Landesverbänden (ohne Stadtverband Berlin) 1950–1952
Tab. 9. Sozialstrukturelle Zusammensetzung der DBD-Landesverbände, Stand: Juni 1952
Tab. 10. Mitglieder und Größe des Landbesitzes in Prozent
Tab. 11. Organisationsgrad der Mitglieder in Massenorganisationen
Tab. 12. Frühere Parteizugehörigkeit der Mitglieder
Tab. 13. Altersstruktur der Mitglieder der DBD
Tab. 14. Mitgliederabgänge der DBD 1950 bis 1953
Tab. 15. Zusammensetzung der Kreisvorstände der DBD, Stand: April 1951
Tab. 16. Parteizugehörigkeit der bäuerlichen Bevölkerung 1952
Tab. 17. Beteiligung von DBD-Mitgliedern in LPG und Anzahl von LPG-Vorsitzenden, Stand: 28. 11. 1952
Tab. 18. Beteiligung der DBD an Gründung und Mitgliedschaft in LPG bis Mai 1953
Tab. 19. Bäuerliche Mitglieder der DBD in LPG nach Bezirken 1953 bis Ende 1958 in Prozent
Tab. 20. Kreise der DDR, in denen in allen Gemeinden LPG bestehen, Stand: 6. 10. 1959
Tab. 21. Bäuerliche Bezirksvorstandsmitglieder in LPG 1958–1960
Tab. 22. Bäuerliche Kreisvorstandsmitglieder in LPG 1958–1960
Tab. 23. „Statistische Übersicht über die Entwicklung LPG", Oktober und Dezember 1959
Tab. 24. LPG-Eintritte der DBD-Mitglieder 1958–1961
Tab. 25. Mitglieder in LPG im Verhältnis zu den bäuerlichen Mitgliedern insgesamt nach Bezirken 1959 bis 1961
Tab. 26. „Republikflucht" der Mitglieder
Tab. 27. „Republikflucht" nach Zugehörigkeit zu Blockparteien
Tab. 28. Zusammenstellung der neuen Ortsvorsitzenden, Stand: 1. 8. 1951

Tabellen

Tab. 1: Anteil der Bodenreformfläche an der Landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Gesamtfläche in Prozent

Land bzw. Provinz	Anteil an der Landwirtschaftlichen Nutzfläche	Anteil an der Gesamtfläche
Mecklenburg	54	46
Brandenburg	41	35
Provinz Sachsen	33	29
Land Sachsen	24	20
Thüringen	15	14

Quellen: Stöckigt, Kampf, S. 262; Kaiser, Klientelbildung, S. 122.

Tab. 2: Stand Bodenfonds für das Gebiet der DDR und die Länder Mecklenburg und Thüringen

Herkunft des Bodenfonds	Stand	Anzahl der Betriebe	Anteil in %	Fläche insgesamt in ha	Anteil in %	durchschnittl. Fläche in ha pro Betrieb
Privatbesitz unter 100 ha						
DDR	01. 01. 50	4537	32,0	131742	4,00	29,0
Mecklenburg	01. 01. 50	1157	–	37845	–	33,0
Thüringen	14. 08. 47	542	41,0	9848	5,00	18,0
Privatbesitz über 100 ha						
DDR	01. 01. 50	7160	51,0	2517357	76,30	351,6
Mecklenburg	01. 01. 50	2199	–	823726	–	375,0
Thüringen	14. 08. 47	487	37,0	157107	78,00	323,0
Betriebe in Staatsbesitz						
DDR	01. 01. 50	1288	9,0	337507	10,20	262,0
Mecklenburg	01. 01. 50	472	–	133489	–	283,0
Thüringen	14. 08. 47	187	14,0	26928	13,00	144,0
Siedlungsgesellschaften						
DDR	01. 01. 50	169	1,0	22764	0,70	134,7
Mecklenburg	01. 01. 50	25	–	4991	–	200,0
Thüringen	14. 08. 47	6	0,5	512	0,25	484,0
Staatswälder und Forsten						
DDR	01. 01. 50	384	3,0	200247	6,10	521,5
Mecklenburg	01. 01. 50	49	–	50139	–	1023,0
Thüringen	14. 08. 47	14	1,0	6772	3,00	484,0
sonstige Betriebe						
DDR	01. 01. 50	551	4,0	88465	2,70	160,6
Mecklenburg	01. 01. 50	105	–	23388	–	223,0
Thüringen	14. 08. 47	82	6,0	330	0,16	4,0
Summe						
DDR	01. 01. 50	14089	100,0	3298000	100,00	234,1
Mecklenburg	01. 01. 50	4007	–	1073578	–	268,0
Thüringen	14. 08. 47	1318	100,0	201497	100,00	153,0

Quellen: Für Mecklenburg mit Stand vom 1. 1. 1950 nach Stöckigt, Kampf, S. 260 f; für DDR mit Stand vom 1. 1. 1950 nach Klemm u. a., Agrargeschichte, S. 154. Für Thüringen konnten zu Vergleichszwecken keine verläßlichen Zahlen zum 1. 1. 1950 herangezogen werden, zumal die bei Kaiser, Klientelbildung, S. 124, abgedruckten offensichtlich fehlerhaft sind; daher mußte auf archivgestützte Zahlen von Mitte 1947 zurückgegriffen werden, die ebd., S. 123, abgedruckt sind. Bei den Zahlen zu diesem frühen Zeitpunkt ist allerdings zu bemerken, daß der Bodenfonds danach noch angestiegen ist, so wurden in Thüringen bis 31. 12. 1948 785 Privatbetriebe unter 100 ha und 517 Privatbetriebe über 100 ha durch die Bodenreform erfaßt, ebd., S. 124.

Tab. 3: Besetzung der Bodenkommissionen – Mitglieder nach Parteien und soziale Zusammensetzung

Stand: 1. 4. 1946	KPD	SPD	CDU und LPD	partei-lose	Mit-glieder insges.	ldw. Arbei-ter	Klein-pächter	Um-sied-ler	Son-stige
Sachsen	2562	1667	200	5754	10183	2369	5259	703	1852
Prov. Sachsen	3445	2579	249	5235	11508	4879	4012	939	1678
Thüringen	1705	1373	309	6093	9480	2330	4499	549	2102
Brandenburg	2111	1183	87	6466	9847	3712	3487	1458	1180
Mecklenburg	2652	2362	129	6131	11274	6410	1299	2703	862
Summe	12475	9164	974	29679	52292				

Quelle: SAPMO DY 30 IV 2/7/634, „Schluß-Statistik der Bodenreform nach Provinzen und Ländern und in der Gesamtheit der Zone vorbehaltlich Irrtümer und späterer Prüfung", Stand 1. 4. 1946, Bl. 25–32, hier Bl. 27, teilweise eigene Berechnungen.

Tab. 4: Verteilung des Bodenreformfonds in der DDR, Thüringen und Mecklenburg

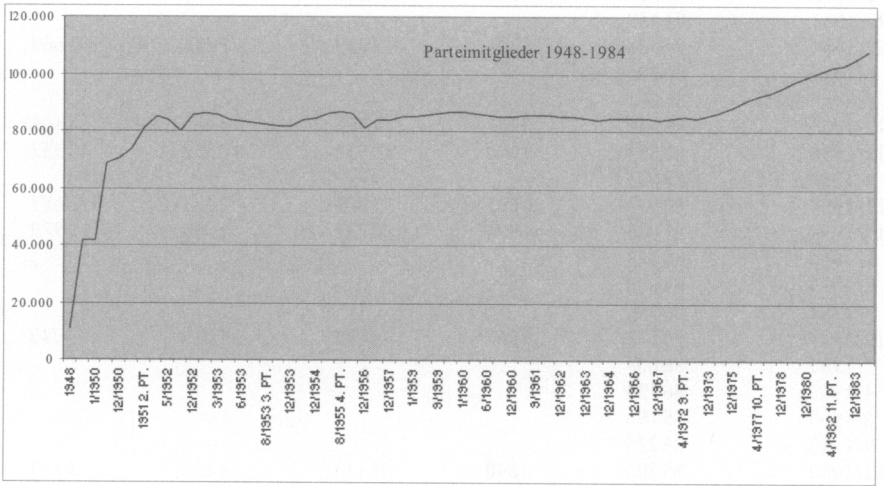
Empfänger	Stand	Zahl der Begünstigten	Anteil in %	mit Familie	Zuteilung in ha	Anteil in %	durchschnittl. Zuteilung in ha/Betrieb
landlose Bauern und Landarbeiter							
DDR	01. 01. 50	119121	21,20	–	932487	28,30	7,83 ha
Thüringen	31. 12. 48	10637	16,00	40746	43054	35,00	8 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	38286	44,81	130131	365352	–	9,54 ha
Privatbesitz über 100 ha							
DDR	01. 01. 50	82483	14,80	–	274848	8,30	3,33 ha
Thüringen	31. 12. 48	14138	22,00	51865	32422	27,00	2 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	10867	5,07	36859	41316	–	3,8 ha
Betriebe in Staatsbesitz							
DDR	01. 01. 50	91155	16,40	–	763596	23,20	8,83 ha
Thüringen	31. 12. 48	3341	5,00	14114	20818	17,00	6 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	38892	44,88	133674	365943	–	9,41 ha
Siedlungsgesellschaften							
DDR	01. 01. 50	43231	7,80	–	41661	1,30	0,96 ha
Thüringen	31. 12. 48	13497	21,00	44282	7761	6,00	0,6 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	3428	0,80	10538	6561	–	1,91 ha
Staatswälder und Forsten							
DDR	01. 01. 50	183261	32,70	–	114665	3,50	0,63 ha
Thüringen	31. 12. 48	18000	28,00	61765	9477	8,00	0,5 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	9842	2,38	30193	19437	–	1,97 ha
sonstige Betriebe							
DDR	01. 01. 50	39838	7,10	–	62742	1,90	1,57 ha
Thüringen	31. 12. 48	5455	8,00	19963	7780	6,00	1,5 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	13204	2,06	42288	16814	–	1,27 ha
Summe							
DDR	01. 01. 50	559089	–	–	2189999	66,40	3,92 ha
Thüringen	31. 12. 48	65068	–	232735	121312	–	2 ha
Mecklenburg	01. 01. 50	114519	–	383683	815423	–	7,12 ha
Öffentlicher Besitz/Körperschaften							
DDR gesamt	01. 01. 49				967007	29,30	
Länder	01. 01. 49				715972	21,70	
Kreise	01. 01. 49				6651	0,20	
Gemeinden	01. 01. 49				205561	6,20	
VdgB	01. 01. 49				38823	1,20	
noch nicht verteilt	01. 01. 49				141076	4,30	

Quellen: Zahlen nach dem Stand vom 31. 12. 1948 für Thüringen nach Kaiser, Klientelbildung, S. 124f., der sich auf ThHStA Weimar, Land Thüringen, LBK 41/2 stützt; Zahlen für Mecklenburg aus Klaus Schreiner (Gesamtbearbeitung), Kommunistische Agrarpolitik in Mecklenburg 1945–1952. Neubrandenburg 1980, S. 36; Zahlen für DDR, Klemm u.a., Agrargeschichte, S. 156, Dölling, Wende der Deutschen Agrarpolitik. Berlin 1950, S. 110; Krebs, Weg, S. 106.

Tab. 5: Parteimitglieder 1948 bis 1984

Jahr[1]	Mitglieder	Aufnahmen im Jahr	Abgänge im Jahr	davon Austritte Streichungen	davon Ausschlüsse
1948	10456	10456			
1949	41710	31336	82	82	82
1/1950	41710				
10/1950	68475				
12/1950	70269	31664	3085	3085	3085
2/1951	73803	32093 seit 1. 1. 1950			
1951 2. PT.	81008				
12/1951	84956	21925	7218	7218	7218
5/1952	83948				
9/1952[2]	80148				
12/1952	85835	17388	17167	17167	17167[3]
2/1953	86280				
3/1953	85835				
5/1953	83843				
6/1953	83319				
7/1953	82629				
8/1953 3. PT.	82315				
9/1953	81943				
12/1953	81704	5568	9041	9041	9041[4]
10/1954	84152				
12/1954	84528	8365	4859	2743	1669
6/1955	86183				
8/1955 4. PT.	86661				
12/1955	86340	6277	4465	4465	4465[5]
12/1956	80884	5076	10532	10532	10532
8/1957 5. PT.	83923				
12/1957	83923	6601[6]	3683	3683	3683
12/1958	85065	4994[7]	3731	1890	979
1/1959	85073				
6/1959	85688				
9/1959	86396				
12/1959	86573	5557[8]	4049	4049	4049
1/1960	86604				
4/1960	86324				
6/1960	85796				
9/1960	85226				
12/1960	85300	2840	4113	4113	4113
6/1961	85560				
9/1961	85370				
12/1961	85438	3605	3467	3467	3467
12/1962	85184	2446	2700	2700	2700
4/1963 7. PT.	85032				
12/1963	84295	1457[9]	2346	1375	93
9/1964[10]	84050				
12/1964	84479	2069	1885	1885	1885
12/1965	84784	2640	2335	2335	2335
12/1966	84327	1836	2293	2293	2293

Jahr[1]	Mitglieder	Aufnahmen im Jahr	Abgänge im Jahr	davon Austritte Streichungen	davon Ausschlüsse
4/1967 8. PT.	84259				
12/1967	84026	1871	2172	1246	40
12/1971	84567	2360	1941	773	34
4/1972 9. PT.	84852				
12/1972	84760	2052	1859	631	38
12/1973	85907	3092	1945	661	42
12/1974	87011	3078	1974	620	60
12/1975	88483	3424	1952	520	40
12/1976	90509	3993	1967	541	37
4/1977 10. PT.	92198				
12/1977	93494	4830	1845	496	24
12/1978	95422	4570	2642	1150[11]	34
12/1979	97357	4065	2130	541	33
12/1980	99285	4017	2089	364	27
12/1981	101117	3991	2159	493	48
4/1982 11. PT.	102490				
12/1982	103125	4248	2240	484	44
12/1983	105273	4467	2319	551	64
12/1984	107900	5083	2447	680	91



[1] Die Angaben beruhen auf monatlichen bzw. quartalsweisen Organisationsberichten und übergreifenden parteiinternen Statistiken, ACDP VI-052–154/1 (1950/1951), 194/4 (1948–1984), 183/1 (1952), 183/2 (1953), 185/3 (1959), 186/1 (1960), 186/2 (1961).

[2] Von März bis Oktober 1952 wurden insgesamt 9612 Mitglieder aus der Parteistatistik entfernt, ACDP VI-052–183/1.

[3] Aufnahmen und Abgänge hier nach eigenen Berechnungen auf der Grundlage von Organisationsberichten 1952, da fehlerhafte Angaben im Dokument, ACDP VI-052–194/4, Entwicklung des Mitgliederstandes der DBD.

[4] Eine vermutlich vorläufige Statistik zur Mitgliederbewegung 1953 vom 12. 3. 1954 listet 7233 Abgänge auf, die sich auf 4077 Ausritte, 3156 Ausschlüsse, davon allein 2278 wegen „Republikflucht", verteilen. ACDP VI-052–154/1, Neuaufnahmen und Mitgliederabgänge im Jahre 1953, 12. 3. 1954.

[5] Nach einer Aufstellung zur Entwicklung der Partei von 30. 9. 1953 bis 20. 9. 1955 gliederten sich die Abgänge dieses Zeitraums folgendermaßen auf: von 8192 Abgängen traten 4445 Mitglieder aus, 2873 wurden ausgeschlossen und 874 Mitglieder verstarben. ACDP VI-052–154/1.

[6] Andere Angaben übermittelt eine zeitgenössische Organisationsübersicht. Danach erhöhte sich die Mitgliederzahl insgesamt um 3045, Neuaufnahmen im ersten Halbjahr 4899, im zweiten 2 223, gesamt 7122, Austritte im ersten Halbjahr 1207, im zweiten 920, gesamt 2127, Ausschlüsse im ersten Halbjahr 535, im zweiten 638, gesamt 1173, „Republikflucht" im ersten 444, im zweiten 531, gesamt 975. ACDP VI-052–160/7, Organisatorische Entwicklung 1957.

[7] Die Angaben folgen hier der Aufstellung ACDP VI-052–194/4, Entwicklung des Mitgliederstandes der DBD; leicht variierende Angaben nach Dokument ‚Entwicklung der Partei', das allerdings die Abgänge näher aufgliedert.

[8] Nach eigenen Berechnungen 5879, weiter 4851 Austritte und 3145 Ausschlüsse.

[9] Wie Fußnote 4.

[10] SAPMO DY 30 IV A2/15/108.

[11] Aufgrund Umtausches der Parteidokumente, ACDP VI-052–194/4, Entwicklung der Partei.

Tab. 6: Sozialstruktur der DBD-Mitgliedschaft 1949 bis 1961

	12/1949[1]	12/1950	6/1952[2]	12/1953	12/1954	6/1955	8/1957[3]	12/1959[4]	9/1960	9/1961[5]
Mitglieder	41632	70041	82740	81704	84528	86183	83923	86573	85300	85370
Neubauern	17853	25346	25038	18886	20038	20084	21897			
Altbauern	12103	19393	21004	17901	18761	19238	24805			
Mithelf. Angehörige	3806	9739						6271		
Mithelf. Angeh. v. NB			5921	4062	3929	4232				
Mithelf. Angeh. v. AB			5778	4619	4597	4847				
Einzelbauern/ab 1960 „individuell“ wirtsch. Bauern								23206	414	361
Mitgl. LPG/GPG				7477	7458	8217	10770	31832	59137	59537
Mitg. LPG Typ I/II										
Mitg. LPG Typ III										
Mithelf. Angeh. v. LPG-Mitgl.				1022	887	931		925	2272	2193
Pächter	422	766	1312	1217	1101	1106				
Land- und Forstarbeiter	1590	2608	3162	2988	2988	2924		1713		
Traktoristen								1287		
Zootechniker/Agronomen								2039	1710	1766
Sonstige Arbeiter			2587	3443	3946	3966		3412	6124	6041
Gärtner	468	687	681	633	729	711		585		
Handwerker u. Gewerbetreibende	937	1261	1465	1543	1250	1247		852	802	770
Angestellte	2802	7087								
Sonstige	1651	3160								
Angestellte VdgB(BHG)			5141	4444	2693	2695		1613	3410	3398
Angestellte der Verwaltung			2637	3294	4495	4839		1952		
Sonstige Angestellte			3905	5365	6806	6313		5929	6782	6787
Intellektuelle/ab 1960 Wissenschaftler			1042	1225	1310	1328		1399	797	784
Schüler und Studenten			2441	1994	1609	1588		547	478	434
Hausfrauen und Rentner			626	1591	1995	1851		3012	3374	3299
Frauen in %	11	14	14		15	15		15	16	16
Jugendliche in %	14	18	19		17	17		13	12	10
davon Bürgermeister			454		451	460		471	446	488
Kreistagsabgeordnete								1702	1864	1852

Fußnoten zu Tabelle 6

1 Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Partei im Jahr 1949 sind nur sehr lückenhaft und unsystematisch überliefert. Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Monat Januar 1950 und dürften mit dem Entwicklungsstand von Dezember 1949 identisch sein. Ein Vergleich der sozialen Zusammensetzung von Dezember- und Januarmonaten anderer Jahrgänge rechtfertigt diesen Rückschluß, zumal die interne Parteistatistik in der Formierungsphase der Partei keineswegs ausgereift war. ACDP VI-052–154/1, Organisatorische Entwicklung der DBD 1950 [Jan. 1950 bis Dez. 1950]. 1950 unterschied man noch zwischen Land- und Forstarbeitern. Das Gros machten allerdings stets die Landarbeiter aus (z.B. 1478 Jan. 1950, 2461 Dez. 1950). Außerdem wurden 1950 noch keine Gewerbetreibenden erfaßt, die Rubrik führt also ausschließlich Handwerker auf. Die Rubrik ‚Sonstige' existiert ebenfalls nur für 1950; darunter fielen höchstwahrscheinlich alle Arbeiter außer Land- und Forstarbeitern sowie Rentner. Hausfrauen stellten zu diesem Zeitpunkt kaum Mitglieder in der DBD. Verschiedentliche Angaben von 41710 Mitgliedern für 1949 beziehen sich vermutlich auf den Zeitpunkt des I. PT 1949 und sind logischerweise nicht kohärent mit der überlieferten sozialen Aufgliederung für den Jahreswechsel 1949/50. In den sogenannten Handakten Ermisch werden für weitere Berechnungen nur leicht von der oben angeführten Zahl abweichende Angaben herangezogen, leider häufig ohne Nennung des genauen Erhebungszeitpunktes. Vgl. dazu ACDP VI-052–194/4.

2 Unter der Rubrik ‚Handwerker und Gewerbetreibende' wurden 27 thüringische Gastwirte nicht eigens aufgeführt; ACDP VI-052–183/1, Organisationsbericht Juni 1952.

3 ACDP VI-052–194/4, Entwicklung der DBD. Dieses Dokument unterscheidet nicht zwischen den jeweiligen mithelfenden Angehörigen von Alt- und Neubauern.

4 1959 werden Angestellte der VdgB unter der Bezeichnung ‚Funktionäre der Partei', VdgB geführt, Angestellte der Verwaltung unter der Bezeichnung ‚Politische Mitarbeiter der staatlichen Organe'. Um die Auflistung nicht unnötig zu verkomplizieren, wurde auf diese Begrifflichkeit verzichtet. Aufgenommen wurden hingegen die neuen Berufsfelder in der LPG ‚Agronome und Zootechniker'. Aufgrund einer nicht zu ermittelnden Ungenauigkeit im Ausgangsdokument ergibt die Summe der Mitglieder der sozialen Aufgliederung zufolge 86572 und weicht damit nur unerheblich um 1 Mitglied von der häufiger überlieferten Gesamtmitgliederzahl für Dezember 1959 ab. ACDP VI-052–185/3, Einschätzung der organisatorischen Entwicklung der Partei 1959, 14. 3. 1960.

5 ACDP VI-052–186/2, Organisationsbericht für das III. Quartal 1961. Die Angaben geben den Endstand des Quartals wieder.

Tab. 7: Sozialstruktur der DBD-Mitgliedschaft 1949 bis 1961 in Prozent

	12/1949	12/1950	6/1952	12/1953	12/1954	6/1955	8/1957	12/1959	9/1960	9/1961
Mitglieder	41632	70041	82740	81704	84528	86183	83923	86573	85300	85370
Neubauern	42,89	36,19	30,26	23,11	23,71	23,30	26,09			
Altbauern	29,07	27,69	25,38	21,90	22,19	22,32	29,56			
mithelfende Angehörige	9,14	13,90						7,24		
Mithelfende Angehörige von NB			7,16	4,97	4,62	4,92				
Mithelfende Angehörige von AB			6,98	5,65	5,42	5,63				
Einzelbauern/ab 1960 „individuell" wirtschaftende Bauern								26,81	0,49	0,42
Mitglieder LPG/GPG				9,15	8,82	9,53	12,83	36,77	69,33	69,74
Mitglieder LPG Typ I/II										
Mitg. LPG Typ III										
Mithelf. Angeh. v. LPG-Mitgliedern				1,25	1,05	1,08		1,07	2,66	2,57
Pächter	1,01	766	1312	1217	1101	1106				
Land- u. Forstarbeiter	3,82	3,72	3,82	3,65	3,46	3,47		1,98		
Traktoristen								1,49		
Zootechniker/Agronomen								2,36	2,0	2,07
sonstige Arbeiter			3,12	4,21	4,67	4,60		3,94	7,18	7,08
Gärtner	1,12	0,98	0,82	0,77	0,86	0,82		0,68		
Handwerker und Gewerbetreibende	2,25	1,80	1,77	1,88	1,48	1,44		0,98	0,94	0,90
Angestellte	6,73	10,12								
Sonstige	3,97	4,51								
Angestellte VdgB(BHG)			6,21	5,43	3,19	3,13		1,86 }	4,00	3,98
Angestellte der Verwaltung			3,19	4,03	5,32	5,61		2,25 }		
Sonstige Angestellte			4,72	6,56	8,05	7,33		6,85	7,95	7,95
Intellektuelle/ab 1960 Wissenschaftler			1,26	1,49	1,55	1,54		1,61	0,93	0,92
Schüler und Studenten			2,95	2,44	1,90	1,84		0,63	0,56	0,51
Hausfrauen und Rentner			0,76	1,94	2,36	2,15		3,48	3,96	3,86
Frauen	11,1	14,2	14,3		15,0	15,0		15,4	15,6	16,0
Jugendliche	14,0	18,4	19,4		16,9	16,8		12,5	11,5	10,1
davon Bürgermeister			0,55		0,53	0,53		0,54	0,52	0,57
davon Kreistagsabgeordnete								1,97	2,19	2,17

Tab. 8: DBD-Mitglieder in den Landesverbänden (ohne Stadtverband Berlin) 1950 bis 1952

Landesverbände:	Mecklenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Brandenburg
Januar 1950	10502	11110	7295	6801	5924
Februar 1951	19570	15964	12999	12277	12720
Juni 1952	20456	17934	14582	14540	14823

Quellen: ACDP VI-052–182/2, Organisatorische Entwicklung der DBD 1950 (1. 1.–31. 12. 1950); ebd., Organisatorische Entwicklung der DBD der letzten 5 Monate (1. 10. 1950–29. 2. 1951); ACDP VI-052–183/1, Organisationsbericht der DBD Juni 1952.

Tab. 9: Sozialstrukturelle Zusammensetzung der DBD-Landesverbände, Stand Juni 1952

Landesverband	Mecklenburg	in % ger.	Sachsen-Anhalt	in % ger.	Sachsen	in % ger.	Thüringen	in % ger.	Brandenburg	in % ger.
Neubauern (NB)	10565		5862		2280		1492		4839	
mith. Angeh.NB	2598	64%	1319	40%	395	18%	656	15%	953	39%
Altbauern (AB)	2374		3898		4529		6058		4108	
mith. Angeh.AB	677	15%	925	27%	1520	42%	1660	53%	994	34%
Pächter	244		224		343		135		366	
Landarbeiter	670		564		652		611		374	
Forstarbeiter	56		69		40		38		68	
sonstige Arbeiter	247		790		603		528		416	
Rentner und Hausfrauen	108		338		125		20		30	
Gärtner	77		128		256		87		114	
Handwerker u. Gewerbetreibende	254		371		319		245 (und 27 Gastwirte)		270	
Angestellte der VdgB(BHG)	987		1333		1267		908		630	
Angestellte der Verwaltung	394		552		652		480		481	
Sonstige Angstellte	613		907		720		819		720	
Intelligenz	187		192		235		223		166	
Schüler u. Studenten	405		462		646		580		294	
Gesamt	20456		17934		14582		14540		14823	

Quelle: ACDP VI-052–183/1, Organisationsbericht der DBD Juni 1952.

Tab. 10: Mitglieder und Größe des Landbesitzes in Prozent

	7/1949[1]	1/1950	2/1951	12/1951[2]	6/1952[3]	12/1952	6/1953[4]	1/1954[5]	6/1955[6]	2/1959	12/1959[7]	6/1960[8]
0,5–5 ha	4120	6233	8730	8750	8612	7800	7986	7549	8231	9433	9707	9549
5–10 ha	11987	17500	26201	27101	30282	29337	28865	27883	30115	30434	30867	30217
10–15 ha					11112	11700	11695	11020	11314	11262		
15–20 ha					4955	4948	4963	4530	4752	4991		
10–20 ha	4230	6258	10797	11554		16663	16658	15550	16066	16253	16353	16114
20–30 ha	988	1392	2473	2379	2870	2619	2339	2109	1952	1571	1523	1479
über 30 ha	726	929	1282	1374[9]							589	578
30–50 ha					1547	1455	1027	882	768	553		
über 50 ha					356	349	171	124	92	65		
ohne Land	6432	9320	24047	33798	23006	26969	26273	27411	28959	26874	27535	
LPG-Mitglieder unter den bäuerlichen Mitgliedern							9033		9148	25935	31832	59160
Summe	28483	41632	73530[10]	84956	82740	85177	83319	81508	86183	85183	86573	85796

Quellen: 1/1950: ACDP VI-052–154/1, Organisatorische Entwicklung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1950 [ohne Stadtverband Berlin]
2/1951: ACDP VI-052- 154/1, Organisatorische Entwicklung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 1. 10. 1950–29. 2. 1951. Eigene Berechnungen. [ohne Stadtverband Berlin]

[1] ACDP VI-052–154/1, Aufschlüsselung der Mitglieder nach Besitz in ha-Flächen, Zusammenfassung aller Länder.
[2] ACDP VI-052–183/1, Bodenbesitzverhältnisse der Mitglieder von Jan. bis Dez. 1951 in %. Die absoluten Zahlen wurden auf der Basis der Gesamtmitgliederzahl errechnet.
[3] Ebd., Organisationsbericht Juni 1952, eigene Berechnungen.
[4] Ebd., Organisationsbericht Juni 1953, eigene Berechnungen.
[5] ACDP VI-052–183/2, Organisationsbericht Januar 1954.
[6] ACDP VI-052–154/1, Analyse über die organisatorische Entwicklung unserer Partei vom 20. 9. 1953 bis 20. 6. 1955, 11. 7. 1955.
[7] ACDP VI-052–185/3, Organisationsbericht Dezember 1959.
[8] ACDP VI-052–186/1, Organisationsbericht Juni 1960.
[9] Diese Zahl so in absoluten Zahlen belegt, ohne Rückrechnung. ACDP VI-052–183/1, Mitglieder über 30 ha Land [1951/1950].
[10] Zuzüglich der 273 Mitglieder des Stadtverbandes Berlin weist die Übersicht zum 29. 2. 1951 eine Gesamtmitgliederzahl von 73803 auf. Die Mitglieder des Stadtverbandes waren fast ausschließlich landlose Mitglieder, wurden hier jedoch nicht berücksichtigt. ACDP VI-052–154/1, Organisatorische Entwicklung der DBD 1. 10. 1950–29. 2. 1951.

Fortsetzung Tab. 10: Mitglieder und Größe des Landbesitzes in Prozent

	7/1949	1/1950	2/1951	12/1951	6/1952 Basis nur bäuerliche Mitglieder [errechnete Vergleichszahl Basis Gesamtmitglieder]	12/1952[11] Basis nur bäuerliche Mitglieder [errechnete Vergleichszahl Basis Gesamtmitglieder]	6/1953 Basis nur bäuerliche Mitglieder [errechnete Vergleichszahl Basis Gesamtmitglieder]	1/1954	6/1955	2/1959	12/1959	6/1960
0,5–5 ha	14,5	14,97	11,87	10,3	14,4 [10,41]	13,4 [9,16]	14 [9,59]	9,3	9,6	11,07	11,21	11,14
5–10 ha	42,2	42,04	35,64	31,9	50,7 [36,60]	50,4 [34,44]	50,6 [34,64]	34,2	34,9	35,73	35,65	35,22
10–15 ha					18,6 [13,43]	20,1 [13,73]	20,5 [14,04]	13,5	13,1	13,22		
15–20 ha					8,3 [5,99]	8,5 [5,8]	8,7 [5,96]	5,6	5,5	5,86		
10–20 ha	14,8	15,03	14,68	13,6	[19,42]	[19,53]		[19,1]	[18,6]	[19,08]	18,90	18,78
20–30 ha	3,4	3,34	3,36	2,8	4,8 [3,47]	4,5 [3,07]	4,1 [2,81]	2,6	2,3	1,84	1,76	1,72
über 30 ha	2,5	2,23	1,74[12]	1,62	[2,3]	[2,12]		[1,2]	[1]	[0,73]	0,68	0,67
30–50 ha					2,6 [1,87]	2,5 [1,71]	1,8 [1,23]	1,1	0,9	0,65		
über 50 ha					0,6 [0,43]	0,6 [0,41]	0,3 [0,20]	0,1	0,1	0,08		
ohne Land	22,6	22,39	32,71	39,78	27,80	[31,67]	[31,53]	33,6	33,6	31,55	31,80	32,47
Anteil LPG-Mitglieder an bäuerlichen Mitgliedern							15,83			30,45	50,67	95,53 [68,94 Gesamtmitgliederzahl]

[11] Errechnet nach Organisationsbericht Dezember 1952, ACDP VI-052–183/1. Von insgesamt 85177 Mitgliedern wurden darin 58208 als bäuerliche Mitglieder geführt. Die prozentuale Aufschlüsselung erfolgte auf der Basis von 56570 bäuerlichen Mitgliedern, zu den restlichen lagen keine Angaben vor.

[12] Nach ACDP VI-052–183/1, Bodenbesitzverhältnisse der Mitglieder von Jan. bis Dez. 1951 in %, schwankte der Anteil der Mitglieder, die über 30 ha besaßen 1951 zwischen 2% im Januar und 1,6% im Dezember. Dieser Aufstellung zufolge gab es im Februar 1,9% Bauern mit über 30 ha Grundbesitz.

Tab. 11: Organisationsgrad der Mitglieder in Massenorganisationen[1]

	VdgB (BHG)	FDGB	DTSB[2]	DSF	FDJ[3]	DFD[4]
1/1950	60%					
10/1950	54%					
12/1951	51,7%					
8/1952	61,4%					
12/1952	58,1%			18,9%	54,6%	
3/1953	59,1%					
5/1953	57,3%					
9/1953	56,9%	21,1%		22,7%	62,8%	31,0%
6/1955	59,0%	22,3%		31,4%	75,1%	34,2%
10/1959	60,0%	22,8%	1,2%	41,6%	82,3%	40,2%
12/1960	60,9%		3,1%	42,5%	86,8%	42,5%
9/1961	60,6%		4,8%	47,1%	89,6%	44,4%

1 Die Tabelle stützt sich auf Angaben in ACDP VI-052–154/1, Analyse über die organisatorische Entwicklung unserer Partei vom 20. 9. 1953 bis 20. 6. 1955, 11. 7. 1955, Zahlen für 1950 (154/1). ACDP VI-052–183/1 Organisationsbericht (Jan. 1951 bis Dez. 1951); ACDP VI-052-154/1, -183/1, -183/2, Organisationsberichte für 1952, 1953; ACDP VI-052–185/3 für 12/1959, ACDP VI-052–186/1 für VI. Quartal 1960.

2 Zur Mitgliedschaft im FDGB wurden ab 1960 keine Angaben mehr erhoben, dafür erhob man ab 1959 Angaben zur Mitgliedschaft im Deutschen Turn- und Sportbund der DDR, teilweise auch zur – in der Tabelle nicht aufgeführten – Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Sport und Technik.

3 Die prozentualen Angaben wurden, sofern sie nicht als solche vorlagen, auf die jugendlichen Mitglieder bezogen errechnet.

4 Die prozentualen Angaben beziehen sich ab Mitte 1953 nicht mehr auf die Gesamtmitgliedschaft, sondern auf die Mitgliederzahlen an Frauen.

Tab. 12: Frühere Parteizugehörigkeit der Mitglieder

	1948	9/1949[1]	1/1950	7/1950	1/1951[2]	12/1952	6/1955[3]
SED		11,5%	9,9%	8,5%	7,5 %	4,9%	4,6%
CDU		1,4%	1,6%	1,3%	1,0 %	0,5%	0,5%
LDPD		1,1%	1,2%	1,3%	0,9 %	0,7%	0,6%
NDPD					0,03%	0,1%	0,1%
Parteilose		[86%]	[87,3%]	[88,9%]	90,57%	[93,8%]	94,2%

1 Die nach Ländern aufgegliederten Angaben zum September 1949 zeigen, daß der Einbruch in die Mitgliedschaft von CDU und LDP vor allem in Thüringen erfolgte: dort allein 128 der insgesamt 347 Parteieintritte aus der LDP und 234 von 486 Eintritten aus der CDU. Überdurchschnittlich hoch lag dagegen der Parteieintritt ehemaliger SED-Mitglieder in Sachsen-Anhalt mit 1050 von 3958 ehemaligen Genossen. ACDP VI-052–154/1, dort auch die Bemerkung, daß verläßliches Zahlenmaterial von der Gründung bis April 1949 nicht vorliegt.

2 Angaben für 1951 nach ACDP VI-052–183/1, Organisationsberichte. Für das Jahr 1951 ergeben sich als mittlere Werte: SED 6,5%, CDU 0,85%, LDP 0,94%, NDPD 0,04% und ehemals Parteilose 91,73%.

3 Angaben nach ACDP VI-052–154/1, Analyse über die organisatorische Entwicklung unserer Partei vom 20. 9. 1953 bis 20. 6. 1955, 11. 7. 1955.

Tab. 13: Altersstruktur der Mitglieder der DBD[1]

	Jugendliche bis 25 Jahre	in %	26 bis 40-Jährige[2]	in %	Rentenalter (60/65 Jahre)	in %
1949		14,0				
1950	12980	18,4				
6/1952		19,4				
1954	14265	16,9				
1958	11393	13,4				
1959		12,5				
1961		10,1				
1963	3850	4,6				
1967	1417	1,7				
1971	1542	1,8	22881	27,2	14274	17,0
1972	1757	2,1	21814	25,9	14923	17,7
1973	2193	2,6	21638	25,2	15336	17,5
1974	2371	2,7	20158	23,1	16015	18,5
1975	2624	3,0	19919	22,4	16448	1,6
1976	2844	3,1	19745	21,8	16828	18,6
1977	3493	3,7	19639	21,0	17279	18,5
1978	4063	4,2	19632	20,6	17447	18,3
1979	4520	4,7 [verderbt]	19865	20,4	17647	18,1
1980	5320	5,4	20149	20,3	17622	17,7
1981	5948	5,9	20720	20,5	17681	17,5
1982	6673	6,5	21432	20,8	17397	16,8

[1] Erstellt nach ACDP VI-052–195/3, Altersstruktur der DBD [undatiert] und andere Angaben.

[2] Bis 1971 liegen dazu keine Angaben vor, diese wurden offenbar nicht erfaßt.

Tab. 14: Mitgliederabgänge der DBD 1950 bis 1953

	1950 Austritte	Ausschlüsse	Gesamt	1951 Austritte	Ausschlüsse	Gesamt	1952 Austritte	Ausschlüsse	Gesamt[1]	verzogen	zugezogen	abgeschrieben	1953 Austritte	Ausschlüsse	Gesamt	„Republikflucht“	Neuaufnahmen
Januar	117	8	185	481	14	495	359	34	393	303	203	40	385	260	645	161	1650
Februar	102	13	115	448	23	471	436	60	496	298	137	–	417	375	792	298	1276
März	138	29	167	437	30	467	557	45	502	202	135	–	404	396	800	325	583
April	414	–	414	515	64	579	3970	40	4010	310	158	2509	514	534	1048	341	411
Mai	231	7	238	260	23	283	2402	83	2485	472	161	1583	577	407	984	245	289
Juni	204	15	219	229	5	234	2080	47	2127	272	279	1571	399	348	747	291	279
Juli	225	23	248	235	12	247	1289	63	1352	542	121	1088	352	135	487	83	145
August	275	21	296	286	15	301	–[2]	–	–	–	–	–	211	136	347	96	173
September	203	20	223	312	30	342	233	54	287	736	450	2821	208	155	363	117	176
Oktober	315	21	336	479	76	555	355	83	438	452	740	–	203	206	409	167	231
November	396	15	411	171	46	217	310	97	407	300	314	2015	208	82	290	58	298
Dezember	286	18	304	265	34	299	302	124	426	367	252	–	199	122	321	96	368
Gesamt	2966	190	3156	4138	372	4510	12293	730	13023	3887	2951	11627	4077	3156	7233	2278	5879

Quellen: ACDP VI-052-183/1; ACDP VI-052-154/1.

[1] Ab 1952 wurde auch die Anzahl der verstorbenen Mitglieder ermittelt, die bei den Abgängen hier nicht mitberücksichtigt worden ist. Bis 1953 lag diese Zahl im Jahresmittel bei 36 pro Monat.

[2] Aufgrund der Reorganisation der Partei gab es für August 1952 keinen Organisationsbericht.

Tab. 15: Zusammensetzung der Kreisvorstände der DBD, Stand: April 1951

	Gesamt		Mecklenburg		Brandenburg		Thüringen		Sachsen-Anhalt		Sachsen	
Gesamtstärke der KV, davon:	1695		282	16%	324	22%	276	19%	437	28%	376	27%
Männer	1503		246	87%	286	88%	251	90%	386	88%	334	89%
Frauen	193		35	12%	38	12%	25	9%	51	12%	44	12%
Jugendliche	193		27	9%	38	12%	29	10%	45	10%	54	17%
Arbeiter		5%	14	5%	14	4%	11	4%	30	7%	17	5%
Angestellte	478	28,7%	61	21,5%	73	22%	89	32%	126	29%	129	39%
Handwerker	30	1,8%	14	5%	1	0,3%	2	0,6%	4	0,9%	9	2,3%
Bauern, davon:	1056	62,6%	176	62%	223	69%	176	63%	261	60%	220	59%
Neubauern	537	31,7%[1]	130	46%	136	42%	42	15%	148	33%	81	22%
Altbauern	399	23,5%[2]	34	12%	70	22%	109	39%	84	19%	102	27%
Pächter	45	2,6%	7	2,5%	4	1,2%	7	2,4%	14	3%	13	3%
bis 5 ha[3]	138	8,1%[4]	16	5,6%	37	12%	37	13%	26	6%	22	5,8%
5–10 ha	526	31%	115	40%	111	34%	57	20,6%	150	34%	93	24%
10–20 ha	275	16,2%	34	12%	55	17%	53	19%	62	14%	71	19%
20–30 ha	52	3,1%	4	1,3%	10	3%	10	3,8%	8	1,8%	20	5%
über 30 ha	21	1,2%	2	0,6%	4	1,2%	4	1,2%	8	1,8%	3	0,8%
sog. Großb.[5]	63	6%, 16% d. AB										
Umsiedler	350	20,7%	79	28%	45	14%	48	17%	124	28%	54	14%
frühere Parteizugehörigkeit:												
NSDAP	290	17,1%	31	11%	54	17%	60	21%	59	13%	86	23%
SED	364	21,5%	63	22%	58	18%	56	20,5%	107	24%	80	21%
CDU	20	1,2%	1	0,4%	1	0,3%	6	2%	5	1%	7	2%
LDP	40	2,4%	1	0,4%	3	1%	12	4%	15	3%	9	2,3%
Parteischulbesuch, gesamt:	474	28%	66	23,4%	75	23,1%	85	30,8%	118	27%	130	34,6%
Landesschule	176		28	10%	22	6,8%	33	12%	43	9,8%	50	13,3%
Zentralschule	298		38	13,4%	53	16,3%	52	18,8%	75	17,2%	80	21,3%

Quelle: ACDP VI-052-154/3, eigene Berechnungen.

[1] Bezogen auf die Basis der Gesamtstärke der Kreisvorstände.
[2] Wie Fußnote 1.
[3] Vermutlich 1–5 ha, Angabe zur unteren Grenze dieser Gruppe im Dokument verderbt.
[4] Die Prozentangaben der Betriebsgrößengruppen beziehen sich – wie die der Länderaufteilung – auf die jeweilige Gesamtstärke der Kreisverbände.
[5] Bauern über 20 ha, hier rechnerisch bezogen nur auf bäuerliche Mitglieder (Neubauern, Altbauern, Pächter).

Tab. 16: Parteizugehörigkeit der bäuerlichen Bevölkerung 1952[1]

	Gesamtmitgliederzahl		Bauern incl. mithelfende Familienangehörige		Prozentualer Anteil unter Mitgliederschaft	
	Juli 1952	Okt. 1952	Juli 1952	Okt. 1952	Juli 1952	Okt. 1952
CDU	163324	155825	22375	20794	13,7	13,34
LDP	145047	135601	19726	16786	13,6	12,4
NDPD	104801	–	4506	–	4,3	–
DBD	82227	81731	58381 7,8% großbäuerliche Betriebe	54342	71	66
SED	1951: 1269261	1953: 1241178	1951: 58386	1953: 55853	1951: 4,6	1953: 4,5

[1] Die Angaben zur SED lt. Klein u. a., Visionen, Bd. 2, S. 499, und Kowalczuk, „Wir werden siegen", S. 181. Genaue Zahlen für das Jahr 1952 bisher nicht publiziert. Die Gesamtmitgliederzahl wurde aufgrund prozentualer Rückrechnung des Bauernanteils ermittelt. Die Angaben zu CDU, LDPD und NDPD lt. einer Vorlage des Sektors BO an PB, 28. 1. 1953, und beigelegtem Bericht über Organisation der Parteien, 26. 1. 1953, SAPMO DY 30 IV 2/15/14. Die Zahlen für die NDPD bezeichnen den Stand von Juni/Juli 1952, für Oktober 1952 dort keine exakten Angaben. Zahlenangaben für DBD ebd., sowie ACDP VI-052-183/1, Organisationsberichte Juli und Oktober 1952, ohne landwirtschaftliche Pächter und Land- und Forstarbeiter. Zahlen für CDU, LDPD und DBD im Juli 1952 nach SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Entwurf für Bericht über die Arbeit der anderen Parteien für den Generalsekretär, undatiert [1952].

Tab. 17: Beteiligung von DBD-Mitgliedern in LPG und Anzahl von LPG-Vorsitzenden, Stand: 28. 11. 1952

Bezirke	Mitglieder der LPG insgesamt			DBD-Mitglieder in LPG			DBD-Mitglieder in LPG in Prozent			LPG-Vorsitzende der DBD
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	
Rostock	501	795	1295	59	75	170	12	9	13	18
Schwerin	201	302	1048	17	26	130	8	9	12	9
Neubrandenburg	180	525	956	–	10	130	–	13	14	23
Potsdam	294	448	753	16	36	73	5	8	10	5
Frankfurt/Oder	161	506	585	3	24	40	2	5	7	5
Cottbus	77	93	302	7	9	46	9	14	15	8
Chemnitz	397	448	814	35	38	77	9	8	10	7
Dresden	412	597	858	24	41	65	6	7	8	6
Leipzig	652	1676	2237	17	82	129	26	5	6	9
Magdeburg	670	1233	1944	29	145	227	5	12	11	10
Halle	1779	2932	3724	244	421	593	13	11	16	26
Erfurt	477	1088	1637	80	128	212	18	11	13	14
Gera	128	155	479	29	23	61	20	8	13	6
Suhl	128	174	279	29	35	56	20	20	20	3
Gesamt	6057	10972	16911	589	1093	1839	10	10	11	149

Quelle: ACDP VI-052-242/2, Berichtsentwürfe an SKK über die Beteiligung der DBD an Entwicklung der LPG, 3. 12. 1952 und 29. 11. 1952 sowie statistische Grundlage dafür, Stand 28. 11. 1952, teilweise eigene Berechnungen.

Tab. 18: Beteiligung der DBD an Gründung und Mitgliedschaft in LPG bis Mai 1953[1]

Bezirke	LPG gesamt Stand: Mai 1953	auf DBD-Initiative gegründet	in Prozent	DBD-Mitglieder unter den LPG-Vorsitzenden	in Prozent	LPG ohne DBD-Mitglieder, mit DBD-OG Stand: 15. 3. 1953	prozentualer Anteil GB in Mitgliederschaft[2] der BV
Rostock	400	69	17,25	67	16,75	58 von 334	9,7
Schwerin	364	84	23	44	12,1	10 von 305	10,9
Neubrandenburg	332	60	18	59	17,8	49 von 295	8,6
Potsdam	413	50	12	46	11,1	34 von 298	12,7
Frankfurt/Oder	179	41	23	12	6,7	4 von 149	9,3
Cottbus	178	32	18	32	17,9	23 von 139	5,5
Magdeburg	528	71	13,4	42	7,95	49 von 401	18,9
Halle	557	86	15,4	56	10	92 von 500	26,7
Erfurt	246	71	28,9	44	17,9	44 von 201	10,3
Gera	209	26	12,4	43	20,6	3 von 94	11,8
Suhl	74	28	37,8	9	12,2	6 von 59	7,7
Dresden	281	55	19,6	43	15,3	30 von 187	8,4
Leipzig	411	3[3]	–	32	7,8	42 von 337	20,3
Karl-Marx-Stadt	217	39	18	21	9,8	30 von 167	7,3
Gesamt	4389	712 (ohne Leipzig)	19,8 (ohne Leipzig)	550	13 (gerundet)	474 von 3459	12

[1] Basierend auf ACDP VI-052–235/1, Bericht der DBD an die SKK über den Beitrag der DBD an der Bildung von LPG, 25. 5. 1953, teils eigene Berechnungen.

[2] Den höchsten Anteil an Genossenschaftsbauern zu diesem Zeitpunkt hatten die Kreise Hohenmölsen mit 40,9%, Querfurt mit 43,2%, Bernburg mit 46,3% und der Stadtkreis Halle mit 54%. Die niedrigsten Anteile hatten die Kreise Finsterwalde mit 0,8%, und keine Genossenschaftsbauern der DBD gab es in den Kreisen Aue und Neuhaus.

[3] Vom Bezirksverband Leipzig lagen zu diesem Zeitpunkt keine genauen Daten vor.

Tab. 19: Bäuerliche Mitglieder der DBD in LPG nach Bezirken 1953 bis Ende 1958 in Prozent

	Sept. 1953 (III. PT. DBD)	1955 (IV. PT. DBD)	1957 (V. PT. DBD)	1957 20. 12. 1957	1958 20. 3.	20. 5.	31. 8.	30. 9.	31. 10.	30. 11.	31. 12.	Zunahme 1958
Rostock	12,7	13,5	13,7	16,2	22,2	27,9	36,6	38,4	39,4	40,3	40,8	24,6
Schwerin	17,4	15,1	18,5	20,5	24,4	26,8	37,5	40,2	41,7	43,4	43,6	23,1
Neubrandenburg	11,2	9,2	12,9	14,5	18,8	23,0	29,0	31,1	32,7	33,5	34,2	19,7
Potsdam	16,3	18,3	19,8	20,0	23,8	25,4	43,2	45,4	47,0	47,0	47,0	27,0
Frankfurt/Oder	10,5	15,1	18,6	19,9	23,6	31,0	45,9	47,0	48,2	48,3	48,3	28,9
Cottbus	7,7	7,6	10,3	10,7	13,8	14,4	22,2	23,8	24,2	24,7	24,9	14,2
Magdeburg	23,7	27,9	27,9	27,7	29,8	32,2	43,3	46,5	48,0	48,8	49,7	22,0
Halle	33,1	29,6	32,1	33,0	37,5	41,9	58,5	61,5	64,0	64,9	65,1	32,1
Erfurt	10,0	9,0	11,1	12,4	14,8	19,0	30,7	33,8	34,8	35,5	35,9	23,5
Gera	16,1	13,8	13,8	12,7	13,8	18,2	27,1	31,4	32,4	32,3	32,6	19,9
Suhl	9,7	7,1	6,5	6,0	7,8	11,1	11,6	13,5	15,2	15,5	15,8	9,8
Dresden	9,1	11,7	12,4	11,5	13,5	20,0	20,6	21,7	22,8	23,2	23,5	12,0
Leipzig	25,8	23,6	25,9	26,2	29,6	32,2	47,0	44,6	44,9	45,5	46,0	19,8
Karl-Marx-Stadt	9,6	10,2	11,7	12,0	15,8	17,2	22,3	24,7	25,5	25,9	26,3	14,3
Berlin	4,0	13,6	19	18,2	17,9	12,0	27,2	28,1	28,1	28,1	28,9	9,9
DDR	15,9	15,5	17,3	18,0	21,5	23,9	34,0	36,7	38,5	38,9	39,5	21,5

Zusammengestellt nach ACDP VI-052-245/2.

Tab. 20: Kreise der DDR, in denen in allen Gemeinden LPG bestehen, Stand: 6. 10. 1959

Bezirk	Anzahl der Kreise gesamt	Anzahl der Kreise, in denen in allen Gemeinden LPG bestehen	namentliche Aufstellung der Kreise
Rostock	13	6	Greifswald, Grevesmühlen, Wismar-Land, Stadt Rostock, Stadt Stralsund, Stadt Wismar
Schwerin	11	3	Bützow, Gadebusch, Parchim
Neubrandenburg	14	3	Altentreptow, Anklam, Malchin
Potsdam	17	1	Pritzwalk
Frankfurt/Oder	11	1	Seelow
Cottbus	15	2	Jessen, Stadt Cottbus
Magdeburg	21	10	Stadt Magdeburg, Schönbeck, Havelberg, Kalbe/Milde, Tangerhütte, Halberstadt, Genthin, Wolmirstedt, Oschersleben, Wanzleben
Halle	22	14	Aschersleben, Bernburg, Eisleben, Saalkreis, Hettstedt, Merseburg, Naumburg, Quedlinburg, Querfurt, Hohenmölsen, Weissenfels, Wittenberg, Dessau, Halle
Erfurt	15	4	Bad Langensalza, Sondershausen, Stadt Erfurt, Stadt Weimar
Gera	13	2	Stadt Gera, Stadt Jena
Suhl	8	–	–
Dresden	17	2	Stadt Dresden, Stadt Görlitz
Leipzig	13	2	Eilenburg, Schmölln
Karl-Marx-Stadt	24	7	Annaberg, Brand-Erbisdorf, Freiberg, Stadt Karl-Marx-Stadt, Stadt Zwickau, Stadt Plauen

Quelle: SAPMO DY 30 IV 2/7/10, Bl. 41.

Tab. 21: Bäuerliche Bezirksvorstandsmitglieder in LPG 1958–1960

	31. 12. 1958			31. 3. 1959			30. 6. 1959			30. 9. 1959			31. 12. 1959			31. 3. 1960		
	bäuerl. Koll.	davon LPG	%	bäuerl. Koll.	davon LPG	%	bäuerl. Koll.	davon LPG	%	bäuerl. Koll.	davon LPG	%	bäuerl. Koll.	davon LPG	%	bäuerl. Koll.	davon LPG	%
Rostock	19	16	84,2	19	17	89,2	19	17	89,2	19	18	94,7	19	18	94,7			
Schwerin	20	14	70,0	21	15	71,4	20	15	75,0	20	15	75,0	23	18	78,3			
Neubrandenburg	20	17	85,0	20	17	85,0	20	17	85,0	18	16	88,9	18	16	88,9			
Potsdam	24	18	75,0	22	18	81,8	22	18	81,8	22	17	77,3	18	16	88,9			
Frankfurt/Oder	20	16	80,0	20	16	80,0	20	16	80,0	19	15	78,9	19	15	78,9			
Cottbus	25	18	72,0	25	19	76,0	24	18	75,0	24	18	75,0	24	18	75,0			
Magdeburg	19	17	89,2	20	18	90,0	20	19	95,0	20	18	90,0	20	18	90,0			
Halle	25	22	88,0	25	21	84,0	25	21	84,0	25	21	84,0	25	22	88,0			
Erfurt	24	19	79,1	24	20	83,4	23	19	82,6	23	19	82,6	23	19	82,6			
Gera	21	17	81,0	21	17	81,0	21	17	81,0	21	17	81,0	23	17	81,0			
Suhl	17	13	76,5	17	13	76,5	17	13	76,5	17	14	82,4	17	14	82,4			
Dresden	22	15	68,3	22	15	68,3	23	18	78,2	24	18	75,0	25	19	76,0			
Leipzig	20	16	80,0	21	17	81,0	21	17	81,0	21	17	81,0	20	19	95,0			
Karl-Marx-Stadt	24	14	58,4	23	13	56,9	24	14	70,0	24	15	62,4	24	15	62,4			
Berlin	12	5	41,7	11	5	45,4	11	5	45,4	10	5	50,0	10	5	50,0			
DDR	312	237	76,0	311	241	77,5	310	244	78,7	307	243	79,2	310	250	80,6	344	350	98,3

Quelle: Zusammengestellt nach parteiinterner Aufstellung, ACDP VI-052-245/3, für die Jahre 1958, 1959; ACDP VI-052-245/4 für 1960.

Tab. 22: Bäuerliche Kreisvorstandsmitglieder in LPG 1958–1960

	31. 12. 1958			31. 3. 1959			30. 6. 1959			30. 9. 1959			31. 12. 1959			31. 3. 1960		
	Bäuerl. Koll.	davon LPG	%	Bäuerl. Koll.	davon LPG	%	Bäuerl. Koll.	davon LPG	%	Bäuerl. Koll.	davon LPG	%	Bäuerl. Koll.	davon LPG	%	Bäuerl. Koll.	davon LPG	%
Rostock	179	121	67,5	181	131	72,4	181	133	73,5	179	139	77,6	193	150	77,7			
Schwerin	176	120	68,0	184	129	70,1	183	130	70,6	181	132	73,0	187	149	79,7			
Neubrandenburg	218	133	61,5	210	136	64,8	209	135	64,6	207	143	69,1	229	166	72,4			
Potsdam	193	129	67,0	194	127	65,5	193	127	65,9	188	131	69,7	215	162	75,3			
Frankfurt/Oder	115	87	76,0	115	87	75,6	115	86	74,8	117	90	76,9	131	99	75,6			
Cottbus	171	83	48,5	174	93	53,4	173	95	54,8	173	104	60,2	186	127	68,2			
Magdeburg	276	180	61,0	278	189	68,0	266	187	69,2	263	185	70,3	298	236	79,1			
Halle	297	241	81,0	299	245	81,8	298	247	82,5	298	253	84,9	323	301	93,2			
Erfurt	192	115	60,0	192	125	65,1	192	124	64,6	191	122	63,9	231	170	73,5			
Gera	148	94	63,5	142	98	68,3	141	97	68,8	141	98	69,5	159	121	76,1			
Suhl	100	38	38,0	99	39	39,4	97	38	39,2	96	42	43,7	108	71	65,7			
Dresden	234	192	48,0	218	112	58,4	218	118	54,1	216	120	55,6	235	159	67,6			
Leipzig	146	109	74,5	137	102	74,5	146	108	74,0	146	110	75,3	182	152	83,5			
Karl-Marx-Stadt	231	94	40,7	233	97	41,6	239	103	43,1	235	103	43,8	252	141	55,9			
Berlin	29	11	38,0	29	10	34,5	29	10	34,5	29	10	34,5	33	16	48,5			
DDR	2705	1667	61,5	2685	1720	64,1	2680	1735	64,7	2660	1782	67,0	2962	2220	74,9	2772	2955	93,8

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach ACDP-VI-052-245/3 und 245/4.

Tab. 23: „Statistische Übersicht über die Entwicklung LPG", Oktober und Dezember 1959

Bezirke	LNF (LPG) in %		Anzahl der LPG		Neugründungen von LPG mit DBD		Neueintritte EB in LPG		%-Anteil bäuerlicher Kollegen in LPG		LPG-Vorsitzende		Gemeinden mit LPG ohne DBD-Mitglieder aber OG der DBD		Gemeinden mit OG der DBD, aber ohne LPG	
	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59	Okt. 59	Dez. 59
Rostock	53,0	55,5	764	788	11	–	175	104	55,9	60,0	146	148	17	16	12	9
Schwerin	49,5	55,7	946	983	11	–	102	52	53,9	56,2	259	262	30	28	16	15
Neubrandenburg	47,9	49,1	815	825	5	7	103	114	43,5	45,8	158	155	27	27	30	30
Potsdam	45,6	46,7	848	866	3	1	45	60	52,3	55,3	143	148	30	26	22	22
Frankfurt/Oder	48,7	48,9	479	477	–	–	13	17	52,6	52,8	90	87	19	19	19	19
Cottbus	25,6	26,5	628	652	10	6	62	52	31,8	33,9	125	127	54	46	76	71
Magdeburg	50,2	53,7	897	965	4	12	61	131	58,8	62,0	153	158	30	24	19	10
Halle	56,2	65,0	915	1044	5	42	111	263	73,4	82,3	135	140	15	10	5	2
Erfurt	32,5	33,1	812	832	3	11	34	70	40,0	41,6	214	218	55	50	68	56
Gera	30,1	30,5	608	612	1	2	15	16	37,6	38,6	143	143	43	43	65	61
Suhl	15,3	16,0	292	310	9	9	58	29	24,2	25,7	60	69	30	29	55	52
Dresden	26,5	28,1	744	786	5	9	42	67	31,1	33,5	165	171	59	52	64	55
Leipzig	44,3	56,9	618	740	1	43	18	158	52,9	62,0	107	125	28	18	12	9
Karl-Marx-Stadt	23,5	23,9	507	518	1	3	27	32	32,2	33,4	120	121	58	59	79	78
Berlin	37,2	15,1	8	8	–	–	–	4	31,0	36,0	3	4	–	–	10	9
DDR	42,6	keine Ang.	9881	10406	69	145	866	1169	47,54	47,94[1]	2022	2079	495	447	547	498

Quelle: ACDP VI-052-0540, Aufstellungen der Organisationsabteilung, den Sekretariatsprotokollen vom 16. 11. 1959 bzw. 9. 1. 1960 beigegeben.

[1] Die Zahl wurde nach dem Prinzip errechnet, das die Organisationsabteilung auch für die Oktoberzahlen verwandte.

Tab. 24: LPG-Eintritte der DBD-Mitglieder 1958–1961

	absoluter Zugang	Zugang, insges.	dav. zugezogen	Eintritte bish. Mitgl. in LPG	Aufnahmen in Partei	Abgänge	LPG-Mitglieder gesamt	deren Anteil an Gesamtmitgl.	deren Anteil an bäuerl. Mitgl.
8/9 1958	1422	1496	32	1444	50	142			
2/1959	491	595	21	379	195	104			
3/1959	470	578	31	394	199	108	25153	29,53	40,93
6/1959	360	494	19	376	99	134			
7/1959	380	480	21	379	80	100			
8/1959	699	815	21	656	138	116			
9/1959	1121	1257	32	1080	145	136			
10/1959	852	1021	18	857	146	174			
11/1959	943	1057		895	153	114			
12/1959	1268					118	31832	36,82	50,67
1/1960	977					162	32647	37,7	51,84
2/1960	3788					203	36232	41,83	57,50
3/1960	17132					270	53094	61,39	84,70
4/1960	6645					429	59310	68,70	95,10
6/1960	111					308	59160	68,94	95,53
II. Quartal 1960	6448								
III. Quartal 1960	624		101		271	808, 146 verzogen	58976		95,5
IV. Quartal 1960	859		114		610	698, 125 verzogen	59137		95,7
I. Quartal 1961	1181				1018	899, verzogen und NVA 194, Austritt/Ausschluß/verstorben 492	59419		95,6
II. Quartal 1961	920				671	773, verzogen und NVA 173, Austritt/Ausschluß/verstorben 512			
III. Quartal 1961	692				465	721, verzogen und NVA 146, Austritt/Ausschluß/verstorben 445			

Tabelle erstellt aufgrund monatlicher bzw. quartalsweiser Aufstellungen, Berichte, Einschätzungen der Abt. Organisation der DBD, ACDP VI-052–160/7, 186/1, 186/2.

Tab.25: Mitglieder in LPG im Verhältnis zu den bäuerlichen Mitgliedern insgesamt nach Bezirken 1959 bis 1961

	August 1959			September 1959			Januar 1960			März 1960			Juni 1960			IV. Quartal 1960			III. Quartal 1961		
	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.	GB	bäuer. Mitgl.	GB in % bäuer. Mitgl.
Rostock							3812	6134	62,2	5888	6149	95,8	5888	6085	96,7	5954	6103	97,6	6123	6307	97,0
Schwerin							3302	5700	57,9	5387	5680	94,8	5381	5626	95,5	5322	5322	95,8	5345	5496	93,0
Neubrandenb.							3913	8344	46,9	7512	8284	90,6	7572	8172	92,6	7558	8167	92,6	7543	8104	93,0
Potsdam							2009	3612	55,6	3476	3565	97,4	3492	3572	97,7	3443	3516	97,9	3428	3487	98,2
Frankfurt							1574	2932	53,7	2743	2847	96,4	2740	2823	97,0	2726	2805	97,2	2704	2772	97,5
Cottbus							1169	3464	33,7	3052	3472	87,8	3047	3455	88,1	3031	3446	87,9	3005	3401	88,3
Magdeburg							3696	5823	63,4	5630	5723	98,4	5644	5727	98,5	5626	5712	98,5	5709	5793	98,6
Halle							4889	5873	83,2	5082	5830	87,1	5741	5825	98,6	5758	5834	98,7	5760	5846	94
Erfurt							2270	5505	41,2	5195	5548	93,6	4968	5284	94,0	5087	5403	94,2	5142	5470	96,3
Gera							1162	2967	39,3	1601	2961	54,0	2873	2936	97,8	2785	2891	96,3	2788	2893	96,5
Suhl							588	2289	25,7	1230	2296	53,5	2160	2242	96,3	2176	2256	96,3	2180	2261	94,8
Dresden							1469	4222	34,8	2328	4235	54,9	3980	4221	94,3	3964	4194	94,5	3993	4211	93,5
Leipzig							1435	2228	64,4	2062	2235	92,2	2054	2224	92,4	2082	2235	93,2	2151	2299	98,4
Karl-Marx-Stadt							1289	3700	34,8	1801	3669	49,1	3480	3575	97,4	3481	3543	98,2	3516	3575	85,2
Berlin							70	187	37,4	107	185	57,8	140	158	88,5	144	164	87,8	150	176	85,2
DDR	25153	60841	41,34	28898	62029	46,58	32647	62980	51,84	53094	62679	84,70	59160	61925	95,53	59137	61823	95,7	59537	62091	95,9

Quelle: ACDP VI-052–185/3, Organisationsbericht August 1959, 18. 9. 1959, Organisationsbericht September 1959, ACDP VI-052–186/1, Organisationsbericht Januar 1960, März 1960.

Tab. 26: „Republikflucht" der Mitglieder

	Zahl	% der Mitglieder	davon Gen.-bauern	davon Einzelbauern
11/1952	88			
1/1953	161			
5/1953	245			
9/1953	117			
12/1953	96			
1953	2291	1,87	25%	42,5%
1954	1212	1,62	55,8%	
1955	1212			
1956	1622			
1957	901			
1958	729			
1959	551	0,57		
1960	822	0,96		
I. Quartal 1961	181			
II. Quartal 1961	262			
III. Quartal 1961	279		179	
1961	722	0,85		

Tabelle zusammengestellt und errechnet aus Monats- und Quartalsberichten der DBD, Organisationsbericht, 8. 2. 1961, ACDP VI-052–186/1, ACDP VI-052–186/2. Zahlen für 1956 SAPMO DY 30 IV 2/15/18, Bericht vom 21. 6. 1956, Zahlen für 1953, 1954, 1955, 1956, 1957 und 1960 in: SAPMO DY 30 IV 2/15/3, Analyse zu den Republikfluchten von Mitgliedern aus den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien (Juni 1953 – März 1956), 21. 6. 1956 [dort die auffälligen Zahlen von jeweils exakt 1212 für 1954 und 1955], Gegenüberstellung einiger Zahlen der Mitgliederbewegung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien im Jahr 1956, Gegenüberstellung einiger Zahlen der Mitgliederbewegung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien im Jahre 1957, Gegenüberstellung der wichtigsten Zahlen der Mitgliederbewegung in den anderen Blockparteien im Jahre 1960, 29. 5. 1961 (Stand 31. 12. 1960). Anteil der Einzelbauern 1959 nicht Jahresdurchschnitt, sondern Angabe für September 1959.

Tab. 27: „Republikflucht" nach Zugehörigkeit zu Blockparteien

	1953	1954	1955	I. Quartal 1956
DBD	2291	1212	1212	424
CDU	2522	1989	2197	587
LDPD	2603	2182	1316	409
NDPD	2736	2519	2239	712

Zusammengestellt nach SAPMO DY 30 IV 2/15/18, Analyse zu den Republikfluchten von Mitgliedern aus den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien (Zeitraum Januar 1953 bis März 1956), 21. 6. 1956.

Tab. 28: Zusammenstellung der neuen Ortsvorsitzenden, Stand 1. 8. 1951

	Mecklenburg	Brandenburg	Thüringen	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Summe
Kreise	20	22	21	30	28	121
Ortsgruppen	907	805	776	829	814	4131
Ortsvors. insgesamt	907	762	616	821	814	3920
davon Männer	887	665	609	751	796	3708
Frauen	20	16	7	4	18	65
Jugendliche	78	81	79	66	90	394
Neubauern	586	298	81	317	236	1518
Altbauern	153	272	341	298	300	1364
mithelf. Angehörige	102	52	59	40	50	303
Gärtner	–	–	–	–	17	17
Pächter	–	25	19	–	–	44
Handwerker	–	5	1	14	–	20
Sonstige	–	18	19	68	–	105
Landarbeiter	11	19	15	11	22	78
Angestellte	55	73	77	73	99	377
ohne Land	168	147	175	190	171	851
– 5 ha	64	94	95	76	97	426
5 – 10 ha	520	282	189	309	241	1541
10 – 20 ha	135	183	128	198	166	810
20 – 30 ha	15	38	19	36	36	144
30 – 50 ha	5	18	10	11	13	57
über 50 ha	–	–	–	1 (72 ha)	–	1

Quelle: ACDP VI-052-154/3.

Abkürzungsverzeichnis

A-Vorgang	Arbeitsvorgang
AB	Altbauern
Abt.	Abteilung
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG BO	Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen
AL	Abteilungsleiter
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ASt Chm.	Außenstelle Chemnitz
ASt Ctb.	Außenstelle Cottbus
ASt Drd.	Außenstelle Dresden
ASt Erf.	Außenstelle Erfurt
ASt Hle.	Außenstelle Halle
ASt Lpz.	Außenstelle Leipzig
ASt Nbg.	Außenstelle Neubrandenburg
ASt Pdm.	Außenstelle Potsdam
ASt Rst.	Außenstelle Rostock
ASt Swn.	Außenstelle Schwerin
BA	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
bes.	besonders
BG	Betriebsgruppe
BL	Bezirksleitung
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BO	Befreundete Organisation
BPA	Bezirksparteiarchiv
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BPO	Betriebsparteiorganisation
BS	Bezirkssekretariat(e)
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BT	Bezirkstag(e)
BV	Bezirksverband, Bezirksvorstand
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-demokratische Union (Deutschlands)
ČSR	Československá Republika
DA	Deutschland Archiv

DAL	Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBS	Deutsches Bauernsekretariat
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DSG	Deutsche Saatzuchtgesellschaft
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund der DDR
DVA	Deutsche Verwaltungsakademie
DVP	Deutsche Volkspartei
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVLF	Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EB	Einzelbauer
evt.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FIM	Führungsinformator
GAK	Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft
GB	Genossenschaftsbauer
GBl.	Gesetzblatt der DDR
gez.	gezeichnet
GG	Geschichte und Gesellschaft
GHI	Geheimer Hauptinformator
GI	Geheimer Informator
GM	Geheimer Mitarbeiter
GPG	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
Großb.	Großbauern
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptabteilung
ha	Hektar
HAL	Hauptabteilungsleiter
HJ	Hitlerjugend
HO	Handelsorganisation
HV	Hauptverwaltung
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
HVLF	Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft
HZ	Historische Zeitschrift

IG	Industriegewerkschaft
IM	Informeller Mitarbeiter, Informelle Mitarbeiter
IN-Karten	nicht aufzulösen (steht vermutlich für Lebensmittelkarten an Angehörige sog. Intelligenz)
Kap.	Kapitel
KGB	Komitet Gosudarstwennoj Besopasnosti [Komitee für Staatssicherheit]
KDK	Kreisdelegiertenkonferenz
KI	Kreisinstrukteur
kirchl.	kirchlich
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Kreisleitung
Koll.	Kollege/Kollegin
Kominform	Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien
KP	Kommunistische Partei; (im Zusammenhang mit MfS) Kontaktperson
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KS	Kreissekretariat
KV	Kreisverband, Kreisvorstand
KW	Konspirative Wohnung
KZ	Konzentrationslager
LDPD	Liberaldemokratische Partei (Deutschlands)
ldw.	landwirtschaftlich
LL	Landesleitung
LNF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LOPM	Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LS	Landessekretariat(e)
LV	Landesvorstand, Landesverband
LW	Landwirtschaft
MAS	Maschinen-Ausleihstationen
MB	Monatsbericht(e)
MdI	Ministerium des Innern
MdJ	Ministerium der Justiz
MdL	Mitglied des Landtages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo Gosudarstwennoj Besopasnosti [Ministerium für Staatssicherheit]
Min.Präs.	Ministerpräsidium
Mio	Million(en)

MLF	Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, ab 1960 Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv
MR	Ministerrat
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
MWD	Ministerstwo Wnutrennych Del [Innenministerium]
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NB	Neubauern
ND	Neues Deutschland
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front des Demokratischen Deutschlands
NKFD	Nationalkomitee „Freies Deutschland"
NKGB	Narodnyj Komissariat Gosudarstwennoj Besopasnosti [Volkskommissariat für Staatssicherheit]
NKWD	Narodnyj Komissariat Wnutrennych Del [Volkskommissariat für Inneres]
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
OG	Ortsgruppe
ÖLB	Örtlicher Landwirtschaftlicher Betrieb
Org.	Organisation
OV	Ortsverband, Ortsvorstand
P-Akte	Personalakte
PB	Politbüro
PO	Parteiorganisation
PPA (p.p.A.)	Personalpolitische Abteilung
PPR	Polska Partia Robotnicza [Polnische Arbeiterpartei]
PPS	Polska Partia Socialistyczna [Polnische Sozialistische Partei]
Präs.	Präsidium
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe [Polnische Bauernpartei]
PT	Parteitag
PV	Parteivorstand
PVS	Politische Vierteljahresschrift
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza [Polnische Vereinigte Arbeiterpartei]
RdB	Rat des Bezirks
Rep.	Repertorium
RdK	Rat des Kreises
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RTS	Reparatur-Technik-Station
SA	Sturmabteilung
SStAD	Sächsisches Staatsarchiv Dresden
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Stronnictwo Demokratyczne [Demokratische Partei]
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SHK	Sowjetischer Hoher Kommissar in Deutschland
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SL	Stronnictwo Ludowe [Bauernpartei]
SMA	Sowjetische Militäradministration (in den Ländern)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
staatl.	staatlich
StS	Staatssekretär
ThHStA	Thüringisches Hauptstaatsarchiv
TO	Tagesordnungspunkt
u. a.	unter anderen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
unverz. Best.	unverzeichneter Bestand
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdN	Verfolgter des Naziregimes
VdgB(BHG)	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaften), bis 1950 VdgB, ab 1957 ohne Zusatz BHG
VEAB	Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
VR	Volksrepublik
VVG	Vereinigung Volkseigener Güter
VVEAB	Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift

ZA	Zentralausschuß
ZAGAS	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission
ZKSK	Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZPS	Zentrale Parteischule
ZS	Zentralsekretariat
ZSL	Zjednoczone Stronnictwo Ludowe [Vereinigte Bauernpartei]
ZV	Zentralvorstand
ZVdgB	Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
ZVOBl.	Zentralverordnungsblatt
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

1. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin: ACDP

Demokratische Bauernpartei Deutschland:
- Zentralbestand: VI-052
- Leitende Parteiorgane (Parteitage, Funktionärskonferenzen, Frauen- und Bäuerinnentagungen, Parteivorstand, Präsidium, Sekretariat, Landesvorstände, Bezirksvorstände, Kreisverbände)
- Leitungs- und Organisationsmittel (Parteiinformation, Mitgliederstatistik und Mitgliederübersichten)
- Agitation und Propaganda (Schulungsarbeit, Kulturarbeit, Jugendarbeit, Bildung und Erziehung)
- Landwirtschaft und andere volkswirtschaftliche Bereiche (Agrarpolitische Kommissionen und Anträge der Mitglieder und Vorstände, Agrarpolitische Informationen, Allgemeiner Schriftverkehr mit den Abteilungen des Parteivorstandes)
- Kaderarbeit (Personalbogen, Mitgliederübersichten)

unverzeichnete Bestände:
VI- unverzeichneter Bestand: LV Mecklenburg
VI- unverzeichneter Bestand: BV Schwerin
VI- unverzeichneter Bestand: LV Sachsen
Protokolle der Landessekretariatssitzungen 1948–1952
Handakten Herbert Hoffmann
Handakten Berthold Rose

2. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin, Zentrales Parteiarchiv: SAPMO

DY 30 IV 2/1	Protokolle des Parteivorstandes und des Zentralkomitees der SED (1947–1963)
DY 30 IV 2/2.1	Protokolle des Zentralsekretariates der SED (1948–1949)
DY 30 J IV 2/202	Büro Walter Ulbricht
DY 30 IV 2/2022	Büro Paul Merker
DY 30 J IV 2/2	Protokolle des Politbüros der SED (1949–1963)
DY 30 J IV 2/2A	Arbeitsprotokolle des Politbüros der SED
DY 30 J IV 2/3	Protokolle des Sekretariats des ZK der SED (1949–1963)
DY 30 IV 2/4	Zentrale Parteikontrollkommission
DY 30 IV 2/5	ZK-Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen
DY 30 IV 2/7	ZK-Abteilung Landwirtschaft
DY 30 IV 2/13	ZK-Abteilung Staat und Recht
DY 30 IV 2/15	Befreundete Organisationen (bis 1963)
DY 30 IV A 2/15	Befreundete Parteien (ab 1963)
DY 30 A 2/2.023	Büro Gerhard Grüneberg
DY 30/vorl. SED	4071; 4072; 4073; 4074; 5127; 5128; 5130 (künftig Büro Matern)
DY 3	Demokratischer Block

DY 6	Nationalrat der Nationalen Front
DY 16 vorl.	NDPD
DY 24	FDJ
NY 4036	Nachlaß Wilhelm Pieck
NY 4090	Nachlaß Otto Grotewohl
NY 4182	Nachlaß Walter Ulbricht
NY 4233	Nachlaß Edwin Hoernle
SgY 30	Erinnerungen
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

3. Bundesarchiv Berlin: BA

C 20	Befehle und Anweisungen des Obersten Chefs der SMAD
DC-7	Koordinierungs- und Kontrollstellen für Land- und Forstwirtschaft beim Ministerrat der DDR
DC-20 I/3	Sitzungen und Beschlüsse des Ministerrats der DDR
DC-20	Ministerrat
DC-15	Deutsche Wirtschaftskommission
DE-1	Staatliche Plankommission
DK-1	Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
DQ-2	Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung

4. Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit, Berlin: BStU mit den Außenstellen Chemnitz (Chm.), Cottbus (Ctb.), Dresden (Drd.), Erfurt (Erf.), Halle (Hle.), Leipzig (Lpz.), Neubrandenburg (Nbg.), Potsdam (Pdm.), Rostock (Rst.), Schwerin (Swn.)

Sachakten:
Dienstanweisung Nr. 1/51 vom 15. 11. 1951, 109828;
Dienstanweisung Nr. 41/54 vom 25. 6. 1954, 100873;
Dienstanweisung Nr. 47/53 vom 30. 12. 1953, 100888;
Dienstanweisung Nr. 45/54 vom 2. 9. 1954, 100928;
Dienstanweisung Nr. 47/55 vom 23. 11. 1955, 100957;
Dienstanweisung Nr. 20/56 vom 10. 11. 1956, 100980;
Dienstanweisung Nr. 10/53 vom 27. 4. 1953, 101391;
Dienstanweisung Nr. 27/53 vom 19. 8. 1953, 100873;
Schreiben vom 31. 7. 1957, 101590;
Allgemeine Schrift vom 10. 5. 1962, 101664;
Allgemeine Schrift vom 3. 3. 1961, 102109.

Personenbezogene Akten (alphabetisch):

ASt Lpz. AIM 1843/88	Otto Bäjen (Deckname „Blume“)
ASt Nbg. AIM 602/71	Ernst Walter Beer (Deckname „Mai“)
MfS AIM 3562/59	Dietrich Besler (Deckname „Steffan“)
ASt Rst. AIM 186/63	Erwin Binder (Deckname „Wegner“)
MfS AIM 1305/69	Rudolf Bögelsack (Deckname „Kurt Krüger“)
MfS AIM 927/60	Georg Böhm (Deckname „Fuchs“)
MfS AP 1744/92	Kurt Burkhardt
ASt Swn. AIM 353/65	Ernst-Otto Christalle (Decknamen „Werner“, „Harry“, „Paul“, „Egmont“)
ASt Swn. AIM 127/94	Josef Czymoniak (Deckname „Schulz“)
ASt Nbg. AIM 712/85	Wilhelm Densdorf (Deckname „Damm“)

MfS AIM 4602/63	Herbert Eichhorn (Deckname „Rosenberg“)
ASt Swn. AIM 1170/64	Hans Joachim Friedländer (Deckname „Kurt“)
ASt Lpz. AIM 3445/92	Gerhard Gaude (Deckname „Robert“); Kopie der Sicherheitsverfilmung zur Reg. Nr. MfS 13499/60 Gerhard Gaude
MfS AP 661/92	Ernst Goldenbaum
MfS SV 14/74	zu Ernst Goldenbaum
ASt Hle. AIM 1759/69	Hermann Gräfe (Decknamen „Ida“, „Gustav Frauendorf“)
ASt Swn. AIM 1831/63	Karl Friedrich Grambow (Deckname „Leopold“, „Turf“)
ASt Erf. AIM 1588/64	Willi Grandetzka (Deckname „Baum“)
MfS AIM 357/88	Leonhard Helmschrott (Deckname „Bernd“)
MfS AP 75835/92	Leonhard Helmschrott
MfS AIM 513/52	Herbert Hoffmann (Deckname „Heinrich“)
ASt Rst. AP 2653/76	Claus Howitz
ASt Swn. AGI 652/52	Heinrich Huge (Deckname „Uhr“)
ASt Swn. AIM 340/86	Wolfgang Kochan (Deckname „Müller“)
MfS AIM 11947/89	Michael Koplanski (Deckname „Wolf“)
ASt Pdm. AIM 556/65	Alois Melz (Deckname „Werktätiger“)
MfS AIM 377/69	Werner Mitzscherling (Deckname „Ludwig“)
ASt Ctb. AIM 678/75	Richard Müller (Deckname „Sonnenschein“)
MfS AIM 392/83	Waltraud Mundt (Deckname „Anita“)
MfS AP 13508/92	Fritz Nixdorf
ASt Rst. AIM 1897/86	Franz Pilarski (Deckname „Franz Müller“)
MfS AIM 127/54	Hans Reichelt (Deckname „B. Heinrich“)
ASt Nbg. AIM 769/56	Richard Richter (Deckname „Siegfried“)
MfS AP 14985/92	Hans Rietz
MfS AIM 1363/53	Berthold Rose (Deckname „Brose“, intern auch als „Bertel“ bezeichnet)
MfS AIM 3890/89	Rudi Rothe (Deckname „Hartmann“)
MfS HA XX 69044/92	Rudi Rothe
MfS AKK 17257/85 B	Felix Scheffler
ASt Lpz. AIM 107/54	Fritz Scheffler (Deckname „Heidelberg“)
MfS AIM 6457/63	Martin Werner Schneeweiß (Deckname „Karl Fichtner“, „Detlef“)
MfS AP 6122/63	Hans Paul [von] Schnitzler
MfS AP 4387/92	Paul Scholz
ASt Chm. Vorl. AIM 2421/62	Gerhard Schönweiß, Vorlauf Personalakte
ASt Erf. AOP 220/54	Wilhelm Schröder
MfS AIM 9130/63	Werner Titel (Deckname „Lehmann“)
MfS AIM 1200/77	Kurt Vieweg (Deckname „Nordland“)
MfS AOP 468/59	Kurt Vieweg
ASt Swn. AP 842/56	Friedrich Wehmer
MfS AP 82/58	Fritz Weißhaupt
MfS AIM 3189/63	Stefan Zagrodnik (Deckname „Staude“)
MfS AIM 592/83	
MfS AP 13533/92	

5. Sächsisches Staatsarchiv Dresden: SStAD

SED Landesleitung
SED Bezirksleitung Dresden
VdgB Landesverband

6. Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin: MLHA

MLF Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
SED Landesleitung
SED Bezirksleitung Schwerin
VdgB Landesverband

7. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam: BLHA

Ld. Br. Rep. 332 Landesvorstand der SED
Ld. Br. Rep. 350 VdgB/BHG Landesverband Brandenburg
Bez. Pdm. Rep. 530 SED-Bezirksleitung Potsdam

Gedruckte Quellen

1. Gesetzessammlungen

Zentralverordnungsblatt. Amtliches Organ der Deutschen Zentralverwaltungen bzw. der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung. Berlin 1947–1949.
Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. 1949–1963.

2. Zeitungen und Zeitschriften

Die Ähre. Mitteilungsblatt für die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. 1945–1950, ab 1951 unter der Bezeichnung: „Das demokratische Dorf", von 1958–1962 „Das sozialistische Dorf" zunächst mit dem Untertitel Monatszeitschrift für Agrarpolitik, ab 1961 im Untertitel Zeitschrift des Zentralvorstandes der VdgB.
Bauern-Echo. Organ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. 1948–1963 (ab 1952 Ausgabe Brandenburg).
Der Freie Bauer. 1. Jg. 1945 ff. [bis 1960]
LDP-Informationen. Mitteilungsblatt der Parteileitung. 1947–1949.
Der Morgen. Tageszeitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Berlin Jg. 1948 ff.
Neues Deutschland. Zentralorgan der SED. 1948 ff.
Neue Zeit. Zentralorgan der CDU. 1948 ff.
Der Pflüger. Zeitschrift für Funktionäre der D.B.D., hg. vom Zonenvorstand der DBD. Jg. 1949–1963
Tägliche Rundschau. Jg. 1948 ff.
Union teilt mit. Nachrichten der CDU. 1946–1949

Literatur

Achilles, Walter: Betriebswirtschaftliche Leitbilder in der ostdeutschen Gutswirtschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Reif, Agrargesellschaft, S. 191–212.
Ackermann, Volker: Der „echte" Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961. Osnabrück 1995.
Albers, Helene: Hin zur „weiblichen Berufung". Bäuerinnen in Westdeutschland, in: Budde, Frauen arbeiten, S. 157–170.

Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. ‚Arbeit nach Westdeutschland' durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1999.

Ansichten zur Geschichte der DDR, hg. von Ludwig Elm u.a., Bd. 1–7. Bonn 1993–1996.

Ansorg, Leonore: Der Fortschritt kommt aufs Land. Weibliche Erwerbsarbeit in der Prignitz, in: Budde, Frauen arbeiten, S. 78–99.

Arlt, Reiner: Grundriß des LPG-Rechts. Berlin (Ost) 1959.

Ders.: Rechte und Pflichten des Genossenschaftsbauern. Berlin (Ost) 1965.

Auf dem Weg zur Kolchose. Die Sowjetisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone. Bonn/Berlin 1960.

Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung", hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 3 Bde. Schwerin 1996.

Die Aufgaben der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR – für die friedliche Zukunft des deutschen Volkes. Dokumente des VII. Parteitages der DBD. o.O. o.J. [1963].

Badstübner, Rolf/Heitzer, Heinz (Hg.): Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945–1961. Berlin (Ost) ^{2}1982.

Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1952. Berlin 1993.

Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1998.

Balla, Bálint: Kaderverwaltung. Versuch zur Idealtypisierung der „Bürokratie" sowjetisch-volksdemokratischen Typs. Stuttgart 1972.

Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953, 3. durchges. Aufl. Berlin 1958.

Barth, Bernd Rainer u.a. (Hg.): DDR: Wer war wer? Ein elektronisches Lexikon unter Windows. Berlin 1994.

Barthel, Horst: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50. Berlin (Ost) 1979.

Bauer und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Hg. von Hans Jürgen Rach und Bernhard Weissel. Berlin 1982.

Bauer, Theresia: Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands 1948 in Mecklenburg und die Entwicklung des Landesverbandes bis 1952, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952. Rostock 1999, S. 281–319.

Dies.: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteineugründungen 1948, in: Hoffmann/Wentker (Hg.), Das letzte Jahr, S. 65–83.

Bauerkämper, Arnd: Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: ZfG 42 (1994), S. 623–634.

Ders.: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Kaelble u.a. (Hg.), Sozialgeschichte, S. 119–143.

Ders.: Das Neubauernprogramm im Land Brandenburg. Voraussetzungen, Entwicklung und Auswirkungen 1947–1952, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 45 (1994), S. 182–202.

Ders.: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Werner Stang (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945. Potsdam 1995, S. 265–296.

Ders.: Neue und traditionale Führungsgruppen auf dem Lande. Politische Herrschaft und Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5 (1995), S. 79–92.

Ders.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Buchheim, Folgelasten, S. 295–322.

Ders.: Antinomien der Modernisierung. Die Bodenreform in Mecklenburg im Kontext der Entwicklung von Agrarwirtschaft und ländlicher Gesellschaft von 1930 bis 1960, in: Frese/Prinz (Hg.), Zäsuren, S. 361–387.
Ders. (Hg.): „Junkerland in Bauernhand?": Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart 1996.
Ders.: Legitimation durch Abgrenzung. Interpretationen der Bodenreform und Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: BzG (1996), H. 4, S. 36–69.
Ders.: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Bessel/Jessen, (Hg.), Grenzen, S. 108–136.
Ders.: Strukturumbruch ohne Mentalitätenwandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ders., „Junkerland in Bauernhand?", S. 69–85.
Ders.: Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: APuZ B38/1997, S. 25–37.
Ders.: Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft? Zum Einfluß der Hegemonialmächte im Ost-West-Konflikt auf die Agrarpolitik in Deutschland von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Jarausch/Siegrist (Hg.), Amerikanisierung, S. 195–215.
Ders.: Flüchtlinge zwischen Ausschluß und Integration. Bodenreform und ländliche Gesellschaft in Brandenburg 1945–1948, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR. Magdeburg 1997, S. 286–295.
Ders. u. a. (Hg.): Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR. Berlin 1997.
Ders.: Abweichendes Verhalten in der Diktatur. Probleme einer kategorischen Einordnung am Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR, in: ders. u. a. (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 294–311.
Ders.: Aufwertung und Nivellierung. Landarbeiter und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1960, in: Hübner/Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR. Essen 1999, S. 245–267.
Ders.: Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 193–214.
Ders.: Loyale „Kader"? Neue Eliten und die SED-Gesellschaftspolitik auf dem Lande von 1945 bis zu den frühen 1960er Jahren, in: AfS 39 (1999), S. 265–298.
Ders.: Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland 1945–1990, in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.), Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen 1999, S. 109–134.
Ders.: Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: GG 25 (1999), S. 556–588.
Ders.: Auf dem Wege zum „Sozialismus auf dem Land". Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in dörflich-agrarischen Milieus, in: Hoffmann/Wentker (Hg.), Das letzte Jahr, S. 245–268.
Ders./Danyel, Jürgen/Hübner, Peter: Führungsgruppen und „Apparate" des SED-Regimes. Studien zur Sozialgeschichte der „Diktatur des Proletariats" in der SBZ/DDR, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 4 Oktober 1995, S. 30–45.
Baumgartner, Gabriele/Hebig, Dieter (Hg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. 2 Bde. München u. a. 1996.
Baus, Ralf Thomas: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik. Düsseldorf 2001.
Beckert, Rudi: Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR. Goldbach 1995.

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945; Sammelheft 2, Januar bis Juni 1946. Berlin 1946.

Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945–1949, bearb. von Klaus Geßner. Frankfurt a. M. u. a. 1997.

Bei der Wieden, Helge: Die mecklenburgischen Regierungen und Minister 1918–1952. Köln Wien 1977.

Bell, Wolfgang: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analyse und Dokumentation. Münster-Hiltrup 1992.

Bender, Klaus: Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Frankfurt a.M. 1992.

Bennewitz, Inge/Potratz, Rainer: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Berichte und Dokumente. Berlin ²1997.

Bennewitz, Inge: Die beiden Zwangsaussiedlungen 1952 und 1961, in: Heiner Timmermann (Hg.), Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 361–369.

Benser, Günter/Krusch, Hans Joachim (Hg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, 6 Bde. München 1993–1997.

Benser, Günter: Die Anfänge der demokratischen Blockpolitik. Bildung und erste Aktivitäten des zentralen Ausschusses des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, in: ZfG 7 (1975), S. 755–768.

Ders.: Die KPD im Jahr der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945). Berlin (Ost) 1985.

Bentzien, Ulrich/Neumann, Siegfried (Hg.): Mecklenburgische Volkskunde. Rostock 1988.

Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. München 1986.

Bergmann, Theodor/Gey, Peter/Quaisser, Wolfgang (Hg.): Sozialistische Agrarpolitik. Vergleichs- und Einzelstudien zur agrarpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, China und Kuba. Köln 1984.

Bergmann, Theodor: Probleme der Agrarpolitik in sozialistischen Ländern, in: ders. u.a. (Hg.), Agrarpolitik, S. 73–91.

Besier, Gerhard/Wolf, Stephan (Hg.): „Pfarrer, Christen und Katholiken". Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, 2. erw. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. München 1993.

Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I u. Bd. III. München u. a. 1980–1983.

Blohm, Georg: Die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR, in: GWU 17 (1966), S. 729–737.

Bode, Bernard: Liberal-Demokraten und „deutsche Frage". Zum politischen Wandel einer Partei in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961. Frankfurt a. M. u. a. 1997.

Bodenrecht. Lehrbuch. Leitung und Redaktion Günther Rhode. Berlin (Ost) 1976.

Bodensieck, Heinrich: Wilhelm Piecks Moskauer Aufzeichnungen vom „4/6.45" - ein Schlüsseldokument für Stalins Deutschlandpolitik?, in: Fischer, Studien, S. 29–56.

Bokow, Fjodor J.: Frühjahr des Sieges und der Befreiung. Berlin (Ost) 1979.

Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij/Naimark, Norman M. (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. Bonn 1998.

Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij: Die Affäre Tjul'panov. Die Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland im Kreuzfeuer der Kritik 1945–1949, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 247–272.
Dies.: Die SED und die guten Erfahrungen mit der Sowjetunion. Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 95–107.
Dies.: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar – 7. Februar 1947, in: VfZ 42 (1994), S. 279–303.
Börner, Petra: Zum Wirken der DBD in der Endphase der Übergangsperiode bei der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande 1958–1960/61. Berlin (Ost) 1982.
Brant, Stefan [Pseudonym]: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953. Stuttgart 1954.
Braun, Günter: Wahlen und Abstimmungen, in: SBZ-Handbuch, S. 381–431.
Bretschneider, Günther/Libera, Kurt/Wilhelm, Rena: Karl Schirdewan: Fraktionsmacherei oder gegen Ulbrichts Diktat? Eine Stellungnahme vom 1. Januar 1958, in: BzG 32 (1990), S. 498–512.
Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München [8]1979.
Brunner, Georg: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, in: Kurt G. Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 5. Stuttgart 1983, S. 1219–1283.
Buch, Günther: Namen und Daten. Biographien wichtiger Personen in der DDR. Berlin/Bonn 1973.
Ders.: Namen und Daten wichtiger Personen in der DDR. Bonn u. a. 1979.
Ders.: Namen und Daten. Biographien wichtiger Personen in der DDR. Bonn u. a. 1987.
Buchheim, Christoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR. Baden-Baden 1995.
Budde, Gunilla-Friederike (Hg.): Frauen arbeiten. Frauenerwerbstätigkeit in Ost und West nach 1945. Göttingen 1997.
Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der demokratischen Bodenreform. Berlin (Ost) 1975.
Bündnispolitik im Sozialismus, hg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1978.
Bündnispolitik im Sozialismus, hg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1981.
Bündnispolitik im Sozialismus, hg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1989.
Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945, hg. von Dieter Fricke u. a., 2 Bde. Leipzig 1970.
Burkhardt, Hans u. a.: Die mit dem blauen Schein. Über den antifaschistischen Widerstand in den 999er Formationen. Berlin (Ost) [2]1986.
Buschfort, Wolfgang: Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren, in: Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 7. Berlin 1998, S. 29–76.
Buss, Franz: Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungzone Deutschlands. Marburg/Lahn 1965.
Carsten, Francis L.: Geschichte der preußischen Junker. Frankfurt a. M. 1988.
Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949–1970 [Das Zentrum der Macht. Protokolle der Sitzungen der PVAP-Führung. Auswahl aus den Jahren 1949–70]. Bearb. von Antoni Dudek u. a. Warschau 2000.
Cerny, Jochen: Vom antifaschistischen Block zum sozialistischen Mehrparteiensystem, in: Badstübner/Heitzer (Hg.), DDR in der Übergangsperiode, S. 159–195.

Childers, Thomas: Political Sociology and the „Linguistic Turn", in: Central European History 22 (1989), S. 381–393.
Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart u. a. 1969.
Corni, Gustavo/Gies, Horst: Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers. Berlin 1997.
Creuzberger, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Melle 1991.
Ders.: Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen „Schlüsseldokumenten", in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 37–46.
Ders.: „Klassenkampf in Sachsen". Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946, in: Historisch-politische Mitteilungen 2 (1995) S. 119–130.
Ders.: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ. Weimar u. a. 1996.
Dähn, Horst: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: SBZ-Handbuch, S. 544–573.
David, Eduard: Sozialismus und Landwirtschaft. Leipzig ²1922.
Davies, R. W.: The Socialist Offensive. The Collectivisation of Soviet Agriculture, 1929–1930. Cambridge/Mass. 1980.
Ders.: The Soviet Collective Farm, 1929–1930. Cambridge/Mass. 1980.
DDR-Handbuch, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 2 Bde. 3. überarb. u. erw. Aufl. Köln 1985.
DDR. Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, hg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte. Berlin (Ost) 1974.
Deutsche Geschichte, Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, von Rolf Badstübner u. a. Berlin (Ost) 1989.
Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Berlin 1991.
Ders.: Putsch – Volksaufstand – Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung, in: APuZ B 25/1993, S. 3–11.
Ders.: Zwischen Arbeitererhebung und gescheiterter Revolution in der DDR. Retrospektive zum Stand der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung des 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, S. 288–305.
Diepenthal, Wolfgang: Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1948. Köln 1974.
Dietze, Frank: Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 47–62.
Dillwitz, Sigrid: Jugendverband und Jugendarbeitsschutz auf dem Lande: Eine historisch-soziologische Studie zu Landjugendpolitik der FDJ in den Jahren 1946 bis 1950. Diss. Univ. Rostock 1968.
Dies.: Die Struktur der Bauernschaft von 1871 bis 1914. Dargestellt auf der Grundlage der deutschen Reichsstatistik, in: Jahrbuch für Geschichte 9 (1973), S. 47–123.
Dies.: Die Entwicklung des Arbeitsrechts für jugendliche Landarbeiter im Gebiet der heutigen DDR bis 1949, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, Teil 1, S. 41–64.
Ditfurth, Christian von: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt. Köln 1991.
Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des ZK sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. I–IX. Berlin (Ost) 1948 ff.
Dowidat, Christel: Personalpolitik als Mittel der Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 463–496.

Dies.: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 497–543.
Dies.: Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen der Mitglieder von Landtagen, Volksrat und Volkskammern in der SBZ/DDR zwischen 1946 und 1950/54. Diss. phil. Mannheim 1986.
Dreesen, K.: Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die DDR. Tübingen 1973.
30 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands, hg. vom Parteivorstand der DBD. o.O. 1978.
Droste, Helmut: Zur Rolle der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe bei der Verwirklichung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft, wirtschaftswiss. Diss. A (MS) Leipzig 1961.
Eckart, Karl: Die Bedeutung der privaten Anbauflächen für die Versorgung der Bevölkerung in der DDR. in: DA 4 (1983), S. 415–420.
Eckert, Rainer: Die Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/2, S. 1243–1300.
Egler, Gert: Zum neuen ökonomischen System in der Landwirtschaft. Berlin (Ost) 1965.
Eichmüller, Andreas: Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1948–1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzting und Obernburg. München 1997.
Elm, Ludwig (Hg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1–7. Bonn 1993–1996.
Engelmann, Roger: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966, in: ders./Paul Erker (Hg.), Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969. München 1993, S. 13–132.
Ders.: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Henke/Engelmann (Hg.), Aktenlage, S. 23–39.
Ders.: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Suckut/Süß (Hg.), Staatspartei, S. 51–72.
Ders./Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957, in: VfZ 43 (1995), S. 341–355.
Diess.: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57. Berlin 1995.
Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, hg. von Thomas Friedrich u.a. Berlin 1995.
Erker, Paul: Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 202–238.
Ders.: Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Frese/Prinz (Hg.), Zäsuren, S. 327–360.
Erler, Peter u.a. (Hg.): „Nach Hitler kommen wir": Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.
Erler, Peter: „Moskau-Kader" der KPD in der SBZ, in: Wilke, Anatomie, S. 229–291.
Ders.: Zur Sicherheitspolitik der KPD/SED 1945–1949, in: Suckut/Süß (Hg.), Staatspartei, S. 73–87.
Euchner, Walter: Die Degradierung der politischen Institutionen im Marxismus, in: Leviathan 18 (1990), S. 487–505.
Exner, Peter: Beharrung und Wandel. Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Westfalen 1919–1969. Paderborn 1996.
Fäßler, Peter E.: Freiheit der Wissenschaft versus Primat der Ideologie – die Irrlehren Trofim D. Lyssenkos und ihre Rezeption in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR, in: Kluge u.a. (Hg.), Bodenreform, S. 177–194.
Fait, Barbara: Mecklenburg (-Vorpommern), in: SBZ-Handbuch, S. 103–125.
Falter, Jürgen: Hitlers Wähler. München 1991.

Ders./Weins, Cornelia: Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46). München 1999, S. 215–233.

Fejtö, Francois: Die Geschichte der Volksdemokratien, 2 Bde., erw. Neuausgabe des zweibändigen Werkes von 1972. Frankfurt a. M. 1988.

Fillipowych, D.N.: Kto byl kto v sowetskoj woennoj administrazii w Germanii 1945–1949 [Wer war wer in der SMAD]. Moskau 2001.

Fischer, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993.

Ders.: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 9–23.

Fitzpatrick, Sheila: Stalin's Peasants: Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization. New York u. a. 1994.

Flechtheim, Ossip (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 1–9. Berlin 1962–1971.

Flemming, Jens: Die vergessene Klasse: Literatur zur Geschichte der Landarbeiter in Deutschland, in: Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. München 1986, S. 389–418.

Ders.: Fremdheit und Ausbeutung. Großgrundbesitz, „Leutenot" und Wanderarbeit im Wilhelminischen Deutschland, in: Reif, Agrargesellschaft, S. 346–360.

Florath, Bernd/Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft. Berlin 1992.

Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: VfZ 31 (1983), S. 308–334.

Ders.: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Organisation und Wirkungsfelder in der SBZ 1945–1949, in: APuZ B11/1990, S. 43–51.

Ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch, S. 7–69.

Ders.: Befehls- und Kommunikationsstrukturen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Schönhoven/Staritz (Hg.), Sozialismus, S. 324–351.

Ders.: Zur Situation in Moskauer Archiven, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993, S. 299–308.

Ders.: Die stalinistischen ‚Säuberungen' in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien. Ein vergleichender Überblick, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Berlin 1993, S. 401–423.

Ders.: Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/1954. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/2, S. 1350–1541.

Ders.: Einleitung, in: Inventar der Befehle, S. 7–57.

Ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999.

Fowkes, Ben: Communism in Germany under the Weimar Republic. London u. a. 1984.

Frank, Henning: Wahlen in der SBZ/DDR, in: Gottfried Zieger (Hg.), Die Haltung der Sowjetunion gegenüber freien demokratischen und geheimen Wahlen in Deutschland nach 1945 – vergleichend dargestellt. Köln 1988, S. 93–107.

Frerich, Johannes/Frey, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München u. a. 1993.

Frese, Matthias/Prinz, Michael (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996.

Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation. Köln 1979.

Ders.: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder. Köln 1982.

Ders.: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984.

Ders.: Zwischen Stagnation und Veränderung. Konfliktpotential und innere Situation der DDR, in: Beiträge zur Konfliktforschung 19 (1989), H. 3, S. 5–21.
Ders.: MfS intern. Köln 1991.
Ders.: „Schild und Schwert der Partei". Das Ministerium für Staatssicherheit – Herrschaftsinstrument der SED, in: APuZ B21/1992, S. 3–10.
Ders.: Politische Strafjustiz im SED-Staat, in: APuZ B4/1993, S. 13–22.
Ders.: Todesstrafe für Magdeburger „Provokateur". SED-Rachejustiz nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953, in: DA 26 (1993), S. 527–531.
Ders.: Das MfS als Instrument der SED am Beispiel politischer Strafprozesse, in: Suckut/Süß, Staatspartei, S. 199–212.
Ders./Engelmann, Roger: „Konzentrierte Schläge". Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998.
Friedrich, Thomas: Antworten der SED-Führung auf Fragen Stalins 1948, in: BzG 33 (1991), S. 364–373.
Ders.: Das Kominform und die SED, in: BzG 33 (1991), S. 322–335.
Fritsch, Helmut: Die Verwirklichung der agrarpolitischen Konzeption der KPD und SED in der Zeit von 1945 bis 1952 – dargestellt am Beispiel Sachsens, im besonderen des heutigen Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Diss. Phil. Freiberg 1987.
Frölich, Jürgen (Hg.): „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD. Köln 1994.
Ders.: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/2, S. 1542–1578.
Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Berlin 1980.
Für die Arbeiter- und Bauernmacht. Quellen zum parlamentarischen Kampf der Kommunisten in Mecklenburg-Schwerin 1920–1933, ausgew. und bearb. von Peter-Joachim Rakow. Schwerin 1978.
Für Frieden und Einheit für ein glückliches Leben in unseren Dörfern. Bildbericht vom IV. Parteitag der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. o.O. o.J. [Berlin 1955].
Furet, Francois: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München 1996.
Gabler, Diethelm: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR. Berlin 1995.
Gebhardt, Winfried/Kamphausen, Georg: Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung. Opladen 1994.
Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt a. M. 1987.
Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen 1992.
Ders.: Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (1996), S. 319–338.
Gellert, J. F./Kramm, H. J.: DDR. Land, Volk, Wirtschaft in Stichworten. Wien 1977.
Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, hg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin(Ost) 1969.
Gerbaud, Florence: Guide des Archives sur l'agriculture et les campagnes Est-allemands (1945–1990). Berlin 1996.
Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben: Statuten und Satzungen der Blockparteien in der DDR. Zusammengestellt von Katharina Belwe. Bonn 1984.
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Bd. III: 1945–1963, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1967.
Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß. Berlin (Ost) 1978.

Gey, Peter/Quaisser, Wolfgang: Konzeptionen und Ergebnisse sozialistischer Agrarpolitik im Vergleich, in: Bergmann u. a., Agrarpolitik, S. 19–72.
Gieseke, Jens: Die Hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Berlin 1995.
Ders.: Das Ministerium für Staatssicherheit (1950–1990), in: Im Dienste der Partei, S. 371–422.
Ders.: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989. Berlin 1998.
Ders.: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.
Ders.: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. Stuttgart u. a. 2001.
Gill, Ulrich: FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990. Köln 1991.
Ders./Schröter, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums. Berlin 1991.
Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR. Opladen 1977.
Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Berlin 1997.
Gohl, Dietmar: Deutsche Demokratische Republik. Eine aktuelle Landeskunde. Frankfurt a. M. 1986.
Goldenbaum, Ernst: Werktätige Bauern als aktive Kraft beim demokratischen Neuaufbau, in: ZfG 17 (1969), S. 1018–1026.
Ders.: Unter dem Banner der führenden Kraft unseres sozialistischen Vaterlandes, der SED, leistet die DBD ihren schöpferischen Beitrag zu neuen Siegen für den Sozialismus. Aus dem Referat des Vorsitzenden unserer Partei, Kollegen Ernst Goldenbaum, auf der 13. Parteivorstandssitzung am 30. und 31. Oktober 1975 in Berlin. Berlin (Ost) 1975.
Ders.: Treue Kampfgefährten und Mitgestalter auf den Bahnen des Sozialismus. Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1978.
Gollwitzer, Heinz (Hg.): Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert. Stuttgart u. a. 1977.
Góra, Wladyslaw: Einige Probleme des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft im Lichte der Erfahrungen der Volksrepublik Polen, in: Im Bündnis fest vereint, S. 42–45.
Gottberg, Bernd: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien, S. 73–87.
Gottwald, Herbert: Der Thüringer Landtag 1946–1952. Ein politischer Abriß. Jena 1994.
Graffunder, Siegfried: Zur Dialektik von Interessen und gesellschaftlicher Aktivität der Bauernschaft in der Endphase der Übergangsperiode der DDR von 1956/57 bis 1960/61. Motivationen, Erscheinungsformen und Grad gesellschaftlicher Aktivität der Einzel- und Genossenschaftsbauern, in: Jahrbuch für Geschichte 31 (1984), S. 103–152.
Grahn, Gerlinde: DDR-Akten und Quellenkritik, in: 1999 8 (1993) H. 4, S. 133–141.
Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948. Frankfurt a. M. 1985.
Grasemann, Hans-Jürgen: Das Blocksystem und die Nationale Front im Verfassungsrecht der DDR. Göttingen 1973.
Ders.: Nationale Front und Demokratischer Block, in: Deutsche Studien 11 (1973), S. 241–262.
Ders.: Theorie der Bündnispolitik, in: Deutsche Studien 11 (1973), S. 350–367.
Grewolls, Grete: Wer war Wer in Mecklenburg-Vorpommern. Bremen 1995.
Griebenow, Helmut/Meyer, Kurt: Die Einbeziehung der Großbauern in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6, (1972), S. 371–396.
Grieder, Peter: Eine unabhängige britische Sicht auf die Konflikte im SED-Politbüro 1956–1958, in: Klein u. a., Visionen, Bd. 2, S. 562–619.

Griepentrog, Gisela: Zur Struktur und Funktion der Familie im Leben der werktätigen Dorfbevölkerung zwischen 1900 und 1960, in: Das Leben der Werktätigen in der Magdeburger Börde, S. 9–106.
Groehler, Olaf: SED, VVN und Juden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (1994), S. 282–302.
Großer, Günther: Das Mehrparteiensystem in den sozialistischen Ländern Europas. Diss. B. (Habil.) Leipzig 1964.
Grundmann, Friedrich: Agrarpolitik im „Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes. Hamburg 1979.
Grüneberg, Gerhard: Die DDR, Bannerträger nationaler Agrarpolitik, in: Einheit 1962/6, S. 3–22.
Ders.: Agrarpolitik der Arbeiterklasse zum Wohle des Volkes. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1957–1981. Berlin (Ost) 1981.
Haas, Josef: Die NDPD 1948–1985. Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei. Nürnberg 1986.
Haendcke-Hoppe, Maria: Das private Handwerk in der DDR, in: DA 20 (1987), S. 843–851.
Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft. Berlin 1997.
Hagedorn, H.: Die Bauernfrage in Deutschland-Ost, in: Berichte über Landwirtschaft 70 (1992), S. 396–409.
Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992.
Hajna, Karl-Heinz: Zur Bildung der Bezirke in der DDR ab Mitte 1952, in: ZfG 37 (1989), S. 291–303.
Ders.: Auflösung der Länder, in: Jochen Cerny (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR Geschichte. Leipzig 1990, S. 88–96.
Ders.: Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990. Frankfurt a. M. u. a. 1995.
Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 1: 2. Wahlperiode, Berlin (Ost) ²1957, Bd. 2: 3. Wahlperiode. Berlin (Ost) 1959.
Handel, G.: Zum internationalistischen Wirken von S. I. Tjulpanow als Politoffizier der Sowjetarmee, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 25 (1976), Nr. 4, S. 351–368.
Hanke, H.: Kultur und Lebensweise im sozialistischen Dorf. Berlin 1967.
Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993.
Harrison, Hope M.: Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961. Washington D.C. 1993.
Dies.: The Bargaining Power of Weaker Allies in Bipolarity and Crisis. The Dynamics of Soviet – East German Relations, 1953–1961. Diss. phil. Ann Arbor 1994.
Hartmann, Anneli/Eggeling, Wolfram: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung. Berlin 1993.
Haschker, Janine: Die Politik der SED zur Festigung der Bündnisbeziehungen mit den befreundeten Parteien (1976/77), in: BzG 24 (1985), S. 328–340.
Haug, Wolfgang Fritz: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Berlin 1995.
Haushofer, Heinz: Die internationale Organisation der Bauernparteien, in: Gollwitzer, Bauernparteien, S. 668–690.
Heinrich, Gerd/Henning, Friedrich-Wilhelm/Jeserich, Kurt G.A. (Hg.): Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung. Stuttgart 1992.
Heitz, Gerhard: Die Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus in der DDR (1945–1960), in: Historische Forschungen in der DDR 1950–1960, ZfG 1960, Jg. 8 a, Sonderband, S. 116–141.
Heitz, Gerhard u. a.: Forschungen zur Agrargeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1960–1970, ZfG 1970, Jg. 18 a, Sonderband, S. 121–146.

Heitz, Gerhard/Schilling, Renate/Ballwanz, Ilona: Forschungen zur Agrargeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1970–1980, ZfG 1980, Jg. 28 a, Sonderband, S. 619–659.

Heitzer, Heinz: DDR. Geschichtlicher Überblick. Frankfurt a. M. 1979.

Ders.: Deutsche Demokratische Republik. Geschichtlicher Überblick. Berlin (Ost) 1989.

Ders.: Entscheidungen im Vorfeld der 2. Parteikonferenz der SED (Februar bis Juli 1952), in: BzG 34 (1992) H. 4, S. 18–32.

Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995.

Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR. Baden-Baden 1994.

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR. 3 Bde. Reinbek bei Hamburg 1994.

Herbst, Ludolf: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag. München 1989.

Herf, Jeffrey: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: VfZ 42 (1994), S. 635–667.

Ders.: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998.

Herferth, Wilhelm: Der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung nach der 33. Tagung des ZK der SED im Oktober 1957, in: ZfG 14 (1966), S. 208–225.

Hermes, Anna: Und setztet ihr nicht das Leben ein. München 1971.

Hermes, Peter: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Saarbrücken 1963.

Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hg. von Nadja Stulz-Herrnstadt. Reinbek bei Hamburg 1990.

Hertz-Eichenrode, Dieter: Karl Marx über das Bauerntum und die Bündnisfrage, in: International Review of Social History 11 (1966), S. 382–402.

Herzog, Hans-Joachim: Genossenschaftliche Organisationsformen in der DDR. Tübingen 1982.

Heß, Klaus: Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen (1867/71–1914). Stuttgart 1990.

Heumos, Peter: Die Sozialdemokratie in Ostmitteleuropa 1945–1948. Zum gesellschaftlichen Potential des demokratischen Sozialismus in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, in: Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell, S. 51–69.

Hockerts, Hans Günter: Einführung, in: ders. (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München 1998, S. 7–25.

Hoensch, Jörg K.: Die Ausschaltung der nichtsozialistischen Parteien in Ostmitteleuropa 1945–1948, in: Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell, S. 71–96.

Hoensch, Jörg: Geschichte Polens. 2. neubearb. u. erw. Aufl. Stuttgart 1990.

Hoernle, Edwin: Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl agrarpolitischer Reden und Schriften 1928–1951. Berlin (Ost) 1972.

Hoffmann, Dierk: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956. München 1996.

Hoffmann, Dierk/Schmidt, Karl-Heinz/Skyba, Peter (Hg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961. München 1993.

Hoffmann, Dierk/Wentker, Hermann (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR. München 2000.

Hoffmann, Manfred: Das Schicksal der Bodenreformwirtschaften in der DDR. Ein Beitrag zur Analyse der Agrar- und Eigentumspolitik der SED. Köln 1978.

Ders./Schinke, Eberhard: Bodenrecht und Bodennutzung in der Landwirtschaft der DDR. Köln 1978.

Hoffmann, Wolfgang: Die demokratische Bodenreform und die LDPD, in: ZfG 13 (1965), S. 993–998.

Hofmann, Heinz: Mehrparteiensystem ohne Opposition. Die nichtkommunistischen Parteien in der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien. Bern u. a. 1976.

Horz, G.: Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung des sowjetischen Vorbildes. Ziele – Methoden – Wirkungen. Diss. FU Berlin 1961 (MS).

Howitz, Claus: Die DBD und die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR, in: ZfG 27 (1979), S. 1134–1138.

Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987.

Ders.: Schicht, Schichtung und Mobilität, in: Hermann Korte/Bernhard Schäfers (Hg.), Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie. 4. verb. u. akt. Aufl. Opladen 1998, S. 145–161.

Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970. Berlin 1995.

Hübsch, Reinhard/Frölich, Jürgen: Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945–1970. Potsdam 1997.

Huinink, Johannes u. a. (Hg.): Kollektiv und Eigensinn: Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin 1995.

Huinink, Johannes/Mayer, Karl Ulrich: Lebensläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M. 1993, S. 151–171.

Humm, Antonia Maria: Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969. Göttingen 1999.

Hurwitz, Harold: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949. Opladen 1997.

Im Bündnis fest vereint. Die schöpferische marxistisch-leninistische Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1945–1965. Berlin 1966.

Im Bündnis auf bewährtem Wege. Autorenkollektiv (Heinz Gambke, Heinz Hümmler, Rolf Stöckigt). Berlin (Ost) 1972.

Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, hg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke. Berlin 1998.

Immler, Hans: Agrarpolitik in der DDR. Köln 1971.

Ders.: Die Konzeption der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR und ihre Realisierung. Diss. Berlin 1971.

Ders.: Die Landwirtschaft der DDR. Kurze Einführung. Berlin 1971.

Ders.: Hat die DDR die Bundesrepublik schon überholt? Thesen zur Agrarpolitik der DDR, in: Merkel/ders. (Hg.), DDR Landwirtschaft in der Diskussion, S. 43–70.

Ders.: Arbeitsteilung, Kooperation und Wirtschaftssystem. Eine Untersuchung am Beispiel der Landwirtschaft in der BRD und in der DDR. Berlin 1973.

Ders.: Die Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft der DDR als Folge der Agrarreformen, in: DA (1974), Sonderheft: Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie und Landwirtschaft der DDR. 7. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik. Köln 1974, S. 49–67.

Ders.: Zur Wechselwirkung von ökonomischer und sozialer Planung in der Landwirtschaft der DDR, in: DA (1975), Sonderheft: Sozialstruktur und Sozialplanung in der DDR. Köln 1975, S. 109–123.

Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven, hg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. 2 Bde. [Berlin 1992].

International Department of the Central Committee of the CPSU (Department for Relations with Foreign Communist Parties), March 1953 – February 1957. [RGANI Fond 5, opis' 28.] 126 Filmrollen. Woodbridge C.T. u.a. 2000.

Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie. Zusammengestellt u. bearb. von Jan Foitzik. München u.a. 1995.

Itzerott, Brigitte: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: Weber, Parteiensystem, S. 179–213.

Iwand, Ruth: Wie wurde das Landarbeiterschutzgesetz bisher verwirklicht?, in: Arbeit und Sozialfürsorge, 8. Jg., Nr. 8/1953, S. 232f.

Jäger, Wolfgang (Hg.): Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung. Stuttgart 1973.

Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Transformationsprozeß 1989/90, in: Historisch-politische Mitteilungen 4 (1997), S. 141–168.

Jarausch, Konrad H./Siegrist, Hannes (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970. Frankfurt a. M. 1997.

Jarosz, Dariusz: Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948–1956 a chlopi [Die Politik der kommunistischen Herrschaft in Polen in den Jahren 1948–1956 und die Bauern]. Warschau 1998.

Jesse, Eckhard: Mehr Beständigkeit als Bruch. Das Parteiensystem vor und nach der Wiedervereinigung, in: Ralf Altenhof/Eckhard Jesse (Hg.), Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven. Düsseldorf 1995, S. 45–68.

Ders.: Die Parteien in der SBZ/DDR 1945–1989/90, in: Oscar W. Gabriel u.a. (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn 1997, S. 84–105.

Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 96–110.

Ders.: Klassengesellschaft DDR?, in: DA 29 (1996), S. 647–649.

Jürk [Junghans], Juliane: Die Dialektik von Gemeinsamkeit und Eigenständigkeit im Wirken der DBD als Bündnispartner der marxistisch-leninistischen Partei, der SED, und der Wandel des Charakters der DBD, Diss. B. Berlin (Ost) 1988.

Kaak, Heinrich: Die Gutsherrschaft. Theoriegeschichtliche Untersuchungen zum Agrarwesen im ostelbischen Raum. Berlin New York 1991.

Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994.

Kaff, Brigitte (Hg.): „Gefährliche politische Gegner". Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR. Düsseldorf 1995.

Kahle, Bernd: Die Steuerpolitik als Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Diss. A. Berlin (Ost) 1980.

Kaiser, Jochen-Christoph: Klientelbildung und Formierung einer neuen politischen Kultur. Überlegungen zur Geschichte der Bodenreform in Thüringen, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 119–131.

Kaiser, Monika: Die Politik der SED zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien der DDR im Rahmen des Demokratischen Blocks und der Nationalen Front vom V. Parteitag der SED bis zur Bildung des Staatsrates (Juli 1958 bis September 1960). Diss. A., Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1982.

Dies.: Die Zusammenarbeit der SED mit der DBD, CDU, LDPD und NDPD bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR 1958–1960, in: BzG 26 (1984), S. 628–639.

Dies.: 1972 – Knockout für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe. Berlin 1990.

Dies.: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, S. 57–86.

Dies.: Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945–1970, in: Jarausch/Siegrist, Amerikanisierung, S. 111–133.
Dies.: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997.
Dies./Klose, Christel/Münch, Ursula: Zur Blockpolitik der SED von 1955–1961, in: ZfG 30 (1982), S. 1051–1071.
Kappelt, Olaf: Braunbuch DDR. Nazis in der DDR. Berlin 1981.
Karge, Wolf/Münch, Ernst/Schmied, Hartmut: Die Geschichte Mecklenburgs. Rostock 1993.
Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53. Berlin 1993.
Kaschuba, Wolfgang: Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert. München 1990.
Kasper, Martin: Der Lausitzer Bauernbund. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Bauernbewegung in der Oberlausitz 1924–1932. Bautzen 1967.
Kaul, D.: Sowjetideologie und Landwirtschaft – Bewährungskrisen einer Ideologie. Andernach 1969.
Kautsky, Karl: Die Agrarfrage. Stuttgart 1899.
Keiderling, Gerhard (Hg.): „Gruppe Ulbricht" in Berlin, April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Berlin 1993.
Kessel, Martina: Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947. München 1989.
Keßler, Mario: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967. Berlin 1995.
Kießling, Wolfgang: Partner im „Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin 1994.
Kijaschko, Fjodor: Die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegenüber der Bauernschaft und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in der Zeit von 1945 bis 1952, Diss. Parteihochschule „Karl-Marx" beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1974.
Király, B.K.: Democratic Peasant Movements in Hungary in the Twentieth Century, in: Gollwitzer (Hg.), Bauernparteien, S. 403–467.
Klausch, Hans-Peter: Die 999er. Frankfurt a. M. 1986.
Klein, Thomas: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung, in: ders. u.a. (Hg.), Visionen, Bd. 1, S. 9–135.
Ders.: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Herbst u.a. (Hg.), SED, S. 197–215.
Ders./Otto, Wilfriede/Grieder, Peter: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde. Frankfurt/Oder 1996.
Klemm, Volker: Zwanzig Jahre sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, Teil 2, S. 107–136.
Ders.: Korruption und Amtsmißbrauch in der DDR. Stuttgart 1991.
Ders.: Die Agrarwissenschaften und die Modernisierung der Gutsbetriebe in Ost- und Mitteldeutschland (Ende des 19./Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Reif, Agrargesellschaft, S. 173–190.
Ders. u.a.: Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR. Berlin (Ost) 1978.
Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn ^{3}1984.
Ders.: Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Manfred Hettling (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. München 1991, S. 146–154.
Ders.: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: APuZ B5/1991, S. 52–62.
Ders.: Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: HZ 262 (1996), S. 453–479.

Klose, Christel: Die Politik der SED zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Demokratischen Blocks im Kampf um die Sicherung des Friedens und die Stärkung der DDR im Jahre 1961. Phil. Diss. A Berlin (Ost) 1982.
Klotzbach, Kurt: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1945. Bonn/Bad Godesberg ^{2}1976.
Kluge, Ulrich: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde. Hamburg u. a. 1989.
Ders.: „Die Bodenreform ist in erster Linie eine politische Angelegenheit." Agrarstruktureller Wandel in Sachsen 1945/46, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 103–117.
Ders.: Die ostdeutsche Bodenreform 1945/46 als Thema wissenschaftlicher Debatten nach fünfzig Jahren, in: Berichte über Landwirtschaft 74 (1996), S. 426–438.
Ders.: Agrarstruktureller Wandel und Kollektivierung in Ostdeutschland. Zum Problem der wirtschaftlichen „Sowjetisierung" 1949–1954, in: Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. St. Katharinen 1997, S. 250–268.
Ders.: Die „sozialistische Landwirtschaft" als Thema wissenschaftlicher Forschung, in: ders. u. a. (Hg.), Bodenreform, S. 11–48.
Ders.: Die Affäre Vieweg. Der Konflikt um eine sozialistische Agrarbetriebslehre, in: ders. u. a. (Hg.), Bodenreform, S. 195–212.
Ders./Halder, Winfried: Die befohlene Wirtschaftsordnung in Sachsen 1945/46, in: Jürgen Schneider/Wolfgang Harbrecht (Hg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland 1933 bis 1990. Stuttgart 1996, S. 91–104.
Dies./Schlenker, Katja (Hg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „Sozialistischen Landwirtschaft" in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre. Stuttgart 2001.
Kluttig, Thekla: Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961. Berlin 1997.
Knight, Amy: Beria. Stalin's First Lieutenant. Princeton 1994.
Koch, Manfred: Der Demokratische Block, in: Weber, Parteiensystem, S. 281–292.
Ders.: Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945–1950, in: APuZ B37/1984, S. 3–14.
Ders.: Zum Tode Sergej Tjulpanovs, in: DA 17 (1984), S. 341 f.
Ders./Müller, Werner: Transformationsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, in: DA 12 (1979). Sonderheft, S. 27–44.
Dies./Suckut, Siegfried: Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen 1945–1948, in: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. 15. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1982, S. 90–107.
Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Berlin 1993.
Kohler, Eric D.: Revolutionary Pomerania, 1919–1920: A Study in Majority Socialist Agricultural Policy and Civil-Military Relations, in: Central European History 9 (1976), S. 250–293.
Köhler, Irene: Zwei Jahrzehnte erfolgreiche Blockpolitik, in: Einheit 1965, H. 7, S. 11–20.
Köhler, Irene/Wetzig, Siegfried: Über Wesen und Aufgaben der Blockpolitik in der DDR, in: Einheit 1961, H. 2, S. 231–242.
Kölling, Bernd: Familienwirtschaft und Klassenbildung. Landarbeiter im Arbeitskonflikt: Das ostelbische Pommern und die norditalienische Lomellina 1901–1921. Greifswald 1996.
Kondraschew, Sergei A.: Stärken und Schwächen der sowjetischen Nachrichtendienste, insbesondere in bezug auf Deutschland in der Nachkriegszeit, in: Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges. München 1997, S. 145–153.
Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard (Hg.): Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie. 4. verb. u. akt. Aufl. Opladen 1998.

Kotow, G. G.: Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland. Berlin (Ost) 1959.
Kotsch, Detlef: Karrierewege in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Etablierung der neuen Eliten in den Jahren 1945–1960, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 47 (1996), S. 149–191.
Kowalczuk, Ilko-Sascha: „Wir werden siegen, weil der große Stalin uns führt", in: ders. u. a. (Hg.), Tag X, S. 171–242.
Ders.: Die Ereignisse von 1953 in der DDR. Anmerkungen zu einer „Retroperspektive zum Stand der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung des 17. Juni 1953", in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1996, S. 181–186.
Ders./Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X. Quellen und Forschungen zum 17. Juni 1953. Berlin 1995.
Krambach, Kurt u. a.: Die Genossenschaftsbauern in den achtziger Jahren. Berlin (Ost) 1984.
Kramer, Matthias: Die Bolschewisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten, in der Sowjetzone. Köln 1951.
Ders.: Die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Produktionsmöglichkeiten und Produktionsergebnisse. 2. überarb. u. erw. Ausgabe Bonn 1953.
Ders./Heyn, Gerhard/Merkel, Konrad: Die Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Entwicklung in den Jahren 1945–1955, Teil 1. Bonn 1957.
Krause, Manfred: Zur Geschichte der Blockpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1955. Diss. Berlin (Ost) 1978.
Ders.: Zur Zusammenarbeit der SED mit den anderen Parteien des Demokratischen Blocks nach der Gründung der DDR bis Mitte 1952, in: Jahrbuch für Geschichte 20 (1979), S. 111–142.
Krebs, Christian: Zur Situation und Aufgabenstellung der DDR-Forschung auf dem Agrarsektor, in: DA 9 (1973), S. 921–930.
Ders.: Arbeitsorganisation und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft der DDR, in: DA (1974), Sonderheft: Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie und Landwirtschaft der DDR. 7. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik. Köln 1974, S. 69–84.
Ders.: Die weltanschaulichen und wirtschaftstheoretischen Grundlagen der Agrartheorie im Marxismus-Leninismus. Berlin 1983.
Ders.: Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED 1945–1960. Bonn 1989.
Krieg, Harald: LDP und NDP in der „DDR" 1949–1958. Ein Beitrag zur Geschichte der „nichtsozialistischen" Parteien und ihrer Gleichschaltung mit der SED. Köln 1965.
Krippendorff, Ekkehart: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in: VfZ 8 (1960), S. 290–309.
Ders.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48 – Entstehung, Struktur, Politik. Düsseldorf 1961.
Krüger, Ernst-Joachim: Zur Arbeit der Initiativgruppe Sobottka in Mecklenburg unter besonderer Berücksichtigung ihrer Hilfe für die Kommunisten und andere Antifaschisten in Greifswald in den ersten Wochen nach der Befreiung vom faschistischen Joch (Mai 1945), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald 1964, S. 105–114.
Kruse, Joachim von: Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform" in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente und Berichte. erw. Neuaufl. München 1988.
Kühne, Konrad: Die Anfänge der DBD, in: Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien, S. 89–102.
Ders.: Der Bestand des Zentralen Parteiarchivs der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: Historisch-politische Mitteilungen 6 (1999), S. 333–345.
Kulbach, Roderich/Weber, Helmut: Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und der NDPD. In Zusammenarbeit mit Eckart Förtsch. Köln 1969.
Kuntsche, Siegfried: Zur agraren Entwicklung eines ehemaligen Gutsdorfes in Mecklenburg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, Teil 3, S. 64–81.

Ders.: Die „Gemeinwirtschaft" der Neubauern. Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg. 2 Bde. Diss. Univ. Rostock 1970.

Ders.: Die wirtschaftliche Situation des werdenden Neubauerndorfes in Mecklenburg-Vorpommern. Das Zugkraftproblem, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 21 (1972), S. 149–165.

Ders.: Die Unterstützung der Landesverwaltungen bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die SMAD bei der Leitung der demokratischen Bodenreform, in: Jahrbuch für Geschichte 12 (1974), S. 141–182.

Ders.: Geschichte der Landesparteiorganisation Mecklenburg der SED 1946–1948. Phil. Diss. habil. Berlin (Ost) 1983.

Ders.: Bauern im Interessenkonflikt. Die Situation vor der Staatsgründung 1949, in: Scherstjanoi (Hg.), Provisorium, S. 231–235.

Ders.: Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, S. 191–210.

Ders.: Bodenreform in einem Kernland des Großgrundbesitzes: Mecklenburg-Vorpommern, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand", S. 51–68.

Kurek, Wolfgang: Die VdgB in der bündnis- und agrarpolitischen Konzeption der SED (1945 bis 1952). Entstehung und Konsolidierung des Verbandes als Konsequenz der SED-Politik. Diss. phil. FU Berlin 1995.

Kusch, Günther u. a.: Schlußbilanz-DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991.

Lambrecht, Horst: Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960. Berlin 1977.

Ders./Merkel, Konrad: DDR-Agrarpolitik. Münster-Hiltrup 1980.

Das Landarbeiterschutzgesetz und das Leben des Landarbeiters von gestern und heute, hg. vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Land und Forst im FDGB. Berlin (Ost) 1952.

Landau, Zbigniew/Tomaszewski, Jerzy: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1986.

Landwirtschaft von A bis Z: H. 1 und 2. Berlin (Ost) 1963.

Die Landwirtschaft der DDR, Autorenkollektiv unter Leitung von Kurt Groschoff. Berlin (Ost) 1980.

Lange, Gerhard u. a. (Hg.): Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990. Leipzig 1992.

Lange, Ursula: Die Produktivität der Landwirtschaft in der DDR. Eine statistische Analyse ihrer Entwicklung im ersten Planjahrfünft. Berlin (Ost) 1957.

Langenhan, Dagmar: „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!" Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft, S. 119–165.

Lapp, Peter Joachim: Die Volkskammer der DDR. Opladen 1975.

Ders.: Die Blockparteien in der DDR. Zwischen totaler Anpassung und latenter Konfliktbereitschaft, in: Beiträge zur Konfliktforschung 10 (1980), S. 103–122.

Ders.: Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung. Köln 1982.

Ders.: Soziale Zusammensetzung der DDR-Blockparteien, in: DA 20 (1987), S. 339–341.

Ders.: Die Blockparteien im politischen System der DDR. Melle 1988.

Ders.: Die „befreundeten Parteien" der SED. DDR-Blockparteien heute. Köln 1988.

Ders.: Die Blockparteien und ihre Mitglieder, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/1, S. 290–300.

Laschitzka, Horst: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD. Berlin (Ost) 1969.

Laufer, Jochen: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Florath u. a., Ohnmacht, S. 146–168.
Ders.: Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat 1945–1948, in: Fischer (Hg.), Studien, S. 57–80.
Ders.: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 21–35.
Lawrentij Berija. 1953. Stenogramma ijulskogo plenuma ZK KPSS i drugie dokumenty [Lawrenti Berija 1953. Stenogramm des Juliplenums des ZK der KPdSU und andere Dokumente]. Bearb. von W. Naumow und Ju. Sigatschew. Moskau 1999.
Das Leben der Werktätigen in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, hg. von Hans-Jügen Rach, Bernhard Weissel und Hainer Plaul. Berlin (Ost) 1987.
Leblang, Stanislawa: Polnische Bauernparteien, in: Gollwitzer (Hg.), Bauernparteien, S. 271–322b.
Lehmann, Joachim: Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der Reichseinsatz. Essen 1991, S. 127–139.
Lemberg, Hans (Hg.): Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Marburg 1991.
Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1995.
Ders.: Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: APuZ B6/1997, S. 41–53.
Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1987.
Leonhardt, Rolf: Die Politik der SED für die Weiterentwicklung des Bündnisses mit den anderen Parteien des Demokratischen Blocks beim Beginn des sozialistischen Aufbaus in der DDR (Oktober 1949-Juli 1952). Diss. A Berlin (Ost) 1976.
Ders.: Grundzüge der Bündnispolitik der SED beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf um die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR (1949–1970). Diss. B Berlin (Ost) 1980.
Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 25–50 [zuerst 1966].
Ders.: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble u. a., Sozialgeschichte, S. 17–30.
Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) 4 Bde. Leipzig u. a. 1983–1985.
Lieser, Joachim: Genossenschaft und Wirtschaftsordnung. Ein Systemvergleich zwischen Genossenschaftsgesetz und LPG-Recht. Marburg 1969.
Lindenberger, Thomas: Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen (Hg.), Grenzen, S. 298–325.
Ders.: La police populaire de la RDA de 1952 à 1958. Une micro-étude sur la gouvernementalité de l'État socialiste, in: Annales 53 (1998), H. 1, S. 119–152.
Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln u. a. 1999.
Ders.: Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: ders., Herrschaft, S. 167–203.
Ders.: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft, S. 13–44.
Loth, Wilfried (Hg.): Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit. Berlin 1994.
Ders.: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994.
Louis, Jürgen: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945–1952. Weimar u. a. 1996.
Lüdtke, Alf: Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: APuZ B 36/1998, S. 3–16.

Ders.: Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft als Soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien. Göttingen 1991, S. 9–63.
Ludz, Peter Christian: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung. Köln u.a. 1968.
Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung? München 1995.
Malycha, Andreas (Hg.): Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ, Ungekürzte Studienausgabe. Bonn 1995.
Ders.: Privatbäuerliche oder staatliche Landwirtschaft? Die Auseinandersetzungen über die Bodenreform zwischen SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer/Herbst 1945, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 37–49.
Ders.: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.
Ders.: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn u.a. 2000.
Mand, Richard/Krüger, Lore: Zwanzig Jahre Demokratischer Block. Annotierte Spezialbibliographie, Zeittafel, Dokumentensammlung. Potsdam-Babelsberg 1965.
Marquardt, Sabine: Die Bodenreformkommissionen in Mecklenburg-Vorpommern als Vehikel der politischen Transformation, in: Damian van Melis (Hg.), Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952. Rostock 1999, S. 239–260.
Die marxistisch-leninistische Agrarpolitik von der gegenseitigen Bauernhilfe und demokratischen Bodenreform zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft der DDR. Von einem Kollektiv unter der Leitung von Gerhard Grüneberg. Berlin (Ost) 1965.
Mast, Peter: Mecklenburg und Vorpommern. 1000 Jahre Geschichte eines jungen Landes. Berlin 1994.
Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", hg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bde. Baden-Baden 1995.
Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", hg. vom Deutschen Bundestag, 8 Bde. Frankfurt u.a. 1999.
Materialy po istorii sowetskoj woennoj administrazii w Germanii w 1945–1949 gg. Von W. W. Sacharow u.a. 2 Bde. Moskau 1998/99.
Matern, Hermann: Die Blockpolitik der SED. Erfahrungen des Mehrparteiensystems in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 12 (1964), S. 1125–1137.
Matschke, Horst: Die Entwicklung der Agrarpolitik der SED und der Landwirtschaft der DDR von der 8. Tagung des ZK der SED bis zum VIII. Deutschen Bauernkongreß (März 1960 bis Mai 1964). Diss. B. Berlin (Ost) 1990.
Mattedi, Norbert: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Bonn 1966.
Mayer, Karl Ulrich: Kollektiv oder Eigensinn? Der Beitrag der Lebensverlaufsforschung zur theoretischen Deutung der DDR-Gesellschaft, in: Huinink u.a. (Hg.), Kollektiv, S. 349–376.
MdL. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus: Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index, hg. von Martin Schumacher. Düsseldorf 1995.
Meinicke, Wolfgang: Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: ZfG 36 (1988), S. 867–878.
Ders.: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 133–151.
Meissner, Boris: Russland unter Chruschtschow. München 1960.
Ders.: Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1949. Die Sowjetunion und die deutsche Frage 1949–1955, in: Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion, Bd. 1: Außenpolitik, hg. von Dietrich Geyer. Köln u.a. 1972, S. 448–501.

van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948. München 1999.
Merkel, Konrad: Agrarproduktion und Nahrungsmittelverbrauch, in: Tümmler u.a. (Hg.), Agrarpolitik in Mitteldeutschland, S. 169–368.
Ders./Schuhans, Eduard: Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. „Sozialisierung" und Produktionsergebnisse. Bonn u.a. 1960.
Ders./Immler, Hans (Hg.): DDR Landwirtschaft in der Diskussion. Köln 1972.
Merl, Stephan: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik. Die Anfänge staatlicher Lenkung der Landwirtschaft in der Sowjetunion 1925–1928. München u.a.1981.
Ders.: War die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion wirklich notwendig? in: Osteuropa 34 (1984), S. 329–334.
Ders.: Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928–1930). Wiesbaden 1985.
Ders.: Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941. Berlin 1990.
Ders./Schinke, Eberhard (Hg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch. Berlin 1991.
Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt a.M. 1992.
Meyer, Kurt: Die Entwicklung der Großbauernschaft im Prozeß der sozialistischen Revolution in der DDR bis zu ihrem Übergang in die Klasse der Genossenschaftsbauern (1949/50 bis 1961). Diss. A. Leipzig 1971.
Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell (1945–1949). Stuttgart 1995.
Mitrany, David: Marxismus und Bauerntum. München 1956.
Mitter, Armin: „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern." Die Bauern und der Sozialismus, in: Kowalczuk u.a., Tag X, S. 75–128.
Ders./Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993.
Mollnau, Marcus: Die Bodenrechtsentwicklung in der SBZ/DDR anhand der Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED. Berlin 2001.
Mooser, Josef: Kommentar, in: Frese/Prinz (Hg.), Zäsuren, S. 389–398.
Morré, Jörg: Das Institut 99. Zur Einbindung des NKFD in die administrativen Strukturen der UdSSR, in: Ueberschär (Hg.), Nationalkomitee „Freies Deutschland", S. 133–137.
Ders.: Kader für Deutschland. Die Bemühungen der SED umd die Repatriierung antifaschistischer Kriegsgefangener, in: Annette Kaminsky (Hg.): Heimkehr 1948. München 1998, S. 217–231.
Ders.: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946. München 2001.
Mrowka, Heinrich: Bodenreform und Kollektivierung als Instrument der Integration nationaler Minderheiten in Polen, in: Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell, S. 240–255.
Mühlstädt, Herbert: Hans Warnke – ein Kommunist. Rostock 1975.
Müller, Werner: Demokratische Bauernpartei (DBD), in: Frank Wende (Hg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Stuttgart 1981, S. 85.
Ders. (Hg.): Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat: Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus von Hermann Weber. Köln 1988.
Ders.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: SBZ-Handbuch, S. 460–480.
Ders.: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: SBZ-Handbuch, S. 481–514.
Ders.: Entstehung und Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR 1945–1950, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/4, S. 2327–2374.
Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni. Berlin 1991.

Ders.: Zum Verhältnis von Norm und Praxis in der Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Henke/Engelmann, Aktenlage, S. 56–76.

Ders. (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin 1996.

Münch, Ursula: Zur Einbeziehung der Verbündeten der Arbeiterklasse in den sozialistischen Aufbau. Die Zusammenarbeit der SED mit der CDU, der LDPD und der NDPD 1957/58, in: ZfG 32 (1984), S. 755–764.

Murken, Jens: Bodenreform-Kampagne und politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, in: Kluge u. a. (Hg.), Bodenreform, S. 51–71.

Naimark, Norman M.: Die sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus, in: ZfG 43 (1995), S. 293–307.

Ders.: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945–1949. Cambridge (Mass.)/London 1996.

Ders.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997.

Naumann, Gerhard: Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 12. Juli 1960, in: BzG 32 (1990), S. 513–518.

Nehrig, Christel: Die Weiterentwicklung der agrarpolitischen Konzeption der SED vor der 1. Parteikonferenz 1949, in: ZfG 30 (1982), S. 483–497.

Dies.: Bauern zwischen Hoffnung und Wirklichkeit. Die modifizierte Agrarpolitik von 1950/51, in: Scherstjanoi (Hg.), Provisorium, S. 236–241.

Dies.: Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: ZAGAS 41 (1993), S. 66–76.

Dies.: Bodenreform und Eigentumsfragen im Zusammenhang mit Denkmalen auf dem Lande, in: Brandenburgische Denkmalpflege 5 (1995), S. 103–111.

Dies.: Industriearbeiter im dörflichen Milieu. Eine Studie zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Nebenerwerbsbauern von 1945 bis 1965, in: Peter Hübner (Hg.), Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte. Berlin 1995, S. 167–191.

Dies.: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/4, S. 2375–2398.

Dies.: Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945–1952. Berlin 1996.

Dies.: Landwirtschaftspolitik, in: Die SED, hg. von Herbst u. a., S. 294–305.

Dies.: Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945–1970, in: Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus: Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 309–324.

Dies./Noziczka, Lothar: Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der SED 1956/57, in: ZfG 33 (1985), S. 1082–1096.

Niedermeyer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen 1994.

Niethammer, Lutz: Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR, in: Alf Lüdtke (Hg.), Alltagsgeschichte. Frankfurt a. M. u. a. 1989, S. 283–345.

Ders.: Volkspartei neuen Typs? Sozialbiographische Voraussetzungen der SED in der Industrieprovinz, in: Probleme des Klassenkampfes 20 (1990) H. 3, S. 40–70.

Nochotovic, Dina: Die Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland in den Beständen des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF), in: Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, hg. von Andreas Hilger u. a. Dresden 2001, S. 17–24.

Noziczka, Lothar: Die Politik der SED zur Gewinnung der Einzelbauern, insbesondere der Mittelbauern, für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft 1956 bis 1960. Diss. agr. Bernburg 1988.

Osmond, Jonathan: Geschlechtsspezifische Folgen der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone: Gutsbesitzerinnen, Bäuerinnen und Landarbeiterinnen nach 1945, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 153–168.

Ders.: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Bessel/Jessen (Hg.), Grenzen, S. 137–169.

Ostermann, Christian F. (Hg.): Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval behind the Iron Curtain. Budapest 2001.

Otdel ZK KPSS po swjasam s inostrannymi Kompartijami 1953–1957. Annotirowannyj sprawotschnik [Die ZK-Abteilung für Verbindungen mit den ausländischen kommunistischen Parteien. Annotiertes Handbuch]. Moskau 1999.

Otto, Wilfriede: Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: BzG 32 (1990), S. 350–378.

Dies.: Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 33 (1991), S. 374–389.

Dies.: Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme, in: DA 26 (1993), S. 948–954.

Ottofülling, Frank: Blockpolitik und Neubauernhilfe 1946/47. Die Zusammenarbeit der SED mit CDU und LDPD auf dem Lande, in: ZfG 36 (1988), S. 581–594.

Paczkowski, Andrzej: Polen, der ‚Erbfeind', in: Stephan Courtois u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München/Zürich 1998, S. 397–429.

Pankratz, G.: Der Weg der MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen). Berlin (Ost) 1960.

Panzer, A.: Parteipolitische Ansätze der deutschen Bauernbewegung bis 1933, in: Gollwitzer (Hg.), Bauernparteien, S. 524–561.

Panzig, Christel: Arbeits- und Lebenssituation weiblicher Erwerbstätiger aus der Landwirtschaft der neuen Bundesländer, in: Sabine Gensior (Hg.), Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit. Berlin 1995, S. 153–175.

Dies.: Hin zum eigenen Beruf. Frauen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR, in: Budde (Hg.), Frauen arbeiten, S. 171–182.

Papke, Gerhard: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien, S. 25–45.

Parrish, Scott D./Narinsky, Mikhail M.: New Evidence on the Soviet Rejection of the Marshall Plan, 1947: Two Reports. Washington D.C. 1994.

Paruch, Waldemar: Politycy Zjednoczonego Stronnictwa Ludowego – cechy grupowe [Die Politiker der Vereinigten Bauernpartei – Kennzeichen der Gruppen], in: Dzieje najnowsze 32 (2000), H. 4, S. 39–58.

Pirker, Theo: Restauration und Reform. Die Krise und der Zerfall kommunistischer Herrschaftssysteme, in: Theo Pirker – Soziologie als Politik. Schriften von 1949 bis 1990, hg. von Rainer Weinert. Berlin 1991, S. 263–271.

Piskol, Joachim: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: ZfG 39 (1991), S. 419–433.

Ders.: Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft der DDR im Sommer 1952, in: BzG 37 (1995), S. 19–26.

Ders./Nehrig, Christel/Trixa, Paul: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945–1949). Berlin (Ost) 1984.

Plaschke, U.: Über die Lebensaussichten von Schnitterkindern, in: Archiv für Soziale Hygiene und Demographie. N.F. Bd. 5 (1930), S. 98–104.

Plato, Alexander von/Meinicke, Wolfgang: Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Vertriebene und Umgesiedelte in der SBZ/DDR. Berlin 1991.

Plaul, Hainer: Grundzüge der Entwicklung von Lebensweise und Kultur der einheimischen Landarbeiterschaft in den Dörfern der Magdeburger Börde unter den Bedingungen der Herausbildung und Konsolidierung des Kapitalismus der freien Konkurrenz in der Land-

wirtschaft, in: Bauer und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde, S. 79–115.
Ders.: Über grundlegende Veränderungen in der Lebensweise der Landarbeiter im 20. Jahrhundert (1918–1961), in: Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde, S. 105–178.
Ploss, Sidney I.: Conflict and Decision-Making in Soviet Russia. A Case Study of Agricultural Policy 1953–1963. Princeton 1965.
Podewin, Norbert: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie. Berlin 1995.
Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung. München 2001.
Pollack, Detlef: Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 19 (1990), S. 292–307.
Ders.: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart u.a. 1994.
Ders.: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: GG 24 (1998), S. 110–131.
Polzin, Martin: Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg. Rostock 1966.
Poutrus, Patrice G.: Lebensmittelkonsum, Versorgungskrisen und die Entscheidung für den „Goldbroiler". Problemlagen und Lösungsversuche der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958 – 1965, in: AfS 39 (1999), S. 391–421.
Prieß, Lutz: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/4, S. 2464–2508.
Priew, Herbert: Die satzungsmäßigen Grundlagen der kollektiven Landwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Vergleich mit anderen kommunistischen Ländern. Diss. Stuttgart-Hohenheim 1959.
Prittwitz, Gesine von: Das Ministerium für Staatssicherheit und der Kulturbetrieb, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (1997), Heft 3, S. 16–17.
Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Walter Ulbricht: Referat: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [Schlußwort auf dem VI. Parteitag der SED, 15.–21. 1. 1963 in Berlin]. Berlin (Ost) 1963.
Projahn, Michael: Konfrontation oder Zusammenarbeit? Die ländliche Gesellschaft in der Altmark 1945–1951, in: Kluge u.a. (Hg.), Bodenreform, S. 125–140.
Prokop, Siegfried: Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden sozialistischen Aufbau (1958–1963). Berlin (Ost) 1986.
Protokoll des V. Deutschen Bauerntages in Güstrow vom 10.–12. März 1957. Berlin (Ost) 1957.
Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 24. bis 30. März 1956. Berlin (Ost) 1956.
Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 9. bis 12. Juli 1952. Berlin (Ost) 1952.
Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, 10.–16. Juli 1958. Berlin (Ost) 1958.
Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15.–21. Januar 1963 in Berlin. Berlin (Ost) 1963.
Protokoll des II. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 6. bis 8. Juli 1951 in Eisenach. Berlin (Ost) 1952.
Protokoll des III. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 4. bis 6. September 1953 in Güstrow. Berlin (Ost) 1954.

Protokoll des IV. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 31. August bis 2. September 1955 in Halle. Berlin (Ost) 1955.
Protokoll des V. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 2. bis 4. Juli 1957 in Leipzig. Berlin (Ost) 1957.
Protokoll des VI. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 12. bis 14. Mai 1960 in Güstrow. Berlin (Ost) 1960.
Protokoll des VII. Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 3. bis 5. Mai 1963 in Schwerin. Dresden 1963.
Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs, 1945–1950. Eingeleitet und bearb. von Fritz Reinert. Weimar 1994.
Puhle, Hans Jürgen: Warum gibt es in Westeuropa keine Bauernparteien?, in: Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernparteien, S. 603–667.
Quaisser, Wolfgang: Sozialistische Landwirtschaft ohne Kollektivierung? Konzeptionen und Ergebnisse polnischer Agrarpolitik, in: Bergmann u. a. (Hg.), Agrarpolitik, S. 163–197.
Ders.: Das Ende der Kollektivierung in Polen im Jahre 1956 und die Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970. Marburg/Lahn 1993, S. 41–52.
Raabe, Thomas: SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961. Paderborn 1995.
Rasch, Joachim: Was Du ererbt von Deinen Vätern ... Ein ostdeutscher Bauer erzählt. Oschersleben 1994.
Rehabilitierung von Prof. Kurt Vieweg und Marga Langendorf, in: Neue Justiz 45 (1991), H. 3, S. 110–112.
Reich, Andreas: Das Genossenschaftswesen in der Tschechoslowakei und die Übernahme des sowjetischen Modells nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell, S. 256–276.
Reichelt, Hans: Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR – Probleme, Erkenntnisse, Entwicklungen, in: Berichte über Landwirtschaft 70 (1992), S. 117–136.
Ders.: Blockflöte, oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948 bis 1990. Berlin 1997.
Reif, Heinz (Hg.): Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien. Berlin 1994.
Reinert, Fritz: Brandenburgs Parteien (1945–1950). Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik. Potsdam 1996.
Reuber, Heinrich/Skibbe, Bruno (Bearb.): Die Bodenreform in Deutschland in Zahlen und Dokumenten. Berlin 1947.
Reuter, Elke/Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin 1997.
Richert, Ernst: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln/Opladen 1958.
Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf ²1991.
Ders.: Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945–1950, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/4, S. 2509–2586.
Ders./Rißmann, Martin (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar u. a. 1995.
Rißmann, Martin: „Die Differenzierung fördern..." Zu Zielen, Methoden und Ergebnissen der Westarbeit der Ost-CDU (1950–1971), in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 183–200.
Ders.: Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei. Düsseldorf 1995.
Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945–1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995, H. 2, S. 11–46.

Robel, Gert: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. München 1974.
Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR. Berlin 1991.
Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1992.
Rösener, Werner: Die Bauern in der europäischen Geschichte. München 1993.
Roos, Hans: Geschichte der Polnischen Nation: 1918–1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. 4. überarb. u. erw. Aufl. Stuttgart/Berlin 1986.
Rosenkranz, Otto (Hg.): Handbuch des Genossenschaftsbauern. Band I-III. 2. verb. Aufl. Berlin (Ost) 1959.
Roth, Heidi: Im Parteiauftrag: Strafrechtliche Reaktion auf den 17. Juni 1953 in Sachsen, in: Sächsische Justizgeschichte, Bd. 7, Von Weimar bis zur Gegenwart. Dresden 1998, S. 76–135.
Rytlewski, Ralf/Opp de Hipt, Manfred: Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen, 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. München 1987.
SBZ-Biographie. Ein biographisches Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Berlin. Bonn ^{3}1965.
SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München, hg. von Martin Broszat und Hermann Weber. München 1990.
Schäfer, Bernd: „Inoffizielle Mitarbeiter" und „Zusammenarbeit" - Zur Differenzierung von MfS-Unterlagen im Bereich der katholischen Kirche, in: Henke/Engelmann (Hg.), Aktenlage, S. 47–55.
Scherstjanoi, Elke: „Wollen wir den Sozialismus?" Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680.
Dies. (Hg.): Provisorium für längstens ein Jahr. Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, September 1991. Berlin 1993.
Dies.: Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: DA 27 (1994), S. 354–363.
Dies.: „Friedenshektarerträge" und Vorkriegsanbauflächen. Zur Bewältigung von Kriegslasten in der ostdeutschen Landwirtschaft (1950), in: Buchheim (Hg.), Folgelasten, S. 323–340.
Dies.: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: VfZ 46 (1998), S. 497–549.
Scheurig, Bodo: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945. München 1961.
Schier, Barbara: Alltagsleben im „Sozialistischen Dorf". Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster u. a. 2001.
Schiller, Otto: Die Landwirtschaft der Sowjetunion 1917–1953, Agrarverfassung und Agrarproduktion. Tübingen 1954.
Ders.: Freie Bauernwirtschaft oder kommunistische Produktionsgenossenschaft, in: Agrarwirtschaft, Sonderheft 13: Das landwirtschaftliche Betriebsgrößenproblem im Westen und Osten. Hannover 1961, S. 7–52.
Schimmank, Wilfried: Der Beitrag der DBD zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den siebziger und achtziger Jahren. Berlin (Ost) 1988.
Schmidt, Karl-Heinz: Die Deutschlandpolitik der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. V/3, S. 2114–2293.
Schmiechen-Ackermann, Detlef: Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen. Bonn 1998.
Schnitzler, Karl Eduard von: Meine Schlösser oder Wie ich mein Vaterland fand. Berlin 1989.

Schöne, Jens: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der SBZ/DDR 1945–1950/51, in: Kluge u. a. (Hg.), Bodenreform, S. 157–174.
Ders.: Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51. Stuttgart 2000.
Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Köln 1993.
Scholz, Michael F.: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997.
Ders.: Kurt Viewegs alternative Agrarpolitik 1956, in: BzG 36 (1994), S. 78–87.
Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995.
Schroeder, Klaus (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Berlin 1994.
Ders.: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München 1998.
Schröter, Ulrich: Das leitende Interesse des Schreibenden als Bedingungsmerkmal der Verschriftung – Schwierigkeiten bei der Auswertung von MfS-Akten, in: Henke/Engelmann (Hg.), Aktenlage, S. 40–46.
Schulz, Dieter: Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955. Diss. A Humboldt-Universität Berlin 1984.
Ders.: Zur sozialen Entwicklung auf dem Lande in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, in: ZfG 34 (1986), S. 210–222.
Ders.: Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen, in: Jochen Cerny (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR Geschichte. Leipzig 1990, S. 103–110.
Ders.: „Kapitalistische Länder überflügeln". Die DDR-Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961. Berlin 1994.
Schuster, Ulrike: Die SED-Jugendkommuniqués von 1961 und 1963. Anmerkungen zur ostdeutschen Jugendpolitik vor und nach dem Mauerbau, in: Jahrbuch für zeitgeschichtliche Jugendforschung 1994/95. Berlin 1995, S. 58–75.
Schwartz, Michael: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1995, S. 43–96.
Ders.: „Ablenkungsmanöver der Reaktion". Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR, in: DA 32 (1999), S. 397–409.
Schwarzenbach, Rudolf: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1971). Köln 1976.
Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Hg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan und Jürgen Winkler. Berlin 1997.
Selenin, I.E.: Agrarnaja politika N. S. Chruschtschowa i selskoe chosjajstwo [Die Agrarpolitik Chruschtschows und die Landwirtschaft]. Moskau 2001.
Semirjaga, Michail: Aspekte sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans Adolf Jacobsen u. a. (Hg.), Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995. Baden-Baden 1995, S. 568–587.
Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991. Berlin 1995.
Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi. München 1998.
Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961. Köln u. a. 2000.

Solga, Heike: Die Etablierung einer Klassengesellschaft in der DDR. Anspruch und Wirklichkeit des Postulats sozialer Gleichheit, in: Huinink u. a. (Hg.), Kollektiv, S. 45–88.
Ders.: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR. Berlin 1995.
Sommer, J.: Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von 1952–1960. Agr. Habil. Berlin (Ost) 1962.
Sommer, Ulf: Zur Entwicklung der LDPD in den fünfziger Jahren, in: Frölich (Hg.), „Bürgerliche" Parteien, S. 197–206.
Ders.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter Führung der SED. Münster 1996.
Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato, Bd. 1: Studien und Berichte, hg. von Alexander von Plato. Berlin 1998, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingel. u. bearb. v. Ralf Possekel. Berlin 1998.
Sowjetische Besatzungszone von 1945–1954. Bonn 1956.
Sowjetische Besatzungszone von 1955–1958. Bonn 1961.
Sowjetische Besatzungszone von 1959–1960. Bonn 1964.
Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern, hg. von Ernst Birke und Rudolf Neumann. Frankfurt a. M./Berlin 1959.
Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hg. von Claus D. Kernig, Freiburg u. a. 1966.
Spix, Boris: Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz. Münster 1997.
Ders.: Bodenreform und Wahlverhalten der Neubauern. Eine Fallstudie anhand der Landtagswahlen in der Prignitz im Herbst 1946, in: Kluge u. a. (Hg.), Bodenreform, S. 73–89.
SSSR i germanski wopros 1941–1949. Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Band 1–2, hg. von G. P. Kynin und Jochen Laufer. Moskau 1996–2000.
SSSR i Polscha. Oktjabr' 1956-go [Die UdSSR und Polen Oktober 1956], in: Istoritscheskij archiw 1996, H. 5–6, S. 178–191.
Die staatliche Leitung und Planung der Landwirtschaft in der DDR. Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhard Seidel. Berlin (Ost) 1961.
Stafeewa, A. F.: Demokratitscheskaja krestjanskaja partija w gody osuschtschestwlenija perwogo pjatiletnogo plana razwitija narodnogo chosjajstwa GDR [Die DBD in den Jahren der Verwirklichung des Ersten Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR], in: Problemy germanskoj istorii. Band 3. Wologda 1975.
Dies.: Demokratitscheskaja krestjanskaja partija i sawerschenie prozessa proiswodstwennogo kooperirowanija selskogo chosjajstwa GDR [Die DBD und die Vollendung des Prozesses der Produktionskooperative der Landwirtschaft der DDR], in: Rewoljuzionnije tradizii nemezkogo proletariata i sozialistitscheskoje stroitel'stwo w GDR. Wolgograd 1981.
Dies.: Is istorii obrasowanija Demokratitscheskoj krestjanskoj partii Germanii [Aus der Geschichte der Bildung der DBD], in: Problemy germanskoj istorii, Band 2, Wologda 1973.
Stalin and the SED Leadership, 7 April 1952: „You must organize your own state", in: Cold War International History Projekt, Bulletin H. 4, 1994, S. 34, 35, 48.
Staritz, Dietrich: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR. Diss. rer. pol. FU Berlin 1968.
Ders.: Sozialismus in einem halben Lande. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokraischen Umwälzung in der DDR. Berlin 1976.
Ders.: Zur Entstehung des Parteiensystems der DDR, in: ders. (Hg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Opladen ^{2}1980, S. 90–108.
Ders.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands, in: Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 215–239.
Ders.: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: SBZ-Handbuch, S. 574–583.

Ders.: Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus" in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: DA 24 (1991), S. 686–700.
Ders.: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, in: APuZ B5/1991, S. 3–16.
Ders.: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat. 3. überarb. u. erw. Neuaufl. München 1995.
Ders.: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe. Frankfurt a. M. 1996.
Ders./Suckut, Siegfried: Strukturwandel des DDR-Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen 1993, S. 211–226.
Statistisches Bundesamt (Hg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 3, Bevölkerungsstatistische Übersichten. Wiesbaden 1993; Heft 8, Ausgewählte Zahlen zur Agrarwirtschaft 1949–1989. Wiesbaden 1993; Heft 14, Erwerbstätige 1950–1989. Wiesbaden 1994; Heft 26, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1949–1989. Wiesbaden 1995.
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1960ff.
Steiner, André: Sowjetische Berater in den zentralen wirtschaftsleitenden Instanzen der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993, S. 100–117.
Ders.: Die Deutsche Wirtschaftskommission – ein ordnungspolitisches Machtinstrument, in: Hoffmann/Wentker (Hg.), Das letzte Jahr, S. 85–105.
Steinert, Johannes-Dieter: Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau. München 1995, S. 557–579.
Steiniger, Peter Alfons: Das Blocksystem. Beitrag zu einer demokratischen Verfassungslehre. Habilitationsschrift Berlin (Ost) 1949.
Steinmann, Paul: Bauer und Ritter in Mecklenburg. Wandlungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse im Westen und im Osten Mecklenburgs vom 12./13. Jahrhundert bis zur Bodenreform 1945. Schwerin 1960.
Stephan, Gerd Rüdiger: Die Geschichte der SED. Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989, in: Herbst u. a. (Hg.), SED, S. 56–100.
Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED. Köln 1957.
Dies.: Ulbricht. Eine politische Biographie. Köln/Berlin 1963.
Stern, Frank: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958. München 1993.
Stöckigt, Rolf: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform. Mai 1945 bis April 1946. Berlin (Ost) 1964.
Ders.: Zwanzig Jahre schöpferische marxistisch-leninistische Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Im Bündnis fest vereint, S. 11–26.
Ders.: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648–654.
Strohm, Heinz: Die DBD beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR (Okt. 1949 bis Mai 1960). Berlin (Ost) 1988.
Strohs, Eva-Maria: Auf dem Wege zu einer demokratischen Bauernpartei. Das Entstehen der DBD in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1949). Berlin (Ost) 1988.
Strunk, Peter: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell, S. 143–176.
Ders.: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland. Berlin 1995.
Sturm, Meinhard: Die DBD – Mitgestalter beim umfassenden Aufbau des Sozialismus (Mai 1960 bis Ende 1970). Berlin (Ost) 1988.
Suckut, Siegfried: Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945. Versuch

einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: DA 15 (1982), S. 1080–1095.
Ders.: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 117–128, Dokumente S. 129–178.
Ders.: Zu Krise und Funktionswandel der Blockpolitik in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands um die Mitte des Jahres 1948, in: VfZ 31 (1983), S. 647–718.
Ders.: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle der zentralen Einheitsfront-Ausschüsse. Quellenedition. Köln 1986.
Ders.: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU(D), in: SBZ-Handbuch, S. 515–543.
Ders.: In Erwartung besserer Zeiten. DDR-CDU und LDPD zwischen Halbstaats-Raison und gesamtdeutschen Hoffnungen 1949–1961, in: Schönhoven/Staritz, Sozialismus, S. 415–435.
Ders.: Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: Weber (Hg.), SED-Staat, S. 99–121, Dokumentenanhang, S. 122–198.
Ders.: Die gesellschaftliche Funktion und Bedeutung der Blockparteien, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/1, S. 282–290.
Ders./Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997.
Süß, Walter: „Schild und Schwert" - Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Henke/Engelmann (Hg.), Aktenlage, S. 83–97.
Ders.: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung. Berlin 1997.
Swain, N.: Agriculture in Poland and the Former GDR: A Research Agenda for the Oder Region, in: H. Schultz/A. Notnagel (Hg.), Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder. Potsdam 1996, S. 139–160.
Tempel, Karl G.: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der Parteien in der DDR. Grundlagen, Funktionen, Geschichte, Programmatik, Organisationen. Berlin 1987.
Thieme, Frank: Kaste, Stand, Klasse, in: Hermann Korte/Bernhard Schäfers (Hg.), Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie. 4. verb. u. akt. Aufl. Opladen 1998, S. 127–143.
Thieme, H. J.: Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmebereich im Wirtschaftssystem der DDR. Stuttgart 1969.
Tjulpanow, S. I.: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Berlin (Ost) 1986.
Tümmler, Edgar: Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland. Bonn/Berlin 1960.
Ders.: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland – Historische Entwicklung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland und ihre agrarpolitische Konzeption, in: Tümmler u. a. (Hg.), Agrarpolitik in Mitteldeutschland, S. 1–167.
Ders./Merkel, Konrad/Blohm, Georg (Hg.): Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Berlin 1969.
Turkowski, Romuald: Polskie Stronnictwo Ludowe w obronie demokracji 1945–1949 [Die PSL bei der Verteidigung der Demokratie]. Warschau 1992.
Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere. Frankfurt a. M. 1995.
Ulbricht, Walter: Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, 2 Bde. Berlin (Ost) 1961/62.
Ders.: Der Leninismus und die Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, in: ZfG 18 (1970), S. 445–463.
Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Berlin (Ost) 1968.

Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, hg. von Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4 Bde. Bonn 1952–1962.

Unsere Republik braucht alle Frauen. Alle Frauen brauchen die Republik. Zentraler Erfahrungsaustausch des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD mit Kolleginnen unserer Partei am 6. März 1964 in Berlin.

Verfolgt und entrechtet: Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation, hg. von Günter Buchstab, bearb. von Brigitte Kaff u.a., Düsseldorf 1998.

40 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Chronik, Bilddokumente, Erlebnisberichte, hg. von der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Berlin (Ost) 1988.

Viola, Lynne: Peasant Rebels Under Stalin. Collectivisation and the Culture of Peasant Resistance. New York 1996.

Voigt, Dieter/Voß, Werner/Meck, Sabine: Sozialstruktur der DDR. Eine Einführung. Darmstadt 1987.

Vollnhals, Clemens: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, in: ders. (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996, S. 79–119.

Ders. (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996.

Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Von einem Autorenkollektiv mit Willi Herferth u.a. Berlin (Ost) 1965.

Vorholt, Udo/Zaib, Volker: SED im Ruhrgebiet? Einheitsfront-Politik im Nachkriegsdeutschland. Eine regionale Studie. Münster u.a. 1994.

Voßke, Heinz: Über die Initiativgruppe des ZK der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai 1945 bis Juli 1945), in: BzG 6 (1964), S. 424–437.

Ders.: Der Kampf der SED um die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als die herrschende Ideologie in der DDR (Ende 1949 bis Anfang 1952), in: Jahrbuch für Geschichte 11 (1974), S. 99–122.

Wachowitz, Heinz: Die SED und die Bauern, in: Im Bündnis fest vereint, S. 27–34.

Wädekin, Karl-Eugen: Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa. Bd. I: Von Marx bis zur Vollkollektivierung. Berlin 1974.

Ders.: Die Privatproduktion in der sowjetischen Landwirtschaft. Köln 1967.

Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatursystem. Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: Herbst u.a. (Hg.), SED, S. 148–157.

Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur: Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996.

Weber, Adolf: Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung", Bd. II/4, S. 2809–2888.

Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Einbändige Studienausgabe. Frankfurt a. M. 1969.

Ders.: Einleitung. Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: ders. (Hg.), Parteiensystem, S. 11–50.

Ders. (Hg): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950. Köln 1982.

Ders.: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Parteiensystem der SBZ/DDR, in: Werner Müller (Hg.), Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat: Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunimus von Hermann Weber. Köln 1988, S. 275–300.

Ders.: Geschichte der DDR. München ^{3}1989.

Weber, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur. München 1994.

Weber, Max: Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen ²1988, S. 470–507.
Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961. München 2000.
Wegner, Hermann: Siebenjahrplan in der Landwirtschaft, in: SBZ-Archiv 10 (1959), S. 357–360.
Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen. Göttingen 1996.
Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989. Bonn 1989.
Weiland, Ruth: Die landwirtschaftliche Wanderarbeit als soziales und kulturelles Problem, in: Archiv für Soziale Hygiene und Demographie. N.F. Bd. 5 (1930), H. 2, S. 89–97.
Dies.: Die Lage der Kinder aus deutschen landwirtschaftlichen Wanderarbeiterfamilien, in: Soziale Praxis 40 (1931), Nr. 35, Sp. 1182–1190.
Dies.: Das soziale Schicksal der deutschen landwirtschaftlichen Wanderarbeiterfamilien, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 135, III. Folge 80 (1931), S. 743–767.
Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform". Dokumente und Berichte zur Vertreibung und Vernichtung des bodenständigen Landvolkes in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, bearb. von Joachim von Kruse. Hannover 1955.
Weißleder, Wolfgang: Wesen und Funktion der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). Diss. A Berlin (Ost) 1976.
Wende, Frank (Hg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Stuttgart 1981.
Wer ist wer in der SBZ? Ein biographisches Handbuch. Berlin 1958.
Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995.
Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre, hg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel und Hainer Plaul. Berlin (Ost) 1986.
Wernet, Bernhard: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), Einleitung und Dokumente, in: Weber (Hg.), Parteiensystem, S. 241–280.
Ders.: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: SBZ-Handbuch, S. 584–594.
Wernet-Tietz, Bernhard: Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR. Köln 1984.
Werschnitzky, Ulrich: Anmerkungen zum Beitrag „Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR", in: Bericht über Landwirtschaft 70 (1992), S. 117–136.
Wettig, Gerhard: Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem. Ein gewandeltes Problemverständnis, in: DA 25 (1992), S. 157–167.
Ders.: Sowjetische Wiedervereinigungsbemühungen im ausgehenden Frühjahr 1953? Neue Aufschlüsse über ein altes Problem, in: DA 25 (1992), S. 943–958.
Ders.: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Dokumente des russischen Außenministeriums, in: DA 26 (1993), S. 786–805.
Ders.: Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in: DA 26 (1993), S. 674–682.
Ders.: All-German Unity and East German Separation in Soviet Policy, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, S. 122–139.
Ders.: Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, S. 151–172.
Ders.: Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: DA 28 (1995), S. 495–507.
Ders.: Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955. München 1999.

Ders.: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten, in: Historisch-politische Mitteilungen 6 (1999), S. 109–332.
Ders.: Sowjetische Machtapparate als integraler Bestandteil des SED-Regimes. Anfänge organisatorischer Durchdringung 1945 bis 1954, in: Osteuropa 50 (2000), S. 1149–1163.
Wietstruk, Siegfried u. a.: Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1949–1961. Berlin (Ost) 1987.
Wie wir angefangen haben. Von der demokratischen Bodenreform zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Erinnerungen. Berlin (Ost) 1985.
Wilde, Manfred: Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin. Ein vergessener Mitbegründer der CDU und seine Rolle bei der Nahrungsmittelversorgung nach dem Krieg, in: Richter/Rißmann (Hg.), Ost-CDU, S. 25–36.
Ders.: Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. München 1998.
Wilke, Manfred (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998.
Wille, Manfred u. a. (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden 1993.
Wille, Manfred: Die demokratische Bodenreform und die Umgestaltung der Landwirtschaft in der Magdeburger Börde (1945 bis 1961), in: Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde, S. 221–251.
Ders.: Die Verabschiedung der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, in: Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?", S. 87–102.
Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn ²1985.
Ders.: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Berlin/Bonn 1985.
Ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Berlin/Bonn 1987.
Woderich, Rudolf: Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes in Ostmecklenburg von 1945 bis Ende 1947, dargestellt vornehmlich am Beispiel des Kreises Neubrandenburg. Diss. Univ. Rostock 1965.
Ders.: Vom Junkerdorf zum Friedenshort. Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes im Bezirk Neubrandenburg von 1945 bis Ende 1947. o.O. [Druckort Neustrelitz] 1967.
Wojtas, Andrzej: Myśl polityczna Zjednoczonego Stronnictwa Ludowego w latach 1949–1962. Studium z dziejów zniewolonego ruchu politycznego [Das politische Denken der ZSL 1949–62. Eine Studie zur Geschichte einer politischen Bewegung unter Zwang]. Torun 1991.
Wolter, Manfred: Aktion Ungeziefer. Die Zwangsaussiedlungen an der Elbe. Erlebnisberichte und Dokumente. Rostock 1997.
Wortmann, John A.: The Minor Parties of the Soviet Zone of Germany: The Communist preparation and the use of „Transmission Belts" to East German Middle Class. Diss. Phil. (MS) Minnesota 1958.
Wostotschnaja Ewropa w dokumentach rossijskich archiwow [Osteuropa in Dokumenten russischer Archive] 1944–1953. Band 2: 1949–1953. Red. G.P. Muraschko u. a. Moskau 1998.
Wrona, Janusz: System partyjny w Polsce 1944–1950. Miejsce – funkcje – relacje partii politycznych w warunkach budowy i utrwalania systemu totalitarnego [Das Parteisystem in Polen 1944–50. Ort, Funktion und Verhältnis der politischen Parteien unter den Bedingungen des Aufbaus und der Erreichung eines totalitären Systems]. Lublin ²1997.
Wunderlich, Frieda: Farmer and Farm Labor in the Soviet Zone of Germany. New York 1958.
Dies.: Farm Labor in Germany 1810–1945. Its Historical Development within the Framework of Agricultural an Social Policy. Princeton 1961.

Wurl, E.: Entscheidung „gegen das Konzept Stalin?" Zu Wilfriede Ottos Dokumentation von Notizen W. Piecks, in: BzG 6/1991, S. 767–770.

Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. München 1987.

Zarend, Christine: 40 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: ZfG 37 (1989), H. 2, S. 153f.

10 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands, hg. vom Parteivorstand der DBD. Berlin (Ost) 1958.

Zeidler, Manfred: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee östlich von Oder und Neiße 1944/45. München 1996.

Zieger, A./Zieger, G.: Die Verfassungsentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945 bis zum Sommer 1952. Köln u.a. 1990.

Zimmermann, Hartmut: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Kaelble u.a. (Hg.), Sozialgeschichte, S. 322–356.

Zinke, Olaf: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungpolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik. Berlin 1999.

Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland. Bonn Berlin 1960.

20 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands, hg. vom Parteivorstand der DBD. Berlin (Ost) 1968.

Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform in Mecklenburg, hg. von der Arbeitsgemeinschaft Agrargeschichte am Historischen Institut der Universität Rostock. Rostock o.J. [1965].

Personenregister

Ackermann, Anton 42, 45
Ackermann, Heinz 237, 242f., 472, 494, 520, 523
Adam, Wilhelm 101, 165f., 173
Adenauer, Konrad 387, 393f., 414, 417, 520
Albrecht, Ernst 85
Albrecht, Rudolf 84f., 91, 100–104, 107, 111, 117–120, 125, 139f., 142, 167, 229, 266, 274, 300, 339

Babies 276, 453
Baumann, Edith 258
Beater, Bruno 275
Beer, Ernst-Walter 103, 111, 120f., 127, 166, 181, 209, 226, 283, 289–291, 325, 344f.
Beljajew 85
Benjamin, Hilde 394
Berija, Larentij P. 379
Besler, Dietrich 111, 120, 122f., 157, 166f., 170, 176, 206, 239, 242, 279, 281, 283, 289, 290, 294, 323, 396, 402f., 444
Bettac 100
Beuster, Willi 323f.
Biebel 262
Biering, Walter 425
Binder, Erwin 159, 291, 295, 459
Birnbaum 223
Bitterlich, Hermann 263
Block, Otto 110, 114
Block, Walter 113
Boddin 263
Bögelsack 513
Böhm, Georg 151, 168, 182, 280f., 285f., 289f., 295, 427f., 454, 468f., 528
Böhme, Curt 47
Böhnke 262
Bokow, Fjodor J. 72, 75, 217
Bolz, Lothar 152, 340
Broschhardt 89
Brack 317
Brauer 139
Breschnjew, Leonid I. 383
Brix, Fritz 469
Broz 425
Buchwitz, Otto 93, 135
Bürger, Kurt 85, 135ff., 264
Burkhardt 241f., 356, 426
Burkhardt, Kurt 161, 163, 171, 294, 362, 434, 469, 515
Burmeister 84f.
Buschmanow 223f., 327
Busse, Ernst 63, 299
Bychowski, Abram S. 216

Christalle, Ernst-Otto 284, 289–292, 487
Chruschtschow, Nikita S. 228, 383, 388, 442, 463, 470, 505, 527, 549
Curth, Bruno 469
Czymoniak, Josef 102f., 111, 291, 402

Dahlem, Franz 98, 235f., 259
Darga, Fritz 83
Daub, Philipp 115
Densdorf, Wilhelm 167, 176, 227, 285, 293, 339, 344, 361
Dertinger, Georg 243, 388
Dibelius, Otto 59, 141
Dietrich, K. H. 526
Dietz, Arnim 88f.,
Dimitroff, Georgi I. 36, 42
Dorn, Hans-Joachim 483

Eichhorn, Herbert 168, 425, 471, 521
Ellrodt 98
Ermisch 105
Evert, Hermann 88
Ewald, Georg 526

Filter, Otto 151
Findeisen, Ernst 97f., 107
Fleischmann 112
Fligge 84
Franke, Lieselotte 153
Friedländer, Hans-Joachim 84, 86, 88ff., 107, 111, 125ff., 129, 240, 282, 284, 291ff., 367, 402
Friz, Hans Joachim 488
Frommhold, Ernst 359

Gärtner, Erhard 275f., 279
Gaude, Gerhard 281, 285, 290, 467, 485, 515
Gedicke, Günter 514
Georgiew 217
Giese, Adolf 111, 125, 127

Goldenbaum, Ernst 12, 18, 20, 41, 62, 81 ff., 86 f., 89 f., 94, 99–105, 107, 111–115, 117, 119, 121, 125, 127, 129 f., 132 ff., 140 f., 146, 153, 156, 158, 163, 165–168, 170, 175 f., 180 f., 218 f., 221 ff., 229 ff., 235 ff., 243, 247, 259, 268 f., 281 ff., 285–288, 293, 300, 306 ff., 312, 322 f., 332 f., 339, 341, 342, 344 ff., 351 f., 359, 381, 384, 386, 394, 403, 409, 415, 426–428, 436 f., 453 ff., 459, 468 ff., 472, 520–523, 527 ff., 531, 535, 541, 556
Goldenbaum, Karl 112
Goldenbaum, Willi 111
Gollnick, Bruno 84 f.
Golowtschiner, Jakow M. 216
Gomulka, Wladyslaw 418
Götz 263, 270
Gräfe, Hermann 111, 120, 124 f., 181, 246, 278, 285, 291 f.
Grambow, Karl 151, 280, 284, 286, 291 f.
Grandetzka, Willi 159, 294
Gribanow, Michail G. 217
Griebel, Bernhard 101 f., 165, 300
Grosse, Georg 64
Großmann, Ernst 340
Grotewohl, Otto 21, 50, 60, 80, 98, 114, 227–231, 234 f., 258, 264, 339, 351, 358 f., 377 ff., 381 f., 398, 411, 426
Gruhn 288
Grüneberg, Gerhard 21, 221, 237, 239 f., 263, 244, 425, 439, 440, 457, 461 f., 466, 469–472, 479, 496, 502, 523–526, 528 f., 542 f., 545
Günther, Hans 293, 352
Gutberlet, Lotte 182
Gutjahr, Karl 232, 447, 462 f.

Häber, Susanne 163, 166, 168, 254, 493
Haberland, Walter 107, 123
Hager 97
Hahn, Walter 88 f.,
Hamann, Karl 120, 181
Hansch, Ernst 266, 322
Hantsche, Alfred 96
Harich, Wolfgang 424 f.
Haussig, Luise 176
Hauth, Else 88 f.
Hecht, Fritz 238
Heid, Heinrich 462, 526
Heinrich 263
Heinrich, Gotthard 450 f.
Heinrich, Heinz 151 f., 163, 166, 169, 242, 396
Helmschrott, Leonhard 101 f., 104, 111, 115 ff., 123, 152, 159, 163, 165 ff., 169, 222, 229, 279, 283, 289 f., 295, 426 f., 454, 515, 526, 536
Hermann 263
Hermes, Andreas 38, 48 ff., 175
Herrnstadt, Rudolf 379, 382
Hildebrandt 276
Hitler, Adolf 35, 40, 43, 506
Hoernle, Edwin 11, 42, 45, 63, 265, 299, 317, 322
Hoffmann, Herbert 20, 100, 103, 107, 111, 117 ff., 121 f., 132, 134, 159, 163, 167, 169, 181, 230, 279, 283, 287, 294, 322 f., 351, 453 f., 468, 521
Hoja, Franz 87 f.
Honecker, Erich 200, 213, 419, 530
Hotze 262
Howitz, Claus 159, 164, 176
Hübener, Erhard 45
Huge, Heinrich 284, 292
Huster 152

Iwanow 359, 361

Jadasch, Anton 63, 93, 99, 139, 322
Jäschke, Horst 164
Jendrass, Wilhelm 444
Jungnickel, Erich 97, 98

Kaiser 266
Kaiser 97
Kaiser, Jakob 38, 50 f., 59, 74, 78
Keuthe, Otto 167, 175, 186, 279 f., 287 f., 307, 515
Kienberg, Paul 275
Kiesler, Bruno 238 f., 263, 270 f., 450 f., 461, 465 f., 523, 526
Kille, Wilhelm 98
Klimpel, Gustav 46
Klütsch, Werner 469
Koch, Helmuth 526
Koch, Robert 87
Koch, Waldemar 38, 47, 50
Koenen, Wilhelm 93, 94
Köhler, Irene 237, 242, 253, 453, 528 f.
Köhler, Richard 95–98, 103, 111, 332
Kolesnitschenko, Iwan S. 62, 73, 91, 533
Kollwitz, Hans 112 f.
Konstantinowski, G. 77
Koplanski, Michael 159, 164, 295, 467
Körber, Erwin 122, 151 f.,157, 159, 161, 166, 169, 175, 279 f., 294, 454 f., 468, 521
Korsinkowski, Otto 88
Körting, Otto 139, 321 f.

Kowal, Konstantin I. 215f., 303, 308, 317
Kowalski, Wladyslaw 435
Krähe, Marta 102f.
Kratin, Juri G. 72, 216
Krebaum, Walter 234, 262, 304, 337
Kreutzer 98
Krolikowski, Werner 475
Krtschil, Fritz 151
Kulikow 228, 426
Külz, Wilhelm 47, 74
Küster, Siegfried 159, 175, 522

Landsberg 72
Lange, Fritz 230
Langendorf, Marga 418f., 422f., 425, 428, 541
Langner 262
Last, Otto 277
Lawonn, Karl 85
Ledenew 223
Lehmann, Helmut 63, 64, 232, 235, 258, 259
Lehnen, Julius 96
Lemmer, Ernst 38, 74
Leuschner, Bruno 309, 460, 471
Lindner 263
Lipski, Paul 182
Liste, Heinz 469
Lobedanz, Reinhold 49
Loch, Hans 329, 444
Lorek 98
Luther, Paul 395
Lyssenko, Trofim D. 309

Maaß, Emma 395
Mack, Eberhard 164
Makarow, Wasilij E. 76, 216, 217
Malenkow, Georgij M. 378
Maleuda, Gunther 295
Malinin, Leonid A. 217
Malysch, Alexandr I. 216, 222f.
Martin, Friedrich 94, 96ff., 100, 103, 107, 111, 117–120, 124, 134, 162, 181, 224, 314
Matern, Hermann 21, 236f., 242, 247, 253f., 294, 426, 429, 433, 436, 453, 469, 500
Mecklenburg, Ernst 289, 444, 459, 469, 522f., 528f., 544
Meier, Alfred 96
Mellentin, Franz 238, 262f., 416, 420, 425, 428
Melz, Alois 151f., 163, 169, 225, 283f., 291f., 402
Menger, Kurt 87ff.
Menz, Peter 176
Merke, Else 111, 125, 127f.
Merke, Helmut 111, 125, 127f., 151, 501
Merker, Paul 21, 63f., 82, 102f., 132, 230, 232f., 235, 258f., 264, 266, 268, 270, 307f., 317, 320, 323f., 535
Mewis, Karl 456ff., 460, 471, 528, 543f.
Michejew 346, 363
Michel 97
Mielke, Erich 281
Mirau, Hans 82f.
Mitbach, Georg 263
Mitschurin, Iwan W. 309
Mitzscherling, Werner 164, 289, 295
Modrenski, Willi 176
Moelke 84
Möller, Otto 114
Moltmann, Carl 234
Mückenberger, Erich 21, 172, 233, 238f., 253, 258, 265, 269f., 309, 399, 401, 408, 415, 422, 426, 428, 432f., 438f., 445, 447–453, 460ff., 541ff.
Müller, Bruno 164, 521
Müller, Frieda 518
Müller, Hans Heinrich 444
Müller, Josef 74
Mundt, Waltraud 287f., 467, 488
Muttersbach 84

Namokel, Karl 426
Nasarow, Prokofi I. 75, 77, 98, 216
Neddermeyer, Robert 99
Neu, Erwin 425
Neubauer, Ruth 176
Neumann, Ilse 103, 111
Nickstadt, Rudolf 173
Nikodenkow 94, 224
Nixdorf, Fritz 159, 287, 488
Nordmann, Karl-Heinz 159
Nuschke, Otto 141, 399

Obersinske 176
Oelßner, Fred 238, 335, 363, 379, 421f., 429, 439
Olbrich, Hans 151

Parske, Wolfgang 263, 465
Paul, Rudolf 52
Pech, Arthur 111, 120, 125, 163, 166, 169, 181, 306, 332, 439, 483
Pernitz 91
Petersen, Asmus 422
Petersohn, Fritz 111, 120, 124, 181, 220
Pieck, Wilhelm 21, 36f., 45, 60, 69, 74, 77,

80, 84, 98f., 101, 114f., 231, 235, 258, 264, 297f., 301, 312, 318, 336f., 339, 351, 359, 361, 374, 389, 393
Pilarski, Franz 87f., 90, 100, 102, 107, 111, 117–121, 140, 181, 289, 291, 444
Pilz, Marianne 103
Pratsch, Hans 103, 107
Preuss, Karl 88

Quandt, Bernhard 83, 242, 292, 425, 497

Rast 98
Rau, Heinrich 63, 303, 317, 421
Reder, Paul 84–89, 102, 107, 111, 129, 134, 139, 332
Reichelt, Hans 26, 116f., 151f., 156ff., 163, 166f., 169, 223, 228ff., 236, 239, 248, 268f., 271f., 274, 279, 281f., 290, 295, 341f., 344, 354, 365, 367, 381, 383–386, 406, 411, 425f., 429, 436, 445, 448f., 454, 460, 462f., 466f., 470f., 476f., 520, 523, 526, 548
Reuscher, Richard 275
Reutter, Rudolf 43, 62ff., 82, 85, 234, 264, 266, 268, 270, 299
Richter 276
Richter, Richard 94, 100, 103, 107, 111, 117–120, 125, 145, 162, 181, 281, 289
Rietz, Hans 121, 151f., 155, 158f., 161, 163, 166f., 169, 183, 222, 225, 231, 237, 247, 279f., 285, 288, 294, 344, 354, 386, 402, 437, 438, 444, 454f., 468f., 514, 520ff.
Rodewald 262
Rödiger, Albert 111, 120ff., 163, 166, 169, 181, 369
Romm, Lew G. 216
Ronneburger 94
Rose, Berthold 20, 151ff., 155f., 158, 161, 163–170, 172, 193, 197, 213, 221ff., 226f., 232, 236ff., 269, 271, 279, 281ff., 285f., 291ff., 332, 339–345, 347, 349, 360f., 384–387, 391, 399, 415ff., 426–429, 448, 453ff., 468f., 474, 522, 551
Rothe, Rudi 164, 167, 170, 281, 468, 522, 528
Ruddat 88, 145
Rummel, Ernst 134, 163

Sägebrecht, Willy 244
Sambale 262
Sawall, Ursula 111
Schäfer, Albert 234, 250, 346
Scheffler, Felix 101, 111, 116f., 156, 165f., 176, 229, 232
Schenk, Florian 94f., 98
Schenk, Fritz 496
Schiborr, Erich 151
Schirdewan, Karl 422, 426f., 435, 552
Schleusener, Frank 57
Schmidt, Else 169
Schmidt, Heinrich 163
Schneeweiß, (Martin) Werner 285, 287–290, 467
Schnitzler, Hans von 151–158, 164, 166f., 169, 173, 223, 279f., 283, 344, 347, 394, 417, 426, 480, 536
Schnitzler, Karl Eduard von 154
Schoepke, Karl 436
Scholz, Fritz 264, 266
Scholz, Paul 20, 63, 94, 101f., 104f., 111, 114f., 117, 153f., 156, 158, 163, 166–171, 181, 222, 224, 226–230, 233f., 236, 238, 243, 250, 265, 269–272, 276, 279, 281, 285, 287, 293, 306, 308, 322–325, 339–342, 346, 377, 383, 386, 390, 398, 400, 411, 415, 425f., 445, 448f., 468f., 472, 474, 478, 520–524, 527f., 536
Schreiber, Walther 38, 50
Schröder, Fritz 275
Schröder, Wilhelm 151, 157, 227, 229, 250, 269, 280, 293, 340, 377, 381
Schröer, Max 89
Schukow, Georgij K. 50
Schultz, Willi 113
Schulz, Waldemar 84, 88f., 103, 110
Schumacher, Kurt 71, 127
Schumann, Kurt 275
Seidel 97
Sejna, Rudolf 107, 179, 314
Selbmann, Fritz 40
Semirjaga, Michail I. 218, 222
Semjonow, Wladimir S. 24, 43, 75, 77f., 216f., 222, 326, 339, 346, 351, 363, 378ff., 382
Siebert, Heinz 501
Sieg, Ewald 469
Siegmund, Kurt 234, 250, 337f., 340, 346, 383
Shdanow, A. 76
Skodowski, Bruno 263
Sobottka, Gustav 42
Sokolowski, Wasilij D. 58, 62, 73, 76, 78, 90, 100, 102, 137, 215
Spiering, Karl 459
Stalin, Iosif W. 31, 36f., 42ff., 50, 69ff., 73, 79f., 219, 266, 298, 301f., 312, 318, 336ff., 341f., 374, 377, 418, 515, 534
Steffen 425

Steidle, Luitpold 309
Steltzer, Theodor 40
Steves, Otto 96, 100
Stopp 263
Streit, Hermann 250, 383, 425
Strümpfel, Edgar 151, 293
Stubbe, Hans 271
Stübchen, Günter 293
Stübchen, Manfred 293
Stupow, A. D. 250, 346

Tausend, Willi 103
Tenner 262
Thälmann, Ernst 113f.
Theel, Franz 88
Thiem, Walter 103, 111, 332
Tisch, Harry 523
Titel, Werner 157, 159, 242, 281, 285, 295, 467, 521f., 528f.
Tjulpanow, Sergej I. 24, 58ff., 63, 74–79, 98, 100, 135, 216f., 219, 222, 301, 533
Traikoff, Georgi 437
Treß, Ernst 87
Trufanow, Nikolaj I. 91
Trummer 279
Tschuikow, Wasilij I. 222, 226, 233, 328, 339, 351, 435

Uhle, Reinhard 64, 124
Uhlig, Willy 97f.
Uhlmann 98
Ulbrich 276
Ulbricht, Walter 11f., 21, 42f., 65, 69, 83, 114, 116f., 136, 200, 204, 221, 229–236, 238f., 253, 258, 264, 267, 277, 301, 337ff., 344, 349f., 360, 362, 364, 378, 383, 385, 389f., 392, 398, 408, 412, 418ff., 426–429, 434f., 438f., 442f., 447–450, 457, 460–465, 470, 472f., 475, 506, 514, 524, 526, 529f., 542, 545

Vieweg, Gertrud 428
Vieweg, Kurt 21, 27, 57, 63, 82, 94, 99, 139, 175, 190, 226, 229, 233, 238, 240, 253, 258, 264, 270, 282, 299, 322, 328, 337–340, 344, 382, 399, 418–426, 428–430, 432, 465, 541, 550f.
Voss, Otto 100, 103, 179, 181

Wagner, Willi 276
Walter, Karl 97f., 107, 224
Walter, Katharina 100, 103, 111, 147
Walther 97
Wandel, Paul 337
Warnke, Hans 41, 81, 113f., 425
Wegener 63
Wegner, Erich 469
Weigelt, Paul 96
Weiß, Hellmuth 501
Weißflog 276
Weissgärber, Wilhelm 521
Weißhaupt, Fritz 97f., 111, 120, 123f., 163, 224, 329, 451, 521
Wetzig, Siegfried 453
Werner, Rudi 163, 289
Wieland 243, 453
Wiesner, Heinrich 176, 357
Wittkowski, Grete 154, 526
Wohlgemuth 323f.
Wolf 98
Wollweber, Ernst 277f., 282, 402

Zagrodnik, Stefan 111, 125, 128f., 171, 281, 285–288, 290, 294, 295, 467, 469, 485, 515, 520–523, 526
Zimmermann 176
Zirnstein, Alfred 163
Zitzewitz-Muttrin, Friedrich Karl von 48f.
Zöbisch, Erich 98